Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

STANFORD UNIVERSITY LIBRARIES

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:
Ernst Jäckh, Paul Rohrbach, Philipp Stein

Schriftleitung:
Theodor Heuß, Axel Schmidt

Fünfter Jahrgang
Januar/Juni 1920

Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart-Berlin

Digitized by Google

STANFORD UNIVERSITY
LIBRARIES
Stacks
SEP 8 - 1978

D1
D42
v.5
pt.1
Jan-June 1920

Digitized by Google

Inhalts-Verzeichnis

I. Hauptartikel

	Seite
Arndt, Volkswirtschaftslehre und Fortbildungsschule	760
Bachmann, Admiral von Müller gegen Großadmiral v. Tirpitz	52
Beneke, Vorderasien	749
— Vorderasien und das arabische Problem	17
Boelcke, Luftherrschaft	186
— Milizheere	307
— Reichswehr	635
Bonjansky, Lenin	721
Buetz, Das neue Griechenland	10
— Spanien	114
Buchholz, Die irische Frage	131
— Irland	457
— Krassin und Lloyd George	781
v. Bülow, Der Weg zur Friedensrevision	650
Cahén, Dänemark und die Nordmark	384
Carnevali, Die französisch-südslawischen Geheimverträge und die Adriafrage	460
von der Decken, Die baltische Tragödie	42
Dehn, Hochschule und Ausland	503
Dreuw, Diskretionismus	250
Ebstein, Die Auflösung des allgemeinen Arbeiterbundes in Frankreich	691
— Von Clemenceau zu Deschanel	134
Erdmann, Abtrommeln	79
— Das Gesetz des Weltreichs	433
Federn, Ein Briefwechsel über „J'accuse"	92
Foerster, Die Religionsartikel der Reichsverfassung	116
Fuchs, Antisemitismus	59
— Deutsche Zukunft und protestantische Kirche	666
Groener, Der Plan des Kardinals Fleury	8
Hartung, Die Briefe Wilhelms II. an den Zaren 1894—1914	430
Heichen, Zur Fortbildung des Marxismus	272
Herre, Die angelsächsische Weltherrschaft	199
Heuß, Max Weber	791
— Die „objektive Unmöglichkeit"	227
— Erzberger und Helfferich	323
— Nach den Wahlen	739
— „Nur keine inneren Krisen!"	105

Digitized by Google

	Seite
Heuß, Problematik der Koalition	630
— Von San Remo nach Spa	547
— Wirkungen und Folgerungen	367
Heuß-Knapp, Die Elternbeiräte	312
Hohmann, Die politische Lage in Bayern	568
Jäckh, Ein Briefwechsel mit Ludendorff	521
— Fünf Tage Kraftprobe	356
— Konopischt	584
— Miramar	711
— Völkerbundpolitik	3
Jenny, Verborgene Schätze	410
Immendörffer, Deutschösterreich und Ungarn	526
— Ungarn und der Friede von Neuilly	182
Juder, Wirtschaftsleben, Gesetz und Moral	279
Jürgens, Der geistige Krieg nach dem Kriege in Skandinavien	46
Kind, Die Deutschen in Südwestafrika	212
— Die südafrikanische Union, Südwestafrika und England	726
— Wer war Angreifer im Kolonialkrieg?	302
Lilie, Die „Kommission Schücking"	84
Linter, Besserung der Valuta	475
— Börsenspäne oder Umschwung in der Börsenstimmung	638
— Das Versagen der Börse	49
— Die Deutsche Bank	510
— Die mangelhafte Wirtschaftsstatistik	795
— Die Selbstentäußerung des deutschen Aktionärs	154
— Eine merkwürdige „Kapitalsteuer"	316
— Geschäftsstockung	543
— Käuferstreik	702
— Warum uns Amerika nicht hilft	282
— Zusammenbruch unserer Valuta	189
Lohmann, Anarchie und Wiedergeburt des Geistes	402
Lutz, Dämmerung in Frankreich	594
— Neue englische Dokumente über die Schuld am Kriege	296
v. Massow, Polen	615
Mauer, Australien nach dem Kriege	108
Merrem, Die Lage der Deutschen in Groß-Rumänien	210
— Die Probleme des südslawischen Staates	437
Graf Montgelas, Die Angriffe auf den parlamentarischen Untersuchungsausschuß	123
— Die schwarze Schande	681
— Die versehlte Abrüstung	496
Müller, Das dritte Ministerium Nitti	685
— Der italienische Rückversicherungsvertrag	74
— Giolitti	775
Murray, Amerika und Europa	396
Oehquist, Die neue finnische Regierung	530
Ostwald, Die demokratische Bewegung in Japan	267
Piech, Die auswärtige Politik der österreichischen Republik	551
— Der Partikularismus in der Tschechoslowakei	263
— Fiume und Deutschsüdtirol	393
Pfister, Bayern und der Einheitsstaat	149
Quendt, Der Straßburger Sozialistenkongreß	376
— Die Friedensvermittlung des Prinzen Sixtus 1917	138
— Englisch-französische Gegensätze?	488
Rassow, Generalsynode und evangelische Kirche	571
Rohrbach, Am Scheideweg in der Ostpolitik	35
— Auslieferung!	195
— Auswärtiges Amt und Auslandspolitik	483

Digitized by Google

Seite

Rohrbach, Demokratie und akademische Jugend 515
— Demokratie und soziale Führung 643
— Der Fresser England 611
— Der Osten in englischem Licht 387
— Der ratifizierte Friede 99
— Deutschland und die Konferenz 580
— Die Lage in Sowjet-Rußland 744
— Die neue Lage 259
— Ein Buch über Frieden und Hungersnot 172
— Europäische Zukunft 291
— Frankreichs „gerechter Friede" 707
— Leben, Freiheit, Glück 329
— Material zur auswärtigen Politik 419
— Nur so weiter 451
— Primat der auswärtigen Politik 675
— Soziales Evangelium 771
— Unsere ideenpolitische Zukunft 231
— Zu den Kaiserbriefen 67
Salz, Der türkische Friede 660
Sieger, „Bundesstaat Oesterreich" 339
Simon, Lebendig begraben 442
Schmidt, Denekins Ende 145
— Der rote Osten 207
— Nationaler Bolschewismus 467
— Pilsudski und Petljura 624
Schüler, Ist der Bolschewismus in China möglich? 245
v. Schulze-Gaevernitz, Deutsch-französische Wirtschaftsbeziehungen . 655
Snell, „Kriegspropaganda" 177
Sperber, Die heutigen Aufgaben der deutschen Auslandspresse 733
— Zur Auswanderungsfrage 25
Stein, Bestandsaufnahme 163
— Eine Gegenrevolution ohne Sinn und Ziel 353
Südhof, Die politische Lage in Groß-Rumänien 718
Thimme, Die Eckardsteinschen Memoiren 371
— Die Randbemerkungen des Kaisers 11
— Pohl und Tirpitz 236
— Vor den Wahlen 601
Thurnwald, Für die Menschlichkeit 310
— Politische Keime 565
Tiedje, Der Rechtskampf des Deutschtums um Schleswig 424
Treuherz, Aufgaben eines Reichsinstituts für Technik 470
Valentin, Befindet sich Deutschland noch im Kriegszustand mit Amerika? 753
Waldmann, Die polnische Krise 784
Waltemath, Kritik des freien Handels in der Nahrungsmittelversorgung . 405
— Politik und Valuta 220
Wendel, Albaniens Schicksal 588
Wentzcke, Französische Werbung am Rhein 695
Wertheimer, Wahlrecht und Interessenvertretung der Auslandsdeutschen 537
Willich, Wie der deutsche Soldat seinen Feind richt 21
* * * Die Zukunft der deutschen Zentrumspartei 492
* * * Feissal, König von Syrien? 555
* * * Geistesnot in Amerika 756
* * * Warum soll Hindenburg zur Präsidentschaft kandidieren? 344

Digitized by Google

II. Sachregister

Seite

Amerika
- Amerika 97, 258, 290, 386, 449, 513, 546
- Amerika und Europa (Murray) 396
- Befindet sich Deutschland noch im Kriegszustand mit Amerika? (Valentin) 753
- Geistesnot in Amerika (* * *) . 756
- Warum uns Amerika nicht hilft (Linter) 282
- Wilson 371

Auslandsdeutsche
- Die Deutschen in Südwestafrika (Kindt) 212
- Die heutigen Aufgaben der deutschen Auslandspresse (Sperber) 733
- Die Lage der Deutschen in Groß-Rumänien (Merrem) . 210
- Wahlrecht und Interessenvertretung der Auslanddeutschen (Wertheimer) 537
- Zur Auswanderungsfrage (Sperber) 25

Auswärtige Politik
- Auswärtige Politik 98
- Auswärtiges Amt und Auslandspolitik (Rohrbach) . . 483
- Das Gesetz des Weltreichs (Erdmann) 433
- Die „objektive Unmöglichkeit" (Heuß) 227
- Material zur auswärtigen Politik (Rohrbach) 419
- Primat der auswärtigen Politik (Rohrbach) 675
- Völkerbundpolitik (Jäckh) . . . 3

Australien
- Australien nach dem Kriege (Manes) 108

Balkan
- Albaniens Schicksal (Wendel) . 588
- Das neue Griechenland (Buetz)
- Die politische Lage in Groß-Rumänien (Südhof) . . . 718

Baltikum
- Die baltische Tragödie (von der Decken) 12

Dänemark, Skandinavien, Finnland
- Dänemark 417, 545
- Der geistige Krieg nach dem Kriege in Skandinavien (Jürgen) 46
- Die neue finnische Regierung (Oehquist) 530

Deutsche Erneuerung
- Antisemitismus (Fuchs) . . . 59
- Demokratie und akademische Jugend (Rohrbach) 575
- Leben, Freiheit, Glück (Rohrbach) 329
- Milizheere (Boelcke) 307
- Politische Keime (Thurnwald) 565
- Reichswehr (Boelcke) 635
- Unsere ideenpolitische Zukunft (Rohrbach) 231
- Verborgene Schätze (Jenny) . 110

Deutsch-Oesterreich
- Deutsch-Oesterreich 481, 739
- „Bundesstaat Oesterreich" (Sieger) 526
- Deutschösterreich und Ungarn (Immendörffer) 526
- Die auswärtige Politik der österreichischen Republik (Piech) 551
- Fiume und Deutschsüdtirol (Piech) 313

Deutsche Randgebiete
- Deutsche Randgebiete 193, 225, 322, 450, 578, 706
- Dänemark und die Nordmark (Cahén) 337
- Der Rechtskampf des Deutschtums um Schleswig (Tiedje) 424

England und Irland
- England und Irland 66, 162, 290, 384, 386, 450, 482
- Der Fresser England (Rohrbach) 611
- Die angelsächsische Weltherrschaft (Nerre) 199
- Die irische Frage (Buchholz) . 131
- Englisch-französische Gegensätze (Quendt) 488
- Irland (Buchholz) 457
- Krassin und Lloyd George (Buchholz) 781

Frankreich
- Frankreich 129, 322, 384, 418, 514, 610
- Dämmerung in Frankreich (Lutz) 594
- Die Auflösung des allgemeinen Arbeiterbundes in Frankreich (Ebstein) 691
- Französische Werbung am Rhein (Wentzcke) 695
- Von Clemenceau zu Deschanel (Ebstein) 97, 134

Digitized by Google

Seite

Friedensfragen
Friedensfragen 1, 321, 449, 481, 513, 609, 641
Auslieferung (Rohrbach) 34, 129, 195, 257
Bestandsaufnahme (Stein) . . 163
Der ratifizierte Friede (Rohrbach) 99
Die neue Lage (Rohrbach) . . 259
Die schwarze Schande (Montgelas) 681
Der Weg zur Friedensrevision (v. Bülow) 650
Deutschland und die Konferenz (Rohrbach) 580
Europäische Zukunft (Rohrbach) 291
Ein Buch über Frieden und Hungersnot (Rohrbach) . . 172
Frankreichs „gerechter Friede" (Rohrbach) 707
Lebendig begraben (Simon) . 442
Nur so weiter (Rohrbach) . . 451
Von San Remo nach Spa (Heuß) 547

Innere Politik
Innere Politik 2, 34, 99, 161, 226, 290, 385, 386, 417, 450, 482, 514, 577, 578, 706
Abtrommeln (Erdmann) . . . 79
Bayern und der Einheitsstaat (Pfister) 149
Der Plan des Kardinals Fleury (Groener) 8
Die politische Lage in Bayern (Hohmann) 568
Nach den Wahlen (Heuß) . . 739
Nationaler Bolschewismus (Schmidt) 467
„Nur keine inneren Krisen!" (Heuß) 105
Wirkungen und Folgerungen (Heuß) 367

Italien
Italien . . . 33, 418, 482, 610, 738
Das dritte Ministerium Nitti (Müller) 685
Der italienische Rückversicherungsvertrag (Müller) . . . 74
Giolitti (Müller) 775

Kolonien
Kolonien 1, 768
Die südafrikanische Union, Südwestafrika und England (Kindt) 726

Kriegsprobleme
Kriegsprobleme 706
Admiral von Müller gegen Großadmiral v. Tirpitz (Bachmann) 52
Briefe Wilhelms II. an den Zaren 1894—1914 (Hartung) 33, 430
Die Angriffe auf den parlamentarischen Untersuchungsausschuß (Montgelas) 213
Die Eckardsteinschen Memoiren (Thimme) 371
Die Friedensvermittlungen des Prinzen Sixtus 1917 (Quendt) 65, 138
Die Kommission Schücking Lilie 84
Die verfehlte Abrüstung (Montgelas) 496
Die Randbemerkungen des Kaisers (Thimme) 11
Ein Briefwechsel mit Ludendorff (Jäckh) 521
Ein Briefwechsel über „J'accuse" (Federn) 92
Konopischt (Jäckh) 584
„Kriegspropaganda" (Snell) . 177
Luftherrschaft (Boelcke) . . . 186
Miramar (Jäckh) 711
Neue englische Dokumente über die Schuld am Kriege (Lutz) 296
Wie der deutsche Soldat seinen Feind sieht (Willich) . . . 21
Wer war Angreifer im Kolonialkrieg? (Kindl) 302
Zu den Kaiserbriefen (Rohrbach) 67

Kulturpolitik
Anarchie und Wiedergeburt des Geistes (Lohmann) 402
Die Elternbeiräte (Heuß-Knapp) 312
Die Religionsartikel der Reichsverfassung (Foerster) . . . 116
Deutsche Zukunft und protestantische Kirche (Fuchs) . . . 666
Generalsynode und evangelische Kirche (Rassow) 571
Hochschule und Ausland (Dehn) 503
Soziales Evangelium 771

Neuerscheinungen
Neuerscheinungen . . 479, 512, 706

Ostasien
Ostasien 223, 513
Die demokratische Bewegung in Japan (Ostwald) 267
Ist der Bolschewismus in China möglich? (Schüler) 245

Parteipolitik
Parteipolitik 130, 194, 258, 546, 577, 609, 642, 706, 738

Digitized by Google

Seite

Demokratie und soziale Führung (Rohrbach) 643
Der Straßburger Sozialistenkongreß (Quendt) 376
Die Zukunft der deutschen Zentrumspartei (* * *) . . 492
Eine Gegenrevolution ohne Sinn und Ziel (Stein) 353
Erzberger und Helfferich (Heuß) 323
Fünf Tage Kraftprobe (Jäckh) 356
Problematik der Koalition Heuß 630
Vor den Wahlen (Thimme) . 601
Warum soll Hindenburg zur Präsidentschaft kandidieren? (* * *) 344
Max Weber (Heuß) 791

Polen
Polen 478, 546
Die polnische Krise (Waldmann) 784
Pilsudski und Petljura (Schmidt) 624
Polen (v. Massow) 615

Rußland
Osteuropa 66, 98, 130, 162, 226, 321, 418, 514, 605
Am Scheideweg in der Ostpolitik (Rohrbach) 35
Denikins Ende (Schmidt) 98, 145
Der Osten in englischem Licht (Rohrbach) 387
Der rote Osten (Schmidt) . . 207
Die Lage in Sowjet-Rußland (Rohrbach) 744
Lenin (Bonjansky) 721

Spanien
Spanien (Buetz) 114

Südslawien und Tschechoslowakei
Die französisch-südslawischen Geheimverträge und die Adriafrage (Carnevali) 460
Partikularismus in der Tschechoslowakei (Pieck) 263
Probleme des südslavischen Staates (Marcus) 437

Türkei
Vorderasien 285, 382

Seite

Der türkische Friede (Salz) . 660
Feissal, König von Syrien (* * *) 555
Vorderasien, (Bencke) 749
Vorderasien und das arabische Problem (Bencke) 17

Ungarn
Ungarn 162, 193, 322
Ungarn und der Friede von Neuilly (Immendörffer) . . 182

Wirtschafts- und Sozialpolitik
Wirtschafts- und Sozialpolitik 66, 130
Aufgaben eines Reichsinstituts für Technik (Treuherz) . . 470
Besserung der Valuta (Linter) 475
Börsenfläue oder Umschwung in der Börsenstimmung (Linter) . 638
Das Versagen der Börse (Linter) 49
Die mangelhafte Wirtschaftspolitik (Linter) 795
Die Deutsche Bank (Linter) . 510
Deutsch-französische Wirtschaftsbeziehungen (v. Schulze-Gaevernitz) 655
Diskretionismus Dreuw) . . . 250
Die Selbstentäußerung des deutschen Aktionärs (Linter) 154
Eine merkwürdige „Kapitalsteuer" (Linter) 316
Für die Menschlichkeit (Thurwald) 310
Geschäftsstockung (Linter) . . 543
Kritik des freien Handels in der Nahrungsmittelversorgung (Waltemath) 405
Käuferstreik (Linter) 702
Politik und Valuta (Waltemath) 220
Volkswirtschaftslehre und Fortbildungsschule (Arndt) . . 760
Wirtschaftsleben, Gesetz und Moral (Jude) 279
Zur Fortbildung des Marxismus (Heichen) 272
Zusammenbruch unserer Valuta (Linter) 189

Druck von Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W 57, Bülowstraße 66.

Digitized by Google

5. Jahrgang * 2. Januar 1920 * Heft 1

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Der Notenwechsel, den unsere Regierung mit der Entente führt, ist in seinem Grundcharakter festgelegt; es ist eine Frage der musikalischen Phrasierung, ob etwas mehr, etwas weniger an Melodie, an Lyrik, an Pathos ihm zugemessen wird. Das Leitmotiv, das von den andern angeschlagen und immer wieder gegeben wird, ist dasselbe geblieben, seit dem November 1918. Das „Zugeständnis" sachlicher Verhandlung über unsere Leistungsfähigkeit setzt die Unterwerfung unter den Buchstaben voraus; die Entente treibt nach wie vor das billige System einer plakatmäßigen Prestige-Politik, die sie ihren Mittelschichten schuldig zu sein glaubt und die nebenbei als Zermürbung für die deutsche Seele wirken mag. Man soll sich aber über das Hinterher keine großen Gedanken machen. Wenn die feindlichen Fachmänner sich mit den unsrigen darüber beraten, wie viel Schiffsbaumaterial zu den „Lebensnotwendigkeiten" Deutschlands gehört, so wäre als erstes ja erforderlich, über diesen Begriff eine einhellige Meinung herzustellen. Das aber ist unmöglich. Denn der Deutsche muß das Werkzeug der Arbeit als das einzige Mittel sehen, das ihn aus dem Sklaventum befreien kann; der Feind aber will, daß unser Leben Sklavendasein bleibe und will in diesem Rahmen unsere Notwendigkeiten sehen. Es müssen schon sehr bescheidene Gemüter sein, die darin einen Trost finden, daß das eine Mal der Franzose, das andere Mal der Engländer die Hebel der Presse in den Händen hält.

*

Der Oberste Rat in Paris hat wieder einmal eine Frage vertagen müssen: das Schicksal der deutschen Südseekolonien. Japan protestiert gegen das Verwaltungsmandat, das teilweise Australien übergeben werden sollte. Denn

Digitized by Google

Seite

Demokratie und soziale Führung (Rohrbach) 643
Der Straßburger Sozialistenkongreß (Quendt) 376
Die Zukunft der deutschen Zentrumspartei (* * *) . . 492
Eine Gegenrevolution ohne Sinn und Ziel (Stein) 353
Erzberger und Helfferich (Heuß) 323
Fünf Tage Kraftprobe (Jäckh) 356
Problematik der Koalition Heuß 630
Vor den Wahlen (Thimme) . 601
Warum soll Hindenburg zur Präsidentschaft kandidieren? (* * *) 344
Max Weber (Heuß) 791

Polen

Polen 478, 546
Die polnische Krise (Waldmann) 784
Pilsudski und Petljura (Schmidt) 624
Polen (v. Massow) 615

Rußland

Osteuropa 66, 98, 130, 162, 226, 321, 418, 514, 605
Am Scheideweg in der Ostpolitik (Rohrbach) 35
Denikins Ende (Schmidt) 98, 145
Der Osten in englischem Licht (Rohrbach) 387
Der rote Osten (Schmidt) . . 207
Die Lage in Sowjet-Rußland (Rohrbach) 744
Lenin (Bonjansky) 721

Spanien

Spanien (Buetz) 114

Südslawien und Tschechoslowakei

Die französisch-südslawischen Geheimverträge und die Adriafrage (Carnevali) 460
Partikularismus in der Tschechoslowakei (Pieck) 263
Probleme des südslavischen Staates (Marcus) 437

Türkei

Vorderasien 285, 382
Der türkische Fri
Feissal, König (* * *) . . .
Vorderasien, (Ben
Vorderasien und
Problem (Benc

Ungarn

Ungarn . . . . .
Ungarn und der
Neuilly (Immen

Wirtschafts- und politik

Wirtschafts- und

Aufgaben eines Rei
für Technik (Treu
Besserung der Valuta
Börsenfläue oder Umi
der Börsenstimmung
Das Versagen der Bö
Die mangelhafte
politik (Linter)
Die Deutsche Bank
Deutsch-französische
beziehungen (v.
Gaevernitz) . . . .
Diskretionismus Dreun
Die Selbstentäußerun
deutschen Aktionärs
Eine merkwürdige „
steuer" (Linter) . .
Für die Menschlichkeit
wald) . . . . .
Geschäftsstockung (Linte
Kritik des freien Han
der Nahrungsmitte
gung (Waltemath) . .
Käuferstreik (Linter)
Politik und Valuta
math) . . . . .
Volkswirtschaftslehre und
bildungsschule (Arndt
Wirtschaftsleben, Gese
Moral (Jude) . . .
Zur Fortbildung des M
mus (Heichen) . . .
Zusammenbruch unserer
(Linter) . . . . .

Druck von Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W. 1, Mauerstraße 90.

Digitized by Google

5. Jahrgang

Deutsc

Wochenschrift für

Ernst Jäckh

Völkerbundpolitik

Von Professor Dr. E. Jäckh

n will, darf nicht schönen Hoffnungen und Wünschen
dern muß von harten Tatsachen ausgehen.
che ist die der Ohnmacht Deutschlands, einer Entwaff-
chen Umfange, daß sie fast vollständig ist; und
elung, daß sie ebenso vollständig bleiben wird.
gen die keinerlei noch so zorniges Gefühl ankann,
so verständliches Sichsträuben hilft. Selbst wenn ge-
e Stimmung und den gleichen Willen hätten und haben,
e notwendigen Materialien des modernen Krieges
und auch als Waffen. An dieser Tatsache scheitert
Erhebung vor hundert Jahren. Die Waffe der Macht-
uns nicht nur schwach und stumpf geworden; sie ist
e deutsche Waffe kann nur noch das Recht, der Rechts-
uns innerpolitisch wie außenpolitisch voranbringen,
ins allgemeine Bewußtsein übergeht.
sache ist die, daß ein Völkerbund entstanden ist und zu
e der Ratifikation des Versailler Friedens durch die
wirklicher Völkerbund, sondern nur ein sogenannter
„Völkerbund", von dem es gilt, daß der Buchstabe
er wahre Völkerbundgeist, der erst lebendig macht,
ersten Male ein Staatenbund, der fast die gesamte
und der die gesamte Welt unter die neue Ordnung
will und zwingen kann. Eine solche weltgeschicht-
e neue Ordnung der Welt nach den Grundsätzen
n gewiß an dem Tage, an dem klar wurde, daß der
on — wenn nicht schon den Krieg als Kriegsteilneh-
en als Friedensvermittler, als arbiter mundi — ent-
Die deutsche Niederlage hat den „Völkerbund" von
Ein Verständigungsfriede hätte auch einen Völker-
natürlich, als den von Versailles. Selbst ein deut-
rbund nicht mehr umgehen können; wiederum einen
Paris in der Form eines Diktats von Foch, etwa in
nes Völkerbundes von Berlin mit dem Zuschnitt von
o, oder so — das Prinzip eines Völkerbundes als
schon entschieden an dem Tage, da die neue Welt
ür die alte Welt mitbestimmend wurde, sei es schon

Der Noten
seinem Grund
ob etwas mehr
messen wird.
gegeben wird,
sachlicher Ver
den Buchstaben
plakatmäßigen
und die neben
sich aber über
lichen Fach
material zu den
ja erforderlich
aber ist
einzige
will, daß
Notwendigkeiten
einen Trost
länder die

Der
Schick
das

Digitized by Google

es nimmt an, und wohl mit Recht, daß die Regierung in Sidney ihre Rassenpolitik (Einwanderungsverbot für die gelbe Rasse) auch auf diese Verwaltungsbezirke ausdehnen würde, die ihm vorgelagert sind. Das aber läßt der japanische Imperialismus nicht zu, der mit seiner Kriegshilfe in der Entente Gleichberechtigung des gelben Mannes erkämpft haben will. Wie klein ist die noch ungelöste Fiumefrage gegenüber diesem weltgeschichtlichen Problem, das von den Händen der heute Mächtigen zu Paris gemeistert werden will!

*

Lloyd George nähert sich wieder der Irenfrage und da er um Einfälle nicht verlegen ist, schlägt er für das katholische und das protestantische Irland je ein getrenntes Parlament vor und überläßt diesen, aus einem gemeinsamen Ausschuß, einem Rat, die sozusagen einheitliche Regierung entstehen zu lassen. Es ist nicht wahrscheinlich, daß die katholische nationalistische Mehrheitsgruppe dadurch befriedigt sein wird. Es deuten sich aber in diesen Vorschlägen, auch in denen über die Steuerkompetenzen, die Umrisse an, wie Großbritannien sich glaubt föderalisieren zu können. Die nächsten Jahre werden vermutlich den Kampf um die geschichtliche Stellung des Unterhauses bringen.

*

Wenn wir hier den Standpunkt vertreten, daß die Entwicklung Deutschlands zum Unitarismus aus finanziellen und verkehrspolitischen Gründen zwangsläufig ist, so wollen wir nicht übersehen haben, daß dies ein Fragengebiet ist, das mit vorsichtiger Führung behandelt sein will. Denn gar zu leicht vergessen wir, daß diese Angelegenheit bei unseren Feinden, namentlich in Paris, aufmerksam genug beobachtet wird. Die französische Schule, die in der Zerstückelung Deutschlands die Richtlinie aller gallischen Politik sieht, ist nicht ausgestorben und sie nährt ihr Vertrauen aus süddeutschem, namentlich bayerischen Partikularismus. Es sollte nicht erstaunlich sein, wenn man in Paris mit dem Gedanken spielen würde, Deutschösterreich zwar nicht den Anschluß an das Reich, wohl aber die Vereinigung mit Bayern zu gestatten, um damit die deutsche Einheit tödlich zu treffen. Die Enthüllungen über die zweideutige Stellung des bayerischen Kammer-Zentrums im Oktober 1918, die jetzt gemacht wurden, und die Politik von Dr. Georg Heim zwingen zur Vorsicht. Die Lehre daraus ist die, daß man sich in der Preußischen Landesversammlung klar sein muß über die Wirkung unitarischer Kundgebungen; daß es nämlich mit der Kundgebung nicht getan ist, wenn nicht ein klares Bild über den Weg des Vorgehens bereits vorhanden.

Digitized by Google

Völkerbundpolitik

Von Professor Dr. E. Jäckh

Wer Politik machen will, darf nicht schönen Hoffnungen und Wünschen sich hingeben, sondern muß von harten Tatsachen ausgehen.

Eine solche Grundtatsache ist die der Ohnmacht Deutschlands, einer Entwaffnung — in einem solchen Umfange, daß sie fast vollständig ist; und von einer solchen Regelung, daß sie ebenso vollständig bleiben wird. Das ist eine Tatsache, gegen die keinerlei noch so zorniges Gefühl ankann, gegen die keinerlei noch so verständliches Sichsträuben hilft. Selbst wenn genügend Menschen die gleiche Stimmung und den gleichen Willen hätten und haben, so würden und werden die notwendigen Materialien des modernen Krieges fehlen, schon als Rohstoffe und auch als Waffen. An dieser Tatsache scheitert auch jeder Hinweis auf die Erhebung vor hundert Jahren. Die Waffe der Machtpolitik, der Gewalt ist für uns nicht nur schwach und stumpf geworden; sie ist zerbrochen, zerschlagen. Die deutsche Waffe kann nur noch das Recht, der Rechtsanspruch sein; und es wird uns innerpolitisch wie außenpolitisch voranbringen, wenn diese Tatsache endlich ins allgemeine Bewußtsein übergeht.

Und eine zweite Grundtatsache ist die, daß ein Völkerbund entstanden ist und zu bestehen beginnt — am Tage der Ratifikation des Versailler Friedens durch die Entente. Gewiß nicht ein wirklicher Völkerbund, sondern nur ein sogenannter „Völkerbund"; gewiß ein „Völkerbund", von dem es gilt, daß der Buchstabe tötet, und dem der Geist, der wahre Völkerbundgeist, der erst lebendig macht, noch fehlt. Aber doch zum ersten Male ein Staatenbund, der fast die gesamte Welt umspannt, einspannt und der die gesamte Welt unter die neue Ordnung eines Völkerbundes stellen will und zwingen kann. Eine solche weltgeschichtliche Wendung, eine solche neue Ordnung der Welt nach den Grundsätzen eines Völkerbundes war schon gewiß an dem Tage, an dem klar wurde, daß der amerikanische Präsident Wilson — wenn nicht schon den Krieg als Kriegsteilnehmer, so doch sicher den Frieden als Friedensvermittler, als arbiter mundi — entscheiden wollte und konnte. Die deutsche Niederlage hat den „Völkerbund" von Versailles zur Folge gehabt. Ein Verständigungsfriede hätte auch einen Völkerbund gebracht; einen anderen natürlich, als den von Versailles. Selbst ein deutscher Sieg hätte einen Völkerbund nicht mehr umgehen können; wiederum einen anderen natürlich, als den von Paris in der Form eines Diktats von Foch, etwa in der entsprechenden Satzung eines Völkerbundes von Berlin mit dem Zuschnitt von Ludendorff. Aber so, oder so, oder so — das Prinzip eines Völkerbundes als Folge des Völkerkrieges war schon entschieden an dem Tage, da die neue Welt der amerikanischen Staaten für die alte Welt mitbestimmend wurde, sei es schon

Digitized by Google

für Krieg oder erst für Frieden. Die Bestätigung dieses Zusammenhanges haben wir schon im November 1916 erlebt: in der Reichstagsrede des Reichskanzlers Bethmann Hollweg, am 9. November, jenem ersten offiziellen Bekenntnis der deutschen Reichsregierung zum Völkerbund. Damals schon war es nicht mehr frei gegeben, daß Deutschland es entscheiden konnte, ob Völkerbund oder ob nicht. Der Völkerbund war bereits auf dem Vormarsch, und seine grundsätzliche Sicherung erschien schon am Horizont eines jeden Ausganges des Völkerkrieges. Heute ist es uns erst recht nicht frei gegeben, daß Deutschland entscheiden kann, ob Völkerbund oder ob nicht. Die Nachkriegspolitik aller kriegsbeteiligten Staaten, wie selbst der unbeteiligten Staaten, heißt heute irgendwie Völkerbundpolitik.

Diese beiden Grundtatsachen bestimmen alle Politik: die Ohnmacht von Deutschland einerseits und die Weltmacht eines Völkerbundes andererseits.

Dieser „Völkerbund" hat zunächst die Form des Vertrages von Paris und Versailles, d. h. er vereinigt zunächst die ganze gegnerische, siegreiche Koalition des Weltkrieges gegen Deutschland; aber nicht nur diese uns überwältigende Welt, sondern dazu noch bald unsere Nachbarn, die bisherigen Neutralen. Ein solcher Nachkriegsbund neben uns, ein solcher Weltfriedensbund neben uns, wird also noch stärker, noch mächtiger, als der Weltkriegsbund gegen uns. Wer vermöchte da, auch wenn er gegen jeden Strom zu schwimmen vermag, gegen einen solchen und über einen solchen Ozean zu schwimmen! Dieser Ozean eines solchen Völkerbundes bespült uns nicht nur, umgreift uns nicht nur; sondern er reicht noch weiter, so weit, um in bisher deutschen Bezirken uns zu überspülen, um in bisherige deutsche Betätigung bei uns einzugreifen. Erinnern wir uns nur an die Bestimmungen über das Saargebiet, über Danzig, über das deutsche Mittelafrika; ganz besonders an die Revision des Friedensvertrages durch den Völkerbund. Es ist der Völkerbund, der das Saargebiet übernimmt; es ist der Völkerbund, der Danzig verwaltet; es ist der Völkerbund, der Kamerun, Togo und Deutsch-Ostafrika übernimmt, unter wirtschaftlicher Gleichberechtigung aller Völkerbundsmitglieder, also auch Deutschlands — wenn es dem Völkerbund angehört. Mit anderen Worten: der Völkerbund bewahrt die genannten bisher deutschen Gebiete vor je einem einzelnen unserer bisherigen Feinde und schiebt sich zwischen sie und Deutschland und sichert so Deutschland eine mittelbare Mitwirkung — von dem Zeitpunkt an, wo Deutschland dem Völkerbunde angehört. Ist es für uns vorteilhafter, außerhalb des Völkerbundes ein Objekt einer durch uns nicht zu bestimmenden Willkür zu bleiben, oder innerhalb des Völkerbundes ein Subjekt einer von uns mitzubestimmenden Willensrichtung zu werden? Liegt es nicht in der Natur der Dinge, daß ohne uns auch gegen uns entschieden werden wird, daß aber mit uns auch für uns entschieden werden kann.

Digitized by Google

Schließlich hat der „Völkerbund" auch in seiner Versailler Fälschung die für uns allerwichtigste Aufgabe, der gegenüber alle Deutschen (sie mögen stehen, wo sie wollen) nur eine einheitliche und einmütige Gesinnung haben können: die Revision des Friedensvertrages. Das muß doch der Sinn und das Zentrum aller deutschen Auslandspolitik in den nächsten Jahren sein und bleiben: die Revision des unerträglichen Gewaltfriedens von Versailles. Und wer ist in aller Form berufen — selbst durch die alliierten und assoziierten Mächte, durch die Note vom 16. Juli 1919: wieder der „Völkerbund" — der unsere bisherigen Feinde und die bisherigen Neutralen vereinigt. Jene Note spricht aus, daß durch den Völkerbund „die Festsetzung von 1919 selbst von Zeit zu Zeit abgeändert werden kann, um neuen Tatsachen und neuen Bedingungen, so wie sie entstehen, gerecht zu werden". Die Artikel 289 und 376 bestimmen: „Bei Meinungsverschiedenheiten wird die Entscheidung des Völkerbundes angerufen"; und: „Streitigkeiten, die zwischen beteiligten Mächten über die Auslegung und Anwendung der Vorschriften des Friedensvertrags entstehen könnten, werden in der vom Völkerbund vorgesehenen Weise geregelt." Noch einmal: ohne uns — sicherlich auch gegen uns; mit uns — vielleicht auch für uns. Der Völkerbund wird so Appellinstanz, ein Areopag der Welt gegenüber dem parteiischen Tribunal von Paris. Schon diese eine Aufgabe des Völkerbundes (auch des von Versailles), die an die innerste, entscheidende Lebensmöglichkeit und Lebensnotwendigkeit Deutschlands greift, müßte in Deutschland eine andere Einstellung zum Völkerbunde erreichen (auch zu dem von Versailles), als die öffentliche Meinung gemeinhin sie hat. Noch gar nicht zu reden von den gemeinschaftlichen Aufgaben gegenüber dem allseitigen Weltbankrott, etwa in einer Völkerbundsanleihe, oder von der Valutaregelung, von der Rohstoffverteilung, von Rechtsangleichungen und auch einmal von Rüstungsbeschränkungen — auch bei anderen Staaten und nicht nur bei Deutschland.

Aber: ist nicht der „Völkerbund" von Versailles bereits wieder gefährdet durch die amerikanischen Schwierigkeiten? Wie die innerpolitischen Auseinandersetzungen in Amerika, die Parteikämpfe zwischen Demokraten und Republikanern sich schließlich entscheiden, das ist heute noch von niemand vorauszusagen. Es braucht nicht besonders betont zu werden, daß die amerikanischen Motive für Vorbehalte und Zurückhaltung nichts zu tun haben mit irgendeiner humanitären oder sentimentalen Rücksicht auf Deutschland, und fast ebensowenig etwa mit einem ethischen Idealismus für einen vollkommenen Völkerbund. Die amerikanische Politik wird auch jetzt, wie im Kriege, nur bestimmt durch den panamerikanischen Egoismus, der im Kriege mit angelsächsischem Egoismus identisch wurde und der jetzt wieder sich als puramerikanischer Egoismus bewährt. Freilich: ein etwaiger Rücktritt Amerikas vom „Völkerbund" kann nur Nachteile für Deutschland brin-

Digitized by Google

gen. Nicht daß zu fürchten wäre, daß Amerika sich überhaupt aus der europäischen Wirtschaft zurückziehen würde; Amerika kann auch ohne Zugehörigkeit zum Völkerbunde mit Deutschland unmittelbar seine wirtschaftlichen Vereinbarungen treffen. Aber es wird wohl richtig sein, daß die amerikanische Stimme in den europäischen Völkerbundfragen, auch in allen schon eingesetzten und noch einzusetzenden Kommissionen, leidenschaftsloser, weil uninteressierter, also maßvoller klingen kann, als die nachbarliche Dissonanz von Haß und Angst in Frankreich. Schon werden ja in Frankreich Stimmen laut, die im Falle eines Austritts Amerikas aus dem „Völkerbund" eine neue, andere Garantie, einen Garantie-Ersatz gegen den östlichen Nachbar fordern: in der Gestalt des linken Rheinufers.

Aber gesetzt auch den Fall eines Ausfalls des amerikanischen Kontinents aus dem „Völkerbund" von Versailles, so würde — das darf nach englischen Andeutungen bereits angenommen werden — der Völkerbund als europäisch-asiatischer Torso bestehen bleiben unter englischer Führung. Auch einem solchen Völkerbunde gegenüber könnte Passivität und Abstinenz uns nichts nützen. Freilich würde ein solcher Torso auch seinerseits ein größeres Bedürfnis haben, durch raschere Einfügung von anderen Gliedern sich zu vervollkommnen.

Der Wunsch und die Hoffnung mancher neutraler Staatsmänner, daß im Falle eines Fiaskos des Versailler „Völkerbundes" der neue wirkliche Völkerbund von Europa sich gestalten kann — von Anfang an unter Mitwirkung auch der Neutralen, auch des besiegten Mitteleuropas, und nicht, wie bisher, nur der siegreichen alliierten und assoziierten Mächte — solcher Wunsch und solche Hoffnung scheint wenig aussichtsvoll, so sehr eine solche Entwicklung da anknüpfen würde, wo vor dem Kriege und teilweise auch noch während des Krieges die theoretischen pazifistischen Erörterungen stehen geblieben sind. Die Ausdehnung über Europa hinaus hat der Völkerbundgedanke erst in diesem Weltkrieg durch Amerika erfahren.

Aber wiederum: so oder so, oder so — der Anfang eines Völkerbundes als Neuordnung der Welt wird in absehbarer Zeit nicht mehr widerrufen werden können; das Rad wird nicht mehr zurückgedreht werden können. Freilich: natürliche Interessengegensätze selbst zwischen den Völkern werden in jedem Völkerbunde bestehen bleiben und sie werden auch zu verschiedenen und wechselnden Gruppierungen innerhalb eines Völkerbundes führen — zu Abstimmungen und Entscheidungen, in denen sich natürliche Interessen zusammenfinden werden. Es wird der richtige Anschluß und die richtige Gemeinschaft zu finden sein. Damit wird auch berührt, was hier nur kurz gestreift werden kann: das Verhältnis von Nation und Völkerbund. Es wäre falsch, in der Völkerbundpolitik eine Verwischung der nationalen Eigenart eines Volkes zu

Digitized by Google

sehen, im Sinne und zugunsten einer internationalen Verschwommenheit. Ein Volk hat nicht nur das Selbstbestimmungsrecht, sondern auch die Selbstentwicklungspflicht: nur so kann der Reiz und der Reichtum der Individualität auch dem Wert der internationalen Gemeinschaft und ihrer eigenen Wertsteigerung zugute kommen.

Eine Aufgabe jeder echten Völkerbundpolitik wird die Umgestaltung des „Völkerbundes" von Versailles zu einem wirklichen Völkerbund sein. Es ist nicht nur so, daß eine Revision des Friedensvertrages durch den Völkerbund nötig und möglich ist, sondern auch so, daß eine Revision des „Völkerbundes" durch die Friedensarbeit möglich und nötig ist. Dazu ist erste Voraussetzung die Zulassung von Deutschland selbst zum Völkerbunde. In England wagt es bereits die englische Liga für Völkerbund unter Führung von Lord Robert Cecil für die sofortige Zulassung Deutschlands zu arbeiten. In Japan mehren sich gleichgerichtete Willensansätze; und ebenso in Italien, besonders seit dem sozialistischen Wahlsieg. Auf die Mitwirkung der Neutralen wird gleichfalls zu rechnen sein, entsprechend den bisherigen Erörterungen und Beschlüssen in den neutralen Ländern. Diese Erörterungen lassen auch den Willen erkennen, an der Revision des falschen „Völkerbundes" von Versailles und an seiner Um- und Ausgestaltung zu einem wirklichen Völkerbunde mitzuarbeiten — mit allen Mitteln, die für die Änderung von Verfassungen notwendig und möglich sind; freilich auch unter all den Schwierigkeiten und Hindernissen, die sich Verfassungskämpfen und Verfassungsänderungen entgegenstellen. Es wird ein langer und schwerer Weg sein vom Versailler „Völkerbund" zu einem wirklichen Völkerbund — wie ihn Imanuel Kant in seiner Reinheit gesehen und gezeigt hat; aber auch bis zum offiziellen Völkerbundentwurf der deutschen Regierung. Die Friedenstaube, die einst in Königsberg aufgeflogen ist, hat auf dem weiten Wege über Washington und Versailles eine Metamorphose erlebt, die sie fast in einen gallischen Hahn verwandelt hat. Die Metamorphose zurück zur echten organischen Gestalt wird Aufgabe und Interesse verschiedener Beteiligter sein.

Aber: ob wir auf den Pessimismus des Skeptikers oder auf den Idealismus des Pazifisten oder auf den Opportunismus des Praktikers uns einstellen — Einstellungen zum Völkerbund, wie sie in jedem Volke heute zu finden sind, in England beispielsweise von Lloyd George an, der mit Asquith und Balfour gemeinsam das Ehrenpräsidium der englischen Liga für Völkerbund übernommen hat, über Grey und Cecil, bis zu den religiös-humanitären Kreisen der Quäker — wie wir uns auch dazu stellen: das Zeitalter der Völkerbundpolitik hat begonnen — ob wir selbst wollen oder nicht. Wir müssen aber wollen, und wir können auch wollen. Nicht nur aus egoistischer Interessenberechnung, sondern aus einem allgemeinen Menschheitsinteresse. Das Chaos der Welt kann nur durch eine

Digitized by Google

Arbeitsgemeinschaft der Welt langsam in eine Ordnung kommen; in eine neue Ordnung durch einen Völkerbund. Die Weltkarte von Versailles ist kein Abschluß, sondern erst ein Anfang; vielleicht noch nicht einmal das; mehr erst eine unsichere Ahnung. Die Mitarbeit des deutschen Volkes ist beim Aufbau der neuen Welt aus dem Schutt eines grausigen Krieges unentbehrlich. Das deutsche Volk hat dank seiner Geschichte (sowohl des Geistes, wie der Arbeit) und dank seiner Zivilisation und Kultur ein Anrecht auf solche Menschheitspflicht; ein Anrecht, so groß, wie jedes andere Volk; ja noch größer, als manches andere Volk, das im „Völkerbund" von Versailles bereits vertreten ist. Arbeiten wir daran, daß die Menschheitsgeschichte dereinst über die Leistung des deutschen Volkes für den Neubau der künftigen Menschheit und für den Mitbau am wirklichen Völkerbund das Urteil sprechen wird: Der Stein, den die Bauleute verworfen haben, ist zum Eckstein geworden.

Der Plan des Kardinals Fleury

Von General Groener

Als die Oberste Heeresleitung am 29. September 1918 es für geboten hielt, den Kampf abzubrechen, um dem deutschen Volke nutzlose Menschenopfer zu ersparen, konnte kaum ein Zweifel sein, daß die gewaltige, umwälzende Weltbewegung, die durch den Weltkrieg zum Ausbruch kam, nicht mit dem Niederlegen der Waffen und durch die Formalität eines Friedensschlusses ihr baldiges Ende finden würde. Auch ließen die vierzehn Wilson-Punkte erwarten, daß die staatenumwälzende Bewegung neue Nahrung erhalten würde. Selbst einer stärkeren Persönlichkeit, als es Wilson in der Tat war, konnte es nicht gelingen, die gerufenen Geister wieder loszuwerden. Solch gewaltige, geistige Kräfte, wie sie durch den Weltkrieg in Bewegung gesetzt waren, lassen sich nicht durch das Machtgebot eines Einzelmenschen, wäre er auch das größte Genie, mit einem Male in der Bewegung unterbrechen. Sie müssen und werden auslaufen nach den Gesetzen von der Erhaltung der Kraft und werden übergehen in neue Bewegungen. Die geistigen Kräfte, die die Welt beherrschen und dem Geschehen die Richtung geben, lassen sich nicht kommandieren. Wohl aber können sie erkannt, geführt und geleitet werden, wobei sie zum Nutzen oder Schaden des einen oder des andern Volkes ausschlagen werden, je nachdem ein starker und zielsicherer Wille oder ein schwacher und unsicherer die Führung hat. Voraussetzung für die richtige Bahn bleibt stets die klare Erkenntnis, die dem Parteipolitiker des Tages nie gegeben sein wird. Sein Auge bleibt stets getrübt durch die nächsten Interessen der Partei und die Leidenschaften des Parteikampfes. Dies gilt ganz

Digitized by Google

besonders für eine Lage, wie sie infolge des Ausganges des Waffenkampfes für Deutschland vorliegt. Die Waffen sind niedergelegt, der Kampf der geistigen Kräfte geht weiter. Frankreich und England verfolgen ihre Ziele mit Beharrlichkeit, getrieben von den Strömungen, die aus der historischen Entwicklung geboren sind. Während die englische Bewegung sich gegen die Wiedererstarkung unserer weltwirtschaftlichen Kraft richtet, nimmt die französische die Sprengung der politischen Einheit des deutschen Volkes zum Ziel. Jene ist jüngeren Datums, diese Jahrhunderte alt. Die berühmten drei Kardinäle sind die hauptsächlichsten Träger der französischen Bestrebungen gewesen, die auch Napoleon I. übernommen hat. Richelieu (1624—1642) nahm die Schwächung Habsburgs zum Ziel seiner Politik. Mazarin suchte 1658 durch die „rheinische Allianz", den Vorläufer des Rheinbundes, den westfälischen Frieden zugunsten Frankreichs zu sichern. Der dritte der Kardinäle, Fleury, trachtete nach dem Tode Karls VI. (1740) danach, in Deutschland vier ungefähr gleich mächtige Staaten nebeneinander zu errichten. „Wie leicht hätte über vier solche Staaten, die sich ihrer Natur nach niemals miteinander verstanden haben würden, Frankreich dann eine immerwährende Oberhoheit behauptet," meint Ranke. Glücklicherweise war Fleury nicht der Mann zur Ausführung eines solchen Planes, zudem starb er rechtzeitig; auch war Frankreich unter Ludwig XV. innerlich nicht mehr stark genug, um den großzügigen Plan gegen Deutschland auszuführen. Vor allem aber entstand dem deutschen Volke in Friedrich dem Großen der Retter vor solcher Gefahr. Die Pläne Mazarins und Fleurys nahm Napoleon I. im Rheinbund wieder auf, der den deutschen Süden und Westen dem österreichischen Einfluß ganz entziehen und an Frankreich ketten sollte. Um die Störung dieser Entwicklung durch Preußen zu verhindern, war der Krieg von 1806 nötig. Zwar mißlang der schwarze Plan in der Folge, da Napoleon sich in seinen Kräften übernommen hatte. Immerhin war das heilige römische Reich deutscher Nation auch dem Namen nach beseitigt, nachdem es schon Jahrhunderte lang nur noch in Altersschwäche vegetiert hatte. Außerdem hatte Napoleon I. den Gegensatz Preußen—Österreich verstärkt hinterlassen, aus dem die spätere französische Politik im Sinne der alten Gedanken Vorteil ziehen konnte. Dem Neffen, der den Versuch dazu machte, verdarb Bismarck das Spiel.

Es bedarf der weiteren Darlegung der historischen Entwicklung, die jedermann geläufig ist, nicht; nur der Feststellung, daß das Ergebnis des jüngst vergangenen Krieges dem Wiedererstarken der alten französischen Bewegung im Sinne des Fleuryschen Planes allen Vorschub leistet. Diese Gefahr muß klar und fest ins Auge gefaßt werden, um so mehr, als wir nach alter deutscher Gepflogenheit allzu leicht geneigt sind, uns selbst zu spalten und den politischen Zustand einer längst vergangenen Zeit aus der historischen Rumpelkammer wieder hervorzuholen.

Digitized by Google

Selbst das in vier Jahren gigantischen Kampfes gemeinsam vergossene Blut scheint nicht ausreichende Bindekraft zu haben, um die deutschen Stämme und Parteien vor Torheit zu bewahren. Nur in der Einigkeit des ganzen deutschen Volkes und in der Einheit des gesamten staatlichen Organismus, der alle deutschen Stämme umfaßt, liegt die „Idee", liegt diejenige geistige Bewegung, die stark genug ist, die andern, die englische wie die französische, zu überwinden.

Für viele wird größte Selbstverleugnung dazu gehören, alte, liebgewordene Anschauungen und Traditionen zu verlassen; für noch weitere Kreise wird es nötig, hochgeschraubte Hoffnungen auf eine Zeit irdischer Glückseligkeit zu begraben; für nicht wenige wird Selbstsucht und materielles Interesse den Entschluß erschweren und für alle der unerschütterliche Wille nötig sein, für das Wohl der Gesamtheit zu arbeiten und zu darben. Parteikampf, Klassenkampf, Stammesstreit führen lediglich zur Spaltung und Schwächung der Kraft des Volkes, die wir konzentrieren müssen auf die eine Idee. Vor allem die Preußen, als bisherige Vormacht des deutschen Bundesstaates, müssen sich entschließen, auch in der Idee des deutschen Einheitsstaates die geistige und moralische Führung zu übernehmen. Die gewaltige werbende Kraft, die in einer großen Idee liegt, muß alle mitreißen. Weder dynastische Gefühle und Hoffnungen, noch die berechtigte Liebe zur engeren Heimat, die in jedem deutschen Herzen tief innen wohnt, dürfen in der Zeit höchster Gefahren die Bayern, Preußen oder Schwaben oder sonst einen, wes Stammes er auch sei, im Entschluß hemmen, sein ganzes Fühlen, Denken und Handeln, seine ganze geistige und physische Kraft auf das eine Ziel einzustellen, durch die Idee der Einigkeit und Einheit diejenigen feindlichen Strömungen aufs äußerste zu bekämpfen, die dem deutschen Volke den Wiederaufstieg hindern wollen. Deutsche aller Stämme, Parteien und Stände vereinigt Euch! Fort mit dem Partei- und Klassenkampf! Fort mit innerem Hader und Zank! Schließt die Einheitsfront! Wir dürfen nicht zurücksinken in die politische Zersetzung vergangener Jahrhunderte; das Werk Bismarcks zu vollenden, ist die Aufgabe. Sonst sind wir auch wirtschaftlich nicht imstande, uns zu erholen.

Mag der einzelne dieser oder jener Staatsform aus mancherlei Gründen den Vorzug geben, den Bundesstaat als End- oder Übergangsform staatlicher Ordnung betrachten. Der Wandel der Zeit fordert gebieterisch, der äußeren Schale frischen, werbenden, geistigen Inhalt zu geben: eine große Idee. Der innere Kampf zwischen dem monarchischen Prinzip und dem der Volkssouveränität führt unweigerlich in dieser Zeit der äußeren Gefahren zur Schwäche. Unsere Stärke liegt im deutschen Einheitswillen. „Einheit und Wirtschaft" muß die Losung sein.

Digitized by Google

Die Randbemerkungen des Kaisers

Von Dr. Friedrich Thimme

Seit dem 10. Dezember liegen die lange erwarteten deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch in vier Bänden von mittlerem Umfange vor. Sie geben sich im Untertitel als „vollständige Sammlung der von Karl Kautsky zusammengestellten amtlichen Aktenstücke mit einigen Ergänzungen, nach gemeinsamer Durchsicht mit Karl Kautsky herausgegeben von Graf Max Montgelas und Professor Walter Schücking". Die beiden Herausgeber erklären im Vorwort, an der Kautskyschen Sammlung aus rein sachlichen Gründen, wie aus solchen der äußeren Zweckmäßigkeit nur wenig geändert zu haben, da diese Sammlung sich bei unbefangener Betrachtung als ein sorgfältig durchgeführtes Unternehmen darstelle, das durch wesentliche Änderungen nur an Wert hätte verlieren können. Auch darin sind die beiden Herausgeber Kautsky gefolgt, daß sie die zahlreichen Randbemerkungen, die der Kaiser nach alter, von seinen Vorfahren übernommener Gewohnheit in die ihm vorgelegten diplomatischen Aktenstücke einzutragen pflegte, in den Abdruck aufgenommen haben, ganz einerlei, ob diese Glossen von politischer Bedeutung gewesen sind, oder lediglich den impulsiven Niederschlag von Momenteindrücken des Kaisers beim ersten Lesen der Schriftstücke vorstellen. Mit Recht hat der ehemalige Reichskanzler von Bethmann Hollweg dagegen protestiert, daß auch solche Randvermerke des Kaisers publiziert worden sind, die keinerlei politische Aktionen bezweckten und darum keinen Bestandteil der Politik bildeten. Auch die beiden Herausgeber der Dokumente scheinen sich nur ungern zu dem Abdruck der Randglossen verstanden zu haben. Sie werden sich gesagt haben, daß nachdem Kautsky einmal von den Marginalien Kenntnis erhalten habe, er es sich keinesfalls nehmen lassen werde, in dem von ihm vorbereiteten Kommentar zu den Dokumenten, der ja skandalöserweise noch vor den Dokumenten selbst, erst in England und Holland und nun auch in Deutschland erschienen ist, skrupellos alle Randbemerkungen des Kaisers zu verwerten, die geeignet sein konnten, diesen in das Licht des hauptsächlichen Urhebers des Weltkrieges zu rücken. Unter diesen Umständen mochte es das Gegebene für die beiden Herausgeber sein, auf die Gefahr hin, einer Undelikatesse und Illoyalität, die tatsächlich auch vorliegt, geziehen zu werden, sämtliche Randbemerkungen des Kaisers ohne Ausnahme, bis zum letzten Ausrufungszeichen aufzunehmen. Wenigstens haben sie es nicht getan, ohne einige Warnungstafeln bei den kaiserlichen Glossen aufzurichten. Ausdrücklich bemerken sie: „Gelegentlich ergibt sich aus den Akten selbst, daß die Randverfügungen zu spät eintrafen, um für die Entscheidung noch irgendwie verwertet werden zu können. In anderen Fällen ergeben die Akten, daß es sich um Weisungen handelt, die nicht zur Ausführung gelangt sind. Sehr häufig handelt es sich offensichtlich

Digitized by Google

nur um den Ausdruck momentaner Stimmungen". Um den Benutzern der Dokumente die Prüfung zu erleichtern, welchen Einfluß irgendeine kaiserliche Meinungsäußerung gehabt haben könnte, ist von den Herausgebern regelmäßig vermerkt worden, wann das betreffende Aktenstück mit den kaiserlichen Randnoten zur amtlichen Stelle zurückgesandt wurde, oder wann die Noten sonst der zuständigen Berliner Stelle zur Kenntnis gekommen sind.

Wie man sich nun auch zu der Drucklegung der kaiserlichen Randbemerkungen stellen mag: nachdem sie einmal veröffentlicht sind, sind sie publici juris und können von der Öffentlichkeit nicht mehr ignoriert werden. Um es vorweg zu sagen, ihr erster Eindruck ist, namentlich in der einseitigen und tendenziösen massierten Zusammenstellung Kautskys, der sein hämisches Vergnügen, dem Volk einmal „einen Kaiser in Unterhosen", vorführen zu können, allzudeutlich zur Schau trägt, vielfach ein äußerst peinlicher. Genau wie in seinen vielen, allzuvielen Reden, die dem deutschen Volke so oft auf die Nerven gefallen sind, zeigt sich der Kaiser in seinen Randbemerkungen als eine undisziplinierte Natur, die in der Erregung des Moments jede Haltung verliert und zu Ausdrücken greift, die nichts, aber auch gar nichts mehr von königlicher Würde erkennen lassen. Wenn der Kaiser in seinen Glossen die gegnerischen Staatsmänner, ja wohl gar die bisher befreundeten Oberhäupter großer Staaten mit Schimpfwörtern wie Hallunke, Hundsfott, unerhörter Schuft, Schurke, Narr, Schwein belegt, wenn er ihre Darlegungen als Blech, Quatsch, Blödsinn, ungeheuerliche Unverschämtheit abtut, wenn er sogar seine eigenen Staatsmänner und Diplomaten in der abfälligsten und verletzendsten Weise abkanzelt, so wird es auch unter den einstigen Anhängern des Kaisers kaum einen geben, der solche Maß- und Zügellosigkeiten nicht auf das Schmerzlichste empfände, nicht auf das Herbste verurteilte. Immerhin darf nicht verkannt werden, daß es sich hierbei nur um eine kaiserliche façon de parler handelt, die der Monarch nicht einmal selbst zur Richtschnur genommen wissen wollte („Auf meine Randbemerkungen darf man mich nicht festlegen"), und deren rein persönlicher Charakter selbstverständlich allen amtlich Beteiligten vollkommen gegenwärtig war. Ausdrücklich bezeugt Herr von Bethmann Hollweg, der es am besten wissen muß: „Wenn Marginalien des Kaisers Anhaltspunkte zu politischen Entschlüssen boten, so sind diese erst auf Grund anschließender Vorträge und eingehender Erwägungen gefaßt worden, soweit sich ihre Behandlung nicht bereits aus den festgelegten allgemeinen Richtlinien ergab, die stets den Zweck verfolgten, den Weltkrieg zu verhüten."

Die vierbändige Dokumentensammlung gibt genug Mittel an die Hand, um diesen Ausspruch des fünften Kanzlers zu kontrollieren. Sie bestätigen, daß die kaiserlichen Randbemerkungen durchweg weiter nichts als moutarde après dîner gewesen sind. Nur ganz vereinzelt sind Äußerungen des Kaisers von der Zentral-

Digitized by Google

stelle etwa den Botschaftern zur Beachtung mitgeteilt worden. So übermittelte das Auswärtige Amt einmal dem Botschafter Fürst Lichnowsky scharfe Marginalien des Kaisers zu einem seiner Berichte, um auf diese Weise den Botschafter zu warnen, daß er sich nicht zu sehr von Grey „einwickeln" lasse. Um so zahlreicher sind die Beispiele, wo den kaiserlichen Bemerkungen selbst da, wo sie sehr selbstherrliche Willenskundgebungen darzulegen scheinen, von der verantwortlichen Regierung keinerlei Folge gegeben wurde. Wenn der Kaiser z. B. angesichts der aus Wien signalisierten Unschlüssigkeit der österreichischen Staatsmänner, welche Forderungen sie dem serbischen Ultimatum zugrunde legen sollten, zweimal in drastischer Form den Gedanken ausspricht, daß Österreich den Sandschak wieder an sich nehmen müsse, um Serbien in seinem meerwärts gerichteten Expansionsdrang völlig zu lähmen, so ist diese Idee, die sich ohnehin mit dem Leitgedanken der deutschen Politik, sich in den österreichisch-serbischen Konflikt nicht zu mischen, auf keine Weise vertrug, von dem Reichskanzler nicht einen Augenblick aufgenommen worden. Ebensowenig hat Wilhelms Erklärung vom 28. Juli, daß er weitere antikriegerische Demonstrationen der deutschen Sozialdemokratie nicht mehr dulden und nötigenfalls ihre Führer hinter Schloß und Riegel gesetzt sehen wolle, irgendeine Folge gehabt; im Gegenteil hat der Kanzler sein Bestreben, gerade auch die Sozialdemokratie für eine Politik der nationalen Selbstverteidigung zu gewinnen, unentwegt fortgesetzt.

So ließen sich noch viele Beispiele dafür beibringen, daß die offizielle deutsche Politik nicht etwa im Schlepptau der kaiserlichen Randbemerkungen gestanden hat. Bezeichnenderweise weiß auch Kautsky, der die Marginalien Wilhelms II. selbstverständlich nicht „in naiver Weise überschätzt", wie in dem offiziellen Organ der Regierung zu lesen war, sondern in wohlberechneter Weise in den Vordergrund schiebt, nicht einen einzigen Fall anzuführen, wo die kaiserlichen Randbemerkungen entscheidend in die Wagschale gefallen sind. Ja, Kautsky weiß aus ihnen nicht einmal einen Ausspruch beizubringen, der auf einen Kriegswillen oder Kriegsplan, auf übertriebene Siegeszuversicht, oder auf den Weltbeherrschungstrieb schließen ließe, den Kautsky doch dem Kaiser andichtet. Kautsky muß im Gegenteil selbst zugeben, daß Wilhelm II. nicht den Weltkrieg, sondern allenfalls nur den lokalisierten österreichisch-serbischen Krieg gewollt habe; er muß weiterhin einräumen, daß der Kaiser mindestens am und seit dem 28. Juli nicht einmal diesen mehr gewollt hat, und er muß schließlich zugestehen, daß Wilhelm von dem Momente an, wo er aus der Illusion, daß England neutral bleiben würde, gerissen wurde, die Chancen Deutschlands-Österreichs in einem Weltkriege so wenig rosig einschätzte, daß es ein Wahnsinn gewesen wäre, wenn er anders als gezwungen sich auf diesen eingelassen hätte. Im Grunde genommen schlagen also die Ausführungen Kautskys seinem thema probandum, daß Wilhelm II. der Hauptschuldige am Kriege gewesen sei, ins Gesicht.

Digitized by Google

Die völlige Unvereinbarkeit der Kautskyschen Theorie mit den „Dokumenten" und selbst mit den kaiserlichen Randbemerkungen würde noch viel deutlicher an den Tag treten, wenn Kautsky in seinem Kommentar nicht alle kaiserlichen Auslassungen sorgsam unterdrückte, die gegen seine vorgefaßten Meinungen sprächen. Wie viel Aufhebens macht dieser eigenartige „Historiker" nicht davon, daß der Kaiser während des ersten Stadiums der Weltkrise auf ein schroffes und möglichst rasches Vorgehen Österreichs gegen Serbien gedrungen habe, auf die Gefahr hin, daß es darüber zum Kriege mit Rußland und somit zum Weltkriege komme! Aber er unterschlägt seinen Lesern die überaus bezeichnende Bemerkung des Kaisers zu dem Bericht des Grafen Pourtalès vom 26. Juli: „Ich konnte nicht voraussetzen, daß der Zar sich auf Seiten von Banditen und Königsmördern stellen würde, selbst auf die Gefahr hin, einen europäischen Krieg zu entfesseln. Einer solchen Mentalität ist ein Germane unfähig. Die ist slawisch oder lateinisch." Eine Bemerkung, die es schon klar macht, daß das anfängliche Draufgängertum Wilhelms II. letzthin auf der Erwartung beruhte, daß Serbien mangels irgend eines Helfershelfers vor dem entschlossenen und raschen Vorgehen Österreichs, aber freilich auch nur vor einem solchen, die Segel streichen werde. Nicht minder unterschlägt Kautsky die wichtigen Randbemerkungen zu dem Zarentelegramm vom 30. Juli (Dokumente Nr. 390), und zu dem Immediatbericht Bethmann Hollwegs vom 29. Juli (Nr. 399), in denen der Kaiser mit allem Nachdruck darauf hinweist, daß die russische Teilmobilmachung gegen Österreich, das seinerseits doch nur gegen Serbien mobilisiert hatte, nach dem Eingeständnis des Zaren schon am 25. Juli angeordnet sei. Kautsky, dem die russische Mobilmachung blutwenig in seinen Kram paßt, möchte aus dem vielbesprochenen Bericht des bayerischen Legationsrats von Schoen, den Eisner mit so ominösen Auslassungen veröffentlicht hat, ein Eingeständnis der „deutschen Regierung" herauspressen, daß schon die Mobilmachung Österreichs gegen Serbien die russische Mobilmachung „automatisch" habe nach sich ziehen müssen. Tatsächlich steht in dem Schoenschen Berichte nur: „Von einer Mobilmachung deutscher Truppen soll abgesehen werden, und man will auch durch unsere militärischen Stellen dahin wirken, daß Österreich *nicht die gesamte Armee und insbesondere die in Galizien stehenden Truppen mobilisiert*, um nicht automatisch eine Gegenmobilisierung Rußlands auszulösen, die dann auch uns und Frankreich zu gleichen Maßnahmen zwingen und damit den europäischen Krieg heraufbeschwören würde." Man sieht, nach der deutschen Auffassung würde *nur* eine Gesamtmobilmachung der österreichischen Truppen, namentlich auch in Galizien, die bekanntlich gar nicht stattgefunden hatte, die russische Mobilmachung automatisch nach sich gezogen haben. Wenn also Kautsky auf Grund des Schoenschen Berichts die Verantwortung für die Mobilisierungen Österreich-Deutschland zuschieben will, so macht er sich — der Ausdruck läßt sich nicht zurückhalten — eines ihn schwer kompromittierenden Fälschertricks

Digitized by Google

schuldig. Kautsky hätte sich des Telegramms des Zaren vom 29. Juli erinnern sollen, in dem dieser sagte, er sehe voraus, daß er sehr bald dem auf ihn von der öffentlichen Meinung Rußlands ausgeübten Druck erliegen und gezwungen sein werde, „äußerste Maßregeln zu ergreifen, die zum Kriege führen werden". Mit diesem Ausspruch hat Zar Nikolaus, wie Kaiser Wilhelm einmal in einer seiner vielen von Kautsky unterdrückten Randbemerkungen treffend sagt, die Schuld für den europäischen Krieg im voraus auf sich genommen. Er teilt sie mit England, das, wie der Kaiser, ebenfalls mit vollem Grund immer wieder in seinen Marginalien (die doch nicht bloß Schimpfworte, sondern auch scharfsichtige Bemerkungen, „Geistesblitze" nach einem Zugeständnis des — „Vorwärts", enthalten), bemerkt, den Krieg trotz der russischen Mobilmachungsbefehle noch hätte verhindern können, wenn es einen entsprechenden Druck auf Rußland und Frankreich ausgeübt hätte.

Daß bei Wilhelm II. unbeschadet der jähen Überschwingungen seiner Temperamentsausbrüche in den Randbemerkungen nicht von einem Kriegs- sondern von einem eminenten Friedenswillen die Rede sein muß, zeigt besonders deutlich sein Schreiben an Jagow (nicht Bethmann Hollweg) vom 28. Juli, das zuerst in der „Deutschen Politik" vom 18. Juli 1919 veröffentlicht worden ist. Es ist unter dem unmittelbaren Eindruck der serbischen Antwort auf das österreichische Ultimatum niedergeschrieben worden, nicht etwa in der aufkeimenden Besorgnis, daß aus dem österreichisch-serbischen Krieg durch Englands Eingreifen ein Weltkrieg entstehen würde: eine Erkenntnis, die dem Kaiser erst am 29. nach Lichnowskys Berichten über Greys Äußerungen aufgedämmert zu sein scheint. In seinem Friedenswillen ist der Kaiser auch durch die seit dem 29. Juli immer bedrohlicher werdenden Nachrichten nicht beirrt worden; aber allerdings sein Glaube an die Möglichkeit, den Frieden zu bewahren, scheint seit dem Eintreffen der Nachrichten von der russischen Mobilisierung einerseits, und der englischen Neigung anderseits, an der Seite Rußlands und Frankreichs in den Krieg einzutreten, rapide gesunken zu sein. Vielleicht ist es verhängnisvoll geworden, daß gerade an dem 29. Juli der Einfluß des Großadmirals von Tirpitz auf den Kaiser vorübergehend die Überhand gewonnen hat. Alles kam in diesem Momente darauf an, daß England bei der Neutralität festgehalten wurde. Bethmann Hollweg war, wie wir jetzt aus dem in den Dokumenten veröffentlichten Entwurf der dem englischen Botschafter am Abend des 29. gemachten Eröffnungen (Nr. 373) ersehen, willens gewesen, England als Preis für die Zusicherung einer neutralen Haltung eine Flottenverständigung anzubieten. Die dahin zielende Eröffnung mußte aber aus dem Entwurf wieder gestrichen werden. Nach Tirpitz' Unterstellung hätte der Kanzler dem Kaiser geradezu vorgeschlagen, wir sollten, um England aus dem Krieg herauszuhalten, die deutsche Flotte durch ein Abkommen mit England opfern, was der Kaiser aber abgelehnt habe. Halten wir damit zusammen, daß der Kaiser am Mor-

Digitized by Google

gen nach der Unterredung mit Tirpitz an den Rand des Lichnowskyschen Berichts vom 29. Juli mit Bezug auf Grey zornbebend schrieb: „Mit solchem Hallunken mache ich nie ein Flottenabkommen", und daß Staatssekretär von Jagow am 6. August nach Ausbruch des Krieges vorwurfsvoll zu dem Großadmiral von Tirpitz sagte: „Wenn Sie uns ein kleines Flottenagreement mit England gegeben hätten, wäre der Krieg nicht nötig gewesen", so wird es klar, daß der Einfluß des Großadmirals die einzige Möglichkeit, mit England im letzten Moment noch zu einer Verständigung und damit zu der Erhaltung des Weltfriedens zu gelangen, hintertrieben hat. Überhaupt machen die leidenschaftlichen Expektorationen gegen England, in die der Kaiser in seinen Randbemerkungen zu Lichnowskys Bericht vom 29. Juli (Nr. 368) und zu dem Bericht des Grafen Pourtalès vom 30. Juli (Nr. 401) ausbricht, ganz den Eindruck, von Tirpitz inspiriert zu sein, der sich hier, nicht zum ersten Mal, als der böse Geist des Kaisers betätigt hat.

Wer mag freilich sagen, ob Ende Juli 1914 das ernsthafte Angebot einer Flottenverständigung hingereicht haben würde, um das unheildrohende Gewölk, das sich über dem ganzen Kontinent zusammengezogen hatte, noch einmal zu zerteilen? Schwerlich wären aber Herrn von Bethmann Hollwegs Versuche, in letzter Stunde das Verhängnis zu beschwören, von England so peremtorisch, so schnöde abgewiesen worden, wenn der Kanzler diesem den praktischen Beweis zu liefern vermocht hätte, daß Deutschland bereit war, um des Weltfriedens willen eine Flottenpolitik, die England nun einmal als aggressiv empfinden mußte und die letzten Endes auch wirklich aggressiv war, aufzugeben. Das jedenfalls scheint gewiß: nicht die façon de parler der kaiserlichen Randbemerkungen ist es gewesen, die uns in Unglück gestürzt hat — wir sahen es ja, daß sie kaum eine Einwirkung auf die wirkliche Politik gehabt hat. Viel schädlicher waren die unverantwortlichen Einflüsse, denen die äußerlich sich stark gebende und in Kraftausdrücken schwelgende, innerlich aber nur zu schwache und impressionistische Natur des Kaisers in entscheidenden Momenten unterlag!

Natürlich ist Kautsky weit entfernt, solche tieferen Zusammenhänge zu durchschauen. Er will es auch gar nicht. Ihm kommt es allein darauf an, auf die kaiserliche Regierung und auf den Kaiser ganz persönlich alle Kriegsschuld zu häufen, wozu ihm das agitatorisch so leicht auszunutzende Mittel der kaiserlichen Randbemerkungen, die mit Fleiß zu größter Sensation aufgebauscht werden, eben recht ist. Aber ein Ankläger, der mit so plumpen und gehässigen Mitteln arbeitet, pflegt seinen Zweck selten zu erreichen. Mag immerhin Kautskys Versuch, Wilhelm II. und seine Regierung als die allein Schuldigen hinzustellen, jubelnd von der Entente aufgegriffen werden, mag die deutsche Mehrheitssozialdemokratie um der offen zur Schau getragenen antimonarchischen Tendenz des Buches willen über die bewußte Verschiebung und Verzerrung des wahren Sachverhalts hinwegsehen, mag schließlich ein weiterer Teil der deutschen Öffentlichkeit weniger durch den

Digitized by Google

Eigenwert der Kautskyschen Darstellung als dadurch irregeführt werden, daß die zweimalige Nennung von Kautskys Namen auf dem Titelblatt der amtlichen Dokumentenausgabe auch seinem Kommentar einen falschen Schimmer von Authentizität verleiht — wie durften Graf Montgelas und Walther Schücking dazu die Hand bieten? — alles dieses wird das schließliche Schicksal des Kautskyschen Buches nicht aufhalten, als eine Tendenzhistorie schlimmster Art verächtlich beiseite geschoben zu werden.

Vorderasien und das arabische Problem

Von Albert Bencke, München

Als es England auf dem östlichen Kriegsschauplatze schlecht ging, hat es dort Kräfte aufgerufen zu seiner Hilfe, die ihm mit der Zeit über den Kopf wachsen dürften. Es war in der Lage, mit diesen Kräften den Sieg über die deutsch-türkische Macht davon zu tragen, Erfolge zu erzielen, die seine kühnsten Hoffnungen übertrafen, die aber eben deshalb den Keim des Zerwürfnisses mit seinem Beutegefährten, Frankreich, in sich tragen. Es hat allen Anschein, als hätte England auch hier zu viel gesiegt und würde an seinem Siege Schaden leiden, geradeso wie wir über Rußland zu viel siegten und an unserem russischen Siege erkrankten.

Im Augenblick steht die Auseinandersetzung Englands mit Frankreich in Syrien im Vordergrund des Interesses; wichtiger aber für die Zukunft ist seine Auseinandersetzung mit dem arabischen Element, das es zu seiner Hilfe aufgerufen hat und das zur Zeit seinen Ausdruck findet in der Proklamierung des Hussein Ibn Ali, Großscherifs von Mekka, zum König von Hedjas. Das Geschick will es, daß Hussein, selber ein Mann von Tatkraft und hohem Ehrgeiz, in seinem ältesten Sohne, Emir Faisul, der jetzt die Stelle eines Statthalters seines Vaters in Damaskus bekleidet, einen Nachfolger besitzt, der politisch alle Eigenschaften hat, um ein Cavour der Araber zu werden und der außerdem noch ein guter Soldat ist. Emir Faisul war im Frühjahr dieses Jahres als nomineller Sprecher aller Araber in Paris*) und erregte dort die allgemeine Entrüstung der französischen Imperialisten, als er die Schaffung eines unabhängigen, aber auf die Dauer von 50 Jahren unter amerikanisches Protektorat zu stellenden Araberstaates, einschließlich Syriens, auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker verlangte, denn das ging ja den französischen Ansprüchen auf Syrien, die von England im Sykes-Picot-Vertrag vom 10. Mai 1916 anerkannt waren, direkt entgegen. Damals erschien es, als ob der Antrag des Emirs auch gegen England gerichtet sei, bald aber ließ sich doch ziemlich deutlich erkennen, daß Emir Faisul gewissermaßen

*) Siehe Nr. 34 der „Deutschen Politik".

Digitized by Google

im Auftrage Englands handelte, denn England wußte, daß Amerika diesen ehrenvollen Antrag ablehnen und daß daher das ältere Übereinkommen Englands mit dem damaligen Großscherif Hussein in Kraft bleiben würde. Gemäß diesem Übereinkommen, das im Oktober 1915 abgeschlossen wurde, als Englands Aussichten im Osten sehr trübe waren, stellte der Großscherif England alle seine und seiner arabischen Anhänger Truppen zur Verfügung und erhielt dafür von England das Versprechen der Schaffung eines unabhängigen, aber unter das Protektorat Englands zu stellenden arabischen Königreichs mit Hussein an der Spitze. Dieses Königreich sollte alles arabische Land, somit ganz Vorderasien bis zum 57. Breitegrad, mit Ausnahme der Provinzen Bagdad und Basrah, die sich England selber vorbehielt, und unter dem Vorbehalt der Sicherung bestimmter französischer Interessensphären in Syrien, umfassen. Wenn damals die Aussichten der Entente im Osten nicht gar so schlechte gewesen wären, hätte man wohl schon zu dieser Zeit in Frankreich gegen die Schaffung eines solchen englisch-arabischen Reiches in Vorderasien protestiert, da es den alten Vertragsrechten Frankreichs mit der Pforte widersprach, aber man war in der Klemme und betrachtete es unter den damaligen Umständen auch als günstig, daß England durch den vorerwähnten Sykes-Picot-Vertrag, bald nach Abschluß des Übereinkommens mit dem Großscherif, Frankreich seine Rechte auf Syrien mit Ausnahme der Städte Damaskus, Homs, Aleppo und Hama, die unter der Prärogative des arabischen Königreichs bleiben sollten, bestätigte.

Die arabische Hilfe ermöglichte England den vollständigen Sieg über die Türkei, die Truppen des englischen Generals Allenby zogen mit ihren arabischen Freunden in Jerusalem und in Damaskus ein und die Araber fühlten, was sie als Bundesgenossen der Engländer wert waren. Emir Faisul wurde unter englischer Agide als Statthalter in Damaskus eingesetzt und Allenby war der Herr des arabischen Asiens. Der Triumph Allenbys war ein Triumph der Engländer; der Sieg war ein so überwältigender, es eröffneten sich hier so große Aussichten für England, daß man die Ansprüche der Araber, die sie auf Grund des zwischen England und dem Großscherif abgeschlossenen Vertrages hatten, als lästig zu empfinden begann und als nun auch Deutschland völlig zusammengebrochen, schien der Augenblick gekommen, den arabischen Aspirationen einen Dämpfer aufzusetzen. Dafür war das Selbstbestimmungsrecht der Völker ein sehr geeignetes Mittel und auf Grund dieses selben Rechtes, das angeblich im Oktober 1915 zum Übereinkommen mit dem Großscherif geführt hatte, schloß man jetzt, im November 1918, mit Frankreich ein Übereinkommen, das vorerst die Form einer Deklaration annahm, auf Grund deren die Bewohner Syriens und Mesopotamiens veranlaßt werden sollten, unabhängige Regierungen einzurichten, die unter das Protektorat der einen oder der anderen der beiden Mächte zu stellen wären. Dieses Übereinkommen war England einge-

Digitized by Google

gangen, um Frankreich zu beruhigen, dem nun, nach errungenem Siege, die Schaffung eines sich auf Syrien erstreckenden arabischen Reiches unerträglich schien, aber der Hauptzweck desselben war wohl der, Hussein und seinem Sohne Faisul nahe zu legen, die aus dem Übereinkommen vom Oktober 1915 fließenden Ansprüche England gegenüber nicht zu überspannen und zu zeigen, daß man schließlich gegen diese Ansprüche nicht allein stünde. England spielte also hier ein interessantes Doppelspiel, es bediente sich der Araber und des Gedankens des großarabischen Reiches gegen Frankreich, wenn dieses allzusehr auf seinen syrischen Verträgen pochte, und es bediente sich Frankreichs, um diesen großarabischen Gedanken in den zur Zeit für England ersprießlichen Grenzen zu halten. Infolge der Deklaration vom November 1918 trat für kurze Zeit zwischen Hussein bezw. Faisul und England eine Spannung ein, die aber von England bald beigelegt wurde, denn wir sahen, daß Emir Faisul im Frühjahr 1919 nicht nur als Sprecher der Araber, sondern auch wohl als Emissär der Engländer in Paris erschien.

England benützt jetzt die Formel vom Selbstbestimmungsrecht der Völker in Syrien mit wunderbarem Geschick. Die Syrier haben zwischen England und Frankreich als Protektionsmächte zu wählen und da England sich immer noch als der Propagator des großarabischen Gedankens eines großarabischen Königtums ausgibt, wird das Votum für England zu einer Art nationalen Votums. Deshalb fielen auch die unter Aufsicht amerikanischer Kommissäre vorgenommenen Abstimmungen überwiegend zugunsten Englands aus, obwohl ein großer Teil der arabischen Scheiks (beispielsweise der mächtige Stamm der Anezeh und ihrer Konföderierten östlich von Damaskus) von dem großarabischen Reich, das ihre Selbstständigkeit gefährdet, nichts wissen will und obwohl alle christlichen Bewohner der Städte ein arabisches Regiment fürchten und deshalb im Herzen für Frankreich sind, das ja von alters her die Schutzmacht der Christen im Orient war. Um diesen Kräften entgegenzuwirken, kommt es den Engländern gar nicht darauf an, einflußreiche Leute, die offen für Frankreich Partei nehmen, wie Mudjehn Bey, der Scheik der genannten Anezeh, unter dem Vorwande gemeinen Diebstahls in den Straßen von Aleppo oder in sonstigen Städten, in denen sie sich blicken lassen, festzunehmen und sie dem Vizekönig Faisul in Damaskus auszuliefern, der sie, wie sich denken läßt, nicht säuberlich behandelt. All diesen Vergewaltigungen wird, wie es England so herrlich versteht, ein Mäntelchen der Rechtlichkeit angezogen, aber England sündigt hier dennoch, um auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes in Syrien gegenüber Frankreich die Vorhand zu behalten, stark gegen das Prestige, das es sich durch seinen Sieg erworben hat. Hier zeigt sich deutlich, wie der Sieg übermütig macht und vielleicht letzten Endes zum Verderben führt. Unter diesen Umständen ist es begreiflich, daß der neue Gouverneur, den Frankreich im Sommer

Digitized by Google

1919 nach Syrien schickte, in den Städten mit lautem Jubel empfangen wurde; General Gouraud erschien vielen als ein Befreier von englisch-arabischen Joch.

Wie die Dinge heute stehen, ist England an die Araber unter Hussein bezw. Faisul gebunden und das in um so höherem Maße, als die Sympathien für Frankreich unter der städtischen Bevölkerung wachsen. England wird sich dieser Hilfe bedienen, solange Frankreich nicht gewillt ist, England in Syrien jene Machtbefugnisse einzuräumen, die es hier, als einem Vorland Indiens, über das es seine wichtigsten Weltverkehrsstraßen plant als notwendig zur Sicherung seines Interesses erachtet. Diese Bindung zwischen England und dem Arabertum ist stark genug, um Englands Ziele durchzuführen, aber sie birgt eben auch die Gefahr in sich, die dieser großarabische Gedanke, wenn er zur völligen Reife gelangt, diesen selben Zielen entgegensetzen würde. England segelt hier, mit seinen, durch den Sieg herbeigeführten großen Aspirationen zwischen einen Szylla und Charybdis und es wird die ganze Kraft seiner doppelzüngigen Diplomatie bedürfen, um hier die Klippen zu vermeiden, die seinem, mit den gewaltigsten Aussichten beladenem Staatsschiffe drohen. Vor allem wird es für England von Interesse sein, die Wirkung dieses großarabischen Gedankens, den es als sein Propagandamittel benutzt, auf seine indischen Mohammedaner zu betrachten. Es kann sich der Moment ergeben, wo man Konstantinopel nicht mehr länger in den Händen des Sultans lassen will und bis dahin wird es von Wert sein, einen neuen Kalifen in Gestalt des Königs von Hedjas in der Hand zu haben, so daß die Vergewaltigung des alten Kalifen in Konstantinopel ohne große Gefahr vorgenommen werden kann; der Mann von Hedjas könnte ein Werkzeug hierfür werden. Nun aber scheinen dieser Mekkaner und mehr noch sein Sohn Faisul wirklich Männer zu sein, die aus eigenem Tun aus dem großarabischen Gedanken etwas zu machen verstehen und wenn dieser Gedanke einmal Kraft gewonnen hat, kann er ebenso gefährlich werden, wie er jetzt nützt. Allerdings hat da England vorläufig vorgebaut. Ebenso wie es Hussein Ibn Ali schon vor dem Kriege gegen seinen türkischen Oberherrn benützte, hat es jetzt die Nachbarn des Hussein, den Idrisi Seyyid Mohammed von Asir, den Iman von Yemen, die Emire von Nejd und von Djebel Shammar mehr oder weniger in seinem Solde. Jeder dieser stolzen Herren würde die wirkliche Oberherrschaft eines großarabischen Herrschers nicht gutwillig aufnehmen und es hängt jedenfalls nur von England ab, in ihnen gegen den Großscherif von Mekka, dem heutigen König von Hedjas, stärkere Widerstände zu entwickeln als sie sich einst gegen den Großherrn in Konstantinopel richteten und sie wären für den neuen Kalifen gefährlicher, weil sie sich in seiner unmittelbaren Nähe erhöben und ihn direkt berührten.

Es ist aber auch möglich, daß der großarabische Gedanke, der nun einmal von England in die Massen der Araber und der mohammedanischen Welt geworfen

Digitized by Google

worden ist, eine so gewaltige Resonanz gewinnt, daß Englands feine Diplomatie, sein Ausspielen des Einen gegen den Anderen, hier zum ersten Male Schiffbruch erleidet und das würde dann mehr bedeuten, als nur das Mißlingen eines Planes. Der Mohammedanismus ist zur Zeit England verwundbarste Stelle, seine Achillesferse, die den Fall zur Folge haben kann. Das Arabertum scheint nach seinem ungeheuren und jähen Aufschwung im 7. und 8. Jahrhundert entschlafen und entkräftet, es scheint uns außerhalb der großen Welt zu stehen; aber vielleicht war diese Schlafenszeit nur eine Zeit des Kräftesammelns. Ein Anstoß hier müßte weittragende Folgen haben, die sich vielleicht nicht augenblicklich auswirken, denn für den Augenblick ist die Stimme der Großkaliber, welche die Araber nicht bauen können, die lauteste, die aber der Lawine vergleichbar sind, die aus einem Schneeballen entsteht und Dörfer niederreißt.

Wie der deutsche Soldat seinen Feind sieht

Von Ciffy Willich

Sie gehen an meinem äußern und innern Auge vorüber, viele, viele unserer heimgekehrten Gefangenen, wenn ich tagtäglich in unserer Heimkehrstelle mit ihnen rede und für sie arbeite; oder auch, wenn ich auf kürzeren oder längeren Reisen ein Stück Wegs mit ihnen zusammen fahre. Und ihre Freude wird in mir lebendig wie ihr vieles tiefes Leid; und das Zähneknirschen der Wut über alles Erlebte, oder der Rachedurst, oder der Haß, oder die Verachtung im Gedanken an den Feind, dessen Macht sie jahrelang ausgeliefert waren, wird mir selbst zum Erlebnis.

Mehrere hundert Gefangene sind es vielleicht schon, die ihre Gedanken über den Feind, vor allem England, mir gegenüber zum Ausdruck brachten. Jeder hat seine Beobachtungen, seine Erfahrungen gemacht. Ist es da nicht von Interesse zu sehen, daß sich aus den vielen Urteilen allmählich ein einheitliches Ergebnis ziehen läßt, wie der deutsche Soldat über den Feind denken lernte?

Merkwürdig verschieden erscheinen schon die Grundgefühle, die unsere Heimkehrer gegen den Feind beseelen, mit dem sie durch ihre Gefangenschaft in nahe Berührung kamen. Zähneknirschende Wut, wahren Haß und heißes Rachegefühl haben besonders Franzosen und Belgier in nur zu reichem Maße gesät. Was hin und wieder über die Amerikaner und die Russen, auch wohl über die Engländer gesagt wird: „Ach Gott, der Einzelne ist schließlich nicht schlecht!“ — nie habe ichs aus dem Munde eines durch Franzosen oder Belgier Gefangenen gehört. Da beginnen die Augen — selbst die treuherzigsten, blauen Augen des Norddeutschen, zu funkeln; — da ringt sichs aus den gequälten vollen Herzen: „Sie sollens uns büßen, was sie uns angetan!“

Digitized by Google

So haßerfüllt habe ich die Gefangenen gegen England selten gesehen. Gewiß, es gibt auch unter ihnen wütend Hassende, und doch sind es nur Vereinzelte. Die allgemeine Grundempfindung des deutschen Soldaten gegen England? Denken wir doch an die frühere Katzbuckelei Gebildeter und Ungebildeter im Ausland wie in der Heimat gegen den Engliſhman! Vergegenwärtigen wir uns dabei noch das große Ergebnis des Krieges: England mit ſeinen Helfershelfern hat uns nahezu erwürgt! England iſt der große Sieger und wir die Unterlegenen! Doppelter Grund zur Katzbuckelei alſo und zur ſtaunenden Verehrung, nicht wahr?

Doch da erleben wir das Merkwürdige, das uns zu denken geben ſollte! Fragen wir, wo und wieviel wir wollen, fragen wir den unbegabten und den ſchlauen, fragen wir den alten wie den blutjungen Gefangenen, fragen den körperlich Arbeitenden oder den geiſtig Arbeitenden: der heimkehrende Deutſche achtet den Engländer nicht hoch! Was die Menſchen in der Heimat nicht ſehen lernten — teils aus Zerknirſchung über das unheilvolle Ende des Krieges, teils aus Verblendung durch das Irrlicht der „Völkerverſöhnung" — der Gefangene *hat* es gelernt und lehrt es jeden, der Ohren hat zu hören: daß wir keinen Grund haben, uns dem Engländer unterlegen zu fühlen, da wir ihm geiſtig weit überlegen ſind. Ja, ſprechen wirs doch ruhig aus, da es ja doch das einzige iſt, worauf wir uns noch etwas einbilden können in dieſer Zeit. Nur in der Politik, aber auch nur darin, war der Deutſche der Dumme — darin war der Deutſche in keine oder jedenfalls in eine ſchlechte, kurze Schule, der Engländer jedoch in eine lange, hohe, gute Schule gegangen. Und die Politik allein ſchafft die Weltſtellung, und da wir ſie nicht lernten, haben wir die Weltſtellung gegenwärtig verloren. Aber im Leben der Völker wie im Leben des Einzelnen gibt es noch andre Werte als die politiſchen. An dieſe Werte lernten unſere Gefangenen durch ihren langjährigen Aufenthalt in England oder unter Engländern den Maßſtab legen. Und ſiehe da — endlich einmal keine dem Deutſchen ſonſt ſo eigene Selbſtunterſchätzung, ſondern Erkenntnis der eigenen Werte und Vorzüge! Wie wohl das tut, den deutſchen Soldaten ſo ruhig, feſt und ſicher urteilen zu hören. Wo hat er nun den Hebel der Kritik angeſetzt?

Aus den Erfahrungen und Urteilen von Hunderten laſſen ſich einige grundlegende Ideen herausſchälen, die mit verblüffender Regelmäßigkeit immer wieder mit nur geringen Abweichungen zu Tage treten. Ich möchte an das Wort eines Gefangenen anknüpfen, das die Hauptempfindung draſtiſch wiedergibt: „Der Engländer hat den Größenwahn!" Das ſagt viel! Um ſo großartig aufzutreten, wie der Engländer es tut, meint der Gefangene, müßte er unendlich große Qualitäten und Fähigkeiten aufweiſen können. Das kann er aber nicht. Aus vielen reichen Mitteln etwas zu ſchaffen, iſt eine Kleinigkeit — aus geringſten Mitteln viel zu ſchaffen, erfordert ungleich viel mehr Verſtand und Können. So wars im Großen: ſo gewann England den Krieg, in dem Deutſchland ſo Staunens-

Digitized by Google

werkes geleistet hat. So wars auch im Kleinen. Mit einer Materialverschwendung ohnegleichen, die den Deutschen lachen machte, wurde in jeder geringfügigen Sache gearbeitet, und fehlte es einmal am Nötigsten, dann wurde der Gefangene um Rat gefragt — der immer Rat wußte! Diese Erfahrung, die sich in hundertfachen Variationen wiederholt, in den verschiedensten Arbeitszweigen, in denen Gefangene tätig waren, hat dem Deutschen die Überzeugung von der geistigen Inferiorität des Engländers geradezu eingehämmert.

Eng damit im Zusammenhang steht die Beobachtung, von der mindestens zwei Drittel aller Gefangenen sprechen: die völlige Unfähigkeit des Engländers, zu organisieren. Die grenzenloseste Unordnung herrschte in den Gefangenenlagern, bevor die Deutschen selbst die Verwaltung und Organisation in die Hand nahmen. Es ging soweit, daß englische Lagerkommandanten nicht in der Lage waren, die notwendige Zählung im Lager durchzuführen ohne Hilfe der deutschen Lagerführer; es kam vor, daß Tage vergingen, ehe das Fehlen von entflohenen Gefangenen überhaupt festgestellt wurde, so sehr ließ sich der Lagerkommandant übertölpeln. Mit großer Verachtung spricht der Gefangene auch von der stets beobachteten Leichtgläubigkeit, mit der der englische Mann urteilslos alles hinnimmt, was man ihm erzählt. „Da ist es kein Wunder," sagten mir Gefangene, „daß all der verlogene Kram über Deutschland und die Deutschen in jedem englischen Kopf bombenfest steht." „So etwas hätten wir uns zu Hause denn doch nicht bieten lassen. Es mag ja sein, daß hin und wieder bei uns am Heeresbericht mal was nicht stimmte, um die Leute daheim nicht zu erschrecken — aber so was von dick aufgetragenen Lügen setzt uns unsere Presse denn doch nicht vor." Mir fällt als schönste Erläuterung dazu die Geschichte ein, die Lettow-Vorbeck und seine Leute aus Ostafrika mitbrachten: wo durch einen Zeitungsbericht dem englischen Soldaten bis hinauf zum Generalstabschef unweigerlich feststand, daß die „damned huns" bei einem Angriff auf Tanga die Bienen abgerichtet hätten, die sich im gegebenen Augenblick auf die Engländer stürzten!

Niemand weiß beredter über die geistige Inferiorität des Engländers zu berichten als die Gefangenen, die in England als Verwundete oder Kranke in ärztlicher Behandlung waren. Was da in hundertfachen Variationen berichtet wird, das spottet jeder Beschreibung und will in unserer fortgeschrittenen Zeit wahrhaftig kaum glaublich erscheinen! Soll ich Beispiele anführen? Daß Rheumatismuskranken nach der Zunge gesehen wurde; daß Menschen mit schwerer Handverletzung infolge Unfalls bei der Arbeit zunächst acht Tage lang Abführmittel (die unvermeidliche Pille „Number 9") gegeben wurde? Oder aber, daß ein englischer Arzt sich lange um einen englischen Wachtsoldaten bemüht, um festzustellen, woran er erkrankt ist, bis ihm der zu Rate gezogene deutsche Stabsarzt erklärt, daß der Mann seit ½ Stunde tot ist! Denken wir nur an die vielen, vielen Unglücklichen, die bei leichten Verwundungen mit steifen Armen, Händen,

Digitized by Google

Beinen zurückkamen, da der Engländer das Verfahren des Elektrisierens, Massierens nicht anwendet, um die gelähmten Nerven und Muskeln wieder in Tätigkeit zu bringen! — Da ist des Berichtens von gesunden und kranken Heimkehrern kein Ende — die einen mit Hohn und Verachtung, die andern mit namenloser Trauer um die für immer unbrauchbar gewordenen Glieder, wieder andere mit schlecht verhehlter Wut, daß sie der Engländer zum Krüppel machte.

Der deutsche Soldat ist nun nicht gehässig genug, um an dem Feinde kein gutes Haar zu lassen. Nein, ruhig und bedächtig läßt er dem Feinde auch seine guten Seiten. So spricht er oftmals von der Gutmütigkeit des einzelnen Engländers, der gar nicht so herzlos sei, wie seine gemeine Politik. Wenn es hieß, einem Gefangenen zu helfen, dem es besonders schlecht erging, so war der Engländer wohl zur Hilfe gern bereit. Er spie den Deutschen nicht an, wie der Franzose es tat, — nur ganz selten werden Tätlichkeiten von aufgewiegelter englischer Zivilbevölkerung berichtet, — sondern kühl bis ans Herz hinan behandelte der Engländer den Feind als Nummer. Das war für den Gefangenen in manchen Dingen kein Nachteil.

So gutmütig, dumm-gutgläubig wie der Deutsche den einzelnen Engländer sieht, so völlig überzeugt ist er von der durchtriebenen, kein gemeinstes Mittel scheuenden Politik der Regierungskaste in England. „Ehe wir nicht mit denselben Mitteln kämpfen lernen," urteilen die Gefangenen, die darüber eingehend nachgedacht haben, „werden wir im politischen Leben kein Glück haben."

Mit Verwunderung nahmen die Gefangenen wahr, wie außerordentlich beschlagen der gebildete wie der ungebildete Engländer in politischen Dingen ist. Kein Wachtsoldat, kein Sanitäter, der nicht völlig vertraut wäre mit allen politischen Tagesereignissen. Die von der Regierung ins Volk geworfenen Schlagworte sind jedem Engländer geläufig. Die führenden Regierungsmänner haben durch ihren dauernden direkten Verkehr mit Jedem aus dem Volke, einerseits in Gestalt von inoffiziellen öffentlichen Vorträgen, andrerseits in sehr häufigen Empfängen und Besprechungen aller möglichen Organisationsvertreter und Einzelpersonen eine solche Popularität, daß es ihnen ein Leichtes ist, ihre Ideen in dem Kopfe jedes einzelnen Wurzel fassen zu lassen. Gerade den Gefangenen, die noch unter unserer alten Regierungsform von Deutschland Abschied genommen hatten, fällt der Unterschied zwischen dem praktischen und unmittelbaren Einfluß der Regierung auf das Volk in England und dem unvolkstümlichen Regieren in unserem Deutschland besonders auf, und sie sehen die Vorteile, die die Praxis der Regierung in England der unseren voraus hat. Das Verfahren der englischen Regierung und der übrigen führenden Leute, sich zur Einimpfung neuer Ideen und Schlagwörter in geschicktester Weise der Presse zu bedienen, hat mancher Gefangene gründlichst studieren können, da er jahrelang tagtäglich auf die englische Presse angewiesen war.

Digitized by Google

Viel handgreiflicher und unmittelbarer als unsere Presse versteht es die englische Tageszeitung, auf Freund und Feind einzuwirken. Nicht in langen, rethorischen Leitartikeln wird in der Tageszeitung von neuen Ereignissen und neuen Ideen gesprochen, sondern durch Kürze erzielt die englische Presse die Würze! Durch kurze Artikel, die die Dinge täglich wiederbringen, jedesmal jedoch in neuer, anderer Beleuchtung, hin und wieder die gewünschte Aufmerksamkeit nur durch prangende Überschriften erzielend, so werden Ereignisse und Ideen populär gemacht. Unumwunden gibt mancher der Heimkehrenden zu, daß er selbst der Suggestionskraft der englischen Presse zeitweise oder völlig erlegen war. Ob das englische Verfahren gerade das höherstehende ist, bezweifelt mancher Deutsche, aber praktischer und erfolgreicher ist es jedenfalls! Wohl hütet die gründliche und umständliche Art der deutschen Presse vor der gefährlichen Verflachung; aber es steht einmal fest, daß in dem hastenden Kulturleben der Jetztzeit nur wenige Berufsmenschen die Zeit und die Ruhe finden, die die Ausführlichkeit unserer Presse verlangt, und daß die Tageszeitung imstande sein muß, binnen kurzer Zeit einen Einblick in die herrschenden Ereignisse und Ideen zu geben. Mit besonderer Bewunderung wiederholen die deutschen Soldaten die Tatsache, daß das Parteigezänk, wie es manchmal dreiviertel unserer Zeitungen beherrscht, in der Art niemals in der englischen Presse seinen Platz einnimmt, da der Engländer sich anscheinend stets bewußt bleibt, daß die Presse nicht nur für das Inland, sondern auch für das Ausland schreibt, und kein Käseblättchen will deshalb den Vorwurf auf sich sitzen lassen, daß es schmutzige Wäsche der Heimat vor dem Auslande waschen wollte. Daß wir darin lernen sollten, wünscht sich jeder Gefangene.

So hat der heimkehrende deutsche Soldat Nachteile wie Vorteile seines Feindes England aus eigener Anschauung kennengelernt. Oftmals gedrückt und oftmals in den Nerven zerrüttet, aber reich an Erfahrung und Menschenkenntnis, kehren unsere Gefangenen aus England heim. Albion, stolzes, im Größenwahn dich reckendes Albion, imponieren hast du dem deutschen Soldaten, der dich in der Nähe sah, nicht können, mit all deinem Siegen und Siegesgeschrei hast du dir keine große Achtung errungen. Den deutschen Geist, den deutschen Verstand hast du in fünf Jahre langem Morden noch immer nicht bezwungen!

Zur Auswanderungsfrage

Von O. Sperber, z. Z. Dresden

Der Deutschland aufgezwungene Gewaltfrieden bedingt es ohne weiteres, daß ein recht erheblicher Teil der erwerbstätigen Deutschen aus Arbeits- und Verdienstmangel auswandern muß. Diese harte, nackte Tatsache müssen wir uns immer und immer wieder vor Augen halten. Wohl machen sich auch Stimmen bemerkbar, welche das Gegenteil behaupten und zu beweisen versuchen, daß eine

Digitized by Google

Auswanderung nicht notwendig sei, wenn wir uns entschließen wollten, wieder mehr ein Ackerbau treibendes Volk zu werden. Leider muß jenen aber entgegengehalten werden, daß wir bei intensivster Ackerbauwirtschaft dennoch bei weitem nicht in der Lage sind, allen Deutschen ein auskömmliches Dasein zu gewähren. Im Gegenteil, viele Tausende unserer Volksgenossen würden sich auch in solchem Falle gezwungen sehen, in engsten Verhältnissen zu verkümmern, und die übermäßige Bevölkerungsdichtigkeit müßte lohndrückend auf die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse einwirken. Es ist daher durchaus irreführend, wenn von der Gegenseite geschrieben wird:

„Das Deutschtum ist durch die Über-Industrialisierung durch und durch verrottet. Die Treibhausentwicklung vor dem Kriege zog Hunderttausende Polen, Tschechen, Galizier, Italiener in westliche Gebiete; sie gab früher kerndeutschen Landesteilen ein undeutsches Gepräge. Und sie hat uns die Gifte in den Volkskörper gebracht, an denen er zugrunde gehen wird, wenn nicht eine große Umbildung erfolgt.

Wir müssen wieder mehr Agrarvolk werden. Der übervölkerte Westen muß, anstatt in der Industrie Etage auf Etage zu setzen, nach Osten drängen, zur Gewinnung von Land. Erst wenn wir dahin gekommen sind, hat das deutsche Volk wieder kolonisierende Kraft. Vor dem Kriege besaßen wir sie nicht. Wer heute auf die deutsche Kolonisationskraft baut, baut auf Sand." (Bonner Zeitung, 21. Juli 1919.)

Die Vergangenheit und Statistik Deutschlands beweist gerade das Gegenteil von dem, was die andere Seite behauptet. Solange Deutschland mehr Ackerbaustaat war, wanderten viel mehr Deutsche aus, wie von dem Zeitpunkte ab, als sich Deutschland mehr und mehr zum Industriestaate entwickelte.

Die Entwickelung Deutschlands zum Industriestaat wird durch folgende Zahlen beleuchtet:

		1882	1907
Personen beschäftigt in der:	Landwirtschaft	19 225	17 681
	Industrie	16 058	26 387

1882 waren somit über 3 Millionen Seelen in der Landwirtschaft mehr beschäftigt wie in der Industrie. 1907 hingegen waren rund 9 Millionen Seelen mehr in der Industrie als in der Landwirtschaft tätig. Stellt man diesen Zahlen nun die der Auswanderung gegenüber, so ergibt sich die Tatsache, daß die Auswanderung gerade während der Jahre, als Deutschland in der Hauptsache noch Ackerbaustaat war, erheblich stärker war, als in der nachfolgenden industriellen Zeit.

Es wanderten aus:

1881—1890	1 342 423 Personen
1891—1900	529 775 „
1900—1910	279 645 „

Die Erklärung dafür ist auch eine ebenso einfache wie logische. Mit der Zunahme der industriellen Tätigkeit Deutschlands boten sich den arbeitswilligen Elementen in der Heimat so unendlich viel Gelegenheiten, Geld und Geldeswerte zu verdienen, daß sie nicht mehr nötig hatten, auszuwandern, um ein auskömm-

Digitized by Google

liches Dasein zu erringen. Die Städte wuchsen mit der zunehmenden Industrietätigkeit. Der Grund und Boden, sowie die Bodenfrüchte, erhielten eine höhere Wertschätzung, so daß auch der Ackerbauer in der Heimat sein gutes Auskommen fand. Mit anderen Worten, Besitzungen, die bis dahin kaum imstande gewesen sind, den Bauer zu ernähren, brachten ihn nunmehr ein reichliches Auskommen ein. Ja, noch mehr. Die Industrie des Landes bot den intelligenteren Personen so reichliche Gelegenheiten und guten Verdienst, daß die Landwirtschaft mit dauernden Arbeitermangel zu kämpfen hatte. Es ist daher ein gewaltiger Trugschluß der Gegenseite, daß der Zuzug von fremden Arbeitern aus Italien, Polen und Rußland etwas ungesundes für das deutsche Wirtschaftsleben in sich einschloß. In Wirklichkeit handelt es sich um einen ganz naturgemäßen wirtschaftlichen Vorgang, der sich in anderen Ländern unter ähnlichen Vorbedingungen ebenfalls wiederholt. Überall und auf allen Wirtschaftsgebieten läßt sich feststellen, daß der intelligentere Teil der Bevölkerung sich den Beschäftigungszweigen zuwendet, die sowohl Fachkenntnisse wie Intelligenz beanspruchen und deshalb auch höhere Verdienste abwerfen. Dahingegen macht sich dann auf der andern Seite stets eine Zuwanderung von Personen bemerkbar, die als ungelernte und weniger intelligente Arbeiter mit solchen Arbeiten beschäftigt werden, bei denen die rohe Körperkraft die Hauptrolle spielt. Mit andern Worten, der intelligentere Teil der Bevölkerung widmet sich in der Hauptsache der besser bezahlten industriellen Tätigkeit und überläßt die weniger gut bezahlte Handarbeit anderen Personen. Dadurch werden Einwanderer aus den weniger fortgeschrittenen Ländern in das Land gezogen.

Die Polen, Russen und die Zuwanderung von Italienern nach Deutschland während der Jahre des industriellen Aufschwungs ist also eine durchaus folgerichtige und leicht verständliche wirtschaftliche Entwickelung.

Aus dieser Entwickelung der deutschen Verhältnisse heraus läßt sich somit auch ohne weiteres leicht erkennen, daß eine Zwangsauswanderung aus Deutschland nicht dadurch verhindert wird, wenn Deutschland wieder mehr Ackerbau- wie Industriestaat wird. Erschwert wird die Sachlage aber auch noch dadurch, daß Deutschland recht beträchtliche Strecken Ländereien, die besonders für den Ackerbau geeignet sind, an Polen abtreten muß. Auf der anderen Seite sind Deutschland auch noch industrielle Möglichkeiten durch den Verlust Elsaß-Lothringens an Frankreich und die Beschlagnahme des Saargebiets ganz ungewöhnlich stark beschnitten worden. Wohl oder übel werden sich daher eine recht beträchtliche Anzahl von erwerbstätigen Deutschen im Laufe der nächsten Jahre zur Auswanderung entschließen müssen, wenn sie nicht in der Heimat sich gegenseitig als Lohndrücker das Dasein erschweren und in engsten Verhältnissen verkümmern wollen.

Die Feststellung dieser Tatsachen kann also lediglich dazu führen, nicht die

Digitized by Google

Auswanderung als solche zu erschweren oder durch Irreführungen zu verleiden, sondern dafür nach Möglichkeit zu sorgen, daß die Abwandernden im Auslande nicht fremden Völkern und Rassen als Lohnsklaven und Kulturdünger restlos ausgeliefert werden.

England, wie auch die Vereinigten Staaten, nebst einigen anderen Ländern, haben zwar für einige Zeit die Einwanderung von Deutschen verboten. Diese augenblickliche Maßregel hindert jedoch nicht, daß sie alle damit rechnen, späterhin wieder genügend deutsche Einwanderer als Kulturdünger und Lohnsklaven zu erhalten. Die Einwanderungsverbote jener Länder dürfen nur als eine vorübergehende wirtschaftliche Notwendigkeit während der Demobilisierung ihrer Heere und der Kriegs- zur Friedenswirtschaft aufgefaßt werden. Möglich ist es allerdings, daß England der deutschen Einwanderung auch fernerhin verschlossen bleiben wird, um sich eine unbequeme Konkurrenz im Hause vom Halse zu halten. Dahingegen wird England aber dafür zu sorgen wissen, daß die Tore nach den einzelnen Kolonien und Dominien um so weiter den deutschen Einwanderern geöffnet werden. Die Tatsache läßt sich nicht abstreiten, daß die englischen Kolonien und Dominien deren weiße Bevölkerung sowieso schon sehr gering im Verhältnis zu der farbigen war, durch die im Weltkriege erlittenen Verluste ernstlich bedroht ist, so daß in absehbarer Zeit die farbige Bevölkerung völlig vorherrscht, wenn nicht ein starke Zuzug des weißen Elements dies verhindert. Um dieser Gefahr vorzubeugen, ist England schon jetzt dabei, geeignete Vorkehrungen zu treffen, daß Kanada, Australien, Neu-Seeland und auch Südafrika den deutschen Auswanderern die Tore öffnen, um sie als Kulturdünger, Lohnsklaven und, wenn es die Umstände verlangen, auch als Kanonenfutter für die englische Weltherrschaft zu benutzen.

Ähnlich liegen die Verhältnisse in den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Der Mangel an europäischer Einwanderung während der Kriegsjahre unter gleichzeitiger starker Abwanderung von Italienern, Polen, Russen und verschiedener Balkanvölker haben im Lande Verhältnisse hervorgerufen, die auf das gesamte Wirtschaftsleben sehr ungünstig einwirken. Bis zum Ausbruch des Krieges erhielten die Vereinigten Staaten alljährlich rund eine Million frische Einwanderer aus Europa, die das Land vollständig mühelos aufsog. Der Mangel an Einwanderern während der Kriegsjahre hat auf vielen Gebieten einen sehr fühlbaren Mangel von Arbeitskräften und eine dementsprechende Lohnsteigerung im Gefolge gehabt. Die heute in den Vereinigten Staaten vorherrschenden Lohnverhältnisse müssen die amerikanische Industrie nach erfolgter Rückkehr zur reinen Friedenswirtschaft in ihrer Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkte ernstlich gefährden. Das augenblickliche Einwanderungsverbot der Vereinigten Staaten ist daher auch nicht ernst zu nehmen, sondern kann lediglich als Augenblicksmaßnahme betrachtet werden. In erster Linie wurde eine

Digitized by Google

solche Maßregel durch die Demobilisierung der Armee erzwungen. Auf der andern Seite hingegen sah sich die Regierung aber auch gezwungen, auf die starken Arbeiterorganisationen im Lande selbst aus innerpolitischen Gründen Rücksichten zu nehmen. Eine Masseneinwanderung aus Europa würde den Arbeitsmarkt völlig umgestalten und ein sehr empfindlicher Rückgang der hohen Arbeitslöhne wäre die Folge davon. Eine solche Veränderung hätte aber die Arbeiterorganisationen zur denkbar schärfsten Stellungnahme gegen die Regierung gebracht. Die Wilsonregierung fühlt sich aber solcher Opposition unter den heutigen Umständen durchaus nicht gewachsen.

Das amerikanische Großkapital, das unter allen Regierungen, welche Schattierung diese auch immer aufweisen mag, stets der ausschlaggebende Faktor ist, verfolgt daher heute andere Pläne, die zum Ziele führen sollen. Die amerikanischen Kapitalisten sind bereit, mit ihrem straff gefüllten Geldbeutel anfänglich der deutschen Industrie wieder aufzuhelfen. Sie wollen die deutschen Fabrikanten als Zwischenmeister und den Arbeiter als Lohndrücker für sich benutzen. Die amerikanischen Unternehmer sind dabei in der Lage, dem deutschen Arbeiter wie Fabrikanten leidliche Verdienste zuzugestehen, da selbst solche durch die Valutadifferenz ihnen noch enorme Verdienste sichern. Die Amerikaner können den deutschen Arbeitern ganz ruhig heute einen Stundenlohn von durchschnittlich 3—4 Mark gewähren und würden dabei noch enorm verdienen, da der amerikanische Arbeiter für einen solchen Lohn, der bei dem heutigen Stande unserer Valuta nur etwa 20 Cents amerikanisch ausmachte, überhaupt nicht zu haben wäre. Die den deutschen Arbeitern gewährten hohen Löhne würden es den Amerikanern aber nicht nur ermöglichen, Riesenprofite einzuheimsen, sondern die deutschen Arbeiter würden von ihnen zugleich als effektvolle Lohndrücker Amerika gegenüber selbst ausgenutzt werden. Sobald aber die Löhne in Amerika durch Manipulationen dieser Art wieder den gewöhnlichen Stand erreicht haben, wird auch Nordamerika den deutschen Einwanderern dann wieder seine Tore weit öffnen, um sie als Kulturdünger, wie in früheren Jahren, zu benutzen.

Die Aussichten, welche sich den deutschen Auswanderern somit bieten, sind daher durchaus nicht rosige. Nun stehen ihm allerdings noch eine Anzahl neutraler Länder zur Verfügung, die sich bisher der deutschen Einwanderung gegenüber stets entgegenkommend erwiesen haben. An erster Stelle unter diesen stehen Argentinien, Mexiko und Chile. Aber auch in allen diesen Ländern stehen Eigenarten und Sonderverhältnisse der Einwanderung entgegen, die der eingehendsten Berücksichtigung bedürfen. Alle die erwähnten Länder sind die Dorados der Latifundienbesitzer, und preiswerte Ländereien, die den Absatzmärkten genügend naheliegen, sind daher wenig oder gar nicht vorhanden. Die Ländereien aber, welche die Regierungen noch für Besiedelungszwecke zur Verfügung haben,

Digitized by Google

liegen durchweg nicht nur weit von den Absatzmärkten entfernt, sondern sind auch nicht immer gerade zu den besten zu zählen.

Dahingegen sind die großen Latifundienbesitzer in den Ländern jederzeit gern bereit, frisch eingewanderte Europäer auf ihren Ländereien als Pächter zu beschäftigen. Zu den Latifundienbesitzern müssen auch die großen Eisenbahn-, Industrie- und Landgesellschaften gezählt werden, die vornehmlich englischen oder nordamerikanischen Ursprungs sind. Bevorzugt werden von allen solche Einwanderer, die ohne jegliche eigene Geldmittel nach Ansiedelungsmöglichkeiten suchen. Vertragsmäßig müssen diese Ansiedler zwei Drittel der Ernte an die Landbesitzer als Pacht abliefern. Vieh, landwirtschaftliche Geräte, Samen und Maschinen werden den Kolonisten durchweg von den Besitzern kostenfrei zur Verfügung gestellt. Die zur Ernte oder sonstigen Zwecken notwendigen Arbeitskräfte müssen aber vom Ansiedler selbst bezahlt werden. Da der Boden meist recht ertragreich ist, so erscheinen die Pachtbedingungen den Neulingen und Landesunkundigen verhältnismäßig günstig. Dies würde auch zutreffend sein, wenn damit nicht noch andere Bedingungen verknüpft wären. Jeder Ansiedler muß sich jedoch verpflichten, alle Waren und seine sämtlichen Bedürfnisse ausschließlich in den Geschäften der Landbesitzer selbst einzukaufen. Den Ansiedlern wird auch ohne weiteres in diesen Geschäften ein Kredit bis zu einer gewissen Höchstgrenze eingeräumt. In dieser Klausel liegt nicht nur der Hauptgewinn der Landbesitzer, sondern auch die größte Gefahr für die Ansiedler. Die Landbesitzer verkaufen durchweg die Waren viel höher, als sie sonst auf dem freien Markte zu haben sind. Die Geschäfte der Landbesitzer weisen daher auch zumeist einen Reinverdienst von 60—80 Prozent monatlich auf. Außerdem werden den Ansiedlern mit unglaublicher Geschicklichkeit viele Dinge aufgeschwatzt, die sie sehr wohl ohne Schwierigkeiten entbehren können.

Unter diesen Umständen haben die Ansiedler lediglich die Aussicht auf ein hartes, mühevolles Dasein, durch das es ihnen gerade ermöglicht wird, leidlich zu leben, bei nur sehr geringer Hoffnung, jemals auf einen grünen Zweig zu kommen. Die Landbesitzer hingegen verdienen aber nicht nur an der Pacht und den Einkäufen der Ansiedler, sondern vor allen Dingen durch den Umstand ganz enorme Summen, daß die Ansiedler ihnen das Land völlig kostenlos urbar machen müssen. Die Wertsteigerung eines Hektars vom rohen bis zum kultivierten Zustande beträgt, je nach lokalen Umständen, 100—500 Prozent. Das ist auch der Grund, weshalb die Landbesitzer nur kurzfristige Pachtkontrakte mit den Kolonisten abschließen. Sobald das Land unter genügender Kultur ist, nimmt es die Gesellschaft zurück, um es ihren Sonderzwecken nutzbar zu machen. Den Ansiedlern aber verpachtet man gern weiteres Neuland zur Urbarmachung. Die Landbesitzer erhalten durch das Verfahren nicht nur ihr Land nach und nach völlig kostenfrei unter Kultur gebracht, sondern verdienen an den Ansiedlern selbst noch recht er-

Digitized by Google

hebliche Summen. Die Ansiedler hingegen bleiben bei dieser Methode stets und ständig die Schuldsklaven der Landbesitzer und werden dabei noch systematisch um die besten Früchte ihrer Arbeitsleistungen und den eigenen Kulturwert betrogen.

Aus diesen Verhältnissen heraus erwächst Deutschland als Volk wie Staat die Pflicht, Vorkehrungen und Vorsorge zu treffen, daß es den zur Auswanderung gezwungenen Volksgenossen ermöglicht wird, zum mindesten die Früchte ihrer Arbeitsleistungen nebst den Vorteilen ihres eigenen Kulturwertes voll und ganz in erster Linie allein zu genießen. Deutschland als Staat kann in der Frage allerdings nur beratend und aufklärend wirken. Wollte Deutschland als Staat mehr tun, so liefe es Gefahr, sich in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einzumischen, was ihm sehr verübelt werden würde. Es würde aber auch genügen, wenn das amtliche Deutschland für eine wirklich fach- und sachlich einwandfreie Aufklärung und Beratung sorgen wollte, vielleicht durch Heranziehung von Kolonisations- und Auswanderungsbeiräten bei seinen amtlichen Auslandsvertretungen. Besonders wertvolle Arbeit könnte auf dem Gebiete geleistet werden, wenn man die in den einzelnen Ländern ansässigen Auslandsdeutschen mit ihren praktischen Erfahrungen zur fruchtbaren Mitarbeit heranziehen würde. Sehr wichtig ist ferner, daß der Staat als solcher der Beförderung der Auswanderer auf den Schiffen mehr Aufmerksamkeit als früher zuwendet. Bisher boten die Auswanderer allen Schiffsgesellschaften eine hochwillkommene und sehr ertragreiche Einnahmequelle, da die Auswanderer von allen Schiffsgesellschaften weidlich ausgenutzt wurden.

Die besten Erfolge würden sich aber unter allen Umständen dadurch erzielen lassen, wenn Vorkehrungen in Deutschland geschaffen würden, die es den Auswanderen ermöglichten, schon vor ihrer Ausreise sich auf genossenschaftlicher Basis zu organisieren. Die so entstandenen Organisationen entsenden dann ihre Vertrauensleute nach den ausgewählten Ländern, um dort von der Regierung direkt oder von Privaten geeignete Ländereien für Ansiedelungszwecke zu erwerben. In diesen Fällen wären die Ansiedler in der Lage, sofort nach Ankunft auf dem ausgewählten Lande eine eigene Gemeinde zu bilden, so daß vom ersten Tage an Ordnung und Zielsicherheit das Unternehmen förderte.

Pläne dieser Art lassen sich heute um so leichter durchführen, als die Transportfragen von den Ansiedelungen zum Absatzmarkte nicht mehr in gleichem Maße wie früher hindernd im Wege stehen. Der Weltkrieg hat die Leistungsfähigkeit des Kraftwagens auf dem Transportgebiete erprobt. Es ist dadurch der vollgültige Beweis erbracht worden, daß der Kraftwagen in der Zukunft berufen sein wird, als wirklicher Kulturbringer in den verkehrsarmen Neuländern zu dienen. Durch diesen Umstand wird es also ermöglicht, bei der Anlegung von Ansiedelungen so lange auf den Bau teurer Eisenbahnen zu verzichten, bis die Ansiede-

Digitized by Google

lung sich soweit entwickelt hat, daß sich ein Bahnbau von vornherein lohnt. Für Bahnbauten dieser Art wurden bisher ganz unglaubliche Verzinsungen für die darin angelegten Kapitalien beansprucht. Die hohe Verzinsung wird dadurch aber erklärlich, daß die ersten 5 bis 10 Jahre die Ansiedelungen nur in den seltensten Fällen genügend Produkte liefern konnten, um der Bahn Verdienste zuzuführen. Anders verhält es sich aber mit dem Kraftwagen. Die dazu notwendigen Wegebauten lassen sich zumeist mit verhältnismäßig geringen Mitteln herstellen. Jedenfalls stehen die Ausgaben für Wegebauten, wie auch die Anschaffungskosten für einen Kraftwagenpark in gar keinem Verhältnis zu den Unkosten, die selbst eine Schmalspurbahn verlangt. Dementsprechend sind auch die Betriebsunkosten des Kraftwagenverkehrs ganz erheblich geringere.

Wird fach- und sachlich bei Anschaffung der Kraftwagen verfahren, so kann damit noch ein weiterer Vorteil für die Ansiedelung verbunden werden. Ohne Schwierigkeiten läßt es sich ermöglichen, daß der Motor der Kraftwagen auch als Kraftquelle für landwirtschaftliche oder industrielle Betriebe ausgenutzt werden kann. Bei Erzeugung von Meiereiprodukten, bei Dreschen von Getreide oder dem Betriebe von Sägewerken usw. könnten die Motoren der Kraftwagen ohne besondere Schwierigkeiten Verwendung finden.

Werden daher alle die gebotenen Vorteile richtig in Anwendung und zur rationellen Ausnutzung gebracht, so kann ohne weiteres behauptet werden, daß die kommende deutsche Auswanderung einer zweifellos besseren und sicheren Zukunft in den Neuländern entgegengeht, als die der frühesten Jahre. Bei der vorgeschlagenen Organisation der Auswanderer auf genossenschaftlicher Basis würde es sich auch leicht ermöglichen lassen, daß die Abgewanderten als Ansiedler in fremden Ländern dem Deutschtum nicht nur kulturell, sondern auch Deutschland selbst wirtschaftlich als Konsumenten wie Produzenten erhalten blieben. In früheren Jahren wurde dieser Vorteil meist nicht erreicht, oder richtiger gesagt, völlig vernachlässigt, wodurch die Mehrzahl der Abgewanderten von der alten Heimat selbst anstatt zum Kulturträger emporgehoben zu werden, zum Kulturdünger herabgedrückt wurden.

An unsere Leser!

Das Inhaltsverzeichnis für das 2. Halbjahr des Jahrgangs 1919 wird dem nächsten Hefte beigegeben werden.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Kgel Schmidt. Redaktion: Schöneberger Ufer 36 a I. Telephon: Rollendorf 928. Für Anzeigen J. V. Kiel, Berlin-Schöneberg. Verlag Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland, Oesterreich-Ungarn und Luxemburg M. 7.20, übriges Ausland M. 7.50. Einzelnummer 50 Pfg. Gedruckt in der Buchdruckerei Hermann Bergmann, Berlin SW 68.

Digitized by Google

5. Jahrgang * 9. Januar 1920 * Heft 2

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Kaiser Wilhelms Briefe an den Zaren Nikolaus, die gegenwärtig in der „Vossischen Zeitung" veröffentlicht werden, haben bisher an politischem Gewicht wenig von Belang gebracht. In einem aber sind sie aufschlußreich: daß die monarchische Politik sich als die Angelegenheit eines internationalen Familienkreises fühlte und frei war von der Bindung nationaler Solidarität. Der „Vetter" stand dem Kaiser näher als die Empfindung, daß ein Deutscher mit einem Russen über Volksschicksal und Staatenwürde verhandle. So ist es möglich, daß er über Bismarck, den größten Mann seines Volkes, dem Fremden gegenüber ebenso geschmacklos und herabsetzend schreibt wie über die Vertretung seines Volkes, die mit ihm gemeinsam den Weg des sozialen und politischen Aufstiegs zu suchen hatte. Nicht in ihrem politisch-historischen Gehalt, der bisher fehlt, sondern in dem Atmosphärischen, in dem Ton, der die Musik macht, liegt der aufschlußreiche Sinn dieser Publikation. Die Republik könnte zufrieden sein über diese Kundgebung monarchischer Regierungsmethoden, wenn nicht die ganze Angelegenheit von Peinlichem durchsetzt wäre.

*

Frankreich teilt in einem Gelbbuch mit, daß schon zwölf Jahre, ehe der Weltkrieg ausbrach, Italien an Frankreich gebunden war; der Dreibund war, und das wußten wir ja schließlich auch, nur noch eine Fassade, auf die Rom nicht verzichten wollte, weil es in der Behandlung der südslavischen Frage, der großserbischen Ansprüche, eine seltsame Interessengemeinschaft mit dem alten Habsburgerstaate besaß. Die Entwertung des italienischen Bündnisses war seit der französisch-englischen Entente vollständig geworden, denn Italien wagte es, angesichts von Malta und Gibraltar, nicht, einem Konzern anzugehören, der mög-

Digitized by Google

licherweise mit Großbritannien zum Bruch kommen konnte. Die Frage ist nur die, und sie beschäftigt vor allem das italienische Volk: was soll die Veröffentlichung in diesem Augenblick? Den Italienern demonstrieren, daß sie längst nicht mehr Herr ihrer freien Entscheidung gewesen? Daß ihr politisches Vasallentum auch jetzt noch andauern müsse? Rom will zu seiner politischen Freiheit in der Adriafrage zurückkommen, aber die Entente wehrt es ihm.

*

Graf Montgelas hat den Vorschlag gemacht, daß sich alle von der Entente auf die Auslieferungsliste gesetzten Persönlichkeiten freiwillig stellen sollten, um der deutschen Regierung und dem deutschen Volke die Schmach zu ersparen, den Häscher seiner eigenen Landeskinder spielen zu müssen. Dieser sehr beachtliche Vorschlag müßte dahin erweitert werden, daß alle sich freiwillig Stellenden die Erklärung abgeben, daß sie sich zwar im Interesse des deutschen Volkes dem Gericht gestellt hätten, daß sie aber dieses nicht anerkennen könnten, weil Ankläger und Richter dieselben Mächte seien. Sie müßten daher jede Aussage verweigern. Ein derartiges geschlossenes Auftreten wäre die einzig würdige Antwort auf dieses jedem Rechtsbegriffe hohnsprechenden Verfahren.

*

Wilson scheint mit seiner Politik vor dem Bankerott zu stehen. Er selbst will eine feierliche Erklärung abgeben, daß er mit Ablauf seiner Amtsperiode aus dem politischen Leben scheiden wolle. Trotz dieser Feierlichkeit dürfte Wilsons Abgang nicht ganz freiwillig sein, weil selbst seine besten Freunde House und Lansing sich völlig von ihm losgesagt haben. Auch der englische Gesandte Grey beabsichtigt die ungastlichen Gestade Amerikas zu verlassen, ohne sein Beglaubigungsschreiben überhaupt nur in Washington abgegeben zu haben. Für Bundesbrüder, ein nicht sehr gewöhnlicher Verkehrston.

*

Das Urteil im Prozeß Helmhake ist selbst der „Deutschen Tageszeitung" in die Glieder gefahren. In ihrem ersten Schrecken gibt das deutschnationale Blatt das Urteil preis. Die Weltfremdheit der Richter im bunten Rock ist diesesmal gar zu brutal in die Erscheinung getreten. Nach der Logik des Urteils müßte der Gezüchtigte wohl jedesmal erst den Nachweis erbringen, daß der Schlagende die Absicht gehabt habe, Schmerz hervorzurufen. Das durch einen Schlag eines Offiziers das Ehrgefühl eines Soldaten verletzt wird, daran scheinen die Richter nicht gedacht zu haben, vielleicht weil in der Amtssprache ein Soldat bezeichnenderweise „Gemeiner" heißt.

Digitized by Google

Am Scheideweg in der Ostpolitik

Von Dr. Paul Rohrbach

Aus Kopenhagen wurde in den letzten Tagen des alten Jahres gemeldet, daß die Verhandlungen zwischen dem englischen Kommissar, O'Grady, und dem bolschewistischen, Finkelstein-Litwinow, „einen günstigen Verlauf nehmen", und daß Hoffnung besteht, bald zu einem „befriedigenden Ergebnis" zu kommen. Dieses würde vom Standpunkt der Engländer aus vermutlich in einem provisorischen Handelsabkommen bestehen, das den überfüllten Lagern der englischen Textilmanufakturen einen Abfluß nach Sowjetrußland öffnet. In Rußland ist bekannt, daß der Abfluß englischerseits dadurch noch gefördert werden soll, daß die nach Rußland gehenden Waren gegen die dort möglichen Zufälligkeiten mit Staatshilfe versichert werden. Im Zusammenhang mit den Kopenhagener Verhandlungen versteht sich die Äußerung, die Lloyd George vor Weihnachten im Unterhause tat: man könne die Bolschewisten ebensowenig mit Waffengewalt besiegen, wie früher die Jakobiner. Das könnte auch nach dem Beispiel des Fuchses verstanden werden, der die Trauben sauer findet, weil sie ihm zu hoch hängen, aber die eigentlich wichtige, entscheidende Einsicht, zu der Lloyd George sich durchgerungen hat, ist erst in seinem, von der Berliner russisch-reaktionären Zeitung „Prisyw" sofort erschreckt wiedergegebenen Satz enthalten: „ein Rußland existiert nicht!" Bezeichnend genug für die deutsche Berichterstattung aus England, daß man ein solches Diktum des englischen Premierministers erst auf dem Umwege über die russische Presse in Deutschland erfährt! Wie verzweifelt man im Lager Denikins über die Schwenkung Lloyd Georges ist, geht aus der Protestresolution hervor, die am 12. Dezember in Rostow von Vertretern des großrussischen Gedankens gefaßt wurde und die mit der Feststellung beginnt, „daß die neuesten Erklärungen von Lloyd George über die russische Frage in Rußland große Beunruhigung hervorgerufen haben." Sehr glaublich vom großrussischen Standpunkt!

Eine Wendung auf der Seite der Entente, was die osteuropäische Politik angeht, ist deutlich in Vorbereitung, teilweise schon vollzogen. Man sieht in England und in Italien, sogar in Frankreich, jetzt ein, daß der Gedanke aufgegeben werden muß, es könne wieder ein gesamtrussischer Einheitsstaat, höchstens mit Ausschluß Finnlands und natürlich Polens, aufgerichtet werden. Man sieht es aus zwei Gründen: erstens, weil alle bisher unternommenen Restaurationsversuche mit russischen, durch die Entente unterstützten Kräften gescheitert sind, und zweitens, weil die auf dem Boden des früheren russischen Reichs bestehenden Nationalitäten ihre selbständige Lebenskraft und ihren eigenen Staatswillen von Tag zu Tag mehr beweisen. Nachstehend ein Reihe ausländischer Stimmen über die Randstaaten:

Digitized by Google

„Times" vom 3. Dezember: Wenn die Alliierten sich im Prinzip auf eine weit aufgefaßte und liberale Politik gegenüber den Völkern einigen, die eine antibolschewistische Front bilden, und wenn sie darauf hin arbeiten, daß jene Staaten einer solchen Politik zugänglich gemacht werden, so glauben wir, daß die Ursachen, die sie auf dem Schlachtfelde vereinigten, sie auch in der Politik und in den Beratungen zusammenführen werden. Dies würde das tatsächliche Ende des Bolschewismus und eine wirkliche Herbeiführung des Friedens in Osteuropa bedeuten.

„Spectator" vom 22. November: Wir wissen, daß eine Entscheidung der Alliierten im Sinne einer Anerkennung der Randstaaten von vielen patriotischen Russen schmerzlich empfunden werden würde. Diese müssen aber des eingedenk sein, daß die Randstaaten deshalb nicht mit ihnen gemeinsame Sache gegen den Bolschewismus machen, weil sie fürchten, der Triumph der Koltschaks und Denikins würde die Wiederherstellung des russischen (d. h. großrussischen) Regimes bedeuten.

„L'Evénement" in Paris vom 22. Dezember bringt einen Artikel von Gaston Gaillard, der die Frage der russischen Staatsschuld bespricht, darauf hinweist, daß die Randstaaten die reichsten Teile des ehemaligen Rußlands sind, und dann fortfährt: „Bei der Wiederherstellung Rußland müssen daher unsere Sympathien diesen neuen Randstaaten gelten, die sich auch uns zuwenden und dank dieser Sachlage ein Einvernehmen mit unsern Interessen möglich machen. Wir sind davon überzeugt, daß unsere Politik eine definitive Entscheidung zu ihren Gunsten treffen muß."

„Le Petit Parisien" vom 5. Dezember bringt einen Leitartikel von Oberstleutnant Rousset über Rußland, in dem es heißt: „Es ist nicht zu leugnen, daß die Unsicherheit ihres künftigen Schicksals Polen und die Ukraine, deren Mithilfe sehr nützlich hätte werden können, paralysieren. Man hätte diese verschiedenen Staaten über ihre künftige Verfassung beruhigen und durch eine moralische Unterstützung ihre Unabhängigkeit offiziell festigen müssen. Ist es dazu zu spät? Nein! Es ist gerade die richtige Zeit, denn wenn die Entente sich fernhält, wird Deutschland auf den Plan treten und, trotzdem es besiegt ist, sich an die Stelle des Siegers setzen."

„La France libre" vom 11. Dezember: Es ist jetzt klar, daß die Unpopularität Koltschaks und Denikins, die ständig durch ihre reaktionären Ausschreitungen vermehrt wird, den Bolschewismus nur gestärkt hat. Wenn sie von der Entente nicht mehr unterstützt würden, wenn man der Ukraine freie Hand in der Entscheidung über ihr Geschick ließe, wenn der persönliche Einfluß der Alliierten den Ausgleich der Differenzen bewirken würde, die die polnische und ukrainische Demokratie noch zu trennen vermögen, so würde die im Osten entflammte ungeheure Feuersbrunst von selbst verlöschen, weil sie keinen Nährstoff mehr hat.

„Tempo" (Rom) vom 4. Dezember: Es ist an der Zeit, daß die Entente sich offen für die Autonomie der Ukraine ausspricht und nicht länger der Republik Petljuras Veranlassung gibt, mit vollem Grunde zu denken, daß die Tschecho-Slowaken, Südslawen, Polen, Rumänen ruhig ihre Selbstbestimmung verwirklichen können, während die Fremdvölker des alten Rußland, die Esten, Letten, Litauer, Weißruthenen, Ukrainer, Georgier, die alle territorial und ethnographisch geschlossene Einheiten bilden, von der hohen Wohltat der Selbstbestimmung ausgeschlossen bleiben sollen — nur deshalb, weil in Paris jemand sitzt, der nicht aufhört, von der allgemeinen Wiederherstellung des ehemaligen moskowitischen Reiches zu träumen.

„Secolo" vom 25. November: Denikins Herrschaft ist besonders reaktionär in der Ukraine. Dort kämpft der zaristische General gegen alle. Durch und durch unitarisch und zentralistisch hat er erklärt, die ukrainische Nationalbewegung sei eine deutsche Schöpfung;

Digitized by Google

er führt daher einen erbarmungslosen Krieg gegen Petljura und seine Truppen. Er unterdrückt mit Feuer und Blut die geringste separatistische Bewegung der Ukrainer und erregt damit natürlich gegen sich den Haß aller ukrainischen Patrioten.

„Le Peuple" (Brüssel) vom 8. Dezember: Inmitten zahlloser Schwierigkeiten, die durch die aufeinander folgenden Invasionen der Deutschen, der Bolschewisten und Denikins entstanden waren, trotz einer schrecklichen wirtschaftlichen Krise, trotz trauriger Verkehrszustände und trotzdem es an allem mangelte, haben die Ukrainer im Laufe einer außerordentlich kurzen Zeit Tausende von Elementarschulen und anderen Bildungsanstalten, 120 Mittelschulen, 64 Gymnasien und 5 Hochschulen gegründet .... Geben wir uns keinen Illusionen hin! Ungerechtigkeit vermag unfähige Diplomaten und ihre Mitschuldigen nicht aus der Fassung zu bringen. Jedoch alle Anstrengungen Denikins, selbst wenn sie von den Großen in Versailles unterstützt werden, werden nicht imstande sein, etwas gegen den zähen Willen eines starken Volkes auszurichten.

„La Tribune de Genève" vom 15. November: Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen, die Ukraine, die Republik der Bergvölker, Georgien und Aserbeidschan bilden eine unterbrochene Barriere von Staaten, die nichts anderes nötig haben, als ihre offizielle Anerkennung, um dem Bolschewismus den Weg zu versperren.

„Baseler Nationalzeitung" vom 25. November: Nur Verblendete können heute noch davon träumen, den Ukrainern, Georgiern, Litauern und anderen Nationalitäten die staatliche Vereinigung mit Rußland aufzuzwingen ... Sicher wird das kommende republikanische, demokratische Rußland den Alliierten die Unterstützung Petljuras nie verargen; denn indem Petljura die ukrainische Selbständigkeit gegen unitarischen Chauvinismus verteidigt, verteidigt er zugleich die sozialen und politischen Errungenschaften der Märzrevolution gegen die absolutistische feudal-klerikale Reaktion.

„Ceska Straz" (Prag), Ende Dezember: Rußland durchläuft neben der politischen und sozialen Revolution gleichzeitig und sehr lebhaft auch die nationale Revolution. Diese treibt die jahrhundertelang unterdrückte Sehnsucht der Völker des zaristischen Rußland nach Selbstbestimmung an die Oberfläche. Das brutale Niedertreten dieser begründeten Wünsche ... muß schließlich zu dem Zustand politischer Sabotage und offenen Widerstandes führen, der jetzt in verschiedenen Gebieten des Denikinschen Rußland herrscht.

Diese Reihe von Preßstimmen könnte noch lange fortgesetzt werden. Die angeführten Beispiele aber werden genügen, um zu zeigen, wie erschüttert im nichtdeutschen Europa die Meinung ist, daß für die Völker des ehemaligen Rußland die gegebene Form ihrer Zukunft Wiedervereinigung unter einem Gesamtrußland sei. Natürlich bemühen sich die in großer Menge bei uns anwesenden Vertreter des alten Rußland, Generale, Geschäftsleute, Politiker, aristokratische Emigranten und Gutsbesitzer, sehr darum, den ihnen verwandten Kreisen in Deutschland die Überzeugung zu erhalten, Rußland und Osteuropa seien politisch und national synonym und die Fremdvölkerbewegung sei eine künstliche, zukunftslose Sache. Die deutschen Politiker, Finanziers, Industriellen und Herren des auswärtigen Dienstes, die ihren russischen Gewährsmännern das glauben, werden aber eine schwere, geschäftlich wie politisch gleich verlustreiche Enttäuschung erleben, wenn sie sich nicht rechtzeitig vom Boden einer vorgefaßten Meinung auf den der and

Digitized by Google

wärts schon erkannten Tatsachen stellen — und mit ihnen würde Deutschland den Schaden davon haben.

Die letzten Nachrichten aus der Ukraine besagen, daß Denikin an seiner antibolschewistischen Front auf die Linie Winniza—Losowaja zurückgeworfen ist, d. h. er hat bereits drei Fünftel des zur Zeit seiner größten Erfolge von ihm besetzten Gebiets verloren. In seinem Rücken lodern die ukrainischen Bauernaufstände, und das Kubangebiet, von wo ursprünglich der Kern seiner Truppen herstammte, ist von ihm abgefallen. Es ist also begreiflich, weshalb die Entente ihn preisgibt und weshalb Lloyd George sagt, es gäbe kein Rußland mehr, und den Bolschewismus könne man nicht mit Waffengewalt vertilgen.

Der begünstigtste Pflegling unter den einstmals russischen Randvölkern war für die Entente bisher Polen. Der wiederaufgerichtete polnische Staat sollte das Meiste und Entscheidende dafür tun, daß die Einkreisung Deutschlands durch feindliche Mächte auch von Osten her erhalten blieb. Die Polen aber sind unersättlich, und diese ihre Eigenschaft bringt, wie schon jetzt deutlich ist, das neue Polen und den Ententeplan, dem es dienen soll, in Gefahr. Es gibt auf dem bisher russischen, reichsdeutschen und österreichischen polnischen Gebiet 17 bis 18 Millionen Polen, dazu reichlich 3 Millionen Juden. Gewaltsam angegliedert werden sollen 2 Millionen Deutsche. Mit Feuer und Schwert erobert sind Ostgalizien und das Cholmgebiet sowie Teile von Wolhynien und Podolien mit 6 bis 7 Millionen Ukrainern. Besetzt ist ein großer Teil von Weißruthenien mit über 4 Millionen Weißruthenen. Unter diesen und den Ukrainern ist auch die Zahl der Juden bedeutend. Auch ein Teil des litauischen Gebiets ist in polnischen Händen. Auf dem Gesamtgebiet, das die Polen besetzt halten, sind die Nichtpolen also schon ebenso zahlreich wie die Polen. Verlangen tun die Polen noch weit mehr: die Grenzen von 1772 mit rund 45 Millionen Einwohnern. Damit würde das Polentum stark in die Minorität versetzt werden. Wer den polnischen Charakter, dazu die Heftigkeit der nationalen Gegensätze und Spannungen in jenem Teile Osteuropas, kennt, zumal so wie sie sich nach den Erlebnissen des Krieges und der russischen Revolution gestaltet haben, der wird nicht zweifeln, daß ein solcher Polenstaat in kurzer Zeit durch eine Reihe nationaler Explosionen zerrissen werden wird. Die Polen haben gegen sich die Litauer, die Weißruthenen und vor allen Dingen die Ukrainer. Die gegenwärtigen polnisch-ukrainischen Verhandlungen, die, wie es heißt, zur Einräumung des wolhynischen Festungsdreiecks an die Ukrainer geführt haben, ändern daran auf die Dauer nichts. Auch die weißruthenische Opposition darf nicht gering geschätzt werden. Die Polen haben die weißruthenische Rada in Minsk gewaltsam aufgelöst und in 17 weißruthenischen und litauischen Kreisen Vertreterwahlen angeordnet. Die Anordnung geht aus von der Verfassungskommission des polnischen Landtages. Durch die Wahlen, heißt es, soll die eingeborene Bevölkerung „ihren

Digitized by Google

Willen in der Frage der Staatszugehörigkeit kundgeben". Die Geldmittel zur Organisierung der Wahlen werden durch das polnische Finanzministerium angewiesen! Die 17 Kreise reichen von Swieciany nahe der kurländischen Grenze im Norden bis Pinsk im Süden, von Brest-Litowsk im Westen bis Minsk und Sluck im Osten. Anscheinend besteht der Plan, sich mit Moskau über eine Teilung Weißrutheniens längs der Linien des oberen Dnjepr und der oberen Düna zu verständigen — eine Parallele zu der moskowitisch-polnischen Teilung der Ukraine im 17. Jahrhundert. Wahrscheinlich würde auch der schließliche Effekt derselbe sein, daß nämlich das moskowitische Rußland, so wie damals von seinem ukrainischen Anteil, so zukünftig von seinem weißruthenischen her, versuchen würde, Polen aufzufressen. Was die Weißruthenen angeht, wird der Unterschied gegen frühere Zeiten aber darin bestehen, daß auch das weißruthenische Volkstum, so apathisch es einstmals erschien, jetzt den Gedanken seiner nationalen Selbständigkeit erfaßt hat.

Wie auch immer die Entente sich zu den polnischen Vergewaltigungsansprüchen gegen Ukrainer und Weißruthenen stellen mag (ein ziemlich verzweifeltes Problem für den Obersten Rat der Alliierten) — sie kommt auch von der Seite der polnischen Frage her nicht um die Tatsache herum, daß die Zukunft Osteuropas auf keinen Fall mehr gesamtrussisch, sondern nur noch für jedes einzelne der beteiligten Völker nationalstaatlich gedacht werden kann. Entweder werden die Polen in ihre Schranken verwiesen, und dann folgt die Selbständigkeit der von ihnen bedrohten Völker von selber, oder man läßt das Polentum gewähren, und dann setzen sich jene in Kämpfen durch, die außer der Freiheit der Ukrainer, der Weißruthenen und Litauer leicht auch das Ende Polens zur Folge haben könnten. Es berührt merkwürdig fossil, wenn angesichts dieser Fülle einander drängender, sich überschiebender neuer Gestaltungen und Probleme im europäischen Osten in Deutschland viele sonst kluge Leute nichts Gescheiteres zu tun wissen, als mit diesem und jenem depossedierten Emigranten aus der Welt des einstigen großrussischen Gutsbesitzertums und der ruinierten Moskauer Geschäftswelt zusammenzusitzen und sich von jenen darüber belehren zu lassen, was angeblich in „Rußland" sein wird. Man ist doch nicht „sachverständig" bloß aus dem Grunde, weil man das Heute immer noch mit dem Gestern verwechselt! Die russischen Emigranten teilen den psychologischen Fehler aller Emigranten von der Zeit der Perser und Griechen bis auf die französische und auf die russische Revolution: sie bilden sich ein, die Dinge blieben hinter ihnen ebenso liegen, wie sie sie bei der Flucht verlassen haben, und man brauche nur mit etwas ausländischer Hilfe zurückzukehren, so würde sich alles wieder so wenden, wie es früher war. Wer Emigrantenpolitik macht, macht meist falsche Politik. Ich erinnere an die Worte des russischen Publizisten Großmann, der vor dem Kriege Korrespondent der vornehmsten rus-

Digitized by Google

sischen Zeitung, der „Rußkija Wjedomosti", in Berlin war, mitgeteilt in dem Artikel von Axel Schmidt über das russische Problem („Deutsche Politik" vom 5. Dezember 1919):

Diejenigen Russen, die sich außerhalb der Grenzen ihres alten Vaterlandes befinden, können sich nicht vorstellen, was inzwischen alles in Litauen, Finnland, Estland, Kurland, Ukraine und dem Kaukasus vor sich gegangen ist. Die staatliche und nationale Konsolidierung dieser Völkerschaften verstärkt sich mit jedem Tage; ihre unabhängige und selbständige nationale Existenz ist zur Tatsache geworden. Ihre Sprache und die alten kulturellen Formen des Volkslebens bereichern sich immer mehr und diese Entwicklung geht in einem Tempo vor sich, die diejenigen in Erstaunen setzen wird, die bisher dieses Wunder nicht sehen wollten. Alle Energien dieser Völker, die in den letzten Jahrhunderten gezwungen waren, national unfähig zu sein, suchen jetzt einen Ausweg und verwandeln sich in schöpferische Kraft. . . .

Alles was wirklich aus den bewegten Gebieten Osteuropas stammt und in lebendiger Fühlung mit den dort wirkenden Kräften ist, erscheint wie ein einziges Zeugnis einer neuen Zeit. Die europäischen Völker und Regierungen stehen in ihrer Auffassung der kommenden Entwicklung Osteuropas an einem Scheidewege: zu erkennen was dort wird, nein, was schon geworden ist! — und danach zu handeln, oder sich in dem dürre Dickicht absterbender Zusammenhänge, die kein Leben mehr haben, zu verlaufen. Nicht dem Gewesenen gehört die Welt, sondern dem Kommenden. Dieser Glaube spricht auch aus einem interessanten ukrainischen Brief, den ich vor kurzem erhielt. Sein Verfasser ist ein früherer Gutsbesitzer in Podolien und für ukrainische Verhältnisse ein sehr konservativ denkender, allen Illusionen fremder Mann. Seine Worte werden dem Leser zeigen, wie fest er an die Zukunft seines Volkes glaubt. Sie lauten:

Wien, den 15. Dezember 1919.

. . . . Man scheint in Deutschland zu glauben, daß mit der Bedrängnis des Direktoriums, der gegenwärtigen ukrainischen Regierung, auch die Zukunft des ukrainischen Volkes und der ukrainischen Selbständigkeit in Frage gestellt sei. Es ist möglich, daß sich das Direktorium nicht wird halten können. Es ist möglich, daß vorübergehend eine organisierte ukrainische Regierung auf ukrainischem Gebiet überhaupt verschwindet. Der Grund hierfür wäre sehr einfach: der Mangel an Patronen. Unsere ukrainischen Soldaten bekommen seit einem halben Jahr die Patronen einzeln zugezählt. In den ostgalizischen Kämpfen gab es zuletzt nur noch drei Patronen für das Gefecht pro Mann, und danach das Bajonett gegen die schwere Artillerie, die Maschinengewehre und die Flieger der Polen, die diesen von der Entente geliefert wurden.

Sollte es aber jemand in einem Lande wie Deutschland, das die Kraft des nationalen Gedankens selbst in seiner Geschichte so stark erlebt hat, für möglich halten, daß ein anderer nationaler Gedanke aus Mangel an Patronen für immer stirbt? An einen solchen Materialismus möchte ich nicht glauben.

Ich halte mich auch nicht mit dem Märchen auf, daß es kein ukrainisches Volk mit eigenem nationalen und staatlichen Willen gibt. Wenn man mit jemandem noch hierüber diskutieren muß, so wäre das so viel, wie in einer politischen Frage ersten Ranges

Digitized by Google

mit dem ABC anfangen. Ich kann Sie nur darauf hinweisen, daß diejenige Macht, die von Anfang an den ukrainischen Nationalismus realpolitischer einschätzte als alle anderen, die russische Regierung war. Die wußte genau, was für sie die „ukrainische Bewegung" bedeutete. Ich erinnere Sie an Schljogolew, der schon 1912 über den „südrussischen Separatismus" schrieb, es seien von den Mitgliedern der Semstwos, der ländlichen Provinzialselbstverwaltungen, zwei Fünftel „Ukrainophilen". Und das war unter dem Druck der alten russischen Regierung! Die Semstwo-Mitglieder gehörten damals fast nur der gesellschaftlichen Oberschicht an, von der fälschlich behauptet wird, sie sei in der Ukraine ganz und gar russifiziert. So etwas muß man wissen.

Die drei Jahre, die seit der Revolution in Rußland vergangen sind, haben das ukrainische Bewußtsein auch bei der Masse stark vorangebracht, denn in diesen drei Jahren hat sich in der Ukraine, wo früher von politischem Ukrainertum bei der Strafe Sibiriens keine Rede sein durfte, alles ganz offen um die ukrainische Staatlichkeit gedreht. Dies Erlebnis kann in dem ukrainischen Volk nie ausgelöscht werden. Das ukrainische Volksbewußtsein ist entscheidend gestärkt worden, und sobald das erst bei einem Volksstamm geschehen ist, kann durch äußere Gewalt (oder durch innere parteipolitische Fehler) die Staatlichkeit aufgehalten, aber nicht mehr zunichte gemacht werden. Ich habe selbst unter der Hetmanschaft erlebt, wie rasch nicht nur bis dahin zweifelnde ukrainische Elemente, sondern auch der Ukraine feindlich gesinnte Russen sich, die einen freudig, die andern grimmig, zu der Einsicht bekehrten: in der Tat, der ukrainische Staat ist eine reale Möglichkeit!

Vor allen Dingen weiß der ukrainische Bauer, daß die Sicherung seines Landbesitzes verbunden ist mit der Freiheit von der großrussischen Herrschaft. Der Bauer in der Ukraine wird jeden Versuch, irgendwelche staatlichen Zustände auf dem ukrainischen Boden zu schaffen, mag er kommen von welcher Seite er wolle, zuerst daraufhin ansehen, ob er den Zaren und damit den großrussischen Gutsherrn wieder bekommen soll, und wenn er etwas Ähnliches merkt, so wird er sich nicht zufrieden geben. Und ist es nicht ein Beweis für den Eindruck, den die Festigkeit der ukrainischen Sache im Lande selbst gemacht hat, wenn jetzt die deutschen Kolonisten im ukrainischen Schwarzerdegebiet die Waffen zurückschicken, die ihnen Denikin geschickt hat, und sich mit den ukrainischen Bauern solidarisch erklären — mit Ausnahme der Mennoniten?

Heute kann noch niemand sagen, wie lange es dauern wird und was für Zwischenformen vielleicht eintreten werden, bis die Ukraine ein ebenso selbständiger slawischer Staat wird, wie Serbien, Bulgarien, Polen oder die Tschecho-Slowakei. Ich denke aber, die Geschichte dieser slawischen Völker, die alle zusammengenommen nicht viel mehr Angehörige zählen als das ukrainische Volk, sollte es den nüchternen historischen Zuschauer lehren, nicht vorschnell mit seinem Urteil über die ukrainische Zukunft zu sein. Was wußte man z. B. in den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts in Europa von Bulgarien? Und wer glaubte vor einem Jahrzehnt an die staatliche Herstellung Polens?

Wir Ukrainer können natürlich niemand in Deutschland zwingen, daß er an uns glaubt. Wir sehen aber deutlich, daß die Ukraine und Deutschland durch ihr politisches Schicksal und ihre geographische Lage darauf angewiesen sind, sich füreinander zu interessieren, einander zu begreifen, aneinander zu glauben und einander zu ergänzen. Wir sind mit unserer Zukunft nicht daran gebunden, ob man in Deutschland uns heute schon anerkennt oder nicht, denn die geschichtliche Entwicklung im ganzen europäischen Osten, die einmal in Fluß gekommen ist, wird niemand mehr zurückdämmen. Wir würden uns aber freuen, wenn es in Deutschland genug vorausblickende Politiker gäbe, die sich heute nicht

Digitized by Google

daran irre machen lassen, daß das deutsch-ukrainische Verhältnis gepflegt werden muß. Sie und unsere beiden Völker könnten eines Tages davon Dank und Nutzen haben.

Ich gehöre, wie Sie wissen, nicht zu einer der radikal gerichteten Parteien unter meinen Landsleuten, sondern stehe unter den ukrainischen Patrioten ziemlich weit nach rechts. Ich glaube auch nicht, daß eine einzelne Partei imstande sein wird, die Zukunft der Ukraine zu begründen. Darin aber ist kein Unterschied zwischen der äußeren sozialistischen Linken und zwischen der mehr konservativ gerichteten Rechten unter uns Ukrainern, daß wir in nationaler und politischer Beziehung nur ein einziges Ziel kennen: die Freiheit unseres Volkes von Moskau und von Polen und unseren Eintritt als freies und selbständiges Glied in die europäische Völker- und Staatenfamilie. Dafür werden wir alle kämpfen bis zu Ende, und in dem Glauben an dies Ziel werden uns keine noch so schweren Erlebnisse und keine vorübergehende Dunkelheit irre machen.

Mit besten Grüßen

Ihr

Alex. Skoropyß v. Joltuchowskyj.

Die baltische Tragödie

Von C. von der Decken (Insterburg)

Man brauchte nicht prophetische Gabe zu besitzen, um den Zusammenbruch des Awalow-Bermondtschen Unternehmens mit Bestimmtheit vorauszusehen. Es war militärisch, aber vor allen Dingen politisch so mangelhaft vorbereitet, daß man von ihm tatsächlich nicht anders, als von einem leichtfertigen Abenteuer sprechen kann. Dabei bleibe — das sei ausdrücklich betont — die grundsätzliche Frage ganz außerhalb der Erörterung, inwieweit der leitende Gedanke dieses Unternehmens, d. h. die Aufrollung der großrussischen Idee und deren Unterstützung durch Deutschland richtig ist oder nicht. Ganz unabhängig von dem Standpunkt, den man zu dieser Frage einnimmt, konnte allein schon im Hinblick auf die Haltung Englands und auf die innen- und außenpolitische Lage Deutschlands kein klar und nüchtern Urteilender in Zweifel darüber sein, daß die planlos begonnene und ebenso planlos durchgeführte Expedition von vornherein aussichtslos und daher nicht das Opfer auch nur eines Mannes oder eines Rubels wert war. Das kann auch derjenige nicht in Abrede stellen, der an die Zukunftsfrüchte einer deutsch-russischen Waffenbrüderschaft glaubt. Das eben erst so kläglich gescheiterte Needrasche Abenteuer, das unter der englischen Hungerblockade und unter dem von England geleiteten Angriff estnisch-lettischer Truppen in wenigen Wochen zusammengebrochen war, hätte als warnendes Beispiel dienen können. Awalow selbst und den Kreisen um Awalow fehlte es aber entweder an der Fähigkeit oder an dem guten Willen zur richtigen Einschätzung der Lage. So kam es zu dem verhängnisvollen Vorstoß auf Riga, der sowohl in militärischer wie namentlich in politischer Beziehung als Musterbeispiel

Digitized by Google

vollendeter Plan- und Kopflosigkeit dienen kann und der sich deshalb auch sehr bald auf dem linken Dünaufer festrannte. Daneben machten sich bald die Wirkungen der eigenartigen Finanzpolitik der westrussischen Regierung in sehr empfindlicher Weise fühlbar — einer Finanzpolitik, die in ihrer — sagen wir — dilettantischen Verwegenheit schwer zu übertreffen war. Die Awalowsche Zeche bezahlt nun Deutschland mit gutem, wertvollem Blut, vielen Millionen Geld und schweren diplomatischen Konflikten. Für das baltische Deutschtum zeigen sich die Ergebnisse des Awalowschen Abenteuers darin, daß sich jetzt wiederum, ebenso wie vor einem Jahre, ein Strom von Flüchtlingen über die ostpreußische Grenze ergießt — von Flüchtlingen, die Heimat und Haus und Hof im Stich lassen mußten, um kaum mehr als das nackte Leben vor der Rachgier und Plünderungslust der lettischen Truppen und Banden zu retten.

Von diesem harten Schicksal wird in erster Linie die Bevölkerung des Teils Kurlands betroffen, der das „Hoheitsgebiet" der westrussischen Regierung gebildet hatte und nun von den Letten im Kampf den Awalowschen Truppen wieder entrissen worden ist. Nicht nur diejenigen haben dort unter der Rache der lettischen Soldateska zu leiden, die ihre Sympathien für den Kampf gegen die „Latwija" durch Wort oder gar Tat zum Ausdruck gebracht haben, sondern auch die — meistens deutsch-baltische — Kreise, die naturgemäß eine nähere Berührung namentlich mit den deutschen Formationen nicht vermeiden gekonnt hatten. Doch das sind — trotz ihrer großen Anzahl — nur Einzelschicksale, die auf das regste menschliche Mitgefühl Anspruch haben, aber bei einer politischen Wertung des Bermondtschen Unternehmens in den Hintergrund treten. Wenn das baltische Deutschtum in seiner Gesamtheit nicht in diesen Strudel mit hineingezogen worden ist, so hat es dies ausschließlich der verständigen Haltung des baltischen Nationalausschusses zu danken, der alle Gefühlsmomente ausschaltete und sich lediglich auf den harten Boden der Tatsachen stellte.

Als im Juli dieses Jahres die abenteuerliche Needrasche Ministerpräsidentschaft mit einem großen Fiasko endete, mußte sich der baltische Nationalausschuß zu einer klaren Stellungnahme der neu geschaffenen Lage gegenüber entscheiden. Die bis dahin befolgte und auch jetzt noch vielfach empfohlene Taktik der „verschwommenen Neutralität" konnte nicht mehr aufrecht erhalten werden, wenn man es nicht zu einer Katastrophe kommen lassen wollte. Die Entscheidung fiel bekanntlich nach schweren inneren Kämpfen im Sinne einer Entente-Orientierung. „Dem Erhaltungstriebe folgend" — so heißt es in der schriftlichen Erklärung, die damals vom baltischen Nationalausschuß dem Vorsitzenden der englischen Mission überreicht wurde, „hat der baltische Nationalausschuß beschlossen, sich der Entente-Politik in Lettland unterzuordnen". Die Wahl der Worte ist natürlich keine zufällige, sondern das Ergebnis sorgfältiger Erwägungen. Es sollte ganz offen

Digitized by Google

und ehrlich zum Ausdruck gebracht werden, daß die Unterordnung unter den Willen der Entente lediglich aus einer Zwangslage heraus erfolgt sei. In einem Zusatz sprach dann der baltische Nationalausschuß die bestimmte Erwartung aus, daß als Folge dieser Unterordnung „ihm nichts zugemutet werden würde, was gegen seine Auffassung von Ehre verstieße". Von englischer Seite wurde den Deutschbalten als Entgelt hierfür Schutz der nationalen Minderheiten und — in gewissen Grenzen auch — des Privateigentums gegen radikale Enteignungspläne zugesichert. In der damaligen Neubildung des Kabinetts Ulmanis, aus dem lediglich auf englischen Druck die wütendsten Baltenfeinde, Goldmann und Sahlit, ausscheiden mußten und in das zwei Vertreter der Deutschbalten und ein Jude aufgenommen wurden, gelangte diese Abmachung zu äußerem Ausdruck. Bei den bekannten Eigenschaften der englischen Politik bedarf es wohl keiner besonderen Erwähnung, daß diese Haltung Englands nicht auf die schönen Augen der Balten, sondern lediglich auf ganz reale englische Interessen zurückzuführen ist. Auch das vor einigen Tagen nach Liquidierung des Awalowschen Unternehmens neugebildete lettländische Kabinett weist die gleiche Struktur auf und zeigt, daß der englische Einfluß, wenigstens augenblicklich noch, stärker ist, als die radikalen Tendenzen im lettländischen Volksrat, dessen Führung immer mehr in die Hände des lettischen Unabhängigen Dr. Mender übergeht. Die durch die Unterordnungserklärung des Nationalausschusses für die Mitarbeit des baltischen Deutschtums an der „Lettländischen Staatsarbeit" geschaffene Grundlage ist durch das Awalowsche Unternehmen nicht, wie man befürchten konnte, zerstört worden. Die einsichtsvolle Haltung des baltischen Nationalausschusses hat dem baltischen Deutschtum wenigstens diesen Notanker, den es in seiner Verzweiflung ausgeworfen hatte, erhalten.

Darüber muß man sich allerdings nicht hinwegtäuschen: es ist ein Notanker, vor dem das leckgeschlagene Schifflein des baltischen Deutschtums liegt. Und noch dazu ein Notanker, dessen Widerstandskraft gegen die hochgehenden Fluten des lettischen Chauvinismus und Bolschewismus begründeten Zweifeln unterworfen werden kann. Es ist nicht leicht zu sagen, welche von diesen beiden Gefahren — die chauvinistische oder die bolschewistische — gegenwärtig für das baltische Deutschtum in seiner Gesamtheit die größere ist. Daß ein sich selbst überlassenes Lettland schnell und sicher ein Opfer des Bolschewismus werden würde, unterliegt wohl bei der stark ausgeprägten bolschewistischen Veranlagung des lettischen Volkes und der nahen Nachbarschaft des Moskauer Ansteckungsherdes keinem Zweifel. Anderseits ist aber wohl anzunehmen, daß England, das immer noch mehr Geld in das lettländische Geschäft steckt, dieses nicht gutwillig dem Bolschewismus überlassen, sondern Mittel und Wege finden wird, um seine Interessen und damit auch die der besitzenden Klassen energisch — und sei es selbst mit Hilfe

Digitized by Google

von „Kolonialtruppen", die aus dem besetzten Memelgebiet schnell herangezogen werden könnten — zu schützen. Dem lettischen Chauvinismus jedoch, der übrigens Gemeingut aller lettischen Parteien bis zu den Bolschewisten einschließlich ist, steht das baltische Deutschtum allein ohne wirksamen Schutz gegenüber — namentlich wenn der Chauvinismus sich in demokratisch-parlamentarischer Aufmachung präsentiert, wie er das bereits mehrfach mit Erfolg, z. B. in der Sprachenfrage, in der Amnestiefrage und in der Frage des Schutzes der Wahlrechte der Minderheiten getan hat. Man kann es daher verstehen, wenn die Kritiker des baltischen Nationalausschusses, an denen leider in der reichsdeutschen Presse kein Mangel ist, in der Umorientierung der Balten ein Mittel nicht zur Rettung, sondern nur zur Verlängerung der Galgenfrist erblicken. Und ebenso kann man es auch verstehen, daß man es in baltischen Emigrantenkreisen als eine bittere Ironie empfindet, wenn bei dem Feste des Gründungstages der baltischen Landeswehr in Riga die baltisch-lettische Waffenbrüderschaft in schwungvollen Worten gefeiert wird, während zur selben Stunde kurländische Landsleute von der lettischen Soldateska ermordet oder von Haus und Hof vertrieben werden; oder wenn auf demselben Fest Hochrufe auf die Vertreter der Entente ertönen — derselben Entente, die nur ein Ziel kennt: die Erdrosselung des deutschen Mutterlandes; oder wenn die rigasche Kaufmannschaft durch ihre offiziellen Vertreter die Regierung Ulmanis zum Wiegenfeste des lettländischen Staates beglückwünscht, — eines Staates, in dem, wenn es allein nach dem Wunsche der Letten ginge, schon längst kein Platz mehr für einen Deutschbalten wäre. Wie gesagt — man versteht sehr wohl diese Empfindungen. Aber es sind nur eben Empfindungen, für die in diesen harten Zeiten im politischen Leben kein Platz sein kann. Niemand ist berechtigt, dem baltischen Deutschtum seine Umorientierung im Sinne der Entente zum Vorwurf zu machen — am wenigsten diejenigen, die aus den wütendsten Russenfressern zu den eifrigsten Verfechtern der großrussischen Idee geworden sind. Es ist niemand dazu berechtigt, weil noch niemand dem baltischen Deutschtum einen anderen gangbaren Weg gezeigt hat — es sei denn den Weg der Auswanderung. Will das baltische Deutschtum auf der Scholle bleiben, auf der es eine historische Mission zu erfüllen hat, so hat es augenblicklich keinen andern Weg, als den, den es eingeschlagen hat — schweren Herzens, aber in der Erkenntnis der Unabänderlichkeit des Zwanges. Vor dieser tiefergreifenden Tragödie des Baltentums sollte die Kritik verstummen. Sie kann nichts ändern, nichts bessern — sie kann dem Baltentum nur den Daseinskampf noch mehr erschweren, indem sie das Mißtrauen der Machtfaktoren stärkt und wach erhält, mit denen eine baltische Realpolitik nun einmal rechnen muß. In einem noch vor dem Awalowschen Unternehmen an dieser Stelle erschienenen Aufsatz wurde bereits mit allem Nachdruck betont, daß jede aktive Politik Deutsch-

Digitized by Google

lands, ja jeder auch nur indirekte Versuch Deutschlands zur Einmischung in die lettländischen Angelegenheiten für das baltische Deutschtum die verhängnisvollsten Folgen haben müßte. Die letzten Ereignisse haben die Berechtigung dieser Warnung voll bestätigt. Es ist jetzt wirklich an der Zeit, daß sich sowohl die deutsche Politik, wie die deutsche Presse den Balten gegenüber auf die Rolle des aufmerksam abwartenden Beobachters beschränkt, sonst könnte es geschehen, daß den Balten auch noch die letzte Möglichkeit genommen wird, das Ziel zu erreichen, das sie alle — welcher „Orientierung" und welcher Partei sie auch angehören mögen, unter Anspannung der letzten Kräfte anstreben, nämlich: die Erhaltung ihres Deutschtums und der Kulturgemeinschaft mit dem Mutterlande.

Der geistige Krieg nach dem Kriege in Skandinavien

Von Dr. Adolf Jürgens (Heide)

Die nordgermanischen Länder erlebten, seit sie dem europäischen Kulturkreise durch die Christianisierung eingegliedert wurden, zwei große Kulturbewegungen, die nicht nur auf eine kleine Auslese von Gelehrten oder Hofleuten beschränkt blieben, sondern die breiten Massen des Volkes in ihrem ganzen Sein beeinflußten: die Reformation und den deutschen Humanismus mit seinem spätern Sprößling, der Sozialdemokratie. Beide deutscher Herkunft, beide Geschenke des stammesverwandten Deutschland, während dieses in dem gegenseitigen befruchtenden Gedankenaustausch auch dankbar empfangend, den Werken der skandinavischen Größen von Andersen, Ibsen, Björnson und Selma Lagerlöf bis zu Ellen Key und Gustaf Wied herab huldigte und damit ihren europäischen Ruf begründete. Kein Wunder daher, daß deutsche Sprache und Kultur auf Schulen und Universitäten eine bevorzugte Stellung einnahmen und mannigfache Bande die Länder verknüpften. Der Krieg mit seinen Folgen droht alles zu vernichten. Der Kampf gegen alles Deutsche macht an den Grenzen von Neutralien nicht halt, die Leichenfetthistorien fanden auch hier Eingang und Verbreitung. Zwar vermittelt die niedrige deutsche Valuta heute noch einmal einen Zustrom von deutschen Büchern nach Skandinavien, deutsche Musiker dürfen sich auch in Norwegen wieder hören lassen, aber wir stehen mitten in dem Prozesse der Zurückdrängung deutschen Wesens. Die Ansichten über Geschick und Wirksamkeit der deutschen Auslandpropaganda werden außer bei Herrn Erzberger kaum geteilt sein. Heute gibt es aber im Auslande tatsächlich überhaupt keine deutsche Propaganda mehr, während wir im Kriege zwei selbständige Organisationen besaßen. Die berühmten Bierabende des Herrn v. Hintze in Kristiania sind nicht mehr, es fehlt uns an Geld, wie es uns früher an Ideen fehlte. Unsere skandinavischen Freunde, ein

Digitized by Google

Erik Lie und andere, klopfen bei allen Redaktionen vergebens an, „weil er sich in deutschem Sinne betätigte". Mag das Fehlen der deutschen Propaganda kein Schaden sein, unsere Feinde setzen ihre Tätigkeit aber systematisch fort. Der „Krieg nach dem Kriege" war nicht nur eine Phrase Clemenceaus.

England scheint allerdings auch manche seiner Propagandaeinrichtungen abgebaut zu haben. Zumal in Norwegen bedarf es infolge der engen Verquickung der norwegischen Reederei mit der englischen, der übereifrigen, fast hysterischen Propagandatätigkeit der norwegischen Korrespondenten in England und der allgemeinen Verbreitung der englischen Sprache keines großen Apparates. Wagte es doch der Chefredakteur der größten norwegischen Tageszeitung sich einen „homo anglomanus" zu nennen und bei Gegensätzen zwischen seinem Vaterlande und England oft die Partei des letztern zu ergreifen. Zudem dringt in ganz Skandinavien das angelsächsische Wesen durch tausend Kanäle ein. Der angelsächsische Kriminalroman, in welchem Genre wir unsere Unterlegenheit gerne zugestehen, wie auch der rührselige Wochenblattroman werden von skandinavischen Verlegern in billigen Übersetzungen in hunderttausenden Exemplaren in ganz Skandinavien zum Schaden der einheimischen Schriftsteller verbreitet, und wichtiger wohl noch ist das siegreiche Vordringen des amerikanischen Films mit seiner unerhörten Ausstattungspracht und Massenentfaltung, der selbst die berühmten, aber nur mit beschränkten Mitteln arbeitenden dänischen Filmgesellschaften in ihrer Existenz bedroht. Alles, was von jenseits des Ozeans kommt, hat eben den Schein der Unfehlbarkeit und des Unübertrefflichen, wenn wir auch der Logik eines handfesten Amerikaners nicht zu folgen vermögen, der in „Bergens Tidende", ausgehend von der Bedrückung fremder Völker durch die Deutschen die Unterdrückung fremder Sprachen in Amerika, selbst das Verbot skandinavischen Schulunterrichts und der Anwendung des Namens „norwegisches Krankenhaus" zu verteidigen unternahm. Mit großer Virtuosität benutzen die angelsächsischen Staatsmänner und Gelehrten die Fragelust der skandinavischen Journalisten, um bei jeder Gelegenheit die nordische Sucht nach Interviews zur Propaganda zu benutzen; dazu dienen auch die populären, aber pointierten Reden, die die angelsächsischen Ansichten zu einem Schlagwort für den Tagesgebrauch umprägen. Die Tatsache, daß die norwegische Presse bei Erwähnung der vor 100 Jahren von England über das Land verhängten Hungerblockade eigentlich nur Ruhmesworte für England finden kann, weil ein englischer Lord dagegen aufgetreten war, zeigt uns den Wert der in Deutschland noch nicht gewürdigten politischen Rede und eröffnet uns zugleich als Illustration des Wortes: der Sieger schreibt die Geschichte, heitere Perspektiven für unsere eigne Zukunft. Aber auch an systematischer Arbeit: Studentenaustausch, Begründung von Klubs und Handelskammern, lassen es die Angelsachsen nicht fehlen. Das Versagen des Abgottes Wilson in Paris

Digitized by Google

und das Zerplatzen der Zukunftshoffnungen auf den Sieg der westlichen Demokratie, den ewigen Frieden usw. hat aber die Sympathien für angelsächsischen Cant in letzter Zeit erheblich abgeschwächt.

Vor dem Kriege haben uns Journalisten und Professoren das Schlagwort vom „degenerierten Frankreich" solange wiederholt, bis wir es glaubten. Jetzt aber ist Frankreich mit der ganzen Lebhaftigkeit und Elastizität seines Temperamentes an der Arbeit, den deutschen Einfluß zu bekämpfen. Es beschränkt sich dabei nicht auf seine alten Einflußgebiete; Skandinavien, bisher terra incognita für Frankreich, hallt wider von französischer Kulturpropaganda. Man geht systematisch dabei zu Werke. Der Dichter Paul Claudel, als Frankreichs Gesandter in Dänemark, im Wetteifer mit seinen Kollegen in Norwegen und Schweden, hat als praktischer Politiker der Schule sein Hauptaugenmerk zugewandt. Mehrung des französischen Unterrichts in den Schulen ist das Schlagwort. Enthusiasmierte Skandinavier selbst geben dabei die besten Truppen ab, auf die bisherigen „Versäumnisse des bürokratischen Systems" hinzuweisen. Rundfragen und Interviews erscheinen in dichter Folge, die Wirkung zeigt sich in allen drei Ländern. In Kristiania hat man sogar eine besondere französische Schule, vor allem „für die gebildeten Damen" errichtet, wie bei uns im Elsaß die Frau zur Trägerin der Propaganda gemacht wurde. Der norwegische Staat unterstützt die Schule. Die französischen Sprach- und Kulturvereine haben nordische Unterabteilungen ins Leben gerufen, wozu noch die Kriegsvereine kommen, wie die „amis du pays dévasté". In Havre ist ein skandinavisches College errichtet, für das norwegische Millionäre zahlreiche Freistellen gestiftet haben. Wanderredner und -rednerinnen, französische Geistliche evangelischer Konfession, so wenige es deren auch gibt, Gesandtschaftstees, Schauspielertournees und was dazu gehört, die große, prächtig ausgestattete Propaganda-Revue „Atlantis" mit Beiträgen von Barrès etc., arbeiten im selben Geiste. Romanbeigaben in Heften für Zeitungen, die dem starken Lesebedürfnis der Landbevölkerung entgegenkommen, behandeln das Thema von der Rückkehr „Alsace-Lorrains". Zu lebhaften Kämpfen kam es zwischen den Studenten in Schweden und Norwegen anläßlich der Einladung zur Eröffnung der Straßburger Universität am Jahrestage des Einzuges der Franzosen, die hier zwar offiziell abgelehnt, inoffiziell aber doch befolgt wurde. So nimmt der lateinische Geist auf der ganzen Linie den Kampf gegen den in den letzten Jahrhunderten siegreichen germanischen Geist auf.

Das Bild, das wir gezeichnet haben, wäre aber falsch, wenn wir nicht ausdrücklich der warmen Anteilnahme Schwedens an allem deutschen Geschick und aller deutschen Kultur gedächten, der man erst kürzlich durch Zuerteilung der drei Nobelpreise an deutsche Gelehrte Ausdruck gab, wie auch der großen Stiftung für Rostock. So tätig auch die angelsächsische und französische Propaganda sein mag, wir dürfen

Digitized by Google

uns einer wahrhaft befreundeten Nation rühmen, die zwar auch französische Klarheit und englischen common sense, wie wir, zu schätzen weiß, die aber das als verwandt erkannte Gute nicht fortwirft. Selbst in Norwegen, das uns ja während des Krieges so oft feindlich entgegentrat, gibt es eine große Gemeinde von Gelehrten und Künstlern, die in Deutschland ihre Bildung empfingen und trotz aller gegenseitigen politischen Kränkungen während des Krieges die Treue bewahrten. Männer wie H. H. Aall und Gjelsvik, Professoren des Völkerrechts, die unser Notwehrrecht auf den U-Bootkrieg anerkannten, verkennen deutsches Wesen nicht.

Auch die wahre Humanität, die in der Aufnahme von tausenden deutscher Kinder nicht zum mindesten auch seitens der sozialdemokratischen Arbeiter in allen drei Ländern zum Ausdruck kam, gibt uns ein Unterpfand, daß der deutsche Geist, trotz fehlender Propaganda und des Mangels an demokratisch-westlichen Schlagworten dauernd in Skandinavien gewürdigt werden wird.

Das Versagen der Börse

Man mag der Börse nachsagen, was man will, man mag sie einen Giftbaum nennen, eines war ihr doch stets zugute zu halten: sie war eine Art Barometer des Wirtschaftslebens. Man konnte an ihrem Auf und Ab frühzeitig die Entwicklung politischer, vor allem aber auch wirtschaftlicher Dinge vorhersagen. Vor allem war es ein Apparat, der recht zuverlässig gearbeitet hat, das heißt ganz anders als bei den meisten anderen Waren konnte man Wertpapiere, die an der Börse notiert waren, stets verhältnismäßig günstig verkaufen. Es war nicht etwa wie mit einem Haus oder einem Kunstgegenstand, für den man oft erst Jahre nach einem geeigneten Käufer suchen mußte. Jeden Tag, jede Minute war für jedes notierte Wertpapier der denkbar größte Kreis von Käufern vorhanden und infolgedessen diese Art Ware stets ohne allzu große Schwankungen anzubringen. Das ist nun heute nicht mehr der Fall. Leute, die seit einem halben Jahrhundert die Börse besuchen, versichern, daß sie ein derartiges Nichtfunktionieren wie augenblicklich noch nie beobachtet haben. Es sei nicht davon geredet, daß anstelle der früheren Schwankungen von wenigen Prozenten heute ein Fallen oder Steigen bis zu 100 Prozent und mehr an einer und derselben Börse nichts Seltenes ist. Denn da kann man sagen, die Entwertung des Geldes läßt heute einem Sprung von 10 Prozent ungefähr dieselbe Bedeutung zukommen wie früher um 1 oder 2 Prozent. Man kann ferner sagen, daß Papiere, die so hoch gestiegen sind wie heute die größten Spekulationsobjekte an den deutschen Börsen, wie etwa Canada Pacific Shares, Steaua Romana, Vereinigte Glanzstoff Elberfeld usw., auch einen entsprechenden Rückgang ertragen müssen.

Auch früher waren außerordentliche Kursschwankungen denkbar. Sie waren

Digitized by Google

aber dann begründet durch irgendwelche sensationelle Vorkommnisse, wie etwa der Beschluß einer Gesellschaft, ein sehr wertvolles Bezugsrecht zu gewähren. Heute aber gehen die Schwankungen fast ohne Grund vor sich und werden im Handumdrehen auch wieder überwunden. Vor wenigen Tagen ist beispielsweise der Kurs einer der jetzt besonders favorisierten Kolonialpapiere (Colmanskop) buchstäblich innerhalb weniger Minuten vom 830 auf 450 gefallen, um denn im weiteren Verlauf wieder eine entsprechende Erholung zu erfahren. Ähnlich war es mit den zur Zeit sehr stark favorisierten Aktien der Österreichischen Südbahn, den sogenannten „Lombarden", die als Spekulationsobjekt schon klassisch geworden sind und in manchem Roman auch früherer Jahrzehnte eine Rolle spielen. Diese Lombarden sind nun wieder einmal von der Spekulation zum Objekt des Spieles auserkoren worden und sind innerhalb weniger Tage von 17 auf 51½ Prozent gestiegen. Kaum waren sie auf diesem Punkt angelangt, da fielen sie ebenfalls innerhalb weniger Minuten auf 35 Prozent, um dann später wieder anzusteigen. Bei einem Papier, bei dem es sich um einen so breiten Markt handelt, bei dem so zahlreiche weite Kreise interessiert sind, sollte man ein solches tolles Hin- und Herschwanken nicht für möglich halten, und es wäre nicht möglich, wenn die Börse noch richtig funktionieren würde, was eben nicht der Fall ist.

Woher das kommt? Heute ist der Besucher der Börse überbeschäftigt. Er, der früher immer viel Zeit gehabt hat, Zeit sogar um die berühmten Börsenwitze zu ersinnen und weiter zu kolportieren, weiß sich heute kaum mehr zu helfen und seine Aufträge zu erfüllen, kann nicht mehr gleichzeitig auf allen Gebieten des Marktes sein, ist mit Aufträgen seiner Kundschaft so überfüttert, daß er sie kaum ausführen kann, kurz und gut, er ist überbeschäftigt. Der Grad dieser Überbeschäftigung zeigt sich ja am besten darin, daß die Börse, die sich gewiß nicht gern einen Gewinn entgehen läßt, neuerdings besondere Ruhetage hat eintreten lassen müssen, weil man nicht mehr „beikommt".

Man denke, daß heute, wo es uns schlechter geht als je, die Börse die glänzendsten Zeiten erlebt, die sie je erlebt hat. Ist das ein gutes Zeichen? Das wird wohl auch der größte Optimist nicht behaupten können. Wenn man sieht, wie heute auch der krasseste Outsider sich auf die Börse stürzt, wie die Kurse in die Höhe gehen wie Butter und Eier, wenn man sieht, wie heute Papiere getrieben, von schlauen Einpeitschern in die Höhe gesetzt werden, ohne daß irgend jemand auch weiß, ob der neue Kurs wirklich dem Nennwert entspricht, wenn man sieht, wie jeden Tag neue Gebiete des Marktes auf diese Weise bearbeitet, andere aber vernachlässigt werden, so muß man es mit dem Schrecken bekommen. Heute beruht bekanntlich die ganze Börsenhausse auf nur einem Argument, auf dem Hinweis auf die Entwertung des Geldes nach innen und nach außen. Man sagt, in Deutschland ist das einzige, was noch Wert besitzt, Grund und Boden und sonstige greifbare Dinge.

Digitized by Google

Greifbar aber, so sagt man, seien die Fabriken, und diese müßten im Geldwert um so mehr steigen, je weniger das Geld selbst an Kaufkraft besitze. Das ist ganz richtig. Man vergißt nur, daß letzten Endes der Wert von Aktien auch von der Rentabilität abhängt und daß diese Rentabilität in den kommenden Zeiten der Ernüchterung und des ungeheuren Steuerdrucks kaum sehr glänzend sein wird. Und schließlich wird hier eines vergessen. Es gibt heute kaum eine Aktiengesellschaft mehr, die nicht ihr Kapital annähernd verdoppelt aus dem einfachen Grunde, weil bei den gestiegenen Kosten der Betriebsführung und bei der Vervielfachung aller Warenpreise die alten Kapitalien nicht mehr ausreichen. Man muß also neues Geld einfordern, und dieses Geld ist schlechtes, entwertetes Papiergeld. Es tritt auf diese Weise eine außerordentliche Verdünnung des Grundkapitals ein, während die neuen Aktien genau denselben Anspruch auf die Dividende stellen wie die alten, noch mit gutem Gold bezahlten. Das zweite Argument für die Aktienhausse ist unsere miserable Valuta. Für heimische Aktien, so behauptet man, trete das Ausland als Käufer auf und setze dadurch die Kurse in die Höhe. Das mag bis zu einem gewissen Grade zutreffen. Außerdem aber wirft man sich im Zusammenhang mit diesem Argument auf alle Aktien, die irgendwie Interesse im Ausland haben, beispielsweise auf sämtliche Kolonialwerte, die ja von England übernommen werden sollen, auf die ausländischen Effekten, die sich noch in Deutschland befinden, auf Aktiengesellschaften mit Forderungen oder Besitz in Übersee, wie Deutsch-Asiatische Bank, Deutsch-überseeische Bank, Schantungbahn usw. usw. Daß es sich hier um eine Spekulation handelt, die gewissermaßen die weitere Verelendung Deutschlands oder zum mindesten das Anhalten des geradezu unmöglich schlechten Valutastandes zur Voraussetzung hat, wird übersehen. Es wäre doch denkbar, daß unsere Valuta aus irgendwelchem Grunde sich auch wieder hebt bis zur endgültigen Auseinandersetzung mit den ehemaligen Feinden und bis zu dem Augenblick, bis die Abstoßung all dieser Dinge ans Ausland möglich sein wird. Wenn das eintreten sollte, so würde ein sehr großer Teil dieses Kursgebäudes in sich zusammenstürzen. Es ist also heute so, daß eine Besserung unserer Währung im Ausland eine geradezu furchtbare Börsenkatastrophe herbeiführen würde, ein Zustand, den man nicht anders denn als pervers bezeichnen kann. Aber auch wenn diese Hoffnung sich nicht verwirklichen sollte, so sollte sich jedermann in bezug auf die Börse die denkbar größte Zurückhaltung auferlegen, denn die kleinen Beispiele, die gegeben worden sind, wie innerhalb weniger Minuten Börsenkurse um 100 Prozent und mehr fallen können, läßt uns ahnen, was alles an der Börse in der nächsten Zeit noch eintreten kann. Gerade die jüngeren Elemente, die die Geschichte früherer Zusammenbrüche nicht kennen, sollten sich an den weisen Ausspruch jenes Frankfurter Börsianers erinnern, der einmal gesagt hat: „Die Börse is wie e Lawin, sie geht rauf un geht 'runner." Linter.

Digitized by Google

Admiral v. Müller gegen Großadmiral v. Tirpitz

Von Admiral z. D. Bachmann

Die Ausführungen von Admiral v. Müller in Heft 47 der „Deutschen Politik" haben verschiedene Entgegnungen veranlaßt. Aus einer Zusendung des früheren Chefs des Admiralstabs, Admiral Bachmann, drucken wir im Nachfolgenden die wesentlichen Stücke ab. Die Schriftleitung.

Der frühere Chef des Marinekabinetts, Admiral v. Müller, hat in der „Deutschen Politik", Heft 47 vom 21. November, einen Aufsatz erscheinen lassen, der sich „Meine Stellungnahme zu den Tirpitz-Erinnerungen" betitelt. Wenn ich mich in Nachstehendem mit diesem Aufsatze beschäftige, so muß ich gestehen, daß es nicht gern geschieht, da ich lebhafte Zweifel hege, ob bei dem deutschen Publikum, das ich für einigermaßen übersättigt durch die jetzige Häufung der Memoirenlitteratur halte, die Aufnahmefähigkeit für Rede und Gegenrede über solche Werke noch in genügendem Maße vorhanden ist. Trotzdem habe ich mich entschlossen, lediglich zur Steuer der Wahrheit, einige Bemerkungen zu dem Aufsatze des Admirals v. Müller zu machen. Ich gebe gern zu, daß die „Erinnerungen" des Großadmirals v. Tirpitz nicht gerade geeignet sind, bei dem früheren Chef des Marinekabinetts große Freude zu erwecken, da seine Person in ihnen ohne Schonung behandelt wird, und pflichte auch dem Admiral v. Müller darin bei, daß das Amt des Kabinettschefs insofern überaus undankbar gewesen ist, als es seinen Träger, so oder so, der scharfen Kritik seiner Kameraden aussetzte, ja häufig genug ihm die erbitterte Feindschaft ehemaliger Freunde eintrug. Aber der Großadmiral v. Tirpitz mußte in seinem Buche, das einen Überblick über sein Lebenswerk und über die nach seiner Ansicht unrichtige oder doch ungenügende Ausnützung der Flotte geben soll, alle Ursachen für die Schwierigkeiten darlegen, die ihm bei der Schaffung der Flotte erwachsen sind, sowie für die Hindernisse, die ihrer Verwendung in seinem Sinne im Kriege entgegentraten. Das war nicht möglich, ohne daß er schonungslos die dabei mitspielenden Personen in den Kreis seiner Betrachtungen hineinzog, hat er doch — so schwer es ihm als altem Offizier sicherlich geworden ist — selbst vor der Person seines Kaisers nicht Halt machen zu dürfen geglaubt.

Nach diesen allgemeinen Bemerkungen will ich auf einige Einzelheiten des v. Müllerschen Aufsatzes eingehen. Er behandelt folgende Punkte: 1. v. Müllers ungeschickte Auswahl bei der Besetzung der obersten Stellen in der Marine, 2. Ablehnung von Tirpitz als Oberbefehlshaber im Kriege, 3. Zurückhalten der Flotte unter Diskreditierung der Schiffstypen, 4. Verhinderung des energischen U-Bootkrieges, 5. die Isolierung des Kaisers.

Digitized by Google

Zu Punkt 1. (Auswahl bei der Besetzung der obersten Stellen der Marine.)

Eine nähere Beleuchtung der hier behandelten Personalfragen möchte ich vermeiden, da es mir widerstrebt, Urteile über Kameraden vor der Öffentlichkeit auszubreiten. Nur soviel sei mir gestattet zu bemerken, daß die vom Kabinettschef bei Vorschlägen zu der Besetzung wichtiger Stellen zugrunde gelegte Bewertung der Persönlichkeiten sehr oft von dem Urteile der Mehrheit des Seeoffizierkorps abwich. Diese abwegige Beurteilung seitens des Kabinettschefs ist meines Erachtens kein Wunder, da Admiral v. Müller schon viel zu lange in seinem Amte und der Front zu sehr entfremdet war, um noch eine persönliche Fühlung mit der Waffe und den in ihr tätigen Persönlichkeiten zu haben. Dies wurde der Grund zu seinem verhängnisvollsten Versager; denn in dem katastrophalen Ringen, in dem wir durch den Krieg standen, durften nur die fähigsten und tatkräftigsten Männer die leitenden Stellen innehaben. Zu erkennen, wer dies sei, war dem Kabinettschef trotz besten Willens nicht gegeben. Das gelegentliche Einholen des Rates dritter Personen konnte ihn von der Verantwortung, dem Kaiser die richtigen Vorschläge für die Stellenbesetzung zu machen, nicht entheben.

Zu Punkt 2. (Ablehnung von Tirpitz als Oberbefehlshaber im Kriege.)

Admiral v. Müller sagt, „es wäre doch eine mehr wie eigentümliche Zumutung gewesen, daß derselbe Mann, welcher seiner Zeit das sehr nützliche Oberkommando der Marine zerschlagen hat*), indem er dem Kaiser sagte: „Euere Majestät können jetzt Ihr eigener kommandierender Admiral sein", bei Ausbruch des Krieges verlangt, der Kaiser solle das Oberkommando wieder abgeben." Admiral v. Müller übersieht dabei, daß es sich um zwei verschiedene Dinge handelt: um eine oberste Befehlsbehörde der Marine im Frieden und um eine Oberbefehlshaberstelle für alle Seestreitkräfte im Kriege. Wie auch in der Armee für besondere Kriegsschauplätze Oberbefehlshaberstellen mit erhöhten Befugnissen geschaffen wurden (z. B. Oberbefehlshaber Ost), so wäre auch, unbeschadet der Führung der gesamten Wehrmacht durch den Obersten Kriegsherrn, die besondere Leitung des Krieges zur See zweckmäßigerweise einem bestimmten Oberbefehlshaber der Marine zu übertragen gewesen. Ob dies der mit weitgehendster Kommandogewalt auszustattende Chef des Admiralstabes oder ein besonders als Oberbefehlshaber einzusetzender anderer hoher Flaggoffizier war, blieb sich gleich; er mußte nur getragen sein vom Vertrauen der Marine und über dem Flottenchef, dem Oberbefehlshaber der Ostseestreitkräfte und dem Kommandierenden Admiral des Marinekorps (soweit dieser See befehlshaber

*) Tirpitz hatte bald nach Übernahme des Amtes als Staatssekretär die Aufhebung und Aufteilung des Oberkommandos der Marine veranlaßt, um die aus Ressortstreitigkeiten zwischen Oberkommando und Reichsmarineamt dauernd entstehenden Reibungen zu beseitigen und freie Bahn für die Durchführung des Flottengesetzes zu gewinnen.

Digitized by Google

war) stehen. Daß sich nach Lage der Dinge hierzu nur der Großadmiral v. Tirpitz geeignet hätte, dürfte die überwiegende Ansicht des Seeoffizierkorps gewesen sein. Nicht nur ich habe diese Ansicht dem Kabinettschefs gegenüber vertreten, sondern sie ist ihm meines Wissens auch von verschiedenen anderen Seiten und bei wiederholten Gelegenheiten ausgesprochen worden. Für den Großadmiral v. Tirpitz war es naturgemäß schwer, sich selbst für diesen Posten zu empfehlen. Daß er sich trotzdem zu diesem Schritte überwunden und schon in den ersten Kriegsmonaten mehrfach mit dem Kabinettschef darüber verhandelt hat, hat er mir wiederholt bestimmt versichert und ist mir auch von anderer Seite bestätigt worden. Davon, daß v. Tirpitz den Oberbefehl etwa nur angestrebt hat, um die Flotte „aus Marine-Prestige-Gründen einzusetzen", kann meiner festen Überzeugung nach nicht die Rede sein. Dies dürfte sich u. a. auch klar aus den Gutachten ergeben, in denen Großadmiral v. Tirpitz bei verschiedenen Gelegenheiten dem Chef des Admiralstabes seine Ansicht über das Verhalten der Flotte ausgesprochen hat (siehe „Erinnerungen" S. 311 u. ff.). Wie recht der Großadmiral übrigens mit seinem Drängen nach „Aktivität" der Flotte gehabt hat, sehen wir nachträglich bestätigt durch den englischen Oberbefehlshaber Lord Jellicoe, der in seinem Buche „The Grand Fleet 1914—16" offen ausspricht: der deutsche Mangel an Unternehmungsgeist habe große Verwunderung in der englischen Flotte erregt, denn die deutschen Seestreitkräfte hätten gerade in der ersten Zeit des Krieges die besten Chancen den Engländern gegenüber gehabt.

Zu Punkt 3. (Zurückhalten der Flotte.)

Zu diesem Punkte möchte ich nur kurz auf eine offenbare Ungenauigkeit in den Aufzeichnungen des Admirals v. Müller hinweisen, über die ich, da sie mich selbst betrifft, glaube einwandfreie Auskunft geben zu können. Admiral v. Müller schreibt: „Tirpitz ist der Ansicht, daß mit dem neuen Admiralstabschef Bachmann eine grundsätzliche Änderung in der Dispositionsfreiheit der Flotte eingetreten ist. Meine Aufzeichnungen lassen das nicht erkennen." Und weiter: „Freilich hat Bachmann am 30. März 1915 in einem Vortrage gegen die . . . . wieder lebhafter gewordene Sorge, die Flotte könnte einmal abgeschnitten werden, energisch ankämpfen müssen, um der Flotte Freiheit zu Vorstößen zu wahren. Aber von einer gegen die Pohlsche Zeit erweiterten Aktionsfreiheit enthalten meine Aufzeichnungen nichts." Hierzu bemerke ich, daß ich in meinem Vortrage beim Kaiser am 30. März 1915 zum Schlusse, in einem mich bei der anfänglichen Gegensätzlichkeit des Standpunktes Seiner Majestät direkt überraschendem Maße, mit der von mir vertretenen Anschauung über die Notwendigkeit freien Handelns des Flottenchefs durchgedrungen bin und daß die so erreichte Aktionsfreiheit in einem die früheren beschränkenden Bestimmungen aufhebenden Befehle an die Flotte alsbald ausgesprochen worden ist. Dieser neue Befehl, der — wenn ich

Digitized by Google

mich recht entsinne — nach erfolgter Abfassung sogar dem Kabinettschef noch zur Prüfung vorgelegt worden ist, muß in den Akten des Admiralstabes und des Flottenkommandos vorhanden sein. Meiner Erinnerung nach hat der Flottenchef, Admiral v. Pohl, mir die sinngemäße Auffassung dieses Befehls auch mündlich oder schriftlich zu erkennen gegeben, wenn er auch nach seiner Anschauung keine Gelegenheit fand, ihn zu größerer Offensivtätigkeit auszunutzen.

Zu Punkt 4. (Verhinderung des energischen U-Bootkrieges.)

Daß Admiral v. Müller bis zum Frühjahr 1917 ein Gegner des U-Bootkrieges gewesen ist, bekennt er selbst. Er war ja auch völlig von der Richtigkeit der Politik des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg durchdrungen und hat als der aufrichtige und ehrliche Mann, der er stets gewesen ist, aus dieser Überzeugung nie ein Hehl gemacht. Man mag ja über den U-Bootkrieg denken, wie man will. Wenn aber Admiral v. Müller den Vizeadmiral a. D. Galster als Schwurzeugen dafür anführt, daß der U-Bootkrieg vor 1917 nicht wirken konnte, so möge mir gestattet sein, diesem das Zeugnis eines unserer ersten U-Bootkrieg-Experten, des vortrefflichen Führers unserer Flandern-U-Boote, Korvettenkapitän Bartenbach, entgegenzustellen. Dieser schreibt in einem (übrigens auch im Anhange zu den Tirpitz-„Erinnerungen" abgedruckten) Briefe vom April 1918 an den Admiral Dick: „Wir haben diese Zeit (die Jahre 1915 und 16) der Überlegenheit unbenützt verstreichen lassen und sehen uns im Februar 1917 vor eine ungleich schwierigere Aufgabe gestellt als 1915 und 1916. Wir erreichen heute mit unserer Bootszahl bei aufreibendster Anspannung der Besatzungen und harten Verlusten das gleiche Monatsergebnis, das wir im Jahre 1915 mit einem Viertel, im Jahre 1916 mit einem Drittel der Boote mit verhältnismäßig leichter Mühe hätten erreichen können. Diese Bootszahlen waren 1915 wie 1916 reichlich vorhanden. Den Vorwurf, diese Ausnutzung verhindert zu haben, können alle die nicht von sich abschütteln, die gegen den U-Bootkrieg geredet haben, und ebensowenig können sie von ihren Händen das Blut abwaschen, das seitdem fließen muß, um gegen die Abwehr die notwendigen Erfolge zu erzielen." — Als blinder Anhänger der Bethmannschen Politik hat Admiral v. Müller mehr als einmal „gegen seine Couleur" stimmen zu müssen geglaubt. Zu dem von v. Müller angeführten Vorgange am 28. Februar 1915 im Schloß Bellevue möchte ich klarstellend noch Folgendes anführen. Bei dem gemeinsamen Vortrage vor dem Kaiser deutete der Reichskanzler in ziemlich unverblümter Weise an, v. Tirpitz beeinflusse die Presse, speziell den Grafen Reventlow, gegen seine (des Kanzlers) Politik. Diese Behauptung wurde v. Tirpitz nachdrücklichst zurückgewiesen. Der Vortrag behandelte, wie v. Müller richtig angibt, die Beantwortung der ersten Amerika-Note. Die deutsche Antwort, für die der Kanzler eintrat, war so abgefaßt, daß sie den Eindruck der Schwäche in Amerika machen mußte.

Digitized by Google

Dieses wurde von seiten der Marine ausgesprochen. Großadmiral v. Tirpitz gab dabei seiner Befürchtung Ausdruck, daß wir infolge der Note an Prestige verlieren könnten. Es handelte sich bei dieser Äußerung um eine rein sachliche Beurteilung der Wirkung, die unsere Note hervorbringen würde. Der Kabinettschef hat nicht nur bei dem Vortrage gegen die Ansicht der Marinevertreter Stellung genommen, indem er den charakteristischen Ausspruch tat, zu seinem Bedauern müsse er gegen seine Couleur stimmen, sondern hat auch bald nachher dem Großadmiral v. Tirpitz vorgeworfen, seine Bemerkung von dem Prestigeverlust sei eine große Schroffheit gegen den Kanzler gewesen; er legte dabei den Worten v. Tirpitz' den Sinn unter, der Kanzler habe absichtlich unser Prestige schädigen wollen. Andererseits bezeichnete er die Unterstellung des Kanzlers betreffs der Beeinflussung der Presse und des Grafen Reventlow durch v. Tirpitz nur als „ein nicht ganz richtiges Verfahren" des Kanzlers. Dies charakterisiert die starke Eingenommenheit des Admirals v. Müller für den Kanzler und seine, ich hätte fast gesagt, Voreingenommenheit gegen die eigene Waffe, deren Anwalt und Vermittler er bei auftretenden Mißhelligkeiten doch unbedingt hätte sein müssen. Daß er zu den Pflichten des Kabinettschefs vor allem auch eine solche ausgleichende und vermittelnde Tätigkeit rechnete, spricht er selbst bei späterer Gelegenheit in seinem Aufsatze aus.

Zu Punkt 5. (Isolierung des Kaisers.)

Ein wie großer Unterschied zwischen dem Wollen und Handeln des Admirals v. Müller bestand, ist am deutlichsten aus diesem Kapitel ersichtlich. Es soll ihm gerne zugestanden werden, daß er nicht die Absicht hatte, den Kaiser zu isolieren, ja daß er vielleicht sogar — wie aus dem Briefe vom 13. Oktober 1916 an den Reichskanzler entnommen werden könnte — gelegentlich bemüht gewesen ist, eine solche Isolierung zu verhindern; aber zwischen Theorie und Praxis, zwischen Wollen und Können, war bei ihm ein weiter Abstand. Wie so oft hat er sich auch in dieser Hinsicht als ein mangelhafter Beurteiler von Personen und sachlichen Fragen gezeigt. Es war ihm nicht gegeben, zu erkennen, welche Personen und Maßnahmen geeignet waren, die wahren Interessen von Kaiser und Vaterland zu fördern. Dadurch kam er — vielleicht unbewußt — dazu, durch dick und dünn mit seinen Kabinettskollegen zu gehen und mit diesen zusammen „die Stuckmauer" um den Kaiser herum zu bilden, während er die Einwirkung außerhalb stehender Personen auf den Kaiser nur zu oft paralysierte.

Am Schlusse seiner Darlegungen weist Admiral v. Müller noch besonders auf den angeblich großen Schaden hin, den v. Tirpitz durch die Presse und durch persönliche kritische Äußerungen während des Krieges auf die Stimmung in weiten Kreisen ausgeübt hat. Er behauptet, daß sein unrichtiger Einfluß auf

Digitized by Google

die Presse den Kaiser „ganz persönlich" dazu veranlaßt habe, die Marine-Pressezensur dem Reichsmarineamt wegzunehmen und auf den Admiralstab zu übertragen. Dies ist eine sachliche Unrichtigkeit. Zensurbehörde war weder Reichsmarineamt noch Admiralstab, sondern das Oberkommando in den Marken, das den Admiralstab als gutachtende Behörde zur Mitarbeit heranzog. Die Funktion als sachverständige Stelle in Zensurangelegenheiten übte das Nachrichtenbüro des Reichsmarineamts trotz seiner organisatorischen Zugehörigkeit zu dieser Behörde unter Verantwortung des Chefs des Admiralstabes aus. Um diese in den Mobilmachungsvorarbeiten festgesetzte Regelung nach außen hin in Erscheinung treten zu lassen, wurde im Frühjahr 1916 beim Admiralstab eine besondere Presseabteilung eingerichtet, deren Leiter gleichzeitig Chef des Nachrichtenbüros des Reichsmarineamts war. — Admiral v. Müller schreibt: „Daß das Gift der zersetzenden Tirpitzschen Kritik, wie sie in seinen Briefen enthalten ist, allmählich auch in die Marine eindrang, war vorauszusehen." Ich glaube, über nichts täuscht sich Admiral v. Müller mehr, als über einen derartigen Einfluß des Großadmirals auf das Seeoffizierkorps. Einmal hatte dieser überhaupt verhältnismäßig wenig solche Beziehungen zu Kameraden, die ihm Gelegenheit hätten geben können, im Briefwechsel Einfluß auf sie auszuüben, außerdem aber war er auch während des Krieges nur ganz selten — ich glaube nur zwei- oder dreimal — an der Seefront, sonst fast dauernd im Großen Hauptquartier und in Berlin, hatte also gar keine Möglichkeit, für seine Ansichten in Kameradenkreisen mündlich Propaganda zu machen. Wenn sich in Seeoffizierskreisen trotzdem Anschauungen herausbildeten, die sich mit denen des Großadmirals deckten, so ist dies m. E. in erster Reihe dem Umstande zuzuschreiben, daß die Seeoffiziere mehr und mehr die Richtigkeit dessen erkannten, was v. Tirpitz vertrat und anstrebte. Die Wahrheit marschiert eben allein. Im Gegensatz zu der Müllerschen Behauptung von der zersetzenden Tirpitzschen Kritik könnte ich darauf hinweisen, daß in der ersten Zeit des Krieges allerlei übles Gerede über den Großadmiral v. Tirpitz in der Marine, besonders in der Flotte, umlief, das sich auf sein Drängen, die Flotte zur Betätigung zu bringen, und auf die angebliche Rückständigkeit des deutschen Flottenmaterials bezog. Mit dem Augenblicke, wo sich in der Schlacht vor dem Skagerrak erwies, wie recht der Großadmiral gehabt hatte, wenn er der deutschen Flotte die Möglichkeit erfolgreicher Betätigung auch der weit überlegenen englischen Flotte gegenüber zutraute, und wie beträchtlich das deutsche Flottenmaterial dem englischen überlegen war, erst mit diesem Augenblicke verstummte jenes Gerede.

*

Admiral v. Müller, dem wir die Darlegungen des Admirals Bachmann zugesandt haben, schreibt uns dazu das Folgende:

Sie haben mir eine Antwort auf den Artikel des Admirals Bachmann anheim-

Digitized by Google

gestellt. Ich mache davon möglichst sparsamen Gebrauch, hoffend, damit ein Schlußwort zu sprechen.

Gewiß habe ich als Kabinettschef trotz gewissenhafter Prüfung Fehler in der Beurteilung von Persönlichkeiten gemacht, wenn auch nicht so große, wie die sogenannte öffentliche Meinung der Marine, die aus Mangel an dienstlichen Grundlagen mit Vorurteilen arbeitete. Ich erinnere mich dabei eines unseres besten und im Laufe der Zeit allgemein anerkannten Marineattachees, von dem es bei seiner Ernennung hieß: Wenn eine Preisaufgabe zu lösen gewesen wäre, den ungeeignetsten Mann mit der ungeeignetste Frau auf diesen Posten zu bringen, so würde man auf X. X. gekommen sein. Jedenfalls habe ich nie einen größeren Fehler begangen als den, an die Wahrscheinlichkeit zu glauben, der Großadmiral v. Tirpitz würde im Hauptquartier eine segensreiche Wirksamkeit entfalten, gestützt mit auf das vertrauensvolle Verhältnis zu mir, das er mir brieflich noch am 30. April 1914 in warmen Worten zum Ausdruck brachte. Meine Illusion in dieser Beziehung schwand gänzlich mit dem Tirpitzschen Wiegand-Interview, über dessen Motive und Folgen ich mich hier nicht weiter auslassen will. Die unentwegten Tirpitz-Bewunderer, die solche Erfahrungen nicht gemacht haben, übersehen, daß der hervorragende Staatssekretär der Flottengründungszeit ein anderer Mann war als der Großadmiral im Hauptquartier.

Auf die übrigen Punkte von Admiral Bachmann möchte ich nicht eingehen. Sie wiederlegen nach meiner Ansicht nicht, was ich in Nr. 47 dieser Zeitschrift auf Grund streng im Wortlaut wiedergegebener Aufzeichnungen ausgeführt habe. Ich verzichte auch hier darauf, eine weitere Auslese aus diesen Aufzeichnungen zu geben, soviel Interessantes sie noch über die Stellung von Tirpitz und auch von Bachmann im Hauptquartier enthalten. Andererseits möchte ich in diesem Schlußwort noch anführen, daß ich inzwischen neben vielen mir zustimmenden Äußerungen alter Admirale und anderer Kameraden einen Brief des Oberhofmarschalls von Reischach erhalten haben, der sich einer Äußerung des Großadmirals von Tirpitz im August 1914 in Koblenz erinnert: „Um Gottes willen die Flotte nicht einsetzen!"

Daß Admiral Bachmann gegen mich, der ich ihn doch wahrlich nicht provoziert habe, schreibt, wundert mich um so mehr, als ihm bewußt sein muß, wie sehr ich bemüht gewesen bin, seine Stellung im Hauptquartier zu erleichtern und zu befestigen. Daß er verständnislos der Persönlichkeit Bethmann Hollwegs gegenübersteht, wundert mich bei seinen Beziehungen zu Tirpitz schon weniger. Er sollte aber bald das vortreffliche Buch von Dr. Thimme „Bethmann Hollwegs Kriegsreden" lesen und die in diesem Buche wiedergegebenen beifälligen Äußerungen der ganzen Presse. Dann würde sich wohl für ihn wie viele andere die Frage auftun: wie konnte dieser Mann, der trotz seiner schwachen Seiten doch ein politisches Kapital darstellte, so sinnlos beseitigt werden, wenn keine anderen

Digitized by Google

Nachfolger vorhanden waren als die, unter denen dann die deutsche Politik nach innen und außen zusammengebrochen ist.

*

Graf E. Reventlow, der von Admiral v. Müller in seinem Aufsatz in der „D. P." genannt war, bittet uns, den folgenden Brief, den er von Admiral v. Müller erhielt, abzudrucken:

„Geehrter Herr Graf!

Ihren Artikel in der „Deutschen Tageszeitung" habe ich erst heute zu Gesicht bekommen. Ich will Ihnen daraufhin gern erklären, daß es mir ferngelegen hat, Sie persönlich zu verletzen, indem ich die Tirpitzsche Behauptung, Sie hätten ihm Ihre journalistische Kraft zur Verfügung gestellt — eine Behauptung, die Sie selbst als irreführend erklären —, zum Gegenstande der Erörterung in meinem Artikel in der „Deutschen Politik" gemacht habe. Ich gebe diese Erklärung um so williger ab, als ich stets bei aller politischen Gegnerschaft in Ihnen den überzeugten und nur mit ehrlichen Waffen kämpfenden, in seiner Person und Tätigkeit unabhängigen Politiker gesehen habe. Ich erkenne dabei dankbar an, daß ich in Ihren Zeitungsartikeln niemals persönlich angegriffen worden bin.

Indem ich Ihnen die Veröffentlichung dieses Briefes in der „Deutschen Tageszeitung" anheimstelle, bin ich usw.

von Mueller, Admiral z. D."

Antisemitismus

Von E. Fuchs, Eisenach

Das wissen wir ja nun zur Genüge, wie ungeschickt und urteilslos dieses kluge, geistig wertvolle deutsche Volk in politischen Dingen ist. Es müßte uns eigentlich nicht der Nachweis noch einmal so deutlich geführt werden, wie jetzt. Denn daß unser Volk, vor allem seine gebildete Welt, jetzt Zeit hat, sich aufs allerintensivste mit Antisemitismus, Blutprobe und ähnlichen Kindereien zu beschäftigen, gehört doch zum Erstaunlichen in einer so ernsten Zeit. Oder — gehört es zu jenen gefährlichen Versuchen, mit denen Menschen, die sich selbst in große Not brachten und Hilfe suchen, sich selbst täuschen: es müßten bestimmte Liebhabereien aufgegeben, bestimmte Charakterschwächen bekämpft werden. Die sind einem aber zu lieb, da nimmt man sich einen Sündenbock und lädt dem die ganze Last auf: wenn du den in die Wüste schickst, redet man sich und anderen vor, dann ist dir geholfen und du brauchst nicht jene kraftvolle Erneuerung, von der andere dir reden. Sehen wir genauer zu, so sind es auch jene Kreise gerade unter unseren „Gebildeten", d. h. unter unseren beamteten Kreisen — denn mit der Bildung steht es ja in der Masse der Beamteten, die so stolz auf ihre akademische Bildung sind, wie mit der Bildung aller Massen — es sind gerade jene Kreise der Beamteten, die durchaus glauben, daß große, grundlegende Charakteränderungen und sittliche Erneuerung nicht nötig sei, die Träger des Antisemitismus sind. — Da sind unsere Studenten, die Bier trinken und Mensuren schlagen wie

Digitized by Google

vor dem Krieg und statt durch ihre wissenschaftliche Arbeit durch Austreiben der Juden dem deutschen Volke helfen wollen. — Da sind unsere Universitätsprofessoren, die genau solche kleinliche Fachmenschen bleiben wollen wie vorher und glauben, so würde das deutsche Volk urteilsfähiger trotz ihrer, wenn nur die Juden nicht mehr sind. Da sind unsere Oberlehrer: Nur keine Verbesserungen in Pädagogik und Schulwesen, die alten Einrichtungen werden Wunder wirken, wenn nur die Juden sie nicht mehr benutzen. Da sind unsere Geschäftsleute: Es wird gar nichts schaden, wenn wir wenigen und ehrlichen christlichen Geschäftsleute Schleichhandel treiben, wenn nur die Juden uns nicht mehr auswuchern. Und unsere Bauern: Wie billig würde alles werden, wenn nur der Jude nicht in allem seine Hände wüsche.

Im Ernst: Verhüllt sich nicht unser deutsches Volk ganz systematisch die schweren Mängel seiner sittlichen Gesamthaltung und seiner politischen und wirtschaftlichen Organisationsformen und Fähigkeiten durch dies blinde Beschuldigen der Juden? Man schimpft auf die Juden und wiegt sich im Glauben, es wäre alles gut, wenn man sie beseitigt hätte und greift darüber die dringendsten Reformen nicht an. So ist es keine Merkwürdigkeit, daß es gerade Vertreter der Rechten sind, die in Antisemitismus machen. Auf jeden Fall wirkt er zu ihren Gunsten, auch wenn man nicht den billigen Hinweis hätte, daß die Parteien der Linken sämtlich „verjudet" sind. Worauf man die ebenso billige Antwort hat: „Ist es nicht schlimm genug, daß so viele Juden die Notwendigkeit des Fortschrittes einsehen und so viele sehr patriotische Christen für die Lebensfragen ihres Vaterlandes blind sind?"

*

Nun ist es allerdings nicht zu leugnen, daß viele Juden an einem bedenklichen Mangel an Ehrgefühl kranken und deshalb zu einer Art des „Geschäftemachens" fähig sind, die ihnen und leider darüber hinaus ihren gesamten Stammesgenossen Haß und Verachtung einträgt. Es wäre auch zu wünschen, daß jeder Jude immer ein Gefühl dafür hätte, daß man seine Tätigkeit mehr beobachtet und richtet als die eines christlichen Geschäftsmannes und daß er deshalb in seinem Gebaren immer bedenken sollte, ob er nicht die Ehre seines Volkes und seines Glaubens befleckt. — Aber wenn nun die weniger charaktervollen Elemente des jüdischen Volkes eine solche Rolle in unserm Wirtschaftsleben spielen, ist dann nicht in unserm Wirtschaftsleben etwas faul? Wie ist es möglich, daß Menschen, die nach dem Urteil ihrer Feinde nur mit Kniffen und Schlichen arbeiten, den wirklich tüchtigen und soliden Geschäftsmann an die Wand drücken? — Es ist eben nur möglich, weil man durchweg zu sehr Kniffen und Schlichen traut und die einfache Solidität viel zu wenig wertet und stützt. Wenn jeder deutsche Geschäftsmann bei sich und seinen Geschäftsfreunden auf unbedingte Solidität sehen würde und alle gemeinsam gegen jedes üble Gebaren in sittlichem Ernst Front machten, dann brauchten wir keinen

Digitized by Google

Antisemitismus und es würde unserm deutschen Volk durch das Zurückdrängen der unreellen Elemente mehr genützt als durch ein Vorgehen, das alle Juden verdrängt und nur die unredlichen Christen an ihre Stelle schiebt, statt wirkliche Redlichkeit zu schaffen.

Der Vieh- und Getreidehandel ruht in den Händen der Juden. Die darin aufgehäufte Sachkenntnis konnte während des Krieges nicht entbehrt werden. Daß es aber Gegenden gab, wo geradezu eine Allmacht eines oder mehrerer großen Händler eintrat, lag doch eben an der Unfähigkeit und Bequemlichkeit der betreffenden Verwaltungsbeamten. Denen war es sehr recht, wenn der Jude alles bestimmte und machte. Daß darüber in der Bevölkerung eine ungeheure Erbitterung entstand, war ihnen gleichgültig. Ob christliche Händler anders gehandelt hätten, wenn sie in derselben Lage gewesen wären, ist nach allen Erfahrungen, die wir mit unseren Geschäftsleuten von den größten Unternehmern bis zum kleinsten Krämer während des Krieges gemacht haben, sehr fraglich. Sie kannten — mit wenigen, ehrenvollen Ausnahmen — eben doch nur den Gedanken, Geld zu verdienen und erst in zweiter Linie dachten sie an die politischen Folgen ihres Handelns. Wieder gilt es hier dem gesamten Volke, der gesamten Geschäftswelt mehr Gemeingeist beizubringen und es gilt eine Beamtenschaft in der Verwaltung zu schaffen, die mit Tatkraft eingehendes Sachverständnis und den Willen, sich über alle neuauftauchenden Notwendigkeiten wirklich selbst zu unterrichten, verbindet. Und es gilt eine tatkräftige Selbstverwaltung der Bevölkerung zu schaffen, damit nicht einzelne Unheil anrichten können, unkontrolliert von der Gesamtheit. All das, was man in bezug auf die Kriegsgetreide- und Viehwirtschaft den Juden vorwirft, wäre nicht möglich, wenn wir eine Organisation der Bevölkerung, der Produzenten und Verbraucher, gehabt hätten, die sich in die Hände arbeiteten. Gerade aber das wollte man von oben nicht und will man in weiten Kreisen heute noch nicht. Und es ist rührend, wie besonders unsere Bauernschaft sich nun wieder von denen einfangen läßt, die ihr schimpfend und räsonierend die Symptome des Leidens, unter dem sie seufzt, abzunehmen versprechen, das Leiden selbst aber unbeseitigt lassen. Denn das Leiden der Landwirtschaft, wie des ganzen deutschen Volkes ist der Mangel an Selbstverwaltung und mutiger Selbstbestimmung gegenüber dem Einzelwillen mehr oder weniger verständiger Beamter und ihrer Berater. Mit Aufstacheln der finanziellen Begehrlichkeiten und der Zornesgefühle, die sich gegen einzelne Händler angehäuft haben, lenkt man geschickt die Menschen von dem ab, was sie erstreben müßten, damit ihnen wirklich geholfen wird, und unser deutsches Volk bleibt ein Untertanenvolk, schimpfend und räsonierend und voll Zorn gegen einzelne Menschen, in denen sich die Not der allgemeinen Untertanenhaftigkeit am deutlichsten verkörpert, aber unfähig, über diese Untertanenhaftigkeit selbst zu würdiger Selbstbestimmung, Selbstverwaltung, Selbstverteidigung seiner Interessen aufzusteigen. Wenn unsere Bauernschaft ge-

Digitized by Google

litten hat, so hat sie unter der Unfähigkeit der Bureaukratie gelitten und alles, was jüdische und christliche Händler sündigen konnten, ruht auf diesem Grunde. Nun beseitigt man die Juden und läßt die letzte Ursache bestehen — hetzt gegen die verjudete Demokratie und erreicht es, daß der Bauer mithilft, die alte Bureaukratie mit neuer Kraft zu erfüllen.

*

Aber die Rolle der Juden in der Politik? Sind sie nicht in den Parteien der Linken vor allem vertreten, sind sie nicht gerade seit der Revolution überall in führende Stellen gekommen und ist es nicht natürlich, daß ihnen die ganze Tiefe des völkischen Empfindens fehlt. Wir wollen zugeben, daß ihr durch viele internationale Beziehungen geschärfter Weitblick und ihre rasche, bewegliche Auffassungs- und Urteilsfähigkeit in vielen Dingen ein Vorteil sind. Aber jener Mangel an restloser Hingabe ins deutsche Geistesleben und in deutsche Art wird dadurch nicht aufgewogen. — Wieder ist zuzugeben, daß der Jude — der Durchschnittsjude — mehr rasche Anpassungsfähigkeit, kritische Urteilsfähigkeit, Instinkt für das Werdende und Erfolg verheißende hat als den aus sich selbst hervorbrechenden Willen, die Neugestaltung in bestimmte Richtung zu lenken. Sie sind deshalb die außerordentlich gewandten Träger von Bewegungen, die ihre letzten Triebkräfte nicht in ihnen selbst haben, wenn sie auch von ihnen ergriffen wurden. — Da nun vor der Revolution die deutsche gebildete Schicht sehr wenig Menschen hervorbrachte, die sich mit Liebe und Begeisterung der fortschrittlichen Entwicklung unserer politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse widmeten, so kam es ganz von selbst, daß die Gewandtheit und Arbeitskraft der Juden hier ein reiches Wirkungsfeld fand. Ebenso verschließt sich seit der Revolution die „gebildete" — sagen wir wieder besser „beamtete" Schicht des deutschen Volks der Notwendigkeit der Neubildung. Sie macht sich zum Mitträger des reaktionären Geistes und schaltet sich von der Führung in der politischen Neubildung selbst aus. Der notwendige Erfolg ist die wachsende Bedeutung der Juden in der Führung des Volkes. Dagegen nützt keine Hetze, sondern nur die bewußte, mutige, gewissenhafte, sittlich ernste Mitarbeit gebildeter christlicher Kreise. So lange die versagt wird, wird man sich damit zufrieden geben, daß wir eine intelligente, kluge und arbeitsstarke Schicht haben, die hier zu arbeiten wagt.

Ebenso ist es nur ein Verdecken der eigenen Schwäche, wenn man die mangelnde völkische Kraft in unserer Politik von der Führung der Juden herleitet. Würde aus der Tiefe unseres Volkslebens ein starker völkischer Instinkt aufsteigen, so würden die Juden in führender Stellung sich eben nur behaupten können, wenn sie ihm Rechnung trügen. Er ist aber eben nicht vorhanden. Er ist nicht vorhanden, weil wir ein Untertanenvolk waren und sind. Wir sind so völlig ge-

Digitized by Google

wohnt, die öffentlichen Angelegenheiten anderen, Berufenen, zu überlassen, daß wir gar nicht innerlich mit diesen öffentlichen Dingen leben, d. h. aber, die Volksgemeinschaft existiert für uns nur als eine blasse Theorie, nicht als die blutvolle Wirklichkeit unserer eigenen Arbeit und unseres eigenen Mitschaffens an ihrer Gestaltung und Zukunft. So ist sie uns nicht ein Stück unseres Selbst, unseres Lebens, wie unsere Arbeit, alles, was wir selbst schaffen, es sind. Daher diese müde Gleichgültigkeit und diese Unfähigkeit, ihre Lebensnotwendigkeiten ganz voll und lebendig mitzuempfinden. Das wird nur geändert, wenn man unser Volk einige Jahrzehnte lang sich selbst sein Staatsleben und Gemeinschaftsleben bestimmen und bilden läßt. Dann wird jenes Miterleben des Volkslebens, seiner geistigen Werte, seines Lebens, seiner Eigenart und seiner Lebensnotwendigkeiten werden, aus dem ein starker völkischer Instinkt aufsteigt.

Die Antisemiten wissen es besser. Wir müssen Blutsreinheit schaffen und alles Unvölkische ausmerzen. In einem häßlichen Materialismus verschließt man sich der Tatsache, daß das Miterleben des geistigen Lebens uns in unsere Volksgemeinschaft hineinzieht und nicht das Blut. Dieser Blutsmaterialismus ist um so häßlicher, als er sich wie ein gewaltiger Idealismus drapiert. Man will ja alles nur für das Volk — nur die eigenen sittlichen Kräfte will man nicht regen für das Volk und die sittliche Erneuerung und Neuorganisation nicht mitmachen, die einem selbst unbequem wäre, und die eigene bevorrechtete Stellung einschränken würde. So kann sich jeder bierfrinkende Philister und jeder faule Beamte als ungeheuer deutsch und ideal begeistert fühlen, weil er mithilft, durch Blutreinigung deutsche Zukunft zu schaffen.

Nein, deutsche Zukunft wird durch sittliche Arbeit und mühsame Neugestaltung aus Mut und Liebe geschaffen.

*

Liegt hier nicht die letzte, größte Gefahr. Deutsche Zukunft will man schaffen durch Negationen. Aller Haß ist ja Negation. Während des Krieges war der der Deutscheste, der gegen England den bittersten Haß zu reden wußte, nun ist es der, der den Juden am meisten haßt. — Wie arm, wie jämmerlich, wenn das die Liebe zum eigenen Volk ist, ja wenn man sich so schwach fühlt, daß man andere vernichten muß, um in sich selbst und seinem Volke zu leben. Nur der meint immer um sich schlagen zu müssen, der nicht sicher in sich selbst ruht und nicht sicher seinen eigenen Weg geht.

Es ist sehr beschämend zu sehen, daß in den angelsächsischen Völkern Antisemitismus nicht möglich und nicht nötig ist, weil sie zu sicher in sich selbst sind, als daß sie einen Patriotismus aus Negationen nötig hätten. Es ist die Schwäche unseres Miterlebens mit unserer Volksgemeinschaft und die Schwäche unseres

Digitized by Google

Instinktes für ihre Kraft und ihr schöpferisches Wesen, die uns zu solchen Entgleisungen bringt.

Nein, wir wollen unser Volk zu einem Volk machen, das würdig, ruhig und klar mit Mut und starkem Willen sein Schicksal bestimmt und seine Lebensform schafft und sein geistiges Leben trägt. Dann wird aus einem solchen Volk ein starker völkischer Instinkt und klare Urteilskraft über die völkischen Lebensnotwendigkeiten hervorbrechen. — Gewöhnen wir aber unser Volk weiter daran, daß Neinsagen zu anderen Vaterlands- und Volksliebe sei, so stärken wir es auf einem sehr verhängnisvollen Irrweg.

Dies „Neinsagen" des Hasses trifft ja auch die Redlichen und Ehrlichen unter den Juden, trifft all die echte Frömmigkeit, den sittlichen Ernst, das vorbildliche Familienleben und begeisterte Deutschtum, das sich in vielen, edlen, tüchtigen jüdischen Familien findet. Ich verstehe nicht, wie ein Mann, der auf sittlichen Ernst Anspruch macht, übersehen kann, daß es das alles gibt. Und wenn man es nicht übersieht, wie kann man dann die antisemitische Hetze mitmachen? Ein Volk, das solches tut, dem fehlt etwas an seiner sittlichen Kraft und wenn man gar in solcher Negation Hilfe sucht aus dem Elend, in dem wir jetzt stecken, dann fehlt alles Gefühl für das, was wirklich sittliche Kraft ist. Hier merken wir, daß der Antisemitismus geradezu an der Lebenswurzel unseres Volkes nagt. Tausenden, Tausenden blendet er die Augen für das, was wir wirklich brauchen: starke, mutvolle, sittliche, politische, wirtschaftliche Neuschöpfung. Durch sie fallen die Schäden ab, die sich auch darin zeigen, daß untüchtige Elemente christlicher und sehr oft auch jüdischer Art eine Rolle spielen, die nicht sein dürfte. Wir wollen die Schäden, die Untertanenhaftigkeit, die Unfähigkeit zu sittlicher Selbstbestimmung, die Unredlichkeit in unserem Volke beseitigen. Uns nicht durch Selbsttäuschung, sondern in Wahrheit zu helfen suchen.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt. Redaktion: Schöneberger Ufer 36 a I. Telephon: Nollendorf 923. Für Anzeigen J. W. Kiel, Berlin-Schöneberg. Verlag Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland, Oesterreich-Ungarn und Luxemburg M. 7.20, übriges Ausland M. 7.80. Einzelnummer 50 Pfg. Gedruckt in der Buchdruckerei Hermann Beermann, Berlin SW 48.

Digitized by Google

5. Jahrgang * 16. Januar 1920 * Heft 3

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Die Veröffentlichungen von Monarchenbriefen gehen weiter. Sixtus von Parma hofft wohl auf besseres Wetter für seinen Schwager Karl, wenn er feststellen läßt, wie sehr dieser Mann tapferer Wahrheit bereit gewesen ist, Deutschland, das ihm sein Land ein paarmal militärisch gerettet hatte, zu hintergehen. Daß die Schwierigkeiten der österreichisch-ungarischen inneren Lage im deutschen Hauptquartier nie richtig gewürdigt worden, bleibt von der Tatsache unberührt, daß dieser Monarch im Lügen eine kühne Sicherheit besaß. Deutschösterreichs Volk, das jetzt weiß, was „Freundschaft" der Entente bedeutet, wird durch diese Mitteilungen eine weitere Lehre empfangen haben, welch ein Charakterheld Habsburgs letzter Sproß ist.

*

Churchill beginnt, das deutsche Volk zu loben; Cecil hat ihm das Beispiel dazu gegeben. Wollen die britischen Staatsmänner die überlieferten Gesten des wohlwollenden Siegers studieren, die der Praxis der Vernichtung ethische Beteuerungen beifügte, oder wird ihnen etwas Angst vor dem Sturm Deutschenhaß, den sie selber in der wenig gebildeten, aber kompakt denkenden durchschnittlichen Mittelschicht erzeugt haben — Abbau der Kriegspsychose in seiner Einstellung gegen Deutschland. Der Siegerhimmel von London ist von neuen Sorgenwolken umrändert. Der Zusammenbruch der russischen Restaurations-Generale macht die russische Frage wieder einmal völlig undurchsichtig für die Befriedungsabsichten der kaufmännisch-politischen Überlegungen — aber was meldet sich hinter dem russischen Rätsel? Die deutliche Angst, der russische Bolschewismus möchte, nach Südosten vordringend, in den Kaukasus, nach Turkestan zu einer Gemeinsamkeit mit der mohammedanischen Bewegung kommen. Bolschewisierung des

Digitized by Google

Islams ist ein Schlagwort, mit dem man nicht viel anfangen kann; aber daß die englische Politik hier heute eine Frage vor sich aufsteigen sieht, bei der sie um Antworten noch völlig verlegen ist, wird durch Churchills Bekundungen deutlich.

*

Die Streiklust beginnt wieder spürbar anzusteigen. Es ist das Bedürfnis der Kommunisten, die wirtschaftlichen Erschwernisse, die automatisch die Lohnerhöhungen auffressen, wieder politisch auszumünzen und die Unabhängigen sollen ihnen dabei helfen, sind auch willig dazu, wissen aber nicht, was sie an das Ende ihrer Wünsche als Ziel zeichnen wollen. Denn ihre „Räte-Idee" ist wieder einmal vor ihrem eigenen Wissen einigermaßen brüchig geworden; zwar hat ihr Leipziger Parteitag sie gegen die Demokratie festgelegt, aber was sie nun als Instrument der Diktatur des Proletariats herstellen wollen, ist ihnen selber ungewiß, wird auf jeden Fall aber von den Kommunisten verhöhnt. Das Ende ist Nervosität mit Ziellosigkeit. Hoffentlich begreift die Mehrheitssozialdemokratie mit etwas dauerhafter Verantwortung, daß nicht Angsttaktik, sondern sachliche Klarheit ihr zum Gebot werden muß.

*

Der Zusammenbruch der russischen Generalspolitik ist jetzt vollständig. Nach Bermont und Judenitsch sind jetzt auch Koltschak und Denikin erledigt. Ersterer zieht sich in voller Auflösung, dicht gefolgt von den roten Truppen, nach Wladiwostok zurück, letzterer wird Mühe haben, die Reste seiner Truppen ins Kubangebiet zu retten, da ihn von Norden die Sowjettruppen, von Westen die Ukrainer unter Petljura und von Süden die aufständigen ukrainischen Bauern hart bedrängen. Koltschaks Niederlage rollt die sibirische Frage als internationales Problem auf, weil der Tag nicht mehr fern ist, an dem der Bolschewismus mit den japanischen Truppen zusammenstoßen muß, wobei die tschechisch-slowakischen Divisionen in Sibirien eine Überraschung bereiten können. Der Rückzug Denikins wird die Entente endlich zwingen, zum ukrainischen Problem Stellung zu nehmen. Nachdem die „Wiederherstellung Rußlands" gescheitert ist, gibt es kein Ausweichen mehr für die Entente; sie muß wählen zwischen der Anerkennung des Bolschewismus oder der Unterstützung der Ukraine. Bekommt Petljura von der Entente genügend Munition, so wird das ukrainische Volk sich selbst der roten Gäste erwehren können. Trotz aller Fehler, die Deutschland bei der Behandlung des Randstaatenproblems gemacht hat, und trotz aller Ententeversuche, das „einige und teilbare" Rußland wieder herzustellen, haben sich die völkischen Bewegungen in Osteuropa als der einzig starke Faktor des dortigen politischen Lebens erwiesen.

*

Digitized by Google

Zu den Kaiserbriefen

Von Dr. Paul Rohrbach

Die Briefe Kaiser Wilhelms an Nikolaus II. geben, was das Urteil über die Geistesart des Verfassers betrifft, keinen Anlaß zur Änderung des Bildes, das für den Kundigen schon lange feststeht. Daß es ein Stück von Deutschlands Unglück war, diese Persönlichkeit in entscheidender Zeit an der Spitze der Nation zu haben, erfahren wir nicht erst durch die Briefe. Das politische Kernstück, um das es sich in ihnen handelt, ist die Stellung Deutschlands zwischen Rußland, England und Frankreich. Damals, als wir noch „saturiert" innerhalb Europas waren, war sie natürlich innerlich anders, als zu der Zeit, wo es sich darum handelte, Deutschland seinen Platz unter den Weltvölkern zu sichern. Dieser Unterschied muß festgehalten werden. Trotzdem ist es nötig, bis in die Zeit Bismarcks und des saturierten Reichs zurückzugehen, um ein zusammenhängendes Urteil zu gewinnen.

Man weiß, daß die russische Kriegsdrohung von 1879 der Anlaß zur Abschließung unseres Bündnisses mit Österreich-Ungarn wurde, das sich zum Dreibund erweiterte. Bismarck sagt selbst in den „Gedanken und Erinnerungen", daß ein deutsch-russisches Bündnis (das Preisgabe Österreichs bedeutet hätte) materiell stärker gewesen wäre, daß er sich aber zu diesem Weg nicht entschließen konnte, weil Deutschland auf ihm in vollkommene Abhängigkeit von Rußland geraten wäre. Rußlands geographische Lage, die es schwer angreifbar machte, hätte ihm jederzeit ermöglicht, sich zurückzuziehen und uns allein ohne Freunde in Europa zu lassen — oder uns durch diese Drohung in unwürdige Gefolgschaft zu zwingen.

Damit, daß wir auf das russische Bündnis verzichteten, kam naturgemäß früher oder später ein russisch-französisches in Sicht. Zu Bismarcks Zeit lag die Gefahr hauptsächlich darin, daß es feindlichen Einflüsterungen gelang, den Kaiser Alexander III. davon zu überzeugen, Deutschland wolle über Frankreich herfallen, dieses erledigen und dann mit Rußland abrechnen. So charakterisiert Bismarck selbst die Lage. 1887 im Frühjahr zeigte die Schnäbele-Affäre plötzlich, wie leicht ein deutsch-französischer Krieg an der französischen Revanchelust und dem Ehrgeiz französischer Generale (Boulanger) aufflammen konnte. Die Möglichkeit lag nahe, daß Rußland damals mitging, um nach dem sicher vorauszusehenden deutschen Siege dann nicht allein Deutschland und Österreich-Ungarn gegenüber zu bleiben. Hiergegen legte Bismarck eine doppelte Gegenmine an: den deutsch-russischen Rückversicherungsvertrag vom Juni und den Bündnisvorschlag an England vom November 1887.

Man kennt jetzt den Wortlaut des Vertrages. Deutschland und Rußland sich-

Digitized by Google

ten sich gegenseitig wohlwollende Neutralität zu, falls einer von beiden Staaten in Krieg geriete — ausgenommen den Fall, der (von Rußland oder Deutschland) angegriffene Teil sei Österreich-Ungarn oder Frankreich. Ein deutscher Offensivkrieg gegen Frankreich kam also nicht in Frage. Rußland erhielt das Versprechen, wir würden uns auf keinen Fall des Battenbergers in Bulgarien annehmen, und außerdem die Zusage, falls der Zar in die Notwendigkeit versetzt würde, „selbst die Aufgabe der Verteidigung des Zugangs zum Schwarzen Meer zu übernehmen", so verpflichte sich Deutschland zu wohlwollender Neutralität und zur „moralischen und diplomatischen" Unterstützung Rußlands. Das galt auf drei Jahre, bis 1890. „Zugang zum Schwarzen Meere" heißt streng genommen nur Nordeingang des Bosporus: vgl. bei Bismarck, Gedanken und Erinnerungen II, 291. Griff Rußland dorthin, so war nach den Erfahrungen des Berliner Kongresses scharfer englischer Einspruch wegen Konstantinopel zu erwarten. Dagegen hätte Deutschlands „moralische und diplomatische" Hilfeleistung nichts Entscheidendes genützt. Unsere Leistung für Rußland war also nicht übermäßig groß. Diejenige Rußlands für uns bestand im Grunde nur darin, daß wir für die drei Jahre vor einem französisch-russischen Angriffskrieg sicher waren.

Macht man sich diesen Charakter der sogenannten Rückversicherung klar, so versteht man auch, weshalb Bismarck sehr bald darnach einen zweiten politischen Strang zu bauen versuchte, um darauf den Gefahren zu begegnen, die von den „fehlerhaften und gefährlichen Bahnen der russischen inneren und äußeren Politik" her drohten. Dieser Ausdruck steht in dem Briefe Bismarcks an König Ludwig von Bayern vom 10. September 1879. In dem Schreiben an Lord Salisbury vom November 1887 heißt es: „Österreich, ebenso wie Deutschland und das heutige England, gehört zu der Zahl der zufriedenen, „saturierten", um mit dem verstorbenen Fürsten Metternich zu sprechen, und folglich zu den friedliebenden und erhaltenden Mächten. Österreich und England haben in aufrichtiger Weise den Status quo des Deutschen Reiches anerkannt und haben kein Interesse, dasselbe geschwächt zu sehen. Frankreich und Rußland dagegen scheinen uns zu bedrohen: Frankreich, indem es der Tradition der letzten Jahrhunderte treu blieb, wo es sich als den beständigen Feind seiner Nachbarn erwiesen hat, und infolge des französischen Nationalcharakters; Rußland, indem es heute Europa gegenüber die für den europäischen Frieden beunruhigende Haltung einnimmt, welche Frankreich unter den Regierungen Ludwigs XIV. und Napoleons I. kennzeichnete. Es ist auf der einen Seite der slawische Ehrgeiz, der die Verantwortung für diesen Zustand der Dinge trägt, andererseits muß man die Gründe für die herausfordernde Haltung Rußlands und seiner Armeen in den innerpolitischen Fragen suchen: die russische Umsturzpartei erhofft von einem auswärtigen Kriege die Befreiung von der Monarchie; die Monarchisten im Gegensatz erwarten von demselben Kriege das Ende der Revolution."

Digitized by Google

Der Brief (bei Hammann, zur Vorgeschichte des Weltkrieges, im Anhang) folgert dann weiter aus der Gemeinsamkeit der deutschen, österreichischen und englischen Interessen die Ratsamkeit gegenseitiger Unterstützung gegen Rußland und schlägt in sehr vorsichtiger aber unmißverständlicher Form ein Bündnis mit dieser Spitze vor. Lord Salisbury wich dem Vorschlage aus, den Bismarck offenbar gemacht hatte, weil er sah, daß Rußland auf die Dauer mit einem Vertrag, der die Leistungen Deutschlands grundsätzlich auf diplomatische Mittel beschränkte, nicht zufrieden sein und das russisch-französische Gewitter eines Tages doch losbrechen würde. Zweieinhalb Jahre später schied Bismarck aus dem Amt, und Caprivi ließ den Rückversicherungsvertrag fallen. Wir lesen jetzt bei Tirpitz (Erinnerungen S. 16), warum er es tat: er hielt den Krieg mit Rußland für eine „völkerpsychologische Notwendigkeit" und sagte von dem Vertrage, er „wäre nicht ganz anständig angesichts des unvermeidlichen Krieges; er beraube uns außerdem des österreichischen Vertrauens". Damit unterschied sich Caprivi in der Beurteilung Rußlands von Bismarck nicht dem Prinzip, sondern nur dem Grade seiner Überzeugung nach. Die unmittelbare Folge war die französisch-russische Verständigung, die Bismarck, trotz der „Rückversicherung" gleichfalls als so drohend angesehen hatte, daß er dagegen das Bündnis mit England suchte. Hätte er das bekommen, so wäre die Rückversicherung natürlich auch für ihn gegenstandslos geworden — und wie sehr er die russische Gefahr gefürchtet haben muß, geht daraus hervor, daß er, der bekanntlich skeptisch über englische Bündnisse mit Rücksicht auf die englische Verfassung dachte, doch auf ein solches Bündnis ausging.

Wir kommen nun zu dem Kaiserbrief vom 30. Mai 1898. Die Verhältnisse haben sich für ihn insofern geändert, als Deutschland nicht mehr, wie im Zeitalter der Kanzlerschaft Bismarcks, zu den „saturierten" Mächten gerechnet werden kann. 1890, beim Sansibar-Helgolandvertrag, erscheint es zum letzten Mal in der Rolle einer solchen; anderenfalls hätte England die Insel gegen noch so viel Afrika nicht hergegeben. 1897 im September kam jener prophetisch gewordene Artikel in der „Saturday Review" mit dem Stichwort: Germaniam esse delendam! Nieder mit Deutschland! Sein Kern war die These: Wenn Deutschland morgen aus der Welt vertilgt würde, so gäbe es übermorgen keinen Engländer, der nicht um so reicher wäre! Davor lag das Krügertelegramm, dessen Behandlung die heftigste gegenseitige Abneigung der englischen und der deutschen öffentlichen Meinung offenbarte. Wir waren in das Stadium eingetreten, wo weltwirtschaftliche und weltpolitische Notwendigkeiten für uns offenbar wurden, und das bedeutete so oder so die Auseinandersetzung mit England. Wie wir heute sehen, hat hier England bereits in einem verhältnismäßig frühen Stadium die Initiative zu einem Ausgleich in friedlicher Richtung ergriffen gehabt, und

Digitized by Google

ist damit von uns zurückgewiesen worden. Es hat sich mit uns verständigen wollen und die Verständigung gleichzeitig dazu benutzen wollen, eine englisch-deutsche Gruppierung, mit Einbeziehung des Dreibundes, zum Schutz der durch Rußland gefährdeten englischen Interessen in Asien zu schaffen. Die Lage ist also gerade umgekehrt wie 1887: England wirbt jetzt um unsere Partnerschaft mit der Spitze gegen Rußland. Wir müssen uns die Hauptstellen aus dem Kaiserbrief vergegenwärtigen. Sie lauten:

Mit einer für mich ganz unerwarteten Plötzlichkeit sehe ich mich vor eine Entscheidung gestellt, die von lebenswichtiger Bedeutung für mein Land ist und die so weit reicht, daß ich die äußersten Konsequenzen nicht voraussehen kann. . . . Um Ostern herum sandte ein berühmter Politiker aus eigenem Antrieb plötzlich zu meinem Botschafter und bot ihm à brûle-pourpoint einen Bündnisvertrag mit England an! Graf Hatzfeld, äußerst verblüfft, sagte, er könne sich nicht erklären, wie das möglich sei nach allem, was sich seit 95 zwischen uns ereignet habe. Die Antwort lautete: das Angebot sei in vollem Ernst erfolgt und aufrichtig gemeint. . . . Nach Ostern wurde das Ersuchen dringend erneuert, aber auf meinen Befehl kühl und dilatorisch in farbloser Fassung beantwortet. Ich dachte, die Angelegenheit wäre nun zu Ende. Jetzt aber ist das Ersuchen zum dritten Mal in so unmißverständlicher Weise wiederholt worden, wobei ein bestimmter kurzer Termin für meine endgültige Antwort gestellt und so ungeheure Anerbietungen hinzugefügt wurden, die meinem Lande eine weite und große Zukunft eröffnen, daß ich es für meine Pflicht gegen Deutschland halte, gehörig zu überlegen, bevor ich antworte. Ehe ich es aber tue, komme ich frei und offen zu Dir, mein geschätzter Freund und Vetter, um Dich davon zu unterrichten, da ich fühle, daß es sich um eine Frage sozusagen über Leben und Tod handelt. Wir beide haben dieselben Ansichten, wir wünschen den Frieden, und wir haben ihn bis heute erhalten und bewahrt! Was die Tendenz dieses Bündnisses ist, wirst Du gut verstehen, da ich unterrichtet bin, daß es sich um ein Bündnis mit der Triple-Allianz und mit Einschluß von Japan und Amerika handelt, mit denen bereits Vorverhandlungen begonnen worden sind! Welche Chancen in der Ablehnung oder Annahme für uns liegen, magst Du selbst berechnen! Nun bitte ich Dich, als meinen alten und vertrauten Freund, mir zu sagen, was Du mir bieten kannst und tun willst, wenn ich ablehne. . . .

Die Weltlage war damals für England kritisch. Ende 1897 hatten die Russen Port Arthur besetzt und im März 1898 die formelle Verpachtung durch China erzwungen. Gleichzeitig wurden 90 Millionen Rubel zur Verstärkung der Kriegsflotte angewiesen. In Ostasien und Turkestan rückten russische Bahnbauten vor, in Persien waren welche geplant. Marchand marschierte vom Niger zum Nil und der Konflikt mit den Buren bereitete sich durch den Streit über das Uitlander-Stimmrecht unmittelbar vor. Am größten waren die Besorgnisse vor Rußland. Hammann (Zur Vorgeschichte, S. 16) hat schon ein Jahr vor der Veröffentlichung des Kaiserbriefes darauf hingewiesen, daß im Frühjahr 1898 das Kabinett Salisbury „deutliche Zeichen seines Wunsches gab, durch einen engeren Anschluß an das Deutsche Reich und den Dreibund die weltpolitischen Schwierigkeiten für ein

Digitized by Google

isoliertes Großbritannien zu überwinden". In einer berühmten Rede in Birmingham wandte Chamberlain gegen Rußland das Sprichwort an: „Wer mit den Teufel suppen will, braucht 'nen langen Löffelstiel", und lehnte ein Bündnis mit einer europäischen Militärmacht nicht ab. Die Opposition begriff, worauf das zielte; Asquith warnte direkt vor einer Allianz mit Deutschland, weil sie England in Gegensatz mit Mächten bringen würde, deren Freundschaft ein legitimer Bestandteil der britischen Politik wäre. „Chamberlain stellte darauf zwar ein Ausschauen nach Bündnissen aus Schwäche in Abrede, berief sich aber zugleich auf die Verdienste des Dreibundes um die Erhaltung des Weltfriedens und wiederholte offen, daß er bessere Beziehungen zu Deutschland wünsche. Das war schon recht viel für den Anfang einer englisch-deutschen Annäherung" (Hammann).

Genau zwei Monate nach dem Datum des Kaiserbriefes nach Petersburg starb Bismarck. Wer konnte damals ahnen, schreibt Hammann, daß die Geschicke Europas an einem weltgeschichtlichen Wendepunkt angelangt waren? Und er fährt fort: „Die Augen des großen Sehers im Sachsenwalde waren unter dem bitteren Erleben der acht Jahre nach der Entfernung aus seinen Ämtern getrübt und müde geworden und schlossen sich am 30. Juli 1898 für immer. Aus seinem politischen Nachlaß aber lebten zunächst im Gedächtnis der deutschen Mitwelt die Äußerungen aus seinen letzten Passionsjahren viel stärker fort, als die Grundlehren aus seiner langen und unvergleichlich reichen Schöpferzeit." Das ist eine sehr richtige Bemerkung zum Verständnis der nun folgenden Vorgänge in der deutsch-englischen und in der deutsch-russischen Politik.

Wir kennen einstweilen die Antwort nicht, die aus St. Petersburg auf den Brief vom 30. Mai 1898 erging. Sie muß aber so gelautet haben, daß der Kaiser sich nicht veranlaßt sah, seine in dem Brief betonte Zurückhaltung gegen England aufzugeben. Staatssekretär des Auswärtigen in Deutschland war seit 1897 Bülow, unter der Kanzlerschaft Hohenlohes, dem er 1900 im Amt folgte. Auf die auswärtige Politik besaß er zur Zeit des Kaiserbriefes den maßgebenden Einfluß. Es ist nicht sicher, aber doch wahrscheinlich, daß der Kaiser ihn ins Vertrauen gezogen haben wird. Wie stellte sich um die Zeit die Aufgabe der deutschen Politik dar?

Zwei Fragen müssen unterschieden werden: die Erhaltung des Friedens und die Schaffung der Grundlagen für die Gleichberechtigung Deutschlands unter den Weltvölkern. Falsch ist es, hiermit die Frage nach der politischen Moral des sogenannten Imperialismus, in einseitige Zuspitzung auf Deutschland, zu verbinden. Das Jahr darauf, 1899, sah bekanntlich die erste Haager Friedens- oder Abrüstungskonferenz. Unsere Haltung auf dieser war politisch äußerst unklug, aber sie war nicht unmoralischer, sondern nur offener, als die der übrigen großen Mächte, die früher und ausgiebiger als wir Imperialismus getrieben hatten und

Digitized by Google

noch trieben. Es ist nicht anzunehmen, daß Rußland, England, Frankreich, Italien, Japan oder die Vereinigten Staaten sich aus imperialistisch oder annexionistisch denkenden Mächten in genügsame und friedfertige verwandelt hätten, wenn wir im Haag uns den Schiedsgerichten, Abrüstungen usw. weniger kritisch gegenübergestellt hätten. Ebenso ist es eine Torheit, wenn jemand meint, Deutschland hätte unter den Weltvölkern, den bereits gewordenen und den werdenden, in deren Mitte es sich befand, sei es mit, sei es ohne Schiedsgericht und Abrüstung, allein eine Politik der Entsagung treiben sollen. Der klarste Beweis dagegen ist ja der, daß England uns 1898, und bis 1901 noch mehrmals, eine Art von Teilung der Welt — denn dahin hätte ein Abkommen wie das geplante deutsch-englische früher oder später geführt — selber vorschlug. Der Kern der Entscheidung, vor die uns England stellte, war dieser: Option zwischen Rußland und England. Es wiederholte sich gewissermaßen, nur mit größerer Schärfe und mit viel größerer Tragweite, die Lage nach dem Berliner Kongreß, zwanzig Jahre vorher, die Bismarck dazu nötigte, zwischen Rußland und Österreich-Ungarn als Bundesgenossen zu optieren. Zu einem deutsch-russischen Kriege oder zu einem Kriege zwischen dem Dreibund, England und Japan auf der einen, Rußland auf der anderen Seite hätte unsere Option für England ebenso wenig zu führen gebraucht, wie seinerzeit der Abschluß mit Österreich-Ungarn zum Kriege mit Rußland, wenn schon aus keinem anderen Grunde, so aus dem, weil Rußland und Frankreich zusammen viel zu schwach dazu gewesen wären. Allerdings aber hätte die Option einen ausgesprochenen russisch-deutschen Gegensatz begründet.

Wir können uns die Situation von 1898 vielleicht am besten klar machen, wenn wir fragen: Was wäre geschehen, wenn Lord Salisbury zehn Jahre früher auf Bismarcks Novemberbrief von 1887 damit geantwortet hätte, daß er sich bereit erklärte, der von Deutschland geführten Dreibundversicherung gegen die russisch-französische Gefahr, deren Hauptfaktor Rußland war, beizutreten? Kolonialfragen und Orientfragen spielten natürlich für das Deutschland von 1887 lange nicht die Rolle, wie für das Deutschland von 1898, aber bei der Verteilung der positiven Machtverhältnisse in dem mitteleuropäisch-englischen Bündnis wären Deutschland und England doch von selbst an der Spitze gewesen, und zwar ohne jeden Zweifel mit der Front gegen Rußland. Bismarck hat einmal zu Crispi gesagt, die Wiederherstellung Polens als Bundesgenossen gegen Rußland sei im Notfall wohl zu erwägen. Das zeigt, welche Wege sein Geist zu gehen imstande war, wenn es die Sicherung der Zukunft Deutschlands galt. Für das besonnene Urteil mußte klar sein, daß sich von den Momenten der russischen Gefahr für Deutschland seit 1887 keines entscheidend vermindert hatte, weder der Panslawismus, noch die französischen Treibereien, noch die Unsicherheiten der innerrussischen Lage und der gewaltsame Charakter der russischen Politik aus Natur

Digitized by Google

und Überlieferung. Darauf, daß die vorübergehende Ablenkung des russischen Interesses nach Ostasien von langer Dauer sein und den Orient, wo starke deutsche Interessen heranwuchsen, von dem Druck russischer Ansprüche entlasten würde, war nicht zu rechnen. Gegen das Abkommen mit England ist später gesagt worden, es hätte uns in Abhängigkeit von der englischen Politik gebracht. Für die Fähigkeiten, die damit der Lenkung eines Staates wie Deutschland zugetraut werden, ist das auf jeden Fall eine schlechte Note. Entscheidend ist auch gar nicht die Besorgnis wegen der Abhängigkeit gewesen, sondern entscheidend für die Behandlung des englischen Angebots der „Junior-Partnerschaft" in der Weltpolitik in den Jahren von 1898 bis 1901 war etwas ganz anderes: die Abneigung, zwischen England und Rußland zu optieren, die Vorstellung von der Politik der zwei Eisen im Feuer, und der Glaube, es bedürfe keiner Option, weil England und Rußland doch nie würden zu einander kommen können! Gerade diese Vorstellung, in der später Holstein und Bülow befangen waren, hat Bismarck in einem Gespräch mit dem Grafen St. Vallier als Wahnsinn bezeichnet (Hammann, Zur Vorgeschichte, S. 41). Das war schon 1879!

Man kann bei Hammann (oder dem Freiherrn v. Eckardstein) nachlesen, und es ist nachgerade bekannt genug geworden, so daß die Einzelheiten hier nicht erzählt zu werden brauchen, wie die Anregungen Englands nach 1898 sich wiederholten und wie schließlich an die Stelle der englisch-deutschen Verständigung die Entente und die Einkreisung traten, weil wir von der unseligen Zwei-Eisenpolitik nicht loskamen. Neben dieser, die eine Spezialität Bülows war, liefen, wie die Kaiserbriefe zeigen, seit 1904 unmittelbare Bemühungen Wilhelms II., ein deutsch-russisch-französisches Bündnis zustande zu bringen, das angeblich nur daran gescheitert sein soll, daß der Kaiser die republikanischen französischen Staatsmänner als „Nichtkaiser" und „Nichtprinzen" beim Abschluß differenzierend behandeln wollte. Bei allem, was ihm zugetraut werden kann, ist das nicht gerade leicht glaublich. Man sieht auch aus späteren Briefen, die nach der Zusammenkunft von Björkö geschrieben sind, daß die Minister Nikolaus II. es waren, die den Vertrag mit Deutschland ablehnten, und für ein nüchternes Urteil ist es auch schwer sagen, wie die russische Politik, bei ihrer zugleich elementaren und planbewußten Triebhaftigkeit in der Richtung auf die türkischen Meerengen, die Balkanherrschaft und die Zerstörung Österreich-Ungarns durch den Panslawismus, zu einem Ausgleich mit Deutschland hätte kommen sollen. Man lese Mikrofanows Brief an Delbrück im Juniheft der Preußischen Jahrbücher von 1914, und die Antwort Delbrücks darauf. Dort findet sich die klassische Formulierung der Gegensätze, um die es sich handelte, und die nicht durch eine Korrespondenz der beiden Kaiser und durch Vertragsentwürfe, wie die jetzt mitgeteilten, beseitigt werden konnten. Bismarck wußte wohl, was er tat, als er für die russische Festsetzung am Bosporus die allein entscheidende Zusage der deut-

Digitized by Google

schen Waffenhilfe nicht gab — und wenn er überhaupt an ein Konstantinopel in russischen Händen dachte, so nur unter der Voraussetzung, daß gleichzeitig ein möglichst großer Anteil an der Balkanhalbinsel österreichisch würde (Gedanken und Erinnerungen II, 292). Daran war 1898 bei dem Stadium, das der Panslawismus erreicht hatte, nicht zu denken. Die österreichischen Slawen waren ebensosehr Objekt der russischen Begehrlichkeit, wie die türkischen. Was Rußland wollte, war eine Position auf die Balkanhalbinsel, die Österreich erdrücken mußte und uns lebensgefährlich bedrohte; ganz abgesehen davon, daß ein russisches Konstantinopel uns für immer den Weg nach dem Orient abschnitt und die ganze asiatische Türkei schlechthin zu einem Objekt russisch-englischer Auseinandersetzungen machte.

Es kann zugegeben werden, daß auch die Option für England ihre Gefahren in sich barg. Auf jeden Fall aber waren sie geringer, als bei einer für Rußland, gegen die die Warnung Bismarcks, in seinem Brief an Ludwig II. und an anderen Stellen, stand; wir würden dadurch in die Gefahr einer schweren Isolierung geraten, sobald es Rußland einfiele, von dem einseitigen Vorteil seiner geographischen Lage Gebrauch zu machen und uns im Stiche zu lassen. Wählen aber mußten wir verständerweise, denn die Zwei-Eisenpolitik war, wiederum nach Bismarck, ein gefährlicher Wahnsinn.

Der italienische Rückversicherungsvertrag

Von Oscar Müller

I. Die Dokumente.

Das Gelbbuch, das die französische Regierung in den letzten Tagen des Dezembers über die Abmachungen mit Italien in den Jahren 1900 bis 1902 veröffentlichte, ist zwar inhaltlich in großen Zügen in Deutschland durch Zeitungsauszüge bekannt geworden. Genaueren Einblick jedoch gewann die Öffentlichkeit in jene Vorgänge bis jetzt nicht, da das Gelbbuch meines Wissens im Text noch nicht vorliegt. Dagegen ist es heute schon möglich, aus den inzwischen eingetroffenen italienischen Zeitungsberichten den genauen Inhalt der veröffentlichten Dokumente festzustellen. In das Gelbbuch sind folgende Schriftstücke aufgenommen:

1. ein Brief des französischen Botschafters Barrère in Rom vom 10. Januar 1901 an Delcassé unter Bezugnahme auf den Briefwechsel zwischen Barrère und dem Minister des Äußeren Visconti Venosta über Marokko und Tripolitanien vom 11. bzw. 16. Dezember 1900.
2. ein Telegramm Delcassés an Barrère vom 16. Februar 1901, das nichts weiter als eine Quittung über den Empfang dieser Dokumente darstellt.
3. ein Telegramm Barrères an Delcassé, welches über eine Unterhaltung mit dem

Digitized by Google

italienischen Minister des Äußeren Prinetti am 8. Mai 1902 über die künftigen Beziehungen zwischen Frankreich und Italien mit Hinblick auf den Dreibund berichtet.

4. eine handschriftliche Note Delcassés vom 4. Juni 1902, welche die folgende Erklärung des italienischen Botschafters in Paris Tornielli wiedergibt: „In der Erneuerung des Dreibundes ist nichts, was direkt oder indirekt aggressiven Charakter gegen Frankreich trägt."

5. ein Telegramm Delcassés vom 8. Juni 1902 mit Instruktionen für Barrère für die Wiederaufnahme der Verhandlungen mit Prinetti.

6. ein Telegramm Barrères an Delcassé vom 20. Juni 1902, welches eine französisch-italienische Erklärung über das Verhältnis zwischen den beiden Ländern formuliert.

7. ein Brief Barrères an Prinetti vom 1. November 1902, in dem erklärt wird, daß zwischen den beiden Ländern keinerlei Meinungsverschiedenheiten über ihre Interessen im Mittelmeer besteht.

8. ein Brief Prinettis an Barrère von demselben Tag und mit derselben Erklärung.

9. ein Brief Barrères vom 2. November 1902 an Prinetti mit einer Präzision der obigen Erklärung.

10. ein Brief Prinettis vom selben Tag mit derselben Präzisierung.

11. ein Brief Barrères vom 10. März 1902 an Poincaré, der damals Ministerpräsident und Minister des Äußeren war, mit Feststellungen und Kommentaren über die französisch-italienischen Abmachungen der Jahre 1900 bis 1902.

II. Der Inhalt.

Über den Inhalt der hier aufgeführten Dokumente kann vorläufig folgendes mitgeteilt werden:

In dem ersten Brief an Delcassé spricht sich Barrère über die Mittelmeerinteressen Italiens folgendermaßen aus: „Die Lage im Mittelmeer war der Angelpunkt der italienischen Politik; er war Veranlassung zu der Bildung der gegen Frankreich gerichteten Bündnisse und veranlaßte Italien zu Abmachungen mit England. Von seiner Festsetzung in Tunis an war Frankreich ständig verdächtig, daß es seine Vorherrschaft auf Marokko und Tripolis ausdehnen wolle. Über diesen letzten Punkt ist es nötig, Italien zu beruhigen und ihm Garantien zu geben. Aber eine freundschaftliche Übereinkunft über diese Fragen wäre nach Ansicht Delcassés unvollständig, wenn sie nicht die entsprechende Anerkennung der französischen Rechte in Marokko durch Italien enthielten."

Die Verhandlungen über diesen Ausgleich dauerten länger als ein Jahr. Um ihr Zustandekommen bemühte sich besonders Visconti Venosta, der Barrère folgendes Resumé über das Ergebnis der Verhandlungen brieflich mitteilte: „Frankreich wiederholt, daß es nicht die Absicht hat, seine Einflußsphäre auf Tripolis auszudehnen, und daß es die verbindenden Karawanenwege von Tripolis nach Algerien respektieren wird. Es anerkennt desungeachtet das Recht Italiens nicht an, *ohne seine Zustimmung* seinen Einfluß in Tripolitanien auszudehnen. Dagegen anerkennt Italien das Recht Frankreichs, seinen Einfluß in Marokko in der ihm genehm erscheinenden Form auszudehnen, mit der Einschränkung, daß, wenn Frankreich sich veranlaßt sehen sollte, in Marokko seine direkte Souve-

Digitized by Google

ränität oder sein Protektorat zu errichten, Italien ermächtigt wäre, seinen Einfluß auf Tripolitanien geltend zu machen."

Barrère charakterisiert diese Abmachungen folgendermaßen: „Das Abkommen vom 14. bis 16. Dezember 1900 hat den Vorteil, jede ernstliche Schwierigkeit mit Italien bezüglich der Interessen der beiden Nationen im Mittelmeer zu beseitigen. Es wird zu einer allgemeinen Besserung der Lage im Mittelmeer beitragen und ist für Frankreich von großer Wichtigkeit."

Nachdem so das Mittelmeerabkommen zwischen den beiden Ländern perfekt geworden war, ging man daran, die Stellung Italiens zu Frankreich unter Berücksichtigung seines Verhältnisses im Dreibund festzulegen. Im dritten Schriftstück macht Delcassé Mitteilung von einer Unterredung mit Prinetti, welcher ihm erklärt hatte, daß der Dreibund zwar noch nicht erneuert, daß jedoch die Fortsetzung des Bundesverhältnisses im Prinzip entschieden und deswegen sicher sei. Prinetti regte Unterhaltungen über die künftigen Beziehungen mit Frankreich im Hinblick auf den Dreibund an. Barrère schlug vor, ein gemeinsames Protokoll aufzustellen, das die friedlichen gegenseitigen Absichten der zwei Länder betonen sollte mit der Verpflichtung, sich nicht anzugreifen, sich an keinem Angriff gegen einen der Kontrahenten zu beteiligen und in der Verpflichtung der Kontrahenten, infolge einer offenen Provokation den Krieg zu erklären, keine agressive Tendenz zu erblicken. Das Protokoll verlangte ferner von Italien den Rücktritt von allen eventuellen militärischen Vorbereitungen, die in Voraussicht eines Krieges mit Frankreich getroffen worden waren.

In dem 5. Schriftstück bezeichnet es Delcassé als den Hauptpunkt der gegenseitigen Abmachungen, daß die beiden Mächte sich verpflichteten, strikte Neutralität zu bewahren für den Fall, daß eine von ihnen zu einer von einem Dritten provozierten Kriegserklärung gezwungen würde. Über die Interpretation des Begriffs der Provokation entspann sich zwischen Barrère und Delcassé eine interessante Unterhaltung, welche den Inhalt des sechsten Dokuments ausmacht. Prinetti wünschte den Zusatz „direkte" Provokation beigefügt zu wissen und machte als Beispiel einer solchen die Veröffentlichung der Emser Depesche durch Bismarck namhaft. Als indirekte Provokation bezeichnete er die Kandidatur des Prinzen von Hohenzollern auf den spanischen Thron und eine initiative Politik im Orient, welche, ohne einen der beiden Kontrahenten zu verletzen, ihm vielleicht mißfallen könnte. Schließlich wurde folgende Formel aufgestellt: „Für den Fall, daß eines der beiden Länder Opfer eines direkten oder indirekten Angriffs würde, sollte das andere eine strikte Neutralität bewahren. Ebenso wenn eine der beiden Mächte die Initiative zu einer Kriegserklärung ergreifen würde, um die eigene Ehre und die eigene Sicherheit zu verteidigen; in diesem Falle sollte diese Macht die andere unterrichten und ihr die Möglichkeit geben, festzustellen, daß es sich in

Digitized by Google

Wirklichkeit um direkte Provokationen handelte. Die beiden Länder sollten keine Abmachungen oder militärische Verabredungen treffen, welche im Gegensatz zu diesen Erklärungen stünden, welche so lange Gültigkeit haben sollten, als nicht eine der Mächte ausdrücklich ganz oder teilweise von ihnen zurücktrat."

Im 10. Schriftstück geht Prinetti nochmals auf die Interpretation des Begriffes der direkten Provokation ein und gibt ihm folgende interessante Interpretation: „Tatsachen, welche als Provokation im Vertragssinne gelten, müßten die direkten Beziehungen zwischen der provozierenden und der provozierten Macht betreffen." Es ist ziemlich deutlich, daß Prinetti sich hier gegen eine allzu weite Ausdehnung des Begriffes durch die französische Revanchelust schützen wollte.

Im letzten Dokument, dem Brief Barrères an Poincaré, wird eine allgemeine Würdigung der erreichten Abkommen gegeben. Barrère stellt zwar fest, daß das Abkommen Italiens mit Frankreich dem Dreibund den eventuellen Offensivcharakter nehme, welcher auch in seinem Charakter als Verteidigungsbündnis liegen könnte. Aber er leugnet, daß Italien sich durch sein Abkommen mit Frankreich in Widerspruch zu seinen Bundespflichten gesetzt habe. Prinetti habe in seiner Zusammenkunft mit Bülow in Venedig diesen vergeblich zu bewegen versucht, den Text des Dreibundes zu ändern. So habe Prinetti kein anderes Mittel gefunden, als in direkten Abmachungen mit Frankreich den Bundespflichten Italiens die Interpretation zu geben, die es gegenüber Frankreich brauchte. Die Briefform des Vertages mit Frankreich wurde deshalb gewählt, um nicht in Widerspruch mit dem Dreibund zu geraten. Prinetti habe immer betont, daß das Abkommen mit Frankreich in Übereinstimmung mit dem Bündnis gehalten werden müsse, das er, und zwar ohne militärische Abmachungen, selbst erneuert habe. Barrère fährt fort: „Das Abkommen steht in der Tat nicht in Widerspruch mit den Pflichten Italiens, sondern beschränkt sich darauf, ihren Charakter zu präzisieren. Damit verletzt die italienische Regierung ihre Verpflichtungen gegen die Verbündeten nicht, sondern sie hat sie definiert, soweit sie uns angehen, indem sie sie in dem Geist auslegte, welcher seinen freundschaftlichen Beziehungen zu uns entsprach. Mit der Definition eines etwa eintretenden Falles der Provokation hat Italien jede Zweideutigkeit über den defensiven Charakter des Dreibundes beseitigt. Das Abkommen steht nicht in Widerspruch zum Dreibund, sondern ist ein Gegenstück dazu."

III. Die politische Bedeutung.

Zunächst ist festzustellen, daß das Gelbbuch in keiner Weise irgendwelche sensationelle Enthüllung bedeutet. Das Mittelmeerabkommen über Marokko und Tripolis war bekannt und wurde durch den Tripoliskrieg in Wirkung gesetzt; über den Neutralitätsvertrag Prinettis mit Delcassé brachte der

Digitized by Google

„Temps" während der Verhandlungen der Pariser Friedenskonferenz im letzten Jahre ausführliche Mitteilungen, die durch das Gelbbuch lediglich bestätigt werden. Bekannt war auch, wenn auch meines Wissens nicht authentisch, daß Prinetti vor dem Abkommen mit Frankreich versucht hatte, die Erneuerung des Dreibundes unter Veränderungen vorzunehmen, welche die Mittelmeer- und Balkaninteressen Italiens ausdrücklich in den Komplex des Bündnisses einbezogen. Ob Prinetti dabei die Absicht hatte, mit der Regelung des Verhältnisses Italiens zu Frankreich auch die deutsch-französischen Beziehungen zu verbessern, wie dies jetzt sein Vetter Graf Emanuel Prinetti im „Tempo" behauptet, oder ob er lediglich italienische Politik im engeren Sinne trieb, bleibt dahingestellt. Sicher ist, daß eine von Italien gewünschte Abänderung des Dreibundes nicht erreicht wurde und daß dies Prinetti veranlaßte, sich durch ein Abkommen mit Frankreich den Rücken zu decken. Es stellt sich deshalb durchaus als „Rückversicherungsvertrag" dar, dessen Charakterisierung durch Barrère man im allgemeinen zustimmen muß, sofern man nicht etwa auf dem Standpunkt steht, daß der Bismarcksche Rückversicherungsvertrag mit Rußland eine „Treulosigkeit" gegen Österreich-Ungarn gewesen sei. Allerdings ist der Unterschied nicht zu verschweigen, daß dieser wenigstens dem Kaiser Franz Joseph mitgeteilt wurde, während Victor Emanuel seinem Bundesgenossen Wilhelm II. solche Konfidenzen nicht machte, was jedoch in dem persönlichen Verhalten der Herrscher begründet war. Richtig ist auch, daß Prinetti persönlich zu Frankreich neigte und daß die in Italien bekanntermaßen vorhandenen frankophilen Neigungen in ihm einen besonders willigen Vollstrecker fanden. Trotz allem kann von der historischen und politischen Kritik Italiens das Recht nicht bestritten werden, das es sich nahm, als es seine Lebensinteressen im Mittelmeer durch Ausgleich mit den direkten Konkurrenten Frankreich und England zu wahren suchte, nachdem seine Bundesgenossen Deutschland und Österreich-Ungarn keine Lust gezeigt hatten, sich dafür einzusetzen, und daß es in Verbindung damit bestrebt war, die Risiken seines Bündnisses mit Deutschland Frankreich gegenüber abzugrenzen. Dasselbe hatte Deutschland getan, als es mit Rußland den Neutralitätsvertrag gegen das verbündete Österreich-Ungarn schloß, den man als ein, wenn auch gefährliches, Meisterstück der Bismarckschen Staatskunst und Diplomatie ansieht.

Zu der Frage, ob diese Rückversicherung Italiens notwendig bei einem Konflikt zwischen Deutschland und Frankreich zu einem Abfall Italiens von den größeren und prävalierenden Bundespflichten führen mußte, ist zu sagen, daß eine Entscheidung in keiner Weise dadurch präjudiziert wurde. Nur wer politische Bündnisverträge entgegen der bisherigen historischen Erfahrung ausschließlich als Rechtsverträge oder als moralische Bindungen auffaßt und nicht als Tatfragen einer aktuellen politischen Gestaltung, kann solcher Meinung sein. Der Bündniswert

Digitized by Google

Italiens war mit oder ohne Rückversicherungsvertrag beschränkt, denn Italien hatte nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen die inneren und äußeren Möglichkeiten, das Bündnis zu erfüllen. Schon vor dem Kriege hatte Fürst Bülow dies festgestellt, als er schrieb, die Haltung Italiens in einem Weltkrieg würde abhängen von der allgemeinen politischen Situation und von der speziellen Fragestellung des Krieges. In der praktischen Anwendung auf den Konflikt von 1914 hieß dies, daß Italien gegen eine Koalition, in der England stand, und für eine staatliche Vernichtung Serbiens durch Österreich-Ungarn nicht fechten konnte, selbst wenn dies manche seiner Politiker wollten. An dem Urteil also, daß Italien im August 1914 einen „Verrat" beging, den seine Verbündeten durch eine unbesonnene Politik provoziert, wenn nicht notwendig gemacht hatten, ändert die Tatsache nichts, daß das Königreich in einem geheimen Abkommen mit Frankreich zuvor die Rechtsbasis für ein solches Verhalten geschaffen hatte.

Für die Gegenwart ist die Frage interessant, welche Absichten die französische Regierung mit der Veröffentlichung des Gelbbuches verfolgte, von der die italienische öffentliche Meinung sich nicht durchaus angenehm berührt zeigt. Es ist im italienischen Parlament der Antrag eingebracht worden, die italienische Regierung möge ihrerseits die Dokumente vorlegen, welche die Politik von der Vorbereitung des Tripoliskrieges bis zum Eintritt Italiens in den Krieg beleuchten. Da auch Deutschland ein Interesse daran hat, aus seinen Beziehungen mit Italien alle Giftstoffe zu entfernen, welche noch aus der Vergangenheit darin enthalten sein könnten, so wäre es wohl angebracht, wenn sich die deutsche Regierung entschlösse, aus den Archiven alles herauszuholen, was das frühere Bundesverhältnis zu Italien, seine Lockerung und sein Ende vollständig klar legen könnte. Um so eher könnten wir unser neues Verhältnis auf jungfräulichen und schuldlosen Boden stellen.

Abtrommeln!

Von Bruno Erdmann

Der neue Freistaat hat auch Republikaner enttäuscht. Der starke Wille zum Leben will gefühlt werden, aber sein Pulsschlag ist auch für Feinhörige noch nicht bemerkbar. Klare Richtlinien, deutliche Scheidungen zwischen einst und jetzt werden mehr ersehnt als ersehen. Auf Führer mit sicherer Hand und weitem Blick wartet das Volk und sieht niemand, der beim Ausscheiden eine Lücke hinterließe.

Die Gegner des Freistaats, d. h. auch seiner Idee, greifen hier an. Sie haben sogleich eine Richtlinie zu empfehlen, nämlich rückwärts. Und da es an Führern fehlt — ja, warum will das Volk nicht auf seine Monarchen zurückgreifen?

Digitized by Google

Indessen hat die Unzufriedenheit denn doch mit einer Neigung zur Reaktion nichts zu schaffen. Und wenn der Ruf nach Führern laut wird, so sind damit keineswegs Beherrscher gemeint, das müssen sich Leute gesagt sein lassen, die sich die Führenden in der Nation nicht ohne den monarchischen Putz denken können. Führer bedeutet hier nicht König und die immer wieder abgeleierten Litaneien vom Krückstock des großen Königs, der mal dreinfahren müßte, werden außerhalb des Klüngels, dem dies Axiom ist, schwerlich Eindruck machen. Nicht nach Stockschwingern und Bändigern geht die Sehnsucht, man könnte weit eher sagen, daß ein schmerzliches Bedauern sich geltend macht, weil die Revolution keinen Mirabeau, die Republik keinen Washington germanischen Geblütes erweckt hat.

Hinter den Deklamationen über die herrliche Ordnung, die des Königs Stock sogleich herstellen würde, wenn man ihn nur herbeischaffen wollte, hinter den sentimental oder schneidig vorgetragenen „Rückblicken" lauert die innige Freude an dem Ideal der Zucht, der Unterordnung. Und gerade diese Zucht, die Erziehung zu der von den Barden der Stockpoesie auch heute noch so begeistert besungenen Subordination, ist es ja, die zu der Ratlosigkeit, zu der Halbheit, zu dem Mangel an Führern geführt hat, was alles sich heute beim Aufbau des neuen Staates so peinlich fühlbar macht. Es hieße natürlich kraß übertreiben, wenn man so tun wollte, als seien bis vor wenigen Jahren alle Deutschen nur „Subjekte Sr. Majestät" und moskowitisch unfrei gewesen, und dergleichen Phraseologie kann sich wohl nur in einer Literatur finden, die von und für Halbgebildete da ist. Aber es ist keine Übertreibung, wenn man sagt, daß die Erziehung zur Unterordnung, der Drill in der Schule und oft sogar im Hause, die unaufhörliche Betonung der „verfluchten Pflicht und Schuldigkeit" des Untertans, die Abhaltung der Staatsbürger von den öffentlichen Angelegenheiten, die den „berufenen Instanzen" vorbehalten waren — kurzum alles das, was die „gute, altpreußische Zucht" hieß, zu einer Unselbständigkeit und Unbeholfenheit in politischen Dingen führen mußte, über die jetzt Witze zu reißen billig ist. Niemand von denen, die heute triumphierend sagen: Da habt ihr nun das Volk wie es ist, in seiner ganzen Unfähigkeit, sich selbst zu leiten — niemand von denen bedenkt, daß er noch vor zehn Jahren gegen jeden Versuch, das Volk zur Politik zu erziehen und zu bilden, als gegen etwas ganz Unnützes, wo nicht Schädliches zu protestieren pflegte. Und nun, da sich die Ergebnisse der „guten, alten Zucht" zeigen, nun ruft man wieder nach der Zucht und schwärmt von Krückstock und Trommelwirbel als Erziehungsmitteln.

Wir Heutigen lehnen den Stock in jeder Gestalt mit kühlem Dank ab, und sei die Krücke dran von purem Golde und sei es selbst ein Königszepter. Dem neuen

Digitized by Google

Staat tut anderes not. Nicht die Souveränität soll hier „stabilieret" werden, wie der bis zum Überdruß zitierte Rocher de Bronce, sondern die wahre bürgerliche Freiheit. Zu ihr leitet aber nicht Zucht, sondern Selbstzucht, die Führer sowie Geführte in sich haben müssen. Deren Vorbedingung ist das Gefühl der Verantwortlichkeit, nicht einer Verantwortlichkeit für ein von oben her anvertrautes Amtchen oder Büro, sondern einer Mitverantwortung am allgemeinen Staatswohl. Schwerlich erwirbt man das, wenn man bei Trommelschlag den Krückstock pfeifen hört, auch nicht, wenn Stock und Trommel nur symbolisch genommen werden.

Darum fort mit diesen teils sentimentalen, teils hohlpathetischen Ergüssen, die aus dem unerfreulichen Jetzt nicht mit einem Vorwärtsruf, sondern mit einem „Rückwärts" hinwegstreben. Was sollen uns Sanssouci-Visionen — Mondnacht, Stille, Weihestimmung, da ein Geräusch wie Aufschlagen eines Stockes (natürlich!) und um die Ecke biegt usw. — was sollen uns Erörterungen über das Schwinden der Ehrfurcht und Tiraden über die hehren Firnen, die der Blick suchen muß, um wieder Ehrfurcht zu lernen und ähnliches Zeug, wie man es heute alle Tage zu lesen bekommt! Was wir brauchen, ist nüchterne, unaufhörliche Erziehungsarbeit am Volk, aber nicht ein längst verstaubtes Sanssouci soll man ihm als Ideal vormalen, sondern ihm den Geist unserer Zeit so ausdeuten, daß es in diesem Geist arbeiten und schaffen kann.

Zu solcher Arbeit ist der königliche Stock ebenso gut entbehrlich, wie der König selbst. „Die Zeit der Könige ist vorüber," hat einer gesagt, der es wissen mußte, weil er selbst einer war, nämlich Georgios, der König der Hellenen, unser Zeitgenosse. Das Königtum begann an dem Tage seinen Abstieg, als der Gehorsam der Völker seinen gläubigen Charakter einbüßte, denn es kann den Glauben der Untertanen nicht missen. Als Herzöge und Grafen sich um die Ehre stritten, der geheiligten Person des Monarchen die Wäsche zum Ankleiden zu servieren, als man seine Bastarde mit Bücklingen grüßte, weil sie aus seinem königlichen Blut stammten, als man die Wahl der Maitresse als Staatsangelegenheit behandelte und Kriege führte, weil die königlichen Damen einander Bosheiten gesagt hatten — das war die Zeit des gläubigen Königskults, denn ohne diesen Glauben wäre all der Wahnsinn nicht geduldet worden. Wir Heutigen aber sehen und hören dergleichen lächelnd im Theater. Theater waren uns schon längst die Höfe der Monarchen, unfreiwillige Komiker die Hofmarschälle und Flügeladjutanten, die Könige selbst nur selten die ersten Heldenspieler. Und vor dieser Bühne ist nun der Vorhang gefallen. Neu Spiel hebt an. Daß die Ouvertüre mit verstimmten Instrumenten gespielt wurde, geben wir zu. Aber das ist kein Grund, anzunehmen, daß nie wieder ein reiner Ton erklingen wird.

Digitized by Google

Die Völker wollen Führer, nicht Herrscher. Wenn das Wunder geschehen wollte, nach dem die Propheten des alten Bundes rufen, und irgend einer der Großen von einst stiege aus seiner Marmorgruft — was wäre er denn der heutigen Welt? Wenn der alte Fritz um die nächste Ecke gestelzt käme, oder Bismarck, oder sonst einer, den die approbierten Lehrbücher nicht tot sein lassen wollen? Jeder Große ist doch nur groß im Rahmen seiner Zeit, was also soll er in den Bedingungen einer späteren wirken? Kann man sich ernstlich denken, ein moderner Staat sei durch mehr oder weniger witzige allerhöchste Marginalresolutionen und königliche Einmischung in jede Einzelheit der Verwaltung lenkbar? Es irren die, welche uns glauben machen wollen, die Wiederkehr eines Großen von ehedem sei Stoff zu einem Drama. Es ist ein Operettenstoff.

Wenn man diese Phantastereien aber anders nimmt und auf die bewegliche Klage um Erwachen des Fritzengeists, des Bismarckgeists usw. eingeht, kommen wir damit viel weiter, ist es das, was jetzt not tut? Auch diese Frage will der kühle Mensch von heute verneinen. Die neue Zeit will einen neuen Geist und einen neuen Führertyp. In der Rede eines amerikanischen Staatsmannes dieser Zeit findet sich der Satz: der politische Führer in unseren Tagen muß die Massen seines Volkes überzeugen, nicht befehligen. Einen Vertreter altfritzischer Anschauungsweise wird man nicht dazu bringen, auf die Befehlsgewalt zu verzichten und damit schaltet er eben schon aus. Die Völker wollen heute nichts mehr von den gestrengen Herren wissen, die soviel von dem Ruhm, der Ehre und den Zielen der Nation zu reden wußten und so wenig von ihren Opfern und ihrer Not. Die Völker hören nicht mehr auf die schönen Schlagworte von der verfluchten Pflicht und Schuldigkeit, des Königs Rock ist das allerunmodernste Kleidungsstück und von seinem Stock wollen sie erst recht nichts wissen. Es wird daher wohl nicht viel werden mit dem fritzischen Sinn, den man der Masse einflößen will.

Der gegebene Volksführer unserer Zeit ist der politische Selfmademan. Die Meinung der demokratischen Ultras, nach welcher Proletarier einen Vorzug bei der Führerwahl haben sollen, darf man wohl unbesprochen lassen. In unserer Epoche der Überraschungen könnte sehr wohl auch ein Ex-Herzog als gewählter Präsident gedacht werden, sofern er eben in den republikanischen Ideenkreis paßt, d. h. in erster Linie sich seine Geltung unter seinen Mitbürgern erkämpft, anstatt sie wie bisher zu ererben. Aber wer und wie er immer sein mag, jedenfalls wird er mitten im politischen Leben rudern und schwimmen müssen, ehe er zum Steuer gelangt, denn die Nation will offensichtlich ihre Leiter nicht mehr aus Kreisen wählen, die sich von der Hauptmasse ihrer Mitbürger absichtlich absondern. Andererseits wird schwerlich eine cäsarische Natur zur Führung gelangen, d. h. einer jener politischen Egoisten, die wie der große Römer Demokrat spielen, um

Digitized by Google

auf den Schultern der getäuschten Parteigenossen ihr Primat zu errichten. Abgesehen davon, daß Cäsar der General einer unbesiegten Armee war — der Machtmensch mit allem, was dazu gehört, ist heute und wohl auf lange hinaus so kompromittiert, daß er als Führertyp kaum in Frage kommt. Die Regierung beruht heute nicht mehr notwendigerweise auf Gewalt, sie muß sogar, sagt ein amerikanischer Historiker, notwendigerweise eine andere Grundlage haben. Die Militärdespotien werden immer seltener und unsicherer. Die Völker sind nicht mehr aufgelöst, wie in der Feudalzeit, nicht mehr in Stände geteilt, wie in den alten Monarchien. Sie bilden große Gesamtheiten, die durch Zustimmung oder Gegnerschaft einen gewaltigen Einfluß ausüben. Die Kraft der Mehrheiten ist die große Neuerung der modernen Gesellschaftsstruktur, die Kunst des Staatsmannes, des politischen Führers muß darin bestehen, diese neue Kraft zu wecken, anzuregen und zu leiten.

Aus diesem Gedankengang werden wir die Formel ableiten dürfen, daß von allen Arten der politischen Führung eines Volkes, die auf militärische Macht gestützte dem Wunsch der breiten Volksmassen am wenigsten entgegenkommt. Außerdem aber dürfte der politische General, der nach altem Rezept mit Blut und Eisen die Gebrechen der Zeit heilen will, schon deshalb heute eine unmögliche Figur sein, weil der Soldat von einst ja kaum mehr existiert. Der freudige Kadavergehorsam, der die Truppe zur Maschine machte, die der Feldherr bald für, bald gegen das eigene Volk spielen lassen konnte, er ist in die Vergangenheit entschwunden. Nicht gedankenlose Korporalsnaturen, die für ihren „angestammten" Monarchen durchs Feuer zu gehen bereit sind, bilden heute die Heere, sondern Bürger, die im Soldatentum nur ein notwendiges Übel sehen, das der gegenwärtige Kulturzustand noch nicht überwunden hat. Die Führer solcher Truppen sind aus der Liste der Kandidaten für politische Ämter natürlich nicht gestrichen, aber man erwartet von ihnen, daß sie sich eben mit Stolz in erster Linie als Bürger ihres Staates und dann erst als Offiziere fühlen. Wie cäsarische Diktaturgelüste in einem vernünftigen Volk ohne Sturmausbruch unterdrückt werden, lehrt eine hübsche, wenig bekannte Episode aus dem englisch-amerikanischen Kriege von 1814. Damals war Jackson (später Präsident der Vereinigten Staaten) beauftragt, die schon vor New-Orleans stehenden Engländer zurückzuschlagen. Die wichtige Aufgabe ließ den General etwas zu sehr an seine Unentbehrlichkeit und an sein Besserwissen glauben, er trat sehr diktatorisch auf und hob, um Widerspruch zu ersticken, die Verfassung des Staates Louisiana für die Dauer des Kriegszustandes auf. („Sagte, könnten uns trollen und genierten ihn nur," berichtete ein entrüsteter Abgeordneter.) Da traten die zum Kampf einberufenen Milizen des Staates zu einem Meeting zusammen, das die Offiziere mitmachten, votierten Jackson den

Digitized by Google

Ausdruck ihrer Mißbilligung und verurteilten ihn dann durch den Staatsgerichtshof zu einer Strafzahlung, da durch seine diktatorischen Maßnahmen verschiedene Personen geschädigt worden waren. Dann aber — das Vaterland war in Gefahr — stellten sie sich unter Jacksons Befehl und schlugen unter ihm die Engländer in der Schlacht bei New-Orleans. Nach dem Siege nahm Jackson ruhig den Tadel seiner Mitbürger hin, zahlte seine Pön und ein Festbankett, bei dem ein alter Milizenmajor den Sieger noch in humoristischer Form abkanzelte, beseitigte alle Verstimmung. Hinterwäldlerisch, aber vernünftig.

Und so wollen wir denn von der Trommelmusik Abschied nehmen und den Krückstock ins Museum stellen. Wenn man uns mit Theaterpathos „Retter" aufnötigen will, deren Wortschatz nicht über „schimmernde Wehr", „eiserne Faust", „stramme Zucht" hinausreicht, so wollen wir taub bleiben. Deswegen sind wir aber noch keineswegs blind für die Schäden, die dem neuen Bau anhaften. Doch wissen wir auch, daß zu deren Beseitigung niemand besser wird wirken können, als ein neues Geschlecht, das ohne die Vorurteile und Schwächen des jetzigen heranwächst. Ihm die Bahn freizumachen, ihm die Möglichkeit zu geben, sich ungehemmt im Geist unserer und nur unserer Zeit zu entwickeln, das heißt die Arbeiter heranziehen, die den notwendigen Neubau errichten werden. Und aus ihrer Mitte werden, so dürfen wir hoffen, die großen Werkmeister hervorgehen, die auch dem letzten Spießbürger klarmachen, daß die Führer einer Nation nicht aus den Sarkophagen der Vergangenheit kommen, sondern aus ihrer lebendigen Zeit.

Die „Kommission Schücking"

Von Amtsgerichtsrat Dr. Lilie

Ein Jahr ist nunmehr vergangen, seitdem die Kommission Schücking ins Leben gerufen wurde. Da erscheint ein Überblick über ihre Gründung und Entwicklung sowie die bisherigen Ergebnisse ihrer Untersuchungen um so mehr angebracht, als sie vielfach zum Gegenstande starker Anfeindung geworden ist.

Es war bald nach der Beseitigung der alten Regierung und dem Abschluß des Waffenstillstandes, als auf Anregung des Staatssekretärs Erzberger durch Verordnung vom 30. November 1918 (R.G.Bl. S. 1388) eine „Kommission zur Untersuchung der Anklagen wegen völkerrechtswidriger Behandlung der Kriegsgefangenen in Deutschland" geschaffen wurde. Zu ihrem Vorsitzenden wurde von der Reichsregierung der bekannte Völkerrechtslehrer Dr. Walther Schücking, in Marburg, ernannt, der später der Kommission ihren abgekürzten Namen gab. Die Mitglieder waren bekannte Parlamentarier verschiedener Parteirichtung. Die Hauptveranlassung zur Gründung

Digitized by Google

der Kommission waren die fortgesetzten Beschwerden, die in den Verhandlungen der Waffenstillstandskommission von feindlicher Seite über die Behandlung der Kriegsgefangenen in Deutschland erhoben wurden. Gleichzeitig entsprach die Schaffung der Kommission einem vielfach von deutscher Seite geäußerten Wunsche, der nach einer unparteiischen Untersuchung aller uns von feindlicher Seite schon während des Krieges vorgeworfenen Völkerrechtsverletzungen auch zur Aufklärung der eigenen Volksgenossen und zu ihrer Gewissensentlastung verlangte. Zuletzt war diesem Verlangen in einem öffentlichen Aufrufe an die deutsche Regierung vom 17. November 18, unterzeichnet von Professor Hans Delbrück und neun weiteren, im politischen Leben bekannten Persönlichkeiten, Ausdruck gegeben worden.

Die gesetzlichen Schranken, die durch die maßgebliche Verordnung für die Zuständigkeit der Kommission gezogen waren, machten es von vornherein unmöglich, die Kommission zu einem allgemeinen Gerichtshofe zur Entscheidung aller angeblichen Völkerrechtsverletzungen weiter zu entwickeln oder ihre Tätigkeit auch auf die von deutscher Seite behaupteten Völkerrechtsverletzungen unserer Feinde auszudehnen, obwohl dahingehende Wünsche auf Ausdehnung ihrer Zuständigkeit vielfach geäußert wurden. Eine Untersuchungsbehörde zur Prüfung aller angeblichen Völkerrechtsverletzungen hätte mit Rücksicht auf die äußerst verwickelten tatsächlichen und rechtlichen Verhältnisse und den Umfang des Materials eines ganz anderen Aufbaus bedurft. Eine Ausdehnung der Tätigkeit der Kommission auf die an deutschen Gefangenen in Feindesland begangenen Völkerrechtsverletzungen erschien vor allem aus dem Grunde unzweckmäßig, weil die Tatsachen als solche bereits vom Kriegsministerium in jedem einzelnen Falle eingehend untersucht sind und eine Entscheidung einer deutschen Spruchbehörde über die Schuldfrage wenig Aussicht auf Anerkennung im Auslande hatte.

Die Einsetzung der Kommission wurde alsbald nach ihrer Berufung durch die Vertretungen der Schutzmächte den feindlichen Regierungen mitgeteilt mit der Anregung, auch ihrerseits entsprechende Untersuchungsbehörden zu schaffen. Diese Anregung ist trotz Wiederholung im Laufe der späteren Verhandlungen der Waffenstillstandskommission ohne Antwort geblieben, ebensowenig, wie die feindlichen Regierungen auf die deutschen Vorschläge zur Schaffung neutraler Gerichtshöfe zur Entscheidung von Völkerrechtsverletzungen weiter eingegangen sind. Nach der Absicht unserer Feinde sollen also die an Deutschen begangenen Völkerrechtswidrigkeiten ungesühnt bleiben, während die feindlichen Regierungen in dem Friedensvertrage von Versailles sogar soweit gegangen sind, entgegen allen anerkannten Regeln des Völkerrechts die Untersuchungen der von Deutschen angeblich begangenen Völkerrechtsverletzungen vor ihre Kriegsgerichte ziehen zu wollen.

Digitized by Google

Die nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages erfolgte Schaffung des parlamentarischen Untersuchungsausschusses der Nationalversammlung zur Entscheidung der Kriegsschuldfragen berührt die Tätigkeit der Kommission Schücking insofern, als der 3. Unterausschuß auch allgemein die Behandlung der Kriegsgefangenen durch die beteiligten kriegführenden Länder zum Gegenstand seiner Untersuchung machen will. Hierdurch ist zwar eine gewisse Kollision der beiderseitigen Tätigkeit eingetreten. Da der parlamentarische Untersuchungsausschuß jedoch nur Tatsachen feststellt, bleibt auch jetzt noch die Kommission Schücking der einzige Gerichtshof zur Entscheidung völkerrechtlicher Fragen — mit Beschränkung auf angebliche deutsche Völkerrechtsverletzungen, begangen gegenüber den feindlichen Kriegsgefangenen; ein wirklicher Gerichtshof, der nach den gesetzlichen Vorschriften in den Formen des Strafprozesses nicht nur Tatsachen feststellt, sondern eine Entscheidung über das Vorliegen einer Völkerrechtsverletzung fällt und sogar in der Lage ist, gegen Schuldige als Disziplinarstrafe die Ausstoßung aus dem Heere ohne Pension zu verhängen.

Bei Gründung der Kommission war man der Überzeugung, daß sich ihre Tätigkeit vor allen Dingen auf die Behandlung der Kriegsgefangenen vor Abschluß des Waffenstillstandes erstrecken werde, da ja die Heimbeförderung der feindlichen Gefangenen binnen kurzem erfolgte. Gerade das Gegenteil trat jedoch ein. Während bis zum Abschluß des Waffenstillstandes in den Lagern im allgemeinen Ordnung und Disziplinlosigkeit geherrscht hatten und dadurch im wesentlichen schwere Zwischenfälle verhütet waren, änderten sich die Verhältnisse nach dem Ausbruch der Revolution in Deutschland und nach dem Abschluß des Waffenstillstandes von Grund aus. Unordnung und Disziplinlosigkeit rissen ein, nicht nur unter den deutschen Bewachungsmannschaften, sondern vor allen Dingen unter den Kriegsgefangenen. Die Revolution beseitigte in großer Zahl die Offiziere der Lagerverwaltungen und der Wachtmannschaften. In vielen Lagern wurde erst, nachdem die Verhältnisse vollständig verworren geworden waren, den erfahrenen Offizieren wieder die Ausübung des Dienstes gestattet. Inzwischen waren jedoch die mit dem Lagerdienst vertrauten Landsturmleute entlassen und durch jüngere Jahrgänge, die mit den Gefangenen nicht umzugehen verstanden, aus der Front ersetzt worden. Auf die Nachricht von ihrer bevorstehenden Heimbeförderung strömten überall die Gefangenen von den Arbeitskommandos auf dem Lande in ihre Stammlager zurück. Durch Überfüllung dieser Stammlager entstand daselbst ein Mangel an Unterkunftsräumen, Bekleidungs- und Nahrungsmitteln, da gleichzeitig die Liebesgabensendungen aus dem feindlichen Auslande ausblieben. Unter Drohungen aller Art verlangten die Gefangenen ihre sofortige Heimbeförderung. Eine solche ließ sich bei dem Mangel an Eisenbahntransportmitteln, die gleichzeitig in großem Umfange auf Grund der Waffenstillstandsbedingungen an die feindlichen Ver-

Digitized by Google

bündeten abgeliefert werden mußten, nicht sofort durchführen. Infolgedessen befreite sich ein großer Teil der Gefangenen selbst und versuchte auf eigene Faust, ihre Heimat zu erreichen. In Scharen kamen sie, oft bis zu Tode ermattet und aller Hilfsmittel beraubt, in den feindlichen Linien an. Die im Lager zurückgebliebenen Gefangenen drohten fortgesetzt mit gewaltsamen Ausbrüchen, und die Wachtmannschaften hatten die größten Schwierigkeiten, um die Gefangenen bis zu ihrem ordnungsmäßigen Abtransport im Lager zurückzuhalten. Eine allgemeine Nervosität, sowohl bei den Wachtmannschaften als bei den Kriegsgefangenen, war die Folge dieser ständig wachsenden Disziplinlosigkeit in den Lagern. Das führte an zahlreichen Orten aus den gleichen Ursachen zu wiederholtem Waffengebrauch der Wachtmannschaften gegenüber den Kriegsgefangenen, die sich nicht mehr als Gefangene betrachten und behandeln lassen wollten und durch andere Mittel nicht mehr zur Ordnung zu bringen waren. Wurde dagegen von der Waffe nicht Gebrauch gemacht, so kam es umgekehrt zu den gröblichsten Ausschreitungen der Gefangenen außerhalb des Lagers, insbesondere in benachbarten Städten, und führte dort wiederum zu Selbsthilfeakten der Zivilbevölkerung gegenüber den zügellosen Gefangenen. Alle diese Vorfälle, als deutsche Verbrechen und Völkerrechtsverletzungen dargestellt, hatten fortgesetzte Beschwerden der feindlichen Regierungen in den Verhandlungen der Waffenstillstandskommission und besondere Noten unter den beteiligten Mächten zur Folge.

Es war naturgemäß, daß die Kommission ihre Tätigkeit in erster Linie auf alle diese aktuellen Vorfälle erstrecken mußte. Die Berichterstatter der Kommission begaben sich sofort in die fraglichen Lager, um möglichst die feindlichen Kriegsgefangenen dort noch anzutreffen und vernehmen zu können. Hunderte von Zeugen wurden gehört zur Aufklärung dieser vielfach äußerst verwickelten Zwischenfälle. Es wäre ganz unmöglich gewesen, all dieses Beweismaterial in öffentlicher Sitzung der Kommission selbst zu bewältigen.

So konnte erst im Januar 1919 die erste öffentliche Sitzung der Kommission stattfinden, die die am 5. Dezember 1918 erfolgte Tötung eines englischen Leutnants und die gleichzeitige Verwundung eines zweiten Leutnants vom Lager Stralsund-Dänholm zum Gegenstand hatte. In diesem Falle wurde eine Völkerrechtsverletzung verneint, weil die beiden Offiziere verbotswidrig das Lager verlassen und den ihnen entgegentretenden Posten durch Steinwürfe angegriffen hatten.

Die 2. Sitzung am 1. Februar 1919 beschäftigte sich mit einem Vorfall, der sich am 27. November 1918 im Lager Langensalza ereignet und besonders in der feindlichen Presse zu heftigen Angriffen geführt hatte. In diesem Falle waren bei einer Unruhe im Lager 15 Gefangene getötet und 14 verwundet worden. Die Kommission bejahte hier eine Völkerrechtsverletzung, weil sie das blinde, durch die mangelhafte Führung der Wachtmannschaft verschuldete Hineinschießen in die aufrührerische

Digitized by Google

Gefangenenmenge als unvereinbar mit den Grundsätzen der Menschlichkeit und daher als völkerrechtswidrig erachtete.

Ebenso wurde in einer Sitzung vom 31. März 1919 die Tötung von 3 französischen Kriegsgefangenen des Lagers Mannheim als völkerrechtswidrig erklärt, weil sie zwar auch während gleichartiger Lagerunruhen erfolgte, aber lediglich auf eine völkerrechtlich vom Reiche zu vertretende Fahrlässigkeit eines deutschen Postens zurückzuführen war.

Eine weitere Verhandlung bezog sich auf die Zurücklassung französischer und englischer Verwundeter in der Stadt Charleroi am 13. November 1918. Durch den Spruch der Kommission wurde festgestellt, daß die feindliche Behauptung, diese Zurücklassung sei ohne jede Lebensmittel und Pflege erfolgt, nur insoweit zutrifft, als deutsches Sanitätspersonal nicht zurückblieb. Trotzdem wurde auch insoweit eine Verletzung des Völkerrechts verneint, weil bei dem übermäßigen Zustrom von Verwundeten nach der in der Kampfzone liegenden Stadt Charleroi unter den damaligen Verhältnissen, insbesondere bei dem durch die feindlichen Waffenstillstandsbedingungen erzwungenen beschleunigten Rückzuge an eine geordnete ärztliche Versorgung der feindlichen Verwundeten nicht mehr zu denken war und der Satz „ultra posse nemo obligatur" hier eine Entschuldigung der deutschen Heeresverwaltung schafft.

Andere Verhandlungen betrafen ferner die Ausschreitungen italienischer Offiziere vom Cellelager in der Stadt Celle am 19. und 20. Dezember 1918, die Erschießung von 5 und die Verwundung von 10 russischen Kriegsgefangenen bei Unruhen im Lager Sagan am 21. Dezember 1918, eine mit Waffengewalt unterdrückte Meuterei rumänischer Gefangener des Lagers Ulm am 21. Januar 1919 sowie mehrere weitere Fälle von Tötungen einzelner Gefangener in verschiedenen Lagern. In allen diesen Fällen wurde genau untersucht, ob der Waffengebrauch mit dem deutschen Rechte und dem Völkerrecht in Einklang zu bringen war oder nicht und dementsprechend die Völkerrechtsverletzung verneint oder bejaht.

Jeder öffentlichen Verhandlung der Kommission ging ein erschöpfendes schriftliches Ermittelungsverfahren voraus, dessen Durchführung sich freilich nach dem Abtransport der Gefangenen, der Entlassung des deutschen Lagerpersonals und der deutschen Wachtmannschaften und der schließlichen Auflösung der Lagerkommandanturen und der Inspektionen der Kriegsgefangenenlager immer schwieriger gestaltete. Infolge der starken Inanspruchnahme der Kommissionsmitglieder durch ihre Abgeordnetentätigkeit in Weimar wurde überdies eine erhebliche Zersplitterung der der Kommission zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte herbeigeführt, die nur wenig durch die Einrichtung von besonderen, mit 3 Mitgliedern besetzten Spruchkammern ausgeglichen werden konnte.

So kam es, daß die Untersuchung der *vor* dem Waffenstillstand liegenden

Digitized by Google

Fälle angeblicher völkerrechtswidriger Behandlung der Kriegsgefangenen sich bis jetzt nur auf die wichtigsten Vorfälle beschränken mußte. Besonders erwähnt seien hier die Fleckfieberepidemie im Lager Klein-Wittenberg in den Jahren 1914/1915 und die Erschießung des englischen Kapitäns Fryatt in Brügge auf Grund eines feldgerichtlichen Urteils vom 27. Juli 1916. Durch die Verhandlung des Falles Klein-Wittenberg sind insbesondere die Behauptungen der Entente widerlegt, man habe durch Zusammenlegen verlauster Russen mit Gefangenen der Westmächte die Fleckfieberepidemie absichtlich ausbreiten wollen, auch hätten die deutschen Ärzte das Lager verlassen und sich nicht um die Unterdrückung der Seuche gekümmert.

Die mehrtägige Verhandlung des Falles Fryatt hat festgestellt, daß das feldgerichtliche Verfahren gegen diesen ohne Rechtsverletzung durchgeführt worden und nur die unnötig rasche Vollstreckung des Todesurteils zu bedauern ist. Aus den auch als Sonderdruck veröffentlichten Urteilsgründen soll hier nur folgendes hervorgehoben werden. Die Kommission ist auf Grund der Verhandlung des Falles, bei der alle Beweismittel tunlichst zur Stelle gebracht waren, zu der Überzeugung gelangt, daß das Feldgericht in Brügge, als örtlich und sachlich zuständiges Gericht, weder auf Grund einer mangelhaften Beweisaufnahme noch auf Grund einer offensichtlich falschen Beweiswürdigung seine Feststellung dahin getroffen hat, daß Fryatt als Führer eines unbewaffneten englischen Handelsschiffes am 28. März 1915 auf offener See versucht hat, ein deutsches Unterseeboot durch Rammen zu vernichten. Bei der rechtlichen Beurteilung dieser Feststellung ist die Kommission davon ausgegangen, daß im Völkerrecht ein allgemein anerkannter Grundsatz, nach dem Private sich an kriegerischen Handlungen nicht beteiligen dürfen, besteht. Von diesem Grundsatze soll nach englisch-amerikanischer Auffassung eine Ausnahme zugunsten eines Handelsschiffes gelten, das in eine prisenrechtliche Maßnahme verwickelt ist. Nach dieser Auffassung soll dem bewaffneten oder unbewaffneten Kauffahrteischiff eines kriegführenden Staates gegen die prisenrechtliche Aufbringung durch ein feindliches Kriegsschiff ein Widerstand völkerrechtlich erlaubt sein. Bis zum Ausbruch des Krieges ist es jedoch zu einer einheitlichen Meinung über die Zulässigkeit der Verteidigung und Bewaffnung von Handelsschiffen nicht gekommen. Auf alle Fälle hat die deutsche Regierung ständig in amtlichen Bekanntmachungen und in der Praxis der englisch-amerikanischen Rechtsauffassung widersprochen. Die Kommission hat daher in Übereinstimmung mit verschiedenen deutschen Völkerrechtslehrern in der von englisch-amerikanischer Seite behaupteten Ausnahme keinen allgemein gültigen Völkerrechtssatz anerkennen können, weil Deutschland ständig eine der englisch-amerikanischen Auffassung widersprechende Rechtsauffassung vertreten hat. Fryatt war also wie jede andere Privatperson zu beurteilen, die sich an

Digitized by Google

Kriegshandlungen beteiligte, und zwar um so mehr, als er nach den tatsächlichen Feststellungen überdies das Widerstandsrecht, das ihm die Mehrzahl der Völkerrechtslehrer des Auslandes zubilligen will, durch einen nach Lage des Falles nicht gebotenen Angriff überschritten hat. Nach den Feststellungen des feldgerichtlichen Urteils, die die Kommission nicht umwerfen konnte, war also Fryatt tatsächlich der „Franktireur zur See", der, wie jeder Franktireur zu Lande oder wie jeder Korsar nach allgemein anerkanntem Völkerrechtssatze auf Grund des Kriegsgebrauchs die Todesstrafe verwirkt hat. Nur soviel aus der umfangreichen wissenschaftlichen Begründung des Kommissionsspruches im Falle Fryatt.

Die gesetzlich vorgeschriebene Geheimhaltung der Abstimmung verbietet natürlich, Mitteilungen darüber zu machen, wie die einzelnen Mitglieder abgestimmt haben. Die beiden Kommissionsmitglieder, die öffentlich gegen diese Entscheidung Einspruch erhoben haben, waren nur teilweis bei der Verhandlung, nicht aber bei der Beratung und Abstimmung zugegen. Jedenfalls ist hervorzuheben, daß auch von den Kommissionsmitgliedern, die die Entscheidung nicht für zutreffend erachten, stets anerkannt ist, daß jedes der mitwirkenden Kommissionsmitglieder objektiv bestrebt war, zu einer gerechten Beurteilung des Falles Fryatt zu gelangen. Das sollte auch denen genügen, die sich immer noch nicht über diese Entscheidung beruhigen können und deswegen glauben, die ganze Tätigkeit der Kommission verdammen zu müssen.

Die übrigen vor dem Abschlusse des Waffenstillstandes liegenden Fälle angeblicher Völkerrechtswidrigkeiten gegenüber Kriegsgefangenen, die von der Kommission bereits zur öffentlichen Verhandlung gebracht sind, betrafen regelmäßig Tötungen von Kriegsgefangenen. Weniger wichtige Fälle sind anderweitig ohne öffentliche Verhandlung, beispielsweise durch Berichte erledigt oder nach Anstellung der möglichen Ermittelungen als ergebnislos eingestellt worden. Ein Hauptgrund, warum in vielen Fällen die Ermittelungen ergebnislos bleiben, liegt darin, daß wohl die feindlichen Beschwerden, nicht aber das feindliche Belastungsmaterial der Kommission zur Verfügung steht.

Die Kommission hat versucht, außer dem im öffentlichen Buchhandel erhältlichen auch das sonstige gegnerische Beweismaterial heranzuziehen. Alle diese Versuche, die unter Beteiligung des Auswärtigen Amtes schriftlich oder gelegentlich unmittelbarer Verhandlungen mit den feindlichen Militärmissionen mündlich gemacht wurden, blieben jedoch erfolglos. So mußten die Entscheidungen der Kommission sich naturgemäß zu einem großen Teile lediglich auf deutsches Beweismaterial aufbauen, ein Umstand, der ihre Anerkennung seitens der feindlichen Regierungen vermutlich erheblich erschweren wird.

Wer sich ein richtiges Bild von dem Umfang der von der Kommission zu erledigenden Arbeit machen will, mag sich vergegenwärtigen, daß allein das amtliche

Digitized by Google

Beschwerdematerial der feindlichen Regierungen über die Kriegsgefangenenbehandlung, wie es beim Auswärtigen Amt aufbewahrt wird, mehr als 1000 Bände umfaßt. Ein großer Teil dieser Beschwerden war freilich recht geringfügiger Art. Sie enthielten mehr Wünsche der Gefangenen oder unbedeutende Ordnungswidrigkeiten, die man überhaupt nicht als Völkerrechtsverletzungen auffassen konnte. Aus dieser Fülle von Untersuchungsmaterial wurden unter Ausscheidung aller dieser geringfügigen Beschwerden zunächst etwa 400 Fälle ausgesondert, die wegen ihrer schwerwiegenden Natur eine besondere Untersuchung notwendig erscheinen ließen. Über alle Fälle typisch wiederkehrender Beschwerden leichterer Art, die insbesondere die Unterbringung, Ernährung und den Post- und Paketverkehr der Gefangenen betreffen, sind Sonderberichte in Vorbereitung, deren Fassung ohne öffentliche Verhandlung in interner Kommissionssitzung beschlossen werden soll. In dem gleichen Berichtverfahren sollen, nach Materien gesondert, auch wichtigere Beschwerdepunkte sich ständig wiederholender Art erledigt werden, wie z. B. die Repressalien, die Verwendung von Wachthunden in den Gefangenenlagern, die Disziplinarstrafen, die angebliche Heranziehung der Gefangenen zu Kriegsarbeiten und die Mittel zur Erzwingung der Arbeit. Einige von diesen Berichten sind bereits der Kommission vorgelegt und zum Gegenstande einer Beschlußfassung gemacht worden.

Nach Unterzeichnung des Friedensvertrages hat sich die Kommission mit Rücksicht auf die Bedeutung der Auslieferungsfrage vor allen Dingen auch auf die Untersuchung derjenigen Fälle gelegt, die nach bisherigen Meldungen Veranlassung zu einem feindlichen Auslieferungsbegehren gegen näher bezeichnete oder noch unbestimmte Personen wegen völkerrechtswidriger Gefangenenbehandlung führen können. Über Art und Stand der diesbezüglichen Verfahren können zur Zeit nähere Mitteilungen nicht gemacht werden.

Das deutsche Volk kann jedenfalls versichert sein, daß die Kommission Schücking bestrebt ist, mit voller Objektivität und ohne Ansehen der Person die Wahrheit zu erforschen. Über die öffentlichen Sitzungen der Kommission ist die Presse stets unterrichtet worden. Die Entscheidungen in diesen öffentlichen Verhandlungen sind mit ausführlichen schriftlichen Begründungen regelmäßig außer den beteiligten deutschen Dienststellen auch den feindlichen Regierungen zugeleitet worden.

Jeder, der die Schwierigkeiten der Untersuchungen kennengelernt hat, wird verstehen, daß ein Abschluß der Tätigkeit vor der Unterzeichnung des Friedensvertrages gänzlich unmöglich war und uns auch bei der Stellungnahme der feindlichen Regierungen zu unseren Untersuchungen niemals vor der schmählichen Auslieferung unserer eigenen Staatsangehörigen an die feindlichen Gerichte bewahren konnte. Beabsichtigt ist nach Eingang der amtlichen Auslieferungsliste, auch alle diejenigen Fälle, die einem Auslieferungsbegehren zugrunde liegen und bisher

Digitized by Google

nicht Gegenstand einer Untersuchung durch die Kommission gewesen sind, zum Gegenstande einer solchen zu machen. Insbesondere wird in allen diesen Fällen nach Vorlage des feindlichen Urteils, das auf Verurteilung des ausgelieferten Deutschen lautet, eine Nachprüfung der feindlichen Gerichtsentscheidung unter Verwendung des deutschen Beweismaterials insofern in Frage kommen, als der Kommission gleichzeitig eine disziplinargerichtliche Zuständigkeit gegenüber Offizieren obliegt und ein auf eine entehrende Strafe lautendes Urteil gegen die deutsche Regierung von der deutschen Regierung, insbesondere auch mit Rücksicht auf die Gehalts- und Pensionsansprüche der verurteilten Offiziere, nicht ohne weiteres anerkannt werden kann. Der beschränkten Zuständigkeit der Kommission entsprechend, werden sich aber auch insoweit alle Untersuchungen und Entscheidungen lediglich auf die Fälle erstrecken können, in denen eine völkerrechtswidrige Behandlung von Kriegs- und Zivilgefangenen behauptet worden ist.

Ein Briefwechsel über „J'accuse"

Von Karl Federn

Von den Büchern, die während des Krieges über seine Entstehung und die Schuldfrage veröffentlicht wurden, hat keines eine solche Verbreitung erlangt wie das Buch „J'accuse". Leicht und seicht geschrieben, in einer äußeren Aufmachung, die den Schein hervorrufen sollte, als hätte der Verfasser die Frage ernstlich geprüft und das Material durchgearbeitet, hat es zur Irreführung der öffentlichen Meinung und zur Vergiftung der Beziehungen zwischen den Völkern mehr beigetragen als irgend eine andere Schrift. Aus diesem Grunde nahm ich mir seinerzeit die peinliche Mühe, es Absatz für Absatz durchzugehen und die Flüchtigkeit und Unehrlichkeit der Arbeit an jeder Stelle darzulegen. Meine Gegenschrift erschien unter dem Titel „Anklagen gegen Deutschland" im Jahre 1917 im Verlag von Ferdinand Wyß in Bern. Die Vorwürfe, die ich gegen den Autor erheben mußte, ließen mich erwarten, daß er mich gerichtlich belangen, mindestens aber sich öffentlich rechtfertigen würde.

Es ist nicht geschehen. Immerhin scheinen meine Ausführungen auch in ihm nahestehenden Kreisen manche Personen bedenklich gemacht haben. Zum mindesten scheint dies aus dem im folgenden veröffentlichten Briefwechsel zwischen mir und einem, trotz bedeutsamen Meinungsverschiedenheiten, mir persönlich befreundeten Herrn hervorzugehen.

In der Zwischenzeit haben sich insbesondere infolge der Veröffentlichung so vieler wichtiger Dokumente manche Fragen geklärt, und auch manche Auffassung in meinem Buche bedarf einer Richtigstellung, nicht aber die darin enthaltene

Digitized by Google

Kritik des Buches „J'accuse" und der Arbeitsweise seines Verfassers: davon habe ich kein Wort zurückzunehmen! Im Gegenteil, daß soviel neues Material ihn nicht zu einer Nachprüfung, zu einer Richtigstellung seiner Behauptungen veranlaßt hat, beweist aufs neue, wie völlig gleichgültig ihm Sachlichkeit und Wahrheit sind.

Ich mußte annehmen, daß er von den folgenden Briefen Kenntnis erhalten würde. Da dies entweder doch nicht der Fall gewesen ist, oder er eine öffentliche Erörterung der gegen sein Werk von mir vorgebrachten Einwendungen nach wie vor scheut, so halte ich es für richtig, diese Briefe zu veröffentlichen.

*

Bund Neues Vaterland
Geschäftsstelle
Berlin W. 62, Kurfürstenstr. 125
Fernsprecher: Nollendorf 3014

Berlin W. 62, den 17. November 1919

Herrn Dr. Karl Federn

Berlin-Grunewald.

Lieber Federn!

Irgendwie hast du mir einmal erzählt, daß du Grelling öffentlich in einer Schrift oder in einem Artikel den Vorwurf gemacht hast, er wäre aus Ententekreisen beeinflußt oder materiell unterstützt. Ich bitte dich, mir genau das betreffende Buch oder die Zeitung zu nennen, oder am besten zu übersenden. Wir wollen Grelling auffordern, durch eine Beleidigungsklage den Sachverhalt feststellen zu lassen.

Mit herzlichen Grüßen auch an deine Frau

gez. dein Otto Lehmann-Rußbüldt.

*

25 Kaspar Theyßstraße, Berlin-Grunewald
den 22. 11. 1919

Lieber Lehmann!

Du bist insofern im Irrtum, als ich Grelling zwar öffentlich Lügen, Fälschungen und durchweg grobe Unwissenheit vorgeworfen und nachgewiesen habe, zur Frage einer materiellen Unterstützung seiner häßlichen Tätigkeit durch die Entente jedoch keine Stellung genommen habe.

Wenn Grelling von feindlicher Seite Geldbeträge erhalten hätte, — was ich gar nicht annehme, — so würde das schwerlich zu beweisen sein, und bloße Verdächtigungen pflege ich nicht auszusprechen.

Dagegen steht folgendes fest, und darauf habe ich dich vermutlich aufmerksam gemacht: Grellings Buch kam im Verlag Payot in Lausanne heraus, in dem nur

Digitized by Google

deutschfeindliche Schriften erschienen, und der eine Filiale in Paris hat. Gleichzeitig mit meinem Buch gegen ihn, kam dort sein zweites Werk „Das Verbrechen" heraus. Mein nicht subventioniertes Buch kostete infolge der gesteigerten Papier- und Druckkosten, bei genauester Kalkulation und obwohl ich auf zwei Drittel des üblichen Honorars verzichtete, 7,50 Franks pro Exemplar. Grellings Werk, das den doppelten Umfang hatte, kostete nur 4 Franks. Sein Ladenpreis betrug also im Verhältnis zu dem des meinen ungefähr den vierten Teil. Die französische Regierung ließ so ziemlich jedem deutschen Kriegsgefangenen ein Exemplar des ersten Werks Herrn Grellings einhändigen.

Wie nennst du es, wenn eine Zeitung mit gefälschten Argumenten für eine Bank eintritt und diese Bank sie dadurch unterstützt, daß sie einen großen Teil der Aktien des Zeitungsunternehmens aufkauft?

Wenn Grelling in seinem Buch die Wahrheit gesagt hätte, würde mir seine Handlungsweise — das wiederholte Herausgeben von Schriften in einem notorisch deutschfeindlichen Verlag, der eine Filiale in einer feindlichen Hauptstadt hat — sehr bedenklich erscheinen, doppelt bedenklich, daß, nachdem eine feindliche Regierung nachweisbar viele Tausende von Exemplaren der ersten Schrift aufgekauft hat, die zweite zu einem kalkulationsmäßig unmöglichen Preise erschien. Da seine Schriften aber voll von gehässigen Fälschungen sind, so erscheint mir sein Vorgehen ruchlos.

Da mir jedoch diese Tatsachen zur Zeit, da ich mein Buch gegen ihn herausgab, zum größten Teil noch nicht bekannt waren und auch nicht bekannt sein konnten, so habe ich sie auch nicht erwähnt.

Die Vorwürfe, die ich damals gegen ihn erhob, waren schwer genug, um ihn zur Klage zu zwingen, wenn er irgend Mut und Vertrauen zu seiner Sache hatte, um so mehr, als er in Bern oder Lugano Richter gefunden hätte, die sicherlich nicht gegen seinen Standpunkt eingenommen waren.

Ich erwarte nunmehr seine Klage hier. Ich halte all die Beschuldigungen, die ich in meinem Buche „Anklagen gegen Deutschland" gegen ihn erhoben, hiermit ausdrücklich aufrecht, ich wiederhole, daß es, leichtfertig und gewissenlos geschrieben, die gröbste Unkenntnis und Unwissenheit des Verfassers verrät, der fast durchweg mit Lügen und Verfälschung der Tatsachen und Dokumente darin gearbeitet hat.

Ich behalte mir auch vor, diesen unseren Briefwechsel der Öffentlichkeit zu übergeben.

Dir persönlich die besten Grüße.

*

Digitized by Google

Bund Neues Vaterland
Geschäftsstelle
Berlin W. 62, Kurfürstenstr. 125

Berlin W. 62, den 24. November 1919

Herrn Dr. Karl Federn

Berlin-Grunewald
Kaspar Theyßstr. 24/25.

Lieber Federn!

Ich danke dir für deinen Brief. Hättest du mich mit so deutlichen Worten auf die Umstände aufmerksam gemacht, die du gegen Grelling anführst, so hätte ich von vornherein gewußt, was los war, du hast aber nur ganz allgemein von „ganz schmutzigen Sachen" gesprochen und gesagt: „Sprechen wir doch nicht mehr davon" oder: „. . . . . über die man gar nicht sprechen kann."

Ich habe dir wiederholt erklärt, daß ich mir den Grellingschen Standpunkt nicht zu eigen mache. Aber ebenso oft habe ich auch gesagt, daß er selbstverständlich zur Geltung kommen muß, denn er kennt das Material darüber am besten. Es ist sehr billig, immer sofort gleich von Fälschungen usw. zu reden. Ich füge dir bei eine Entgegnung, die Grelling gegen Montgelas gebracht hat. Wie steht danach Montgelas da? Trotzdem werde ich stets dafür eintreten, daß auch Montgelas gehört wird.

Du schreibst, der Verlag Payot hätte nur deutsch-feindliche Schriften. Du bewegst dich da genau in der alldeutsch-nationalistischen Terminologie. Als ich vor einiger Zeit in Stockholm war und in „Dagens Nyheter" auseinandersetzte, daß in Deutschland die Militaristen nur deshalb die Monarchie nicht wieder aufrichten, weil sie Angst vor der Entente haben, wurde diese Auslassung auch von Pariser Blättern gebracht und daraufhin wurde ich in der „Morgenpost" (!) in der bekannten Manier schwer angegriffen, in der „Morgenpost" des Herrn Cuno und ich habe doch so recht! — Ich nehme das der französischen Regierung gar nicht übel, daß sie die Bücher von Grelling verbreiten ließ. Die Deutschen haben sich nach der Hinsicht noch ganz andere Sachen geleistet, z. B. der Verlag Ullstein, der am meisten über Grelling herzieht. Wie dir bekannt ist, habe ich diese Auffassung ja auch dem Betreffenden selbst mit einer solchen Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht, so daß ich manche Anwartschaft habe, bei geeigneter Gelegenheit allerlei zu erfahren. Du wirst schon wissen, was ich meine.

Es ist ganz gleichgültig, ob Herr Grelling ein Schuft oder sonst ein unsympathisch berührender Mensch ist, es handelt sich nur darum, was er sagt. Die Tatsachen geben ihm von Tag zu Tag mehr recht. Ob er sich in einer kleinen oder großen Nebensächlichkeit einmal geirrt oder auch sogar aus Rechthaberei Fälschungen begangen hat, ist für mich ganz gleichgültig.

Mit herzlichen Grüßen!

gez. dein Otto Lehmann-Rußbüldt.

Anlagen

Digitized by Google

Berlin, den 27. 11. 1919

Mein lieber Lehmann!

Ich sehe aus deinem Brief nur das eine: daß Grelling nach wie vor nicht zu klagen wagt, und ihr nicht wagt, ihn dazu zu drängen.

Du hast ganz recht: „es ist ganz gleichgültig, ob Herr Grelling ein Schuft oder sonst ein unsympathischer Mensch ist, es handelt sich nur darum, was er sagt." Eben darum ist neben der Frage, ob das, was er sagt, Wahrheit oder Fälschung ist, es beinahe gleichgültig, ob er bezahlt ist oder nicht.

Aber seine Freunde möchten den Prozeß gerne auf diesen Satz stellen, weil er, selbst wenn er wahr wäre, sich nicht beweisen ließe, so wie seinerzeit in dem Prozeß gegen Zola ein einziger Satz unter Anklage gestellt und alle wesentlichen Fragen ausgeschaltet wurden. Das, was sich beweisen läßt, seine zahllosen Fälschungen, seine unglaubliche Unwissenheit, das wagt ihr nicht öffentlich vor Gericht erörtern zu lassen.

Daß er das Material nicht nur nicht „am besten kennt" wie du glaubst, sondern daß er es überhaupt nicht kennt, — wenn Kennen etwas anderes als flüchtiges und oberflächliches Durchfliegen eines geringen Teiles dieses Materials heißt — das habe ich ihm nachgewiesen.

Es verhält sich gerade umgekehrt, als wie du es ausdrückst: sein Buch ist fortlaufende Fälschung, und nur in Nebensächlichkeiten hat er hie und da die Wahrheit gesagt. Und jede neue Tatsache, das heißt jedes zum Licht kommende neue Dokument beweist dies von Tag zu Tag mehr.

Montgelas hat, wie jeder gewissenhafte Mensch, wie etwa der Engländer E. D. Morel, — mit dessen Anschauungen sich die seinen von 1919 vollkommen decken, — aus den so überaus wichtigen Dokumenten, die im letzten Jahr aus russischen, serbischen, deutschen und österreichischen Archiven zu seiner Kenntnis gekommen sind, sich zu einer Änderung seiner Auffassung veranlaßt gesehen, und hat dies ehrlich bekannt. Das kann ein Mensch wie Grelling, der sich auf eine ehrliche Prüfung weder früher noch jetzt eingelassen hat, sondern bei seinen Phrasen bleibt, natürlich nicht verstehen.

Genug, entweder ihr — der Bund Neues Vaterland — veranlaßt Grelling, mich zu verklagen, oder ihr macht euch, insoweit ihr zu ihm steht, zu Mitschuldigen an seinen Fälschungen und an deren schädlichen Folgen.

Mit besten Grüßen

Federn.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt. Redaktion Schöneberger Ufer 36 a I. Telephon: Nollendorf 928. Für Anzeigen F. W. Kiel, Berlin-Schöneberg. Verlag Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland, Oesterreich-Ungarn und Luxemburg M. 7.20, übriges Ausland M. 7.50. Einzelnummer 50 Pfg. Gedruckt in der Buchdruckerei Hermann Bergmann, Berlin SW 48.

Digitized by Google

5. Jahrgang * 23. Januar 1920 * Heft 4

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Clemenceau hat eine Zeitlang damit kokettiert, daß er sich aus dem politischen Leben zurückziehen werde, dann aber doch bald durchblicken lassen, daß er Poincarés Nachfolge annehmen werde. Diese Wahl schien so sicher, daß er zum Senat gar nicht mehr kandidierte. Schon wurde die Parole ausgegeben, daß Millerand sein Ministerpräsident sein sollte und Poincaré in diesem Kabinett die Finanzen übernehme (denn dieser hat sich einen Senatssitz gesichert). Aber zur Überraschung aller ist Clemenceau in der Vorwahl durchgefallen und er hat die Konsequenzen gezogen. Anscheinend hat Briand die Kandidatur des Kammerpräsidenten Deschanel, der nie in einem Ministerium gesessen und eigentlich nur eine repräsentative Vergangenheit hinter sich hat, vorbereitet: die beiden Kammern wollen einen Präsidenten, der nicht mit seiner Autorität, auch bei scheinbarer Stellung außerhalb der aktuellen Fragen, das Parlament erdrücken könnte. Deschanel ist bequemer. Wichtig aber wird, wem von seinen Freunden er die Führung der Geschäfte anvertrauen wird. Vielleicht sieht Briand wieder seinen Tag kommen.

*

Der Amerikaner Hoover soll es für zwecklos halten, Österreich auf die Dauer zu helfen. Wenn auch jetzt für etwas Lebensmittel und Kredit gesorgt wird, so wird damit nicht aus der Welt geschafft, das all dies für das Nichts geleistet wird. Hilfsaktionen, hinter denen nicht die Möglichkeit einer Kräftigung steht, sind für den rationell denkenden Amerikaner verplemperte Mühe und müssen es sein; denn es ist unmöglich, ein Millionenvolk auf die Dauer nur als Gegenstand mitleidiger und mildtätiger Gesinnung einige Grade über dem Tode, aber ohne eigene Lebensfähigkeit zu erhalten. Hoover sieht ein, wie der Friede von

Digitized by Google

St. Germain einen innerlich unmöglichen Zustand verewigen will und fordert seinen Abbau. Aber Amerika selber ist Mitschuldiger, wenn es ihm nicht gelingt, in der Entente den Glauben an die kurzsichtige Weisheit dieses bösen letzten Sommers zu erschüttern. Offenbar fehlt aber dafür Kraft und Wille.

*

Die deutsche Regierung hat ihre Auslandsvertreter ernannt; zwei Parlamentarier, Mayer vom Zentrum und Landsberg von der Sozialdemokratie, befinden sich unter ihnen. Daß nach Paris ein Wirtschaftspolitiker geschickt wird, der bisherige Reichsschatzminister, dessen Stellung durch die Zentrumsspaltung fraglich geworden war, zeigt, daß man für das Verhältnis zu Frankreich die wirtschaftspolitische Klärung im Brennpunkt sieht. Offen steht einstweilen noch die wichtige Stelle in Washington; es ist jetzt für Deutschland von hohem Gewicht, daß die Vereinigten Staaten bald zu einer Klärung kommen. Denn wenn auch offenbar in Amerika der Elan für die auswärtige, für die europäische Politik einem leisen Katzenjammergefühl gewichen ist, bleibt die Haltung der dortigen staatlichen und wirtschaftlichen Kreise für alle herankommenden Probleme der internationalen Kreditkonstruktion von entscheidendem Gewicht.

*

„Wir sollen nicht unsere Augen vor der Wirklichkeit verschließen und uns mit Illusionen täuschen, sondern offen und ehrlich erklären: die Lage Denikins und Koltschaks ist kritisch und falls die notwendige Hilfe nicht sofort erwiesen wird — ist die Katastrophe unausbleiblich." — Diese Worte stehen nicht etwa in irgend einem ukrainischen Blatte, sondern in dem „Prisyw", dem in Berlin erscheinenden Organ Denikins. Wir haben unsere Leser seit jeher davor gewarnt, die russische Wirklichkeit mit den Augen der russischen Emigranten anzusehen. Bisher aber galt die Zuversicht eines Grafen Uwarow auf die baldige Niederlage des Bolschewismus und Wiederaufrichtung des russischen Imperiums als bestes Unterpfand für die Orientierung unserer östlichen Politik. Jetzt endlich sollte es aber auch dem Blindesten klar werden, daß eine Besiegung des Bolschewismus nur möglich ist im Bunde mit den Nationalstaaten. Hat doch am Sturze Denikins der ukrainische Bauernaufstand das Meiste getan.

*

35 Millionen Menschen sollen in Rußland, nach einer Berechnung des russischen Professors Ossendowski, seit 1914 durch Krieg, Revolution, Epidemien und Hunger gestorben sein. Das erinnert an die enorm hohen Sterblichkeitsziffern in dem von England so musterhaft verwalteten Indien.

*

Digitized by Google

Daß der Mörder Eisners, der junge Graf Arco, zum Tode verurteilt werden mußte, war nach der Lage der Dinge zu erwarten. Man muß nur aussprechen, daß sein Bekenntnis zu der furchtbaren Tat anständiger und männlicher gewesen ist als das sämtlicher Offiziere und sämtlicher Spartakisten, die seit der Revolution in solche Prozesse verwickelt waren. Die Tat ist verhängnisvoll genug gewesen; aber die Revolutionäre, die um jeden russischen Attentäter eine Märtyrerlegende zu flechten pflegten, müssen auch diesem jungen Menschen zuerkennen, daß er Eisners Person und Wirken als Gefahr und Schmach sehen durfte.

Der ratifizierte Friede

Von Dr. Paul Rohrbach

Der Friede von Versailles ist ratifiziert. Ihn durchzuführen ist unmöglich, denn Deutschland würde darüber zugrunde gehen und Europa in neue verderbliche Krisen gestürzt werden. Das sehen klügere und ruhigere Leute auf der Gegenseite heute auch schon ein, aber sie haben nicht die Macht, die Dinge nach ihrer Einsicht zu lenken. Wollten wir dasitzen und warten, bis dieser Zustand sich von selbst ändert, so würde das lange dauern, und jeder Tag bringt furchtbare Folgen für uns. An uns, als den am meisten betroffenen, ist es, am nachdrücklichsten zu überlegen, was geschehen kann, um die notwendige Revision zu beschleunigen. Dabei ergibt sich als die erste und unmittelbarste Einsicht, daß es notwendig ist, allem zuvor den Weltirrtum zu erschüttern, Deutschlands Verantwortung für den Weltkrieg und für alles, was in ihm geschehen ist, sei unvergleichlich größer, als die seiner Feinde, und seine „Schuld" habe nur die verdiente Strafe nach sich gezogen.

Schon in den Monaten nach dem Waffenstillstand habe ich mich — ohne Erfolg — bemüht, die leitenden Stellen bei uns darauf hinzuweisen, daß die Schuldfrage von den Feinden zum Zentrum ihrer „moralischen" Position gemacht werden würde. Am 4. Juni 1919 schrieb ich an den damaligen Ministerpräsidenten Scheidemann folgenden Brief, der, wie vieles andere, unterging in dem Verrat unserer Würde durch die Leute, die den Feind wissen ließen, „sie" würden alles unterzeichnen, was befohlen würde.

Hochgeehrter Herr Ministerpräsident!

Darf ich Ihnen beigeschlossen eine kleine Arbeit von mir überreichen, die vor kurzem erschienen ist und sich mit der Frage der Schuld am Ausbruch des

Digitized by Google

Weltkrieges beschäftigt. Sie kommt zu dem Ergebnis, daß die Verantwortung in erster Linie der russischen, in zweiter der französischen, in dritter der englischen Politik zufällt, während die deutsche in hohem Grade entlastet wird. Das Material berührt sich vielfach mit der Denkschrift der vier Mitglieder unserer Friedensdelegation über das gleiche Thema, ist aber namentlich in bezug auf die französischen und russischen Zeugnisse ausführlicher.

Außerdem bitte ich um Erlaubnis zu folgender Bemerkung:

„Die feindliche Diplomatie und die feindliche Presse verwenden die Schuldfrage und außerdem die Kriegsgreuel, wie die Antwort auf unsere Gefangenennote zeigt, stets wieder als ein Hauptargument, um die allgemeine Stimmung gegen Deutschland feindlich zu erhalten. Demgegenüber wäre es eine richtige Taktik, wenn Graf Brockdorff-Rantzau Gelegenheit zu einer Rede nähme, die nicht zu lang sein dürfte, in der die Schuldfrage mit Rücksicht auf die neue Denkschrift und die Veröffentlichung in den beigefügten Heften der Zeitschrift „Deutsche Politik" beleuchtet und die Weigerung der Alliierten bezüglich einer unparteiischen Untersuchung erneut kritisch behandelt würde... Der Hauptnachdruck müßte auf die Anklage fallen, den Alliierten fehle infolge ihres schlechten Gewissens der moralische Mut, die Frage der Schuld ehrlich untersuchen zu lassen...

Der Notenwechsel über die verschiedenen, zur Behandlung stehenden Fragen ist so umfangreich geworden, daß die Schriftstücke vom neutralen Publikum nur noch oberflächlich, von dem großen Durchschnitt der Leser auf der Seite der Alliierten meistens überhaupt nicht mehr gelesen werden. Größere Aufmerksamkeit... wird nur noch zu erreichen sein, wenn die Hauptargumente und die eindruckvollsten Tatsachen in Form übersichtlicher politischer Reden gegeben werden. Das kann durch die deutsche Friedensdelegation, das kann mit noch größerer Wirkung aber auch durch deutsche Ministerreden geschehen. Die feindliche politische Propaganda hat sich dieses Mittels während der Kriegs- wie der Waffenstillstandszeit ebenso häufig wie geschickt bedient. Von deutscher Seite hat man es unter der alten Regierung überhaupt nicht verstanden, und auch unter der neuen ist es bisher lange nicht genügend angewendet worden.... Die neue deutsche Regierung sollte zeigen, daß sie sich nach dieser Richtung hin des Besitzes einer geeigneten Waffe ebensosehr bewußt ist, wie ihrer Verantwortlichkeit in politischer und menschlicher Beziehung.

In ausgezeichneter Hochachtung usw.

Digitized by Google

Aus einer späteren Aufzeichnung, die an den Artikel des norwegischen Publizisten Dr. Aall in Nr. 50 der „Deutschen Politik" von 1919 anknüpfte und für eine andere Stelle bestimmt war, gebe ich die folgenden Gedankengänge wieder. Aall charakterisiert als eine wesentliche Aufgabe der deutschen auswärtigen Politik die Organisation unseres Kampfes ums Recht in der Beurteilung der Schuldfrage. Dies Recht ist, wie er sagt, Deutschlands letzte Kampfwaffe — die letzte, aber keine unwirksame, vorausgesetzt, daß wir sie richtig handhaben. Dabei scheidet aus der Vorwurf, der in rechtsstehenden Kreisen gegen die jetzige deutsche Regierung erhoben wird, sie könne sich darum nicht entschließen, den Kampf ums Recht in der Schuldfrage zu führen, weil eine maßgebende Partei sich vorher darauf festgelegt habe, die Schuld läge auf unserer Seite, bei unserem alten System, und weil diese Partei sich jetzt nicht zu dementieren wünsche. Ein solcher Standpunkt ist für eine ihrer Verantwortung bewußte Regierung unmöglich, ganz gleich, was für Parteifragen mitspielen mögen.

Das stärkste Hindernis unserer auswärtigen Politik ist ja, daß wir über keine materiellen Druckmittel mehr verfügen. Wir sind militärisch und wirtschaftlich kraftlos. Wir sind aber keineswegs moralisch kraftlos. Man versucht bei uns, Versöhnungspolitik zu machen. Das ist sicher gut gedacht, aber die Welt antwortet darauf, hier stillschweigend, dort ausdrücklich: Ein Volk, wie das deutsche, hat gar keine Versöhnungshand auszustrecken, sondern es hat abzuwarten, bis die andern Völker finden, Deutschland habe jetzt seine Schuld genügend gebüßt, nun könne vielleicht von Versöhnung mit Deutschland gesprochen werden.

Wir dürfen uns nicht darüber täuschen, daß die feindliche Politik es als eine ihrer vornehmsten Aufgaben ansieht, diese Stimmung in der Welt gegen Deutschland zu erhalten. Die leitenden Politiker auf der Gegenseite sind klug genug, um die Schwächen des Friedens von Versailles — Schwächen, nicht im objektiven Interesse nur, sondern auch in dem der Entente — zu erkennen. Sie sehen die Brüchigkeit seiner Fundamente wohl, und sie machen sich keine Illusionen über die Interessenspannungen auf ihrer eigenen Seite. Vor allen Dingen wissen sie, daß es unmöglich ist, die Prinzipien dieses Friedens länger zu erhalten, als das Urteil der Welt über die Schuld Deutschlands. Wird dieses Urteil erschüttert, überzeugen sich die Völker, daß Deutschland nicht in dem Sinne schuldig ist, wie die Entente es der Welt eingehämmert hat; daß es überhaupt keine besondere Schuld am Weltkriege trifft, so werden sie auch ihre bisherige Gefolgschaft in dem Glauben verweigern, daß Deutschland nur eine verdiente Strafe erleide. Die Straftheorie und der Strafglaube sind der wichtigste Faktor für die Entente, um den Gewaltfrieden gegen Deutschland bestehen zu lassen.

Digitized by Google

Hieraus folgt, daß die deutsche auswärtige Politik es sich zum Ziel setzen muß, diese Theorie und diesen Glauben zu stürzen. Solange ihr das nicht gelingt, ist sie waffenlos gegen das feindliche Bestreben, den Frieden eine Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln sein zu lassen. Wird aber die moralische Schwäche der feindlichen Position erkannt, so sind wir nicht mehr waffenlos.

Wir haben ein Druckmittel. Es besteht darin, daß wir die Gegner und die Welt unausgesetzt daran erinnern: Deutschland hat sich einer unparteiischen Prüfung der Schuldfrage zur Verfügung gestellt — ihr aber weigert euch! Warum tut ihr das? Habt ihr ein schlechtes Gewissen? Diese Frage muß in Deutschland unablässig wiederholt werden. Minister, Staatsmänner, Parlamentarier, Zeitungen müssen sie wiederholen. In der Nationalversammlung, in den Parlamenten der Einzelstaaten, in jeder öffentlichen Rede muß sie erhoben werden.

. Wir können sicher sein, daß auch alle geplanten Strafprozesse gegen die auszuliefernden deutschen Persönlichkeiten keinem anderen Zweck dienen sollen, als dem, uns der Welt erneut als Hunnen zu zeigen und das Schuldurteil über uns festzustellen, damit hinter dieser moralischen Mauer der unmoralische Gewaltfriede weiter Deckung finden kann. Die Entente versteht, psychologische Politik zu machen. Sie tut nichts um bloßer moralischer Prinzipien willen, sondern sie arbeitet auf den ihr praktisch nützlichen Welteindruck hin. Sie will die Beute, die sie gemacht hat, behalten, und sie weiß, daß sie das gegen den Widerspruch des moralischen Urteils der Welt auf die Dauer nicht kann. Aus diesem Grund ist von langer Hand her die Auslieferung unserer „Schuldigen" und sind die Prozesse beschlossen. Sie bilden einen Punkt, und zwar einen sehr wesentlichen, in dem Programm der Sicherungen für die begangenen Vergewaltigungen und Annexionen der Entente. Wir können dagegen arbeiten, indem wir die Entente auf demjenigen Feld zur Erörterung zwingen, das sie zu vermeiden wünscht, dem der Schuldfrage, und zwar der Schuld nicht nur am Kriege, sondern auch im Kriege. Wir werden das sicher erreichen, indem wir unausgesetzt wiederholen: wir sind bereit, uns zu stellen, ihr nicht! Man muß es tausendmal sagen. Nach dieser Regel hat die Entente gearbeitet, nach ihr arbeitet sie heute, und sie arbeitet heute mit ähnlichem Erfolg, wie während des Krieges und schon vor dem Kriege gegenüber Deutschland. Sie tut das, weil sie die Gesetze der politischen Psychologie beherrscht, sehr viel besser beherrscht, als sie bisher in Deutschland beherrscht worden sind. Sie hat die Unwahrheit damit triumphieren lassen — sollten wir nicht imstande sein, die Wahrheit mit dieser Methode triumphieren zu lassen? Ist es

Digitized by Google

nicht Zeit, die Fehler der politisch-psychologischen Strategie und Taktik, die bisher bei uns gemacht worden sind, zu erkennen und ihre Wiederholung zu vermeiden?

* * *

Sogar aus englischem Munde wird uns bescheinigt, wo der Kern unserer nächsten Aufgabe, die Revision des Versailler Friedens vorzubereiten, liegt. E. D. Morel sagt (Oktober 1919) in den „Special Supplements to Foreign Affairs":

„Der Schreiber dieser hat niemals versucht, Deutschlands Verhalten in dieser Hinsicht (Kriegsmethoden, diplomatische Methoden) von Schuld zu entlasten. Auch hat er nie die Sache so dargestellt, als ob Deutschlands Anteil oder Verantwortlichkeit für den Krieg nicht sehr groß sei. Aber er hat immer aufrecht erhalten, daß die Anklage gegen Deutschland, daß es allein für den Krieg verantwortlich sei, unwahr ist und sogar widersinnig. Der Verbreitung dieser Unwahrheit ist es zu danken, daß die moralische Sanktion erfolgte, dem deutschen Volke, nachdem es sich seiner autokratischen Herrscher entledigt hatte, einen Strafrieden aufzuerlegen, wie er in der Weltgeschichte nichts seines gleichen hat. Dieser sogenannte Friede muß revidiert werden, oder seine Wirkungen werden auf Generationen hinaus als ein Fluch auf den Kindern der Menschen liegen. Diejenigen, die ihn diktiert haben, rechtfertigen ihre Tat vor ihren Völkern mit der Begründung, und einzig mit der Begründung, daß Deutschland die ausschließliche Schuld am Kriege trage. Soll also die Revision dieser Friedensbestimmungen durchgesetzt werden, so wird es mehr als je notwendig: geduldig und angespannt darauf zu arbeiten, die Völker zu überzeugen, daß die Schuld für den Krieg nicht ganz der einen Partei zugeschrieben werden kann. Das kann nur geschehen, indem man der Demokratie in unserem und in anderen Ländern, die neuen hierauf bezüglichen Beweisstücke zur Kenntnis bringt, die sich ständig ansammeln, mit denen sich vertraut zu machen aber für das große Publikum nahezu unmöglich ist."

Also: an Revision des Versailler Friedens ist nicht zu denken, solange die Völker glauben, daß eine Partei allein die Verantwortung am Kriege auf sich geladen hat. Wie kann dieses Vorurteil zerstört werden? Indem man der Demokratie in England und in den übrigen Ländern der Welt die Beweismittel vorhält. Beweismittel wofür? Dafür, daß Deutschland nicht allein schuldig ist, sagt unser englischer Zeuge; daß vielmehr die andern auch schuldig sind. Wie aber soll das geschehen, wenn es doch dem großen Publikum „nahezu unmöglich" ist, sich mit

Digitized by Google

diesen Dokumenten vertraut zu machen? „Unmöglich", das versteht sich von selbst, wenn keine Diskussion über die Frage der Verantwortlichkeit ihrem ganzen Umfange nach in Gang kommt. Die Diskussion zu verhindern, darauf läuft die ganze Taktik der Entente hinaus; die Diskussion zu erzwingen, ist unsere Aufgabe. Wer Revision des Friedens will, muß die Diskussion über die Verantwortlichkeit wollen; es gibt keine Revision ohne Diskussion. Die deutsche Regierung braucht nicht selber als Diskussionsredner aufzutreten, weil die Gegner sie stets der Parteilichkeit verdächtigen können, sondern sie genügt schon ihrer nationalen Pflicht, wenn sie nicht ermüdet, nachdrücklich die Diskussion zu fordern, bis der Gegner sich stellt!

Bei diesem Vorgehen muß eine Absicht allerdings ganz fernbleiben: unhaltbare deutsche oder bundesgenössische Positionen mit advokatorischen Mitteln halten zu wollen. Wir dürfen nicht versuchen, über Tatsachen, die uns ungünstig sind, die zum Teil uns selber erst nachträglich deutlich werden (z. B. die österreichische Verschleppungstaktik gegenüber dem Grey-Lichnowskyschen Vermittlungsvorschlag) einen Schleier zu breiten. Auf der andern Seite dürfen wir uns aber auch nicht durch gegenstandslose, mit illoyaler oder verblendeter deutscher Hilfe durchgeführte feindliche Überfälle verblüffen lassen. Solch ein Überfall ist das Kautskysche Buch, mit seiner wissenschaftlich tiefstehenden, parteiischen Allgemeindarstellung und kindischen Behandlung der Randglossen des Kaisers. Was für ein Machwerk Kautsky geliefert hat, lese man im einzelnen in dem Artikel von Delbrück im Januarheft der „Preuß. Jahrb." nach. Er reicht an das Übelste heran, was früher an Tendenz und Verdrehung von scharfmacherischer Seite gegenüber der Sozialdemokratie geleistet worden ist, und man versteht nicht, wie ein Mann, der solch einer in jedem Sinne schlechten Leistung fähig ist, der „wissenschaftliche Dalai Lama" der Sozialdemokratie hat werden können.

Was an Material gegen uns geltend gemacht und ausgebeutet werden kann, das liegt jetzt vor. Es beweist, daß jetzt schon die Sache der Feinde moralisch schwächer steht, als die unsrige. Wie würde sie erst stehen, wenn die feindlichen Archive heute ähnlich ausgeschöpft würden, wie die unsrigen und die österreichischen! Und für wie schwach müssen die Feinde im Stillen ihre moralische Position halten, wenn sie einsehen, daß sie zu so schlechten, nur auf die niedrigen Instinkte ihrer Völker berechneten Mitteln greifen müssen, wie dem Verlangen nach Auslieferung des Kaisers und den dreihundert oder sechshundert Schuldprozessen!

Digitized by Google

„Nur keine inneren Krisen!“

Von Dr. Theodor Heuß

Das Philisterwort, bedachtsam ausgleichendem Staatsmannsversuch oft genug mit höhnender Ironie zurückgerufen, ist in dem Augenblick, da der wesentliche Teil der deutschen Souveränität rechtens an die „Wiedergutmachungskommission“ übergeht, der Inhalt einer Schicksalsfrage geworden.

Man kann von der Unabhängigen Sozialdemokratie nicht sagen, daß sie immer ein Teil der Kraft sei, die bei bösem Willen stets Gutes bewirke. Ganz und gar nicht, das Schuldkonto ist drückend schwer. Aber die zugleich sinn- und verantwortungslose Demonstration, mit der sie ohne Plan und Führung die Arbeitermassen an den Reichstag heranbrachte, um dort aus der Verwirrung der Ziellosigkeit eine Kraftprobe gegen das Parlament entstehen zu lassen, hat offenbar der Mehrheitskoalition des Reichstags gezeigt, daß ihre Parteien im Augenblick aufeinander angewiesen sind. Die Opfer dieser Verführung sind bedauernswert; aber die Larmoyance der Unabhängigen ist unausstehlich. Man muß die Kommunisten loben, weil sie sagen und zugeben, daß der Kampf um die Macht mit dem Einsatz von Blut vor sich gehen werde. Die Unabhängigen, führerlos, heute in der Hand einiger Hysteriker oder Proleten, nachdem sie ihre klügeren Männer kaltgestellt, glauben mit einigen schmerzlichen Elegien darüber weggleiten zu können über das, was sie gesündigt. Daß sie nicht wagen, zu ihrem Willen zu stehen, Sturz der Regierung, das ist das Ekelhafte.

Inmitten der Spannung breitet sich eine kalte Ernüchterung aus. Die Regierung weiß, daß in diesen nächsten Wochen schlechterdings wieder einmal um die Existenz des Staates gespielt wird, und die Regierungsparteien müssen sich ihrer Verantwortung um so mehr bewußt sein, als sie ein Gefühl nationaler Solidarität weder bei ihren Gegnern rechts noch links erwarten dürfen. Die sachliche Klärung über die Frage des Betriebsrätegesetzes wird darunter leiden, und das muß man beklagen; denn dieses Gesetz, das die Demokratisierung der Industrieverfassung in ihren Umrissen festlegen soll, wird dadurch mit außersachlichen Erwägungen der parteitaktischen Lage belastet. Aber vor dieser Lage die Augen zu verschließen, geht nicht an. Man mag zu der regierenden Koalition, zu den einzelnen Parteien oder einzelnen Führern stehen, wie man will; im Augenblick erfordert die vaterländische Notlage, daß eine Krisis der Regierung vermieden werde. Sonst rennen wir geradezu in das Chaos, aus dem der berühmte starke Mann uns auch nicht erretten wird. Denn die Seelenkraft des Volkes ist matt und die Schwierigkeit der wirtschaftlichen Lage läßt sich nicht durch glänzende und logische Verordnungen ändern, sondern nur durch die Treue

Digitized by Google

der Menschen guten Willens, die uns geblieben sind, gleichviel zu welcher Partei sie gehören.

Dreierlei steht vor uns: Auslieferung, Ernährungskrise, innere Parteizerklüftung.

Hat die Regierung sich ein Programm gemacht, wie sie sich verhalten will, wenn die Liste der Entente vorliegt? Der Versuch, gemischte Gerichte als äußerste juristische Konzession in solchen Fällen vorzuschlagen, wo es sich um Anklagen handelt, die auch für innerdeutsche Verhandlung in Frage kommen würden, kann gemacht werden; aber auch nur auf die Gefahr hin, wieder als eine der vielbeschrieenen Proben deutscher Unzuverlässigkeit und Halbheit behandelt zu werden. Diese Formel in die Welt zu setzen, werden unsere Linksradikalen nicht einmal den Feinden überlassen; sie werden Herolde der „Gerechtigkeit" sein, wenn es nicht ein grotesker Zufall so will, daß irgend eine der unabhängigen Parteimittelgrößen im Etappendienst die negative Liebe der einheimischen Bevölkerung auf sich sammelte und auch daran glauben soll. Die Lage der Regierung wird furchtbar schwer sein. Sie kann sich nicht zum Häscher der Feinde machen, denn das bedeutet in so und so viel Fällen Bürgerkampf, bewaffneten Widerstand, ganz unabhängig von Parteibeurteilung, aus dem einfachen Empörungsgefühl des Volkes, Männer, die ihm vielleicht gestern Helden gewesen sind, wortlos der kalt genossenen Rache des Feindes auszuliefern. Die unbeteiligte Gelassenheit der Literaten, die sich jeden Morgen mit skeptischem Achselzucken in das Schicksal eines Volkes fügen, ist Gottseidank noch nicht Gemeinbesitz geworden. Dieser Augenblick ist die Kraftprobe für ein einfaches Non possumus, das keine lauten Gebärden, aber, soweit das möglich, Geschlossenheit der anständigen Deutschen braucht. Das mag auch auf die Feinde nicht ohne Eindruck sein, wo nur die Leidenschaften ganz oben und ganz unten beim Gesinnungspöbel Recht und Rache vermischen will, während andere diese Frage doch mehr und mehr bänglich zu empfinden lernen. Hollands Haltung in der Kaiserfrage kann unmöglich ohne Eindruck bleiben.

Das zweite Problem ist die Wirtschaftslage. Die Hoffnungen auf den ausländischen Kredit verflüchtigen sich natürlich in Wochen, die den Stempel der inneren Krisenhaftigkeit an der Stirne tragen. Was „Deutschlands Ausverkauf" an Auslandsdevisen schafft, wird von dem Überstrom der Einfuhr weggefressen. Der Wert der Mark hängt nicht so sehr am Auslandsexport als an der inneren Inflation und dem Mangel an Vertrauen, den der Anblick Deutschlands nach ein paar Monaten verhältnismäßiger Ruhe durch Streik, Sabotage, Schießerei immer erneut rechtfertigt. Die Ernährung aber auf das Inland stellen, heißt eine Entschlußkraft zur Umkehr in Sachen der landwirtschaftlichen Produktionspolitik. Die Spanne zwischen den offiziellen Preisen der landwirtschaftlichen Produkte

Digitized by Google

und dem, was der Landwirt selber für seinen Bedarf, Futter, Düngung, Saat zu bezahlen hat, ist so groß, daß sie die Gefahr eines stark verringerten Anbaus bzw. einer Hinneigung zur extensiven Wirtschaft in sich schließt. Da niemand glauben kann, dies Jahr 1920 werde ohne weiteres den Aufstieg des Markkurses erleben und damit Auslandskäufe erleichtern, ist die Frage an das nächste Wirtschaftsjahr einfach genug: was kann geschehen, um Deutschland vor dem Verhungern zu bewahren. Eine solche Überlegung mit noch so radikalen Konsequenzen hilft nichts für die Not der nächsten drei, vier Monate; aber wenn die Folgerungen in dem Sinne gezogen werden, daß die Landwirtschaft heute schon weiß, welches System für das nächste Wirtschaftsjahr zu gelten hat und daß es ein brauchbares System ist, dann kann die psychologische Haltung der bäuerlichen Bevölkerung vielleicht noch eine entscheidende Beeinflussung erfahren. Nichts törichter, immer schon und heute vor allem, glauben zu können, daß Wirtschaftspolitik auf die Dauer von dem Bedürfnis der Konsumenten aus aufgebaut werden könne; derlei mag wohlwollend und rationalistisch sein, aber es geht an Grundtatsachen vorüber. Es ist klar, daß ein „Wirtschaftsdiktator" diese Gegensätze auch nicht aus der Welt schaffen wird. Man soll mit solchen Schlagworten, die ein nicht gedeckter Scheck auf das Glück darstellen, vorsichtig sein. Aber soviel ist gewiß, daß wir aus der Diktatur des Konsumenteninteresses herauskommen müssen, und daß hier in der Koalition die besondere Aufgabe der beiden nichtsozialistischen Parteien liegt.

Ein letztes Problem der nächsten Entwicklung liegt bei den Mehrheitsparteien selbst. Wenn diese Zeilen dem Leser vorliegen, wird der Parteitag des Reichszentrums vorbei sein und der Prozeß Helfferich-Erzberger wahrscheinlich in Blüte stehen. Das Zentrum ist in eine schwere Krise geraten, da Dr. Heim, Erzbergers früherer Kompagnon gegen die klerikale Aristokratie und sein heutiger Feind, die Bayern von der Partei des Reiches losgelöst hat. Das letzte Wort ist wohl noch nicht gesprochen, denn Heims Politik, die weitere, politische Perspektiven hat, bedeutet eine Überrumpelung der christlichen Gewerkschaften, bedeutet auch die Machtfrage zwischen dem südlichen und nordwestlichen katholischen Bayern; aber es ist ganz außer Zweifel, daß das Zentrum in einer schlimmen Lage steht. Die Absplitterungsbereiten in seinen Reihen, die nicht in der breiten Masse und nicht beim jungen, wohl aber bei einem Teil des älteren Klerus zu finden sind, fühlen sich gestärkt; (und das Auftreten der Berliner Radikalen bringt ihnen moralische Hilfstruppen des Protestes gegen solchen Vergewaltigungsversuch). Das Portefeuille des bisherigen Reichsschatzministers Mayer schwebt in der Luft. Unverkennbar ist auch eine Reaktion innerhalb der jüngeren katholischen Intelligenz gegen eine materialistische Machtpolitik, als deren Exponent sie vom katholischen Standpunkt aus, mit Recht oder Unrecht, Erzberger betrachtet; diese Bewegung hat keinen Führer, aber sie ist als Unterstimmung vorhanden.

Digitized by Google

Es ist möglich, daß das Zentrum mit Rücksicht auf den bevorstehenden Prozeß Erzberger in dem Programm seines Parteitages im Hintergrund hielt; aber es ist außer Zweifel, daß Erzberger, wenn er es will, den Parteitag hinter sich zwingen kann. Seine scharfe Erklärung für den Einheitsstaat (in Stuttgart) mag ihm zwar Schwierigkeiten schaffen, aber, da er in seiner Partei den Gegenspieler nicht hat, kann er seiner Gefolgschaft sicher sein, um so mehr, als er der ausgesprochene Vertrauensmann des sozialdemokratischen Massendurchschnitts geworden ist und das Zentrum weiß, daß eine Politik gegen die Sozialdemokratie heute Unmöglichkeit und krause Romantik ist. Es richtet sich auf Dauer ein und dazu ist ihm Erzberger, auf den die Sozialdemokraten schwören, unentbehrlich. Immerhin: man wird es als Entlastung empfinden, wenn der Prozeß vorüber ist, dessen Vorbereitung Helfferich seit Monaten seinen ganzen Fleiß, alle Schärfe und Spitzfindigkeit widmet.

In diesem Augenblick der Spannung vollzieht sich der Abschluß des Gesetzes über die Betriebsräte, eine Angelegenheit, in der sich Grundsätzliches für die Zukunft des sozialwirtschaftlichen Lebens gestalten will, aber überschattet von Sorgen und Ängsten des Tages. Eine unfrohe Geburt, weil Links und Rechts über dem Neugeborenen ihre Verwünschung ausstoßen und prophezeien, daß er bestimmt sei, so oder so, die deutsche Wirtschaft, die kapitalistische oder die sozialistische, zu vernichten, zu verhindern, während die Eltern und Paten selber etwas unfroh auf das Ergebnis ihres Eifers blicken. Uns scheint, daß die Befürchtungen gegenüber diesem Gesetz ebenso übertrieben sind als jene Hoffnungen, daß nun Harmonie und Produktivität gesichert seien. Beides hängt nicht ab von einem Mehr, einem Weniger an Rechten und an Paragraphen, sondern von dem Gewohnheitsrecht, das in ihrem Rahmen aus dem Boden der Wirklichkeiten erwächst. In der Gesinnung, mit der es betätigt wird, ruhen die Segnungen und die Gefahren dieses Versuches. Buchstaben sind nur ein Instrument, um Willen lebendig zu machen. An der allgemeinen Entwicklung wird es liegen, ob aus dem, was jetzt Gesetz wird, die sterbende Idee des Klassenkampfes neue Nahrung ziehen oder ob in ihm der Gedanke der Arbeitsgemeinschaft eine auf das Einzelunternehmen ausgedehnte und damit unmittelbar praktisch sich auswirkende Verdichtung erfahren mag.

Australien nach dem Kriege

Von Professor Dr. Alfred Manes (Berlin)

In den vier bis fünf Kriegsjahren ist in der deutschen Presse über Australien oder wenigstens die Australier sicherlich mehr gedruckt worden, als hier in den vorangegangenen Jahrzehnten veröffentlicht worden ist und in den nächsten

Digitized by Google

fünf Jahren erscheinen dürfte; denn während im allgemeinen ein Zusammentreffen zwischen Deutschen und Australiern zu den Seltenheiten gehört, standen im Feld 417 000 Mann freiwillige „Anzacs" (Australian-New-Zealand-Army-Corps) den deutschen Truppen gegenüber und waren keine zu unterschätzenden Gegner. Noch wenige tausend dieser Truppen, die übrigens ungeheuere Verluste aufzuweisen hatten (150 000 Verwundete, 60 000 Tote), befinden sich in Europa; ihr Abtransport soll in wenigen Wochen vollendet sein. Es wird ihnen aber in ihrer fernen Heimat in den nächsten fünf Jahren kaum möglich sein, einen Deutschen zu Gesicht zu bekommen; denn mit der ihm eigenen rücksichtslosen Brutalität, die noch weit hinausgeht über die Clemenceaus, hat der neuerdings als Ministerpräsident wiedergewählte Beherrscher des fünften Erdteils, William Morris Hughes, erklärt: „Hoffentlich machen wir im selben Geist Frieden, in dem wir den Krieg geführt haben." Er seinerseits hat dies wenigstens getan und ein Gesetz veranlaßt, welches nicht nur die Einfuhr aller Waren ausschließt, die mehr als 10 Prozent deutschen Ursprunges sind, sondern auch auf ein halbes Jahrzehnt jedem Menschen deutscher Abstammung den Eintritt nach Australien untersagt, nachdem man alle dort befindlichen Deutschen, nicht nur Kaufleute, sondern z. B. auch Ärzte, ausgewiesen hat.

Allein die Ende des Vorjahres stattgehabte Neuwahl von Hughes zum Ministerpräsidenten, die selbst ein mit Hughes so stark sympathisierendes Blatt, wie die „Times", etwas kleinlaut als „keinen persönlichen Erfolg" für Hughes bezeichnet, ist auf Grund eines so eigenartigen Partei- und Stimmverhältnisses erfolgt, daß diejenigen vielleicht nicht unrecht haben werden, die einen bald zu erwartenden gänzlichen Umschwung der australischen Stimmung und Politik voraussagen. Ist doch Hughes Premierminister geworden, obwohl seine eigene jetzige Partei, die nationalistische Arbeiterpartei, als kleinste in das Parlament eingezogen ist; sie hat noch nicht einmal ihre früheren 11 Sitze behaupten können, steht vielmehr mit ihren 7 Sitzen sogar zurück hinter einer neu gegründeten Farmerpartei, die 9 Abgeordnete zählt. Die numerische Hauptstütze von Hughes bilden seine ursprünglichen Gegner, die liberalen Nationalisten, die etwa unseren früheren Nationalliberalen gleichen; diese Vertreter des Kapitalismus sind für den Kriegsfanatiker, Imperialisten und Völkerbundsgegner Hughes eingetreten, ungeachtet seiner extrem-sozialistischen Herkunft und noch heute wenigstens theoretisch bestehenden Arbeiterfreundlichkeit. Demgegenüber hat die Arbeiter-Oppositionspartei statt 23 jetzt 31 Sitze erobert. Hughes stützt sich also auf eine eigenartige Koalition, die von den 75 Stimmen des Parlaments 44 zählt. Davon können aber leicht die 9 Farmerparteistimmen absplittern. Die kapitalistischen Blätter Australiens erklären mehr oder minder offen, daß sie den Gegner des Privatkapitals Hughes nur deswegen wiedergewählt hätten, weil sie keine

Digitized by Google

führende Persönlichkeit in ihren eigenen Reihen aufzubringen in der Lage wären. Man muß sich die Situation der nichtsozialistischen Australier etwa so vorstellen, wie wenn der deutsche Bürger die Wahl hätte, ob der Reichskanzler den Mehrheitssozialisten oder den Unabhängigen angehören soll. Hieraus aber darf man keineswegs auf eine Übereinstimmung des Programms unserer Mehrheitssozialisten und der Hughes-Partei schließen; denn diese ist extrem nationalistisch, imperialistisch, völkerbundfeindlich. Im übrigen vertritt sie die Auffassungen gemäßigter Gewerkschaftler. In allen diesen Beziehungen entgegengesetzter Auffassung ist die oppositionelle Arbeiterpartei, deren Führer und Kandidat für den Ministerpräsidentenposten des australischen Bundes an Stelle von Tudor der bisherige Ministerpräsident von Queensland, Ryan, ist. Befinden sich in den Reihen dieser auch zahlreiche Pazifisten, Syndikalisten, Englandgegner und Deutschfreunde, so gehören hierzu auch zahlreiche Kriegsteilnehmer, vor allem aber die vielen irischen Elemente, die in Australien recht aktiv sind.

Einer der Hauptstreitpunkte zwischen der Regierungskoalition und ihren Gegnern war und ist die der Angliederung des deutschen Kolonialbesitzes an Australien, die Übernahme eines Mandats für Neu-Guinea durch Australien. Die Opposition wendet sich gegen ein solches mit der Begründung, schon jetzt sei es die Hauptsorge Australiens, mehr Menschen zu bekommen; die auf dem Erdteil vorhandenen 5 Millionen seien eine geradezu lächerlich geringe Menge für ein Gebiet, welches vierfünftel der Größe Europas beträgt. Auch fehle es an Kapital. Man solle die Südseeinseln England oder auch Amerika überlassen, wie überhaupt die Neigung zu Amerika infolge der Japanpolitik Englands auch in den Kreisen der Koalitionsparteien recht beträchtlich zu sein scheint. Zu Amerika zieht es die Australier, welche ihr Land gern ebenso frei von Gelben wie von Deutschen sehen möchten, sondern nur bevölkert von Personen britischer Abstammung, am liebsten nur von solchen in Australien Geborenen. Es erscheint übrigens gar nicht ausgeschlossen, daß Australien das Mandat über den ehemaligen deutschen Kolonialbesitz in der Südsee ebensowenig wie das japanfeindliche Neuseeland erhalten wird, nachdem in der maßgebenden Sitzung des Obersten Rates der Entente Ende des Vorjahres der Vertreter Japans gegen die Erteilung eines Mandats an Australien Einspruch erhoben hat, weil zu befürchten sei, daß Australien seine japanfeindlichen Gesetze auf diese Kolonien ausdehnen werde, Japan aber die Gleichberechtigung der gelben Rasse unter allen Umständen durchzusetzen entschlossen ist.

Diese Japanfurcht der Australier ist es denn auch, welche ihre führenden Politiker zu Gegnern aller Völkerbundspläne macht. Sie erklären, wenn irgend ein Völkerbund zustande käme, so befinde sich dessen Zentrum zweifelsohne in Europa, hier aber habe man kein Verständnis für die Rassensorgen der Australier

Digitized by Google

und sei geneigt, die Japaner als völlig gleichberechtigte Völkerbundsmitglieder zu behandeln. Dies bedeute früher oder später die Japanisierung Australiens, den Untergang der britisch-australischen Zivilisation im fünften Erdteil. In der Tat ist diese Gefahr durchaus nicht zu leugnen. Wenn sie aber heute mehr als je droht, so trifft die Hauptschuld daran gerade Hughes und seine Anhänger; denn diese bewirken ja gerade durch ihre kurzsichtige, keineswegs sich nur gegen die Japaner richtende fremdenfeindliche Politik, daß die Bevölkerung Australiens nur ganz minimal zunehmen kann. Nur eine starke weiße Bevölkerung Australiens aber wäre vielleicht ein Mittel gegen seine Japanisierung.

Schon während des Krieges haben häufig genug australische Blätter darauf aufmerksam gemacht, daß an die Stelle der Deutschen die Japaner rücken werden, an die Stelle der Preußen des Westens die Preußen des Ostens, und man hat an die verantwortlichen Politiker die Frage gerichtet, ob es etwa für das Land ein Vorteil sei, wenn es statt der guten, billigen, bewährten Fabrikate aus Remscheid oder Solingen solche aus Yokohama oder Nagasaki bekäme, deren gute Qualität weniger sicher sei. Eine die Australier befriedigende Antwort hat Hughes, so weit ich sehe, in keiner seiner vielen hundert gegen Deutschland gerichteten Reden gegeben und so dauern die gegen ihn gerichteten Vorwürfe in der australischen Presse an. Ein maßgebendes Organ äußert neuerdings heftigen Tadel gegenüber dem Ausschluß des deutschen Handels. Denn „statt den Verstand läßt man das Gefühl entscheiden. Wenn Hughes erklärt, Australien werde niemals mehr mit Deutschland Handel treiben, so macht er sich dabei dreier unerwünschter Fehler schuldig. Er spricht Unsinn, denn früher oder später wird der Handel doch wieder aufgenommen. So weit er gesetzliche oder Verwaltungsmaßregeln ergreift, hemmt er die Freiheit der australischen Bürger das zu tun, was der Friedensvertrag ihnen doch wohl erlaubt. Er nutzt aber auch gegenüber einem geschlagenen Gegner seine Stellung unanständig aus. Die deutschen Güter kommen letzten Endes doch nach Australien, nur sind sie teurer, weil die Neutralen Zwischenverdienste daraus ziehen." Dieser Auffassung können wir uns nur anschließen.

Das für die ganze künftige Entwicklung des australischen Erdteils ausschlaggebende Parteileben hat sich unter dem Einfluß des Krieges oder vielmehr von Hughes völlig geändert. Bis tief in den Krieg hinein waren es fast nur wirtschaftliche Momente, welche die Parteibildung beeinflußten. Heute sind die wirtschaftlichen Momente in den Hintergrund getreten und von den politischen fast völlig verdrängt worden. Diese Entwicklung ist begreiflich; denn kein Erdteil konnte leichter von England aus in der ihm und Hughes passenden Weise einseitig beeinflußt werden als Australien, welches infolge des dort herrschenden Nachrichtenmonopols und der sehr scharfen Zensur geradezu hermetisch gegenüber

Digitized by Google

allen den maßgebenden Persönlichkeiten nicht passenden Meldungen abgeschlossen werden konnte und wohl bis heute abgeschlossen ist. So war es möglich, ein besonders starkes nationalistisches Gefühl der Australier zu züchten, welches viele von ihnen in der Überzeugung leben läßt, sie hätten die Entscheidung im europäischen Krieg gebracht und England errettet. Eine Belohnung hierfür soll das schon erörterte Mandat Australiens über den ehemaligen deutschen Kolonialbesitz bilden und so eine in gewissen australischen Kreisen schon längst vertretene nationalistische Forderung erfüllt werden. Als Belohnung soll weiterhin die Verselbständigung des australischen Dominiums innerhalb des britischen Weltreichs empfunden werden. In der Tat ist Australien, ebenso wie die übrigen Dominien, eine nahezu völlig selbständige Republik in dem unter dem englischen König stehenden britischen Reich geworden. Das zeigte sich bereits während des Krieges in der eigenartigen Neubildung des englischen Kabinetts und dürfte insbesondere gelegentlich der nächsten Reichskonferenz, welche vermutlich noch in diesem Jahr stattfinden wird, in Erscheinung treten.

Die Hughes feindlich gesinnte oppositionelle Arbeiterpartei betrachtet den ganzen Versailler Frieden als eine Ausgeburt kapitalistischer Kurzsichtigkeit. Sie erklärt: „Es ist unmöglich, die Welt mit Menschlichkeit zu erfüllen, solange Kapitalismus und der untrennbar mit ihm verbundene Imperialismus und Militarismus bleiben"; sie hat immer wieder entschiedenen Protest gegen die Verletzung der 14 Punkte Wilsons durch das Versailler Friedensdokument vorgebracht. Aber auch innerhalb der Parteien, die Hughes gewählt haben, findet seine nationalistische Politik Widerspruch genug. So erklärt „British Australasian": „Wenn der Krieg wirklich zu Ende ist, wird es nach unserer Meinung möglich und nützlich erscheinen, allerhand von den geschriebenen Bedingungen zu erleichtern. Die britischen Staatsmänner haben immer wieder erklärt und die große Mehrheit des Volkes schließt sich dieser Auffassung an, daß unser Kriegsziel war: Sicherheit und Schadenersatz, aber nicht Rache. Die ganze Versöhnung hängt davon ab, daß ein neuer Geist bei den Völkern Einzug hält und daß dafür die jüngere Generation, die durch den Krieg noch nicht verbittert ist, gewonnen wird." Trifft etwa nicht der Fall ein, daß die überspannte Hughes-Politik Australiens Eroberung durch Japan beschleunigt, so sprechen viele Anzeichen dafür, daß die jetzige oppositionelle Arbeiterpartei bald über Hughes triumphiert und in der Tat die jüngere Generation mit neuem Geist zu erfüllen erfolgreich unternehmen wird. Dann werden auch die Brücken zwischen Australien und Deutschland neu geschlagen werden können.

Vorerst freilich geht es wirtschaftlich Australien sehr gut auch ohne uns, sein Wohlstand ist größer als je. Es gehört zu den hervorragendsten Kriegsverdienern. Hieran hat auch das Streikfieber nichts ändern können. Es ist ganz überraschend, wie wenig das Wirtschaftsleben Australiens durch den Seemanns-

Digitized by Google

streik beeinflußt worden ist. Die geringe Bevölkerung, die verhältnismäßige Einfachheit seiner industriellen Organisation schützen das Land davor, daß ein großer Streik so schädlich wirkt wie etwa in England, das bei einem 14 Wochen dauernden Seemannsstreik nach australischem Vorbild, mit 3½ Millionen Pfund Sterling Lohnverlusten, zweifelsohne der Aushungerung nahe gekommen wäre. Der australische Handel hat Rekordziffern wie nie zuvor. Einer Einfuhr von nicht ganz 99 Millionen Pfund steht eine Ausfuhr von 112½ Millionen Pfund gegenüber. Dieses Ergebnis ist um so bemerkenswerter, als starke Hemmnisse vorhanden gewesen waren, namentlich durch Schiffsraummangel. Freilich darf gegenüber der Wohlstandszunahme die weitere starke Vermehrung der australischen öffentlichen Schuld auf über 360 Millionen Pfund Sterling nicht außer acht gelassen werden. Daß die unter der Führung von Hughes zunehmende Überführung privater Unternehmungen in Staatsbetriebe so rentabel werden könnte, daß sie diese Schuld in erheblichem Umfange abzutragen vermöchte, ist zu bezweifeln. Insbesondere scheint die auf die Initiative von Hughes zurückzuführende Errichtung einer staatlichen Handelsflotte kein sehr gutes Geschäft zu sein. Noch weniger Erfolg aber dürften die Bemühungen haben, Australien Einwanderer in größeren Mengen zuzuführen. Was sollte gerade diejenigen Bevölkerungskreise, die Australien allein haben möchte, veranlassen, in den entferntesten Erdteil zu fahren, wo doch andere, näher gelegene Länder mindestens die gleichen Vorteile für den Einwanderer bieten wie Australien? Allerdings ist Australien wohl das Land, in welchem die geringsten Preissteigerungen zu vermerken sind. Die sozialpolitische Gesetzgebung steht nicht still, hat aber ihr Tempo und ihre Intensität stark abgeschwächt. Hingewiesen sei auf einen neuerdings in Neusüdwales unternommenen interessanten Versuch, eine Lohnabstufung nach dem Familienstand einzuführen. Das hier vorhandene Lohnamt hat auf Veranlassung der Unternehmer für die Arbeiter Mindestlöhne festgesetzt, mit Unterscheidungen je nach den Familienverhältnissen wenigstens insofern, als der Arbeiter für Kinder Zuschläge erhält. Hat er keine Kinder, so bekommt er den gleichen Lohn, einerlei ob er eine Frau hat oder nicht. Die Kinderzuschläge werden aus einem besonderen, vom Arbeitsministerium verwalteten Kinderfonds bestritten. Zu diesem hat jeder Unternehmer für jeden seiner Arbeiter und Angestellten, gleichviel, ob diese verheiratet sind oder nicht, einen bestimmten laufenden Betrag zu entrichten. Die Kinderzulagen werden übrigens nicht an den Vater, sondern an die Mutter ausbezahlt, nicht jedoch während Arbeitseinstellung. Im übrigen aber dürfte die soziale Gesetzgebung der deutschen Republik nach dem Stande von 1920 die der australischen durchweg übertreffen, und wenn man heute ein Buch über Australien schreiben wollte, wäre es nicht mehr zeitgemäß, ihm den Titel zu geben, den ich vor neun Jahren noch mit Recht wählen konnte: „Der soziale Erdteil."

Digitized by Google

Spanien

Von G. Buetz

Der spanische Minister des Äußeren hat es für notwendig erachtet festzustellen, daß Spanien hinfort seine neutrale Haltung wirtschaftlich und politisch aufzugeben gedenke, um sich der Entente zu nähern. Dieser bei der Entente freudig begrüßte Satz ist ein Ergebnis einer eifrig und erfolgreich betriebenen Deutschenhetze in Spanien. Es ist die Antwort auf alle die wirtschaftlichen Sorgen, die Spanien sich in den letzten Monaten bereithielt. — Warum diese Abkehr von Deutschland? In Spanien beginnt eine Wirtschaftskrise. Spanien hat unter dem natürlichen Handelsschutze des Krieges eine Industrie entwickelt, die wohl von Bedeutung ist, trotzdem aber noch nicht mit der Konkurrenz einer Weltindustrie zu rechnen vermag. Die Fabrikateausfuhr konnte sich bisher doch nur von 250 Millionen Pesetas für 1914 auf 420,6 Millionen Pesetas für 1918 steigern und bei dieser an sich nennenswerten Ausfuhrsteigerung ist noch die Kriegsverteuerung mit in Rechnung zu stellen. Die Textilindustrie Kataloniens steigerte ihre Ausfuhr von 41,9 auf 96,7 Millionen Pesetas von 1914 zu 1918 und auf 103 Millionen Pesetas für 1917 nur hinsichtlich der Baumwollwaren. Die Metallindustrie hat ihren Produktionswert von 244 auf 874,8 Millionen Pesetas von 1914 zu 1917 gesteigert. Die Elektrizitätsindustrie, die Glasindustrie, die Lederindustrie zeigen ähnliche Ergebnisse. Man war auf diese Erfolge mit Recht stolz und freute sich ihrer, bis der Waffenstillstand kam und die fremden Mächte ihren Export nach Spanien aufnahmen. Da zeigte sich bald, daß die Industrie doch zu schwach war, diesem Ansturm zu begegnen, zumal die Kriegsbestellungen, von denen man gelebt, aufhörten. Das Ergebnis hieß Mißstimmung. Die Entente griff hier klüglich ein und verkündete, Deutschland nähere sich dem spanischen Markte mit unlauteren Mitteln, treibe Dumping, entfessele Lohnstreiks in der spanischen Industrie, um deren Konkurrenzfähigkeit zu drücken und suche die Ausschaltung der jungen spanischen Industrie auf dem spanischen Innenmarkte durch eine Verleumdung der Güte des spanischen Fabrikates zu erreichen. So offensichtlich die Haltlosigkeit dieser Angriffe sind, das leicht erregte Gemüt des Spaniers glaubt sie. Die Hetze der Ententestaaten gewann vornehmlich durch zwei Umstände an Boden. Zunächst dadurch, daß Deutschland gerade diejenigen Industrieprodukte liefert, welche die junge spanische Industrie heut herstellt. So sind die elektrischen Apparate bisher zum großen Teil aus Deutschland gekommen, hat die Maschinen- und die Glasindustrie Deutschlands in Spanien den besten Markt gehabt. Daß die Schweiz im Kriege in diesen Waren die Einfuhr übernahm und noch heute weiter auszuführen sucht, scheint man in seinem Wahne zu übersehen. Die Proteste, welche die spanischen Industriellen ihrem Ministerium überreichen lassen, sollten die Schweiz

Digitized by Google

und nicht uns zum Gegenstande der Klage machen. Hob sich doch beispielsweise die Maschineneinfuhr der Schweiz von 738 000 Franken für 1914 auf 2 423 000 Franken schon für 1917! Als zweites Argument gegen uns wird die Kohlenkrisis Spaniens angeführt. Spanien gehört zu den seltenen Wirtschaftsgebieten, die zu viel Kohle besitzen. Das heißt relativ zu viel. Spanien hat im Kriege seine Kohlenförderung gehoben. Die Kohlenförderung betrug für 1914: 4 424 439 To. und für 1918: 7 164 463 To. Spaniens Industrie lebte bisher ausschließlich von der englischen Kohle. Die stark zurückgegangene Einführung der englischen Kohle bedingte die eigene Förderungssteigerung bis zu dem Grade, daß auch unrentabele Stollen abbaufähig würden. Mit dem Laufe des Jahres 1919 hat England seine Zufuhren an Kohle nach Spanien erheblich gesteigert. Die Industrie Spaniens liegt an der Küste. Die englische Kohle stellt sich infolge des hohen spanischen Valutastandes billiger als die Inlandskohle, die mit erheblichen Produktionskosten und Frachtkosten belastet ist. So kam es, daß die spanische Inlandskohle keinen Abnehmer findet und zu einer Ausfuhr hindrängt. Die Entente streute nun den hetzenden Satz aus, Deutschland wolle die spanische Kohle abnehmen und mit deutschen Industriefabrikaten bezahlen. Diesem Austausche stimmten die spanischen Kohlenproduzenten zu, während die Industriellen der Fertigfabrikate sich aufregten, da sie die Konkurrenz der deutschen Ware fürchten.

Es steht nun dahin, ob die offiziellen, gegen uns gerichteten Worte nur ein Beruhigungsmittel bedeuten sollen, dem spanischen Innenmarkt wider die Ententehetze zugerufen, oder ob man tatsächlich den ententefreundlichen Kurs einschlagen will. Für uns ist Spanien heute ein weit wichtigerer Markt als zuvor. Wir benötigen dringend der spanischen Eisenerze und Kupfererze, steht doch die Bergwerksindustrie Spaniens in zukunftsvoller Entwickelung. Spanien förderte 1917 für 6 819 900 To. Eisenerze und für 1 476 800 To. Kupferpyrite. Außerdem würde ein uns gewogenes, oder wenigstens wirtschaftlich und politisch neutrales Spanien, einen Keil in den französisch-italienischen antideutschen Wirtschaftsblock treiben. Es muß noch einmal betont werden, wir haben Spanien durchaus notwendig und man sollte daher mit allen Mitteln Aufklärungspolitik zu unserem Gunsten in Spanien treiben. Aber auch in Deutschland sollte man endlich damit beginnen, ein nicht unerhebliches Schuldkonto zu begleichen. Es besteht eine Interesselosigkeit Spanien gegenüber in der deutschen Allgemeinheit, die Spanien beleidigen muß und sein Feingefühl auch beleidigt hat. Im Weltkriege sind wir von offenen und versteckten Feinden umgeben worden, die nordischen Länder haben sich unter Englands Joch zwingen lassen. Spanien hat trotz der Unterseeboot-Frage eine Neutralität aufrecht erhalten, die zu danken wir alle Ursache hatten und noch haben! Spanien ist seine Haltung uns gegenüber viel zu wenig von seiten der deutschen Öffentlichkeit gedankt worden. Das empfindet man wohl. Man hat in

Digitized by Google

der deutschen Öffentlichkeit für alle möglichen Länder Interesse und ist für kleine, uns geneigte Handlungen von einer schnellen und reichen Dankbarkeit. Spanien bleibt der deutschen Öffentlichkeit leider noch immer — spanisch. Danken wir dem Lande seine Haltung uns gegenüber, die im Kriege tatsächlich einzig in ihrer Art war, durch reges Interesse für das Land und durch eine Zollung eines ihm für seine Haltung gebührenden Hochachtung. Hiermit werden wir der Ententehetze ebenfalls günstig entgegenarbeiten!

Die Religionsartikel der Reichsverfassung

Von Professor D. Erich Foerster, Frankfurt am Main

Durch die Zeitungen geht die Nachricht, der Reichsminister des Innern habe vor, das in Artikel 138 verheißene Reichsgesetz über die Ablösung der Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften in Kürze vorzulegen. Das kann nur Befriedigung erwecken, denn es tut not, die durch die Torheiten von Adolph Hoffmann seiner Zeit hervorgerufene Beunruhigung durch festes und sicheres Handeln endgültig zu beseitigen. Aber freilich taucht auch gleich die Sorge auf, ob der Reichsminister die Kräfte zur Verfügung haben werde, um diese ungemein verwickelte und zarte Frage zu lösen.

Man muß dringend wünschen, daß er eine glücklichere Hand zeigt, als die preußische Regierung, deren Kirchenpolitik aus einem widerspruchsvollen Tappen und Tasten bisher nicht herausgekommen ist. Die Sache geht ganz gewiß schief, wenn der Minister sich, ebenso wie es in Preußen geschehen ist, ausschließlich von den Berliner kirchlichen Größen beraten und — behandeln läßt und auch seinerseits die Fiktion bestätigt, als ob die Ansichten des Berliner Oberkirchenrates und seiner Gutachter die Stimme der ganzen protestantischen Kirche wären. In der Streitfrage z. B., ob das erledigte Landesherrliche Kirchenregiment automatisch, durch Erbfolge an die obersten Synoden der Landeskirchen übergegangen ist, würde die Position der preußischen Regierung viel stärker gewesen sein, wenn sie nicht die Urteile der deutschen Kirchenrechtslehrer außerhalb Berlins übersehen hätte. Die Dinge sind in Preußen heillos verfahren, denn es droht jetzt der Zustand, daß jede der sieben Landeskirchen sich ihre Verfassung nach andern Grundsätzen aufbaut, d. h., daß die Rechte und Zuständigkeiten der Gemeindeglieder, der Gemeinden und der Kirchenregierung innerhalb Preußens siebenfach verschieden gestaltet werden, weil die Regierung unterlassen hat, mit der Aufstellung von staatlichen Regeln, die allgemein zu beachten wären, trotz des ausdrücklichen Hinweises in Artikel 137 der Reichsverfassung (letzter Satz) den kirchlichen Verfassungsplänen zuvorzukommen. Diese preußischen Erfahrungen weisen nun dem Reichs-

Digitized by Google

minister die Bahn, daß er sich vor Verhandlungen über die Ablösungsgrundsätze eine feste prinzipielle Grundlage schaffe und dazu den Rat der besten Sachkenner, z. B. der Kirchenrechtslehrer Otto Mayer und Alfred Schultze in Leipzig, Karl Rieker in Erlangen, Johannes Niedner in Jena, Giese in Frankfurt, einhole.

Denn sowie man in die Materie selbst hineintritt, zeigt es sich als sachlich unmöglich, Grundsätze für die Ablösung aufzustellen, ohne zugleich Ausführungsbestimmungen über den Artikel 137 zu geben. Die Rechtsstellung der Religionsgesellschaften und die Ablösungsfrage hängen so eng zusammen, daß sich beides nicht gesondert behandeln läßt. Um so weniger, als der grundlegende Artikel 137 keineswegs eindeutig und klar ist, vielmehr ein wahres Nest von Möglichkeiten verschiedener Auslegung enthält. Er trägt in seiner heutigen Fassung noch deutlich die Spuren der heftigen Kämpfe, die darum geführt sind, und der Kompromisse, aus denen er erwachsen ist.

Um gleich die Hauptsache zu nennen, mit einer gewissen Feierlichkeit hebt er an: „Es besteht keine Staatskirche". Aber was heißt das eigentlich? Wenige Zeilen weiter heißt es: „Die Religionsgesellschaften, welche Körperschaften des öffentlichen Rechtes sind, sind berechtigt ... Steuern zu erheben". Aber, wenn die Kirchen Körperschaften des öffentlichen Rechtes sind und sogar Steuern erheben können, dann sind sie doch Staatskirchen, dann sind sie doch Kirchen, denen die staatliche Vollzugsgewalt zur Verfügung steht. Wenigstens bisher hat das jedermann unter einer Staatskirche verstanden, eine Kirche, die zusammengehalten wird nicht durch den kündbaren Vereinigungswillen ihrer Glieder, der Gemeinden, sondern durch öffentliche Ordnung, also durch den staatlichen Willen, und deren Glieder zur Unterwerfung unter die Gesamtkorporation von staatswegen verpflichtet sind und im Weigerungsfalle durch seine Machtmittel dazu angehalten werden. Staatskirchen in anderem Sinne, die von der Staatsregierung unmittelbar geleitet gewesen wären, haben in den großen deutschen Einzelstaaten längst nicht mehr bestanden. Es ist also gar nicht wahr, daß keine Staatskirche mehr besteht, sondern der Staat hat nur auch anderen Religionsgesellschaften den Weg freigegeben, Staatskirchen oder staatliche Religionsgesellschaften zu werden, insofern auch sie die Rechte der öffentlichen Körperschaften erlangen können. Wenn sie davon Gebrauch machen, dann werden in Zukunft nicht mehr zwei, sondern mehrere „staatliche Religionsgesellschaften" nebeneinander bestehen.

In der Rechtsstellung der Kirchen zum Staat hat sich dadurch nicht das geringste geändert, wenigstens soweit es die Verpflichtung des Staates gegen die Kirche betrifft. Er ist wie seither verpflichtet, formgerecht ergangenen Kirchengesetzen und Disziplinarurteilen seinen Arm zu leihen; die Kirche, d. h. ihr Vorstand, ihr handelndes Organ, herrscht über die Gemeinden, die dazu gehören, mit einer vom Staat dargeliehenen Gewalt. Anders, ganz anders jedoch, soweit es

Digitized by Google

den Einfluß des Staates auf die Kirche betrifft. Dieser bestand bisher darin, daß sich der Staat für eine Reihe kirchlicher Anordnungen, besonders wirtschaftlicher Art, ein Recht der Genehmigung vorbehalten hatte; erst diese staatliche Genehmigung verlieh ihnen den Charakter zwingender Gesetze. Aber der Einfluß des Staates kam in der evangelischen Kirche vielleicht noch mehr dadurch zur Geltung, daß ja die vornehmste Staatsperson, der Landesherr, zugleich Oberhaupt aller Kirchen und seine Unterschrift zu jeder wichtigen Maßnahme notwendig war, wodurch ganz von selbst ein Zuwiderhandeln der Kirche gegen Staatsinteressen verhindert wurde, die der Landesherr ja niemals ausschalten konnte. Dieser doppelte Einfluß des Staates ist nun gänzlich beseitigt, wenn die Kirche, wie jede Religionsgesellschaft, „ihre Angelegenheiten selbständig innerhalb der Schranken des für alle geltenden Gesetzes ordnet und verwaltet", und außerdem die persönliche Beziehung zwischen Staatsoberhaupt und Kirchenoberhaupt aufgehört hat. Das Ergebnis des Artikels 137 ist dies, daß die Kirche keinerlei Ansprüche an den Staat aufgegeben hat, aber von jeder Art Aufsicht und Einfluß des Staates frei geworden ist.

Und nun entsteht die brennende Frage: Ist es möglich, ist es überhaupt denkbar, daß der Staat auf die Dauer den Kirchen (um nur von diesen zu reden) so ungeheuer weittragende Rechte verleiht, ohne irgendeine Kontrolle über ihren Gebrauch? Im ganzen Umkreis des öffentlichen Rechts wird man kein zweites Beispiel für diese Rechtsstellung der Kirchen finden: Körperschaften des öffentlichen Rechtes, die doch dem Staatswillen unabhängig gegenüberstehen, — denen der Staat nach Satz 5 des Artikels 137 seine Dienste zu leisten hat, wenn sie ihn herbeirufen, die aber, sowie der Staat irgendetwas von ihnen fordert, ihm nach Satz 3 desselben Artikels zurufen können: „Hand weg!" Soll der Staat denn wirklich jeder Anordnung der kirchlichen Korporation, soweit sie formgerecht zustande gekommen ist, jedem Disziplinarurteil gegen Kirchenbeamte, jedem Umlage- und Steuerbeschluß, ohne Nachprüfung der sachlichen Berechtigung, ohne jede Rücksicht auf die Belastung der Steuerzahler, jedem Eingriff der Korporation in die Selbständigkeit der dazugehörigen Gemeinden seinen Arm leihen müssen? Kann der Staat auch fernerhin noch Leistungen an die Kirchen gewähren, — der Artikel 138 nimmt ja nicht deren Aufhebung, sondern nur die Ablösung in Aussicht, — ohne jede Kontrolle ihrer Verwendung? Sollte er etwa zusehen, wenn diese Leistungen aus Staatsmitteln vom Zentralvorstand der Korporation parteiisch verwendet würden?

Ich halte das für unmöglich. Und zwar nicht nur um der Souveränität des Staates willen, weil er dadurch in eine seiner unwürdige Rolle gedrückt würde. Denn der Staat braucht vielleicht um seine Souveränität gegenüber den Kirchen nicht allzu ängstlich besorgt zu sein. Der bisherige Staat war darin unzweifelhaft kleinlich

Digitized by Google

und überflüssig ängstlich. Allerdings gibt es doch kirchliche Maßnahmen, die so tief in das wirtschaftliche und persönliche Leben der Staatsbürger einschneiden, daß es recht gefährlich sein dürfte, auf jede Möglichkeit einer Verhinderung zu verzichten. Aber vor allem bedenklich würde das sein um der Gemeinden willen, die von der Gewalt der Korporation umfaßt sind. Denn es ist klar, die Rechtsstellung, die der Artikel 137 den kirchlichen Körperschaften verleiht, kommt fast ausschließlich den Verbänden, d. h. deren herrschenden Organen, zugute, während die Gemeinden mit leeren Händen davongehen. Der Verband wird dadurch zum absoluten Herrn über Lehre und Gottesdienst, wie über Einkommen und Steuerkraft der Gemeinden. Der Staat hilft dem Verband, die Gemeinden zu beherrschen, und versagt den Gemeinden jeden Schutz ihrer Freiheit und Selbständigkeit gegen den Verband. Für den Katholiken ist das nichts Anstößiges, denn es ist katholischer Glaube, daß der Kirche, d. h. den Bischöfen, die absolute Gewalt zustehe. Nach katholischer Kirchenverfassung gibt es keinerlei kirchliche Rechte der Gemeinden und der einzelnen gegen die Bischöfe. Aber für die deutschen Protestanten wird durch die Aufrichtung einer solchen absoluten Kirchengewalt über die Gemeinden eine unerhörte Neuerung geschaffen, werden die Grundlagen der protestantischen Kirchenverfassung umgestürzt. Die Aufrichtung einer solchen Kirchengewalt mit Mitteln des Staates stellt den denkbar schwersten Eingriff des Staates in die Religionsfreiheit der protestantischen Kirchenglieder dar.

Und hierbei ist nun noch auf eine weitere Unklarheit im Artikel 137 hinzuweisen. Sie liegt in dem unglückseligen Ausdruck „Religionsgesellschaft". Er stammt aus dem Preußischen allgemeinen Landrecht. Dort bedeutet er ausschließlich die örtlichen Verbindungen mehrerer Einwohner des Staates zu gemeinsamer Ausübung des Gottesdienstes, also das, was man einfacher Gemeinden nennt. Niemals verwendet das Landrecht den Ausdruck für die Verbände von Gemeinden, also die Kirchen. Diesen Sprachgebrauch hat nun die katholische Kirche nie anerkannt und sie kann ihn auch nicht anerkennen. Für sie kann dieser Ausdruck nur den Sinn haben der gesamten katholischen Bevölkerung des Landes, wie sie nach dem kanonischen Recht verfaßt ist. Sie bezieht also alle Bestimmungen des Artikels 137 über Religionsgesellschaften auf die katholische Kirche als Ganzes innerhalb der Landesgrenzen. Was bedeutet der Ausdruck aber in seiner Anwendung auf die Protestanten? Wem hat die Reichsverfassung die Selbständigkeit in Ordnung und Verwaltung ihrer Angelegenheiten, wem die Rechte der öffentlichen Körperschaft, wem das Steuerrecht gewährt, den einzelnen Gemeinden oder der Kirche? In den ersten Absätzen des Artikels 137 hat man offenbar nur an Religionsgesellschaften im Sinne von Gemeinden gedacht. Aber unter den Religionsgesellschaften des Absatz 5, die Körperschaften des öffentlichen Rechtes bleiben sollen, soweit sie dies bisher waren, und ebenso unter denen des Artikels 138, sind

Digitized by Google

offenbar gerade die Kirchen verstanden und ist nach allgemeiner Auslegung gerade die Erhaltung der kirchlichen Einheiten ausgesprochen. Die Rechte, die die Verfassung den einzelnen Religionsgesellschaften, den Gemeinden, zuspricht, stehen nun aber in schneidendem Widerspruch zu den Rechten, die sie den Religionsgesellschaften der Kirchen gewährt. Diese heben jene einfach auf. Der Staat hat sie sozusagen doppelt vergeben. Der Absatz 3 „Jede Religionsgesellschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbständig innerhalb der Schranken des für alle geltenden Gesetzes; sie verleiht ihre Ämter ohne Mitwirkung des Staates und der bürgerlichen Gemeinde" bleibt für die Gemeinde, also nach protestantischer Auffassung die eigentliche Trägerin des religiösen Lebens, ein Blatt Papier ohne Sinn und Wert, wenn doch zugleich die Gewalt der Kirche über sie als Körperschaft des öffentlichen Rechtes erhalten bleibt. Dann ordnen und verwalten die Gemeinden ihre Angelegenheiten eben nicht selbständig, sondern sind bis ins Innerste hinein von den Anordnungen, der Genehmigung und Leitung des Verbandes abhängig; dann können sie ihre Ämter nur innerhalb der ihnen vom Verband zugebilligten Zuständigkeit verleihen. Während alle anderen Religionsgesellschaften Freiheit haben, ob sie sich mit anderen zu einem Verband zusammenschließen wollen, und bei der Errichtung eines solchen Verbandes ihre Vorbehalte machen können, gehören die evangelischen Gemeinden von vornherein, ohne gefragt zu werden, ohne ausweichen zu können, einem landeskirchlichen Verband an, und ihr eigner Wille hat nur soweit die Kraft, ihr Leben zu gestalten, als es der durch den Staat über sie bevollmächtigte Verband erlaubt.

Wenn das nun wirklich Gesetz wird, so wird damit die protestantische Gemeindefreiheit vernichtet. Die Reformation wird auf dem Gebiete der Kirchenverfassung rückgängig gemacht. Eine solche Gewalt der Kirche anzuerkennen, ist für Protestanten unmöglich. Sie müssen dem Staat das Recht dazu bestreiten, eine solche Gewalt über die Gemeinden aufzurichten und ihr seine Machtmittel zu leihen. Hierbei darf man sich nicht durch die Hoffnung beschwichtigen lassen, daß die Träger dieser unerhörten Gewalt einen billigen und vernünftigen Gebrauch davon machen werden. Hier handelt es sich um Prinzipien, um unveräußerliche protestantische Rechte, die nicht umgestoßen werden dürfen, ohne das religiöse Leben selbst zu verletzen.

Die letzte Gelegenheit dazu, diesen ungeheuren Kulturrückschritt abzuwenden, bietet nun das zur Ausführung des Artikels 138 zu erlassende Reichsgesetz. Indem es die Voraussetzungen für die Ablösung festlegt, muß es dabei die Eigenart der verschiedenen Religionsgesellschaftsverfassungen zu ihrem Rechte bringen. Wir schlagen vor, den technischen Bestimmungen über die Ablösung selbst etwa folgende grundlegende Paragraphen vorauszuschicken:

Digitized by Google

§ 1.

Kirchliche Anordnungen bedürfen hinfort keiner Genehmigung durch staatliche Stellen.

Kirchliche Anordnungen sind nur soweit gültig, als sie nicht Gesetzen des Staates widersprechen.

Über die Gültigkeit kirchlicher Anordnungen entscheiden die bürgerlichen Gerichte. Sie anzurufen steht der Staatsregierung sowie jedem, der davon betroffen wird, frei.

§ 2.

Die gesetzgebenden Stellen der Länder sind verpflichtet, bei der Durchführung des Artikels 137 die Verfassungen der bestehenden Religionsgesellschaften unangetastet zu lassen. Als solche werden anerkannt:

1. In den Religionsgesellschaften der römisch-katholischen Kirche die Zuständigkeit der unbeschränkten obersten Regierungsgewalt an die Bischöfe in ihren Diözesen.
2. In den Religionsgesellschaften der Verbände evangelischer Kirchgemeinden (Landeskirchen), die Zuständigkeit der obersten Regierungsgewalt an die Gesamtheit der erwachsenen Kirchenglieder und die Beschränkung dieser Regierungsgewalt über die örtlichen Religionsgesellschaften dahin, daß
   a) Lehr- und Gottesdienstordnungen ihnen nicht aufgezwungen
   b) wegen Verstöße gegen solche ihre Kirchenbeamten nicht ohne ihre Zustimmung zur Rechenschaft gezogen werden können,
   c) ihnen bei der Verleihung von Kirchenämtern mindestens ein Ablehnungsrecht freibleiben und
   d) die Bildung der Gemeindevertretung durch freie unmittelbare Wahlen aller erwachsenen Gemeindeglieder erfolgen muß.
3. In allen andern religionsgesellschaftlichen Verbänden, die Körperschaften des öffentlichen Rechtes sind, die Zuständigkeit der obersten Regierungsgewalt an diejenigen Organe und mit demjenigen Umfang, die bei der Gründung des Verbandes festgesetzt werden.
4. In allen einzelnen öffentlich rechtlichen Religionsgesellschaften die Zuständigkeit der Regierungsgewalt an die Mehrheit der erwachsenen Mitglieder.
5. In allen Religionsgesellschaften von 1—4 das Recht der obersten Regierungsgewalt, Teile ihrer Gewalt auf untergeordnete Körperschaften und Behörden zu übertragen.

§ 3.

Staatliche Vollziehungsgewalt ist für kirchliche Anordnungen nur zur Verfügung zu stellen:

1. Zur Erzwingung wirtschaftlicher Leistungen, wenn diese auf gültigen Rechten beruhen.
2. Zur Beitreibung von Steuern oder Umlagen, und zwar
   a) von den örtlichen Religionsgesellschaften (Gemeinden), soweit diese Forderungen auf Beschlüssen der zuständigen Träger der Regierungsgewalt des Verbandes beruhen,
   b) von den einzelnen Gliedern der örtlichen Religionsgesellschaften, wenn sie von den Gemeindevertretungen beschlossen sind.
3. Zur Durchführung von Disziplinarverfahren gegen Kirchenbeamte wegen Verfehlungen, die auch Staatsdiener zur Bekleidung eines öffentlichen Amts unfähig machen würden.

Digitized by Google

§ 4.

Durch geistliche Zuchtmittel dürfen Leib und Leben, Eigentum und bürgerliche Ehre nicht geschädigt werden.

§ 5.

Kirchensteuern dürfen nur zur Deckung von Ausgaben erhoben werden, die mit dem sachlichen und persönlichen Bedarf der Religionsgesellschaften zur Erhaltung und Erweiterung ihres Bestandes begründet werden.

Kirchensteuern dürfen nicht über das Maß eines Jahresbedarfs erhoben werden, unbeschadet des Rechtes, Rücklagen für schwankende Bedürfnisse zu sammeln und größere Ausgaben auf mehrere Jahre zu verteilen.

§ 6.

In der Besteuerung der Einkünfte der örtlichen Religionsgesellschaften aus Vermögen sind die Träger der Regierungsgewalt der Verbände unbeschränkt.

Soweit die Kosten für die gemeinsamen Bedürfnisse des Verbandes nicht durch solche Steuern, durch Zinsen aus eigenem Vermögen, durch Staatsbeihilfen, durch Betriebsüberschüsse, durch Gebühren oder andere gültigen Forderungen gedeckt werden können, sind sie nach gleichen Grundsätzen und gleichem Fuß in Prozenten der Staatseinkommensteuer auf sämtliche Steuerzahler innerhalb des Verbandes zu verteilen. Die Steuern sind durch die örtlichen Religionsgesellschaften zu erheben und an den Verband abzuführen.

Zu den gemeinsamen Bedürfnissen der Verbände gehören auch Zuschüsse für unterstützungsbedürftige örtliche Religionsgesellschaften. Als solche gelten nur die, die zur Deckung ihrer besonderen Bedürfnisse mehr als 20 Prozent der Staatseinkommensteuer als Umlagen erheben.

Die Kosten der Bedürfnisse der örtlichen Religionsgesellschaften oder mehrerer solcher, die zu wirtschaftlichen Einheiten verbunden sind, werden, soweit nicht andere Deckungsmittel vorhanden sind, nach denselben Regeln auf die Mitglieder umgelegt.

* * *

Erst auf dieser Grundlage lassen sich die Regeln für die Ablösung der bisherigen Staatsleistungen aufstellen, also Regeln, wie weit solche in Fortfall kommen sollen, wie weit aus Staatsmitteln dafür durch Kapitalabfindung oder Renten oder Überweisung von Gebäuden und anderen Vermögensstücken Ersatz geschafft werden soll, wie weit sie in anderer Form fortdauern sollen. Auch das sind außerordentlich schwierige und dornige Fragen, aber weniger der prinzipiellen als der praktischen Politik, bei denen vielmehr auch die Rücksicht auf die wirtschaftliche Gesamtlage entscheidend mitsprechen wird. Hierüber Vorschläge zu machen, ist vorerst nicht meine Absicht. Ich kann mich aber schon heute der Vermutung nicht erwehren, es werde sich bei tieferem Eindringen in die Sache zeigen, daß die Form von Staatszuschüssen an die religionsgesellschaftlichen Verbände, volkswirtschaftlich, finanztechnisch und sozial beurteilt, den zweckmäßigsten und billigsten Weg zur Deckung ihrer gemeinsamen wirtschaftlichen Bedürfnisse dar-

Digitized by Google

stellt, dann nämlich, wenn man überhaupt die Erhaltung der Religionsgesellschaften als im Interesse der Volkskultur notwendig erachtet.

Eine Politik, die sich von Vorurteilen und blinder Nachahmung unter ganz anderen soziologischen Voraussetzungen geborener Theorien frei machen könnte, müßte nicht sowohl darauf bedacht sein, den Staat von allen Ausgaben für die Religionsgesellschaften zu entlasten, die ja schließlich doch aufgebracht werden müssen, sondern darauf, alle Religionsgesellschaften von einer gewissen Größe gleichmäßig zu behandeln und für eine möglichst sparsame, rationelle und sozialgerechte Lastenverteilung zu sorgen.

Die Angriffe auf den Parlamentarischen Untersuchungsausschuß

Von Graf Max Montgelas

Die Angriffe auf den Parlamentarischen Untersuchungsausschuß von rechts und links kommen nicht zur Ruhe. Von links her reitet Herr Heinrich Ströbel in der „Weltbühne" vom 8. Januar eine Attacke, die u. a. auch mir gilt, da ich nach den Angriffen Dr. Grellings „für das Ausland" als Sachverständiger „erledigt" sei. Es ist mir nicht bekannt, ob ich im Ausland jemals als solcher gegolten habe, hingegen weiß ich, daß gerade die entschiedensten Vorkämpfer für Völkerverständigung im Auslande über die Haltung der deutschen Bekenner einer Alleinschuld Deutschlands am Kriegsausbruch „nicht nur Entsetzen, sondern nahezu Verzweiflung" (not only stupefaction, but almost despair) empfinden. In einem anderen Briefe vom 12. September 1919, zu dessen Veröffentlichung ich ausdrücklich ermächtigt bin, heißt es:

> „Ist es wirklich wahr, daß auf der letzten Konferenz in Bern die deutschen Delegierten einstimmig für eine Resolution gestimmt haben, die Deutschland allein mit der Verantwortlichkeit für den Krieg belastet? Ich neige zu der Ansicht, daß es sich hier um einen klaren Fall irreführender Berichterstattung handelt. (Tatsächlich lag auch ein Irrtum vor; die Mehrzahl der deutschen Delegierten hatte anders gestimmt.) Es ist unglaublich, daß klar denkende Deutsche in Anbetracht der Tatsachen und insbesondere angesichts der neuerlichen Enthüllungen so handeln sollten."

In weiteren Zuschriften aus dem Auslande finden sich noch viel schärfere Urteile. Besondere Beachtung verdient sodann der ausgezeichnete Aufsatz von E. D. Morel „Die Diplomatie der Vorkriegszeit — Neue Enthüllungen"*) mit einer Vorrede von Phil. Snowden, in der unter Hinweis auf die im

*) „Pre-War Diplomacy — Fresh Revelations." By E. D. Morel. The Independent Labour Party. 8 and 9 Johnson's Court, Fleet Street, London E. C. 4.

Digitized by Google

offenbar gerade die Kirchen verstanden und ist nach allgemeiner Auslegung gerade die Erhaltung der kirchlichen Einheiten ausgesprochen. Die Rechte, die die Verfassung den einzelnen Religionsgesellschaften, den Gemeinden, zuspricht, stehen nun aber in schneidendem Widerspruch zu den Rechten, die sie den Religionsgesellschaften der Kirchen gewährt. Diese heben jene einfach auf. Der Staat hat sie sozusagen doppelt vergeben. Der Absatz 3 „Jede Religionsgesellschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbständig innerhalb der Schranken des für alle geltenden Gesetzes; sie verleiht ihre Ämter ohne Mitwirkung des Staates und der bürgerlichen Gemeinde" bleibt für die Gemeinde, also nach protestantischer Auffassung die eigentliche Trägerin des religiösen Lebens, ein Blatt Papier ohne Sinn und Wert, wenn doch zugleich die Gewalt der Kirche über sie als Körperschaft des öffentlichen Rechtes erhalten bleibt. Dann ordnen und verwalten die Gemeinden ihre Angelegenheiten eben nicht selbständig, sondern sind bis ins Innerste hinein von den Anordnungen, der Genehmigung und Leitung des Verbandes abhängig; dann können sie ihre Ämter nur innerhalb der ihnen vom Verband zugebilligten Zuständigkeit verleihen. Während alle anderen Religionsgesellschaften Freiheit haben, ob sie sich mit anderen zu einem Verband zusammenschließen wollen, und bei der Errichtung eines solchen Verbandes ihre Vorbehalte machen können, gehören die evangelischen Gemeinden von vornherein, ohne gefragt zu werden, ohne ausweichen zu können, einem landeskirchlichen Verband an, und ihr eigner Wille hat nur soweit die Kraft, ihr Leben zu gestalten, als es der durch den Staat über sie bevollmächtigte Verband erlaubt.

Wenn das nun wirklich Gesetz wird, so wird damit die protestantische Gemeindefreiheit vernichtet. Die Reformation wird auf dem Gebiete der Kirchenverfassung rückgängig gemacht. Eine solche Gewalt der Kirche anzuerkennen, ist für Protestanten unmöglich. Sie müssen dem Staat das Recht dazu bestreiten, eine solche Gewalt über die Gemeinden aufzurichten und ihr seine Machtmittel zu leihen. Hierbei darf man sich nicht durch die Hoffnung beschwichtigen lassen, daß die Träger dieser unerhörten Gewalt einen billigen und vernünftigen Gebrauch davon machen werden. Hier handelt es sich um Prinzipien, um unveräußerliche protestantische Rechte, die nicht umgestoßen werden dürfen, ohne das religiöse Leben selbst zu verletzen.

Die letzte Gelegenheit dazu, diesen ungeheuren Kulturrückschritt abzuwenden, bietet nun das zur Ausführung des Artikels 138 zu erlassende Reichsgesetz. Indem es die Voraussetzungen für die Ablösung festlegt, muß es dabei die Eigenart der verschiedenen Religionsgesellschaftsverfassungen zu ihrem Rechte bringen. Wir schlagen vor, den technischen Bestimmungen über die Ablösung selbst etwa folgende grundlegende Paragraphen vorauszuschicken:

Digitized by Google

§ 1.

Kirchliche Anordnungen bedürfen hinfort keiner Genehmigung durch staatliche Stellen.

Kirchliche Anordnungen sind nur soweit gültig, als sie nicht Gesetzen des Staates widersprechen.

Über die Gültigkeit kirchlicher Anordnungen entscheiden die bürgerlichen Gerichte. Sie anzurufen steht der Staatsregierung sowie jedem, der davon betroffen wird, frei.

§ 2.

Die gesetzgebenden Stellen der Länder sind verpflichtet, bei der Durchführung des Artikels 137 die Verfassungen der bestehenden Religionsgesellschaften unangetastet zu lassen. Als solche werden anerkannt:

1. In den Religionsgesellschaften der römisch-katholischen Kirche die Zuständigkeit der unbeschränkten obersten Regierungsgewalt an die Bischöfe in ihren Diözesen.
2. In den Religionsgesellschaften der Verbände evangelischer Kirchgemeinden (Landeskirchen), die Zuständigkeit der obersten Regierungsgewalt an die Gesamtheit der erwachsenen Kirchenglieder und die Beschränkung dieser Regierungsgewalt über die örtlichen Religionsgesellschaften dahin, daß
   a) Lehr- und Gottesdienstordnungen ihnen nicht aufgezwungen
   b) wegen Verstöße gegen solche ihre Kirchenbeamten nicht ohne ihre Zustimmung zur Rechenschaft gezogen werden können,
   c) ihnen bei der Verleihung von Kirchenämtern mindestens ein Ablehnungsrecht freibleiben und
   d) die Bildung der Gemeindevertretung durch freie unmittelbare Wahlen aller erwachsenen Gemeindeglieder erfolgen muß.
3. In allen andern religionsgesellschaftlichen Verbänden, die Körperschaften des öffentlichen Rechtes sind, die Zuständigkeit der obersten Regierungsgewalt an diejenigen Organe und mit demjenigen Umfang, die bei der Gründung des Verbandes festgesetzt werden.
4. In allen einzelnen öffentlich rechtlichen Religionsgesellschaften die Zuständigkeit der Regierungsgewalt an die Mehrheit der erwachsenen Mitglieder.
5. In allen Religionsgesellschaften von 1—4 das Recht der obersten Regierungsgewalt, Teile ihrer Gewalt auf untergeordnete Körperschaften und Behörden zu übertragen.

§ 3.

Staatliche Vollziehungsgewalt ist für kirchliche Anordnungen nur zur Verfügung zu stellen:

1. Zur Erzwingung wirtschaftlicher Leistungen, wenn diese auf gültigen Rechten beruhen.
2. Zur Beitreibung von Steuern oder Umlagen, und zwar
   a) von den örtlichen Religionsgesellschaften (Gemeinden), soweit diese Forderungen auf Beschlüssen der zuständigen Träger der Regierungsgewalt des Verbandes beruhen,
   b) von den einzelnen Gliedern der örtlichen Religionsgesellschaften, wenn sie von den Gemeindevertretungen beschlossen sind.
3. Zur Durchführung von Disziplinarverfahren gegen Kirchenbeamte wegen Verfehlungen, die auch Staatsdiener zur Bekleidung eines öffentlichen Amts unfähig machen würden.

Digitized by Google

deutschen Weißbuch vom Juni 1919 enthaltenen russischen Enthüllungen und auf Morels Buch „Die Wahrheit und der Krieg" gesagt wird:

„Dieses während des Krieges veröffentlichte Buch trug viel dazu bei, den angenehmen und bequemen, durch die Irreführungen und Unwahrheiten der alliierten Staatsmänner geförderten Glauben zu erschüttern, daß der Krieg ausschließlich den Treibereien des deutschen Militarismus und dem ehrgeizigen Streben Deutschlands nach Weltherrschaft zuzuschreiben sei. Solange an dieser simplistischen und bequemen Erklärung des Krieges festgehalten wird, ist weder die Herstellung gerechter internationaler Beziehungen wahrscheinlich, noch auch wird die Immoralität und Ungerechtigkeit des Pariser Vertrags gebührend verurteilt werden .... Manche von uns haben von Kriegsausbruch an behauptet, wenn die Wahrheit ans Licht komme, werde man erkennen, daß die Hauptverantwortung bei der russischen Regierung liege."

Und in der „Clarté" vom 25. Oktober beweist der Franzose G. Demartial, daß die Verantwortlichkeit „nicht einseitig" ist, er zeigt besonders klar und treffend, daß die Auffassung „Mobilmachung bedeutet Krieg" nicht nur im Jahre 1892 vom Vater der französisch-russischen Militärkonvention, dem General Boisdeffre, ausgesprochen wurde, sondern ebenso auch 1914 von den einflußreichsten französischen Zeitungen wie „Temps", „Journal" und „Matin", und daß der Unterstaatssekretär im französischen Ministerium des Auswärtigen, schon am 31. Juli, also wohl nach Kenntnisnahme von den allgemeinen Mobilmachungen, — zuerst in Rußland, dann in Österreich — erklärte: „Es ist alles vorbei."

Solche Zeugnisse werden von dem Artikel der „Weltbühne" ignoriert wie auch die Gesamtheit der russischen Enthüllungen, wie der Nachweis, daß die zaristischen Staatsmänner die Eroberung der Meerengen in ihr Programm aufgenommen hatten, obwohl sie wußten und sogar protokollarisch festlegten, es sei nicht anzunehmen, daß dieses Ziel „außerhalb eines europäischen Krieges" erreichbar sei; sie werden ignoriert wie viele anderen neuen Tatsachen, die das vergangene Jahr ans Tageslicht gebracht hat. Was nun den mir persönlich vorgeworfenen verbrecherischen Gesinnungswandel betrifft, so handelt es sich darum, daß ich Anfang Juni 1918 Dr. A. H. Fried auf dessen Ersuchen Anhaltspunkte für eine Kritik des Grellingschen Buches „Das Verbrechen" übermittelt habe, wobei neben einer großen Anzahl von Meinungsverschiedenheiten auch folgende Ansichten ausgesprochen waren, die ich heute nicht mehr aufrecht zu halten vermag:

I. Die These des bewußt herbeigeführten Präventivkrieges. Sie ist unhaltbar seit dem endgültigen Zusammenbruch der Legende der großen Kriegsberatungen in Potsdam unter Teilnahme der Generalstabschefs beider Armeen und seit dem Bekanntwerden der Tatsache, daß die ab 28. Juli erkennbare Schwenkung der deutschen Politik nicht, wie man früher glau-

Digitized by Google

ben konnte, durch die drohende Haltung Englands veranlaßt wurde, sondern auf die entgegenkommende serbische Antwort zurückzuführen ist. Wollte man doch damals an leitender Stelle auch den Krieg gegen Serbien nicht mehr, geschweige denn den Waffengang gegen Rußland und Frankreich.

II. Die These, daß die Auffassung „Mobilmachung gleich Krieg" ausschließlich deutsches Reservat sei. Sie wurde hinfällig mit dem Bekanntwerden der französisch-russischen Militärkonvention, in der die gleiche Anschauung 22 Jahre vor Kriegsausbruch vertraglich festgelegt wurde, und mit dem Bekanntwerden der in gleichem Sinne gehaltenen Äußerungen der Generale Boisdeffre, Obrutschew, Gurko und anderer.

III. Die These, daß in den letzten Tagen der Krise Österreich-Ungarn durch Deutschland verhindert worden sei, einzulenken. Die jetzt bekannten Tatsachen beweisen das genaue Gegenteil.

Aber ebenso wichtig wie diese neuen Tatsachen, ja wichtiger noch ist mir die Erkenntnis, daß es ein großer und unverzeihlicher Irrtum von mir war, jemals zu glauben, nur Deutschland vertrete das Prinzip der Gewalt, die Gegner das des Rechts. Zu ihnen war in der Tat nach der Vergewaltigung Serbiens und Belgiens und manchen Ausschreitungen der Kriegspsychose die Idee des Rechts gekommen. Sie haben aber die Gottesgabe nicht gewollt. Sie führten die Phrase im Munde, solange ihnen die Niederlage drohte. Als das Waffenglück sich gewendet hatte, und die sinnlose deutsche Kriegspolitik vor einer mit Frevelmut heraufbeschworenen Übermacht zusammengebrochen war, da zeigte es sich, daß im anderen Lager noch brutalere Gewalt angewendet wurde, als selbst bei den beutegierigen Friedensschlüssen von Brestlitowsk und Bukarest. In dieser Beziehung allerdings hat bei mir nicht nur eine Belehrung durch neue Tatsachen, sondern ein Wandel der Gesinnung stattgefunden. Ich habe meine frühere Auffassung den damaligen Gewalthabern nicht verheimlicht, ich habe sie im Sommer 1917 der deutschen Gesandtschaft in Bern, im September desselben Jahres dem deutschen Staatssekretär des Auswärtigen, im März 1918 dem König von Bayern in deutlichster Form mitgeteilt. Ich halte mit dem, was ich jetzt denke, auch nicht zurück gegenüber der fremden Zwingherrschaft, die Deutschland über sich ergehen lassen muß.

Ein solcher Wandel ist bei Dr. Grelling, über dessen Ablehnung als Sachverständiger Herr Ströbel sich entrüstet, allerdings nicht festzustellen. Ich habe damals in dem Begleitbriefe, mit dem ich Dr. Fried die Besprechung übersandte, das Bedauern ausgesprochen, daß der Verfasser, wie ich gehört hätte, „Einwänden sehr wenig zugänglich sein solle", denn er „beherrsche das Material, wenn er sich nicht auf das militärische Gebiet (Mobilmachung!) begebe, sehr gut und könnte

Digitized by Google

der Forschung große Dienste leisten, wenn er begangene Irrtümer eingestehen wollte". Das Bedauern muß heute wiederholt werden, denn auch die offenkundigsten Irrtümer sind nicht berichtigt worden; auf dem ihm fremden militärischen Gebiete sind sogar Rückschritte gegenüber früheren Ausführungen zu verzeichnen. Nun kann ja allerdings nicht gefordert werden, daß ein Autor jeden Irrtum sofort öffentlich richtig stellt. Wer aber so oft wie Dr. Grelling in der Frage des Kriegsursprungs das Wort ergreift, hat dazu immerhin reichliche Gelegenheit und daher auch die Verpflichtung. Im Nachstehenden sind einige Punkte angeführt, die außer den schon erwähnten Thesen I—III in den Grellingschen Büchern noch immer der Berichtigung harren, obwohl darüber nach den, teils schon früher, teils jetzt allgemein zugänglichen Quellen eine Meinungsverschiedenheit kaum noch möglich ist, und obwohl der Verfasser auf diesen Umstand aufmerksam gemacht worden ist:

1. Der englische Vorschlag einer Konferenz tritt nicht am 24., sondern erst am 26. Juli auf.
2. Eine inhaltliche Verschiedenheit des französischen Textes der serbischen Antwortnote im serbischen Blaubuch und des deutschen Textes im österreichisch-ungarischen Rotbuch 1915 ist, von ganz unwesentlichen Punkten abgesehen, nicht festzustellen.
3. Österreich-Ungarn hat die direkten Besprechungen mit Petersburg infolge energischen deutschen Druckes wieder aufgenommen.
4. Der Greysche Vorschlag, die militärischen Operationen auf die Besetzung von Belgrad und des angrenzenden serbischen Gebiets zu beschränken, ist von Berlin nach Wien nicht nur „weitergegeben", sondern in eindringlichster Weise befürwortet worden.
5. Ein Zweifel an der Echtheit der deutschen Mahndepeschen nach Wien ist ausgeschlossen.
6. Der deutsche Reichskanzler hat in seiner Besprechung mit dem britischen Botschafter am 29. Juli die Integrität des französischen Besitzstandes in Europa angeboten.
7. Die österreichisch-ungarische Teilmobilmachung vom 25. Juli umfaßte 8, nicht 10 Armeekorps. Die zwei Korps im Norden — in der Kanzlerrede heißt es „gegen Norden zu", nicht „gegen Norden" — waren das VIII. (Prag) und IX. (Leitmeritz), die, wie ein Blick auf die Karte zeigt, eine Bedrohung russischen Gebiets nicht bedeuteten.
8. Die offiziell zugegebene und mitgeteilte russische Teilmobilmachung von 13 Armeekorps am 29. Juli kann daher nicht als eine Defensivmaßnahme gegen die österreichisch-ungarische Teilmobilisierung aufgefaßt werden.
9. In der Zeit zwischen dem 25. und 31. Juli sind weitere Korps in Österreich-Ungarn nicht mobil gemacht worden. Insbesondere war es nicht möglich, 23 Korps zu mobilisieren, da das gesamte Heer der Donaumonarchie nur 16 Korps zählte, zu denen bei der Mobilmachung ein 17., nach anderen Nachrichten auch noch ein 18. hinzukrat.
10. Die Schilderung des Nowakschen Buches „Der Weg zur Katastrophe" konnte allerdings manchen in Mobilmachungs- und Aufmarschtechnik nicht geschulten Leser zu der Auffassung verleiten, die Mobilmachung und der Aufmarsch gegen Rußland habe gleichzeitig mit oder unmittelbar nach denen gegen Serbien begonnen, aber Herr

Digitized by Google

Nowak selbst hat eine solche, für den Fachmann von vorneherein ausgeschlossene Auslegung in einem Briefe, der auch Dr. Grelling zur Kenntnis gekommen ist, widerlegt.

11. Die österreichisch-ungarische Gesamtmobilmachung vom 31. Juli umfaßte 50 Truppen-, Landwehr- und Honveddivisionen. Als der Entschluß zur Gesamtmobilmachung in Wien gefaßt wurde, wußte man dort, daß auf der Gegenseite schon mobil waren 54 (50) Divisionen, nämlich 39 russische und 15 (nach deutscher Annahme 11) serbische.

Das Kräfteverhältnis 50 zu 54 (50) zeigt, daß es sich um eine rein defensive Maßnahme handelte, die auch eine pazifistische Regierung nicht hätte vermeiden können.

12. Die russische Gesamtmobilmachung ist am 29. Juli beschlossen und sogar schon begonnen worden. Der Befehl zur österreichisch-ungarischen traf am 31. Juli 12,23 nachm. aus der Kanzlei des Kaisers beim Kriegsministerium und Generalstab ein. (Die Zeitbestimmung in Gelbbuch Nr. 115 „à la première heure" ist unrichtig; der Ausdruck bedeutet übrigens nicht „1 Uhr morgens", sondern bezeichnet den frühen Vormittag, etwa zwischen 8 und 10 Uhr.)

Die Gesamtmobilmachung im Donaustaate ist daher nicht vor und nicht gleichzeitig, auch nicht „etwa gleichzeitig" mit der in Rußland angeordnet worden, sondern fast zwei Tage später, wenn auch der Beschluß dazu noch ohne Kenntnis von der allgemeinen russischen Mobilisierung, sondern lediglich — und zwar nach Ziffer 11 notwendigerweise — als Gegenmaßnahme gegen die partielle Mobilmachung in Rußland gefaßt worden ist.

13. Es ist nicht mehr möglich, die russische Gesamtmobilmachung mit der Ablehnung der ersten Sasonowschen Formel zu begründen, denn diese Ablehnung ist erst im Laufe des Nachmittags des 30. Juli erfolgt.

14. Durch die russischen Enthüllungen sind eine Reihe von Nummern des russischen Orangebuchs und französischen Gelbbuchs als gefälscht entlarvt. Insbesondere ist unzweifelhaft festgestellt, daß man in Petersburg am 29. Juli lediglich die Mobilmachung von 8 österreichisch-ungarischen Armeekorps kannte und damals auch selbst nichts anderes behauptete, ferner daß man in Paris schon am frühen Morgen des 31. Juli von dem Erlaß der Order zur Mobilisierung des gesamten russischen Heeres „ohne jede Ausnahme" Kenntnis hatte. Aber, wie schon gesagt, es gibt eben Publizisten, die grundsätzlich alle die Entente belastenden Dokumente verschweigen.

15. Auf die grundlegende und wichtigste Kontroverse, daß es sich, selbst zu der Zeit als die Thesen I bis III noch glaubhaft waren, in keiner Weise um einen seit lange geplanten Eroberungskrieg, sondern nur um einen Präventivkrieg handeln konnte, braucht wohl überhaupt nicht eingegangen zu werden. Zum Eroberungskriege wurde der Kampf leider, als in Überschätzung der Anfangserfolge immer wahnsinnigere Kriegsziele ausgestellt wurden, deren Verfolgung in den Abgrund führen mußte.

Noch ein Wort über meine Bezeichnung als Zeugen der deutschen „Unschuld". Das ist unvereinbar mit dem von mir, manchem Leser wohl zum Überdruß oft betonten Standpunkt gegenüber dem Ultimatum an Serbien, dem Einmarsch in Belgien und der Kriegserklärung an Rußland, die mir nicht nur als vom pazifistischen Standpunkt ein Unrecht, vom politischen ein Fehler, sondern auch, was

Digitized by Google

meines Wissens außer von mir in der Öffentlichkeit überhaupt noch nicht gesagt worden ist, vom rein militärischen Gesichtspunkt eine unnötige Übereilung zu sein scheint.

* * *

Nach Niederschrift des Vorstehenden erhalte ich Kenntnis von dem Angriff Hauptmann W. Meyers in der Nr. 3 der „Weltbühne". Dem Gesagten füge ich daher noch kurz an:

1. Meine Irrtümer, das sind meine früheren Anschauungen, sind in These I bis III besprochen und berichtigt.
2. Dr. Grellings Irrtümer, die in den Punkten 1—15 enthalten und ihm wiederholt vorgehalten worden sind, warten noch immer auf Berichtigung.
3. Die österreichischen Akten haben mir in Versailles nicht vorgelegen. Daß der Gebietsverzicht Österreich-Ungarns eine verwerfliche Heuchelei war, habe ich seitdem schon wiederholt öffentlich ausgesprochen.
4. Die Beweise für die Friedensliebe des Zarismus, die Hauptmann Meyer zu erbringen sich bemüht, beziehen sich nur auf Worte. Wie kann jemand, der für Wahrheit kämpfen will, seinen Lesern verschweigen, daß die Taten zu diesen Worten in schärfstem Gegensatz standen? Weiß Hauptmann Meyer wirklich nicht, daß in der Zeit vom 26. Juli 12,20 vorm. bis 29. Juli 10,14 nachm. nicht weniger als vierundzwanzig Meldungen über russische Mobilmachungsmaßnahmen beim Auswärtigen Amt einliefen, von denen nicht weniger als vierzehn sich auch auf die von den Vertretern des Zarismus abgeleugnete deutsche Front bezogen?
5. Die Worte vom „unvermeidbaren Abwehrkrieg" finden sich nur in den „rückblickenden Betrachtungen" des Berichts der Viererkommission und sind von mir nie anders gedacht gewesen, als daß sie sich auf die allgemeine politische Lage bezogen.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt. Redaktion: Schöneberger Ufer 36 a I. Telephon: Nollendorf 928. Für Anzeigen J. W. Kiel, Berlin-Schöneberg. Verlag Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland, Oesterreich-Ungarn und Luxemburg M. 7.20, übriges Ausland M. 7.50. Einzelnummer 50 Pfg. Gedruckt in der Buchdruckerei Hermann Bergmann, Berlin SW 68.

Digitized by Google

5. Jahrgang * 30. Januar 1920 * Heft 5

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Daß Holland die Auslieferung des deutschen Kaisers abgelehnt hat, ist eine tapfere und rühmliche Leistung, für die ihm nicht nur Deutschland dankbar sein wird, sondern in allen Ländern der Kreis der anständigen Menschen, der das Rechtsgefühl durch das brutale Rachegeschrei nicht notleiden lassen will. Holland begibt sich damit in die Gefahr, daß ihm die Unerbittlichen der Entente mit politischen und wirtschaftlichen Drangsalierungen auf den Leib rücken werden, um so mehr, als es eben auch Deutschland durch einen großen staatlichen Kredit beispringen will und damit unsere Lebensmöglichkeiten stützen. Deutschland wird ihm, gleichviel wie Persönlichkeit und Politik des früheren Kaisers von den verschiedenen Parteien gewertet werden mag, danken, daß es uns vor dieser Demütigung vor der Welt bewahrt wissen will. Die Auseinandersetzung über die Monarchie, die durch die Veröffentlichung der Kaiserbriefe, durch die wohl bevorstehende Ausgabe der Bismarckschen letzten Erinnerungen, durch die Restaurationsversuche der Rechten wohl noch eine Zeitlang im Gange bleiben wird, bleibt nun freier und von dem Mitgefühl mit einem erzwungenen Märtyrertum unbelastet.

*

Daß Millerand mit seinem Kabinett vor der Kammer kein Glück hatte, zeigt, daß dies Ministerium der neuen Männer das Erzeugnis der Verlegenheit ist. Die Liste, die Millerand als der Beauftragte eines Präsidenten Clemenceau gebracht hätte, würde vermutlich ein wesentlich anderes Gesicht gezeigt haben. Millerand selber ist offenbar nervös geworden, weil die Kammer ihm und seinen Mitarbeitern so wenig Wärme zeigte. Er erreichte dadurch, daß fast die Hälfte

Digitized by Google

der Kammer, von der er ein ausgesprochenes Vertrauensvotum verlangte, sich der Stimme enthielt. Seine Politik enthält damit von vornherein etwas Gebrochenes.

*

Koltschaks Schicksal ist noch in Dunkel gehüllt. Es gewinnt immer mehr den Anschein, als ob auch er weniger dem Ansturm der roten Truppen als vielmehr der Unzufriedenheit im eigenen Heer und der Zivilbevölkerung hinter der Front zum Opfer gefallen ist. Wie es in der Ukraine die Bauern waren, die Denikin den Todesstoß versetzten, so scheinen es in Sibirien die sozialrevolutionären Elemente zu sein, die das reaktionäre Regime Koltschaks zu Fall gebracht haben. Im fernen Osten dürfte jetzt Japans Weizen zu blühen anfangen, wobei es durch seine kluge Zurückhaltung erreicht hat, daß es von den andern Ententemächten das Mandat erhalten dürfte, Sibirien vor dem Bolschewismus zu bewahren.

*

Der Parteitag des Zentrums hat weniger Opposition gegen die Fraktionspolitik gefunden als die Unterströmungen vermuten ließen; seine Leitung hat von vornherein die Koalition mit der Linken als taktische Zwangslage beschrieben und den Tag angekündigt, an dem die Partei wieder frei sein werde. Freilich haben Erzberger, Schreiber und andere dann doch die jetzige Situation durch scharfe Polemik gegen rechts stark unterstrichen und Prälat Mausbach, der theoretisch bedeutendste Kopf im politischen Klerus, hat gegenüber den Erinnerungen monarchischer Bekenntnisse auseinandergesetzt, daß die kirchliche Lehre sich mit dem Prinzip der Volkssouveränität gut vertragen könne. Sachlich am wichtigsten ist aber die Entschließung über die Ausgestaltung des deutschen Staatsrechts. Erzberger hat sich, wie in Stuttgart, wieder sehr lebhaft für den Einheitsstaat mit dezentralisierter Verwaltung ausgesprochen und die Partei ist ihm gefolgt. Sie glaubt damit der Absplitterungspolitik Herr zu werden. Ganz ohne Zweifel ruht hier das staatliche Kernproblem der nächsten Jahre: daß die Regierung sich nichts abtrotzen, sich und das Volk nicht beunruhigen lasse, sondern selber mit Willen und Meinungen vorangehe.

*

Daß die Arbeitszeit in den Gruben, unter Tag, kürzer sei als sonst in Werkstätten und Büros, ist in normalen Zeiten nicht nur eine sozialpolitische, sondern auch eine wirtschaftspolitische Notwendigkeit. Sonst wandern die Häuer von ihrer harten Arbeit ab. Die schematische Einführung des Achtstundentages hat dies Problem aufgerollt, ohne daß die Träger der Idee sich über diese Folgerungen klar waren. Jetzt bleiben wir in diese Problematik verwickelt. Sechsstundenschicht im deutschen Bergbau aber ist heute, bei dem Mangel an Wohnstätten im Grubengebiet, Tod der deutschen Wirtschaft.

Digitized by Google

Die irische Frage

Von Leopold Buchholz.

Die Besonderheit der irischen Frage liegt in der einfachen Tatsache, daß heute eine Mehrheit der Bevölkerung Irlands die völlige Lostrennung von England zu fordern scheint, dieses Ziel aber ohne Vernichtung der heutigen Organisation und vielleicht der Daseinsmöglichkeit des englischen Weltreichs überhaupt undenkbar ist. Die Aussichten einer Einigung zwischen beiden Teilen sind daran zu messen, daß England es die fast 8 Jahrhunderte seit der ersten Eroberung hindurch nicht verstanden hat, sich die abhängige Insel innerlich einzuverleiben. Deshalb finden selbst die aufrichtigsten Versuche dazu heute, am Beginn eines neuen Zeitalters für das englische Weltreich, in zwölfter Stunde statt.

Die Lage der Parteien in Irland ist eine Abwandlung des allgemeinen Gesetzes, wonach die tiefen Umwälzungen des Krieges mit wachsender Gewalt alle vermittelnden Ansichten und Mächte zwischen den äußersten Vertretern machtpolitischer Klassenherrschaft und fanatischer Revolution zu beseitigen drohen. Was die Lösung der irischen Frage heute hauptsächlich verhindert, ist durchaus nicht mehr die Abneigung der englischen Regierung, irgendwelchen Forderungen des unzufriedenen Reichsteiles nachzukommen. Es sind die ausschließlichen und einander glatt widerstreitenden Forderungen der beiden Parteien selbst, in die das politische Leben Irlands zerspalten ist. Wiederholt haben in letzter Zeit nicht bloß irische Ulster-Leute und Sinnfeiner einander das Zeugnis ausgestellt, man verstehe den unnachgiebigen Standpunkt des anderen durchaus und jedenfalls viel besser, als das Bestreben der Regierung auf Einigung. Und doch hat gerade die dogmatische Hartnäckigkeit der protestantischen und katholischen Revolutionäre (denn auch die ersten sind es), bisweilen etwas Unwirkliches und Verdächtiges an sich, als dienten altüberlieferte Parolen hier zur Deckung von Gegensätzen, deren eigentliches Wesen mit einer gewissen Absicht niemand von neuem untersucht. Nicht die englischen Reaktionäre, sondern gerade sehr billig denkende und weit blickende Männer haben in letzter Zeit wiederholt die Ansicht geäußert, die irische Frage sei nur durch das Übermaß ihrer öffentlichen und parteimäßigen Erörterung so verfahren, und es würde genügen, das Land etwa durch Zurückziehung der englischen Besatzungstruppen sich selbst zu überlassen, um der Vernunft und Notwendigkeit innerer Verständigung zum Durchbruch zu verhelfen.

Bei der heutigen Entwicklungsstufe der Weltpolitik, die auch und gerade nach dem Sieg unserer Feinde immer noch ausschließlich mit militärischen und machtpolitischen Mitteln rechnet, wird ein solches Experiment naturgemäß auf absehbare Zeit unterbleiben und immer von neuem der Kreislauf beginnen, in dem sich

Digitized by Google

die englische Regierung zwischen wohlwollenden Selbstverwaltungsvorschlägen und rücksichtslosester Polizeiherrschaft für Irland bewegt. Die zum Beweis guten Willens noch im alten Jahre eingebrachte Homerule-Vorlage will Irland, wenn nicht vollen Ersatz für das Gesetz von 1914, das man ihm unter Berufung auf den Krieg bis jetzt vorenthielt, so doch die Erfüllung einer Hauptforderung seiner Unabhängigkeitspartei, der gesonderten parlamentarischen Regierung geben. Das genügt, um in den unionistischen Engländern der Insel die echte oder gespielte Befürchtung hervorzurufen, das neue irische Eigenparlament werde nichts Eiligeres zu tun haben, als unter dem Drucke der Revolutionsbewegung die staatliche Abtrennung von England zu beschließen, und es ist erstaunlich zu sehen, welchen Eindruck dieses Argument auf weite Kreise von Anhängern der neuen Homerule-Vorlage in England macht. Die Sinnfeiner aber denken umgekehrt. Was hilft ihnen die eigene Parlamentsherrschaft auch über einen großen Teil der protestantischen englischen Bevölkerung, wenn nach der Vorlage 4 von den 6 Grafschaften der überwiegend protestantischen Provinz Ulster aus dem Verfassungsplan ausgeschlossen bleiben und ein eigenes landschaftliches Sonderparlament erhalten. Hier liegt Irlands wirtschaftlicher Mittelpunkt, die von dem höherentwickelten Herrenvolk aufgebaute Industrie und Schiffahrt Belfasts und seiner Umgebung. Ohne sie ist die Entwickelung Irlands zum selbständigen Wirtschaftskörper, die zu unterbinden ein Hauptsinn der englischen Politik in den neueren Jahrhunderten war, unmöglich, und die landschaftliche Sonderung, die als salomonische Teilung zwischen den feindlichen Brüdern gemeint ist, muß tiefer ins Elend führen als der gegenwärtige Zustand, weil sie die heutigen Revolutionäre gewissermaßen souverän einander gegenüberstellt.

Liegt so die einzige verschwindende Möglichkeit einer neuen Ordnung Irlands in der Überwindung seiner inneren Spaltung, so beginnt gerade hier die eigentümlichste Schwierigkeit des Problems. Das übliche geschichtliche Bild fremdbeherrschter oder unerlöster Länder und Landesteile zeigt als vornehmlichen Rückhalt der zentrifugalen Kräfte das Stammvolk der Irredenta. Die Irländer, die ein Stammland außerhalb ihrer kleinen Insel nicht besitzen, haben dafür, vergleichbar fast der jüdischen Rasse, die ganze angelsächsische Welt mit ihrer Auswanderung und ihrer Englandfeindschaft durchdrungen. Die irische Weltpropaganda, gestützt auf die amerikanischen Irländer und heute großen Teiles auch bereits auf die Volksgenossen in Australien, ist unendlich viel mehr als eine nationale Bewegung. Sie ist in seltsamster Weise zugleich von dem doppelten Fanatismus der mittelalterlichen katholischen Kirche und der modernen proletarischen Klassenideale erfüllt. Es ist mehr als ein Vorwand der englischen Reaktion, daß Sinnfein in der Welt mehr und mehr Neigung zum Zusammengehen mit den bolschewistischen

Digitized by Google

Bestrebungen bekundet, und um die Haltung der Vereinigten Staaten zur irischen Frage zu verstehen, muß man bedenken, daß neben der Furcht vor England heute als gleich starkes oder vielleicht schon stärkeres Element die vor der Revolution, besonders der sozialen Revolution, die tiefen irischen Sympathien der führenden amerikanischen Politiker dämpft.

Diese Verschwörung der irischen Sache nicht nur mit dem Ausland, sondern mit den dunklen Mächten der Weltumwälzung gibt heute viel mehr als das immer noch starke puritanische Pathos der Machtpolitik der Ulsterleute und englischen Unionisten gegenüber Irland ihre Rechtsgrundlage vor der öffentlichen Meinung. Man hat darauf hingewiesen, daß ebenso dogmatische Gegner der irischen Unabhängigkeit wie in Ulster in den alten protestantischen Industriebezirken Lancashires und der ganzen, Irland gegenüberliegenden Küstengegend leben. Diese eifrigen Protestanten aber fürchten im Sinnfein nicht nur den Katholizismus, sondern auch die irische Arbeiterbewegung, die auf beiden Seiten des Kanals von Bristol heute bereits einheitlich und durch die politische Revolution beschwingt gegen das Unternehmertum zusammensteht. Der hinreißendste Vertreter der irischen Sache ist nicht einer der Dichter und Literaten, die die Osterrebellion vom Jahre 1916 anführten, sondern der Arbeiter Jim Larkin. Und das erklärt auch viel von dem eigenartigen Einfluß, den eine skrupellose Revolutionspartei wie die Sir Edward Carsons, nun ungefähr ein Jahrzehnt im innersten Schoße der englischen Regierung ausübt. Dieselben Ulsterleute, von denen heute jeder Engländer glaubt, daß sie die Waffen und einen Teil ihres Mutes zu ihrem trotzigen Widerstande gegen das Homerule-Gesetz von 1914 aus dem alten Deutschland bezogen, sind doch zugleich die Blüte und das eigentliche Rückgrat des altenglischen Konservatismus und Militarismus, und von ihnen wird nur der Ministerpräsident loskommen, der es versteht, den Gedanken der parteipolitischen Sammlung mit einer entschiedenen Absage an jene Mächte zu vereinigen.

So ist es gekommen, daß heute der vermittelnde Plan Lloyd Georges, die gemäßigten Elemente beider irischer Parteien im Sinne der Reform der neunziger Jahre auf die Lösung des gemeinsamen, besonders wirtschaftlichen Fortschritts zu vereinigen, eine offene Anhängerschaft so gut wie nicht mehr hat. Die nationalistische Partei, die nicht wie die Sinnfeiner den Krieg und das englische Unterhaus boykottierte, ist durch das schlechte Geschäft ihres Burgfriedens mit der Regierung zu sehr bloßgestellt, um vorläufig eine andere Haltung als die des vorwurfsvollen Schmollens nach zwei Seiten hin zu finden. Der klassische Ausdruck davon ist der Brief, mit dem Redmonds Nachfolger in der Parteileitung, John Dillon, jüngst sein weiteres Fernbleiben vom politischen Leben begründete. Der Tod des verdientesten Förderers und Sachverständigen irischer Agrar- und Sozialreform, Sir Horace Plunkett, hat in diesen Tagen wie ein symbolisches Begräbnis der

Digitized by Google

Erfolge und des Geistes dieser Politik gewirkt. Den Ton geben in Irland Zusammenstöße zwischen Sinnfeinern und bewaffneter Macht, Hungerausstände und Entweichungen aus den Gefängnissen und Attentate an, wie das neuliche auf den Vizekönig, das jedermann an die schlimmsten Zeiten der irischen Unruhen in den achtziger Jahren erinnerte. Nur aus nationalem Zusammengehörigkeitsgefühl bestreiten Nationalisten, wie etwa der Anwalt Casements, Sullivan, der neulich selbst in seinem Hause beinahe erschossen wurde, daß der Terror zu den Mitteln der irischen Revolution gehöre. Er tut es ebensoviel oder -wenig wie bei irgendeiner anderen unter den großen revolutionären Bewegungen der heutigen Welt, wo nicht die versöhnliche Stimmung eines neuen Zeitalters, sondern der Geist des Weltkrieges ihnen entgegentritt. Die irische Frage ist ein Prüfstein für die kommende Entwickelung des englischen Weltreiches überhaupt, das in der Unabhängigkeitsbewegung der islamischen Rasse und auch der Dominien die verschiedensten Grade von Ähnlichkeit damit aufweist. Sollte England darauf ausgehen, durch Friedensvertrag und Völkerbund seine einstigen Feinde dauernd zu knechten, so dürfte es am eigenen Leibe erfahren, wie weit in einer neuen politischen Welt die Methode der Gewalt noch zulangt.

Von Clemenceau zu Deschanel

Von Dr. Otto Ebstein

Nichts kann den Geisteszustand der clemencistischen Kreise in Frankreich besser malen als folgende Anekdote, die ein Augenzeuge der Präsidentenwahl in Versailles in der „Gazette de Lausanne" vom 21. Januar berichtet. Nach geheiligter Überlieferung dejeuniert bekanntlich die parlamentarische und journalistische Welt im Hotel des Réservoirs, bevor man sich zum Wahlakt in den Kongreßsaal im Schloß begiebt. „Ein Parlamentarier," erzählt der Gewährsmann des welschschweizerischen Blattes, „der an einem Nachbartisch saß, schrie mit Stentorstimme die düstersten Weissagungen aus: Wenn Deschanel gewählt wird, illuminieren die Bochen heut Abend in Berlin! Im Innern ist das der Triumph der Republik der Genossen!" — Nun, Deschanel ist mit großer Mehrheit zum Präsidenten der Republik gewählt worden, aber selbst im naiven Deutschland wird es niemanden gegeben haben, der in dieser Wahl einen Grund erblickt hätte zu irgendwelcher Freudenbezeugung. Man gönnt Clemenceau, dem bösen Feinde, die Niederlage, die ihn blamiert und wohl für immer aus dem politischen Leben entfernt, aber man ist sich doch klar darüber, daß es keinen außenpolitischen Gegensatz gibt zwischen ihm und Deschanel, aus dem irgend ein Vorteil für uns entsprießen könnte. Das wirklich bedeutende Moment bei dieser Wahl ist der Sturz Cle-

Digitized by Google

menceaus, nicht das Aufkommen Deschanels. Clemenceau ist wirklich das Opfer eines parlamentarischen Ostrazismus geworden. Er, der in der „Boulange", das heißt in der Bewegung, die Boulanger durch ein Plebiszit an die Spitze von Frankreich bringen wollte, eine Lebensgefahr für die Republik erkannt und deshalb den „brav' général", an dessen Ernennung zum Kriegsminister der Revanche er selbst mitschuldig war, auf das heftigste bekämpft hatte, er war bei einem großen Teil der Parlamentarier in den Verdacht gekommen, über ihre Köpfe hinweg mit den Volksmassen in Verbindung zu treten, sich als „Père la Victoire" anjubeln zu lassen, den Diktator spielen zu wollen. Bei einer Volksabstimmung hätte Frankreich ihn zweifellos gewählt — vielleicht um später die Wahl dieses Caesars zu bedauern. Die Parlamentarier haben die angeblich höchste Tugend der Republikaner — das Mißtrauen — geübt. Wahrscheinlich wäre Clemenceau kein Präsident der Republik geworden, wie er es nach dem Geiste der Wallonverfassung sein soll: der Klotz, der in der Lafontaineschen Fabel anfänglich der König der Frösche ist. Er wäre der böse König Storch gewesen. Übrigens haben bei dem Parlamentsentscheid zwischen Clemenceau und Deschanel vielleicht auch persönliche oder nebenpersönliche Gründe so zarter Natur mitgespielt, daß man sie in Frankreich nur im Salon lächelnd beplaudern, hier aber nicht einmal andeuten kann.

Das einzige, was uns interessiert, ist, daß die Stellung der beiden Persönlichkeiten gegenüber Deutschland keinen Unterschied aufweist, aus dem für uns politisch etwas herauskommt. Höchstens das kann man als einen kleinen Vorzug buchen, daß Deschanels glättere, höflichere Formen unsere Diplomaten nicht so nervös machen werden wie Clemenceaus Brüskerie, die er nicht nur gegen Feinde, sondern auch gegen gute Bekannte übt und die von Personen, die mit seinem Wesen nicht vertraut sind, für besonders bösartige Brutalität genommen wird. Soll es doch bei einer historischen Szene der neuesten Zeit vorgekommen sein, daß ein Diplomat, der Clemenceau leider zum ersten Male persönlich gegenübertrat, sich durch seine Kurzangebundenheit so beeinflussen ließ, daß er von zwei sorglich vorbereiteten schriftlichen Antworten just die schärfere aus der Tasche zog und verlas, wo die minder scharfe vielleicht bessere Dienste geleistet hätte. So verwirrend wirkt allerdings Deschanels elegante und harmonische Persönlichkeit nicht. Er ist wirklich der geborene Präsident, und wer ihn jemals in der Kammer sah, wie er mit gelassener Ruhe und heiterster Verbindlichkeit die verwickeltesten parlamentarischen Lagen meisterte, konnte es begreifen, daß alle Parteien Vertrauen zu ihm hatten und ihm immer wieder die höchste Würde, die sie zu vergeben hatten, übertrugen. „Le dauphin de la République" nannte man den jungen Deschanel und so etwas ist er sein ganzes Leben lang geblieben, bis er dieses republikanische Kronprinzentum mit der vollen Herrscherwürde vertauschen konnte. Sein

Digitized by Google

Glück hat ihm erspart, in der oft nicht ganz reinlichen politischen Küche mitkochen zu müssen. Man dachte nicht an ihn, wenn die Kabinette gebildet wurden. Es ist ihm kaum jemals ein Ministerposten angeboten worden. Man wußte ja, daß er als Kammerpräsident unentbehrlich sei. So geht er jetzt von einem Präsidentenamt zum andern über und wird wohl neben Mac Mahon der einzige Präsident der Republik sein, der auch nicht eine Stunde lang Minister gewesen ist. Übrigens wäre es ein Irrtum, Deschanels absolute Unparteilichkeit auf eine Unbestimmtheit seiner politischen und sozialen Meinungen zurückzuführen. Er hat fleißig im Studierzimmer gearbeitet. Nicht nur seine formvollendeten Reden, die noch einen ganz feinen Duft der Lampe haben, sind die Frucht dieser Studien, sondern auch eine Anzahl von Büchern, in denen er außenpolitische Fragen (französische Interessen in Tonkin und Australien), innere Probleme („La Décentralisation"), soziale Fragen („L'Organisation de la Démocratie") behandelt. Namentlich in wirtschaftlichen und sozialen Dingen hat er sich von den Anschauungen der französischen Manchesterschule, wie sie zuletzt der jüngstverstorbene Paul Leroy-Beaulieu predigte, freigemacht und Gedanken vertreten, die sich dem deutschen Kathedersozialismus nähern. In religiöser Beziehung ist Deschanel Freigeist, aber das hinderte ihn nicht, jüngst einem schweizerischen katholischen Parlamentarier mitzuteilen, er hege den Wunsch, in Freiburg einen Vortrag über die Trennung der Kirchen vom Staat zu halten, um die schweizerischen Katholiken über das Wesen dieser Einrichtung in Frankreich aufzuklären und Irrtümer zu zerstreuen, die während des Krieges den Sympathien für Frankreich bei diesem Teil der Bevölkerung geschadet hätten.

Deschanels Interesse für außenpolitische Fragen fand Betätigung in seiner Stellung als Vorsitzender des Kammerausschusses für auswärtige Angelegenheiten. Eine Zeit lang hegte er sogar den Wunsch, sich auf diesem Gebiete praktisch zu bewähren. Der Posten eines französischen Botschafters in Wien lockte ihn. Aber die leisesten Tastversuche scheiterten daran, daß die Hofburg erklärte, im Falle einer Anfrage das Agrément nicht erteilen zu können. Deschanel stand in Wien in dem bösen Geruch, nicht an das A. E. I. O. U. (Austria erit in orbe ultima) zu glauben. Hatte er doch in seiner Antrittsrede in der Akademie seine Sympathie für Tschechen und Jugoslawen in einer Österreich, ganz besonders aber Ungarn verletzenden Form bekannt. Es half ihm nichts, daß er später die Spuren dieser Äußerung nach Möglichkeit verwischte (heute dürfte er sie wieder auffrischen), daß er das bekannte Wort nachsprach „wenn es kein Österreich gäbe, müßte es erfunden werden!" Wien blieb unerbittlich. Deschanel erklärte dann natürlich die Traube für allzu sauer. In einer Unterredung mit dem Pariser Vertreter der Neuen Freien Presse sagte er: „Ich habe ein Abkommen mit meinen

Digitized by Google

Wählern: Weder Senat noch Botschaft!" Aber es verdroß ihn doch, daß man ihn in Wien mit Argwohn betrachtete. Er frug nach dem Grund und war nicht sehr befriedigt, als er die Antwort erhielt: „Österreich-Ungarn hat nur zwei Hauptstädte, Wien und Budapest. Prag zählt nicht. Wenn nun die tschechischen Deputationen unter Bürgermeister Srb nach Paris kommen und von Ihnen, Herr Präsident, als Bürger einer souveränen Nation empfangen werden, können Sie sich doch nicht wundern, daß man in Wien mißtrauisch wird." „Was soll ich tun," lautete die Antwort. „Diese Leute schwingen große Reden. Man muß ihnen doch etwas antworten." Die Entwicklung der Dinge hat Deschanel leider Recht gegeben und der Journalist kann heute nur mit melancholischem Lächeln an jenes Gespräch, das 1912 stattfand, zurückdenken. Der Eindruck, den Deschanel in jener Unterredung machte, die im Bibliothekzimmer seiner Privatwohnung stattfand, war übrigens ein ausgezeichneter. Er war danach offenbar ehrlich von der europäischen Notwendigkeit der Existenz des großen Donaureiches überzeugt, erkannte aber auch die Notwendigkeit der von Wien und namentlich von Budapest aus so kurzsichtig geleugneten Föderalisierung, Dezentralisierung und Nationalisierung der Monarchie.

Deutschland gegenüber hat Deschanel niemals das verleugnet, was er in einer Festrede vor den Zöglingen der Ecole Alsacienne in Paris am 21. Juli 1908 „La religion du souvenir" genannt hat und wohinter sich doch nur der ewige Aufruf zum Nievergessen, zur Vorbereitung der Zurückeroberung verbarg. Die Methode, die Deschanel in jener Rede meisterhaft befolgt, bestand darin, daß man nicht etwa „Rache" predigte, sondern daß man in verdeckten Worten stets vor der schreckenden Gefahr eines nach weiteren Provinzen des schönen Frankreich gierenden Deutschlands warnte. Sprach man von Revanche, so handelte es sich um „eine Revanche der reinen Vernunft". Auf diesem Gebiete existiert nur ein Temperamentsunterschied zwischen Deschanel und Clemenceau. Deschanel wird in den gesellschaftlichen Formen korrekter sein als Clemenceau es gewesen wäre. Dadurch werden hoffentlich manche äußeren Konflikte vermieden werden, was ja immerhin ein wohl in Betracht zu ziehender Vorteil ist. Aber irgend eine freundliche Geberde gegenüber Deutschland von ihm zu erwarten, wäre Torheit. Die wird er schon deswegen vermeiden, weil er weiß, daß die Bevölkerung in ihrer Mehrzahl nicht in ihm, sondern in Clemenceau das französische Ideal verkörpert sieht. Um sich zu halten, muß Deschanel heute einigermaßen die Clemenceaurolle spielen. Hoffen wir, daß er es nicht mehr tut, als unbedingt nötig ist.

Digitized by Google

Die Friedensvermittlung des Prinzen Sixtus 1917

Von Dr. Eugen Quendt

Daß im Frühjahr 1917 eine Friedensaktion von Seiten Österreichs unternommen worden ist, wußte man bereits aus der im April 1918 erfolgten Veröffentlichung des Briefes Kaiser Karls durch Clemenceau. Diese Veröffentlichung wurde allerdings für gefälscht erklärt, doch haben eingeweihte Kreise ernsthaft niemals an dies Dementi der österreichischen Regierung geglaubt. „Daily Telegraph" vom 2. Januar, der gleichzeitig mit der Pariser Wochenschrift „Opinion" lange und sehr ausführliche Enthüllungen über die Friedensvermittlung bringt, legt jetzt diesen Brief in facsimile vor und beweist damit, daß die von Clemenceau gebrachte Fassung authentisch ist. Interessanter aber als dieser Beweis ist der sehr eingehende Bericht über die ganze Friedensaktion überhaupt, die sich vom 5. Dezember 1916 bis 12. Oktober 1917 erstreckt und ein helles Licht nicht nur auf den Charakter der Verhandlungen, sondern auch auf die politischen Ansichten der maßgebenden Persönlichkeiten auch auf der Gegenseite wirft. Des beschränkten Raumes wegen kann hier nicht auf alle Einzelheiten eingegangen, sondern nur das für uns unbedingt wesentliche erwähnt werden.

Auf Wunsch der Herzogin von Parma kamen die beiden in der belgischen Armee dienenden Prinzen am 29. Januar in die Schweiz, wo ihre Mutter sie im Namen des Kaisers aufforderte, so rasch wie möglich mit dem Kaiser zusammen zu kommen, der seit seiner Thronbesteigung den Frieden herbeizuführen wünsche. Prinz Sixtus gab seiner Mutter zu verstehen, was er als Grundbedingungen persönlich für einen Frieden betrachtete: Elsaß-Lothringen sollte mit den Grenzen von 1814 ohne jede Kompensation an Frankreich gelangen, Belgien müsse wiederhergestellt werden und den Kongo behalten, das gleiche gelte für Serbien, das eventuell Albanien bekommen sollte. Konstantinopel müsse an Rußland kommen.

Wenn Österreich imstande wäre, mit Rußland auf dieser Basis einen geheimen Waffenstillstand zu schließen, so würde das eine vortreffliche Vorstufe für den Frieden abgeben. Der Kaiser ließ daraufhin die Prinzen wissen, daß der Friede auf folgenden Grundlagen geschlossen werden könnte: Abschluß eines Geheimwaffenstillstandes mit Rußland auf Grund des förmlich erklärten österreichischen Desinteressements an Konstantinopel, Zurückgabe von Elsaß-Lothringen, Wiederherstellung von Belgien, Schaffung eines südslawischen Königreiches mit Bosnien-Herzegowina, Serbien, Albanien und Montenegro. Der Prinz bemerkte hierzu gegenüber dem Vermittler, daß die neuen Schwierigkeiten mit Amerika die Situation komplizierten und daß eine diplomatische Intervention in den gebräuchlichen Formen wenig Aussicht auf Erfolg habe, da Italien und Deutschland an

Digitized by Google

ihrem Mißlingen interessiert seien. Österreich dürfe nicht auf Deutschland Rücksicht nehmen, dessen Interessen andere seien und das Österreich recht gut verraten könne. Es würde besser sein, einen entschiedenen Schlag zur Sicherung der Monarchie zu führen und Deutschland vor die vollzogene Tatsache zu stellen. Wolle jedoch der Kaiser nicht so offen vorgehen, so müsse er ihm so rasch als möglich die nötigen Unterlagen zur Einleitung einer diplomatischen Aktion liefern. Von diesen einleitenden Schriften hätten nur der Kaiser, die Kaiserin und die Herzogin von Parma Kenntnis gehabt, während Czernin nur gewußt habe, daß der Kaiser einen Weg zur Eröffnung von Unterhandlungen gefunden habe. Am 13. Februar war Kaiser Wilhelm in Wien. Kaiser Karl hätte sich geweigert, mit Amerika zu brechen, so daß der deutsche Kaiser unzufrieden zurückgekehrt sei. Der Vermittler habe darauf ein von Karl unterzeichnetes französisches Dokument, dessen deutscher Entwurf von Czernin geschrieben oder diktiert worden sei, sowie eine geheime, deutsch abgefaßte Verbalnote des Kaisers überbracht. Diese beiden Schriftstücke wurden vom Prinzen Sixtus am 5. März Poincaré überreicht, der das Dokument Czernins für völlig ungenügend und ungeeignet zur Weitergabe an die Alliierten erklärte. Anders sei es mit der Geheimnote des Kaisers, die jedoch völlig von dem Dokument abweiche. Auch könnten Italiens Ansprüche nicht unberücksichtigt bleiben. Andererseits habe Frankreich Italien nicht Triest garantiert und daher könnte es und seine Verbündeten mit Österreich unterhandeln. Es sei im Interesse Frankreichs gelegen, nicht nur Österreich zu erhalten, sondern es auf Kosten Deutschlands durch Schlesien oder Bayern zu vergrößern. Mit Deutschland könne niemals Frieden geschlossen werden, bis es geschlagen sei. Drei Tage darauf fand eine zweite Zusammenkunft in Gegenwart Briands statt, der die offene Note gleichfalls für völlig ungenügend erklärte. Die vier Punkte seien Bedingungen sine qua non, aber nur für Österreich, nicht für Deutschland, das zunächst besiegt werden müsse. Am 16. März richtete Sixtus einen Brief an Kaiser Karl, in dem er um förmliche Anerkennung der vier Punkte bat und einen Entwurf für diese Anerkennung beilegte, der folgendermaßen gefaßt ist:

Österreich-Ungarn erkennt das Recht Frankreichs auf Elsaß-Lothringen in der Form seines früheren Besitzes an und wird sich so viel wie möglich bemühen, die Ansprüche Frankreichs in dieser Hinsicht zu unterstützen. Belgiens Souveränität muß unter der gegenwärtigen Dynastie mit Beibehaltung des gesamten afrikanischen Besitzes und unbeschadet der sonstigen Entschädigungen für seine Verluste wiederhergestellt werden. Österreich-Ungarn hat niemals die Vernichtung Serbiens gewollt. Es erklärt sich bereit, es unter der augenblicklichen Dynastie wiederherzustellen und ihm ... zur Erlangung eines Zuganges zur Adria das jetzt besetzte Albanien zu überlassen. Durch ausgiebige wirtschaftliche Zugeständnisse wird es freundliche Beziehungen zu ihm herstellen. Österreich schlägt vor, auf der Basis seines Desinteressements an Konstantinopel gegen Austausch der gegenwärtig von den Russen besetzten Gebiete in Unterhandlungen mit Rußland einzutreten.

Digitized by Google

Sehr klar betont der Prinz Sixtus in seinem Begleitschreiben, daß es sich um einen Separatfrieden Österreichs handele, daß Frankreich fest entschlossen sei, den Krieg gegen Deutschland bis zu dessen Niederlage mit äußerster Energie fortzuführen und sucht Deutschland, das auch den Fall der asiatischen Türkei nicht habe hindern können, wegen Unterhandlungen mit Italien zu verdächtigen. Bald würde die ganze Welt gegen Deutschland sein und dann würde es seinen Verbündeten unmöglich werden, einen annehmbaren Frieden zu schließen. Moralisch würde der Rückzug dadurch möglich werden, daß man eine der unlöslichen Fragen zwischen Österreich und Preußen, wie etwa die polnische, aufwerfe. Auf dieses Schreiben hin wurden die Prinzen durch den Grafen Erdoedy aufs neue dringend zu einer persönlichen Zusammenkunft mit dem Kaiser eingeladen. Czernin könne man dabei nicht völlig ausschalten, wenn auch der Kaiser und die Kaiserin die treibenden Elemente wären. Diese Zusammenkunft fand am 23. März in größter Heimlichkeit in Laxenburg statt. Der Kaiser äußerte, daß bereits trotz all seiner Versuche das Dogma des Siegfriedens in Deutschland unerschüttert bleibe. Noch einmal würde er das Unmögliche versuchen, die Deutschen zu einem gerechten und billigen Frieden zu überreden. Gelänge das nicht, so wolle er die Monarchie nicht dem Wahnsinn des Nachbarn aufopfern und einen Separatfrieden schließen, jedoch nur, wenn Deutschland kategorisch die klare Aufforderung Österreichs, vernünftig zu unterhandeln, ablehne. Er wolle korrekt bis zum Ende bleiben. Der Prinz meinte, es würde sogar nötig sein, das linke Rheinufer zu neutralisieren. Da die Verhältnisse im Orient durch die russische Revolution verändert seien, so würde Österreich später die französischen Interessen, die auf Erhaltung der türkischen Herrschaft in Konstantinopel gingen, unterstützen und dafür die Unterstützung Frankreichs bei einer wirtschaftlichen Expansion auf Kosten Deutschlands finden. Der Kaiser bemerkte, daß Österreichs Hauptinteresse in Serbien, in der Unterdrückung der Geheimbünde bestände. Mit Bulgarien unterhandele bereits eine Ententemacht heimlich. Der Prinz wies wiederum auf Deutschlands verräterisches Spiel in Italien hin, wo ersteres gegen Österreich Haß und Verachtung schüre. Czernin, der darauf eingeführt wurde, meinte, daß er nur auf Grund der gegenwärtigen Kriegskarte sprechen könne. Unter allen Umständen müsse Frieden geschlossen und die nötigen Opfer gebracht werden, aber es sei schwierig, genaueres zu sagen. Was er kategorisch versichern könne, sei, daß ein guter Friede sofort angenommen werden würde. Mit den Deutschen müsse es, wie er glaube, über kurz oder lang zur Scheidung kommen, da sie Elsaß-Lothringen niemals würden aufgeben wollen. Der Prinz betonte, daß Friede mit Deutschland nur auf Grund der oft in der französischen Presse präzisierten Bedingungen, der Rückgabe des Elsaß und des Rückzuges der deutschen Truppen auf das rechte Rheinufer, möglich sein würde. Am folgenden Tage äußerte Czernin, der als überaus zurückhaltend

Digitized by Google

geschildert wird, dem Prinzen gegenüber in einer Privatunterredung, daß das Bündnis mit Deutschland an dem Tage ein Ende finden würde, da dieses es Österreich unmöglich machen würde, einen vernünftigen Frieden abzuschließen. Am Abend desselben Tages übergab dann der Kaiser dem Prinzen das schon durch Clemenceau bekannt gewordene Schreiben und versprach, zur Vermeidung von Komplikationen mit einer Offensive in Italien zu warten. Dieses Schreiben wurde Poincaré am 31. März überreicht. Der Prinz ließ dabei durchblicken, daß man in österreichischen Kreisen Grund zu der Annahme zu haben glaube, daß eine der Ententemächte mit der Türkei in Unterhandlungen stehe, um ihr den Besitz von Konstantinopel zu garantieren. Poincaré erklärte, daß das Elsaß von 1814 nur ein Minimum darstelle und daß die französischen Verluste die Forderung weiterer Kompensationen notwendig machen würden. Betreffs Belgien einigte man sich über Grenzberichtigungen, besonders bezüglich Malmédys. Jules Cambon, der in Vertretung des inzwischen anstelle Briands getretenen Ribots erschienen war, kam wieder auf seinen alten Gedanken eines Austausches des Trentino gegen Schlesien zurück. Der Prinz betonte, daß der Kaiser in Zukunft auf die Politik einer „horizontalen Allianz" Rußland, England, Frankreich, Österreich hoffe. Am 12. April fand eine vierte Zusammenkunft des Prinzen mit Poincaré statt. Ribot, der diesmal teilnahm, berichtete über seine Zusammenkunft mit Lloyd George in Folkestone am 11., in der er ihm den Brief Karls mitgeteilt habe. Man beriet dann über die Art und Weise, wie man sich mit Italien, von dem aus man Indiskretion Deutschland gegenüber befürchtete, ins Benehmen setzen könne. Von Deutschland müsse man bei Bekanntwerden der Unterhandlungen das Schlimmste erwarten. Das Schicksal des türkischen Thronerben, Jussuf Izzedin, sei in dieser Hinsicht bezeichnend. Es wurde dann eine Zusammenkunft Lloyd Georges, Ribots und Sonninos in Saint Jean de Maurienne verabredet.

Danach wird erzählt, daß Karl in einer Zusammenkunft in Homburg am 3. April die größten Anstrengungen gemacht habe, Kaiser Wilhelm zu vernünftigen Friedensansichten, sogar unter Angebot eines Ersatzes für Elsaß-Lothringen durch Polen und Galizien, zu bereden. In Frankreich sei diese Zusammenkunft dahin aufgefaßt worden, als wolle man sich in Österreich über einen österreichisch-deutschen Separatfrieden mit Rußland einigen. Lloyd George äußerte am 18. April dem Prinzen gegenüber Mißtrauen, ob nicht Österreich das Spiel Deutschlands spiele und hoffte, daß Bayern dem Beispiele Österreichs folgen möchte. Zwei Tage später berichtete Lloyd George, Sonnino habe am 19. in Saint-Jean de Maurienne auf die Möglichkeit österreichischer Anerbietungen hin geäußert, es sei kein weißer Frieden möglich, das Trentino, Dalmatien und alle Küsteninseln seien für Italien unentbehrlich. Am 22. April formulierte Jules Cambon in einer Unterredung mit Sixtus den Standpunkt der französischen Regierung, nichts

Digitized by Google

ohne Italien unternehmen zu wollen. Sixtus ließ durchblicken, daß es ihm persönlich nur darauf ankäme, den Krieg zu beenden, wozu das beste Mittel sei, Österreich von Deutschland loszulösen. Man könne nicht immer mehr Leute opfern, nur weil Italien außerstande sei, zu nehmen, was es haben wolle. Die Ergebnisse dieser Verhandlungen wurden dem Kaiser durch den Grafen Erdoedy überbracht, der nach seiner Rückkehr am 4. Mai dem Prinzen in Neufchâtel erklärte, daß Kaiser Karl bereit sei, einen Separatfrieden mit der Entente abzuschließen. Da sein Schritt vom 3. April in Homburg nicht angenommen sei, müsse er die Notwendigkeit, das Schicksal der Monarchie von Deutschland zu trennen, zugeben. Doch wolle er nicht zu direktem Verrat, etwa zu einem Angriff auf Deutschland nach Friedensschluß, gezwungen werden. Seit 1915 seien Österreich fünfmal, besonders von russischer Seite, Friedensangebote zugegangen. Die italienischen Ansprüche würden keine großen Schwierigkeiten mehr machen, da ihm vor etwa drei Wochen (eine Woche vor der Zusammenkunft von Saint-Jean de Maurienne) zwar nicht aus Rom oder von Sonnino, der von nichts wisse, aber aus dem Hauptquartier ein Friedensangebot zugekommen sei, das lediglich Ansprüche auf das italienischsprechende Trentino aufrecht erhalte. Aber der Kaiser wolle nicht mit Italien direkt, sondern nur über die Entente verhandeln. Grenzberichtigungen am Isonzo unter Aufrechterhaltung eines österreichischen Görz hielte er für möglich. Auch Rußland habe soeben durch den Fürsten Lwoff ein Friedensangebot gemacht. Wenn Österreich einen Frieden schließen würde, so würden die Munitionsarbeiter in Deutschland streiken. Am 1. Mai sei es zu ernsten Unruhen in Deutschland gekommen, während in Österreich alles gut stände. Am 8. Mai traf der Prinz zum zweiten Male mit dem Kaiser in Laxenburg zusammen, um diesen zur Annahme der italienischen Bedingungen zu überreden. Der Kaiser hielt den Augenblick, da Rußland, Serbien und Rumänien militärisch nicht mehr gefährlich seien, zum Friedensschluß günstig, war auch bereit, italienisches Gebiet abzutreten, lehnte jedoch Kompensationen durch Schlesien oder deutsche Kolonien als gefährlich für die Zukunft ab und schlug dafür Kompensationen durch italienisch Erythrea- und Somaliland vor. Czernin, der darauf eingeführt wurde, versprach Einzelheiten über das italienische Friedensangebot beizubringen, bestand aber darauf, daß die Kompensationen durch Italien, nicht durch Deutschland getragen würden. Österreich könne sich außerdem nicht eher auf eine Abtretung einlassen, ehe nicht die Entente der Monarchie den status quo garantiert habe. Der Prinz fragte Czernin, welche Haltung Deutschland gegen ein friedenschließendes Österreich einnehmen würde. Czernin erwiderte, Österreich sei keineswegs, wie man sich in Frankreich einbilde, völlig in Deutschlands Händen. Ohne Österreich-Ungarn müsse Deutschland verhungern. Da Österreich jetzt von der russischen Gefahr befreit sei, werde es schon verstehen, sich Respekt zu verschaffen. Er ließ durch-

Digitized by Google

blicken, daß ihm die Rodomontaden des deutschen Hauptquartiers keineswegs Eindruck machten und daß er den deutschen Kanzler mit keinerlei besonderer Rücksicht behandele. Der Prinz erwiderte darauf lächelnd, daß er nicht erstaunt sein würde zu hören, daß Kaiser Wilhelm ihm das eiserne Kreuz abgenommen habe. „Ich habe es nicht erhalten," sagte der Graf mit dem Ausdruck ernsthaften Ärgers. „Dann sind Sie," bemerkte der Kaiser ungeniert lachend, „das außerordentliche Beispiel eines Staatsmannes, der das eiserne Kreuz nicht besitzt." Nach der Verabschiedung Czernins erklärte der Kaiser noch: wenn Deutschland fortfährt, unsere vernünftigen Ratschläge außer acht zu lassen, so werden wir, weil es unser Recht und unsere Pflicht ist und wir die Mittel dazu haben, ohne es Frieden schließen. Sollte dies jedoch zu einem Bruch zwischen uns und Deutschland führen, so muß ich in der Lage sein, auf Unterstützung durch die Entente zählen zu können. Am 9. Mai gibt Karl Sixtus einen neuen Brief mit nebst einer die Verhandlungen des Vorabends zusammenfassenden Note Czernins, die „Daily Telegraph" vom 5. ebenfalls in facsimile vorlegt. Diese Note lautet:

I. Eine einseitige Gebietsabtretung Österreich-Ungarns ist ausgeschlossen. Bei einer Kompensation durch anderes Gebiet wäre der Gedanke ventilierbar; falls in Betracht gezogen wird, daß der leidenschaftlich verteidigte, mit dem Blut unserer Soldaten getränkte Boden einen für uns unvergleichlich höheren Wert hat als irgend ein neues Gebiet.

II. Welches sind die Garantien, die uns geboten werden, daß bei einer Friedenskonferenz die Integrität der Monarchie (mit den evtl. jetzt beschlossenen Grenzrektifikationen) bestehen bleibt?

III. Eine definitive Antwort kann erst nach Beantwortung der vorstehenden zwei Punkte gegeben werden, da Österreich-Ungarn erst dann mit seinen Verbündeten in Besprechungen eintreten kann.

IV. Immerhin ist Österreich-Ungarn bereit, die Besprechungen fortzusetzen und nach wie vor geneigt, für einen ehrenvollen Frieden zu arbeiten, um damit auch den allgemeinen Weltfrieden anzubahnen.

Am 13. Mai sei der deutsche Kanzler nach Wien gekommen, um Österreich noch enger an Deutschland zu binden. Karl habe sich am 14. geweigert und außerdem das italienische Angebot abgelehnt. Am 20. Mai fand eine fünfte Zusammenkunft mit Poincaré und Ribot statt, in der der Prinz den kaiserlichen Brief und die Note Czernin überreichte. Poincaré meinte, die Kompensationsfrage würde Schwierigkeiten machen. Ribot verlangte genauere Einzelheiten, und schlug vor, den König von Italien ins Vertrauen zu ziehen. Er fürchtete, daß Italiens Hilfe der Entente durch Abschluß des Friedens mit Österreich verloren gehen würde und wies darauf hin, daß Rumänien gänzlich außer acht gelassen sei. Poincaré wies darauf hin, daß die Lage derart sei, daß Serbien, Rumänien und Polen ihre Ansprüche revidieren müßten. Auf einer letzten Zusammenkunft des Prinzen mit Lloyd George und Paul Cambon am 23. Mai schlug Lloyd George eine Zusam-

Digitized by Google

menkunft der Monarchen und Poincarés vor. Sonnino aber sei gegen diese Zusammenkunft gewesen und der Brief Karls, sowie die Note Czernins seien somit unbeantwortet geblieben, wenn man auch beschlossen habe, durch Vermittlung des Grafen Armand und Reverteras in der Schweiz die Fühlung aufrecht zu erhalten.

* * *

Soweit im wesentlichen die Dokumente. Ob die Erzählung der Vorgänge im einzelnen zutreffend ist, kann nicht entschieden werden. Cadorna hat dementiert, doch wird auch im Bericht das italienische Angebot dem damaligen Generalstabschef Porro zugeschrieben. Ribot hat erklärt, die Rolle, die man ihn spielen lasse, übernehmen zu wollen. Die französische Presse hat mit dem offensichtlichen Zweck, die sofort nach der Veröffentlichung in Italien lebhaft hervortretende Entrüstung über die Geheimhaltung der Verhandlungen zu beruhigen, mehrfach erklärt, daß die den französischen Staatsmännern und insbesondere Poincaré zugeschriebenen Äußerungen teilweise auf Erinnerungsfehlern beruhen müßten. Diese Frage ist insofern von geringerer Bedeutung, als die Haltung sowohl Poincarés wie Lloyd Georges in allem Wesentlichen vollkommen korrekt gewesen ist und nur Poincaré ein leises Schwanken darüber hat durchblicken lassen, ob man verpflichtet wäre, das zu großen Teilen deutschfreundlich gesinnte Italien in allen Punkten zu befriedigen. Eine wirkliche Hintergehung Italiens ist jedoch zu keiner Zeit ins Auge gefaßt worden.

Wichtiger ist, Klarheit darüber zu erlangen, welche Rolle Czernin bei den Verhandlungen gespielt hat. Nach sehr sorgfältiger Erwägung aller in der Erzählung des „Daily Telegraph" vorgebrachten Umstände, kann man sich des bestimmten Eindrucks nicht erwehren, daß Czernin von Kaiser Karl über Ausgangspunkt, Ziel und Umfang der Verhandlungen zum Teil falsch, zum Teil unvollständig orientiert worden, und daß es recht gut möglich ist, daß seine im Frühjahr 1918 abgegebene Erklärung über die Initiative Frankreichs bei diesen Verhandlungen völlig in gutem Glauben gemacht worden ist. Dadurch würde auch sein Dementi des von Clemenceau veröffentlichten Kaiserbriefes auf Grund eines verstümmelten und wahrscheinlich nachträglich zu diesem Zwecke abgefaßten rohen Entwurfs zu diesem Briefe verständlich. Aus diesem Grunde ist auch Czernins kürzlich erfolgte Erklärung, daß das von ihm redigierte Dokument nur ein Aide-Mémoire für die Unterhandlungen bilden solle, und daß die französische Interpretation von durch Österreich verlangten Garantien zum Schutze vor Deutschland falsch sei, durchaus korrekt. Es ist leicht möglich, daß Czernin, von Verstimmungen gegen Deutschland abgesehen, des ehrlichen Glaubens gewesen ist, daß, wenn die Entente Österreich erträgliche Bedingungen mache, Wien in Berlin mit mehr Erfolg auf einen Kompromißfrieden hin hätte drängen können.

Digitized by Google

Fragen wir endlich nach dem Zweck der Veröffentlichung, so ist er sicher nicht der gewesen, Italien zur Mäßigung seiner Ansprüche in seinem Konflikt mit den Südslawen anzuhalten. Hat die Veröffentlichung doch, wie schon erwähnt, in Italien so heftig verstimmt, daß Barrére in Rom eigenmächtig erklären mußte, daß niemals davon die Rede gewesen sei, Italien zu hintergehen. Vielmehr nimmt sich der ganze Bericht, besonders wenn man den Kommentar des „Daily Telegraph" vom 6. dazu nimmt, aus, wie eine Apologie oder mindestens Entlastung der Habsburger und insbesondere Kaiser Karls, der die ernsthaftesten und anhaltendsten Versuche gemacht habe, sich den deutschen Gewaltsamkeiten zu entziehen. Besonders charakteristisch ist auch der durch den Kommentar unterstrichene, jedoch auch im Bericht deutlich hervortretende Gegensatz zwischen dem Friedenseifer Karls und der eisigen diplomatischen Zurückhaltung Czernins, der als „Schüler Metternichs" bezeichnet wird. Ist diese Deutung richtig, so würde daraus hervorgehen, daß England sein Spiel in Ungarn noch immer nicht aufgegeben hat. Daß der Bericht im großen ganzen korrekt ist, beweist der Umstand, daß ein direktes Dementi bis jetzt weder von Poincaré, noch von Briand, noch von Jules Cambon, noch von Lloyd George erfolgt ist. Die gleichzeitige Veröffentlichung in der Pariser „Opinion" würde lediglich auf die Absicht hinweisen, den englischen Plan auf Rehabilitierung der Habsburger durch einen französisch-italienischen Pressestreit zu verschleiern.

Denikins Ende

Von Axel Schmidt

Neulich sagte ein ukrainischer Politiker zu mir, der kürzlich aus der Ukraine zurückgekehrt war: „Im Grunde genommen müßte die ukrainische Volksrepublik Lenin und Denikin zu ihren Ehrenmitgliedern ernennen, weil erst ihr roter und weißer Terror den national-ukrainischen Gedanken bis ins entlegendste Dorf getragen hat." Dieses Wort wird trefflich illustriert durch einen Brief eines ukrainischen Bauern an einen ukrainischen Politiker in Paris, den die in Lemberg erscheinende ukrainische Zeitung „Vpered" in Lemberg kürzlich veröffentlichte. Im Brief, der vor dem Bauernaufstand geschrieben ist, heißt es u. a.:

„Die Bauernschaft versteht nicht alles, was geschieht und was geschehen ist. Jetzt aber, besonders nach dem zweiten Einmarsch der Bolschewisten, hat die ukrainische Idee sehr an Bedeutung gewonnen. Jetzt wird man keinen Bauern mehr finden, der sich dessen nicht bewußt wäre, daß er ein Ukrainer ist. Ferner beginnen die Ukrainer einzusehen, daß ihnen nur die Ukrainer Land geben würden, und sie haben dabei am meisten die ukrainische Zentralrada im Sinne. Es ist interessant, daß auch die Kijewer Arbeiterschaft, welche seinerzeit die Zentralrada bekämpfte, jetzt ihren Fehler über-

Digitized by Google

aus bedauert. Was die gegenwärtige Stimmung betrifft, so gebe ich Ihnen die Versicherung, daß die Bauern sich nimmermehr mit einer Rückkehr der Gutsbesitzer aussöhnen würden. Augenblicklich ist eine neue große Aufstandsbewegung in Vorbereitung. Als Denikin kam, begann eine bedeutende Linksschwenkung der Bauernschaft und ihre entschiedene Hinneigung zur nationalen Regierung. Das Dorf wird noch sein Wort sprechen."

Das Dorf hat inzwischen so gründlich gesprochen, daß sich Denikin, den die lebhafte Phantasie der russischen Emigranten in Deutschland bereits in einigen Monaten in Moskau einziehen sah, auf einem fluchtartigen Rückzug befindet. Sein Ende ist noch nicht abzusehen, weil das gesamte ukrainische Hinterland von den Flammen des Aufruhrs erfaßt ist. Selbst französische Blätter, die wahrlich keine Vorliebe für die ukrainische Bewegung besitzen, geben zu, daß am Zusammenbruch Denikins der ukrainische Bauernaufstand mehr als die Sowjetarmee beigetragen hat. So schreibt z. B. die „Petit Republique":

„In der Ukraine sind Denikins Mißerfolge weniger der Überlegenheit der Sowjetarmeen als der wachsenden Unzufriedenheit unter der ukrainischen Bevölkerung zuzuschreiben, die antibolschewistisch, aber noch mehr nationalistisch gesinnt ist. Denikin wurde von der antibolschewistischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten furchtbar gehaßt. Unverzeihliche Fehler hat er begangen. Er hat nach der Einnahme von Kiew die gemeinsame Front mit der ukrainischen Nationalarmee abgelehnt und sich gegen Petljura gekehrt. Seine unheilvollen Bemühungen haben nur eine neue Invasion der roten Armee in die unglückliche Ukraine herbeigeführt."

Denikin war aber nicht nur das beste Pferd der russischen Reaktion, sondern auch das letzte, weil Koltschak schon lange das Rennen um Moskau hatte aufgeben müssen. Sieger über die russischen Generale, die den russischen Weltstaat wieder aufrichten wollten, sind aber nicht allein die Bolschewisten, sondern auch die Randvölker, die sich, wenn auch mit schweren Opfern, ihre nationale Unabhängigkeit mehr oder weniger erkämpft haben. Estland, Lettland und Litauen sind schon de facto, wenn auch nicht de jure anerkannt; auch den kleinen Republiken des Kaukasus Aserbeidschan, Georgien und Armenien hat der oberste Rat in Paris ihr Recht auf eigenes staatliches Leben zugebilligt. Nur mit der Ukraine ist die Sache noch in der Schwebe, wenn sich auch augenscheinlich die Wagschale zugunsten der Selbständigkeit, wenn auch mit beschränkten Grenzen, zu senken beginnt. Für Ostgalizien und Ungarisch-Ruthenien, ersteres unter polnischem Mandat, letzteres unter Einverleibung in den tschechischen Staat, sind bereits Statuten ausgearbeitet worden, die den Ukrainern wirtschaftlich und kulturell weitgehende Sicherheiten gegen eine Entnationalisierung bieten. Wenn den ukrainischen Irredenten vom obersten Rat in Paris das Recht auf nationale Entwicklung so weit zugebilligt wird, ist es undenkbar, daß das ukrainische Kerngebiet einfach als russische Provinz behandelt werden sollte.

Die westeuropäische Presse beginnt immer häufiger das ukrainische Problem

Digitized by Google

zu behandeln, wobei seit dem Zusammenbruch Denikins die Möglichkeit des Entstehens eines „einigen ungeteilten Rußlands" in immer aussichtslosere Ferne rückt. Damit dürfte auch des großrussischen Botschafters Maklakow Einfluß in Paris, der auf Kosten der französischen Regierung das verfallene russische Reich noch weiter repräsentiert, im Schwinden sein. Bisher vertrat er die Ansicht, daß Rußlands Schicksal erst auf der allgemeinen russischen Nationalversammlung entschieden werden könnte. Diese Meinung wurde bisher von Pichon geteilt, der von einer Selbständigkeit der Ukraine nichts wissen wollte, weil Frankreich seinen alten Bundesgenossen einen Verzicht auf die reichsten Gebiete nicht zumuten dürfe. Clemenceau war anderer Meinung. Seitdem in Rußland der Bolschewismus herrschte, hatte dieser Staat für ihn keinen Wert, weil er nicht als Kettenhund für Deutschlands Einkreisung im Osten zu benutzen ist. Er plante deswegen die Bildung eines antideutschen Vierbundes unter Polens Führung, dem außer Tschechien und Rumänien auch eine kleine selbständige Ukraine zugedacht war, deren westliche Gebiete freilich zur Verstärkung der polnischen Macht diesem Staate überlassen werden sollten. Neben diesen beiden Meinungen innerhalb der französischen Regierung gab es noch unter den radikalen Sozialisten in Frankreich eine ukrainerfreundliche Strömung. Diese Elemente unter Führung von Franklin-Bouillon traten für ein großes selbständiges ukrainisches Reich ein, einschließlich Galiziens und Lembergs, wofür Polen auf Kosten Deutschlands durch Danzig entschädigt werden sollte. England, das nicht nur in den Ostseestaaten die Randvölker begünstigte, sondern sich den neuesten Nachrichten zufolge in Batum schon ganz häuslich niedergelassen, und dieser Stadt den Anstrich einer englischen Kolonie gegeben hat, war bisher die beste Stütze des russischen Imperialisten Denikin. Diese doppelte Politik war nur zu gut begründet. In den Gebieten, die laut Abmachung der Entente in die englische Einflußsphäre fielen — Ostseegebiet und Kaukasus — trat England durchaus für das Selbstbestimmungsrecht ein, um dort allein nach seinem Belieben schalten zu können. In der Ukraine dagegen, die Frankreich als Einflußsphäre zugeteilt war, beliebte es, für den russischen Gesamtstaat einzutreten, um sich nicht ganz ausgeschaltet zu sehen. Jetzt, wo Denikin als politischer Machtfaktor in Fortfall gekommen, dürfte die englische Diplomatie ohne Zaudern ihre Politik neu aufbauen und es wäre nicht verwunderlich, wenn man nächstens wieder von Bendwin Sands, dem Sekretär der englisch-ukrainischen Gesellschaft, etwas in der englischen Presse hören würde. Ebenso wie England, ohne Zaudern nach Judenitsch und Koltschaks Niederlage, darin ging, als Erster mit der Sowjetregierung in Verbindung zu treten, ist es wahrscheinlich, daß es jetzt bald mit Petljura Fühlung suchen wird. Italien ist an der ukrainischen Frage politisch wenig beteiligt; es wird sich mit jedem Machtfaktor dort abfinden, der ihm Getreide, Eisen und

Digitized by Google

Kohlen liefert, um endlich von der Gnade Englands und Amerikas frei zu werden. Japan dagegen ist im höchsten Maße rein politisch an dem Schicksal der Ukraine interessiert. Es ist, nachdem es seit der Revolution nicht mehr Rußlands Macht zu fürchten braucht, der ausgesprochenste Gegner der ukrainischen Selbständigkeit. Es glaubt nicht mit Unrecht, daß der großrussische Reststaat die von Japan geplanten Amputationen in Sibirien leichter verschmerzen werde, wenn die reiche Ukraine ihm verbleibt, als wenn sich auch dieses Gebiet selbständig machen würde. Amerika, das sich augenscheinlich fürs erste wenigstens aus dem europäischen-politischen Geschäft zurückziehen will, war während der Pariser Beratungen kein Freund der Ukraine. Seitdem aber Denikin und die Polen solch furchtbare Progrome inszeniert haben — nach jüdischen Schätzungen beträgt die Zahl der Toten bei den Denikinschen Judenverfolgungen allein nicht weniger als 167 000 — ist die Stimmung bei den Amerikanern ein wenig ukrainerfreundlicher geworden.

Wie stellt sich aber die bolschewistische Regierung zu der ukrainischen Nationalbewegung? Wie erinnerlich, hat Lenin, solange der Zarismus am Ruder war, die Ukraine stets mit Irland verglichen und für beide die vollständige Unabhängigkeit verlangt. Als er ans Ruder kam, wurde deswegen seine Partei in der Ukraine mit großen Hoffnungen begrüßt. Nur zu bald freilich kam der Rückschlag; Lenin erklärte das Selbstbestimungsrecht der Völker für „reaktionär, bourgeoishaft und kapitalistisch, sofern es der Ausbreitung des Weltbolschewismus hinderlich" sei. Die Ukrainer lernten nur zu schnell den bolschewistischen Terror am eigenen Leibe kennen, und selbst die Bauern, die anfänglich viel von ihm erhofft hatten, sahen sich enttäuscht, weil sie vom Bolschewismus ebenso ausgeplündert wurden, wie der Bürgerliche in den Städten. Jetzt ist der ukrainische Bauer nicht nur zum Hauptträger des Kampfes gegen Denikin geworden, sondern auch gegen den Bolschewismus. Lenin hat deswegen auch seinen schweren Fehler in der Behandlung des ukrainischen Problems eingesehen und jetzt beim Vormarsch der Sowjettruppen folgende Erklärung veröffentlicht:

„Die Unabhängigkeit der Ukraine ist von dem allrussischen Zentral-Bezugsausschuß und von der russischen Kommunistenpartei anerkannt worden. Es bleibt endgültig die Frage zu lösen, ob die Ukraine mit Rußland verschmelzen oder unabhängig bleiben, oder in eine föderative Verbindung eintreten solle, — und dies hat ein Allukrainischer Arbeiter- und Bauern-Rätekongreß zu entscheiden. Der Kapitalismus hat die Völker in Unterdrücker und Unterdrückte gespalten. Seit Jahrhunderten nähren die unterdrückten Völker die Hoffnung auf Befreiung von den Großmächten, ein Volk wie das ukrainische z. B. von einem Volk wie dem großrussischen. Wir wollen einen Freiwilligenbund der Völker, ohne jede Vergewaltigung. Man darf nicht vergessen, daß die Bourgeoisie immer auf der nationalen Saite zu spielen bestrebt ist. Dort wo der Nationalismus einsetzt, triumphiert die Gegenrevolution. Wer den engen Bund der großrussischen

Digitized by Google

Bauern und Arbeiter zerreißt, hilft den Denikin-Leuten und den Kapitalisten der ganzen Welt. Deshalb müssen wir großrussischen Kommunisten mit großer Strenge und Härte die geringsten Äußerungen von großrussischem Nationalismus in unsern Kreisen ausrotten, zu Zugeständnissen an die ukrainischen Kommunisten bereit sein, wenn es sich um die nationale Frage handelt."

Die Zeit, wo solche Worte noch einen Ukrainer locken konnten, sind vorüber. Der ukrainische Bauer hat durch die zwei Jahre Bolschewismus endlich erkannt, daß nur eine eigene ukrainische Regierung ihm seine wirtschaftlichen Wünsche erfüllen kann. Er wird daher nicht eher Ruhe geben, als bis er seines größten Sohnes Vermächtnis erfüllt hat, den schwerer Fehler Chmelnytzkyjs im 17. Jahrhundert, die Ukraine Moskau anzugliedern, wieder rückgängig gemacht haben wird.

Bayern und der Einheitsstaat

Von Oberlandesgerichtsrat Karl Pfister (München)

I.

Bayern hat für die deutsche Geschichte eine eigene schicksalhafte Bedeutung gehabt. Seit den Tagen, da es von Barbarossa ohne die Ostmark Österreich an das Haus Wittelsbach gegeben wurde, ist es, während im Reiche die Länderkarte immer bunter wurde, als ein geschlossenes Territorium stehen geblieben und hat einen Block gebildet, der die habsburgische Kaisermacht vom Reiche schied, ähnlich wie das Tschechenland zwischen dem Deutschtum der österreichischen Länder und der norddeutschen Tiefebene gelagert blieb. Als Bollwerk gegen die Kaisermacht und die Einheit des Reiches wurde Bayern von Frankreich und von Friedrich dem Großen aus bewußtem französischen und preußischen Eigennutz erhalten bei zwei verschiedenen Gelegenheiten, die sich Österreich boten, Bayern zu erwerben. Die selbständige Existenz Bayerns wurde mit die Ursache, daß Preußen sich zum deutschen Reiche ausgewachsen hat und Österreich ausscheiden mußte. Wenn je die großdeutschen Hoffnungen auf Vereinigung von Deutschösterreich mit dem Reiche verwirklicht werden sollen, bildet Bayern das Bindeglied. Die Vereinigung zu hindern, wird der französische Gesandte, der sich demnächst in München ansiedeln wird, zur Aufgabe gestellt erhalten.

Unter diese Perspektive darf man die Aufnahme stellen, welche der Beschluß der preußischen Landesversammlung auf Einführung des Einheitsstaates in Bayern gefunden hat. Hier ist wieder einmal die Mainlinie sichtbar geworden, man versteht sich hüben und drüben nicht. Eine Brücke des Verständnisses schlagen zu helfen, soll die Aufgabe dieser Zeilen sein. Sie ist um so nötiger, als gar mancher, der seit Jahrzehnten in München sich aufhält, aber die verstehende Liebe für

Digitized by Google

bayerisches Volkstum nicht hat, dazu beiträgt, das Mißtrauen des Nordens gegen bayerische Reichstreue zu schüren.

Das bayerische Staatsgefühl ist nicht von der ausgreifenden, eroberungslustigen Art des preußischen Nationalgefühls, es geht niemals darauf aus, andere zu regieren oder in fremde Angelegenheiten darein zu reden; um so entschiedener bäumt es sich dagegen auf, von anderen regiert zu werden. Bayern ist durchaus reichstreu und diese Gesinnung ist im Volksempfinden fest verankert, trotz allem, was gelegentlich an partikularistischen Äußerungen zum Vorschein kommt. Das Reich ist dem Bayern ein Ideal, das er von Preußen wohl unterscheidet. Der Bayer will seine Reichstreue als eine freiwillige Hingabe an dieses Ideal aufgefaßt haben und nimmt es sehr übel, wenn man ihm statt dessen vorrechnet, daß er gar keine andere Wahl habe, daß er gezwungen sei, beim Reiche zu verbleiben, weil ihm Preußen die Kohlen vorenthalten könne und dergleichen. Vor noch nicht langer Zeit hat das ein bedeutender Redner aus Berlin erfahren müssen, weil er in einer Münchener Versammlung derartige Gedankengänge entwickeln wollte. Er hatte sich um alle Sympathien gebracht und wurde nicht zu Ende angehört.

Natürlich ist sich der Bayer auch seiner Stammesverwandtschaft mit den Deutschösterreichern bewußt. Sie stehen seinem Herzen näher als der Norddeutsche und in den Tagen, da fast gleichzeitig der Habsburger und Wittelsbacher Thron fiel, war es nicht verwunderlich, daß der Gedanke einer engeren Vereinigung Bayerns mit Österreich erwogen wurde, so auch von Dr. Heim in einer Artikelreihe im „Bayerischen Kurier". Man sollte das billigerweise nicht außer Zusammenhang mit der damaligen Situation beurteilen. Berlin schien dem Bolschewismus zu verfallen und noch war nicht erkennbar, daß die unheilvolle Persönlichkeit Eisners in München noch schlimmeren Auswirkungen von Verbrechen und Wahnsinn den Boden bereite. Als Beweis reichsverräterischer Gesinnung dürfen sie nicht genommen werden.

Bayern hat mehr als gut war an den äußeren Zeichen seiner früheren staatlichen Selbständigkeit gehangen, so an der bayerischen Briefmarke und seinem Gesandtschaftsrechte. Es hat jetzt diese Dinge aufgegeben und hat, was wichtiger ist, die Militärverwaltung, die Steuerverwaltung, Post und Eisenbahn an das Reich abgegeben. Man hat hier das Empfinden, daß es nun genug sei mit den Opfern an Selbständigkeit. Gegen jegliche unnötige Zentralisierung und Regiererei von Berlin aus wird sich von nun an Bayern mit Erbitterung wenden. Ein kleines Beispiel zum Verständnis: Das bayerische Ministerium hat den zum Tode verurteilten Hochverräter Leviné-Nießen erschießen lassen, den Mörder Eisners, den Grafen Arco zu lebenslänglicher Festungshaft begnadigt. Das bayerische Volk würde es nicht ertragen, daß derartige Entscheidungen künftig in Berlin

Digitized by Google

getroffen würden. Vor allem aber will Bayern keine preußischen Landräte an Stelle seiner so ganz anders gearteten Bezirksamtmänner und keine preußischen Richter bei sich sehen. Man täusche sich darüber in Berlin nicht und verlasse sich nur ja nicht darauf, daß man Bayern in vollständige finanzielle Abhängigkeit gebracht habe und ihm deshalb auch noch Justizverwaltung und innere Verwaltung entwinden könne. Daß derartige Absichten von preußischen und Reichsministern geäußert worden sind, hat, wie es hier hieß, dem Faß den Boden ausgeschlagen. Das bayerische Zentrum hat mit dem Austritt aus dem Reichstagszentrum geantwortet. Diese kräftige Geste hat freilich eine ganz besondere Veranlassung, die man kennen muß, um sie richtig zu beurteilen. Sie ist ausschließlich auf die Persönlichkeit des Dr. Heim und seine besonderen politischen Absichten zurückzuführen. Dr. Heim, der Organisator des bayerischen Bauerntums in den christlichen Bauernvereinen und Darlehnskassenvereinen, hat sich im Zentrum empor gedient, ohne ein wirklicher Klerikaler zu sein. Seine Mitbrüder im Zentrum, die wohl erkannten, daß er nicht ganz echt sei, haben sich seine Arbeit fürs Zentrum zwar gefallen lassen, ihn aber von politischer Führung fern zu halten gewußt. Er hat sich deshalb schon seit längerer Zeit von der eigentlichen Politik ferne gehalten und erst in den Tagen der Revolution den Versuch gemacht, eine nicht konfessionelle Partei unter der Flagge Bayerische Volkspartei zu gründen. Der Plan mißglückte, weil sich das Zentrum vollzählig unter der neuen Fahne einfand und die beigetretenen Protestanten bald wieder austraten. Der Gegner des Zentrums auf dem platten Lande ist der Bauernbund, der im Grunde kein Programm hat und nur von dem Gegensatz zum Klerikalismus und der Pflege bäuerlicher Sonderinteressen lebt. Weil ihm bedeutende Köpfe fehlen, ist er vorübergehend sogar in die Gefolgschaft Eisners geraten. Bei den letzten Wahlen ist er überraschend erstarkt und hat der Demokratie die bisher liberalen Bauern des Allgäus abgewonnen. Das Haupt dieses Bauernbundes wollte Dr. Heim werden und ihm möglichst viel von seinem Anhange im Zentrum zuführen. Schon hatte er mit Bauernbundführern gemeinsame Versammlungen abgehalten und die Ablehnung seines Antrages auf Austritt des bayerischen Zentrums aus dem Reichstagszentrum sollte den Anlaß zu seinem Bruch mit dem bayerischen Zentrum geben. Dieses parierte, indem es den Antrag annahm. Trotzdem dieser Austritt hiernach erheblich geringere Bedeutung hat, als es scheinen möchte, so ist doch die Tatsache festzuhalten, daß das bayerische Volk alle unnötige Zentralisierung entschieden ablehnt und Vergewaltigungen mit dem Hasse des Unterdrückten beantworten würde. Man darf erwarten, daß eine demokratische Regierung hier nicht Sünden auf sich laden wird, die sie dem alten Regime mit Recht ankreidet.

Digitized by Google

II.

Der bayerische Staatsrechtslehrer Seydel nannte das Bismarck'sche Deutsche Reich einen Staatenbund, weil es durch Staatsverträge zustande gekommen war und die verbündeten Regierungen Inhaber der Regierungsgewalt im Gesamtstaat waren. Würde man diesen Wortgebrauch angenommen haben, so hätte man die Reihe: Staatenbund, Bundesstaat und Einheitsstaat gehabt und wir hätten sagen können, durch die Weimarer Verfassung ist das deutsche Reich aus einem Staatenbund ein Bundesstaat geworden, weil in dem parlamentarisch regierenden Reichstag und in dem Reichspräsidenten zentrale Staatsgewalten entstanden sind, die von den Einzelstaaten unabhängig sind. So hat man auch von den Vereinigten Staaten gesagt, daß sie aus einem Staatenbund ein Bundesstaat geworden sind, als sie sich einen aus Volkswahlen hervorgegangenen Präsidenten als Inhaber der zentralen Staatsgewalt bestellten. Man legte aber 1871 Wert darauf, das neue Reich als Erfüllung der Hoffnungen von 1848 hinzustellen und den Fortschritt, den man im Vergleich mit dem alten deutschen Bunde gemacht hatte, durch Annahme des Wortes Bundesstaat auszudrücken. Für das, was in Weimar geschehen, ist jetzt kein Wort mehr übrig. Man behauptet, das deutsche Reich sei in Weimar ein Einheitsstaat geworden und läßt unter den Tisch fallen, was das deutsche Reich noch immer von einem wirklichen Einheitsstaate, wie Frankreich oder Preußen, scheidet. Man ist versucht, sich mit einem neuen Wort „Einheitsbundesstaat" aus der Verlegenheit zu ziehen.

Wenn man aber auf die geschichtlichen Grundlagen unserer Verfassung zurückgeht, auf das Jahr 1848, kann man nicht im Zweifel sein, daß man das jetzt Geschaffene einen Bundesstaat zu nennen habe. Denn gerade das, was uns jetzt zum Einheitsstaat gemacht haben soll, ein Reichsparlament mit parlamentarischer Regierung und einen erblichen Kaiser (jetzt Präsidenten) zur Regierung des über den Einzelstaaten errichteten Gesamtstaates, das wollte man auch damals und nannte es Bundesstaat. Freilich hätte man 1848 den Weimarer Bundesstaat nicht für ein lebensfähiges Gebilde angesehen. Man war nicht der Meinung, daß Preußen in diesen Bundesstaat als Bundesglied eintreten könne, sondern verlangte, daß Preußen im Reiche aufgehen müsse, wie am 21. März 1848 ein nicht eingelöstes Königswort versprochen hatte. Und wie man sich dieses Aufgehen Preußens in Deutschland dachte und warum man den in Weimar geschaffenen Zustand für unhaltbar angesehen hätte, das ist heute noch lehrreich zu lesen. So sagt Pfizer in dem 1832 erschienenen Briefwechsel zweier Deutschen: „Es handelt sich nicht darum, dem preußischen Staate, sondern Deutschland mehr Einheit zu geben; alles liegt daran, daß der preußische Staat kein ungebührliches und schädliches Übergewicht erhalte. Eben weil eine kraftvolle föderative Staatsver-

Digitized by Google

fassung wegen der uns eingeborenen Vielheit angestrebt werden muß, ist im Interesse Deutschlands zu wünschen, daß die preußische Monarchie keine allgemeine Volksvertretung erhalte, sondern Provinzialvertretungen. Würde die preußische Monarchie jetzt durch Einführung eines preußischen Parlaments vollständig zentralisiert, so könnte Deutschland leicht einen Oberherrn in dem alsdann in Deutschland übermächtigen preußischen Volke bekommen, wovor Gott uns in Gnaden behüte." Ein Leitartikel der „Deutschen Zeitung" vom 11. Dezember 1848 beantwortet die Frage, wie sich Preußen organisch in Deutschland einfüge, wie folgt: „Der König von Preußen als erblicher Kaiser wird an der Spitze des Bundesstaates sich zu ewigem Schwanken verurteilt sehen zwischen seiner doppelten Regierung, seinen zwei Parlamenten, seinen zwei Residenzen (man dachte sich Frankfurt als Reichshauptstadt). Das geht nicht ... Wir müssen in Deutschland nur eine große Regierung, nur ein Parlament haben. Der Kaiser gewährte seinen früheren Provinzen, jetzt kaiserlichen Reichsländern, eine größere Autonomie unter Statthaltern und erweitere deren Zuständigkeit bis nahe an den Grad innerer Selbständigkeit, der nach der Reichsverfassung den fürstlichen Reichsländern noch verbleiben wird ... So entstünde ein einheitliches Reich." In der staatsrechtlichen Einsicht ging man in Berlin mit diesen Stimmen vollständig einig. So sagte Bismarck 1849 im preußischen Landtag: „Ich kann mir nicht denken, daß in Preußen und Deutschland zwei Verfassungen nebeneinander bestehen können." Ähnlich Stahl: „Reichstag und Landtag sind ohne Nebenbuhlerschaft und Kämpfe nebeneinander nicht möglich." Nur wollte man nicht in Deutschland aufgehen: „Meine Preußen sind in überwiegender Weise schwarz-weiß und lassen Deutschland höchstens als Akquisition aber keineswegs als Gegenstand gelten, in welchem sie aufgehen sollten," sprach damals König Friedrich Wilhelm IV. und wehrte sich sein Königreich Preußen, „die herrliche Schöpfung Gottes durch die Geschichte, aufzulösen aus Gehorsam gegen eine Versammlung, welche die angestammten höchsten Autoritäten des Vaterlandes für nichts achtet," soweit der Stammvater der Hirsch und Heine.

Bismarck hat dann das Reich geschaffen, ohne Preußen aufzulösen und zwar, wie man ihm nachrühmte, indem er zwei demokratische Vorurteile überwand, das parlamentarische und das unitarische Vorurteil. Ohne Reichsminister und ohne parlamentarische Regierung besorgte der König von Preußen für die verbündeten Regierungen durch seinen ersten Minister, genannt Reichskanzler, die Reichsgeschäfte. Schon die Revolution unter Prinz Max von Baden entzog der Bismarck'schen Konstruktion den Boden, da die Rückkehr zu den „demokratischen Vorurteilen" der einzige Ausweg war. So haben die Männer von 1848 wieder Recht bekommen.

Digitized by Google

III.

Der Beschluß der preußischen Landesversammlung hätte moralische Eroberungen in Süddeutschland machen können, wenn er klar die Absicht zum Ausdruck gebracht hätte, daß Preußen nun wirklich im Reiche aufgehen wolle. Er tat die gegenteilige Wirkung, weil man das unglückliche Wort Einheitsstaat gebrauchte und an die nichtpreußischen Staaten die Forderung stellte, gleichfalls im Reiche aufzugehen. Man fragt sich hier wohl mit Recht: Ja, haben wir das nicht schon längst getan? In welchen Stücken haben wir noch Selbstverwaltungsrechte, die den Preußen zu viel sind? Was stellen sich die Preußen unter Selbstverwaltung, gar unter weitestgehender Selbstverwaltung vor, die sie angeblich den deutschen Stämmen zugestehen wollen? Hier fehlt offenbar jegliche Anschauung, weil Preußen seit dem Jahre 1848 ein vollständig zentralisierter Einheitsstaat gewesen ist. Ganz nach den vorhin angegebenen Rezepten müssen daher die deutschen Mittelstaaten stehen bleiben, um ein Vorbild abzugeben für die erst zu errichtenden preußischen Länder. Einen andern Weg zu einem einheitlichen Reiche mit Selbstverwaltung der Stämme zu kommen, gibt es nicht. Welche preußischen Länder errichtet werden sollen, darüber brauchen von Bayern aus keine Vorschläge gebracht zu werden. Aber das Reich muß dazu die Hand bieten, daß die Liquidierung Preußens ohne Überstürzung und ohne Reibung vor sich gehen kann. Das Natürlichste wäre, daß die preußischen Minister ins Reichsministerium als Reichsminister einträten, um planmäßig die Errichtung der preußischen Länder und die allmähliche Überführung bisher gemeinsamer Angelegenheiten in deren Wirkungskreis zu betreiben. Kommt es zur Bildung preußischer Länder, so wird Bayerns heutige Stellungnahme auch bei ihnen Verständnis und Zustimmung finden.

Die Selbstentäußerung des deutschen Aktionärs

Unsere Aktiengesetzgebung kennt drei Instanzen für die Verwaltung der Aktiengesellschaften: die Generalversammlung, den Aufsichtsrat und Vorstand. Auf dem Papier ist von diesen dreien die Generalversammlung fast die mächtigste, denn sie wählt den Aufsichtsrat und indirekt durch diesen den Vorstand. Sie setzt die Dividende fest, gewährt oder verweigert die Entlastung an die Verwaltungsorgane, beschließt Kapitalserhöhungen, Sanierungen usw. So steht es auf dem Papier. In Wahrheit ist es nie so gewesen. Wer jemals Generalversammlungen besucht hat, der weiß, daß unter hundert kaum eine mehr als eine Formalität ist. Die Vorlagen werden fast immer ohne Erörterung angenommen, Anfragen der Aktionäre werden häufig kaum oder recht ungnädig beantwortet; die Verwaltung verschanzt sich hinter Geschäftsgeheimnissen und hat damit noch nicht einmal immer so un-

Digitized by Google

recht. Und selbst der Aufsichtsrat, der das vorgesetzte Organ für die Direktoren sein soll, wird auch nur formell von der Generalversammlung gewählt. Es ist häufig umgekehrt, wie es im Gesetzbuch steht. Der Vorstand bestimmt, wen er in den Aufsichtsrat haben will. Gerade bei ganz großen Gesellschaften, wie etwa bei den Banken und vielen Riesen-Industriegesellschaften muß man sich die Ergänzung des Aufsichtsrates ungefähr so darstellen.

Somit ist das Handelsgesetzbuch, soweit die Rechte des Aktionärs in Betracht kommen, in bedenklichem Maße ein Buch, in dem die Dinge nur auf dem Papier stehen, und nicht eine Kodifizierung der Verkehrsgewohnheiten, wie es eigentlich ein gutes Gesetzbuch sein soll. Tatsächlich sind die Väter unseres Aktienrechtes in dieser Beziehung schlechte Praktiker gewesen, denn wie die Dinge heute sind, mußten sie sich eigentlich für den Beobachter der Aktienverhältnisse so herausbilden. Denn die Aktie ist längst zu einer Ware und zwar zu einer sehr beweglichen Ware geworden, die häufig im schnellsten Umschlag den Besitzer wechselt, und dieser Besitzer hat nur selten eine innigere Fühlung mit dem Unternehmen. Häufig weiß er kaum, was die Gesellschaft herstellt. Er hat den Anteil gekauft, weil ihm irgend ein Bekannter einen guten oder schlechten Rat gegeben hat. Er will vor allem Kursgewinne machen. Aber selbst dort, wo ein Kapitalist einige Aktien nach sorgfältiger Überlegung erworben hat und ihre Bilanzen studiert, ist er unter Umständen gar nicht in der Lage, von seinem Rechte, in der Generalversammlung aufzutreten, Gebrauch zu machen. Man denke etwa an den Fall, daß jemand Aktien einer Gesellschaft besitzt, die einige hundert Kilometer weit entfernt ist. Dann würden ja Reisekosten und Reisespesen erheblich mehr verzehren, als die Dividende einbringt.

Nie ist diese vielleicht naturnotwendige Interesselosigkeit des Aktionärs deutlicher zum Vorschein gekommen, wie gerade in diesen Wochen, wo seine Rechte von Grund auf beschnitten werden.

Die angeblich sehr großen *Käufe ausländischer Kapitalisten* auf den deutschen Börsen haben die Befürchtung aufkommen lassen, daß die Majorität in zahlreichen deutschen Gesellschaften in fremden Besitz übergehen könne, was zweifellos unter Umständen unserer Wirtschaft schaden kann. Die Verwaltungen sind nun auf den Gedanken gekommen, sich gegen diese Gefahr durch *Schaffung von Vorzugsaktien* mit mehrfachem Stimmrecht zu schützen. Ob das Mittel notwendig war, muß von vornherein zweifelhaft bleiben. Früher hatte man einen einfacheren Weg, man bestimmte in den Statuten, daß die Verwaltung von deutschen Staatsangehörigen besetzt sein müsse. Wenn man aber annimmt, daß dieser Schutz nicht genügt, da ja die ausländischen Interessenten Strohmänner einsetzen oder die Statuten umstoßen könnten, so wären noch andere Maßnahmen möglich gewesen, wie etwa die Schaffung von Schutzmaßnahmen für eine von

Digitized by Google

vornherein begrenzte Zeit. Man hat das aber nicht getan, sondern eine neue Aktienart mit mehrfachem Stimmrecht geschaffen. Zuerst ist das in bescheidenem Maße der Fall gewesen, als die chemische Großindustrie diese Vorzugsaktien mit doppeltem Stimmrecht ausstattete. Dann aber wurde man etwas forscher, und heute gibt es schon Unternehmungen, die ein dreißigfaches Stimmrecht für ihre Vorzugsaktien bestimmen. Man hätte nun erwarten sollen, daß wenigstens ein Teil der Stammaktien sich gegen diese Entrechtung mit aller Energie wendet. Nichts von alledem. Nur in den seltensten Fällen kam es zu ziemlich bescheidenen Einsprüchen, und auch diese wurden immer schnell überwunden.

Soll man sich darüber aufregen, soll man die armen Stammaktionäre bedauern? Nein, sie haben ihr Urteil selbst gesprochen und haben aller Welt klar gelegt, daß sie sich im Grunde fühlen als Besitzer variabler Schuldverschreibungen und auf keinen Fall als Unternehmer einer Gesellschaft. Es wäre unter diesen Umständen Kraftverschwendung, sich für die Rechte der Aktionäre einzusetzen. Soweit ist die Angelegenheit erledigt. Sie hat aber doch noch eine andere, eine soziale und wirtschaftspolitische Seite. Der Gedanke nämlich, daß neben dem kleinen Klüngel der Verwaltung auch noch andere mitzusprechen hätten beim Wohl und Wehe unserer großen Gesellschaften, ist an und für sich richtig und insofern ist der Gesetzgebung durchaus zuzustimmen. Sie hat nur das falsche Objekt dazu auserkoren.

Nachdem nun einmal ein Vakuum klar zutage tritt, muß man sich fragen, ob nicht an Stelle des Aktionärs jemand anders mit seinen Rechten betraut werden soll. Man muß das um so mehr, als das Aktiengesetz noch aus einer Zeit herrührt, in der das ganze Sinnen und Denken des Gesetzgebers rein kapitalistisch orientiert war und man nur an den Geldgeber dachte, darüber aber vergaß, daß schließlich auch noch andere einen großen Anteil an unseren großen Gesellschaften nehmen. Es ist vor allem der Brotnehmer in seinen verschiedensten Formen, angefangen vom Arbeiter bis zum kaufmännischen Angestellten und dem Techniker. Gerade die zuletzt genannten, die geistigen Arbeiter, sind ja für das Wohl und Wehe der Gesellschaft von ausschlaggebender Bedeutung. Wer nun die Verhältnisse näher kennt, der weiß, daß es ihnen häufig nicht möglich ist, ihren Rat, ihre intimen Kenntnisse der Dinge zum allgemeinen Wohl zur Verfügung zu stellen. Bürokratie und Herrschsucht sind ja schließlich auch im Privatunternehmen nicht immer ganz fern. Aber auch noch eine andere Kategorie hätte gar manches bei großen Unternehmungen mitzusprechen, und das ist der Abnehmer. Selbstverständlich wird es nicht ohne weiteres möglich sein, bei jeder kleineren oder mittleren Aktiengesellschaft die Kunden ohne weiteres in die Verwaltung hineinzunehmen. Das könnte ja gewiß manchmal zu bösen Konsequenzen führen. Es wird auf die Größe und Art des Unternehmens ankommen. Sobald es um sich monopolähnliche Gebilde handelt, könnte man dem Abnehmer viel mehr als bisher Rechte

Digitized by Google

einräumen. In gewisser Beziehung geschieht das ja bereits jetzt bei der Neuordnung unserer Kohlenwirtschaft.

Aber das sind erst Anfänge. Die andere Seite der Angelegenheit, das Mitbestimmungsrecht des Angestellten, soll jetzt durch das Betriebsrätegesetz geregelt werden. Es ist ein Kompromiß zustande gekommen, bei dem der Unternehmer sich nicht zu beklagen haben wird. Bei der ganzen Angelegenheit ist vielleicht der hier gegebene Gesichtspunkt, das Versagen des Aktionärs, etwas zu wenig berücksichtigt worden. Gerade deshalb sei allen denen, die von dem Betriebsrätegesetz Schlimmes befürchten, auch einmal die Tatsache unterbreitet, daß die Rechte des Aktionärs auf Mitbestimmung längst nurmehr auf dem Papier stehen.

Severus Linter.

Notizen

Der Potsdamer Kriegsrat und der Kaiser. In der Januar-Nummer der hier schon zitierten englischen Zeitschrift „Foreign Affairs" widerlegt ihr Herausgeber, E. D. Morel, gründlich die erstmals im September 1914 von einer holländischen Zeitung gebrachte Legende von dem geheimen Kriegsrat, der am 5. oder 6. Juli 1914 in Potsdam stattgefunden haben soll. Sie spielt eine große Rolle in dem Versailler Anklage-Pamphlet über Deutschlands Allein-Schuld am Kriege und wird trotz allen Gegenbeweisen von der Entente immer noch liebevoll gepflegt. Nach Morel hatte die Legende anfangs nur wenig oder gar keine Beachtung gefunden. Sie wurde erst am 28. Juli 1917, kurz nach dem bekannten Reichstags-Beschluß, von der „Times" wiederaufgetischt, und am 4. August 1917 machte sie Lloyd George zur Grundlage einer Rede, die auf einen leidenschaftlichen Aufruf zur Fortsetzung des Krieges bis zum bittern Ende hinauslief — angesichts dieser neuen Enthüllung „der gefährlichsten Verschwörung, die je gegen die Freiheit der Völker angezettelt wurde, sorgfältig, geschickt, heimtückisch und hinterrücks, mit grausamer, zynischer Entschlossenheit in jeder Einzelheit entworfen."

E. D. Morel weist darauf hin, daß

> „Kenner der auswärtigen Politik bei dieser Gelegenheit den Zusammenhang der „Times" mit Lloyd George bemerkten, wie sie sich auch eines ähnlichen Zusammenhangs im Juli 1911, zur Höhezeit der 2. Marokko-Krise, erinnerten, als die „Times" die angeblichen „Forderungen" Deutschlands an Frankreich veröffentlichte, worauf Lloyd Georges Drohrede im Mansionhaus unmittelbar folgte. Der Bericht der „Times" erwies sich späterhin als unwahr. Aber das Unheil war geschehen. Das gleiche Zusammenspiel führte im Juli 1917 zum gleichen Ergebnis. Der beabsichtigte Zweck ward erreicht" —

nämlich die Aufpeitschung der Leidenschaften zur Verlängerung des Kriegs. Denn nach Morel, der stets die Allein-Schuld Deutschlands abgelehnt hat und immer für einen Verständigungsfrieden eintrat,

> „liegt reichliches Beweismaterial dafür vor, daß die Staatsmänner Österreichs und Deutschlands im Frühjahr und Sommer 1917 wirklich bestrebt waren, einen allge-

Digitized by Google

meinen Frieden, nicht der Eroberung, sondern der Verständigung zu schließen. Hätten damals die Lenker der auswärtigen Politik Englands und Frankreichs nur den geringsten Wunsch geäußert, solch einen Frieden zu schließen, dann wären uns die Schrecken der letzten 2 Jahre möglicherweise erspart geblieben."

Die „ruchlosen Geheim-Verträge" aber zwangen sie, einen Gewaltfrieden anzustreben,

„der allein ihnen den Raub sichern konnte, nach dem sie verlangten. Sie waren es, die die Stockholmer Konferenz scheitern ließen und nicht die Deutschen."

Weiterhin legt Morel die vollkommene Haltlosigkeit der Legende klar unter Berufung auf die Äußerungen des Sir Horace Rumbold von der britischen Botschaft in Berlin und des Sir Maurice de Bunsen, britischen Botschafters in Wien, sowie unter Berufung auf das Ergebnis der Verhöre vor dem deutschen Untersuchungsausschuß. Morel hebt hervor, wie der Kaiser am Tag seiner Abreise mehreren Offizieren seine Überzeugung ausdrückte, der Mord von Sarajevo werde keine Kriegsfolgen zeitigen. Als Beleg für des Kaisers Gesinnung führt er zum Schlusse ein „bisher unveröffentlichtes Blatt der Geschichte", einen Brief des Geistlichen J. L. Dampier-Bennett an, der 1914 britischer Kaplan in Balholm war, wohin des Kaisers nordische Fahrt ging. Morel bemerkt dazu, daß der Geistliche durchaus kein Anhänger der „Union of Democratic Control" war. Über den ganz unzweideutigen Eindruck, den der Kaiser damals auf die in Balholm Anwesenden gemacht, schrieb Dampier-Bennett Ende 1915 an Morel u. a.:

„Die Zahl der englischen und amerikanischen Besucher in Balholm im vergangenen Jahr war außerordentlich gering. Aber auf die wenigen, die zum Besuch des Kaisers und der jährlichen „Deutschen Invasion" da waren, machte der tragische Ausgang jenes Besuchs solch einen tiefen Eindruck, daß ich bei Kriegsausbruch in Balholm, sei es von englischer, amerikanischer, norwegischer, schwedischer oder dänischer Seite, selbst im wildesten Toben gegen Deutschland wegen des Einfalls in Belgien gar nie eine andere Überzeugung aussprechen hörte als diese: Daß der Kaiser aufrichtig sein Äußerstes in dem Versuch getan hatte, den Krieg aufzuhalten, sobald er ihn drohen sah." — Der Geistliche, der den Kaiser selbst nicht sah, aber dessen Freunde — „keineswegs Germanophilen" — als Gäste des Kaisers beim Überreichen der Note zugegen waren, fährt fort: „Ich muß gestehen, daß ich keinen Augenblick Seelenfrieden mehr gehabt habe, seitdem der Kaiser Balholm mit solch tragischer Plötzlichkeit verlassen hat. Er mag, wie man sagt, ein guter Schauspieler sein. Aber der Monarch, der beim Empfang einer Note Angst und Qual so zu heucheln vermag, daß er sein Gesicht augenblicklich totenfahl werden lassen kann, muß ein Schauspieler von ganz einzigartigen Fähigkeiten sein."

Und der Geistliche schließt seinen Brief damit, daß man in England über kurz oder lang sehr wesentlichen Wahrheiten werde ins Gesicht sehen müssen. H. L.

Die Antidumping-Bill. Die Antidumping-Bill bezweckt bekanntlich in der Hauptsache, das deutsche Erzeugnis von den englischen Grenzen fernzuhalten im Interesse der britischen Industrie, die sich durch das Vordringen des deutschen Fabrikates in ihrer Existenzmöglichkeit, in ihrer Ellenbogenfreiheit bedroht fühlt. Aber hauptsächlich sollen doch die sogenannten Schlüsselindustrien, d. h. die neuen, während des Krieges angepflanzten Industrien, durch dieses neue Gesetz geschützt werden. Daß nicht alle Wirtschaftskreise in Großbritannien auf dem Standpunkt stehen, den sich die britische Regierung zu eigen

Digitized by Google

gemacht hat, kann man einem Aufsatz entnehmen, der am 24. November in den „Times" erschienen ist und zwar in der Form einer Zuschrift aus dem Leserkreise:

Mit Bezug auf Farbstoffe wird dort gesagt:

„Es ist genügend bekannt, daß viele Farbstoffe dringend gebraucht werden, die von den britischen Farbwerken nicht herausgebracht und infolgedessen aus Amerika und der Schweiz importiert werden müssen. Der unglückliche Farbenverbraucher in England muß sich bei jedem Import vom Handelsamt eine besondere Einfuhrerlaubnis beschaffen und weiß niemals im voraus, ob er diese Erlaubnis erhält und wann. Das Handelsamt ist also der einzige Lieferant für ausländische Farbstoffe gegenüber 1½ Millionen Interessenten, die hier in Großbritannien in Frage kommen. Da der britische Farbenverbraucher niemals weiß, wann und wieviel er von dem benötigten Material erhält, ist er auch nicht in der Lage, seine Geschäftsoperationen auszudehnen. Das Verbot, gewisse hochklassige Chemikalien, optische und wissenschaftliche Instrumente einzuführen, was übrigens auch für Glaswaren für technische Zwecke gilt, ist für jede Nachforschungsarbeit und wissenschaftliche Lehrtätigkeit ein schwerer Schlag. Nicht nur sind die Preise exorbitant, auch die Qualität ist skandalös schlecht, da in Großbritannien 2—3 Firmen das Monopol haben und weit entfernt davon sind, der Nachfrage zu genügen.

Nehmen wir Zinkoxyd und Lithophone. Vor dem Kriege ist Zinkoxyd aus Amerika eingeführt worden. Heute besteht eine kleine Fabrik im Lande und ferner eine große und eine kleine Fabrik für Lithophon (welch letzteres hauptsächlich von Holland gekommen ist), die für den englischen Bedarf sorgen sollen. Diese Monopolstellung bewirkt, daß Lithophone, das vor dem Kriege mit 9 Pfund Sterling die Tonne eingekauft wurde, sich heute auf 40 Pfund Sterling stellt. So könnte man der Beispiele noch mehr liefern.

Die Einfuhrpolitik, diese Artikel betreffend, wird von einer beamteten Verwaltung betrieben und das ist die größte Gefahr für die britische Industrie, denn jeder Fortschritt wird vorerst gezwungen sein, den Widerstand zu bekämpfen, der ihm von einem Beamtentum gemacht wird, das sich nicht emporheben kann über eine bürokratische Regelung und niemals begreifen wird, daß die wirtschaftlichen Notwendigkeiten des Landes nicht darauf hinzielen können, die heimatlichen konkurrenzunfähigen Industrien zu fördern, sondern sich darauf konzentrieren müssen, die notwendigen Verbrauchsmaterialien in genügender Menge und in guter Qualität zu verhältnismäßig billigen Preisen den Fabrikanten zur Verfügung zu stellen. Daß in solchem Falle auch der englische Ausfuhrhandel leichter emporkommen würde, bedarf keiner besonderen Erörterung."

Wir sehen also, daß die „Times" selbst nicht umhin kann, die Folgen der Antidumping-Bill als nachteilig für die großbritannischen Wirtschaftsinteressen zu bezeichnen und das Verhalten der Regierung zu kritisieren, die allein unter der Hypnose jener Interessenten in England handelt, die eine gewaltsame Förderung und Aufrechterhaltung der künstlichen Schlüsselindustrien als das Um und Auf einer gesunden Zollpolitik auffassen.

Schweizerische Wirtschaftsorientierung nach dem Westen. Die Markentwertung hat als Folgeerscheinung für die schweizerische Industrie die Unmöglichkeit geschaffen, nach Deutschland zu exportieren. Da der deutsche Konsum vielfach aus schweizerischen Quellen gespeist worden ist, solange die deutsche Währung sich auf einer halbwegs vernünftigen Höhe hielt, ist dieser völlige Rückgang der schweizerischen Ausfuhr nach Deutschland eine Tatsache, die in der Schweiz vielfach mit Erbitterung registriert wird. Zieht man in Betracht, daß die Ententeländer nach wie vor *gehalten* sind, recht

Digitized by Google

namhafte Bestellungen den Schweizer Werken zugehen zu lassen, und fügt man dem hinzu, daß die Westmächte Ursache haben, der schweizerischen Fabrikation durch Lieferung von Rohstoffen zu helfen, so sieht man hier eine Interessenverquickung in der Entwickelung, die eine Orientierung der schweizerischen Wirtschaftspolitik nach dem Westen nicht nur fordert, sondern geradezu erzwingt.

Wir wollen hier nicht alle jene Momente anführen, die eine Entfremdung in den deutsch-schweizerischen Wirtschaftsbeziehungen herbeizuführen geeignet sind, aber an der Tatsache können wir nicht vorbeigehen, daß der schweizerische Gläubiger seit einem Jahr seine Guthaben in Deutschland lassen muß, weil er durch die Wertverminderung der Mark in der Einziehung seiner Forderungen gehindert ist. Auch das müssen wir erwähnen, daß das Ansammeln deutscher Guthaben in schweizerischer Währung in den schweizerischen Bankinstituten mit scheelen Augen angesehen wird, namentlich deshalb, weil diese Operation für den deutschen Verkäufer die Aussicht namhafter Kursgewinne bringt, verbunden mit der Möglichkeit, der Erfassung durch die deutschen Steuerbehörden zu entgehen. Aber in der Hauptsache: Die Alimentierung der schweizerischen Fabriken durch die Westmächte erzwingt, wie wir bereits gesagt haben, das Überquellen der schweizerischen Wirtschaftsinteressen nach dem Westen, womit nolens volens ein Abfärben auf die politischen Verhältnisse riskiert wird. Die Schweiz hat sich bisher in all ihren Emanationen neutral gehalten. Sie will gewiß auch diese neutrale Zwischenstellung beibehalten. Aber die Unmöglichkeit, die schweizerischen Fabrikate nach Deutschland zu bringen, dafür aber die Bequemlichkeit, das schweizerische Produkt in Frankreich und England abzusetzen . . ., diese Entwicklungen bringen in notwendiger Folge ein Verrücken des schweizerischen Standpunktes nach dem Westen und erzeugen mit Bezug auf das Zukunftsverhältnis mit Deutschland Eventualitäten, die deutscherseits gewiß richtig eingeschätzt zu werden verdienen.

Dieser Nummer liegt ein Prospekt des Zeitfragenverlags, Berlin-Zehlendorf-West, über das Buch „Rettung aus der Valuta-Not" von Dr. J. Reichert bei. Wir empfehlen den Prospekt der besonderen Beachtung unserer Leser.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt. Redaktion: Schöneberger Ufer 36 a I. Telephon: Nollendorf 928. Für Anzeigen F. W. Kiel, Berlin-Schöneberg. Verlag Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland, Österreich-Ungarn und Luxemburg M. 7.20, übriges Ausland M. 7.50. Einzelnummer 50 Pfg. Gedruckt in der Buchdruckerei Hermann Bergmann, Berlin SW 68.

Digitized by Google

5. Jahrgang * 6. Februar 1920 * Heft 6

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Der fatal witzige Journalist der „Täglichen Rundschau", der im Jargon dieses Blattes Erzberger „kugelrund, aber nicht kugelfest" genannt hatte, wird vielleicht doch etwas erschrocken sein, als der Anschlag auf den Reichsfinanzminister seine menschenfreundliche These bestätigte. Erzberger ist wie durch ein Wunder nicht das Opfer des Attentats geworden; wenn er genesen sein wird, umglänzt ihn der Schein des Märtyrers. Kein Zweifel: dieser verbrecherische Versuch, den verhaßten Minister zu beseitigen, trägt störende Momente in das Bedürfnis der deutschen Öffentlichkeit, die Angelegenheiten, die dem Prozeß mit Helfferich zugrunde liegen, in leidenschaftsloser Sachlichkeit geklärt zu wissen. An dieser Klarheit muß auch Erzberger und seinen Freunden gelegen sein; denn das Urteil über die Tätigkeit des Ministers darf nicht auf Empfindungen menschlichen Mitgefühls aufgebaut sein, sondern auf klarer Erkenntnis. Diese soll der Prozeß erbringen. Aber neben dem „Fall Erzberger" gibt es noch den der deutschen Jugend. Für ihn ist der Revolverschuß des Primaners v. Hirschfeld nur ein Symptom. Politische Attentate werden von der Geschichte mit heroischem Glanz umgeben; die Ermordung Kotzebues durch Ludwig Sand, so töricht sie war, ist zu einem Stück patriotischer Romantik geworden. Aber eine Verhätschelung solchen Idealismus ist etwas ungemein Gefährliches, weil sie Gesinnungen schematisiert, die dann als Massentatsache kläglich und verantwortungslos werden. Die Zensur, die sich heute Studenten über die Professoren als Sport leisten, etwa die „Ablehnung" eines naturwissenschaftlichen Dozenten, weil er Jude ist, ist etwas Ungeheuerliches. Wir sind in der Gefahr, daß dies Geschlecht mit einer fabelhaften Selbstsicherheit einer Verrohung des inneren Takts anheimfällt, daß die Klagen der bürgerlichen Ordnungsblätter über terroristische Brutalitäten der Arbeiterschaft zu einer unerträglichen Heuchelei werden.

Digitized by Google

Die ungarischen Wahlen haben, Antwort auf die Herrschaft der Bolschewisten, einen außerordentlichen Sieg der monarchistisch-konservativen Richtung gebracht. Das war zu erwarten und ist nicht verwunderlich; unsere Radikalinski müßten das als Lehre verstehen, wenn sie nicht Amokläufer des Zusammenschlagens wären. Nun ist aber die Frage: wird das Magyarentum diese Wendung mit einer Restauration der Monarchie abschließen? Der Anwärter ist im Erzherzog Joseph vorhanden. In Wien und Prag spürt man die Möglichkeit eines benachbarten Habsburger Thrones als peinliche Beunruhigung und es sieht aus, als ob beide Staaten, die in der Frage von Westungarn und der Slowakei ihre unbereinigten Probleme gegenüber Budapest besitzen, sich gemeinsam auf einen magyarischen Imperialimus einrichten. Zwar vernichtet der Friede von Neuilly das alte Ungarn; aber keiner der Großstaaten sieht die ungarische Angelegenheit als eine Frage erster Ordnung an. Und Ungarn selber ist in seinem Ernährungsstand unabhängig, also auch in der Möglichkeit, seine Politik trotz aller Fesselung vom eigenen Boden aus neu aufzurichten.

*

Barnes' Rücktritt aus Lloyd Georges Kabinett steht offenbar mit der von Lord Birkenhead geplanten Nationalpartei in Verbindung. Da die Konservativen, die doch das Rückgrat der Lloyd George-Koalition bilden, augenscheinlich eine schärfere Kampfstellung gegen die Arbeiterschaft einnehmen wollen, so haben die Arbeitervertreter die Konsequenz aus dieser Tatsache gezogen, und sind aus der Regierung ausgeschieden. Die englischen Parteiverhältnisse sind überhaupt in Fluß geraten, was Asquith für den geeigneten Zeitpunkt erachtet hat, wieder ins aktive politische Leben zurückzukehren, von dem ihm die Khakiwahlen ferngehalten hatten. Sein Programm lautet: Vereinigung der durch Lloyd George gespalteten Liberalen. Wenn er auch in seiner Nachwahl im Kampf mit den Arbeitern steht, wird er doch stets Wert darauf legen, daß von seiner Partei die Brücke nach links nicht ganz abgebrochen wird. Durch diese seine Haltung den Arbeitern gegenüber unterscheidet er sich völlig von der neuen Nationalpartei Lord Birkenheads, der der Arbeiterpartei den schärfsten Kampf ansagt.

*

Als der Bolschewismus seine Visitenkarte in Europa abgab, stand darauf: Weltfriede. Das wurde damals von dem mit russischen Verhältnissen nicht vertrauten Europa für Ernst genommen. Jetzt weiß man es besser. Der russische Bolschewismus ist nicht weniger imperialistisch gesinnt, als der russische Zarismus, von dem er auch die gesamte Geheimpolizei nebst Folterreinrichtungen übernommen hat. Nun kann er diese Mittel mit noch größerer Virtuosität benutzen, weil er es nicht, wie der Zarismus, nötig hat, sein europäisches Gesicht zu wahren.

Digitized by Google

Bestandsaufnahme

Von Professor Dr. Philipp Stein

Gleichmütiger hat noch kein Verurteilter sein Todesurteil aufgenommen als das deutsche Volk. Alles ging am 10. Januar 1920 seinen Alltagsgang: Die Regierung erließ Aufrufe, die Zeitungen schrieben Leitartikel über den Frieden und gegen ihre politischen Gegner, die Staatsbürger und Staatsbürgerinnen arbeiteten oder schoben, spielten oder tafelten, tanzten oder gingen in Theater oder Kino. War es Sterbefrieden oder Sterbenswurstigkeit, innere Gelassenheit oder leichtsinnige Gleichgültigkeit, Stumpfheit oder ursprüngliches und unerschütterliches Lebensgefühl des Nicht-sterben-könnens?

Für Herrn und Frau Jedermann, die, einerlei ob sie in Dachkammern oder in Palästen wohnen, in ihren Gedanken nur um das kostbare eigene Ich kreisen, war der Krieg seit dem Waffenstillstand, sicherlich aber seit dem 9. November 1918 zu Ende. Für die Revolutionäre und die meisten der „Revolutionäre" war der Sinn der Revolution, „Schluß mit dem Krieg zu machen", daher das Hoffen und Reden von der roten Fahne auf den englischen Kriegsschiffen und in den französischen Schützengräben.

Über den Frieden soll klagen, wer an Wilson, an den Sieg der Gerechtigkeit, an die Weltrevolution in bengalischer Beleuchtung und andere mehr oder minder schöne Illusionen für politische Kinder und Deutsche geglaubt hat.

Uns ist auferlegt, was wir gewiß nicht verdient und nicht gewollt, aber was wir herbeigeführt haben, als wir unsere Waffen hinwarfen und unsere Bereitwilligkeit zum Frieden um jeden Preis erklärten. Wir haben um Waffenstillstand gebeten und verhandeln wollen, wo es nur noch ein kämpfend Widerstehen oder Unterwerfen gab. So haben wir uns auch politisch von einer schlechten Verteidigungsstellung zur schlechteren drängen lassen und haben schließlich in der schlechtesten und unwürdigsten bedingungslos kapituliert.

Es ist vorgeschlagen worden, jedem deutschen Schüler einen Abdruck der neuen Reichsverfassung zu geben. Es wird notwendiger sein, daß jedem Deutschen der Friedensvertrag auf den Tisch gelegt und die Landkarte des neuen Deutschland an die Wand gehängt wird. Die eine spricht von seinen Rechten, die anderen reden von seinen Pflichten. Nach der Reichsverfassung sind wir „das freieste Volk" der Erde. Der Verfasser der Reichsverfassung hat uns neulich, sich zum Ruhm und uns zur Beruhigung, mitgeteilt, daß selbst die amerikanische Verfassung in einigen Punkten nicht gut genug für uns gewesen sei. Nach dem Friedensvertrag sind wir — halt. Im Toben des Krieges und im Lärm der Revolution haben die stärksten Worte durch Übergebrauch Wirkung und Wert verloren. Vaterland

Digitized by Google

und Ehre, Ordnung und Arbeit, Freiheit und Unabhängigkeit sind heute papierne Werte. Will man von jedermann verstanden werden, so muß man von seinen Interessen reden.

Jeder Engländer kannte oder empfand naturhaft das Wort, das 20 Jahre vor dem Krieg ein Engländer seinen Landsleuten ins Hauptbuch geschrieben hatte: Am Tag nach der Vernichtung Deutschlands wird jeder Engländer reicher sein. Mit größerem Recht gilt das andere Wort: Durch Kriegsausgang und Revolution ist jeder Deutsche ärmer geworden. Engländer sein bedeutet heute ein Vermögen, einen sicheren Kreditbrief, Deutscher sein eine Bürde. Gleich wie dem Deutschen Reich in dem Völkerbund, so wird jedem Deutschen draußen eine Bewährungsfrist gesetzt sein, auch wenn man insgeheim seine Dienste in Anspruch nehmen und offen seine Waren billigst kaufen wird.

Der Friedensschluß ist ein Gerichtstag für jeden einzelnen Deutschen, von Wilhelm II. bis zum letzten Tagelöhner. Auch wem Danzig und Straßburg nichts sagen, wer nicht weiß, was Posen und Oberschlesien und Saargebiet für Deutschlands Volkswirtschaft bedeuten, wer sich bei der Knebelung der Deutschen im besetzten Gebiet mit dem Worte abfindet: Wir haben es in Belgien und in Frankreich nicht anders gemacht, wer immer noch an Wilson und seine Propheten glaubt und von der alleinigen Kriegsschuld Deutschlands überzeugt ist, wird an seinen und seiner Kinder Arbeits- und Lebensbedingungen und Vorankommen von Tag zu Tag lernen, daß der Friede von Versailles wirklich nichts anderes ist als die Fortsetzung des Krieges unter Wegfall der militärischen Mittel, daß er in der Verfolgung den Sieg erst vervollständigen und sichern soll. Er richtet sich ebenso gegen jeden einzelnen Deutschen und das gesamte deutsche Volk, wie die wirksamste Waffe im Krieg, die Blockade, jeden Deutschen, jede Frau, jedes Kind treffen sollte und traf. Der Friede entscheidet über Sein und Nichtsein von jedermann, er wirft den Feuerbrand seiner Tragik in die Schlösser der Könige und schickt die graue Sorge in die Dachkammer des Armen, und die pressende Wucht seines Schicksals zeigt sich darin, daß er Kaiser und Könige von ihren Thronen drängt, wie in der Einengung des Lebensraumes irgend eines kleinen Schreiberleins.

Jeder von uns und unser ganzes Volk muß Gerichtstag über sich halten, muß einen Abschlußstrich hinter das bisherige Leben ziehen, eine Aufstellung über Soll und Haben für das frühere Leben und eine Bestandsaufnahme machen dessen, was ihm an Werten geblieben ist. Hier hilft kein Drehen und Wenden, kein Ausweichen und Vertrösten, rückhaltlos müssen alle Posten auf ihren tatsächlichen Wert geprüft und danach aufgenommen werden. Das Deutschland nach dem Frieden ist ein völlig anderes Deutschland als das vom 31. Juli 1914 nach außen wie im innern. Selbst nach einem siegreichen Ende des Krieges hätten wir unter

Digitized by Google

der Last der Kriegskosten, die uns ebensowenig jemand abgenommen hätte, wie wir dazu imstande sind, unter der Verteuerung der Erzeugung unser Leben auf die Dauer — nach einer kurzen Spanne des Rausches — um vieles sparsamer und einfacher einrichten müssen als vor dem Krieg. Man kann mit gewissem Recht sagen, daß jeder Monat Krieg uns ein Jahr in unserer Lebenshaltung zurückgebracht hat, nach verlorenem Krieg, unter der Wirkung der wirtschaftlichen Spannungen und Belastungen der Revolution, in der wir noch mitten drin stehen, müssen wir in unseren Lebensansprüchen um 100 Jahre und mehr zurück.

Es gibt keinen anderen ersten Schritt als festzustellen und auszusprechen, das was ist, auch wenn es uns ans Leben geht. Das ist für uns schwerer als für andere. Unser Tatsachensinn ist verkümmert, wie wir immer und immer wieder jeder noch so luftigen Illusion unterliegen, zeigen Krieg und Revolution, unsere Regierung und unsere Presse bis auf den letzten Tag. Vielleicht stirbt erst mit dem letzten Deutschen die letzte Illusion. Aber wenn wir überhaupt wieder hoch kommen wollen, so muß hinter jedem Deutschen ein Schmied von Ruhla stehen, der ihm zuruft: Deutscher werde hart. Hart gegen alle und in allem, namentlich gegen dich selbst.

In den Zeiten des „alten Obrigkeitsstaates" — der wirtschaftlich, militärisch und politisch doch immerhin etwas bedeutete — war die Überschätzung unseres Könnens und die Überspannung unserer Strebungen gefährlich, heute ist sie es nicht mehr für andere, nur noch für uns, dazu noch dumm und lächerlich.

Auf der Sollseite unserer Bestandsaufnahme stehen als erste Posten die beiden Tatsachen: Wir sind ein beherrschtes Land und wir sind ein armes Volk.

Solange der Friedensvertrag in Kraft ist und hinter ihm der Wille unserer Feinde steht, selbst wenn alle Bestimmungen bis auf die der Wiedergutmachung aufgehoben sein sollten, werden die Ententekommissionen unsere eigentliche Regierung sein, wird jede deutsche Regierung, heiße der Reichskanzler Scheidemann oder Ludendorff, Erzberger oder Helfferich, Zubeil oder Stresemann, bilde die Linke oder die Rechte die Mehrheit, haben wir an der obersten Stelle einen Präsidenten oder einen Diktator, von Ententegnaden leben. Wir sind nicht eine Macht zweiten Ranges, sondern besitzen nur noch den Schein der Souveränität. Wir sind nicht mehr Träger der Politik, sondern Gegenstand des politischen Willens anderer Mächte. Wir brauchen uns daher auch nicht den Kopf zu zerbrechen, ob und wohin wir Botschafter, Gesandte oder Geschäftsträger entsenden werden, das alles wird uns zugelassen oder ausdrücklich vorgeschrieben werden. Die alte Türkei mit ihrer europäischen Schuldenverwaltung und Finanzaufsicht und ihren Kapitulationen war ein selbständigerer Staat und die heutige Türkei mit ihrer Armee in Anatolien und ihren Verbindungen und Einflüssen in

Digitized by Google

der asiatischen und afrikanischen Welt, ist eine stärkere und mehr gefürchtete Macht als das deutsche Reich.

Wir sind militärisch machtlos, auch wenn uns statt der 100 000 Mann die fünffache Friedensstärke zugelassen wäre, denn hatten wir früher zwei offene Grenzen, so haben wir jetzt überhaupt keine verteidigungsfähige Seite mehr, fehlen uns heute die finanziellen und technischen Mittel, die strategischen und organisatorischen Bedingungen der Führung und des Aufmarsches im Kriegsfall. Gegen Napoleon konnte sich das gedemütigte Preußen erheben, aber auch erst nach dem russischen Winterfeldzug, weil es im Bunde mit der damaligen „Welt" gegen den Weltfriedensstörer war; heute stehen wir in der Rolle Napoleons, und der Völkerbund ist die organisierte Schutzwehr gegen ein Deutschland, das eine Rückkehr von Elba erleben könnte.

Wir sind wirtschaftlich nicht mehr Herren unseres Geschickes. Durch den Friedensvertrag sind Staat und wir Schuldknechte und müssen für die Fremden zinsen und arbeiten. Infolge des Zusammenbruchs — nicht des Friedensvertrags — verschleudern wir im Schleuderausverkauf unsere Waren, und unsere Vermögenswerte und die Kräfte unserer Erzeugung gehen in fremden Besitz über. Auch wenn unsere früheren Feinde und jetzigen Nachbarn im „friedlichen Geschäftsverkehr" nicht die Aktienmehrheiten unserer großen Gesellschaften erwerben oder die Unternehmungen aufkaufen sollten, werden sie auf anderem Wege durch Lieferung von Rohstoffen, durch Kreditgewährung, durch Zuteilung von Arbeitsaufträgen Herren unserer Fabriken, Handelshäuser und Werkstätten werden. Was sie nicht kaufen, werden sie mieten mit Einrichtungen und Angestellten vom Generaldirektor bis zum Pförtner. Ein großer Teil unserer Unternehmer wird künftig nur noch dem Namen nach selbständig, in Wirklichkeit Beauftragter, Werkmeister oder eine neue Art von hausindustriellem Meister sein, der im Werkvertrag für amerikanische oder englische Verleger arbeitet. So lange unsere Währung wesentlich unter dem Goldstande steht, ist es für die amerikanischen und englischen Finanzleute eine einfache Rechnung, bis zu welchem „Werklohn" es für sie vorteilhaft ist, die Deutschen im Lohn arbeiten zu lassen. Der Tagelohn eines gewöhnlichen amerikanischen Arbeiters beträgt heute allermindestens 5—6 Dollar, er steigt für besondere Facharbeiter bis auf 25 und mehr Dollar. Der amerikanische Fabrikant könnte also bei dem gegenwärtigen Stand der Valuta dem deutschen Unternehmer einen Werklohn von 300 Mark täglich je Arbeiter bewilligen und dabei eine beträchtliche Lohnersparnis erzielen, und es ist eine Frage reiner Rechnungsvergleichung, ob diese Lohnersparnis durch Erhöhung anderer Unkosten an Frachten usw. ausgeglichen oder übertroffen ist. Deutschland ist durch Kriegsausgang, Revolution und Friedensvertrag, das Eulen- und Erzgebirge der Weltwirtschaft geworden, und unsere Arbeiter die billigsten Arbeits-

Digitized by Google

kräfte der Welt, damit freilich auch die Lohndrücker für ihre ausländischen Kollegen. Unsere Kapitalistenklasse, gegen die sich die Empörung und der Kampf unserer Arbeiterschaft Menschenalter lang gerichtet hat, wird künftig aus landfremden Leuten bestehen, wird ihre Kontore in London, New-York und Chicago haben.

Wir sind finanziell zahlungsunfähig und halten vorläufig durch Ausgabe von Schuldscheinen in der Form von Banknoten und Kassenscheinen den Schein der Zahlungsfähigkeit aufrecht. Wir reden und schreiben über die Gründe des Sturzes unserer Valuta, berufen Wissenschaftler und Praktiker, setzen Kommissionen ein und stellen fest, daß das „Loch im Westen", der Überschuß der Einfuhr über die Ausfuhr, die Kapitalflucht und anderes die Schuld tragen, betonen auch, daß allein Arbeit uns retten könne, und reden doch nur um den letzten Grund herum. Unsere Valuta sinkt ins Bodenlose, weil das Ausland uns für zahlungsunfähig erkennt, weil unser Kredit reiner „Personalkredit" ist, weil wir bis auf den gegenwärtigen Tag im Reichs- und Staatshaushalt mehr ausgeben als einnehmen und das auch noch bleiben wird, wenn unsere Steuern nicht bloß beschlossen, sondern auch erhoben sein werden, weil daher unser Papiergeld dem „Geld" gleicht, das in durchschwärmten Nächten ein Spieler dadurch herstellt, daß er auf Visiten- oder Weinkarten Ziffern schreibt und seinen Namen darunter setzt. Solange seine Spielgenossen und die Klubdiener diese Zettel annehmen, ist es für ihn „Geld", wollte er aber den Droschkenkutscher, der ihn heimfahren soll, damit entlohnen, so würde der gutes Geld oder andere sachliche Werte in Gestalt eines Pelzmantels oder einer goldenen Uhr verlangen. Der Spieler ist das Reich, die Spielgenossen und Aufwärter sind seine Bürger, der Droschkenkutscher draußen auf der Straße aber ist das Ausland. Aber der „Morgen" kommt für den Spieler und auch wir stehen vor der Stunde der Abrechnung, wo nicht mehr geschriebene oder gedruckte Scheine, sondern nur noch „wirkliche Werte" gelten. Ich harre des Tages, wo ein deutscher Finanzminister den Mut zur Erklärung haben wird: „Wir sind bankerott," und die Entschlossenheit und den Willen bewähren wird, den Bankerott wirtschaftlich verständig und sozial einsichtig durchzuführen. Wir haben uns bemüht, um den Bankerott herumzukommen, haben Formen und Namen, möglichst fremdsprachlich und wissenschaftlich klingende, erfunden und sprachen daher von Devalvation, um den Konkurs zu verdecken und zu verschleiern, und haben dadurch die Stunde eines Zwangsvergleichs verpaßt, haben unsere Werte, statt sie planmäßig zu verwerten, ohne Zweck und ohne Nutzen verschwendet und stehen seit Monaten im Konkurs, ohne uns und unsere Gläubiger aufzuklären. Beim Privatmann nennt man dies Verfahren betrügerischen Bankerott, und es steht Zuchthausstrafe darauf. Wir leben und handeln in der Angst des soliden Geschäftsmannes vor dem Unehrenhaften des Konkurses,

Digitized by Google

vor der Entwertung der Werte im Konkurs. Nicht daß man bankerott macht, ist das schlimmste, sondern wie man ihn macht, und entscheidend ist letzthin, was man aus dem Konkurs und nach dem Bankerott macht.

Die von der offenen Konkurserklärung befürchtete Entwertung unserer Werte vollzieht sich ohnehin ungehemmt, ja wir vollziehen sie selbst durch die Ausgabe immer neuen Papiergelds, das nicht mehr Geld, sondern nur noch Schuldschein ist. Jede Mark mehr, die das Reich druckt, entwertet seine papiernen Werte, einerlei, ob sie sich in der Kasse des Reichs oder in den Kassenschränken und den Geldbeuteln der Bürger in Gestalt von Anleihen, Noten oder Scheinen befinden. Jeder Mehrdruck von Noten ist eine Art Zwangsanleihe, die das Reich seinen Bürgern wider ihren Willen, ja ohne ihr Wissen auferlegt, stellt einen Zwangsvergleich zwischen Staat und seinen Bürgern dar, dem der Fremde durch Senkung der Valuta ausweichen kann und ausweicht.

Politisch ist der Rohbau des neuen deutschen Reiches in dem äußeren Rahmen der Reichsverfassung und des parlamentarischen Systems aufgeführt. Im Reich und in den Ländern regiert mit geringen Abweichungen die gleiche Koalition und erweist sich trotz der Unterschiede und Gegensätze in Weltanschauung und politischen Zielen und der Schwierigkeiten einer dreigegliederten Mehrheit als arbeitsfähig. Gesetzgebung und Verwaltung arbeiten. Das ist viel und das ist wenig, viel durch die Aufrechterhaltung des Zusammenhangs mit den lebensnotwendigen Formen des alten Staats, wenig, weil die „neue Ordnung" nur in äußerlichen Formen wirksam ist, ja wirksam sein kann. Wir stehen in allen Dingen und in allen unseren Beziehungen noch in dem Umsturz; das ungeheure Weltbeben, das nach dem Vorbeben in den Balkankriegen mit dem Weltkrieg eingesetzt hat, ist noch lange nicht zu Ende. Wir bilden zurzeit einen der Mittelpunkte des Bebens und machen den Versuch, das Zusammenstürzende zu stützen, die Unordnung zu ordnen, die Revolution zu organisieren. Das ist ein in sich Unmögliches, und muß trotzdem getan werden, muß getan werden von jeder Regierung, einerlei ob sie von der Linken oder der Rechten gestellt wird, und kann im letzten Grunde nur ein Werk der Entsagung sein. Diese Aufgabe kann kein Mensch und keine Partei lösen, dafür werden, wenn das Weltbeben weitergegangen sein wird, auch die Siegervölker den Beweis erbringen. Die Feststellung dieses Schicksalhaften unserer Lage ist nicht das hoffnungslose und trostlose, so marternd auch die Erkenntnis ist, daß, nachdem wir aus dem Fenster gesprungen sind, wir die Gültigkeit des galileischen Fallgesetzes von der zunehmenden Fallgeschwindigkeit bis zum Augenblick des Aufschlagens für den eigenen Körper erproben müssen. Niederdrückender ist das Unvermögen zur klaren Erkenntnis unserer tatsächlichen Lage, ja das Nichtsehen- und Nichtverstehenwollen. Auch das neue Regiment duldet keine Schwarzseher, fordert einen „gesunden Optimismus" als Staatsgesin-

Digitized by Google

nung und ist des Glaubens, es gehe wieder vorwärts und aufwärts. Das neue Deutschland ist nicht das Deutschland von 1914 „weniger den Dynastien", es wird ein ganz anderes Deutschland sein, auch politisch und in seinem Parteiwesen. Ebensowenig die Revolution die Parteizersplitterung beseitigt hatte, hat sie auch an dem Wesen der Parteien zunächst etwas wesentliches geändert. Die Parteien haben sich stärker erwiesen als die Dynastien, Könige und Fürsten wurden verjagt, die Parteisekretäre und die Parteizeitungen blieben. Aber es blieben nicht nur die Parteien, es blieb auch der alte Parteigeist. In der Nationalversammlung wiederholt sich der Reichstag. Trotz, vielleicht wegen des parlamentarischen Systems ist er noch einflußloser geworden. Wichtiger für die Bildung der öffentlichen Meinung als Nationalversammlung und Regierung ist nach wie vor die Presse, und da die großstädtische Presse überwiegend in den Lagern der regierenden Parteien steht und wir zum ersten Male eine Übereinstimmung der drei Mächte unseres öffentlichen Lebens, Regierung, Parlamentsmehrheit und großstädtische Presse haben, so haben wir zum ersten Male eine politische Diktatur über die öffentliche Meinung, freilich eine Diktatur ohne einen Diktator und ohne einen großen politischen Gedanken.

Aber trotz der äußerlichen Ordnung der politischen Dinge stehen der Parlamentarismus wie die Parteien in schweren Krisen. Es klafft der Gegensatz zwischen Schein der Macht und der Ordnung und dem Sein der Macht und der Ordnung, der Gegensatz zwischen den alten Parteimeinungen und Programmen und den Forderungen und Tatsachen der neuen Zeit. Man fühlt die ungeheure Größe und Schwierigkeit und Verantwortung der Aufgaben und geht ihrer Lösung durch geschäftige Gesetzes- und Verordnungsbetriebsamkeit aus dem Wege, man weiß keinen Weg und verfällt auf tausenderlei Auswege. Man erwartet den Tag der Abrechnung und sucht sich im voraus zu entschuldigen und den Gegner zu belasten. Aber alle Enthüllungen, Bekenntnisse, Untersuchungen und Prozesse sind trotz ihres Lärmes nur Nebenerscheinungen; in allen Parteien arbeitet der Gegensatz zwischen altem und neuem Reich, zwischen Alter und Jugend. Alle müssen von Grund aus umlernen und finden noch nicht den Mut, ihre alten Parteiprogramme zu verbrennen. Man dreht sich im Kreis und hält es für Vorwärtsbewegung. Wir haben das parlamentarische Regierungssystem und keine regierungsgeübte Parteien, wir haben eine Reihe tüchtiger Parteiführer, aber keine Staatsmänner. Der Parlamentarismus herrscht weder, noch regiert er. Wir haben weder einen Regenten noch einen Thronanwärter, denn weder die Rechte noch die Linke kann die Regierung übernehmen und rechnet damit. Die eine hat ein Programm, Führer und Menschen genug, Regierungs- und Verwaltungsstellen zu besetzen, doch schon ein nächstes Ultimatum der Wiedergutmachungskommission zwänge sie zur Unterwerfung oder Abdankung,

Digitized by Google

die andere hat weder Programm noch Führer noch Mitarbeiter, die Regierung eines industriell begründeten Staates auch nur für ein Vierteljahr zu führen. Beiden fehlt für absehbare Zeit die parlamentarische Mehrheit. Das Verhältniswahlsystem, dieses nur scheinbar demokratische Wahlrecht zugunsten der bestehenden Parteien, verlangsamt und hemmt die Stoßwirkung von Wahlumwälzungen.

Die Verwaltung war die stärkste Leistung und zugleich das Fundament des alten Staates. Schon der Krieg hatte sie einer schweren Belastungsprobe unterworfen, der sie nicht in allem widerstanden hat, ihre Leistungen wie ihr Charakter hatten bereits vor dem Umsturz Einbuße erlitten. Heute ist unsere alte Verwaltung zersetzt und eine neue ist nicht vorhanden, kann noch nicht geschaffen sein. Verwaltung braucht Ruhe, Überlieferung, Stetigkeit, Gleichförmigkeit der Zusammensetzung, sichere Abgrenzung der Arbeitsgebiete und Befugnisse. Das alles war bereits im Krieg in den Zentralen in Berlin wie bei den Provinzial- und unteren Verwaltungsbehörden durch das Neben- und Gegeneinander von Zivil- und Militärbehörden und zahllosen Kriegsstellen durchbrochen worden. Die Revolution hat nur einen Teil der Kriegsstellen aufgehoben, andere ohne rechten Daseinsgrund aber mit einem zum Arbeitsinhalt im umgekehrten Verhältnis stehenden Beharrungsvermögen weiter bestehen lassen, wieder andere wurden den neuen Dingen, Regierungsanschauungen und Absichten angepaßt, zahlreiche neue Stellen wurden geschaffen. Der Revolution erging es wie so vielen, die auszogen, die Bürokratie zu töten, und die nur neue Bürokratien ins Leben riefen. Revolutionen zeigen sich nicht nur durch ein Übermaß der Gesetzgebung aus, die revolutionären Regierungsstellen haben ein noch stärkeres Bestreben, sich auszudehnen und zu wachsen, und so hat uns die Revolution nicht nur mehr Ministerien und Behörden und größere Parlamente vom Reich bis zur letzten Gemeinde geschenkt, sondern das Heer von Beamten in allen möglichen Arten und Abarten ist ins ungeheure gewachsen und wächst täglich mehr. Demokratie und Bürokratie sind nicht Gegensätze, vielleicht ist gerade die Bürokratie das Schicksal der Demokratie. Am stärksten sind dieser Entwicklung unterlegen die Reichsministerien und unter ihnen das Reichswirtschaftsministerium, das Reichsfinanzministerium, das Reichsarbeitsministerum und das Reichsschatzministerum. Sie sind ungeheure Rümpfe, in sich ungefügt und schwerfällig und ohne Glieder, ohne Abgrenzung der Arbeitsgebiete und Befugnisse in sich wie gegen andere Ministerien, und während noch im Krieg die Reichsämter im Reiche herrschten, aber die Ministerien der Einzelstaaten, namentlich die preußischen, regierten, wollen und sollen die heutigen Reichsministerien auch regieren und versuchen es, obwohl ihnen die wichtigste Voraussetzung hierfür, der Unterbau, zunächst fehlt. Aber

Digitized by Google

nicht bloß in der Höhe der Reichsstellen, auch in den Niederungen der unteren Behörden sind unserer Verwaltung die alten Mittel und Stützen aus der Hand genommen, stehen neue ihr noch nicht zur Verfügung. Der neue Staat will und muß mehr regieren und vermag weniger als der alte Staat.

Wir sind, das ist das eine erbarmungslose Ergebnis der Bestandsaufnahme, machtlos nach außen wie im Innern. Wir sind zum anderen arm und werden weiter verarmen. Noch bestehen die alten Vermögen, noch haben viele große und größte Verdienste. Aber unsere Steuern sind erst beschlossen, erst zum geringsten Teil erhoben, der überreiche Verdienst, der vielen in den Schoß fällt, ist zu einem wesentlichen Teil Anteil an dem Reichs-Schleuderausverkauf, ist nicht Arbeitsertrag, sondern reiner Gewinn aus der Not des Reichs und dieser Verdienst besteht aus Papier und nicht aus gutem Geld. Ein Teil dieses Konkursgewinns ist durch Kapitalflucht in Sicherheit gebracht, wer ihn dauernd genießen will, muß seinem Kapital auf dem Weg nach dem Ausland nachfolgen. In Deutschland wird auch dieser Gewinn weggesteuert werden. In Deutschland wird es bald keine von Renteneinkommen lebende gesellschaftliche Schicht geben. Das Wort, das in der Nationalversammlung gefallen ist, und das von größerer agitatorischer Neigung als wirtschaftlicher Einsicht zeugt: „In Deutschland darf es keine Millionäre geben", wird unabhängig von Wünschen und Wollen zur Tatsache werden. Der Gegensatz von Arm und Reich, von Bürgertum und Arbeiterschaft, wird sich in gleichmäßiger Armut ausgleichen. Wir alle werden im wesentlichen nur noch von unserer Arbeit leben. Schon zeigen sich in der Verschiedenart des Einkommens und der Lage des Arbeitsmarkts für Kopf- und Handarbeiter die Vorboten der Entwicklung, denn zunächst werden die geistigen Arbeiter von der Verarmung der Volkswirtschaft betroffen, erst später wird die Hemmung des Aufstiegs, die Einschnürung des Lebensspielraums in der Masse der Handarbeiter sich durchsetzen. Jede Volkswirtschaft benötigt und kann nur eine gewisse Zahl von geistigen Arbeitern erhalten. Je reicher sie wird, wächst, je ärmer sie wird, fällt ihr Bedarf und Unterhaltsmöglichkeit in stärkerem Verhältnis.

Wir müssen hart sein bis zur Erbarmungslosigkeit gegen uns, nicht um schwach, sondern um klar zu werden, nicht um uns zu fürchten, sondern um zu handeln. Wir sind ein Volk in Not, und *eine* Not umspannt alles, was deutschen Namen trägt und sich als Deutschen bekennt. Wir müssen in allem von vorn, von unten anfangen. Hohe Politik im Äußeren wie im Inneren hat für uns ihren Sinn und Bedeutung verloren. Wir müssen die einfachsten Grundlagen und Formen unseres politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und geistigen Lebens sichern und erhalten, deshalb steht am Anfang unseres Handelns die Sorge um das nackte Dasein, um Brot und Kohle.

Digitized by Google

Ein Buch über Frieden und Hungersnot

Von Dr. Paul Rohrbach

In England ist vor kurzem ein Buch erschienen, von dem es gleich nach seiner Veröffentlichung, Ende Dezember, im „Manchester Guardian" hieß, es bedeute nicht nur eine Handlung von auffallendem Mut und Gemeinsinn, sondern ein Ereignis, wichtiger, als irgend eine Rede über den Frieden, von irgend einem Urheber des Friedens. Der Verfasser ist John Maynard Keynes: „der wichtigste unter den Ratgebern der wichtigsten Regierung, die auf der großen Konferenz in Paris vertreten war". Keynes, ein Volkswirtschaftler von hohem Ruf, trat während des Krieges in das englische Schatzamt ein und wurde Sprecher für dies Ressort auf der Friedenskonferenz. Er hatte die führende Stelle in den Beratungen über Wiedergutmachung und vertrat Bonar Law, wenn er nicht selbst teilnehmen konnte, im Obersten Wirtschaftsrat. Als aber die Konferenz in Bahnen einlenkte, die einem gerechten und klar blickenden Mann wie Keynes verhängnisvoll schienen, trat Keynes zurück.

Keynes gibt eine sehr scharfe Kritik der Personen und der Sache, durch die er zum Rücktritt genötigt wurde. Sein Buch teilt der Welt mit, wie der Friede einem der besten Köpfe erscheint, die sich mit ihm befaßt haben. In England gilt es als ein politisches Ereignis von großem Gewicht, „denn es gibt all den Männern und Frauen, die wissen, daß Europa in der Krisis seiner Geschichte fehlgegangen ist, klare und bestimmte Richtlinien für die Maßregeln, die getroffen werden könnten und sollten, um diese Irrtümer so weit wieder gutzumachen, wie das noch möglich ist."

Der „Manchester Guardian" vom 24. Dezember 1919 bringt eine lange Besprechung, die bedeutend und für das Urteil unter den unabhängigen englischen Liberalen bezeichnend genug ist, um hier auszugsweise wiedergegeben zu werden. Sie geht aus von einem Zwiegespräch zwischen Lord Robert Cecil und „einem seiner starrsten französischen Kollegen" in Paris im Frühjahr 1919. „Sie wünschen Deutschland zu vernichten, und zu gleicher Zeit wünschen Sie Frankreich zu bereichern!" sagte Lord Robert. „Unglücklicherweise sind in diesem Falle Rache und Habgier unvereinbar." Ein großer Teil des Buches gilt dem Beweis und der Erläuterung dieser These. Es ist eine einfache Sache, sagte Keynes, Deutschland zu ruinieren. Schwieriger ist es schon, Deutschland zu ruinieren, ohne zugleich auch seine Nachbarn zugrunde zu richten. Der Traum eines Irrsinnigen

Digitized by Google

aber ist es, Deutschland erst ruinieren und dann zur Ader lassen zu wollen. Nicht Zärtlichkeit für Deutschland, sondern Sorge für die Menschheit sei es, die jeden vernünftigen Menschen diesen Frieden verurteilen läßt, sobald er sich über seinen Charakter klar wird. Der „Guardian" fährt fort:

Natürlich ist dies nicht der einzige Maßstab. Der Friede war zu gewissen Bedingungen versprochen worden. Der Vergleich, den Mr. Keynes zwischen den Bedingungen anstellt, die beim Waffenstillstand vereinbart waren und denen, die im Vertrage festgesetzt worden sind, kann von keinem Engländer, der Selbstachtung besitzt, ohne schärfstes Mißbehagen gelesen werden. Diejenigen unter uns, die von außen her den Vorgängen gefolgt sind, betrachten den Augenblick, in welchem der Präsident (Wilson) dazu gebracht wurde, die Lasten der Familienunterstützungen als innerhalb des Begriffs der Reparation fallend anzuerkennen, die im Waffenstillstand zugestanden war, als den entscheidenden Augenblick der Kapitulation. Es ist interessant, daß dies auch die Anschauung Mr. Keynes ist. Seine Analyse der kasuistischen Gedankengänge, durch welche der raffiniertere Verstand seiner Kollegen den Präsidenten zu überzeugen vermochte, daß seine Worte weniger und immer weniger bedeuteten, bis zu dem Punkte, wo sie gar nichts mehr bedeuteten, läßt den Wunsch wach werden, daß wir ähnlich intime Darstellungen des Spieles der Charaktere bei anderen großen Wortkämpfen in der Weltgeschichte besäßen. Als menschliches Drama betrachtet, ist es ein fesselndes Schauspiel. Für uns Engländer aber, deren guter Ruf auf Jahrhunderte hinaus von diesen Ereignissen abhangen wird, ist die Geschichte dieser Transaktion eine peinliche Darstellung, wie leicht eine Nation, die mit erhabenen Gewissensbedenken und hochgesinnten Idealen auszog, durch ihre Führer hinübergeleitet wird zu verhängnisvoller Preisgabe aller ihrer Grundsätze.

Warum geriet der Vertrag auf Abwege? Die führende Ursache findet sich in einer Stelle gegen Ende von Mr. Keynes Buch angegeben:

> Es ist eine erstaunliche Tatsache, daß die grundlegenden wirtschaftlichen Probleme des vor ihren Augen verhungernden und zerfallenden Europa eine Frage gewesen sind, für welche es unmöglich war, das Interesse der Vier zu erwecken. Wiedergutmachung war ihr hauptsächlicher Anlaß, sich auf das wirtschaftliche Feld zu begeben, und diese Frage behandelten sie wie eine solche der Theologie, der Politik, der Wahlkniffe, kurz aus jedem möglichen Gesichtspunkt, außer demjenigen der wirtschaftlichen Zukunft der Staaten, deren Schicksal sie in Händen hatten.

Es werden nunmehr die Namen derer genannt, die dem Kollegium der Großen Vier versuchten, die Augen über das wirtschaftliche Problem innerhalb der Friedensfrage zu öffnen: der Amerikaner Hoover, die Engländer Sir William Goode, Sir William Beveridge und Mr. Keynes selbst. Lloyd George und dem Präsidenten Wilson wird es als ein großer Fehlgriff angerechnet, daß sie nicht mit eigenen Augen das Elend Mittel- und Osteuropas, „mit deren Notlage sie tändelten" (!), hätten sehen wollen. Hätten sie es getan, so hätten sie die genannten

Digitized by Google

Ratgeber und ebenso General Smuts und Lord Robert Cecil nicht beiseite geschoben.

Mr. Keynes zeigt im einzelnen, daß die Deutschland auferlegten wirtschaftlichen Verluste es unbedingt unmöglich machen, daß die Bedingungen des Vertrags erfüllt werden. Deutschlands wirtschaftliche Rechtlosigkeit ist vollkommen, es wird der uneingeschränkte Vasall der Wiedergutmachungskommission. Deutschland hat nicht eine festgesetzte Kriegsentschädigung zu zahlen, sondern eine unbestimmte Summe, und die ihm auferlegten Vereinbarungen behandeln das Land wie einen bankerotten Betrieb, der durch eine auswärtige und feindliche Körperschaft verwaltet wird. Hätte irgend jemand solche rücksichtslose Bestrafung in die Bedingungen des Waffenstillstandes hineindeuten können? Nach sorgfältiger Schätzung der deutschen Verbindlichkeiten, die er auf 8 Milliarden Pfund (160 Milliarden Mark) schätzt, entwirft uns Mr. Keynes das folgende Bild der deutschen Lage (Seite 153):

„Angenommen, Deutschland kann nicht mehr als 150 Millionen Pfund (3 Milliarden Mark) jährlich bis 1936 zahlen, (d. h. 5 Prozent Zinsen von 3 Milliarden Pfund (60 Milliarden Mark), so werden die 5 Milliarden Pfund (100 Milliarden Mark), von welchen die Zinsen gestundet sind, sich auf 10 Milliarden Pfund (200 Milliarden Mark) summiert haben, was eine jährliche Zinsenlast von 500 Millionen Pfund (10 Milliarden Mark) bedeute, d. h.: Wenn selbst Deutschland jährlich bis 1936 150 Millionen Pfund (3 Milliarden Mark) bezahlt, so wird es dennoch am Schluß dieser Periode über die Hälfte mehr schuldig sein, als heute (nämlich 13 Milliarden Pfund (260 Milliarden Mark) gegen 8 Milliarden Pfund (160 Milliarden Mark). Von 1936 an würde Deutschland uns jährlich 650 Millionen Pfund (13 Milliarden Mark) zu zahlen haben, um nur mit den Zinsen Schritt zu halten. Am Schluß eines jeden Jahres, in welchem es weniger als diese Summe bezahlt haben würde, schuldete es mehr als es zu Anfang des Jahres geschuldet hat."

Und der Staat, von welchem man ernstlich erwartet, daß er diese Zahlungen leistet, wird erst einmal durch jeden Prozeß hindurchgeführt, der ihn verarmen und seine Entwicklung hemmen kann. Er verliert durch Gebietsveränderungen 60 Millionen Tonnen Kohlen und soll gezwungen werden, 45 Millionen Tonnen als Wiedergutmachung an Frankreich, Belgien, Luxemburg und Italien auszuführen. Selbst wenn seine Kohlenförderung sich auf der Höhe hält, wird Deutschland für seine eigenen Bedürfnisse nur 60 Millionen Tonnen übrig behalten, während es nahezu die doppelte Menge nötig hätte, um seine Industrie und seine Eisenbahnen in Gang zu halten und dabei ist dies nur das eine Gebiet, auf welchem Deutschland verkrüppelt werden wird. Daß Deutschland leiden muß und auch von Rechts wegen leiden sollte, daran zweifelt niemand, aber das Erstaunliche ist, daß die Pariser Politiker so tun, als ob sie glaubten, nach Herabdrückung seiner industriellen Leistungsfähigkeit durch jedes erdenkliche Mittel würden sie dennoch so viele Reichtümer aus dem Lande ziehen können, als befände es sich noch in seiner wirtschaftlichen Maienblüte.

Keynes sagt, von Woche zu Woche hätten sich die Vier über den Anteil gezankt, den England und den Frankreich an der Plünderung Deutschlands bekommen sollten. Lloyd George habe nicht gewagt, der englischen Wählerschaft, der versprochen

Digitized by Google

war, Deutschland werde alle Kriegskosten zahlen, einzugestehen, daß sie getäuscht worden war. Clémenceau wagte den Franzosen keine Zahl zu nennen, „weil es keine gab, die ihren Erwartungen entsprochen hätte". In dieser Verlegenheit beschloß man, gar keine Zahl zu fixieren, sondern Deutschland zur Unterschrift eines Blanko-Wechsels zu zwingen.

Mit anderen Worten, das Schicksal des Friedens ist damals entschieden worden, als Mr. Lloyd George den Entschluß faßte, die Kriegsentschädigung zur Wahlparole zu machen, denn jetzt ging er nach Paris als der Gefangene der leichtfertigsten Versprechungen, die je ein Staatsmann gegeben hat. Im Dezember hätte er Europa retten können. Er hätte von dem britischen Volke, das für eine große Sache solche Opfer gebracht hatte, noch ein weiteres fordern können. Er hätte mit Amerika die Annullierung der auswärtigen Kriegsschulden vereinbaren können, ein Schritt, der Frankreich und Italien unendlich viel mehr geholfen hätte, als irgendeine Entschädigung, die sie aus Deutschland herausholen können. Er hätte gemeinsam mit Amerika auf den Richtlinien von Mr. Hoover ans Werk gehen können, zur wirtschaftlichen Wiederherstellung Europas. Er hätte seinem eigenen Lande eine ungeheure Wohltat erwiesen, wenn er Europa wieder auf die Füße gestellt und jeden Anspruch auf Wiedergutmachung solange aufgegeben hätte, bis Frankreich und Belgien entschädigt worden wären, wenn er eine bestimmte Summe festgesetzt hätte, die Deutschland zahlen sollte und zwar eine, die Deutschland zahlen konnte, und wenn er sich einer internationalen Anleihe angeschlossen hätte, um in der ganzen Welt die Industrieen wieder in Gang zu setzen. Auch bei niedrigster Schätzung verliert England durch die Unterbrechung des Welthandels mehr, als es durch irgend welche Entschädigung, die es je erlangen wird, gewinnen kann.

Keynes macht zum Schluß eine Reihe von Vorschlägen. Deutschland solle im ganzen 40 Milliarden Mark zahlen. Die Kriegsschiffe, die Kabel, das Kriegsmaterial, der Staatsbesitz in den abgetretenen Gebieten und Deutschlands Ansprüche gegen seine früheren Verbündeten sollen mit 10 Milliarden Mark angerechnet werden. Die verbleibenden 30 Milliarden soll Deutschland in 30 Jahren mit je einer Milliarde jährlich (also ohne Zinsen) bezahlen und selbst zusehen, wie es das Geld am besten aufbringt. Die Bestimmungen über die Kohle sollen so geändert werden, daß Deutschland sein industrielles Leben fortführen kann. Keynes schlägt vor, unter dem Schutz des Völkerbundes einen Freihandelsbund zu gründen und Deutschland, Polen und die neuen Staaten auf dem früher österreichisch-ungarischen und türkischen Boden diesem Bunde zunächst zwangsweise auf 10 Jahre anzuschließen.

Die Vorschläge würden seines Erachtens „einen merklichen Beitrag dazu liefern, daß die industriellen Völkerschaften Europas sich weiter ihren Lebensunterhalt verdienen können". Aber mehr als das ist erforderlich. Auf Schulden der Alliierten untereinander sollte verzichtet werden. Dies heißt, von den Vereinigten Staaten ein Opfer erbit-

Digitized by Google

ten, aber ihre Kriegsopfer sind ausgesprochen leichter gewesen, als die ihrer europäischen Verbündeten. Des weiteren schlägt er für die unmittelbaren Bedürfnisse Europas eine internationale Anleihe vor. Aber dies ganze Programm hängt daran, daß der Geist und die Politik aufgegeben werden, die Europa bis dicht an den Zusammenbruch geführt haben. Das Buch von Mr. Keynes sollte von allen Politikern sorgfältig gelesen werden, die sich in einem oder zwei Jahren berufen finden mögen, die Welt vor den Folgen der Katastrophe von Paris zu retten. Es gibt den demokratischen Kräften in unserem Lande, in Amerika und in ganz Europa eine bestimmte und durchdachte politische Richtung an.

So der Artikel im „Manchester Guardian". Auch die „Nation" vom 13. Dezember 1919 bringt eine Besprechung des „glänzenden Buchs". Sie weist ihre Leser auf die ausführlichen Porträts von Clémenceau und Wilson und auf die beißende Skizze hin, die von Lloyd George gegeben wird. Dies Buch sei ein Donnerschlag . . . der erste schwere Schuß in dem Kriege der Intellektuellen gegen die Staatsmänner, in dem Augenblick, wo jene sich darüber klar wurden, was für eine schlechte Arbeit der Vertrag sei.

Auf die Charakterskizzen, die Keynes bringt, ist neulich (22. Januar) in einem Artikel der „Vossischen Zeitung" hingewiesen worden. Am vernichtendsten ist das Bild Wilsons. Keynes sagt, vom ersten Augenblick an habe man gemerkt, daß der arme Präsident in Versailles die „blinde Kuh", ein „blinder und tauber Don Quixote" sein würde.

Am Beginn der Pariser Konferenz wurde allgemein geglaubt, daß der Präsident unter Zuhilfenahme einer großen Anzahl von Ratgebern nicht nur ein umfassendes Schema für den Völkerbund, sondern auch für die Verwirklichung der vierzehn Punkte im Friedensvertrage ausgedacht habe. Tatsächlich hatte der Präsident nichts überlegt; als er seine Ideen in die Praxis umsetzen sollte, waren sie nebelhaft und unvollständig. Er hatte keinen Plan, keinen Vorschlag und keine konstruktiven Ideen, mit denen er die Gebote zum Leben erwecken konnte, die er vom Weißen Hause aus in die Welt geschleudert hatte. Über ein jedes dieser Gebote konnte er eine Predigt halten oder ein Gebet für die Erfüllung an den Herrgott richten, aber er konnte die konkrete Anwendung des Grundsatzes auf die gegenwärtige Lage Europas nicht formulieren.

Er hatte nicht nur keine Vorschläge im einzelnen, er war auch in vieler Hinsicht — vielleicht war dieses unvermeidlich — über europäische Verhältnisse ungenügend informiert. Er war aber nicht nur ungenügend informiert, das war Lloyd George auch, aber sein Gedankengang war langsam und wenig anpassungsfähig. Die Langsamkeit des Präsidenten im Vergleich zu den Europäern war auffallend. Er konnte nicht in demselben Augenblick hören, was die anderen sagten, mit einem Blick eine Situation übersehen, eine Antwort abfassen und dem Gegner durch eine geringfügige Terrainverschiebung entgegenkommen. Er war daher schon durch die Beweglichkeit, die Auffassungsgabe und die Schnelligkeit Lloyd Georges auf geistigem Gebiete der Niederlage ausgesetzt. Es wird selten einen Staatsmann ersten Ranges gegeben haben, der im Beratungszimmer ungewandter war als Präsident Wilson . . .

Digitized by Google

Die Haltung des Präsidenten gegenüber seinen Kollegen konnte man nunmehr folgendermaßen formulieren: Ich möchte euch so weit wie möglich entgegenkommen. Ich sehe eure Schwierigkeiten ein, und ich würde gern dem zustimmen, was ihr vorschlagt, aber ich kann nichts tun, was nicht recht und billig ist. Ihr müßt mir daher erst nachweisen, daß eure Forderungen sich mit dem Wortlaut meiner Aussprüche in Übereinstimmung bringen lassen.

Dann begann das Weben jenes Netzes von Sophismus und jesuitischer Exegetik, die endlich die Sprache und den Inhalt des ganzen Vertrages mit Unaufrichtigkeit erfüllt haben. Die schlauesten Sophisten und die heuchlerischsten Paragraphenschuster wurden an die Arbeit gesetzt und brachten manche schlau ausgetüftelte Stilübung hervor, die einen klügeren Mann als den Präsidenten vielleicht länger als eine Stunde getäuscht hätten.

Das ist der Mann, zu dem eine Welt ein Jahr und länger wie zu einem Schiedsrichter aufgesehen hat. Halb Don Quixote, halb blinde Kuh! Unterdessen hat die Vernunft in England Fortschritte gemacht. Mr. Asquith selber hat sich eben vernehmen lassen, daß er die Erfüllung der Friedensbedingungen durch Deutschland für unmöglich halte. Gewußt hat das ein so kluger Mann natürlich schon am ersten Tage. Daß er es heute sagt, ist ein Fingerzeig, daß er die Notwendigkeit der faktischen Revision kommen sieht. Vielleicht heißt diese Notwendigkeit für England: „Bolschewistisch-islamisches Bündnis in Asien"!

„Kriegspropaganda"

Von B. Snell

Es ist in diesen Blättern häufig auf die entscheidende Bedeutung hingewiesen, die für den Ausgang des Krieges die englische Propaganda gehabt hat. Wer selbst unter dem Eindruck dieser gewaltigen Organisation gestanden hat, wer als Freier und als Internierter in England die feindlichen Zeitungen 3½ Jahr lang verfolgen konnte, und dann als Austauschgefangener auch in Holland die Wirkungen englischer Werbearbeit verspürte, kann vielleicht einiges darüber mitteilen.

Wenn wir uns fragen, wie es möglich war, daß englische Propaganda soviel wirksamer war als deutsche, müssen wir uns zunächst über einen grundlegenden Unterschied der beiden Völker klar werden, der sich bei unserer Frage auffällig darstellt, und vielleicht so charakterisiert werden kann: Jedes Problem, vor dem ein Deutscher steht, hat für ihn etwas Unendliches; gegebene Situationen klar zu erkennen und kurz zu formulieren, vermögen wir meist nicht. Gegen das Schlagwortartige solcher Urteile, das durchaus notwendig für eine Propaganda ist, sträubt sich unser Gefühl für Objektivität. Auf solche Weise konnte auch die Frage nach

Digitized by Google

der Schuld am Kriege für Propagandazwecke nicht tauglich behandelt werden. Wer alles verstehen will, versagt sich selbst das Handeln. In Deutschland standen Wissenschaftler, Theoretiker an der Spitze der Propaganda, in England Männer der Praxis, Geschäftsleute. Darauf führe ich es auch zurück, daß es der deutschen Regierung nicht gelang, eine klare Begründung für unseren Einmarsch in Belgien zu formulieren. Zuerst hieß es, wir hätten aus Notwehr unser Recht überschritten, später, Belgien sei nicht neutral gewesen. Diese unsichere Haltung wurde vom feindlichen Ausland natürlich sofort zu geschickter und lohnender Hetze benutzt. Eine wie klare Stellung wußte sich dagegen England der belgischen Frage gegenüber zu verschaffen: Am Tage vor dem Eintreten in den Krieg hielt der damalige Außenminister Sir Edward Grey eine große Rede im Parlament, aus der das englische Volk und die ganze Welt heraushören mußten: England denkt gar nicht daran, in den Krieg zu ziehen — es geschehe denn das Unglaubliche, daß Deutschland Belgien vergewaltige! Am Tage darauf lebte die ganze englische Welt in dem Glauben, für „poor little Belgium" im Kriege zu stehen. Diese Überzeugung von der moralischen Lauterkeit Englands beim Eingreifen in den Krieg wachzuhalten und zu verbreiten, war das Grundprinzip der ganzen englischen Propaganda. Zugleich bedingte sie auch die vollkommen einheitliche nach außen verkündete Kriegszielpolitik; es hieß: Belgien muß befreit und entschädigt werden! Von diesem klaren Standpunkt aus ließ sich wirksam Propaganda treiben. Man hat sich in England nie wesentlich um die Kriegsziele gestritten. Es ist charakteristisch, daß sich die englische Presse statt dessen über militärische Fragen ereiferte, z. B. darüber, ob man im Osten oder im Westen die Entscheidung herbeiführen sollte, — denn in England war die militärische Leitung in schwachen Händen. Bei uns war das Bild umgekehrt: nur die starke Faust eines politischen Genies hätte in Deutschland eine selbstsichere Richtung in der Politik verbürgen können, — in England war sie garantiert durch eine jahrhundertealte Tradition.

Propaganda zu treiben war außerdem für England von vornherein eine zwingende Notwendigkeit. Die deutsche Begeisterung aus dem August 1914 hat es drüben nicht gegeben. Der Engländer war auf seiner Insel wirklich entmilitarisiert: das Gewehr in die Hand zu nehmen und hinauszuziehen, lag ihm sehr fern. Deswegen hat die englische Hetze solch wüste Formen angenommen, weil es galt, die Massen aufzupeitschen, deswegen mußten die belgischen Greuelfaten herhalten. Einem Deutschen kam es geradezu lächerlich vor, wie große Plakate und alle möglichen Werbetricks nach Freiwilligen riefen. Schließlich ist es der Propaganda doch gelungen, die allgemeine Wehrpflicht ohne erheblichen Widerstand einzuführen, und das war ein Erfolg, der von uns nur schwer in seiner Größe empfunden werden kann. Die militärischen Mißerfolge zwangen dazu, auch die Dominions für den Krieg zu interessieren und neue Bundesgenossen zu gewinnen,

Digitized by Google

während man in Deutschland nur zu lange stolz und töricht sagte: „Propaganda? Solche Mittel haben wir nicht nötig." Da außerdem zum tiefen Ärger der Engländer vor dem Kriege immer mehr Deutsche in England als Kaufleute, Ingenieure und Fabrikanten manchem Einheimischen den Rang abgelaufen hatten, wurde die Spitze der Hetzpropaganda zugleich gegen die unliebsamen Ausländer im Lande gerichtet, was zur Internierung der Deutschen führte.

Die wilden Verleumdungen, die England über uns in aller Welt verbreitet hat, kennt man auch hier zur Genüge. Wie war es möglich, daß sie überhaupt gläubige Ohren fanden? Ich will hier absehen von den tatsächlichen Gründen, die den günstigen Boden für einen Haß bildeten (vergl. darüber: M. Scheler: Die Gründe des Deutschenhasses. Kurt Wolff Verlag). Das eigentliche Geheimnis für den Erfolg der ungeheuerlichen Hetze ist nichts als die plumpe Zahl, die grausame Masse: ewiges Wiederholen ewig gleichartiger Erfindungen und Übertreibungen. Immer wieder kehrten die alten Geschichten in den Zeitungen, in jeder Rede eines jeden Staatsmannes wieder. Leitartikel wußte man bald auswendig, so sehr wiederholten sich die langen Listen „deutscher Greueltaten". Mit der hypnotisierenden Gewalt einer dauernden Reklame bohrten sich die Zerrbilder in die Köpfe. Der Durchschnittsengländer ist ungebildet, er glaubt schnell, was ihm seine Zeitung vorsetzt. Es ist ja lange bekannt, wie „public opinion" in England von der Presse gemacht wird. Der Gebildete sagte wohl: Unsere Zeitungen übertreiben. Aber immer wieder hörte man den trostlosen Satz, selbst von Leuten, die Deutschland kannten, und denen man ein besonnenes Urteil zutrauen durfte: Wahres muß doch an all dem sein, das uns gesagt wird. Etwas wurde man sogar selbst angesteckt von diesem ausgestreuten Gift. Es ist ein beschämendes Gefühl, sich beeinflußt zu wissen von Elementen, die der Verstand fern von sich weist. Aber es war tatsächlich unmöglich, dauernd nur englische Zeitungen zu lesen, die ganz von der Voraussetzung des Hasses gegen Deutschland getragen waren, ohne daß das Unterbewußtsein Teile dieser geistigen Disposition in sich aufgenommen hätte. Es ist der gleiche psychologische Vorgang, der infolge von Reklame die Leute glauben macht, der gepriesene Gegenstand sei wirklich ganz gut — wer hat das nicht schon an sich selbst wahrgenommen! Ich lernte 1915 einige junge Amerikaner kennen, die in Belgien mit dem American Relief Committee gewesen und dort — in England klang das unglaublich! — deutschfreundlich geworden waren, weil sie sich mit eigenen Augen davon überzeugt hatten, daß die Deutschen in Belgien Ordnung hielten und menschlich mit der Bevölkerung umgingen. Es dauerte aber nicht 6 Wochen, und die englische Hetze hatte die Amerikaner wieder in Händen; solch eine furchtbare Macht ist die tägliche Beeinflussung. Genau so wirkte die Überschwemmung mit englischen Berichten auf das neutrale Holland. Das Mittel aus englischen und deutschen Telegrammen zu

Digitized by Google

ziehen, hieß gut neutral sein. Von England hörte man nun bedeutend mehr als von Deutschland; so konnte der Erfolg nicht zweifelhaft sein, noch ehe wir die Mittel der Propaganda untersucht haben. In Deutschland begnügte man sich im allgemeinen damit, einmal die Tatsachen zu melden, einmal den Lügen matt zu widersprechen. Die Wahrheit sollte die Kraft besitzen, sich selbst durchzusetzen, so dachten unsere Theoretiker und Historiker. Die englischen Politiker wußten es besser. Jeder Mensch in Holland kannte die Miß Cavell, den Captain Fryatt, — wie wenige habe ich getroffen, die sich der Baralong erinnerten, von anderen Dingen ganz zu schweigen. Die englische Großzügigkeit zeigt sich darin, daß es zuletzt in England zwei Ministerien für Propaganda gab, (eines davon allein für „Propaganda im feindlichen Ausland"!). Wer hätte den Gedanken an eine solche Organisation in Deutschland zu fassen gewagt! An der Spitze dieser Ministerien standen Lord Northcliffe und sein Bruder. Lord Northcliffe ist einer unserer furchtbarsten Gegner gewesen: Er hatte die englische Presse in seiner Hand und damit die öffentliche Meinung. An und für sich ist die englische Presse schon stärker zentralisiert als die deutsche, die vielen Provinzblätter, die alle eigene Wege gehen, kennt man dort nicht; da nun noch die bedeutendsten Zeitungen einem einzelnen gehörten, so ergab sich ein unerhört wohldisziplinierter Apparat. Lloyd George war klug genug, sich während des Krieges fest mit diesem Zeitungsmagnaten zu verbinden. Regierung und Presse arbeiteten einheitlich zusammen. Die „Times" führten den großen Chor der Hetzer, „Daily Mail" brachte eine Oktave gehässiger die Verleumdung für die Masse, und rings spielten die anderen Blätter das gleiche Lied. Linksstehende Blätter („Manchester Guardian", „Daily News" und „Leader") wurden dagegen nur wenig gehört, wenn sie versuchten, sich ein selbständiges Urteil zu wahren. Schon aus Geschäftsrücksichten mußten sie vielleicht oft mit den Wölfen heulen. Die Kreise in England, die wirklich ehrlich geblieben sind (z. B. die Zeitschrift „The New Age") hat man leider auch in Deutschland viel zu wenig beachtet. Von der geschäftigen Presse wurden die Märchen erfunden von der Kronratssitzung in Potsdam, von der Bazillenvergiftung der Brunnen, von der Kadaververwertungsanstalt und tausend andere, die fest ins Gedächtnis der Welt durch ewige Wiederholung und durch Anführung immer genauerer Einzelheiten geprägt wurden. Aus deutschen Zeitungen zitierte man hauptsächlich Alldeutsche und Sozialisten: Graf Reventlow und Liebknecht waren die bekanntesten deutschen Publizisten, und so bewies man, daß Deutschland die Welt erobern wolle, daß zugleich aber sogar Deutsche den „Militarismus" verdammten. Holland war reichlich versorgt mit englischen Propagandaschriften. In Wirtschaften und in Wartezimmern von Ärzten fand man häufig illustrierte Hefte mit meistens recht friedlichen Szenen: man sah dort englische Krankenschwestern, englische Seeleute beim Dienst, englische Truppen hinter der Front; Bilder, die zeigten, wie gut es

Digitized by Google

den Engländern ging; oder kurze Kriegsgeschichten, die von englischen Erfolgen zu erzählen wußten. Von ähnlichen deutschen Versuchen wäre manches Gute zu nennen (z. B. Photographien zu den Tagesereignissen, die in Zigarrenläden ausgestellt waren, oder eine farbige Landkarte, die die Eroberungspläne der Entente nach den russischen Veröffentlichungen darstellte), nur sah man gar zu wenig davon. Anderes war wiederum vollkommen verfehlt, z. B. der Versuch, die an sich so ausgezeichneten Karikaturen des Simplizissimus zu Werbezwecken zu benutzen: sie setzten ein gewisses künstlerisches Empfinden voraus und waren darum für Wirkungen auf die Massen unbrauchbar; außerdem unterscheidet sich das Empfinden der Völker besonders scharf auf dem Gebiete des Witzes und der Satire; die einen nennen witzig, was die anderen töricht oder roh finden. Die Engländer wußten holländische Karikaturisten zu gewinnen (z. B. den berüchtigten Raemaker); sie veröffentlichten sogar Simplizissimuszeichnungen, Karikaturen des Kaisers aus den Jahren vor dem Kriege, unter dem Titel: Was die Deutschen von den Hohenzollern denken.

Die schönste, zugleich auch die am tiefsten wirkende Propaganda bleibt natürlich die Kulturpropaganda. Die Engländer erkannten sofort, daß uns hier scharfe Waffen zur Verfügung standen; deshalb und im Gefühl eigener Ohnmacht zogen sie in einen wütenden Kampf, besonders gegen deutsche Musik und gegen deutsche Wissenschaft. Verständnis für uns auf diesen Gebieten hätte vielleicht zu einem Nachlassen der Kampfesstimmung führen können, würde vielleicht auch heute Regungen des Mitleids anstelle kühler politischer Erwägungen treten lassen. Darum wurde alles Deutsche in den Schmutz gezogen, bis das deutsche Wort „Kultur" zu einem Witzwort in England geworden war. In neutralen Ländern hat man mit gutem Erfolg sich bemüht, durch deutsche Konzerte und Theateraufführungen den englischen Schmälerungen entgegenzutreten; aber eins muß man sich doch immer vor Augen halten, daß auch hier unsere Feinde den leichteren Weg vor sich hatten. Mit englischem Sport, französischem Roman und amerikanischem Film waren mehr Menschen zu gewinnen. Der Menschentypus eines alten, traditionssicheren Volkes hat etwas leichter Anziehendes als der Vertreter einer jungen Nation. Der Engländer, dem reibungsloses gesellschaftliches Zusammenleben Grundsatz des Lebens ist, bekehrt leichter zu sich als der Deutsche, dem Ehrlichkeit als höchste Tugend gilt. Wenn wir aber nur etwas von der angelsächsischen Geschicklichkeit zu lernen bereit sind, so dürfen wir schon heute anfangen, darauf zu rechnen, daß die Völker enttäuscht sind von all dem heuchlerischen Gerede vom Schutz der Kleinen, und bereit, wieder auf Deutschland zu hören.

Digitized by Google

Ungarn und der Friede von Neuilly

Von Professor Dr. Benno Imendörffer

Die vom Grafen Albert Apponyi geführte ungarische Friedensgesandtschaft ist aus Neuilly, wo sie mit den Vertretern der Entente verhandelt hat, unverrichteter Dinge zurückgekehrt. Sie wurde in Budapest mit einer eindrucksvollen Trauerkundgebung empfangen und das ganze Land, soweit es derzeit noch unter magyarischer Herrschaft steht, hüllte sich für einen Tag in tiefste Trauer. Aber der in der magyarischen Volksseele tiefbegründete Optimismus, der aus der tausendjährigen Geschichte des ungarischen Staates stets wieder neue Nahrung zu saugen vermochte, ist damit keineswegs vernichtet. Graf Apponyi machte sich in seiner ersten öffentlichen Kundgebung zu seinem Wortführer, indem er erklärte, man dürfe noch nicht alle Hoffnung fallen lassen, trotz alledem eine Besserung der harten Bedingungen, die ihm in Neuilly vorgelegt worden sind, zu erreichen. Einstweilen hat Ungarn noch zwei Wochen Zeit zur Beantwortung der Vorschläge der Entente und man hat allen Grund anzunehmen, daß man auf magyarischer Seite diese Frist auszunutzen verstehen wird. Dafür bürgt schon die Persönlichkeit des Leiters der ungarischen Friedensdelegation. Graf Apponyi ist einer der gewiegtesten, in jahrzehntelangem politischem Kampfe geschulter Politiker des Landes, dazu ein Mann von europäischer Bildung und der glänzendste Redner, den das an Rednertalenten so überreiche magyarische Volk derzeit besitzt. Man darf also annehmen, daß er nicht ganz grundlos bemüht ist, seinem Volke einen Schimmer von Hoffnung zu erhalten, daß er vielmehr in Neuilly den Eindruck gewonnen hat, daß dort noch nicht das allerletzte Wort gesprochen worden sei.

Es ist nun gewiß kein Zufall, daß gerade Graf Apponyi kurz vor seiner Ausreise nach Frankreich dafür gesorgt hat, daß ein Wort in die Öffentlichkeit gelange, welches er zu seinem ehemaligen Parteigenossen — da er noch in den Tagen Koloman von Tiszas Führer der „gemäßigten Oppositionspartei" des ungarischen Reichstages war —, zu Edmund Steinacker, dem greisen Führer des ungarländischen Deutschtums gesprochen hat. Apponyi sagte zu diesem Manne, dessen Wege sich von den seinen aus nationalen Gründen getrennt haben, er sehe nun ein, daß seine bisherige Nationalitätenpolitik verfehlt gewesen sei und habe sich zum Gedanken der nationalen Autonomie bekehrt. Wenn man weiß, daß der Ausdruck „Nationalitätenpolitik" nichts anderes ist als ein Euphemismus für Magyarisierungspolitik, und daß man unter Nationalitäten nach magyarischem Sprachgebrauche alle nichtmagyarischen Völker Ungarns versteht, so gewinnt dieses Wort ganz besondere Bedeutung, zumal in diesem Munde. Apponyi, der vormalige Unterrichtsminister Ungarns, ist der Schöpfer des Volks-

Digitized by Google

schulgesetzes vom Jahre 1907, das die Volksschule ausschließlich zum Werkzeuge der Magyarisierung gemacht hat. Wenn dieser Mann nun, entgegen seiner ganzen politischen Vergangenheit und unter Verleugnung aller bisher von ihm vertretenen Grundsätze, erklärt, er sei bereit, den „Nationalitäten" nationale Autonomie zuzugestehen, wenn er dies überdies tut, kurze Zeit bevor er als Unterhändler seines Staates zum Abschlusse eines Friedens, der für die nächste Zukunft dieses Staates unter allen Umständen entscheidend sein muß, auf die Reise geht, so müssen ihn dazu ganz zwingende Gründe bestimmt haben. Es dürfte nicht schwer sein, diese zu erraten. Der überraschend schnelle Auseinanderfall des Reiches der heiligen Stephanskrone, die große Bereitwilligkeit, stellenweise sogar Begeisterung, mit der sich die nichtmagyarischen Einwohner der von der Tschechoslowakei, Rumänien und dem Südslawenstaate besetzten Gebiete für diese Staaten erklärt haben, der Umstand ferner, daß die Besetzung der vormals ungarischen Landstriche von der Entente gutgeheißen wurde, wesentlich unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker, ließen es der ungarischen Regierung rätlich erscheinen, bei den Verhandlungen in Neuilly das größte Entgegenkommen gegenüber den noch im Verbande Kleinungarns verbleibenden nichtmagyarischen Minderheiten an den Tag zu legen. Man tut denn auch sicherlich dem Grafen Apponyi nicht Unrecht, wenn man annimmt, daß seine erwähnte Äußerung mehr den Zweck hatte, aus der Not eine Tugend zu machen, als daß sie seiner innersten Überzeugung entspräche. Nach zwei Seiten nämlich könnte die Bereitwilligkeit des Entgegenkommens in nationalpolitischen Fragen vielleicht einigen Erfolg zeitigen. Zunächst in der Richtung des geringsten Widerstandes, der in dem von Deutschösterreich begehrten und ihm im Frieden von Saint Germain zugesprochenen, weit überwiegend von Deutschen bewohnten Deutsch-Westungarn gelegen ist. Dann aber auch bezüglich der Slowakei, soweit sie ehemaliges ungarisches Territorium umfaßt, denn die starke Opposition der Slowaken gegen das rücksichtslose Auftreten der tschechischen Machthaber und das Erwachen eines sehr lebhaften Stammesgefühles bei diesem Volke, das die Tschechisierung ebenso ablehnt, wie es seinerzeit die Magyarisierung abgelehnt hat, bietet immerhin einige Aussichten für eine Zurückgewinnung des vorwiegend slowakischen Oberungarns. Allerdings möchte ich diese Aussicht angesichts der weitgehenden Zusagen, die von seiten der Entente den Tschechen gemacht worden sind, nicht allzu hoch einschätzen. Anders liegen die Dinge bezüglich Deutsch-Westungarns. Das in Saint Germain Deutschösterreich zugebilligte Gebiet umfaßt nur die unmittelbar an Niederösterreich und an die Steiermark angrenzenden, fast rein deutschen Teile der Gespanschaften Ödenburg, Wieselburg und Eisenburg und läßt ein gutes Stück reindeutschen Landes des Wieselburger Komitates außerhalb liegen, als ein Zugeständnis an die Tschechen, denen der Zugang zur Donau ge-

Digitized by Google

wahrt werden soll. Nun hat schon die kurzlebige „Volksrepublik Ungarn" von des Grafen Michael Károlyi Gnaden den westungarischen Deutschen weitgehende nationale Autonomie zugestanden, die unter der Räteregierung ausgebaut worden ist. Hier könnte also die gegenwärtige christlichsoziale Regierung leichter als irgendwo anders nationale Zugeständnisse machen und sich bereit erklären, das Selbstbestimmungsrecht innerhalb des ungarischen Staates bis zu einem hohen Grade anzuerkennen. Dazu hatte sie seit Monaten reichlich Gelegenheit, die sie auch auszunützen verstand, der starken Bewegung für den Anschluß an Deutschösterreich entgegenzuwirken, so daß sie es nun wagen konnte, eine Volksabstimmung zu beantragen. Geht man bei den bevorstehenden letzten Verhandlungen in Neuilly darauf ein, so muß allerdings damit gerechnet werden, daß sich eine Mehrheit für Ungarn ergibt, denn der bewährte Verwaltungsapparat der ungarischen Regierung, der alle Mittel der Überredung, Bestechung und der Gewalt in virtuoser Weise zu handhaben versteht, hat dafür gesorgt, daß selbst eine angeblich gänzlich unbeeinflußte Volksabstimmung ein günstiges Resultat sichert. Sehr eindrucksvoll war dabei der in Hunderttausenden von Flugblättern, amtlichen und nichtamtlichen Verkündigungen immer wieder gemachte Hinweis auf die derzeitige Klassenherrschaft in Österreich, der bei den deutschen Bauern in Westungarn, denen der Schrecken vor dem ungarischen Bolschewismus noch in allen Gliedern liegt, nicht ohne Erfolg geblieben ist. Übrigens hat der Staatskanzler Deutschösterreichs, Dr. Renner, da er selbst seinerzeit eine Volksabstimmung in Westungarn verlangte, damit der ungarischen Regierung in die Hände gearbeitet, mag bei ihm gleich sozialistischer Doktrinarismus keineswegs Entgegenkommen gegen magyarische Wünsche entscheidend gewesen sein. Der ungarische Minister für nationale Minderheiten, Dr. Jakob Bleyer und sein Adlatus, Dr. Johann Huber, ein ganz im magyarischen Fahrwasser segelnder Geistlicher deutscher Geburt und in Westungarn bodenständig, haben denn auch in jüngster Zeit alle Hebel in Bewegung gesetzt, um für die Friedensgesandtschaft, der Huber als Vertreter Deutsch-Westungarns beigegeben ist, das nötige Material zu beschaffen, das den Wunsch der dortigen Deutschen, bei Ungarn zu verbleiben, erweisen soll. Die Mittel, die zu dessen Beistellung angewandt wurden, stammen aus dem reichen Arsenale der althergebrachten politischen Waffen aller ungarischen Regierungen. So z. B. erhielten viele deutsche Gemeindevorstände aus Budapest die Weisung, amtliche Drahtberichte über Versammlungen einzusenden, bei denen sich 90 v. H. der Teilnehmer für Ungarn ausgesprochen hätten. Diese Versammlungen haben tatsächlich überhaupt niemals stattgefunden, die geforderten amtlichen Drahtungen aber bildeten einen wichtigen Bestandteil des in Neuilly vorgelegten ungarischen Beweismaterials für die ungarfreundliche Stimmung der deutschen Bevölkerung Westungarns. Die wenigen Versammlungen, die Minister Bleyer bereits früher

Digitized by Google

selbst in deutschen Gemeinden abgehalten hat, hatten allerdings das gewünschte Ergebnis keineswegs geliefert.

Daß man sich tatsächlich in magyarischen Kreisen, namentlich aber die ungarische Regierung Hoffnung auf eine Revision des Friedens, nicht nur von Neuilly, sondern auch von Saint Germain macht, die dazu führen könnte, das deutsche Westungarn nicht ohne weiteres an Deutschösterreich zu überlassen, sondern vorerst eine Volksabstimmung dort zu veranstalten, läßt sich auch noch aus der starken journalistischen Propaganda erkennen, die eben jetzt im Auslande für diesen Gedanken gemacht wird. So brachte die „Neue Zürcher Zeitung" am 16. Januar d. J. einen längeren Aufsatz aus der Feder des ehemaligen Gesandten der seligen ungarischen Volksrepublik in Wien, Dr. Oscar Charmant, der in geschickter Weise dafür Stimmung zu machen sucht. Der fragliche Artikel ist der Form nach eine sehr verspätete Duplik auf eine Erwiderung, die ich schon im November v. J. in dem genannten Blatte gegen einen Angriff auf die deutschösterreichischen Ansprüche habe erscheinen lassen. Ein näheres Eingehen darauf kommt hier nicht in Frage, wohl aber ist es interessant, daß auch Herr Charmant einer der vielen ungarischen Journalisten ist, die damit betraut sind, das in ungarischen Dingen meist völlig ahnungslose Ausland über diese zu „informieren". Wenn nun auch hier die Sache so dargestellt wird, als ob Ungarn durch die Abtrennung der deutschen Teile Westungarns bitteres Unrecht geschähe und behauptet wird — allen feststehenden Tatsachen zum Trotze —, daß dort niemand etwas von dem Anschlusse an Österreich wissen wolle und schließlich die Meinung Ausdruck findet, daß eine Volksabstimmung zu 60 bis 80 v. H. für Ungarn entscheiden würde, so liegt der Zusammenhang zwischen dieser publizistischen und der mündlichen Äußerung des Grafen Apponyi für jeden Kenner ungarischer politischer Regierungsarbeit klar zutage.

Nun steht freilich den Hoffnungen Ungarns, genauer gesagt des Magyarentums, das deutsche Westungarn behalten zu können, allerdings die klare Bestimmung des Friedens von Saint Germain entgegen, die in den Bedingungen von Neuilly wieder erscheint und deren Unabänderlichkeit Clemenceau noch kurz vor seinem Abgange dem deutschösterreichischen Staatskanzler Renner gegenüber, bei dessen letzten Besuch in Paris ausgesprochen hat. Indessen kann man sicher sein, daß der fast unfehlbare politische Instinkt der magyarischen Politiker nicht umsonst gerade in diesem Punkte auf ein mögliches Umschwenken der Entente rechnet. Wie ich sagte, hier liegt zweifellos der locus minoris resistentiae, denn Deutschösterreich wäre unter keinen Umständen in der Lage, sich etwaigen neuen Entschlüssen der Machthaber in Paris und London ernsthaft zu widersetzen. Überdies hat ihnen ja die angezogene Forderung Renners nach einer Volksabstimmung eine

Digitized by Google

Hintertür offen gelassen, durch die jederzeit eine solche ihren Einzug halten kann. In amtlichen deutschösterreichischen Kreisen hält man freilich derzeit derartiges für ausgeschlossen und rechnet mit Bestimmtheit auf die baldige Übergabe Deutsch-Westungarns in österreichische Verwaltung. Die nächste Zukunft wird lehren, ob diese Erwartung berechtigt ist oder nicht. Jedenfalls dürfte hier für Ungarn aber die einzige leise Hoffnung bestehen, die bisherigen Grenzen zu behaupten. Die Rückgabe der von Südslawen, Tschechen und Rumänen besetzten und bereits ihren Staaten eingegliederten Gebiete dagegen wird wohl ein Zukunftswunsch bleiben. Allerdings ist es möglich, daß sich in diesen Gebieten, wo immerhin sehr beträchtliche magyarische Minderheiten wohnen, eine magyarische, bzw. nicht nur magyarische, ungarfreundliche Irredenta bildet, wenn es die neuen Machthaber nicht verstehen, deren Wünschen weitgehend entgegenzukommen. Ungarns Kredit wird bei den nichtmagyarischen Volksstämmen sowohl im dermaligen „Kleinungarn", wie in den abgetrennten Landstrichen aber um so höher steigen, je mehr in Ungarn die dort verbliebenen nichtmagyarischen Völker sich kultureller Selbstbestimmung erfreuen und je rascher die nationale Autonomie tatsächlich ausgebaut wird. Namentlich die jetzt schon mit der tschechischen Herrschaft auf das tiefste unzufriedenen Slowaken könnten auf diese Weise für den Gedanken des Wiederanschlusses leicht gewonnen werden. Daß sich die Magyaren unter keinen Umständen mit einem Frieden abfinden werden, der ihr altes Reich endgültig zerstört, kann man, wenn man die außerordentliche Elastizität und Ausdauer des Volkes in nationalen Dingen kennt, nicht bezweifeln. Was der Friede von Neuilly schaffen kann, wird also bestenfalls eine Balkanisierung des früheren Ungarns sein, die keinerlei Bürgschaft für längere Dauer bietet. Statt die Grundlagen eines bleibenden Friedens im östlichen Europa zu legen, hat vielmehr die Entente hier die Keime zu künftigen blutigen Auseinandersetzungen gesäet.

Luftherrschaft

Von Oberstleutnant z. D. Boelcke

Was der Begriff Seeherrschaft bedeutet, haben uns langjährige Entbehrungen mit ihrer allmählich, aber sicher wirkenden Zerrüttung der Widerstandskraft gezeigt. Von der Herrschaft in der Luft ist bisher weniger die Rede gewesen. Wohl haben im Kriege die großen deutschen Städte im Westen zum Schutze gegen Fliegerangriffe allerlei Unbequemlichkeiten auf sich nehmen, bei nahender Gefahr bange Stunden durchleben und hier und da schmerzliche Verluste beklagen müssen. Immerhin blieb der Zustand noch erträglich, denn

Digitized by Google

der feindliche Flieger schonte unsere Abwehrmaßnahmen, und weite Teile des Reichs mußte er notgedrungen ganz verschonen.

Das wird in Zukunft anders, wenn Deutschland mit einem wohlgerüsteten Nachbarn — und das kann sehr bald z. B. auch Polen sein — in Streit geraten sollte. Es gibt bei uns weder Angriffs- noch Abwehrwaffen für den Luftkampf, und damit entfällt jede Möglichkeit einer Kriegführung, es sei denn gegen ungeordnete Banden.

Das festzustellen und zu begründen ist keineswegs unnütz, denn immer noch herrscht stellenweise in der Presse die Phrase. So spricht man bei uns wohl von blutiger Vergeltung und jenseits des Rheins von einer Bedrohung durch fabelhafte deutsche Heerscharen. Endlich aber sollte doch die kühle Vernunft wieder zu Worte kommen, und die sagt klipp und klar, daß solche Dinge unmöglich sind, solange wir nicht dauernd und fieberhaft rüsten.

Die Zeiten der Freiheitskriege sind nämlich unwiderruflich verklungen, die einem aufs tiefste geknechteten Volke dennoch die Möglichkeit boten, insgeheim Krümper über Krümper auszubilden, und mit jammervoll ausgerüsteten Landwehren an der Katzbach, bei Wartenburg und Leipzig zu siegen. Die Technik hat einen so entscheidenden Einfluß auf die Kriegführung gewonnen, daß selbst stärkste und von Begeisterung getragene Bataillone einem schwächeren, aber besser bewehrten Feinde hilflos preisgegeben sind. Am entscheidendsten prägt sich das in der Luftwaffe aus.

Um es zu verstehen, müssen wir uns vergegenwärtigen, wie jung sie ist und was sie doch schon leistete. Bei Beginn des Krieges war das Flugzeug ausschließlich Erkundungs- und Nachrichtenmittel. Die Wirkung abgeworfener Bomben, Pfeile usw. war gleich Null. Vier Jahre später glichen die angreifenden Geschwader den verderbenschwangeren Reitern der Apokalypse, wenn sie hart über den Köpfen der angreifenden Infanterie ihr Schnellfeuer entfesselten oder Tod und Brand weithin in friedliche Städte trugen.

Jetzt steht Deutschland solchen Angriffen aus der Luft ganz wehrlos gegenüber. Ihre Furchtbarkeit, Reichweite und Unabhängigkeit vom Wetter werden sich mit jedem Jahre fortschreitender Entwicklung steigern. Bald werden gepanzerte, mit mehreren Motoren versehene Großflugzeuge vom Rheine, von der Weichsel oder einem Schiffe auf der Nordsee her jeden Punkt Deutschlands zu erreichen und durch Spreng-, Brand- oder Giftbomben dort in wenigen Sekunden alles Leben auszulöschen vermögen.

So sind für uns neben die Gefahren einer langsam erdrosselnden, feindlichen Seeherrschaft die ungleich augenfälligeren und plötzlicher wirkenden der Luftherrschaft getreten. Aber sollte es nicht doch Abwehrmittel dagegen geben? Die Hoffnung ist eitel. Gewiß hat man im Weltkriege durch ein engmaschige-

Digitized by Google

Späher- und Nachrichtenmittel-Netz, durch Anhäufung von Abwehrgeschützen, Fliegerstaffeln und Schutzdrachen um die meistbedrohten Orte herum die Bedrohung wesentlich abzuschwächen verstanden. Es darf aber nicht vergessen werden, daß alle diese Maßnahmen gleichlaufend mit der Entwicklung des Angriffsfluges und in einer aufs äußerste angespannten Kriegszeit langsam zu größter, wenn auch nicht unbedingter Vollkommenheit erwuchsen. Sie aus dem Boden zu stampfen, geht über Menschenkräfte.

Man bedenke nur wie schwierig die Aufgabe der Fliegerabwehr-Artillerie bereits im Weltkriege, also zu einer Zeit war, als im scharfen Schusse gegen wirkliche Luftziele das einzige vollwertige Ausbildungsmittel für alle die vielen zusammenwirkenden Glieder der Batteriebesatzung häufig gegeben war. Das fällt künftig selbst bei ungestört weiter rüstenden Völkern ganz fort. Somit gerät die Verteidigung gegen Luftangriffe immer mehr ins Hintertreffen, während für die Angriffswaffe noch ungeahnte Entwicklungsmöglichkeiten bestehen. Allein schon die Panzerung leicht verletzlicher Flugzeugteile nimmt dem Abwehrgeschosse einen großen Teil seiner Wirkungskraft.

Wir wissen also, was uns von der Gewalt droht, und wie wenig dagegen auszurichten ist. Manchen mag das enttäuschen, es liegt aber auch ein Trost in der unbefangenen Würdigung des Luftraums als neuen Kriegsschauplatzes. Heer und Flotte nämlich, die wir trauernd bis auf kleine Reste zerfallen sehen, waren so, wie wir sie kennen, durch die letzte Entwicklung der Technik, vor allem der Luftwaffe, überholt. Auch ohne das Gebot des Feindes wären wir doch bald dazu gekommen, beides wesentlich einzuschränken. Schon während des Krieges mußte sich jedem Einsichtigen die Überzeugung aufdrängen, daß eine Fortsetzung des früher beliebten Wettrüstens ganz unmöglich sei. Ins Riesenhafte waren die technischen Erfordernisse der Kriegführung gewachsen. Jeder Tag brachte neue und entwertete die erst gestern eingeführten. Aber selbst wenn es nach den unerhörten Ausgaben der Kriegszeit gelang, auch noch weiterhin ständig die neuesten Kanonen, Maschinengewehre, Tanks und sonstigen unzähligen Geräte, den unablässig zu erneuernden Gift-, Flammen- und Sprengstoff, alle die Sommer-, Winter-, Gebirgs- usw. Ausrüstungen für den am Boden haftenden Kampf zu beschaffen, wäre das auch für den Luftkrieg doch nie möglich gewesen. Zu gewaltig sind seine Entfaltungsmöglichkeiten, zu wenig begrenzt der Raum, in dem er sich abspielt.

Seine künftigen Bedingungen lassen sich, selbst heute noch, nur in den allergröbsten Umrissen vermuten. Gerade auf diesem Gebiete sind der Voraussicht enge Schranken gesetzt. Goethes Irrtum mag uns Kleinere bescheiden stimmen, wenn er Faust klagen läßt:

Digitized by Google

„Ach! zu des Geistes Flügeln wird so leicht
Kein körperlicher Flügel sich gesellen."

Jedenfalls ist soviel sicher, daß die Luftwaffe das uns geläufige Bild des Aufmarsches und daran anschließenden Krieges von Grund aus umgestalten müßte. Was sollen Millionen bis an die Zähne Bewaffneter an der Grenze, wenn inzwischen Flugzeuggeschwader das wirtschaftliche und bürgerliche Leben im Innern des Landes ersticken? Es durch viele Tausende von Flugabwehrgeschützen oder andere irdische Schutzmaßnahmen in allergrößtem Maßstabe sichern zu wollen, muß nach dem oben über die Abwehrmittel Gesagten als aussichtsloses Beginnen erscheinen, und damit wird selbst bei gewissenhaftester Friedensrüstung jeder Krieg zwischen Festlandsmächten zu einer noch viel gewagteren Sache als bisher. Denn wer will mit Sicherheit voraussagen, daß gerade er die bessere Luftwaffe führt? Und wehe dem, der sich in seinen Erwartungen getäuscht sieht. Der luftbeherrschende Gegner vernichtet in wenigen Tagen alle Wurzeln seiner Kraft und zwingt ihn, trotz Rosse und Reisiger, rettungslos auf die Knie.

Vielleicht ist solche Erkenntnis ein mächtigerer Hebel für das Zusammenfügen des Völkerbundes, als alle bisherigen Abmachungen. Freilich, Kriege wird es auch im Zeichen der Luftherrschaft geben, denn sie sind nach Moltke ein Glied in Gottes Weltordnung. Wie sie sich aber abspielen werden, vermag heute niemand mit Sicherheit zu sagen.

Überschauen wir die Wandlungen, welche die Kriegführung durchlief, seit es eine Geschichte gibt, dann erkennen wir manchen ebenso überraschenden Übergang wie voraussichtlich den von heut auf morgen: Der Germane mit Keule und Schild, der Ritter auf gepanzertem Rosse, die Grenadiere Friedrichs des Großen, die feuerspeienden Batterien Napoleons, die Garde bei St. Privat und schließlich das Kampfgeschwader über den drahtbesponnenen, zerwühlten Ebenen des trommelfeuer-durchzitterten Großkampfs von 1918, das sind nur wenige Ausschnitte aus begrenztem Zeitraume. So verschieden sie sind, so überraschend anders kann sich auch das Kriegsbild der Zukunft gestalten.

Zusammenbruch unserer Valuta

Wenn man für unsere wirtschaftliche Lage ein militärisches Bild heranzieht, so haben wir in diesen Tagen die Durchbruchsschlacht durch unsere letzte Stellung restlos verloren, nachdem vorher die davorgelagerten Stellungen aufgegeben werden mußten. Ein Kursstand von etwa 5 Centimes in der Schweiz für die deutsche Reichsmark heißt nichts anderes als die Einschätzung Deutschlands

Digitized by Google

als eines total bankrotten Landes. Solche Kurse haben im allgemeinen nur mehr Werte, die eben keine Werte mehr sind, sogenannte non valeurs.

Hat es so kommen müssen? Drückt sich hier die eiserne Konsequenz des verlorenen Krieges, die Waffenstillstands- und Friedensbedingungen aus, oder wäre diese Katastrophe zu vermeiden gewesen, oder ist vielleicht gar heute noch etwas zu retten? Die Antwort darauf wird lauten, daß selbstverständlich wir selbst an diesen schlimmen Dingen zum großen Teil mit schuld sind, wenn auch der Entente die Hauptschuld zufällt, und vielleicht ist auch noch eine letzte Rettung möglich.

Der Grund des Valutazusammenbruchs läßt sich auf eine sehr einfache Formel bringen: Wir haben nach dem Ausland viel mehr zu zahlen, als wir von dorther überwiesen bekommen, unsere Zahlungsbilanz ist, wie man zu sagen pflegt, passiv. Der Fehlbetrag wird dadurch ausgeglichen, daß wir in gewaltigen Massen deutsche Banknoten ausführen, die nun draußen in der Welt wie sauer Bier angeboten werden. Wie kommt das nun, daß wir so viel nach dem Auslande zahlen? Vor allem ist unsere Ausfuhr offenbar ganz erheblich kleiner als unsere Einfuhr. Man spricht von einem Verhältnis von anderthalb zu zweieinhalb Milliarden Mark. Würden wir mehr ausführen und weniger einführen, so wäre schon das Hauptübel beseitigt. Solange die Verträge mit der Entente laufen, wird hier ein gesunder Ausgleich freilich nicht möglich sein. Denn unsere Lieferungen, vor allem unsere Kohlenlieferungen an Frankreich verringern unsere Einnahmen außerordentlich. Hier muß also in erster Linie eine Änderung eintreten, wie ja überhaupt ohne grundlegende Umredigierung des Versailler Vertrages Deutschland nimmermehr genesen kann. Aber wir könnten auch ohnedies mehr ausführen, wenn wir im Inlande mehr produzieren und weniger konsumieren würden. Wie aber ist das zu machen? Vor allem, wie ist der Konsum herunterzuschrauben? Nun, der Kenner der Verhältnisse wird ohne weiteres zugeben, daß auch heute noch, wo wir in einer Not stecken, von der die wenigsten eine rechte Vorstellung haben, alle Klassen der Bevölkerung weit über das erlaubte Maß hinaus verbrauchen, ob es sich nun um Zigaretten oder Zigarren, um neue Kleidungsstücke oder um Vergnügungen jeder Art handelt. Würden wir unsern Verbrauch auf das Allernotwendigste beschränken, würden wir also beispielsweise weder Kragen noch Krawatten mehr tragen, noch aber Hüte, würden wir feine Porzellane als eine unmögliche Verschwendung betrachten, so könnten unsere Fabriken entweder sich auf andere notwendigere Dinge umstellen oder aber diese für uns überflüssigen Waren zur Ausfuhr bringen. Die Welt braucht sie. Durch Predigen aber ist eine Verringerung des Konsums nicht zu erreichen. Am wenigsten, wenn ein Land derartig die Notenpresse hat arbeiten lassen wie Deutschland, wenn eine beispiellose Inflation eine künstliche Kaufkraft vorgetäuscht hat, die uns zum Ver-

Digitized by Google

hängnis geworden ist. Hier hätte rechtzeitig eingeschritten werden müssen, es hätte die Inflation durch Steuern und durch eine gewaltige Vermögensabgabe beseitigt werden müssen. Man hat das nicht getan. Das Reichsnotopfer ist ein wahrer Hohn auf das, was ursprünglich beabsichtigt war. Statt Vermögenssteuer Rentensteuer.

Der Konsum in Deutschland ist aber zum erheblichen Teil noch künstlich durch die Entente heraufgeschraubt worden, und zwar durch das Loch im Westen. Was da an überflüssigen Dingen, an Schokolade, Zigaretten, Seidenstoffen, Parfümerien, französischen Seifen hereingekommen ist, spottet jeder Beschreibung. Wir müssen jetzt, wo wir einen Geschäftsträger in Paris haben, endlich dafür sorgen, daß dieses Loch zugemauert wird, und in der Zwischenzeit müssen wir im Inland jeden, der derartige Waren feilhält, in der exemplarischsten Weise bestrafen.

Alles das allein hätte aber den heutigen Stand der Valuta nicht bewirkt. Zwar ist zweifellos ein Unterschied zwischen Ein- und Ausfuhr. Würde aber alles das, was wir ausführen, wirklich bezahlt werden, so stünde es besser um uns. Statt dessen wird die Sache so gemacht, daß viele Exporteure zwar recht schön ausführen, aber die erlösten Gelder draußen in Zürich oder in Amsterdam stehen lassen, und zwar zum Teil aus recht gemeinen Gründen der Steuerflucht. Das wäre nicht möglich gewesen, wenn wir noch eine straffe Organisation unseres Devisenhandels hätten. Die aber ist Mitte 1919 aufgehoben worden und seit dieser Zeit geht es mit unserer Valuta rapid abwärts. Wer die Verhältnisse näher studiert hat, weiß das. Heute, wo jedermann, vor allem jeder Bankier Devisen kaufen kann, wie er will, sind in unzähligen Millionen deutsche Werte und deutsche Banknoten eingetauscht worden gegen Dollars, Pfund Sterling, Franken und Gulden und auf den Banken hinterlegt worden. Alle, die so gehandelt haben, sind Verbrecher am Schicksal Deutschlands. Und unsere Regierung hat eine gewaltige Dummheit gemacht, als sie diese Devisenfreiheit proklamierte. Sie war offenbar von Interessenten sehr, sehr schlecht beraten. Allerdings ist zu ihren Gunsten anzuführen, daß seit der Besetzung der Rheinlande die Organisation in früherem Umfange nicht mehr möglich war. Indessen ist doch ein Unterschied zwischen jener außerordentlich scharfen Kontrolle und der heutigen grenzenlosen Anarchie und Ungebundenheit. Und deshalb kann man der Regierung nur eines raten: unverzüglich den Handel in Devisen zu beschränken und vor allem den verschiedenen kleineren und jüngeren Firmen etwas auf die Finger zu sehen.

Darüber hinaus aber muß das Ausland uns helfen. Man sollte dort nicht vergessen, daß unsere Valutasorge in weitgehendem Maße auch die Valutasorge der andern ist. Denn brechen wir zusammen, so wird das Ausland nicht gerade stärker

Digitized by Google

werden. Man sieht es ja am besten an den Valutakursen. Jeder Rückgang der Mark bringt aus natürlichen Gründen auch einen Fall des französischen Franken mit sich. Kein Wunder, denn wir sind ja die einzige Hoffnung Frankreichs, auf unserer Leistungsfähigkeit beruht der ganze Staatshaushalt unseres westlichen Nachbarn.

Da nun eine große internationale Anleihe mit amerikanischem Geld aller Wahrscheinlichkeit nicht zu erwarten ist, muß uns auf andere Weise geholfen werden. Es ist neuerdings empfohlen worden, das in Amerika beschlagnahmte deutsche Eigentum (etwa 800 Millionen Dollars) gewissermaßen in Form einer Anleihe an Deutschland zu gewähren. Damit wäre immerhin schon sehr viel geholfen.

Zusammenfassend muß also gesagt werden, wir sind in der Lage eines sterbenskranken Patienten. Bestenfalls werden wir noch furchtbare Fiebererscheinungen in den nächsten Wochen und Monaten durchzumachen haben. Vor allem wird eine Geldentwertung und dementsprechend eine Preissteigerung einsetzen, wie sie Deutschland noch nie, Frankreich am Ende der Assignatenwirtschaft und Rußland jetzt während des Bolschewismus erlebt hat. Helfen könnte hier nur eine wirkliche Vermögensabgabe, die an die Stelle des unglückseligen Reichsnotopfers treten müßte. Bis dahin aber ist manches zu machen durch eine straffere Kontrolle unserer Devisenmärkte, durch eine künstliche Einschränkung des Konsums und durch alle möglichen Mittel zur Erhöhung der Produktion. Das Ausland muß schnell eine Geldhilfe an Deutschland gewähren und dann in eine Revision des Versailler Friedensvertrags eintreten.

Severus Linter.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt. Redaktion: Schöneberger Ufer 36a I. Telephon: Nollendorf 928. Für Anzeigen F. W. Kiel, Berlin-Schöneberg. Verlag Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland, Oesterreich-Ungarn und Luxemburg M. 7.20, übriges Ausland M. 7.50. Einzelnummer 50 Pfg. Gedruckt in der Buchdruckerei Hermann Bergmann, Berlin SW 48.

Digitized by Google

5. Jahrgang * 13. Februar 1920 * Heft 7

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Dänemark oder doch seine Chauvinisten hoffen, Nordschleswig mit bunten Danebrogs zu gewinnen. Aber mit kleinen Fahnen ist den Leuten dort oben auch nicht allein gedient. Sie stehen in höchster wirtschaftlicher Bedrängnis. Zwar ist das Leben in Dänemark angenehmer als in Deutschland, es macht weniger Schwierigkeiten, sich Kleider und Stiefel zu kaufen — aber auch drüben ist alles teurer geworden. Die Valuta aber wirkt in diesem Fall als Ausfuhrzoll für Menschen. Wer in Deutschland ein zahlenmäßig ganz nettes Vermögen hatte, ist, wenn er seine Tausende von Mark in Kronen umrechnet, ein armer Schlucker, und die Flucht vor den deutschen Steuern hilft ihm nicht viel, wenn er drüben fast gar nichts mehr zu versteuern hat. Dänemark hat dies natürlich auch frühe genug erkannt; aber um den Nordschleswigern den Ausgleich zu schaffen, bedarf es vieler Hunderte von Millionen, und diese hat es nicht. Es müßte seinen Etat völlig umkrempeln, wenn es den gerechten Ausgleich herstellen wollte, so daß der Gewinn von Nordschleswig zu einer ungeheuren Finanzbelastung wird. Lange genug hat es deshalb gezögert, mit Plänen und Summen herauszurücken; was es schließlich ankündigte, mußte eine starke Ernüchterung bringen. Es kommt nun in diesen Wochen darauf an, daß die deutsche Politik klar und entschlossen bleibt. Würde die Regierung in der Auslieferungsfrage schwanken, so wäre die Gefahr, daß gerade in diesen Grenzbezirken, wo das nationale Gefühl besonders geschärft ist, das Zutrauen in die deutsche Zukunft erschüttert würde. Deutschland soll gerade heute der Welt zeigen können, daß seine Kinder an es glauben.

*

Die Entente hat Ungarn wissen lassen, daß die Rückkehr eines Habsburgers ihr unerwünscht sein würde, und die Magyaren sind in einer ziemlichen Verlegenheit, die sie mit Macht- und Intriguenkämpfen zwischen den beiden Haupt-

Digitized by Google

trägern einer gemäßigten und einer scharfen Restauration, Huszar und Friedrich, ausfüllen. Wahrscheinlich hat man in Paris warnende und mahnende Stimmen aus Prag, vielleicht auch aus Agram vernommen: die neuen slawischen Staaten im Norden und Süden des Bereichs der alten Stephanskrone sind noch nicht konsolidiert genug, um ohne Gefährdung einer Rückkehr Habsburger Gewalt und monarchischen Glanzes, hinter denen sie magyarischen Imperialismus vermuten, zusehen zu können.

*

Ein bedenkliches Zeichen der Parteientwicklung ist es, daß die Deutschnationalen den früheren Staatssekretär Clemens v. Delbrück von seiner Führerstelle abberufen wollen: er soll nicht mehr zum künftigen Reichstag aufgestellt werden. Den Anlaß bot, daß Delbrück sich unverhohlen gegen die antisemitischen Treibereien aussprach, die innerhalb seiner Partei sich breitmachen; er wird nicht das einzige Opfer dieser Stellungnahme sein, denn auch andere Abgeordnete, die in freundschaftlicher oder familiärer Beziehung zu Juden stehen, werden von dieser verschärften Gesinnung betroffen werden. Wohin sind wir gekommen, daß nun auch ein Mann wie Clemens von Delbrück sich selber in einer öffentlichen Volksversammlung seine nationale Gesinnung gegenüber Anzweifelungen bestätigen muß, der Mann, der bis zum Zusammenbruch seiner Kräfte dem Vaterland gedient hat? Gerade eine Erscheinung wie er, dessen staatsmännische Sicherheit und durch Wissen und Gradheit gefestigte Autorität in allen Parteien Achtung genoß, war berufen, inmitten der wüsten Parlamentskämpfe ausgleichend zu wirken; wird er von der Partei, für die er eine moralische Kraft war, ins Privatleben zurückgedrängt, um den bloßen Agitatoren Platz zu machen, so hat das ganze Vaterland den Schaden.

*

Die rechte Presse war sehr empört, als ihr von sozialistischer Seite das Attentat auf Erzberger an die Rockschöße gehängt wurde. Es geht aber wirklich nicht an, nachdem das Kind in den Brunnen gefallen ist, Klagetöne auszustoßen, wenn man vorher dafür Stimmung gemacht hat. Oder ist es etwas anderes, wenn jetzt die „Deutsche Tageszeitung" vorschlägt, jeden, „der sich durch die Feinde bestechen oder gebrauchen läßt, als Landesfeind für vogelfrei zu erklären und ihn demgemäß rücksichtslos und straflos zu behandeln". Durch solche Vorschläge werden unreifen Burschen wie Hirschfeld die Pistole in die Hand gedrückt. Das Opfer solcher Verführung wird dann bestraft; der Verführer wäscht aber seine Hände in Unschuld und erklärt entrüstet, er hätte natürlich niemals solch einen Mord verherrlicht. Daß aber verschiedenen Ministern der Republik dunkle Geldgeschäfte mit dem Feinde vorgeworfen wurden, wird dabei schamhaft verschwiegen.

Digitized by Google

Auslieferung!

Von Dr. Paul Rohrbach

Mit dem ungeheuerlichen Verlangen, 900 Deutsche ausgeliefert zu erhalten, darunter Hindenburg und Bethmann Hollweg, Ludendorff und die lange Reihe der Feldherren, Fürsten und Offiziere, haben die Feinde wider ihren Willen dem deutschen Volke einen Dienst getan, der größer ist, als sie es ahnen. Der Übermut, der Haß und die Torheit, die sich darin vereinen, werden diesmal auf die Urheber selbst zurückfallen, und sie werden in Deutschland die Wirkung haben, daß endlich die Deutschen ihre nach innen und nach außen so jammervoll zerrissenen Reihen zusammenschließen. Diese Hoffnung, ja diese Gewißheit darf heute schon ausgesprochen werden. Täten wir es diesmal nicht, dann allerdings würden wir aufhören, den Namen eines Volkes zu verdienen. Wer auch diesmal andere Wege geht, der stellt sich selbst mit Bewußtsein außerhalb der Volksgemeinschaft, und dort mag er bleiben. Damit soll nicht gesagt sein, daß unter den Personen, die in der feindlichen Auslieferungsliste stehen, nicht auch solche sein mögen, die wegen ihrer im Kriege begangenen Handlungen vor ein Gericht gehören. Den Feinden aber steht es nicht zu, sie zur Rechenschaft zu ziehen, sondern uns selbst. Dies Angebot hat die deutsche Regierung gemacht, und sie ist bis zu Vorschlägen über die Teilnahme feindlicher Vertreter bei der Urteilsfällung gegangen, die weit über das hinausreichen, was seinerzeit für moralisch unmöglich erklärt wurde, als Österreich-Ungarn es von Serbien verlangte. Es widerspricht allem menschlichen Rechtsempfinden, daß ein Gegner zu Gericht sitzt über den anderen, und doppelt, wenn der siegreiche Teil sich selber solche Unmenschlichkeiten zu Schulden kommen ließ, wie die Entente.

In Deutschland und Deutschösterreich sind zusammen in den Jahren des Krieges und des Waffenstillstandes eine Million Nichtkämpfer, Frauen und Kinder, Alte und Schwache, der Hungerblockade erlegen. Es gibt kein Verbrechen in der Geschichte der zivilisierten Menschheit, das an Größe dem Hungerkrieg der Entente gegen das deutsche Volk gleich käme. Gedankenlose Leute vergleichen die Aushungerung Mitteleuropas mit der einer belagerten Festung, wie z. B. Paris 1870. Wenn eine Festung aus Nahrungsmangel kapituliert, so hat es sich um eine Not weniger Wochen gehandelt. Als Paris gefallen war, ließen die Deutschen von allen Seiten Lebensmittelzüge laufen, um die Bevölkerung zu verproviantieren, und Massen von Mehl wurden sofort aus deutschen militärischen Beständen gegeben. In kurzer Zeit waren die Folgen der Aushungerung beseitigt. Was aber hat die Entente getan, nachdem Deutschland durch den Waffen-

Digitized by Google

stillstandsvertrag sich wehrlos gemacht hatte? Sie hat die Hungerblockade fortgesetzt, in deren Folge im täglichen Durchschnitt auch noch während des Waffenstillstandes etwa 1000 Menschen in Deutschland und Deutschösterreich starben. Kein Mensch hat es für möglich gehalten, daß Deutschland, nachdem es die Entwaffnungsbedingungen vom November 1918 ausgeführt hatte, auch nur den Schatten eines Versuches hätte machen können, den Widerstand wieder aufzunehmen. Es war nackte Grausamkeit, bewußte und gewollte Nichtachtung alles menschlichen Gefühls, wenn die Blockade trotzdem weiter dauerte.

Der frühere Vertreter der „Daily Mail" in Berlin, F. W. Wile, schrieb noch vor Abschluß des Waffenstillstandes in dem englischen Blatte „Weekly Dispatch" einen Artikel unter der Überschrift: „Die Hunnen von 1940", von dem wir schon früher einmal gesprochen haben. Darin sagte er voller Genugtuung: „Der britischen Blockade ist es gelungen, die Unterernährung der Kinder bereits im Mutterleibe zu erzwingen." Der in England berühmte Arzt und Physiologe Dr. Caleb Saleeby fügte dem hinzu, es sei nicht zu leugnen, daß bei Menschen die zersetzenden Folgen der Unterernährung auch auf die Nachkommenschaft vererbt würden. „Im Jahre 1940," sagte er, „wird wahrscheinlich eine deutsche Rasse bestehen, die an körperlicher Degeneration leidet. Deutschland wird einen furchtbaren Preis dadurch zahlen müssen, das es beabsichtigt hat, eine Weltmacht zu werden." Während der Waffenstillstandszeit, als Berichte über die entsetzliche Kindersterblichkeit durch die Hungerblockade nach England kamen, überschrieb die „Daily Mail" einen Artikel über dies Thema mit den scheußlichen Worten: „Weniger kleine Hunnen"! Vingt Millions de trop! 20 Millionen Deutsche zuviel! Mit diesen Worten herrschte Clémenceau einen französischen Politiker an, der ihm zur Zeit der Friedensverhandlungen in Versailles bemerkte, man könne ein so zahlreiches Volk wie die Deutschen nicht zu Bedingungen zwingen, die jede Lebensmöglichkeit des Volkes aufhöben. Aus dieser Gesinnung heraus, mit dem Bewußtsein der Folgen und mit dem Willen sie herbeizuführen, ist die Hungerblockade gegen Deutschland geübt und gegen das entwaffnete wehrlose, zusammengebrochene deutsche Volk während der endlosen Monate des Waffenstillstandes fortgesetzt worden. Und jetzt fordern diejenigen, die dieses höllischen Verbrechens gegen die Menschheit schuldig sind, 900 Deutsche wegen Kriegsverbrechen vor das Ententegericht! Das sind dieselben Regierungen, deren Vorgänger die 26 000 Burenfrauen und Kinder in den Konzentrationslagern von Südafrika umkommen ließen, um die kämpfenden Männer, Väter und Brüder zur Niederlegung der Waffen zu zwingen; im belgischen und französischen Kongo es geschehen ließen, daß Menschenfresser in die Kautschukwälder geschickt wurden, um mit Händeabhacken die Eingeborenen zu zwingen, mehr Gummi und Elfenbein

Digitized by Google

zu liefern; Kopenhagen bombardiert und mit ihren Schiffsgeschützen dem Vierhundertmillionen-Volk Chinas auf mehr als 70 Jahre die Opiumpest aufgezwungen haben; nordamerikanischen Indianern Geldpreise für die getrockneten und gebündelten Skalpe von „Rebellen" im Unabhängigkeitskrieg bezahlten, für einen männlichen Skalp soviel, für einen weiblichen soviel, für einen von einem Kind soviel; den Kaiserdom von Speyer mit Pulver sprengten, die Krypta aufrissen und die Gebeine der bestatteten Herrscher umherstreuten; die zuletzt im Weltkrieg betrunken gemachte afrikanische Barbaren in die genommenen Schützengräben schickten und wehrlose und verwundete Deutsche mit Messer und Bajonett abschlachten ließen. Diese klagen jetzt auf Verletzung der Gesetze des Krieges und des Völkerrechts!

Welch einen Grund hat die Entente für ihr Vorgehen? Sehr einfach den, daß es ihr darauf ankommt, ihre eigenen Völker und alle übrigen, einschließlich der Neutralen, unter der Wirkung der Suggestion zu erhalten, daß die Deutschen Verbrecher und Hunnen sind und keine Milderung der Friedensbedingungen verdienen. Immer von neuem muß wiederholt werden: die Entente weiß, daß sie den Gewaltfrieden gegen Deutschland, den Betrug gegen das deutsche Volk, dem ein menschlicher und billiger Friede versprochen und nicht gehalten worden ist, nicht länger dem Urteil der Welt suggerieren kann, als der Weltglaube an die alleinige deutsche Schuld und Verantwortlichkeit dauert. Darum soll durch die Verhandlung gegen die 900 vor den Augen der Welt mit allen Mitteln einer gewissenlosen, brutalen, gewinngierigen Propaganda ein Bild deutscher Greuel entrollt, und dies Bild soll unendlich vervielfältigt, gefärbt, vergrößert, gefälscht durch die Presse, durch die Volksrede, durch den Film und auf jede andere denkbare Art verbreitet werden. Bis ins letzte Dorf will man es tragen, die Leidenschaft der Völker soll von neuem zu Haß und Abscheu gegen Deutschland aufgeregt werden, allein zu dem Zweck, damit der Gewaltfriede erhalten, der Glaube an das höhere moralische Recht der Entente nicht erschüttert und die Beute aus dem Weltkrieg gesichert bleibt! Nie hat es einen brutaleren und zugleich in seinen Motiven verächtlicheren Zynismus gegeben, als diesen. Hierfür sind die 900 Schlachtopfer ausgesucht, hierfür soll dies Schauspiel der moralischen Vivisektion des deutschen Volkes aufgeführt werden.

Mit Recht schreibt der „Vorwärts": „Man kann wohl einen Menschen mit vorgehaltenem Revolver zu dem Versprechen zwingen, er werde auf den Mond klettern, aber man wird auch durch die allerschärfsten Drohungen ihn nicht dazu bringen, dieses Versprechen auszuführen." So ist die Lage. Wie denkt sich denn die Entente die Verhaftungen und Auslieferungen der 900? Welcher Deutsche wird Hand an sie legen? Und wenn sich ein Jämmerling fände, der es versuchte, welcher Deutsche würde es ertragen? Will man die Reichswehr

Digitized by Google

dazu aufbieten? Will man den Bund „Neues Vaterland" mit Handgranaten dazu ausrüsten? In welch einen Abgrund von Bürgerkrieg und Blutvergießen will man Deutschland stürzen? Glaubt man, daß sich aus der heutigen bewaffneten deutschen Macht auch nur eine Kompagnie zusammenbringen läßt, um die zur Auslieferung Geforderten, Hindenburg und Bethmann Hollweg voran, zu verhaften? Und wenn das möglich wäre, oder wenn der eine oder der andre der Auszuliefernden sich selbst stellen wollte, welcher Zugführer wird den Zug fahren, der Hindenburg nach Paris bringt? Welcher Weichensteller wird Dienst dazu tun? Mit welchen Mitteln will man das Volk, will man die alten Soldaten, will man die Heimkehrer aus der Kriegsgefangenschaft, die Männer von Scapa-Flow und die aus den französischen Gefangenenlagern davon abhalten, daß sie zum Äußersten greifen, um die Schmach zu verhindern? Die Einheit im Empfinden aller derer, die in Deutschland überhaupt noch Deutsche sein wollen, ist elementar. Deutschland wird in Flammen aufgehen, bevor die Auslieferung der 900 durchgeführt werden kann.

Die Parteien, die es für notwendig hielten, den Frieden von Versailles zu unterschreiben, erleben jetzt das, was ihnen vorausgesagt worden ist. Sie haben geglaubt, durch ihre Unterschrift das Äußerste von Deutschland abzuwenden, und ihnen bleibt jetzt nichts übrig, als das zu tun, was sie besser schon im Sommer 1919 getan hätten. Wenn die Entente auf ihrem Begehren beharrt, wenn die Feinde sich nicht auf den Vorschlag einlassen, ein deutsches Gericht, sei es auch mit gegnerischen Vertretern, solle mit der Untersuchung und dem Urteil betraut und vielleicht noch eine zweite n e u t r a l e Berufungsinstanz festgesetzt werden — dann muß die Regierung zurücktreten und muß, da eine andere Regierung nicht gefunden werden kann, die die Auslieferung durchführt, die Feinde einladen, die Regierung und Verwaltung von Deutschland zu übernehmen und selber in Deutschland zu tun, was sie nicht lassen kann. Das ist die Antwort, die man schon auf die wortbrüchigen Gewaltparagraphen von Versailles hätte geben sollen. Mögen die Feinde einrücken! Möge es dahin kommen, daß in ganz Deutschland Zustände herrschen, wie in der französischen Besatzungszone, wo kein deutsches Mädchen und keine deutsche Frau sich allein auf einen Spaziergang trauen darf ohne Gefahr, von irgendwelchen schwarzen oder weißen Bestien angefallen und vergewaltigt zu werden! Mögen sie von neuem die Hungerblockade über uns verhängen! Mag von neuem die kaum gemilderte Sterblichkeit der Säuglinge, mag die Zahl der Tuberkulosekranken zu einer Größe emporschwellen, wie selbst zur Waffenstillstandszeit nicht! Schlimmer als der Bürgerkrieg ist das alles nicht. Es ist nicht schlimmer und es bewahrt uns vor der äußersten Schande! Dann endlich wird es auch im Urteil der Welt darüber tagen, welchen Wert die Heucheleien der Führer der Entente über den Kampf für Recht und Menschlichkeit ge-

Digitized by Google

habt haben. Dann endlich wird vielleicht auch das Gewissen der feindlichen Völker aufwachen. Dann endlich, wenn Deutschland auch dem letzten äußeren Schein nach aus der Zahl der selbständigen Nationen verschwindet, aber den Rest von Ehre und Würde bewahrt, den es noch besitzt, dann kommt es vielleicht dahin, daß die vernünftigen und menschlichen Elemente auf der feindlichen Seite Protest erheben und die feindliche Einheitsfront sich spaltet. Aber wir haben keine ernsthafte Sorge, daß es wirklich zur Auslieferung kommt. Selbst wenn die Lumpen und die Flagellanten, deren Namen jedermann kennt, denen es zuzutrauen wäre, daß sie den Versuch der Auslieferung machen, die Regierung in Deutschland übernähmen, so ist es unmöglich. Man probiere es doch einmal, die Volksstimmung, so wie sie heute ist und wie sie bleiben wird, mit der Hungerblockade oder mit französischer Besatzung zu schrecken! Es ist gut für Deutschland, was die Feinde getan haben. Es ist gut, daß sich in der Auslieferungsfrage alle moralischen und materiellen Unmöglichkeiten des Friedens wie in einem brennenden Geschwür auf einen Punkt zusammengezogen haben, der dem Volksempfinden ohne weiteres deutlich ist. Der Frevel der Sieger, ihr die waltende Vergeltung herausfordernder Übermut — Hybris sagten die Alten — ist auf die Höhe gestiegen. Der Umschlag muß kommen, und vielleicht sind die Füße derer schon vor der Tür, denen es bestimmt ist, die falschen Richter wider göttliches und menschliches Recht selber vor das Gericht der Geschichte zu bringen.

Die angelsächsische Weltherrschaft

Ihr Wesen und ihre Auswirkungsmöglichkeiten.

Von Professor Dr. Paul Herre

In den Kriegsjahren 1914—1918 war das Schlachtgeschrei unserer Feinde: Kampf gegen die drohende Gefahr einer deutschen Weltherrschaft. Der Krieg ist vorbei und die angelsächsische Weltherrschaft ist da. Was bedeutet es, daß Italien mitgesiegt hat? Es lebt schon jetzt bei der Verteilung der Kriegsbeute von der Gnade der überlegenen Bundesgenossen. Was bedeutet es, daß Frankreich sein leidenschaftliches Rachebedürfnis endlich befriedigt hat und in blindem Siegesrausch dem verhaßten Gegner den Fuß auf den Nacken setzt? Die Rolle, die es als Büttel gegenüber dem wehrlosen Deutschland spielen darf, täuscht es über die wahre Stellung, die es in der Zukunft einnehmen wird. England, die Seele des Systems, das Deutschland zu Falle gebracht hat, ist als der wahre Sieger aus dem Weltkriege hervorgegangen. Freilich, es hat seinen Sieg nicht erringen können, ohne daß es die andere angelsächsische Großmacht an seine Seite zog und den sonst unerreichbaren Sieg mit dieser teilte. Die Vereinigten Staaten von Amerika

Digitized by Google

sind in der Tat die Mitsieger des Weltkampfes in vollem Wortsinn. Eine angelsächsische Welthegemonie ist die folgerichtige Frucht des Kriegsergebnisses.

Daß dem so ist, kann von niemand ernstlich bezweifelt werden, der den Dingen ruhig ins Auge blickt, und es gilt, sich auf diese geschichtliche Tatsache einzustellen, gleich, wie man über sie denken mag. Aber gerade weil man mit dem Faktum als einer Gegebenheit rechnen muß, ist es von Gewinn, sich einmal mit dem Wesen und den Auswirkungsmöglichkeiten der angelsächsischen Weltherrschaft zu beschäftigen. Nur die volle Klarheit über das Problem ermöglicht eine rechte Stellungnahme, im Sinne der Anpassung wie der Abwehr.

Da erhebt sich zunächst die Frage, in welcher Weise sich die Zweiheit der Welthegemonie geltend machen wird. Ist eine Doppelherrschaft überhaupt mit dem Wesen eines Weltregiments verträglich? Viele werden diese Frage mit einem Nein beantworten und daran bestimmte Erwartungen und Hoffnungen knüpfen, die dem selbständigen Dasein der nichtangelsächsischen Nationen günstig sind. Demgegenüber hat Friedrich Meinecke jüngst mit vollem Recht nachdrücklich darauf hingewiesen, daß die Geschichte Beispiele kennt, wo zwei Staaten bzw. Völker gemeinsam eine Welthegemonie ausgeübt haben. Man darf da in erster Linie an die habsburgische Herrschaft des 16. und 17. Jahrhunderts denken. Träger dieses Systems waren in einer eigenartigen Verkoppelung Spanien und das Deutsche Reich bzw. der österreichische Herrschaftsbesitz, anfangs unter Karl V. in personeller Vereinigung, dann in der dynastischen Verbindung zweier getrennter Linien. Während im 16. Jahrhundert das Schwergewicht der Gemeinsamkeit in Spanien lag, ging es im 17. Jahrhundert an Österreich über, aber den anderen Nationen gegenüber war das in dynastischen Interessen verankerte habsburgische Herrschaftssystem früher wie später eine Einheit, die sich mit weltherrschaftsmäßigen Bestrebungen geltend machte und als solche in gemeinsamem Kampf zurückgewiesen wurde. Auch an das mitteleuropäische Gebilde hat man erinnert, das im Weltkriege Gestalt zu gewinnen strebte, wenn ihm auch die welthegemonialen Gesichtspunkte fremd waren, die die feindlichen Imperien ihm unterstellten. Auch dieses System wäre der Außenwelt gegenüber eine Einheit gewesen, bei der das mächtigere deutsche Reich über das schwächere Österreich-Ungarn und mehr noch über die anderen Glieder das Übergewicht gehabt hätte.

Ist somit erwiesen, daß eine Weltherrschafts-Zweiheit jedenfalls als keine geschichtliche Unmöglichkeit angesehen werden darf, so ist weiter darauf Gewicht zu legen, daß die nun zur Tatsache gewordene angelsächsische Welthegemonie sich durchaus nicht auf zwei Staatswesen gründet, die im Zusammenhang mit ihrer Großräumigkeit, ihrer gesonderten geographischen Lage und ihren selbständigen Lebensbedingungen nur unter bestimmten zeitlichen Voraussetzungen sich zusammengefunden haben und deren baldige Trennung mit Sicherheit zu erwarten ist.

Digitized by Google

England und die Vereinigten Staaten von Amerika stehen im Verhältnis von Mutterland und Kolonialland und wenn auch die Verselbständigung der Kolonie die staatlichen Bande zerrissen hat, so ist doch das kulturelle Gemeinschaftsgefühl niemals verloren gegangen und in der jüngsten Zeit geradezu der bestimmende Faktor in den Beziehungen der beiden Völker geworden. Wenn nicht politische oder wirtschaftliche Interessen entfremdend und sprengend sich geltend machen, wird die bestehende Sprach-, Kultur- und Anschauungsgemeinschaft die beiden Völkerkreise immer enger zusammenfügen und auf solche trennenden Momente ist zunächst nicht sehr zu rechnen. Politisch können die beiden Interessengebiete in recht weitem Umfange eine Einheit bewahren. Im Falle von Spannungen aber ist die Position Englands in dem Maße derjenigen Amerikas überlegen, daß es sich schließlich immer leicht wird durchsetzen können. Wirtschaftlich besteht zwar keine geringe Rivalität, doch schafft die gesteigerte Machtstellung, die beinahe monopolartigen Charakter angenommen hat, eine derartige Erweiterung der Betätigungsmöglichkeiten, daß bei einigermaßen gutem Willen ernstliche Reibungen ausgeschaltet werden können.

Schon die allgemeinen Grundlagen also machen einen längeren Bestand der angelsächsischen Doppel-Weltherrschaft wahrscheinlich. Aber — so fragen wir — wird dieses Hegemonialsystem überhaupt in seiner Doppelgestalt wirksam werden oder wird es sich nicht vielmehr in der Richtung entwickeln, daß die eine tragende Grundmacht sehr bald die eigentliche Stütze ist, die andere aber nur die Rolle der zurücktretenden und sich unterordnenden Helferin spielt? Alles deutet darauf hin, daß die Dinge die letztere Gestalt annehmen werden. Denn sicherlich wird der politische Wille schließlich die Führung gewinnen und den wird seinem ganzen herrschgewohnten Wesen entsprechend England haben und nicht die Union. Die große geschichtliche Auseinandersetzung, die wir jetzt durchlebt haben, hat die in einer unvergleichlichen Tradition wurzelnde politische Überlegenheit des Britentums von neuem zur Geltung gebracht. Demgegenüber hat sich der politische Sinn des amerikanischen Kolonialvolkes doch keineswegs auf der Höhe gezeigt und das offensichtliche Schwanken, in das die politische Magnetnadel der Vereinigten Staaten nach dem Siege geraten ist, läßt auf das Gegenteil einer scharfen politischen Willensrichtung schließen.

Hegemoniales Streben ist auch für die nächste Periode noch eng mit dem Schicksal Europas verknüpft, mögen sich die Verhältnisse unseres Kontinents noch so sehr verändert haben. Immer deutlicher aber ist zu erkennen, daß die nordamerikanische Politik sich aus Europa zurückzieht. Das wirkt in bezug auf weltherrschaftsmäßige Ideen willenschwächend, ist sogar bereits Äußerung einer dahingehenden Willensschwäche. Diese maßvolle Beschränkung der staatlichen Ziele auf den rein amerikanischen Interessenumkreis ist vielleicht weise und ein Zeichen gesunder politischer

Digitized by Google

Einsicht, beweist aber gerade deswegen, daß die Union für die Rolle eines Weltimperiums noch nicht reif und möglicherweise überhaupt nicht geeignet ist. Sie erlaubt den Rückschluß, daß dieses in unerhört schnellem Wachstum zur Welt-Großmacht aufgestiegene Kolonialland schließlich bereit sein wird, sich einem umfassenden System einzufügen, das seinem Wesen nahesteht und der freien Entfaltung seiner engeren Interessen jeden Raum gewährt. Daß die Interessen Nordamerikas vorwiegend wirtschaftlicher Natur sind, besiegelt die Unterlegenheit der Yankees in bezug auf welthegemoniale Konkurrenz gegenüber den Briten, denn mögen diese auch das typische Krämervolk sein, als das sie in Deutschland immer gegolten haben, so ist bei ihnen doch der kaufmännische Sinn in unübertrefflicher Weise mit dem politischen Instinkt verbunden. Und selbst wenn der Wille zur Weltbeherrschung, der in chauvinistischen Kreisen der Union zweifellos vorhanden ist, auf die Politik einen größeren Einfluß gewinnen sollte, so könnte das nur von vorübergehender Bedeutung sein, denn die tiefwirkenden Klassenkämpfe, denen das Land ungeheuerlichster sozialer Gegensätze entgegengeht, machen eine kraftvolle und zielsichere Betätigung welthegemonialer Anschauungen unmöglich.

Ist die Lage der Dinge somit die, daß die Vereinigten Staaten von Amerika nicht gewillt und imstande sein werden, einen gleichwertig mittragenden Grundpfeiler des angelsächsischen Weltherrschaftssystems zu bilden, so ist die gebietende Stellung Englands um so greifbarer. In der Tat ist es kaum zu viel behauptet, daß die angelsächsische Doppelherrschaft zuguterletzt eine britische Alleinherrschaft sein wird. Freilich wird man einwenden, daß auch hinsichtlich der hegemonialen Bestrebungen Englands mancherlei starke Hemmnisse sich geltend machen. Man wird darauf hinweisen, daß sich auch auf englischem Boden heftige soziale Auseinandersetzungen angesponnen haben, daß die staatliche Gemeinsamkeit des europäischen Großbritannien neue Gestaltung sucht, daß die irische Wunde noch schmerzhaft offen liegt, daß das Verhältnis zwischen dem Mutterland und den Kolonien zu völlig veränderten Formen drängt, daß schließlich das lebenswichtige Problem des „Empire" eine neue Lösung verlangt. Das ist alles zuzugeben und doch muß nachdrücklich davor gewarnt werden, diese hemmenden Momente zu überschätzen. Man lasse sich nicht dadurch täuschen, daß die britische Staatsleitung in einer Reihe bedeutsamer politischer Einzelfragen eine auffällige Zurückhaltung beobachtet, ja sogar ein Tasten und Schwanken verrät. Wen will es wundernehmen, daß nach den gewaltigen Umwälzungen, die der Weltkrieg gebracht hat und die noch keineswegs abgeschlossen sind, nicht sogleich ein fester Kurs eingehalten wird, der die Politik frühzeitig bindet? Der ruhige Beurteiler wird zu der Auffassung gelangen, daß diese vorsichtige Reserviertheit nur dem wohlverstandenen britischen Interesse entspricht.

England befindet sich heute in einer weltgeschichtlich schlechthin unvergleichlichen

Digitized by Google

Lage, und wenn auf das päpstliche Rom das bekannte Wort geprägt worden ist, es könne allen Weltlagen gegenüber warten, so gilt dies nicht minder für das britische Weltreich unserer Tage. England kann die wogenden und gärenden Verhältnisse unseres Erdballs sich entwickeln lassen, ohne gleich befürchten zu müssen, daß ihm ein Nachteil daraus erwächst, hat es doch die Macht, jederzeit bestimmend einzugreifen. Es kann sich im weitesten Sinn und von Grund auf sein eigenes Haus neu bauen, ohne irgendwie in Sorge sein zu müssen, daß es darin von außen gestört wird. Und das kommt hinzu: der großen Linie seiner Entwicklung folgend, besitzt es volle Klarheit darüber, was es will. Die Haltung des englischen Volkes im Weltkrieg hat bewiesen, daß es ganz auf der Höhe seiner großen Überlieferung sich befindet, und wir haben allen Grund anzunehmen, daß es in der Lage vollster Ungestörtheit auch der ungeheuren Aufgaben der Neugestaltung seines Organismus Herr werden wird. Wir müssen damit rechnen, daß ein Verjüngungsprozeß einsetzt, der dem britischen Weltreich in den neuen Weltverhältnissen die gebietende Machtstellung bewahrt und sichert, wie es sie im Augenblick besitzt. Das Wort, das der gedankenreiche und weitschauende Kolonialminister der Jahrhundertwende, Joseph Chamberlain, gesprochen hat, darf als das Programm angesehen werden, nach dem das „Größer-Britannien", in Ausnutzung des größten seiner Siege, handeln wird: „Wir sind alt, sind mit Ehren und Lasten überladen. Unsere Zukunft kann nicht an die Größe unserer Vergangenheit heranreichen. Aber das Reich (Empire) ist jung und in diesem Reich können wir eine Zukunft finden, größer als etwas, auf das wir zurückblicken."

Indessen handelt es sich nicht nur um die Anpassung der staatlichen Grundlagen an die neuen Weltverhältnisse. Hand in Hand damit geht eine Sicherung der Machtstellung nach außen. Ein wesentliches Mittel dafür ist die Fortführung des bewährten Systems der Stützpunkte, das sich in zwei Jahrhunderten gestaltet hat. Bereits kann man erkennen, daß eine bedeutende Erweiterung eingeleitet worden ist, die neue Handhaben der Überwachung und Beherrschung schaffen soll. Mit einem immer dichter werdenden Netz solcher Kontrollstationen wird der Erdball überspannt und mehr noch als es bisher der Fall war, wird das Wort „Gibraltar" zu einem festen Begriff werden. Dazu aber tritt als ein nicht minder wichtiges Mittel der Sicherungspolitik der Ausbau eines umfassenden Bündnissystems. Wir erleben jetzt erst die Anfänge dieser weitgreifenden politischen Arbeit. Daß sie die Verwandlung Europas in ein Trabantensystem, dessen Sonne England ist, zum Ziele hat, darf mit Bestimmtheit angenommen werden. Die im Augenblick scheinbar führende Rolle Frankreichs gehört zu den berechneten Maßnahmen, die für die englische Politik bezeichnend sind, wie denn ja Frankreich auch der Vortritt gelassen worden ist in bezug auf die odiöse Vergewaltigung und Ausplünderung Deutschlands, die man ohne Mühe hätte verhindern können, wenn man sie als

Digitized by Google

dem englischen Interesse widersprechend erachtete. England befindet sich heute ganz in der Lage des Roms der Kaiserzeit und die Äußerung, die Lord Cranborne, der Schwiegersohn des Marquis Salisbury 1902, kurze Zeit nach der Überwindung der peinlichen Krisen um die Jahrhundertwende, getan hat und die damals noch stark prahlerisch anmutete, hat nunmehr buchstäblich ihre Berechtigung erhalten: „England bewirbt sich nicht um Bündnisse, es bewilligt solche nur." Teils freiwillig, teils unfreiwillig werden sich die europäischen Staaten der angelsächsischen Weltmacht unterordnen. In den zum Anhängsel Englands gewordenen Europa wird die britische Weltherrschaftsstellung vor allem verankert sein. Der Völkerbund der Entente ist nichts anderes als die täuschende Verbrämung dieser Mächtegruppierung, dazu bestimmt, die natürliche Entwickelung des alten Kontinents zu unterbinden.

Das Entscheidende aber ist, daß hinter all diesem politischen Streben und Tun bestimmend und richtunggebend der hegemoniale Wille steht. Jedes Volk besitzt einen Glauben an seine Weltmission. Diese echte Überzeugung ist geradezu ein Merkmal seiner Gesundheit und Kraft, erstreckt sich aber meist nur auf ideelles und geistiges Herrschaftsstreben. Auch in England und zumal in England ist dieser, aus einer alten, religiös beeinflußten Überlieferung stammende Missionsgedanke lebendig und er ist ein mächtiger idealer Impuls. Aber es geht doch weit über den Sinn dessen hinaus, was wir Deutsche mit dem Geibelschen Wort umschreiben, daß am deutschen Wesen noch einmal die Welt genesen werde, wenn Chamberlain sich zu der Rasse bekennt, „die unweigerlich die herrschende Macht der zukünftigen Geschichte und der allgemeinen Gesittung sein wird", oder wenn Rosebery seine Landsleute mahnt: „Wir müssen uns bewußt bleiben, daß es ein Teil unserer Pflicht und unseres Erbes ist, dafür zu sorgen, daß die Welt den Stempel unseres Volkes trage und nicht den irgend eines andern". Das ist klarer Wille zur Weltherrschaft und es ist dabei nicht von wesentlicher Bedeutung, in welchen Formen sie erstrebt wird. Daß britische Bevormundung und Beherrschung es vermeidet, scharf anzufassen, und es vorzieht, sich der Mittel politischer Gewinnung und ideologischer Einwirkung zu bedienen, zeigt die Geschichte der letzten Jahrhunderte in immer neuer Wiederholung, und daß es mit Erfolg geschieht, beweist zuletzt der glänzende moralische Sieg, den England vor dem Waffensiege auf allen Kontinenten errungen hat. Es ist dies eine der wichtigsten Ursachen, warum die angelsächsische Weltherrschaft heute eine geschichtliche Tatsache ist.

Man darf sich den Wahrscheinlichkeiten und Gewißheiten, die hier erörtert worden sind, nicht verschließen, mögen sie gefallen oder nicht. Man darf sich aber auch nicht durch sie zu schwächlichem Verzicht verleiten lassen, mögen die Perspektiven für die nichtangelsächsische Welt noch so ungünstig sein. Gewiß sind wir Deutsche

Digitized by Google

zunächst der Sonne geschichtlichen Lebens entrückt worden, aber es ist doch schließlich in unsere eigene Hand gelegt, wie lange wir im Schatten verbleiben wollen. Denn wenn auch für viele Jahre keine Aussicht besteht, die Tatsache der angelsächsischen Weltherrschaft abzumildern, so verträgt diese doch keinen Vergleich mit dem römischen Imperium, zu dem sie immer wieder in Parallele gestellt wird, weder hinsichtlich ihres Wesens noch hinsichtlich ihrer zeitlichen Bedingtheiten. Es entfallen deshalb alle, jenem römischen Muster entnommenen Befürchtungen in bezug auf die Dauer und die Intensität des englischen Herrschaftssystems.

Ein Gesichtspunkt ist da zunächst beachtenswert. Zu den vornehmsten Ergebnissen des Weltkrieges gehört die abschließende Verwirklichung des nationalen Prinzips im näheren Umkreis unseres Kontinents. So weit geht dieser Triumph des nationalen Grundsatzes, daß Europa das Schicksal der Balkanisierung über sich hat ergehen lassen müssen. Ist es da nicht ein Widersinn, daß derselbe Augenblick auch einen neuen Universalismus hervorgebracht hat? Man begreift, daß die Auflösung mehrerer europäischer Großmächte in ihre nationalen Bestandteile den hegemonialen Bestrebungen des Siegers tatsächlich zugute gekommen ist. Soll damit aber die nationale Periode überwunden sein?

Wir greifen hier einen Kernpunkt des weltgeschichtlichen Zukunftsproblems, dem diese Betrachtung gewidmet ist, greifen zugleich den klaffenden Gegensatz, der zwischen dem angelsächsischen Weltreich unserer Tage und dem kaiserlichen Rom der Antike besteht. Das römische Imperium war übernational und wirkte entnationalisierend; die Bildung jüngerer Nationen bedeutete das Ende des Universalreichs. Das war darin begründet, daß der Träger dieses antiken Weltreichs zugleich der Kulturspender war, der mit der politischen Herrschaft die geistige vereinigte. Und man vergesse doch nicht: im Grunde war das antike Imperium eine Zweiherrschaft, denn in geistiger Hinsicht war es nicht römisch sondern griechisch; der einstige Besiegte hatte sich den Sieger im geistigen Sinne untertan gemacht. Man erkennt, wie ganz anders die Voraussetzungen des neuen angelsächsischen Weltreichs sind. Es kann keine Rede davon sein, daß das britische Imperium von sich aus die nichtangelsächsischen Nationalitäten zu ersticken oder aufzusaugen vermöchte, haben wir uns doch klar gemacht, daß es nur in vorsichtiger Schonung der fremden Art seine heutige Machtstellung gewonnen hat und behaupten kann. Will man die britische Welthegemonie mit früheren in Vergleich stellen, so darf man nur an die Universalreiche der Habsburger, Ludwigs XIV. und Napoleons denken. Sie hatten mit dem Vorhandensein einer Mehrzahl von Nationen zu rechnen, und es sei darauf hingewiesen, daß unser großer Leibniz in dem sogenannten Sekuritäts-Gutachten von 1670, das mit modern anmutenden Gesichtspunkten Vorschläge für eine Wiedererhebung Deutschlands, „des Mittels von Europa", aus der Katastrophe des 30jährigen Krieges entwickelt und von da

Digitized by Google

aus die Gefahr einer „Universalmonarchie" beschwören will, diesen Weltherrschaftsbegriff dahin klarstellt: es handele sich dabei nicht um eine unmittelbare Eroberung und Beherrschung anderer Länder, sondern um das „arbitrium rerum in Europa" (die Schiedsrichterstellung in den Dingen Europas). Nur in diesem Sinne ist die angelsächsische Weltherrschaft unserer Tage zu bewerten, wobei natürlich für „Europa", dem erweiterten geschichtlichen Schauplatze entsprechend, „die Welt" zu setzen ist. Mag man auch zugeben, daß das heutige britische Imperium eine wesentliche Steigerung dieser früheren hegemonialen Gebilde bedeutet, so bestehen doch grundsätzlich auch jetzt die Schranken fort, an denen jene Weltherrschaftsvorgänger der letzten Jahrhunderte gescheitert sind, und die sich daran knüpfenden Möglichkeiten gewinnen um so festere Gestalt, wenn man sich vergegenwärtigt, daß auf unserem Erdball noch große Gebiete vorhanden sind, die gerade jetzt erst beginnen, in die weltgeschichtliche Entwicklung hineinzuwachsen. Es kann sehr wohl sein, daß sich von da aus umstürzende Einflüsse geltend machen, die den nationalen Sonderbewegungen im geschichtlich fortgeschrittenen Umkreis in die Hand arbeiten.

Freilich die eine große Gefahr bleibt bestehen, daß die Abhängigkeit, in die die nichtangelsächsischen Völker als Staats- und noch mehr als Wirtschaftsorganismen geraten sind, schließlich schwächend auf den nationalen Lebenswillen wirkt. Namentlich die Besiegten, die den Siegern auf Gnade und Ungnade ausgeliefert sind, werden durch diese Gefahr bedroht, insonderheit diejenigen, die den Ideen der Internationale mit frommem Glauben anhängen. Ihnen erwächst die Pflicht, in all dem schweren Leid und Druck, die das Schicksal über sie verhängt hat, auf der nationalen Wacht zu stehen. Sie dürfen es nicht dahin kommen lassen, daß die geschichtliche Entwicklung über sie hinweggeht, wie das Völkern geschehen ist, die in passivem Erdulden immer tiefer sanken und nicht die Kraft fanden, sich wieder aufzuraffen.

Der Mittel und Wege gibt es genug, aus tiefem Fall neu emporzusteigen. Uns Deutschen bietet unsere eigne Geschichte klassische Beispiele großartigen Wiedererstehens. Das Entscheidende ist der starke Wille dazu, alles andere stellt sich von selbst ein. Man hüte sich vor der schwächlichen und pessimistischen Anschauung, daß der Engländer einen „höheren Typus" darstelle, dem es gegeben sei, zu herrschen. England ist zu seiner Weltstellung gelangt, weil die Weltverhältnisse der letzten Jahrhunderte seiner Art günstig waren. Nun wohl, so ist es — belehrt, wie wir sind — nunmehr unsere Aufgabe, mit dahin zu arbeiten, daß Verhältnisse sich gestalten, die unserem Typus erfolgreicheres und fruchtbareres Wirken ermöglichen. Setzen wir uns, die wir ein Volk gläubiger Hingabe sind, für die Verwirklichung der reinen Idee ein, die die Sieger von heute mit demagogischer Überredungskunst für ihre Zwecke verfälscht haben. Mühen wir uns um die

Digitized by Google

Völkerversöhnung im Geiste des wahren Völkerbundes und des rechten Sozialismus. Vor allem anderen aber sorgen wir für die Pflege und Erhaltung unseres Volkstums, an dessen selbständigen Wert wir glauben dürfen und glauben sollen. Trotz allem, was die Weltkatastrophe unserer Tage an Umwälzungen gebracht hat, bleibt starkes und bewußtes nationales Wollen und Schaffen auf der Grundlage europäischen Gemeinschaftsgefühls die Vorbedingung unseres Daseins und damit auch unseres kulturellen Wirkens in der Welt. Der Ausgang des Weltkriegs hat dahin geführt, daß wir, indem wir uns dem unsittlichen und selbstsüchtigen Universalismus einer einzelnen Rassenspielart mit nationalem Bewußtsein entgegenstemmen und für unser Wiedererstehen als Volk und Staat arbeiten, den menschlichen Fortschritt auf unserer Seite haben. In der nationalen Selbstbehauptung, die sich auf lebensstarken Kulturkräften gründet, wird die angelsächsische Weltherrschaft ihre unübersteigbare Schranke finden. Wenn jedoch unser Volk in dieser Aufgabe versagt, wird es das Schicksal erleiden, das die Geschichte unbarmherzig schwachen und kraftlosen Völkern auferlegt. Dann erhebt sich wirklich die Gefahr, daß ein römisches Reich britischer Nation, in dem Deutschland und die übrigen Staaten zu britischen Provinzen herabsinken, sich über den Erdball breitet.

Der rote Osten

Von Axel Schmidt

In seiner Rede in Sunderland soll der englische Kriegsminister Churchill kürzlich erklärt haben, daß „Deutschland im Westen den Schutz gegen den Bolschewismus übernehmen müsse, weil England nicht gleichzeitig in Indien, Kleinasien, Ägypten, Europa und Irland Krieg führen" könne. Aus diesen Worten spricht deutlich die Angst vor dem Vordringen des Bolschewismus nach Osten. Es läßt sich auch nicht leugnen, daß Lenin und Trotzki seit längerer Zeit ernstlich bemüht sind, die Brandfackel der bolschewistischen Agitation nach Asien zu tragen. Noch kürzlich hat Lenin in Moskau eine Rede gehalten, in der er den Versailler Frieden die „schwerste Wunde" nannte, die sich die Entente selbst zugefügt habe. Die kleinen Völker, die früher die Westmächte als ihre Beschützer ansahen, hätten jetzt erkannt, daß sie es mit einer Rauborganisation zu tun hätten, die Europa weder Demokratie noch Freiheit gegeben hätte. Was speziell die Beziehungen Räterußlands zu den östlichen Völkern betrifft, so müßten, führte Lenin aus, die kommunistischen Methoden abgeändert und der Psychologie der andern Völker angepaßt werden. Nur wenn sich der Bolschewismus einen Weg nach Osten gebahnt haben wird, wird Europa sich genötigt

Digitized by Google

sehen, den Sieg des Rätesystems anzuerkennen. In diesen Worten ist schon angedeutet, daß Lenin gewillt ist, in dem politischen Spiel mit England den „östlichen Trumpf" auszuspielen. Noch deutlicher wurde seine rechte Hand in auswärtigen Dingen, Radek. Wenn dieser bolschewistische Politiker auch offen zugestand, daß der russische Arbeiter durch das lange Kriegführen ermüdet sei, so könne doch England, das nicht gewillt sei, Frieden zu schließen, leicht schwere Verluste erleiden, weil die Tore nach Osten weit offenständen, und die islamitische Welt für die bolschewistische Propaganda einen gut vorbereiteten Acker abgeben werde. Die Vorarbeiten für die bolschewistische Propaganda im Osten sind, wie die „Times" melden, viel älteren Datums. Im Herbst 1919 waren sie schon soweit gediehen, daß der Beauftragte der Räteregierung, Suritz, in Taschkent ein besonderes Komitee für Chiwa, Buchara und Afghanistan bilden konnte. Sein Agent Bravin hat bereits damals mit der Regierung von Afghanistan Fühlung genommen, bei der er wohlwollendes Verständnis für die bolschewistischen Ideen gefunden haben soll. Der Kommissar für Asien im Ministerium des Auswärtigen in Moskau, Karachan, hat zwar den Abschluß eines förmlichen Bündnisses mit Afghanistan als vorzeitig abgelehnt, bis es den bolschewistischen Truppen gelungen sein wird, die Bahnlinien Moskau—Orenburg—Taschkent und Krasnowodsk—Merw völlig in ihre Hand zu bekommen. Nicht weniger fleißig werden die mohammedanischen Stämme des Nordkaukasus von mohammedanischen Agenten Lenins bearbeitet, die in Moskau die hohe Schule des Bolschewismus durchgemacht haben. Wie großzügig diese Propaganda betrieben wird, geht schon daraus hervor, daß für sie die bolschewistische Zentralregierung 50 Millionen in Gold und 1 Milliarde in Papier ausgeworfen hat. Auf einer Sitzung in Tiflis, die nach englischen Blättermeldungen auch von jungtürkischen Vertretern Mustafa-Kemal Paschas besucht war, soll der gesamte Agitationsplan für Asien besprochen worden sein.

Die Idee, Asien für den Bolschewismus zu gewinnen, ist durchaus nicht so phantastisch, wie es auf den ersten Blick erscheinen mag. Diese Gebiete sollen nämlich nicht so sehr mit Waffengewalt erobert werden, als durch Agitation sturmreif gemacht werden. Mit dem Frieden von Versailles hat sich die Sachlage in Asien völlig verändert. Von Baku bis Indien, ja noch weiter bis zu den Grenzen Chinas hat jetzt nur eine europäische Macht dort etwas zu sagen, — das meerbeherrschende England. *Dieser politische Machthaber ist aber zugleich auch in all diesen Ländern der wirtschaftliche Aussauger der dortigen Völker.* Daher fließt hier der Ruf des Bolschewismus „Fort mit den kapitalistischen Unterdrückern" mit den nationalen Wünschen nach dem Selbstbestimmungsrecht der Völker in eins zusammen; ja noch mehr, seitdem England den Gedanken faßte, den Sultan aus Konstantinopel

Digitized by Google

zu entfernen, war es damit zugleich zum Feinde des Islams geworden. Während der Bolschewismus in Europa stets mit dem Nationalgefühl und der Kirche in Konflikt gerät, kann er in Asien zusammen mit Islam und Nationalgefühl eine geschlossene Kampffront bilden, gegen die die Engländer nur schwer werden ankämpfen können.

Wie die bolschewistischen Blätter melden, ist kürzlich aus Moskau ein Propagandazug nach Osten abgefahren, der unter Führung der bekannten bolschewistischen Agitatorin Balabanowa steht. Der Zug, der den Namen „der rote Osten" erhielt, ist mit einer Fülle von Agitationsmaterial, Kinematographen ausgestattet, und führt auch zahlreiche Wanderredner, die aus mohamedanischen Tataren, Kirgisen, Baschkiren, Afghanen, Indern geworben sind, mit; auch bolschewistische Künstler und Maler haben sich dem Zuge angeschlossen, um die bolschewistischen Ideen den einzelnen Völkern in Verbindung mit ihren nationalen Motiven mundgerecht zu machen.

Die Furcht vor einem Hineintragen des Bolschewismus in die englischen Gebiete Asiens hatte bisher England veranlaßt, Denikin und Koltschak zu unterstützen. Diese beiden russischen Generale sollten nicht so sehr für Rußlands Wiederherstellung kämpfen, als vielmehr Englands Kolonien oder Schutzstaaten vor bolschewistischen Einmarsch bewahren. Als dieser Plan zusammengebrochen war, hat, wie es scheint, Churchill zuerst versucht, die antibolschewistische Front im Osten mit eigenen Kräften aufzubauen, während diese Aufgabe im Westen Deutschland angeboten werden sollte, wobei sogar auf die Möglichkeit einer Milderung des Versailler Friedens von ihm angespielt wurde. Später ist dieser Plan fallen gelassen worden. Lloyd George hat sich auf Verhandlungen mit Räterußland eingelassen. Hierbei kann es sich aber nur um eine „Atempause" handeln, um einen Leninschen Ausdruck zu gebrauchen, bei der man nicht weiß, wer zuerst zu Kräften kommen wird: England oder der Bolschewismus. Eins ist jedenfalls sicher, der Bolschewismus wird die Zeit des Verhandelns dazu benutzen, um seine Waffen entweder gegen Polen zu wenden, oder es durch bolschewistische Propaganda politisch zu unterhöhlen. Deutschland kann jedenfalls ruhig abwarten, gleichviel, ob sich der Bolschewismus nach Osten oder Westen wenden wird, weil er auf beiden Seiten auf unsere Gegner stößt. So wenig Ursache wir haben, uns als Freund des Bolschewismus aufzuspielen, so wenig Grund ist vorhanden, für England oder Polen die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Solange der Versailler Frieden besteht, müssen England und Polen allein zusehen, wie sie mit dem bolschewistischen Weltbrande fertig werden.

Digitized by Google

Die Lage der Deutschen in Großrumänien

Von Gerhard Merrem

Wollte man aus der Vergangenheit auf die Zukunft schließen, so könnte man die Lage der Deutschen in Großrumänien nicht pessimistisch genug ansehen. Denn vor dem Kriege war die Lage der Deutschen in dem alten Königreiche Rumänien alles andere als günstig zu nennen. Wie alle Fremdstämmigen waren die Deutschen vom öffentlichen Leben fast ganz ausgeschlossen. Sie durften sich weder der Politik widmen noch in der Verwaltung sich betätigen. Der deutsche Kaufmann hatte zwar alle Pflichten, aber bei weitem nicht alle Rechte des rumänischen. Der deutsche Handwerker wurde durch Sonderbestimmungen gegen den Rumänen benachteiligt. Der Erwerb von Eigentum an Grund und Boden war Deutschen erschwert. Das Staatsbürgerrecht wurde ihnen erst 1912 durch Carp verliehen. Durch die Aufhebung und Bedrückung der deutschen Schulen wurde auf die Entdeutschung hingearbeitet.

Welche Aussichten sollten sich nach dem Kriege hieraus ergeben? Mußte man nicht fürchten, daß sich der Haß gegenüber dem besiegten Besieger, dessen Haltung während der Besatzungszeit oft nicht einwandfrei gewesen war, gegen die deutschsprachigen Untertanen Rumäniens wenden würde? Die bisherige Erfahrung läßt diese Furcht grundlos erscheinen. Die Lage der Deutschen in Großrumänien stellt sich günstiger dar als in allen anderen Staaten Südosteuropas.

Der Zusammenbruch der Mittelmächte hatte die Hoffnungen der nationalen rumänischen Kreise innerhalb und außerhalb des Königreiches erfüllt. Ein Großrumänien war im Entstehen, daß alle Rumänen umfassen, aber auch zahlreiche Angehörige fremder Nationalitäten in sich bergen sollte, u. a. auch etwa eine Million Deutsche in Siebenbürgen und im Banat. Die Frage trat an die rumänische Regierung heran, ob sie durch Romanisierungsbestrebungen das deutsche Element in den neu hinzukommenden Gebieten zum Kampf rufen oder durch Entgegenkommen für sich zu aufbauender Arbeit gewinnen sollte. Bald zeigte es sich, daß man sich für das letztere entschieden hatte.

Die Deutschen der Bukowina nahmen sofort nach dem Zusammenbruch Österreich-Ungarns das Selbstbestimmungsrecht für sich in Anspruch. Sie erkannten, daß nur die Vereinigung mit den Deutschen Siebenbürgens und des Banats dem Karpathen-Deutschtum die Wahrung des Volkstums ermögliche. Die rumänische Regierung kam ihren Wünschen entgegen, versprach weitgehende Autonomie und bewirkte dadurch, daß am 26. November 1918 der deutsche Volksrat der Bukowina den Anschluß an Rumänien erklärte.

In Siebenbürgen erfolgte der Anschluß der Deutschen in Rumänien am 9. Januar 1919 auf der Tagung von Mediasch und zwar auf Grund von Zusagen, die

Digitized by Google

die rumänische Nationalversammlung Siebenbürgens den Nichtrumänen gemacht hatte. Der Beschluß, den die Rumänen am 1. Dezember 1918 in Karlsburg gefaßt haben, lautet: Jedes Volk hat das Recht, sich durch seine Söhne in seiner Sprache richten, unterrichten und verwalten zu lassen. Es hat nach Maßgabe seiner Volkszahl an der Regierung und Gesetzgebung des Landes Anteil. Jede Kirche genießt volle Autonomie. Diese letzte Bestimmung ist besonders wichtig für die evangelische Kirche der siebenbürger Sachsen, die die volkstumerhaltende Hauptorganisation des Deutschtums darstellt. In den Verhandlungen mit der rumänischen Regierung wurden entsprechende Zusagen gemacht. Die Sachsen haben ihren Beschluß, der in ganz Rumänien große Freude erregte, bisher nicht zu bereuen gehabt. Sie sind besser gestellt als unter magyarischer Herrschaft. Sie haben ihr gesamtes Schulwesen bewahrt, ihre Beamten üben weiter ihre alte Tätigkeit aus. Ein siebenbürger Deutscher, Lutz Korodi, wurde als Staatssekretär ins Unterrichtsministerium berufen. Wichtig für die zukünftige Entwickelung ist der Sprachenerlaß der Hermannstädter rumänischen Regierung. Danach sollen die Bestimmungen des Nationalitätengesetzes in loyaler Weise angewandt werden und zwar derart: In den Komitaten, in denen die zusammenwohnenden Nationalitäten ein Fünftel der Bevölkerung ausmachen, soll jede in eigener Sprache verwaltet werden und Rechtssprechung erhalten. In den Gemeinde- usw. Schulen wird die Unterrichtssprache von den Schulerhaltern bestimmt. In den staatlichen Volksschulen wird der Unterricht in der Sprache der Mehrheit erteilt. Für die Minderheit soll entsprechende Fürsorge getroffen werden. Gleiche Bestimmungen sind auch für den Unterricht an den höheren Schulen getroffen worden.

Ähnlich liegen die Verhältnisse im Banat. Hier zogen die Deutschen großen Vorteil aus dem Streit zwischen Rumänien und Jugoslawen, die beide den deutschen Volksteil bei einer etwaigen Volksabstimmung für sich gewinnen wollten. Doch aus dem Gedanken der Zusammengehörigkeit mit dem übrigen Karpathendeutschtum heraus hätten sich die banater Deutschen für Rumänien entschieden. Der Oberste Rat in Paris hat es anders bestimmt. Das Banat ist ohne Volksabstimmung zwischen den streitenden Parteien aufgeteilt worden zum Schaden des Deutschtums, dessen Kraft durch die Zerreißung in zwei Teile geschwächt ist.

Wie *verhältnismäßig* günstig die Lage des Deutschtums in Großrumänien ist, beweist am besten die Tatsache, daß die siebenbürger Deutschen die deutschen Kolonisten Beßarabiens bestimmten, sich für den Anschluß Beßarabiens an Rumänien einzusetzen. Gewiß sind die Deutschen nicht auf Rosen gebettet, aber die Möglichkeiten und Garantien zur weiteren Fortentwicklung sind gegeben. Schmerzlich ist allerdings die Auflösung der *deutschen* Universität Czernowitz und ihre Umwandlung in eine rumänische; diese harte Maßnahme erklärt sich aus dem allgemeinen Mangel an Bildungsstätten in Rumänien. Alle

Digitized by Google

sonstigen ungünstigen Erscheinungen beruhen auf Übergriffen untergeordneter rumänischer Organe. Die rumänische Regierung ist ihren Versprechungen bisher getreu nachgekommen.

Das letzte Wort wird die neugewählte rumänische Nationalversammlung sprechen, in der auch die Deutschen mit etwa 25 Mandaten vertreten sind, die sie dank einem Abkommen mit der rumänischen Regierungspartei errungen haben. Die Nationalversammlung muß die Grundlage für den Aufbau Großrumäniens schaffen und auch die Stellung der Deutschen zum Staate endgültig regeln. Die einflußreichste Partei dürfte die siebenbürgische, rumänische Nationalpartei werden, deren Führer, Maniu und Vaida Woevod, als kommende Ministerpräsidenten genannt werden.*) Die Stellung dieser beiden Männer zum Deutschtum ist mindestens als wohlwollend zu bezeichnen.

Noch ein Wort über die Minoritätenklausel. In der Ablehnung dieser Klausel erblickt man vielfach einen Beweis für die Deutschfeindlichkeit in Rumänien. Das ist aber nicht der Fall. Dieser Artikel des St. Germainer Friedensvertrages bedeutet für Rumänien eine Beschneidung der Hoheitsrechte. Weniger der nationalen Minderheiten in Rumänien wegen als um dauernd das Recht zur Einmischung in rumänische Angelegenheiten zu haben, ist diese Bestimmung von der Entente getroffen worden. Die ablehnende Haltung der rumänischen Regierung kann deshalb nicht verwundern.

Bei aller Skepsis, die bei der Beurteilung der Lage des Deutschtums in Großrumänien gewahrt werden muß, ist abschließend zu sagen: die Vorbedingungen zum Fortbestand des dortigen Deutschtums scheinen gegeben zu sein, man darf hoffen, daß die Deutschen, die zu den tüchtigsten Elementen Großrumäniens gehören, sich behaupten werden, zumal da das rumänische Wirtschaftsleben in vieler Hinsicht eng mit der Kraft der dortigen Deutschen verknüpft ist.

Die Deutschen in Südwestafrika

Von Rudolf Kindt

Wenn auch eine große Anzahl Deutscher das Schutzgebiet auf Befehl verlassen mußte, mehr als die Hälfte der deutschen Zivilbevölkerung verblieb in unserer früheren Kolonie. Es wird deren Angehörige besonders am Herzen liegen, einmal etwas über die Lage der Fernen von einem Zurückgekehrten zu hören.

Man kann mit einiger Sicherheit annehmen, daß niemand, der sich nicht selbst unmöglich macht, jetzt, nachdem die Union von Südafrika das Mandat über das

*) Inzwischen ist Vaida Woevod Ministerpräsident geworden.

Digitized by Google

Schutzgebiet übernommen hat, nachträglich noch des Landes verwiesen werden wird. Und die Angehörigen hier in der Heimat sollen die Ihren dort drüben auch nicht drängen, Südwest zu verlassen, dort die Existenz aufzugeben, wenn nicht zwingende Gründe vorliegen. Im Gegenteil, man soll sich darüber klar sein, daß die Deutschen in Südwest, wenn sie ihren Besitz festhalten, nicht verschleudern, auch dem deutschen Volke gegenüber eine nationale Pflicht erfüllen. In Südafrika weiß man die Bedeutung deutscher Siedlung, deutscher Pionierarbeit inmitten schwarzer, gelber (Hottentotten) Volksmassen wohl zu schätzen. Und der scharfe Blick einsichtiger Männer aus der Union hat erkannt, daß wir Deutsche in unserer Kolonie im Laufe einer kurzen Spanne von Jahren, vorsichtig gesagt, sehr Beachtenswertes geschaffen, erreicht haben. Orte wie Windhuk, Swakopmund und Lüderitzbucht gibt es in der Union kaum, wenn man von den teilweise sehr alten Küstenstädten und den Hauptstädten absieht. Und was auf den älteren deutschen Farmen entstanden ist, kann sich in ganz Südafrika sehen lassen. Das wurde den Deutschen im Gespräch oft und offen gesagt.

Was das Verhältnis zu den Eingeborenen, die vor allem für die Farmen als Arbeiter wichtig sind, angeht, so war dies nach dem Einrücken der gewaltigen Truppenmassen Bothas und nach Abschluß des Übergabevertrages naturgemäß nicht ideal. Man hat eben gegen uns gekämpft und sich bemüht, den Deutschen, sagen wir einmal: die Sympathien der Eingeborenen abwendig zu machen. Das ist mit der Zeit wieder besser geworden. Die schwarzen und gelben Augenblicksmenschen haben erkannt, daß sie es bei dem deutschen Herrn wenigstens ebenso gut haben, als bei anderen Weißen. Und unsere Landsleute haben die nervöse, auf oft nicht unberechtigtem Mißtrauen beruhende Art etwas abgelegt, sind wieder ruhiger geworden und kommen schon deshalb besser mit den Negern aus. Jedenfalls ist keineswegs zu befürchten, daß die schwarzen Hände fehlen werden.

Die wirtschaftliche Lage war einige Zeit bedenklich und gab zu Sorgen Anlaß. Die Entwertung der Valuta setzte dort gleich nach der Kapitulation ein. Die Regierung nahm nur deutsche Reichsbanknoten zu 100 Mark in Zahlung und diese von vornherein nur gegen Abzug von 25 v. H. Und je länger der Krieg dauerte, um so tiefer sank das deutsche Geld im Kurs. Seit August 1919 werden von den amtlichen Kassen überhaupt keine deutschen Noten mehr in Zahlung genommen. Inzwischen haben sich aber die Geldverhältnisse von selbst geregelt. Bald nach Besetzung des Landes sind zwei große südafrikanische Banken, die Nationalbank und die Standartbank mit Zweigniederlassungen im Schutzgebiet erschienen. In den vier Hauptorten Windhuk, Swakopmund im Norden, Keetmanshoop und Lüderitzbucht im Süden befinden sich solche. Und diese Banken haben sich sofort mit der Gewährung von Krediten an deutsche Firmen und Betriebe befaßt, ihnen die notwendigen Mittel zur Weiterarbeit gewährt. Das geht soweit, daß die

Digitized by Google

südafrikanischen Banken heute bereits das allergrößte Interesse an dem Fortbestehen und der Gesundung der deutschen Geschäfte und Betriebe haben! Ein Umstand, der in seiner Bedeutung nicht unterschätzt werden darf. — Es soll hier aber nicht vergessen werden, daß auch die in Südwest seit langem heimische „Deutsche Afrikabank" nach schwierigen und langen Unterhandlungen mit der Okkupationsregierung größere Summen an „Hartgeld", d. h. vollgültiger Währung, britischer „Pfunde", aus der Heimat auf dem Wege der Überweisung über Amerika erhielt und so zu ihrem Teile weiterzuarbeiten vermochte. Eine erfreuliche und besonders beachtenswerte Erscheinung ist dabei, daß es den deutschen Banken unter Mitwirkung des deutschen Kommissars — der die Gehälter für die Beamten auf Umwegen aus der Heimat in voller Währung erhielt — und der Lüderitzbuchter Diamantgesellschaften — die für ihre, wenn auch stark beschnittene Produktion monatlich erhebliche Beträge an englischem Gelde in den Verkehr brachten — bis Ende August stets gelungen war, die Valuta des deutschen Papiergeldes im Schutzgebiet so zu stützen, daß im August 1919 das britische Pfund Sterling noch für nur 33,50 Mark zu kaufen war. Dies Vorgehen hat die Aufrechterhaltung der Wirtschaft sehr erleichtert, denn es gestattete jedem, sich für deutsches Papiergeld, oder für Guthaben auf den deutschen Banken, das für den Verkehr mit den amtlichen Stellen oder in Geschäften mit Südafrika notwendige Geld britischer Währung verhältnismäßig billig zu beschaffen.

In politischer Hinsicht hat sich natürlich manches geändert. Der Landesrat? — ein Märchen aus vergangener Zeit. Der Bezirksrat vegetiert; man gestattet diesen Körperschaften hier und dort eine Zusammenkunft, wenn es sich um Beschlüsse wegen Verwaltung von Geldern usw. handelt. Bei der Verwaltung der Bezirke selbst hat er nicht mitzureden, die besorgen die Militär-Magistrate. Nur von den Gemeindeverwaltungen ist ein Rest geblieben. Lange Zeit haben sie unangetastet weiter bestanden, bis das Auftauchen einer Denkschrift, die eine Wiedervereinigung des Schutzgebietes mit Deutschland befürwortete, erbat, und die von vielen Gemeinderäten in corpore unterzeichnet worden ist, den Besatzungsbehörden einen Vorwand zum Eingreifen bot. Damals, es war nach Abschluß des Waffenstillstandes hier, wurde die Anzahl der Gemeinderatsmitglieder zuerst beschränkt und dann erhielten die Körperschaften in den Militär-Magistraten amtliche Spitzen. Seine Aufgaben erfüllt der Gemeinderat dennoch nach wie vor. Nur ist die Verhandlungssprache mancherorts englisch, auch holländisch.

Den Eisenbahnbetrieb hat die Besetzungsregierung sofort übernommen oder besser, er wurde der Bahnverwaltung der Union direkt, nicht dem Administrator in Windhuk, unterstellt. Das zeitigte anfangs mancherlei Unzuträgliches und Seltsamkeiten. Die Leute aus der Union konnten mit den Spezialmaschinen der Otavibahn nicht umgehen. Dort liefen auf einer 60 Zentimeter-Spur verhältnis-

Digitized by Google

mäßig schwere Lokomotiven. Bald waren diese unbrauchbar. Die Züge blieben oft liegen. Doch kurz entschlossen nahm die Union die vorher entlassenen deutschen Führer und Heizer wieder in Dienst und dann klappte es! Ähnlich verhielt es sich mit dem Betriebe der großen Werkstätten der Otavibahn in Usakos. Sehr rasch stand auch dort jeder Deutsche wieder auf seinem Posten, an seiner Drehbank oder Hobelmaschine. Und man war so zufrieden mit den Leistungen der Deutschen, daß man sogar aus Südafrika wichtige und schwierige Reparaturstücke nach Südwest, nach Usakos sandte, um sie dort von geschickten deutschen Händen wieder instand setzen zu lassen.

Als die Ausweisungen im Gange waren, die in erster Linie Leute betrafen, die während des Krieges einige Zeit hindurch als Arbeitslose amtlich Lebensmittel empfangen hatten, hat dann die „Protektoratsregierung" sogar angefragt, wer von den ausgewiesenen deutschen Handwerkern bleiben und für sie arbeiten wolle! Man sieht, daß die Union deutsche Handwerker zu schätzen wußte.

* * *

Von besonderer Bedeutung für die wirtschaftliche Widerstandskraft der Deutschen im Südwest ist die Lage der deutschen Farmer. Es sind weit über 1200 Betriebe, die dabei in Frage kommen. Leider mußten zwar manche auf Befehl das Land verlassen, in dem sie für sich und die Ihren oft in schwerer Arbeit eine Zukunft geschaffen hatten, nur sehr wenige aber haben ihre Farm an Nichtdeutsche verkauft. Viele der Ausgewiesenen sind heute noch Besitzer und hoffen bald wieder zurückkehren zu können. Wo die Heimkehrenden verkauft haben, waren die Käufer meist andere Deutsche. Das in Südafrika angehäufte freie Kapital hatte sich noch nicht auf den Farmkauf in Südwest geworfen.

Es ist aber mit Sicherheit zu erwarten, daß jetzt, nachdem die Union das Mandat über unsere einstige Kolonie übernommen hat, sehr viele Söhne reicher Farmer aus Südafrika in Südwest als Käufer auftreten werden. Denn man hat in der Union scharf erkannt, wie außerordentlich wertvoll die gewaltigen Weideflächen des Damara- und Namalandes für die Viehzucht sind und — daß sie mit fortschreitender Entwicklung immer wertvoller werden müssen. Zumal bei dem Fleischhunger der Welt. Wird unseren Landsleuten draußen von der Heimat aus nicht von einem Verkauf abgeraten, so wird sich sicherlich der eine oder andere bereit finden lassen, seinen Besitzstand zu veräußern, was im Interesse des einzelnen deutschen Farmers, wie der Gesamtheit nur lebhaft zu bedauern wäre. Denn bleiben die Farmer wie bisher in geschlossener Masse in Südwest an der Arbeit, so bilden sie einen viel bedeutungsvolleren Kulturfaktor, als wenn sie zu einem großen Teile durch Nichtdeutsche abgelöst würden.

Bisher ist zu hoffen, daß die weitaus größte Zahl der deutschen Farmer ihren

Digitized by Google

Besitz festhält. Aushalten, durchhalten war die Stimmung drüben. Und was in den letzten zwei Kriegsjahren von der Farmerschaft auf organisatorischem Gebiete geleistet worden ist, wird darin bestärken, da es wirtschaftliches Fortkommen verbürgt. Die Lage war zunächst nach Abschluß des Koraber Übergabevertrages nicht aussichtsvoll. Viele Betriebe hatten während des Kriegsjahres stark gelitten. Es war viel Vieh requiriert worden, ohne daß dafür Zahlung geleistet worden wäre. Kostspielige Anlagen waren zerstört worden — teilweise notgedrungen beim Rückzug unserer Schutztruppe — manches war in Abwesenheit des seiner Dienstpflicht gehorchenden Besitzers zerfallen, die Eingeborenen waren fortgelaufen, hatten Vieh gestohlen und waren schwer zu ersetzen, bares Geld war nicht vorhanden, Vorräte ebensowenig, der Proviant war, wie alles sehr viel teurer geworden. Da galt es sich kümmerlich durchbringen! Mancher hat gehungert, weil er nichts kaufen konnte. Und fast alle waren gezwungen, was sich an Nachwuchs vorfand, zu jedem Preis zu verschleudern, nur um die notwendigsten Unkosten decken zu können. Die Zinsen der Hypotheken konnten nicht bezahlt werden. Wäre nicht die Zivilgerichtsbarkeit während der ganzen Kriegsperiode aufgehoben gewesen, es hätte eine Katastrophe gegeben. Der Kredit bei den deutschen Banken und bei den Kaufleuten war stark in Anspruch genommen, konnte nicht noch weiter angespannt werden, da die Firmen selbst nur gegen Barzahlung aus der Union zu kaufen vermochten. „Pfunde" britischer Währung, die dazu erforderlich waren, gab es kaum. Es erscheint fast rätselhaft, auf welchem Wege sich mancher geholfen hat. Dann aber taten sich die südafrikanischen Banken auf. Sie gewährten sicheren, nicht zu stark verschuldeten Betrieben Kredit. Das half vielen, nicht allen. Die deutschen Landsleute halfen weiter. Beamte, Polizeisergeanten, Truppenangehörige, wer einen Sparpfennig hatte, legte ihn auf einer Farm an. Es waren meist kleine Beträge, sie halfen aber über das Schwerste hinweg.

Doch schon 1916 versiegte eine wichtige Einnahmequelle. Die neue Regierung hatte mit Sorge beobachtet, daß die jungen Bullkälber meist schon kaum jährig an die Schlachtereien wanderten. Aber nicht nur die männliche Nachzucht, sondern auch die weibliche, die Hoffnung der Zukunft, sogar zur Zucht geeignete Kühe wurden verkauft, geschlachtet. Sie griff ein, zum Glück darf man sagen. Das Schlachten weiblicher Tiere (auch weiblicher Schafe) wurde verboten. Und männliche Nachzucht durfte erst dann an das Messer geliefert werden, wenn das Tier 3½ Jahre alt geworden, also schlachtreif war! Das erschwerte zwar dem kleinen Farmer das Leben außerordentlich, schob aber der Verwüstung des Viehbestandes einen haltbaren gesetzlichen Riegel vor. Trotzdem litt der Farmer, und er litt noch darum besonders, weil er für die wirklich reifen Tiere nicht mehr, sondern eher weniger vom Händler erhielt, als vor dem Kriege, obwohl die Preise

Digitized by Google

für alles Kaufmannsgut, für allen Proviant, für alles, was der Farmer nicht selbst lieferte, auf das Doppelte, Dreifache und höher gestiegen waren. Obwohl sogar im nahen Südafrika für Vieh der doppelte Preis galt. Daran war die Notlage der Farmer schuld, die von rücksichtslosen Viehhändlern ausgebeutet wurde. Es waren das einige wenige Geschäftsleute russisch-polnischer Abstammung, die seit Jahren die Farmer „bedienten".

Hier setzte die Selbsthilfe der Farmerschaft ein. In Okahandja entstand zuerst eine „Wirtschaftliche Vereinigung", der sich rasch gleichartige Genossenschaften in fast allen anderen Bezirken angliederten. Schon nach Jahresfrist schufen sie sich im „Wirtschaftlichen Verbande" ihre Spitze. Die neue Organisation der Farmer war und sollte nichts anders sein, als eine reine Verkaufsstelle. Sie verhandelte mit den Abnehmern, den Schlachtereien, den Behörden unter Umgehung der gewerbsmäßigen Händler und, siehe da, es ging! Es ging, ohne daß der Einzelverkaufspreis für den Fleischabnehmer sich nennenswert erhöhte. Ja, sogar die größte südafrikanische Fleischaufkäuferin, die Cold Storage Co., die Gefrierfleisch und Kühlfleisch herstellt und ausführt, traf schließlich ihre Vereinbarungen mit dem Verbande. Und sie gewährte der Organisation sogar Kredit. Das Entgegenkommen der Banken hatte schon vor dieser Krönung der Bemühungen eine Art Bevorschussung noch nicht schlachtreifen oder zeitweilig unverkäuflichen Schlachtviehs ermöglicht und damit den Farmern eine segensreiche Hilfe gewährt. Wahrscheinlich wird diese, nach Abschluß des Vertrages mit der Cold Storage Co., der erst im August v. J. zustande kam, noch weiterreichend werden. Jedenfalls ist es dem Zusammenschluß der Farmer aus eigener Kraft gelungen, den auf die Dauer unerträglichen Zustand unzureichender Viehpreise — die unter dem Selbstkostenpreise lagen — zu beseitigen. Wie es den Anschein hat für immer, denn die Protektoratsregierung bringt den Bestrebungen der Farmer besonderes Interesse entgegen.

Doch damit nicht genug. Unabhängig davon wurde eine zweite Organisation in dieser Zeit gegründet, die sich an die deutsche Landwirtschaftsgesellschaft anlehnend, ihr nachgebildet, sich Farmwirtschafts-Gesellschaft, F. W. G, nannte, und sich zur Aufgabe machte, die südwestafrikanische Farmwirtschaft durch Aufklärung und Belehrung auf allen in Frage kommenden Gebieten zu heben, sie zu unterstützen. Und in dieser F. W. G. haben sich aus jedem Berufsstand Freunde der Farmer zusammengetan, geben ihr Scherflein her. Sie gibt seit Anfang 1918 sogar eine Zeitschrift „Mitteilungen der F. W. G." heraus, die monatlich erscheint und in allen Kreisen eifrige Mitarbeiter findet, wirklich Gediegenes bringt.

* * *

Digitized by Google

Die Zukunft des deutschen Kaufmanns in Südwest ist mit der des Farmers auf das engste verknüpft. Sind und bleiben die Farmen lebensfähig, so kann auch der Kaufmann bestehen. Es haben sich in einzelnen Orten, besonders in Windhuk, zwar schon während des Krieges nichtdeutsche Konkurrenzgeschäfte aufgetan, sie spielen aber bisher noch keine Rolle. Meist sind die Inhaber russisch-polnisch-jüdischer Herkunft. Sie kamen aus der Union, wo ihre Landsleute sehr zahlreich sind und wissen, dank der ihnen eigentümlichen feinen Witterung für Geschäfte, daß in Südwest etwas zu holen ist.

Auch der deutschen Kaufmannschaft ging es anfangs nach der Besetzung nicht gut. Die meisten Firmen hatten zwar große Guthaben in deutscher Währung auf den Banken, konnten jedoch dafür kein englisches Geld kaufen, weil dies zunächst kaum vorhanden war. Wollten sie aber in Südafrika einkaufen — und die Läden waren leer, es fehlte einfach alles, weil von Anfang August 1914 bis etwa Ende Juli 1915 keine Einfuhr möglich gewesen war — so brauchten sie dort landesübliche Münze. Als sich die südafrikanischen Banken auftaten, wurde das sofort besser. Diese räumten in wirklich großzügiger Weise Kredit ein. Es war ja im Interesse des Handels der Union. Und so haben vor allem Firmen, die rasch bei der Hand waren, sehr gute Geschäfte gemacht. Leider waren gerade unsere ältesten, solidesten Firmen zu vorsichtig und kamen zunächst etwas ins Hintertreffen. Das hat sich aber wieder gegeben. Es ist daher zu hoffen, daß alle rein kaufmännischen deutschen Unternehmen in Südwest auch weiterhin bestehen bleiben und ihr Fortkommen finden werden. Im Interesse der deutschen Farmerschaft und der Handwerker usw. ist dies von großer Bedeutung.

Von den Banken werden die reinen Privatunternehmen sicherlich ebenfalls weiter zu arbeiten vermögen. Von großer Tragweite für diese ist aber die Frage, ob die vor dem Kriege entstandenen Verpflichtungen in Markwährung oder in „vollgültiger Münze" zu zahlen sind. Man ist sich da nicht einig. Als der Wert des deutschen Geldes sank, fanden sich Kluge, die Zinsen und Kapital in Gold oder britischer Währung forderten. Die deutschen Rechtsanwälte vertraten je nach Auftrag ihre Klienten. Die britisch-burische Regierung verhielt sich völlig passiv. Zivilgerichtsbarkeit bestand bislang nicht. So blieb die Frage in der Schwebe. Es handelt sich hier um Millionen allein bei der Landbank. Und es ist von einschneidender Bedeutung, ob der Schuldner Gold, gleichbedeutend mit britischer Währung, oder deutsche Papiermark zahlen muß. Die bevorstehende endgültige Entscheidung dieser Frage durch die sicherlich jetzt bald entstehenden ordentlichen Gerichte*) wird vermutlich für manche Sein oder Nichtsein besagen. Für die Banken ist diese Angelegenheit auch darum wichtig, weil sich ergeben

*) Neuer Nachricht zufolge sollte am 1. Januar 1920 in Südwest die Zivilgerichtsbarkeit eingeführt werden.

Digitized by Google

wird, ob sie Guthaben, die vor dem Kriege entstanden sind, in Gold oder Papier auszukehren haben. Doch für sie wird es keine Lebensfrage sein.

Wie es den sogenannten „Konzessionsgesellschaften" ergehen wird, steht dahin. Land- und Berggerechtsame wird man vermutlich von seiten der Union auszuschalten suchen. Es kommt hier sehr darauf an, welche Vorschriften der Oberste Rat in Versailles der Mandatsinhaberin macht. Der Friedensvertrag allein wird nicht maßgebend sein. Ob die Union gewissen bergbaulichen Unternehmen gegenüber von den ihr laut Friedensvertrag zustehenden Rechten Gebrauch macht, muß sich erst zeigen. Es wäre zu wünschen, daß sie laut werdenden Wünschen privater südafrikanischer Interessenten gegenüber sich versagte. Es läßt sich darüber augenblicklich nicht viel äußern, da man nicht vorgreifen mag und darf.

Das Schicksal der deutschen Schulen dort drüben liegt jedem Deutschen besonders am Herzen. Bisher bestand in Südwest eine ganze Reihe von Elementarschulen in einzelnen Mittelpunkten, in Windhuk war eine Realschule, die ihre Schüler bis zur Obersekundareife brachte und in Swakopmund waren die Anfänge einer Realschule vorhanden. Mit den Schulen verbunden waren sogenannte Regierungspensionate, in denen die Kinder der Farmer, der weiten, oft hundert Kilometer oder mehr betragenden Entfernung des Elternhauses von der Schule wegen, untergebracht waren. Schuldgeld wurde nur in den Realschulen gefordert. Eltern, deren Kinder in der Obhut der Pensionate weilen mußten, erhielten für jedes Kind, falls sie bedürftig waren, eine Regierungsbeihilfe. Die guten Einnahmen aus den Abgaben des Diamantbergbaus gestatteten so weitgehende Fürsorge und Entlastung des einzelnen. Während des ganzen Krieges ist nun deutscherseits diese Unterstützung des Schulwesens beibehalten worden. Die Mittel dazu flossen aus der Heimat. Waren doch sämtliche Lehrer, außer denen der Swakopmunder Realschule, Regierungslehrer, also Beamte. Der britische Administrator hatte, wie die Heimschaffung der Truppe, Polizei und der Beamten einsetzte, auf Eingaben hin zugestanden, daß die Lehrer vorläufig bis zum letzten Transportschiff verbleiben und ihr Amt weiter versehen könnten. Nur wenige Schulgebäude, die Regierungseigentum waren, wie die Realschule in Windhuk, sind von der Verwaltung für englische Schulen beschlagnahmt worden. Die Elementarschulen sind meist Besitz der Gemeinden oder des Bezirksverbandes, daher Privateigentum und verblieben bislang unseren Landsleuten. Sie sollen von neu zu gründenden Schulvereinen übernommen werden, nicht mehr in Händen der Gemeinden bleiben, da diese Selbstverwaltungskörper nicht mehr rein deutsch sind. Solche Schulvereine sind nun inzwischen fast in jedem Schulort in Südwest gegründet worden. In Swakopmund z. B. gehören dem Verein fast alle Deutschen an. Und dort wurden gleich am Gründungsabend über 20 000 M. an freiwilligen Spenden für Schulzwecke gezeichnet. Es ist zu erwarten, daß

Digitized by Google

diese Opferwilligkeit unter den Deutschen in Südwestafrika überall die gleiche sein wird, sobald die ernste Frage jetzt beantwortet werden muß, sollen die Kinder wie bisher guten deutschen Schulunterricht haben oder in englische Schulen gehen. Allerdings wird das eine sehr schwere Belastung für manchen sein. Doch gemeinsam läßt sich die Last tragen. Es muß sich drüben nur erst die Überzeugung Bahn brechen, daß dies eine unbedingte Notwendigkeit ist! Man kann daher mit einiger Sicherheit erwarten, daß die Deutschen in Südwest auch auf diesem Gebiete nicht versagen werden.

Politik und Valuta

Von Kuno Waltemath (Harburg)

Bei den Erörterungen über die Wiederherstellung des Goldwertes der deutschen Mark wird gewöhnlich als vornehmstes Heilmittel die möglichst große Stärkung der Ausfuhr angesehen; es gibt Volkswirte und Politiker, deren Ausführungen den Eindruck erwecken, als ob es das einzigste Medikament sei. Nun ist gewiß, daß die Gestaltung des Außenhandels von großer Bedeutung für die Valuta ist. Aber die Wirkung kann doch nur innerhalb mäßiger Grenzen zu Tage treten. Keinesfalls ist daran zu denken, daß die ungeheure Werterniedrigung der Mark wesentlich durch eine Sperrung des Loches im Westen, durch intensivste Stärkung der Ausfuhr gehoben werden könnte. So wünschenswert im allgemeinen Interesse der deutschen Volkswirtschaft beide Dinge auch sind, darüber muß man sich klar werden: an dem Stande der deutschen Valuta würden sie nur wenig ändern. Das Goldaufgeld wäre höchstens um einige Dutzend Prozent verringert, d. h. es könnte statt der 900 Prozent vielleicht 850 betragen. Auch die Eindämmung der Kapitalflucht, so begehrenswert auch sie ist, kann unmöglich den Wertstand so günstig beeinflussen, wie es z. B. der „Vorwärts" anzunehmen geneigt ist. Man blicke auf England. Auch dort herrscht eine große Kapitalflucht, herrschte schon, seitdem der ungeheure Druck der inneren direkten Steuern auf dem Volke lastet. Die englische Finanzpresse hat wiederholt darauf hingewiesen, wie das englische Kapital nach Amerika und den neutralen Ländern abströmt. Aber eine irgendwie bemerkbare Einwirkung auf den Stand des Sterling ist nicht bemerkbar geworden. Dazu ist die Menge des abwandernden Kapitals nicht groß genug. Auch bei uns wird der Umfang der Kapitalflucht gewöhnlich ungeheuer übertrieben, um parteipolitischen Interessen dienen zu können und den Blick von den wahren Ursachen der Kursstürze der Mark abwenden.

Ja, wenn das Goldaufgeld nur wenige Prozent betragen würde, vielleicht 20—25 Prozent, statt der 700, 800, 900 Prozent, die wir jetzt zu beklagen haben,

Digitized by Google

dann hätte eine günstige Bewegung im Ausfuhrhandel einen bemerkbaren Einfluß auf die Valuta. Das hat man früher im alten Österreich-Ungarn, im alten Rußland, in Italien in den Zeiten der Papiergeldwährung, vor dem Übergange zur Goldwährung, häufig bemerkt. Die Unterwertigkeit, die die Papiergeldwährung bedingte, war im Vergleiche mit den heutigen deutschen Währungsverhältnissen geringfügig. Von besonders scharfer Wirkung war das Auf und Ab im Stande der Handelsbilanz auf die Währung, als Italien und Österreich-Ungarn bereits zur gesetzlichen Goldwährung übergegangen waren, aber die Geburtswehen noch nicht überwunden hatten und Rückfälle in die Unterwertigkeit erfuhren. In Österreich-Ungarn trat kurz nach der Inaugurierung der Goldwährung im Mai und Juni 1894 ein Goldagio auf, das bis auf 4½% stieg. Der Grund lag in einer ungünstigen Gestaltung der Zahlungsbilanz. Die Ausfuhr überragte nicht in genügendem Grade die Einfuhr, um den Abfluß von Geld zu verhindern. In Italien war während der achtziger und neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts ein enger Zusammenhang zwischen Stand des Goldaufgeldes und Stand der Handelsbilanz ersichtlich. In allen Darlegungen und Berichten über die italienischen Währungsfragen jener Zeit wird immer von der Lage des Handels und der Zahlungen an das Ausland ausgegangen, das Agio betrug aber kaum mehr als 16%, gewöhnlich erheblich weniger.

Daß eine Steigerung des Exportes und eine tiefgreifende Hebung der wirtschaftlichen Verhältnisse nicht genügend sind, ein Land vom Währungsjammer zu erretten, zeigen besonders deutlich die südamerikanischen Staaten, lauter Länder mit ständigem wirtschaftlichen Fortschritt und ständigem Wachstum des Exportes über das des Importes hinaus und ebenso ständiger Entwertung der Valuta. So war in Argentinien das 19. Jahrhundert hindurch, von ein paar Jahren abgesehen, Papiergeldwirtschaft, die notwendige Folge der ewigen politischen Unruhen und Revolutionen, die das Land erschütterten und der damit verbundenen trostlosen Finanzwirtschaft. Erst gegen Ende des Jahrhunderts beruhigten sich die Verhältnisse, man kam dazu, Präsidentenwahlen ohne Waffenerhebungen und Bürgerkriege vor sich gehen zu lassen. Aber das Erbe der Vergangenheit, die ständigen Defizits im Staatshaushalt und die Neigung, diese Defizits durch offene und geheime Papiergeldmissionen auf einfachste Weise zu decken, wurde man sobald nicht los. Die Versuche, durch in Europa aufgenommene Goldanleihen den Kredit zu reformieren, brachten nur zuwege, daß das Goldagio sich zeitweilig wenigstens stark minderte. Es dauernd herabzudrücken oder gar zu beseitigen, verhinderte immer wieder das offene oder mehr noch das geheime Walten der Notenpresse, die unausrottbare Unordnung in den Finanzen, das fast chronische Vorherrschen von Defizits im Staatshaushalte. Deshalb konnte die internationale Handelswelt nicht das Mißtrauen, die Furcht

Digitized by Google

vor dem Staatsbankerott verlieren. Während der ganzen Periode blühte die argentinische Landwirtschaft gewaltig empor. Geradezu sprunghaft vergrößerte sich der Kornexport sowie der Export der anderen Produkte des Ackerbaues und der Viehzucht. Aus einem Weideland wurde das Land ein Kornland. Groß war der materielle Aufschwung.

Dasselbe Bild in Brasilien, in Chile usw. Selbst während des Weltkrieges, der doch so ungeheuer die Nachfrage nach südamerikanischen Produkten steigerte und damit auch deren Wert, gelang es nicht, die südamerikanischen Währungen vollwertig zu machen. In Argentinien stellten sich Einfuhr und Ausfuhr wie folgt:

	Ausfuhr	Einfuhr
	in Gold-Dollars	
Wirtschaftsjahr 1917/18	663 400 000	380 000 000
" 1916/17	589 200 000	347 500 000
in Chile:		
im Jahre 1918	799 625 000	436 074 000
" 1917	712 289 000	355 077 000

Aber weil man nicht aus dem Papiergeldregime herauskommen konnte, vermochte man nicht den entsprechenden Nutzen aus der Gunst der wirtschaftlichen Lage zu ziehen.

Wenn wir unsere Mark von ihrem Tiefstand erretten wollen, wenn wir sie der alten Geltung entgegenführen wollen, haben wir zuerst alles zu vermeiden, was das Ausland zu dem Glauben verleiten könnte, wir ständen vor dem Staatsbankerott, vor neuen Umwälzungen und Bürgerkriegen. Was uns hier helfen kann, ist, daß das Ausland den Eindruck gewinnt, unsere staatlichen Verhältnisse seien stabil. Das Sturmlaufen gegen die gegenwärtige Staatsform ist in dieser Hinsicht nicht günstig. Es klingt wie ein Anzeichen einer kommenden neuen Revolution oder Gegenrevolution. Nur kindliche Gemüter können glauben, daß die Wiederaufrichtung der Monarchie oder die Durchführung der Räterepublik auf friedlichem Wege, ohne die wilden Bewegungen eines Bürgerkrieges geschehen könne. Auch die düsteren trostlosen Prophezeiungen über Deutschlands Zukunft, wie man sie so oft hört und niederschreibt, sind vom Übel, sie schaden uns bei denjenigen, die die Macht über die Gestaltung unseres Wechselkurses in Händen haben. Ferner haben wir unsere Finanzen in Ordnung zu bringen, um imstande zu sein, allmählich von der Notenflut befreit zu werden. Wenn wir das nicht tun, wird all' unsere Arbeit im Dienste der Volkswirtschaft nichts nützen, werden wir in Währungsangelegenheiten ewig das bleiben, was jetzt die so reichen südamerikanischen Länder sind.

Digitized by Google

Notizen

Japans Vordringen in Sibirien. Das Vordringen der Japaner auf dem Festlande längs der ostchinesisch-sibirischen Bahn hat sich in drei Etappen vollzogen:

1. Im Frieden von Portsmouth erhielten die Japaner die Rechte über die südmandschurische Bahn bis Tschangtschun (Kuantschengdse).

2. Als Ergebnis von Verhandlungen mit der kaiserlich-russischen Regierung im Frühjahr 1916 konnten die Japaner ihren Einfluß über die Bahn bis zum Sungari (Charbin) ausdehnen.

3. Nach dem Zusammenbruch Rußlands tasteten sich die Japaner vorsichtig an der Bahn weiter vor. Sie zeigten sich dabei sehr zurückhaltend und legten durchaus keinen Übereifer an den Tag. Auf Grund von Verhandlungen mit der alliierten Kommission und deren Weisungen folgend, griffen sie ein, zogen ihre Truppen wieder zurück und griffen von neuem ein. Das Ganze erweckte den Eindruck, als ob es Japan vollkommen an eigener Initiative mangele. Jetzt zeigt es sich, daß seine kluge, abwartende Politik das feste Ziel niemals aus den Augen gelassen hat. Die Alliierten ersuchen Japan, bis zum Baikal die Bahnwache zu übernehmen. So lassen sich die Japaner darum bitten, das zu tun, was wohl von Anfang an ihr glühendster Wunsch gewesen ist und was ihnen, hätten sie es aus eigener Initiative getan, nicht ohne sehr erhebliche Reibungen mit den Alliierten gelungen wäre.

Dieses Ersuchen der Alliierten ist für Japan in erster Linie ein diplomatischer Erfolg, es bleibt abzuwarten, wie weit Japan es für tunlich hält, diesem Ersuchen auch wirklich nachzukommen und der bolschewistischen Flut entgegenzutreten.

Die japanische Diplomatie versteht es mit Meisterschaft, den Gegner über ihre nächsten Ziele im Dunkeln zu lassen; doch enthüllt die geschichtliche Entwicklung deutlich die von ihr verfolgte Tendenz, so daß man in der Erkenntnis der allgemeinen Ziele ihrer Kontinentalpolitik kaum fehlgreifen kann. Der russisch-japanische Krieg, die Annexion Koreas und der planmäßige Ausbau des japanischen Einflusses in der Mandschurei zeigen, daß es Japan vor allem darauf ankommt, auf dem asiatischen Festlande ein in sich geschlossenes Vorwerk zu schaffen und konkurrierende Mächte von den Küsten der japanischen See zu verdrängen. Nach dem Zerfall des russischen Reiches hat sich nun die Möglichkeit ergeben, Ostsibirien und besonders die Küstenprovinz mit Wladiwostok von Rußland abzuschneiden, und Japan wird darnach streben, diese Trennung möglichst zu einer dauernden zu machen und an der Ostküste des asiatischen Kontinents ein zweites Belgien zu schaffen.

Folgt Japan dem Ersuchen der Alliierten und besetzt es die sibirische Bahn bis zum Baikalsee, so fällt der wichtige Knotenpunkt der sibirischen und der Amurbahn in seine Hände, und die Küstenprovinz ist von jeder Verbindung mit Rußland abgeschnitten.

Nach der Zurückziehung der amerikanischen Truppen hat Japan in Ostsibirien vollkommen freie Hand. Es wird Amerika schwerlich gelingen, unter den russischen Truppen Werkzeuge zu finden, die es zur Wahrnehmung seiner Sonderinteressen Japan gegenüber benutzen kann. Koltschaks Armee ist geschlagen und in der Auflösung begriffen. Die einzigen geschlossenen Truppenkörper, denen es vielleicht noch gelingt, den Bolschewisten zu entkommen, werden die Tschechen sein. Diese werden es nachgerade satt haben, sich von den Alliierten zur Bekämpfung der Bolschewisten ausnutzen zu lassen. Ihr sehnlichster Wunsch wird die baldige Rückkehr in ihre Heimat sein, worin sie jedenfalls

Digitized by Google

Japans vollste Sympathie finden werden. Semenow und die anderen Kosakenataman haben die Wahl zwischen den Bolschewisten und Japan. Sie werden nicht lange zögern, für wen sie sich entscheiden sollen. Der Bolschewismus bringt ihnen den Tod oder wenigstens vollkommene Machtlosigkeit, während Japan ihnen die Aussicht bieten kann, in einem unabhängigen Ostsibirien unter Japans schützenden Fittichen die erste Rolle zu spielen. Strategisch ist Japan den Bolschewisten gegenüber sehr im Vorteil. Japan ist seiner Basis näher, hat Überfluß an Waffen und Kriegsmaterial und hat mindestens e i n e gute Bahn zur Verfügung. Militärisch sind die Bolschewisten den Japanern auf keinen Fall gewachsen. Sie werden aber natürlich versuchen, die Chinesen in der Mandschurei, die die Japaner ohnehin von ganzem Herzen hassen, sowie die Koreaner gegen Japan aufzuhetzen und im Rücken der Japaner Aufstände zu erregen. Auch in Ostsibirien und der Küstenprovinz fehlt es den Bolschewisten nicht an Parteigängern. So könnte sich Japan eines Tages genötigt sehen, neben dem Kampfe gegen die Bolschewisten Aufstände in Korea und der Mandschurei niederzuschlagen. Ein Unternehmen, das in seinen Anfängen klein scheint, könnte sich so zu einem sehr langwierigen und umfangreichen auswachsen und Japans Machtmittel mehr binden, als Japan in Anbetracht der außenpolitischen Lage lieb sein kann. Man darf mit Spannung die Entschlüsse des japanischen Ministerrats erwarten, der am 18. v. M. über die sibirische Lage verhandelt hat. Das Wahrscheinlichste ist wohl, daß Japan sich damit begnügt, die Sungari- und Ussurilinie (Charbin, Chabarowsk, Wladiwostik) endgültig zu halten und von dieser Linie aus bei günstiger Gelegenheit Vorstöße nach dem Norden zu unternehmen. H. G. Voß.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt. Redaktion: Schöneberger Ufer 36 a I. Telephon: Nollendorf 928. Für Anzeigen F. W. Kiel, Berlin-Schöneberg. Verlag Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland, Oesterreich-Ungarn und Luxemburg M. 7.20, übriges Ausland M. 7.50. Einzelnummer 50 Pfg. Gedruckt in der Buchdruckerei Hermann Bergmann, Berlin SW 68.

Hochaktuell!

Vorwärts zu Einheit und Fortschritt!

Gedanken über Grundsätze und Ziele einer neudeutschen Politik
von Dr. E. Obst, Professor an der Universität Breslau

Die Aufsehen erregende Schrift des bekannten schlesischen Politikers behandelt das Gesamtgebiet der inneren und äußeren Politik und weist, frei von jeder dogmatischen Bindung und Enge, die Wege zum Wiederaufstieg des deutschen Volkes. Der hohe sittliche Ernst, die glühende Vaterlandsliebe, das tiefe soziale Verständnis, die aus dieser Schrift sprechen, machen sie im Verein mit der klaren, zündenden Sprache zu einer wertvollen Bereicherung unserer modernen politischen Literatur. Auch die politisch Andersdenkenden werden sich mit den mannigfachen Gedanken dieser Schrift ernsthaft beschäftigen und auseinandersetzen müssen.

Preis 2,00 Mk.

Priebatsch's Verlagsbuchhandlung, Breslau I, Ring 58.

Digitized by Google

5. Jahrgang * 20. Februar 1920 * Heft 8

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Die Abstimmung in der ersten Zone von Nordschleswig zeigt als wesentliches Ergebnis, daß die Städte vom flachen Land majorisiert wurden. Für den Bauer, der weniger auf Barmittel angewiesen ist, sondern über einen heute meist entschuldeten Realbesitz an Boden, Haus, Gerätschaften verfügt, hat die Valutafrage nicht die Bedeutung wie für den Städter mit seinem mehr mobilen Kapital besessen. Aber, so wichtig die Geldfrage in der letzten Zeit geworden und so schwere Fragen in ihr enthalten bleiben, das politische Problem stellt sich so dar: die hochstehende bäuerliche Kultur Dänemarks hat das Bauerntum in seinem Bewußtsein dänisch gehoben; die Städte aber waren in einem deutlicheren und unmittelbaren Zusammenhang mit dem spezifisch deutschen Geist und deutschen Wirtschaftsrhythmus geblieben. Mit Schmerz sieht man Tausende deutscher Volksgenossen und wohl auch Tausende von Dänisch-Sprechenden, die in der Not nicht dem Land davonlaufen wollten, das ihnen auch in seiner Größe Heimat war, sieht sie aus dem deutschen Reichsverband scheiden. An der Regierung in Kopenhagen liegt es, daß nicht durch den plumpen Chauvinismus dieser Wochen das Verhältnis der beiden Staaten vergiftet werde, an uns allen in Deutschland aber, durch geistig-kulturelle, wirtschaftliche Hilfe zu sorgen, daß jene Inseln des Deutschtums nicht überspült und ausgelöscht werden. Zum Glück: die schleswiger Deutschen sind ein herber und fester Schlag.

*

Einzelne deutsche Künstler und Literaten, die der Weltkrieg zu Berichterstattern und die Revolution zu „Politikern" gemacht hat, werden nicht müde, das Hohelied des kulturellen und sozialen Fortschrittes in Räterußland zu singen. Ganz im

Digitized by Google

Gegensatz dazu steht folgendes Dekret der bolschewistischen Regierung, das der „Golos Rossiji" den amtlichen bolschewistischen Publikationen entnimmt: „Die Fabrikarbeiterräte und die Komitees der Vertreter der Arbeiter, die seinerzeit zur Sicherstellung der Ordnung in den Industriezentren gegründet wurden, haben nur Schaden gestiftet. Sie haben zur Demoralisation der Arbeiter geführt und zur Desorganisation der Fabriken. Daher sind wir gezwungen, die Arbeiterräte aufzulösen." Hiermit ist offiziell der produktionspolitischen Grundlage des Rätesystems, dessen Zellen ja die Arbeiterräte der Einzelfabriken waren, das Todesurteil gesprochen. Wir sind gespannt auf die Nekrologe, die die deutschen Herolde dieses Systems, Paquet, Stadler und Kaliski, schreiben werden.

*

Der Prozeß zwischen den beiden Reichsfinanzministern wird noch ein paar Wochen dauern. Wir warten geduldig auf das Ende. Wir hoffen aber, wie er auch ausgehen mag, daß Deutschland von der Wiederholung solcher Prozesse verschont bleibt. Es ist falsch, zu glauben, daß der Parlamentarismus an sich die Gefahr von Vermengung politischer und geschäftlicher Fragen enthalte. Deutschland hat erst in den letzten Jahrzehnten diese Entwicklung gesehen. In Frankreich blüht sie. England aber hat sie längst überwunden und einen straffen Kodex für die Parlamentarier geschaffen. Zu diesem müssen wir auch kommen. Aufgabe für das Kabinett und die Parteiführer: mit welchen Mitteln das zu erreichen. Auch wenn der Prozeß den harmlosesten Ausgang nehmen sollte, einer Erschütterung in das Vertrauen auf das Parlament, wenn sie auch nur vager Empfindung bleibt, muß vorgebeugt werden.

*

Wir wollen nicht von Sympathien reden; wir sind mit Gefühlen sparsam. Als Ledebour vor Gericht stand, wurde er mit „Angeklagter" angesprochen und er revozierte mit „Vorsitzender" — bis man ihm beibrachte, daß die Gerichtssprache für den Mann auf der Anklagebank den „Herrn" abgeschafft hat. Das ist wahrscheinlich eine Unhöflichkeit des deutschen Rechtsbetriebs, und die Höflichkeit der Richter ist vielleicht eine Tugend. Aber man muß überlegen, ob es gut ist, sie bald so, bald so zu dosieren. Der Prozeßleiter im Erzberger-Helfferich-Prozeß soll sich die Frage stellen, ob seine entschuldigungsreiche Höflichkeit gegen den Angeklagten, die zweifellos das Ergebnis starker Suggestion ist, nicht hinterher von Helfferichs politischen Gegnern auf- und angeschrieben wird. Der Prozeß, der mit Plädoyers begann, die sonst am Schlusse solcher Affären zu stehen pflegen, könnte ein wenig mehr gesammelte Nüchternheit vertragen, denn sonst wird, gleichviel wie das Urteil lauten mag, die deutsche Rechtsprechung in ihrem Ansehen die Leidtragende sein.

Digitized by Google

Die „objektive Unmöglichkeit"

Von Dr. Theodor Heuß

12. Februar 1920.

Reichsminister Dr. Schiffer hat einem Ausfrager der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" gegenüber die Lage der Regierung so charakterisiert, daß das Auslieferungsbegehren der Entente von der „objektiven Unmöglichkeit", ihm zu entsprechen, aufgehoben wird. Diese Formel drängt alle Gefühlsbeurteilung zurück und gibt einen nüchternen Tatbestand. Sie enthält zugleich die Ankündigung einer gewissen zwangsmäßigen Passivität der deutschen Regierung.

Die diplomatische Lage ist im Augenblick eigentümlich. Beide Parteien warten auf die Antwort der anderen Seite. Deutschland hat am 25. Januar ein letztes Memorandum zur Auslieferungsfrage überreichen lassen, das auf frühere Vorschläge Bezug nimmt, und rechnet mit irgend einer Erklärung der Gegner. Diese haben einstweilen keine Notiz davon genommen, ihre Listen übersandt und sehen zu, wieweit Deutschland ihrem Ansinnen entsprechen wird. Ein Schwebezustand ist vorhanden. Die erste Spannung, ein wenig erschlafft unter dem grotesken Charakter, den die näheren, willkürlichen und oberflächlichen Ausführungen der Listen zeigen. Die Phantasie irrt einigermaßen im Unklaren, wie sie sich den diplomatischen Fortgang der ganzen Angelegenheit vorstellen soll.

Es kommt alles darauf an, daß die „Einheitsfront" gegenüber den Feinden durch das Hinschleichen der Entscheidung nicht zermürbt werde. Ihre Festigkeit ist bei langer Dauer nicht zweifelsfrei gewährleistet. Parteipolitische Exzesse drohen von rechts und von links; einige hat es schon gegeben. Die „Unabhängigen Sozialdemokraten" benehmen sich verhältnismäßig zurückhaltend — die einen aus ehrlichem Abscheu gegen den feindlichen Sadismus, die andern, weil sie sich nicht stark und geschlossen genug fühlen, das Chaos, das einem turbulenten Regierungswechsel folgen müßte, zu bändigen. Sie sind, vor dem Ernstfall, doch etwas mißtrauisch gegen die Zauberwirkung der Räte-Formel und ohne einheitliche Idee in der äußeren Politik. Geschmacklosigkeiten in manchen Blättern der äußersten Rechten sind im Augenblick ohne politisches Gewicht; sie erscheinen unvermeidlich. Die Gefahr für die innere Front beginnt in dem Zeitpunkt, da die Entente es sich beifallen ließe, die Forderungen abzubauen, und durch freiwillige und unfreiwillige Agenten die giftige Saat ausstreuen: es handelt sich in der Hauptsache ja „nur" um Offiziere. Der Groll zwischen Mannschaften und Offizieren, der ja das fürchterliche Ende des Krieges innerlich gezeichnet hat, ist noch nicht völlig verraucht, zumal ein Teil der sozialistischen Presse (beider Fakultäten) in Abständen davon das agitatorische Bedürfnis nährt. Den proletarischen Massen muß zugemutet werden können, daß sie die Solidarhaftung für die nationale

Digitized by Google

Ehre der jungen Republik mit übernehmen. Sonst legen sie den seelischen Todeskeim in deren Zukunft.

Natürlich fehlt es nicht auch an den ewigen Besserwissern, die auseinandersetzen, daß an dem Zustandekommen der Liste nicht so sehr der Rachewille, das politische Bedürfnis nach letzter Demütigung auf seiten unserer Feinde die Schuld trägt, sondern die Saumseligkeit der deutschen Regierung! Hätte sie entschlossen ein Verfahren gegen alle „Kriegsverbrecher" eingeleitet, dann wäre den Feinden zuvorgekommen worden. Darüber werden ernsthafte Artikel geschrieben, und die Autoren berufen sich auf die guten Ratschläge, die so schon früher, „als es noch Zeit war", ungehört zur Verfügung stellten. Die derzeitige Regierung ist gewiß in manchen Dingen mangelhaft; ihr schlimmster Fehler aber ist offenbar, daß sie zu oberflächlich die Zeitungen liest. Im Ernst: dieses ganze Getue, als ob Deutschland die schlimme Absicht der Feinde hätte abfangen können, ist nicht nur journalistische Wichtigtuerei, sondern auf die Dauer gefährlich — es wirft Bälle über die Grenze, die drüben von einer Presse mit einem leise schlechten Gewissen erhascht und zurückgeworfen werden. Ein Spiel entsteht, das innerlich unwahr und verwirrend ist. Die Entente hat sich im Friedensvertrag ausdrücklich vorbehalten, daß deutsche Sühne von Verbrechen für sie nicht von Belang sein wird — sie will Rache nehmen. Die deutsche Regierung hat in der „Kommission Schücking", von deren Arbeit an dieser Stelle neulich ausführlich berichtet wurde, längst ein Organ der Untersuchung und der Sühne geschaffen; sie ist drüben, und davon wird niemand überrascht sein, ohne allen Eindruck geblieben.

Sieht man sich die jetzt vorliegende Liste durch, so erkennt man nicht nur die „objektive Unmöglichkeit", dem feindlichen Begehren zu folgen, sondern auch die, ihm zuvorzukommen. Nur die platteste Sinnlosigkeit, die gegen sich selber wüten wollte, hätte einer deutschen Regierung eine auch nur von der Ferne ähnliche Liste eingeben können, und sie wäre über solche Tollheit gestürzt, unter der lachenden Verachtung der Feinde. Dieses Jagen nach „Gerechtigkeit" wäre zur Farce geworden; ja es ist Gefahr vorhanden, daß unser Bestreben, die Anschuldigungen der Feinde vor einem deutschen Gericht zum Austrag zu bringen, den Zustand der inneren Krisenhaftigkeit steigert. Man wird zugeben: Hunderk-, tausendmal ist das Kriegsrecht verletzt worden, bei uns, bei den andern. Aber es ist, bei aller pathetischen Versicherung, das „Recht" zu schützen, eine innere Unwahrhaftigkeit, heute über Befehle und Vorgänge etwa aus der Zeit furchtbarer Spannung und Leidenschaft, im August 1914 nach Rechtssätzen urteilen zu wollen. So ziemlich jedes Verfahren, wenn es eröffnet wird, muß seelisch und sachlich zur Groteske werden. Die Feinde verfolgen ja auch gar nicht Ziele der Gerechtigkeit, sondern der politischen Demütigung. Ihre Listen sind Neuauflage der Greuelpropaganda.

Digitized by Google

Soll aber ein schwer leidendes Volk um einiger hundert oder tausend Männer willen neuer, verschärfter Not ausgesetzt werden? Es ist nicht verwunderlich, daß der Gedanke aufwachsen konnte: sie sollen sich um des Vaterlandes willen stellen, schweigende Opfer, Märtyrer ihrer Liebe zum Volk. Der deutsche Kronprinz hat eine heroische Bewegung gemacht, die aber aufs Ausland ohne Wirkung sein mußte, denn er war ja selber ein Geforderter. Man hat ihn mit Marcus Curtius verglichen, dem römischen Jüngling, der sich vom Felsen stürzte, damit die Kluft sich schlösse — die Kluft schloß sich. Heute bleibt sie offen. Die „Bürger von Calais" opferten sich dem englischen Belagerer und rührten an seine Großmut. Heute gibt es keine Großmut mehr. Christus ist im Prozeß mit den Pharisäern unterlegen und vor der Weltgeschichte doch Sieger geblieben — heute wird nicht um Geistiges gekämpft und dieser von den Feinden geforderte Massenprozeß ist nur Episode in einem System, das noch über andere Werkzeuge verfügt.

Millerand zeigt dies. Er will den Franzosen deutlich machen, daß er nicht gesonnen ist, hinter Clemenceau zurückzustehen. Die Atempause in der Auslieferungsfrage benutzt er, um Deutschland wegen des Rückstandes in der Kohlenlieferung zu bedrohen: die Fristen in der Besetzung der Rheinlande sollen solange nicht gelten, als die Verpflichtungen nicht restlos erfüllt sind. Ist das nur eine Diversion, oder wird hier durch eine vergiftete Blume mitgeteilt, was der eigentliche politische Inhalt auch der sinnlosen Auslieferungsliste ist: sie erwartet gar nicht erfüllt zu werden, sondern hat das einzige Ziel, den Frieden von Versailles umzustoßen, jetzt schon das Ziel der dauernden Zerreißung, der Amputation der linksrheinischen Länder zu erreichen? Der gute, schwache Wilson ist ja so weit, enttäuscht, verärgert, in inländischen Konflikten gefesselt, und Lloyd George im Augenblick durch die Ungewißheit der innerenglischen Entwicklung gelähmt — Frankreich kann es wagen, kräftig aufzutreten.

Die Deutschen geben sich Mühe, die Psychologie des englischen Premierministers wieder einmal zu studieren und streiten darüber, wer die größere „Schuld" an dem Zustandekommen der Liste habe. Ein ziemlich überflüssiges Bemühen. Die britische Liste ist genau so grob und unsinnig wie die französische und Lloyd George hat mit seinem Racheruf, der die englische Legende von dem Kampf für das Recht während der Khaki-Wahlen hysterisch steigerte, die brutalen Instinkte des „Mannes von der Straße" noch einmal an sich gefesselt. Er muß nun freilich damit rechnen, daß die englischen Alt-Liberalen aus ihrer Betäubung und ihrer Feigheit wieder sich erheben und daß die Erschlaffung der Arbeitsenergien, von denen natürlich auch England nicht verschont blieb, die Labour Party stärkt und radikalisiert. Er hört, daß beträchtliche Stimmen die Änderung des Versailler Friedens mit wachsender Deutlichkeit verlangen, und ist selber im Augenblick gegenüber dem russischen Problem nur auf das Prägen neuer Schlagworte ange-

Digitized by Google

wiesen. Aber offenbar fühlt er sich noch stark genug: der gebleichte Ruhm von Asquith bedroht einstweilen den Glanz seines Siegertums nur gering.

Sein politisches Schicksal ist wahrscheinlich mit der Solidarität zu Frankreich aufs innigste verbunden. Das ist seine Stärke und seine Schwäche gegenüber Millerand. Der Franzose weiß, daß er kaum einen besseren Sekundanten finden kann als diesen letzten am Ruder gebliebenen europäischen Hauptteilnehmer an der Versailler Gewaltpolitik, und er muß deshalb in seinen Forderungen dem englischen Kollegen Rechnung tragen. George ist für die Franzosen, so verärgert über ihn sie auch sich stellen, augenblicklich schwer ersetzbar, soll nicht das französisch-englische Verhältnis in Unordnung geraten. Aber diese Bindung gibt natürlich auch dem aktiven Willen Frankreichs ein gewisses Übergewicht. Soviel schlimmer seine wirtschaftlichen Verhältnisse als die Großbritanniens, so ist doch eben auch diese Not eine Fessel: Frankreich hofft zwar auf die Rettung durch die deutsche Sklaverei, England aber ist daran interessiert, daß Frankreich selber nicht, während es sich in phantastischen Erwartungen verirrt, wirtschaftlich kaput geht. Daß bald die Londoner, bald die Pariser Presse dem Bundesgenossen Überschärfe oder Schlappheit vorwirft, ist journalistisches Manöver, das man in Deutschland überschätzt.

In einem politischen Lehr- und Lesebuch müßte der Ruin Deutschlands als rationalistisch sehr unlogisch beschrieben sein, sofern man von ihm eine Mithilfe am Wiederaufbau Europas erwartet, und das wird ja auch mit biederer Deutlichkeit immer wieder dem Ausland erzählt. Aber Politik ist einstweilen noch von den Geistern des Irrationalen, des Nicht-Berechenbaren, der Gefühls- und dumpfen Willenskräfte durchsetzt. An dieser Erkenntnis muß sich auch unsere eigene Stellung abgrenzen. Nämlich: daß es zwecklos erscheint, jeden Tag zu bedauern, daß uns die Feinde die Erfüllung des Versailler Friedens so sehr erschweren — dieser Friede kann, er will aber auch nicht erfüllt werden. Frankreich will ihn mit politischen Fernzielen sabotieren, indem es seine sachlichen Unmöglichkeiten zu Kernstücken diplomatischer Vergewaltigung macht, und England sieht zu, weil ihm, nachdem Deutschland weltpolitisch erschlagen ist, andere Probleme auf den Nägeln brennen. Was will Deutschland? Leben! Dies Leben wird auf Jahrzehnte schwer, armselig gedrückt sein. Das wissen wir. Aber wir erhalten es nicht, wenn wir in der Unterwerfung unter die feindliche Brutalität das A und O der deutschen Politik sehen oder wenn wir die Seele der deutschen Zukunft verkaufen, um morgen wieder die Betrogenen zu sein.

Das Wort von der „objektiven Unmöglichkeit", die letzten Forderungen der Feinde zu erfüllen, darf nicht nur nüchtern sein, sondern muß auch den Unterton von Trotz besitzen, der sich gegen die seelische und sachliche Vergewaltigung wehrt, die deutsches Schicksal werden und bleiben soll.

Digitized by Google

Unsere ideenpolitische Zukunft

Von Dr. Paul Rohrbach

Seit bald zwei Jahren werde ich brieflich und persönlich gefragt: Wann erscheint wieder eine Ausgabe vom „Deutschen Gedanken"? Jetzt habe ich sie endlich vollenden können;*) an vielen Stellen trauernd, an keiner mutlos in bezug auf unsere Zukunft. Die folgenden Gedanken — ausführlicher gestaltet — bilden den ideenpolitischen Kern des Schlußkapitels. Sie mögen statt einer Selbstanzeige dienen.

Alle Arbeit am deutschen Wiederaufstieg bleibt vergeblich, wenn sie in Lebensfragen der Nation mit Verzichten beginnt. Außerhalb des Nationalen sind wir nicht nur selber kraftlos, sondern stehen auch menschheitlich, ja überhaupt ideenpolitisch, im Leeren. Keine Bildung, keine Art von geistigem Leben kann gesund und triebkräftig sein, wenn sie nicht in dem fruchtbaren Urelement des Nationalgefühls wurzelt. Zum Nationalgefühl gehört das Bewußtsein des nationalen Rechts. Für uns heute gibt es dabei grundsätzliche Rechts- und praktische Herstellungsfragen. Weder hier noch dort darf die Rede sein von einem Sichbescheiden, Entsagen, Vergessen. Das bedeutet weder Revanchepredigt noch Weigerung, aus begangenen Fehlern zu lernen. Wohl aber bedeutet es, daß wir zuerst und mit aller Kraft aus der Neubildung unseres nationalen Selbstbewußtseins die Behauptung der Feinde hinausweisen müssen, wir wären schuldiger als sie am Ausbruch und an der Führung des Krieges. Wer dem als Deutscher zustimmt, beschmutzt sein Nest und ist ein Auswurf seines Volkes.

Was Recht ist, muß wieder Recht, was deutsch war, muß wieder deutsch werden! Menschen können wieder geboren, Vermögen kann wieder erworben, Schiffe können wieder gebaut werden — aber das alles nur von einem Volk, dem die Grundlagen der Lebensmöglichkeit nicht geraubt sind. Bei uns ist das durch den Zwangsfrieden geschehen. Genommen ist uns ein Stück vom Heiligsten auf Erden, vom Boden des Vaterlandes; genommen sind uns die Kolonien; genommen ist uns die Freiheit, uns mit unseren deutschen Brüdern in Österreich zu vereinigen. Wir sind nicht so töricht zu glauben, daß ein verlorener Krieg ohne harte Folgen bleiben könne. Wir wissen auch, daß wir selber nicht ohne Schuld daran sind, daß er schließlich verloren ging. Keineswegs aber wird dadurch unser Recht auf Wiederherstellung des nationalen Daseins ausgelöscht. Kein Deutscher darf atmen, kein deutsches Kind darf aufwachsen, ohne daß ihm täglich vor Augen steht: Alles, was deutsches Volk heißt und deutscher Boden ist, gehört zusammen, und weder vor Gott noch vor den Menschen gibt es eine verpflichtende

*) Verlag von Karl Langewiesche, Leipzig. 151.—192. Tausend. 3,60 Mk. 206 Seiten.

Digitized by Google

Bindung an nackte Gewalt, Unmenschlichkeit und Wortbruch. Von allen feindlichen Kriegsmitteln waren diejenigen am erfolgreichsten überlegt, die darauf abzielten, uns moralisch zu isolieren. Daß aber das Gewissen der Feinde in diesem Punkte nicht rein ist, zeigt sich an ihrer fortdauernden Weigerung, über Ursprung und Führung des Krieges eine unparteiisch untersuchende Instanz urteilen zu lassen! Darin, unermüdlich die Welt an diesen moralisch entscheidenden Beweis der Angst vor der Wahrheit zu erinnern, liegt noch auf lange eine besondere verantwortungsvolle Aufgabe jeder deutschen Regierung, jedes deutschen Volksvertreters, Politikers, Publizisten. Erweisen sich diese Kräfte als unfähig hierin, so haben sie keinen Anspruch, als Vertreter und Führer des deutschen Volkes zu gelten.

Drei Voraussetzungen gehören dazu, daß Deutschland fortdauernd unterdrückt werden kann. Die erste und oberste ist, daß die Völker beim Glauben bleiben, das deutsche Volk leide nur nach Verdienst. Die zweite ist, daß sich die einheitliche Konstellation der feindlichen Interessen uns gegenüber erhält. Die dritte ist, daß den verbündeten Feinden Deutschlands nicht nur die äußere Weltlage, sondern auch ihre eigenen inneren Verhältnisse es erlauben, ihre Völker jeder Zeit von neuem gegen uns unter die Waffen zu rufen. Die Schuldfrage steht an der Spitze. Nur solange in der Welt der Glaube an unsere alleinige oder überwiegende Schuld besteht, wird es möglich sein, um des „Verurteilungs"-Friedens willen die Zwangsvollstreckung gegen Deutschland zu behalten. Allgemeine politische Zustandsänderungen können uns, wenn sie eintreten, ohne Zweifel dazu helfen, daß unsere Lage leichter wird. Sehr wahrscheinlich werden in absehbarer Zeit solche Möglichkeiten erscheinen. Wenn sie uns aber spürbar und dauernd Nutzen bringen sollen, so muß uns gegenüber die Welt vorher innerlich umlernen. Das wird sie tun, wenn wir ideenpolitisch richtig verfahren. Entscheidend dafür ist, ob wir es verstehen, das falsche Welturteil über die Verantwortung für Krieg und Kriegführung zu erschüttern.

Angenommen nun, wir hätten dies erste Gebot der politischen Vernunft erfüllt, und die gerechte Urteilsfindung in Sachen des Weltkrieges erzwungen. Wäre damit unsere nationale Wiederherstellung schon entschieden, der deutsche Weltgedanke gerettet? Keineswegs! Auch das genügt noch nicht, daß die Welt dazu gebracht wird, Licht und Schatten in der Kriegsfrage moralisch richtig zu verteilen und ihre Augen für den Egoismus, die Unaufrichtigkeit und Brutalität der Entente zu öffnen. Nach alledem kommt für uns erst die entscheidende Hauptsache: Deutschland muß seinen Menschheitsberuf erfüllen! Welches ist dieser Beruf? Ein Problem von überragender Größe beherrscht heute die Menschheit. Es heißt: Wie schaffen wir soziale Gerechtigkeit? Das Volk, von dem zur Lösung dieser Menschheitsaufgabe der

Digitized by Google

entscheidende Anstoß ausgeht, wird ein Erlöser heißen. Unser deutsches Volk kann das werden; trotz seiner Niederlage ist es besser dazu imstande, als andere, denn es braucht sich nur auf seine eigenste Natur zu besinnen und auf die Arbeit, die es früher schon für die Menschheit geleistet hat.

Wollen wir die Berufung, die heute an uns ergeht, nach ihrem Wesen erkennen, so müssen uns ihr moralischer und ihr geschichtlicher Charakter zugleich deutlich sein. Alle höhere Kultur beruht auf sozialen Unterschieden und auf Arbeitsteilung. Gleichheit des Lebens und der Arbeit ist nur in primitivem Zustande möglich. Im Unterschied zur Gegenwart war alle frühere Kultur, gleichviel wie sie es unternahm, die sozialen Probleme zu lösen, durch die Unvollkommenheit ihrer Mittel bedingt, den Raum frei zu überwinden. Die Schwierigkeiten des Verkehrs hinderten die großindustrielle Entwicklung, hielten die Zahl der Menschen gering und die sozialen Spannungen erträglich. Wer geboren wurde, kam zu seiner Nahrung, und der Rest von Armut und Hilflosigkeit, der in die alten Lebensformen nicht mit aufging, konnte durch die Karitas, das religiöse Almosen, die Stiftungen und Spitäler zur Not beglichen werden. Jetzt aber kam das Maschinenzeitalter und schuf eine wachsende Menge, *eine neue Menschenklasse*, die mit ihrer Existenz den Wechselfällen eines großen, aber unsicheren Waren- und Arbeitsmarktes ausgesetzt war, wie es ihn früher nicht gegeben hatte. Hiervon mußten neue Probleme und Krisen kommen, materielle und moralische, die die Menschheit erschütterten. Zu den bestimmenden Merkmalen der neuen Klasse gehörten Schwanken und Dürftigkeit der Existenz. Jede Krisis auf dem Absatzmarkt brachte dem Tod seine Ernte, jeder Aufschwung ließ mehr Kinder bis zum proletarischen Arbeitsalter (und wie niedrig war das oft!) heranwachsen. Darin bestand ein Unterschied zwischen dem Proletariat der Neuzeit und dem antiken Sklaventum, daß dieses ausstarb, weil der Trieb zur Fortpflanzung durch das Sklavenlos unterdrückt wurde und nach der Herstellung des dreihundertjährigen Weltfriedens im römischen Reich keine Kriegsgefangenen mehr gemacht wurden; das Proletariat aber sich vermehrte, weil sein Leben einen Schein von Freiheit bot.

Vor diesem Bilde der Ungerechtigkeit und Trostlosigkeit mußte das kirchlich-religiöse Schema der „gottgewollten" Berufs- und Klassenordnung und Güterverteilung auf Erden versagen. Im Grunde war es immer eine Ungeheuerlichkeit, religiös wie moralisch, und es wurde unerträglich, als der Widerspruch zwischen dem Prinzip der Nächstenliebe und dem wirklichen Dasein des Nächsten in der Gestalt des proletarischen vierten Standes schlechthin schreiend sich gestaltete. Nichts war daher natürlicher, als die vollständige und feindselige Ablehnung aller Ansprüche auf religiös-moralische Autorität, die von der Kirche nach wie vor auch dem Proletariat gegenüber erhoben wurden.

Digitized by Google

Das verderbliche Übel des modernen Industrialismus bestand nicht nur darin, daß ein wachsender Teil der Menschheit auf eine unsichere und dürftige, im ganzen hoffnungslose Daseinsgrundlage zu stehen kam, sondern auch darin, daß seine Arbeit entseelt, entpersönlicht wurde. Der Arbeiter schuf nichts Ganzes mehr, sah kein Werk unter seinen Händen entstehen, sondern hatte nur mechanische, atomisierte, bis zur Unendlichkeit wiederholte Einzelhandgriffe vorzunehmen. Dazu kam die Massenanhäufung der Arbeiter in den Fabriken und Industriestädten unter äußerlich und innerlich so ungesunden Bedingungen, daß auch abgesehen von der Entseelung der Arbeit selbst, kein Keim gesunder Kultur gepflanzt werden konnte. Auch wenn es gelang, den proletarischen Arbeiter in bezug auf seine äußere Lebenslage zu heben, so blieb die seelische Verwüstung innerhalb dieses Teils der Menschheit doch dieselbe. Bei jeder menschlichen Arbeit muß es möglich sein, Persönlichkeit und Werk miteinander zu verbinden, selbst wenn die Mehrheit der Arbeitenden kein Bedürfnis empfinden sollte, über das mechanische Verständnis der Tätigkeit hinauszugelangen. Auf das Prinzip kommt es an; der Mensch darf nie zum Werkzeug schlechthin werden. Hier trifft das Kantsche Wort ins Zentrum: „Jeder Mensch ist als absoluter Selbstzweck zu achten, es ist ein Verbrechen an seiner Menschenwürde, ihn als bloßes Mittel zu ihm fremden Zwecken zu verbrauchen." Eben das tat der Industrialismus.

Gegen dieses Menschheitsübel helfen nicht bloße organisatorische Mittel, sondern es bedarf vorher einer bis zur Tiefe gehenden Revolutionierung der Gesinnung. Hier wird der große Optimismus unseres Willens angerufen: Hingabe an ein ideales Daseinsziel der Seele und der Menschheit. Schiller schrieb vor seinem Tode an Wilhelm von Humboldt, sie würden beide sich über die Nachrede schämen: „daß die Dinge uns formten und nicht wir die Dinge". Das ist die Urformel der antimaterialistischen, religiösen Weltanschauung. Diese allein ist stark genug, die Grundlagen unseres sozialen und arbeitenden Daseins zu wandeln. Eine bloße „Sozialreform" rührt nicht an die moralische Wurzel der Probleme, die durch den Industrialismus geschaffen sind. Sie mildert die Erscheinungen, bahnt aber keinen breiten Weg für das Prinzip der sozial-sittlichen Gerechtigkeit. Wir Deutsche waren weit in der Sozialreform, aber die bestimmenden Kräfte der Reform erkannten nicht, daß im modernen Industrialismus das seelische Problem dem materiellen voranstand. Wären die Befreiung des Sozialismus vom Materialismus und die Ethik als oberstes Sozialprinzip leuchtend auf unsere Fahne geschrieben worden, so hätten wir vor dem Weltkrieg gehabt, was die Feinde zu haben behaupteten: eine menschheitlich ideale Begründung des nationalen Gedankens und damit die eindrucksvolle Rechtfertigung für das Streben nach nationalem Einfluß in der Welt.

Was wir spät erkannt haben, braucht aber noch nicht zu spät zu sein. Es darf

Digitized by Google

für uns kein Erschrecken vor irgend welchen sozialen Gedanken geben, sobald wir erkennen, daß sie in der Linie der Niederwerfung des Materialismus und der Erhebung des sozial-ethischen Prinzips liegen. Die soziale Frage ist heute die Menschheitsfrage. Deshalb muß alles auf den Kampf für die sittliche Idee und für den Persönlichkeitswert gestellt werden. Uns hat das Schicksal durch den Weltkrieg in die schärfste Schule genommen. Dadurch aber hilft es uns zu dem Entschluß, ein neues ethisches Zeitalter zu begründen, indem wir an die Arbeit anknüpfen, die unsere Vorfahren und die wir selbst zu seiner Vorbereitung schon geleistet haben. Wir dürfen diese Arbeit auch darum für uns in Anspruch nehmen, weil die uns feindlichen Nationen, nachdem in ihrem Namen gegen alle Versprechungen und alle Menschlichkeit ein solches Maß von Untreue, Unrecht und Gewalt auf ein überwältigtes Volk gehäuft worden ist, nicht mehr die Führer zur moralischen Weltgesundung werden können!

Für die Wiedererhöhung des deutschen Gedankens in der Welt hat man die Formel geprägt: Gelangen die Deutschen früher als die anderen dahin, daß es keine Arbeitgeber und keine Arbeitnehmer mehr bei ihnen gibt, so haben sie den Krieg trotz allem gewonnen! Dieser Satz bedeutet nicht, daß Führung und Initiative aus unserem Wirtschaftsleben verschwinden sollten oder könnten. Volkswirtschaft, Weltwirtschaft kann man nicht bürokratisieren. Schaffenstrieb muß bleiben, Gewinn muß bleiben, Wille zu höherer Lebensform, höheres Entgelt für höhere Leistung müssen bleiben. Nur Geburt in einer benachteiligten Klasse darf es nicht mehr geben!

Noch in einem muß Deutschland in der Welt vorangehen: in der Befreiung des Bodens vom Recht einer leblosen Sache und in seiner Verwandlung in eine Quelle sozialen, d. h. moralischen Wohlseins. Nichts macht den Menschen so gesund, wie die feste Beziehung zum Boden, körperlich und geistig. Zumal für den deutschen Menschen gilt das. Jede Familie unserer Industriearbeiterschaft muß so viel Land haben können, wie nötig ist, um diese gesundmachende Wirkung zu schaffen. Das ist die eine Absicht; die andere ist die verbesserte Sicherung des Daseins. Wenn wir den Achtstundentag behalten, so kann eine Familie so viel Land bearbeiten, daß sie das meiste von ihrer Nahrung davon hat. Man wird nicht schematisieren; der möchte ein Gärtchen haben, der ein Feld. Der eine möchte schnitzen, der andere graben, der dritte Tiere züchten. Eigenes Heim und eigener Grund bringen gesunden Sinn und aufrechte Menschen. Sie vertreiben den Kümmergeist und die hemmungslose Schwäche gegen die ungesunden Sensationen entwurzelten Lebens. Deutschland hat mehr als genug Land, um jeden Volksgenossen, der die Arbeit leisten kann und mag, mit so viel Boden auszustatten, wie er außerhalb seiner gebundenen Arbeitszeit mit den Seinen zu bestellen

Digitized by Google

fähig ist. Dem Segen, der hiervon kommen wird, stellt sich nur entgegen, daß ein Teil unserer Industrie in Millionenstädten sitzt, in denen die Hälfte der Bevölkerung Arbeiter sind. Daß die Industrie räumlich dezentralisiert werden muß, wird aber schon lange von denen gefordert, denen die soziale Gesundung am Herzen liegt. Man muß die Kraftquellen, die Wasserstraßen, das Kleinverkehrsnetz nach sozialen Gesichtspunkten einrichten. Wir können unsere Industriestädte nicht auf einmal niederreißen, aber wir können in unsere Fortentwicklung neue Gedanken einführen, von denen gesunde, moralisch erobernde Kraft ausgeht. Auch hier steht der ethische Wille voran, der sich nicht zuerst auf das Vorteilhafte richtet und auf das Nützliche, sondern zuerst auf das Menschliche und Gute. Was nützlich und vorteilhaft ist, kommt darnach von selber.

Alle diese Dinge können wir in Deutschland mit etwas Mut und Einsicht machen. Nicht machen können es die Leute, deren Denken nur um die materielle Produktion und Verteilung von Gütern kreist. Hoffnungslos ist auch die Art, bei der kein nationaler Wille mit heller Flamme brennt. Untauglich zum dritten sind diejenigen, denen sittliche Menschheitsfragen den Geist nicht beschweren. Nationales und sittliches Urteil müssen in dem Gefühl zusammentreffen, daß es keine heißer zu ergreifende Aufgabe für uns gibt, als wieder Weltvolk zu werden. Das ist nicht nur Ziel für uns selber, sondern unser erneuter Aufstieg aus moralischer Kraft ist nötig, um zu helfen, daß eine ganze Welt von dem Unrecht und der Heuchelei befreit wird, die der Eigendünkel, die Rachsucht und die Geschäftsgier der Entente im Namen von Recht und Menschlichkeit über Land und Meer ausgeschüttet haben.

Pohl und Tirpitz

Von Dr. Friedrich Thimme.

Als Admiral Hugo von Pohl, der im Kriege nach anfänglicher Wirksamkeit als Chef des Admiralstabes fast ein Jahr die Hochseestreitkräfte als Flottenchef geführt hatte, am 23. Februar 1916 nach schwerem Leiden starb, widmete ihm Großadmiral von Tirpitz in seiner Eigenschaft als Staatssekretär des Reichsmarineamts einen Nachruf, in dem es heißt: „Seine vorbildliche Pflichttreue, nie erlahmende Arbeitsfreudigkeit, vornehme Gesinnung und edlen Charaktereigenschaften sichern dem Verstorbenen ein treues Andenken bei allen, die mit oder unter ihm gearbeitet haben." In seinen Erinnerungen aber hat Großadmiral von Tirpitz sein Möglichstes getan, um den Toten dieses treuen Andenkens zu berauben und den Wehrlosen der Geringschätzung und dem Zorn der Nachwelt preiszugeben. Neben dem Kaiser, neben Bethmann Hollweg, neben dem Chef des Marinekabinetts, Admiral von Müller, und dem ersten Flottenchef im Kriege, Admiral von Ingenohl, ist Admiral von Pohl diejenige Persönlichkeit, über die

Digitized by Google

Tirpitz die ganze hochgefüllte Schale seiner zornigen Anklagen, Vorwürfe und Unterstellungen ausgießt. Nach Tirpitz wäre es vor allem Pohl gewesen, der mit dem Kabinettschef von Müller den ganzen Seefeldzug verpfuscht, und der, beeinflußt von Bethmann Hollweg, erst den Flottenchef von Ingenohl von jeder aktiven und offensiven Seestrategie zurückgehalten hätte, um dann, als er selbst an dessen Stelle getreten war, ihn in „Nichtstun und Passivität" noch zu übertrumpfen, und der es dabei verstanden hätte, sich durch womöglich hinterrücks erschlichene kaiserliche Befehle zu decken. Speziell macht Tirpitz es dem „dem Kaiser untertänigen" Admiral von Pohl zum schweren Vorwurf, die Ursache der Inaktivität der Flotte auf die Typenfragen der Schiffe und auf die Technik abgeschoben zu haben, „weil dahinter der Kaiser stehen würde". Tirpitz stellt Pohl geradezu als Verhängnis der Flotte hin. „Pohl ist fürchterlich," bemerkt er einmal, „keine Spur von Ader ist in dem Menschen. Wenn der liebe Herrgott nicht der Marine hilft, so sieht es schlimm aus."

Gegen einen Teil der Tirpitzschen Vorwürfe hat schon Admiral von Müller in Nr. 47 der „Deutschen Politik" Pohl in Schutz genommen. Mit Nachdruck betont der ehemalige Kabinettschef, der hier gewiß als ein klassischer Zeuge angesprochen werden darf, daß Pohl bei seinen Vorträgen im kaiserlichen Hauptquartier stets für die notwendige Aktionsfreiheit des Flottenchefs eingetreten sei, daß er selbstverständlich diese auch in der Zeit des eigenen Kommandos in Anspruch genommen und keineswegs jedes, sondern nur ein „unnützes und hoffnungsloses" Einsetzen der Flotte abgelehnt habe.

Nun kommt auch Admiral von Pohl selbst zu Wort. Die Gemahlin des Admirals, Frau Ella von Pohl, hat, um die Angriffe des Großadmirals von Tirpitz auf ihren Mann zu parieren, aus seinen Aufzeichnungen und Briefen ein Buch zusammengestellt, das nicht nur geeignet ist, das von Tirpitz verzerrte und entstellte „treue Andenken" an den Admiral in voller Reinheit und Wahrhaftigkeit wiederherzustellen, sondern das darüber hinaus ein höchst wertvoller Beitrag zur Geschichte unserer Marine im Kriege und zur genauen Kenntnis der in ihr führenden Persönlichkeiten, nicht zuletzt des Großadmirals von Tirpitz selbst ist. Jetzt erst erkennt man klar, in welchem Umfang Tirpitz' „Erinnerungen" Wahrheit und Dichtung, richtiger gesagt Dichtung und Wahrheit sind. Da die Aufzeichnungen und Briefe Pohls zeitlich mit den „Kriegsbriefen" Tirpitz zusammenfallen, oft von denselben Tagen datiert sind und die gleichen Vorgänge betreffen, so stellen sie ein ganz ausgezeichnetes Kontrollmaterial dar, das jeder Historiker und Politiker höchlich willkommen heißen muß.

Die Leser der „Deutschen Politik" kennen aus den Erörterungen der Admirale von Müller und Bachmann die Probleme, um die es sich bei dem Streit zwischen dem Großadmiral von Tirpitz und seinen Widersachern handelt. Es ist einmal

Digitized by Google

das Problem einer Obersten Seekriegsleitung, für die Tirpitz selbst prädestiniert zu sein glaubte, es ist weiter das Problem des Einsetzens oder Nicht-Einsetzens der Flotte, und es ist schließlich die damit in engem Zusammenhang stehende Typenfrage der Schiffe.

Von dem Problem einer Obersten Seekriegsleitung ist in dem Pohlschen Buche mit keinem Wort die Rede. Man wird darin nur eine Bestätigung der Angabe Admiral von Müllers sehen können, daß Tirpitz, mindestens solange Pohl als Admiralstabschef im kaiserlichen Hauptquartier weilte, in Wirklichkeit gar nicht die Forderung nach der Einrichtung eines Oberkommandos der Marine erhoben hat. Niemals hat Tirpitz bei den maßgebenden Stellen, und dazu gehörte doch auch der Admiralstabschef, mit Klarheit und Entschiedenheit sein Verlangen nach dem Oberbefehl der Marine ausgesprochen. Hinter dem Rücken Müllers und Pohls freilich hat Tirpitz, dessen lose und indiskrete Zunge der Schrecken des ganzen Hauptquartiers war, alles Ungemach der Marine auf den einen Punkt zurückzuführen geliebt, daß nicht er zum Oberbefehlshaber der Marine ernannt sei. Im Ernstfalle würde Tirpitz zweifellos den Oberbefehl gerade so gut abgelehnt haben, wie er Ende 1911 es von sich gewiesen hat, der Nachfolger Herrn von Bethmann Hollwegs zu werden. Daß das keine leere Mutmaßung ist, dafür mag folgendes Geschichtchen, das vollkommen verbürgt ist, zeugen. Im Herbst 1914 trug Tirpitz seine Schmerzen über die mangelnde Einheitlichkeit der Seekriegführung einmal einer einflußreichen Persönlichkeit aus der nächsten Umgebung des Kaisers vor. Als diese darauf den Vorschlag machte, bei dem Kaiser die Ernennung Tirpitz' zum Oberbefehlshaber der Marine zu befürworten, da lehnte der Großadmiral mit allen Zeichen des Schreckens ab: „Um Gottes willen, nur das nicht!"

Das erinnert lebhaft an die kürzlich bekanntgewordene Äußerung Tirpitz' zu dem Oberhofmarschall von Reischach aus dem August 1914: „Um Gottes willen, die Flotte nicht einsetzen!" Eine Äußerung, die beweist, daß es dem Großadmiral auch um die Herbeiführung einer Seeschlacht, der nach den „Erinnerungen" sein ganzes Streben gegolten hätte, nicht immer Ernst gewesen ist. Neue Belege nach dieser Richtung erbringt das Pohlsche Buch in reicher Fülle. So heißt es in den Aufzeichnungen zum 16. September 1914:

„Ich gehe zu Tirpitz und höre hier das alte Lied von der Notwendigkeit einer Schlacht, die für uns immer ungünstiger wird, je weiter die Zeit fortschreitet. Schließlich frage ich ihn bestimmt, ob ich nun Seiner Majestät melden könnte, daß er für Herbeiführung einer solchen wäre. Ich setzte nochmals auseinander, daß es meines Erachtens ein ungeheurer Fehler wäre, wenn wir unsere Flotte einsetzen würden, denn dann hätte England unter allen Umständen noch so viel schwimmende Streitkräfte, um die Nordsee zu beherrschen und uns zur See ganz lahmzulegen. Jetzt genügt das Vorhandensein der Flotte, um die Engländer fern von unsern Küsten zu halten.

Exzellenz v. Tirpitz sagte, er möchte sich dies nochmals überlegen und bat mich, den Vortrag bei Sr. M. heute noch nicht zu halten. Ich sagte ihm zu, daß ich es dann erst

Digitized by Google

morgen tun würde. Meines Erachtens müßte er sich doch über diese Fragen im klaren sein."

Und das Resultat der Überlegung? Ein eingehendes Schreiben, das Tirpitz unmittelbar nach dieser Unterredung an Pohl richtete — es ist auszugsweise bereits in Tirpitz' „Erinnerungen" mitgeteilt — ergibt, daß der Großadmiral sich wirklich nicht im klaren über die alles beherrschende Frage: Einsetzen oder Nicht-Einsetzen der Flotte befand. Ausdrücklich bekennt Tirpitz, dem in der voraufgehenden Unterredung mit Pohl die Seeschlacht gar nicht rasch genug herbeigeführt werden konnte, daß mit der Schlacht noch gewartet werden müsse, bis die Türkei definitiv losgeschlagen habe, und bis die Hauptentscheidung im Westen gefallen sei. Ja, Tirpitz will nicht einmal etwas von dem eben damals geplanten Vorstoß der großen Schlachtkreuzer gegen die angenommene feindliche Blockadelinie bei Lindesnaes wissen, obwohl dieser Expedition der Gedanke zugrunde lag, daß die Kreuzer einen Teil der englischen Flotte auf sich ziehen und so der deutschen Flotte eine günstige Gelegenheit zur Seeschlacht bieten sollten. Hält man damit zusammen, daß Tirpitz am 19. August in einer Unterredung mit Bethmann Hollweg, Jagow und Pohl von sich aus zugestand, daß ein Schlagen der englischen Flotte erst dann möglich sei, wenn sie in die Nähe unserer Küste käme (S. 19), daß er am 21. August selbst dem General von Claer die Gründe für die Zurückhaltung der Flotte entwickelte und sich sehr erfreut zeigte, damit bei dem „sehr vernünftigen Claer" volle Zustimmung zu finden (S. 22), daß der Großadmiral auch dem Kaiser gegenüber, wie auf Grund kaiserlicher Äußerungen neben Admiral von Müller nun auch Pohl (S. 66) bestätigt, die Notwendigkeit der Aufsparung der Flotte betont hat, daß Tirpitz endlich am 8. Oktober an seine Frau geschrieben hat: „Ich will auch zur Zeit nicht, daß unsere Flotte nach England geht, und wir dort schlagen," so erhellt, daß der Staatssekretär des Reichsmarineamts mindestens in den ersten Monaten des Krieges selber in der Hauptfrage: Schlagen oder Nicht-Schlagen? wie ein Rohr hin- und hergeschwankt hat, und daß er nicht entfernt der Mann der Klarheit, der Voraussicht und der ehernen Konsequenz, kurz der große Mann war, als den er sich in seinen „Erinnerungen" gibt. Bezeichnend ist auch, daß Tirpitz so wenig dem Admiralstabschef v. Pohl, wie dem Kabinettschef v. Müller eine positive Antwort zu geben gewußt hat, wenn diese ihn wieder und wieder vor die Frage gestellt haben, wie er sich denn, falls die Engländer nicht herauskämen, die Herbeiführung einer Schlacht denke. Ebensowenig hat Tirpitz etwas zu erwidern gewußt, wenn ihn Pohl — häufig genug — auf die große Sünde der vom Admiralstab auch vor dem Kriege schon leidenschaftlich bekämpften früheren Marinebaupolitik, die Unterlegenheit der deutschen kleinen Kreuzer und der Torpedoboote, wohlgemerkt nur dieser, gegenüber dem englischen Material hinwies. Daß Pohl je schlechthin von der Minderwertigkeit der deutschen Schiffe

Digitized by Google

gesprochen habe, um die Untätigkeit der Flotte zu rechtfertigen, ist eine ganz haltlose Unterstellung Tirpitz'. Im Gegenteil hat Pohl in seinen Briefen an den Flottenchef von Ingenohl, den er nach Tirpitz immer nur zu bremsen versucht hätte, sich in Ausdrücken hohen Vertrauens auf die Überlegenheit der deutschen Flotte geäußert: „Ich habe Vertrauen zu unseren Sprenggranaten, der stärkeren Torpedowirkung und der größeren Schwimmfähigkeit der Schiffe, und so möchte ich Ihnen herzlich wünschen, daß Sie Gelegenheit finden, sie an einem Gegner zu erproben, der nicht von vornherein zu stark überlegen ist" (S. 60)! Pohl erklärt es, sich in die Gedankengänge Tirpitz' hineinversetzend, sogar für möglich, daß, wenn man sich entschlossen hätte, bei Beginn des Krieges, fern von unserer Küste, unter ungünstigen Bedingungen, den Engländern die Schlacht aufzuzwingen, „unsere besser gepanzerten Schiffe mit überlegener Artillerie (Panzersprenggranaten) und besseren, wirkungsvolleren Torpedos und größerer Schwimmsicherheit einen großen Erfolg überraschend über die Schiffe der englischen ersten Flotte errungen haben würden." Aber, setzt Pohl mit Recht hinzu, „ebensogut wäre eine entscheidende Niederlage möglich gewesen, die uns fern von den eigenen Küsten vielleicht die ganze Flotte gekostet haben würde. Die Folgen wären für unsere Marine sehr traurige gewesen."

Hier haben wir den ganzen Unterschied zwischen Tirpitz und Pohl. Der Admiralstabschef, eine eminent sachliche, alle Faktoren nach ihrem wirklichen Wert abschätzende, sich nie Illusionen hingebende Natur, hält sich stets vor Augen, was eine Niederlage zur See für Folgen nach sich ziehen müsse. Tirpitz dagegen mit seiner „Theorie des Herausgehens und Schlagens", und seinem Draufgängertum, das er in leitender Stellung kaum betätigt haben würde, hat sich die Folgen einer Niederlage überhaupt nicht klargemacht. Einen drastischen Beweis dafür liefert der Großadmiral noch in seinen eigenen „Erinnerungen". Dort heißt es einmal (S. 268): „Selbst eine für uns unglückliche Seeschlacht hätte unsere Aussichten nicht wesentlich verschlechtert. Es war mit Sicherheit anzunehmen, daß die Engländer ebensoviel verloren wie wir." Indes schon im nächsten Kapitel (S. 301) wird uns die entgegengesetzte Auffassung serviert: „Man stelle sich vor, unsere Flotte wäre vollständig geschlagen worden; welche Folgen hätte das alsbald für unsere wirtschaftliche und militärische Lage gehabt. Mit eingedrückter, ja auch nur stark bedrohter Nordfront hätten wir unsere Ost- und Westfront nicht halten können." Wenn aber somit nach Tirpitz' eigener Auffassung eine Niederlage zur See das Schicksal des ganzen Krieges verhängnisvoll zu beeinflussen drohte, so konnte daraus logisch doch nur die Folgerung gezogen werden, daß man mindestens bis zur Erringung entscheidender militärischer Erfolge die Flotte nicht ohne halbwegs sichere Chancen aufs Spiel setzen durfte. Eben deshalb sind auch die zu Beginn des Krieges maßgebenden Heerführer — Pohl führt neben dem Generalstabschef von Moltke und dem Kriegsminister

Digitized by Google

von Falkenhayn auch den Kronprinzen an — durchaus und ganz entschieden für die Zurückhaltung der Flotte gewesen. Ja, auch das Gros der höheren Marineoffiziere hat sich nicht etwa auf die Seite Tirpitz', sondern auf die Seite Pohls gestellt. Immer wieder kann Pohl in seine Aufzeichnungen eintragen, daß sämtliche Offiziere seines Stabes, später seine Geschwaderchefs, überhaupt alle markanten Persönlichkeiten in der Marine — er nennt unter anderen die Admiräle Scheer, der dann die Seeschlacht vor dem Skagerrak gewann und gewiß ein Mann von der höchsten Tatkraft war, Lans und selbst Bachmann, der sonst in vielen Stücken zu Tirpitz hielt —, seine Auffassungen sowohl in der Frage der Zurückhaltung der Flotte, als in der Typenfrage teilten, während in Tirpitz' Kriegsbriefen wiederholt die elegische Klage anklingt, daß er unter den Älteren ganz allein dastehe.

Selbstverständlich hat keiner von all' diesen Männern, und am wenigsten Pohl selbst je auf dem Standpunkt gestanden, daß die Flotte überhaupt nicht, auch nicht unter günstigen Umständen eingesetzt werden dürfe. Vielmehr hat schon der erste, von Pohl ausgehende Operationsplan der Marine ein Schlagen bei guten Chancen vorgesehen. An diesem Standpunkt hat Pohl unerschütterlich festgehalten, auch gegenüber dem Kaiser und Bethmann Hollweg, die beide die Flotte unter allen Umständen bis zum Friedensschluß erhalten wissen wollten. Mit Bethmann Hollweg hat sich Pohl verschiedentlich zu Beginn des Krieges darüber auseinandergesetzt, stets in dem Sinne, daß günstige Situationen ausgenützt werden müßten, und daß die Flotte nicht zurückgehalten werden könne, wenn sich solche böten. „Ich bleibe dabei," so schließt Pohl am 31. August 1914 seine Aufzeichnung über ein Gespräch mit dem Kanzler, „daß der von vornherein gegebene Operationsplan der richtige ist und beibehalten werden muß. Die Flotte muß sich bereithalten, sich trotz aller politischen Rücksichten voll einzusetzen, wenn die Möglichkeit eines Erfolges vorliegt."

In Wirklichkeit ist kaum einer der zahlreichen, von Tirpitz gegen Pohl erhobenen Vorwürfe so ungerecht, wie der, daß er sich von Bethmann Hollweg habe einwickeln lassen. Von dem vom Kanzler im Anfang des Krieges vertretenen Gedanken einer schonenden Kriegführung gegen England hat Pohl a priori nichts wissen wollen; als jener ihn dafür gewinnen wollte, erklärte er resolut heraus: „Solange der Kriegszustand besteht, habe ich nur daran zu denken, die Waffe zu gebrauchen, die mir in die Hand gegeben ist." Pohl hat sich auch mit Händen und Füßen energisch gesträubt, als die Reichsleitung sich durch das Verhalten Amerikas veranlaßt sah, die Kriegsgebietserklärung vom 4. Februar 1915, die das eigenste, nicht ganz glückliche Werk Pohls war, zu durchlöchern. Das Zurückweichen vor der amerikanischen Drohung empfand Pohl geradezu als Schmach; er hat, als der U-Bootkrieg durch die befohlenen Einschränkungen praktisch nahezu unmöglich gemacht wurde, anfang September 1915 sogar sein

Digitized by Google

Abschiedsgesuch in die Wagschale geworfen, freilich ohne Erfolg. Und völlig selbstverständlich war es Pohl, daß wir nur einen Frieden schließen dürften, in dem wir dem Gegner unseren Willen aufzwängen, denn sonst sei Deutschland verloren und zahle mit seinem Herzblut. (S. 82.) „Jetzt nur nicht vorzeitig Frieden schließen, so sehr wir ihn auch ersehnen! Ich muß auch vorher noch mit der Flotte zur Aktion kommen. So stillschweigend darf ich aus dem Kriege nicht herauskommen." (4. April 1915, S. 122). Man sieht, wie weit Pohl davon entfernt war, eine Kreatur Bethmann Hollwegs zu sein.

Nicht minder abwegig ist jener andere von Tirpitz gegen Pohl erhobene Vorwurf, daß er hinter dem Kaiser Deckung wegen seines Nichtstuns und seiner Passivität gesucht habe. Von „Untertänigkeit" kann bei der geraden, selbständigen und sachlichen Natur Pohls gar keine Rede sein. Das zeigt sich mit besonderer Deutlichkeit schon in der Frage der dem Flottenchef einzuräumenden Aktionsfreiheit, in der Pohl keineswegs die Auffassung des Kaisers zu der seinigen gemacht hat. Als Wilhelm II. nach dem unglücklichen Ausgang des Kreuzergefechts vom 28. August 1914 seine Willensmeinung in die Worte zusammenfaßte: „Die Flotte ist zu sicher geworden durch die Untätigkeit der Engländer, die das Wetter gut benutzt haben. Solche Überraschungen dürfen nicht wieder vorkommen," da bat Pohl den Kaiser, diesen Befehl nicht an den Flottenchef weitergeben zu müssen, um nicht die Initiative der Flotte zu beeinträchtigen. Auch von einem in gleichem Zusammenhang ergangenen Befehl, daß der Flottenchef nur auf ausdrückliche Weisung des Kaisers zu entscheidendem Kampfe vorgehen dürfe, hat Pohl diesen, während Tirpitz' Vorstellungen vergeblich blieben, abzubringen gewußt. „Ich halte es," schrieb Pohl damals in sein Tagebuch, „für einen Fehler von schwerwiegendster Bedeutung, den Flottenchef in seinen Entschlüssen noch weiter einzuschränken. Dadurch muß jede Initiative getötet und die Kampffreudigkeit der Flotte geschädigt werden." Es tritt hier zu Tage, wie recht Admiral von Müller, dessen Ausführungen in dem Pohlschen Buche überhaupt durchweg eine eklatante Bestätigung finden, darin hat, daß Pohl stets für die notwendige Handlungsfreiheit des Flottenchefs eingetreten sei.

Nebenbei bemerkt wird durch das Pohlsche Buch auch die wiederholte Behauptung Tirpitz' entkräftet, daß der Flottenchef von Ingenohl wegen des Einsetzens der Flotte immer erst angefragt habe, „um natürlich von Pohl und dem Kaiser eine ablehnende Antwort zu bekommen." In Wirklichkeit ist Ingenohl auf einen Brief Pohls vom 13. September 1914, der von dem Unterbleiben des Befehls, daß vor jeder größeren Aktion die Genehmigung des Kaisers eingeholt werden müsse, Kenntnis gab, gleichzeitig aber empfahl, die Flotte nicht einzusetzen, ohne eines Erfolges einigermaßen sicher zu sein, ausdrücklich um eine Erweiterung seiner Befugnisse eingekommen, allerdings mit negativem Ergebnis, da der

Digitized by Google

Kaiser im Gegenteil auf seine Idee zurückkam, selbst den Befehl zum Einsetzen der Flotte in der Hand behalten zu müssen. Das schließliche Ergebnis war doch das, daß Ingenohl nach Tirpitz' eigenem Eingeständnis so gut wie volle Freiheit des Handelns gehabt hat.

Und derselbe Pohl, der stets auf das eifrigste bemüht war, seinem Vorgänger Ingenohl die möglichste Aktionsfreiheit innerhalb des konsequent festgehaltenen allgemeinen Operationsplans zu wahren, sollte, nachdem er selbst die Führung über die Hochseestreitkräfte übernommen hatte, sich hinter den Kaiser und hinter den Kabinettschef gesteckt haben, um den Befehl zu erhalten, daß die Flotte nicht herausgehe? Tirpitz, der das behauptet, wird schlagend widerlegt durch einen Brief Pohls an Müller vom 3. August 1915, in dem es heißt: „Ich möchte ausdrücklich hervorheben, daß ich mir voll bewußt bin, daß ich volle Freiheit des Handelns habe, und daß ich dieselbe, wie ich Ihnen schon früher geschrieben habe, für durchaus notwendig halte. Ich bin dankbar dafür, daß ich in meinem Handeln nicht durch Befehle und Direktiven eingeschränkt werde; ich muß für die Verwendung der Flotte und mein Handeln ganz allein verantwortlich sein." Ebenso falsch ist die weitere Behauptung Tirpitz', daß erst das Eintreten Bachmanns Pohl die volle Freiheit des Handelns verschafft habe; ergibt sich doch aus dem Pohlschen Buche klar, daß dieser selbst die Vorschläge dafür dem Kaiser direkt unterbreitet hat. Vollends ungereimt ist die Unterstellung des Großadmirals v. Tirpitz, daß Pohl sich des Prinzen Adalbert, der im März 1915 ins Hauptquartier reiste, bedient habe, um einen Befehl des Kaisers zu extrahieren, durch den Pohl für sein Nichtstun und seine Passivität gedeckt werde. In Wirklichkeit hat Pohl gerade während der Abwesenheit des Prinzen Adalbert einen der zahlreichen Vorstöße mit der Flotte gemacht, die allein schon seine Aktivität und seinen Drang, an den Feind heranzukommen, beweisen. Und als Prinz Adalbert tatsächlich bei seiner Rückkehr eine erneute Mahnung seines kaiserlichen Vaters für Pohl, sich mit der Flotte zurückzuhalten, mitbrachte, da schrieb Pohl am 30. März an seine Frau: „Ich freue mich doch riesig, daß der Prinz mir das nicht zwei Tage früher sagen konnte." Im übrigen wurde die durch den Prinzen Adalbert überbrachte Weisung auf die schon erwähnte Immediateingabe Pohls hin alsbald wieder zurückgenommen.

Man muß die Briefe Pohls aus der Zeit seiner Wirksamkeit als Flottenchef lesen, um zu erkennen, wie ganz dieser Mann, der nach Tirpitz' durch und durch ungerechtem Urteil den ganzen Seefeldzug verpfuscht haben soll, auf Kampf und Sieg gestellt war. „Alle meine Gedanken," so schreibt Pohl am 18. Februar 1915, kurz nach seiner Ernennung, „sind nur darauf gerichtet, wie ich die Mittel der Seekriegführung, die mir zur Verfügung stehen, nützlich anwenden kann."

Digitized by Google

Am 2. März: „Ich möchte zu gern einen Erfolg haben, mein ganzes Denken und Trachten ist darauf gerichtet." Zwei Tage darauf: „Ich will zeigen, daß man sich in mir nicht getäuscht hat, ich will siegen, wenn es zum Kampfe kommt." Am 1. Mai: „Das Schlimmste ist das Drängen in der eigenen Brust. In mir liegt ein furchtbares Sehnen nach Erfolgen. Ich verkenne innerlich nicht die Berechtigung der Ansichten der jüngeren Offiziere, die auch Tirpitz vertritt, daß die Flotte nicht abseits stehen darf bei den Erfolgen unserer Armee und der U-Boote. Wir müssen zur Aktion kommen." Und so geht es weiter, bis zum letzten Briefe vom 9. Januar 1916, der angesichts der schweren Erkrankung, die Pohl den Kommandostab für immer aus der Hand nahm, in die Worte ausbricht: „Jetzt, wo ich immer mehr Aussicht zum Siegen hatte, wo kleine Kreuzer und Torpedoboote umgebaut, wo die Hauptarbeit getan ist. Da kommt das Halt." Diese Abschiedsworte Pohls, die von tragischem Empfinden durchbebt sind, lassen ebenfalls erkennen, daß er nicht etwa in tatlosem Warten auf eine günstige Gelegenheit sich rein passiv verhalten hat. Nein, Pohl hat sein Äußerstes daran gesetzt, um in der kurzen Zeitspanne seines Flottenkommandos die Sünden der Tirpitzschen Flottenbauperiode durch einen Umbau vor allem der kleinen Kreuzer und Torpedoboote auszugleichen und die Flotte für einen Schlag im großen Stile zu rüsten. Er hat auch, wie schon erwähnt, durch immer wiederholte Vorstöße mit der ganzen Flotte seinen heißen Drang, die ersehnte günstige Gelegenheit zur Seeschlacht zu erzwingen, vielfältig an den Tag gelegt. Das Schicksal hat ihm die Erfüllung seines höchsten Wunsches, den siegreichen Kampf mit der englischen Flotte, vorenthalten. Aber wenigstens soll ihm, dem tapferen und tatkräftigen Mann, der alles getan und geleistet hat, was unter den vorhandenen Umständen möglich war, und der sicherlich durch die Summe seines Wirkens die Grundlage gelegt hat zu der glorreichen Seeschlacht vor dem Skagerrak, die Geschichte volle Gerechtigkeit widerfahren lassen. Dazu bieten seine Briefe und Aufzeichnungen eine ausreichende Grundlage.

Ausdrücklich mag zum Schlusse noch gesagt sein, daß in dem Pohlschen Buche nicht etwa die Auseinandersetzung und Abrechnung mit Tirpitz, einen so breiten Raum sie einnehmen mußte, Mittelpunkt und Hauptsache sein soll, sondern die positive und ruhmvolle Gesamtleistung der Flotte, die bisher längst nicht genug gewürdigt und durch das Tirpitzbuch eher verdunkelt worden ist. Bei den bitteren Angriffen des Großadmirals auf Pohl ließ es sich natürlich nicht vermeiden, daß bei der Auswahl aus den Aufzeichnungen und Briefen Pohls auch solche aufgenommen wurden, die sein von scharfen Konflikten erfülltes Verhältnis zu Tirpitz in die richtige Beleuchtung stellen. Aber es mag doch als ein versöhnendes Moment betont werden, daß Pohl bei aller Schärfe seines Urteils über Tirpitz doch sichtlich bestrebt gewesen ist, diesem gerecht zu werden. Er rühmt sein welt-

Digitized by Google

politisches Verständnis, er rechnet ihm selbst den Haß gegen England als Verdienst an, er erklärt einmal ausdrücklich, eher als Ballin würde er noch Tirpitz als Nachfolger von Bethmann Hollweg gelten lassen, und immer wieder hat er versucht, sich in die Denkweise des Großadmirals hinein zu versetzen. Lebte Pohl noch heute, so würde er, dessen vornehme Gesinnung und edle Charaktereigenschaften Tirpitz in seinem Nachruf so besonders gerühmt hat, gewiß der erste sein, anzuerkennen, daß der Großadmiral zu seinen ungerechten Urteilen im letzten Grunde doch durch ein ehrenwertes Motiv, die heiße Angst und Sorge, daß das stolze Werk seines Lebens, die deutsche Flotte, unfruchtbar bleiben solle, verleitet worden ist. Darf man die Hoffnung hegen, daß Tirpitz, der jetzt die Irrtümlichkeit seines Urteils über Pohl und nicht allein über diesen, erkannt haben muß — denn die Beweisführung des Pohlschen Buches ist eine zwingende — sie in aller Form zugestehen und so einen Teil des Schadens wieder gut machen wird, den er durch die Veröffentlichung seiner ungezügelten Zornesurteile angerichtet hat? Wenn beide feindliche Parteien, Tirpitz mit seinen Anhängern auf der einen, ihre Widersacher auf der anderen Seite sich dahin einigen könnten, nunmehr die große Leistung der Flotte in den Vordergrund zu stellen, dann wäre jedenfalls im Sinne des so eminent sachlich denkenden Admiral v. Pohl der tiefere und eigentliche Zweck des aus seinem Nachlasse herausgegebenen Buches erfüllt. Dann, aber auch nur dann könnte jene Einheitsfront unserer Admirale Wahrheit und Ereignis werden, zu der die Entente durch ihr haßerfülltes Auslieferungsverlangen, das neben Tirpitz, Bachmann und Scheer auch Ingenohl, Müller und Capelle umfaßt, den Grund gelegt hat!

Ist der Bolschewismus in China möglich?

Von Prof. Dr. Wilhelm Schüler

An dem Vordringen des Bolschewismus auf der ganzen asiatischen Linie ist kein Zweifel, selbst wenn man die in der englischen Presse der letzten Wochen zu Tage tretende Angst für übertrieben halten sollte. Koltschak und Denikin sind entscheidend geschlagen, in Transbaikalien brauchen die Japaner immer mehr Verstärkungen, um der scharfen Propaganda der Bolschewisten längs der Bahnlinie zu begegnen, Kiachta ist in ihrer Hand. Unermüdlich schreitet ihre Bohrarbeit fort, um vor allem in die von England abhängigen Gebiete die Explosivstoffe hineinzubringen, die diese Herrschaft sprengen sollen. Ein besonderer „Verband zur Befreiung des Ostens" ist gegründet, mit dem Hauptquartier in Taschkent. Hier befindet sich eine Schule, in der in allen asiatischen Sprachen zum Zwecke der bolschewistischen Propaganda unterrichtet wird. Indien ist dabei das nächste und vornehmste Ziel. Aber zugleich mehren sich

Digitized by Google

die Anzeichen, daß auch im fernen Osten die Propaganda wirksam zu werden beginnt. In diesem Zusammenhang ist die Frage in letzter Zeit wiederholt aufgetaucht, ob der Bolschewismus irgendwelche Aussicht hat, auch in China Fuß zu fassen.

Man wird zunächst geneigt sein, einen solchen Gedanken weit abzuweisen. Denn es scheint sicher, daß für die einen radikalen Bruch erstrebenden Ziele der Bolschewisten der Nährboden bei der chinesischen Landbevölkerung nicht gegeben ist; diese aber macht etwa 80—90 Prozent des gesamten Volkes aus.*) Der chinesische Bauer ist durchaus kein unterdrückter Mensch; wenn er auch wohl in den meisten Fällen auf dem übervölkerten Boden bei allem Fleiß nicht viel mehr erreichen kann als eben satt zu werden; von oben her ist er eigentlich nur darin beschränkt, daß er die — sehr geringe — Grundsteuer zu zahlen hat. Auch wenn, wie in den mittleren und südlichen Provinzen, wohl die Hälfte der Bauern ihr Land als Pacht hat, so besteht doch bei mäßigem Naturalzins kein drückendes Abhängigkeitsverhältnis. Großgrundbesitz gibt es in China überhaupt nicht, so wenig wie einen erblichen Adel oder eine kastenmäßig abgesonderte Aristokratie. Auch ist der Pächter sicher davor, daß ihm nicht etwa gekündigt wird. Für ganz China gilt, daß die selbstverständlichen Gegensätze zwischen Arm und Reich doch nirgends so stark sind, wie im Westen, und vor allem sind die vorhandenen Unterschiede nicht von dem gehässigen kampfbereiten Gefühl des Klassenkampfes begleitet; sie werden vielmehr als etwas Unabänderliches in der großen Ordnung des All-Begründers mit außerordentlicher Geduld hingenommen. Dabei wirkt auf beiden Seiten der patriarchalische große Familienverband, in dem der einzelne fest drin steht und der das eigentliche Fundament der Gesellschaft bildet, sehr wohltätig ausgleichend. Hier hindert er den Reichen an rücksichtsloser egoistischer Ausnutzung seines Vermögens, denn er ist zum mindesten seiner ganzen Sippe verpflichtet; dort läßt er den Unbegüterten so leicht nicht gänzlich zu Grunde gehn und nimmt ihm das traurige Gefühl des Enterbten, bei Seite Geworfenen; womit freilich nicht gesagt sein soll, daß man nicht genug wirklichem Elend und drückender Armut in China begegnet. In all diesen sozialen Beziehungen besteht auch kein großer Unterschied zwischen dem Land und den Städten. Ein so von dem natürlichen Lebensboden des Landes abgeschnittenes Ungeheuer, wie eine westliche Großstadt, gibt es im eigentlichen China überhaupt nicht.

*) Man erinnert wohl gern daran, daß bereits einmal ein durchgeführter Staatssozialismus in China bestanden hat, veranlaßt durch den Reformator Wang An-shih im 11. Jahrhundert — wobei z. B. der Bauer vom Staat das Saatkorn und die Betriebsmittel erhielt und die Ernte an den Staat ablieferte — mit der Spitze nicht nur gegen das Privatkapital, sondern die Geldwirtschaft überhaupt. Aber es ist zu beachten, daß der nach wenigen Jahren erfolgte Zusammenbruch dieses Reformversuchs in China gerade als ein Beweis dafür gilt, daß der Sozialismus sich bereits als unmöglich erwiesen habe.

Digitized by Google

Aber in diesem bereits so harmonisch ausgeglichenen sozialen Bau des chinesischen Volkstums brechen in der Neuzeit freilich Risse auf in dem Maße, als der Maschinenbetrieb des Westens auch diesem Land seine Schwingungen mitteilt. Die Industrialisierung Chinas hat gerade während des Krieges starke Fortschritte gemacht. Zwar ist sie, an unserem Maßstab gemessen, immer noch sehr gering und in der Hauptsache auf die geöffneten Küstenplätze beschränkt. Wenn in einem Berichte des Ministeriums für Ackerbau und Handel aus dem vorigen Jahr von 25 000 Fabriken geredet wird, so ist das sehr irreführend. Was unter diesen Fabriken zu verstehen ist, geht schon daraus hervor, daß die Zahl der Arbeiter mit 400 000, der Arbeiterinnen mit 150 000 angegeben wird, also etwa 20 Arbeitskräfte auf die „Fabrik". Industrielle Unternehmungen, die auf diesen Namen wirklich Anspruch machen können, gibt es nach der Statistik des China Year Book von 1919 etwa 700. Auch diesen Betrieben war der bewußte Gegensatz zwischen Arbeitern und Unternehmern bisher fremd. Zu stark blieb auch in der Fabrik der chinesische Arbeiter in erster Linie ein Glied seines Heimatverbandes. Diese Solidarität erfüllte ihn stärker als die mit seinen „Genossen". — Es scheint nun aber kein Zweifel, daß in jüngster Zeit auch hier Wandlungen vor sich gehen, durch die einer von außen eindringenden Propaganda der Boden gelockert wird. Es liegen eine Reihe von ostasiatischen Zeitungsberichten aus den letzten Monaten vor, welche von Lohnbewegungen und Streiks in China sprechen und an diese Bewegungen bereits besorgte Gedanken anknüpfen. Karl Marx ist ins Chinesische übersetzt; sozialistische Literatur wird in wachsendem Maße verbreitet. Grund zur Agitation ist in der Tat vielfach gegeben. In der Textilindustrie jedenfalls findet eine menschenunwürdige Ausnutzung der Arbeitskraft statt. In den schlecht ventilierten, ungesunden Räumen werden Kinder schon von 10 Jahren ab eingestellt; die Arbeiterinnen — um solche handelt es sich meistens — erhielten noch vor wenigen Jahren einen Tageslohn von 12—35 Pfennigen nach unserem Geld — ohne Beköstigung —, die Arbeiter von 35—50 Pfennigen; während des Krieges ist der allgemeine Arbeitslohn auf 40—50 Cents — also etwa das Doppelte dem Nennwert nach — gestiegen. Die Arbeitszeit beträgt durchschnittlich 12½ Stunden mit kurzer Mittagspause. Interessant wäre, zu erfahren, was für einen Geist die 200 000 (nach anderen Angaben ist die Zahl noch weit größer) aus Frankreich und Belgien heimkehrenden Arbeiter in ihre Heimat zurückbringen; doch wird über diese merkwürdig wenig berichtet. Ohne weiteres ist ja deutlich, daß die infolge persönlicher Berührung oder durch Schriften von Jahr zu Jahr immer stärker einströmende westlich individualistische Gedankenwelt auflockernd auf das geistige Gefüge der ererbten chinesischen Anschauungen wirken muß, zumal nach dem Sturz des Kaisertums; unbeschadet dessen, daß in den gebildeten Kreisen nach

Digitized by Google

einer Synthese zwischen den Grundelementen chinesischer Anschauung und dem nicht mehr abzuweisenden westlichen Gut zweifellos gesucht wird. Ob aber das in den Arbeiterkreisen in der letzten Zeit beobachtete stärkere Selbstbewußtsein den Unternehmern gegenüber bereits mit bolschewistischer Propaganda etwas zu tun hat, ist für das eigentliche China einstweilen unerwiesen. In der Mandschurei aber, die besonders zahlreiche industrielle Betriebe aufweist, hat die bolschewistische Propaganda jedenfalls schon stark eingesetzt und ist, dem Berichterstatter der „Times" aus Harbin zufolge, dort jedenfalls nicht aussichtslos. Die Arbeiter in der Mandschurei sind nun aber auch noch in unmittelbarer Weise mit dem Bolschewismus verknüpft. Es ist bekannt, daß die zaristische Regierung eine große Menge chinesischer Kulis, hauptsächlich aus der Mandschurei, in Dienst genommen hatte, um die Bahn an der Murmanküste zu bauen, wobei sie eine sehr schlechte Behandlung erfuhren. Als die Bolschewisten zur Herrschaft kamen, nahmen sie sich dieser Chinesen besonders an — natürlich zugleich unter dem Druckmittel, sie verhungern zu lassen, wenn sie nicht willfährig seien — und bildeten aus ihnen eine Art Leibgarde und Exekutivtruppe, die bis heute fortbesteht. Chinesen werden andererseits ausgebildet, um die Propaganda in ihr Heimatland zu tragen. Kürzlich wurde folgender Fall berichtet. Ein bolschewistischer Offizier ungarischer Nationalität faßte an der ukrainischen Grenze 10 Chinesen ab, die über den Kaukasus und Persien nach China wollten. Er hielt sie für Deserteure und ließ sie erschießen. Nachher stellte es sich heraus, daß es sich um sorgfältig ausgebildete Propagandisten handelte, und der Offizier wurde nun zur Todesstrafe verurteilt. Wir wissen nicht, mit welchen Mitteln die besondere chinesische Propaganda arbeitet, aber das allgemeine Programm des Verbandes zur Befreiung des Ostens, von dem eingangs die Rede war, ist bekannt. Es ist sehr geschickt abgefaßt und kommt dabei zweifellos auch einer in China sehr verbreiteten Stimmung entgegen. Es steht nämlich in diesem Programm an erster Stelle das Ziel nationaler Selbstbestimmung, staatlicher Unabhängigkeit und Freiheit, wobei der Verband zur Befreiung des Ostens nichts anderes zu wollen vorgibt, als die bereits vorhandenen, aber gesondert auftretenden Bestrebungen zu einer starken Angriffsfront zu vereinheitlichen.

Der Kampf gegen den Kapitalismus — so führen die betreffenden Leitsätze aus — bedeute also praktisch Vernichtung des fremdländischen Imperialismus, Befreiung vom fremden kapitalistischen Joch, Ungültigmachung der von den Fremden unter dem Druck der Gewalt erworbenen Konzessionen und Privilegien, Zurückführung aller Nationalreichtümer über und unter der Erde an das Volk, Annullierung aller Staatsanleihen usw. Wie willige Ohren aber dieser Teil der Botschaft in China findet, wie sehr das Gefühl vorhanden ist, daß an dem ganzen Elend der Ohnmacht Chinas, insbesondere der heillosen finanziellen Lage, doch

Digitized by Google

vor allem anderen die kapitalistische Machtgier der Fremden schuld sei, das bedarf keines besonderen Beweises. Vollends hat die treulose Auslieferung Chinas seitens der Entente im Versailler Vertrag die Erkenntnis, vergewaltigt und betrogen zu sein, allgemein gemacht. Der unmittelbare Unwille richtet sich dabei gegen Japan; seit vielen Monaten dauert der Boykott japanischer Waren an. Das bolschewistische Programm trägt dieser Stimmung Rechnung, indem es nicht nur die europäisch-amerikanischen, sondern auch die japanisch-imperialistischen Pläne auf China ausdrücklich verdammt.

Der zweite Teil des Programms stellt den Grundsatz der völligen Volksherrschaft auf. Nur die werktätigen Klassen — d. h. vornehmlich Bauern, Arbeiter, Handwerker — vermöchten den „nationalen Staat", die „werktätige Republik" zu schaffen und zu tragen, die sich dann mit den übrigen Staaten des Ostens auf föderativer Grundlage verbinden soll. Auch in dieser Botschaft vernimmt der Chinese vertraute Laute. Insofern wenigstens, als in Theorie und Praxis im chinesischen Volke außerordentlich viel Demokratisches vorhanden ist. Auch die kaiserliche Herrschaft ist bei aller theoretisch unbedingten Macht des Himmelssohnes sowohl in der klassischen Ausprägung als im Volksgefühl nie anders aufgefaßt worden, als daß sie eine Veranstaltung sei, um dem Volk die Segnungen des Himmels in möglichster Harmonie zu vermitteln. Das Volk steht unter allen Umständen voran und handelt nur im Auftrag des Himmels, wenn es einen seines Mandats unwürdigen Herrscher beseitigt. Man beachte auch, daß das Programm vom eigentlichen Kommunismus, von öder Gleichmacherei usw. überhaupt nicht spricht. Den besonderen Verhältnissen des einzelnen Volkes soll ausdrücklich Rechnung getragen werden und es wird betont, daß zur gesunden Entwicklung des Wirtschaftslebens es des freien Wettbewerbs, der natürlichen Auslese der wirtschaftlich, technisch und sozial am meisten Entwickelten bedürfe; darum auch die Notwendigkeit der wirtschaftlichen Beziehungen zu den sozialistischen Staaten des Westens (deren gegenwärtige Avantgarde die Sowjet-Republik bilde). Nur soll eben alles unter Ausschluß der räuberischen Ausbeutung des Monopols, des privaten Kapitals vor sich gehen. Es ist klar, daß schon in diesen Sätzen sehr viel enthalten ist, was bei entsprechender Ausmünzung für die besonderen chinesischen Verhältnisse in weiten Kreisen nicht ohne Eindruck bleiben wird. Auch darf das allgemeine Moment der Unzufriedenheit nicht außer acht gelassen werden, die infolge des nun schon im dritten Jahr bestehenden Bürgerkriegs und der damit gegebenen Unsicherheit und soldatischen Bedrückung viele Provinzen erfüllt. Es verbreitet sich immer mehr die Ansicht, daß nur der Militarismus der Tuchüns, der Militärgouverneur, die ja jetzt zweifellos die eigentlichen Machthaber in China sind, es zu keinem Frieden kommen lasse.

Nirgens aber vielleicht haben, wie mir scheinen will, die jetzigen Machthaber eine

Digitized by Google

auf ihren Sturz hinarbeitende Bewegung mehr zu fürchten als in ihren eigenen Söldnerscharen. Bei diesen brauchten die bolschewistischen Agitatoren, die Kameraden aus Lenins Leibgarde, nicht viel mit Ideen zu operieren. Sie brauchten ihnen im wesentlichen nur zu sagen, daß sie bei einer Neuordnung nicht, wie bisher oft, wochenlang auf ihren Sold zu warten hätten und zu noch viel größerer Freiheit und Macht berufen sein würden. Die Soldaten gleiten in China herkömmlicherweise leicht ins Räuber- und Freibeutertum über und bei den Soldaten sind jene anfangs erwähnten, aus der Tradition und dem Familienverband erwachsenden Schranken radikal umstürzlerischen Gedanken gegenüber am meisten gelockert. Und wenn wir schon aus unseren Verhältnissen heraus wissen, wie leicht eine kleine Minderheit sich der Gewalt bemächtigen und die Masse zur Gefolgschaft nötigen kann, so ist das bei der passiven und doch wieder in Zeiten wirtschaftlicher Not und allgemeiner Unzufriedenheit geistigen Influenzen leicht zugänglichen Natur der Chinesen nach viel mehr der Fall. Wohl huldigt der Chinese einer „statischen Weltanschauung", es fehlt ihm an Initiative, er erträgt auch Zustände, über die er murrt, trotzdem bis zum äußersten geduldig. Aber wenn es einmal irgendwelchen Führern gelungen ist, die Masse an einem Punkt in Bewegung zu setzen, so wirkt sie auch mit der Schwerkraft einer Lawine weiter, wie die Geschichte mancher großen inneren Bewegungen in China beweist.

Doch es liegt nicht in meiner Absicht, ein Urteil über die Wahrscheinlichkeit des Gelingens der bolschewistischen Propaganda in China abzugeben. Dazu müßte man in engerer Fühlung mit dem Lande stehen, um über die Stimmungen und Symptome recht unterrichtet zu sein. Aber es mag schon von Wert sein, sich über die einer Agitation günstigen und ungünstigen Momente im chinesischen Organismus ein Bild zu machen und nicht zum wenigsten über die Art der bolschewistischen Propaganda selbst, die hier im Osten zum Teil ganz andere Züge aufweist, als wie sie dem herkömmlichen Bild des Bolschewismus entsprechen.

Diskretionismus

(Ein neues System der Sexualkultur-Politik)

Von Dr. med. Dreuw (Berlin)

Mitglied des Beirats zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten im Ministerium für Volkswohlfahrt

Bekanntlich unterliegen fast alle ansteckenden Erkrankungen im Seuchengesetz der Anzeigepflicht, es sind jedoch nicht anzeigepflichtig die Erkrankten an Syphilis, Schanker und Tripper, diese dürfen auch nicht einer Beobachtung, Absonderung oder Zwangsbehandlung unterzogen werden, es sei denn, daß es sich um Personen handelt, die gewerbsmäßig Unzucht treiben. Der Staat stellt es

Digitized by Google

also jedem an einer solchen Krankheit leidenden Menschen anheim, ob und wie lange er sich behandeln lassen will. Da es sich nun aber herausgestellt hat, daß etwa 90 Prozent aller zum Beispiel an Syphilis Leidenden die Behandlung vorzeitig unterbrechen, so ergibt sich angesichts der bevölkerungspolitischen Probleme für unsern Nachwuchs die Frage: Soll der Staat auch noch weiterhin sich der Lösung dieses Problems gegenüber passiv verhalten? Die Antwort kann nicht zweifelhaft sein. Würde der Staat angesichts der zahlreichen, auch auf dem Lande auftretenden Erkrankungen so handeln, dann wäre in rassenhygienischer Beziehung das schlimmste zu befürchten.

Die Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten hat nun dem Reichsversicherungsamt empfohlen, sogenannte „Beratungsstellen" zu errichten, die bei allen denjenigen Kranken, die sich freiwillig melden oder durch Vermittlung oder durch eigenmächtige Mitteilung des behandelnden Arztes selbst unter Brechung seiner bisherigen Schweigepflicht gemeldet werden, schriftlich und mündlich von Zeit zu Zeit daran erinnern sollen, daß sie noch behandlungsbedürftig sind. Diese Idee kann eine praktische Wirkung nicht erzielen, da naturgemäß sich nur solche melden oder melden lassen, die schon an und für sich gewissenhaft genug sind, die Behandlung durchzusetzen, während die übrigen, die Indolenten, Böswilligen und Imbezillen — und diese bilden die Mehrzahl — ohne Zwang sich nicht melden lassen. Praktisch also kann nicht viel erzielt werden. Und die Ärzte haben kein Interesse daran, zwischen sich und den Patienten noch eine beratende Zwischeninstanz zu setzen, die auch nicht mehr kann, vielleicht noch mit weniger Nachdruck, als es der Arzt Auge um Auge im Sprechzimmer tut, nämlich den Patienten daran zu erinnern, daß es nach einem viertel oder halben Jahre wieder an der Zeit ist, sich behandeln zu lassen, da eben die Behandlung häufig, ja in der Mehrzahl der Fälle von Syphilis immer jahrelang dauert. Ein solches schriftliches Erinnern seitens der Beratungsstellen bei einer solchen heiklen Angelegenheit, ohne grundlegende Gesetzesänderung, kann aber die unangenehmsten Folgen für den Betreffenden haben. In der Tat erheben sich namentlich in Ärztekreisen die schwersten Bedenken gegen die Neueinrichtung, aus Standesinteressen und aus Gründen des Versagens in der Praxis. Die Ärzte wollen tatsächlich von den Beratungsstellen nichts wissen. Denn nach der Statistik der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten auf ihrer Ausstellung kamen in den Jahren 1916, 1917 und 1918 im ganzen Königreich Sachsen nur 4580 Personen zur Beratung, von diesen waren nur 99 (!) von Ärzten ihnen überwiesen, dagegen 1164 von Krankenhäusern, 1304 von Krankenkassen und 526 von Militärbehörden, 746 von anderen Stellen und nur 741 Selbstmeldungen. Man sieht also, die Behörden haben das an und für sich schon kümmerliche Resultat noch halbwegs verbessert. Diese völlig unnützen Institute will die obige

Digitized by Google

Gesellschaft nun verankern und um diesen Torso herum ihre Gesetzesvorschläge ankristallisieren, indem sie in ihrer sachverständigen Kommission folgenden Beschluß für das zukünftige Gesetz gefaßt hat.

„Die allgemeine Anzeigepflicht ist nicht einzuführen, hingegen ist eine beschränkte Anzeigepflicht (d. h. „Anzeigerecht" Dr. Dreuw) erwünscht und zwar derart, daß die Meldung erfolgen soll (zunächst an die Beratungsstellen, die die Kranken vorladen und erst wenn sie der Aufforderung nicht nachkommen, an die Gesundheitsbehörde, an welche und auf Grund welcher Gesetzesänderung wird nicht gesagt):

a) wenn der Kranke die Kur unterbricht, ohne den Nachweis zu erbringen, daß er sich in andere ärztliche Behandlung begeben hat;

b) wenn der Arzt in Erfahrung bringt, daß der Patient im ansteckenden Stadium verkehrt.

Vom Arbeitsausschuß zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten im preußischen Wohlfahrtsministerium wurde hierzu noch vorgeschlagen:

c) wenn der Arzt erfährt, daß der Kranke durch seine berufliche Tätigkeit oder seine persönlichen Verhältnisse eine erhebliche Gefahr für seine Umgebung bildet."

Als ob nicht jeder Geschlechtskranke eine erhebliche Gefahr für seine Umgebung bildet! Sowohl die Ärzte würden sich für diese unangenehmen Büttelдienste, als auch die Patienten für diese Knechtschaft durch viele gewissenlose und gewinnsüchtige Ärzte bedanken. Schon 1835 hat dieses „Regulativ" der beschränkten Anzeigepflicht zur Mißwirtschaft geführt.

Die Hygiene muß in allen Zweigen alle, arm und reich, jung und alt, Männer und Frauen umfassen. Sie darf nicht zur Klassenhygiene werden, wie bei den sogen. Beratungsstellen für Geschlechtskranke. In der Impffrage, bei der Bekämpfung der Diphtherie, der Cholera, der Ruhr usw. mittelst der modernen Hygiene (Beobachtung, Anzeigepflicht, Isolierung, Desinfektion) überall herrscht der Grundsatz, daß sich die hygienischen Maßnahmen auf jeden Erkrankten männlichen und weiblichen Geschlechts erstrecken müssen. Nur bei den Geschlechtskrankheiten macht man bisher zum Schaden der Allgemeinheit eine Ausnahme; man beobachtet und behandelt zwangsweise nur eine dekadente Menschenklasse, nämlich die Prostituierten; in Berlin von ca. 60 000 nur 4000, d. h. etwa ein Fünfzehntel der wirklich vorhandenen. Was würden wir sagen, wenn wir nur die weiblichen an Diphtherie Erkrankten und von diesen nur ein Fünfzehntel hygienisch erfassen würden und alle Männer von dem Behandlungszwang und der

Digitized by Google

Anzeigepflicht verschonen würden. Man würde über die Logik derartiger „Hygieniker" den Kopf schütteln.

Daher ist es erfreulich, daß am 16. Dezember 1919 der preußische Ausschuß für Bevölkerungspolitik in seiner Mehrheit mit 13 gegen 10 Stimmen für die Idee des diskreten Seuchengesetzes eintrat, allen Hindernissen zum Trotz. Der Staat steht bei der Beratung der für die gesamte Bevölkerungspolitik wichtigen Frage, ein geeignetes System für die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten zu beschließen, am Scheidewege. Denn die bisherige Taktik hat eine Vermehrung der Geschlechtskrankheiten um das zehnfache in einzelnen Städten nicht hindern können. Auch das platte Land ist schon obseucht. Die Geschlechtskrankheiten nehmen zu, nicht ab, in den Braunschweiger Kassen z. B. um das Zehnfache. Seit 1910 bis 1914 war im Heere eine Vermehrung der Syphilis um etwa 20 Prozent, gegenüber den Jahren 1906—1910 wurden in allen deutschen Krankenhäusern zusammen ca. 60 000 männliche Syphilitiker amtlich registriert, während 1910 bis 1914 (also noch vor dem Kriege) die Zahl die erschreckende Höhe von 120 000, also eine Steigerung von 100 Prozent, erreicht hatte. Wundert man sich, wenn in Würzburg dreimal mehr Frauen und achtmal mehr Männer geschlechtskrank sind, als vor dem Kriege, und wenn in einer süddeutschen Universitätsstadt die Poliklinik der Universität, die früher nur von einigen Personen besucht war, heute ca. 200 Geschlechtskranke täglich behandeln muß? In einem kleinen Landstädtchen!

Der Entwurf eines Gesetzes zur wirksamen Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten muß sich immer mehr zu der Frage zuspitzen: „Allgemeine diskrete Anzeige- und Behandlungspflicht" oder nicht? Die Zahl der Anhänger für dieses System aus den Reihen der Ärzte, Soziologen, Juristen, Frauenrechtlerinnen usw. wächst immer mehr. Nur die Bürokratie verhält sich passiv wie meist bei grundlegenden Neuerungen. Sie verteidigt das Prinzip: „Was ist, ist vernünftig." Trotz alledem verlangt die moderne Zeit ihr Recht. Denn Geschlechtskrankheiten sind Kindermörder. Ihnen gilt der Kampf.

Auch von hervorragender juristischer Seite wird die Anzeigepflicht in letzter Zeit gefordert. Geh. Justizrat Dr. Mittermaier, Gießen, sagt (Deutschlands Erneuerung, 1917, Heft 6) mit Recht, daß sie mindestens so viele ethische Ideale wie die bisherigen Systeme in sich berge. Auch er kämpft gegen die Halbheiten an, die die Regierungsvertreter in dieser wichtigen Frage begehen, im Vertrauen m. E. auf eine einseitige „autoritative" Information der O.G.B.G., die bisher sozusagen ein Beratungsmonopol hatte.

Nachdem ich 1915 zuerst in meinem Buche „Haut- und Geschlechtskrankheiten

Digitized by Google

im Krieg und im Frieden" *) einen bestimmt abgegrenzten Gedanken, den Begriff einer ärztlichen Zentral-Zettelregistratur zur Kontrolle aller geschlechtskranken Männer und Frauen unter voller Wahrung der für diese so wichtigen Diskretion, veröffentlicht hatte, bei dem es sich nicht mehr, wie bisher, um ein vages Umhertasten, sondern um die Ebnung des Weges zur Einführung eines bisher noch nicht erörterten Systems handelte, hat die Diskussion über dieses Thema einen großen Umfang angenommen. Der Beschluß vom 16. Dezember 1919 aber hat gezeigt, daß die Majorität des Parlaments für die neue Idee ist, die allein Deutschland aus dem Sexual-Ruin erlösen kann.

Daher hat am 12. 12. 19 das M. d. N. Käte Schirmacher einen aus 32 Paragraphen bestehenden Gesetzentwurf eingereicht (Drucksache Nr. 3 des 23. Ausschusses für Bevölkerungspolitik), der auf dem Boden der allgemeinen diskreten Anzeigepflicht stehend, sowohl das Problem der Geschlechtskrankheiten-Bekämpfung als das der Sittenpolizei, die beide miteinander so verbunden sind, daß die Lösung der einen ohne die der anderen unmöglich ist, löst.

Es gibt eben nur ein Radikalmittel, daß der Ausdehnung des Sexual-Leichtsinns und der Geschlechtskrankheiten ernstlich zu Leibe kann; das ist die Einführung der allgemeinen, gleichen, diskreten Anzeige- und Behandlungspflicht. Dieses System verlangt, daß eine besondere Gesundheitsbehörde geschaffen werde, welcher die Fälle venerischer Erkrankungen anzuzeigen wären. Diese Behörde ist zu absoluter Diskretion verpflichtet und darf auch vor Gericht nicht aussagen. Jeder Erkrankte ist verpflichtet, wöchentlich eine vom Arzt gratis auszustellende Bescheinigung diesem Amte einzusenden, daß er behandelt werde. Das Ende der Behandlung ist durch ein Schlußattest zu bescheinigen. Die dazu nötigen Formulare dürfen die Ärzte nur von der Behörde erhalten. Kassenpatienten behandeln die Kassenärzte; Nichtkassenpatienten werden von den der betreffenden Behörde verpflichteten Ärzten auf Grund von Gutscheinen behandelt. Die eingetretene Heilung ist von den Ärzten nach bestem Wissen und Gewissen zu bescheinigen. Die Sittenpolizei wird aufgehoben, die Prostituierten senden dreimal wöchentlich eine Gesundheitsbescheinigung ein wegen der größeren, von ihnen ausgehenden Gefahren. Die Behörde schreitet erst dann ein, wenn die Patienten fahrlässig die Behandlung aussetzen, resp. wiederholt keinen Schein einsenden.

*) Vgl. meine Arbeiten: 1. Entwurf eines Planes zur staatlichen Überwachung von Syphilis und Gonorrhoe. „Archiv für Rassenbiologie", 1916/17, 1. Heft. 2. Abolitionismus und Statistisches Gesundheitsamt. „Der Abolitionist", 1917, Nr. 1, 2 und 3. 3. Anzeige-, Behandlungs- und Schweigepflicht, Beratungsstellen und Sittenpolizei. „Dermatologische Wochenschrift", 1917, Heft 11 und 12. 4. Berufsgeheimnis, Anzeigerecht und Anzeigepflicht. „Ärztliche Rundschau", 1917, Nr. 20. 5. „Berliner Tageblatt", 1916, Nr. 626. 6. Allgemeine, gleiche diskrete Anzeigepflicht. Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, Fischers mediz. Buchhandlung, Berlin W. 62, usw.

Digitized by Google

Der Arzt selbst hat mit der Listenführung nichts zu tun. Dieses System ist bei einigem guten Willen des Staates leicht durchführbar. Hier wird die Behörde nicht gehaßt und hintergangen von dem, der sie nötig macht. Die neue Behörde läßt jeden, den Infizierten — so Mann als Weib — in Freiheit, kontrolliert aber diskret die freiwillig zu treffenden Maßnahmen der einzelnen bis zur Heilung. Und erst, wenn diese vernachlässigt werden, fordert sie die beglaubigte Wiederherstellung der Gesundheit.

Der Kranke bleibt wie bisher in der Behandlung seines Arztes, alle approbierten Ärzte behandeln, der Kranke kann wie bisher den Arzt nach Belieben wechseln, die Patienten sind gegen Indiskretion auch vor Gericht völlig geschützt, sie werden absolut keiner polizeilichen Schikane ausgesetzt, der Arzt verletzt nicht sein Berufsgeheimnis, kurzum, das neue System ähnelt in vieler Beziehung dem „Brotkartensystem". Ohne Abgabe der Brotmarken gibt es, wie jeder weiß, Unannehmlichkeiten, ohne Sexualkarte auch. Was wir aber heute von allen Bürgern bei der Brotkarte verlangen, das kann der Staat erst recht auch ein oder zweimal wöchentlich im Allgemeininteresse von den Geschlechtskranken fordern, nämlich das Absenden eines bestimmten Formulars an die verschwiegene Gesundheitsbehörde. Die Geschlechtskrankheiten würden dann bald gewaltig abnehmen.

Hierdurch wird erzielt:

1. eine genaue Statistik, die bisher völlig versagte, ja in manchen Fällen bis zu 80 Prozent Fehlresultate ergab; 2. eine genügend durchgeführte Behandlung, da bisher bis zu 90 Prozent der Bevölkerung ungenügend behandelt wurde; 3. keine polizeiliche Belästigung der Kranken, trotzdem aber eine diskrete Meldepflicht, diskrete Beobachtung und eine Beschränkung der Ansteckungsmöglichkeiten; 4. jeder Patient kann bei dem Arzt seines Vertrauens behandelt werden und er kann ihn wechseln, wenn es ihm beliebt; 5. die Aufhebung der Sittenpolizei.

Drei Systeme beschäftigen sich mit der staatlichen Bekämpfung der wichtigsten Verbreiterin der Geschlechtskrankheiten, der Prostitution:

1. Der Reglementarismus, 1794 in Preußen gesetzlich eingeführt und bis heute bestehend, dessen Abschaffung von der preußischen Landesversammlung beschlossen ist.

2. Der Abolitionismus, den kein positives, sondern nur ein negatives, aber sehr richtiges Programm verfolgt, nämlich den Reglementarismus abzuschaffen.

3. Der Diskretionismus, d. h. das System der allgemeinen, gleichen, diskreten Anzeige- und Behandlungspflicht aller Geschlechtskranken.

Der Diskretionismus stellt einen vollwertigen Ersatz und eine große Verbesserung der Reglementierung dar, er schafft die doppelte Moral ab und

Digitized by Google

erfaßt nicht nur alle Geschlechtskrankheiten, sondern auch einen großen Teil der bisher unfaßbaren Geheimprostitution, er gewährt eine genaue statistische Einschätzung und Kontrolle über Zu- und Abnahme der Geißel der Menschheit, und eine Kontrolle der angewandten Methoden der Bekämpfung.

In einem Vortrag, den der Rostocker Universitätsprofessor Friboes hielt, führte er aus, daß in Deutschland 48 000 Prostituierte dem Staate dreieinhalb Milliarden Mark durch die Organisation der Sittenpolizei, durch Krankenkosten usw. verursachen. So viel hat früher die Verwaltung des ganzen Deutschen Reiches gekostet. Die Summe, mindestens ein sehr erheblicher Teil davon, könnte gespart werden, wenn der Gesetzentwurf zur Durchführung gelangt, der die allgemeine, gleiche, geheime, direkte Anzeigepflicht für Geschlechtskranke vorsieht, der in erheblichem Umfang die Sittenpolizei abbauen und im Verlauf der weiteren Entwicklung überhaupt zu einer gewaltigen Verminderung der Verbreitung dieser Krankheiten führen würde. Auch in der Schweiz scheint dieser Gedanke schon festen Fuß zu fassen. So schreibt Dr. P. Cattani in der „Neuen Züricher Zeitung" unter dem Titel „Gesundheitspolitik":

„Zu einer wahren Seuche, namentlich in den Städten, sind die Geschlechtskrankheiten geworden. Aber gerade der Lösung dieser Frage gegenüber hat sich der heutige Staat als vollständig impotent erwiesen. Rat- und hilflos zwischen Reglementierung der Prostitution und freien Straßenbetrieb hin- und herpendelnd, hat er noch nie den Versuch gewagt, die Ausrottung der Geschlechtskrankheiten mit fester Hand durchzuführen. Der Vorschlag Professor Bunges, alle Ansteckungsfähigen solange abzusondern, bis sie nicht mehr anstecken können, wird wohl noch lange auf Verwirklichung warten müssen. Aber es wäre schon unendlich viel getan, wenn man wenigstens dem Plan zur Überwachung der Geschlechtskrankheiten nähertreten würde, den Dr. Dreuw entworfen hat. Sein Vorschlag fordert im wesentlichen die Anzeigepflicht des behandelnden Arztes für alle männlichen und weiblichen Geschlechtskranken, die Verpflichtung, sich einer Behandlung zu unterziehen, und die Überwachung der Behandlung durch den Staat bis zum Abschluß derselben. Die nötige Diskretion ist nach dem Vorschlag weitgehend gesichert."

Selbstverständlich gibt es nichts Vollkommenes. So wie die Gesetze nicht den Diebstahl aus der Welt schaffen, so auch nicht die Geschlechtskrankheiten. Aber an Stelle der Gesetze, die sich wie eine ewige Krankheit forterben, müssen trotz des Widerstandes der Bürokratie solche gesetzt werden, die den modernen sozialen und hygienischen Anforderungen gerecht werden. Und diese können nur in der diskreten allgemeinen und gleichen Anzeigepflicht bestehen. Alles andere ist Klassenhygiene. Die Hygiene aber muß die Gesamtheit betreffen.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt. Redaktion: Schöneberger Ufer 36 a I. Telephon: Nollendorf 928. Für Anzeigen F. W. Kiel, Berlin-Schöneberg. Verlag Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland, Oesterreich-Ungarn und Luxemburg M. 7.20, übriges Ausland M. 7.90. Einzelnummer 50 Pfg. Gedruckt in der Buchdruckerei Hermann Bergmann, Berlin SW 48

Digitized by Google

5. Jahrgang * 27. Februar 1920 * Heft 9

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Der aufschiebende Verzicht auf die Auslieferung deutscher Staatsbürger an die Gerichtsbarkeit der Entente hat ohne Zweifel die deutsche politische Situation für die nächsten Wochen entlastet. Man wird sehr zurückhaltend sein, darin den Beginn einer grundsätzlichen Sinnesänderung bei den Feinden erkennen zu wollen, sondern die Auswirkung der Spannungen, die auch drüben bestehen. Auch die Entente wird entlastet. Der Verzicht auf die eindrucksvolle Demütigung befreit sie von den Sorgen, wie das Verfahren sachlich durchzuführen. Den Franzosen mag das schwer gefallen sein, aber vielleicht ließen sie sich davon überzeugen, daß der Ausweg, den Deutschland selbst anbot, für die deutsche Seele in gewissem Sinn der gefährlichere werden kann. Denn was unsere Lage anlangt, so bleibt sie auch bei der neuen taktischen Haltung der Gegner so schwierig wie zuvor: sollen wir die Polizeidiener im Auftrag des Auslands werden? Das Verfahren in Leipzig muß eröffnet werden; denn das ist ein Vorschlag der deutschen Reichsregierung, den sie nicht bloß in die Luft gesprochen haben darf, wenn sie ihre an sich nur schwache Autorität gegen innen und außen sichern will. Aber unmöglich kann die Liste, die uns überreicht wurde, die Unterlage dafür bilden, daß nun über tausend Prozesse angehängt werden. Dazu ist das Verzeichnis zu flüchtig und zu oberflächlich, vielfach ja geradezu sinnlos. Erst wenn das Material der Gegner vorliegt, kann beurteilt werden, wo im Ernst von „Kriegsverbrechern" gesprochen werden kann, wo ein Richter das Recht hat, einzugreifen, ohne eine Lächerlichkeit vor der Geschichte zu werden. Selbstbeschmutzung auf Befehl ist unerträglich. Die Rechtspflege darf zu keiner politischen Waffe werden.

*

Digitized by Google

Die politischen Verhältnisse in Amerika nehmen geradezu den Charakter einer Groteske an. Die Aussichten, daß der Senat den Frieden von Versailles ratifiziere, sind durch den Zwist zwischen Wilson und Lansing noch viel unwahrscheinlicher geworden. Die Demokraten spalten sich durch die Auflösung des Kabinetts, die Republikaner sammeln schadenfroh das Material, um damit ihre Präsidentschaftskampagne zu nähren, Wilson ist krank und offenbar unfähig, die Formel zu finden, mit der er eine Lösung der Wirrnis erreichen könnte. Amerika steht vor der Situation, daß es zwar militärisch der Hebel des feindlichen Endsiegs wurde, politisch aber die ganz ungeheure Anstrengung in einer Blamage zu endigen droht.

*

Man weiß, daß auch England seine unbereinigten Sorgen mit Amerika hat. Lord Grey war einige Monate in Washington, ohne Wilson seine Beglaubigung überreichen zu können. Zwar ist der Nachhall der angelsächsischen Solidarität in den Vereinigten Staaten im Volke noch stark genug, aber die politischen Kreise sehen, vor allem auch wenn sie an Japan denken, die Problematik der englischen Politik nicht ungelöst. Sie ärgern sich, wenn sie auch nicht selber ohne Schuld sind, daß der große Einsatz von Wilson zu verpuffen droht. Es ist nicht ohne Interesse, wie die „Washington Post" die Fragestellung ansieht:

Man mag den Anteil Amerikas am Kriege so sehr herunterreißen, wie man will, die Wahrheit ist, daß die Verbandsmächte auf dem letzten Loch pfiffen und bereit waren, einen deutschen Frieden anzunehmen, und daß dem nur durch Entsendung unerhörter Verstärkungen, durch unsere Riesenkredite und durch unsere volle Mitwirkung vorgebeugt wurde. Die Staaten sind heute die Hoffnung Europas, England eingeschlossen. Die Engländer sehen, daß die Finanzgewalt auf uns übergegangen ist. Sie fordern nun, daß wir alle unsere Frachten englischen Schiffen anvertrauen. Das hieße, ihnen ein Monopol im Ozeanverkehr geben.

*

Der deutsch-nationale Abgeordnete Kardorff hat kürzlich eine Rede gehalten, die stark von dem üblichen alldeutschen Gerede abstach, daß dem „siegreichen" Heere die Heimat den Dolch in den Rücken gestoßen hätte:

„Die Politik, die wir vor dem Kriege getrieben haben, war die bodenlos leichtsinnigste. Auf dem Gebiete der auswärtigen Politik war Bismarck der größte Mann. Aber das deutsche Volk war des Mannes nicht wert; sonst hätte man seine Politik nicht preisgegeben. Wir haben den Krieg verloren wegen mangelnder diplomatischer und militärischer Vorbereitungen, wir haben ihn verloren wegen schwerer militärischer Fehler. Die Zustände in der Etappe waren nicht schön. Wir haben ferner den Krieg verloren, weil wir unsere Bundesgenossen falsch eingeschätzt haben. Wir haben uns selbst überschätzt und unserer Feinde unterschätzt. Wir sind blind gewesen gegenüber den Gefahren, die uns bedrohten. Nach dem Abfall der Bundesgenossen war unsere Flanke aufgerissen. An dem völligen Zusammenbruch trug die Sozialdemokratie die Schuld."

Digitized by Google

Die neue Lage

Von Dr. Paul Rohrbach

Von Lloyd George wird in der Northcliffepreſſe erzählt, er verachte die Deutſchen grenzenlos. Er verachte ſie ſo ſehr, daß er zu ſagen pflege, die Deutſchen ſeien ſchlechterdings unfähig zu jedem Entſchluß, ſie ſeien zu nichts imſtande; ſie würden nicht einmal imſtande ſein, zu verrecken! Lloyd George hat allerdings einmal ſeine ſozial-politiſche Reformweisheit aus Deutſchland bezogen. Das war gar nicht lange vor dem Kriege. Damals ſagte er, in der wichtigſten aller Fragen, in der ſozialen, müſſe man von Deutſchland lernen. Darum kann er ganz gut heute jene üblen Worte über Deutſchland geſagt haben. Ob er ſie geſagt hat oder nicht, iſt gleichgültig; jedenfalls gibt es Leute in England, die da glauben, ihn auf ſolche Weiſe immer noch der engliſchen öffentlichen Meinung am beſten empfehlen zu können. Das genügt als Symptom, um uns davor zu warnen, die Nachgiebigkeit Englands in der Auslieferungsfrage ſchon als ein Zeichen von Geſinnungsänderung zu buchen. Das wäre übereilt und verkehrt geurteilt. Man kann ſich aber vorſtellen, wie bei dieſer Art von „Verachtung" für Deutſchland die Auslieferungsliſte in England und Frankreich zuſtande kam und uns zugeſtellt wurde. Es war gerade ſo wie vor der Unterſchrift des Friedensvertrags. Das eine wie das andre Mal hieß es drüben: Habt keine Sorge, fürchtet nichts, die Deutſchen ſind moraliſch ſo herunter, daß ſie ſich alles in den Hals gießen laſſen. Sie werden den Friedensvertrag mit allen Schmachparagraphen ſchlucken! Sie werden unterſchreiben! Sie werden die Auslieferungsliſte ſchlucken! Sie werden ausliefern!

Natürlich wußten die Machthaber der Entente, als ſie die Liſte aufſetzten, bereits, daß die Verhältniſſe im Oſten ſie nötigen könnten, früher oder ſpäter auf Deutſchland als Hilfskraft zurückzukommen. Sie ſagten ſich aber: Das kann man immer noch, auch wenn die Deutſchen ſich, wie ſicher zu erwarten, wieder geduckt und die „Verbrecher" ausgeliefert haben. Man hat geglaubt, es würde wieder ſo gehen wie im Sommer vorigen Jahres, als die deutſchen Volksvertreter verſuchten Nein zu ſagen, aber über ihre Schultern ſchon die Mienen derer grinſten, die ihre Bereitwilligkeit zum Unterzeichnen auf jede mögliche Weiſe erklärten. Die Berechnung auf der Ententeſeite war, daß es jetzt wieder ſo gehen würde. Die Berechnung war falſch. Sie war ſo falſch, daß ſich ſogar der erſte, im Augenblick der unmittelbaren Empörung emporflammende Gedanke als gegenſtandslos erwies: der Verſuch zur Auslieferung würde den Bürgerkrieg in Deutſchland entzünden. Nicht einmal der Bürgerkrieg drohte. Es wäre nicht möglich geweſen, ſoviel Kräfte in Deutſchland mobil zu machen, wie nötig geweſen wären

Digitized by Google

für den praktischen Versuch, Hand an die Auszuliefernden zu legen. Die Auslieferung war einfach unmöglich. Das hat die deutsche Regierung betont, und diesen Standpunkt hat die Entente in ihrer Antwort anerkannt. Wäre der Mut, wäre die Stimmung, wäre die Einheit damals schon ähnlich gewesen, als es sich um die Unterschrift unter den Frieden handelte, so hätten wir wahrscheinlich einen ähnlichen Rückzug der Entente erlebt; und selbst wenn wir ihn nicht erlebt hätten, so wäre es kein Schade, sondern ein Segen für Deutschland gewesen. Immerhin, was jetzt geschehen ist, ist ein erster und leiser Trost, ein schwaches Vorzeichen für die Möglichkeit besserer, national selbstbewußterer Zeiten. Nur dürfen wir nicht vergessen, daß die Entente, wenn es die Umstände ihr erlauben, keinen Augenblick zögern wird, der Untersuchung und Aburteilung der Geforderten wieder genau das Ziel zu geben, daß sie ursprünglich damit verfolgte: äußerste moralische Demütigung Deutschlands, abermalige Entrollung eines Weltpanoramas deutscher Greuel, um damit das Fundament des Gewaltfriedens im Urteil der Völker tragfähig zu erhalten. Alle dazu erforderlichen Vorbehalte sind in der Note gemacht, die es gestattet, daß in Leipzig verhandelt wird. Hoffentlich kommt die deutsche Gegenliste nun bald. Die Zeit und die Umstände sind günstig, denn die Aufmerksamkeit der Welt ist jetzt auf diese Angelegenheit gerichtet. Eine Regierung, die davor zurückscheute, Ratgeber, die sie zu hindern versuchten, würden einen Tadel verdienen, wie er schärfer nicht ausgesprochen werden kann.

Als ein Gegengewicht gegen den Nachlaß der Auslieferung der Neunhundert will jetzt die Entente die Auslieferung des Kaisers durch Holland forcieren. Zwischen den Zeilen steht allerdings, auch die Internierung und Bewachung auf einer entfernten holländischen Insel würde akzeptiert werden. Das Zynische in der Note an Holland ist, daß gar nicht von einer Verhandlung oder irgendwelchen, den Schein des Rechts wahrenden Formen gegen den Kaiser die Rede ist, sondern einfach von Vollstreckung eines schon gefällten Urteils. Dabei wissen die Ententepolitiker natürlich selber sehr gut, wer an den 10 Millionen Toten und 40 Millionen Kriegsbeschädigten schuld ist. Um von andern Schuldigen zu schweigen: die russischen Generale, die die Mobilmachung erlogen und erfälschten, nachdem der Zar schon befohlen hatte, sie zurückzunehmen, und die französischen Kriegshetzer, die in Paris das Volk in den Krieg trieben, indem sie Jaurès ermorden ließen und verschwiegen, daß Rußland mobilgemacht hatte, daß also die militärischen Maßnahmen Deutschlands nicht eine Herausforderung des französischen Volks, sondern eine Antwort auf die russische Mobilisation waren. Aber wozu das alles wiederholen! Wer es wissen will, weiß es schon lange, und die Verantwortlichen der Entente wissen es am allergenauesten, denn sie waren es ja, die an den Drähten zogen. Das hindert sie heute nicht und wird sie bis ans Ende ihrer Tage nicht hindern, die Welt zu betrügen, denn auf dem Weltbetrug ruht die Sicherheit ihrer

Digitized by Google

materiellen Beute und ihr Ruf als die Veranstalter des Kreuzzugs gegen Deutschland im Namen der Menschheit. Es ekelt einen vor dieser Heuchelei, aber die Heuchler wissen, was sie tun. Wenn nur alle diejenigen in Deutschland, auf deren Einsicht und Entschluß es ankommt, ebenso gut wüßten, was ihre Pflicht ist, und wenn sie nur nach ihrer Pflicht handeln wollten! Jetzt sind die Augen der Völker offen und ihre Ohren sind gespannt. Jetzt kann die Debatte über die Verantwortung am Kriegsausbruch mit der besten Aussicht auf Erfolg von uns erzwungen werden. Und warum hört man in den deutschen Noten schon so lange nichts mehr von den Verbrechen des Hungerkrieges? Gehören die Millionen Deutscher in Deutschland und Österreich, die durch die Hungerblockade gestorben sind, und die Millionen Geborener und Ungeborener, deren Krankheit und Siechtum durch die Blockade verschuldet sind, nicht an erster Stelle in die Antwort auf die Rechnung, die die Entente aufmacht und deren furchtbare Ziffern sie gegen ihr besseres Wissen allein uns zur Last legen will?

Und doch, so wenig man in Deutschland heute schon daran denken darf, zu triumphieren, ja selbst nur Genugtuung zu empfinden: die Lage hat sich doch geändert, und das zeigt sich darin, daß England sich zum erstenmal entschlossen hat, den französischen Wahnsinn gegen Deutschland nicht gewähren zu lassen. Das ist das eigentlich Entscheidende. Frankreich wäre natürlich bereit gewesen, auch auf die Auslieferung zu verzichten, wenn es dafür freie Hand auf dem linken Rheinufer erhalten hätte. Die Franzosen haben sich in ihrem Urteil über die Stimmung in Deutschland, in ihrer verächtlichen Zuversicht auf unsre absolute Demoralisation, zwar ebenso getäuscht wie die Engländer, und sie mußten zuletzt so gut wie diese einsehen, daß die Auslieferung tatsächlich nicht zu erreichen war. Für den Fall aber hatten sie ihren Plan fertig: Straf- oder Kompensationsforderungen auf Rechnung des besetzten Gebiets. Das war deutlich zu merken. Einstweilen aber haben die Franzosen keine Aussicht, ihre Wünsche anerkannt zu bekommen. Das rührt daher, daß man in England begriffen hat: Es ist ausgeschlossen, ohne Deutschland die bolschewistische Weltgefahr zu beseitigen. Eine Weltgefahr sind die Bolschewisten zur Zeit allerdings nur indirekt: wenn es ihnen gelingt, den großen Aufstand in Asien gegen England zu entzünden. Kommt es dazu, so bedeutet das noch lange nicht den Sturz der englischen Weltmacht, aber eine schwere Erschütterung der englischen und damit auch der allgemeinen Weltverhältnisse.

Wir haben hier kürzlich das Buch von Keynes über Frieden und Hungersnot besprochen, in dem gesagt war, man solle die Zahlungsverpflichtung Deutschlands auf 40 Milliarden Mark begrenzen und davon 10 durch das Material, das Deutschland bereits ausgeliefert hat und durch das deutsche Staatseigentum in den abgetretenen Gebieten als beglichen ansehen. Diesen Vorschlag hat unlängst, nach englischen Zeitungsberichten, Lord Robert Cecil in öffentlicher Rede aufgenommen.

Digitized by Google

Das sagt mehr, als wenn ein Mann wie Keynes, ein ehrenwerter und unabhängiger Politiker, aber kein Kandidat auf die oberste politische Führung, so etwas ausspricht. Lord Robert ist wenig deutschfreundlich und war im Kriege so wenig geneigt, selbst albernen und ekelhaften Ausstreuungen über Deutschland entgegenzutreten, daß er die Lüge über die deutsche Leichenverwertung in einer demonstrativ wirkenden Weise unwidersprochen ließ. Dergleichen sollte in Deutschland nicht vergessen werden. Vielleicht erklärt sich seine Haltung damals durch die Besorgnis, unpopulär zu werden — eine bei der Wut der englischen öffentlichen Meinung im Kriege sehr gerechtfertigte Besorgnis. Daß er die Sache persönlich geglaubt hat, ist unwahrscheinlich. Wenn aber derselbe Mann, der bei allem, was er unterläßt und was er tut, selbstverständlich an seine zukünftige Führerstelle denken muß, heute die 2 Milliarden Pfund aus den Vorschlägen von Keynes in den Mund nimmt, so sagt er sich, daß man so etwas in England bereits tun darf, ohne zu riskieren, daß man seinen politischen Einfluß damit für den Augenblick, wo man ihn brauchen könnte, verloren hat. Alle Äußerungen und Handlungen englischer Staatsmänner sind absolut auf die öffentliche Meinung eingestellt, indem sie ihr entweder folgen oder einen Versuch zu ihrer Lenkung machen! Die öffentliche Meinung ist die entscheidende Instanz für jede englische Regierung und für jeden, der daran denkt, einmal in England zur Macht zu kommen. Politik in England machen, heißt, um die öffentliche Meinung ringen. Wer von ihr getragen wird, wer es verstanden hat, sie für sich herzustellen, der vermag alles; wer sie gegen sich hat, ist ohnmächtig.

So bedeutsam ein derartiges Symptom ist, so wenig darf man glauben, daß nun auch schon der „Mann auf der Straße" in England daran denkt, auch nur für einen Augenblick seinen wütenden Deutschenhaß zu lassen. Auch der gebildete Durchschnittsengländer ist weit davon entfernt. Ihm wird der Deutsche noch Jahrzehnte lang der Hunne sein. Viel zu fest sitzen die Ergebnisse einer mehr als fünfjährigen wütenden Propaganda, die mit allen Mitteln auf besinnungslosen Haß ausging, und viel zu wenig ahnt der borniert hochmütige englische Inselmensch, wie sehr er das Opfer seiner eigenen Haßpropagandisten gewesen ist, und welche moralischen Verbrechen und Ungeheuerlichkeiten sich die Kriegführung der Entente, England mit seiner Hungerblockade voran, hat zu schulden kommen lassen. Wir warnen also jeden Deutschen, sich einzubilden, als ob etwas von versöhnlicher Stimmung im allgemeinen in England sich regte. Es ist schon sehr viel, wenn Symptome sich zu zeigen anfangen, daß eine vernünftige Politik gegenüber Deutschland in den Bereich der Möglichkeit tritt, denn das bedeutet der Beginn einer öffentlichen Diskussion über Erleichterung der Friedensbedingungen nicht nur von seiten der anständigen, aber unverantwortlichen Friedensfreunde, sondern auch durch führende Politiker. Der Grund liegt, wie gesagt, darin, daß England eine Gefahr,

Digitized by Google

eine durchaus ernste und schwere Gefahr, für sich merkt, und daß es begreift, daß diese Gefahr sich beschleunigen und vergrößern würde, wenn der Friede von Versailles nach seinem Wortlaut und seinem Sinn gegen Deutschland durchgeführt würde. Aus diesem Grunde lösen sich die Lippen englischer Staatsmänner und daher kommt die Unterschrift des englischen Regierungschefs unter ein Dokument der Nachgiebigkeit gegen Deutschland. Für alle diejenigen, die in England an der Propaganda für einen wirklichen Frieden arbeiten, nicht nur eine Fortsetzung des Kriegszustandes mit veränderten Mitteln, ist es ohne Zweifel eine Erleichterung ihrer edlen Aufgabe und eine zunehmende Hoffnung nicht nur für eine höchst entfernte, sondern auch schon für eine absehbare Zukunft. Welche Folgen daraus in Deutschland gezogen werden müssen, ist klar: Propaganda für die Eröffnung der Weltdiskussion über die Verantwortlichkeit am Kriege mit allen Mitteln. Eine bessere Methode, den Friedensfreunden in England zu sekundieren, gibt es nicht.

Der Partikularismus in der Tschechoslowakei

Von Alfred Pisch

Neben den nationalen Differenzen, die in der tschechoslowakischen Republik beinahe unübersteigbare Scheidewände zwischen den verschiedensprachigen Volksteilen aufrichten, spielen auch tiefgehende partikularistische Strömungen eine bedeutende Rolle im innerpolitischen Leben. Sie wirken allerdings mehr hinter den Kulissen, wie an der Außenseite, sind aber nichtsdestoweniger von großem Einfluß auf die Gestaltung der Dinge und verdienen daher in der nichttschechoslowakischen Öffentlichkeit eine stärkere Beachtung, als ihnen bisher zuteil geworden ist; erst durch ihre Kenntnis wird mancher sonst unerklärliche Vorgang verständlich. Besonders die Deutschen im Reiche haben alle Ursache, auch der innerpolitischen Entwicklung ihres südlichen Nachbars aufmerksam zu folgen, denn sie kann im guten wie im bösen Sinne für ihr Schicksal mit von Bedeutung sein.

Man hat es in der nichttschechoslowakischen Öffentlichkeit nach der einigermaßen überraschend gekommenen Proklamierung der Prager Republik übersehen — teils aus Unkenntnis der Verhältnisse, teils im Hinblick auf wichtigere eigene Sorgen —, daß es eine „tschechoslowakische" Nation bis zum Zusammenbruche der habsburgischen Monarchie nicht gegeben hat und in der Geschichte niemals gab. Es handelt sich stets um zwei Nationen, die Tschechen und die Slowaken, die zwar eine nahe Verwandtschaft miteinander aufweisen, aber im Laufe der Jahrhunderte immer weiter auseinander kamen. Die eigentlichen

Digitized by Google

Tschechen, in Böhmen, waren durch die enge Berührung mit den Deutschen mehr in den fortgeschrittenen westlichen Kulturkreis geraten. Gleichzeitig aber auch hatte sich ein scharfer Gegensatz zwischen diesen Tschechen und ihren westlichen Nachbarn herausgebildet, der im wesentlichen sozial-ethische Ursachen besaß, da sich der Tscheche in seiner kulturellen Rückständigkeit von dem überlegenen Deutschen stets unterdrückt fühlte. Die Slowaken hatten innige Anlehnung an das Magyarentum gefunden, dem sie — national weniger selbstbewußt als die böhmischen Tschechen — zwar geistig, aber nicht politisch überlegen waren, ebenso wie etwa die Deutschen in den ungarischen Ländern. Die Magyaren verstanden es, die slowakische Intelligenz in ihre politischen Dienste zu stellen und so finden wir, daß neben zahlreichen deutschen und vielen kroatisch-serbischen Abkömmlingen die hervorragendsten Führer der Magyaren, darunter sogar der Nationalheld Kossuth, slowakischen Ursprungs waren und sind. Die Absorbierung der slowakischen Intelligenz durch das Magyarentum ließ jedoch die breiten Massen der Slowaken die Magyarisierungstendenzen der herrschenden Gewalten nicht verspüren und zwar um so weniger, als die weitaus stärkere natürliche Vermehrung der Slowaken die verhältnismäßig geringen Verluste durch Entnationalisierung nicht recht fühlbar werden ließ. Die Erfolge der Magyarisierung in dem überwiegend slowakischen Oberungarn gingen vielmehr auf Kosten der deutschen Stadtbevölkerung und der deutschen Sprachinseln mit der überraschenden Begleiterscheinung, daß hierbei das Slowakentum bedeutendere Fortschritte machte, als das Magyarentum selbst und zwar ebenfalls auf Kosten der Deutschen. Der erst in den letzten Jahren entschiedener betonte slowakische Nationalismus richtete sich daher mehr gegen die politische Bevormundung durch das magyarische Element, als gegen eine nationale Benachteiligung schlechthin. Es entbehrt darum nicht eines pikanten Beigeschmackes, daß sich die schärfsten Auswirkungen dieses neuen slowakischen Nationalgefühls nicht gegen das Magyarentum kehren, sondern gegen die tschechischen „Befreier", die außer der politischen Bevormundung der in ihren Augen nicht minder, als in jenen der der Budapester Machthaber rückständigen Slowaken auch noch eine ziemlich plötzliche nationale Umkrempelung der Slowaken in vollwertige Tschechen durchführen wollen. Waren dem slowakischen Nationalismus die magyarischen Bestrebungen unsympathisch, so sind ihm die tschechophilen es nicht weniger. Die Slowaken wollen nicht das Prager für das Budapester Diktat eintauschen und darum der Schlachtruf „Die Slowakei den Slowaken!" und des weiteren die Forderung nach vollkommener Autonomie der Slowakei im Rahmen der tschechoslowakischen Republik, die allein schon eine Durchbrechung der von den Prager straffen zentralistischen und imperialistischen Kreisen angestrebten Einheitlichkeit des Staates von Reichenberg bis Preßburg bedeutet. Es war ein grober und in seinen ver-

Digitized by Google

hängnisvollen Folgen für die tschechoslowakische Republik heute noch gar nicht abzuschätzender Fehler der Tschechen, sofort nach dem Einmarsch ihrer Truppen in der Slowakei mit umfassenden Tschechisierungsmaßnahmen einzusetzen. Man hat dadurch auch der von magyarischer Seite in unleugbar geschickter Weise in Szene gesetzten Agitation gegen die neuen Herren wirksames Material in die Hand gegeben und den Erfolg einer etwa später in langsamer und vorsichtiger Form betriebenen Tschechisierung unmöglich gemacht. Die Lage ist nun so: Wird die Autonomie gewährt, so liegt darin eine Schwächung der tschechischen Republik, da aus der autonomen Slowakei immer wieder Hemmungen kommen werden, die sich zwar zunächst auf innerpolitischem Gebiete äußern dürften, leicht aber auch die Aktionsfähigkeit nach außen ungünstig beeinflussen können. Gewährt man die Autonomie nicht, so wird sie das Ziel weiter slowakischer Schichten bilden. In beiden Fällen wird es an — natürlich maskierten — magyarischen Antreibern nicht fehlen, wobei noch berücksichtigt werden muß, daß die Slowaken wirtschaftlich nicht nach Nordwesten, sondern nach Südosten gravitieren und daß die Slowakei das Land einer streng kirchlich gesinnten katholischen Bevölkerung ist, wogegen die Prager Politik einen sehr scharfen antirömischen Kurs eingeschlagen hat. Der slowakische Partikularismus, genährt überdies durch die geographische Lage, wird zweifellos ein ernstes Problem der tschechischen Republik bleiben und ähnlichen Bestrebungen immer einen starken Rückhalt bieten, selbst wenn es im Augenblick gelingen sollte, mit irgend einer Formel aus Rücksichten auf das Ausland über die sogenannten Anfangsschwierigkeiten jedes jungen Staates hinwegzukommen; in diesem Falle handelt es sich aber um einen Keim, der dauerndes Siechtum im Gefolge haben wird.

Und an ähnlichen Bestrebungen fehlt es nicht. Sie sind in Mähren und Schlesien so mächtig, daß die ursprünglich beabsichtigte Verschmelzung aller Länder der Republik zu einem Einheitsstaat auch ohne das böse slowakische Beispiel nicht hätte durchgeführt werden können. In der zerschlagenen habsburgischen Monarchie waren Mähren und Schlesien mit Böhmen gleichberechtigte Kronländer und auf die Wahrung der Rechte ihrer „historisch-politischen Individualität" ebenso eifersüchtig bis zur oft lächerlichen Kleinlichkeit bedacht. Sie gaben sich in eigenen Landtagen besondere Gesetze und hatten in ihren Landesausschüssen eigene Regierungen neben den staatlichen, an deren Spitze kaiserliche Statthalter bzw. Landespräsidenten standen, während die Landesregierung ihrem Landeshauptmann (Oberstlandmarschall) untergeordnet war — die viel kritisierte und kostspielige Doppelverwaltung. Nach der Ausrufung der Republik dachte man in Prag daran, diese autonomistischen Selbstherrlichkeiten zu beseitigen und als Unterinstanz bei Abschaffung der Landesgrenzen eine Gauglieder ung einzuführen (Kreiseinteilung). Dagegen erhob sich, nachdem der erste Rausch der Be-

Digitized by Google

geisterung vorüber war, in Mähren und Schlesien ein heftiger Widerstand. Es wird nun zwar zur Gauverfassung kommen, aber voraussichtlich werden es die Partikularisten erreichen, daß die Länderindividualitäten Mähren und Schlesien ebenfalls erhalten bleiben, so daß statt einer Vereinfachung der Verwaltung eine sehr bedeutende Komplizierung eintritt. In der Verfechtung des Standpunktes der Länder gegenüber dem des Gesamtstaates waren alle, über sonstige Differenzen hinweg, Deutsche und Tschechen in der tschechoslowakischen Republik gerade so einig, wie sie es früher in dieser Sache in der habsburgischen Monarchie gewesen sind. Um den Standpunkt der in Mähren fast drei Viertel der Bevölkerung bildenden Tschechen zu verstehen, muß man wissen, daß die mährischen und die böhmischen Tschechen Brüder sind, die einander im tiefsten Grunde des Herzens nicht sonderlich lieben. Die mährischen Tschechen sind vor allem in nationaler Beziehung nicht so einheitlich, wie die böhmischen, ja sie stellen nicht selten ihr Mährertum über das Tschechentum. Besonders in früheren Zeiten war den mährischen Slawen die Zusammenwerfung mit den böhmischen Tschechen sehr unsympathisch. Die — wenn man so sagen darf — alltschechische Propaganda der letzten Jahrzehnte hat da freilich Wandel geschaffen, aber ein beträchtlicher Teil an Abneigung ist geblieben und kaum auszurotten. Dazu kommt, daß das mährische Slawentum noch stammestümliche Unterteilungen macht. Die Hanaken und Walachen sind stolz auf ihre Eigenart, die sie bewahren wollen, trotz ihrer unbezweifelbaren großtschechischen Gesinnung. Schließlich wohnen im Südosten im Anschlusse an ihre ehemals ungarischen Stammesbrüder etwa 400 000 Slowaken. Auch die *schlesischen* Tschechen sind keine Freunde der restlosen Zentralisierung, obwohl sie sich natürlich die Unterstützung der Prager Regierung gegen die deutsche Mehrheit — im Falle der Abtrennung Ostschlesiens — gerne gefallen lassen.

Verdichten sich die Sonderwünsche der Mährer und Schlesier *derzeit* auch noch nicht bis zu autonomistischen Zielen, so gehen sie doch mit Entschiedenheit dahin, sich eine gewisse Selbständigkeit und Unabhängigkeit von Prag zu bewahren. Es hängt jedoch nur von der Entwicklung der Zustände in der Republik ab, ob nicht hier gleichfalls eines Tages die Forderung nach voller Autonomie erhoben wird. Es liegt dies durchaus im Bereiche der Möglichkeit, denn die Unzufriedenheit mit dem Prager Regime ist unleugbar groß und gewinnt stets an Umfang und Tiefe. Die Sucht nach Zersplitterung gehört ja zu den hervorstechendsten Charaktereigenschaften des Slawen und es gibt sicherlich zu denken Anlaß, daß selbst heute, in der Zeit der höchsten Blüte der tschechisch-nationalen Idee, partikularistische Tendenzen eine kräftige Rolle spielen dürfen, obwohl sie von den Prager Regierungen mit scheelen Augen betrachtet und von dem Kreise um Kramarsch und Raschin geradezu als Verrat am neugeschaffenen Vaterlande

Digitized by Google

verpönt worden sind. Zu dieser natürlichen Veranlagung kommt, daß die politische Psyche des Tschechentums durch eine ebenso maßlose, wie zielbewußte Agitation im Sinne der Negation, der Zerstörung beeinflußt worden ist. Diese Mißleitung der Volksseele wird sich am tschechischen Staat bitter rächen und es werden in der tschechischen Presse jetzt schon Stimmen laut, die darauf hinweisen, daß das Gift, das man für den Habsburgerstaat braute, seine Wirkung im nationalen Reiche in verhängnisvoller Weise zeige. Dabei stehen wir erst am Beginne der neuen Wege tschechischer Entwicklung — es verdient große Aufmerksamkeit, daß trotzdem der partikularistische Holzwurm schon solche Fortschritte gemacht hat, neben vielen anderen Momenten, die darauf hinweisen, daß das junge Staatsgebilde im Herzen Europas an Seele und Körper schwerkrank ist. Heute hat man dort gewiß rötere Backen als in der deutschen Nachbarschaft, aber der Schein der Gesundheit trügt oft und darum die nervöse Hast, mit Gewalt die eigene Lebenskraft, der man nicht traut, durch fremde, bessere Kräfte nachzuhelfen. Doch die Mittel, die man anwendet, haben sich nirgends bewährt und sie werden nichts anderes erreichen, als daß sie auch den frischgezimmerten tschechischen Staat, der — wie ein Führer der Deutschen sehr treffend bemerkte — in dieser Gestalt eine Unzucht wider die Natur ist, eher zusammenbricht, als es seine Angehörigen und seine Schöpfer und Freunde im fernen Westen glauben. Ohne Gewaltanwendung von außen — nur durch seine innere Unmöglichkeit zum Leben.

Die demokratische Bewegung in Japan

Von Dr. Paul Ostwald, Berlin

Der Weltkrieg mit seiner unerhörten Anspannung der Volkskräfte aller kriegführenden Mächte, mit seiner Aufpeitschung der politischen Leidenschaften auch bei den Neutralen, mußte als eine notwendige innerpolitische Folge eine starke demokratische Welle zeitigen, die über die ganze Welt ihren Weg nehmen und alle Staaten mehr oder minder in Mitleidenschaft ziehen mußte. Für eine richtige Beurteilung der politischen Konstellation der Großmächte in Gegenwart und Zukunft ist es aber unerläßlich nötig, daß wir uns über die Wirkungen dieser demokratischen Welle auf die einzelnen Staaten im klaren sind. Denn wenn auch Rankes Wort von dem Primat der äußeren Politik über die innere unbedingt richtig ist und die Geschichte dafür die genügenden Beweise erbracht hat, so ist doch eine Rückwirkung der inneren Politik auf die äußere ebenso für jeden Einsichtigen eine Selbstverständlichkeit. Für die von uns einzuschlagende äußere Politik sind also die innerpolitischen Fragen der anderen Staaten nicht gleichgültig, sondern erfordern unser gespanntestes Interesse, und daß wir davon

Digitized by Google

bisher zu wenig aufbrachten, haben wir bitter büßen müssen. Bei der Bedeutung nun, die unzweifelhaft Japan für unsere zukünftige weltpolitische und weltwirtschaftliche Stellung zukommen wird, ist es ein unbedingtes Erfordernis, darüber klar zu sehen, wie das Reich des Mikado sich mit der demokratischen Welle abgefunden hat. Ist Japan noch der starke Hort des monarchischen Gedankens unter den Großmächten, steht der konstitutionelle Gedanke dort noch auf festem, sicherem Boden, oder hat er zugunsten der demokratischen Idee zurückweichen müssen und wieweit?

Wollen wir uns diese Fragen beantworten, dann ist vor allem zu bedenken, daß nicht erst der Weltkrieg den demokratischen Gedanken nach Japan gebracht hat, sondern daß wir es dort mit einer Bewegung zu tun haben, die ebenso alt ist wie die im Jahre 1890 eingeführte konstitutionelle Verfassung. Denn die vom Mikado seinem Volke nach dem Muster der alten preußischen geschenkten Verfassung befriedigte keineswegs alle Kreise des japanischen Volkes, soweit sie damals durch ihre Bildung und durch ihre Berührung mit dem Abendland in Betracht kamen. Alle die Männer, die besonders in England geweilt oder die wenigstens englischen Einflüssen sich zugängig erwiesen hatten, forderten für ihr Vaterland das parlamentarische System, wie es in England üblich ist. Mit der Verfassung setzte also gleichzeitig eine gegen sie gerichtete liberal-demokratische Bewegung ein, zu deren wichtigsten Führern ein Okuma zählte. Aber bei dem großen, im japanischen Volke vorhandenen Autoritätsglauben, der ja durch Jahrhunderte gepflegt war und bei der starken allgemeinen wie auch politischen Unbildung der Masse des Volkes fand diese liberal-demokratische Bewegung so wenig fruchtbaren Boden, daß ein Ministerium nach parlamentarischem Muster sich im Jahre 1898 nur 6 Monate halten konnte. Erst mit der zunehmenden Bildung des japanischen Volkes in den folgenden Jahrzehnten, erst mit der seit dem chinesischen Kriege in schärferem Tempo vor sich gehenden Industrialisierung des Landes gewann die liberal-demokratische Bewegung an größerem Anhang. Von nicht geringem Einfluß auf sie war auch das Bündnis mit England. Denn gerade von London her wurde sie stark unterstützt, da die englische Politik schlau genug war, sich hierdurch ein Mittel der Beeinflussung des japanischen Volkes in ihrem Sinne zu schaffen. Die Genro, oder der Rat der alten Staatsmänner, sahen sich dann auch nach der Jahrhundertwende in den Fällen einer neuen Kabinettsbildung wiederholt gezwungen, dem Mikado die Berufung eines Mannes aus dem liberal-demokratischen Lager zum Ministerpräsidenten anzuraten. So hat der Marquis Saionji zweimal (1905—1908, 1911—1912) als ein Liberaler die Ministerpräsidentschaft geführt. Wenn er auch als der Schüler Itos nicht zu den radikalsten Vertretern des demokratischen Gedankens gehörte und gerade darum den Genro noch als der Empfehlenswerteste galt, so ist doch seine Be-

Digitized by Google

rufung als ein Zeichen des Entgegenkommens von seiten der Regierung zu buchen; man wollte durch seine Person das immer mehr in demokratische Bahnen geratene Volk beruhigen.

Dennoch gelang es aber der Regierung bis zum Jahre 1912, im großen und ganzen das rein bürokratische System aufrecht zu erhalten, wie es die drei Ministerien des aus Militärkreisen stammenden Katsura beweisen. (1901—1905, 1908—1911, 1912—1913.) Erst mit dem Ministerium des Admirals Jamamoto im Jahre 1913 trat eine gewisse Änderung ein. Einmal stammte Jamamoto aus der den englischen Anschauungen näherstehenden Flotte und nicht aus dem als reaktionär verschrieenen Militärkreisen. Dann aber wurden sämtliche Minister seines Kabinetts der damals im Abgeordnetenhaus herrschenden Seiyukeipartei entnommen. Abgesehen also von Jamamoto selbst, der keiner Partei angehörte, darf man sein Kabinett als ein Parteikabinett bezeichnen. Wenn auch die Seiyukei als eine konstitutionelle Partei von Ito im Jahre 1900 gegründet war und nicht als eine ausgesprochene liberal-demokratische Partei angesehen werden darf, so war doch unter dem Kabinett Jamamoto dem liberalen Gedanken und seiner Forderung nach einer parlamentarischen Regierung zu einem guten Teile Genüge getan.

Da kamen kurz vor dem Ausbruch des Weltkrieges besondere Ereignisse der liberalen und demokratischen Bewegung in einem ganz besonderen Maße zu Hilfe. Durch den bekannten Flottenskandal wurden Jamamoto und mit ihm die Seiyukeipartei stark kompromittiert. Um das Volk zu beruhigen, mußten die Genro der liberal-demokratischen Bewegung völlig nachgeben und einen Volksmann wie den greisen Okuma zur Bildung eines Parteikabinetts berufen. Alle Ministerplätze wurden mit Männern besetzt, die nicht der Seiyukei, sondern den liberal-demokratischen Parteien, deren es eine ganze Reihe gab und die nur in ihrer Schattierung verschieden waren, besetzt.

Während des Krieges versuchte dann die Regierung noch einmal die Dinge zurückzudrehen und benutzte die sich im Volke wegen der lässigen Chinapolitik des Okumakabinetts mehr und mehr breitmachende Stimmung. Ein rein bürokratisches Kabinett, wie zu Katsuras Zeiten, wurde unter dem General Terauchi im Jahre 1916 gebildet. Doch das war nur ein vorübergehender Sieg des alten Systems. Die Masse des japanischen Volkes, über deren politische Uninteressiertheit der radikale damalige Justizminister Ozaki im Jahre 1914 geklagt hatte, war durch den Weltkrieg doch stark in Bewegung geraten. Die sogenannten Reisunruhen des Jahres 1918 werfen auf diese Verhältnisse ein grelles Schlaglicht. Das Kabinett Terauchi war unhaltbar, und der Führer der Seiyukeipartei, als der größten Partei im Abgeordnetenhause, wurde mit der Bildung

Digitized by Google

eines rein nach parlamentarischen Grundsätzen sich zusammensetzenden Kabinetts betraut.

Die japanische Regierung war klug genug, der so mächtig und drohend anschwellenden demokratischen Bewegung zur rechten Zeit den Wind aus den Segeln zu nehmen, indem sie durch das Kabinett Hara den guten Willen zu einem liberalen System zeigte. Doch wäre es durchaus falsch, etwa meinen zu wollen, daß damit nun der innere Frieden in Japan als gesichert erscheint. Denn wohl hat man eine Umformung der Regierung im demokratischen Sinne erreichen können, doch ist man von einer Regierung im demokratischen Geiste noch weit entfernt. Denn noch ist ein sehr großer Teil der japanischen Bevölkerung vom Wahlrecht ausgeschlossen. Durch das Gesetz aus dem März des Jahres 1919 ist zwar der Steuerzensus für die Wahlberechtigung von 10 auf 3 Yen herabgesetzt worden, aber damit bleiben nach wie vor alle Arbeiter vom Wahlrecht ausgeschlossen. Ist ihr Einkommen doch so gering, daß sie überhaupt zur Steuer nicht herangezogen werden können. Wie wenig das neue Wahlgesetz wirklich von demokratischem Geiste getragen ist, sieht man daran, daß es bei einer Bevölkerung von etwa 53 Millionen Menschen und etwa 13 Millionen im wahlberechtigten Alter stehenden Männern nur 3,5 Millionen Männern das Recht zur Ausübung der Wahl gibt. Dem früheren Zustande gegenüber, wo nur 1,3 Millionen zur Wahlurne schreiten konnten, bedeutet es zwar eine Vermehrung der Wähler um das Doppelte, aber wenn nur der vierte Teil der im wahlberechtigten Alter Stehenden wirklich wählen kann, so wird man kaum von einer Volksregierung sprechen dürfen.

Weiter ist in Japan nach wie vor den Arbeitern die politische Organisation verboten. Darum finden wir dort weder Gewerkschaften noch eine sozialistische Partei. Mit Gewalt wird jede Propaganda in Wort und Schrift für die sozialistischen Ideen unterdrückt. Freie Meinungsäußerung und freie politische Betätigung haben also in Japan noch keine Stätte gefunden.

Der Kampf um die Durchdringung der Regierung mit demokratischem Geiste wird sich äußerlich abspielen als ein Machtkampf zwischen den beiden größten Parteien, der Seiyukei und der Kenseikei. Die Seiyukei, die wir schon oben als die konstitutionelle Partei zu erwähnen hatten, ist bisher die Hauptstütze der Regierung gewesen. Sie ist der Sammelpunkt der Großindustriellen und der kapitalistischen Kreise. Sie hat seit ihrer Gründung immer mehr als die Hälfte der Abgeordneten gestellt, selbst nach dem für sie so belastenden Jamamotoprozeß konnte sie mit 207 Vertretern in das Abgeordnetenhaus einziehen und hatte damit die absolute Mehrheit der Stimmen auf ihrer Seite. Bei dem herrschenden und vor allem bei dem bis 1918 herrschend gewesenen Wahlgesetz ist

Digitized by Google

das ja auch nicht zu verwundern. Schon ein Katsura erkannte, wie gefährlich diese kapitalistische Partei für den Staat werden konnte, und er unternahm es deshalb, ihr durch die Gründung einer Mittelstandspartei, der Doshikei, das Wasser abzugraben (1913). Diese Partei geriet aber nach dem bald erfolgten Tode ihres Gründers mehr und mehr in die Hände der demokratischen Führer, sie kam unter den Einfluß Okumas und Katos. Aus ihr wurde die schon erwähnte Kenseikei.

Daß dieser Machtkampf der beiden Parteien außerordentlich schwer werden und Japan vor schwere innere Konflikte stellen muß, kann als nur zu wahrscheinlich angenommen werden, wenn nicht auch hier rechtzeitig die Einsicht bei der Regierung Platz greift. Denn das japanische Wahlrecht ist heute, wo in vielen Staaten sogar die Frauen das Recht zu wählen und gewählt zu werden, erhalten haben, eine Unmöglichkeit. Und das um so mehr, als die schnellere Industrialisierung des Landes infolge des Weltkrieges die Arbeitermassen in den Städten hat anschwellen lassen. Diese werden sich die politische Rechtlosigkeit nicht lange noch gefallen lassen, denn ihre wirtschaftliche Lage drängt zur Selbsthilfe, und die sozialistische Welle unserer Zeit muß auch den Arbeitern in Japan das Gefühl der Macht geben. Wer heute in die Volksstimmung hineinschaut, wird dort gegen früher so manche Wandlung feststellen können. Der Autoritätsglaube, der so fest im Volke wurzelte, ist erschüttert, die vordem heilige Person des Mikado wird in gewissen Kreisen scharf kritisiert, die Streikstimmung ist in stetem Wachsen unter den Arbeitern, demokratische Vereinigungen aller Art sind entstanden, sogar anarchistische Geheimverbände sind wiederholt von der Polizei aufgedeckt worden. Der Krieg hat ferner auch in Japan eine große Kapitalverschiebung und eine allgemeine Verteuerung der Lebensmittel bewirkt, so daß nicht nur in den Arbeiterkreisen, sondern auch im Mittelstand Unzufriedenheit und Unruhe groß sind. Mit allem dem werden Regierung und Seiyukeipartei zu rechnen haben. Von ihrer Haltung zum Wahlrecht, zu Arbeiterschutzgesetzen, zur freien politischen Betätigung in Wort und Schrift u. a. m. wird für Japan in Zukunft viel abhängen. Bleiben sie bei ihrer ablehnenden Haltung, wie es das neue Wahlgesetz, die mangelhafte Arbeiterschutzgesetzgebung, die Sozialistengesetze beweisen, so würde das Land sicher in schwere innere Wirren kommen, von denen die Reisunruhen des Jahres 1918 nur ein Vorspiel waren. Doch man wird wohl nach den bisherigen Erfahrungen annehmen können, daß die politische Klugheit der Japaner sich auch hier wieder zeigen wird, indem die verantwortlichen Kreise es verstehen werden, noch den letzten Augenblick zu ergreifen, um verhängnisvolle Folgen ihres Festhaltens am Alten zu verhindern.

Digitized by Google

Zur Fortbildung des Marxismus

Von Arthur Heichen (Leipzig)

In einer Rektoratsantrittsrede verbreitete sich der Leipziger Historiker Prof. Erich Brandenburg unlängst über „Die materialistische Geschichtsauffassung und ihre Wandlungen". Ohne uns auf eine Polemik gegen einzelne Punkte dieser Rede einlassen zu wollen, muß zunächst — und das verbuchen wir als einen großen Fortschritt! — anerkannt werden, daß Brandenburg all die Anwürfe und Einwürfe, denen der historische Materialismus sich besonders von seiten der Theologen und Moralphilosophen ausgesetzt sah, nicht aufnimmt. An zwei Punkten tritt dies besonders deutlich hervor. Die Auseinandersetzung mit dem historischen Materialismus machten sich seine bürgerlichen Gegner — und das waren nicht nur „nebenberuflich" philosophierende Pastoren, sondern auch Gelehrte von Fach — äußerst einfach, indem sie ohne weiteres den philosophischen mit dem historischen Materialismus identifizierten und, indem sie den ersteren erledigten, gleichzeitig auch den zweiten „vernichtet" zu haben glaubten. Dieser aber erwies sich trotz aller Anfeindungen von innen und außen als äußerst zählebig und dokumentierte durch diese seine Zählebigkeit gleichzeitig, daß er eben etwas anderes als der philosophische Materialismus war. Auf diese Tatsache hat von seiten der Fachphilosophen meines Wissens nur Külpe in seiner „Einleitung in die Philosophie" aufmerksam gemacht, und auch Brandenburg geht als einer der wenigen diesen Weg. Und auch ein zweites läßt er gegen den Marxismus nicht gelten, nämlich seine fatalistische Deutung. Indem er von Voraussage „für den Einzelfall" und von solcher „für die Allgemeinheit" spricht, deutet er wohl das Problem an, spricht es aber nicht aus. Daraus kann insofern kein Vorwurf gemacht werden, als sich der Marxismus, besonders der ältere Marxismus, über diese Scheidelinie selber nicht im Klaren gewesen ist, sie entweder gar nicht gesehen oder aber willkürlich verrückt hat und ihm dieserhalb der Vorwurf nicht ganz erspart werden kann, sich mit primitiven Mitteln an die Lösung der tiefsten philosophischen Probleme, für die er gar nicht zuständig und berufen war, gewagt zu haben. Das Problem, das wir meinen, ist das der Willensfreiheit, der Determiniertheit des Einzelmenschen und ein anderes, mit dem allein es der Marxismus zu tun hat, nämlich das Problem der Determiniertheit von sozialen Massen. Diese Tatsache wollte man andeuten, wenn man die primitive und unzureichende Formel prägte, der Marxismus sei die Wissenschaft von „sozialen Massen" — unzureichend deshalb, weil die Wissenschaft der Statistik mit dieser Definition gleichermaßen umschrieben ist. Das Problem der individuellen Willensfreiheit zu lösen, dazu ist die Philosophie und Individualpsychologie berufen, und die Marxisten tun gut — aber, wie gesagt, sie haben

Digitized by Google

es leider nicht immer getan! —, die Finger davon zu lassen. Ein anderes ist es um die Determiniertheit von Massen; hier das Für und Wider aufzuwerfen, das ist Aufgabe der Geschichte, der Statistik und allerhöchstens der Sozialpsychologie. Den Weg der bewußten Verengerung auf diese letztere Aufgabe, einen Weg, der von der Allerweltsphilosophie mehr und mehr zur „Ökonomie" führt, ist erst der moderne Marxismus gegangen, einen Weg, der nirgend reiner ausgeprägt ist, als in einem Buch Karl Renners „Krieg, Marxismus, Internationale". Bezeichnenderweise berührt kein einziges der zahlreichen Kapitelüberschriften ein philosophisches Problem. Auf die Grundtendenzen dieses Buches müssen wir später zurückkommen, jedenfalls kann diese Arbeit als die Programmschrift des modernen Marxismus gelten, auch wenn sie in sozialistischen Kreisen nicht allzu sehr, in bürgerlichen Kreisen überhaupt nicht beobachtet worden ist. Nur einer — und bezeichnenderweise ist es ein Nationalökonom — hat ihr überhaupt Aufmerksamkeit geschenkt und zwar ist das kein anderer als der Leipziger Gelehrte Karl Bücher. Er erwähnt sie in seiner „Entstehung der Volkswirtschaft" (Teil II, Abschnitt: „Der Transport"). Gerade von Karl Bücher darf dies allerdings nicht wundernehmen, paßt auf ihn das beliebte Schema: bürgerlicher bzw. sozialistischer Nationalökonom am allerwenigsten. Jedenfalls steht er dem modernen ökonomischen Sozialismus so nahe, daß man eigentlich kaum weiß, was ihn noch von demselben trennt, wenn man beispielsweise in seinem Schriftchen: „Die Sozialisierung" liest: „Persönlich bin ich von der Unausbleiblichkeit eines schließlichen Sieges des Sozialismus überzeugt.... Ich habe viele Jahre meines Lebens der Untersuchung vergangener Stufen der Wirtschaft gewidmet.... Und da habe ich mir immer wieder sagen müssen, daß die ökonomische Welt einmal in der Richtung zu suchen sein würde, wie die besten unter den Sozialisten sie sich vorstellen", oder aber wenn man sein kommunalsozialistisches Programm „Die wirtschaftlichen Aufgaben der modernen Stadtgemeinde" aus Teil II seiner „Entstehung der Volkswirtschaft" in Augenschein nimmt. Diese Fortbildung des Marxismus durch Renner und andere — aber wirklich um eine Fortbildung des *Marxismus*, nicht des *Sozialismus überhaupt* handelt es sich — hat Brandenburg vollkommen übersehen (was allerdings insofern entschuldbar ist, als die Rennersche Schrift erst während des Krieges erschienen ist). Statt dessen erwähnt er von den Sozialisten, die die materialistische Geschichtsauffassung weitergebildet haben, *Eduard Bernstein* (diesen sogar als „Anhänger von Marx") und *Max Adler*. Nun, wir glauben, Bernstein nicht Unrecht zu tun, wenn wir von ihm annehmen, er werde selber kaum Anspruch erheben, Marxist zu sein. Im Gegenteil, dem cant der materialistischen Geschichtsauffassung setzt er Kant entgegen und aus dieser Gesinnung heraus will sein Pazifismus um jeden Preis, seine Anglophilie verstanden sein. Und nur aus seinem

Digitized by Google

glühenden ethischen Temperament heraus — nicht aber aus marxistischer Intransigenz — ist sein unabhängiges, linksradikales Gastspiel zu erklären. Schwieriger ist der Marxismus Max Adlers zu erklären. Der Terminologie und Phraseologie nach ist er allerdings Marxist wie kein anderer, nicht aber seiner historischen Grundauffassung nach. Sein Standpunkt zum historischen Geschehen ist etwa der: Geschichte, eigentlich solltest Du Dich so und so vollzogen haben, mach es jetzt anders (wie ich, Max Adler, es will!); Proletarier aller Länder, was ihr in den Augusttagen 1914 getan habt, war Unsinn; macht diesen euren Unsinn rückgängig, ersetzt euren „Mißgriff" durch eine richtige Politik. Max Adler hadert mit der Geschichte, aber er versteht sie nicht und in ebendemselben Maße, wie er sie nicht versteht, kann er den Marxismus nicht zugerechnet werden, denn dessen vornehmstes Kennzeichen ist der Respekt vor dem historischen Geschehen. Diesen Respekt besitzt Adler nicht und daran ist sein ethisches Temperament schuld; und kein marxistisches Habit kann seinen voluntaristischen Ethizismus verdecken. Nicht die Adlersche Theorie an sich ist falsch, daß nämlich ethische Massenüberzeugung, ethisches Massenwollen als immanent wirkende Kraft in den Ablauf des historischen Prozesses hineinzustellen ist — das ist ganz in der Ordnung, und diese Grundauffassung wird schon von F. Engels ausgesprochen —, aber wie man diese ethischen Kräfte quantitativ und qualitativ einschätzt, darauf kommt es an. Hier aber geht Adler in die Irre und so wird er zum proletarischen Moraltheologen, zum Weltsittenrichter. Nirgends tritt dieser sein Standpunkt klarer zu Tage als in seiner kleinen Schrift: „Prinzip oder Romantik." Obwohl philosophisch verklausuliert und obwohl er weder Renner noch die deutsche Mehrheitssozialdemokratie direkt nennt und angreift, sind seine Ausführungen nichts anderes als ein Angriff auf die Politik der deutschen Mehrheitssozialdemokratie, auf die Politik vom 4. August und auf seinen Landsmann Karl Renner, der mit seinem schon erwähnten Buch die Theorie dieser Politik entwickelt hat. Renner nennt die proletarische Politik jener Augusttage und der folgenden Zeit ein „Tatsachenurteil"; Adler aber spricht von einer „Überrumpelung des Sozialismus durch den Imperialismus"; diese beiden Gegensätze sind kennzeichnend für die Fortbildung zweier „Marxismen" — wenn der unschöne Ausdruck erlaubt ist — in entgegengesetzter Richtung. Kann Adler die Tatsache selber nicht hinwegleugnen, so versucht er sie mit spitzfindigen Philosophismen von Erscheinen und Denken hinwegzudisputieren. Eins ist allerdings zuzugeben; nicht jede historische Tatsache, nicht jeder wilde Streik, oder jede Revoluzzerei ist eine große geschichtliche Tatsache, an der nichts zu rütteln und nichts zu mäkeln ist, nicht jede primitive „Tatsächlichkeit" des politischen Geschehens ist etwas, das die Kritik zu entwaffnen hat. Das wäre zu weit ge-

Digitized by Google

gangen. Aber die Politik der nationalen Volkssolidarität, das Phänomen der Kriegsinteressiertheit des Proletariats ist eine solche „Tatsächlichkeit", die man wohl konstatieren und erklären, nicht aber bemäkeln kann, denn wie ist es möglich, von einer Überrumpelung zu sprechen, wenn sich das Proletariat nicht nur in den Augusttagen allüberall zu seinem Volk stellte, sondern auch fünf schwere Kriegsjahre hindurch weiter zu ihm steht, ja sich auch heute noch nach Revolution und Niederlage in großer Mehrheit zu ihm bekennt? Ja, wer die Geschichte vernünftig anblickt, den schaut sie wieder vernünftig an und zeigt ihm keine Trugbilder von „Überrumpelung".

Der Marxismus Adlers ist unhistorisch und deshalb pseudomarxistisch. Die realen Tatsachen sind ihm unangenehm, daher auch die Abneigung des philosophischen Theoretikers gegen die Gewerkschaftspraktiker, die der Ökonomie jedenfalls ebenso nahestehen, wie er der Philosophie. Überhaupt die Ökonomie, das ist bei Adler ein schlüpfriges Gebiet! Nebenbei bemerkt, prophezeit er in seinem Schriftchen vom Weltkrieg, daß dieser ökonomisch alles beim Alten lassen werde — mit dieser Prophezeiung dürfte er wohl nicht nur innerhalb des Marxismus und Sozialismus in philosophischer Vereinsamung dastehen. Um die realen Tatsachen aus der Welt zu eskamotieren, klammert er sich an die — innerhalb des Marxismus wohl allenthalben anerkannte — Tatsache einer Wechselwirkung zwischen Ideologie und Ökonomie, aber in einer Weise, daß er — wenn auch nicht dialektisch, so doch tatsächlich — den Schwerpunkt auf die Ideologie verschiebt und die Ökonomie zu ihrem Appendix degradiert. Auf diese Weise vollzieht er seine Flucht aus der Welt der Realitäten und dokumentiert, daß er bis über die Ohren in Ideologie versunken ist. Daß die nationale Solidarität des Proletariats, seine Kriegsinteressiertheit, daß die Sprengung der internationalen Klassensolidarität ihre guten und zwar vor allem *ökonomischen* Gründe hat, das ist ja von den Gewerkschaften bis zum Überdruß verkündet worden, aber Adler kann und will dies nicht erkennen, weil ihm solche Tatsachen unsympathisch sind. Ob er sie wohl auch heute noch leugnen kann?

Wir glauben, die Dinge selber reden eine deutlichere Sprache als alle philosophische Dialektik zusammengenommen!

Wir hätten die Auseinandersetzung mit Max Adler nicht soweit geführt, wenn sie nicht gerade geeignet wäre, die Fortbildung des Marxismus am deutlichsten zu illustrieren. Der Adlersche Marxismus, auf eine Formel gebracht, läßt sich kennzeichnen als das unabänderliche Verharren bei einer Ideologie, nämlich der Ideologie des kommunistischen Manifestes, *trotz veränderter ökonomischer Grundlagen*. Die Ideologie gerät damit in Rückstand und Verzug, sie wird antiquiert. Der Rennersche Marxismus, der, wie wir andeuteten, nichts anderes ist als die theoretische Widerspiegelung der politischen Praxis

Digitized by Google

der deutschen Mehrheitssozialdemokratie, ist nach der formalen Seite Anpassung und Fortschreiten der Ideologie mit den veränderten und wechselnden ökonomischen Grundlagen. Inhaltlich aber bringt er die Überwindung der Ideologie des Kommunistischen Manifestes, das nur ein gleiches Lebensinteresse des Proletariats aller Länder kapitalistischer Kultur und als gefühlsmäßigen Ausdruck dieser nur internationalistischen Ideenwelt die internationale Klassensolidarität kennt. Renner setzt neben diese internationale Klassensolidarität die nationale Volkssolidarität, neben die Klasse das Volk — nicht als ethisches oder politisches Postulat, sondern einfach als Ausdruck der Tatsache, daß das Proletariat aller Länder fast ausnahmslos und ganz spontan die Partei seines Volkes ergriff und damit die internationale Solidarität des Proletariats von der jäh hervorbrechenden Solidarität der zum Krieg geeinten Nation gesprengt wurde. Nicht mehr gibt es, wie bisher, nur zwei eigentliche Nationen, die Nation der Besitzenden und der Besitzlosen, der Herrschenden und der Beherrschten, nein, die Solidarität des Volkes innerhalb der geschichtlichen Nation wird als schon in der Gegenwart liegend nunmehr endgültig anerkannt, nachdem die politische Praxis diese Anschauung schon im voraus sanktioniert hatte — überdies wieder ein Zeichen dafür, daß die Ideen meist hinter den Tatsachen hinterdreinhinken. Worauf man nun den Hauptnachdruck legt, auf die internationale Klassensolidarität oder die nationale Volkssolidarität, das ist Sache des Temperaments und des Intellektes und ist nicht das Entscheidende. Die wechselnden Umstände werden hier den Ausschlag geben. Ist aber die Volkssolidarität vom Marxismus erst überhaupt einmal anerkannt, so ist es klar, daß er selber mehr oder weniger in nationale Bahnen einmünden muß und weiterhin wird einmünden müssen. In dieser Tatsache scheint mir das wichtigste Kriterium für die Fortbildung des modernen Marxismus zu liegen, die, wie gesagt, eine Überwindung der Ideologie des kommunistischen Manifestes und auch, so müssen wir hinzufügen, des in gleichen Bahnen sich bewegenden Erfurter Programms darstellt.

Diese Weiterbildung des Marxismus wird und muß durch die neuen ökonomischen und politischen Tatsachen, die der Weltkrieg geschaffen hat, beschleunigt werden. Der Frieden von Versailles und St. Germain hinterläßt nicht nur politisch abhängige, sondern auch wirtschaftlich ausgebeutete und geknechtete Völker. Mit dieser neuen Tatsache, daß es nämlich nicht nur ausgebeutete Klassen, sondern auch ausgebeutete Völker gibt, wird die marxistische Theorie in Zukunft zu rechnen haben, und die ersten Ansätze sind hierzu bereits vorhanden. Das deutsche Volk Mitteleuropas verkörpert das Völkerproletariat, in welchen tieferen Kreis es aus der Höhe europäischer Völkeroligarchie durch den Weltkrieg hinabgeschleudert worden ist. In den äußeren Beziehungen der Völker zueinander, des ausgebeuteten, proletarischen Volkes Mitteleuropas und der

Digitized by Google

kapitalistisch-oligarchischen Völker Westeuropas und Amerikas, den unmittelbaren Nutznießern dieser Ausbeutung, öffnet sich die Kluft sozialer Gegensätze; die nationalen Gegensätze, die bisher mehr ein Gegensatz der nationalen Bourgeoisien und ihrer ideologischen Trabanten untereinander waren, werden zu wahrhaftigen Gegensätzen der ganzen Völker zueinander, Gegensätze, die nirgends schärfer zum Ausdruck kommen als in der verschiedenen Höhe der Lebenshaltung der proletarischen und kapitalistischen Völker. Diese Gegensätze sind gleichzeitig sozialer und nationaler Art, beide verschmelzen miteinander und verstärken damit einander, nicht aber ist es so, wie man auf einer früheren Stufe marxistischer Erkenntnis vermeinte, daß die nationalen Gegensätze durch soziale Gegensätze ausgelöscht würden. Die internationale Klassensolidarität der Proletariate Europas und Amerikas ist damit zum größten Teil gesprengt, indem nämlich auch die Proletariate der siegreichen Ententeländer zu ökonomischen Nutznießern an der Ausbeutung der besiegten und proletarisierten Völker Mitteleuropas werden. Die Rückwirkung dieser neuen Tatsachen nach innen aber zeigt sich darin, daß innerhalb der ausgebeuteten Proletariervölker Mitteleuropas die sozialen Gegensätze selber sich mildern und ausgleichen müssen, weil die ungeheure Armut, die Staatsverschuldung und der wirtschaftliche Druck von außen einen weitgehenden Wohlstandsausgleich, eine proletarische Einebnung des ganzen Volkes und damit in gewissem Sinne eine soziale Homogenität schaffen müssen — erzwingen müssen kraft der Logik der Dinge selber. Sowohl nach innen wie nach außen sind damit auf seiten der proletarisierten Völker nunmehr recht eigentlich auch die ökonomischen Voraussetzungen für die nationale Solidarität innerhalb der geschichtlichen Nation schon für die Gegenwart — nicht erst für die Zukunft, wie Adler meint — gegeben. Der nationale Gedanke selber rückt damit aus dem Stadium der Ideologie in das der Ökonomie und gewinnt damit einen festen Grund.

Der Marxismus steht also vor der Aufgabe, in Zusammenhang mit den Tatsachen eine Theorie der Völkerausbeutung zu schaffen. Diese braucht nicht von weither geholt zu werden, sie ergibt sich zwangsläufig aus den schon jetzt klar zu Tage liegenden sozialen Erscheinungen, wenn auch naturgemäß die Zeit für ein abschließendes Urteil noch nicht reif ist. Nur in den allergröbsten Umrissen können wir eine solche Theorie andeuten, ihre genauere Präzisierung muß anderen Stellen vorbehalten bleiben. Zunächst hat sich der Ententekapitalismus in den Friedensverträgen und im Völkerbund ein völkerrechtliches Institut geschaffen, daß die Ausbeutung unter der moralischen Maske von Erstattungen und Wiedergutmachungen in ein rechtliches System bringt. Der Ententekapitalismus hat sich damit selber auf völkerrechtliche Basis konstituiert und diese völkerrechtlichen Institute sind für ihn das, was für den älteren Privatkapitalismus die Institute des Privateigentums und des freien Arbeitsvertrages

Digitized by Google

waren. Neben dieser völkerrechtlich sanktionierten Völkerausbeutung vollzieht sich eine andere auf privatwirtschaftlicher Grundlage, auf Privatschleichwegen sozusagen. Diese Form, die im sogenannten „Ausverkauf" und in der „Überfremdung" des deutschen Kapitalismus am schärfsten in Erscheinung tritt, läßt sich vielleicht am besten einheitlich als Valutaimperialismus bezeichnen. Vollzog sich nämlich die Ausbeutung des Arbeiters durch den Kapitalisten mittels der freien Preisbildung auf dem Arbeitsmarkt, so vollzieht sich die Ausbeutung eines Volkes durch ein anderes nunmehr auf dem Wege über — die Wechselkurse, die Valuta! Bis vor dem Kriege konnte von einer „Völkerausbeutung" auf diesem Wege nicht die Rede sein, weil damals die Wechselkurse durch die gleiche Kaufkraft der einzelnen Währungen reguliert wurde. Diese gleiche Kaufkraft des Geldes regelte den internationalen Warenaustausch und bedingte, daß Warenmenge gegen Warenmenge ausgetauscht wurde, hinter denen — wenigstens ungefähr! — die gleiche Arbeitsmenge steckte. Dieses Verhältnis ist heute von Grund auf erschüttert, was wir dadurch zu spüren bekommen, daß die Mark wohl im Innern noch eine verhältnismäßig hohe Kaufkraft, etwa ¼ der alten Mark, besitzt, daß sie aber im Verkehr mit dem Ausland nur noch $^1/_{10}$ ihres früheren Wertes gilt. Die Valuta wird jedenfalls nicht mehr durch die gleiche Kaufkraft des Geldes reguliert, sondern durch andere Momente, und es besteht ein Mißverhältnis zwischen Kaufkraft des Geldes nach innen und Kaufkraft nach außen, die zum Hebel der Völkerausbeutung, zum Hebel unserer Ausbeutung vor allem durch die Entente wird und voraussichtlich ein solcher bleiben wird, weil sich dieses Mißverhältnis durch keine Währungsreform und durch keine Valutamaßnahmen ganz beseitigen lassen wird, einfach deshalb, weil die Ursachen tiefer liegen und ihre Beseitigung uns zum größten Teil unzugänglich ist. Was bedeutet also dieser Valutaimperialismus, und was das Mißverhältnis zwischen Kaufkraft unseres Geldes nach innen und Kaufkraft nach außen? Marxistisch gesprochen nichts anderes als die Aneignung unbezahlter Arbeit eines Volkes durch ein anderes — also Mehrwerterpressung. In der praktischen Wirtschaftspolitik zeigt sich dies dadurch, daß wir einerseits die eingeführten Waren zu hoch bezahlen müssen, während unsere Ausfuhr zu Spottpreisen ins Ausland geht. Nebenbei bemerkt, war jüngst das Verhältnis zwischen Wert der Ausfuhr und Wert der Einfuhr 1 : 6, ein Verhältnis, das jedenfalls kleiner ist als das entsprechende Verhältnis der unterliegenden ausgetauschten Arbeitsquantitäten. Das Tragische des „Ausverkaufs" ist also dies, daß wir Waren hingeben und dafür Gegenwerte erhalten, für die wir unsererseits vom Ausland nur Arbeitsmengen eintauschen

Digitized by Google

können, die um vieles kleiner sind als die anläßlich des Ausverkaufs hinausgegebenen. Und genau so verhält es sich mit der erwähnten Erscheinung der „Überfremdung" des deutschen Kapitals. Auch hier Hingabe von Produktionsmitteln unter ihrem wirklichen Wert. Nebenbei bemerkt, illustriert diese Überfremdung am trefflichsten unsere Proletarisierung auch nach der formalen Seite, indem sie es uns nämlich zum Bewußtsein bringt, daß die Besitzer unserer Produktionsmittel andere Völker, wir aber ihre auf Lohn gesetzten Arbeiter sind. Am weitesten ist dieser Prozeß in Deutschösterreich vorgeschritten, und die Wiener Blätter wissen ein Lied davon zu singen. Bis zu welchem Punkte die Überfremdungstendenzen auch bei uns durchdringen werden, läßt sich kaum sagen; das Schlimme ist, wir merken es gar nicht, weil sich diese Erscheinung (Verkauf von Grundbesitz, von Fabrikanlagen, von Aktien, Obligationen und Effekten) privatwirtschaftlich vollzieht und damit einer statistischen Erfassung entgeht.

Der Tatsache gegenüber, daß sich der Kapitalismus auf der Ententeseite völkermäßig, daß sich das deutsche Volk als Objekt einer ententistisch-kapitalistischen Ausbeutung gleichfalls völkermäßig, aber proletarisch, organisiert, wird der Marxismus Rechnung tragen müssen, indem er seine Ausbeutungs- und Mehrwerttheorie von der nur klassenmäßigen zu einer überdies volklich-nationalen Einstellung ausweitet, wie wir es in kurzen Strichen anzudeuten versuchten.

Wirtschaftsleben, Gesetz und Moral

Von Juder

In dieser Zeitschrift ist des öfteren der Gedanke von verschiedenen Seiten aus beleuchtet worden, daß nur moralischer Wille von innen heraus die Gesundung unseres Volkes und unserer öffentlichen Zustände herbeiführen könne. Es möge daher einem Juristen vergönnt sein, die Frage zu erörtern, ob unsere Gesetzgebung hier auf dem rechten Wege ist und insbesondere, ob nicht gerade auf dem wichtigsten Gebiet des Wirtschaftsleben grundlegende Fehler gemacht werden.

Einer der ersten Grundsätze der Rechtswissenschaft besagt, daß eine scharfe Grenze zwischen Recht und Moral besteht, und daß etwas, was rechtens ist, durchaus nicht immer von einem feineren moralischen Empfinden gebilligt zu werden braucht, während andererseits die Moral breiter Schichten dem Menschen gewisse Dinge gebieterisch vorschreiben kann, ohne daß es doch möglich wäre, sie gesetzlich zu erzwingen. Recht kann also wohl unter Umständen unmoralischen Zwang bedeuten, bloße Moral dagegen ist stets rechtlich unerzwingbar.

Sehen wir uns nun einmal das ganze, auf unser Wirtschaftsleben bezügliche

Digitized by Google

Verordnungswesen daraufhin an, so erkennen wir sofort, daß es fast ohne Ausnahme moralische Dinge sind, deren Erzwingung auf gesetzlichem Wege dort versucht wird. Hierin liegt offenbar die Quelle des ungeheuren Mißerfolges dieser Gesetzgebung, der leider noch immer nicht zum Abbau geführt hat, im Gegenteil sogar neue geschärfte Versuche nach sich zieht. Und was ist die Folge? Nicht nur wird die Moral nicht erzwungen, sondern der Gesetzgeber, der die Grenzen von Recht und Moral verwischt, erreicht damit, daß auch das Rechtsgefühl leidet und in der allgemeinen Demoralisation mit untergeht.

Allerdings ist die Grenze nicht immer leicht zu finden. Folgende Erwägung scheint mir dazu dienlich:

Zu Recht kann nur werden, was dem Rechtsgefühl der breiten Masse entspricht. Ich denke hierbei natürlich nur an allgemeines Recht, insbesondere an das hier allein in Rede stehende, mit Strafandrohung verbundene Rechtsgebot, nicht an Sonderrechte gewisser Stände, wie z. B. das Handelsrecht. Gerade aus der Tatsache aber, daß es einem einzelnen Stand möglich ist, sein Sonderrecht, — meist durch Bildung von Gewohnheitsrecht —, sich zu erzwingen, ergibt sich, daß es um so weniger möglich sein kann, einem Stand durch Mehrheitsbeschluß gegen sein eigenes Rechtsgefühl Rechtsnormen aufzuzwingen, sollten sie auch hundertmal moralisch geboten sein.

Allgemeines Recht kann also nur werden, was dem Rechtsgefühl der Mehrheit aller Stände entspricht, Sonderrechte dagegen sind wohl für, niemals aber gegen einen Stand auf die Dauer erzwingbar, auch f ü r einen Stand nur insoweit, als das Sonderrecht dieses Standes ihn allein angeht und nicht die Interessen anderer Stände verletzt oder schädigt.

Betrachten wir nun unter diesem Gesichtspunkt die das Wirtschaftsleben betreffenden Verordnungen und Gesetze, so sehen wir, daß alle diejenigen unter ihnen, welchen der Gehorsam, trotz sehr hoher Strafandrohungen versagt wird, entweder gegen einen einzelnen Stand gerichtet sind oder nicht, dem Rechtsgefühl der Mehrheit aller Stände entsprechen. Es leuchtet wohl ohne weiteres ein, daß sich z. B. von einem so bedeutenden Volksteil, wie es der Bauernstand ist, nichts erzwingen läßt, was gegen sein Rechtsgefühl verstößt. Daß dies aber bei den meisten, gegen den genannten Stand gerichteten Verordnungen der Fall ist, muß jeder feststellen, der mit der Durchsetzung dieser Verordnungen befaßt ist. Ebenso wird man wohl lange suchen müssen, bis man einen Menschen findet, dessen Rechtsgefühl es verletzt, wenn ein Vater für seine leidende Familie Lebensmittel herbeischafft, wo er sie findet, anstatt gläubig auf Staatslieferungen zu harren, die entweder ausbleiben oder doch ungenügend sind.

Durch die Verschärfung der Strafen wird nur eines erreicht: Der Kreis der

Digitized by Google

Personen, welche die Gesetze übertreten, verringert sich um die Ängstlichen und die moralisch Stärksten. Es bleiben allmählich nur die ganz Unbedenklichen. Diese vergrößern ihr Tätigkeitsgebiet entsprechend, so daß nach Außen kein anderer Erfolg eintritt als eine Schädigung der wenigen Anständigen und, was noch schlimmer ist, eine ungeheure Schädigung der Achtung vor dem Gesetz und des Ansehens der Gerichte und sonstigen mit der Durchführung der Gesetze betrauten Behörden. Ja, diese Behörden selbst geraten in Gewissenskonflikte peinlichster Art und ich glaube nach meinen bescheidenen Erfahrungen sagen zu dürfen, daß das jetzt herrschende System des schematischen Daraufloswerfügens und Daraufloswerfolgens lediglich den vielen streberischen Hohlköpfen, die sich in allen Behörden finden, zusagt oder wenigstens kein Unbehagen verursacht, während es selbständige Köpfe geradezu in Verzweiflung bringt, in diesem Wust von Recht und Unrecht, Moral und Unmoral herum zu irren. Als Vorsitzender eines Schöffengerichts habe ich mir nur dadurch helfen können, daß ich meine Entscheidung darauf abstellte, ob der Angeklagte, der des Vergehens gegen die betreffenden Verordnungen beschuldigt war, im Gefühl seines Rechts gehandelt hatte oder nicht, und je nachdem wegen mangelnden Bewußtseins der Rechtswidrigkeit zur Freisprechung gelangte oder verurteilte.

Ergebnis: Es ist nicht nur unklug, sondern auch ungerecht und moralzerstörend, wenn ein Vater seinen Kindern, ein Staat seinen Bürgern, Gebote auferlegt, noch dazu unter Strafandrohung, von denen er wissen muß, daß ihre Befolgung unmöglich und unerzwingbar ist.

Mein Vorschlag geht also dahin: Schleunigster Abbau aller das Wirtschaftsleben betreffenden Gesetze und Verordnungen, welche nicht dem allgemeinen Rechtsgefühl (der Mehrheit aller Stände) entsprechen, und schärfste Verfolgung derjenigen Vergehen, welche dem ganzen Volk (im obigen Sinne) verhaßt sind, als da sind: Wucher, Kettenhandel, Verschieben ins Ausland usw.

Führt man diese reinliche Scheidung durch, so stärkt man Moral und Rechtsgefühl und wird erreichen, daß alle Stände, nachdem sie von der demoralisierenden, infolge der gegen sie gerichteten Sondergesetze entstandenen Erbitterung befreit sind, an der schnellen und gründlichen Bekämpfung der Verbrecher aus allen Ständen mitwirken, welche nicht ihr Recht suchen, sondern bewußt das Rechtsgefühl der Volksgesamtheit aus schnöder unmoralischer Gewinnsucht verletzen. Mit anderen Worten: Beschränken wir die Gesetzgebung streng auf das Gebiet des Rechts, so werden wir dieses Recht durchsetzen und auch der Moral die Möglichkeit geben, sich wieder aufzurichten, wenn sie nicht mehr von falschen gesetzgeberischen Versuchen, sie in Recht umzuwandeln, erdrückt wird.

Digitized by Google

Warum uns Amerika nicht hilft

Auch heute noch spukt in den Köpfen auch vieler sonst recht klugen Leute der Gedanke und die Hoffnung, Amerika werde uns durch eine Anleihe von einigen Milliarden (Dollars natürlich) aus unserer entsetzlichen Notlage retten, und man ist eigentlich recht ungehalten, daß die Herren in Washington so gar keinen Anlauf dazu nehmen, uns zu helfen. Man meint, es fehle am guten Willen und an Verständnis für das europäische Elend und die Gefahren, die daraus auch für Amerika erwachsen. Daß man in Amerika nicht in allen Kreisen glänzend über unsere Sorgen unterrichtet ist, daß drüben sehr weite Kreise ähnlich wie auch bei uns volkswirtschaftlich noch nicht denken können, sei zugegeben. Aber auch bei denen, die Verständnis für unsere Lage besitzen, wie etwa Hoover, Paul Warburg und Vanderlip, wird der Gedanke an eine große europäische Anleihe nicht vertreten, und zwar aus verschiedenen Gründen. Fürs erste glaubt man, daß eine derartige Anleihe nur die Schuldenwirtschaft, die Inflation in Europa verstärken und den Gesundungsprozeß verlangsamen würde. Denn Kredit haben wir ja genügend. Unser Kredit ist sogar in weitgehendem Maße künstlich aufgebläht, und das ist der Hauptgrund, auf den hier hinzuweisen ist. Amerika kann aus innerpolitischen und innerfinanziellen Gründen gar nicht die gewünschte Hilfe an uns gewähren. Man stellt sich die Lage drüben falsch vor. Man meint, die Leute schwämmen in Geld, sie seien in Verlegenheit, wohin mit ihrem Überschuß aus dem internationalen Geschäft. Das ist aber nicht der Fall. Gewiß, in Geld schwimmen die Amerikaner insofern, als auch drüben durch eine munter arbeitende Notenpresse eine nicht unbedenkliche Inflation eingetreten ist, als man auch drüben die künstliche Kaufkraft erhöht und die Bevölkerung zu einer recht weitgehenden Verschwendung erzogen hat. Aber ein Kapitalüberschuß aus den letzten Jahren des für Amerika so glänzenden internationalen Handels ist im Lande selbst nicht recht zu spüren und die Gründe sind folgende: Zwar hatte man eine hervorragend aktive Handelsbilanz mit Europa, denn man hat immer in gewaltigem Maße Waren dorthin ausgeführt und verhältnismäßig wenig importiert. Aber das Aktivsaldo daraus ist nicht dem Lande zugeflossen, sondern ist in Europa geblieben, denn man hat ja die Ausfuhrwaren nicht bezahlt bekommen. Man weiß ja, daß allein die staatlichen Kredite an die Entente 10 Milliarden Dollars betragen und daß darüber hinaus noch gewaltige Summen für den Rückkauf von Wertpapieren und vor allem auch für Privatkredite in Anspruch genommen wurden.

Digitized by Google

Nun arbeiten ja die Vereinigten Staaten nicht nur nach Europa, sondern sie stehen in einem engen und immer bedeutender werdenden Verkehr mit Südamerika und Asien, China und Indien. Der Verkehr nach diesen Ländern, also nach dem Süden und dem fernen Osten, schließt aber keineswegs mit einem günstigen Saldo für die Amerikaner ab. Im Gegenteil, sie importieren von dorther viel mehr, als sie ausführen, und es entsteht dadurch ein sehr erheblicher Passivsaldo in der Handelsbilanz mit diesen Ländern und dieser Saldo würde an und für sich zu einem bedenklichen Sinken der Wechselkurse führen, wenn man nicht in ganz bedeutendem Umfange Edelmetall ausführen würde, in einem Umfange, von dem man sich bei uns wohl keinen Begriff macht. Es sind nämlich im Jahre 1919 rund 360 Millionen Dollars in Gold und etwa 250 Millionen Dollars in Silber aus Amerika abgeflossen. Das ist selbst für ein mit Edelmetallen so angereichertes Land immerhin etwas beunruhigend, besonders da die Einfuhr von Edelmetallen sich in verhältnismäßig engen Grenzen gehalten hat und hält und die Eigenproduktion der Vereinigten Staaten an Gold, die sich früher auf ungefähr 100 Millionen belief, fast auf die Hälfte zurückgegangen ist, da die erhöhten Produktionskosten nur mehr die Ausbeutung von sehr hochwertigen Erzen gestatten.

Das sind Dinge, die in Europa etwas mehr beachtet werden sollten. Es kommt aber noch ein psychologisches Moment hinzu: Der Amerikaner ist nie gewohnt gewesen, ausländische Papiere zu kaufen. Kein Wunder, denn das Land ist ja bis 1914 in außerordentlich hohem Grade ein Schuldnerland gewesen, es hat sich selbst die nötigen Kapitalien aus dem Ausland borgen müssen. An der großen mächtigen Newyorker Börse war eigentlich mit Ausnahme von einigen wenigen Werten aus den Nachbarländern auch nicht ein einziger fremder Wert notiert. Der Amerikaner ist also nicht gewohnt, ein ausländisches Papier zu kaufen, im Gegensatz zum Franzosen und Engländer, der mit besonderer Vorliebe derartige Papiere erwirbt. Man hat das schon im Kriege gemerkt, als die Munitionslieferungen nach England und Frankreich durch Anleihen finanziert werden sollten und man diesen Ländern staatliche Anleihen gewährt hat. Alle diese Anleihen sind damals, als Europa auch noch nicht annähernd so gesunken war wie heute, vom Publikum nicht genommen worden. Wie stellt man es sich nun in Deutschland vor, daß man heute den Amerikaner dazu bringen soll, ein Papier zu kaufen von Staaten, die völlig im Sumpfe stecken. Das wäre nur denkbar mit Hilfe einer geradezu gigantischen Agitation, im Vergleich zu der etwa die großen Kriegsanleihefeldzüge bescheiden zu nennen wären. Dazu aber ist in Amerika heute keine Zeit vorhanden, denn dort denkt man zur Zeit an die Präsidentschaftswahlkampagne, die einem näher liegt als das ach so ferne Europa.

Digitized by Google

Mit diesen Ausführungen soll nicht etwa gesagt werden, Amerika werde auch nicht einen Cent gewähren. Das ist hoffentlich nicht der Fall. Wir hoffen auf das bestimmteste, daß die Vereinigten Staaten uns helfen werden. Denn sie sind auf Europa unleugbar angewiesen. Wenn heute Europa völlig vernichtet würde, so würden ja die Vereinigten Staaten ihre unentbehrlichen Käufer für ihre Baumwolle, für ihr Kupfer und für vieles andere verlieren. Es würden ganze Landstriche und Einzelstaaten dem Verderben anheimfallen. Das weiß man drüben. Und deshalb wird gerade von den klugen und weitsichtigen Leuten, wie die oben schon Genannten, darauf gedrängt, daß persönliche Kredite in weitgehendem Maße von Land zu Land gewährt werden. Darüber hinaus ist es aber ganz unleugbar, daß amerikanische Finanz- und Wirtschaftskreise in großzügiger Weise sich in Deutschland allerhand Werte sichern. Die Börsen mit internationalen Beziehungen können davon ein Lied singen. Es kommen manchmal Orders, die in deutschen Mark ausgedrückt auf geradezu riesenhafte Beträge lauten. Nebenbei bemerkt auch einer der Gründe, warum bei uns die Kurse so schnell in die Höhe gehen. Für den Amerikaner machen ja derartige Aufträge nicht viel aus. Wenn man selbst für 100 Millionen Aktien kaufen läßt, so kostet das den Auftraggeber nur wenig. Mit 100 Millionen Mark kann man ja auch heute noch in Deutschland immerhin einiges anfangen. Die Amerikaner werden auf diese Weise in Deutschland persönlich interessiert und werden nicht zulassen, daß es uns zu schlecht geht. Tatsächlich ist eine ganze Reihe von Anzeichen dafür vorhanden, daß man in immer stärkerem Maße gerade auch von Newyork und Washington aus auf die Entente drücken wird, den Deutschen entgegenzukommen. Am deutlichsten ist das in dem für London und Paris bestimmten Schreiben des zurücktretenden amerikanischen Schatzsekretärs Claß zum Ausdruck gekommen, in dem er sagt: Weiterem Kreditbegehren unserer europäischen Freunde werden wir den größten Widerstand entgegensetzen. Europa muß sich jetzt selbst helfen, und es kann sich nur helfen, wenn es zunächst einmal anfängt, Deutschland wieder in einen arbeitsfähigen Zustand zu bringen. Man muß die verrückten Forderungen an Deutschland scharf einschränken, dann wird auch dort wieder gearbeitet werden. Es ist ganz ausgeschlossen, daß die Entente diese Warnung überhört. Man hat sich zwar bisher in Paris die Ohren verstopft, wenn ähnliche Mahnungen von kenntnisreichen Männern kamen. Diesmal aber ist es etwas anderes, denn diesmal steht der große Freund in Washington dahinter, der ja seinen Mahnungen auch eventuell einen wirtschaftlich fühlbaren Nachdruck verleihen kann.

Severus Linter.

Digitized by Google

Notizen

Die Krisis im ottomanischen Reich. Die Aufgabe der Alliierten dort ist wahrlich nicht leicht. Aus der Türkei kommen andauernd recht beunruhigende Nachrichten. Nach den neuesten Informationen breitet sich die aufständische Bewegung aus den 5 östlichen Vilajets von Anatolien gegen Norden nach den Vilajets von Trapezunt und Kastanumi, und gegen Westen nach denen von Angora und Konia aus. Eine andere Schwierigkeit der türkischen Lage ergibt sich aus der fieberhaften nationalistischen Propaganda in den mohammedanischen Ländern Asiens. Diese Propaganda begnügt sich nicht damit, die Verteidigung der türkischen Grenzen oder etwa ihre Erweiterung als notwendig hinzustellen, sondern zielt auf die Organisierung einer großen mohammedanischen Bewegung in ganz Zentralasien, Mesopotamien und Indien ab. Es sind auch enge Beziehungen zu den Führern der ägyptischen Bewegung hergestellt worden. Ein weiteres ernstes Problem bietet die türkische Offensive in Transkaukasien, die sich ihrerseits an die nationalistische Bewegung anschließt. In der Tat scheint der Beschluß zur Besetzung der Gebiete von Kars, Ardahan und Batum durch türkische Streitkräfte auf dem nationalistischen Kongreß von Erzerum gefaßt worden zu sein. Man dürfte sich erinnern, daß die Bolschewisten im Art. 4 des Vertrags von Brest-Litowsk versprochen hatten, jene Gebiete von den russischen Truppen räumen zu lassen. Darauf zogen die Türken dort ein; aber am 30. Oktober 1918 schlossen die türkischen Behörden mit dem englischen Admiral Calthorpe jenen Waffenstillstand, dessen Artikel II besagt: „Die türkischen Truppen haben bereits Befehl erhalten, einen Teil Transkaukasiens zu räumen; der übrige Teil des Landes wird geräumt werden, sobald die Alliierten nach Prüfung der Lage des Landes es verlangen". Nach Abzug der Türken kam Transkaukasien unter englische Kontrolle. Aber, wie es scheint, sind die Engländer, nachdem sie die Armenier bewaffnet hatten, inzwischen auch abgezogen, und die Feindseligkeiten zwischen Türken und Armeniern haben auf einer über 200 Kilometer langen Front, zwischen Oltu und Bajasid, eingesetzt. Man behauptet, die Türken gingen im Einverständnis mit den Georgiern, den Mohammedanern von Batum und den auf dem Westufer des Kaspischen Sees ansässigen Tataren vor. Alle diese Völkerschaften verfolgen den gemeinsamen Zweck, das Gebiet von Baku mit dem östlichen Anatolien zu vereinigen und die Armenier aus ihren Stellungen zu vertreiben. Die armenischen Truppen, die gegenwärtig in diesen Kampf verwickelt sind, hängen, scheint es, nicht von der armenischen Regierung in Eriwan ab; ihre Gegner sind irreguläre türkische Truppen und Kurden, beide reichlich mit Kanonen und Maschinengewehren versehen, so daß bezweifelt wird, ob die Armenier noch lange werden Widerstand leisten können.

Die Zuerkennung der Mandate, die Aufteilung Kleinasiens, die Schaffung eines Groß-Armenien, alle diese Pläne laufen Gefahr, platonische Schöpfungen zu bleiben, weil die Alliierten erst die Macht aufbringen müßten, sie in die Domäne der Wirklichkeit überzuleiten. Dazu wäre eine regelrechte militärische Expedition nötig, doch wird keine der europäischen Nationen nach vier Kriegsjahren und einem sogenannten Friedensjahr zu

Digitized by Google

diesem neuen Opfer bereit sein. Welches ist nun dieser Lage gegenüber das festumrissene politische Orient-Programm der Alliierten? Intervention oder Nichtintervention? Wenn es mit Stimmungsmache und Verbreitung tendenziöser Nachrichten ginge, wäre freilich die türkische Frage bald gelöst. Denn an solchen fehlt es nicht. So wurde kürzlich aus Athen gedrahtet, nach Meldungen gut unterrichteter Kreise sehe sich die Regierung in Konstantinopel infolge des Starrsinns von Mustafa Kemal vor die Wahl gestellt, entweder abzudanken oder den Kampf gegen die Nationalisten aufzunehmen.

Die Lage in Anatolien sei vollkommen unsicher, die muselmanische Bevölkerung infolge der Strapazen, die sie während des Krieges zu ertragen gehabt hat, vollkommen erschöpft und keinesfalls in der Lage, die hohen Steuerlasten zu tragen. Die Fahnenflucht der Soldaten wachse von Tag zu Tag. Man merkt, wie der Wunsch hier der Vater des Gedankens ist. Aber auf die Dauer werden diese Mittel nicht verfangen; es wird nicht gehen ohne ein festumrissenes politisches Programm.

Daß die öffentliche Meinung Frankreichs ihrer überwiegenden Mehrheit nach gegen die Entsendung von Truppen nach Anatolien und Kleinasien ist, kann man ohne weiteres annehmen. Auch England hat offenbar wenig Lust, sich einzumischen, da es nach Bewaffnung der Armenier seine Truppen aus Transkaukasien zurückzog. Die Vereinigten Staaten haben sich klar und deutlich gegen jedes militärische Unternehmen auf dem alten Kontinent ausgesprochen. Italien endlich hat seine Interessen im südwestlichen Kleinasien zu wahren und wird sicherlich das Abenteuer einer militärischen Intervention nicht wagen wollen. Die Wahrheit ist, daß die Tatsachen selber die Alliierten zwingen, das ottomanische Problem einer neuen Prüfung auf veränderter Basis und mit anderer Gesinnung zu unterziehen.

Heute kann von einer Zerstückelung Kleinasiens keine Rede mehr sein und die Alliierten werden schließlich das ottomanische Reich bestehen lassen und ihm, wenn sie es auch der Kontrolle der Großmächte unterstellen, die Mittel zur Existenz und Entwicklung gewähren müssen. In England macht sich bereits eine lebhafte Bewegung in diesem Sinne geltend. Es genügt der Hinweis, daß eine an die britische Regierung gerichtete und von einflußreichen Persönlichkeiten unterzeichnete Petition für die Aufrechterhaltung der ottomanischen Souveränität eintritt. Wenn die Alliierten nun auch nicht ihr Desinteressement an den im Ottomanenreich gärenden Agitationen erklären wollen, so werden sie sich doch vor Augen halten müssen, daß sich unter den Führern der türkischen nationalistischen Bewegung Männer von wahrhaft realpolitischem Sinn befinden. Mit diesen Männern, die die Notwendigkeit einsehen, sich mit den Alliierten über die Zukunft der Türkei zu verständigen, wird es nicht schwer sein zu einer Übereinkunft zu gelangen, durch welche die bedeutenden Interessen der europäischen Mächte im Orient wirksam geschützt werden können.

Dalmo Carnevali.

Lord Fishers heldenhafte Pläne. Lord Fisher gibt in seinen vor kurzem in London erschienenen „Memoiren" zu, er habe während seiner Amtszeit als Erster Lord der Admiralität wiederholt, 1905 und 1908, seine Regierung, König Eduard und das Reichs-Verteidigungs-Komitee dazu gedrängt, — ohne Kriegserklärung — einen über-

Digitized by Google

raschenden Angriff auf Deutschland zu unternehmen, um die deutsche Flotte im Kieler Hafen zu vernichten und gleichzeitig Truppen an der pommerschen Küste zu landen. Nach Lord Fisher haben Kaiser Wilhelm II. und die deutschen Marinebehörden Wind von diesen Plänen bekommen. (Merkwürdigerweise spielte im Frühjahr 1914, während der russisch-englischen Verhandlungen über eine Marine-Konvention, eine Landung in Pommern eine große Rolle; die Sache war den Russen und, wie es scheint, auch einigen englischen Herren derart wichtig, daß es nach den Enthüllungen M. Pokrowskis in der „Pravda" — deutsches Weißbuch 1919, S. 201 — der russische Botschafter in London für gut fand, dem russischen Marine-Agenten, Kapitän Wolkoff, am 2. Juni 1914 brieflich einzuschärfen, daß man über die Landung in Pommern und über die zu diesem Zwecke, noch vor Beginn des Krieges (!), zu erfolgende Entsendung von englischen Transportschiffen nach der Ostsee nur mit großer Vorsicht sprechen dürfe). Lord Fishers Offenherzigkeit hat in England sehr unliebsames Aufsehen erregt. Die hier schon zitierte Monatsschrift „Foreign Affairs" der „Union für demokratische Kontrolle" schreibt in ihrer November-Nummer dazu:

„Dies zynische Geständnis (Lord Fishers) widerlegt ein- für allemal das Geschwätz und die Heuchelei, die während der letzten paar Jahre den Deutschen ein besonderes Brandmal der politischen und internationalen Immoralität aufzudrücken suchten. Wenn die Politik der deutschen Kriegs-Häuptlinge eine Räuber-Politik war, so war die Politik unserer eigenen Kriegs-Häuptlinge das nicht weniger, wie sie es all der anderen Kriegs-Häuptlinge in allen kriegführenden Ländern war. Sie konnte gar nichts anderes sein. Das hat sich auch niemand eingebildet, der weiß, was Krieg bedeutet und was dem ganzen Kriegs-System anhaftet. Du siehst deinen Nachbarn an Zahl, Reichtum und Einfluß wachsen; du kommst zu dem Ergebnis, daß der Krieg mit ihm eines Tages „unausbleiblich" sein muß; und du gehst sogleich daran, ihn unausbleiblich zu machen, indem du Pläne zur Vernichtung deines Nachbarn entwirfst. Sie lassen sich heutigentags in der Regel nicht in der Art und Weise verwirklichen, wie sie Lord Fisher bevorzugte, dessen politischer Vorstellungskreis dem einfachen Geiste eines Dick Turpin (Bezeichnung für einen Straßenräuber; d. Übers.) gleicht. Aber schließlich zeitigen die Pläne den gewünschten Erfolg und ihre Förderer wenden sich einem irregeführten und aufgeregten Publikum zu und rufen aus: „Seht ihr! Haben wir das nicht vorausgesagt?" — Aber welch ein helles Licht wirft doch Lord Fishers Bekenntnis auf die Geschichte der anglo-deutschen Beziehungen seit der ersten Marokko-Krise von 1905, die zeitlich mit dem ersten Vorschlag Lord Fishers zusammenfällt! Deutschland verwahrte sich, in seinem eigenen Interesse natürlich und durchaus nicht aus altruistischen Beweggründen, dagegen, daß ein *internationales* Problem in dem (wie von Räuber-Regierungen aufgefaßten) nationalen Interesse Frankreichs und Englands erledigt werde. Daraufhin kommt der Erste See-Lord der britischen Admiralität, der selbst wieder das bewußte oder unbewußte Werkzeug tiefer wühlender Ränkeschmiede ist (man lese die „Times" der damaligen Zeit), zu dem Schlusse, Deutschland müsse durch einen überraschenden Angriff vernichtet werden, damit es sich nicht ähnlichen Projekten bei einer anderen Gelegenheit entgegenstelle; ebenso wie man von Moltke

Digitized by Google

sagt, er habe sechs Jahre nach dem Kriege von 1870-71 über Frankreich herfallen wollen, da sich dies rascher zu erholen schien, als er für wünschenswert hielt. Die Gestirne scheinen in ihrem Laufe eben jetzt auf der Seite derjenigen zu kämpfen, die sich weigerten, in diesem Kriege einen Kampf zwischen Recht und Gewalt, Freiheit und Tyrannei, Gut und Böse zu erblicken. Wir haben nie bezweifelt, daß die Wahrheit schließlich ans Tageslicht dringe. Doch haben wir kaum erwartet, zu Lebzeiten noch soviel von ihr zu sehen, als die Eitelkeit einiger Männer und die Ehrlichkeit neuer Institutionen schon zutage gefördert haben."

Mit den neuen Institutionen sind vor allem die Enthüllungen der Sowjet-Regierung gemeint, sowie die von M. Boghitschewitsch in „Kriegsursachen" herausgegebenen serbischen Dokumente. Der Verfasser des oben wiedergegebenen Aufsatzes, E. D. Morel, hat seit Kriegsausbruch stets die Überzeugung vertreten, daß der Krieg ein Krieg der geteilten Verantwortung ist (siehe „Truth and the War"; eine autorisierte deutsche Übersetzung der Schuldkapitel wird um Neujahr 1920 erscheinen); auf Grund der russischen und serbischen Enthüllungen kommt Morel in einem vor kurzem von der „Union für demokratische Kontrolle" als Flugschrift veröffentlichten Aufsatz zu dem Ergebnis, daß — ohne Deutschland von seiner beträchtlichen Mitschuld freizusprechen — den Romanoffs und ihrem System „wahrscheinlich der größte Teil Verantwortung für das Zustandebringen des Krieges" beizumessen ist; dieser Aufsatz wird das Schlußkapitel der deutschen Ausgabe von „Truth and the War" bilden.

H. L.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt. Redaktion: Schöneberger Ufer 36a I. Telephon: Nollendorf 928. Für Anzeigen J. W. Kiel, Berlin-Schöneberg. Verlag Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland, Oesterreich-Ungarn und Luxemburg M. 7.20, übriges Ausland M. 7.50. Einzelnummer 50 Pfg. Gedruckt in der Buchdruckerei Hermann Bergmann, Berlin SW 48.

„Die Bücherpost"

unterrichtet wöchentlich über Neuerscheinungen des deutschen Buchhandels aus allen Wissensgebieten und der Unterhaltungslitteratur. Einzelnummer 25 Pfg., vierteljährlich Mk. 2.50. Abonnements nimmt jede Poststelle, auch der Briefträger, entgegen. Probenummern sendet die Geschäftsstelle der „Bücherpost", Frankfurt a. M., Ridbastr. 74, postfrei und umsonst.

A. WARMUTH · Speditionsgeschäft

Zentrale: BERLIN C. 2, Hinter der Garnisonkirche 1a.
Fernsprecher Norden 309, 310, 1642, 4472 u. 4512.
Leipziger Abteilung: Dorotheenstr. 29a. Zentrum 2609.
Versand von Gütern aller Art nach allen Orten der Welt
Möbeltransport — Lagerung.

Digitized by Google

5. Jahrgang * 5. März 1920 * Heft 10

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

An die Bezieher der „Deutschen Politik"!

Es war der Ehrgeiz der „Deutschen Politik", ihren Bezugspreis so zu gestalten, daß unser Blatt in allen Schichten der Bevölkerung Verbreitung finden konnte. Nur zögernd konnten wir uns entschließen, die Preise emporzusetzen. Aber die allgemeine Entwicklung zwang uns dazu und nötigt uns heute, dasselbe zu tun wie alle übrigen deutschen Zeitschriften. Die Preise für Druck und Papier sowie die allgemeinen Geschäftsunkosten sind in den letzten Monaten so überaus stark in die Höhe gegangen, daß wir auch bei sparsamster Berechnung den Schritt tun müssen, vom 1. April ab

den Bezugspreis für das Vierteljahr mit 10 Mark
den Bezugspreis für das Einzelheft mit 1 Mark

anzusetzen.

Wir sind gewiß, daß unsere Leser für die Zwangslage, in der sich das deutsche Schrifttum befindet, Verständnis haben werden und daß sie nicht nur selber Treue halten wollen, sondern mit uns sich bemühen, den Kreis der Freunde unserer Wochenschrift weiterzudehnen.

Die „Deutsche Politik" hat das Ziel, in den inneren Kämpfen der Nation einer sachlichen Klärung der Probleme zu dienen, um zwischen dem Schutt der Schlagworte einen Weg für die seelische Erneuerung der politischen Verantwortlichkeit freizumachen.

In den Fragen der auswärtigen Politik wollen wir aufmerksame Beobachter der Entwicklung in den einzelnen Ländern und Kontinenten sein; die Not der Jahre darf nicht den weltpolitischen Sinn der Deutschen abstumpfen, der eben erst im Beginn seines Wachstums stand.

Ein Kreis von Mitarbeitern, aus allen Gruppen und Parteien, hat sich mit den Herausgebern und der Schriftleitung vereinigt, diesen Aufgaben zu dienen, in der Gesinnung vereinigt, dem Vaterlande zu helfen.

Wir bitten die alten Leser, die Bestellung auf das nächste Vierteljahr unverzüglich zu erneuern und uns nach Kräften zu helfen, neue Freunde hinzuzugewinnen.

Schriftleitung und Verlag der „Deutschen Politik"

Digitized by Google

Politische Glossen

Ob Erzberger über ungenügende Steuerdeklarationen fallen wird, ist im Augenblick noch unbestimmt; er selber läßt seinen guten Mut bekunden. Aber das ist zweifellos, daß der Verlauf des Helfferich-Prozesses eine Atmosphäre geschaffen hat, die ihn als führenden Staatsmann unerträglich erscheinen läßt. Nicht um des Klatsches und Tratsches willen, den Helfferich beibrachte, damit recht viele Dreckspritzer hängen bleiben, sondern weil die bedenkenlose Gschaftelhuberei des Reichsfinanzministers, die er als respektierter und gefürchteter Abgeordneter der verflossenen Ära ausbildete, seine schlichte und einfache Glaubwürdigkeit erschüttert hat. Was nützen Fleiß, Betriebsamkeit, Kenntnisse, was nützen unzweifelhafte Verdienste um die Vereinheitlichung des Finanzwesens, wenn ein Gefühl der Unsicherheit die ganze Nation von der lebendigsten Persönlichkeit des Kabinetts trennt. Das Zentrum weiß, daß seine Stellungnahme nicht nur für den Bestand des Kabinetts, sondern für die Aussichten der eigenen Partei, Flucht der Intellektuellen, Flucht des Bauerntums, entscheidend wird.

*

Daß Asquith in Paisley gewählt wurde, ist für die nächste Zukunft der englischen Parteienkonstellation von stärkstem Gewicht. Lloyd George hat ihm den Ruhm, Führer des Sieges zu sein, entrissen und darüber brach ihre Freundschaft entzwei; Asquith begann den Imperialismus, den er selber gezüchtet, zu revidieren, und er hat denn auch die Tat von Versailles nicht anerkannt. George kennt ihn aber und weiß, daß seine Aktivität begrenzt ist; offenbar sucht er ihn durch verhältnismäßig freundliche Behandlung zu lähmen. Oder dämmert Erinnerung seiner Jugend? Die „Times" greifen den Premier an, dessen Politik offenbar als wesentlichen Leitstern im Augenblick nur die Selbsterhaltung kennt. Daß Asquith aber gegen einen Führer der Arbeiterpartei siegte, also gegen links, erleichtert für George die Situation; denn das taktische Zusammengehen der beiden Linksgruppen ist dadurch erschwert.

*

Wilsons politischer Zusammenbruch wird durch die Tatsache grell beleuchtet, daß er zu Lansings Nachfolger Colby, den Vertrauten Roosevelts bei dessen Gründung einer republikanischen Reformpartei, ernannt hat. Der Frieden von Versailles, von dem sich Wilson für Amerika und seine Partei größten Ruhm versprach, ist jetzt nicht nur zu Wilsons eigenem Grabe geworden, sondern dürfte auch seiner Partei jegliche Chance bei den kommenden Präsidentenwahlen nehmen.

Digitized by Google

Europäische Zukunft

Von Dr. Paul Rohrbach

„Heilmittel" — Remedies — überschreibt J. M. Keynes das Schlußkapitel seines Buches über die wirtschaftlichen Kriegsfolgen, aus dem ich vor kurzem an der Hand eines Artikels im „Manchester Guardian" hier einiges bereits wiedergab. Unterdessen ist das Werk selbst nach Deutschland gelangt. Es ist das Vornehmste, Ehrlichste und Menschlichste, zugleich aber auch das Nüchternste und Erbarmungsloseste, was über den Frieden von Versailles und seine zerstörenden Folgen für Deutschland, für Europa, für die Welt bisher geschrieben worden ist. Zusammen mit einer Anzahl Kapitel aus Lord Loreburn's Buch „How The War Came" sollten seine wichtigsten Partien bei uns übersetzt und verbreitet werden. Die beiden englischen Bücher kosten je 7½ Schilling. Sie in Deutschland anzuschaffen, bedeutet unter den jetzigen Umständen eine Ausgabe von 300 Mark. Das ist für die meisten Menschen, mögen sie politisch noch so interessiert sein, unmöglich.

Das Kapitel über die „Heilmittel" enthält ein Programm, wie Europa wieder gerettet werden kann. Es gibt keinen andern Weg, als den Vorschlägen von Keynes im Prinzip zu folgen. Dazu aber muß vorher an der Hand von Keynes's VI. Kapitel (Europe After The Treaty) die gegenwärtige Lage von Freund und Feind skizziert werden, wobei zu bemerken ist, daß das Buch im Herbst 1919, also vor 4—5 Monaten, geschrieben wurde. Keynes beginnt damit, die „außerordentliche Tatsache" festzustellen, daß die wirtschaftlichen Grundfragen des vor ihren Augen zugrunde gehenden Europa eine Sache waren, auf die es unmöglich war, ihre Aufmerksamkeit der „Vier" zu lenken. Was insbesondere Deutschland angeht, so gibt Keynes denjenigen Teil des Berichts der deutschen wirtschaftlichen Kommission wieder, den Graf Brockdorff-Rantzau am 13. Mai 1919 an die Friedenskonferenz richtete und der mit den Worten schließt: „Diejenigen, die diesen Vertrag unterzeichnen, unterzeichnen damit das Todesurteil über viele Millionen deutscher Männer, Frauen und Kinder." Auf diese Worte gibt es keine Antwort, sagt Keynes, und dasselbe gelte für Österreich. Drei Dinge, heißt es weiter, seien bezeichnend für die gegenwärtige Lage: erstens der absolute Niedergang der Eigen-Produktivität Europas; zweitens der Niederbruch der europäischen Transportmittel; drittens die Unfähigkeit Europas, seinen normalen Bedarf an überseeischen Zufuhren zu bezahlen. Europa hat, nach dem Urteil des amerikanischen Lebensmittelkommissars Hoover, mindestens 100 Millionen mehr Einwohner, als es ohne Import von außen ernähren kann. Es muß also, um leben zu können, soviel Güter produzieren und exportieren, daß Nahrung für die 100 Millionen beschafft werden

Digitized by Google

kann Die Wiederherstellung dieser Produktionskraft, die zur Zeit in allen Ländern des europäischen Festlandes so gesunken ist, daß die Bedürfnisse nicht gedeckt werden können, ist die Aufgabe, um die es sich handelt.

Die Schwierigkeiten beginnen bei der allgemein-europäischen, d. h. festländischen Währungs- und Finanzlage. Zwei Gruppen von Ländern, sagt Keynes, sind dabei zu unterscheiden: diejenigen, die durch die Blockade vom Weltverkehr abgeschnitten waren, und diejenigen, die während des Krieges Zufuhren von außerhalb erhielten, aber sie nicht selbst bezahlten, sondern darlehensweise auf Kosten ihrer Verbündeten lebten. Deutschland sei typisch für die erste Kategorie, Frankreich und Italien für die zweite. Es folgt eine Darstellung der finanzpolitischen und allgemeinwirtschaftlichen Lage in Deutschland, in deren Mittelpunkt unsere Valutafrage steht. Den deutschen Notenumlauf gibt Keynes auf das Zehnfache der Friedenszeit an; einschließlich der Darlehenskassenscheine, bemerkt er, sei das Verhältnis noch ungünstiger. Seit er schrieb, ist es, wie wir wissen, viel ungünstiger geworden. Er faßt zusammen: Das Mißverhältnis zwischen innerdeutschen Preisen und Weltmarktpreisen, der Mangel an Personalkredit zum Kauf von Rohmaterial und der Zusammenbruch der Währung, durch den alle Kreditgeschäfte zu einem Hazardspiel werden, machen die Wiederbelebung des normalen Handels in Deutschland unmöglich.

Frankreich hat den sechsfachen Notenumlauf wie im Frieden. Der Franc ist kaum noch zwei Drittel seines Nominalbetrages wert (inzwischen ist er auf zwei Fünftel gefallen). Frankreich lebt davon, daß es seine Importe nicht bezahlt, sondern bei England und den Vereinigten Staaten borgt. Der monatliche Überschuß der Einfuhr- über die Ausfuhrwerte betrug in Frankreich im Juli 1919 zwischen 13 und 14 mal so viel, wie in den beiden Jahren vor dem Krieg. Nicht viel anders ist die Lage in Italien. Keynes meint, die französische Wirtschaft sei kaum anders in Ordnung zu bringen, als durch Einschränkung des nationalen Verbrauchs, aber das werde großes Mißvergnügen hervorrufen. Die Hauptsache sei für Frankreich die Steuerfrage. Die Steuern, sagt Keynes, wuchsen in England während des Krieges von 95 auf 265 Francs auf den Kopf, verdreifachen sich also beinahe; in Frankreich wuchsen sie nur von 90 auf 103 Francs. Die vom französischen Parlament für das Finanzjahr 1918/19 bewilligten Steuern deckten noch nicht die Hälfte des normalen Nach-Kriegs-Budgets. Dieses schätzt Keynes auf nicht unter 22 Milliarden Franken jährlich, möglicherweise mehr. Auch für das Finanzjahr 1919/20, meint er, würden die geschätzten Einnahmen aus der Besteuerung nicht viel mehr als die Hälfte jenes Bedarfs decken. „Das französische Finanzministerium hat weder einen Plan, noch eine Politik, um dieses phänomenale Defizit zu decken, ausgenommen, daß es Zahlungen von Deutschland in einem Maß erwartet, das, wie die französischen Beamten selber wissen, unmög-

Digitized by Google

lich ist. Inzwischen helfen sie sich durch Verkauf von Kriegsmaterial und überschüssigen amerikanischen Vorräten und tragen keine Bedenken, in der zweiten Hälfte 1919 das Defizit durch weitere Notenausgabe der Bank von Frankreich zu decken." Für etwas weniger schlecht hält Keynes die Lage des italienischen Budgets. Von Deutschland heißt es: „Wenn das die budgetäre Lage von Frankreich und Italien ist, so ist die des übrigen in den Krieg verwickelt gewesenen Europa noch verzweifelter. In Deutschland werden die Gesamtausgaben des Reichs, der Bundesstaaten und der Gemeinden für 1919/20 auf 25 Milliarden Mark geschätzt, wovon nicht mehr als 10 Milliarden durch die bestehenden Steuern gedeckt sind. Dabei wird noch nichts für Entschädigungszahlungen gerechnet. In Rußland, Polen, Ungarn oder Österreich kann so ein Ding wie ein Budget überhaupt nicht ernsthaft als existierend angesehen werden." Keynes notiert, daß am 3. Oktober 1919 der polnische Finanzminister Bilinski die Ausgaben für die nächsten 9 Monate auf das Achtfache der zu erwartenden Eingänge geschätzt habe. Über Rußland, Ungarn und Österreich werden nur wenige Worte gesagt, aber diese enthalten eine dringliche Warnung vor den verzweifelten Folgen der dortigen Zustände.

Unterdessen ist die deutsche Steuergesetzgebung einen großen Schritt weiter gekommen, und wenn es auch zweifelhaft ist, ob unsere Finanzreform den Bedarf des Reichs und der übrigen in Betracht kommenden Faktoren decken wird (wir glauben, wie schon früher betont, daß es nicht vollständig der Fall sein wird, und unsere Zweifel sind heute noch größer, als vor einigen Monaten), so haben wir uns doch auf jeden Fall im Vergleich zu Frankreich einen gewaltigen Ruck gegeben, materiell und moralisch. Für Frankreich scheint es uns ausgeschlossen, daß es zu einer ähnlichen, für den französischen Besitz opfervollen Lösung der finanziellen Frage kommt, wie Deutschland. Keynes berechnet an einer anderen Stelle seines Buches die Gesamtsumme, die Deutschland zu zahlen hat, wenn man zur Grundlage nimmt, wozu sich die Deutschen gegenüber den 14 Punkten Wilsons verpflichtet haben, auf 40 Milliarden Mark, und er schätzt, daß davon ein Viertel bereits durch unsere bisherigen Leistungen auf Grund des Friedensvertrages bezahlt ist. Diese Rechnung ist nicht zu unseren Gunsten, oder mit Rücksicht auf unsere geschwächte Leistungsfähigkeit aufgemacht, sondern sie berücksichtigt alle wirklichen Ansprüche der Entente auf Grund der 14 Punkte. Allerdings sagt Keynes, daß wir mehr zu bezahlen auch nicht imstande sein würden. Mehr von uns zu verlangen, sei unanständig, wortbrüchig und praktisch unmöglich; die belgischen und französischen Forderungen seien maßlos und ohne Gefühl für Vernunft und Verantwortlichkeit aufgestellt. Belgien hat, nach Keynes, bei richtiger Berechnung von uns 10 Milliarden zu fordern, Frankreich 16 Milliarden, England 11,4 Milliarden, die übrigen Alliierten zusammen 5 Milliarden Mark, was Keynes auf 40 Milliarden

Digitized by Google

Mark abzurunden vorschlägt. Mit 16 Milliarden Mark, 20 Milliarden Francs, ist die französische Finanzlage natürlich nicht entfernt zu heilen. Als wir in Versailles davon sprachen, daß wir bereit seien, hundert Milliarden auf uns zu nehmen, machten wir dieses Angebot unter der Voraussetzung und unter der Bedingung, daß wir unsere Schiffe, unsere Kolonien, das Saargebiet, den Osten, Oberschlesien und die eigene Verwaltung unserer wirtschaftlichen Angelegenheiten behielten; mit einem Wort unter der Bedingung, daß wir leben und hoffen konnten. Es ist also sehr leichtfertig oder sehr übelwollend, wenn Balfour auf das Buch von Keynes geantwortet hat, es schiene ihm merkwürdig, von Deutschland zweieinhalb mal weniger zu verlangen, als Deutschland selbst angeboten habe. Kann Frankreich mithin nur auf eine Gesamtzahlung von 20 Milliarden Francs rechnen, nach Keynes zinslos auf dreißig Jahre verteilt, so folgt daraus, daß es seine Finanzen und sein Budget im wesentlichen aus eigener Kraft in Ordnung bringen muß. Diese Notwendigkeit kann heute schon als feststehend betrachtet werden. Damit ist gesagt, daß die Franzosen zu einem ähnlichen Steuersystem greifen müßten, wie wir. Ein solches in Frankreich einführen wollen, bedeutet aber eine innerfranzösische Krisis von noch nie dagewesener Schärfe. Es gibt kein zweites Volk der Welt, das einen so kapitalistischen, privatwirtschaftlichen, das Eigentum und die Rente „anbetenden" Sinn hat, wie die Franzosen. Die herrschenden französischen Kapitalisten und Imperialisten werden sich nicht ohne äußersten Widerstand zu einer Steuerpolitik bringen lassen, die nach ähnlichen Grundsätzen aufgebaut ist wie die gegenwärtige deutsche. Niemand kann voraussagen, wie die Entwicklung in Frankreich auf Grund dieser Tatsachen sich gestalten wird. Frankreich kann durch sie sozial gesunden und zugleich eine ehrlich den Frieden fördernde Kraft werden, aber auf keinen Fall wird Frankreich, wenn es sich an eine solche Arbeit macht, fähig bleiben, seine jetzige Zerstörungspolitik gegenüber allen notwendigen Bedingungen für das deutsche Leben dauernd zu betreiben.

Auch Keynes sagt, daß es notwendig ist, wenn die tödliche Krankheit Europas geheilt werden soll, die Franzosen zur Vernunft zu bringen. Zu Beginn des VII. Kapitels heißt es: „Wir müssen zuerst von der Atmosphäre und den Methoden von Paris freikommen; diejenigen, die maßgebend waren auf der Konferenz, mögen sich beugen vor den Sturmwinden der Volksstimmung, aber niemals werden sie uns aus der Wirrnis herausführen ... *Der Wechsel der bestehenden Regierungen in Europa ist eine unerläßliche Vorbedingung.* Im Anschluß an diesen fundamentalen Satz stellt Keynes vier Punkte zur Diskussion: 1. Die Revision des Friedensvertrages; 2. ein Arrangement über die interalliierten Schulden; 3. eine internationale Anleihe und Währungsreform; 4. die Beziehungen von Mitteleuropa zu Rußland..

Über die Revision des Vertrages sagt Keynes, so verwerflich er in *vielen* Einzelheiten sei, so müßten vor allen Dingen *drei* große Änderungen gemacht

Digitized by Google

werden: bezüglich der Wiedergutmachung, der Bestimmungen über Kohle und Eisen und über die Zölle. Deutschland soll, wie gesagt, nach Abzug seiner schon geschehenen Leistungen, dreißig Milliarden bezahlen, beginnend 1923, und es soll ihm durchaus überlassen bleiben, welche Wege es sucht, seine Verpflichtung zu erfüllen. Keine weiteren Expropriationen von deutschem Privateigentum im Auslande und keine Versuche, Zahlung von Österreich zu erhalten, sollen stattfinden. Bezüglich Kohle und Eisen soll Deutschland jährlich an Frankreich soviel Kohle liefern, wie die Differenz zwischen der früheren und der jetzigen französischen Kohlenförderung ausmacht. Verliert Deutschland Oberschlesien, so fällt diese Verpflichtung dahin. Das Saargebiet erhält Deutschland bedingungslos und ohne Zahlung nach 10 Jahren zurück. Frankreich hat Deutschland für dieselbe Zeit mit wenigstens 50 Prozent des Eisenerzes zu versorgen, das Deutschland vor dem Kriege aus Lothringen bezog. Als Gegenleistung liefert Deutschland entsprechend Kohle nach Lothringen. Die Kohlendistrikte in Oberschlesien sollen womöglich bei Deutschland bleiben. Beim Völkerbund soll als besondere Abzweigung eine Kohlenkommission eingerichtet werden, mit Vertretern von Deutschland, den übrigen Staaten von Mitteleuropa, den nordischen Ländern und der Schweiz. Sie soll über die Verteilung der deutschen, polnischen, der früher österreichisch-ungarischen und der für den Export verfügbaren englischen Kohle bestimmen. Was endlich die Zölle angeht, so sollen Deutschland, Polen, die neuen Staaten auf dem früher österreichisch-ungarischen und türkischen Gebiet und die direkt dem Völkerbund unterstellten Territorien (Saargebiet, Fiume usw.) auf zehn Jahre eine Genossenschaft bilden. Diese soll sich womöglich, unter Beitritt Englands, in einen dauernden freiwilligen Zollbund verwandeln.

Dies sind die hauptsächlich Deutschland angehenden Vorschläge. Alle interalliierten Schulden sollen gegenseitig kassiert werden. Dabei würden die Vereinigten Staaten zwei Milliarden Pfund und England 900 Millionen Pfund zu opfern haben; Frankreich würde 700 Millionen und Italien 800 Millionen Pfund gewinnen. Die Einzelheiten über diesen Punkt bei Keynes sind schlagend und interessant, können hier aber nicht wiedergegeben werden.

Der dritte Vorschlag, die internationale Anleihe, sieht so aus. Falls Amerika allein Geld hergibt, so würde der französische Finanzminister das benutzen, um den Tag der großen Einkommensteuer etwas hinauszuschieben, Italiener und Südslaven, um miteinander zu kämpfen, Polen, um die militärische Rolle gegenüber all seinen Nachbarn zu spielen, zu der Frankreich es bestimmt hat, und die herrschenden Klassen von Rumänien, um das Geld bar unter sich zu verteilen. Diese Sätze geben eine Vorstellung von dem überlegenen Geiste der Kritik bei Keynes. Statt daß Amerika angerufen wird, sollen vielmehr die Neutralen, England und die Vereinigten Staaten zusammentreten, um 200 Millionen Pfund,

Digitized by Google

4 Milliarden Mark, für Nahrungsmittel und Rohstoffe aufzubringen, zur Versorgung aller notleidenden Länder, ohne jede Rücksicht auf frühere Feindschaft.

Für Osteuropa, das einstige Rußland, wird Deutschland direkt als die berufene und einzig mögliche Kraft genannt, um die verzweifelte Lage dort wieder herzustellen. „Es ist unser eigenes Interesse, den Tag zu beschleunigen, daß deutsche Agenten und Organisatoren imstande sind, in jedem russischen Dorf wieder die Impulse zu einem normalen wirtschaftlichen Leben in Gang zu bringen." Dies Ziel ist für Keynes unabhängig davon, was für eine Art von Regierung in Rußland existiert. Mit Rußland aber werden wir uns, allen Anzeichen nach, in nächster Zeit wieder eingehend zu beschäftigen haben, und daher seien hier weitere Ausführungen (auch solche im Anschluß an Keynes) noch verschoben.

Neue englische Dokumente über die Schuld am Kriege

Von Hermann Luß

Soeben ist bei Martin Secker, London, ein Buch erschienen, dessen sorgfältige Prüfung für uns Deutsche von besonderer Wichtigkeit ist: „Meine Tagebücher", Teil 2, 1900—1914, von Wilfrid Scawen Blunt (21 Sh.). Es führt den bezeichnenden Unterkitel: „Die Koalition gegen Deutschland". Schon der vor Jahren veröffentlichte 1. Band der Tagebücher Blunts hatte allerhand unbequeme Wahrheiten ans Tageslicht gefördert, der 2. Band jedoch enthält einiges, das alle Verfechter der Alleinschuld Deutschlands am Kriege sicher ängstlich als ein überaus lästiges Geheimnis tief im Innern vergraben werden. Blunt rechtfertigt die Veröffentlichung als eine „politische Notwendigkeit", hervorgerufen „durch die unrühmlichen Bedingungen, die von den Verbündeten Regierungen in Paris ihren im Kriege besiegten Gegnern auferlegt wurden", und gegen die „auf Grund von Wahrheit und Recht zu appellieren" dem Verfasser noch möglich erscheint. Viele Jahre ist er im diplomatischen Dienste tätig gewesen, und von je ein Anti-Imperialist und unermüdlicher Vorkämpfer für Home-Rule in Irland, sowie für die Unabhängigkeit Ägyptens; so kennt sich Blunt vortrefflich in der politischen und diplomatischen Welt aus. Seine Beziehungen reichen hoch hinauf, so daß seine Tagebücher als wirkliche Dokumente zu bewerten sind. Die letzten Abschnitte seines 450 Seiten starken Bandes stellen eine Zusammenfassung vieler einzelner Eintragungen dar; sie lauten:

„Mit diesem letzten Eintrag schließe ich den Band, indem ich mein Tagebuch des Krieges selbst für eine posthume Gelegenheit aufbewahre... Es genüge hier zu sagen, daß meine Stellungnahme während der vier Kriegsjahre vom ersten Tage an die der strengsten Zurückhaltung war. Ich nannte sie „unbewaffnete Neutralität". Ich wußte genug von den Wegen und vergangenen Taten unseres Auswärtigen Amtes, um ganz

Digitized by Google

sicher zu sein, daß die von Grey und Asquith vorgebrachten Gründe für ihre Kriegserklärung nicht die wirklichen Gründe waren und sein konnten, und ich weigerte mich, der friedfertigen Herde in ihrem schamlosen Umschwung von der Gegnerschaft zur Unterstützung des Krieges zu folgen, oder eine Entschuldigung für ihre Schwäche in der widersinnigen und falschen Lehre von „Mein Land, recht oder unrecht" zu finden. Insbesondere wußte ich, daß der von Asquith aufgestellte Vorwand einer „Notwendigkeit der Ehre", die uns zwinge, für Belgien zu kämpfen, ein Schein-Vorwand war, bestenfalls gut als ein forensisches Argument, jedoch tatsächlich vollkommen unwahr, denn es stand kein einziges Wort in irgend einem der Neutralitäts-Verträge über Belgien, das England oder einer andern Macht, gemeinsam oder einzeln, die Verpflichtung auferlegt hätte, wegen eines Vertragsbruches einen Krieg zu beginnen. Schon als ich noch selbst diplomatisch tätig war (1870), war die Neutralität Belgiens in den europäischen Kanzleien in der Tat ein Spottwort für Altersschwäche gewesen; auch hätte sich damals kein Mensch besonders schockiert gefühlt, wenn von den fraglichen Verträgen als von „Fetzen Papieren" gesprochen worden wäre — was sie wirklich waren, soweit zu ihrer Aufrechterhaltung eine Kriegs-Verpflichtung*) für eine der Signatarmächte in Betracht kam. Das Gegenteil anzunehmen, hätte die unmögliche Lage zur Folge haben können, daß sich eine Macht ehrenhalber gezwungen gesehen hätte, die andern vier Mächte zu bekriegen, falls sich diese zur Teilung Belgiens unter sich zusammengeschlossen hätten... Der wahre Grund für den Zank mit Deutschland war, wie ich wohl wußte, kein ehrenvollerer als der einer Furcht vor einem zu machtvollen Handels-Rivalen und die Angst, Kaiser Wilhelm möchte, falls wir beiseite stünden, Frankreich in ein Wirtschaftsbündnis gegen uns auf den Weltmärkten zwingen**) — dies und ein beinahe verzweifeltes Spieler-Wagnis waren es, da wir keine ausreichende Armee ins Feld zu stellen vermochten und für unser täglich Brot daheim von den 1001 Chancen auf der See abhängig waren. An diesem Wahnsinn wollte ich keinen Teil haben."

„Daß dies die wirklichen Kriegs-Ursachen waren, und nicht die vorgeschützten altruistischen Beweggründe, habe ich seither durch einen seiner Haupt-Förderer in sichere Erfahrung gebracht.**)

„Die Verpflichtung, im Falle eines Krieges mit Deutschland im Bunde mit Frankreich zu kämpfen, betraf die Ehre von nur drei Mitgliedern des Kabinetts Asquith,†) die allein um die bestimmten Versprechen, die gemacht worden waren, Bescheid wußten. Diese Versprechen banden, obwohl sie mündlich und mit Einschränkungen bezüglich der Zustimmung des Parlaments gegeben waren, die drei in ihrer rein persönlichen Ehre, am Quai d'Orsay jedoch betrachtete man sie als bindend für die britische Nation. Weder Asquith noch seine beiden Gefährten im inneren Kabinett hätten im Amt bleiben können, wären sie dem Sinn oder dem Buchstaben nach von ihrem Worte abgewichen. Es hätte auch ohne Zweifel einen ernstlichen Streit mit der französischen Regierung zur Folge gehabt, falls sie ihr Versprechen nicht erfüllt hätten. So klar faßte man das Versprechen in Paris als bindend auf, daß Präsident Poincaré, als die Krise kam, König Georg schriftlich daran

*) Von Blunt hervorgehoben.

**) Von Lutz hervorgehoben.

†) Asquith, Grey und Lord Haldane (Lutz).

Digitized by Google

erinnerte als an eine zwischen den beiden Nationen eingegangene Verbindlichkeit, die zu erfüllen er auf Seine Majestät rechnete.*)

„In dieser Lage wurde der Fall dem Kabinett vorgelegt, aber als ein nichtüberzeugendes Argument für den Krieg abgelehnt. Erst dann geschah es, daß in einer 2. Kabinettssitzung Asquith, mit seinem Juristen-Instinkt, mit der Neutralität Belgiens als eines besseren Vorwandes hervortrat, um ihn einer britischen Jury zu unterbreiten; und indem er die NeutralitätsVerträge von 1831 und 1839 so auslegte, als schlössen sie eine Verpflichtung Englands zum Kampfe ein (wovon der Wortlaut des Vertrages keine Silbe enthält), erlangte er die Einwilligung des Kabinetts, und der Krieg ward erklärt.

„Ich habe allen Grund zu wissen, daß dies die wahre Geschichte jenes erstaunlichen Abenteuers war, auf das sich Asquith infolge einer Fehlrechnung über den militärischen Wert Rußlands eingelassen hat und das vom äußersten Unheil nur durch die streitbare Zähigkeit unserer unwissenden jungen Soldaten bewahrt wurde, die das glaubten, was man ihnen sagte, und während des ganzen Krieges vorgaben, daß es ein Krieg für die Freiheit sei, geführt zur Verteidigung der schwachen Völker und zur Befreiung der ganzen Welt."

* * *

Hier noch einige interessante Eintragungen:

13. Oktober 1911. „George Wyndham (ein naher Freund Blunts) sagt, es sei ihm durch seine frühere Beziehung mit dem Kriegsministerium als unumstößlich bekannt, daß es ein Teil der „Entente" mit Frankreich sei, der französischen Armee im Falle eines Krieges mit Deutschland ein englisches Kontingent von 160 000 Mann zu Hilfe zu schicken. Ich fragte George, ob in der Agadir-Krise Truppen in Frankreich gelandet worden wären, und er sagte, daß die Befehle für ein Expeditionsheer ausgegeben worden seien..."

30. Januar 1912. (Blunt hatte mit Winston Churchill u. a. zu Mittag gegessen.) „Es geht jedoch aus seinem (Churchills) Gespräch klar hervor, daß er in Greys deutsch-feindliche Politik vernarrt ist. Er sagte von den Deutschen: Ich konnte nie ihre abscheuliche (beastly) Sprache lernen und werde es auch nicht tun, bis Kaiser Wilhelm mit seiner Armee hier herüberkommt."

23. Juli 1912. „Die Wahrheit ist, daß man Italien ohne die Mißbilligung unseres Auswärtigen Amtes von Tripolis Besitz ergreifen ließ als Teil des Greyschen Programms, Italien vom Dreibund zugunsten der Entente loszulösen, die sich allmählich zu einer Koalition ausgestaltete..."

19. Oktober 1912. „Unter den vielen besprochenen Dingen war auch der kommende europäische Krieg..."

12. Oktober 1912. „Er (Churchill) ist inbezug auf die internationalen Angelegen-

*) Von Lutz hervorgehoben.

Digitized by Google

heiten höchst barbarisch (truculent) geworden; er ist ganz mit Kriegs-Vorbereitungen gegen Deutschland in Anspruch genommen und mit Grey zu jedem Verrat an schwachen Nationen bereit, die man für das Spiel der Bündnisse braucht... Winston ist in diesen Dingen seit 2 Jahren ein ganz anderer geworden, als ich noch Hoffnungen hegte, ihn für Besseres zu ermutigen... Er und George (Wyndham) haben in diesen beiden Tagen in vollkommener Übereinstimmung über Heeres- und Marine-Angelegenheiten und über den kommenden Krieg mit Deutschland gesprochen..."

* * *

Diese zeitgemäßen Enthüllungen, für die dem wahrheitsmutigen Manne der Dank aller gebührt, die eine schließliche Völkerversöhnung erhoffen, sagen uns Deutschen im Grunde ja nichts Neues; aber in dem Kampfe, den wir um die Klärung der Schuldfrage mit unseren heuchlerischen Gegnern — und mit verblendeten Narren im eigenen Lager — zu führen haben, sind sie als englisches Eingeständnis von größtem Wert. Jetzt wird nochmals klar, warum zwischen den Diplomaten die belgische Frage vor dem 31. Juli 1914 überhaupt nicht zur Sprache kam, obwohl, wie E. D. Morel in seinem Buche „Truth and the War"*) nachweist, allen Regierungen bekannt war, daß Deutschland im Falle eines Krieges nach 2 Fronten den Weg durch Belgien suchen müsse, falls es sich überhaupt erfolgreich seiner Haut erwehren wollte. Morel stellte daher schon 1914 die schwerwiegende Frage: warum wurde von England die belgische Neutralität nicht rechtzeitig und unzweideutig zur Sprache gebracht?

Durch Blunts Buch fällt nun auch ein neues Licht auf einige im deutschen Weißbuch 1919 veröffentlichte Dokumente. So telegraphierte der russische Botschafter Graf Benckendorff am 30. Juli 1914 aus London nach St. Petersburg: „... Cambon (franz. Botschafter) sagte, daß sich nach seiner Meinung die Lage in den Augen des Parlaments noch nicht genügend geklärt hat, als daß Grey ohne Risiko noch heute offen auftreten könnte."

Wie vielsagend ist doch in der Diplomaten-Sprache: „als daß Grey etc..."! Am selben Tag hatte Iswolsky aus Paris nach Petersburg und London (an Benckendorff) telegraphiert: „Margerie, den ich eben gesprochen habe, sagte mir, die französische Regierung, die sich keineswegs in unsere militärischen Vorbereitungen einmischen will, würde in Anbetracht der fortgesetzten Verhandlungen wegen Wahrung des Friedens es für äußerst wünschenswert halten, daß diese Vorbereitungen einen möglichst wenig offenen und herausfordernden Charakter tragen. Der (französische) Kriegsminister, der denselben Gedanken entwickelte, sagte seinerseits Graf Ignatjew, wir könnten erklären, daß wir im höchsten In-

*) Deutsch: „Ein gerechter Engländer über die Schuld am Kriege."

Digitized by Google

teresse des Friedens bereit seien, die Mobilisations-Maßnahmen zeitweilig zu verlangsamen, was uns nicht hindern würde, die militärischen Vorbereitungen fortzusetzen und sie sogar zu verstärken, indem wir uns nach Möglichkeit der Massentruppentransporte enthalten...“*)

Man darf als sicher annehmen, daß Benckendorff den französischen Botschafter von diesen klugen Ratschlägen der Pariser Machthaber unterrichtete, doch braucht Grey nicht unbedingt Kenntnis davon erhalten zu haben. Hatte sich aber am 30. Juli in England die Lage noch nicht genügend geklärt, so wurde sie am 31. für die Kriegsfreunde geradezu bedenklich; Benckendorff telegraphierte darüber an Ssasanoff: „Grey versteht die Lage ausgezeichnet und sieht völlig klar, daß eine gewisse Reaktion im Parlament ernste Schwierigkeiten für ihn schafft und ihn zur großen Vorsicht zwingt. Abgesehen von der riesigen deutschen Agitation stellten die gestrigen „Times“ die gegebene Frage in einem scharfen und nicht sehr glücklichen Artikel dar als eine spezifisch slawische, sich zwischen Österreich, Serbien und Rußland abspielende Frage, wobei die französischen, englischen und europäischen Interessen sehr taktlos verschwiegen werden. Anstatt des Nutzens brachte dieser Artikel Schaden*). Heute betrachten das Publikum und sogar das Parlament die Frage als eine spezifisch slawische. Das wird sich, glaube ich, bald aufklären. Ich bitte Sie, in Betracht zu ziehen, daß die Regierung nicht auftreten kann, ohne die öffentliche Meinung vorbereitet zu haben. Vom Standpunkt der Bedeutung der Mitwirkung Englands muß man das berücksichtigen...“

Welch ein großes Bedauern klingt aus dieser Depesche über den so „taktlosen“ Artikel der „Times“! Ein Bedauern, das Grey offenbar teilte, von dem Benckendorff voll Befriedigung schreibt, daß er die Lage ausgezeichnet verstehe. Und man wird besonders feststellen, „daß die (englische) Regierung nicht auftreten kann, ohne die öffentliche Meinung vorbereitet zu haben“. Dies durfte aber ja nicht im Sinne jenes „nicht sehr glücklichen Artikels“ der „Times“ erfolgen, denn das hätte ja vielleicht gar die Lokalisierung des Konflikts bedeutet!

Am 30./31. Juli finden wir also bei unseren Hauptgegnern diese Lage: Rußland, das seine (wie wir jetzt durch den russisch-französischen Vertrag wissen) einer Kriegs-Erklärung gleichkommende, in erster Linie gegen Deutschland gerichtete Allgemeine Mobilmachung schon am 29. Juli begonnen hat (der Befehl dazu kam am 31. früh heraus), erhält von Frankreich den Rat, möglichst geheim fertig zu mobilisieren, jedoch Friedensbereitschaft zu heucheln. Frankreich, der englischen Hilfe sicher, wartet mit größter Spannung auf den Augenblick, an dem „Grey ohne Risiko auftreten“ kann. Grey aber muß erst „die öffentliche

*) Von Lutz hervorgehoben.

Digitized by Google

Meinung vorbereiten", und ein Artikel der „Times" ist ihm dabei augenscheinlich hinderlich, ein Artikel, der das „Publikum und sogar das Parlament die Frage als eine spezifisch slawische" betrachten läßt.

Bei den Mittelmächten sah es am 30./31. Juli so aus: Das anfangs sehr schwerhörige Österreich nimmt unter dem Drucke Deutschlands einen Vorschlag an, von dem Grey selbst gesagt hatte, daß er am geeignetsten für die Beilegung des Konfliktes sei, und Österreich will die direkten Verhandlungen mit Rußland wieder aufnehmen, was den Frieden bedeutet hätte: Da knallt in diese wieder hoffnungsvolle Lage die Bekanntgabe der russischen Allgemeinen Mobilmachung hinein.

Wie aber der einstige russische Oberbefehlshaber General Gurko später ausdrücklich zugab, konnte Deutschland jetzt nicht anders, als sofort die kriegerischen Maßnahmen zu beginnen. Auch England wußte das ganz genau, denn der englische Botschafter in St. Petersburg hatte Ssasanoff diesen zwangsläufigen Schritt Deutschlands für den Fall der russischen General-Mobilisation schon am 25. Juli warnend vorausgesagt.

Mit diesem erzwungenen Schritt Deutschlands war für Grey die Zeit gekommen, „die öffentliche Meinung vorzubereiten". Mit Recht schreibt M. Pokrowski, der Bearbeiter der von der russischen Räteregierung ausgegrabenen Dokumente: „um eine Garantie zu haben, daß England an Rußlands und Frankreichs Seite Krieg führt, war es nötig, Deutschland auf den Kriegsschauplatz zu ziehen ... Jetzt wird uns die Rolle klar, die die russische Mobilisation spielen sollte ..." (Benckendorff am 30. Juli an Ssasanoff: „Grey antwortete Cambon, daß der Moment eintreten wird, sobald die Stellungnahme Deutschlands sich völlig klärt." — Das geschah aber in friedlichem Sinne und erst Rußland zwang Deutschland auf den Plan.)

Wie wir aus Blunts Tagebuch ersehen, wäre dennoch das englische Kabinett nicht ohne weiteres für eine Kriegserklärung an Deutschland zu haben gewesen. Ja, Benckendorff schwebte eben jetzt in Angst und Nöten; denn am 31. telegraphierte er: „Heute wurde konstatiert, daß das Parlament im gegenwärtigen Moment keine bestimmte Haltung billigen könne, daß die serbische Sache in den Augen der öffentlichen Meinung keine Bedeutung habe und daß alle Finanz-, Handels- und Industrie-Zentralen Nord-Englands gegen den Krieg seien." Und kurz darauf, als in London die deutsche Erklärung des Kriegszustands schon bekannt war: „Die Ereignisse können sich so rasch entwickeln, daß jede übereilige Beurteilung der Haltung Englands im gegenwärtigen Moment schädlich sein und insbesondere Grey paralysieren würde*), dessen Einfluß in einigen Stunden wiederhergestellt sein könnte."

*) Von Lutz hervorgehoben.

Digitized by Google

Hieraus geht unwiderleglich hervor, in welchem Sinne sich Greys Einfluß geltend gemacht hatte, und wie sehr Benckendorff wünschte, daß eben dieser wohltätige Einfluß in wenigen Stunden wiederhergestellt sein möchte. Und da half Deutschland den Herren Grey, Asquith und Lord Haldane, den drei ehrenpflichtig an Frankreich gebundenen Ministern, durch den Einmarsch in Belgien aus der Klemme: England trat zum Schutze der schwachen Völker, zur Befreiung der Welt vom Militarismus und aus anderen edelmenschlichen Beweggründen in den Krieg.

*

Im Herbst 1919 schrieb Philip Snowden in seinem Vorwort zu einer Studie E. D. Morels über die „Vor-Kriegs-Diplomatie":

„Das Material über die wirklichen Kriegsursachen und über die erstlinige Verantwortung Rußlands und Frankreichs, gefördert durch die strafbare Einfalt (culpable simplicity) Sir Edward Greys*), ist glücklicherweise nicht auf das beschränkt, was uns aus feindlichen Quellen allein zufließt."

„Gefördert durch die strafbare Einfalt Sir Edward Greys..." In seinen Händen lag, nachdem Deutschland-Österreich sich in der Behandlung Serbiens schwerer Verantwortung schuldig gemacht hatten, der Schlüssel zum Krieg und Frieden Europas. Hätte Grey von Anfang an aufrichtig eine Friedenspolitik befolgt und über seine Haltung in Paris und namentlich in St. Petersburg keinen Zweifel gelassen, dann wäre der serbisch-österreichische Konflikt, nach dem was wir nun wissen, im Keime erstickt worden. Statt dessen wartete Grey die Gelegenheit ab, „die öffentliche Meinung in England vorzubereiten"... So schwer die Schuld Deutschland-Österreichs an der Katastrophe wiegt, die Rußland-Frankreichs wiegt gewiß nicht weniger leicht; der Krieg aber wurde nicht bloß durch die strafbare Einfalt Sir Edward Greys gefördert: er wurde gefördert durch die strafbare Mitschuld Sir Edward Greys.

Wer war Angreifer im Kolonialkrieg?

(Südafrika und Deutsch-Südwest)

Von Rudolf Kindt (Gießen)

In der Heimat ist wenig bekannt, daß die Frage „Wer war der Angreifer?" in Süd- und Südwestafrika die Gemüter ebenso bewegt hat, wie in Europa. Die Frage natürlich auf den südafrikanischen Kriegsschauplatz bezogen.

Und wie es England gelungen ist, durch mehr oder weniger geschickte Fälschungen, Unterschlagungen, Verdrehungen, durch das Aufgebot des weltenmächtigen

*) Von Lutz hervorgehoben.

Digitized by Google

Reuterschen Lügenapparats den Völkern fast des ganzen Erdkreises Weiß als Schwarz und Schwarz als Weiß glaubhaft zu machen, so gelang ihm dies Zauberkunststück auch in Südafrika. Als Botha fast daran verzweifeln mußte, die Buren seiner südafrikanischen Partei zum Einfall in das friedliche deutsche Südwest zu bewegen, da flog eines Tages eine Karte auf die Tische in Parlament und Senat, die ein wenig korrigiert war und siehe da — Botha gewann. Mit Tamtam wurde bekannt gemacht, die Deutschen aus Südwest — in der jingoistischen „öffentlichen" Meinung Südafrikas hatten wir bald 30 000, bald 40 000 oder mehr Mann an Truppen — hätten Nakab besetzt und seien „im Anmarsch auf Upington!" Wer wußte denn in Kapstadt, im Parlament, im Senat, daß Nakab deutsch war! eine deutsche Grenzstation. Daß unsere Truppe sich nach wie vor südafrikanischem Boden fernhielt, nicht an Upington dachte. Die berühmte Karte zeigte Nakab als britisch! Schwarz auf Weiß! Und das überzeugte dann Ohm Hendrik, Ohm Clas, Ohm Jan, daß die verdammten Deutschen nun wirklich, wie Botha und seine Gesinnungsgenossen ihnen immer wieder vorgeredet hatten, im Begriffe seien, ihnen, den Buren, die britische „Freiheit" zu rauben, sie unter die deutsche „militaristische, bürokratische Knute" zu zwingen, von der man Schauermärchen hörte.

In dem Prozeß Botha gegen Senator Wolmerams, im Oktober 1917, kam die Kartenfälschung — zu spät — öffentlich zur Sprache. Botha war Kläger und das Zeugenverhör ergab, daß er Botha nicht den Befehl zur Fälschung der Karte gegeben hatte! Ergab aber auch, daß der mit Anfertigung der Karte beauftragte Zeichner Nakab richtig als deutsch eingezeichnet hatte, die Wasserstelle aber auf Befehl eines höheren Eisenbahnbeamten, eines „Sir" — vermutlich des Deutschenfressers Sir Hoy, des Eisenbahngewaltigen — nach dem britischen Gebiet hatte verlegen müssen. Ich schildere dies nach dem Bericht der von Botha völlig abhängigen „Volksstem"! Natürlich hatte der „Sir" diesen Befehl „versehentlich" gegeben!!

Nur mit Hilfe dieser Fälschung ist es damals gelungen, die Masse der Buren gegen Deutsch-Südwest in Bewegung zu setzen! Zu spät wurde die Fälschung erkannt, Hunderte waren gefallen, Tausende verwundet, Millionen an Werten zerstört worden; Deutsch-Südwest war besetzt!

Aber mehr. Die südafrikanische Botha-Regierung hat mit Hilfe dieser Fälschung nur in Bewegung gesetzt, was sie seit langem vorbereitet hatte! Auch ein Beitrag zu der Frage: „Wer war in diesem Weltkrieg der Angreifer".

Im Oktober 1917 antwortete ein Minister der Botha-Regierung im Unionsparlament auf eine Frage aus dem Hause, ob der Feldzugsplan gegen Deutsch-Südwest wirklich schon langer Hand vorbereitet gewesen sei und

Digitized by Google

bereit gelegen habe, mit einem deutlichen „Jawohl", der Plan habe in den Geheimfächern fertig vorgelegen! Daß der Minister dann in einer späteren Sitzung dies widerrief und plötzlich das Gegenteil behauptete, nachdem man eingesehen hatte, daß dies Eingeständnis den Nationalisten, der Herzog-Partei, Wasser auf die Mühle liefern müsse, kann uns nicht irreführen! England hat den Krieg längst kommen sehen und hatte seine Vorbereitungen offenbar in der gesamten Welt, sicher in Südafrika, bis in das Kleinste getroffen.

Es hatte sich auch für den Fall vorgesehen, daß die Buren trotz der ohne Zweifel sehr klugen Versöhnungspolitik der Briten in ihrer Gesamtheit den Gehorsam, die Gefolgschaft im Kriege verweigern würden! Ein Beamter des „Criminal Investigation Department" zu Windhuk äußerte offen — und ich hatte keinen Grund, seine Angabe zu bezweifeln — daß sich im Augenblick der Entscheidung, als es sich darum handelte, was wird Botha, seine Regierung, seine südafrikanische Partei tun, werden sie „loyal" bleiben, etwa 60 000 Mann australische Truppen an der südafrikanischen Küste befanden. Diese Truppen sind von Durban nach Kapstadt, dann von Kapstadt wieder nach Durban, zurück nach Kapstadt und abermals nach Durban befördert worden, fuhren an der Küste spazieren, bis — feststand, daß Botha sich gegen General Maritz, gegen Beyer und Christian de Wet, gegen Deutschland und für England erklärt hatte! Dann erst gingen die Transporte nach Europa weiter. So mein Gewährsmann.

Bei Gefangenen wurden Karten vorgefunden, die in mancher Hinsicht besser gewesen sind, als unsere deutschen Karten. Karten vom Schutzgebiet nämlich. Sie wußten bei jeder Wasserstelle anzugeben, wieviel Mann und Tiere dort ihren Durst zu stillen vermochten! Sie zeigten die genauen Maße von Brücken und ähnlichen wichtigen Bauwerken. Diese Karten waren also geradezu für die Zwecke militärischer Operationen angefertigt!

Unter den einrückenden Truppen der Union traf mancher Südwestafrikaner außerdem alte Bekannte! Leute, die jahrelang im deutschen Schutzgebiet als Prospektoren — man sieht da am meisten! — als Kellner, als Kaufleute, als, wer weiß was alles, freundschaftlich mit der Bevölkerung gelebt hatten, erschienen als Offiziere! Seit Jahren war das Schutzgebiet von der Union aus durch ein Heer von Spionen überwacht gewesen! Sogar als Schreiber des deutschen Gouvernements soll ein solcher Herr, wohl deutscher Herkunft, tätig gewesen sein. Daß der englische Konsul in Lüderitzbucht, ein Herr mit dem britischen Namen „Müller", der in der Diamantenzentrale sicherlich besser bescheid wußte, als die deutsche Regierung, dann als britischer Major auftrat, sei am Rande bemerkt.

Digitized by Google

Feldzugsplan, genaue Kriegskarten, Spionage und dann die Kartenfälschung! England hatte die Eroberung Südwestafrikas — zum Wohle der Eingeborenen natürlich, die schon heute sehnlichst nach den deutschen Fleischtöpfen zurückverlangen — systematisch und peinlich exakt vorbereitet, daran ist kein Zweifel möglich.

— — — — — — — — — —

Und wir? Während der Anwesenheit des Staatssekretärs Solf in Südwest suchte man ihn zu überzeugen, daß eine weitere Verminderung der Schutztruppe schon der südafrikanischen Gefahr wegen unmöglich sei. „Meine Herren, um Gotteswillen davon kein Wort," meinte Seine Exzellenz, „sonst streicht uns der Reichstag noch zwei Kompagnien!" (Von den kläglichen 1967 Mann!) Und als im Landesrat einmal die Gemüter heftig aufeinanderplatzten, ein Redner ebenfalls auf die Möglichkeit eines Angriffes der Union hinwies, beeilte sich Exzellenz Dr. Seitz erregt die anwesenden Pressevertreter zu ersuchen, ja kein Wort darüber in den Bericht einfließen zu lassen! Auch in das amtliche Stenogramm durfte nichts darüber aufgenommen werden.

Dieser ängstlichen Zurückhaltung gegenüber britischer Skrupellosigkeit — ich erinnere an Cecil Rhodes Wort, man werde sich Südwest bei Gelegenheit schon holen — entsprach auch unser sonstiges Verhalten. Das Schutzgebiet war in keiner Weise, auf keinem Gebiet auf einen Krieg mit der Union vorbereitet. Sogar, als sich nach dem Mord in Sarajevo die Kriegsmöglichkeit jedem Klarsehenden aufdrängte, geschah von Deutschland aus nichts, das Schutzgebiet zu einer Verteidigung instand zu setzen. Nicht einmal die im September fällige Jahresbestellung an Proviant und Hafer wurde früher gesandt, geschweige denn, daß man irgendwelche moderne Geschütze, Flugzeuge, Autos, Benzin usw. geschickt hätte. Ein Kapitel für sich, diese Unterlassungssünde.

Und wie schonten wir die Empfindsamkeit der Union, hüteten wir uns, Unionsgebiet zu betreten, feindlich gegen die Union aufzutreten, um England keinen Grund zu geben, die Buren gegen uns mobil zu machen. Es erging im Einverständnis mit dem Kommandeur der Truppe, Oberstleutnant v. Heydebreck, ein strickter Befehl des Gouverneurs, kein Unionsgebiet zu betreten! Nach Ausbruch des Krieges selbstverständlich. Und obwohl die nachgeordneten Führer der Schutztruppe, darunter auch der damalige Major, jetzige Oberst Franke — Nachfolger v. Heydebrecks, als dieser verunglückte — den Angriff als beste Verteidigung empfahlen und auf den Einmarsch in die Union drängten, solange England der Buren nicht sicher war.

Digitized by Google

Man hoffte die Buren dabei zum Aufstand gegen das im Herzen gehaßte England fortzureißen. — Dies Drängen der Abteilungsführer war in der Bevölkerung bekannt geworden. Und da diese hoffte, ein Zurückhalten deutscherseits werde einen Angriff der Buren auf das Schutzgebiet verhindern können, beunruhigte man sich so darüber, daß ich selbst als Redakteur und Landesratsmitglied zu Seiner Exzellenz ging und ihn um Aufklärung bat. Dr. Seitz sagte: Die Schutztruppe untersteht mir und wird keinen feindlichen Schritt gegen die Union unternehmen, solange wir nicht angegriffen werden. Ich habe die Truppe in der Hand und Herr v. H. ist mit mir eines Sinnes!" So stand es mit unserer „Angriffslust"! — Erst als Ramansdrift von Unionstruppen angegriffen wurde, diese deutsches Gebiet betraten, setzten die militärischen Operationen unsererseits ein."

Aber noch mehr. Bekanntlich gelang es den aufständischen Freistaatburen unter Christian de Wet, dem General Beyer mit seinen Transvaalern nicht zu uns durchzubrechen, sie wurden von Botha gejagt und zur Strecke gebracht, bevor sie uns die Hand zu reichen vermochten. Nur General Maritz, der unweit der Grenze postiert gewesen war, hatte seinen Stützpunkt an der Schutzgebietsgrenze. Und da er immer wieder bat, man solle das Gebiet der Union nicht betreten, nicht gegen die Buren fechten, damit Botha keinen Grund habe, die Burenbevölkerung gegen uns aufzurufen, hielten wir uns solange zurück, bis — es zu spät war. Bis sich zeigte, daß der Burenaufstand ohne unsere tatkräftige Mitwirkung, das Rückgrat deutscher Gefechtseinheiten, erlöschen mußte. Leider auch bis die Übermacht der Bothatruppen bereits zu stark geworden war, keinen Erfolg mehr gestattete.

Sagt diese Gegenüberstellung nicht genug? Zeigt sie nicht deutlich, wer der Angreifer gewesen ist? Ich meine doch! Die vorbereitende, treibende Kraft war England. Und Botha handelte auf Befehl. Ob seine Politik vom Burenstandpunkt richtig war oder nicht, gehört nicht hierher.

Noch etwas, das zeigen soll, wie wenig man sich in London um die Meinung, das Gefühl der Buren kehrt. Die Burenbevölkerung Südafrikas war wohl durch die Bank gegen eine Ausweisung der Deutschen aus der Union. Daß die Deutschen in ihrem eigenen früheren Schutzgebiet rücksichtslos von Haus und Hof vertrieben werden könnten, daran dachte man in der Union kaum, das hielt man nicht für möglich. Dennoch wurde etwa die Hälfte der in Südwest angesessenen deutschen Männer und Frauen auf direkten Befehl Bothas — der Befehl kam aus Paris — ausgewiesen, bevor der Friede deutscherseits unterzeichnet worden war. Downingstreet befahl und Botha gehorchte.

Digitized by Google

Milizheere

Von Oberstleutnant a. D. Boelcke

Daß sich mit mangelhaft oder gar nicht ausgebildeten Truppen keine schnelle Entscheidung herbeiführen läßt, hatte eine lange Reihe von Volkskriegen, angefangen mit den Unabhängigkeitskämpfen der Amerikaner unter Washington bis zum Buren- und Balkankriege der neuesten Zeit unwiderleglich gezeigt. Die großen europäischen Festlandsmächte folgerten daraus, daß die soldatische Schulung aller Wehrfähigen unumgänglich notwendig sei.

So stießen 1914 gewaltige Heeresmassen vortrefflich Ausgebildeter aufeinander. Doch siehe da! Das Niederzwingen des Gegners in wenigen Wochen, womit man doch so bestimmt gerechnet hatte, gelang nicht. In dem endlosen Ringen, das nun folgte, wurden die Kerntruppen zu immer dürftigeren Milizen. Ludendorff schildert dies in seinen Kriegserinnerungen vom 8. August 1918 folgendermaßen: „Ich hörte ..., wie sich unsere Mannschaften einzelnen Reitern, geschlossene Abteilungen Tanks ergaben! Einer frisch und tapfer angreifenden Division wurde von zurückgehenden Truppen „Streikbrecher" und „Kriegsverlängerer" zugerufen ... Der 8. 8. stellte den Niedergang unserer Kampfkraft fest." Auch auf Seiten der Entente war die Kampfkraft durchaus nicht auf der Höhe; nur an Zahl, Ausrüstung und Verpflegung blieben die Feinde uns überlegen.

Die großen stehenden Heere waren also ihrer Aufgabe doch nicht gewachsen gewesen. An den Abwehrmitteln der neuen Kriegstechnik erlahmte ihr Angriffsschwung, und bald stellte es sich auch heraus, daß der Durchschnitts-Frontsoldat nicht der richtige Mann war, allen technischen Feinheiten der neuen Kriegführung nachzugehen.

Gleich Pilzen nach befruchtendem Landregen entstanden nämlich zahllose Truppenverbände und Stäbe für ausgesprochen einseitige Sonderzwecke, die alle eine hervorragend gediegene Fachausbildung haben mußten. Nur ausnahmsweise konnten derartige „Spezialisten" den Kreisen der Berufssoldaten entnommen werden. Die überwiegende Mehrzahl ergänzte sich aus verwandten bürgerlichen Berufen. Wenige Stichworte aus der Fülle der Erscheinungen beliebig herausgegriffen, werden das sofort klarmachen. Wie sollte der Offizier und Unteroffizier des stehenden Heeres Gaskampfmittel, Wetterkunde, Unterwasser-Schneideverfahren, Geologie, Schützengraben-Bagger, die wirtschaftliche Ausnutzung des Landes, das Wesen der Presse beherrschen?

Selbst auf ihren eigensten Fachgebieten kamen die Frontsoldaten der technischen Waffen allmählich ins Hintertreffen. Denn vielfach reichten ihre Kenntnisse nicht aus, um mit der raschen Durchbildung aller Geräte und Verfahren Schritt zu

Digitized by Google

halten. Die Artillerie bietet hierfür mehr als ein treffendes Beispiel. So hatte sich die Feldartillerie im Frieden mit der Technik nur im allerengsten Rahmen beschäftigt. Die mittelbaren Schießaufgaben des Stellungskrieges „lagen" ihr deshalb wenig, und noch nach zwei bis drei Kriegsjahren konnten sich z. B. manche ihrer Offiziere — von den Unteroffizieren ganz zu schweigen — nur schwer mit dem unentbehrlichen Batterieplan befreunden. Der war nun freilich in der schweren Artillerie längst gebräuchlich, aber die Einzelheiten der Vermessung und die Berücksichtigung der Witterungseinflüsse waren auch ihr fremd. Vollends in die verwickelten Beziehungen des Schießens nach Luftzielen und in die verschiedenen Anschneide- und Meßverfahren fanden sich die Angehörigen technischer Berufe, wie Ingenieure, Baumeister, Landmesser ungleich leichter hinein als der Artillerist ohne Sonderausbildung.

So notwendig auch die kriegerischen Tugenden für die Masse des Heeres, insbesondere für die Trägerin des entscheidungsuchenden Angriffs, die Infanterie, sind, sie allein genügen nicht mehr für die vielgestaltige Kriegführung von heute. Ihre technische Seite wird aller Wahrscheinlichkeit nach künftig nur noch stärker hervortreten, und vielleicht wird der gewiegte Physiker oder Chemiker eine ganz bedeutende Rolle in den Schlachten kommender Jahrzehnte spielen.

Daß in einer selbst langen Dienstzeit alle fürs Feld nötigen technischen Dinge geübt und eingespielt werden können, ist wohl ausgeschlossen. Auf den Kostenpunkt, der das verbietet, komme ich später zurück. Aber schon das Wissen und Können, das hierzu im Heere ständig verkörpert sein müßte, ist so bedeutend, daß schließlich aus dem Heere eine Hochschule würde. Kein Soldat kann das wünschen. Somit bleibt nur übrig, die bedeutenden Fachleute der bürgerlichen Berufe im Kriege in den wichtigen technischen Stellen zu verwenden, auch wenn sie nicht in wünschenswertem Maße von Kriegshauch beseelt sind. Das bedeutet aber nichts anderes, als Annahme des Milizsystems für die Sondertruppen.

Immerhin könnte man noch daran denken, jedem Wehrfähigen eine militärische Ausbildung zu geben und so wenigstens die Hauptwaffen in ähnlicher Weise auf den Krieg vorzubereiten wie früher. Aber auch das wird auf die Dauer undurchführbar, weil die kraftlosen wirtschaftlichen Verhältnisse Europas es verbieten. Die im Weltkriege Besiegten scheiden von vornherein aus. Die siegreichen Festlandsmächte dagegen machen heute noch alle Anstrengungen, den Militarismus hochzuhalten, doch schon hört man von Geldschwierigkeiten. Es klingt durchaus glaublich, daß die Vereinigten Staaten den Franzosen weitere Vorschüsse verweigern, weil die Gelder für eine Luftflotte und nicht für werbende Anlagen bestimmt seien.

Man beachte nur, wie unendlich viel mehr an Waffen, Gerät, Ausrüstung usw.

Digitized by Google

heute ein Volksheer haben muß, als noch vor sechs Jahren, und daß alles mindestens das Sechsfache, manches das Zehn- und Zwanzigfache des früher Üblichen kostet. Es leuchtet ein, daß selbst ein Staat wie Frankreich, der die unabsehbaren Folgen seiner vergiftenden, eine wahre Drachensaat ausstreuenden Rachepolitik befürchten und daher wie kein anderer ständig gerüstet sein muß, dennoch Heer und Flotte arg wird beschneiden müssen. Bald können wir also wohl überall schwache stehende Heere sehen, im günstigsten Falle für ganz kurze Manöver verstärkt durch Übungsmannschaften. *Somit würden die Kriege der Zukunft im wesentlichen mit Milizen geschlagen werden.*

Auf den ersten Blick erscheint das uns, die wir von jeher an so ganz andere Begriffe gewöhnt sind, nur schwer faßlich. Aber, so muß man fragen, sollte sich denn der Wahnsinn des Weltkrieges nochmals wiederholen können? Alles in uns sträubt sich, das zu glauben, und auch die innere Wahrscheinlichkeit spricht dagegen. Goethe drückt das in seinem Gedichte „Eins und Alles" folgendermaßen aus:

„Und umzuschaffen das Geschaffne,
Damit sich's nicht zum Starren waffne,
Wirkt ewiges, lebendges Tun.
Und was nicht war, nun will es werden,
Zu reinen Sonnen, farb'gen Erden;
In keinem Falle darf es ruhn.

Es soll sich regen, schaffend handeln,
Erst sich gestalten, dann verwandeln;
Nur scheinbar stehts Momente still.
Das Ew'ge regt sich fort in allem:
Denn alles muß in nichts zerfallen,
Wenn es im Sein beharren will."

Offenbar bedeutet der Weltkrieg, der mit so vielem Schluß gemacht hat, auch das Ende der wohlausgerüsteten Massenheere. Kleine, bewegliche Armeen von Berufssoldaten, örtlicher, vornehmlich durch technische Mittel verstärkter Schutz meist ortsangesessener Milizen und bei Kämpfen zwischen hochentwickelten Staaten Luftgeschwader, das sind anscheinend, soweit das Auge den Nebel der Ungewißheit zu durchdringen vermag, die Hauptmerkmale kommender Kriege. Vielleicht gibt die gerade jetzt im Osten drohend heranziehende Bolschewistengefahr bald schon hierüber einige Klarheit.

Die letzten Nachrichten aus Rußland und insbesondere die eiligen polnischen Rüstungen deuten auf einen bevorstehenden Angriff der Bolschewisten in westlicher Richtung hin. An ausgebildeten Truppen wird es ihnen nicht fehlen, wohl

Digitized by Google

aber an Ausrüstung und Nachschubmöglichkeit. Bei dem unleugbaren Geschick, das die Sowjetregierung im Ausstreuen von Zweckmeldungen entfaltet, werden wohl auch ihre Millionenheere um mindestens eine, wenn nicht um zwei Nullen zu groß angegeben sein. Immerhin sind sie von zündenden Idee beseelt und dadurch einem uneinheitlichen Gegner, wie z. B. den bereits bolschewistisch angekränkelten, schnell zusammengerafften Polentruppen weit überlegen. Diese kann man kaum anders denn als Milizen schlechtester Verfassung ansprechen. Werden sie, wie man annehmen muß, zersprengt, dann kann leicht im Osten ein neuer Brandherd entstehen, den das verarmte, ausgeblutete Europa nur schwer zu löschen imstande sein wird. Zehrende Kämpfe hier und da, mit Erbitterung, Roheit und ohne rechte Entscheidung geführt; das dürfte dann das Wesen dieser Kriegführung sein.

Für die Menschlichkeit!

Von Dr. Richard Thurnwald

„Gott will es!" — unter diesem Ruf zogen die Kreuzfahrer aus. „Für das Evangelium! Für die heilige Kirche!" galt einige Jahrhunderte später die Parole. Heute ist das Schlagwort „Für die Menschlichkeit!" geworden. Die grausame Hungerblockade gegen Deutschland wurde „für die Menschlichkeit" betrieben. Die 14 Punkte stellte Wilson im Kampf für das Wohl der Menschheit auf und er hielt sein Wort nicht, weil es das Interesse der Menschlichkeit forderte. Die Bolschewisten in Rußland übertreffen Iwan den Grausamen im Interesse ihrer Ideale, im Interesse von Menschlichkeit. In Ungarn ist das ebenso geschehen, und nun werden diese „Idealisten" nach ihrem eigenen idealen Rezept verurteilt. Im alten Österreich aber scheint überhaupt keine Kraft mehr zu leben — da siecht man hin und erlöscht, verhungert, dank der „Menschlichkeit", für die an allen Ecken so begeistert gekämpft wird, und deren Wirkungen nun auch von den Engländern an Ort und Stelle „studiert" wird. Man denkt daran, daß es den Verbrecher treibt, sich neugierig an den Ort seiner Tat zu begeben. Nun wollen sich die Engländer durch Augenschein überzeugen, wie ihre Methode gewirkt hat.

Vor mir liegt ein Bericht über „Chronische Massenerkrankungen unter Wiener kleinen Kindern im Kriege". Ein Separatabdruck aus Nr. 50 der „Wiener Medizinischen Wochenschrift 1919". Ihr Verfasser ist Dr. Siegfried Weiß, der seit vielen Jahren mit zäher Energie Säuglingsfürsorge in Wien betreibt. Das Ergebnis beansprucht noch aus dem Grunde unser besonderes Interesse, — nicht nur weil es sich in Wien um deutsche Volksgenossen handelt, — sondern weil

Digitized by Google

auch uns vielleicht noch selbst das Schicksal von Wien und Österreich bevorsteht, und wir dann den Engländern als „Studienobjekte" dienen werden, wie sonst die verhungernden Inder und Iren.

Ein außerordentlich großes Material ist von Weiß exakt bearbeitet worden und der Wert dieser Bearbeitung ist um so höher einzuschätzen, als auch der Vergleich mit den Verhältnissen vor dem Kriege zu Gebote steht.

Die Kriegswirkungen zeigen sich bereits seit 1916. Seitdem wird von den in Fürsorge stehenden Kindern nicht mehr das Sollgewicht erreicht. Weitaus der größte Teil der Kinder bleibt, obwohl durch die ersten Lebensmonate gestillt, um 30 und mehr Prozent im Untergewicht. Auch die Säuglingsmütter bleiben erheblich, um über 60 Prozent, im Gewicht zurück. Und das, obgleich sie im allgemeinen einer gutsituierten Arbeiterschicht angehören. Dabei ist die Stillfrequenz sowie die Stilldauer sehr hoch geblieben, doch versiegte die nötige Milchabsonderung bei den Müttern frühzeitig, so daß als Ergänzung Kuh- und Ziegenmilch herangezogen werden mußten. Besonders stark tritt dies seit Anfang 1919 in Erscheinung.

Nun aber die weiteren Folgen! Bei ausnahmslos allen Kindern wurden rhachitische Symptome konstatiert und zwar: „Bei der Gesamtheit von 100 Kindern konnten an jedem einzelnen mehr als sechs Zeichen von Rhachitis nachgewiesen werden" (S. 8—9).

Die Menschlichkeit der Engländer kann befriedigt sein. Man erinnert sich der Äußerung der englischen Zeitschrift „Common Sense", worin Fred Wite in dem Artikel „Die Hunnen von 1940" schrieb: „Wenn deutsche Eltern heute schlecht ernährt oder unterernährt oder halbverhungert sind, oder durch die tausend und einen unheimlichen sog. Nahungsersatzmittel, mit denen sie sich jetzt erhalten, vergiftet werden, so wird ihre Nachkommenschaft dementsprechend minderwertiges Erzeugnis sein. Sie wird in weitem Maße allen möglichen Varietäten erblicher Leiden unterworfen sein, sie wird in geringem Maße widerstandsfähig sein gegen die Ansteckung durch Tuberkulose. Sie ist möglicherweise verkrüppelt, mißgebildet oder im Wachstum unternormal." . . . . „Ich gehe weiter im Vorausblick auf Deutschland: Ich spreche aus, daß nicht nur Zehntausenden von ungeborenen Deutschen ein Leben physischer Minderwertigkeit vorausbestimmt ist, so gewiß, als sei ihnen durch Rechtsverfahren ein solches Urteil gesprochen, sondern daß Tausende von noch nicht erzeugten Deutschen, wenn ihre Zeit gekommen sein wird, einem solchen Schicksal ins Angesicht schauen werden. Rhachitis wird vielleicht die gewöhnlichste Form sein, in der der untaugliche Deutsche der Nachkriegszeit angetroffen werden wird. Man nennt in Deutschland die Rhachitis die englische Krankheit. Nun wohl, es kann dazu kommen, daß sie diese Bezeichnung in Zukunft noch besser als in der Vergangenheit verdient. Denn die

Digitized by Google

britische Blockade ist an erster Stelle verantwortlich für Deutschlands jetzige Ernährungsnot und infolgedessen für die Dauerwirkungen, die deren Folge sein werden."

Soweit der Engländer Mitte Dezember 1918. Wer beanstandet noch, wenn ich sage: Die englischen Kommissionen drängt es, sich nach Deutschland zu begeben, wie den Verbrecher an den Ort seiner Missetat? Denn auch Wien und Österreich bleiben deutsches Land trotz der Intriguen der Entente.

Weiß beschreibt nun im einzelnen die verschiedenen rhachitischen Erkrankungen und er fügt Bilder bei, die von der englischen Untersuchungskommission selbst aufgenommen worden sind, — natürlich um der Menschlichkeit willen! Es sind entsetzliche Bilder. Man sehe sie sich an! Zwei oder drei Jahre alte Kinder haben ein geringeres Gewicht, als sie als Neugeborene hatten.

Die schmucklose nüchterne statistische Zusammenstellung, die sorgfältig vermeidet, auch nur mit einem Worte des Vorwurfs der im Namen der Menschlichkeit tätigen Feinde zu erwähnen, schließt damit: „Der Wiederaufbau der Bevölkerung muß im Kleinkinderalter fortgesetzt werden. Es muß die Produktion von Frischnahrung in unserem eigenen Lande eintreten und unsere Kleinkinder müssen von der Ersatznahrung und den Konserven loskommen." Wenn er aber meint: „Es ist zu hoffen, daß dieser Beitrag zu weiteren Schritten behufs Erreichung dieses Zweckes führen möge", — so fürchte ich, daß der Verfasser, der sich auf die englische Kommission verläßt, verlassen bleibt.

Den Wiederaufbau an dem obersten Volksgut, der Volksgesundheit und der Nachkommenschaft müssen wir selbst in die Hand nehmen und nicht auf die Kommissionen vertrauen, welche die Missetäter aus Menschlichkeit uns schicken. Nötig dazu wäre freilich ein Zusammenarbeiten aller Volksgenossen, die ohne Rücksicht auf ihre politische Parteistellung in dieser Grundvoraussetzung der Existenz des Volkes im Wiederaufbau seiner lebendigen Zukunft sich begegnen müssen; denn sonst wären wir wert, unterzugehen als Volk und als Nation.

Die Elternbeiräte

Von Elly Heuß-Knapp

Der Mensch ist ein wunderliches Geschöpf! Bisher konnte man in manchen Kreisen, sobald Mütter beieinander saßen, das große Klagelied über die Schule hören, die Überlastung, das mangelnde Verständnis für die Individualität des Kindes, den Ton in den Pausen, die Gesellschaft der Kameraden — eine ganze Litanei. Nun hat der Erlaß des Kultusministers Haenisch den Eltern ein kleines Seitenpförtchen in das streng verschlossene Schulhaus geöffnet; im Elternbeirat

Digitized by Google

haben die Eltern beratende Stimme bekommen bei Angelegenheiten des Schulbetriebs, der Schulzucht, der körperlichen, geistigen und sittlichen Ausbildung der Kinder. Kaum ist dieses verkündigt, so sind diese selben Eltern entsetzt über eine solche revolutionäre Änderung und erklären feierlich, daß sie diesem umstürzlerischen Erlaß mit tiefem Mißtrauen gegenüberstehen. Wenn der Herr Direktor in der Elternversammlung erklärt, bisher habe er d i e Eltern für die besten gehalten, die man am wenigsten sieht, so erntet er lauten Beifall. Mit Verlaub, Herr Direktor, das waren vielleicht die bequemsten Schüler, die solche unsichtbaren Eltern hatten. Aber die besten Eltern hatten wohl von jeher den Wunsch, den Mann oder die Frau persönlich zu kennen, denen sie ihr Kind anvertrauen mußten. Und die besten Lehrer werden von jeher diesen Wunsch erwidert haben, um so durch die Eltern die Schüler richtiger verstehen zu können. Wenn ein Erlaß des Kultusministers diese Fühlung zwischen Schule und Elternhaus fördern will, so ist dieser Versuch im Interesse beider Teile gelegen. Man muß nur hüben und drüben mit gutem Willen an die Sache herangehen. Für die Schulleitung hat die Neuerung freilich ihre Unbequemlichkeiten (auch mancher Schulmann will „Herr im eigenen Haus sein"), — das läßt sich verstehen. Aber wieso es viele Eltern übelnehmen, wenn man ihnen das bescheidene Recht einräumt, in Schuldingen mitzureden — das ließe sich schwer begreifen, dächte man nicht an das alte Wort: „die Griechen fürchte ich — und doppelt, wenn sie schenken". Ja, wenn ein früherer Kultusminister die Eltern gerufen hätte, dann wären sie freudig gekommen. Aber was soll von einem „revolutionären" Minister gutes kommen! Man sucht nach Hänischs Pferdefuß! Wird ihn aber schwer finden bei diesem harmlos liebenswürdigsten aller Minister, der vergebliche Liebesmühen aufwendet, um es allen recht zu machen!

Hier muß ich der Gerechtigkeit halber einfügen, daß ich nur von einigen Großberliner höheren Knaben- und Mädchenschulen nach eigenen Erfahrungen berichten kann, Anstalten mit geringem Prozentsatz an sozialistisch gesinnten Eltern. Aber dies ist symptomatisch: Wie weit entfernt sind wir noch vom Willen zur Volkssouveränität! Wer mit der Schule unzufrieden ist, mag lieber schimpfen, als ein Stück Verantwortung übernehmen und mitarbeiten.

Was kann denn nun der Elternbeirat leisten? Zunächst sei gesagt, was er n i c h t kann. Er kann nicht den Lehrplan und die Lehrmethode ändern oder beeinflussen. Die Elternversammlungen erregten sich heftig über die Frage: Erhaltung des Religionsunterrichts und des national gerichteten Geschichtsunterrichts. Gewiß zwei wichtige Punkte, wohl wert, die Eltern mit starkem Interesse zu erfüllen. Wer unsern Kindern die Wassersuppe des religionslosen Moralunterrichts vorsetzen will, oder den Sinn für Heldentum zerstören durch ein Verbot „die Einzelpersönlichkeit — losgelöst von der Zeit — mit einem Nimbus zu umgeben" (dies ist ein Zitat aus einer Denkschrift der entschiedenen Schulreformer) — der möge seine Finger

Digitized by Google

von dem feinen, leicht zerstörbaren Gewebe unserer Volkserziehung gefälligst lassen! Aber, lieber Herr Diskussionsredner, spare deine entrüsteten Pointen für eine andere Gelegenheit auf! Der Elternbeirat hat darüber wirklich nichts, aber auch gar nichts zu bestimmen. Selbst wenn der ganze Elternbeirat einer Schule aus lauter monistischen Welträtsel-Nußknackern bestünde, selbst dann bliebe der Unterricht davon ganz unberührt.

Die Schule als Unterrichtsanstalt wird vom Elternbeirat nicht beeinflußt, aber sie ist zugleich Lebensgemeinschaft, und in dieser Sphäre soll der Elternbeirat zur Mitarbeit berufen sein.

Für die Kinder der Unterstufe wird die Mutter mehr als der Vater im Elternbeirat von Nutzen sein. Für jede Mutter ist es ein schwerer Augenblick, wenn sie ihr Kind aus der geschützten Familienstube in die rauhere Luft der Schule bringen muß, und bei diesem ersten Kreuzen der häuslichen Erziehung mit der der Schule mag es manchen Konflikt geben, der sich eignet, im Elternbeirat besprochen zu werden, sobald er, wie der Erlaß sagt, über das Persönliche hinaus allgemeines Interesse hat. Für viele Eltern können solche Aussprachen zu Lehrstunden der Pädagogik werden, vor allem an den Elternabenden, die der Beirat einberufen kann. Soll ich einige Themata vorschlagen? „Was sollen unsere Kinder in der Freizeit anfangen?", „Schulaufgaben mit oder ohne Elternhilfe", „Die Kleidung der Schulkinder", „Die Schulpause", „Schulkameradschaften", „Von den Schullügen," „Von der Schulangst" ... Die Liste ließe sich noch lang fortsetzen.

Bei der Mittelstufe wird die Schuldisziplin im Brennpunkt der Erörterungen stehen; die berühmten Flegeljahre, bei Mädchen wie Knaben, bringen das so mit sich. Da mögen die Eltern etwas mehr Verständnis für das schwere Amt des Lehrers aus diesen Beratungen mit heimnehmen, und beide Teile sich gegenseitig stärken im unerläßlichen Humor, diesem viel zu wenig beachteten Erziehungsfaktor!

Die Oberstufe bringt schwerere Probleme. Hier soll ausgeglichen werden zwischen dem starken Trieb zur Selbständigkeit und Selbstverantwortung, — heiligen Rechten der heranreifenden jungen Menschen — und der Autorität der Schule. Die körperlichen und seelischen Konflikte der Entwicklungszeit erfordern eingehendes Verständnis. Die Fühlung zwischen Eltern und Lehrer kann hier die stärksten Segenswirkungen entfalten. Ein Fall wird im Erlaß besonders hervorgehoben: wenn ein Schüler um schwerer Vergehen willen aus der Schule ausgeschlossen werden soll, oder sein Abgangszeugnis eine Bemerkung enthalten soll, das sein Ansehen bei den Mitmenschen schädigen kann, so soll der Elternbeirat gehört werden; — zum Glück wird hinzugefügt: auf Wunsch der Eltern des „Angeklagten". In der Regel werden Schulleiter und Lehrerkollegium den Sitzungen beiwohnen, ohne mit abstimmen zu können; doch kann der Elternbeirat auch ohne Zuziehung der Lehrer tagen.

Digitized by Google

Diese Befugnisse sind gewiß bescheidener Natur. Wohl möglich, daß die ganze Einrichtung kaum über das Vegetieren hinauswächst zu eigenem Leben. Es wird — wie immer und überall — auf die Menschen ankommen, nicht auf den Wortlaut der Bestimmung. Dieser war, nebenbei bemerkt, von Anbeginn recht unsicher, in Einzelheiten fortwährend geändert und wiederhergestellt, um neu geändert zu werden, so daß der Verdacht auftaucht: sollte ein Geheimrat im Kultusministerium hier Falleisen verborgen angelegt haben, um seinen hohen Vorgesetzten bei der Elternschaft zu diskreditieren?! Zum Schluß sind schließlich die schlimmsten Steine des Anstoßes beseitigt worden: die unpersönliche Wahl durch vertrauenswürdige Boten und der Entzug des Wahlrechts der Stiefeltern, während Adoptiveltern schon von Anfang wahlberechtigt sein sollten.

Nach welchen Gesichtspunkten sollen nun aber die Listen aufgestellt, die Kandidaten ausgesucht werden? Aus allem vorausgegangenen erhellt schon die rein pädagogische Aufgabe des Beirats, — folglich sollten pädagogische Erwägungen den Ausschlag geben. Das ist auf den „unpolitischen" Listen versucht worden. Angehörige der verschiedenen Konfessionen und Parteien sind hier nach ihren erzieherischen Fähigkeiten und Interessen ausgewählt. Die sozialdemokratischen Parteien haben für die Berliner Volksschulen eigene Listen aufgestellt und durch den Kampf um die Elternstimmen die parteipolitischen Kräfte gemessen — die pädagogische Frage wurde zum Vorwand einer Machtprobe. Es kann nun hübsch werden, wenn sich an diesen Schulen die Eltern im Beirat nach Fraktionen gliedern. Ich lese im Geist bereits Protokolle etwa der Art: „Namens seiner Fraktionsgenossen von der U. S. P. spricht Herr X (2 Söhne in der 3. und 6. Klasse) über die hygienischen Mißstände der Abortanlagen, Frau Y (Sohn in Klasse 8) erklärt, daß ihre Gesinnungsgenossen von der Rechten keinen Neubau der Abortanlagen für nötig halten, sondern die Erziehung der Kinder zur Reinlichkeit ..."

Alle vernünftigen Eltern aus allen Parteien stimmen darin überein, daß die Parteipolitik von der Schule fernbleiben muß. Vielleicht können die Elternbeiräte auf diesem Gebiet Gutes wirken, wenn es ihnen gelänge, die bestehenden politischen Jugendvereine aus der Schule zu verbannen! Aber zunächst muß dazu im Elternbeirat selbst die Parteipolitik völlig ausgeschaltet werden.

Für die Großstädte können die Elternbeiräte noch eine bisher unbeachtete, sehr erfreuliche Nebenwirkung haben: dadurch, daß die Eltern der Klassengenossen sich kennenlernen, entstehen Beziehungen, die in der Kleinstadt noch ganz natürlich von selber wachsen, menschliche Bindungen, die Luther unter das tägliche Brot rechnete, als „gute und getreue Nachbarn". Der Staat, — der Volksstaat — kann nur gewinnen, wenn überall die spärlichen Ansätze einer Erziehung zur Selbstverantwortlichkeit gestärkt werden. Schließlich aber: die Schule ist für die

Digitized by Google

Kinder da. (Bitte, das ist kein Gemeinplatz, denn bei manchen Verhandlungen mancher Lehrer-Berufsvereine klingt es mehr so, als sei die Schule für Standesbewegung und Gehaltsregelung der Lehrer geschaffen.) Nun, unsern Kindern kann der Elternbeirat keinesfalls etwas schaden, öfters einmal positiv nützen. In der Regel wird er ihnen gleichgültig erscheinen. Denn in der Schule wie im Leben ist doch jeder einzelne selber „seines Glückes Schmied".

Eine merkwürdige „Kapitalsteuer"

Die Notwendigkeit, Steuern zu nehmen, wo sie zu finden sind, braucht hier nicht ausführlich begründet zu werden. Wenn man auch nur einigermaßen aus dem Tohuwabohu herauskommen will, so darf man nicht allzu wähleriſch sein mit den Steuerobjekten und darf sich auch nicht allzu sehr von den Klagen der von der Steuer Betroffenen rühren lassen. Denn sonst käme man überhaupt zu keinen Staatseinnahmen. Indessen gibt es doch auch Fälle, in denen sich selbst der Steuerfreudigste an den Kopf greift und sich fragt, was sich der Gesetzgeber bei den Vorlagen wohl gedacht hat. Hierher gehört nun die neueste Ausweitung der Kapitalertragssteuer. An und für sich handelt es sich bei dieser um eine durchaus berechtigte und vertretbare und sogar recht praktische Abgabe. Man weiß, künftig sollen auf jegliche Art von Kapitaleinkünften 10 Prozent Abzüge zugunsten der Reichskasse gemacht werden. Man erhält also für seine Kriegsanleihe nicht mehr 5, sondern 4½ Prozent ausbezahlt und die Sparkasse muß von den 3½ Prozent Zinsen, die sie zahlt, ein Zehntel, also 0,35 Prozent an das Reich abführen und der Sparer selbst erhält nur 3,15. So ist es mit Hypothekenzinsen und so ist es auch selbstverständlich mit Bankeinlagen. Es ist durchaus berechtigt, daß auf die sogenannten Habenzinsen keine besondere Vergünstigung gegenüber anderen Geldinstituten gewährt wird.

Ganz anders aber steht es mit einem am 21. Februar im 10. Ausschuß der Nationalversammlung angenommenen Antrag Blunck. Dieser beschränkt sich nicht darauf, auf die bei den Banken an die Kundschaft auszubezahlenden Zinsen den 10prozentigen Abzug zu machen, sondern daneben sollen auch die Banken und Bankgeschäfte aus den ihnen zufließenden Gewinnen aus den Sollzinsen Kapitalertragssteuer zahlen müssen. Beim ersten Lesen glaubt man, es handle sich hier um einen Übermittlungsfehler. Denn da von vornherein als selbstverständlich angenommen werden muß, daß die Banken selbst eine derartige Steuer weder tragen werden noch tragen können, so bedeutet eine solche gesetzliche Vorschrift nichts anderes als eine ungeheuerliche Belastung nicht etwa des

Digitized by Google

Kapitalisten, sondern im Gegenteil des Geld- und Kapitalbedürftigen. Machen wir uns klar, um welchen Vorgang es sich hier handelt: Wenn irgend jemand bei einer Bank Geld leiht und dafür Zinsen an die Bank entrichtet, so hat die Bank von diesen eingehenden Zinsen ein Zehntel an den Fiskus abzuführen. Nun ist die Ansicht ziemlich allgemein verbreitet, daß das Geld in absehbarer Zeit außerordentlich teuer werden wird, sobald einmal die übermäßige Inflation eingedämmt ist. Wir werden dann sehr wahrscheinlich auf Zinssätze von 9 bis 10 Prozent kommen. Wie diese getragen werden können, ist ohnehin heute einigermaßen unklar. Wenn nun von diesen 10 Prozent 1 Prozent an den Staat fließen soll, so werden dies die Banken darum nicht tragen können, weil ja diese 10 Prozent nicht etwa eine Reineinnahme der Banken darstellen. Die Banken sind ja im allgemeinen nur Geldvermittler. Sie leihen das ihnen von Einlegern gegebene Geld an ihre kapitalbedürftigen Kunden aus und müssen außerdem aus jenem Zinsunterschied zwischen Soll und Haben ihre scharf ansteigenden Unkosten decken und diese Unkosten werden in der nächsten Zeit immer weiter sich erhöhen, nicht zuletzt darum, weil die Banken in weitgehendem Maße die Geschäfte des Steuerfiskus werden besorgen müssen. Wenn nun auf die Sollzinsen jene Abgabe erfolgt, so gibt es an und für sich nur drei Wege: entweder sie werden dem Einleger zu Lasten geschrieben oder die Bank muß sie entrichten oder aber der Kredit wird weiter verteuert. Dem Einleger wird man sie nicht auferlegen können, denn der hat ja ohnehin schon 10 Prozent auf sein Bankguthaben zu entrichten. Wenn er beispielsweise bisher 3 Prozent erhalten hat, so erhält er jetzt 2,7 Prozent. Zieht man ihm noch das eine Prozent ab, so sind es gar nur mehr 1,7 Prozent und dann wird der Einleger sein Geld den Banken entziehen und es anderswo besser und rentabler anlegen. Für die Bank selbst aber würde vermutlich eine Übernahme jener Steuerlast die Aufzehrung eines sehr großen Teiles des Gewinns bedeuten. Es spricht auch alle Erfahrung gegen die Annahme, daß die Banken eine solche Sondersteuer übernehmen würden. Es wird auch in diesem Fall eine Abwälzung auf den Kunden, also auf den Geldsuchenden, vorgenommen werden. Das aber führt, wie gesagt, zu Geldsätzen, die nicht mehr zu ertragen sind.

Das Allerschlimmste aber hat anscheinend der Gesetzgeber ganz vergessen. Das ist die Förderung ausländischer Banken und Institute durch jene Vorschrift. Heute schon ziehen ausländische Bankfirmen große Vorteile aus der Aufhebung des Bankgeheimnisses. Sie versuchen bereits jetzt namentlich im besetzten Gebiet den heimischen Instituten das Wasser abzugraben. Wenn nun gar noch eine derartige Vorschrift, wie sie hier mit den Sollzinsen versucht wird, Gesetz wird, so wird vollends eine Massenflucht aller Geldbedürftigen zu jenen ausländischen

Digitized by Google

Stellen eintreten, die ja in keiner Weise dazu angehalten werden können, diese Steuer auf Sollzinsen nach Deutschland zu zahlen. Darum wird man gut tun, im Plenum der Nationalversammlung schleunigst jenen Ausschußantrag zu Fall zu bringen. Severus Linter.

Notizen

Film und auswärtige Politik. Dr. Max Linde, der Generalsekretär des „Verbandes für den Fernen Osten", schreibt in den „Deutschen Nachrichten":

Der Gefahrenkomplex des modernen Films wurde gerade neuerdings mit Rücksicht auf die Schaffung einer gesetzlichen Filmzensur von allen Seiten eingehend erörtert. Nur sehr selten wurde dabei der Zusammenhang zwischen Film und auswärtiger Politik gestreift, geschweige näher erörtert. Daß jedoch ein solcher Zusammenhang besteht, ist allen Urteilsfähigen wohl selten klarer zum Bewußtsein geführt worden, als in den letzten Wochen, in denen der große Kreis der Kinobesucher durch einen Riesenfilm mit dem Gesamttitel „Die Herrin der Welt" in atemloser Spannung gehalten wird.

Mit einem fast märchenhaften Apparat ist hier ein Werk geschaffen worden, das wohl auch von den Sachverständigen auf diesem Gebiete zu den technischen Höchstleistungen der deutschen Filmindustrie gerechnet werden dürfte.

Um so bedauerlicher ist es, daß der geistige Gehalt, soweit man von einem solchen überhaupt sprechen kann, mit der hohen Technik nicht entfernt im Einklang steht. Ja, noch mehr. Man kann sagen, daß ein großer Teil des Inhaltes dieses Films eine Gefahr und eine nicht tief genug zu beklagende Verirrung bedeutet.

Sofort die ersten Szenen führen in das chinesische Bordell-Leben und bringen brutale Gewalttätigkeiten gegen eine junge dänische Erzieherin, die mit List ins Freudenhaus gebracht wurde. Weil sie ihrem Peiniger nicht gefügig ist, wird sie in ein unterirdisches Loch gesperrt, in dem die Wassermassen Zentimeter um Zentimeter an ihr emporsteigen. Über dem Gitterwerk des Loches steht mit steinhartem Gesicht, in dem sich kein Muskel rührt, der Wirt, weidet sich an der qualvollen Angst und Pein seines Opfers und hebt es schließlich, mehr tot als lebendig, aus dem nassen Element. Der Polizeipräfekt von Kanton, begierig auf weiße Mädchen, zieht mit dem Freudenhausbesitzer am gleichen Strang. Als sie, noch in des ersteren Damen, über das Zusammenbringen von Mädchen und Präfekt unterhandeln, läßt sich der dänische Konsul melden Der Präfekt versteckt für die Dauer der Verhandlung mit diesem seinen üblen Gast in einem Nebenraum, um, wie er sich ausdrückt, zunächst den „europäischen Hund" abzufertigen. Dieser „europäische Hund" bringt das Verschwinden weißer Mädchen zur Sprache; der Präfekt weiß natürlich durchaus nichts von irgend etwas derartigem, verspricht aber, nicht nur seine Beamten nachforschen zu lassen, sondern höchstpersönlich den Sachverhalt aufzuklären. So schnell wie möglich befreit er sich von dem lästigen weißen Eindringling, um die Verhandlungen wegen des Besuches im Lusthause fortzusetzen. Der Verabredung gemäß stellt er sich pünktlich ein und macht die Bekanntschaft des vergewaltig-

Digitized by Google

ten europäischen Mädchens. Inzwischen wird dessen Rettung durch einen jungen Chinesen, der in Europa studiert hat, in die Wege geleitet, wobei es ohne Mord an einer scheußlichen Bestie, einem Negereunuchen, nicht abgeht. Der junge europäisierte chinesische Retter wird jedoch ergriffen. Der Bordellwirt läßt ihn in seiner Wut an einen Balken binden und befiehlt kaltblütig, ihm die Pulsadern so zu öffnen, daß die Verblutung und damit die Erlösung durch den Tod nicht vor Ablauf von drei Tagen eintritt. In konvulsivischen Zuckungen wälzt sich dieses Opfer eines verlierten Gefühls in namenloser Qual auf dem Boden, bis es schließlich von jenem dänischen Konsul gerettet wird. Nur so viel über den ersten Teil, obgleich noch wesentlich mehr darüber zu sagen wäre.

Der dritte Teil steht unter dem Zeichen der Fremdenfeindlichkeit. Eine junge Chinesenmutter glaubt die Europäerin, da sie ihr Kind durch Blick und Berührung verhext habe, schuldig an dessen Tod. Der Dolch, den sie nach ihr wirft, verfehlt nur aus Versehen sein Ziel. Das ganze Dorf wird aufgeboten; der alte, würdige katholische Priester wird brutal vor der Tür seiner Kirche niedergeschlagen; die Europäerin flieht bis auf den Glockenstuhl des Gotteshauses. Wieder wird sie von jenem jungen Chinesen mit dem europäischen Doktorhut gerettet; aber auch er erweist sich letzten Endes als ein Schuft, der seinen Nebenbuhler, den dänischen Konsul, bestiehlt und betrügt.

Hätte man sich bemüht, bewußt und absichtlich ein Filmwerk zu schaffen, dessen Zweck sein sollte, China und sein Volk in der Achtung der Welt herabzusetzen, man hätte beim besten Willen ein für diesen Zweck geeigneteres Werk als dieses nicht schaffen können. Und in diesem Sinne wird der Film von den Chinesen selber empfunden. Es wird bekannt sein, daß in Deutschland noch (und schon wieder) eine ganze Anzahl Chinesen lebt. Vertreter dieser Chinesen sind bei mir gewesen, um in aller Form Protest einzulegen gegen eine Darstellung des chinesischen Volkes, wie sie in den beiden skizzierten Teilen geboten wird. Sie empfinden dieses Werk als eine China angetane Schande und die Mitwirkung eines ihrer eigenen Landsleute als einen Verrat an seinem Volke.

Deutschland ist arm an Freunden in der Welt. Zu den wenigen Völkern, die Sympathien für uns hegen, gehören die Chinesen. Deutschland ist sich dessen wohl bewußt, und wo, wie in den letzten Jahren oft, Gelegenheit war, den in Deutschland weilenden Chinesen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, haben amtliche Stellen und der Deutsch-Chinesische Verband es gern getan. Wir unterhalten in China und in ganz Ostasien hochangesehene Lehranstalten; wir fördern die Beziehungen zwischen Deutschland und China mit allen geeigneten Mitteln, und wir legen Wert auf die freundschaftliche Verbindung mit einem Lande, dessen schwache Regierung sich ausschließlich unter dem Druck der Entente gezwungen sah, in den Krieg gegen Deutschland einzutreten. Das chinesische Volk hat jedoch nie Krieg gegen Deutschland geführt, trotzdem die Entente von jeher den größten Wert darauf legte, Deutschlands Ansehen und Stellung in China skrupellos mit allen nur irgend Erfolg versprechenden Mitteln zu beeinträchtigen und zu schädigen.

Jetzt hat eine große deutsche Filmgesellschaft ihr das geeignete Material geboten, ihre Bemühungen erfolgreich fortzusetzen. Wer wird daran zweifeln, daß unsere militärischen Feinde von gestern, unsere erbittertsten Konkurrenten von morgen den

Digitized by Google

Chinesen hohnlachend dieses Filmwerk zeigen werden mit dem Bemerken: „So beurteilen Euch Eure deutschen Freunde! So sieht man Euch in Deutschland! Die Deutschen wissen nichts von Euren ungezählten guten Eigenschaften (um die, nebenbei bemerkt, viele europäische Völker die Chinesen beneiden könnten). Die Deutschen wissen nichts von Euren hohen ethischen Begriffen; sie haben von dem Geiste Eurer Kultur nie einen Hauch verspürt; sie ahnen nichts von dem reichen Inhalt Eures Familienlebens, von Eurem Gemeinschaftssinn, Eurem sozialen Leben, Eurem sprichwörtlichen Fleiß! Für die Deutschen seid Ihr ein Volk von Bordellwirten, korrupten Beamten, brutalen Lüstlingen, fremdenfeindlichen Fanatikern und üblen Patronen." Und in diesem Gesichtswinkel wird man den Chinesen den deutschen Film vorführen, wenn es nicht gelingt, seine Ausfuhr zu verhindern. Und wer zahlt die Zeche? Das deutsche Volk allein zahlt sie!

Es ist so oft die Rede von unseren unfähigen Diplomaten und Konsuln gewesen, die nicht verstanden hätten, Sympathien für Deutschland in der Welt zu wecken. Angesichts dieses Filmwerkes muß man jedoch feststellen, daß mit einer außerordentlichen Verantwortungslosigkeit der auswärtigen Politik des Deutschen Reiches, die heute mit fast unüberwindlichen Schwierigkeiten arbeitet, aus dem eigenen Volke heraus Hindernisse in den Weg geworfen sind, für die selbst völlige Unkenntnis ostasiatischer Verhältnisse kaum eine hinlängliche Entschuldigung bietet.

Was hätte andererseits geboten werden können, wenn man dieselben Mittel aufgewendet, denselben Apparat in Bewegung gesetzt, dieselben Kräfte angespannt hätte, um ein Werk zu schaffen, das China und sein Volk zeigt, wie es wirklich ist!

Das Unglück ist geschehen und wir haben allen Anlaß, uns zu fragen, wie es gutgemacht werden kann.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt. Redaktion: Schöneberger Ufer 36 a I. Telephon: Nollendorf 928. Für Anzeigen J. V. Kiel, Berlin-Schöneberg. Verlag Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland, Oesterreich-Ungarn und Luxemburg M. 7.20, übriges Ausland M. 7.20. Einzelnummer 50 Pfg. Gedruckt in der Buchdruckerei Hermann Bergmann, Berlin SW 48.

Digitized by Google

5. Jahrgang * 12. März 1920 * Heft 11

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Die Wirtschaftskommission des Obersten Rates hat ein Programm für den Wiederaufbau Europas entworfen, das deutlich von der Einsicht diktiert ist, daß die Versailler Beschlüsse an ihrer sachlichen Unmöglichkeit sich stumpf laufen. Die Ungewißheit, was in Amerika geschehen wird, zwingt zu irgend greifbaren Vorschlägen. Von deren Durchführung hängt es ja nun natürlich ab, ob diese Kundgabe nicht nur Deklamation ist, ob sie in der Tat die Unterlagen einer gewissen Wirtschaftssolidarität anerkennt. Hier bleibt das Weitere abzuwarten, ohne groß gemachte Erwartungen. Junge Liebe ist es nicht, die drüben mit dem Frühling sich in verstockten Herzen zu regen beginnt, sondern rechnende Politik. Interessant ist für den Augenblick nur die Veröffentlichung, bevor Millerand sein Plazet gegeben hat. Soll er durch diese Kundgebung im vorweg gefesselt, soll er auf Vorrat mit Verantwortung belastet werden? Fast will man glauben, dies sei ein Gegenzug gegen die selbständige Kohlen-Note des französischen Premiers, durch die dieser die englische Unsicherheit hatte ausnutzen wollen.

*

Optimisten in Deutschland und in der Entente versprachen sich von dem Handelsverkehr mit Sowjet-Rußland das Hereinbrechen des Schlaraffenzeitalters. Jetzt hat der bolschewistische Vertreter in Berlin, Kopp, diese Hoffnungstriebe stark beschnitten. Er hat dem Korrespondenten der „Daily News" rundheraus gesagt, daß von einer Ausfuhr von Lebensmitteln nicht die Rede sein könnte, weil Rußlands Landwirtschaft völlig darniederläge. Als Austauschwaren käme russischerseits fürs erste Holz, Flachs und Platin in Betracht. Weizen und Zucker zur Ausfuhr hat es aber seit jeher nur in der Ukraine gegeben; aber von

Digitized by Google

diesem Staat scheint die Entente noch immer wenig wissen zu wollen. Und doch wird es ohne Lösung der ukrainischen Frage im Osten keine Ruhe geben.

*

Es ist außerordentlich schwierig, die Kraft der französischen Arbeiterbewegung richtig abzuschätzen. Der plötzlich aufgeflammte Eisenbahnerstreik ist jäh erloschen; die Regierung droht mit der Mobilisation des Verkehrswesens und die Gewerkschaften ziehen sich erschreckt zurück. Gleichzeitig radikalisiert sich aber der französische Sozialismus, und er geht zu diesem Zweck ausgesucht nach Straßburg, dessen genius loci eine Schmeichelei für die nationalistischen Grundinstinkte ist. Die Absage an die zweite Internationale ist für die politische Augenblickslage völlig belanglos; auch Millerands Stellungnahme für oder gegen den Ausgleich mit Moskau wird dadurch völlig unberührt bleiben. Der französische Parteisozialismus ist bislang immer mehr Literaten- als breite Volksangelegenheit gewesen; das zu erkennen haben eben nur lange die deutschen Sozialisten vernachlässigt. Millerand, der ihm entstammt, weiß das. Er wird ihn nicht übermäßig tragisch nehmen. Seine Sorgen liegen gegenwärtig auf anderem Gebiet.

*

Mit Admiral Horthy als Reichsverweser ist in Ungarn nicht nur ein erbitterter Feind der Roten ans Ruder gekommen, sondern auch ein fanatischer Anhänger König Karls. Nicht einmal die schmachvollen Enthüllungen über dieses Königs landesverräterische Umtriebe haben ihm bei den Royalisten schaden können. Das ist natürlich Geschmackssache und innerungarische Angelegenheit. Daß diese Männer aber glauben, mit Feuer und Schwert unter den Sozialisten König Karls Popularität steigern zu können, ist Beweis dafür, daß konservative Elemente auch durch Revolutionen nichts zu lernen verstehen.

*

Das Problem der Dezentralisation der preußischen Verwaltung ruht nicht. Wenn jetzt die Schleswig-Holsteiner der Regierung Hirsch-Heine ihre Wünsche vorgetragen haben, so ist das die Auswirkung der Versuche, die schon den Weimarer Verfassungsausschuß beschäftigt haben: der Zusammenstraffung von Heer, Finanzen, Verkehr eine Erweiterung der Selbstverwaltungsrechte gegenüberzustellen. Es ist charakteristisch, daß Minister Heine den Schleswig-Holsteinern entgegenkommend geantwortet hat. Er sieht, daß in diesem Streben sich eine urtümliche Bewegung meldet, und er bemüht sich nun, sie so abzufangen, daß sie nicht auf den Artikel 18 der Reichsverfassung sich bezieht und damit das alte preußische Staatsgefüge zu sprengen droht. Es ist auch ganz offenkundig, daß eine vernünftige Haltung Berlins in diesen Fragen die Abstimmung in der zweiten schleswigschen Zone beeinflussen muß.

Digitized by Google

Erzberger und Helfferich

Von Dr. Theodor Heuß

5. März 1920.

Das Spiel geht zu Ende. Die Plädoyers raffen etwas mühsam die Motive zusammen, die in diesen schleppenden Wochen an der Reihe gewesen, viel Kleinkram, ohne große Linie. Die Schlußszene, da der Haß der beiden Hauptakteure sich noch einmal ansprühen soll, steht in der Stunde, die dies schreibt, noch aus. Der Vorhang wird unruhig; man wartet auf sein Niederrauschen. Welch ein Spiel! Der Expansionskampf des stählernen Kapitalismus, der um Land und politische Macht ringt, neben Küchenrezepten einer eifrigen Hausfrau; Kanzlersturz und Friedenstragödie neben Beruhigungsmitteln für hustende Kinder.

Es ist im übrigen ein ziemlich schlechtes Stück gewesen, Sudermannsche Probleme und Charaktere. Helfferich hat gelegentlich Reden gehalten wie der Graf Trast. Das Stück mußte deshalb schlecht ausfallen, weil ihm zwei Dinge fehlten, die nicht nur für das Theater, sondern noch mehr für die wahrhaft großen Dinge der Geschichte wichtig sind: Tragik und Humor. Es war das bürgerliche Schauspiel des Opportunismus. Zwar sollte es so aussehen, als ob zwei Gewalten, zwei Weltanschauungen mit einander streiten, Licht und Nacht, Ormuzd und Ahriman, hingebender Idealismus und einnehmender Materialismus. Das waren die Effekte starker Beleuchtung, aber im Entscheidenden eben auch nur der Beleuchtung. Denn in ihres Wesens Kern sind die beiden, trotz ihres Hasses und wegen ihres Hasses, sich gar nicht so fern, die pfälzisch aufgeregte und händelsüchtige, die oberschwäbisch dickfellige und selbstzufriedene Ausgabe des opportunistischen Menschentyps, der im wilhelminischen Zeitalter des „Betriebs" an die Macht kommen mußte.

Beide Männer mit sehr raschem Erfolgsaufstieg ihrer Jugend. Bei Helfferich war der Absprung leichter: Familienhintergrund, wissenschaftliche Schulung. Der Ehrgeiz nach Macht und Geltung stachelt und verzehrt ihn: er tummelt sich in vielerlei Beruf, weil er, rasch denkend, fleißig, erfolghungrig, sich zu allen Dingen geschickt weiß. Um die Macht zu behalten, scheut er auch nicht das sacrificium intellectus. Er bindet seinem fast nervösen Betätigungstrieb die Maske des Hohnes, der Menschenverachtung vor — wenn diese verrutscht (in dem Prozeß geschah es ein paarmal), erschrickt man vor den Zügen fast subalterner Kleinlichkeit, die die Liebe zum Hassen in ein kluges Gesicht geschrieben.

Erzbergers Opportunismus ist anderer Art: nicht mehr bloße Technik der Machtgewinnung und Machterhaltung, sondern geradezu Lebensatmosphäre. Es ist fabelhaft, wie wenig innere Hemmungen dieser Mann besitzt. Die Geschichte seines Ehrgeizes beginnt im Hinterhaus: nicht die Macht zu wollen, sondern die

Digitized by Google

Macht zu ärgern ist sein Anfang; Drohung, Enthüllung, Wichtigtuerei. Die Kraft, die ihn zwangsläufig in die Höhe treibt, ist fast geographischer Zufall — durch lange Jahre ist er der einzige Zentrumsabgeordnete, der in Berlin wohnt, der beglaubigte Botschafter einer Macht. Dazu kommen ein paar Eigenschaften, die brauchbar sind: Fleiß, Verstand, Beweglichkeit, Bonhommie und Draufgängertum. Die Partei ist ihm alles; in ihr dehnt sich seine Macht, weil im Vakuum vorhanden, und mit der Macht die Freude, sie spüren zu lassen, schließlich sie zu meistern. Er hat jeden Tag das beste Gewissen von der Welt und ist mit einem fast pathologischen Mangel an Empfindlichkeit ausgerüstet. Helfferich möchte ihn als einen Lumpen großen Stils erscheinen lassen und die subalterne Phantasie nährt sich mit der Vorstellung, wie dieser die Politik zum Reichwerden benutzt habe. Das ist sicher falsch gesehen. Erzberger hat keinen großen Stil; er ist ein ganz und gar untragischer Charakter. Wir haben ihn nie geliebt; doch wenn er jetzt als Prototyp der Korruption gemalt wird, so muß man fast von einer Korruption aus Fahrlässigkeit sprechen. Ein Mann, dem es Freude macht, sich gebrauchen zu lassen, weil es seiner Eitelkeit schmeichelt, der mächtige Erzberger zu sein. Nicht Unternehmer, sondern Agent; ohne feinere Grenzempfindungen, daß öffentliche Macht zur privaten Zurückhaltung verpflichtet.

Unser Urteil sieht von dem Vorwurf der Steuerdefraudation ab; bewahrheitet sich dieser, dann trübt sich die Fahrlässigkeit zu Schmutz.

* * *

Monatelang hat Helfferich sich auf den Prozeß vorbereitet. Es muß für seine Natur eine glückliche Zeit fieberhaften Selbstgenusses gewesen sein, wenn er gegen den Popanz des Gegners focht, die schwachen Stellen ablauerte, nach Blößen gierte, um zu locken, reizen, zu verletzen und zur Abfuhr auszuholen. Er wurde der Magnet für alle Feindseligkeiten; man darf ihm glauben, daß er sich sein Material nicht erst zu kaufen brauchte. Aber in seiner Auswahl hat er nicht durchweg guten Geschmack bewiesen und ist einigemal unter das eigene Niveau heruntergestiegen. Der eifrige Haß hat ihn stuhr gemacht. Immerhin war natürlich auch in dieser unmäßigen Ausbreitung des Prozesses, die falsche oder gleichgültige Dinge mit hereinnahm, politische Taktik; die Niederungen des Prozesses sollten, wie auch der Ausgang sein würde, menschliche Niederungen Erzbergers als Eindruck hinterlassen.

Der junge Erich Helff hat einmal ein Drama „Ulrich von Hutten" geschrieben (um Lassalles Vorgang nichts schuldig zu bleiben), und sein Verteidiger hat die Rede vor Gericht mit Ulrichs Wort ausklingen lassen: „Ich habs gewagt". Als Schluß einer forensischen Leistung für das deutsche Publikum ist das ganz nett; aber müssen wir Helfferich jetzt in der Nachfolge des fränkischen Ritters sehen? Soviel Romantik darf man der Phantasie nicht zumuten.

Digitized by Google

Dieser Ritter Georg, der auszog, um mit einer spitzigen Schreibfeder den Drachen der republikanischen Korruption totzustechen, hätte in gewissem Umfang Anlaß gehabt, schweigsam zu sein. Denn gerade mit den „Enthüllungen aus der jüngstvergangenen Zeit, ist er ja nicht zum Zuge gekommen, und er hat sich vor Gericht und von der Presse sagen lassen müssen: die peinlichen Unternehmungen des Abgeordneten Erzberger blühten unter seinen eigenen Augen, in der nächsten Umgebung seines eigenen Ressorts. Sie waren ihm nicht unbekannt geblieben. Warum hat er nicht, in der Sorge um die Reinhaltung der parlamentarischen Sitten, ein befreiendes Himmeldonnerwetter gewagt?

Helfferich hat guten Grund, einiges vergessen zu machen. Denn wenn er jetzt Volksheld der Rechten werden will, so gibt es da einige Schwierigkeiten. Nicht seine Anfänge im Lager von Theodor Barths scharfem demokratischen Radikalismus; die sind längst vergessene blöde Jugendeselei. Aber seine Kriegspraxis läßt ihn verdammt schlechte Figur abgeben in der deutschnationalen Nachbarschaft von Reventlow und den anderen. Denn deren ewige Lesart bleibt, daß der U-Bootkrieg, im Frühjahr 1916 gegen einen in der Abwehr noch ungeübten Feind losgelassen, den sicheren Sieg bringen mußte. Diesen Krieg hat damals Helfferich und niemand anders als er durch scharfsinnige Denkschriften gegen die Marine verhindert. Seine Rolle im Jahr 1917 war von ephemerer Bedeutung, Mitgehen, Resignation, dann Opportunismus: alle Dinge zum Besten wenden. Das Jahr 1916 muß aus dem Gedächtnis gelöscht werden; die Phantasie des Volkes soll sich bei seinem Namen mit anderen Dingen beschäftigen. Z. B. damit, daß Erzberger eine ganz üble Nummer, und daß während der Amtszeit des Schatzsekretärs Helfferich die Reichsschulden nicht so sehr gestiegen seien. (Der Krieg war nämlich damals noch billig.)

*

Vielleicht hat der 1915 bis 1918 schweigsame Staatsmann, wenn er auf Erzberger blickte, gedacht: schön ist es ja gerade nicht, wenn Parlamentarier nebeneinander in Aufsichtsräten, Ministerien und Ekatausschüssen herumwimmeln, aber es läßt sich ertragen, solange eine unabhängige Regierung vorhanden, die aufpaßt, daß nichts Schlimmes passiert. Vielleicht empfahl es sich auch politisch, zurückzuhalten, denn es konnte Mißverständnisse geben mit den Paasche, Bassermann, Stresemann, die Großunternehmer auf diesem Bezirk waren. Aber 1919 hatte sich die Lage verändert. Jene unabhängige Regierung, die das duldete, was ihr als Korruption erschien, und aus der Feigheit patriotische Taktik machte, war verschwunden, durch die parlamentarische Republik ersetzt. Diese bedarf ihres Cato. Bezugsscheine für historische Kostüme gab es nicht mehr; so hüllte sich Helfferich in die Toga.

Ganz recht. Hier liegt in der Tat das Problem. Wenn das „alte Regime"

Digitized by Google

vielleicht etwas duldsam sein durfte, weil es sich im allgemeinen auf ein intaktes Beamtentum verlassen konnte, so muß die junge Republik in allen Unklarheiten ethischer Natur rigoros und hart sein, zumal ihr Beamtentum„ etwa im Verkehrswesen, von dem moralischen Verfall der Wirtschaft angefressen ist. Nicht um den Parteien der Rechten die Wahlparole zu verderben, mußte Erzberger „geopfert" werden — die Deutschnationalen werden ihre Wahl doch mit Erzberger machen und ein „Opfer" ist Erzbergers Weggang nicht. Sondern eine Selbstverständlichkeit. Sicher ist er, und ziemlich naiv, von dem Gefühl gekränkter Unschuld umwölkt, und vielleicht mischt sich in seinen Becher heiterer Lebensnähe heute der erste bittere Tropfen. Aber es ist sachlich und moralisch unmöglich, daß ein Mann solcher Lässigkeiten und politischer Unsicherheiten Repräsentant eines Volkes ist, das nur durch Unerbittlichkeit gegen sich selbst gesunden kann. Das Geschrei, daß das Hochkommen eines solchen Mannes, daß die Verbindung von „Geschäft und Politik" eine Ergänzung des Parlamentarismus sei, ist natürlich maßlose Übertreibung. Demokratie, Parlamentarismus, Monarchie sind nichts als Worthülsen; ihren Inhalt bekommen sie vom Blut der Menschen, von Volk und Zeit. England hat seinen politisch-parlamentarischen Betrieb von der Korruption, die mit ihm in früheren Zeitläuften verschwägert war, frei machen und eine Tradition der Reinlichkeit schaffen können; es liegt an uns, daß wir uns nicht auf Paris oder Bukarest beziehen. An uns allen, nicht an den paar Leuten, die Abgeordnete werden.

Hat Helfferich ein Verdienst, dann das, daß er das Problem in aller Deutlichkeit zur Frage stellte. Die Antwort mußte zwangsläufig sein. Im übrigen hat ihm der Prozeß ein kaum verhehltes Vergnügen bereitet. Das Schlimmste, was ihm passieren konnte, war, Märtyrer zu werden. Zum Heros wirds nicht ganz reichen.

*

Der Minister Erzberger ist nicht ohne starke Verdienste, der Politiker hat schwere Schuld auf sich geladen.

Seine Steuerpolitik soll nicht im einzelnen beurteilt werden; sie hat Flüchtiges, Überhastetes, er ist der Mann der Einfälle, nicht der gestaltenden Phantasie. (So wenig wie sein Gegenspieler.) Schließlich hat er nicht eine private, sondern die Steuerpolitik des Kabinetts gemacht; da er in ihrer Vertretung die starken Töne fand, wurde er bei den sozialdemokratischen Massen populär. Seine starke Stellung verdankte er mindestens so sehr als den Männerarmut des Zentrums dem Glauben der S. P. D. An den Zahlabenden wußte man, daß er von den Kapitalisten verfolgt werde, weil er dem Kapital an den Kragen gehe. Helfferich erscheint dieser sozusagen „materialistischen Geschichtsauffassung" als der Landsknecht der bedrohten Finanz, was aber natürlich eine töricht primitive

Digitized by Google

Motivenreihe ist. Die Börse freilich, in dem blödsinnigen Zustand, in dem sie heute einmal ist, beantwortete die Amtssuspension des Reichsfinanzministers mit einer Hausse, welches schöne Agitationsmittel den sozialistischen Argusaugen aber entgangen ist. Die Börsenoptimisten werden im übrigen Enttäuschungen erleben; der Gang der Steuergesetzgebung ist festgelegt.

Was aber als Erzbergers persönliche Leistung anerkannt werden muß, ist die entschlossene Rückhaltlosigkeit, mit der er die Unitarisierung des Reichsfinanz- und Verkehrswesens durchgeführt hat. Helfferich selbst und seine Nachfolger sahen das Problem, vermochten es aber nicht zu zwingen. Die Größe der Reichsschuld wurde für sein Unterfangen motorische Hilfskraft. Vielleicht konnte es ihm gerade deshalb gelingen, weil er süddeutscher Zentrumsmann war, aus einer politischen Tradition, in der der einzelstaatliche Finanzpartikularismus am ärgsten verfilzt war. Was er hier fertig brachte, ist eine Sicherung der Reichseinheit, ein starkes und unbestreitbares Verdienst, das nur von den blinden Hassern verkannt wird.

Aber die Soll-Seite ist gewachsen, ohne genügende Deckung im Haben.

Als er den Waffenstillstand im Wald von Compiègne abschloß, ging er mit gebundener Marschroute — ihm aus der Unterschrift einen Vorwurf zu machen, ist unehrlich. Das Merkwürdige war nur die Heimkehr. Er negiert sozusagen die Revolution, macht sich selbständig und während die sechs Volksbeauftragten an dem Unheil der Revolution eifrig oder ängstlich herumflicken, den Achtstundentag und das Nachtbackverbot dekretieren, führt er die auswärtige Politik. Im Nebenamt, das zum Hauptamt wird. Eisner läuft einmal gegen ihn an, aber er hat das nicht unverschuldete Unglück, daß ihn seine früheren und gegenwärtigen Genossen nicht ganz ernst nehmen. Die Volksbeauftragten, und zwar die volle Reihe, sind schließlich recht dankbar, daß Erzberger noch vorhanden und daß er so gutwillig ist. Die Verantwortung für das Elend wird ihnen abgenommen — sei es größer, sei es kleiner, es bleibt auf alle Fälle groß genug. Erzberger aber ist unbegrenzt in seiner Bereitschaft, jeden Augenblick Verantwortungen auf sich zu nehmen. Das ist ja seine Stärke, sein Auftrieb als Politiker, daß er keiner Situation ausweicht; er glaubt sie zu meistern, weil er immer das Beste aus seinen Kräften herausholt. Und er ist immer mit sich zufrieden, zutraulich, daß er auch mit den Sorgen des morgigen Tages fertig wird. Er kennt weder die wartende Geduld noch besitzt er das Format heroischer Gefaßtheit. Er ist deutsche, nicht Erzbergers Tragik, daß er in dieser schwersten Zeit an diese Stelle kam. Seine Rolle beim Friedensvertrag, jenes Überschätzen wichtigtuerischer oder subalterner Zwischenträgerei, jener Mangel an historischem und psychologischem Gefühl für die Artung der Gegenspieler in Versailles, ergibt sich mit innerer Notwendigkeit.

Der Prozeß konnte diesem Bild nichts Neues hinzufügen. Deutlicher wurde

Digitized by Google

nur seine verhängnisvolle Rolle in den ersten Julitagen des Jahres 1917. Während die Mehrheitsparteien angeblich dabei sind, dem Kanzler v. Bethmann Hollweg eine tragfähige Parlamentsunterlage zu schaffen, begegnet er sich mit Stresemann und Oberst Bauer, dem Agenten der H. H. L., in der Einsicht, daß der Kanzler zu entfernen sei! Stresemann ist als Typ des Erfolgspolitikers Erzberger einigermaßen verwandt, selbstgefällig umtriebig, Parvenü, mit guten Ellenbogen, auch er ein Benjamin, dem es nach vorne pressierte — die Unterhaltung der beiden, par nobile fratrum, war im mäßigen Gefälle des Prozesses ein grotesker Strudel. Man wittert irgendwie Morgenluft und schätzt die Suggestion militärischer Macht. Was liegt schließlich an Bethmann? Der Prozeß hatte nicht festzustellen, ob die beiden Kanzlerstürzer, Kanzlermacher mehr Spieler auf eigene Gefahr waren oder selber nur unbewußte Werkzeuge eines anderen, mit dessen Aufstieg sie selber hoffen durften, gehoben zu werden. Beiden erschien damals Fürst Bülow als der Mann der Stunde. Bethmann aber in diesem Augenblick gestürzt zu haben — gleichviel wie illoyal oder loyal dabei die Technik war — bleibt historische Schuld, bleibt Mitverantwortung für das, was nachher kam, Michaelis und Hertling, die politische Treppe nach unten ins Elend. Denn Bethmann bot als einziger die starken Garantien des Friedensernstes, er schaute unablässig nach Möglichkeiten aus, er durfte gerade damals den Glauben haben, neue Wege zu sehen. Erzberger stellt ihm das Bein; er übt die Macht aus, aber er ist ihr nicht gewachsen, denn er hat sich an andere verliehen.

*

Die Koalitionsregierung wird durch das Ausscheiden Erzbergers nicht erschüttert werden. Er war der lauteste der Minister und so kam es, daß man das Kabinett mit ihm identifizierte; nun wird es sich zeigen, daß nicht er allein die aktive Kraft war und daß es auch ohne ihn gehen wird. Wie die Dinge sich im letzten Jahr entwickelt haben, bedeutet zweifellos Erzbergers Weggang eine Entlastung für die Autorität der Regierung schlechthin.

Die Fortsetzung der moralischen Erzählung von „Erzbergers Glück und Ende" wird zunächst eine Angelegenheit der Zentrumspartei. Diese steht vor außerordentlichen Entscheidungen und Verantwortungen. Wer sagt, daß Erzberger nach diesem Prozeß und Abgang „erledigt" sei, übersieht, daß ein Mann von solcher Vitalität sich selber nie für erledigt hält. (Siehe den Gegenspieler.) Er hat im Zentrum Feinde, er hat aber auch seine treue Gefolgschaft, die jetzt Müller-Fulda stützt, und er ist der Fraktion als vielwissende und geschäftige Kraft schier unentbehrlich — sein Ableger Dr. Pfeiffer ersetzt ihn nicht bei weitem. Was nun? Wenige haben der Partei so gedient — Treue um Treue?

Erzberger hat im Zentrum eine gewisse historische Entwicklung symbolisiert. Der katholische Volksteil litt lange unter der Empfindung, daß er in der wirtschaft-

Digitized by Google

lichen Repräsentation nicht zum vollen Ausdruck seiner Kräfte käme. Hertling hat darüber nachgedacht und geklagt. Erzbergers Ziel und Zweck war, diesen Zustand zu überwinden. Wir unsererseits halten zwar derlei Konfessionsvergleiche für etwas Subalternes und die Überlegungen der sog. „Parität" für minderwertige Politik; aber aus der Überlieferung des Zentrums sieht sich diese Sache anders an. Es ist ein gutes Werk, den Rhythmus im katholischen Anteil an der Wirtschaftsführung zu stärken. Die Verbindung etwa mit Thyssen bedeutet nicht einfach Geldsicherung für den eigenen Beutel oder für die Partei, sondern etwas Allgemeineres. Nicht nur die „protestantischen" Gewerbe sollen Exponenten der Macht sein.

In dieser Richtung modern-kapitalistischer Verwebung die Entwicklung vorangestoßen zu haben, dankt das Zentrum Erzberger, danken ihm vor allem die Älteren, die Praktiker. Aber es ist unverkennbar, daß es auch Gegenströmungen gibt, die diesen Weg als „materialistisch" empfinden, als ein Abweichen von der geistig-religiösen Tradition. Sie wehren sich gegen Erzberger, nicht mit einem Programm, sondern mit ihrem Instinkt, der mehr Frömmigkeit und weniger Macht- und Wirtschaftspolitik sucht. Ob sich diese tieferen Kräfte grundsätzlicher Einstellung jetzt messen werden, bleibt fraglich.

Unmittelbar ist das andere: wird Erzbergers Ausscheiden im Zentrum eine Kräfteverlegung nach rechts einleiten? Hält man ihn einigermaßen, so weiß man sich in der Gefahr, daß ein Teil der Intellektuellen und des Bauerntums die Freude an der Partei verlieren. Läßt man ihn, so verschwindet die aktivste Kraft, die sich mit dem Gedanken der demokratischen Koalitionspolitik verschwistert hat. Zentrumssorgen heute — in ihrer Beantwortung von höchstem Gewicht für die Zukunft der deutschen Innenpolitik.

Leben, Freiheit, Glück

Von Dr. Paul Rohrbach

Die moderne Entwicklung hat die Zahl der Menschen und die Menge der Güter ins Gewaltige vermehrt. Sie hat einen neuen, massenhaft angewachsenen Stand geschaffen, den des industriellen Lohnarbeiters, und sie hat die Arbeit gerade dieser immer zahlreicher werdenden Menschenklasse ganz überwiegend mechanisiert und entgeistigt. Zwar ist entgegen den alten sozialistischen Theorien das Lohneinkommen (vor dem Kriege) schneller gestiegen als die Lebenskosten des Arbeiters, aber es ist nichts daran geändert worden, daß er in der Regel nur ein lebendiges Werkzeug ohne persönliches Verhältnis zur Arbeit ist, dessen beliebig ersetzbare Tätigkeit vom Produzenten auf dem Markt gekauft wird wie Grund und Boden, Maschinen, Kohle und Erz. Wer Augen hatte zum

Digitized by Google

Sehen, der sah, daß sich von hier aus der Tod unserer ganzen Kultur vorzubereiten drohte. Der große Versuch zur Selbstbefreiung, den die Arbeiterschaft in Gestalt der sozialdemokratischen Organisation unternahm, war in gewissem Sinne bewundernswert, aber er war zur Unfruchtbarkeit verurteilt, solange durch die materialistische Geschichtstheorie auch ihm die allgemeine geistige Verarmung des naturwissenschaftlich-technischen Zeitalters ihren Stempel aufdrückte. Mit nichten aber gehören Sozialismus und Materialismus zusammen, vielmehr steht im Mittelpunkt auch des sozialen Problems jener Satz der idealistischen Weltanschauung, daß es ein Unrecht an der Seele eines Menschen ist, seine Persönlichkeit zu töten.

Auf deutschem Boden und aus deutschem Munde, von Kant, sind jene großen Sätze geprägt worden, daß jeder Mensch als Selbstzweck zu achten ist, und daß es ein Verbrechen an seiner Menschenwürde ist, ihn als bloßes Mittel, als ein lebendiges und willenloses Werkzeug zu verbrauchen. Kant dachte noch nicht an die uns bewegenden Fragen: wie der industrielle Lohnarbeiter nicht nur in materieller, sondern auch in geistiger Hinsicht höher steigen, moralisch und kulturell sich als Persönlichkeit, nicht als gleichgültig auswechselbares Rad in fremdem Getriebe fühlen solle, sondern er dachte, wenn er den Verbrauch von Menschen als willenloses Mittel zu andern Zwecken verurteilte, an Dinge wie die bäuerliche Leibeigenschaft und den Soldatenhandel der deutschen Fürsten im 18. Jahrhundert. Die Größe seiner Gedanken aber zeigt sich gerade daran, daß sie ihre Kraft und Fruchtbarkeit auch unter ganz geänderten Verhältnissen behalten haben.

Von hier hätte vor dem Kriege schon unsere moralische Welteroberung ausgehen müssen. In Deutschland hätte das Ziel aufgestellt werden sollen, in Anwendung des Kantschen Satzes als Heilmittel für den Kernschaden unserer Zeit auf sozialem Gebiet, ein neues sittliches Weltalter sich anheben zu lassen. Wie hieß es doch vor hundert Jahren bei Schiller, in seinem berühmten Fragment „Deutsche Größe"? Jedes Volk hat seinen Tag, den Tag, wo es seine weltgeschichtliche Aufgabe erfaßt; des deutschen Volkes Tag aber ist immerwährend, denn jeden Tag hat der deutsche Geist Verkehr mit dem großen Geist der Welten! Kants und Schillers Worte selber sind Dokumente dieses Verkehrs, den der deutsche Geist zu Beginn der Epoche seiner moralischen Weltherrschaft mit dem absoluten Weltgeist zu pflegen imstande war. Auch andere Völker haben es versucht. So stehen in der Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten von Amerika vom 4. Juli 1776 die berühmten Worte: „Wir nehmen als feststehende Wahrheiten an, daß alle Menschen gleich geschaffen sind; daß sie von ihrem Schöpfer mit bestimmten unveräußerlichen Rechten ausgestattet sind; daß unter diesen sind: Leben, Freiheit und das Streben nach Glück." Wenn wir mit den Verfassern dieses großen Dokuments das Glück nicht in mate-

Digitized by Google

riellem, sondern in sittlich-idealem Sinne verstehen, so gehört dazu vor allen Dingen, daß jedes menschliche Dasein als absoluter ethischer Selbstzweck zu achten ist. Bisher aber haben die Arbeitsverfassung und die sozialen Ordnungen keines Volks, auch des amerikanischen nicht, bewußt versucht, dieses Grundprinzip jeder wahrhaft sittlichen Kulturordnung zur Wirklichkeit zu machen. Das deutsche Volk hätte diesen Platz einnehmen können, wenn es den Idealismus, der seiner geistigen Bildung vor einem Jahrhundert eigen war, auf die sozialen Aufgaben seiner Gegenwart angewandt hätte.

Das geschah nicht. Zwar wurde die deutsche soziale Reformgesetzgebung eingeleitet mit dem Bekenntnis, daß mit ihr eine sittliche und religiöse Pflicht erfüllt werde, und für den Aufbau des Arbeiterschutzsystems wurde ein gewaltiges Maß gesetzgeberischer Arbeit und technischer Gewissenhaftigkeit verwendet. Das Ziel dieser „Zugeständnisse" — schon in dem Wort liegt die ethische Schwunglosigkeit der Reformen enthalten — war in der Hauptsache, aus den Arbeitern wieder zufriedene Staatsbürger und verläßlichere Träger des bestehenden politischen und ökonomischen Systems zu machen. Das Wort des Kaisers, das er dem Weiterdrängen der ethisch-nationalen Sozialreformer entgegenhielt: „die Kompottschüssel ist jetzt voll genug!" war ein Zeichen für den Geist, der an den maßgebenden Stellen trotz aller schönen Reden herrschte. Mit dieser ideenlosen Haltung zu der großen Menschheitsfrage, wie unser sittliches Daseinsziel sich mit den negativen Wirkungen des modernen kapitalistischen Systems auseinandersetzen solle, verscherzte sich Deutschland die sittliche Führerstellung für seinen nationalen Gedanken in der Welt, die ihm hätte gehören können, wenn es gewollt hätte. Nirgends waren die Voraussetzungen so günstig: die lebendige ethisch-soziale Strömung bei dem besten Teil unserer Wissenschaft und Bildung, die Verankerung im alten Idealismus des deutschen Denkens, die hohe materielle Blüte des Wirtschaftslebens und die kraftvolle Monarchie, die fähig hätte sein sollen, mit ihrer moralischen Autorität die widerstrebenden Interessenten und Parteien zu zwingen. Gerade das monarchische Prinzip hätte wieder einen kräftigen Antrieb gegenüber dem antimonarchischen erhalten, wenn die Monarchie gezeigt hätte, daß sie mit dem stärkeren sozialsittlichen Verantwortungsgefühl begabt war.

Mehrmals schon habe ich an dieser Stelle zu betonen versucht, daß es auch heute noch nicht zu spät ist, durch ein großes, zugleich ethisches und nationales Verständnis der Weltreform auf sozialer Grundlage, des sozialen Prinzips als des bewegenden Kerngedankens der Gegenwart, die moralische Führung unter den Völkern wieder, wie vor hundert Jahren, an Deutschland zu bringen. Ich habe an das Wort des holländischen Sozialdemokraten Troelstra erinnert: es läge bei den deutschen Arbeitern, Deutschland die Stelle wiederzugeben, die ihm unter den Völkern gebühre; dadurch, daß sie für solche soziale Zustände in Deutschland

Digitized by Google

sorgten, die denen der übrigen Länder überlegen seien und von innen heraus eine Fortdauer unserer Vergewaltigung unmöglich machten. Ich habe den Satz zitiert: Wenn die Deutschen zuerst unter den Völkern dahin gelangen, daß es bei ihnen keine Arbeitgeber und keine Arbeitnehmer mehr gibt, so haben sie den Weltkrieg nicht verloren, sondern gewonnen! Ich habe die Aufmerksamkeit auf Lord Robert Cecil gelenkt, der nach dem ungünstig für die Arbeiter verlaufenen großen Novemberstreik zu einem englischen Arbeiterführer sagte: Lohnfragen seien nicht die Hauptsache, es käme darauf an, daß die Arbeiter zu Teilhabern erhoben würden. Heute möchte ich unsere Leser darauf hinweisen, daß die Bewegung in England, die sich in jenem Worte Lord Roberts ankündigte, im Begriff ist, entscheidende Fortschritte zu machen. Die englischen Konservativen haben die Parole des Kampfes gegen Sozialreform im Sinne von Sozialisierung ausgegeben; sie haben die Erhaltung der alten Wirtschaftsformen proklamiert; sie haben gesagt, die Arbeiter seien der Gegner, der bekämpft werden müsse; sie haben die Bewegung, die im englischen Liberalismus für ein Bündnis mit dem Arbeiter-Programm aufkommt, mit den Worten abgetan: Die Liberalen sind schlimmere Feinde als die Arbeiter, denn bei den Arbeitern wisse man wenigstens, was sie wollten, bei einem Liberalen aber sei niemand imstande, das zu sagen.

Es ist richtig, daß die englischen Liberalen, die unabhängigen wie die unionistischen, als Ganzes noch nicht zur Klarheit gelangt sind. Es ist aber bei ihnen eine starke Bewegung im Gange, und wenn sie dort früher durchdringt, als bei uns, so hat England nicht nur den Krieg gewonnen, sondern hat auch Aussicht, moralisch die Weltführung zu übernehmen. In dem Buch von John Maynard Keynes über die wirtschaftlichen Folgen des Krieges finden sich mehrere Stellen, die zeigen, daß auch dieser bedeutende Mann zu der Schule der ethischen Sozialreformer gehört. Sein 2. Kapitel, „Europa vor dem Kriege", enthält einen Abschnitt über die Psychologie der Gesellschaft, der auf wenigen Seiten einen außerordentlichen Einblick in die Zusammenhänge zwischen Geist und Wirtschaft zeigt. Keynes sagt, das kapitalistische System habe Großes geleistet, aber sein Hauptstück, die fortschreitende Kapitalanhäufung, die aus der Ungleichheit der Anteile aller arbeitenden Kräfte an den Produkten der Arbeit stammte, habe auf unbeständiger psychologischer Grundlage geruht, und gerade diese sei (nach ihrer Zerstörung durch den Krieg) kaum wieder herstellbar. (I seek only to point out that the principle of accumulation based on inequality was a vital part of the pre-war order of society and of progress as we then understood it, and to emphasise that this principle depended on unstable psychological conditions, which it may be impossible to recreate.) Der Krieg, sagt Keynes, hat die Möglichkeit offenbart, daß Konsum eine Sache aller sein kann, statt weniger; die arbeitenden Klassen wollten nicht mehr so lang-

Digitized by Google

sam vorankommen, und die Kapitalisten, denen die Zukunft nicht mehr sicher scheint, wollten brutaler konsumieren, statt Kapital für den allgemeinen Fortschritt des Systems zu investieren; dadurch aber werde die Stunde der Enteignung beschleunigt.

Es ist ein Zeichen der jetzt nach dem Kriege beginnenden geistigen Entwicklung in England, wenn der Mann, der diese und ähnliche Sätze schreibt, zugleich der Verfasser des Buchs über die Revision des Friedens, über die Rettung Europas aus dem „Morast von Paris" geworden ist. „Es gibt wenige Episoden in der Geschichte, die die Nachwelt zu verzeihen noch weniger Grund finden wird: ein Krieg, der ostentativ für die Verteidigung geheiligter internationaler Verträge geführt wurde und der beendet wurde durch den vollständigen Bruch einer besonders geheiligten Verpflichtung, von seiten der siegreichen Kämpfer für jene Ideale!" So charakterisiert Keynes den Wortbruch, den die Entente an Deutschland geübt hat. Er betont, daß er diese Worte nur nach schmerzlicher Erwägung habe schreiben können. Die Tatsache, daß die leitenden Staatsmänner in England so gut wie gar keinen Protest gegen das Unrecht erhoben hätten, schiene ein Mißverständnis der Tatsachen nahe zu legen, aber er glaube alle Tatsachen zu kennen und sei nicht imstande, solch ein Mißverständnis zu entdecken; der Leser möge nach dem vorgeführten Material selber urteilen!

Alle Nachrichten aus England stimmen darin überein, daß Keynes Buch mehr als eine Sensation ist: eine wirklich bewegende Tat, die wahrscheinlich große Folgen haben wird. Es ist wichtig zu wissen, wes Geistes Kinder die Leute sind, die es übernommen haben, die öffentliche Meinung nicht nur Englands, sondern auch der Welt in Bewegung zu setzen im Sinne einer gerechteren Änderung des Friedensvertrages.

Am 6. August 1914 traten der Lord-Präsident des Geheimen Rats Viscount Morley, der Handelsminister John Burns und der parlamentarische Unterstaatssekretär im Unterrichtsministerium Trevelyan, die gegen die Kriegserklärung an Deutschland waren, von ihren Ämtern zurück. Trevelyan, der sich augenblicklich in Deutschland aufhält, ist vor kurzem der Arbeiter-Partei beigetreten. Von Lord Haldane, nächst dem alten Viscount Morley dem vornehmsten unter den englischen Intellektuellen, wird vermutet, daß er denselben Entschluß fassen wird. Er hat Anfang Februar einem Vertreter der Arbeiterzeitung „Daily Herald" ein Interview gegeben, in dem er sagte: „Vieles am alten Liberalismus verehre ich, und das darf nicht verloren gehen. Aber wie ich den Liberalen schon ins Gesicht gesagt habe, der Liberalismus, wie wir ihn zu kennen pflegten, *geht in etwas Neues über, und die Arbeiterschaft ist es, in der die Hoffnung für die Zukunft liegt.*" Lord Haldane erwartet „eine unwiderstehliche Macht" aus der Verbindung von Kopf- und Handarbeitern. Mit Hilfe

Digitized by Google

fähiger Köpfe aus der Arbeiterschaft werde es möglich sein, die Bureaukratie zu überwinden und mit der „Nationalisierung" anzufangen, zunächst vielleicht der Bergwerke . . .

Englische Gedanken über den Weg zu „Leben, Freiheit, Glück" im neuen Zeitalter! Und wie denkt man bei uns?

Dänemark und die Nordmark

Von Fritz Max Cahén (Kopenhagen)

Es hat einmal Zeiten gegeben, in denen wenige Eingeweihte nördlich und südlich der Königsau in Nordschleswig das politische Mittel zu einer großzügigen mitteleuropäisch-skandinavischen Politik sahen. Hierfür schwebten verschiedene Wege vor. Wenn auch in dem seit den letzten Monaten überreichlich veröffentlichten Aktenmaterial über bisher unbekannte Einzelheiten der europäischen Politik zufällig noch nichts Aufklärendes zu dieser Frage zu finden war, so wissen wir doch immerhin einiges von den damaligen, geheimen, längst ad acta gelegten Plänen. Es wurde, wie uns bekannt ist, einesteils daran gedacht, mit Amerika als Mittler — es war dies die Lieblingsidee des früheren Gesandten der Vereinigten Staaten in Kopenhagen, Mr. Egan — und den dänisch-westindischen Inseln als indirektem Tauschobjekt den nördlichen Teil der Nordmark (etwa das, was jetzt als erste Zone sich zu Dänemark zurückgestimmt hat) an das frühere Vaterland wieder anzugliedern. Egans, im übrigen vielfach seniles und schwatzhaftes, deutschfeindliches Memoirenbuch „Ten years near the German frontier" läßt die Einzelheiten dieses hauptsächlich im amerikanischen Interesse gedachten Planes, der den Vereinigten Staaten die denn auch später gekauften dänisch-westindischen Inseln verschaffen sollte, bei einiger Aufmerksamkeit zwischen den Zeilen erkennen. Dieses Projekt hat noch bis in die Kriegsjahre gespukt und in der Kulissenpolitik beim Verkauf der dänisch-westindischen Inseln eine nur wenigen bekannte Rolle gespielt. Phantastischerer Natur waren dann andere Pläne, die die Unabhängigkeitsbewegung auf Island und den Drang der Isländer nach Anschluß an einen größeren Staat, der bedeutendere Möglichkeiten als Dänemark zur Erschließung der isländischen Bodenschätze hätte, zum Ausgangspunkt für ein eventuelles Tauschgeschäft nehmen wollten. Auch diese Pläne sind noch während des Krieges von den Engländern in ihrem Intriguenspiel auf Island in der isländischen Presse, ausgenutzt worden. Am ernsthaftesten waren aber wohl jedenfalls die Gedanken zu werten, die durch eine nationale Beruhigung Dänemarks einer deutsch-skandinavischen Allianz die Wege zu ebnen hofften. Ein Artikel der „Preußischen Jahrbücher" — dem man auch heute noch in Dänemark

Digitized by Google

deutsch-offiziöse Herkunft nachsagt — hatte seinerzeit einmal einer solchen Möglichkeit Raum gegeben.

Wie dem auch sein mag: durch die Unionstrennung 1905, die Norwegen wirtschaftlich endgültig in die Arme Englands trieb, woran dann auch kein deutscher Kaiserbesuch und keine sentimentale deutsche Touristenliebe mehr etwas ändern konnte — war jede deutsche Annäherung an ein Gesamtskandinavien unendlich erschwert. Und seit dem Ausbruch des Weltkrieges natürlich waren Pläne der oben dargelegten Art praktisch überhaupt indiskutabel.

Wenn man sich nun fragt, welche Rolle die Nordmark eigentlich die letzten Jahrzehnte über im politischen Leben Dänemarks gespielt habe, so wird man bei gewissenhaftem Abwägen erkennen müssen, daß über die Tatsache hinaus, daß die Nordmark das große außenpolitische Problem Dänemarks war, eine einheitliche Fixierung dieser Rolle schlechterdings unmöglich ist. Der Verlust der Nordmark im Kriege 64 hat Dänemark ebensosehr zu einer Umstellung des innenpolitischen Geistes getrieben, wie die Züchtung einer nationalistischen Irredentastimmung begründet. Aber diese beiden Wirkungen haben einander wieder und wieder gekreuzt und sich periodenweise gegenseitig beeinflußt. Es ging 64 der militärischen Überhebung Dänemarks nicht anders als der „gloire" Frankreichs 70/71 und dem alldeutschen Welttraum jetzt. Die Fabel von dem einen Dänen, der die drei Preußen fressen könne, führte sich damals selbst ruhmreich aber sicher ad absurdum. Das waren die Geburtswehen des dänischen Sozialismus und des demokratischen Radikalismus, aber auch der irredentistischen, nationalistischen, neudänischen „Reaktion". Gleichzeitig hatte Dänemark das lehrreiche, dadurch jedoch nicht minder peinliche Erlebnis, daß eine halsstarrisch verblendete und bocksbeinig steife Diplomatie auf der Londoner Konferenz die nationale Grenze, die noch zu retten gewesen wäre, und die späterhin die überwiegende vernünftige Mehrheit des Volkes befriedigt hätte, sozusagen gegen den Willen der Gegner verspielte. Preußen nämlich stand damals in der schleswig-holsteinischen Frage auf dem Boden des Selbstbestimmungsrechtes der Völker und wünschte zur Festlegung der Grenze für die Nordmark nichts dringender als eine Volksabstimmung nach nationalem Prinzip, die auf eine Teilung des damals umstrittenen Gebietes ungefähr auf der Grenze der heutigen ersten Zone hinauskam. Dieser Teilungsgedanke — mit variierenden Grenzlinien — in der schleswig-holsteinischen Frage ist, wie Emil Eberling in seiner vorzüglichen Geschichte der nordschleswigschen Frage durch zahlreiche Zitate nachgewiesen hat, schon frühzeitig (etwa seit 1830) in großer Ausdehnung aufgetreten und ist unzweifelhaft bei gerechter Durchführung des Nationalitätsprinzips, kultureller Duldsamkeit und kommunalem Entgegenkommen die einzige Lösungsmöglichkeit.

Der Teilungsgedanke ist denn auch mit der Zeit der geistige Inhalt der irre-

Digitized by Google

dentistischen Agitation in Dänemark nach 1864 geworden, wennschon eine nicht immer unbedeutende Gruppe dänischer „Alldeutscher" ständig an dem ungeteilten dänischen Schleswig-Holstein festhielt und wennschon auch über die mehr oder weniger südliche Belegenheit der Teilungslinie niemals absolute Eintracht herrschte. Lord Palmerstone soll einmal über die nordschleswigsche Frage geäußert haben: Es gäbe drei Menschen, die diese Frage beherrschten; der eine von diesen sei gestorben, der zweite darüber verrückt geworden, der dritte sei er selbst, und er habe alles vergessen. Man wird nicht behender antworten können, wenn man heute nach alle den Teilungslinien, kommunalen Gesinnungs- und Sprachprozenten, den Ausgleichsvorschlägen und den Stimmfangmethoden gefragt wird, die für diese Bezirke seit 1864 nicht nur in der täglichen Agitation gespukt haben. Jedenfalls kann festgestellt werden, daß in der demokratisch-sozialistischen Mehrheit sich mit der Zeit etwa die südliche Scheidelinie der jetzigen ersten Zone — nördlich Flensburg nach Tondern zu laufend — als die erstrebenswerte Grenze festlegte. Zwar nördlich dieser Grenze gibt es Enklaven deutscher Mehrheit, aber auch südlich von ihr solche, wo die dänische Zunge und die dänische Gesinnung überwiegen dürfte: ein Umstand, an dem sich das internationale Entgegenkommen dokumentieren, die kulturelle Duldsamkeit ausleben und der Wille zu nationalem Ausgleich betätigen könnte — wie man vor dem Zustandekommen des Versailler Friedens in breiten, vernünftigen Kreisen dachte.

Überhaupt war man vor dem Weltkrieg mit der Vernunft in der offiziellen äußeren dänischen Politik sehr weit gekommen, und es ist keine Phrase, wenn man behauptet, daß in den letzten 20 Jahren von 1914 die preußische Verwaltung in Nordschleswig zur Erhaltung des irredentistischen Geistes nördlich der Grenze mehr getan hat, als irgend welche nationalistische Propaganda der verschiedenen dänischen Regierungen. Diese gingen vielmehr soweit, in offiziösen Artikeln den Verzicht predigen zu lassen. Ein Artikel, den vor mehreren Jahren der jetzige Direktor der dänischen Nationalbank, Marcus Rubin, in den „Preußischen Jahrbüchern" schrieb, predigte im Einverständnis mit Regierung und verschiedenen Parteiführern, man möge die Dummheit der dänischen Unterhändler von 1864 sich vor Augen halten und das Bestehende ad acta nehmen. Und dieser Artikel, dessen offiziöse Herkunft damals ein Geheimnis war, dürfte nicht der einzige seiner Art gewesen sein. Auch sonst lief die offizielle dänische Pressebeeinflussung vor dem Kriege auf der Linie des Entsagens. Zwar weniger aus Liebe zur Lage der Dinge, als geblendet von dem Harnischrasseln und der schimmernden Wehr des südlichen Nachbarn, dessen zum Teil über Kopenhagen laufende höfische Intriguen im übrigen alles andere als gern gesehen waren. Wie desillusionierend diese systematische Bearbeitung auf die dänische Bevölkerung gewirkt hat, wie sehr sich im öffentlichen dänischen Bewußtsein der Sinn für Realität und der Widerwille gegen eine allzu-

Digitized by Google

südliche Grenze — etwa gar mit deutschen Abgeordneten im dänischen Reichstag — festgewurzelt hat, bewies ja denn auch die Einstimmigkeit, mit der sich die dänische Volksstimmung — von einflußlosen Schreihälsen abgesehen — gegen die Abstimmung in der dritten Zone gewandt hat, die der ursprüngliche Versailler Vertrag vorgesehen hatte, und die dann auf Grund dänischer Vorstellungen gestrichen wurde.

Auch das ganze, teilweise unangenehm nationalistische Getriebe, mit dem heute von Kopenhagen aus die demnächst stattfindende Abstimmung in der zweiten Zone und vor allen Dingen in Flensburg vorbereitet wird, hat manchen Kenner der dänischen öffentlichen Meinung nicht wenig in Erstaunen versetzt, und der Mehrzahl der besonnenen dänischen Politiker hat die Entwicklung der Dinge, zumal das Geschrei um Flensburg, ein ganz Teil Unruhe verursacht. Wenn man sich keinen Täuschungen hingeben, sondern die Dinge beim richtigen Namen nennen will, dann muß man sich ganz offen eingestehen, daß seit dem Waffenstillstand mit der Zeit in der Frage der Abstimmung in der zweiten Zone die reaktionäre Agitation der dänischen konservativen Presse den Sieg davongetragen hat. Weder in den Absichten der Freikonservativen, noch der Bauernlinken, der radikalen Demokraten oder der Sozialdemokratie hat es nach der Niederlage Deutschlands und wohl auch noch bis vor wenigen Monaten gelegen, durch agitatorische Kniffe dahin zu wirken, daß etwa die Entente trotz einer zahlenmäßig nicht für Dänemark sprechenden Abstimmung auf Grund der im Text des Friedensvertrages gegebenen Möglichkeiten Flensburg oder andere Teile der zweiten Zone Dänemark zuerteile. Trotzdem bewegt sich die Agitation der dänischen Tagespresse von Tag zu Tag mehr in dieser Richtung. Schon vor Monaten begannen konservative Blätter damit und heute werden auch die vernünftigeren Organe mehr und mehr in diesen Tanz mitgezogen.

Daß gerade die konservativen Organe hierbei an der Spitze gegangen sind, muß zum Nachdenken darüber zwingen, ob eine solche Agitation lediglich im Interesse Dänemarks gedacht ist, zumal wenn man weiß, wie oft diese Organe politischen Interessen der Entente, vor allem Frankreichs, zum Vorspann gedient haben, und wenn man erfahren hat, daß z. B. einer der Hauptredakteure der konservativen „Nationaltidende", die bei dieser Bewegung an der Spitze geht, Herr Andreas Buntzen, von belgisch-französischer Seite — wofür in Berlin die unwiderleglichen Beweise liegen — sowohl in Kopenhagen wie auch seinerzeit während eines Aufenthaltes in Holland für politische Dienstleistungen erkleckliche finanzielle Zuschüsse erhalten hat. Auch die überströmende Dankbarkeit, die Blätter dieser Richtung und Journalisten dieses Schlages immer wieder und wieder für die Entente, besonders Frankreich, an den Tag legen, und die versuchen, die verständliche nationale Freude der dänischen Bevölkerung über die Wiedervereini-

Digitized by Google

gung mit den nordschleswigschen Stammesbrüdern zu einer ständigen Sympathiequelle für die Westmächte zu machen, erhält durch solche Schlaglichter ihren besonderen Charakter.

Von Politikern fast aller Richtungen liegen jedoch von früher her — wobei nicht nur an die Zeiten der Macht Deutschlands gedacht wird — öffentlich und privat zahlreiche Äußerungen vor, daß eine Wiedervereinigung mit den Nordschleswigern für Dänemark nur Wert haben könne, wenn man sich in Deutschland mit ihr abfinde. Und tatsächlich muß diese Anschauungsweise auch in der öffentlichen Meinung Dänemarks wieder durchdringen, wenn der Gewinn, den das Land aus Deutschlands Niederlage zieht, glückbringend sein soll. Durch die zahlreichen anderen Fragen, die die deutsche Presse in dieser Zeit zu behandeln hat, ist in ihren Spalten Nordschleswig vielleicht nicht in dem Maße hervorgetreten, wie unter anderen Verhältnissen, ein Umstand, der hier agitatorisch vielfach fälschlich so ausgelegt wird, als ob vor allem Süddeutschland sich sehr rasch mit dem Schicksal der Nordmark abfinden werde. Sieht man jedoch das Abstimmungsresultat der ersten Zone, wo trotz einer immensen dänischen Wahlvorbereitung, trotz der wirtschaftlichen Lage Deutschlands, trotz der Tatsache, daß diese erste Zone die eigentliche Hochburg des nordschleswigschen Dänentums ist und trotz des gegenüber der zweiten Zone nachteiligen Wahlmodus' sich eine so bedeutende Minorität von 25 Prozent Deutsche ergeben hat (von denen sicher 20 Prozent nach Abzug der zugereisten Wähler und voraussichtlich mit der Zeit verziehender Beamter übrigbleiben werden) so erwächst bereits hieraus die unumstößliche Sicherheit, daß jeder Deutsche sich mit dem Schicksal der Nordmark nur dann wird abfinden können, wenn durch die Minoritäten der ersten und der zweiten Zone ein gerechter kultureller und nationaler Ausgleich stattfindet und wenn das nationale Resultat der Abstimmung ohne Rücksicht auf den Wert der einzelnen Stimme in seiner Gesamtheit unbedingt respektiert wird.

Wenn heute schon die deutschen Blätter Nordschleswigs für einen solchen zukünftigen Ausgleich ein festes Programm aufstellen, sich an die Namen bestimmter Orte klammern, und wenn dann dänische Minister die Namen solcher Orte mit einem kategorischen „Niemals" frankiert über die Grenze zurücksenden, so wird es das Beste sein, wenn man einen solchen Wortwechsel, wie so manches andere besser nicht gesprochene Wort, als aus der Hitze der Abstimmungstage entstanden, ruhig verbucht. Mit dem Aufstellen von Programmen wird man besser warten, bis die Gemüter sich beruhigt haben. Es genügt für jetzt, aber dies ist auch unumstößlich notwendig, daß von beiden Seiten der Wille zu ausgleichender Gerechtigkeit deutlich erkennbar wird.

Was dann Nordschleswig in Zukunft für Dänemark bedeuten wird, das wird also in erster Linie davon abhängen, wie maßhaltend und vernünftig die offizielle

Digitized by Google

dänische Politik bei der Festlegung der Grenzen für die Wiedervereinigung sein wird. Schon in früheren Epochen des dänischen Staatslebens war ein allzu umfangreiches Nordschleswig ein Stein, der unverdaulich im Magen lag und Beschwerden verursachte. Ein ähnliches Leiden — ganz abgesehen von den finanziellen Schwierigkeiten, die mit jedem in den dänischen Staatsverband mehr eintretenden Nordschleswiger quadratisch wachsen — kann sich Dänemark heute wieder zuziehen, wenn es nicht bedenkt, daß den milch- und buttergeschwängerten Tagen der Abstimmungszeit ein Zusammenleben in der nicht gerade von Sonne bestrahlten Zukunft des dänischen Wirtschaftslebens erfolgen muß, wo schon heute Tag für Tag Krach auf Krach folgt, und das den, der sich nur aus der wirtschaftlichen Misere Deutschlands wegstimmen will, unendlich schnell ernüchtern wird. Diese Ernüchterten werden dann sehr bald — wahrscheinlich sogar früher als die vorhandene deutsche Minorität — zu nationalen Reibungen das ihre beitragen und verhindern, daß die nordschleswigsche Frage, zu deren endgültiger Erledigung jetzt vielleicht eine Möglichkeit vorhanden wäre, als aus der Welt geschafft angesehen werden kann. Andererseits werden natürlich aber auch diejenigen, die scheinbar in keinem Lande jemals aussterben, ihr Geschrei erheben, wenn wirklich die offizielle dänische Politik versuchen sollte, so maßvoll aufzutreten, wie es im Interesse einer wirklichen Völkerversöhnung liegt.

Was also Nordschleswig für Dänemark in Zukunft bedeuten soll, das haben jetzt die Dänen selbst in der Hand. Wenn im wilhelminischen Deutschland je eine Freundschaft für Dänemark vorlag, so war sie dem Charakter dieses Gebildes entsprechend das gönnerhafte Gefühl des Größeren für den Kleineren. Dem demokratischen Deutschland ist Freundschaft zwischen den Völkern eine selbstverständliche Sache des Herzens. Hieraus schon ergibt sich, welche Gesinnung Deutschland Dänemark bei der Wiedervereinigung mit Nordschleswig wünscht.

„Bundesstaat Österreich"

Von Prof. Dr. Robert Sieger, Graz

Unter den Erörterungen und Vorschlägen zur künftigen Verfassung Österreichs ist die Aussprache besonders bemerkenswert, welche die Vertreter der einzelnen Länder Mitte Februar über den Verfassungsentwurf des Staatssekretärs Mayr hatten. Diese Zusammenkunft in Salzburg spiegelt den festen Willen der Landtage und der Landesregierungen, als solche beim Verfassungswerk mitzusprechen. Daß sie von allen Parteien beschickt wurde, bedeutet daher eine neue Bekräftigung dieses Anspruchs. Die Vereinbarungen der beiden herrschenden Parteien vom 17. Oktober 1919 (vgl. meinen Aufsatz im 51. Heft der „Deutschen Politik") hatten bereits die Verfassung eines „Bundesstaats" in Aussicht genom-

Digitized by Google

men und Renner hat wiederholt, so eben jetzt in der Note an Ungarn vom 20. Februar, von dem „Muster der Schweiz" gesprochen. Wie wenig damit gesagt ist, zeigt der Gegensatz, der in Salzburg zwischen Anhängern des „Einheits"- und des „Bundesstaats" laut wurde. Jene gestehen großenteils „selbständige Verwaltungsgebiete" zu, haben also keinen übertriebenen „Zentralismus" im Auge. Diese aber meinen zumeist einen Staatenbund. Das will sagen, daß der Bund durch freiwilligen Zusammenschluß oder „freien Vertrag" der selbständigen Länder entstanden wäre, die einen genau umschriebenen Teil ihrer Aufgaben, Befugnisse und Machtmittel dem Bunde übertragen. Die Mehrheit denkt an ein Zweikammersystem, in dem eine Länderkammer neben dem Volkshaus stehen soll. Die Christlichsozialen und Großdeutschen, also die große Mehrzahl der Ländervertreter, sind grundsätzlich für eine gleiche Vertretung aller Länder, so verschieden sie nach Gebietsgröße und Volkszahl auch sind, in diesem „Bundesrat", nach dem Muster der Schweiz und der Vereinigten Staaten. Sie sind aber damit einverstanden, daß jenen Ländern, deren Volkszahl 400 000 überschreitet, zu den drei Vertretern noch je einer für jede weiteren 400 000 gewährt werde, so lange ihnen dadurch nicht mehr als ein Fünftel aller Stimmen zufällt. Vorbehaltlich der genaueren Volkszählung erhielte man danach für Wien, das ein eigenes „Land" werden soll, 7, für Niederösterreich 6, Oberösterreich und Steiermark je 4, für die anderen je 3 Stimmen von 36. Die Sozialdemokraten dagegen halten am „Einheitsstaat" und am Einkammersystem grundsätzlich fest. Ihre meisten Vertreter wollen jedoch dem Bundesstaat zustimmen, wenn ihn die Mehrheit der Bevölkerung verlangt. Für diesen Fall verlangen sie, daß die Stimmen im Bundesrat nach der Volkszahl der Länder verteilt werden, wodurch Wien etwa ein Drittel erhielte. Sie verlangen auch, daß wie bisher der Vorsitzende der Nationalversammlung zugleich Bundespräsident sein soll, während von den anderen Parteien ein eigener, vom Gesamtvolk gewählter Präsident der Republik gewünscht wird. Über all diese und andere Fragen soll eine neue Ländertagung im März weiter beraten. Wie immer die endgültige Entscheidung fallen mag, jedenfalls darf man von einer mächtigen „partikularistischen Welle" in Österreich sprechen.

Der reichsdeutsche Leser mag darin ein Seitenstück und vielleicht eine Nachwirkung ähnlicher Bewegungen im Mutterland erblicken, die eine natürliche Folge des Übergangs zum Freistaat waren. Aber wenn auch ein Tiroler Redner sagte, die föderative Verfassung entspreche dem Charakter des deutschen Volkes, so sind doch besondere österreichische Verhältnisse bestimmend. Das ergibt sich schon aus dem von mehreren Seiten eingenommenen rechtlichen Standpunkt. Durch den Zusammenbruch der Monarchie sei die pragmatische Sanktion weggefallen und die Länder hätten wieder freies Verfügungsrecht erlangt, das nur durch den Vertrag von St. Germain beschränkt sei. Jedenfalls haben sich vom Ok-

Digitized by Google

tober 1918 an eine Anzahl von Beschlüssen und Gesetzen der Länder auf diesen Standpunkt gestellt und alle leiten aus ihrer feierlichen Erklärung, dem Staate „Deutschösterreich" beizutreten, die Steiermark auch aus der Selbständigkeit ihrer Erhebung (die schon am 25. Oktober durch die Absetzung des Statthalters erfolgte), den Besitz voller „staatlicher Individualität" ab. Es war ja auch vielenorts von der Möglichkeit des Anschlusses an einen anderen Staat die Rede. Vorarlberg strebt bekanntlich nach der Schweiz; in Tirol, Salzburg und Teilen Oberösterreichs gab es zeitweise eine Bewegung für den Anschluß an Bayern, zum Teil mit dem Nebengedanken an die Sprengung des Deutschen Reiches und die Errichtung eines katholischen süddeutschen Staates. Dabei erhob man in Salzburg auch Ansprüche auf Teile Oberösterreichs, die weder historisch noch geographisch begründet sind. Wie immer man über diese Rechtsauffassung als solche auch denkt, sie bezeichnet zweifellos die politische Grundstimmung in allen Ländern mit Ausnahme Wiens und jener Niederösterreicher, die eine engere Verbindung mit der bisherigen Hauptstadt vornehmlich aus wirtschaftlichen Gründen festhalten wollen. Der Vertreter Deutschwestungarns, das man nunmehr „Burgenland" nennt, besser aber „Heinzenland" nennen sollte, meint allerdings, daß dieses „in der Übergangszeit einer starken Zentralregierung nicht entraten" könne.

Die Wurzeln der geschilderten, auch innerhalb der Sozialdemokratie vertretenen Anschauung sind zum Teil sehr alt. Stark geworden ist sie aber besonders durch die Ereignisse der Kriegs- und Nachkriegszeit. Der „Kronlandspatriotismus" war in Österreich immer sehr lebendig. Er wurde getragen von geschichtlichen Erinnerungen und einer bei aller Ungleichheit der Länder im ganzen zweckmäßigen und gut eingelebten Begrenzung derselben. Sie berechtigte die Länder, sich als „historisch-politische Individualitäten" zu bezeichnen und gerade jetzt hat man für sie (bei den meisten mit ungenügender Berechtigung) sogar die Eigenschaften volkswirtschaftlicher Individuen beansprucht. Der Kronlandspatriotismus ist wie in Gebirgsländern überhaupt, so gerade in den Alpenländern besonders kräftig gewesen, während die Sudetendeutschen (als Minderheiten in ihren Ländern) für einen starken Einfluß des Gesamtstaates nicht nur mit dem Kopf, sondern auch mit dem Herzen eintraten. Da nun sie und zugleich die südlichen nichtdeutschen Kronländer verloren gingen, entfielen auch die nationalen Gründe für eine Kräftigung der staatlichen Einheit wenigstens scheinbar.

In der Kriegszeit drängte sich die Versorgungsfrage immer mehr in den Vordergrund. Das verhängnisvolle Beispiel Ungarns und der Tschechen weckte die Eigensucht der kleinen Überschußgebiete. Bald zeigte die Erfahrung, daß die Versorgung von den Landesstellen aus besser und zweckmäßiger als von den Zentralstellen ins Werk gesetzt wurde (ja, wie man vielleicht mit Recht meinte, von jenen auch leichter und besser durchgeführt werden konnte). Die Staatsregie-

Digitized by Google

rung, überlastet und verwirrt wie sie war, überließ den Ländern und selbst den Bezirken immer mehr Spielraum und bald gewahrte man die ersten Anzeichen einer gegenseitigen Absperrung, die damals freilich gegen heute noch harmlos war. Griffen aber die Zentralstellen einmal ein, gleichviel ob berechtigt und geschickt oder nicht, so empfand man das als Verkürzung der Länder und die Magenfragen wurden zu Rechtsfragen umgewertet. Längst hatte man das Nebeneinander staatlicher und „autonomer" Verwaltung und ihre oft unklare Abgrenzung störend empfunden. Aber man hatte bisher die „Doppelverwaltung" in der Regel auf Kosten der Landesgerechtsame zu beseitigen gedacht. Nunmehr gewöhnte man sich daran, es auf dem umgekehrten Wege zu versuchen. Als der Umsturz uneinheitlich und an verschiedenen Stellen nicht gleichzeitig einsetzte, kamen überall örtliche Gewalten empor. Die umgestalteten autonomen Landesverwaltungen nahmen einfach die Aufgaben der staatlichen „Landesregierung" an sich; der Landeshauptmann ersetzte also auch den „landfremden" Statthalter oder Landespräsidenten. Die neue Wiener Regierung mußte das gutheißen. Sie war nicht stark genug, um zu verhindern, daß die neuen Landesregierungen Versorgung der einzelnen Länder vor alles andere stellten und nicht nur den Warenaustausch, sondern geradezu die Freizügigkeit von Land zu Land immer mehr behinderten. Die Abneigung gegen die „Zentralen" mit ihren Mißbräuchen und Fehlern, der Haß gegen die in ihnen waltenden jüdischen Angestellten, die Angst vor ihren Eingriffen und insbesondere vor den hungerigen Wienern, die Furcht vor Zwangsablieferungen nach anderen Ländern und vor den Hamsterscharen aus ihnen, besonders aus Wien, haben dann immer weiter geführt. Erschwerung der Einreise, Absperrung gegen Sommergäste, Fremdenvertreibungen, Ausfuhrverbote, die allerdings gerade den ärgsten Schädlingen gegenüber versagten, wurden beinahe selbstverständlich. Neuerlich plant man in Tirol eine hohe „Fremdensteuer". Und nicht nur in der Not der ersten Tage traten Landesregierungen in selbständige wirtschaftliche, militärische und politische Verhandlungen mit den neuen Nachbarstaaten. Wien mußte alle Entschiedenheit aufbieten, um das abzustellen, was nicht ohne neue Verstimmungen gelang. Der wirtschaftliche Kampf der Länder gegeneinander (man pflegt ihn „Notwehr" zu nennen) wurde aber nur selten deutlich als solcher empfunden, weil sie alle den gemeinsamen Kampfruf: „Los von Wien!" fanden.

Die Abneigung gegen Wien ist aus alten Anfängen schnell gewachsen. Sie entsprang teils gefühlsmäßig aus dem erfolglosen Wettbewerb der deutschen Landeshauptstädte mit dem Reichsmittelpunkt und der Angst vor der Aufsaugung deutschalpenländischer Eigenkultur durch die national farblosere Großstadt, teils aus parteipolitischen Gegensätzen und parteipolitischer Anfeindung. Wie vorher die nationalen Provinzstädte gegen das liberale und dann das christlichsoziale Wien,

Digitized by Google

so stehen heute die christlichsozialen Provinzbevölkerungen gegen das sozialdemokratische — eine Gegnerschaft, die keine „Koalition“ innerlich aufheben konnte. Die Abneigung des Bauern gegen den Städter richtet sich besonders gegen die Großstadt und diese hat überdies auch für ihre neuesten, unerwünschten Mitbürger zu leiden, die sie zum Hauptsitze des Schleichhandels und der Üppigkeit machten, während das altbodenständige Wienertum im Elend entartet. In den letzten Monaten ist auch die Angst vor dem Übergewicht Wiens in dem verkleinerten Staat politisch wirksam geworden. Man will es geradezu des Ranges der Hauptstadt entkleiden und seine Zukunft auf die Aussichten der Handels-, insbesondere Grenzhandels- und der Fremdenverkehrsstadt beschränken. Das besagt für viele die Sonderstellung als eigenes Bundesglied.

Die Länderbewegung ist ferner verstärkt worden durch den ungemeinen Aufschwung der „Heimatbewegung“ während und nach dem Kriege. Da der österreichische Staatsgedanke verblaßt und die großdeutsche Vereinigung verhindert ist, suchen viele die Grundlage für den seelischen und politischen „Wiederaufbau“ im „Heimatgedanken“. Er allein verknüpft auch die im Rahmen des Staats verbliebenen Nichtdeutschen mit dem Gemeinwesen. Eine Heimatbewegung kann sich aber nur auf Gebiete erstrecken, die eine Geschichte haben, auf Land, Gau, Gemeinde, nicht auf Verwaltungsbezirke und junge wirtschaftliche Einheiten. Die Grenzen des Friedens von St. Germain sind nicht geeignet, das Gemeinsamkeitsgefühl in dem von ihnen so willkürlich umrissenen Staate zu stärken. Die westwärts vorspringenden Gebiete, der Rest Tirols und vor allem Vorarlberg haben mit der Zugehörigkeit zu einem Großstaat die engeren Beziehungen zu den anderen Ländern eingebüßt, das späterworbene Salzburg empfand die Anziehungskraft Bayerns stärker; aber auch die inneren Länder haben sozusagen ihren Schwerpunkt verloren. Nach Wien zurückbringen würde ihn weder der Anschluß an das Deutsche Reich noch jener an einen „Donaubund“, den Ungarn unter seine eigene Führung zu bringen strebt. Eine Zentralstellung könnte die vielgeprüfte Stadt nur in einem großen Mitteleuropa für einen Teil seiner Bundesländer finden. Ich zweifle nicht daran, daß die Entwicklung zu diesem Ziel führt, aber nur auf Umwegen, die vielleicht lange dauern. So sind die alpenländischen Hauptstädte von der bisherigen übermächtigen Anziehung frei geworden und suchen sich als selbständige Mittelpunkte auszubilden und ihr Einflußgebiet zu erweitern.

In all diesen allgemeinen Ursachen der „Verländerung“ kommen die parteipolitischen des Augenblicks. Die Länder sind überwiegend christlichsozial; in Wien hat die Sozialdemokratie die Herrschaft erlangt. Beide Teile suchen sich das Bestehende zu sichern, wozu die Sonderstellung Wiens ein Hilfsmittel ist. Aber beide suchen auch ihr künftiges Einflußgebiet zu erweitern. Daher wollen die Christlichsozialen durch eine ausgesprochene Selbständigkeit der Länder deren

Digitized by Google

Gewicht verstärken, die Sozialdemokraten aber durch möglichste Erhaltung der Staatseinheit und des Einflusses der Volkszahl das Gewicht der großstädtischen Menschenmenge. Die Großdeutschen haben sich auf den Länderstandpunkt gestellt. Ob das vorausschauende Zukunftspolitik ist, scheint mir zweifelhaft; aber die richtige Taktik für den Augenblick dürfte es sein. Sie segeln mit dem stärkeren Winde und vermehren die inneren Schwierigkeiten der „Koalition". Vieles deutet darauf, daß diese, wenn sie aufhört notwendig zu sein, einer anderen Gruppierung weichen wird. Bei den Wahlen wird vielfach die ländliche wie die bürgerliche Bevölkerung verlangen, daß alles zusammengeht, was den Klassenkampfgedanken ablehnt. Jede sachliche Zusammenarbeit der nichtsozialdemokratischen Parteien aber fördert die dahin zielenden Bestrebungen. So nimmt die Sozialdemokratie die Salzburger Vorgänge sehr ernst und mit wenig Freude auf.

Der „Bundesstaat" dürfte also dem Staatenbund sehr ähnlich sehen. Aber die Lebensbedingungen eines modernen Staates werden ihn, wie so viel andere Bundesstaaten, zu immer zunehmender Vereinheitlichung führen, wenn nur erst der Länderehrgeiz und die Ländereitelkeit der Übergangszeit in den Schranken einer Verfassung eingedämmt sind. Beim Anschluß an das Deutsche Reich aber, der als Vorstufe „Mitteleuropas" oder mit diesem schließlich doch kommen muß, wird auch die Verfassung Österreichs von morgen und die vielfach verbesserungsbedürftige Abgrenzung seiner Länder in Übereinstimmung mit der deutschen Verfassung gebracht werden müssen — gleichviel ob die einzelnen Länder in die Stellung der Gliedstaaten treten oder Österreich als Ganzes. Was in der nächsten Zeit in Österreich gebaut werden wird, ist also jedenfalls ein Notbau für kürzere oder längere Zeit, kein endgültiges Werk.

Warum soll Hindenburg zur Präsidentschaft kandidieren?

In den Blättern der Rechten wird mitgeteilt, Hindenburg habe in Hannover eine Abordnung führender Männer des öffentlichen Lebens empfangen und auf ihre Anfrage sich bereit erklärt, bei den kommenden Wahlen für das Reichspräsidium sich aufstellen zu lassen. Eine Parteikandidatur sei für ihn ausgeschlossen; für seine Wahl — so wird in der betreffenden Mitteilung behauptet — „treten außer der Rechten auch weite bürgerliche Schichten der gegenwärtigen Mehrheitskoalition ein".

Was bedeutet diese Kandidatur im Sinne derer, die sie aufstellen? Wir finden die Antwort darauf in einem Artikel des amerikanischen Berichterstatters Karl H. v. Wiegand, der drüben schon am 7. Dezember in der Zeitung „New York American" erschienen ist, aber nirgends die Beachtung gefunden hat, die der Verfasser, begreiflicherweise, erwartete. Er ist so bedeutsam, daß ich ihn, mit einem kurzen Nachwort, in wörtlicher Übersetzung bringe. Rohrbach.

Digitized by Google

Berlin, Dez. 7. „Unsere Absicht ist die Wiederherstellung der deutschen Monarchie nach britischem Muster. Unser Programm enthält: Die Wahl Hindenburgs zum Präsidenten bei der kommenden Wahl; ein Plebiszit des deutschen Volks über die Frage „Monarchie oder Republik"; die Erhebung des Kronprinzen Friedrich Wilhelm, des berechtigten Erben, auf den Thron, wenn das Plebiszit für die Monarchie ausfällt, was wir glauben.*)

Das ist der wesentliche Inhalt der ersten autoritativen Erklärung, die von der deutschen royalistischen oder monarchistischen Partei ausgegeben wird. Ich habe sie von Oberst Max Bauer erhalten, einem Hauptführer der Partei, der öfters Ludendorffs rechte Hand genannt wird. Ich schlug schriftliche Fragen über die Ideen, Pläne und Absichten der royalistischen Bewegung in Deutschland vor, und mir wurde — ich weiß nicht, ob nach Bestimmung oder nach eigener Wahl — der Name des Obersten Bauer als des Sprechers für die monarchistische Partei gegeben, der meine Fragen beantworten würde. Ich hatte eine lange Unterredung mit ihm, in Gegenwart einer anderen interessanten Persönlichkeit, die eine bedeutende Rolle gespielt hat, die ich aber zurzeit nicht nennen kann. Meine niedergeschriebenen Fragen wurden ihm vorgelegt und die Antworten ebenfalls schriftlich formuliert. Sie werden sicher Sensation in Deutschland und auswärts hervorrufen. Sie sind aus folgenden Gründen wichtig:

1. Sie enthalten die erste autoritative Erklärung der royalistischen Partei.
2. Sie zeigen, daß die deutschen Monarchisten sich entschlossen haben, offen hervorzutreten.
3. Die Absicht, die Monarchie wieder herzustellen, wird frei zugegeben.
4. Diese Monarchie soll nach britischem Muster eingerichtet werden.
5. Hindenburg soll Nationalpräsident werden als Mittel zu dem Zweck.
6. Es wird erklärt, daß keine Gewalt bei der Wiederherstellung der Monarchie angewandt werden soll, sondern der Volkswille soll endgültig durch ein Plebiszit entscheiden.
7. Das Hohenzollernbanner wird wieder erhoben, aber in der Person des Kronprinzen.
8. Der frühere Kaiser ist in höflicher aber bestimmter Form verständigt, daß man ihn nicht wiederhaben will und daß er tatsächlich nicht in Betracht kommt.

Die deutschen Monarchisten haben also mit Wilhelm II. gebrochen.

Es ist nötig, einiges über den Mann zu sagen, der vielleicht der deutsche Warwick oder „Königsmacher" wird. Mit einem ganz gewöhnlichen Namen, demselben, wie ihn der gegenwärtige sozialdemokratische Kanzler oder Premierminister führt, ist Oberst Max Bauer trotzdem einer der Hauptführer des sogenannten inneren Rats der monarchistischen Partei. Er ist in vielen Beziehungen ein organisatorischer Geist, ein intimer Freund Ludendorffs und ein Freund, Kämpe und Ratgeber des früheren Kronprinzen, mit dem er in intimen Beziehungen steht. Oberst Bauer ist Spezialist für schwere Artillerie, und er soll, wenn nicht der Erfinder, so doch der Vater der Idee sein für das große 42-cm-Geschütz von Krupp, das die Forts von Lüttich und Antwerpen zerstört hat. Seine Figur

*) Alle Sperrungen nach dem Original.

Digitized by Google

ist groß und schlank, ohne die rauhen und brüsken Manieren und die martialische Schroffheit vieler preußischer Offiziere der früheren Zeit. Im Gegenteil, seine Manieren sind freundlich und gefällig. Im Laufe unserer Unterhaltung sagte Oberst Bauer:

„Mit Ausnahme weniger Hitzköpfe denkt niemand daran, die Monarchie in Deutschland mit Gewalt wiederherzustellen, sei es durch eine militärische Erhebung„ sei es mit Hilfe der Bauern. Der monarchische oder royalistische Gedanke war eine Zeitlang latent, aber er erwacht wieder und gewinnt täglich Anhänger. Indes wäre es sehr voreilig, auf eine unmittelbare oder schnelle Rückkehr zur Monarchie zu zählen oder damit zu rechnen. Man darf annehmen, daß die nächsten Wahlen eine scharfe Wendung nach rechts (die nationalistische*) oder konservative Seite) zeigen werden. Wenn sich diese Annahme bewährt und wir eine bürgerliche Mehrheit im Reichstag bekommen, so darf man glauben, daß der Wunsch nach Wiederherstellung der Monarchie allmählich allgemeiner wird. Auf jeden Fall und unter allen Umständen würde die Wiedereinführung des monarchischen Systems durch Abstimmung des ganzen deutschen Volkes, d. h. durch ein Plebiszit zustande kommen."

Ich fragte: „Soll die zukünftige Monarchie sich von der alten unterscheiden und worin?" Darauf antwortete Oberst Bauer:

„Es ist selbstverständlich, daß die zukünftige Monarchie sich in vieler Hinsicht vom alten Regime wird unterscheiden müssen. Sie wird wesentlich eine demokratische und konstitutionelle Monarchie sein, mit verantwortlichen Ministern, d. h. ähnlich wie in England. Übrigens ist die Macht der alten Monarchie sehr überschätzt worden. Viele von den alten Schlagworten über unsere frühere Monarchie wie Absolutismus, Militarismus und Junkerherrschaft beruhten auf Unwissenheit über die wirkliche Macht des Kaisers, unsere innerpolitischen Verhältnisse und unser Regierungssystem. Das muß jedem klar sein, wenn er sich vorurteilsfrei damit beschäftigt hat. Wenn die frühere Monarchie tatsächlich so stark gewesen wäre, wie meistens geglaubt wurde, so hätte es sicher keine Revolution gegeben. Die zukünftige Monarchie wird natürlich eine wirkliche, zentralisierte Macht sein, aber diese Macht wird vor allem beruhen auf den Vertretern, die vom Volke gewählt sind (The future monarchy will be, of course, a really central power, bot this centralized power will abore all lie in the representatives elected by the people).

Die gegenwärtige deutsche Regierung kann auf keinen Fall Deutschland wiederherstellen. Die gegenwärtige Regierung ist im Bewußtsein des deutschen Volks identifiziert mit der Unterzeichnung des Waffenstillstandes und des Vertrages von Versailles, der uns unerfüllbare Bedingungen aufgezwungen hat. Außerdem gewinnt die tatsächliche Überzeugung Boden im Deutschen Volk, daß unser Zusammenbruch der jahrelangen, unterminierenden Agitation der Sozialdemokraten zuzuschreiben ist.

„Abgesehen hiervon handelt es sich auch nicht um eine Volksregierung, sondern um ein reines Parteiregiment mit ausschließlich sozialdemokratischen Tendenzen. Die Minister können nicht von ihrer Partei los, nicht einmal Noske, denn das würde den Verlust ihrer ganzen Gefolgschaft bedeuten. Auf der anderen Seite hat sich gezeigt, daß die sozialdemokratischen Prinzipien, in die Praxis übersetzt, jeden Staat ruinieren, weil sie weder sozial noch demokratisch sind und zu einer allgemeinen Korruption führen. Deutschland, das früher über jeden Verdacht von Korruption und öffentlichem Diebstahl (graft) erhaben war, ist jetzt eine Brutstätte für beides. Aus diesen charakteristischen Zügen des sozial-

*) Wo Herr v. Wiegand „nationalistic" sagt, würde unsere Rechte „national" sagen.

Digitized by Google

demokratischen Systems ist die Spaltung der Bewegung in die Kommunisten und Extremisten auf der einen und die nüchternen, klügeren und gemäßigteren Sozialisten auf der anderen Seite entstanden.

„Die Wiederherstellung Deutschlands ist nur möglich durch das Zusammenwirken der gemäßigten, industriell arbeitenden Klassen (the moderate industrial working classes), der Bauernschaft und des Beamtentums. Alle diese wünschen eine aufrichtig liberale Verfassung in wahrem demorkratischen Sinn."

Offenbar will die monarchische Partei, die durch Oberst Bauer spricht, die Dinge in Deutschland nicht gewaltsam überstürzen; sie wünscht nicht, die neue Monarchie auf die Probe zu stellen und ihr die nahezu unmöglichen Bedingungen und vielleicht unübersteiglichen Schwierigkeiten und Probleme aufzupacken, die Deutschland in nächster Zukunft bevorstehen. Vielmehr wünscht sie ein Interim unter einem nationalistischen Präsidenten, um die politischen, wirtschaftlichen und finanziellen, vom Schiffbruch des alten Reiches herrührenden Trümmer fortzuschaffen und die Aufgabe der neuen Monarchie weniger schwierig und weniger gefährlich zu machen. Auf dieser Linie fortfahrend, sagte Oberst Bauer:

„Alle diese Klassen, von denen ich gesprochen habe, sind im Grunde monarchisch oder royalistisch. Daher wird die monarchische Idee von selber allmählich emporkommen, sobald diese Teile des Volkes im Reichstag und in der Regierung die Mehrheit haben. Die Frage der Wiederherstellung der Monarchie ist aber noch nicht akut oder reif. Vor allem andern müssen die finanziellen, ökonomischen und sozialen oder soziologischen Probleme gelöst werden. Mit anderen Worten, die Wiederherstellung der Monarchie wird automatisch vor sich gehen.

„Man muß Ausländern erklären, warum der Monarchismus so tief in unserem Volke wurzelt. Wir sind lange Jahrhunderte eine Monarchie gewesen. Wir sind alle mit ihr geboren. Persönliche Erinnerung einen fast jede Familie an jedem Platz mit dem Monarchen. Überdies wissen alle, daß Preußen seine Entwicklung besonders den Hohenzollern verdankt. Der Deutsche mit seiner Neigung zum Kritisieren braucht einen Punkt, wo seine Kritik Halt macht, und das ist der Monarch, nicht der Präsident. Diese Erscheinung mag von dem alten deutschen, kriegerischen Lehnssystem herstammen, wo der Fürst von selber der Führer des Volks war.

„Die Rückkehr des deutschen Volks zur Monarchie muß nicht als eine Rückkehr zum alten Regime angesehen werden. Dies ist niedergebrochen, durch verschiedene, verhängnisvolle Fehler, Schwächen und Mängel. Sie waren übrigens ganz anders geartet und müssen in einer ganz anderen Richtung gesucht werden, als man gewöhnlich glaubt. Mit ihnen hängt die falsche Ansicht zusammen, daß der Kaiser und die sogenannte Militärpartei den Krieg verursacht haben. Es ist nicht möglich, hier darauf einzugehen; es genügt, sich dagegen zu verwahren. Die Fehler und Mängel des alten Regimes werden unbarmherzig beseitigt und ausgerottet werden. Wir haben viel gelernt, wir werden die Lehren nützen, und wir wünschen, uns der Zeit anzupassen.

„Der zukünftige Monarch in Deutschland wird wesentlich die selbe Autorität und dieselben Vorrechte haben wie der Nationalpräsident, sobald die Verfassung endgültig festgesetzt ist; es wird also sozusagen eine Art lebenslänglicher, erblicher Präsidentschaft sein."

Ich fragte: „Und soll Wilhelm II. zurückkehren?" Darauf erfolgte die unmißverständliche Bemerkung, daß man den Exkaiser nicht wieder wünscht, und daß die monarchische Partei mit ihm fertig ist.

Digitized by Google

„Die Rückkehr Kaiser Wilhelms kommt nicht in Frage, da er offiziell abgedankt hat," antwortete der Kämpe des Kronprinzen. „Man kann nicht heute verzichten und morgen den Verzicht zurücknehmen. Außerdem ist es unwahrscheinlich, daß der Kaiser irgendwie wünscht, wieder die Ruinen des Reiches zu übernehmen, das einst unter ihm so mächtig war. Endlich hat der Kaiser furchtbar unter den schweren und bitteren Erfahrungen und dem Ungemach aller Art gelitten, das nicht ohne Einfluß auf seine Gesundheit geblieben ist. Die neue Aufgabe fordert einen Mann in voller Kraft und Frische."

Dies brachte mich zu der kritischen Frage: „Wer ist denn der Kandidat der monarchischen Partei?"

„Der Kronprinz," war die offene Antwort. „Er ist der gesetzliche Erbe, und da er die Eigenschaften eines modernen Regenten besitzt, so ist es unmöglich, ihn zu übergehen. Die Überzeugung wächst ständig, daß die über ihn umlaufenden Erzählungen und Gerüchte unwahr sind, daß sie fabriziert sind, um ihm zu schaden, und daß es in naher Zukunft zu einer öffentlichen Rehabilitierung kommen wird. Tatsächlich ist der Kronprinz ein kluger, offener, geradsinniger, ehrenhafter Mann, mit einem starken Willen und einem warmen Herzen für sein Vaterland und Volk. Er kann intensiv arbeiten und versteht seine Mitarbeiter zu wählen und zu benutzen. Er ist der richtige Mann für den Thron. Es ist ausgeschlossen, daß sich Preußen eine andere Dynastie sucht, als die Hohenzollern."

(Es folgen einige Zeilen mit schlecht leserlichem Druck in dem mir vorliegenden Exemplar der Zeitung. Es ist davon die Rede, daß der Feldmarschall von Hindenburg die Wegleuchte für die Wiederherstellung der Monarchie und der Inthronisator des Kronprinzen sein soll, sobald die monarchische Partei freien Weg hat.) Dann kommt die Frage: „Wen würden die nationalistischen Parteien, die die monarchische Bewegung tragen, als Nationalpräsidenten aufstellen?"

„Hindenburg," war die schnelle Antwort. „Weite Kreise im deutschen Volk sind für seine Wahl als Präsident. Er gehört zu keiner Partei, und seine Persönlichkeit macht es sicher, daß nichts Übereiltes geschehen wird, wenn er am Steuer ist. Besonders alle Monarchisten würden seine Wahl begünstigen. Ob der Feldmarschall sie annehmen wird, ist zurzeit noch nicht sicher. Hindenburg genießt in Deutschland unbegrenztes Vertrauen, und wir glauben, er würde dies Vertrauen, das Deutschland so sehr braucht, auch außerhalb finden."

Soweit das Interview mit Oberst Bauer, dessen vielfach höchst anfechtbare Ausführungen hier im Einzelnen nicht erörtert werden sollen. Jedenfalls aber wissen wir jetzt, was die Aufstellung Hindenburgs für die Präsidentschaft bedeutet. Das Programm, das Oberst Bauer, der „Königsmacher", um mit Herrn v. Wiegand zu sprechen, diesem auseinandergesetzt hat, ist sicher auch Hindenburg mitgeteilt worden, und muß seine Billigung gefunden haben. Die Absicht der Wegbereitung in Amerika ist klar. Die Wirkung in Deutschland freilich ist eine andere Frage.

Es ist tief zu bedauern, daß Hindenburg, der verehrteste Name in Deutschland, in diesen gefährlichen Plan verwickelt wird. Die Schuld trifft nicht ihn, der in seinem großen, reinen, aber unpolitischen Sinn die politische Lage nicht übersieht, sondern die Königsmacher. Die Wiederherstellung der Monarchie muß jedem nüch-

Digitized by Google

fern denkenden Menschen in Deutschland, gleichviel ob er sie wünscht oder nicht wünscht, für absehbare Zeit unmöglich erscheinen — ohne Bürgerkrieg. Eine Lage herbeiführen wollen, die vielleicht bei uns den Bürgerkrieg entstehen läßt, während Trotzki in Warschau einzieht, hieße nichts anderes als dem Bolschewismus mutwillig das deutsche Tor öffnen. Wer das nicht wahr haben will, der täuscht sich oder andere. Es ist sehr unwahrscheinlich, daß die nächsten Wahlen eine solche bürgerliche Mehrheit bringen, die ohne weiteres zur Wiederherstellung der Monarchie neigt, und vollends unter dem Kronprinzen Friedrich Wilhelm! Dies letztere wäre selbst dann noch zweifelhaft, wenn die Deutschnationalen und die deutsche Volkspartei zusammen die absolute Majorität gewönnen, ein Fall, der praktisch nicht in Betracht kommt. Kein Deutscher aber, der Anspruch auf politische Besonnenheit und Gewissenhaftigkeit macht, kann auch nur von fern mit dem Gedanken spielen, die Arbeiterschaft, die Sozialdemokratie auf irgendeinem Wege und unter irgendwelchen Voraussetzungen aus der Regierung in Deutschland auszuschalten. Das wäre das Ende, und diese Gefahr beschwören die Königsmacher herauf.

Notizen

Gegen die Geheimdiplomatie. Der hier wiederholt genannte E. D. Morel, der schon in seinem 1912 erschienenen Buche „Morocco in Diplomacy" die Moral und die Gefahren der Geheimdiplomatie an den Pranger gestellt hat, tut dies in seiner wahrheitsmutigen Weise auch bezüglich der während des Krieges zwischen den Verbündeten geschlossenen Geheimverträge. In einem Leitartikel seiner Monatsschrift „Foreign Affairs" vom Februar 1920 schreibt er:

„Zu dem neuesten Stoß der jetzt enthüllten Geheim-Abkommen zwischen Großbritannien, Frankreich und Italien über die Aufteilung der Türkei bemerkt der „Manchester Guardian": „Während den Völkern eingeredet wurde, daß man ohne selbstsüchtige oder imperialistische Ziele in diesen Krieg eingetreten sei, haben die Staatsmänner, die das sagten, die ganze Zeit über das feindliche Gebiet unter sich verteilt. Während die Jugend für Gerechtigkeit, Internationalismus und eine neue Welt den Tod erlitt, waren die alten Politiker eifrig beim alten Spiel. Während jeder vernünftige Mensch die höchste, durch den nationalen Ehrgeiz heraufbeschworene Gefahr für die Zivilisation sah und eine Schlichtung auf internationaler Grundlage ersehnte, wirkten die leitenden Männer der Regierung auf eine Verlängerung und Verschärfung der nationalen Nebenbuhlerschaft hin." — Wir (die „Union für demokratische Kontrolle") sind ganz der Meinung. Doch das hätte, während der Krieg seine Massenopfer forderte, zur Sprache gebracht werden sollen. Dank der Sowjet-Regierung wurden diese Geheimverträge — nicht allein die über die Türkei, sondern auch die anderen — in der Hauptsache im November und Dezember 1917 bekannt. Von Januar 1918 an wurde das, was man beargwöhnt und zum Teil vorher gewußt hatte, allgemein öffentliches Geheimnis. Es wurde allgemein öffentliches Geheimnis, daß man unser Volk seit dem Frühjahr 1915 bezüglich der Beweggründe für die Verlängerung des Krieges angelogen hatte. Es wurde allgemein öffentliches Geheimnis, daß unsere „Jugend" tatsächlich den Tod erlitt für die Förderung „selbstsüchtiger und imperialistischer Ziele", deren Verwirklichung nicht nur

Digitized by Google

dem britischen Volke keine Vorteile verschaffen, sondern auch die Nachkommen dieser „Jugend" in die gleiche Art von Vernichtungsgreueln zu verwickeln drohen, die das gegenwärtige Geschlecht heimgesucht haben. Darum war es von da an die klare Pflicht nicht bloß aller Humanisten und Internationalisten, sondern aller wahren Vaterlandsfreunde, dem Volke die Augen darüber zu öffnen, daß seine Regierung, die sich vom Januar 1916 an geweigert hatte, die Verhandlungs-Angebote der feindlichen Regierungen in Betracht zu ziehen, ein verbrecherisches Unrecht begangen hatte, und darauf zu bestehen, daß die nächste Gelegenheit zu unterhandeln ergriffen werde. Eine solche Gelegenheit bot sich wieder im Januar und Februar 1918. Diejenigen jedoch, die dieser Ansicht waren und auf die Einschlagung dieses Weges drangen, wurden von den Wortführern und den Organen der Regierung als Vaterlandsfeinde, Deutschfreunde und Verräter der öffentlichen Verachtung preisgegeben. Ein Verräter ist aber ein Mann, der den Staat verrät, dessen Bürger er ist. Die wirklichen Verräter in diesem Handel waren nicht die Männer, die den Krieg als einen imperialistischen Kampf bloßstellten, — was durch diese Geheim-Dokumente jedem Widerspruch zum Trotz als wahr bewiesen ist — sondern jene, die das Leben unzähliger Bürger unter einem falschen Vorwand geopfert haben. Die Männer, die hinter dem Rücken des Volkes diese Geheimverträge schlossen und dann die Leute aufriefen, ihr Lebensblut für hohe Ideale weiter zu verspritzen, welche diese Verträge in den Dreck zogen, haben nicht bloß die elementare Ethik des Patriotismus vergewaltigt: sie haben gegen die Menschheit im Großen gesündigt. Von allen Seiten, außer von den überzeugten Militaristen und Materialisten, erheben sich jetzt Anklagen gegen den „Frieden" von Versailles. „Für solch einen ‚Frieden' wie diesen haben wir nicht unsere Söhne geopfert", sagen sie. Der Friede von Versailles ist aber die unmittelbare Folge der Geheim-Verträge. Wenn Wilson in Versailles geschlagen und zur Waffenstreckung gezwungen wurde, so war es wegen der Geheim-Verträge. Wenn die Hoffnung auf einen Versöhnungsfrieden auf der Grundlage der 14 Punkte — die im Programm der „Union für demokratische Kontrolle" seit ihrer Gründung enthalten waren — zerschmettert wurde, so war es wegen der Geheim-Verträge. Wenn die Sehnsucht des „gemeinen Volkes" auf der ganzen Erde nach einer vom Dämon des Krieges befreiten Welt so grausam enttäuscht wurde, so war es wegen der Geheim-Verträge. Wenn Europa heute noch unter der Last der Rüstungen stöhnt, noch von lokalen Kriegen zerrissen wird, wenn es vom Giftstoff des Hasses zerfressen und von den Leidenschaften der Rachsucht verseucht ist, so ist es wegen der Geheim-Verträge. Die Männer, die sie schlossen, verrieten ihr Land, verrieten die Welt, verrieten die Menschheit.

Geschäftliche Anzeigen

Wer sich über die Geschichte des Weltkrieges ein unparteiisches Urteil bilden will, muß unbedingt das Werk von „Stegemann, Geschichte des Krieges" gelesen haben. Als wichtige Ergänzung zu diesem Werk und wie überhaupt zu jeder Weltgeschichte, ist „Friedjung, Das Zeitalter des Imperialismus" zu empfehlen.

Wir machen unsere Leser auf das in der heutigen Nummer erschienene Inserat der Buchhandlung Karl Block, Berlin SW. 68, Kochstraße 9, aufmerksam. Dieselbe ermöglicht die Anschaffung dieser Werke durch bequeme monatliche Teilzahlung.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt. Redaktion: Schöneberger Ufer 36a I. Telephon: Nollendorf 928. Für Anzeigen J. W. Kiel, Berlin-Schöneberg. Verlag Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland, Oesterreich-Ungarn und Luxemburg M. 7.20, übriges Ausland M. 7.50. Einzelnummer 50 Pfg. Gedruckt in der Buchdruckerei Hermann Bergmann, Berlin SW 48

Digitized by Google

Digitized by Google

AUSLANDSPOST

Politik des Auslands, Kultur und Weltwirtschaft
Einzeln 40 Pfg. Erscheint wöchentlich Vierteljährlich 4 M.

Die Aufgabe

UNSERE Wochenzeitung stellt sich eine Aufgabe, die in ihrer Einfachheit und Klarheit ohne weiteres einleuchtet. Sie legt dem deutschen Leser die wichtigsten Äußerungen der ausländischen Presse in wortgetreuer Übersetzung vor — aus einer Masse von Zeitungen aller Länder, die der Einzelne niemals, bei dem jetzigen Stand der Valuta weniger als je, zu verfolgen vermag, und in einer Vollständigkeit der Übersetzung, die kein anderes Organ in Deutschland bietet.

Aus den eingegangenen Urteilen:

ULRICH RAUSCHER, Ministerialdirektor, Leiter der Nachrichtenabteilung im Auswärtigen Amt, Berlin: „Die Auslandspost wird seit ihrem Erscheinen durch die Lektorate des Auswärtigen Amtes verfolgt. Sie erscheint besonders durch ihre ansprechende Form und die geschickte Zusammenstellung recht geeignet, den Interessenten wichtige Pressestimmen des Auslandes nahe zu bringen."

MAXIMILIAN HARDEN: „Dieses Unternehmen scheint mir ungemein nützlich, scheint mir so nahe dem heute für uns Wichtigsten, daß ich hoffe, auch die Ausgestaltung ins ganz Internationale (also nicht in Deutschland begrenzt) wird sich „von selbst" ergeben. Glückauf!"

Geheimrat Prof. Dr. LUJO BRENTANO: „Ich kann Ihnen nur Beifall spenden. Möge Ihr Unternehmen in jeder Hinsicht gedeihen. Es ist dringend nötig, daß das deutsche Volk über das Ausland besser als bisher orientiert werde."

Man abonniere bei den Buch- und Zeitschriftenhandlungen, bei der Post oder unmittelbar beim Verlag.

VERLAG »DER NEUE MERKUR«
MÜNCHEN / THERESIENSTRASSE 12

Digitized by Google

5. Jahrgang * 26. März 1920 * Heft 12/13

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Eine Gegenrevolution ohne Sinn und Ziel

Von Prof. Philipp Stein

Gegenrevolutionen haben gleiches geschichtliches Recht wie Revolutionen; nur Parteispießer schmähen die einen und preisen die andern. Auch nicht der Erfolg spricht das letzte Urteil. Revolutionen und Gegenrevolutionen können scheitern und zerschellen und doch das Adelszeichen geschichtlicher Folgerichtigkeit und Größe auf der Stirn tragen, oder können, vom Glück begünstigt, erfolgreich *sein und* doch geschichtlich ohne Bedeutung sein. Sinn und Ziel entscheiden letzthin über ihren Wert und Unwert.

Die Novemberrevolution hatte nicht bloß Erfolg; auch wenn sie ohne große Gedanken war, so hatte sie Sinn (Schluß mit dem Krieg zu machen) und Ziel (Errichtung einer sozialen demokratischen Republik). Sie hat Geschichte gemacht, und jeder, mag er zu ihr stehen wie er wolle, sie für einen Verbrechen am deutschen Volk oder einen Ruhmeserfolg halten, muß sich mit ihr auseinandersetzen, muß von ihr ausgehen. Es gibt kein Zurück, nur ein Vorwärts, Hindurch und Darüberhinaus.

Die Gegenrevolution vom 13. März hat keinen Erfolg gehabt. Ob ihre Führer als wirkliche Revolutionäre tragische Helden oder als politische Kinder tollkühne Abenteurer waren, darüber entscheidet Sinn und Ziel ihrer Absichten, Vorbereitung und Durchführung ihres Vorhabens.

Es ist nicht leicht, Sinn und Ziel der Gegenrevolution festzustellen. Während bei anderen Revolutionen Männer in Massen auftauchen und zum Volke reden, traten bei ihr nur zwei in den Vordergrund der Bühne, Kapp und Lüttwitz. Wohl wurde einmal in irgendeiner Verkündigung eine Ministerliste mitgeteilt, von den neuen Männern war der Masse nur der eine Name des früheren Ver-

Digitized by Google

liner Polizeipräsidenten v. Jagow vertraut. Aber alle diese Männer versanken alsbald wieder ins Dunkle. Die wenigen Kundgebungen waren namenlos oder gingen ohne Unterschrift von der Reichskanzlei aus; ein Anschlag war v. S. gezeichnet. Bescheidenheit und Zurückhaltung sind angenehme gesellschaftliche Tugenden von bedingtem Wert, bei jungen Leuten beiderlei Geschlechts sind sie empfehlenswert, nicht aber für Revolutionäre. Die müssen mit ihrer Person, mit ihrem Namen in Tat und Wort vor die breiteste Öffentlichkeit treten. Revolutionäre müssen red- und schreibselig sein; für sie sind, namentlich im Anfang der Bewegung, auch Worte Taten. Sie müssen das Volk mit Kundgebungen, mit Versprechungen wie mit Verfügungen überschütten, bei dem einen Hoffnung erregen, bei dem andern Furcht und Schrecken verbreiten, auf jeden Fall die Phantasie des Volkes in Bewegung setzen. Die Regierung Kapp-Lüttwitz war und blieb schweigsam. Daß sie keinen Drucker fand, ist eine unzulängliche Erklärung, aber keine Entschuldigung; ebensowenig der Hinweis, daß sie eine Regierung der Tat, keine der Worte habe sein wollen. Sie blieb auch die Tat schuldig. Ihre erste und, wenn man von der kindischen Beschlagnahme des Mazzenmehles und dessen Verteilung an die Arbeiter absieht, was die Erhöhung der Brotration um etwa $^1/_{20}$ Gramm bedeutet haben würde, einzige politische Handlung: die Auflösung der Nationalversammlung und der preußischen Landesversammlung war eine leere Geste aber keine Tat. Sie sprach nicht zum Volk, weil sie handelte, sondern weil sie nichts Eigenes zu sagen hatte. Von ihren vier Forderungen, mit denen sie vor die alte Regierung trat, waren die beiden ersten: Neuwahlen und Berufung von Fachministern, Forderungen von Bezirksvereinen, und die beiden letzten: Freilassung der Verhafteten, Straffreiheit, fordern vielleicht Schulbuben, die einen Jungenstreich planen, aber nicht Revolutionäre. Die befreien ihre gefangenen Genossen, die erbitten nicht Straffreiheit, sondern erzwingen sich Anerkennung. Erst am zweiten Tage wird das Programm der neuen Regierung bekanntgegeben. Das Manifest ist eine Chamade, keine Fanfare, seine Versprechungen haben keinen Klang; in der Grundsteuer, als einzige gerechte Steuer, steigen uralte volkswirtschaftliche Theorien aus dem Grabe. Man will in einigem etwas anderes als die alte Regierung, in keinem etwas grundsätzlich Neues. Das Ganze ein mäßiges Wahlprogramm, zu dessen Durchführung es keiner Revolution bedarf. Dazu führt man nicht 8000 Soldaten in die Hauptstadt, verjagt eine Regierung und stürzt das ganze Land in schwerste wirtschaftliche und politische Drangsal. Das ist keine „Regierung der Tat", das ist politischer Dilettantismus.

Hätten Kapp-Lüttwitz eine wirkliche Revolution geplant zur nationalen Erhebung, zur Herstellung der Monarchie, zur Errichtung einer geschlossenen, auf der heimischen Erzeugung beruhenden Staatswirtschaft, so hätte ihr Vorgehen einen

Digitized by Google

nach Zeit und Umständen falschen Sinn und ein unmögliches Ziel gehabt, wären aber nicht ohne Sinn und ohne Ziel gewesen, wären ein Schillscher Husarenstreich, edel in der Gesinnung, unreif und unüberlegt im Vorhaben und verhängnisvoll in der Wirkung gewesen, aber kein Kinderspiel und kein Leutespott geworden. Im tiefsten Herzensgrund vieler Offiziere und Soldaten mögen solche Hoffnungen und Wünsche gelebt haben. Ihr Schmerz um des Vaterlandes Not, ihre Sehnsucht nach ihres Volkes Wiederaufstieg ist von ihren Führern schmählich mißbraucht und vertan worden. Über die Tatsache, daß wir ein beherrschtes Land sind, daß jede deutsche Regierung von dem Willen der Entente abhängig ist, kommt keine Regierung, am wenigsten eine Regierung der Rechten, hinweg. Eine von der Entente eingesetzte oder zugelassene Monarchie müßte gerade die preußischen Royalisten ins Lager der Republik treiben. Die Regierung zur Wiederherstellung „der deutschen Ehre und Ehrlichkeit" tat aber mehr, als diese Tatsache anzuerkennen. In ihrem Manifest erklärte sie, gewiß nicht tapferer als die alte Regierung, den Friedensvertrag unter Wahrung der Ehre des deutschen Volkes und seiner Lebens- und Arbeitsfähigkeit auszuführen, soweit es möglich ist und nicht Selbstvernichtung bedeutet. In dem v. S. unterzeichneten Anschlag wurde die „loyale Erfüllung" des Friedensvertrages als Selbstverständlichkeit ausgesprochen. Unter der Hand wurde aber darüber hinaus verbreitet und in einer Notiz im W. T. B. ausdrücklich hervorgehoben, daß die Entente der Bildung einer starken Regierung nicht unsympathisch gegenüberstehe. Gerüchte wurden in Umlauf gesetzt, die englische Militärmission habe von der Bewegung gewußt und sie begrüßt. Amtlich aber erklärte die Reichskanzlei am 16. März, daß die Entente „wohlwollend" sei, wenn Ruhe und Ordnung herrsche.

Dieser Höhe vaterländischer Ehrempfindung entsprach die politische Einsicht und Zielsicherheit. Dem möglichen Einverständnis englischer Militärs konnte nur der Gedanke zugrunde liegen, in einer starken deutschen Regierung ein Bollwerk gegen den vordringenden Bolschewismus zu schaffen, gleichzeitig aber verhandelten die Führer mit den Unabhängigen wegen Eintritt in die Regierung Kapp, spielten sie mit dem Gedanken einer Verbindung mit dem Bolschewismus zur Weiterführung der Weltrevolution nach dem Westen. In der inneren wie in der äußeren Politik schwankte die „Regierung der Tat" haltlos zwischen Extremen, suchte nach Aushilfen und griff ins Leere. Der Krieg hat erschreckend gezeigt, wie gering das Verständnis für auswärtige Politik in unserem Generalstabe war, wie das Erbe von Moltke und Schlieffen in militärischem Fachwissen aufgebraucht worden ist. Die Gegenrevolution vom März hat auch das geringe Verständnis für innere Politik im Offizierkorps dargetan. Revolutionen sind aber wie Kriege vor allem politische Handlungen, das Militär ist Werkzeug, nicht Träger der Politik.

Digitized by Google

Militärisch war die Gegenrevolution, nachdem die alte Regierung sich entschlossen hatte, keinen militärischen Widerstand zu leisten, eine Felddienstübung mit dem Ziel der Besetzung der Wilhelmstraße. Das mag militärisch vorbereitet gewesen sein, die politische Vorbereitung und Durchführung der Gegenrevolution entsprach ihrem Sinn und ihrem Ziel, sie war sinnlos und ziellos.

Die Herren Kapp und Lüttwitz und die Männer, die mit ihnen die Führer der Gegenrevolution gewesen sind, haben, was und wie ihre Beweggründe gewesen sein mögen, schwerste Schuld auf sich geladen. Sie haben sich vergangen gegen unsere Einheit und unsere Wirtschaft. Ihre Tat war ein Vergehen gegen die Nation, eine Versündigung an der Jugend, die ihre Treue gegen Vaterland und Volk, ihre Verantwortung gegen unsere Geschichte, ihr Verflochtensein in unser Schicksal nicht durch Gesang, Militärmusik und Fahnenschwenken, sondern durch stilles Tun, durch die Arbeit an sich und für unser Volk bewähren will.

Fünf Tage Kraftprobe

Von Professor Dr. E. Jäckh

Samstag, 20. März.

Wenn unsereiner im letzten Halbjahr wiederholt nach der Wahrscheinlichkeit eines „Putsches von rechts", einer „Reaktion Ludendorff" gefragt wurde, so pflegte ich eine solche Möglichkeit immer zu verneinen — mit der einfachen Begründung: daß es keinen verständigen oder verantwortlichen Politiker geben könnte, der sich nicht sagen müßte, daß ein militärischer Putsch wohl sicher und leicht einige wenige Tage Anfangserfolg haben kann und muß, daß er aber ebenso sicher und ebenso rasch durch den Gegenschlag des „Generalstreiks", eines ziemlich allgemeinen Volksstreiks, überwältigt werden kann und wird; daß also diese Sicherheit eines aussichtslosen Bürgerkrieges und Blutbades mit dem ebenfalls sicher zu berechnenden Ergebnis der Stärkung des linken Radikalismus jeden denkenden Politiker der Rechtsparteien, selbst des rechten Radikalismus, abhalten würde und müßte, das eben beginnende Wiederaufleben Deutschlands gefährlich, vielleicht gar tötlich zu treffen und zu erschüttern; gar nicht zu reden von einer ebenso greifbaren Sicherheit einer Intervention der demokratischen Entente in der Form einer Blockade von Lebensmitteln und Rohstoffen gegenüber einer monarchistischen wie bolschewistischen Regierungsbildung . . . So wird sich es jeder sagen müssen und so wird es keiner wagen können, Deutschland nochmals an den Rand des Abgrundes hinzuzerren; jeder, der nicht als politischer Narr oder nationaler Verbrecher gebrandmarkt werden will.

Die Probe aufs Exempel ist jetzt gemacht worden; die Rechnung hat gestimmt. Summa Summarum: einige tausend Tote; einige Milliarden Schaden; ein

Digitized by Google

Dutzend „Räterepubliken"; die Gefahr des Bolschewismus aufgefrischt und vervielfältigt; eine politische und wirtschaftliche Erschütterung, die zur Wiedergewinnung des Gleichgewichts einige Monate braucht — und zwar ruhige Monate, die ihr aber der jetzt sogleich beginnende Wahlkampf nicht geben kann. Und daneben: die Früherlegung des Wahltermines (nunmehr mit den allerschlechtesten Aussichten für die Rechtsparteien); die „Sicherung" der Präsidentenwahl durch das Volk (die nur durch einen sozialdemokratischen Antrag angezweifelt worden, aber angesichts der ablehnenden Haltung der demokratischen und anderen Mehrheit nicht einmal gefährdet war); eine „Umbildung des Kabinetts durch Fachminister" (die schon vor dem Putsch so bestimmt beabsichtigt war, daß die Verhandlungen mit Fachmännern für einige Ministerien bereits vor dem Abschluß standen).

Also für nichts und nochmals nichts — Putsch und Blut und Bürgerkrieg!

Nur weil ein paar Männer, die sich Politiker dünken, die aber für den, der sie kennt, immer schon politische Pfuscher waren und die jetzt nationale Verbrecher geworden sind, eine versorgungsbedürftige, soldbesorgte Soldateska und eine in ihrem Idealismus irregeleitete Jugend mißbraucht haben. Vornean der Gründer der „Vaterlandspartei", der „Reichskanzler" Kapp aus Ostpreußen: ein eitler Draufgänger und Faselhans, vor dem ich nach wiederholter mündlicher Aussprache schon im Herbst 1914 die Tür verschlossen habe, noch ehe seine Kriegsbroschüre und seine Duellforderung gegen Bethmann Hollweg ihn als Wichtigtuer und Wirrkopf der Öffentlichkeit enthüllt hat. Und um ihn herum: der Unterstaatssekretär von Falkenhausen; ein wegen Unterschlagungen bestrafter und nach Südamerika flüchtiger Rechtsanwalt a. D. Bredereck (als Symbol der „Reinlichkeit der neuen Regierung"); der ungarische Jude Trebitsch; und der wohlmeinende, aber irrlichternde Pfarrer a. D. Gottfried Traub von der deutsch-nationalen Volkspartei als schwäbischer Schildknappe der altpreußischen Reaktion; dazu die schwankenden Gestalten der Lokalanzeiger-Redaktion.

Schon am zweiten Tag, am Sonntag, ist es mit dem politischen Willen und Ziel dieser gemischten Gesellschaft, mit ihrem Wahnsinn ohne Methode, in der Reichskanzlei soweit, daß nur die Mahnung des Generals Ludendorff sie noch festhält: „durchzuhalten bis zum bitteren Ende!" General Ludendorff geht jetzt im Reichswehrministerium und in der Reichskanzlei aus und ein; der Kinematograph kann ihn endlich auch vor den Kulissen festhalten. Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, daß dieser General Ludendorff nie und nimmer politisch hat denken und rechnen können, dann ist er jetzt durch die Tatsache und die Art dieses Militärputsches erbracht — für alle Zeiten in der Geschichte des Krieges und der Revolution. Das Gleiche gilt für seinen Stabschef, den Oberst Bauer: die im Grund unpolitische Seele seines politischen Hauptquartiers im Krieg draußen und ebenso

Digitized by Google

seines Reaktionsbüros daheim in der Viktoriastraße seit seiner Niederlage; und durch diesen Putsch zwei Tage reaktiviert als Chef des Stabes im Reichswehrministerium und durch drei Tage kompromittiert als Chef der Reichskanzlei. Zwischen der Unzertrennlichkeit des Generals und des Obersten ein anderer General: ein alter Polterer, aber auch kein Politiker, Herr von Lüttwitz, durch seinen Eidbruch für die Geschichte jetzt mehr berüchtigt, als durch Kriegstaten je berühmt. Ein Hauptmann Pabst, den die Revolutionstiden dieses März rasch zum Major emporgetragen, als organisationsfähiger Generalstäbler anerkannt; ein Oberstleutnant Erhardt (aus der Marine); und der abtrünnige Admiral von Trotha: das ist die Galerie der unpolitischen Politikmacher, der reaktionären Revolutionäre — ohne Sinn und ohne Ziel.

Die rein militärische Aufmachung „klappt" naturgemäß: ein nächtlicher Übungsmarsch der wegen bevorstehender Auflösung mißvergnügten Marinebrigade und der immer zu Abenteuern willigen Baltikumsöldner auf der Döberitzer Heerstraße und die spielerische Überrumpelung aller unbewachten Regierungs- und Verwaltungsgebäude im Morgengrauen; ein Handstreich en miniature à la Ludendorff in Lüttich; wie denn überhaupt die Besatzung Berlin behandelt ganz nach dem Schema einer besetzten Stadt in Belgien oder Frankreich. Aber dann stockt es und damit endet es: kein politisches Programm ist fertig; kein Manifest ist bereit; kein Kabinett wird möglich. Das Manifest läßt fast zwölf Stunden auf sich warten; das Programm verspricht nur Belanglosigkeiten (wie „Fachminister" und „Neuwahlen", von heute auf morgen „Freie Wirtschaft" und allgemein „Taten") und zeigt keine Ziele noch Wege. „Und Ihr Ministerkabinett?" frägt ein englischer Vertreter. — „Ich hoffe, es im Laufe einer Woche bilden zu können" — antwortet der „Reichskanzler" Kapp; er hat es in den fünf Tagen seiner „Regierung" nicht zusammengebracht, weder für das Reich, noch für Preußen. Pfarrer a. D. Traub gilt einen Tag als preußischer Kultusminister und Polizeipräsident a. D. von Jagow ebenso kurz als preußischer Minister des Innern. Der Staatsanwalt des Ledebour-Prozesses, mit Namen Zumbroich, gilt zwei Tage lang als Reichsjustizminister und der Naumburger Arzt und deutschnationale Monomane der „Freien Wirtschaft", Dr. Schiele, ebenso lange als Verweser des Reichswirtschaftsministeriums. Sonst nichts und sonst niemand, weder fertig noch willig; nur die Handgranate, das Maschinengewehr und der Minenwerfer. „So geistlos, so unfähig, haben wir in Konstantinopel nie Revolution gemacht" — höhnt ein jungtürkischer Staatsmann . . . .

Der kopflose Kapp bekommt keinen Boden und kündigt denn auch in bezeichnendem Auf und Ab wechselnd seinen An- und Abtritt an. Zwar in der Pressekonferenz tut der Vorsitzende ihm und sich „die Ehre" an, ihn als „Herr Reichskanzler" anzureden . . . . . Sonst verschließen sich (mit Ausnahme

Digitized by Google

der Kappschen Heimat des Ostens) ihm die gesamte Beamtenschaft sowie die Mehrheit der Generalität und des Offizierskorps, ebenso die Masse der Arbeiterschaft und des Bürgertums, und schließlich (nach anfänglichem, allzuraschem Mittun der beiden Rechtsparteien) auch die Gesamtheit der Parteien.

Der Beamtenschaft gibt die entschlossene Solidarität aller Unterstaatssekretäre (ohne Unterschied des persönlichen Parteibekenntnisses) ein gemeinsames Vorbild von Verfassungstreue: alle Unterstaatssekretäre (als Vertreter der zur Verlegung der Regierungsgeschäfte nach Stuttgart übersiedelten Reichsminister sowie der durch Verhaftung abgesetzten preußischen Minister) erklären, zur verfassungsmäßigen Regierung zu stehen, und verpflichten sich und ihre Beamtenschaft zur Ignorierung aller Kappschen Verordnungen und Forderungen und zur Fortführung der Geschäfte nur für die bisherige Regierung; eine capitis diminutio für Kapp von tödlicher Kraft. So tagt im Reichstag täglich der Reichsrat, unter dem Vorsitz des Vizekanzlers Schiffer, wie „im Frieden", und berät und bekätigt die gesammelte Opposition gegen die Kappsche Usurpation. So zahlt insbesondere das Reichsfinanzministerium der Kappschen „Regierung" keinerlei Gelder aus, und so ist es vorgekommen, daß ein Offizier, der als Adjutant des „Reichskanzlers Kapp" im Reichstag im Vorzimmer des Bundesratssaals den Unterstaatssekretär des Reichsfinanzministeriums um Geldanweisungen bittet, sich von diesem mit den entmutigenden Worten abfertigen lassen muß: „Sagen Sie Herrn Kapp, daß ich für Herrn Kapp keinen Pfennig Geld habe und daß ich einen Reichskanzler Kapp überhaupt nicht kenne!"

Es kann und muß festgestellt werden, daß die demokratische Verfassung sich bewährt und sich als tragfähig erwiesen hat — so wie für die Beamtenschaft, so auch für die Reichsheermehrheit:

Außer Lüttwitz und Konsorten und außer Marinebrigade und Baltikumkorps (die beide — zum Teil mit Recht — sich darauf berufen können, daß sie mißbraucht worden sind) ist in Berlin die Generalität und das Offizierkorps der Verfassung und der Regierung treu geblieben. Daß die Berliner Reichswehr mit ihren nur einkausend Mann und die Berliner Sicherheitswehr mit ihren nur achttausend Mann der numerisch wie technisch weit überlegenen Lüttwitz-Armee keine aussichtslose Schlacht in den Straßen von Berlin liefert, geschieht auf Befehl des obersten Generals mit Zustimmung der Reichsregierung durch nächtlichen Kabinettsbeschluß. Draußen im Reich fast überall das Gleiche (mit Ausnahme des Ostens): wie bei Wallenstein wird nach den Generälen gefragt: Watter in Münster? und Schöller in Kassel? und Märker in Leipzig? und Möhl in München? und der in Stuttgart? Und alle halten sie zur Verfassung und zur Regierung, zur Einheit und Einigkeit des Reichs. In Berlin selbst scheidet sich langsam nach der anfänglichen Verblüffung die Gemeinschaft der garnisonierenden

Digitized by Google

Reichswehr und der grünen Sicherheitswehr von der eingedrungenen, feldgrauen Soldateska: die Grünen sind den Grauen nicht grün, und die Grauen haben Grund, den Grünen nicht zu trauen. (Wie im alten Byzanz der Prätorianer bezeichnen militärische Farben bereits politische Parteien. Die vaterländische Tradition der schwarzweißroten Fahne wird zum Parteisetzen mißbraucht und im Gassenkampf erniedrigt und beschmutzt.) Schließlich wagen es Generäle und Offiziere, am vierten Tag gegen General von Lüttwitz aufzutreten: sie heißen ihm ins Gesicht hinein sein Vorgehen „unverantwortlich" und erinnern ihn an seinen Eid. Lüttwitz fährt auf: „Das ist meine Sache! Sie haben mir zu gehorchen; sonst lasse ich Sie erschießen." Aber die Offiziere: „Dann tun Sie das!" — Lüttwitz sieht: seine Macht ist schwach, so schwach, wie die Kapps gegenüber der Beamtenschaft. Selbst Ludendorff erlebt bei einem Teil des Offizierkorps einen solchen Übergang von Achtung in Achtung, daß er das wütende Wort sagt: „er schäme sich, die Generalstabsuniform angezogen zu haben."

Früher als der Streik der Generale wird und wirkt der Generalstreik. Der Volksprotest einigt in einem nationalen „Generalstreik" Arbeiter, Bürger und Arbeitgeber — durch Proklamation der bürgerlichen Demokratie über die Sozialdemokratie bis zu den Unabhängigen, mit Ausnahme der christlichen Gewerkschaften. Ein solcher politischer „Generalstreik" in diesem Umfange und gegen die bewaffnete Macht — trotz Verhaftungsbefehl und trotz Erschießungsandrohung — ist der erste „Generalstreik" in Deutschland und der erste von solchem Erfolg in der Welt. Es ist kein „Streik": Arbeitgeber zahlen Arbeitnehmern und Angestellten Löhne und Gehälter weiter und selbst die Technische Nothilfe der Bürgerschaft beschränkt sich auf den allernotwendigsten, geringsten Dienst. Es ist eine nationale Sammlung und Erhebung der Volksgemeinschaft gegen das nationale Verbrechen einiger weniger Individuen.

So finden auch die Parteien nach anfänglicher Verwirrung und nach einigem Versagen und Fehlgreifen der zwei Rechtsparteien, die dadurch ein für allemal kompromittiert werden, sich langsam zu einem „Aktionsausschuß" zusammen — mit Ausnahme der Unabhängigen. Die erste Partei, die sehr rasch, allzu bereit, sich auf den Boden der neuen Regierung Kapp stellt — durch eine gedruckte, nicht mehr abzuleugnende Erklärung, sie sei bereit, mitzuarbeiten — ist Stresemanns nationalliberale „Deutsche Volkspartei". Das verwundert niemand, der des Obersten Bauer und Stresemanns Intimität aus gewissen Briefen kennt. Auch die „Deutsch-nationale Volkspartei" der Konservativen betätigt zunächst eine Art Anerkennung des Kappschen Putsches, indem sie an einer Sitzung des Seniorenkonvents der Nationalversammlung teilzunehmen sich weigert — mit der Begründung, daß die Kappsche Regierung die Nationalversammlung aufgelöst habe. Die beiden Rechtsparteien nehmen aus dieser Staatsstreichwoche die schwere Be-

Digitized by Google

lastung einer zeitweiligen moralischen Gemeinschaft mit dem reaktionären Putsch- und Pfuschregime mit, für die das deutsche Volk Verantwortung fordert. Die Besprechungen mit den Vertretern von Kapp und Lüttwitz zwecks Erreichung ihrer Abdankung führt auf deren Bitte und Initiative im Reichsjustizministerium in den Räumen des Vizekanzlers ein Fünferausschuß aller fünf Parteien — ohne die Unabhängigen; auch ohne die Sozialdemokratie in dem Augenblicke und solange, als General von Lüttwitz persönlich erscheint und teilnimmt. Mit Kapp und Lüttwitz lehnt auch der Vizekanzler Schiffer jegliche Verhandlung und jede Vereinbarung ab; er läßt ihm das ablehnende Wort bestellen: „Ich habe nur Entlassungsgesuche entgegenzunehmen!"

Und die Unabhängigen? Nicht daß sie der General von Lüttwitz oder der „Reichskanzler Kapp" überhaupt gemieden hätte! Im Gegenteil: die Extreme von rechts und von links, die Putschisten des vorigen März und die Putschisten des diesjährigen März, suchen sich in gemeinsamen Verhandlungen über die Frage einer gemeinschaftlichen Einrichtung einer Militär-Räte-Diktatur Lüttwitz-Däumig. Sowohl Kapp wie Lüttwitz lassen Leuten wie Däumig und Leonhardt (dieser wieder einmal ein Literat) Angebote über „Eintritt in die Regierung Kapp" machen. Oberst Bauer selbst hat längst sein „sozialistisches" Herz entdeckt und schwärmt in seinen Verhandlungen mit den Unabhängigen für eine weitgehende „Sozialisierung"... Wär' die Gemeinschaft nicht so verflucht gefährlich, man wär' versucht, sie herzlich zu belachen... Die Lächerlichkeit der militärischen Naivität, die in Preußen plötzlich den Kommunismus kommandieren zu können glaubt, muß ein für allemal tötlich wirken. Noch in der letzten Besprechung mit dem interfraktionellen Fünferausschuß (am Mittwoch nachmittag) kann Major Pabst mit der Möglichkeit einer Militär-Räte-Gemeinschaft Lüttwitz-Däumig nochmals drohen...

Vor Tische las man's anders... In der Nacht vom Dienstag auf Mittwoch nämlich bis morgens vier Uhr: da läßt die Ludendorffsche Kanzlei und schließlich Oberst Bauer in eigener Person das kommunistische Gespenst mit der gefährlichsten Fratze in die mitternächtliche Sitzung hineindrohen. Zuerst ist es ein „Ultimatum", das die radikale Arbeiterschaft stellt: „bis abends neun Uhr!" Dann ist es die „Räterepublik", die in den Arbeitervierteln ausgerufen wird! Dann ist es die „Diktatur des Proletariats" unter dem Kommando des waffenerfahrenen Fremdenlegionärs Däumig, die jetzt just in dieser Stunde eingerichtet wird!... Schon ziehen die Arbeitermassen aus Reinickendorf, aus anderen Vororten in Trupps nach Spandau: teils schon bewaffnet, teils um dort bewaffnet zu werden... Trotzki-Däumig führt die rote Armee zum Abmarsch, zum Angriff gegen Berlin... Manch einer sieht schon das „brennende Berlin"... Die Parteien brauchen jetzt den Ge-

Digitized by Google

neral von Lüttwitz und seine Söldateska und müssen ihn um Schutz und Hilfe bitten... Die Besprechungen werden in der Frühe um vier Uhr abgebrochen.

Anderen Tags: kein Wort dieser „Heeresberichte" ist wahr... Man kennt die Weise; man kennt den Ton; man kennt auch die Herren Verfasser — solcher „Heeresberichte"... Die Lüge drückt faustdick in diesen Tagen und Nächten. Die „amtlichen Nachrichten" in den Anschlägen und Flugblättern des „Reichskanzlers Kapp" in der Form Trotzkis „an alle" sind von einer Verlogenheit, die die ausschweifendste Phantasie überholt: ich kenne in zwanzigjähriger Erfahrung aus Frieden und Krieg keine solche freche, fette Lügerei von keiner Stelle, wie die Verlogenheit dieser „Regierung der sittlichen Arbeitsgemeinschaft". Aber kein Gegenmittel der Entlarvung ist möglich: zuerst das Zeitungs- und Druckverbot durch die Diktatur, dann der Setzerstreik im Gefolge des „Generalstreiks" liefert die Bevölkerung vollständig der Unwissenheit und Unruhe aus, der Verwirrung und dem Mißtrauen aller gegen alle. Eisenbahn- und Poststreik und Telegramm- und Telephonsperre isolieren Berlin auch gegenüber Deutschland. Alles und nichts wird geglaubt: selbst die Wirklichkeit von Kapps und Lüttwitzs Abgang stößt noch nach zwei Tagen auf Unglauben beim mißtrauischen Volk infolge der fünftätigen stündlichen Fälschungen der Kappschen Kanzlei und der Anschläge des ihr dienstwilligen Lügen-Lokal-Anzeigers.

Gegen Fälschung und Verlogenheit müssen auch die Vertreter der Entente kämpfen. Über die Entente läßt die Militärdiktatur Kapp-Lüttwitz in „amtlichen" Flugblättern verbreiten: sie stehe „wohlwollend" zur neuen Regierung; ja sie läßt auch von Mund zu Mund verbreiten: die englische Militärmission habe insgeheim von der Vorbereitung des Putsches gewußt und begrüße ihn... Was ist größer: die subalterne Würdelosigkeit, die sich deutsch-national heißt und die mit einem angeblichen „Wohlwollen der Entente" hausiert? oder die superlative Sinnlosigkeit, die allen Ernstes sich einbildet, die demokratische Entente werde sich nicht gegen jeden monarchistischen wie kommunistischen Versuch mit gleicher Entschiedenheit und mit den ihr leider möglichen Mitteln von Blockade oder Besetzung wehren?

Aber festzuhalten an dieser inhaltlich falschen und taktisch dummen Erklärung der Lüttwitz-Kapp-Kamarilla ist ihr eigenes formales Zugeständnis: daß Deutschland zur Zeit von dem Willen der Entente („Wohlwollen" — sagen Kapp und Lüttwitz) abhängig ist — genau so wie, ja jetzt noch mehr als bisher, die Türkei von den europäischen Großmächten war. Die Entente hat denn auch alsbald ihre wirkliche Auffassung nicht verschwiegen: der Franzose, indem er einen Vertreter an den Stuttgarter Sitz der wirklichen Regierung entsendet und dieser einen Draht Stuttgart—Berlin freimacht; der Italiener, indem er erklärt, daß die italienische Politik die „Pazifizierung Europas" brauche, und der Engländer durch offizielle

Digitized by Google

und öffentliche Widerlegung der Kapp-Lüttwitz-Lüge. Und nach der Entscheidung der Dinge zugunsten der bisherigen und bleibenden Koalitionsregierung durch eine förmliche und persönliche Beglückwünschung des Vizekanzlers Schiffer und durch die amtliche Bestätigung, daß die alliierten Mächte sich gegen ein monarchistisches oder kommunistisches Deutschland in gleicher Weise wenden und wehren würden... Das Ziel einer ruhigen Entwicklung kann für die Zukunft unseres Volkes nur auf dem Weg einer Zusammenfassung der Kräfte zwischen den beiden Links- und Rechts-Extremen gefunden werden. An dieser Tatsache und an einer solchen Einsicht kann — ob ihm auch Programme oder Personen nicht gefallen — niemand vorbei, der die deutsche Wirklichkeit nimmt und sieht, wie sie ist.

Die ideenlose Revolution einiger altpreußisch-militärischer Idioten an den Iden des März 1920 hat Deutschland einige Tage lang vor den Abgrund eines — im Falle ihres Gelingens — endgültigen Endes seiner Einheit und seiner Existenz gestoßen. Der „deutsch-nationale" Kapp — dessen Gesinnungsgenosse Juniusalter im Krieg eine fragende Broschüre geschrieben hat: „Deutschland — eine Episode?" — hat jetzt politische Handlungen gewagt, deren Folgen so zu werden drohten, daß Deutschland in Gefahr geriet, wirklich nur noch eine „Episode" zu werden und zu sein...

Der Verlauf und der Mißerfolg dieses fünftägigen Märzputsches von rechts unter den Auspizien eines Generals Ludendorff hat aber auch die tatsächlichen Kräfte des neuen Deutschland vor aller Welt geoffenbart; und das kann ihr Erfolg für Deutschland sein. Diese Kräfte wachsen nicht „rechts": die denkbar günstigste Situation (infolge von Schwierigkeiten in der Ernährung und angesichts der Stimmungen durch einen Helfferichprozeß) hat der Reaktion von Rechts keinen Sieg vermittelt. Diese Kräfte wuchern aber auch nicht „links": die gleichfalls günstige Situation (infolge der Herausforderung durch eine Militärdiktatur und wegen des Zusammenbruchs dieser Militärgewalt) hat trotzdem auch einer Revolution von Links nicht den Weg gesichert, so groß auch nach den fünf Tagen des Kappschen Regimes die Gefahr ist, daß die Kappsche Militärdiktatur in eine verkappte Rätediktatur umschlagen könnte. Die Kräfte sind gemessen; der Versuch kann sich nicht mehr wiederholen. Das deutsche Volk hat mehr politische Reife bewiesen, als das Berliner Straßenbild und manche Berliner „Klub"-Stimmung in den ersten Stunden und Tagen des Kapp-Witzes und des Lüttwitz-Streichs vermuten hat lassen. Beamtenschaft und Reichsheermehrheit, Bürgertum und Arbeiterschaft haben der demokratischen Verfassung und der republikanischen Regierung Treue gehalten — trotz ihrer Nöte und in ihren Nöten. Das ist eine Offenbarung und zugleich Stärkung des demokratischen Deutschland nach innen und nach außen. Der Pendelschlag ist ausgestanden. Die nochmalige Erschütterung des neuen Deutschland kann schließlich in einer festeren Verankerung Ruhe und Halt finden.

Digitized by Google

Die Wirkung des Putsches auf die auswärtige Lage

Von Dr. Paul Rohrbach

19. März.

Wiederholt bin ich in den letzten Monaten aufgefordert worden, meine Meinung über die Zustände in Deutschland ausländischen Lesern gegenüber zu äußern. Monarchie, Militarismus und gewaltsame Restauration spielten dabei stets eine Rolle. Darauf habe ich vor Weihnachten einem amerikanischen, und kürzlich einem schwedischen Blatt geantwortet:

Von dem Tage an, wo der Krieg ausbrach, gab es nur noch ein Mittel, den Kampf für Deutschland und die Monarchie erfolgreich zu gestalten: Demokratisierung des politischen Lebens. Stattdessen ließ sich das Kaisertum zu einem Werkzeug der alldeutschen Annexionspartei und der innerpolitischen Reaktion machen. Das ist die Hauptursache seines Sturzes, und aus diesem Grunde würden die Aussichten der Monarchie in Deutschland fürs erste auch dann schlecht sein, wenn es bedeutende Anwärter gäbe. Es ist keineswegs unmöglich, daß die Monarchisten altpreußischer Richtung einmal einen Putsch versuchen, wenn sie eine günstige Gelegenheit zu sehen glauben, aber sie werden dann niedergeschmettert werden durch die Erkenntnis, daß nur ein verschwindender Teil des Volkes hinter ihnen steht... Nur eine Möglichkeit, den monarchischen Gedanken in Deutschland von innen heraus zu beleben, ist für die Zukunft vorhanden: wenn die großen sozialen Reformen, die in Deutschland wie in der ganzen Welt jetzt notwendig sind, mit dem Bankrott der Parteien enden sollten, die sie auf ihre Fahne geschrieben haben, dann könnte es sein, daß das deutsche Volk noch einmal die Zügel einer genialen Einzelpersönlichkeit anvertraut.

Die Hauptfrage, die das Ausland, abgesehen von dem wirtschaftlich-finanziellen Interessengebiet, stellt, ist immer dieselbe: Ist Deutschland wirklich demokratisch in dem Sinne geworden, daß die Nation als Ganzes ihre Regierung kontrolliert und daß nur eine Regierung möglich ist, die die Volksmehrheit hinter sich hat, oder ist hinter der neuen Fassade noch der alte Militarismus und der Einfluß der alten zur Gewaltpolitik neigenden Klassen herrschend? Wir lassen hier auf sich beruhen, ob und wieweit das Bild richtig ist, das vom alten Deutschland und seinem Militarismus gezeichnet wird (es ist in jedem Fall unzulässig schematisiert); wir nehmen die Stimmung und die Fragen des Auslandes, wie sie sind, als gegebene Größen. Dabei besteht für uns kein Zweifel, daß die große Mehrheit aller ausländischen Beurteiler den Putsch vom 13. März 1920 als einen monarchistisch-militaristischen ansieht, und daß man sich unter diesem Gesichtspunkt draußen sein Urteil über die weiteren Vorgänge bilden wird.

Die Führer des Putsches haben versichert, daß sie die Republik anerkennten, und daß sie nicht an die Wiederherstellung der Monarchie dächten. Ist es aber leicht, ihnen das zu glauben? Der leitende Kopf des Unternehmens war doch derselbe Oberst Bauer, der wenige Monate vorher in einem für die Öffentlichkeit bestimmten und in allen wichtigen Sätzen schriftlich fixierten Gespräch einem ameri-

Digitized by Google

kanischen Korrespondenten mitteilte: wir wollen die Monarchie, wir haben den Kronprinzen Friedrich Wilhelm als Kandidaten, und wir beabsichtigen als Übergang eine Präsidentschaft Hindenburgs, den wir für die nächste Wahl als Kandidaten aufstellen möchten! Der Artikel aus Amerika, in dem Oberst Bauer diese Gedanken ohne Hülle entwickelt, ist gerade in dem Heft der „Deutschen Politik" wiedergegeben, das in der Putschwoche erscheinen sollte, von dem aber wegen eines Buchbinderstreiks nur ein Teil rechtzeitig ausgegeben werden konnte. Die meisten Leser werden gleichzeitig das Heft mit dem Bauerschen Interview und dieses vorliegende erhalten — und es wird höchstens wie eine Selbstironie wirken, wenn der spiritus rector vom 13. März dort versichert, an Gewalt dächten nur einige Heißsporne auf der Rechten. Und schließlich gab es auch Ausländer in der Studentenversammlung, in der ein Staatsanwaltschaftsrat im Auftrag der neuen Regierung den Studenten erklärte, die Wiedereinführung der Monarchie sei — bedeutungsvolle Pause — vorläufig nicht beabsichtigt.

Es stimmt zu diesen Voraussetzungen, wenn von den beiden Zeitungsgeschwistern der Entente, „Temps" und „Times", das französische Blatt seinen Standpunkt zum Putsch in die Worte faßt: „Die Maske fällt"; das englische aber schreibt, daran, ob Deutschland von innen heraus mit dem Putsch fertig werde oder nicht, werde zu erkennen sein, ob es sich demokratisiert habe. Es ist ein Zeichen von der politischen Unreife der Herren Kapp, Lüttwitz, Bauer und Genossen, wenn sie sich einbildeten, eine Neuordnung Deutschlands vornehmen zu können, ohne Rücksicht auf die Mächte, denen wir ausgeliefert sind, solange der Frieden von Versailles und unsere Kraftlosigkeit dauern. Darauf werden die Putschisten vermutlich antworten, sie hätten Grund zu der Annahme gehabt, daß eine Ententemacht, England, eine Restauration in Deutschland auf militärischer Grundlage nicht abgeneigt sei, und sie werden sich dafür auf Äußerungen englischer Offiziere von den verschiedenen Dienststellen, die England in Berlin unterhält, berufen. Daß solche Äußerungen gefallen sind, scheint Tatsache zu sein und zwar schon vor dem Putsch. Auch in den Kreisen neutraler Vertretungen in Berlin war die Meinung verbreitet, die englischen Militärs begünstigten das Unternehmen. Man kann sich zusammenreimen, woher das kam, aber man muß politisch sehr unwissend sein, wenn man aus solchen Andeutungen etwas für das amtliche England folgern zu dürfen glaubt.

In England gibt es eine Partei — der Kriegsminister Churchill gehört zu ihr — die gegen die bolschewistisch-islamitische Gefahr in Asien die Deutschen haben möchte, um die Geschäfte Englands zu besorgen. Hierüber ist schon vor einiger Zeit in unserm Heft vom 27. Februar das Nötigste gesagt, und in dem Artikel „Der rote Osten" von Axel Schmidt vom 13. Februar war Churchills Wort zitiert, Deutschland müsse im Westen den Schutz gegen den Bolschewismus übernehmen, weil England

Digitized by Google

nicht gleichzeitig in Indien,, Kleinasien, Ägypten, Europa (lies: Rußland) und Irland Krieg führen könne. Da gegen das bolschewistische Rußland weder England noch Frankreich wegen Abneigung ihrer Arbeiter Truppen ins Feld stellen können, so soll Deutschland das tun, selbstverständlich unter englischer Kontrolle und zum englischen Nutzen. Dieser allgemeine Gedanke ist noch weit entfernt von der Begünstigung einer deutschen Militärrevolution, und von gelegentlichen Äußerungen englischer Offiziere zu deutschen Militärs ist noch ein weiter Weg zu dem, was der englische Kriegsminister möglicherweise denkt. Selbst aber wenn alles sich wirklich so verhielte, wie die militärischen Führer des Putsches sich einbildeten, so müßte man fragen: wie ist ein Plan zu charakterisieren, *der bewußt Deutschland zum Söldner und Blutlieferant'en für fremde englische Interessen machen soll*? An etwas anderes hat doch sicher auch kein einziger von den englischen Offizieren gedacht, die, wenn das Gerede wahr ist, einige Sympathie mit dem Vorhaben der Putschisten zu erkennen gaben. Wer deutsch fühlt und nicht von aller politischen Vernunft verlassen ist, darf in dieser Beziehung nie anders handeln, als nach dem Grundsatz, der in dem schon erwähnten Artikel von Schmidt mit den Worten wiedergegeben ist: Solange der Versailler Frieden besteht, muß England allein zusehen, wie es mit dem bolschewistischen Weltbrande fertig wird!

Jeder, für den die letzten anderthalb Jahre nicht umsonst vergangen sind, muß begreifen, daß *Frankreich* kein anderes Ziel kennt, als uns auf die Dauer zu zerschlagen und ohnmächtig zu machen, und daß es durch nichts in größere Erregung versetzt werden kann, als durch das Hervortreten militärischen oder militaristischen Geistes. Auch wer auf dem Standpunkte steht, daß der militärische Sinn nicht verloren gehen darf, müßte doch soviel Überlegung haben, sich zu sagen, daß dafür nur in der Stille gearbeitet werden muß, und daß es nicht leicht etwas Gefährlicheres geben kann, als den bis zur Krankhaftigkeit mißtrauischen Feind öffentlich herauszufordern. Und was soll die papierene Phrase, die Regierung wolle den Friedensvertrag „unter Wahrung der Ehre des deutschen Volkes und seiner Lebens- und Arbeitsfähigkeit ausführen, soweit er möglich sei und nicht Selbstvernichtung bedeute"? Entweder hatten die ausgesprochenen Vorbehalte einen realen Sinn, und dann hätten sie bei dem ersten praktischen Versuch, sie durchzuführen, den Konflikt und die Exekution an uns herbeigeführt — oder sie sollten keinen Sinn haben, und wozu machte man sie dann? Für die Dummen?

Es gehört zum Abc politischen Denkens, zu wissen, daß es für die Abschätzung der Folgen einer Handlung in der Politik erstens darauf ankommt, was man selber meint, zweitens aber darauf, was die Gegenpartei von uns glaubt. Wir sind in der unglücklichen Lage, mit unserm Wohl und Wehe ganz davon abhängig zu sein, welchen Eindruck unsere Handlungen auf überlegene Gegner hervorrufen.

Digitized by Google

Das verdanken wir nicht zuletzt dem früher gemachten Fehler, uns zu wenig um den Eindruck unseres Tuns und Redens gekümmert zu haben. Nachdem das Unheil einmal da ist, bleibt nichts übrig, als mit den Tatsachen zu rechnen. Ins Praktische übersetzt, lassen sich alle notwendigen Schlußfolgerungen in den kurzen Satz bringen: wir müssen das Vertrauen der Welt gewinnen, daß wir es mit der politischen Lebensform der Demokratie aufrichtig meinen, Demokratie in dem Sinn verstanden, wie oben gesagt. Ob der demokratische Gedanke eine absolute oder nur eine zeitlich bedingte und von der Natur der Völker abhängige Wahrheit sei, darüber kann man bei Gelegenheit diskutieren, aber nachdem wir einmal den Schritt getan haben, und nachdem die Welt überwiegend gegen uns den Standpunkt einnimmt: wir wollen sehen, ob die Deutschen es aufrichtig meinen oder ob es nur eine Maske sein soll, hinter der sie ihr eigentliches Wesen verbergen — kommt alles darauf an, daß wir den Verdacht der Maskenpolitik vermeiden.

Wir haben an dieser Stelle stets den Satz vertreten, daß wir auch heute noch eine moralische Offensivpolitik führen müssen und nicht eher ruhen dürfen, als bis die moralische Schuld der Gegner in allen Stücken erwiesen, ihr Anspruch auf die Richterpose zerschlagen ist. Ohne das werden wir nie eine moralisch begründete, das heißt einzig für uns wertvolle Revision des Friedens erreichen. Mit solchen Sachen wie dem Putsch vom 13. März wird aber das Fundament für jede Art von Politik ruiniert, die Deutschland jetzt und auf absehbare Zeit treiben kann, denn zur moralischen Offensive gehört notwendig die Basis des Vertrauens zur politischen Entwicklung Deutschlands im ganzen. Es wird mancher von den Putschisten ehrlich geglaubt haben, einem Ruf des Vaterlandes zu folgen, aber Torheit ist keine Entschuldigung für angerichteten Schaden, und es gibt einen Grad von Gedankenlosigkeit in der Politik, der über Dummheit oder Frivolität hinaus zum Verbrechen an der Nation wird.

Wirkungen und Folgerungen

Von Dr. Theodor Heuß

20. März 1920

In der Geschichte wird sich die Kappsche Episode vielleicht einmal als eine fabelhafte Groteske spiegeln. Sie ist durchsetzt mit Zügen der Komik und der Dummheit, des wichtigtuerischen Dilettantismus und einer geradezu albernen Technik der Lüge, daß man sie später als eine Parodie der historischen Tat ansehen mag. Heute, unter dem erregenden Eindruck dieser Woche, ist der Abstand zu solcher Bewertung noch nicht gewonnen. Zu scharf noch die Empfindung für die unheroische Brutalität dieser Tage, der Schmerz über den tiefen inneren Volkshaß, den der verbrecherische Streich neu aufgewühlt, zu lebhaft Scham und Sorge

Digitized by Google

über die Halt- und Verantwortungslosigkeit, die einen großen Teil der Bildungsschicht, Pfarrer, Oberlehrer, Akademiker, hinter einem zum Führer sich aufblähenden und innerlich unsicheren ewigen Studenten herlaufen ließ.

Daß am zweiten Tage alle Berliner Litfaßsäulen gegen die „Lüge vom monarchistischen Putsch" protestierten, zerbrach dieser Gegenrevolution gleich ihren Rhythmus. Hätte sie ihren Prätendenten offen mitgeführt, so wäre ein Symbol dagewesen; für die Diktatur des Dr. Kapp würde sich auf die Dauer der ins Gewirr unklarer Pläne geführte Soldat nicht in die Schanze geschlagen haben. Halt — die Marinebrigaden hatten eine umschriebene Aufgabe: sie zogen nach Berlin, um — Fachminister zu fordern. Das war ein Ziel, hoch genug, um Verfassungsbruch zu rechtfertigen und deutsches Blut fließen zu lassen. Der grimmige Humor dieser Parole wird bizarr, wenn man sich überlegt, was für Fachleute der Usurpator als Ministeranwärter mit sich führte; schließlich ist ihm ja eine eigentliche Kabinettsbildung gar nicht gelungen.

Dr. Kapp hat, obwohl er das Regiment der „Tat" einführte, in seinen positiven Maßnahmen sich beschränkt. Eigentlich erließ er nur zwei Verordnungen: die Auflösung der Nationalversammlung und die Beschlagnahme des für die jüdischen Osterbrote zurückgestellten Mehlquantums. Sonst blieb auch ihm nur der Ausweg zu Worten: sein Programm versprach den Gliedstaaten die Zurückgabe der Finanzhoheit und den Dummen die baldige Zurückzahlung der Kriegsanleihen, im übrigen rettete es die Finanzverlegenheit, nach physiokratischem Muster, durch die Ankündigung von Grundsteuern bei freier Wirtschaft. Deutschland blieb davor verschont, durch Ausführung dieser Gedanken die sinnloseste Steigerung der Inflation zu erleben. Im Sturz seiner Valuta hat es genug neue Wunden erhalten.

Nun waren, neben dem programmatischen Gewäsch, immerhin konkrete politische Fragen vorhanden. Erzbergers Ausscheiden, das Fehlen eines Reichsschatzministers, machten Kabinettsfragen aktuell; das Gesetz über die Präsidentenwahl steht vor der Erledigung; der Zeitpunkt der Neuwahlen war zwischen Ministerium und Opposition strittig.

Es ist natürlich ein Unsinn, das Zusammenbleiben der Nationalversammlung sei verfassungswidrig; die Übergangsbestimmungen der Verfassung geben ihr den Charakter des Reichstages. Aber es war ein Fehler, die Wahlen erst auf Herbst anzusetzen; gewichtige Stimmen innerhalb der Mehrheitsparteien setzten sich selber für den Frühsommer ein. Die Regierung hatte für ihre Entscheidung an sich starke Gründe: die Einheitsfront in westlichen und östlichen Abstimmungszonen sollte nicht durch die Leidenschaft eines Machtkampfes der Parteien gefährdet werden. Die neue Situation schuf ganz notwendig den Zwang zum früheren Termin: wer nach diesen Wirrnissen führen will, bedarf einer frisch unterbauten Autorität. Wenn die mit Kapp offen oder versteckt sympathisierenden

Digitized by Google

Rechtsparteien die Frage des Wahltermins als die Kernforderung ansehen und aus ihr den Putsch halb rechtfertigen wollen, so begehen sie eine ungeheure Frivolität; denn diese Angelegenheit nationalpolitischer Zweckmäßigkeit ist unerheblich gegenüber Technik und Wirkung des militärischen Putsches.

Daß die Wahl des Präsidenten im Sinne der Verfassung unmittelbar durch das Volk geschehen soll, war nur durch Strömungen innerhalb der sozialdemokratischen Fraktion in Frage gestellt; diese Wünsche, die übrigens der Ausdruck der Verlegenheit über ein sachlich einwandfreies Wahlgesetz sind, würden in der Nationalversammlung eine Mehrheit nicht gefunden haben.

Fachminister — der Putsch konnte nur die Wirkung haben, eine Entwicklung, die unterwegs war, zu stören. Unzweifelhaft sind im Reich und mehr noch in Preußen, einige Ministerposten ungenügend besetzt, vor allem, soweit es sich weniger um politische als verwaltungsmäßige Aufgabenkreise handelt. Aber der Begriff des Fachmannes in politicis, den Dr. Kapp für seine Person in wenigen Tagen ad absurdum führte, ist überhaupt etwas sehr Fragwürdiges: von dem Artillerieoffizier Bonaparte und dem Deichhauptmann Bismarck bis zu dem Arzt Clemenceau und dem philosophischen Schriftsteller Haldane, der das englische Heer umgestaltete. Man mochte zu den Leistungen des deutschen Parlamentarismus so kritisch wie nur immer stehen, und er ist durch das System der Fraktionsdelegierungen noch in einem unreifen Zustand — Torheit oder Demagogie muß es aber scheinen, wenn man glaubt, das Zauberwort „Fachleute" helfe über die Schwierigkeiten hinweg, aus dem Chaos der Töne und des Lärmens der Probleme irgendetwas wie einen Akkord zu bilden.

Dr. Kapp, als er die Macht unter seinen Füßen weichen spürte und zurücktrat, ließ durch sein Leibblatt, den Lokalanzeiger, verkündigen, mit der Zusage dieser drei Punkte habe er seine „Mission" erfüllt. Und die Politiker vom Schlage Stresemann, deren Kompaß fortgesetzt zitterte, wohin an diesem Vormittag, an diesem Nachmittag das Machtzentrum sich verschiebe, versuchten sich in der befriedigten Miene: sie hatten geholfen, an einem Ausgleich zu zimmern. Freilich ein Ausgleich mit kranken Farben. Denn was nun kam, war zwangsläufig.

Kapps „Mission" war in ihren Mitteln ein national verbrecherisches Unterfangen (und das zweideutige Mitgehen der Rechtsparteien häuft auf sie Mitschuld), verbrecherisch, weil es die deutsche Wehrmacht, die außerhalb der Politik stehen sollte, zum Werkzeug mißbrauchte. Diese Leute mochten so kurzsichtig sein, daß sie den Widerstand der breiten Massen gegen solche Vergewaltigung nicht einsetzten, solche Narren, daß sie das leichtfertige Literatengeschwätz von der Volkssehnsucht nach dem starken Mann glaubten, solche Hysteriker, daß sie sich für die starken Männer hielten, einer den andern, aber wenn sie das Heer liebten, wenn sie der sogenannten altpreußischen Tradition nachhingen, die, wenigstens

Digitized by Google

der Rede nach, das Heer außerhalb der Politik hielten, so mußten sie, wollten sie ein sauberes Gewissen haben, die Berufssoldaten, die uns der Friedensvertrag aufzwingt, nicht zu Prätorianern erniedrigen. Gleichviel, ob der Versuch gelinge oder fehlschlüge: dieser Vorgang durfte nicht geschaffen werden. Unabsehbar ist der Schaden, der dem militärischen Gedanken geschlagen wurde; die wüsten Szenen dieser Tage verwischen sich, das Mißtrauen ist tief in die Seele der Massen gesenkt. Mit dem Haß glühender Feinde standen sich Kinder des gleichen Volkes gegenüber: solche furchtbare Tatsache bleibt die schwerste Schuld dieser patriotischen Gemüter.

Man kann in Deutschland nicht mehr Politik aus der Perspektive eines ostpreußischen Gutshofes oder eines Exerzierplatzes machen. Das ist nun eben, mag man es beklagen oder bejubeln, endgültig vorbei. Die Massen sind zu groß, zu aufgewühlt, zu machtbewußt, um sich der Suggestion von Militärmusik, wehenden Fahnen und Panzerautos zu beugen — das tut nur das unpolitische Mittelbürgertum. Der Generalausstand wurde zur wirksamen Waffe; aber es war von vornherein klar, daß es leichter ist, ihn anzukünden, als abzublasen. Die Arbeitsberuhigung, langsam wieder angewöhnt, mußte in politischen Radikalismus zurückschlagen. West- und Mitteldeutschland lohten auf und wer weiß, wie lange es dauert, bis dieses fressende Feuer revolutionärer Rätespielerei wieder ausgetreten ist. Im Süden wurde die Reichstreue auf eine starke Probe gestellt, doch sie hat sich bewährt. Aber über den militaristischen Putsch hinweg vollzog sich die Umstellung der Machtfrage nun so, daß nicht die Abrechnung mit Kapp, sondern der Ausgleich mit der erregten Masse zum Problem der deutschen Politik wurde. Alle Verhandlungen, die zwischen den Gruppen in Berlin gepflogen wurden, standen unter dem Druck innerer und äußerer Unfreiheit — so mußten sie in Kompromissen endigen. Die Gewerkschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten traten über den Rahmen ihrer wirtschaftlichen Ziele heraus und setzten an das Ende des politischen Streiks die politische Erpressung — das ist nicht erstaunlich. Legiens Taktik dabei war, durch politischen Radikalismus das Drängen auf die Rätewirtschaft abzufangen. Das ist ihm in den neun Punkten des Kompromisses zwischen Parteien und Gewerkschaften gelungen — aber welch ein Ausklang dieser Woche.

Gutwillige deutschnationale Freunde versichern, dieser Putsch sei ein Unheil gewesen, weil er „viel zu früh" gekommen — ein Verbrechen wird in dem moralischen Deutschland nicht nach dem Ethischen, sondern nach dem Zeitpunkt bewertet. So weit sind wir. Daß er kam, war vielleicht notwendig, um zu zeigen, ob die in ihrer Wirkung so gefesselte Demokratie die genügende Spannkraft haben werde, sich zu halten. Das ist ihr gelungen, und sie hat die unerbittliche Aufgabe, um ihrer Autorität vor In- und Ausland willen, sich mit Härte zu sichern. Aus dem

Digitized by Google

revolutionären Deutschland ist, mühselig genug, das des erneuten Rechts geschaffen worden — das Recht aber bedarf, gegen die Gewaltsphantasten der Extreme von rechts und von links, einer entschlossenen Verteidigung. Schmählich genug, daß der Ruhm der schwarz-weiß-roten Fahne einen Treubruch zu decken hatte; daß Lüge und Vertrauensseligkeit den Boden für tollen Unfug bereiten konnten. Jede Regierung, die aus dem Taumel dieser Tage den Anspruch der Führung retten will, muß tapfer sein, dem Rechtsgedanken unerbittlich zum Siege zu helfen.

Die Führer des Anschlags auf das Vaterland waren zu feig, die persönlichen Folgerungen zu ziehen.

Die Eckardsteinschen Memoiren

Von Dr. Friedrich Thimme

Durch Otto Hammanns Trilogie ist, im Zusammenhang mit der Entstehung des Weltkrieges, die öffentliche Aufmerksamkeit auf die ergebnislos verlaufenen deutsch-englischen Bündnisverhandlungen von 1898 und 1901 hingelenkt worden. Derselbe Hammann hat bekanntlich auch den Brief des Fürsten Bismarck an Lord Salisbury vom 22. November 1887 veröffentlicht, in dem jener den englischen Staatsmann für den Gedanken einer deutsch-englischen Verständigung zu gewinnen strebte, freilich ohne Gegenliebe zu finden. Ebenso hat Hammann schon Bruchstücke aus den Briefen des langjährigen eigentlichen Faiseurs der deutschen Auslandspolitik, Fritz von Holstein, an den Botschaftsrat Freiherrn Hermann von Eckardstein in London mitgeteilt, welche auf die beträchtliche Rolle hindeuten, die dieser deutsche Diplomat in der Frage der deutsch-englischen Bündnisprojekte gespielt hat.

Nun hat Freiherr von Eckardstein, der sich längst schon mit der Absicht einer Veröffentlichung seiner Memoiren getragen hatte, sich aber während des Krieges eine Beschlagnahme seiner für staatsgefährlich erachteten Papiere gefallen lassen mußte, seine „Lebenserinnerungen und politischen Denkwürdigkeiten" in zwei stattlichen Bänden im Verlage von Paul List in Leipzig erscheinen lassen. Auch von diesen Memoiren freilich gilt, was Eckardstein gemeinhin von den politischen Memoiren der Staatsmänner und Diplomaten bemerkt: „Die Herren Geschichtsforscher müssen auf der Hut sein, nicht ohne weiteres alles als bare Münze zu nehmen; denn persönliche Eitelkeit und die der menschlichen Natur innewohnende Neigung zu tendenziöser Färbung spielen auch hier in den meisten Fällen eine nicht geringe Rolle. Sie spielen sogar bei Eckardstein eine ganz besondere Rolle. Es ist ja richtig, daß derjenige, der seine Memoiren schreibt, „seine eigene nichtige Person nicht ganz ausschalten kann". Aber Eckardstein, der

Digitized by Google

ausdrücklich bemerkt: Wäre dies möglich, so würde ich es gern tun, stellt in Wahrheit seine Persönlichkeit ganz ungebührlich in den Vordergrund. Der ganze erste Band enthält nicht viel mehr als eine Darstellung seiner persönlichen Erlebnisse, wobei viel nichtiger Anekdotenkram, ja selbst diplomatischer Klatsch und Tratsch unterläuft. Besonders breit werden die Beziehungen Eckardsteins zu gekrönten Potentaten, Fürstlichkeiten und sonstigen Notabilitäten, bis zum amerikanischen Milliardär, untermalt, und der Leser wird nur zu oft an das vanitas vanitatum erinnert.

Immerhin muß anerkannt werden, daß vor allem der zweite Band der Eckardsteinschen Memoiren eine Fülle wichtigen Materials zur Geschichte der deutsch-englischen Bündnisbestrebungen enthält. Was den Wert dieses Materials zu erhöhen geeignet scheint, ist die große Anzahl politischer Dokumente und Belege, die Eckardstein teils in die Darstellung verwebt, teils am Schlusse der einzelnen Kapitel zusammenstellt, darunter nicht bloß eine Fülle von Korrespondenzen mit englischen Staatsmännern und Vertrauensmännern, sondern auch ein ausgedehnter brieflicher und telegraphischer Meinungsaustausch zwischen Holstein und Eckardstein. Auch englische und deutsche Faksimiles werden uns in ganz ungewöhnlicher Menge beschert. Ob der Verfasser mittels dieser Wiedergabe die Authentizität seines Werkes zu erhöhen bestrebt ist? Es mag hier nur beiläufig bemerkt sein, daß der aufmerksame Leser sich bei manchen Schriftstücken, die nicht im Faksimile wiedergegeben sind, sehr viel mehr an den Wortschatz des Freiherrn von Eckardstein, als an den der Verfasser der betreffenden Briefe erinnert fühlt. Das gilt z. B. von dem Briefe des Fürsten Münster vom 14. April 1898 (I, 296 ff.), dessen Schreibweise ich genau zu kennen glaube. Auch wenn Eckardstein Äußerungen und Redewendungen anderer Persönlichkeiten wiedergibt, machen sie häufig den Eindruck, überfrisiert zu sein. Sollte Bismarck wirklich 1893 den von Eckardstein gegen Bethmann Hollweg ausgemünzten Ausspruch getan haben: „Sollte jemals der Fall eintreten, daß ein preußischer, in der Ochsentour großgewordener Regierungsbeamter Reichskanzler wird, so würde dies wahrscheinlich sehr bald Finis Germaniae bedeuten, denn in ihrem maßlosen bureaukratischen Dünkel glauben solche Herren meistens alles zu wissen und alles zu können. Vor allem aber haben sie kein Verständnis für die Psyche des eigenen Volkes, geschweige denn für diejenige des Auslandes"? Von einer „Psyche des Auslandes" hat Fürst Bismarck, der sich stets sehr konkret ausdrückte, gewiß niemals gesprochen. Merkwürdig überhaupt, wie viel verstorbene Persönlichkeiten Eckardstein mit trüben Prophezeiungen, die direkt auf den Weltkrieg und die deutsche Niederlage berechnet scheinen, aufmarschieren läßt.

In jedem Fall gilt auch von Eckardsteins politischen Denkwürdigkeiten sein eigenes Wort in vollem Umfang, daß politischen Memoiren die der menschlichen Natur

Digitized by Google

innewohnende Neigung zu tendenziöser Färbung in besonderem Maße eigen ist. Zwar versichert der Verfasser wiederholt, daß er bestrebt gewesen sei, seine Aufzeichnungen so gerecht und objektiv als nur irgend möglich zu gestalten und jede Tendenz aus ihnen fernzuhalten. Aber solche Äußerungen sind doch nur ein Mäntelchen, hinter dem sich die stärkste und einseitigste Tendenz und die Sucht verbirgt, diejenigen Persönlichkeiten, mit denen Eckardstein in politischem Kampf gestanden hat, so sehr wie nur möglich zu diskreditieren. Das gilt vor allem von der Persönlichkeit des Geheimen Rats Fritz von Holstein, den er noch in seinem Buche mit unauslöschlichem Hasse verfolgt. Es schildert Holstein als den „schrullenhaftesten Sonderling", der, zumal in der Marokkofrage, aber auch in der des deutsch-englischen Bündnisses eine geradezu irrsinnige, um nicht zu sagen verbrecherische Politik getrieben habe. Gewiß ist an der Charakteristik Holsteins manches Wahre; auch bei Hammann erscheint dieser ja als ein „einsamer Sonderling", der aus überreiztem Argwohn und vorgefaßtem Mißtrauen besonders gegen die englischen Staatsmänner manche günstige Gelegenheit verpaßt habe. Aber bei Eckardstein artet die Kritik in groteske Übertreibung aus. Zum Glück gewähren die zahlreich eingestreuten Briefe Holsteins dem kritischen Leser die Möglichkeit, zu erkennen, daß Holstein immerhin doch seine guten und wohlerwogenen Gründe hatte, wenn er dem englischen Liebeswerben, das ohne Frage von höchst eigennützigen Motiven getragen war, nicht ohne weiteres in die Arme sank. Wie Holstein, so kommen auch die übrigen deutschen Staatsmänner durchweg bei Eckardstein höchst übel weg. Gnade vor seinen Augen finden nur solche Persönlichkeiten, die dem von Eckardstein erstrebten deutsch-englischen Bündnis das Wort geredet haben, wie der frühere deutsche Botschafter in London, Graf Münster, und sein Nachfolger Graf Hatzfeldt, der Chef Eckardsteins. Graf Hatzfeldt erscheint bei Eckardstein, der die Wiederholungen liebt, stets mit dem Epitheton der „geniale Botschafter". Ob es wirklich ein Beweis von Genialität war, den Engländern im Jahre 1896 den Weg zu der Expedition gegen die Derwische zu ebnen und ihnen so zu einem großen materiellen und moralischen Erfolge zu verhelfen, erscheint gerade so zweifelhaft wie die Frage, ob es ein Verdienst Eckardsteins war, das englisch-japanische Bündnis von 1902, das uns so sehr zum Unheil ausgeschlagen ist, zu befördern. Mir scheint, daß in dem einen wie dem anderen Falle Deutschland ein wahrer Bärendienst geleistet worden ist. Eckardstein nennt es einmal eine Tragik des Geschicks, daß die deutsche Politik niemandem mehr zur Realisierung seiner Aspirationen auf kolonialem und allgemein-politischem Gebiet verholfen habe als gerade England. „Statt aber den auf der Hand liegenden Nutzen für sich selbst daraus zu ziehen, haben die deutschen Staatsmänner, an der Spitze Wilhelm II., es mit vollendeter Meisterschaft verstanden, mit allen von der Vorsehung gegebenen günstigen Gelegenheiten . . . nur anderen Vorteile zu verschaffen, selbst

Digitized by Google

aber nicht nur zwischen zwei, sondern Dutzenden von Stühlen zu Fall zu kommen." Wenn aber dem so war, und mit Bitterkeit muß man feststellen, daß dieses Urteil Eckardsteins kaum übertrieben ist, so mußten Haßfeldt und Eckardstein, die doch die maßgebenden Persönlichkeiten in Berlin genau kannten und ihre Irrbahnen mit fast mathematischer Sicherheit im voraus berechnen konnten, sich um so mehr hüten, England gleichsam den Teppich vor die Füße zu breiten. Das aber haben sie getan. Von Eckardstein gewinnt man an der Hand seiner Aufzeichnungen den Eindruck, daß er sich mehr als englischer denn als deutscher Staatsmann und Geschäftsträger gefühlt habe. Er hat seine eigenste Aufgabe offenbar schließlich nicht mehr in dem travailler pour le Roi de Prusse, sondern pour le roi d'Angleterre gesehen.

In seinem Buche gibt sich Freiherr von Eckardstein jedenfalls als blinden Parteigänger Englands. Mit aller Energie nimmt er England gegen das Schlagwort von dem „perfiden Albion" in Schutz, das, nebenbei bemerkt, doch auch ein Bismarck sich von der rückschauenden Höhe der Friedrichsruher Warte her angeeignet hat; unsere Politik freilich findet Eckardstein nicht nur perfide, sondern auch „idiotisch". In dem Raubkrieg gegen die Burenrepublik sieht Eckardstein nur eine absolute historische Notwendigkeit, ja er verteidigt sogar Jamesons Flibustierzug von der moralischen Seite her. Nicht ein einziges tadelndes Wort findet er für König Eduard VII., den er mit fast leidenschaftlicher Wärme gegen den Vorwurf der Deutschfeindlichkeit verteidigt, und dessen schließliches Umschwenken er lediglich auf das Konto der Taktlosigkeit Wilhelms II., der „burschikosen, parvenuhaften, marktschreierischen Atmosphäre," welche die Person des deutschen Kaisers umgab, und der Sünden der deutschen Politik abwälzt. Holsteins wiederholte Hindeutungen darauf, daß Wilhelm II. von dem englischen Hofe mit beleidigender Nachlässigkeit, von der englischen Presse mit Unfreundlichkeit und Gehässigkeit behandelt sei, Hindeutungen, die sich Holstein gewiß nicht aus den Fingern gesogen, sondern der Berichterstattung der Londoner Botschaft, vielleicht Eckardsteins selber, entnommen haben wird und die übrigens eine wesentliche Stütze in gleichartigen Urteilen Bismarcks finden, tut Eckardstein stets als „Hirngespinste" Holsteins ab. Ja, während Holstein es dem „flegelhaften" Auftreten des englischen Premiers Lord Salisbury (der bei seinem ersten Zusammentreffen mit Kaiser Wilhelm in Cowes am 8. August 1895 diesen mit dem mindestens hinterhältigen Plan einer Aufteilung der Türkei unter England, Deutschland und Österreich überfiel, und damit gründlich abblitzte) zuschreibt, daß Wilhelm II. in eine Stimmung geraten sei, die das ihrige zur Abfassung des Telegrammes an Krüger vom Januar 1896 beigetragen habe, behauptet Eckardstein: wenn sich jemand flegelhaft benommen habe, so sei das Wilhelm II. gewesen, der durch sein brüskes Auftreten gegen Salisbury dessen Deutschfeindlichkeit (die Eckardstein wenigstens in den gleich-

Digitized by Google

zeitigen Briefen und Telegrammen zugibt) verschuldet habe. Uns scheint, daß hier die einzige Flegelhaftigkeit bei demjenigen liegt, der sich derartige Äußerungen über seinen ehemaligen kaiserlichen Herrn, nachdem dieser in das tiefste Unglück geraten ist, erlaubt. Als höchst unpassend und unwürdig muß es auch bezeichnet werden, daß Eckardstein nach seiner eigenen Erzählung sich wiederholt im Gespräch mit Eduard VII. lustig über Wilhelm II., über seine Reisewut, seine Sucht nach englischen Einladungen usw. gemacht hat. Was soll man vollends dazu sagen, daß Eckardstein Eduard VII. geradezu geraten hat, einen Brief Wilhelms II., in dem dieser die englischen Minister angeblich als unmitigated noodles, zu Deutsch als Erzschafsköpfe, bezeichnet hätte, einfach als einen Witz aufzufassen. Natürlich ist es bei allem unklugen Sichgehenlassen, dessen Wilhelm II. in seinen Briefen und Äußerungen fähig war, vollkommen ausgeschlossen, daß dieser in einem Brief an König Eduard dessen Minister als Narren bezeichnet hätte. Die Lösung des Rätsels gibt uns Holstein, der in einem seiner Telegramme bemerkt, daß der deutsche Kaiser dem englischen Botschafter Sir Lascelles gegenüber ganz allgemein von solchen Personen, die auf jede russische Intrigue, Zwietracht zwischen Deutschland und England zu stiften, hereinfielen, als unmitigated noodles gesprochen habe. Vielleicht hat der Kaiser diese seine Äußerung zu dem englischen Botschafter in seinem Briefe an Eduard VII. wiedergegeben, vielleicht, und das ist wahrscheinlicher, hat der Botschafter selbst darüber berichtet, und Eckardstein hat nur die Mitteilung des englischen Königs mißverstanden oder — verdreht; keinesfalls durfte er als deutscher Diplomat einen Brief seines kaiserlichen Herrn gegenüber einem fremden Souverän als schlechten Witz behandeln.

Es kommt Eckardstein überhaupt nicht darauf an, erweislich falsche Behauptungen über den Kaiser und seine Ratgeber, überhaupt über Deutschland mit großer Leichtfertigkeit in die Welt zu setzen. Manchmal mag es sich um Gedächtnisfehler und Irrtümer handeln, so wenn er, um zu beweisen, daß Wilhelm II. von Beginn seiner Regierung an den Plan gefaßt habe, England durch eine gleichwertige Flotte zu distanzieren, die Äußerung des Kaisers, daß die Zukunft Deutschlands auf dem Wasser liege, die bekanntlich vom 23. September 1898 stammt, in das Jahr 1890 zurückverlegt. Aber derartige „Irrtümer" häufen sich bei Eckardstein, immer zuungunsten Deutschlands und Kaiser Wilhelms II., in einer geradezu auffälligen Weise. Eine große Anzahl von Stichproben, die ich unternommen habe, ergeben eine fast erschreckende Unzuverlässigkeit Eckardsteins, ganz abgesehen von dem schon erwähnten Zweifel an der vollen Authentizität mancher mitgeteilten Aktenstücke. Unter diesen Umständen verlohnt es sich kaum, schon jetzt, an der Hand des Eckardsteinschen Buches, an eine genaue Prüfung der englisch-deutschen Bündnismöglichkeiten und Verhandlungen, die ohne Zweifel eins der

Digitized by Google

interessantesten und wichtigsten Probleme unserer neuesten Geschichte vorstellen, heranzutreten. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß in Bälde, vielleicht im Zusammenhang mit der von der Reichsregierung geplanten Veröffentlichung von Dokumenten über die weitere Vorgeschichte des Krieges, authentisches Material über diese Phase an den Tag und damit auch die Möglichkeit einer scharfen Nachprüfung der Eckardsteinschen Materialien kommen wird. Vorerst galt es, Warnungstafeln bei dem Eckardsteinschen Memoirenwerke aufzurichten und sie als das zu kennzeichnen, was sie sind: ein diplomatisches Seitenstück zu dem tendenziösen und gehässigen Kautskyschen Machwerk, gleich dem es alle Schuld für den Ursprung des Weltkrieges auf Deutschland und speziell auf Wilhelm II. abzuwälzen sucht.

Der Straßburger Sozialistenkongreß

Von Dr. Eugen Quendt

Der Nationalkongreß der französischen Sozialistenpartei, der vom 25. bis 29. Februar mit 309 Delegierten, die 4700 Mandate vertraten, in Straßburg und zwar in derselben Lokalität (Singerhaus), in der im November Clemenceau seine große Wahlrede gegen den französischen „Bolschewismus" gehalten hatte, getagt hat, hätte eigentlich schon einen Monat früher stattfinden sollen, war aber verschoben worden, weil man mit Schrecken gewahrt hatte, daß auch die Niederlage bei den Wahlen (die eine Niederlage übrigens nur betreffs der Zahl der gewählten Abgeordneten ist, während der absolute Stimmenzuwachs recht bedeutend war) keine Einigung innerhalb der Partei zu bewirken vermocht hatte und eine nicht sorgfältig vorbereitete Aussprache leicht genug zu völligem Zerfall und damit zu gänzlicher Ohnmacht der sowieso durch Finanznöte schwer bedrängten Partei führen könnte. Die alsbald eröffnete Zeitungsdebatte ergab deutlich, daß Meinungsverschiedenheiten hauptsächlich über die Stellungnahme zum Problem der Internationale bestanden. Im wesentlichen lassen sich drei verschiedene Richtungen unterscheiden: die Richtung Renaudel, die für Verbleib der Partei in der zweiten Internationale ist, die „Wiederaufbauer" („reconstructeurs") mit Longuet, Cachin, Mayéras an der Spitze, die den Austritt aus der zweiten Internationale und im Einvernehmen mit den deutschen Unabhängigen eine Verschmelzung aller Linksgruppen der zweiten mit den Anhängern der dritten, Moskauer Internationale, jedoch unter Wahrung gewisser Reserven verlangen und von Lenin zurückgewiesen worden sind, und die Richtung Loriot, die sofortigen und bedingungslosen Beitritt zur dritten Internationale fordert. Von diesen Richtungen erlangte auf dem, dem Gesamtkongreß vorangegangenen Kongreß des Seinedepartements die dritte Richtung mit 9930

Digitized by Google

gegen 5988 für die zweite und 616 Stimmen für die erste die Oberhand. Auf dem Kongreß zu Straßburg hat die zweite Richtung mit 2299 gegen 1621 Stimmen für die dritte den Sieg davongetragen, während die Richtung Renaudel völlig an die Wand gedrückt wurde. Für sofortigen Austritt aus der zweiten Internationale waren 4350 gegen 357 Stimmen bei 53 Enthaltungen.

Aus diesen Zahlen ergibt sich eine immer stärker werdende Radikalisierung der Partei, zu deren Verständnis auf einige andere Tatsachen hingewiesen werden muß. Es betrug nämlich die Zahl der Parteianhänger 1905 34 688, 1909 51 692, 1911 63 358, 1914 72 765, bei Kriegsausbruch 77 125. Im Dezember 1915 war sie auf 24 638 gesunken, stieg dann langsam 1916 auf 24 858, 1917 28 069, 1918 auf 34 000. Vom 31. Dezember 1918 bis 29. Dezember 1919 aber schnellte sie von 35 793 auf 133 327 hinauf. Schon während des Krieges hatten die alten, u. a. auch durch Verlust an Getöteten stark gelichteten alten Anhänger festgestellt, daß die Neueintretenden meist extremistisch gesinnt waren, und die Minderheitsgruppe der Kienthaler und Zimmerwalder stützte sich vornehmlich auf die vom Departement Haute-Vienne ausgehende pazifistische Bewegung, die auf starke Kriegsmüdigkeit der Bauern deutete. Der starke Zuwachs nach dem Kriege aber resultiert in noch stärkerem Maße vornehmlich aus politisch ungeschulten Elementen, die in erster Linie das Evangelium von Moskau der Partei zugeführt hat. Besonders auffällig ist dieser Vorgang im Norddepartement, das vor dem Kriege dem klassischen Sozialismus verschlossen geblieben war. All diese neuen Elemente sind von stärkstem Mißtrauen erfüllt gegen die Bewilliger der Kriegskredite, gegen den Parlamentarismus überhaupt und natürlich auch gegen die alten Parteigrößen, gegen die von Lenin geächteten Thomas, Sembat, Bracke, aber auch gegen den vermittelnden Renaudel und die Führer der C. G. T., des allgemeinen Arbeitbundes, einer Zusammenfassung der Syndikalisten Jouhaux und Merrheim, die bereits mit Noske und Scheidemann auf eine Stufe gestellt werden und kürzlich in St. Etienne, wo sie über den von der C. G. T. neugegründeten Wirtschaftsrat sprechen wollten, ausgepfiffen wurden, und erhoffen das Heil im wesentlichen von der Revolution nach russischem Muster. Auch außerhalb der Partei läßt sich diese immer weitergehende Radikalisierung der sozialistischen Elemente beobachten und sowohl der aus geringfügiger Ursache ohne genügende Vorbereitung überstürzt und unter Überrumpelung der gemäßigten Elemente innerhalb des Syndikalismus vom Zaun gebrochene Eisenbahner-, wie der jetzige Bergarbeiterstreik im Pas de Calais sind symptomatisch für diese Entwicklung. Andererseits läßt gerade der Verlauf des Eisenbahnerstreiks mit Deutlichkeit erkennen, daß nicht nur das Land im ganzen, sondern auch der überwiegende Teil der Arbeiterschaft selbst dem Gedanken der Revolution ab-

Digitized by Google

lehnend gegenübersteht. Eine revolutionäre Bewegung ist in Frankreich vorderhand von vornherein zum Scheitern verurteilt.

Die Debatten auf dem Kongreß, die teilweise recht stürmisch verliefen, zeigen deutlich, worauf es den einzelnen Richtungen taktisch ankommt. Die Loriotrichtung, die sich, wie gesagt, vornehmlich auf die Neulinge stützt, ist gegen allen Kompromiß, glaubt an die Weltrevolution und sucht sich durch Beitritt zur Moskauer Internationale zu stärken. Die rechtsstehenden Mitglieder der Partei, wie Renaudel, Varenne und der Elsässer Grumbach, aber weisen mit Recht darauf hin, daß die 9900 Stimmen des Seinekongresses noch lange nicht Frankreich bedeuten, daß den 100 000 Parteianhängern 2 Millionen Syndikalisten gegenüberstehen und daß die Partei viel zu schwach ist, den Umsturz durchzusetzen, daß aber gerade dieser Enthusiasmus für Rußland zur Niederlage bei den Wahlen in starkem Maße beigetragen hat und der Wirkung weiterer sozialistischer, neuerdings namentlich auf dem Lande tätigen Propaganda Abbruch tun wird. Gerade deshalb kommt es ihnen und der Mittelgruppe auch darauf an, daß die an sich schon schwache Partei, deren Hoffnung gerade auf die demobilisierten Soldaten in starkem Maße enttäuscht worden ist, nicht noch durch Spaltung bei der Stimmung des Landes infolge unentwegten Festhaltens am Radikalismus unvermeidlich bleiben würde, weiter geschwächt werde. Es wurde auch darauf hingewiesen, daß der Beitritt zur dritten Internationale keinen Zweck habe, wenn die Schweizer, Belgier, Engländer und die deutschen Unabhängigen, die auf dem Leipziger Parteitag Vorbehalte gemacht hätten, nicht mittäten, daß außerdem ein solcher Beitritt insofern eine Gefahr für den Weltfrieden in sich berge, als er die deutschen Mehrheitssozialisten in eine schwierige Lage brächte und den Bestand der deutschen Republik gefährde. Andrerseits wollten auch die Anhänger Loriots vom Ausschluß Thomas', Sembats und Brackes nichts wissen, obwohl die Abgeordneten Levasseur, Rosier, Aubriot, Lauche, der Pariser Stadtverordnete Brunet und die früheren Abgeordneten Dejeante und Adrian Kéher wegen Wahlkompromissen mit Bürgerlichen mit 451 gegen 408 Stimmen bei 215 Enthaltungen aus der Partei ausgeschlossen wurden.

Die endlich angenommene Motion stellt dann fest, daß die 1889 auf dem Grundsatz des Klassenkampfes gegründete, auf dem Amsterdamer Kongreß 1904 gefestigte zweite Internationale, durch den Krieg und durch das ihre Grundsätze verleugnende Zusammengehen einzelner Teile mit den Bürgerlichen zerrissen ist und der revolutionären Lage, wie sie in den meisten Ländern zutage tritt, nicht mehr entspricht, ganz abgesehen davon, daß die zweite Internationale nur noch einen Bruchteil der sozialistischen Arbeiter der Welt vereinigt, daß die Mehrheit der russischen, ferner die italienischen, norwegischen, serbischen, rumänischen

Digitized by Google

Sozialisten und verschiedene Bruchteile in Schweden, Dänemark, Bulgarien, Deutschland, Ungarn, Amerika und England der dritten Internationale bei- und drei wichtige Organisationen, nämlich die schweizerische Sozialistenpartei, die sozialistische Partei der Vereinigten Staaten und die deutschen Unabhängigen aus der zweiten Internationale ausgetreten sind. Die Resolution fährt dann wörtlich fort:

„Die französische Sozialistenpartei nimmt Kenntnis von den Entscheidungen der (deutschen) unabhängigen Sozialisten, die während des Krieges und seit der Novemberrevolution der revolutionären und internationalistischen Tradition des deutschen Proletariats allein würdig geblieben sind, und stellt fest, daß sie nicht in einer internationalen Organisation bleiben kann, in der Deutschland nur noch durch die Komplizen des Kaisers und die gegenrevolutionären Manöver der Scheidemann und Noske vertreten ist. Andrerseits erachtet sie, daß das Fortbestehen einer Zersplitterung der proletarischen Kräfte nicht ohne Gefahr für die Arbeiterrevolution ist. Da die von der zweiten Internationale mit Hilfe ihrer Linken in Bern und Luzern gemachten Wiederaufbauversuche fortan zu völligem Scheitern verurteilt scheinen, erklärt die Partei, daß die Wiedergruppierung der auf den traditionellen Grundsätzen des internationalen Sozialismus begründeten revolutionären sozialistischen Kräfte zu einer dringlichen Pflicht geworden ist. Durch die Schuld der kapitalistischen Ententeregierungen ist es nicht möglich, das Werk und Vorgehen der russischen Revolution im einzelnen und vollständig kennen zu lernen. Aber die französische Sozialistenpartei, die mit allen Bewegungen proletarischer Emanzipation solidarisch ist, erachtet, daß keine der grundlegenden Erklärungen der Moskauer Internationale im Widerspruch zu den durch die internationalen Kongresse festgelegten Wesensprinzipien des Sozialismus steht, daß die These von der Diktatur des Proletariats, soweit sie dazu bestimmt ist den Übergang von der kapitalistischen Gesellschaft zur sozialistischen Ordnung zu sichern, jeder revolutionären Auffassung zugrunde liegt und daß die Institution der Arbeiter- und Bauernräte, wie die Verhältnisse bewiesen haben, eine der Formen ist, welche die Ausübung der proletarischen Macht annehmen kann. Sie hält jedoch dafür, daß die sozialistischen Parteien West- und Mitteleuropas in ihren Bestrebungen zur sozialen Umwandlung, die in den Ländern mit fortgeschrittener industrieller Entwicklung vor sich gehen wird, es sich angelegen lassen sein müssen, im Einvernehmen mit den bestehenden Arbeiterorganisationen — Syndikaten und Kooperativen — zu handeln und daß die Anpassung dieser Organismen an das wirtschaftliche Milieu eines der wesentlichen Mittel dieser Umwandlung bilden muß. Sie erklärt daher, daß zwischen diesen Parteien und denen der dritten Internationale gemeinsame Beratungen stattfinden müssen. Sie erklärt, daß die Parteien, die sich wieder zusammenschließen wollen, in erster Linie, wie es schon die Moskauer Internationale getan hat, jede wie immer geartete Zusammenarbeit und besonders die ministeriellen Koalitionen, wie sie während des Krieges und nach ihm in den meisten europäischen Ländern bestanden haben, verdammen müssen. Sie schließt sich mit aller Kraft der Resolution der deutschen Unabhängigen an und bekundet ihre Absicht, durch Verschmelzung aller den Grundsätzen des Klassenkampfes treu ge-

Digitized by Google

bliebenen Elemente der zweiten und mit bestehenden Gruppen der dritten Internationale an der Wiederbildung der Einigkeit der Sozialisten der ganzen Welt mitzuwirken. Gleichzeitig drückt sie ihren Wunsch aus, der russischen Revolution ihre tätige Sympathie zu bekunden, sowie ihre Sorge, mit den inmitten ihrer eigenen historischen und wirtschaftlichen Grundbedingungen durch die Proletariate der großen industriellen Länder, besonders Englands und Amerikas, bewirkten Anstrengungen solidarisch zu bleiben. Der Kongreß erteilt daher dem Verwaltungsausschuß der Partei den Auftrag, unter Aufrechterhaltung des Kontaktes mit den nationalen Sektionen der westlichen Länder unverzüglich mit den qualifizierten Organisationen der dritten Internationale in Unterhandlungen einzutreten und im Einvernehmen mit den deutschen Unabhängigen, der schweizerischen und italienischen Partei eine Konferenz vorzubereiten, durch endgültigen Zusammenschluß aller Parteien, die entschlossen sind, ihre Aktion auf die traditionellen Grundsätze des Sozialismus zu basieren."

Betreffs der Parteipolitik bekennt sich die Resolution sodann zu Grundsätzen, die die Stellung und Taktik der Partei zu deutlich kennzeichnen, als daß ich ihre wörtliche Anführung unterlassen möchte:

„Die sozialistische Partei erklärt, daß ihre nationale Aktion mehr denn je aus der internationalen Aktion des Weltsozialismus fließen muß. Sie bestätigt den Entschluß früherer Kongresse, die Organisation der Arbeiter als Klassenpartei zu betreiben, um mit Hilfe der Macht des befreiten Proletariats zur Sozialisierung aller Produktions- und Austauschmittel, dem gemeinsamen Ziel der aufrichtigen Sozialisten der ganzen Welt überzugehen. Sie erinnert an ihre feierliche Verdammung jeden Konfusionismus, jeder Taktik, die die Klassengegensätze maskieren sollte und bekundet aufs neue energisch ihren Willen, jede Teilnahme an der bürgerlichen Gewalt sowie jedes Bündnis, das eine Programmverschmelzung mit andern bürgerlichen Parteien mit sich bringt, zurückzuweisen. Auf Grund der Ergebnisse der letzten Wahlen kann sich die Partei zu der befolgten Taktik, die allein mit den Interessen und der Ehre des Sozialismus vereinbar war, nur beglückwünschen. Das durch Lügen verblendete, durch das Regime von fünf Kriegsjahren eingeschläferte Volk Frankreichs hat trotz allem den Appell der Sozialisten vernommen und wenn nicht ein ungerechtes und unrechtliches Wahlgesetz, dessen Verbesserung den Abgeordneten der Partei obliegt, die Wahlergebnisse gefälscht hätte, wären von 1 700 000 sozialistischen Wählern 150 Abgeordnete in die Kammer entsandt worden. Die sozialistische Partei verkennt die Schwere der Gefahr nicht, die eine Majorität von royalistischen Junkern, von Klerikalen und Kapitalisten, der die verbrecherische Politik Clemenceaus Frankreich ausgeliefert hat, für die Arbeiterklasse und die Republik bildet. Sie appelliert an die Wachsamkeit der Arbeiter, die mit dem männlichen Mut ihrer Rasse und mit allen Mitteln die errungenen Vorteile, besonders das Streikrecht und den Achtstundentag, verteidigen werden, falls die Reaktion es wagen würde, daran zu rütteln. Der französische Sozialismus ist immer der Wächter der Republik gewesen, er wird diese ruhmreiche Tradition nicht aufgeben und gibt den Anhängern der alten, für eine Weile der Vergessenheit entrissenen Regimes zu verstehen, daß er sich bereit hält, auf diesem Boden jeden Kampf aufzunehmen. In diesem Sinne bezeichnet die Partei die von dem früheren Ministerium eingeschlagene und jetzt fortgesetzte Politik als eine Gefahr für das Regime und die Nation und überläßt die absurde Legende, gegen welche die Geschichte sich auflehnen wird und die aus einem planlosen und un-

Digitized by Google

schöpferischen Manne das Werkzeug des Sieges macht, der nur dem vielfachen Opfer französischer Soldaten und der unwiderstehlichen Aktion fremder, sämtlich aus der russischen hervorgegangenen Revolutionen zu danken ist, dem gesunden Sinn der Franzosen. Sie stellt die jämmerlichen Ergebnisse dieser Politik, die länger als ein Jahr nach dem Waffenstillstand nicht fähig ist, den endgültigen Frieden herbeizuführen, fest Sie nimmt den Bankerott des Völkerbundes und die betrügerische Anwendung des Nationalitätenprinzips zur Kenntnis und verdammt wiederum alle Gewalttätigkeiten, die die kapitalistischen Ententestaaten die Völker erleiden lassen, sowie die offene oder verstärkte Verlängerung der Feindseligkeiten gegen die russische sozialistische Republik, deren herrliche Siege sie begrüßt."

Die Resolution schließt mit der Verdammung der Steuer- und Wirtschaftspolitik der Regierung sowie mit der Forderung direkter Kapitalsteuern, Wegsteuerung der Kriegsgewinne, Sozialisierung der kapitalistischen Monopole, staatliche Organisierung der Transportmittel durch verantwortliche Techniker und Übernahme der Neubautätigkeit durch die Gemeinden.

Betrachtet man diese Resolution im ganzen, so sieht man, daß sie im Hauptpunkt, der Stellungnahme zum Problem der Internationale, wieder nur ein Kompromiß ist. Die Einheit der Partei wird allerdings gewahrt, die Entscheidung aber wieder auf mindestens ein Vierteljahr hinausgeschoben. Wie sie dann ausfallen wird, läßt sich nicht voraussagen. Möglich, daß es der sehr vorsichtigen, nach dem Urteil der Rechten allzu vorsichtigen Politik der französischen Regierung gelingen wird, einer stärkeren Radikalisierung innerhalb der Arbeiterschaft vorzubeugen, ihre Haltung im Eisenbahnerstreik zeigt, daß diese Haltung durchaus Erfolg haben kann, falls es ihr nur gelingt, wirtschaftliche Krisen und weitere Verteuerung der Lebenshaltung zu verhüten und eine Mehrheit für eine einigermaßen gerechte Steuerpolitik zu gewinnen. Es kann aber auch der Fall eintreten, daß die bevorstehende Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zum Vatikan wirklich, wie Briand unlängst prophezeiht hat, zu einem Zerfall der Kammer in eine Rechte und Linke führt. In diesem Falle würde die Aufrechterhaltung der Einheit der sozialistischen Partei, die jetzt allein in der Opposition steht, an Bedeutung verlieren. Die Partei würde dann, durch keinerlei taktischen Zwang mehr zusammengehalten, zerfallen, die einzelnen Richtungen würden sich gegenseitig Abbruch tun, den Sozialisten würde, wie das zum Teil jetzt schon der Fall ist, von der Rechten der Wind aus den Segeln genommen und die Partei wäre als maßgebender Faktor vorläufig erledigt. Mit der Internationale jedoch ist es, wie man sieht, völlig vorbei. Denn selbst wenn große Teile der französischen Sozialisten im Verein mit den Italienern und den deutschen Unabhängigen sich der Moskauer Internationale mit oder ohne Vorbehalte anschließen, ist nicht anzunehmen, daß die belgischen, englischen und amerikanischen Sozialisten ihnen als Gesamtheit Folge leisten werden.

Digitized by Google

Notizen

Bagdad. Lord Curzon hat es für notwendig erachtet, zu erklären, daß es für England heute zu spät wäre, die großbritannische Tätigkeit auf das Wilajet Basra zu beschränken, denn eine Räumung des Wilajets Bagdad würde von den Einwohnern mit — Bestürzung aufgenommen werden. Curzon muß die Welt sehr kurz von Gedächtnis und ungemein töricht einschätzen, wenn er seine Beweisführung einer beabsichtigten Annexion des Gebietes von Bagdad in dieser Weise glaubt führen zu können. — Das Bestreben Englands, sich in dem Zentralpunkte des Zweistromgebietes festzusetzen, ist ein Menschenalter bereits eine aktive Form englischer Außenpolitik gewesen. Liegen die früheren Bemühungen Großbritanniens dem Weltgedächtnis zu fern, so ist doch allgemein noch bekannt, welche Schwierigkeiten es Deutschland bereitete, mit seinen Bahnbauplänen bis zu dem Wilajet Bagdad vorzudringen. Es muß auch bekannt sein, eine wie zähe Stellung England in der Frage der Tigrisschiffahrt einnahm. England hat die Tigrisschiffahrt mit Kanonenbooten, Postdampfern und einer Handelsflottille eingerichtet, ehe die anderen Mächte fähig waren, hier ihre Stimme geltend zu machen. Als die Liquidation der Türkei infolge der Balkankriege begann und man sich bemühte, eine internationale Regelung in die Wege zu leiten, wünschte England energisch, sein Monopol der Tigrisschiffahrt zu behalten. Als es gelingen sollte, mit dem Kredite der Auslandsmärkte die Türkei in den Stand zu setzen, seine Verkehrswege selbst zu beherrschen, zeigte sich Großbritannien erneut ablehnend. Als Gegenantwort begann England seine Stellung im Wilajet Basra auszubauen und sich zu dem Mittler des Handelsverkehrs der asiatischen Türkei von Mesopotamien nach dem Persischen Golfe aufzuwerfen. Zugleich benutzte man seine Stellung als Handelskontrolleur des Auslandes. Es braucht nur an die andauernden Klagen erinnert zu werden, welche die deutschen Kaufleute über die willkürliche und wenig entgegenkommende Behandlung des britisch geleiteten Post- und Frachtdienstes führten.

In Verbindung mit den Bemühungen Englands, sich in den Besitz von Basra zu setzen und den Ausgang des Zweistromgebietes hiermit zu beherrschen, ging gleichzeitig das emsige Streben, eine Annäherung der Türkei an seine Glaubensbrüder in Persien zu hindern. Hier lag ein Umstand vor, den die britische Eroberungspolitik schwerwiegend in Rechnung stellte. Persien ist immer ein Schmerzenskind Englands gewesen. Wenn nun auch die Türkei an Persien keinen willigen Freund besaß, so führten doch die Bestrebungen von Jungpersern und Jungtürken zu gemeinsamen Beziehungen; vor allen Dingen aber lag für England die Befürchtung nahe, daß der Druck von Rußland einerseits und der Druck von England andererseits, der von Norden und Süden auf Persien eindrang, jenes Gebiet zu einer Vereinigung mit der Türkei in dem Maße treiben würde, in der die Türkei erstarkte. Nun hat die asiatische Türkei nach Persien nur ein Einfallstor, nämlich das Gebiet von Nosul bis Amara. Im Norden, von dem Gebiete des Wansees her und nach dem Urmia-See hin sind die Übergänge infolge des Hochgebirges so unwirtsam, daß nur auf Paßwegen ein Übergang zu ermöglichen ist. Es öffnen sich nur im Süden die

Digitized by Google

weiten Ebenen nach Persien zu. In England hatte man, um nach Persien vordringen zu können, Südpersien mit Bahnlinien auszustatten gesucht. Zugleich hat man hier Verkehrswege angelegt, die nach dem Innern Persiens führen. In Großbritannien hatte man mit Recht nun seine Befürchtungen, die Türkei würde jene Verkehrswege benutzen, um eine Verbindung zwischen den beiden Ländern herbeizuführen. Es ist wohl erinnerlich, in welchen Lärmton die englische Presse einstimmte, als man von Seiten Deutschlands aus mit Hilfe der Bagdadbahn von Bagdad aus eine Nebenlinie nach der persischen Bahnlinie gen Teheran zu erschließen suchte. Hiermit hätte in der Tat das erste enge Band zwischen den beiden Staaten geschlungen werden können. Man hat in England an der Hedjasbahn zur Genüge gesehen, in welcher Weise ein erschlossener Verkehr zu dem Bindemittel für die Türkei wurde. Wenn nun heute die Türkei auch nur noch ein Scheindasein führt, so kann doch die Mißstimmung Persiens und die Verzweiflung der Türkei zu einem Mittler zwischen beiden Gebieten werden. So muß man sich nach britischer Meinung beeilen, das Einfallstor nach Persien, nämlich das Wilajet Bagdad, in seine volle Abhängigkeit zu bringen. England hat die Bagdadbahn nach Bagdad ausgebaut, es wünscht auch die Schienenverbindung nach der Persischen Grenze herzustellen. Den Handel Bagdads entwickelt eine Verbindung mit Persien ungemein, genau wie Südpersien von dem Anschluß an das Tigrisgebiet seinen Nutzen hat. Südpersien und Mittelpersien zu entwickeln kann England heute um so unbedenklicher beginnen, als Rußlands hemmender Gegenwille entfällt, und man, gestützt auf den anglo-persischen Vertrag von 1919, alle Handhaben der Gewalt für die britischen Interessen bereitgestellt hat. In den Wilajets Basra und Bagdad benötigt man aber eine Handelsbelebung um so mehr, als die Gebiete dem angegriffenen englischen Geldsäckel ganz erhebliche Kosten bereiten. Will man doch in der Form von Bahnbauten und der Regelung der Tigrisschiffahrt, durch die Anlage von Wegen, Poststation und vor allen Dingen durch Bewässerungsanlagen das Gebiet erschließen, ausnutzen und seinen Interessen angliedern. Diese wirtschaftlichen Eroberungspläne sind überdies nicht von heute und gestern. Sie reichen ebenfalls eine Generation zurück. Die großen Vermessungsarbeiten, die wassertechnischen Untersuchungen, die vorzunehmen England sich von der Türkei abzwang, sind mehr als ein Jahrzehnt vor dem Kriege erfolgt. Es gibt in England eine sehr ausgedehnte und vorzügliche wirtschaftliche Literatur über die Gegenden von Bagdad und Basra. Ein Hauptteil der deutschen Arbeiten, welche dieses Gebiet zum Gegenstande hatten, beruhen auf englischen Quellen. — Sollten wir das wirklich alles vergessen haben? Lord Curzon scheint es wenigstens zu wünschen!

Einigermaßen erheiternd wirkt der Passus von der Bestürzung der Einwohnerschaft, die nach dem Lordworte eine Räumung durch England auslösen würde. Abgesehen von den wenigen Niederlassungen am Tigris und dem Zentrum von Bagdad haben wir es hier mit einer Nomadenbevölkerung zu tun, die sich nur selbst als Herrn anerkennt. Man geht dem Wasser und dem Regen nach. Von einer Bauernbevölkerung ist keine Rede. Der Verkehr mit der Türkei war zumeist jener, daß mit Hilfe von Soldaten die Steuern eingetrieben wurden. Das einzige Glied der Verbindung bildete der Glaube und eine alte Tradition. Im übrigen blühte das Raubhandwerk. Und nun stelle man sich diese Bevölkerung als tief entsetzt vor, wenn der andersgläubige, der militärisch auftretende Gewaltherr freiwillig räumen will . . .!

G. Buetz.

Digitized by Google

Foreign Affairs. Die von der „Union of Democratic Control" herausgegebene Monatsschrift „Foreign Affairs" kann durch die Verlagsbuchhandlung Hans Robert Engelmann, Berlin W. 15, Knesebeckstraße 52/53 zum Preise von 8 M. jährlich bezogen werden. „Foreign Affairs" bekämpfen nachdrücklichst die These von der „Alleinschuld" Deutschland, treten für völlige Revision des Versailler Friedens ein und nehmen gern Artikel versöhnlich und gemäßigt denkender Deutschen auf.

Max Montgelas.

J'accuse. In Nr. 3 haben wir den Briefwechsel veröffentlicht, den Herr Dr. Federn mit dem Geschäftsführer des Bundes „Neues Vaterland", Dr. R. Grelling, dem Verfasser von J'accuse, über die moralischen und sachlichen Einzelheiten gehabt hat. Diese Veröffentlichung ist bezeichnenderweise ohne jedes Echo von seiten der Beteiligten geblieben. Ein Leser unserer Zeitschrift macht uns darauf aufmerksam, daß eine „Volksausgabe" von J'accuse im besetzten linksrheinischen Gebiet massenhaft in der Bevölkerung verbreitet wird. Weiß das die deutsche Regierung und hat sie sich Gedanken gemacht, wie dieser vergiftenden Tätigkeit entgegengewirkt werden könnte?

Infolge der Berliner Wirren und des Generalstreiks mußte Nummer 12 der „Deutschen Politik" ausfallen; so waren wir gezwungen, eine Nummer 12/13 herzustellen, der Umfang aber infolge der noch nachwirkenden technischen Schwierigkeiten nicht vergrößert werden konnte. Wir hoffen, daß mit der nächsten Nummer 14 die regelmäßige Lieferung unserer Wochenschrift wieder gesichert ist.

Die Schriftleitung.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt. Redaktion: Schöneberger Ufer 36a I. Telephon: Nollendorf 928. Für Anzeigen: Werbedienst G. m. b. H., Berlin W. 35, Lützowstr. 102/4. Verlag: Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW. 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland, Österreich-Ungarn und Luxemburg M. 7.20, übriges Ausland M. 7.50. Einzelnummer 50 Pfg. Gedruckt in der Buchdruckerei Hermann Bergmann, Berlin SW. 48.

Digitized by Google

5. Jahrgang * 2. April 1920 * Heft 14

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Die Neubildung des deutschen Reichskabinetts zeigt, wie unfertig die parlamentarischen Verhältnisse in Deutschland noch sind. Sie leiden an sich unter dem Zwang zur Koalition; diese Schwierigkeit wird noch verstärkt dadurch, daß innerhalb der Sozialdemokratie eine schwankende Auffassung vorhanden ist, wie weit die politische Vertretung vor der von der Überwucherung durch die Unabhängigen bedrohten gewerkschaftlichen Komplimente machen soll. Daß der Generalstreik, mit seinem politischen Ziel, auch das politische Machtbedürfnis der gewerkschaftlichen Verbände gesteigert hat, das war fest in den Erwartungen einzusetzen. Unterwirft sich ihm aber das Parlament, so schafft es einen Zustand von illegalen Verantwortungen, der alle staatliche Autorität vollends gefährdet. Man mag noch so kritisch gegen das parlamentarische System sein, es hat in der verfassungsmäßigen Festlegung der Regierungsbildung eine logische Geschlossenheit, die gesprengt wird, wenn außerhalb der politischen Gestaltung stehenden Korporationen Sonderrechte zugestanden werden. Im Grunde ist das für den Rechtsstaat dieselbe Gefahr, ob dieser Druck von einer bewaffneten Militärtruppe oder von einer streikdrohenden Gewerkschaft ausgeübt werden will.

An der Umgestaltung des preußischen Kabinetts ist charakteristisch, daß die sozialdemokratische Fraktion es selber ist, die den Ministerpräsidenten Hirsch, das Zufallserzeugnis der Novemberrevolution, beseitigen will. Sie nimmt die Gelegenheit wahr, sich auch ihrer sonstigen geistig stärkeren Figuren im Ministerium zu entledigen. Die Männer, die sie als Nachfolger präsentiert, sind ein gefährliches Zeugnis dafür, daß der Massenaufstieg ihrer Mandate nicht von einem Zuwachs an Führertum begleitet war.

*

Digitized by Google

Die furchtbare Tatsache eines regelrechten Bürgerkriegs in der Gegend von Wesel ist mit eine Folge des Versailler Friedens. Die großen Waffenlager der Kommunisten erklären sich mit aus der Tatsache, daß rechts des Rheins eine „neutrale" Zone geschaffen wurde, in der dem deutschen Militär der friedliche Aufenthalt verboten ist. Dort war infolgedessen eine systematische Entwaffnung früher nicht möglich, während andrerseits dieser Streifen im Dezember 1918 eine Waffenbörse des zurückströmenden Heeres wurde. So sind auch viele Maschinengewehre und selbst Geschütze in den Händen der kommunistischen Aufrührer geblieben. Wie weit Legendenbildung ihre militärische Führung umsponnen hat, ist ungewiß; offenbar setzt sich ihre Masse mehr aus Industriearbeitern als aus Bergleuten zusammen: die Kohlenförderung erlitt eine einschneidende Unterbrechung nicht, die Arbeitsgemeinschaft überstand die schwere Belastungsprobe. Da die offiziellen Parteien um eine Wiederherstellung des Friedens bemüht blieben, ist zu hoffen, daß die Reichsleitung des Bandenwesens doch noch ohne größere Unruhen bald Herr werde; ihre Autorität kann sie nur durch eine restlose Wegnahme der Waffen sichern.

*

Barthou hat in der französischen Kammer eine ziemlich giftige Rede über die Politik von Lloyd George gehalten und damit viel Beifall gefunden; die Franzosen sind etwas unsicher geworden, mit was für einer Taktik von London sie sich befreunden sollen. Es war ihnen peinlich, daß in England und Italien den deutschen Wirren einige vernünftige Stimmen über die Unmöglichkeiten des Versailler Friedens folgten. Der englische Premier war aber bemüht, ihr Unbehagen sofort zu beruhigen. Er sieht keinen Anlaß, das Werk des Sommers zu revidieren. Gegenüber der Opposition, die jetzt Asquith gegen ihn übernommen hat, sieht er seine Hauptwaffe darin, die Solidarität der außenpolitischen Konstellation zu befestigen.

*

Der amerikanische Senat hat die Ratifikation des Friedens noch einmal abgelehnt. Er verlangt jetzt, daß durch ein Sondergesetz der Friedenszustand mit Deutschland ausgesprochen werde, um zugleich den Weg für internationale Kreditgewährungen an Mitteleuropa freizumachen. Es ist noch unsicher, wie weit Wilson sich mit dieser Entwicklung abfinden wird. Tatsächlich hat sein Eigensinn den Untergrund der politischen Stimmung, mit der er Amerika in den Krieg führte, völlig zerstört.

*

Digitized by Google

Der Osten in englischem Licht

Von Dr. Paul Rohrbach

Im Februar und März sind verschiedene englische und amerikanische Korrespondenten in Sowjetrußland gewesen; aus England namentlich ein Vertreter der Arbeiterzeitung „Daily Herald", namens Lansbury; außerdem ein Amerikaner Griffin Barry, der gleichfalls für den „Daily Herald" berichtet. Man hat nicht den Eindruck, daß diese Gewährsmänner viel von Sowjetrußland gesehen haben, außer Moskau, und in Moskau natürlich auch nur das, was man sie hat sehen lassen. Sie scheinen auch kein Russisch gesprochen zu haben, denn es wird bemerkt, daß Lenin zwar langsam, aber korrekt sich englisch ausgedrückt habe. Unter diesen Umständen haben ihre Erzählungen nur sehr bedingten Wert. Man muß sich vergegenwärtigen, daß allein schon wegen der Ernährung und wegen der Reisegelegenheiten im heutigen Sowjetrußland für den Fremden gar keine andere Möglichkeit der Existenz und Fortbewegung besteht, als mit Hilfe der Sowjetbehörden. Diese haben es also in der Hand, das Bild zu gestalten, das der Ausländer sehen soll, vor allen Dingen ihn möglichst fern von dem zu halten, was er nicht sehen soll. Kein Mensch kann daran denken, sich auf normale Weise zu einem Eisenbahnzug eine Fahrkarte zu beschaffen und zu reisen, denn es gibt keinen eigentlichen Personenverkehr mehr, sondern nur Züge für die Regierung, die einige Male in der Woche auf den Hauptstrecken laufen, und wo mit den größten Schwierigkeiten, mit Bestechung, gefälschten Papieren usw. in fürchterlicher Enge, unbeschreiblichem Schmutz, mit Gefahr für Leben und Gesundheit, „Passagiere" mitkommen. Natürlich ist kein englischer oder amerikanischer Gast der Sowjetrepublik je so gereist. Sowohl Lansburys als auch Griffin Barrys Artikel sind merkwürdig unplastisch, sie enthalten die Wiedergabe von Unterredungen mit den Sowjetmachthabern und allgemeine Darlegungen und Versicherungen, aber wenig greifbares Detail. Man merkt, daß die Korrespondenten nicht viel Anschauung von den russischen Dingen gewonnen haben.

Aus dem, was Lansbury im „Daily Herald" schreibt, ist folgendes bemerkenswert. Lansbury hat mit dem Sekretär der Gewerkschaften, Melchianinski, gesprochen, der ihm erklärt hat, die Gewerkschaftsbewegung sei „ein integraler Teil der Sowjetorganisation". Arbeitskräfte seien knapp, daher habe man die Arbeitszeiten nicht verkürzen können. Überstunden würden „freiwillig" gemacht. Die Soldaten, die Angehörigen der Roten Armee, hätten sich nach „vorübergehender" Beendigung der Kämpfe (gegen Denikin, Kolkschak usw.), klargemacht, daß sie nicht demobilisiert werden könnten, bevor auf allen Fronten der Friede unterzeichnet sei; daher hätten sie „gebeten", als industrielle Armee organisiert zu

Digitized by Google

werden. „Diese Methode wird gutwillig als einziger Weg zur Wiederherstellung Rußlands hingenommen."

Aus einer Unterredung Lansburys mit dem Transport- und Außenhandelsminister Krassin sind dessen Worte bemerkenswert: „Rußland ist nicht erschöpft, trotz aller Anstrengungen. Es könnte von Europa und Amerika sofort zweitausend Lokomotiven und unbegrenzte Mengen rollenden Materials aufnehmen und in Gold und Ware bezahlen. Schon bestehe eine Volksbank, die imstande ist, alle nötigen Transaktionen zu besorgen. Ausbeutung wertvoller Gegenden durch fremde Kapitalisten könne erwogen werden. (Wie groß muß da die Not sein!) Vorbedingung für alles aber sei: Friede." Krassin erzählte darauf seinem englischen Gast, Amerika habe bereits einen Agenten, namens Martens, in Rußland, der große Einkäufe für russische Rechnung in den Vereinigten Staaten tätige. Wie vortrefflich diese Erzählung auf den Engländer gewirkt hat, ergibt sich aus der Frage, die Lansbury in seinem Artikel prompt daran anschließt: Und soll England zu spät kommen? Zu der Angabe Krassins, die Bezahlung für Lokomotiven und Waggons werde in Gold und Ware erfolgen, ist die Antwort desselben Herrn Krassin zu vergleichen, die er vor etwa einem Monat, nach Zeitungsberichten, auf die Frage, was Rußland für die gewünschten Waren zu liefern imstande sei, an die deutsche Adresse gerichtet hat: Gold und Dankbarkeit! Das ist jedenfalls aufrichtiger und zutreffender, als Gold und Ware. Von dem ursprünglichen, durch den Finanzminister Witte gesammelten russischen Goldschatz verschwand ein großer Teil schon während des Krieges; wie man annehmen muß, nach England. Durch die Revolution wurde weiteres Gold verwirtschaftet. Eine Menge ist für bolschewistische Propagandazwecke ins Ausland geflossen. Bedeutende Reste wurden, wie mir persönlich aus einer gut unterrichteten russischen Quelle mitgeteilt ist, von den Bolschewisten nach Ssamara an der Wolga gebracht und von Koltschak dort erbeutet, zusammen mit einer Menge von nahezu 7000 Kilogramm Platin, dem gesamten Vorrat des Bergdepartements. Von Koltschak sind diese Schätze natürlich auch schon lange als Gegenwert für Unterstützungen ins Ausland gewandert. Trotzdem ist es glaublich, daß die bolschewistische Regierung große Mengen an Edelmetall, Gold, Platin, Silber, und an Edelsteinen besitzt. Sie rühren aus den Konfiskationen und Plünderungen her, denen Private, Kirchen, Klöster und Banken seit der Bolschewistenzeit ausgesetzt gewesen sind. Viel ist dabei natürlich einfach geraubt und unterschlagen worden, aber die Vorräte waren wohl so bedeutend, daß für die Sowjetrepublik noch genug übrigblieb.

Ganz fabelhaft ist Lansburys Bericht über die Industrie. Er sagt, er habe mehrere Fabriken besucht. Früher habe Rußland seine Werkzeuge von auswärts beziehen müssen, jetzt schaffe es sich aus eigenen Rohstoffen Flugzeuge, Motore, Fahrräder. Er habe Werkzeugfabriken, Gießereien, Maschinenreparaturwerkstätten,

Digitized by Google

Holzbearbeitungsbetriebe arbeiten sehen, alle Maschinen in vollem Gange. Der einzige Unterschied gegen England und Frankreich wäre, „daß hier (in Sowjetrußland) die Arbeiter ihre eigenen Unternehmer sind". Jeder Abfall werde verwendet, jeder Eingang an Rohstoffen sorgsam verbucht und darüber abgerechnet. Die Reichhaltigkeit der Warenlager war ihm eine große Überraschung. Manche Arbeiter murrten wohl und sagten, alle Welt stehe gegen Rußland, aber jeder war überzeugt, daß unter irgend einer anderen Regierung es in Rußland noch viel ärger stehen würde.

Wer das liest, der kann sich vorstellen, was für Potemkinsche Fabriken man Herrn Lansbury gezeigt haben wird, und wie vergnügt die Sowjetkommissare, die ihn geführt haben, schmunzeln, wenn sie die Berichte im „Daily Herald" lesen. Wie die Fabriken und namentlich Herrn Lansburys Reparaturwerkstätten und Gießereien in Sowjetrußland tatsächlich arbeiten, wird man besser aus den bolschewistischen Petersburger „Iswestija" (Nachrichten) entnehmen. Diese berichten (wiedergegeben in der Anti-Bolschewistischen Korrespondenz vom 10. März 1920), daß auf den sieben wichtigsten Eisenbahnwerkstätten Sowjetrußlands, Sormowo, Kolomna, Kulibansk, Mytischtschi, Charkow, Ischewsk und Brjansk im ganzen Jahre 1919 fertig geworden sind: 49 gewöhnliche Lokomotiven, 46 Kriegslokomotiven, 77 Personenwagen, 1119 Güterwagen, 125 Zisternenwaggons. Repariert worden sind 92 Lokomotiven, 141 Personenwagen, 1600 Güterwagen. Das sind so lächerlich geringe Zahlen, sowohl was den Neubau als auch namentlich was die Reparaturen anbetrifft, daß auf die einzelne Werkstätte so gut wie nichts kommt, und man braucht nicht erst lange nachzudenken, um zu sehen, daß Neuherstellungen und Reparaturen zusammengenommen nicht entfernt ausreichen können, um den Verbrauch des zuschanden gefahrenen russischen Eisenbahnmaterials auszugleichen.

Der andere Gewährsmann des „Daily Herald", Griffin Barry, hat mit dem Lebensmittelkommissar Badejew gesprochen. Dieser hat zunächst bestritten, daß die bolschewistische Revolution blutig gewesen sei — im Gegenteil, „seltsam unblutig" — und dann konstatiert, Tyrannen seien die Bolschewisten „nur gegen solche, die das System bedrohen".

Die Gewähr dagegen, sagt Badejew, daß die jetzigen Führer etwa gegen den Volkswillen sich im Besitz der Macht behaupten können, liege darin, daß es kein Privateigentum gebe. Ohne solches seien Tyrannen waffenlos. Außerdem habe man das allgemeine Arbeiterstimmrecht und nur sechsmonatliche Amtsdauer. Die Diktatur des Proletariats wirke folgendermaßen: keine Arbeit, keine Nahrung. Das sei alles. An Arbeit für jeden fehle es nicht. Die private Spekulation in Nahrungsmitteln habe noch Schlupfwinkel, aber bis zum Sommer würde sie aus allen vertrieben sein . . . Großgrundbesitz habe aufgehört. Aber das Problem des reichen Bauern sei noch nicht gelöst. Er kann jahrelang von eigenen Erzeugnissen leben, Stimmrechtentziehung läßt ihn kalt. Aber mit

Digitized by Google

der Zeit braucht auch er Industrieprodukte, und darauf fußend, wende man gegen ihn die Blockade solcher Gegenstände an, bis er nachgeben würde. Allmählich werde er das Land aufgeben, das er nicht allein mit seiner Familie bearbeiten kann. In der Industrie ist keine Gefahr, daß der Privatprofit wiederkehrt. Seit die Sowjetarmeen in Sibirien eingezogen sind, befinden sich 40 Millionen Pud Getreide in Sowjetwarenhäusern — genug für alle für zwei Jahre. Nur das Problem des Transports plagt die Regierung noch. Dennoch ist die Ration für die erste Kategorie auf $1^1/_8$ Pfund heraufgesetzt worden. In ihr sind jetzt 800 000 gegen 300 000 im Sommer. Denn sie umschließt alle Kinder bis 16 und alle Alten von 60 Jahren an und alle Soldaten. Sobald man genug Getreide da habe, würden weitere Klassen dazu kommen. Die zweite Kategorie mit leichter Arbeit erhalte $^7/_8$ Pfund täglich und beide außerdem Karten für öffentliche Küchen. Nur etwa 8000 Menschen in Petrograd lebten ohne Lebensmittelkarten. Wie sie am Leben blieben, wisse er nicht. Es seien die Unversöhnlichen, alles, was von der alten Ordnung übriggeblieben sei. Sie täten ihm leid, weil es gesunde Leute seien, die nicht arbeiten wollten. Wenn sie krank oder unter 16 und über 60 seien, erhielten sie sowieso Karten.

Auf Grund dieses Berichts erklärt der „Daily Herald" die Sowjetregierung für eine ideale Einrichtung. Lansbury ist begeistert von Lenin, der sich „als der große und unpersönliche Soldat und Führer" für die Aufrichtung der wahren Internationale und für den Ersatz des Kapitalismus durch den Sozialismus erwiesen habe. Wie kritiklos aber diese von den Sowjetpolitikern eingefangenen Besucher des bolschewistischen Rußland sind, geht z. B. aus der ohne Bemerkung wiedergegebenen Angabe Badejews über die 800 000 Rationen erster Ordnung und die 40 Millionen Pud Getreide hervor. In den 800 000 Empfängern sollen die Kinder, die Alten und alle Soldaten drin stecken. Etwa nur die Alten und Kinder von Moskau und Peterburg? Und Trotzki behauptet doch allein an Soldaten 3 Millionen Mann zu haben? Ein Pud hat 40 russische Pfund. 40 Millionen Pud reichen also, bei ein Pfund Durchschnittssatz, auf zwei Jahre für etwa 2 Millionen Menschen. Darin soll alles stecken, was nicht Selbstversorger ist: die ganze städtische Bevölkerung, alle Industriearbeiter, die ganze Armee! Griffin Barry schreibt das gläubig nach und kommt nicht auf den Gedanken zu fragen: wieviel ist ein Pud, und wieviel Menschen gehören zur ersten und zweiten Kategorie! Dazu kommen die Transportschwierigkeiten, deren Druck die Sowjetisten selbst zugestehen. Höchst charakteristisch ist die Bemerkung Lansburys zu einem anderen Thema: „Über Greueltaten sprachen wir nur wenig; je länger ich hier bin, um so mehr habe ich das Gefühl, daß es eine Beleidigung ist für die, deren Gast ich bin, ihnen immer wieder über Greuel zu reden, für die sie ebenso wenig Schuld tragen oder verantwortlich sind, wie ich." Das ist kostbar gesagt, aber diese — halb bewußt, halb unbewußt geübte — englische Methode ist uns schon lange bekannt, und speziell für Rußland ist sie gar nichts Neues. Wie seinerzeit die „Times" und Stephan Graham würdelose Bauchtänze vor dem Zarismus und vor Nikolai Nikolaiewitsch

Digitized by Google

aufführten, den sie u. a. einen väterlichen Freund der Juden und Polen nannten, so frisieren sich heute die englischen Liberalen und Arbeiter ein gefälschtes Bild der gegenwärtigen Machthaber Rußlands zurecht, weil sie die russische Wahrheit aus innerpolitischen Gründen nicht brauchen können.

Ganz kritiklos ist auch ein Korrespondent von „New York World", Lincoln Eyre. Er hat Trotzki gesprochen und hat sich von ihm erzählen lassen, daß die Rote Armee der Sowjets drei Millionen Mann (!) stark ist. Trotzki selbst erklärt er nach allem, was er in Moskau und an der Front über seine Fähigkeiten gehört hat, für „einen der größten Militärs in der Menschengeschichte"! Militarismus aber gebe es nicht in Sowjetrußland; vielmehr sei die Rote Armee „die antimilitaristischste Körperschaft, die heute existiert".

In wesentlichen Dingen sehr anders klingt ein Bericht der „Times" vom 12. Februar. Dort heißt es:

Häuser und Schiffe würden abgebrochen, um Brennstoff zu liefern, dennoch sei alles feucht und kalt, die Familien zusammengepfercht. Alle Hoffnung auf Erlösung durch die Entente sei verloren, alles erschöpft und apathisch; so verbreite sich der Geist des „Kompromisses mit dem Übel". Niemand liebe den Bolschewismus, aber da keine Hoffnung auf Befreiung sei, beginne man sich mit ihm abzufinden. Die Bolschewisten mäßigten ihrerseits den Terror. „Um genährt und gekleidet zu werden, ist es nicht mehr nötig, ein Kommunist zu sein", vorausgesetzt, daß man der Sowjetregierung nicht widerspricht und für sie arbeitet. Verbrechen würden bestraft, das Heer sei regeneriert. Der Moskauer Sowjet der Volkskommissare besitze jetzt alle Macht, die lokalen Sowjets würden nicht mehr gewählt, sondern von der Zentrale ernannt. „Die Intelligenz wird zum Dienst des Sowjetstaats mit allen sauberen und unsauberen Mitteln angelockt. Handlungsfreiheit und politische Gesinnungsfreiheit, vermehrte Rationen werden denen versprochen, die sich fügen; Gefängnis und Zwangsarbeit dem, der sich weigert." Die auswärtigen Nachrichten werden so zurecht gemacht, daß die Verzweiflung der Gebildeten wächst, im Gefühl, daß die ganze übrige Welt Rußland dem Bolschewismus ausgeliefert hat. Die Leiden der Bevölkerung werden als das Werk der Blockade dargestellt. Der Bauer hat sein Land, der Arbeiter ist Herr in der Fabrik, die Beamten erhalten umsonst Nahrung und Wohnung, Steuern werden nicht erhoben. Da Privateigentum so gut wie abgeschafft ist, gibt es keine Prozesse; „eine wie aus Eisen gegossene Disziplin formt die Massen zu einer großen seelenlosen Maschine". Der Arbeiter kann nur bei Akkordarbeit bestehen und bei langen Überstunden unter Hochdruck. Um ohne direkte körperliche Leiden leben zu können, braucht man von dem total entwerteten Geld mindestens 20 000 bis 30 000 Rubel im Monat, außer den offiziellen Rationen. Ein Arbeiter kann, wenn er sich im Akkord tot arbeitet, kaum so viel verdienen. „Das versprochene Paradies ist erkauft worden mit dem Opfer der politischen und der Ideenfreiheit, durch schwere Arbeit unter unmöglichen Bedingungen und Unterwerfung unter eine eiserne Disziplin. Persönlichkeit und Initiative sind zermalmt . . . Jeder wird beobachtet, alle mißtrauen allen. Die versprochene Handlungsfreiheit ist durch diese allgemeine Atmosphäre des Mißtrauens gehindert."

An einer anderen Stelle der „Times" (11. Februar) steht eine Notiz, Lenin habe in Moskau gesagt, man habe im Heer vom Grundsatz des Befehls durch Sol-

Digitized by Google

datenausschüsse zum direkten Befehl durch Vorgesetzte übergehen müssen; die Ausschüsse sicherten nicht die Schnelligkeit der Arbeit, die die Lage erfordert. Das ganze Volk werde in die Arbeitsarmee eingestellt werden. Trotzki habe gesagt, alle Handwerker würden nach einem Plan von oben herab von Ort zu Ort versandt und verteilt werden. Mit den Bauern werde man kein Mitleid haben; Arbeitsarmeen würden Korn, Fleisch und Fisch sammeln, damit das Wirken der Arbeiter gesichert sei.

Am 1. März erhielt die „Times von ihrem Spezialkorrespondenten einen Artikel über die Arbeitsarmeen Trotzkis mit der Überschrift „Das versklavte Rußland". Alle gesunden Männer würden durch Drohungen oder Hunger zu zwölf Stunden täglicher Arbeit gepreßt. Ganze Armeekorps würden in Bewegung gesetzt zur Wiederherstellung der Schienenstränge. Da die Gegner der Sowjetrepublik umgebracht oder geflohen seien, so nähmen die Massenmorde ab. Heer- und Zivildienst seien jetzt die Zuflucht der besseren Klassen, die Regierungsfabriken die des hungernden Proletariats.

Aus all diesen Berichten hat man den Eindruck, daß zum ersten Mal nach einer bestimmten Richtung hin sich ein einheitlicher Tatbestand herausschält. Aus den begeisterten Berichten im „Herald" und den empörten der „Times" geht gleichermaßen hervor, daß sich in Rußland eine neue, natürlich wieder absolut despotische Staatsgewalt gebildet hat, daß die Gegner dieser neuen Despotie nach langem vergeblichem Hoffen und nachdem ein großer Teil umgekommen ist, sich der Sowjetrepublik unterwerfen, um ihr Leben zu retten, und daß Zwangsarbeit in der allerkrassesten Form eingeführt ist.

Das ist das Bild des heutigen Rußland. Weniger Kundige könnte es vielleicht erschrecken — denn ist es nicht am Ende wahrscheinlich, daß sich diese furchtbare organisierte Masse eines Tages mit unwiderstehlicher Gewalt auf den Westen, und zuerst auf Deutschland, stürzen wird, um den Bolschewismus zu verbreiten? Diese Furcht ist gegenstandslos. Mit den Kräften, die in Rußland selber vorhanden sind, kann man keine Organisation machen. Dazu ist Rußland immer unfähig gewesen, und dazu wird es unfähig bleiben. Darum ruft ja die Sowjetrepublik mit solcher Inbrunst nach Handelsverkehr mit der übrigen Welt. Sie braucht Eisenbahnmaterial und sie braucht Maschinen. Dafür bietet sie Gold (die Lebensmittel und Rohstoffe sind nur ein dekoratives Nebenangebot), und wenn sie die Lokomotiven und Waggons, die Maschinen und das sonstige erwünschte Material hat, und dazu organisatorische Kräfte aus dem Westen, die man bald zum Bolschewismus zu bekehren hofft, dann soll die große Invasion gegen Westen versucht werden. Nach dem letzten „Times"-Bericht soll Trotzki 4000 gelernte schwedische Arbeiter als Vorarbeiter und Werkmeister durch besondere Versprechungen angelockt und angeworben haben. Die Zahl wird mindestens eine Null zu viel haben, aber die

Digitized by Google

Tendenz ist da. Auch Deutschland soll auf diese Weise herangezogen werden, aber nur im Dienst des Bolschewismus und der Weltrevolution.

Wieviel die unermeßlich großen und begeisterten Arbeitsarmeen wirklich leisten, zeigt ein Bericht im Helsingforser „Hufvudstadsbladet". Darnach hat das Zentralkomitee der kommunistischen Partei Rußlands einen Aufruf erlassen folgendermaßen:

„Sowjetrußland wird von einer Katastrophe bedroht: ein vollständiger Stillstand des gesamten Eisenbahnverkehrs steht bevor. In den Gebieten, die vom Bürgerkriege heimgesucht worden sind, sind beinahe alle Brücken gesprengt, die Bahnlinien und das rollende Material zerstört worden. Da die Industrie Sowjetrußlands gegenwärtig gelähmt ist, hauptsächlich aus Brennstoffmangel, kann nur ein geringer Teil des rollenden Materials repariert werden. Daher übersteigt die Anzahl der Lokomotiven und Wagen, die unbrauchbar werden, bei weitem die Anzahl der Lokomotiven und Wagen, die repariert oder neu gebaut werden. Infolge der entsetzlichen Notlage, in der das Transportwesen Sowjetrußlands sich befindet, müssen alle Kommunisten für Arbeiten in den Eisenbahnwerkstätten und für die Beschaffung von Brennstoffen mobilisiert werden."

Nach einem Moskauer Funkspruch vom 5. März hat die ganze Arbeitsreservearmee bis zum 1. März ganze 53 Lokomotiven und 230 Waggons repariert. Es wird uns nicht gesagt, in wie langer Zeit. Derartige Zahlen sind für jeden Kundigen lächerlich. Das finnländische Blatt weist gleichfalls ironisch darauf hin, daß alle bolschewistischen Zeitungen einige Monate lang mit Nachrichten über die Erfolge der Arbeitsarmeen gefüllt waren, daß jetzt aber zugegeben wird, die Ergebnisse seien geringfügig. Das wird von bolschewistischer Seite erklärt mit der sehr richtigen Bemerkung, die Arbeitsarmeen seien darum so wenig produktiv, weil sie für ihre Arbeiten nicht vorgebildet sind; außerdem müßten sie sich mit militärischen Übungen beschäftigen! Eine Gefahr, und zwar eine ernstliche, ist Sowjetrußland nur für Polen. Ohne das Kapp-Lüttwitzsche Verbrechen könnte Deutschland allem, was von Osten kommt, militärisch wie politisch gleich ruhig entgegensehen. Jetzt allerdings würde es für eine ziemliche Zeit weniger das Verdienst unserer Stärke, als das der bolschewistischen Leistungsschwäche sein, wenn wir gegen Sowjetrußland aufrecht stehen bleiben.

Fiume und Deutschsüdtirol

Von Alfred Pieh

Die italienische Presse wird nicht müde, mehreremale im Tage zu versichern, daß an dem Nachlassen des starren Vernichtungswillens bei den meisten der Deutschland feindlichen Mächte der Arbeit der italienischen Staatsmänner, die von der öffentlichen Meinung Italiens unterstützt werden, ein Hauptverdienst

Digitized by Google

gebühre. Verhält sich dies in der Tat so und ist das Einsetzen der — im eigenen Interesse — vernünftigeren Strömung auf der Gegenseite von Erfolg begleitet, dann wird diese Haltung Italiens für eine Anbahnung vertrauensvollerer Beziehungen zwischen Deutschtum und Italienertum sicher von bedeutendem Nutzen sein.

Aber — es bleibt eine klaffende Wunde bestehen, an deren Schließung eben im Hinblick auf die so wünschenswerte Annäherung der beiden, in wirtschaftlichen und politischen Dingen aufeinander angewiesenen, großen Nationen beide Teile in zumindest gleichem Maße interessiert sind. Und diese klaffende Wunde ist Deutschsüdtirol. Wenn einer der hervorragendsten italienischen Politiker offen erklärt hat, angesichts des unzweifelhaft deutschen Charakters dieses Landes, daß es einen „Dorn im Körper Italiens" bilde, so kann wohl mit noch größerer Berechtigung gesagt werden, daß das Bewußtsein, dieses deutsche Gebiet unter fremdnationaler Herrschaft leiden lassen zu müssen, ein Dorn im Herzen aller Deutschen sein wird. Dieser Dorn wird keine echte Freundschaft aufkeimen lassen, der Schmerz, den sein Vorhandensein jederzeit erzeugen muß, wird um so fühlbarer sein, als sich gerade an dieses Land die innigsten Überlieferungen deutscher Poesie knüpfen, als ihm Männer entsprossen sind, die schon jedem Kind im deutschen Vaterlande geläufig sind, wie Walther von der Vogelweide und Andreas Hofer.

So groß und mächtig Italien, nicht zuletzt durch deutsche Hilfe, was es nicht vergessen sollte, in den letzten Jahrzehnten geworden ist, niemals wird es ihm gelingen, aus dem knorrigen Volke zwischen Brenner und Salurn Italiener zu formen, weder mit Gewalt noch mit List. Es wird nur den Widerstand verstärken und den Haß vermehren in dem angegliederten Lande selbst und bei allen Deutschen den Zweifel in seine Aufrichtigkeit hervorrufen, wenn es, sobald die letzten Stürme des Krieges endgültig verklungen sind, die Hand zur Versöhnung über den Brenner wird reichen wollen. In einer Hand, die deutsche Brüder schwer bedrückt und in nationaler Gefangenschaft hält, können wir nicht in ehrlicher Freundschaft einschlagen.

Und unsere Brüder in Südtirol werden bedrückt. Man hat ihnen Zusagen gemacht, die nicht gehalten werden und versucht es, im Lande künstlich eine italienische Minderheit zu schaffen, die einen Rechtstitel auf dauernden Besitz erzeugen soll, an den zwischen Brenner und Salurn kein Deutscher glaubt. Diesen Glauben will man erzwingen, die Hoffnung auf eine Rückkehr zum deutschen Gesamtvaterlande vernichten, die Liebe zum angestammten, in tausend Kämpfen glühend und mit rotem Blut verteidigten Volkstum ertöten.

Eine Viertelmillion Deutscher soll der Nation genommen werden. Eine kleine Zahl im Verhältnis zu den Millionenverlusten, die wir auf uns nehmen

Digitized by Google

müssen. Aber wenn wir die Sorge um ihr Schicksal nicht in unser Gewissen einschließen, dann sind die fünfzig Millionen, die sich ihrer deutschen Heimat weiter erfreuen dürfen — trotz allem erfreuen dürfen — dieses höchsten Glückes nicht wert und würdig.

Welch einen Kampf hat Italien auf sich genommen, um die Italiener Fiumes zu retten! Und es sind ihrer doch kaum 25000, bloß ein Zehntel der Zahl der Deutschen Südtirols! Mit Zähigkeit und Energie versicht es die nationalen Rechte des italienischen Fiume, das doch nur eine Kolonie ist, während der Süden Tirols altes deutsches Stamm- und Kulturland ist, mit tausend und abertausend Fäden des Blutes und der Seele mit uns verbunden. Ganz Italien ist einig in der Forderung, daß Fiume, daß die 25 000 Italiener von St. Veit am Flaum, wie es in alten deutschen Urkunden genannt wird, Italien und dem italienischen Volkstum nicht verloren gehen darf. Selbst um den Preis eines neuen blutigen Krieges nicht. Als eine unerträgliche Schmach würde man es von Trient bis Tripolis empfinden, sollten die Fiumaner Stammesgenossen unter die Herrschaft der Südslaven gestellt werden, um die Erfüllung einer Sehnsucht betrogen, an deren Verwirklichung sie noch vor zwei Jahren nicht einmal in den kühnsten Träumen geglaubt. Wir können keinen Krieg führen und das blanke Schwert, das wir schwingen, ist das reine Recht, mindestens so klares Recht, als das Italiens auf Fiume. Die Nichtvereinigung Fiumes mit Italien wäre nur die Nichterfüllung eines heißen Wunsches, aber die Einverleibung Deutschsüdtirols in den Besitzstand des Königreiches Italien wäre — oder soll man sagen: ist? — die Wegnahme eines Besitzes, eines Eigentums, dessen Verlust man nie für möglich gehalten hätte.

Brächte der Verlust Fiumes Italien einen Schmerz, den es nie verwinden könnte — kann man es da in Italien nicht verstehen, daß wir umsoweniger den dauernden Verlust Deutschsüdtirols verwinden könnten?

Wir mißgönnen niemandem einen Besitz, den er sich rechtlich erworben und den ihm die natürlichen nationalen Voraussetzungen zusprechen. Möge die italienische Flagge über Fiume wehen — doch auch wir wollen nicht auf unsere Rechte verzichten und müssen verlangen, daß man sie durch Taten anerkennt. Wir verstehen, daß Italien heute vielleicht selbst nicht so handeln kann, wie es aus den Eingebungen einer weiterschauenden Politik heraus sollte, doch könnte es vermeiden, unser Leid durch Entnationalisierungsversuche zu steigern und es sollte daran denken, daß es nicht klug ist, anderen jenen Schmerz zu bereiten, den man selbst nicht erdulden will. Der Gedanke an Fiume sollte Italiens Staatsmänner in der deutschsüdtiroler Frage weise machen. Sie können dadurch ihrer Nation und ihrem Staate für die Zukunft einen gewaltigen Dienst leisten.

Digitized by Google

Amerika und Europa

Von A. T. Murray

Der Ingenieur A. T. Murray, Präsident der amerikanischen Bosch Magneto Corporation, der vor einigen Monaten auf einer Geschäftsreise die europäischen Länder besucht hat, hat am 11. Januar in einem Aufsatz des „Springfield Republican" seine Eindrücke niedergelegt. Ein Freund unseres Blattes stellt uns die Ausführungen zur Verfügung. Sie scheinen uns nicht uninteressant zu sein unter dem Gesichtspunkt, wie ein amerikanischer Großindustrieller Europas und Deutschlands Lage beurteilt. Der deutsche Leser wird von selber spüren, wo in diesen Darlegungen das Sachurteil aufhört und die Politik beginnt.

Der amerikanische Geschäftsmann, der im vergangenen Jahr längere Zeit in Europa verbringen durfte und die Möglichkeit hatte, die Tatsachen, wie sie wirklich vorliegen, herauszufinden, hat ein außerordentliches Privileg genossen. Eine sorgfältige Untersuchung enthüllt die Tatsache, daß wir nie genug unterrichtet waren über die dem Krieg zu Grunde liegenden Ursachen, über die Verhältnisse, wie sie während des Kriegfortgangs bestanden, noch über den heutigen Stand der Dinge. Es ist uns ferner nur in sehr geringem Maß vergönnt gewesen zu fassen, wie sehr unsere zukünftige Sicherheit und unser zukünftiges Wohlergehen von der Schnelligkeit und der Art und Weise abhängt, in welcher wir unsere unvermeidlichen Verpflichtungen als die erste Macht der Welt übernehmen. In Amerika hat man leider im allgemeinen keine klare Einsicht darin, was die neue Ordnung der Dinge für uns bedeutet.

„Bis 1914 waren die Amerikaner das isolierteste Volk der Welt (wörtlich „das am meisten insulare"), weil wir mit einem Land gesegnet waren, welches uns gestattete, unter uns selbst zu leben und weil glücklicherweise ein hoher Zolltarif die Entwicklung von arbeitsparenden Vorrichtungen in unseren verschiedenen Fabrikationszweigen (besonders in der Metallindustrie) ermöglicht hatte, welche unsere Stellung sicherten. Wir konnten mit hochbezahlter Arbeit fabrizieren und in unseren eigenen Märkten konkurrenzfähig sein in einem Umfang, welcher unsere Methoden und unsere Leistungsfähigkeit entwickelte zu einem Punkt, hinter welchem außerhalb Deutschlands in ganz Europa alles mindestens 50 Jahre rückständig ist. Ganz erfassen, wie isoliert wir waren, kann man nur, wenn man in Europa gewesen ist. Diese Wahrnehmung veranlaßte mich, 3 Monate lang die Verhältnisse, wie sie in Europa gegenwärtig vorhanden sind, zu studieren, wie ich nichts vorher in meinem Leben studiert habe."

Was einem beobachtenden Amerikaner besonders in die Augen springt sobald er beginnt, europäische Verhältnisse zu studieren, ist dies: Unsere Zeitungen wollten

Digitized by Google

oder konnten nicht — und ich ziehe vor, daß es das letztere wäre — uns ein auch nur annähernd genaues Bild von dem geben, was der Krieg war, warum gefochten wurde und was das Ergebnis gewesen ist.

Unfraglich kam deutsche Propaganda in großer Menge während des Krieges nach Amerika, aber die britische Propaganda ließ sie so weit hinter sich, daß, was immer die Deutschen fertigbrachten, vergleichsweise ganz unbedeutend erschien. Ich bin überzeugt, daß wir in Amerika von dem Tag der ersten Schlacht im August 1914 bis zum heutigen Tag keine Gelegenheit gehabt haben zu erfahren, was die wirklichen Tatsachen waren und daß es noch heute so ist, soweit wir nicht selbst nach Europa kommen. Die größte Leistung Englands während des ganzen Krieges war die Art und Weise, in welcher es den Nachrichtendienst aus Europa seiner Zensur unterwarf.

Seit mindestens 40 Jahren, vielleicht sogar länger, fand England in Deutschland einen sehr ernsthaften Wettbewerber auf den Märkten der Welt. Es läßt sich schwer fassen, wie ernst Deutschlands Wettbewerb von England angesehen wurde, ohne sich klarzumachen, daß beinahe sämtliche Rohstoffe, die zur Herstellung seiner Industrieerzeugnisse dienten, in auswärtigen Märkten gekauft und dann nach Fabrikation in denjenigen Ländern wieder verkauft wurden, die die Rohstoffe geliefert hatten, und daß es sich mit der Lebensmittelversorgung Englands gleich verhielt, so daß, als Deutschland ein Faktor im Welthandel zu werden begann, es mitten ins Herz von Englands Lebenszentrum traf.

England nahm den Handschuh, den ihm Deutschland hingeworfen hatte, auf, nicht durch Verbesserung seiner Methoden, sondern durch Verschwendung seiner Menschenkraft. Lloyd George selber, der eine sehr genaue Einsicht dessen besaß, was das Ergebnis davon für England war, sprach aus, daß er ein Volk dritter Klasse habe. Ein sehr beträchtlicher Prozentsatz von Englands Ausfuhrhandel vor dem Krieg bestand aus Metallerzeugnissen. Diese Erzeugnisse waren beispielsweise eine Lokomotive, eine Pflugschar oder ein einfaches Messer. Bis 1914 war Deutschland Englands einziger wirklicher Wettbewerber und vor Deutschland wich es in fast allen Branchen und auf allen Märkten zurück. Bis dahin waren die Vereinigten Staaten noch kein Faktor in dem Weltwettbewerb, besonders deshalb, weil Deutschland und England mit ihren niedrigen Arbeitslöhnen in der Lage waren, uns zu unterbieten. England hatte noch gerade einen kleinen Vorteil gegenüber uns, da die englischen Arbeiter ungefähr ¼ von unseren hiesigen Arbeitslöhnen erhielten und die tägliche Arbeitsleistung auf den Kopf knapp ⅓ der unsrigen betrug. Dies reichte jedoch aus, um England jenen kleinen Vorteil zu gewähren, welcher uns verhinderte, ein ernster Wettbewerber zu werden.

Mit Ausnahme Deutschlands waren die Belgier das fähigste Volk, das in den Krieg ging. Die Intelligenz dieses kleinen Volkes zeigte sich in seiner Propa-

Digitized by Google

ganda während des Kriegs. Es sicherte sich nicht nur einen großen Teil der Weltsympathie, sondern es gelang ihm auch, seine Leute wieder zur Arbeit zurückzubringen und letztere werden bei ihren Anstrengungen von einer Geistesverfassung geleitet, welche weder England, noch Frankreich, noch Italien jemals besaß. Diesem Umstand ist es hauptsächlich zuzuschreiben, daß das Land wieder in den Zustand versetzt wurde, in welchem es 1914 war. Ein großer Teil der Wunden des Kriegs sind verschwunden und die Nation ist heute der Vermittler für Deutschland. Nach zuverlässigen Nachrichten ist der Handelsverkehr zwischen Deutschland und Belgien gegenwärtig größer, als er vor dem Krieg war.

Deutschland litt schrecklich während der 4 Kriegsjahre infolge des Mangels an Lebensmitteln und der überwältigenden Übermacht, gegen welche es kämpfte. Die Fälle von Unterernährung in Deutschland sind unglaublich, aber die gleiche Geistesverfassung, welche Deutschland in den Stand setzte, mit weniger Kanonen und einer kleineren Munitionsmenge und weniger Leuten die Alliierten an der Westfront durchzubläuen und zum Stillstand zu bringen, bis die Vereinigten Staaten in den Kampf kamen, ist genau so erfinderisch, wie sie vor 5 Jahren war.

Nach meinem Dafürhalten werden die gegenwärtigen Regierungspersonen in Deutschland nicht lange am Ruder bleiben, aber ich erwarte kaum eine Änderung in der Regierungsform. Mit fähigen Männern an der Spitze der Geschäfte sind Deutschlands Aussichten gewiß durchaus günstig zu beurteilen. Deutschland arbeitet heute in dem gleichen Geiste, der ihm vor dem Krieg praktisch die geschäftliche Vorherrschaft in der Welt gab. Verglichen mit England, Frankreich oder Italien leisten seine Arbeiter bei weitem mehr als irgend etwas, was unsere europäischen Verbündeten je herausgebracht haben. Deutschland arbeitet seine Probleme mit klarem Zweckbewußtsein und nach wohldurchdachten Grundsätzen aus. Leider läßt sich dies von keinem der anderen kämpfenden Völker sagen.

Nun hat aber der Krieg England in die Lage versetzt, daß es heute überall 3—4mal soviel für Arbeitslöhne zahlen muß, wie während der Vorkriegsperiode. In der Zwischenzeit ist die Tagesleistung des englischen Arbeiters auf ¼ und in manchen Fällen auf ⅙ derjenigen des amerikanischen Arbeiters gesunken. Das bedeutet, daß England heute mit seiner derzeitigen Ausrüstung in Metallerzeugnissen auf dem Metallmarkt nicht wieder konkurrieren kann, sofern nicht Amerika und Deutschland es ihm absichtlich erlauben. Das ganze in der englischen Metallindustrie angelegte Kapital muß abgeschrieben und ersetzt werden, ehe England einen Teil seiner früheren Stellung wieder zu gewinnen beginnen kann.

Auf der anderen Seite hat Deutschland infolge des Krieges eines von den Dingen fertiggebracht, welche in Ermangelung eines wirklichen Völkerbundes den Krieg unvermeidlich machten. Es hat *England in weitgehendem Maß als Lieferant des Weltmarktes ausgeschaltet*. Hierzuland haben uns

Digitized by Google

Zeitungen und Zeitschriften lange vor Kriegsende erzählt von den wunderbaren Dingen, welche England sich vorgenommen hatte für die Umstellung von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft. Alles das war lediglich „Propaganda", dazu bestimmt, die amerikanischen Industriellen davon abzuschrecken, sich den Weltmarkt zu sichern, der, wie England wohl wußte, notwendigerweise uns zufallen mußte, sobald der Krieg zu Ende war. Trotz aller ihrer Gründlichkeit hat diese Propaganda ihren Zweck elendiglich verfehlt.

Das England von heute ist nicht mehr an dem Punkte, wo es vor dem Krieg war. Seit der Unterzeichnung des Waffenstillstandes ist es um mindestens 10 Jahre zurückgekommen und jeden Tag geht es noch weiter zurück in einem unglaublichen Tempo. Gleich Italien und Frankreich kauft es heute auf Kosten seiner Ersparnisse und muß immer weiter damit fortfahren, da diejenigen, welche die Führer seiner Industrie hätten sein sollen, nicht die nötige Kenntnis moderner Industriemethoden sich erworben haben, welche ihnen gestatten würden, jeden Metallartikel in Konkurrenz mit ähnlichen amerikanischen Erzeugnissen herzustellen. Soweit Textilwaren und mehrere andere Branchen in Betracht kommen, weiß ich persönlich, daß England soweit fortgeschritten ist wie Amerika, einfach, weil das letztere in diesen Industrien in den letzten 30 Jahren nicht die gleichen Fortschritte gemacht hat wie in der Metallindustrie.

In Frankreich war die Bevölkerung in Vorkriegszeit infolge ihrer Sparsamkeit in der Lage gewesen, große Summen in fremden Staatsanleihen anzulegen. Das Zinseinkommen aus diesen Anleihen, die Luxuswaren, welche exportiert werden konnten, das Einkommen aus dem Touristenverkehr und die sparsame Art der Franzosen erlaubten ihnen, eine Existenzgrundlage, welche 5 Franken gegen einen amerikanischen Dollar auszutauschen erlaubte. Heute befindet sich Frankreich in derselben Lage wie England. Seine Industrien sind desorganisiert, hauptsächlich deshalb, weil die Nation nie den Typ des aufbauenden Geschäftsmannes hervorbrachte, der eine rasche Wiederbelebung der Industrie möglich gemacht hätte. Alle unsere europäischen Verbündeten waren auf der Grundlage billiger Arbeitslöhne organisiert, und da ihnen diese Grundlage genommen ist, können sie nicht wieder aufleben, solange nicht die Leiter des Arbeitsprozesses diejenigen Kenntnisse erworben haben, welche amerikanische Fabrikanten und Geschäftsleute notwendig erwerben mußten, weil die Notwendigkeit, mit hohen Löhnen zu produzieren, stets das Hauptproblem unserer ganzen Existenz gebildet hat.

Italien, ein Land ohne Rohstoffe, sogar ohne Kohlen, ist weißgeblutet aus dem Krieg hervorgegangen. Der große Ansaldo-Konzern, der größte Arbeitgeber des Landes, der mehr Fabriken in Italien besitzt, als die nächstkleineren 20 Konzerne zusammen, bezahlt heute 450 Lire für Steinkohlen fob Genua. Zum Satz von 1 Dollar = 10 Lire bezahlt derselbe für Kohlen demnach 45 Dollar die Tonne.

Digitized by Google

Stahl und alle anderen Rohstoffe sind in demselben Verhältnis in die Höhe gegangen, so daß Italien in weitem Maß von den Märkten des nahen Ostens ausgeschaltet ist, deren Lieferant es vor dem Krieg war und die ihm zu leben gestatteten.

Der Krieg ist *nicht durch den preußischen Militarismus* verursacht worden — dieser war nur einer der Faktoren, welche ihn möglich machten. Die tiefere Ursache war Handels-Suprematie — dieser Preis, um welchen die Nationen stets gekämpft haben. Das und die Unterwerfung Rußlands mit seinen 170 Millionen Menschen und die Erwerbung des reichsten Rohstofflagers der Welt hat Deutschland, obgleich bildlich der Besiegte, nach den heutigen Anzeichen sich gesichert. Amerika kann nicht fassen, wie gründlich Deutschland heutzutage in Rußland interessiert ist.

Sofern die *Vereinigten Staaten* nicht sofort — schon haben wir 6 Monate der kostbarsten Zeit verloren — ihre Verpflichtungen als der „große Bruder der Welt" einsehen, wird Deutschland innerhalb 30—40 Jahren die Unterwerfung von Rußland vollbracht haben. Außerdem wird es seine Stellung durch ein Bündnis mit Japan verstärken, daß es beinahe unbesieglich machen wird. Gegen diese vereinigten Mächte muß Amerika allein um die Vorherrschaft kämpfen, da die übrigen Verbündeten heute so weit in ihrem Verfall fortgeschritten sind, daß es nicht möglich sein wird, eine Korporalschaft von ihnen herauszuziehen, wenn die Zeit für den großen Kampf kommt, sofern sie nicht wieder belebt werden.

Infolge des Krieges war Amerika in der Lage, seine Leistungsfähigkeit so zu steigern, daß wir beispielsweise letzten Juni für eine Milliarde Dollar Waren auf den Markt werfen konnten. Sofern wir nicht rasch arbeiten, muß diese Produktionskraft abgeschrieben werden, da es in 1 oder 1½ Jahren zu spät sein wird. Unsere Verbündeten werden zu tief gesunken sein, um wieder aufkommen zu können. Unbewußt haben wir in Amerika eine Verbrauchsfähigkeit entwickelt, nach welcher jeder Amerikaner täglich 4—6mal mehr verbraucht wie ein durchschnittlicher Europäer und unsere Erzeugungsfähigkeit hat damit Schritt gehalten. In Verbrauch und in Erzeugung entspricht demnach unsere Leistungsfähigkeit zum europäischen Satz einer Bevölkerung von 500 Millionen. Dieser Satz gilt für alle europäischen Nationen mit Ausnahme Deutschlands. Wir stehen vor dem Problem, unsere europäischen Verbündeten auf die gleiche Höhe zu bringen, auf der wir selbst sind, oder unsere eigene Höhe auf die ihrige herabsinken zu lassen. Lassen wir unseren „Standard" wirtschaftlich oder sonstwie herabsinken, so wird dies Deutschland in die Lage versetzen, jene Unterwerfung vollständig zu machen und seine Vorherrschaft vom Jahr 1914 unbedeutend erscheinen zu lassen.

Amerika hat 30 Milliarden Dollar und 70 000 Menschenleben im letzten Krieg ausgegeben, weil es unseren Interessen am besten entsprach, daß die Alliierten ge-

Digitized by Google

winnen sollten. Jetzt hören wir auf, obgleich unsere Arbeit kaum zu „5%" fertig ist. Eine Tatsache, welche einem praktischen Beobachter in Europa sich aufdrängt, ist, daß Woodrow Wilson als unser Vertreter am Tisch der Friedensverhandlungen die schlechteste politische Methode anwandte, die er anwenden konnte, nachdem er bei der Feststellung des Friedensvertrags wußte, daß dieser dem Senat vorgelegt werden mußte.

Es ist jedoch gleich augenscheinlich, daß unser Präsident den besten Frieden und den besten Völkerbund erlangte, welchen irgend ein Mensch unter den vorhandenen Bedingungen erlangen konnte. Wenn wir uns daran erinnern, daß er wußte, daß Völker, welche den Krieg nur mit Hilfe unseres Landes gewinnen konnten, entschlossen waren, einen imperialistischen Frieden zu diktieren, der ihren Fall nur beschleunigt hätte, so begreifen wir, welche Leistung er tatsächlich am Verhandlungstisch vollbracht hat. Die Welt braucht Fortschritt. Dazu wird der vorliegende Vertrag mindestens beitragen.

Ich bin überzeugt, daß jemand, der von den heute bestehenden Verhältnissen in Europa nichts weiß, die Bedeutung des Artikels 10 des Völkerbundabkommens voll würdigen und verstehen kann. Ich stehe nicht an zu erklären, daß der Völkerbund, mit gewissen Vorbehalten, darunter vielleicht der auf Artikel 10 bezügliche, für Amerika besser ist, als die ursprünglichen Vorschläge für den Völkerbundsvertrag. Letztere waren indessen seinerzeit die einzige mögliche Fassung. Die Zeit, welche unser Volk mit der Erörterung des Völkerbundes verschwendet hat ohne Rücksicht auf seine Verpflichtung gegenüber den verbündeten Nationen, hat letztere 20—50 Jahre ihres nationalen Lebens gekostet. Sie gleiten so rasch in den Abgrund, daß jeder Tag Verzögerung beinahe ein volles weiteres Jahr für ihre Wiederherstellung am anderen Ende der Kurve bedeutet. In Amerika haben wir uns mit dem Mißverständnis gequält, daß Zustimmung zum Völkerbundspakt für ewige Dauer gegeben werden muß. Die Vereinigten Staaten können in ihrer Stellung als die einzige erstklassige Macht, die übrig bleibt, jederzeit alle Änderungen oder Vorbehalte an dem Völkerbundsvertrag vornehmen, welche ihnen belieben, auch nachdem sie ihn unterschrieben haben. Keine Nation ist stark oder groß genug, um sie von der Ausübung dieses Rechtes abzuhalten.

Der Weg, den Amerika hätte einschlagen sollen, wäre daher gewesen, das Völkerbundsabkommen oder den Friedensvertrag in der ursprünglichen Fassung anzunehmen und nach 1 oder 2 Jahren alle diejenigen Änderungen vorzunehmen, welche wir für notwendig gehalten hätten. Dieses Vorgehen würde uns gestattet haben, unsere Verpflichtungen auf uns zu nehmen zu dem Zeitpunkt, an dem wir sie hätten erfüllen sollen. Außerdem würde es die Stellung unserer Verbündeten sehr wesentlich bei dem Wiederaufbau ihres Wirtschaftslebens gestärkt haben. Es

Digitized by Google

würde bedeutet haben, daß Deutschland alle Bedingungen des Waffenstillstandes hätte ausführen müssen, was es an der Durchdringung Rußlands verhindert hätte, welche Deutschland eine besonders hervorragende Stellung in der neuen Ordnung der Dinge zu geben verspricht.

Wir müssen unseren Verbündeten Geld leihen, was wir jedoch vernünftigerweise nicht tun können, ohne ihnen gleichzeitig unsere geistigen und organisatorischen Fähigkeiten zu leihen, um deren wirtschaftliche Verwendung beim Wiederaufbau ihres industriellen Lebens nach den von uns für die Welt aufgestellten hohen „Standards" zu überwachen. Ohne den Völkerbund können wir aber keines von beiden tun. Tun wir dies, so nehmen wir die Leitung der Welt auf uns, welche den Idealen, die wir am Verhandlungstisch zu erreichen versucht haben, Sicherheit verleihen wird. Unter solchen Bedingungen würden unsere Verpflichtungen nach Artikel 10 in den nächsten 1000 Jahren keine 30 Milliarden Dollar ausmachen und es würden keine unnützen Opfer an Menschenleben entstehen.

Übertragen von E. Müller-Stuttgart.

Anarchie und Wiedergeburt des Geistes

Von Dr. Friedrich Lohmann

Wer ohne sachliche Stellungnahme zu den Kämpfen und Zielen der Parteien den gemeinsamen Geist sucht, der die Gegenwart beherrscht, erkennt ihn in dem brutalen Auftreten der Unvernunft und Gewalt, insbesondere in dem Streben, die eigene Auffassung und sich selbst durchzusetzen. Der Unfehlbarkeitsdünkel und die einseitige Interessenpolitik scheuen vor keinem Mittel zurück; hinzu tritt die grundsätzliche Unverträglichkeit, die nur den Kampf als Form des politischen Handelns kennt. Das Mittel des ernsthaften Zusammenarbeitens mit Andersgesinnten, um das gemeinsame Ziel der Besserung und Gerechtigkeit zu erreichen, wird bewußt abgelehnt; Haß und Intoleranz bestimmen das Verhalten der Führer und der Menge. Demagogie, Streik, schließlich die Handgranate treten an die Stelle von Vernunftserwägungen.

Man fragt sich: Wie konnte es in einem Lande, dessen Intelligenz in der Welt an erster Stelle steht, soweit kommen? Wo sind die geistigen Führer geblieben? Sie sind noch vorhanden, aber gewaltsam zurückgedrängt oder auch freiwillig leisten sie Verzicht, ihre Stimme zu erheben, die im Tumult der Leidenschaften zur Zeit noch ungehört verhallen würde; teilweise tun sie stille, wertvolle Arbeit im Dienste der Ordnung, der breiten Öffentlichkeit unbekannt, und suchen zu retten, was zu retten ist. Diese ganze Entwicklung, das Zurückdrängen der Berufenen, hat im Kriege völlig mit dem Zeitpunkt eingesetzt, der den militärischen Führern und ihren Gehilfen Verwaltung und Politik in die Hände spielte und

Digitized by Google

alle wirtschaftlichen und sozialpolitischen Erwägungen hinter dem Kriegszweck zurücktreten ließ. Nach den Grundsätzen der Felddienstordnung, die bekanntlich ein Zögern oder Zaudern für bedenklicher erklärt als ein Fehlgreifen in der Wahl der Mittel, wurden von Militärs, beseelt von dem besten Willen, die schwierigsten inner- und außerpolitischen Probleme angefaßt und durchhauen. Jetzt sind sie abgelöst durch ebenso wohlmeinende und auf ihrem Gebiet tüchtige Kampfpolitiker und Helden der Straße, die gleichfalls ihren Aufgaben nicht ganz gewachsen sein können. In ähnlicher Lage befinden sich die — vorläufig noch — alliierten und assoziierten Regierungen, wo neben Generälen, die Politik machen wollen, ein Rat aus Politikern die Welt zu regieren versucht. Allen gemeinsam ist die Überhebung und Geistesarmut, die in dem Bolschewismus Rußlands ihren Höhepunkt erreicht, wo idealistische Träumer mit verbrecherischen Mitläufern roh ausgearbeitete und halb verstandene Theorien durch Umsetzung in die Wirklichkeit zu Mordwerkzeugen machen.

Die Intellektuellen aller Länder sehen diesem Treiben wilder Menschenhorden und ihrer geführten Führer mit bitterer Ironie, aber machtlos zu. Erst müssen die verwirrten und im Lauf des Krieges künstlich aufgepeitschten Geister zur Vernunft, Bescheidenheit und Verträglichkeit zurückgeführt werden, so daß die Stimme der berufenen Männer wieder vernehmbar wird. Die jetzt gegeneinander toben, sind vielfach dieselben Menschen, welche früher im Staats- und Völkerleben zusammengewirkt haben; ihr jetziges Wüten ist nur durch Leidenschaft und Not irregeleitetes unbeholfenes Streben nach Gerechtigkeit und Besserung. Die Herbeiführung friedlicher, normaler Formen in der ganzen Welt, Schaffung eines gewissen Grades materiellen Wohlbehagens, sind die einzigen Mittel, um die Flamme der geistigen Anarchie, die alle Kulturländer in Brand zu setzen droht, zu löschen. Diese Erkenntnis scheint auch bei der Entente allmählich einzukehren, wo der Einfluß der imperialistischen und militärischen Geistesverwirrung bei einsichtigen Männern immer mehr zurücktritt. Die Probleme der Gegenwart sind derart maßlos kompliziert und für den einzelnen unentwirrbar, daß sie einer einseitigen, schnellen oder gar gewaltsamen Lösung spotten. Den berufenen Geistern aller Nationen und Parteien muß der Weg geebnet werden. Nur ihr angespanntes Zusammenarbeiten — jeder in seinem Fach — in bescheidener Erkenntnis der Grenzen des eigenen Wissens und menschlichen Könnens und erfüllt von einem unbedingten, verträglichen Schaffenswillen, vermag die Wunden, die der Krieg der Welt geschlagen hat, einer langsamen Genesung entgegenzuführen.

Ein Gebiet, auf welchem schon jetzt deutsche Intelligenz und deutsche wissenschaftliche Arbeit Nützliches leisten und ihren Wert beweisen kann, ist die Behandlung der ökonomischen Fragen, die als Folgen der barbarischen Kriegführung, des Mißbrauchs wirtschaftlicher Mittel und sozialer Experimente

Digitized by Google

für die Weltwirtschaft aufgetaucht sind. Es sind Kombinationen geschaffen worden, wie sie sich vor dem Kriege kaum das Hirn eines Theoretikers vorstellen konnte. Die Gesetzgebung und Verwaltung sehen sich fortdauernd vor Probleme gestellt, die durch das Räsonnieren der Politiker und sogenannten Praktiker allein ohne Unterstützung durch wissenschaftliche Vorarbeiten nicht gelöst werden können. Jedes fehlgeschlagene Experiment rächt sich, wie man täglich erlebt, bitter an dem erschöpften Wirtschaftskörper und an dem duldenden Volke. Die Staatsmänner stehen den Problemen ratlos gegenüber; es fehlt ihnen im allgemeinen nicht allein persönlich die Kenntnis der wissenschaftlichen Grundlagen — wie sie auf allen sonstigen Gebieten die unbestrittene Voraussetzung neuen Schaffens ist —, ihre Hilflosigkeit zeigt auch, daß die Volkswirtschaftslehre selbst noch in den Kinderschuhen steckt. Wem beispielsweise der Begriff des Preises oder des Kapitals völlig unklar ist, der sollte sich vor praktischen Eingriffen hüten oder wenigstens an sie nur mit der gebührenden Bescheidenheit und Vorsicht herantreten. Kein Politiker wird es wagen, in medizinischen Fragen Anordnungen zu treffen oder auch nur selbstbewußte Reden über sie zu halten; auf wirtschaftlichem Gebiete dagegen ergreifen wohlmeinende Dilettanten praktische Maßnahmen und führen sie einseitig durch, ohne ihre verschlungenen und eigenartigen Wirkungen vorauszusehen oder auch nur ganz zu erkennen. Eingriffe roher Kräfte in das feine Uhrwerk des Wirtschaftslebens können nur schaden. Das Bewußtsein der Unzulänglichkeit seines Wissens ist gewiß schon manchem gekommen; das Streben nach Erkenntnis ist in allen Schichten des Volkes groß. Noch nie war die Atmosphäre für die Förderung ökonomischer Studien günstiger; wenn es gelingt, diese Strömung zu benutzen und die ökonomische Wissenschaft einer Blüte zuzuführen, so wäre dies neben der durch den Krieg verursachten Belebung der Technik eine Errungenschaft der Evolutionen der Jetztzeit. Das gemeinsame theoretische Interesse eint die Vertreter des extremsten Kapitalismus und Kommunismus; es gilt den Kampf der Klassen und Nationen auf das Feld der Wissenschaft abzulenken und ihre harmloseren und vornehmeren Formen anzuwenden. Vor ihrem Forum mögen die wirtschaftlichen Probleme beleuchtet und in theoretischen Ausarbeitungen und praktischen Vorschlägen Unterlagen für die verantwortlichen Staatsmänner und das deutsche Volk geschaffen werden.

Wenn wir bei der vorhandenen Überorganisation nicht eine zu große Scheu davor hätten, für eine Neugründung zu votieren, so würden wir die Bestellung einer wissenschaftlichen Kommission zur Untersuchung der schwebenden ökonomischen Fragen vorschlagen; unter den obwaltenden Umständen wird sich jedoch der Ausbau irgend eines schon bestehenden oder geplanten Instituts zu einer Gesellschaft von Autoritäten der ökonomischen Wissenschaft unschwer bewerkstelligen lassen. Daß in dieser Theoretiker, Praktiker, Arbeitgeber, Arbeitnehmer ver-

Digitized by Google

treten sein müssen, liegt auf der Hand. Es ist dies aber nur eine Vorfrage; eingehende Kenntnis des Wirtschaftslebens ist primitive Vorbedingung ihrer Mitarbeit. Die Ergebnisse sollen auch nicht bloß rein mechanische, im voraus berechenbare Abstimmungsresultate darstellen, wie man es heute überall zu erleben gewohnt ist, sondern es müssen in ernster, leidenschaftsloser, wissenschaftlicher Zusammenarbeit Forschungsergebnisse neu geschaffen werden, die vor dem Forum der Welt und der Erprobung durch die Praxis zu bestehen haben. Ihre Leistungen müssen die deutsche Wissenschaft in ihrer Gründlichkeit und Unbestechlichkeit repräsentieren und die Beachtung und Befolgung durch die Gelehrten und Staatsmänner der Nationen erzwingen. Die internationale Solidarität kann dadurch hergestellt, durch Beteiligung ausländischer Autoritäten der Kern eines wahren Völkerbundes des Geistes geschaffen werden. Auf einem der Politik am nächsten stehenden und für das Glück der Völker bedeutsamen Gebiet kann die deutsche Intelligenz, die von materiellem Elend bedrückt, umgeben von Gewalt und Korruption, die furchtbaren Leiden des Krieges und der Revolution vornehmlich trägt, ihre Stärke und Aufrichtigkeit zeigen und die Tätigkeit der Staatsmänner und Parlamente aller Länder fördern und befruchten.

Kritik des freien Handels in der Nahrungsmittelversorgung

Von Kuno Waltemath

Der ehemalige Oberpräsident von Ostpreußen v. Batocki hat sich für die freie Wirtschaft in der Nahrungsmittelversorgung bei einer Reihe von lebenswichtigen Produkten, bei Kartoffeln, bei Vieh, bei Futtermitteln, bei Butter ausgesprochen. Nur bei Getreide und bei Zucker will er sie beibehalten, aber auch hier nur mit Einschränkungen, bei Getreide lediglich bei Brotgetreide. Die Entscheidung, wie sie jetzt für die Fortdauer der Zwangswirtschaft wenigstens für das kommende Erntejahr getroffen worden, ist also nicht zugunsten der Meinung des Herrn v. Batocki gefallen. Das ist auffällig. Ist doch Herr v. Batocki der eigentliche Organisator der öffentlichen Bewirtschaftung, indem er das anfänglich ziemlich zerfahrene und willkürliche zwangsmäßige Ernährungssystem in einen festgeschlossenen Körper, in das Kriegsernährungsamt zusammenfaßte und den weiteren Ausbau folgerichtig besorgte. Wenn trotzdem seine gegenwärtigen Anschauungen über unsere Ernährungsweisen nicht durchgedrungen sind, so müssen schwerwiegende Gründe dagewesen sein, denen gegenüber es die Regierung nicht verantworten konnte, nur bei Korn die Zwangswirtschaft bestehen zu lassen, sonst sie aber zu beseitigen. Daran hat auch das Drängen einiger politischer Richtungen nichts zu ändern vermocht, die stürmisch die fast völlige Abschaffung der Zwangswirtschaft begehren, unbekümmert um die Folgen, zu sehr den Interessenten Gehör

Digitized by Google

gebend, oder den Kopf voll von gefährlichen Illusionen über die etwaigen Konsequenzen des von ihnen befürworteten Schrittes, wie das bei uns so Mode ist. Man glaubt zu gerne an das, was man liebt, und sieht die Welt so, wie man sie sehen möchte, nicht, wie sie wirklich ist.

Am meisten muß zur Kritik das Verlangen nach Freigabe des Kartoffel- und Viehhandels herausfordern. Was die Kartoffel anbelangt, so vergißt man immer, daß heute das Begehren nach der Erdfrucht viel größer als vor dem Kriege ist. Sie wird heute weit mehr gegessen, wohl dreimal mehr als früher, als Ersatz für Brot und Fett. Selbst die Ernte von 1915, die doch die reichste war, die je Deutschland gehabt, genügte nicht dem Bedürfnis: im Frühjahr 1916 trat in den großen Städten und Industriebezirken ein empfindlicher Kartoffelmangel auf. Der freie Handel wird die Anforderungen an die Kartoffel gewaltig steigern. Man wird mehr als jetzt, weit über die Ration hinaus verzehren wollen, mehr verfüttern, man wird sie wieder zu Stärke und Sprit verarbeiten wollen. Solchem Ansturm wird die Ernte nicht gewachsen sein, und das um so mehr, als wir wegen der Spärlichkeit von Stickstoff, der zudem ungeheuerlich im Preise gestiegen, und derselben Spärlichkeit und Teuerung an Arbeitskraft vorläufig mit verringerten Ernten zu rechnen haben, gegenüber den Ernten des Friedens. Der freie Handel kann hier kein Heilmittel sein, er kann nicht Stickstoff hervorzaubern und nicht reichliche Arbeitskräfte heranschaffen, es sei denn, wir bekämen wieder die polnischen und ruthenischen Arbeiter und Arbeiterinnen, die früher bei uns vornehmlich beim Kartoffelbau mithalfen. Es ist aber keine Aussicht da, sie sobald wieder auf den deutschen Feldern wirken zu sehen. Die deutschen ländlichen Arbeiter sind zu knapp, zu teuer und auch in der Arbeitsfähigkeit heruntergegangen. Die in der Stadt wohnenden Arbeitslosen sind gewöhnlich nicht zu gebrauchen und dem Lande entwöhnt. Auch wird der freie Handel nichts an dem bedauerlichen Zustand ändern können, daß im Frühling und im Vorsommer die Kartoffeln in den Städten und Industriebezirken rar sind. Die alten Kartoffeln werden verbraucht sein und die in den Zeiten vor dem Kriege uns in jenen Jahreszeiten so reichlich zuströmenden italienischen, maltesischen, algerischen, belgischen, holländischen, spanischen Kartoffeln werden wahrscheinlich wegen des Valutajammers uns kaum in bemerkenswertem Maße zukommen, wie es überhaupt heuer ein unsicherer Faktor ist, sich bei Ernährungsmaßnahmen darauf zu verlassen, ob das Ausland auszuhelfen vermag.

Kritisch ist auch das oft gehörte Verlangen nach *sofortiger* oder *möglichst beschleunigter* Beseitigung der öffentlichen Viehwirtschaft zu beurteilen. Man muß sich doch fragen, wie man denn heutzutage die Brotversorgung sicherstellen will, wenn man die Grundlage, eben die Zwangsbewirtschaftung der Viehzucht, vorher wegzieht? Was war denn bislang der Sinn der Zwangswirt-

Digitized by Google

schaft, wie er sich nach einer Reihe bitterer Erfahrungen herauskristallisiert hat? Nun, die Viehzucht unter Kontrolle zu halten, vor allen Dingen die Schweinezucht. Diese darf nur so groß sein, wie es nötig ist, die Landwirte mit Fleisch zu versorgen, solange wir keine ausländischen Futtermittel bewilligen können. Sodann sind nur solche Preise zu bewilligen, daß eine zu gewichtige Rentabilität der Fleisch- und Fettproduktion ausgeschlossen bleibt und so die Gefahr des Verfütterns von Brotkorn möglichst zurückgedrängt wird. Den freien Handel, ohne irgend welche Preisbeschränkung beim Vieh einzuführen, heißt die Viehzucht zu einem höchst rentabelen Gewerbe machen, heißt geradezu das Verschwinden des Brotkorns in die Viehställe legitimieren, heißt die Brotversorgung aufs äußerste gefährden. Man blicke doch nur einmal in die Geschichte der Kriegswirtschaft zurück. Im Spätsommer 1916 ergab die Viehzählung, daß die Viehstapel so groß waren, wie nie zuvor! Die Theoretiker und Beamten im Kriegsernährungsamt frugen verzweifelt: „Wie will man all das Vieh ernähren? Das kann doch nur auf Kosten des Brotkorns geschehen." „Nein," sagten die Praktiker, „habt nur keine Bange, wir haben riesige Mengen von Heu, Rüben, Stroh geerntet, wir garantieren, daß kein Brotkorn gefüttert wird."

Nun, wer hatte recht? Die Theoretiker, die Männer vom dreimal vermaledeiten grünen Tisch. Um die Brotversorgung zu retten, mußte im Frühjahr 1917 der Viehpreis gesenkt werden, mußten die Viehstapel gemindert werden, die Schweinestapel fast ausgerottet, um das Verfüttern des Brotkorns zu einem wenig ertragreichen Geschäft zu machen. Eine wilde Jagd der Militärkommandos nach verheimlichtem Korn begann, von dem auch fast ¾ Millionen Tonnen ausfindig gemacht wurden, im Frühjahr 1918 nicht viel weniger.

Gewiß, vieles spricht für die Beseitigung der Zwangswirtschaft beim Vieh. Aber selbst Herr von Batocki, der vormalige „Ernährungsdiktator" wünscht im Falle der Aufhebung, die er für geboten hält, Maßregeln gegen das drohende Verfüttern des Korns, Ausfuhrbeschränkungen für viehreiche Gegenden, äußerste Einschränkung des Verbrauchs von Fleisch und tierischem Fett, „um die Versorgung der Menschen mit Getreide", wie er darlegt, „und Kartoffeln einigermaßen aufrecht erhalten zu können. Die Frage schneller und wirksamer Einschränkung der Verfütterung immer größerer Mengen von Körnern und Kartoffeln zur Mast ist von ernstester Bedeutung. Ihre Nichtbeachtung kann zum Hungertode von Millionen von Deutschen führen."

Leider sagt Herr v. Batocki nicht, wie er sich diese Einschränkung auf gesetzmäßigem Wege denkt. Verbote sind natürlich Schläge ins Wasser. Jedenfalls muß eine Sicherstellung der Versorgung von Brot und Kartoffeln bewerkstelligt werden, und das wird ohne Zwangsmaßnahmen, ohne eine gesetzliche, mit Strafen erzwungene Ablieferungspflicht der Landwirte nicht möglich sein.

Digitized by Google

Einen Faktor lassen die Freunde des freien Handels heute außer acht, nämlich die Entwertung der Mark, die uns fast hermetisch von den Lebens- und Futtermittelquellen des Auslandes abschließt und die Preise für alle im freien Handel erhältlichen Waren ins Ungeheuerliche, zum Weltmarktpreise hin, treibt. Ist doch Hafer bei uns jetzt 20 mal so teuer wie vor dem Kriege! Wer zweifelt, daß es bei Korn, Kartoffeln, Vieh, Butter, Zucker unter dem Regimente des freien Handels ebenso gehen wird, wenn die Valuta sich nicht wesentlich bessert? Die Franzosen haben zu den Zeiten der großen Revolution das Experiment gemacht: der Konvent beschloß im Dezember 1794 die Zwangswirtschaft, die allmählich seit dem Beginne der Revolution sich ausgebildet hatte, durch den freien Handel wieder zu ersetzen. Es waren furchtbare Zeiten, die die Franzosen in den ersten zwei Jahren der Wiederkehr des freien Handels durchmachen mußten, ebenso wie heute hatten Lebensmittelmangel und Geldentwertung einen schrecklichen Bund geschlossen. Hungertot, entsetzliche Sterblichkeit, grausige Verzweiflung und rasende Wut beim Volke charakterisierten jene schreckliche Zeiten.

Ein großes Sterben ging damals durch Paris und Frankreich. Erschütternde Szenen spielten sich auf den Straßen von Paris ab, eine natürliche Begleiterscheinung des Sieges des freien Handels, erfochten in einer Periode einer wahnsinnigen Geldentwertung. Ein Freund des Jakobinerführers Mallet-du-Pan schrieb diesem im Juli 1795, daß er täglich Zeuge des Todes von vielen Leuten wäre, die auf den Straßen verhungerten. Andere, und besonders Frauen, nährten sich nur von Unrat, von den Stummeln von verdorbenen Hülsenfrüchten und von dem Blute, das aus den Schlachtereien herausfließt. „Die Arbeiter", so schrieb er weiter, „haben allgemein ihre Arbeitsstunden vermindert, weil sie aus Mangel an Nahrungsmitteln erschöpft sind." „Wie viele Male", so berichtet ein Schweizer, Meißner, welcher während der letzten Monate von 1795 in Paris war, „habe ich nicht Menschen auf den Straßen angetroffen, welche vor Entkräftung hinfielen, sich mit Mühe an einen Eckstein festhielten oder, auf die Erde gefallen, nicht die Kraft hatten sich zu erheben." Ein Journalist sagte, gesehen zu haben, daß innerhalb 10 Minuten, in der ganzen Ausdehnung der Straße, sieben Unglückliche aus Hunger hinfielen, daß ein Kind am Busen einer Mutter starb, deren Milch vertrocknet war, und daß eine Frau sich mit einem Hund nahe bei einer Kloake um einen Knochen zankte. Meißner verließ nie sein Hotel, ohne seine Taschen mit Stücken von dem Nationalbrot gefüllt zu haben. „Dieses Brot," so sagte er, „welches ein Armer früher verachtet hätte, sah ich, oft mit dem Ausdruck der lebhaftesten Erkenntlichkeit von Personen von guter Erziehung angenommen: das Fräulein, das sich mit dem Hunde um einen Knochen zankte, war eine alte Nonne, ohne Eltern, ohne Freunde, überall abgewiesen .... Ich höre noch", teilt uns schließlich Meißner mit, „die schwache und düstere Stimme einer wohl-

Digitized by Google

gekleideten Frau, die mich anhielt, um mir zu sagen, indem sie sich vor Verzweiflung überstürzte, ‚ah, mein Herr, helfen Sie mir, ich bin keine Elende, ich habe Talente, Sie können meine Werke im Salon sehen. Aber, seit zwei Tagen habe ich nichts gegessen, und ich bin rasend vor Hunger'." In einem Gesamtbericht der Polizeikommissare im Sommer 1796 heißt es: „Ein düsteres Stillschweigen; ein tiefer Kummer, der sich den Gesichtern aufdrückt, der tiefste Haß gegen die Regierung, in allen Unterhaltungen zutage kommend; die Mißachtung für alles, was die gegenwärtige Autorität ausmacht; ein frecher Luxus, der das Elend des unglücklichen Rentiers verhöhnt, der zu Hause vor Hunger und Kälte verscheidet, der ehrliche Familienvater, jeden Tag das Stück seines Meubles ments bestimmend, welches er verkaufen muß, um die Besoldung zu ergänzen, mit der er sich nicht mehr als ½ Pfund Brot verschaffen kann usw."

Frankreich schien damals sterben und vergehen zu wollen. Mögen die Klugheit und die verantwortungsvolle Einsicht der maßgebenden Instanzen uns vor ähnlichem Leid bewahren. Was damals Frankreich nur zu *drohen* schien, könnte bei uns grausige Wahrheit werden. Möge auch die deutsche Landwirtschaft, unbeirrt von demagogischen Strömungen, die richtige Stellung finden, in Erkenntnis der Last von Aufgaben, die auf ihr lasten. Die deutsche Landwirtschaft hat Wunderbares während des Krieges geleistet, sie wird auch in unseren so schweren Zeiten wieder den rechten Weg zu erspähen wissen. Vor allen Dingen mögen die Führer der Landwirtschaft hier vorangehen und das Ihre tun, die Landwirte über die Notwendigkeit der Fortdauer der Zwangswirtschaft aufzuklären. Sie mögen ihnen sagen, daß diese so lange unentbehrlich ist, als die Mark so tief im Kurse steht. Ich bin davon überzeugt, daß die Landwirte in ihrer großen Meinung vor solcher Notwendigkeit auch nicht die Augen verschließen, nach den Erfahrungen, die ich in meiner Eigenschaft als Aufklärungsredner des Reichsernährungsamtes sammeln konnte. In den 173 Versammlungen, in denen ich über die Ernährungspolitik des Reiches vor den Landwirten, großen wie mittleren und kleineren, sprach, fand ich sie fast einmütig des Glaubens, daß der freie Handel jetzt und noch auf eine Zeit hinaus von Übel sein müßte, daß nur die Zwangswirtschaft anders gestaltet, mehr den berechtigten Wünschen der Bebauer der ländlichen Flur angepaßter sein müßte. Man folge solcher bäuerlichen Gesinnung, und die Volksernährung des Reiches wird gesichert dastehen.

Man wird einwenden, daß die Zwangswirtschaft ein Hemmnis der Erzeugung sei, daß sie die Schuld daran trage, wenn die Erträge beim Korn, bei den Kartoffeln, bei Zucker, bei der Viehzucht so gewaltig gesunken sind. Daran trägt aber nicht die Zwangswirtschaft schuld, sondern der Krieg, der uns vom Bezuge der Futtermittel und der fremden Phosphorsäure abgesperrt hat, ferner vom Bezuge der polnischen und ruthenischen Arbeiter und Arbeiterinnen. Daß diese Arbeiter jetzt

Digitized by Google

mangeln, daran leidet ja so sehr der Ackerbau, vor allen Dingen der Anbau von Zuckerrüben. Dazu kommt der Verlust von deutschen Arbeitskräften durch den Krieg, der furchtbar unter den Landleuten aufgeräumt hat, sodann treten hinzu heute der Kohlenmangel, die ungeheuren Preis- und Lohnsteigerungen, sowie der Verlust von Lothringen mit seinen phosphorsäurereichen Erzen, dem Material zur Herstellung von Thomasmehl. Daher sind die metallischen Düngemittel ein fast unerschwinglicher Luxusartikel geworden. Daß die Zwangswirtschaft kein Hindernis der agrarischen Produktion ist, erweist der große Fortschritt, den während des Krieges Gemüse- und Oelsaatenbau genommen haben. Riesig hob sich der Anbau von Kohl und Möhren, und wenn der Mensch von Kohl allein leben könnte, hätten wir der Blockade spotten können. Und der Gemüsebau nahm deshalb so zu, weil hohe Gemüsepreise bewilligt worden waren und weil den Gemüseproduzenten reichlich Stickstoff zur Verfügung stand. Die Städte, die Anbauverträge mit diesen schlossen, gaben ihnen schwefelsauren Ammoniak aus ihren Gaswerken, so viel, daß auch die anderen Kulturen der Gemüseproduzenten, Kartoffeln, Rüben usw. davon abbekommen konnten und gut gediehen. Wie oft ist mir in den Versammlungen der Zusammenhang auseinandergesetzt worden.

Die Korn- und Kartoffel- sowie die Zuckererzeugung wird auch unter der Zwangswirtschaft profitieren können, wenn sie nur Kunstdünger und gute Preise erhalten kann. Gute Preise sind den Landwirten für die nächste Ernte zugebilligt worden, es gilt nun, so viel wie möglich Kunstdung heranzuschaffen, zu erträglichen Preisen. Das zu tun, sollte eine Hauptaufgabe der Staatspolitik sein. Ohne Kunstdung, dessen Produktion nur eine planmäßig arbeitende Regierungspolitik mehren kann, wird auch der freie Handel nicht imstande sein, die Gesetzung zu fördern. Der freie Handel muß lediglich eine furchtbare Periode des Wuchers heraufbeschwören, mit einer ebenso furchtbaren Krise an ihrem Ende, unter deren Trümmern dann auch die deutsche Landwirtschaft begraben liegen wird.

Verborgene Schätze

Von Dr. E. Jenny

Im Heft 34 des Jahrgangs 1919 der „Deutschen Politik" habe ich in dem Aufsatz „Deutschlands größter Schatz" darauf hingewiesen, um wieviel größer als alle materiellen Schätze jener Reichtum Deutschlands ist, der im Personalbestand seiner Bevölkerung beruht. Dieser unermeßliche Reichtum, — zugleich die unerschöpfliche Quelle künftiger Wohlfahrt, sofern sie unangetastet erhalten bleibt durch alle Fährnisse und Bedrängnisse des grausamen Friedens, — ist um so mehr berufen, der Grundstock zu Deutschlands neuem Erblühen zu werden, je schlimmer

Digitized by Google

die Ausplünderung von Deutschlands materiellem Besitz durch die Entente sich gestaltet.

Ich habe auch der landläufigen, aber irrtümlichen Auffassung Erwähnung getan, die bei Beurteilung der Wirtschaftslage eines Landes nur Sachgüter in Anschlag bringt und in statistische Tabellen faßt, Naturschätze registriert, allenfalls in Kohlenlagern und Wasserkräften schlummernde Arbeitsenergien eines Landes mitrechnet, an der gewaltigsten Arbeitsenergie aber, die ein Land birgt, achtlos vorbeigeht, indem sie die Macht übersieht, welche in den gesunden Knochen, den starken Armen und geschickten Händen, den gescheiten Köpfen eines arbeitsfreudigen und arbeitstüchtigen Volkes vorhanden ist.

In bezug auf Deutschland wird dieser Fehler meistens gemacht, und zwar eigentümlicherweise fast durchweg von deutscher Seite selbst; während bei den Ausländern heute bereits die richtige Einsicht sich viel eher durchringt, bei Bewertung von Deutschlands Zukunft den Arbeitswert der Bevölkerung sehr hoch in Betracht zu ziehen. Die Amerikaner sprachen es dahin aus, daß Deutschlands Kreditwürdigkeit gegenwärtig ihre festeste Basis in der Arbeitsenergie des Volks habe, und von dem Wiederingangsetzen derselben zu vollster Kraftentfaltung die Möglichkeit abhängt, dem niedergeworfenen und schwer mit Tributen belasteten Lande mit Rohstoffen und Kreditgewährung beizuspringen. Deutschland ist eben in der Lage eines Mannes, der über Nacht bettelarm geworden, aber seine gesunden Arme und seine gesunden Sinne bewahrt hat. Geht es von neuem frisch ans Werk, um sich Haus und Hof wieder zu erringen, dann kann es ihm beschieden sein, seine wirtschaftliche Vollwertigkeit aufs neue anerkannt zu sehen. Darum muß das schärfste Augenmerk des deutschen Volks auf die Erhaltung eben dieser seiner Gesundheit gerichtet sein. Dann, aber auch nur dann, wird es sich wieder entfalten können zur einstigen Blüte.

Ich tat vorhin schon der „Arbeitsfreudigkeit" und „Arbeitstüchtigkeit" Erwähnung und streifte damit psychologische Eigenschaften. Sie entgehen erst recht der ihr zukommenden Würdigung. Auch in meinem ersten Aufsatz behandelte ich zunächst hauptsächlich die in einer Bevölkerung ruhende kinetische Energie, d. h. die sich in Bewegung umsetzende Kraft und deren Befähigung, sich in wirtschaftliche Güter umzuwandeln. Es erübrigt noch, die Wichtigkeit der „Beseelung" dieser Betätigung zu betonen und deren tiefgreifenden Einfluß für die Erfolge der einfach körperlichen Rührigkeit.

Von der Beseelung, dem seelischen Gehalt der Arbeitsenergie eines Volkes hängt nicht sowohl nur das Ergebnis des einzelnen Arbeitsvorgangs als auch die gesamte Arbeitsorganisation und die Ineinandergliederung der Arbeitsvorgänge ab. Der Mensch ist eben nicht wie etwa das im Göpel laufende Tier lediglich kinetische Kraftquelle; in ihm wohnt nicht nur ein gewisser Bestand von Muskelkraft, der

Digitized by Google

einfach in mechanische Auswirkung gebracht zu werden braucht. Eine Wirtschaftsverfassung, die große Teile ihres Volks auf solch niederen Stufe hielte oder sie gar dazu niederzwänge, legte dadurch gerade die kostbarsten Kräfte brach! Denn der Mensch ist auch Träger geistiger Kräfte, und da solche ungleich wertvoller sind als die durch Wasserkraft, Kohlenwerte oder Tiergespanne zu ersetzende mechanische Kraft, muß gerade sie zu möglichst ergiebiger Auswirkung gebracht werden. Hierzu bedarf es aber vor allem der richtigen Erkenntnis dieser Kräfte in ihrer vollen Tragweite. Darin ist nun schwer gesündigt worden von der zünftigen Nationalökonomie. Ihre Einseitigkeit ging so weit, daß sie allenfalls noch die Bedeutung technischen Könnens und besonderer Befähigungen zu wirtschaftlich hochbewerteten Leistungen anerkannte, psychologische Eigenschaften im engeren Sinne, deren Umsetzung in wirtschaftliche Güter nicht so unmittelbar in die Augen fiel, oft ausdrücklich aus ihren Betrachtungen ausgeschieden wissen wollte. Ethik und Charakterbildung schienen ihr zu abgelegen von dem Bereich des Wirtschaftslebens, als daß sie Gegenstand volkswirtschaftlicher Erörterungen hätten sein dürfen. Und dennoch bilden sie, wie u. a. sogar die politische Artung eines Volks, einen hochwichtigen Faktor in der Gestaltung der Wirtschaft.

Einige dieser Zusammenhänge mögen hier erörtert werden, unter besonderer Rücksicht, wie fühlbar sie die Ergebnisse der Wirtschaftstätigkeit eines Volks beeinflussen müssen. Da sind z. B. *Ehrlichkeit* und *Gewissenhaftigkeit*. Scheinbar reine Fragen der Charakterbildung eines Volkes; und doch, welchen Einfluß vermögen sie auf die Güterbeschaffung einer Volkswirtschaft zu üben, geschweige denn auf die Gesamtbilanz eines Staates! Wer jemals in fremden Ländern arbeitete, insbesondere solchen von niedriger Kultur, dem wird das Verständnis hierfür sehr bald aufgegangen sein. Nehmen wir ein einfaches Beispiel. In Süddeutschland oder in der Schweiz kann man ruhig einen oder zwei Knechte zu irgend einer Arbeit aufs Feld schicken in dem Bewußtsein, abends genau dieselbe Leistung ihres Tagewerks zu verzeichnen, als wenn ein Aufseher mitgegangen wäre. Anders in Rußland; da weiß jeder Wirt, daß es hinausgeworfenes Geld gewesen wäre, unbeaufsichtigte Leute an irgend eine Aufgabe zu stellen. Die Leute hätten sich durch keine Pflicht gebunden erachtet, etwas zu schaffen! Ja, sie hätten ihren Arbeitgeber für dumm und geizig gehalten, daß er sich einfallen ließ, sie allein hinausziehen zu lassen; sie hätten gelungert und in der Sonne liegend gemütlich der Faulheit gepflegt. Bei Negern in den Kolonien träfe dies mit absoluter Gewißheit ein. — Und nun: schlägt solcher Unterschied nicht ungeheuer schwer zu Buch? Zwar ist es „bloß" ein psychologischer Unterschied; aber wenn er sich in tausendfältiger Wiederholung auf viele Höfe und Güter erstreckt, durch Hunderttausende von Werkstätten zieht, dann führt er zu völlig anderen Gestehungskosten der Bedarfsdeckung eines Volkes und wirft alle ur-

Digitized by Google

sprüngliche Berechnung über den Haufen. Denn es hat diese Bewandtnis damit, daß nun auf je 2, 4 oder 6 Arbeiter eine weitere und wertvollere Kraft beigegeben und damit der unmittelbaren Gütererzeugung entzogen werden muß, wo bei einer psychologisch besser gearteten Bevölkerung solche Aufseher in Wegfall kommen oder nur auf 20, 30 oder 50 Arbeiter ein Aufseher angestellt wird, der zudem mehr als technischer Berater und Helfer fungiert, also wirklich zur Produktion unmittelbar beisteuert. Bei mangelnder Ehrlichkeit und Gewissenhaftigkeit wird auch mit den anvertrauten Rohstoffen und den Geräten weniger schonend und pfleglich umgegangen werden, ganz zu schweigen von Vergeudung und Diebstahl, der in jedem unbewachten Moment einreißt. Die hierdurch nötige Umständlichkeit der Betriebsorganisation und die teuere Aufsicht legen sich als schwere Unkosten auf die Gütererzeugung; Beträge, die in die Hunderte von Millionen gehen.

Spielt dies für die Produktivität der Arbeit eine so einschneidende Rolle, so wird auch die Rentabilität des Kapitals ungünstig beeinflußt. Für dieses entsteht durch solche unfruchtbaren „unproduktiven" Spesen (faux frais = falsche, im Grunde unnötige Kosten nennt sie der Franzose) ebenfalls Verringerung seines Ertrages infolge geringerer Verbreitung von Ehrlichkeit und Gewissenhaftigkeit, auch abseits des Arbeitsprozesses. So muß in Ländern mit niedrigem Stand der Ehrlichkeit dieselbe zu einem Seltenheitswert teuer bezahlt werden. In Rußland z. B. läßt man sich die Erwerbung eines ehrlichen Menschen oft schweres Geld kosten und sieht um der Ehrlichkeit willen von technischem Können ab (für das man dann wohl einen zweiten Angestellten annimmt), wo in Deutschland oder England die Ehrlichkeit eine reine Selbstverständlichkeit ist. Man kann sich denken, wie sehr solche Unkosten die Rentabilität des Volksvermögens herabmindern! Nur ein Beispiel kleinsten Ausmaßes. In Deutschland kann man die Hausverwaltung, Einziehung der Mieten usw. ruhig irgend einem kleinen Manne gegen billigstes Entgelt anvertrauen, der es nebenbei gern und völlig ausreichend besorgt. Wollte man etwa in Rußland dieses Experiment unternehmen und gleichfalls einem Schutzmann, kleinen Handwerker oder ähnlichem Manne solches Amt übergeben, dann erlebte man sein blaues Wunder in der Verflüchtigung der Gelder und der Verwahrlosung des Gebäudes! Das Resultat ist, daß man sich schon an sehr hochwertige und daher sehr teuere Kräfte wenden muß, wenn man einige Gewähr für ehrliche Besorgung der an sich doch einfachen Geschäfte haben will. In Frankreich übernehmen meist Notare und ähnliche, mit recht kostspieligen Sporteln arbeitende Leute die Hausverwaltungen. Alle diese Unkosten bilden für die eine Volkswirtschaft recht hohe Auflagen, wo für die anderen ebensoviel wertvolle Ersparnisse herausspringen. Sie erfließen jedoch in ihrer ganzen Millionenhöhe aus einer rein psychologischen Quelle, die als wirtschaftliches Element einzuschätzen gemeinhin nicht üblich ist.

Digitized by Google

Ähnlicher wertvoller Eigenschaften, die jedoch von den auf Überschätzung des Materiellen gerichteten Wirtschaftswissenschaften nicht „bewertet" zu werden pflegen, könnte man Dutzende anführen. Da sind etwa Pünktlichkeit und systematische Erziehung zur Ordnungsliebe zu nennen. Je höher die Wirtschaftsintensität eines Landes, desto mehr schafft sich der Satz „Zeit ist Geld" Geltung. Pünktlichkeit bedeutet aber nichts anderes, als ein sorgsames Umgehen mit der Zeit, der eigenen wie derjenigen anderer, und daher eine ungeheuere Ersparnis für die Gesamtheit. Wer durch eigene Erfahrung die Unterschiede kennt, die darin in den verschiedenen Ländern herrschen, dem werden die Augen aufgegangen sein, welche Unsummen kostbarster Zeit in slawischen Ländern vertan wird. So gut wie nie klappt dort eine Verabredung; anberaumte Sitzungen beginnen stets mit stundenlangen Verspätungen; beorderte Dokumente sind nicht rechtzeitig zur Stelle oder sind vergessen, verlegt oder unauffindbar. Überall schalten sich Viertel- und halbe Stunden dazwischen, oder ganze Tage kommen bei Geschäften in Verzug. Man wartet und man läßt warten; auf einige verlorene Stunden, ja Tage und Wochen, kommt es keinem an. Bedenkt man, daß es überwiegend die Zeit sehr hochwertiger Arbeitskräfte ist, die derart vergeudet wird, so ermißt man, welchen Abbruch dies deren Ausbeute für die Gesamtwirtschaft tun muß. Unpünktlichkeit, Unordnung, Zerfahrenheit in dem Wirtschaftsbetrieb bedingen in Rußland eine Einbuße von Milliarden wertvoller Arbeitsstunden, die uneinbringlich verloren gehen. Ein zur Ordnungsliebe und Pünktlichkeit erzogenes Volk gebietet in diesen Eigenschaften über Reichtümer, von denen es sich selbst nicht Rechenschaft gibt.

Überhaupt schlägt alles, was innere Reibungen und die damit verbundene Kräfteverzettelung vermeiden hilft, zu wirtschaftlichem Vorteil aus. Neben den genannten Eigenschaften der Pünktlichkeit und Ordnung kommt die Disziplin in Betracht, die durchaus nicht mit persönlicher Unterwürfigkeit zu verwechseln ist, sondern in Unterwerfung unter einen Grundsatz oder ein sachliches Ziel besteht. Obenan steht in dieser Hinsicht der Grad von Selbstzucht, die einem Volke eigen ist und die zu wirtschaftlichem Nutzen ausschlägt. Sie wirkt kräftesparend, indem die innere Zucht viele äußere Reibungen behebt. Ist doch bei jedem Zusammenwirken zahlreicher Menschen die Aufrechterhaltung strenger Zucht unerläßlich für ersprießliche Betätigung, und wo diese Zucht nicht in den Menschen und ihrer psychologischen Artung begründet ist, da muß sie von außen her mittels kostspieliger Organe aufrecht erhalten werden (Aufsichtspersonal, Kontrollbeamte, Wächterpersonal, Polizei, Gerichte mit ihrem umständlichen und zeitraubenden Verfahren usw.). Ein von hoher Selbstzucht beseeltes Volk gewinnt daher gegenüber einem anderen, das nur durch Zwangsmittel in Ruhe zu erhalten ist, nicht nur an innerer Ausgeglichenheit und besserer Kräfteausnützung, sondern auch an allerhand in Weg-

Digitized by Google

fall kommenden baren Unkosten. Wo weniger Streitsachen anhängig gemacht werden, wo die Kriminalität sinkt und hohe Pflichttreue die Handlungen lenkt, da wirkt dies selbst auf die Zahl der Gerichte zurück, so daß auch der Fiskus entlastet wird. Ist dies alles nicht reichlicher Gewinn an Wirtschaftskraft, der aus *seelischen* Eigenschaften quillt?

Ähnlich ist es bestellt um die *Arbeitsfreude*, die *Freude am Werk*, die Deutschland einst zu so hohen Leistungen beflügelte. Wie anders steht es bei einem Volk, das nur unter Zwang arbeitete, nur ableistete, was sich ihm auferlegte? Bekannt sind die Beispiele in der Agrargeschichte, wo die Grundherren bei einiger Vervollkommnung des Landbaus selbst für Abschaffung der Leibeigenschaft gewonnen wurden durch die Einsicht, daß Fronarbeit niemals an freie und freudige Arbeit heranreicht, auch nicht unter der Fuchtel schärfster Zwangsbefugnisse! Das seelische Verhältnis zum Werk ist eben unbezahlbar und wird bei einem fleißigen Volk zu einem wahren Schatz, den es in sich selber trägt.

Zu einem ähnlich kostbaren Gut wird auch für jedes Volk eine *gute Verwaltung* und ein *guter Rechtsschutz*. Beide beruhen ihrerseits wieder auf geistigen Fähigkeiten und Charakterveranlagung der Beamten. Ein kenntnisreiches, pflichtgetreues, unbestechliches Beamtentum war eine Grundlage des deutschen Erblühens vor dem Kriege, um die alle anderen Nationen Deutschland beneideten. Ein zuverlässiger Verwaltungsapparat trägt unermeßliche wirtschaftliche Früchte. Handel und Verkehr erfahren eine beträchtliche Erleichterung und Verbilligung, wenn die großen öffentlichen Verkehrsanstalten — Eisenbahn, Seedienst, Post, Telegraph — mit uhrwerkähnlicher Genauigkeit arbeiten, wie es einst in Deutschland der Fall war. In Verbindung damit, sowie dank der großen Rechtssicherheit und guter Organisation aller Verwaltungszweige, senken sich die Versicherungsprämien auf relativ geringfügige Beträge: hier haben wir ein Beispiel, wie sich der Einfluß der Charaktertüchtigkeit einer Bevölkerung seine Bewertung in Geld erzwingt und unmittelbar in gewaltige *Gelderspanisse* für die Gesamtheit umwandelt!

Es ist daher eine Mißdeutung, wenn die geistigen und moralischen Eigenschaften eines Volks als wirtschaftlich belanglos außer acht geschoben werden. Bei der Beurteilung der Aussichten auf wirtschaftliches Wohlergehen müssen im Gegenteil die in einem Volke herrschenden Verhältnisse nicht allein des technischen Könnens, sondern der allgemeinen Bildung, der Charakterveranlagung, privater Ethik und öffentlicher Moral sehr stark in Betracht gezogen werden. *Das sind sämtlich kulturelle Anlagekapitalien*, die in der Wirtschaft des Volkes überaus reiche Zinsen abwerfen. Ein jeder mag dies ermessen durch Entgegenhalten der Gegensätze: es ist einleuchtend, wie sehr ein aus innerem Bedürfnis arbeitsames, gewissenhaftes,

Digitized by Google

ehrliches, zu Ordnung und Pünktlichkeit erzogenes und sich einer untadeligen Verwaltung erfreuendes Volk auch wirtschaftlich im Vorsprung ist im Vergleich zu einem lässigen, unehrlichen, verwahrlosten Volk mit einer korrupten Verwaltung. Die Kapitalisierung der hieraus entspringenden Mehrerträge mag Milliarden ergeben. Diese Milliarden aber ruhen, von alter Kultur aufgespeichert, in der tiefsten Seele der Bevölkerung.

Neuerscheinungen

Alexander Faure, Die Zukunftsarbeit unserer Kirche, Verlag von Engelhorns Nachf., Stuttgart. 112 Seiten, Preis 4 Mark.

Der Verfasser ist thüringischer Pfarrer. Er sagt zum Schluß seines Buches, daß es für die Kirche jetzt tatsächlich um Sein oder Nichtsein geht: „Kann sie jetzt nicht genügen, so ist ihr das Gericht gesprochen. Doch wenn sie nur sich richtig einstellt auf die Zukunft, ich glaube dann ist kein Grund zu Verzagen und zur Hoffnungslosigkeit. Dann wird sie neue Blüte erleben und neue Kraft."

Das ist meiner Meinung nach zwar eine ernste, aber immer noch sehr optimistische Auffassung. Faures Grundgedanke ist „sichten!". Das soll nicht geschehen durch Ausstoßung der Gleichgültigen, die bloß dem Namen nach zu irgend einer Kirchengemeinde gehören, sondern durch den Zusammenschluß einer organisierten engeren Religions- und Gottesdienst-Gemeinschaft derer, die entschlossen sind, ein ernstes Maß kirchlicher Pflichten und religiöser Lebensbetätigung zu erfüllen. So soll die Kirche als Glaubensgemeinschaft und als Liebesgemeinschaft zur Wirklichkeit werden. Wer nicht in diese engere Gemeinschaft hinein will, d. h. wer auf eine Anfrage, die an ihn ergeht, nicht mit Ja antwortet, kann in einem entfernteren Verband mit der Kirche bleiben oder kann ganz aus aller Kirchengemeinschaft austreten. Faure sagt: „Darüber darf dabei kein Zweifel bleiben, daß nur die in lebendiger Frömmigkeit am kirchlichen Gesamtleben Beteiligten voll und ganz als Glieder der Kirche anzusehen sind, die anderen aber nur in gewissem, viel loserem Zusammenhang mit ihr stehen, — eben nach der Art der alten Neophyten."

Das ist der Kern der Schrift. Die Einzelheiten sind teils angedeutet, teils näher entwickelt, überall fein, warm und aus der praktischen Erfahrung des Amtes heraus gegeben, sehr anregend und sehr zum Nachdenken für religiöse Menschen. Schön ist das Kapitel: „Wir Pfarrer," mit dem jeden praktischen Theologen sich auseinanderzusetzen gut sein wird. Wenn die bestehende Kirche sich helfen, und wenn sie die christlich-religiöse Entwicklung der Zukunft weiterhin führen will, so wird sie kaum einen anderen Weg gehen können, als den, den Faure vorschlägt. Aber wird sie es? Es ist vielleicht ein gutes Zeichen, daß Schriften wie die Faureschen jetzt erscheinen, aber es kommt darauf an, wie sie aufgenommen werden. Unsere Zeit will Religion und sehnt sich nach Religion, aber die Kirche wird sehr freie Wege gehen müssen, nach Faures Art, wenn sie sich dabei selbst erhalten und dem vorhandenen Sehnen dienen will. Paul Rohrbach.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt. Redaktion: Schöneberger Ufer 36a I. Telephon: Nollendorf 928. Für Anzeigen: Werbedienst G. m. b. H., Berlin W. 35, Lützowstr. 102/4. Verlag: Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW. 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt 10 M. Einzelnummer 1 M. Gedruckt in der Buchdruckerei Hermann Bergmann, Berlin SW. 48.

Digitized by Google

5. Jahrgang * 9. April 1920 * Heft 15

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Im Ruhrgebiet scheint es dem neuen preußischen Minister des Innern Severing gelungen zu sein, die Mehrzahl der Arbeiter zur Waffenniederlegung überredet zu haben. Der Rest ist jetzt Liquidierung des dank dem Kappschen Putsche entstandenen Bandenunwesens. War schon die Auseinandersetzung zwischen den Ministern Koch und Heine über die Vorgeschichte des Putsches ein Beweis, daß in Zeiten der Unruhen die deutsche Reichsmaschinerie dank den vielen kleinen eingeschalteten Staatsrädern zu kompliziert ist, so wurde dieser Zwiespalt durch die gänzlich verschiedene Art, wie die deutsche und die preußische Regierung die Öffentlichkeit über die Vorgänge im Ruhrgebiet in Kenntnis setzte, direkt zu einer unzulässigen Belastung des noch jungen republikanischen Staatsbaues.

■

Über Nacht ist in Dänemark nicht nur eine Minister-, sondern auch eine Staatskrise, wenn nicht sogar eine Königskrise entstanden. Der Wunsch des Königs, den durch die Abstimmung geweckten Chauvinismus auf die konservative Parteimühle zu lenken, hat Sozialdemokratie und bürgerliche Demokratie geschickt dadurch pariert, daß sie die Verfassungsfrage aufrollte. Der kaum mehr vermeidbare Generalstreik kann leicht über das Schicksal nicht nur des dänischen, sondern der skandinavischen Monarchie die Entscheidung fällen. Wie der Kapp-Putsch zeigte, haben die deutschen Konservativen nicht aus der Revolution die richtige Lehre zu ziehen verstanden, jetzt hat der König von Dänemark bewiesen, daß auch er nicht die Sprache der Zeit zu lesen verstand, sondern noch flott darauf loslebte, als ob wir Juni 1913 schrieben.

■

Digitized by Google

Millerands Plan, die deutschen Schwierigkeiten durch Verweigern der Einmarscherlaubnis in die neutrale Zone zu erhöhen, scheint nicht den Beifall der Engländer und Italiener gefunden zu haben. Die italienische Regierung soll sogar der Entente ihre Abneigung gegen eine Einmischung in innerdeutsche Angelegenheiten angekündigt haben.

*

In Italien ist plötzlich eine innerpolitische Spannung eingetreten. Die Klerikalen, die zweitgrößte parlamentarische Gruppe, haben mit den Sozialisten zusammen die Regierung gezwungen, die geplante Erhöhung des Brotpreises wieder zurückzuziehen. Der linke Flügel dieser Partei hat in seinem Parteitag in Bergamo, der von Kleinbauern und niederer Geistlichkeit beschickt war, zum Schrecken seiner Führer nicht nur sozialistische, sondern direkt bolschewistische Neigungen gezeigt. Da das Ministerium Nitti ohne feste Majorität regiert, so war es auf die Unterstützung der Klerikalen angewiesen. Sollten sich die Klerikalen mit den Sozialisten öfters zusammenfinden, so wäre damit das Kabinett Nitti ernstlich gefährdet.

*

Die deutsche Öffentlichkeit, die sich trotz aller Warnungen nur zu gern von den russischen Emigranten informieren läßt, ist durch den Vormarsch der nationalukrainischen Truppen unter Petljura völlig überrascht worden. Wie ernst die Bolschewisten selbst diesen militärischen Vorstoß beurteilen, geht aus der Verlegung des Sitzes der Sowjet-Regierung von Kijew nach dem 500 Kilometer weiter östlich gelegenen Charkow hervor. Das haben sie nicht nur getan, weil sie sonst befürchteten, von den regulären Truppen im Westen und den aufständischen Bauern im Osten (ihr Zentrum ist Poltawa) in die Zange genommen zu werden, sondern auch weil die Bolschewisten nur in den größeren Städten mit starkem, zum Teil eingewanderten großrussischen Proletariat festen Fuß gefaßt haben. Wie uns von einem führenden ukrainischen Politiker berichtet wird, hat er im Februar über 500 Kilometer zu Pferde und Fuß in dem von den Bolschewisten besetzten Gebiet zurückgelegt, ohne auf dem flachen Lande eine Spur von bolschewistischer Verwaltung zu finden. Im Dorf herrschte und herrscht eben nur der ukrainische Bauer, und der hat erkannt, daß einerlei, ob Zar oder Trotzki, für den Ukrainer keine Möglichkeit besteht, seine politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Wünsche unter einer großrussischen Regierung erfüllt zu erhalten. Er ist daher jetzt immer mehr zum Träger des Selbständigkeitsgedankens geworden, wodurch die ukrainische Bewegung natürlich nicht nur an Breite, sondern auch an Tiefe gewonnen hat.

*

Digitized by Google

Material zur auswärtigen Politik

Von Dr. Paul Rohrbach

Gelegentlich ist bei uns schon die Rede gewesen von Lord Loreburns Buch: „Wie der Krieg kam"*). Es ist nicht für das Ausland, sondern für die Engländer geschrieben, aber es ist von Bedeutung auch für uns. Der Verfasser beginnt seine Arbeit mit den Worten:

Dieser Band ist geschrieben in der Hoffnung, etwas zur Vermeidung zukünftiger Kriege dadurch zu helfen, daß er zeigt, wie es geschah, daß wir plötzlich in den großen Krieg von 1914 gebracht wurden...

Als der Krieg ausbrach, wurden alle im Amt befindlichen Kabinettminister, ausgenommen zwei, überredet, zu bleiben, jedoch verhehlten mehrere von ihnen nicht ihr Mißfallen gegenüber der ministeriellen Politik. Ihre Zungen waren gebunden. Neun oder zehn Monate später, als Unfälle zur See, auf diplomatischem und auf militärischem Gebiet das Kabinett dahin gebracht hatten, daß es seine Unfähigkeit anerkannte, länger ohne frische Unterstützung die Sache zu führen, wurden die Minister, die entgegen ihrem eigenen Urteil zu bleiben eingewilligt hatten, hinausgeworfen und Raum für konservativen Ersatz geschaffen. In der Theorie würden die neuen Minister nicht verantwortlich sein für Irrtümer, die begangen wurden, bevor die Koalition ins Leben trat. Tatsächlich bedeutet die Annahme des Amts durch sie, wenn auch die Konstruktion nicht gerecht sein mag, so viel wie die Gutheißung des Geschehenen...

Der Gesichtspunkt, der auf diesen Seiten vertreten wird, ist derjenige eines Liberalen, der das Eindringen des Imperialismus stets für eine Gefahrenquelle angesehen hat, und der glaubt, daß die Tragödie dieses Krieges nicht über uns gekommen wäre, wenn die Minister von 1914 unseren nationalen Prinzipien treu und offen in bezug auf das gewesen wären, was sie vorhatten.

Ein hervorstechender Zug in dem Ganzen dieses Krieges war sicher die beispiellose Gewalttätigkeit der deutschen und, das muß hinzugefügt werden, der österreichisch-ungarischen Regierung. Deutschland hätte im letzten Augenblick noch leicht den Krieg abwenden können und, nachdem er gekommen war, wurde der wahre Charakter der deutschen Kriegführung mit blutigen Buchstaben über das ganze Antlitz von Europa hin geschrieben. Mit solch einem Hintergrund ist es leicht, ein Bild zu malen, in dem jeder Eindruck untergeht, außer dem des überwältigenden Schauders. Wenn der Geist nur auf der furchtbaren Seite des Geschehenen verweilen darf, so wird er leicht unfähig, etwas anderes zu sehen. Es ist eine höchst ernste Sache, daß seit dem Beginn des Krieges der Ausdruck einer ehrenhaften und vernünftigen Kritik und die Veröffentlichung genauer Nachrichten höchst erschwert wurde durch den stupiden und unbegreiflichen Druck der Zensur. Tatsachen wurden unterdrückt oder ignoriert und falsche Schlüsse wurden genährt im vermeintlichen Interesse der Nation. Wenn wir es unterlassen, die verhängnisvollen Irrtümer der Methode und der Politik anzumerken, unter denen wir vorher gelitten haben, so werden wir zukünftig wieder darunter zu leiden haben...

Diese Sätze werden zur allgemeinen Charakteristik genügen. Lord Loreburns

*) How the war came, by The Earl Loreburn, Methuen & Co., London 1919.

Digitized by Google

Buch ist in England bereits gegen Ende des vorigen Jahres erschienen. Sein Verfasser war jahrelang Minister in demselben Kabinett, in dem Grey das Auswärtige leitete; beim Ausbruch des Krieges war er aber schon längere Zeit nicht mehr im Amt. Er ist in England eine geachtete, politisch reine Persönlichkeit und gehört zur Gruppe der unabhängigen Liberalen, die außerhalb der durch den Krieg gebildeten Koalition stehen. Wenn ein Buch von einem solchen Manne erscheint, so legt der gewöhnliche politische Verstand nahe, daß man bei uns in einer Form Notiz davon nimmt, die das Wertvolle unterstreicht und das Unberechtigte ablehnt, und zwar in einer Weise, daß die Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung, der neutralen wie der feindlichen Welt, auf beides hingelenkt wird: auf die Anerkennung feindlicher Schuld am Kriege aus einem solchen Munde und auf die Verteidigung Deutschlands gegen erhobene Vorwürfe. Verteidigung ist, wo es geht, stets offensiv zu führen. Hätten wir eine Leitung der auswärtigen Politik, die diesen Namen durchweg verdient, so wäre, als das Buch erschien, von einer hervorragenden Stelle in diesem Amt öffentlich gesagt worden: Lord Loreburn erhebt den Vorwurf gegen Deutschland, es habe den Krieg leicht abwenden können und habe ihn, als er kam, mit unerhörter Brutalität geführt. Alle deutsche Brutalität im Kriege, die wirklich vorgekommene und die bloß behauptete, reicht nicht an die zu einem einzigen Verbrechen gesteigerte englische Brutalität der Hungerblockade heran. Deutschland muß es ablehnen, gleichviel, was geschehen sein mag, moralische Zensuren von einer Seite entgegenzunehmen, deren Schuldkonto im Kriege *auf jeden Fall* viel größer ist, als das deutsche!

Aber wann wird unsere auswärtige politische Leitung dies ABC ihres Geschäfts lernen und anfangen, mit Bewußtsein das moralische Fundament für die Friedensrevision zu schaffen! Solange sie diese Aufgabe weiterhin so schlecht begreift wie bisher, muß ihr in einem entscheidenden Punkt das Zeugnis der Unfähigkeit gegeben werden, unabhängig von allen gegenrevolutionären Versuchen und von der Notwendigkeit, sie niederzudrücken und dafür zu sorgen, daß sie sich nicht wiederholen.

Lord Loreburn macht sich den Beweis seiner Behauptung, Deutschland habe den Krieg ohne weiteres vermeiden können, außerordentlich leicht. Die russische Mobilmachung scheint für ihn eine belanglose Sache zu sein. Deutschland hätte sich ihretwegen nicht zu übereilen gebraucht. Es hätte ruhig weiter abwarten sollen, und alles wäre leicht in Ordnung gekommen. Wenn das von dem Verfasser ehrlich gemeint ist (und es ist nach seiner ganzen Persönlichkeit sicher ehrlich gemeint), so ist es ein Beweis dafür, daß man jahrelang englischer Minister gewesen sein und doch keine Ahnung davon haben kann, daß die maßgebenden Stellen in Rußland (zu denen der Zar natürlich nicht gehörte) diesen Krieg mit

Digitized by Google

ihren französischen Gesinnungsgenossen bis ins einzelne im voraus besprochen hatten, und daß sie entschlossen waren, ihn gerade über der serbischen Frage gegen Österreich-Ungarn zu entzünden. Das ist seit der Veröffentlichung der Schrift des früheren serbischen Geschäftsträgers Boghitschewitsch und seit dem deutschen Weißbuch über die Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges für jeden Politiker, der bis auf die Quellen des Urteils zurückgehen will, notorisch. Das Weißbuch lag, auch in englischer Sprache, bereits vor, als Lord Loreburns Buch in England erschien. Anscheinend hat er es nicht gekannt, jedenfalls nicht benutzt oder berücksichtigt. Gibt es eine bessere Gelegenheit, an politisch sichtbarer Stelle die internationale Diskussion auf dies Material hinzulenken? Es wäre interessant zu wissen, wer eigentlich im Auswärtigen Amt dafür verantwortlich ist, daß nichts Planmäßiges und Vernünftiges in der angedeuteten Richtung geschieht. Der leitende Minister selbst kann die Sachen nicht lesen. Es gibt aber Stellen, die sie lesen können und müssen. Informieren sie den Minister nicht? Machen sie keine Vorschläge? Oder haben sie Anweisung, gar nicht erst zu berichten und keine Vorschläge zu machen? Die befolgte Praxis ist, ganz abgesehen von allen Ideenfragen, in technisch-politischer Hinsicht so minderwertig, daß sie im Inlande nur Tadel und Befremden, im feindlichen Auslande allerdings größte Befriedigung erwecken muß. Warum wird das nicht einmal zum Gegenstand einer Anfrage in der Nationalversammlung gemacht? Haben die Parteien auch keine so weit vorgebildeten Kräfte, daß sie das zufließende außenpolitische Material verfolgen lassen und die Regierung kontrollieren können? In der Tat, die Versorgung unserer auswärtigen Politik, nicht nur was die Regierung, sondern auch was das Parlament angeht, könnte einen Hund jammern!

Lord Loreburn hat ein Kapitel über Belgien. Er deckt rücksichtslos die Unwahrhaftigkeit der Legende auf, daß England für Belgien in den Krieg gegangen sei. Er erinnert daran, was Lloyd George im März 1915 auf die Frage geantwortet hat, warum England so einmütig für diesen Krieg sei? Am Sonnabend, nachdem der Krieg tatsächlich auf dem Festlande erklärt war, (1. August) so hat Lloyd George gesagt, würden fünfundneunzig Prozent der Wähler von Großbritannien gegen die Hineinziehung dieses Landes in den Krieg gestimmt haben.

Große Finanzleute der City, die ich an dem Sonnabend über die finanzielle Lage befragen mußte, schlossen die Konferenz mit der ernstesten Hoffnung, daß England aus der Sache bleiben werde. Am folgenden Dienstag hätten neunundneunzig Prozent für den Krieg gestimmt. Was war inzwischen geschehen? Die Revolution der öffentlichen Meinung war ganz und gar dem Angriff zuzuschreiben, den Deutschland auf ein kleines und schutzloses Land, von dem ihm kein Unrecht geschehen war, gemacht hatte, und was England nicht für politische und Handelsinteressen zu tun vorbereitet war, riskierte es ohne weiteres, um dem Schwachen und Hilflosen zu helfen.

Digitized by Google

Lord Loreburn sagt gegen diese Unwahrheit Lloyd Georges einfach, es sei nur natürlich gewesen, wenn die Presse und die Wortführer der Regierung diese Begründung aufnahmen, denn für die freiwillige Rekrutierung hätte man Argumente vorbringen müssen, vor denen es keine moralische Entschuldigung gab. Solch ein praktisch nützliches, aber nicht innerlich wahrhaftiges Argument war nach Lord Loreburns Zeugnis für die englische Kriegspolitik Belgien.

Die Einkreisung Deutschlands durch die belgische Politik erklärt der Verfasser mit starken Worten für eine Fabel. Er kennt die Veröffentlichungen aus den belgischen Akten, die während des Krieges in Brüssel gefunden wurden. Hierzu gehört die Denkschrift des belgischen Generalstabschefs, General Ducarne, über die Verteidigung Belgiens vom 20. Februar 1909. Jedenfalls kennt er auch oder sollte kennen die belgischen Gesandtschaftsberichte, die ebendort gefunden wurden, und die seit Jahr und Tag in Original und Übersetzung vorliegen. Die Denkschrift des Generalstabschefs und die Berichte stimmen in ihrem Urteil über die Einkreisungsfrage entgegen der englischen und entgegen Lord Loreburns Behauptung. Baron Guillaume, der belgische Gesandte in Paris, schrieb am 29. April 1911 während der Marokkokrisis:

England, das Frankreich in den marokkanischen Sumpf gestoßen hat, betrachtet sein Werk mit Wohlgefallen.

Und am 8. Juli 1911:

Man wird viel geringere Aussicht haben, sich mit Deutschland zu verständigen, wenn England an der Konversation teilnimmt.

Am 6. Dezember 1911 lesen wir in einem Bericht Baron Greindls aus Berlin, daß dieser zwar die Aufrichtigkeit der englischen Versicherung nicht in Zweifel ziehe, es bestehe kein Geheimvertrag zwischen England und Frankreich, aber nichtsdestoweniger sei es wahr, daß: „jedermann in England oder in Frankreich die Entente cordiale als ein Defensiv- und Offensivbündnis gegen Deutschland ansieht."

Dies entspricht genau dem Charakter, den der verstorbene König von England ihr hat geben wollen. Die Entente cordiale ist nicht auf der positiven Grundlage der Verteidigung gemeinsamer Interessen begründet worden, sondern auf der negativen Grundlage des Hasses gegen das Deutsche Reich... Die Entente cordiale hat in Frankreich den Gedanken an die Revanche, der geschlummert, zu neuem Leben erweckt. Ihr entstammt auch der Zustand der Unruhe und des Unbehagens, in dem Europa sich seit sieben Jahren befindet.

Diesen Urteilen entspricht auch die Meinung des belgischen Generalstabschefs, General Ducarne.

Er führt aus,*) daß England in der Stille die politische Atmosphäre immer mehr

*) Die folgende Zusammenfassung nach dem ausgezeichneten Werk von Schwertfeger: Der geistige Kampf um die belgische Neutralität.

Digitized by Google

mit allgemeiner Feindseligkeit gegen Deutschland erfüllt habe. England erkenne in Deutschland seinen Hauptgegner auf dem Weltmeere und im Welthandel. Um Deutschland zu ersticken, das mit Rücksicht auf seine stark wachsende Bevölkerung einer Expansion bedürfe, habe die englische Diplomatie die Einkreisung Deutschlands vorgenommen, und zwar durch einen Ring von festen Freundschaften, die geeignet wären, sich vorkommendenfalls in Allianzen oder wenigstens wohlwollende Neutralitäten zu verwandeln. Es sei England sogar gelungen, bis zu einem gewissen Grade die Unterstützung durch die Nationen, auf die Deutschland bisher bauen konnte, unsicher zu gestalten. Damit nicht zufrieden, habe es sich auch eine gute Armee zu schaffen gesucht; durch das Schreckgespenst einer deutschen Invasion in England habe man die Volksmeinung dafür günstig zu stimmen gewußt, obwohl Deutschland niemals an eine Landung in England werde denken können, solange es nicht die Meere beherrsche. Dazu aber könne es in absehbarer Zeit nicht gelangen. Die Feindschaft gegen Deutschland sei also der Hauptgrund für die offensichtlichen Bemühungen Englands um die Schaffung einer besseren und stärkeren Landarmee. Aber noch sei der Zeitpunkt nicht gekommen, wo das Inselreich seine etwaigen Angriffsabsichten gegen Deutschland ins Werk setzen könne. Trotzdem sei ein Krieg Großbritanniens gegen Deutschland möglich, und es sei daher nützlich und notwendig, zu untersuchen, wie das auf Belgien zurückwirken würde.

Diese Kennzeichnung der englischen Politik in ihrer Wirkung nach außen entspricht durchaus dem Bilde, das uns auch die belgischen Gesandtschaftsberichte vermitteln. Der Schwerpunkt des Loreburnschen Buches liegt für die innere und auswärtige Politik Englands in dem ausführlichen, fast in jedem Kapitel wiederholten Nachweis, daß Grey durch seine unkorrekte, dem Geist der englischen Verfassung und dem demokratischen Prinzip widersprechende Haltung in der Frage militärischer und maritimer Verabredungen mit Frankreich *England in den Krieg gebracht habe*. Das vierte Kapitel, in dem das speziell geschildert wird, beginnt mit der für einen unterrichteten Politiker allerdings wunderlichen Feststellung, die Herren Delcassé und Cambon hätten ihr Meisterstück geleistet, als sie 1905/06 England in ein tatsächliches Bündnis mit Frankreich brachten. Jedermann weiß, daß die Initiative, Frankreich und England zu einer „Entente" zusammenzubringen, von König Eduard VII. ausging, und daß diese Entente sich von vornherein im Sinne Englands gegen Deutschland kehren sollte. Die ganze Reihe der belgischen Gesandtschaftsberichte aus Paris, London und Berlin ist erfüllt von diesem Thema. Aber ganz abgesehen hiervon ist es wichtig, wie Lord Loreburn feststellt, daß Grey, ohne dem weiteren Kreise seiner Kollegen etwas zu sagen, die englische Politik tatsächlich in einer Weise an die französische band, daß England nicht mehr in Ehren loskommen konnte, wenn Frankreich in einen Krieg geriet, mochte dieser stammen, woher er wollte. Das Verhältnis begann mit einer Unterhaltung im Dezember 1905 oder Januar 1906 anläßlich der Marokkokrisis, deren Ergebnis die englische Zustimmung dazu war, daß für den Fall gemeinsamer Operationen notwendig vorher (und zwar alsbald) Rücksprachen zwischen den Admiral- und Generalstäben Englands und Frankreichs stattfinden

Digitized by Google

müßten. Von da an wuchs die Entente zwischen England und Frankreich bis zum „Äquivalent einer Bundesgenossenschaft", und damit entstand „unter anderen Gefahren, die eine solche auferlegte, auch die Gefahr, daß dieses Land (England) in einen Krieg wegen Frankreich gebracht werden konnte, der nichts mit den eigenen Interessen des englischen Volks, und auch nichts mit einem französischen Streit mit Deutschland zu tun hatte, sondern wegen Verpflichtungen Frankreichs gegen Rußland." Mit der größten Schärfe unterstreicht Lord Loreburn, daß dies der tatsächliche Hergang gewesen ist. Erst, sagt er, entstand ein Streit zwischen Serbien und Österreich-Ungarn. Danach kam der Konflikt zwischen Österreich-Ungarn und Rußland. Mit Rußland wurde Frankreich in die Sache hineingezogen. Deutschland trat durch seine Bundesgenossenschaft auf die österreichische, Frankreich auf die russische Seite. *An Frankreich hing England.* England konnte nicht mehr in Ehren los, als die Gefahr eines französisch-deutschen Krieges sich erhob. Alles das ist heimlich vor dem Parlament gemacht worden, und diese Heimlichkeit hat entscheidend dazu beigetragen, daß das Unglück des Weltkrieges über Europa hereinbrach. *Grey habe sich eingebildet, frei zu sein, aber er war nicht frei.* Hätte Deutschland gewußt, daß England durch das „Äquivalent eines Bündnisses" verpflichtet war, Frankreich im Kriege gegen Deutschland zu unterstützen, so hätte die deutsche Politik von Anfang an wahrscheinlich den Gedanken an einen Krieg, der zum Weltkrieg werden mußte, ausgeschaltet. Dies ist der konzentrierte Vorwurf, den Greys einstiger Kollege im Kabinett gegen ihn erhebt, und wer in Deutschland den Beruf hat, sich in vernünftiger und verantwortlicher Weise auf dem Gebiet unserer auswärtigen Angelegenheiten zu betätigen, der darf an einem Buch, das so wichtiges Material zur Verteidigung Deutschlands auf dem Weg der moralischen Offensive enthält, unmöglich vorbeigehen.

Der Rechtskampf des Deutschtums um Schleswig

Von Johannes Liedje

I.

Die Schlußabstimmung in Schleswig am 14. März 1920 ist in ihrem glänzenden Erfolge fast ohne Beachtung der deutschen Öffentlichkeit vor sich gegangen, weil die Kappwirren alles Interesse bannten und auch die Zeitungen teilweise stumm machten. Und doch ist hier unter all dem Traurigen, welches heute das deutsche Volkstum Tag um Tag erlebt, ein so herzerfrischendes Bekenntnis zur Schicksalsgemeinschaft des deutschen Volkes in geschichtlich denkwürdiger Weise abgelegt worden. Wohl kann man sagen, „das Nationale versteht sich immer von selbst"; aber dabei wird zu leicht vergessen, daß das Nationale von dem

Digitized by Google

Stammesgefühl der Schleswiger getragen sein muß, und daß um dieses Stammesgefühl seit mehr als 100 Jahren Deutschland wie Dänemark geworben haben; Dänemark einst mit allen Mitteln des Idealen und der Kultur, während von deutscher Seite die Verinnerlichung und Durchgeistigung zu sehr hinter dem wirtschaftlichen Aufschwung und dem staatlichen Machtgedanken zurücktrat, Momente, welche gerade jetzt in der Stunde der Not zerbrochen waren.

Wer auf die Entwicklung des vergangenen Jahres zurückblickt, erkennt deutlich ein inneres Ringen der Volksseele mit sich selber. Eine Abstimmung im Mai 1919, einer Zeit fürchterlichster seelischer Auflösung in Schleswig, wäre ganz verheerend ausgefallen. Die Besinnung auf die letzten Stammesinstinkte und auf die jahrtausend alte Schicksalsgemeinschaft Schleswig-Holsteins, nicht nur in geistigen, sondern vor allem auch in wirtschaftlichen Fragen, führte aber im Laufe des Jahres zur Klärung und zur Entschiedenheit. Die Bevölkerung Schleswigs bewahrte die Jahrhundert alte Gesinnungsgrenze gegenüber dem Dänentum Nordschleswigs an der Linie „nördlich Tondern, nördlich Flensburg" unverkürzt. Aller Parteihader schwieg; von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten einschließlich gab es nur eine Losung: rücksichtsloses Bekenntnis zum eigenen Volkstum. In dieser Einheitsfront fehlte nur die kleine Gruppe der Flensburger Unabhängigen, welche durch einen abtrünnigen Deutschen mit Namen Mittelstädt die angeblichen wirtschaftlichen Vorteile der Arbeiterschaft in Dänemark ausschlaggebend sein ließen, und der Kapp-Putsch führte diesen Unabhängigen nach Aussage des berufensten Gewerkschaftsführers in Flensburg noch 1500 weitere Stimmen zu. Im übrigen aber hielt die nationale Front selbst den Dolchstoß der Herren Kapp und Genossen im Rücken aus. Als die Berliner Vorgänge in Flensburg bekannt wurden, traten wir aus allen Parteien zusammen und geschlossen mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit, daß wir unbedingt und unbeirrt durch das Berlinische Sodom des deutschen Volkes über den Tag der Abstimmung hinaus die Einheitsfront wahren wollten.

Dieser Wille zur Einheitsfront war nicht ein starres die Augen verschließen gegenüber den unerhörten Vorgängen in Berlin, sondern getragen von den Einheitsmotiven, die unleugbar Zeugnis einer in der Not des letzten Jahres gewonnenen politischen Reife geben. In Schleswig-Holstein fand der Verfassungsbruch des Militärs, außer bei einigen Landräten und höheren Beamten und bei der bekannten volksfremden akademischen und militärischen Oberschicht Kiels, die immer verständnislos gegenüber unserem Heimatgefühl stand und sich mit Emphase als Preußen bekannte, keinen Boden. Das alte Ideal der 48er großdeutschen Bestrebungen, das Ideal vom Deutschen Reich und von dem sich selbst bestimmenden, in seinen Ländern wohl kulturell unterschiedenen, aber als nationale Schicksalsgemeinschaft unerschütterlichen, einigen deutschen Volke, ist die

Digitized by Google

treibende Kraft der politischen Rechten wie der politischen Linken im schönen Lande der Doppeleiche.

Die unmittelbaren Kampfmotive gegenüber Dänemark lagen so schlicht, einfach und reinlich. Wir wollten bleiben, was wir sind — Deutsche — auch um den Preis der wirtschaftlichen Nöte und der politischen Zukunftssorgen unseres Reiches. Mit Empörung lehnte unser ganzes Volkstum die Korrumpierungsversuche des Gegners ab. Wenn die Demonstrationszüge in Flensburg aus Kindermunde hell klingend „‚auch ohne Speck' ist Flensburg dir verloren" sangen, so klang aus diesem banalen Liede ein echter volkssittlicher Grundton durch; wir lassen uns nicht kaufen und nicht bestechen! Der reine politische Idealismus, losgelöst von allem Hurrapatriotismus und ehemaliger Machtanbetung, aber auch von allem Schiebertum und ökonomischen Spekulationen, trug das Deutschtum durch die schwersten Stunden der Versuchung, ermutigte es zum Trotz gegen die feindlichen Bajonette und zur selbstsicheren Absage an die dänischen Lügen. Wirkungsvoll wurde durch den Mißgriff der feindlichen Kommission, welche jedes Flaggen verbot, diese Stimmung gesteigert. Als aus Widerspruch gegen dieses ungerechte Verbot die sämtlichen deutschen technischen Berater der Kommission ihre Ämter niederlegten, als dem Verbote zum Trotz Flensburg seinen Flaggenschmuck die Tage vor der Abstimmung bereits anlegte, da wich die feindliche Kommission zurück, widerrief bis auf geringe Einschränkungen das Verbot, das ja schon als solches die völlige Unterlegenheit der Dänen im voraus ausgesprochen hatte, insofern die Dänen überhaupt in eine Flaggenkonkurrenz nicht zu treten wagten, und die Tatsache, daß es dem einheitlichen Volkswillen der Deutschen gelang, die Feindkommission zu einem Rückzieher zu bewegen, ermutigte auch die letzten. Sollte es darüber hinaus noch Verzagte, Schmollende gegeben haben, so holten die zugereisten Stimmberechtigten, die dank des Indigenatsrechts an der Abstimmung teilnahmen, noch am letzten Tage diese hinter dem Ofen hervor. Selten hat Schleswig ein so würdiges, einmütiges Volksfest begangen als die Abstimmung am 14. März 1920, der denkwürdig für die Geschichte Schleswig-Holsteins bleiben wird.

Dem entspricht auch die Leitung unserer diplomatischen Verhandlungen in der Hand des vom einheitlichen Volkswillen getragenen Staatskommissars Dr. Köster. Ehrlich, offen und grundsätzlich so klar vertritt durch ihn das Deutsche Reich das reine nationale Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung. Wir wollen nicht dulden, daß eine deutsche Mehrheit durch eine dänische Minderheit vergewaltigt werde und fordern ebensowenig, daß dänische Mehrheiten durch deutsche Minderheiten ihrer Selbstbestimmung beraubt werden. Die wirtschaftlichen und geographischen Bedingungen werden unsererseits nur bei Korrekturen geringfügiger Art, wo ein unbedingtes Interesse des größeren völkischen

Digitized by Google

Zusammenhanges in Frage steht, geltend gemacht. Die Politik der Reichsregierung geht von der Erfahrung aus, daß „die nationale Kundgebung durch Abstimmung jederzeit einen Ausdruck des Gesamtwillens und des Gesamtinteresses der Bevölkerung gibt, daß also von vornherein zu erwarten steht, daß die nationale Brandungslinie der deutschen und dänischen Mehrheiten zugleich mit den wirtschaftlichen Interessenkreisen im wesentlichen übereinstimmen werden".

Die Abstimmung hat diese Voraussetzung im großen und ganzen bestätigt. Die von der Reichsregierung vorgeschlagene Demarkationslinie, welche die Öffentlichkeit mit meinem Namen behaftet hat, entspricht dem preußischen Vorschlag des Jahres 1864 auf den Londoner Waffenstillstandsverhandlungen vor der Eroberung Alsens. Sie entspricht noch vielmehr der Jahrhunderte alten Sprachgrenze für Kirche und Schule in der Provinz, sie entspricht der landwirtschaftlichen Produktionseinheit zwischen Magerviehgebieten und Fettweiden in den Marschen, entspricht damit zugleich den wasserrechtlichen Erfordernissen hinsichtlich der Flußläufe, hinsichtlich der seinerzeit angelegten Verkehrsadern, Chausseen und Eisenbahnen, und bedarf einer ausgesprochen wirtschaftlichen Rücksicht unter Zurückstellung der rein nationalen Gesichtspunkte nur zum Schutze der Flensburger Förde. An ihrem Nordufer sitzt das Dänentum, wenn auch mit starker deutscher Minderheit (30—40 Prozent) bis nahe an Flensburg heran. Dem Lebensinteresse von 60 000 Einwohnern Flensburgs muß das nationale Interesse der 3000 Bewohner des Nordufers sich fügen, zumal deutscherseits dieselbe Rücksicht 1864 geübt wurde: Preußen hat 8 große schleswigsche Kirchspiele, welche das Süduser der Koldinger Förde einnahmen, 1864 abgetreten und die Grenze durch Heilsmindebucht gelegt nach dem Grundsatz: Kolding gehört die Förde! Da deutscherseits nicht einmal die ganze Flensburger Förde, sondern nur die Innenförde beansprucht wird, erscheint auch diese Forderung so gemäßigt und selbstverständlich, daß die feindliche Politik psychologisch in all diesen Fragen ins Hintertreffen geraten ist.

Dem nationalen Selbstbestimmungsrecht folgt logischerweise der Schutz der Minderheiten. Wird das nationale Selbstbestimmungsrecht rein durchgeführt, so müssen annähernd gleiche Minderheiten auf beiden Seiten der zu ziehenden Grenze folgen. Niemals sitzen sie in kompakter Masse unmittelbar an ihr Volkstum angrenzend, sondern greifen wie Landzungen hinein in das andere Volkstum oder liegen in ihm selbst als Enklaven verstreut. So liegt die Landschaft Lügumkloster wie ein vorgestreckter deutscher Finger nördlich der vorgeschriebenen Demarkationslinie; so liegen die Städte mit deutschen Mehrheiten Apenrade und Sonderburg umgürtet von geschlossener dänischer Landbevölkerung, und noch mehr gilt das für die größeren deutschen Minderheiten weiter nördlich. Das Bild des Dänentums, das südlich der Demarkationslinie verblieb,

Digitized by Google

ist annähernd das gleiche. Hier ist aber der Punkt, wo Dänemark seit 1864 bis heute in starrer Intransigenz jeden über Gesetz und Friedensvertrag hinausgehenden Rechtsschutz verweigert.

Damit haben wir die schon wiederholt berührte politische Niederlage des Dänentums in dem nun vollzogenen Abstimmungskampf vor Augen. In dem ersten Feindentwurf gingen die Ansprüche bis an die Eider. Rein deutsches Volkstum sollte auf Grund alter staatsrechtlicher Begriffe uns entrissen werden; die radikale sozialdemokratische Regierung wehrte sich aus wohlverstandenem eigenem Interesse dagegen, und der 3. Zonenbezirk wurde im endgültigen Friedensvertrag gestrichen. Wie die Abstimmung erwiesen hat, ist aber auch die 2. Zone mit annähernd 80 Prozent rein deutsches Volkstum.

Wie sehr die Dänen das selbst wußten, zeigt ihre Propagandatätigkeit. Während sie in der 1. Zone, wo das dänische Volkstum, wenn auch nicht bis ganz an die Clausenlinie reichend, überwog, mit den reinen idealen Waffen des nationalen Kulturkampfes agitierten, mußten sie sich in der 2. Zone auf lauter politische Fälscherstücke einlassen. Abgesehen von dem Kampfesmittel der Bestechung der ärmeren Bevölkerung mit Speckpaketen und Stoffballen, von dem Versuche des Stimmenkaufes feiger Seelen, — bis zu 1500 Mark wurden für den Abstimmungspaß geboten — war auch die in der Öffentlichkeit sich abspielende Kampfesweise ein dauerndes Verlocken zur Aufgabe des nationalen Gesichtspunktes um wirtschaftlicher Vorteile willen. Denkwürdig bleibt mir der Tag, wo ich in Flensburg in einer öffentlichen Versammlung dem früheren deutschen Reichstagsabgeordneten und dem „damaligen" Minister Hans Peter Hanssen entgegentreten konnte; wo dieser Mann die in einem langen, zähen Lebenswerk geführten reinen Waffen des nationalen Kampfes ruhen ließ, um zur Stimmenwerbung der durch die Blockade ausgemergelten Gestalten und der durch den Krieg demoralisierten Kriegsteilnehmer mit wirtschaftlichen Vorteilen hausieren zu gehen. Dieselben feilen Werbungsgründe traten um so krasser natürlich bei den dänischen Politikern minderer Garnitur auf. Die Atmosphäre der Gesinnungslosigkeit, die mir in allen dänischen politischen Versammlungen der 2. Zone entgegentrat, machte eine reine nationale Entgegnung und Diskussion unmöglich. Wirkungsvoll war diesen Konjunkturpolitikern nur mit Zahlen entgegenzutreten, welche den Nachweis zu führen hatten, wie die Dänen die Bevölkerung belogen und betrogen.

II.

Konjunkturpolitik ist wohl das Stichwort, mit der wir die Haltung des dänischen Volkes bezeichnen müssen. Im Oktober 1918, begonnen mit der rein

Digitized by Google

demokratischen Forderung des Selbstbestimmungsrechtes, glitt sie aus Angst vor den Entschädigungsforderungen Deutschlands für den abzutretenden Landesteil (Übernahme der ganzen Kriegslasten nach Kopfquote) auf den Umweg über Versailles auf die schiefe Ebene. Das jetzt gestürzte Ministerium hat ehrlich um Bewahrung seiner demokratischen Grundforderung gekämpft, aber war, wie so oft die linken Regierungen es sind, nicht prinzipienfest genug; man kompromisselte mit den Chauvinisten, man liebäugelte mit der Entente und war zu schwach, den eigenen ersten reinen Ansatz zur Durchführung zu bringen. So sind die Raub- und Machtinstinkte der politisch kurzsichtigen Masse der dänischen Bourgoisie immer geiler ins Kraut geschossen, und der jetzige Sturz der Regierung ist unverkennbar die tragische Folge ihrer Schwäche, ist ihre Schuld.

Noch sind die bisherigen Vorgänge in Kopenhagen ungeklärt. Nur soviel darf man wohl sagen, daß keine der Parteien auf der Rechten, sondern ähnlich wie bei uns anläßlich des Kapp-Putsches eine militaristische Kamarilla den dänischen König zu dem unverantwortlichen Schritt verleitete, so daß selbst der glückliche Erbe des königlichen Staatsstreiches, der kluge Linken-Politiker Neergaard die Verantwortung ablehnte und sich weigerte, die Neubildung des Ministeriums zu übernehmen.

Wie der Kampf in Kopenhagen ausgehen wird, läßt sich heute nicht voraussagen. Der Generalstreik ist selbst im Bauernlande eine brutale Waffe der Arbeiterschaft. Der Ausfall der kommenden dänischen Neuwahlen wird davon abhängen, ob es der Hofpartei gelingt, die nationale Frage zur Wahlparole zu machen, oder ob es der bisherigen Regierung gelingt, die verfassungsrechtliche Frage in den Vordergrund des Wahlkampfes zu stellen, denn die Verfassung ist dem dänischen Volksempfinden heiliger als die Krone: med Lov skal Land bygges! *) Immer war Schleswig eine Tragik für das dänische Königshaus, und stürzt der dänische Thron, dürften Unruhen in Christiania und Stockholm folgen.

Republik oder Monarchie sind kurzfristige Tagesfragen im Vergleich mit dem sich durch Jahrhunderte gleichbleibenden nationalen Volkstum. Wir brauchen um unser Flensburg keine ernsten Sorgen zu haben. Leiht die Entente der dänischen Ländergier den Arm ihrer Macht und raubt uns deutsche Städte und Dörfer, so wird der Tag wiederkommen, wo das unzerreißbare deutsche Volkstum sich in Schleswig-Holstein von neuem vereinigt; denn Stammeseinheit Schleswig-Holsteins ist mächtiger als die politische Hysterie der Könige.

*) Gesetzmäßigkeit gründet das Reich allein!

Digitized by Google

Die Briefe Wilhelms II. an den Zaren 1894—1914

Von Professor Dr. Fritz Hartung-Halle a. S.

Der Historiker, dem neues Material für seine Forschungen vorgelegt wird, pflegt nicht darnach zu fragen, ob es auf moralischem oder unmoralischem Wege beschafft worden ist; ihn kümmert nur die einzige Frage: ist es echt oder nicht? Und diese Frage darf er für die nunmehr gesammelt erschienenen Briefe Wilhelms II. an den Zaren*) wohl unbedenklich bejahen. Von einigen Briefen sind die Handschriften erhalten, Teile davon in Faksimile dem Bande beigegeben; auch bei den andern Briefen spricht alles für die Echtheit.

Das verpflichtet den Historiker, das neue Material zu benutzen und zu untersuchen, ob es das Bild, das er sich bisher von Wilhelm II. gemacht hat, in wesentlichen Zügen verändert. Freilich wird er zunächst zu überlegen haben, ob diese Briefe denn in der Tat eine objektive Geschichtsquelle darstellen. Ohne Zweifel ist vieles in ihnen nicht Ausdruck der wahren Natur Wilhelms, sondern durchaus berechnet auf die Person des Zaren, um auf diese Weise die russische Politik im Sinne der deutschen zu beeinflussen; mancher Brief hat wohl sogar die Zensur des deutschen auswärtigen Amtes durchlaufen. Aber im ganzen genommen zeichnen diese Briefe uns doch den echten Wilhelm, so wie er in Reden, Telegrammen und Handlungen sich schon früher der Öffentlichkeit gezeigt hat. Ich glaube nicht, daß wir ihm Unrecht tun, wenn wir in den Briefen sein Wesen finden. Dieses Wesen möchte ich kurz schildern an der Hand dieser Briefe, lediglich vom historischen Standpunkt aus, der weder anklagen noch verteidigen will. Dieser Standpunkt läßt sich um so leichter einnehmen, als die Briefe weder für die Ankläger noch für die Verteidiger Wilhelms II. geeignetes Material darbieten. Die Ankläger kommen nicht auf ihre Rechnung, denn der Kaiser erscheint hier keineswegs als der machthungrige Eroberer, den das Ausland und die von diesem beeinflußten deutschen Kreise in ihm sehen wollen; ebensowenig ist er trotz seinem starken monarchischen Selbstbewußtsein und trotz einzelnen burschikosen Wendungen über den deutschen Reichstag der innerpolitische Reaktionär, dessen Beseitigung im Interesse der deutschen Freiheit notwendig gewesen wäre. Vielmehr ist er in seinen Ansichten und Ratschlägen zur inneren und zur äußeren Politik durchaus maßvoll.

Aber für die Persönlichkeit des Kaisers ist damit noch nichts gewonnen. Das Unausgeglichene seines Wesens, die eigentümliche Mischung von fürstlicher Würde und platter Banalität tritt auch aus den Briefen deutlich zutage. Und erschreckend wirkt immer wieder die tiefe innere Unvornehmheit des Mannes, der Bismarcks

*) Briefe Wilhelms II. an den Zaren 1894—1914, herausgegeben und eingeleitet von Prof. Dr. Walter Goetz, Verlag Ullstein u. Co., Berlin.

Digitized by Google

Größe nie zu verstehen vermochte. Vor allen Dingen aber drängt sich die Frage auf, was das für eine Welt war, in der er lebte. Bismarcks, von Hohenlohe schon im Frühjahr 1890 erzähltes Wort, der Kaiser treibe Politik in der Weise Friedrich Wilhelms IV., findet hier eine grelle Beleuchtung. Es ist die gleiche Scheinwelt monarchisch-persönlichen Regiments, in der die beiden politisch unglücklichsten Hohenzollern gelebt und gewirkt haben; neben der amtlichen Politik wurde eine besondere fürstliche gemacht, deren Organe die Militärattachees und Flügeladjutanten waren, die sich vor allem in den vom Kaiser immer wieder vorgeschlagenen Zusammenkünften auswirkte und die doch unfruchtbar bleiben mußte. Denn keiner der beiden Herrscher war zu einer festen, einheitlichen Politik fähig, keiner war auch imstande, seine persönliche Politik dem Widerspruch seiner Minister gegenüber durchzusetzen; das Schicksal des Björkövertrags, der der Höhepunkt dieser Freundschaft werden sollte und ihr Wendepunkt geworden ist, beweist deutlich, wie machtlos im Grunde die beiden Monarchen waren.

Dem stark persönlichen Wesen dieser Politik entspricht es, daß die amtlichen Ratgeber in der Korrespondenz so gut wie gar keine Rolle spielen. Bezeichnend für die Stellung, die sie in den Augen des Kaisers einnehmen, ist die Art, wie der neue Botschafter von Schoen dem Zaren empfohlen wird: seine elegante, reizende Frau und seine Geschicklichkeit im Tennisspiel sind ebenso wichtig wie seine politischen Fähigkeiten. Ähnlich werden die Militärattachees Dohna und Chelius beurteilt. Die Theorie vom Handlanger wird hier zur Praxis.

Nicht allein die Methoden der Politik sind in diesen Briefen einseitig und altertümlich auf die Persönlichkeiten der Monarchen zugeschnitten; mindestens ebenso auffallend ist die Auffassung, die Wilhelm II. von den Aufgaben der Politik vertritt. Wohl hat er sich das Wort Friedrichs des Großen, daß der Fürst der erste Diener des Staates sei, zu eigen gemacht, und es kann keinem Zweifel unterliegen, daß er ehrlich das Beste für sein Volk erstrebt hat. Aber er hat nicht eingesehen, daß die neue Zeit andere Methoden und andere Ideen für die Politik erforderte. Während die Nationalstaaten des 19. Jahrhunderts um die Jahrhundertwende hinausstrebten zur Weltpolitik, lebte er noch ganz in den alten Gedanken der monarchischen Solidarität gegen alles republikanische Wesen und der christlichen Solidarität gegen die gelbe Gefahr. Die staatlichen Interessengegensätze, die sich trennend zwischen Rußland und Deutschland stellten und in dem russisch-französischen Bündnis greifbar vor aller Augen standen, übersah er darüber wohl nicht ganz, aber er lebte doch des Glaubens, sie durch die immer wiederkehrende Hervorhebung der vermeintlich gemeinsamen Grundlagen der deutschen und der russischen Politik beseitigen zu können, und spann sich immer mehr in den Wahn ein, daß diese Gemeinschaft bereits erreicht sei. So

Digitized by Google

wird die deutsche und die russische Flotte als eine große Organisation mit gemeinsamen Aufgaben nicht nur bezeichnet, sondern auch durch Übermittlung vertraulichster Nachrichten tatsächlich behandelt; so wird das englische Bündnisangebot von 1898 der Entscheidung des liebsten Nicky unterbreitet, dann werden selbst bedenkliche Pläne wie der eines Vormarschs russischer Regimenter auf der Bagdadbahn gegen die englische Interessensphäre mitgeteilt.

Wir wissen heute aus Eckardsteins Denkwürdigkeiten, daß der russische Hof dieses Zutrauens gar nicht wert war, daß die Mitteilungen des Kaisers vielmehr nach London weitergegeben wurden und dazu dienten, Englands Mißtrauen gegen Deutschland wachzurufen. Aber der Fehler der Politik Wilhelms II. lag nicht allein in der falschen Einschätzung der Persönlichkeit des Zaren, sondern er lag tiefer: die Welt, in der Wilhelm II. lebte, war eine Illusion. Und die auf diese Illusion aufgebaute Politik mußte früher oder später an den Realitäten der politischen und wirtschaftlichen Gegensätze scheitern.

Daß Wilhelm II. des Blickes für die Realitäten des Staatslebens entbehrte und sich eine eigene künstliche Welt seltsam und unzeitgemäß zurechtzimmerte, ist sein Fehler, sein Verhängnis; ein moralisches Verschulden wird nur Parteileidenschaft darin sehen können. Aber damit die Völker nicht unter der Eigenart ihrer Herrscher, die ihnen durch das Erbrecht zuerteilt werden, zu leiden haben, ist im zivilisierten Europa das konstitutionelle System geschaffen worden, das verantwortliche Staatsmänner mit der Leitung der Politik betraut. Gegen die Männer, die für die Politik Wilhelms II. die Verantwortung tragen, kann und muß der Vorwurf erhoben werden, daß sie diese Aufgabe nicht ernst genug genommen haben. Sie haben gewußt, wie Wilhelm II. die auswärtige Politik betrieb. Schon am 31. März 1890 hielt Chlodwig Hohenlohe das für den „schwarzen Punkt in der Zukunft". Und für den Staatsmann genügt es nicht, daß er richtige Einsichten in sein Tagebuch notiert; er muß handeln, muß Gefahren vorbeugen, selbst auf die Gefahr des Konfliktes. Daran haben es alle fehlen lassen, die seit Bismarcks Entlassung die deutsche Politik geleitet haben.

Freilich, auch auf das ganze deutsche Volk und zumal auf seine erwählten Vertreter fällt ein gutes Teil der Verantwortung. Die Art Wilhelms II. haben wir genügend gekannt, auch vor den jüngsten Veröffentlichungen; hat man ihm doch oft genug vorgehalten, daß er sich zu sehr in den Vordergrund dränge. Wir haben gewußt, wie er sein Herrscheramt auffaßte, wir haben auch lange genug unter seiner Regierung gelebt, um beurteilen zu können, wohin diese uns führte. Aber wir waren viel zu sehr interessiert an innerpolitischem Zank und Streit oder überhaupt zu gleichgültig gegenüber politischen Fragen, als daß wir uns auch noch um die Leitung der auswärtigen Politik hätten bekümmern mögen. Darum wollen wir diese Briefe lesen, nicht mit pharisäerhaften Vorwürfen gegen den Mann,

Digitized by Google

der die Fehler seiner Politik, die Schwäche seiner Anlage mit dem Verlust der Herrschaft schwer genug büßt, sondern mit ernster Selbstkritik und mit dem festen Entschluß, uns das rechte Verständnis für die Politik zu erarbeiten und am politischen Leben lebendigen Anteil zu nehmen. Denn der Wechsel der Staatsform ändert nichts an der Tatsache, daß Fehler der Regierung vom ganzen Volke gebüßt werden müssen.

Das Gesetz des Weltreiches

Von Bruno Erdmann

Wir sind Zeugen des Zusammenbruches eines Weltreiches gewesen. Das russische Zarentum, das man ohne Zweifel als ein Weltreich ansprechen durfte, wurde von dieser Katastrophe betroffen und besteht nicht mehr. In erschreckend kurzer Zeit stürzte der Bau, den die Gewaltpolitik tyrannischer Zaren im Verlauf von Jahrhunderten errichtet hatte, in Trümmer und ebenfalls in ganz kurzer Zeit sonderten sich die durch eben diese Gewaltpolitik in das Zarenreich hineingepferchten Völkerstämme von dem Trümmerfelde ab und suchten in neugebildeten Nationalstaaten ein eigenes völkisches Leben zu entwickeln.

Dies alles geschah und geschieht vor unseren staunenden Augen. Überkommene Legenden sind als Lügen entlarvt, wie die von dem „urrussischen" Zarenreich, in dem ein Herrscher, ein Glaube, ein Volk fest zusammengeschweißt sein sollten. Neues Leben blüht aus den Ruinen und straft die angeblichen Lügen von dem Dasein der Ukrainer, Weißruthenen, Georgier usw. Lügen. Sie sind, sie leben und streben nach reicherem, freierem Leben, heute, da kein Ukas aus dem Zarenpalast ihre Sonderart mit einem Machtwort zu leugnen vermag. Ihre nationalen Staatenbildungen sind die logische Folge von Altmoskaus Untergang.

Ist das für uns etwas Neues, noch nie Beobachtetes? Entspricht nicht vielmehr, was jetzt geschieht, einem Gesetz, dessen Wirken wir vom Anfang aller Staatengeschichte erkennen können, erkennen müssen? Denn Altertum, Mittelalter und Neuzeit lehren uns: Das Weltreich zwingt Völker und Stämme gewissermaßen in die Mauern hinein, welche seine Macht errichtet; bersten die Mauern, so streben alle auseinander und auf den Trümmern der Weltmacht entstehen neue Bildungen auf rein völkischer (zunächst nicht machtpolitischer) Grundlage.

Das erste Weltreich, das wir als solches bezeichnen können, war das persische. Dareios der Erste, die Verkörperung altorientalischer Despotengröße, gestaltete aus den roh zusammengerafften Beuteländern seiner Vorgänger den geordneten Staat. Hier herrschte ein Wille — der persische, ausgedrückt durch den König. Aber schon die Griechen wußten, daß in diesem Weltreich unterdrückte

Digitized by Google

nationale Kräfte nichtpersischer Stämme vom Zentrum in Susa fortstrebten. Die Großkönige und ihre Satrapen mögen sich wohl auch in dem Traum gefallen haben, es gebe nur eine „allpersische" Idee, und die bis zum Thron dringenden Klagen unterdrückter Völker seien nur von einigen Wühlern erdichtet (wie in Rußland die ukrainische Bewegung an amtlichen Stellen für eine „Erfindung" rebellischer Ideologen galt!). Aber als der genialste Mensch der antiken Welt, als Alexander von Makedonien gegen dieses Perserreich anstürmte und es niederschmetterte — da rührte keines der unterjochten Völker die Arme zu seiner Erhaltung und es wäre schon damals ein gutes Dutzend nationaler Staaten der Ägypter, Armenier, Pontier usw. entstanden, wenn nicht der Eroberer sogleich den Versuch gemacht hätte, das Weltreich zu erhalten. Nur daß er es nicht auf den Perserstamm, sondern einzig auf sein eigenstes, persönliches Genie und Kraftgefühl einstellte. Aber Alexander stirbt und daß er das Weltreich „dem Stärksten" hinterläßt, wie eine hübsche Sage meldet, erhält das Reich nicht. Der Stärkste findet sich nicht und nach dem Hyänenkampf der Diadochen entwickeln sich in der Osthälfte des Perserreiches die Volksstämme nach ihrer Kraft für sich, während in der Westhälfte griechische Abenteurer sich geschickt als Interpreten wieder erwachender nationaler Bestrebungen aufspielen (die Ptolemäer in Ägypten).

Das römische Imperium, das großartigste und einflußreichste Gebilde unter den Weltreichen, wird nach seinem Zusammenbruch, richtiger gesagt nach seinem Absterben, ebenfalls der Tummelplatz der bisher unterworfenen Völker, die nun zum selbständigen Dasein streben. Hier freilich ist römisches Wesen so tief in alle Provinzen gedrungen, daß die Bildung der neuen Staaten nicht ohne Benutzung römischen Baumaterials vor sich ging. Aber zuletzt sehen wir doch nationale Staaten aus dem Weltreich hervorgehen, wenngleich Römerblut mit hinübergenommen wird in die aus Stämmen und Horden nun werdenden Völker.

Die Weltreiche des Mittelalters folgen dem gleichen Gesetz. Der von mächtigen Kaisern mühsam erzwungene Riesenstaat, genannt Heiliges Römisches Reich Deutscher Nation, zerfällt in seine germanischen, slawischen, magyarischen, welschen Bestandteile. Und das Kalifat, das vom Indus bis Gibraltar reichte, endet als ein buntes Nebeneinander arabischer, kurdischer, persischer und afrikanischer Staaten.

Das spanische Weltreich muß den Niederländern ihr Eigenleben lassen und in der neuen Welt werden aus seinen einstigen Kolonien Staaten, die trotz der spanischen Sprache eigene Nationen sein wollen, ja in Mexiko hat es (von Europa zu wenig studiert) etwas wie eine indianische Renaissance gegeben, man denke etwa an Juarez. Und der Versuch des genialsten aller Cäsaren, ungezählte Völker in den Rahmen eines französischen Weltreiches zu bannen, hat recht eigentlich das Nationalgefühl der Unterjochten erst zur Reife gebracht und damit

Digitized by Google

wiederum das Entstehen neuer Staaten auf völkischer Basis gefördert. Denn wenn auch nicht unmittelbar nach Napoleons Fall die Sehnsucht der von ihm unterworfenen Völker Erfüllung fand, so datiert doch von dem Zerfall seines Reiches das eigentliche Entstehen der Idee, die zu neuen völkischen Gründungen führte.

Rußland, in Westeuropa viel zu wenig gekannt, ist unter allen Weltreichen das am rohesten und formlosesten aufgeführte gewesen. Die oft erwähnte, von einem einheitlich denkenden Volk emsig betriebene Anbetung des weißen Zaren als der Verkörperung der russischen Nation, hat es nie gegeben. In Rußland wurde vielmehr „in hundert Sprachen geschwiegen", daher der Dußendeuropäer denn auch nie etwas von Georgiern und Abchasen, Weißruthenen und Ukrainern und anderen erfuhr, ebensowenig von ihrer Unlust, diesem großrussischen, durch die brutale Gewalt geschaffenen Weltreich anzugehören. Erst als das oben ausgeführte Gesetz der Weltreiche in die Erscheinung trat, als der Zerfall auch dieses Weltreiches erfolgte, da wurde klar, wieviel nichtrussische Kräfte das russische Reich gebunden hatte. Nun streben sie entbunden zum Licht, wie es einst die Unterworfenen der Perser, der Römer, der Kalifen taten.

Solche Entbindung der Kräfte können wir beim Zusammenbruch eines jeden Weltreiches feststellen, aber ob jede dieser aufstrebenden Kräfte es zu eigenem, starkem Leben bringt, das ist eine Frage, deren Beantwortung in jedem einzelnen Fall anders lauten wird. Mancher kleine Stamm, manche Horde spreizt sich als Nation und fährt doch am besten unter fremder Oberhoheit, die ihr Schutz gewährt und die sonst nicht erschwinglichen Kosten der Verwaltung deckt. So mag auch heute beim Zerfall Rußlands mancher Anspruch kleiner Gebirgs- oder Steppenvölkchen auf Anerkennung als Staat etwas operettenhaftes an sich haben. Aber das darf die Aufmerksamkeit nicht davon ablenken, daß in der Hauptsache sich auch jetzt im Fall Rußland das Gesetz in Wirksamkeit zeigt, das oben erwähnt wurde. Und wenn vielleicht der Werdegang des neuen Staates Aserbeidjan einiger Skepsis begegnen darf, so liegt andererseits kein Grund vor, an der Lebensfähigkeit Finnlands oder der Ukraine mit ihrem Vierzigmillionenvolk zu zweifeln.

Nun könnte aber der Einwand erhoben werden, daß in bezug auf die zerfallenen Weltreiche der Vergangenheit sich vielleicht diese oder jene Regeln festlegen lassen, da ihr Zerfall schon vollzogene Tatsache ist; Rußland aber, obwohl zerfallen, könne sich wieder zusammenfinden und neu erstehen. Dem gegenüber sei der zweite Satz des Gesetzes der Weltreiche aufgestellt: Kein Weltreich ist nach seinem Zerfall jemals wieder erstanden. Im ganzen Verlauf der Geschichte finden wir kein Beispiel, daß sich Werden und Vergehen eines Weltreiches mehrmals wiederholt hätte. Der Nationalstaat kann von übermächtigen Feinden zer-

Digitized by Google

rissen und zerteilt werden, die gewaltsam voneinander getrennten Volksteile streben mit so elementarer Kraft zusammen, daß sogar nach Jahrhunderten der Zersplitterung sich gewesene Nationalstaaten wieder in ihrer Ganzheit zusammenschließen. Aber keinem Weltreich ist dies je wiederfahren, denn seine Volksteile sind ja einander fremd und alle zusammen dem beherrschenden, den Weltstaat haltenden Volk feindlich, d. h. sie streben auseinander. Sollen wir annehmen müssen, daß Rußland allein eine Ausnahme von dieser Regel bilden wird, Rußland, in welchem Völker wie Finnen und Grusier, Tataren und Ukrainer, Kirgisen und Polen nebeneinander lebten, einander ewig fremd? Rußland, das wie schwerlich ein anderes Weltreich den Haß der Unterdrückten erweckt hat, in dessen Aufbau Toleranz und Verständnis für die Untertanen-Völker noch weniger vorgesehen war, als bei persischen Satrapen und den Statthaltern der Kalifen? Nur die Großrussen, die das zerstörte Zarenreich einst gebildet haben, empfinden heute noch Sehnsucht nach dem „geeinten, unteilbaren" Rußland und sie füllen in Westeuropa die Spalten ihnen wohlwollender Journale mit beweglichen Klagen. Die Unkenntnis, die hinsichtlich Rußlands auch heute noch in Europa herrscht, bringt es dann mit sich, daß die Leser solcher Jeremiaden diese für die Herzensergüsse nicht etwa nur der Großrussen, sondern aller Bewohner des einstigen Zarenreiches halten. Und das ist ein schwerer Irrtum.

Ob wir auch noch Zuschauer des Zusammenbruches des osmanischen Weltreiches werden sollen, ist zur Stunde noch nicht entschieden. Dieses Reich ähnelt natürlich am meisten dem alten Kalifat. Wie jenes hat es einen Zug in seinem Charakterbild, der anderen Weltreichen fehlt: fast alle beherrschten Nationen sind mit dem herrschenden Volk durch den Islam verbunden, der mehr als andere Konfessionen seine Bekenner zu einigen pflegt. Aber trotzdem hat das arabische Kalifenreich alle die Berbern, Kurden, Türken, Perser, Afghanen auf die Dauer nicht zu halten vermocht. Ob sich alle diese noch heute vorhandenen Völkerschaften für das türkische Großsultanat einsetzen werden, wenn ein äußerer Feind sein Weiterbestehen bedroht, bleibt abzuwarten. Diejenigen von ihnen, die unter türkischer Oberherrschaft stehen, haben jedenfalls schon öfter den Türken gegenüber ein Verhalten gezeigt, das auch in diesem Weltreich zentrifugale Kräfte erkennen läßt.

Es liegt nun die Versuchung nahe, auch das britische Weltreich in den Kreis dieser kurzen Betrachtung zu ziehen und sich damit auf das Gebiet der politischen Prophezeiungen zu wagen. Vor solchem Wagnis ist aber erst kürzlich in den Spalten dieser Zeitschrift in so überzeugender Weise gewarnt worden, daß man nicht umhin kann, dieser Warnung Folge zu geben. Es sei nur kurz darauf hingewiesen, daß das britische Reich sich in der Beziehung von anderen Weltreichen unterscheidet, daß es sehr große Teile mit englischer Besiedelung besitzt und

Digitized by Google

in dieser natürlich eine Bevölkerung hat, die sich zu dem im Reich herrschenden Volk verwandtschaftlich hingezogen fühlt. Daß auch bei dieser Stellung der Reichsteile zum Reichsmittelpunkt zentrifugale Kräfte in die Erscheinung treten und sich auswirken können, zeigt der Abfall der einstigen nordamerikanischen Kolonien. Aber das Gefüge eines solchen Weltreiches erscheint weniger gewaltsam erzwungen als das anderer Riesenstaaten und mag vielleicht in der Stunde der Gefahr in sich Stützpunkte finden, die anderen Weltreichen versagt waren.

Die Probleme des südslawischen Staates

Von Gerhard Merrem

Die südslawische Frage, jahrzehntelang das wichtigste Problem der inneren und äußeren Politik Österreich-Ungarns, ist durch den Niedergang Habsburgs gelöst. Die nationale Zusammengehörigkeit aller Südslawen hat in der Bildung des „Staates der Serben, Kroaten und Slowenen" ihren Ausdruck gefunden. Eine Entwicklung ist beendet, die sich in den serbischen Freiheitskämpfen in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts anbahnte, und allgemach in allen südslawischen Stämmen und Volksteilen Nationalgefühl und Nationalbewußtsein weckte. Das Südslawentum steht im Beginn einer neuen Epoche seiner Geschichte. Die langersehnte Vereinigung in einem Staatswesen ist errungen. Ein junges Volk hat sich an den Bau des eignen Hauses gemacht. Nicht so glücklich, wie das deutsche Volk nach 1871, wie das italienische nach 1859 hat das südslawische es getroffen. Denn nur unvollständig ist die Einigung: Ein fremdes Volk sucht wertvolle Gebiete, bewohnt von Südslawen, an sich zu reißen. Der Zugang zum Meer soll eingeengt werden. Selbst bei glücklicher Lösung der Adriastreitigkeiten ist die Lage Südslawiens nicht ungefährdet. Feinde dräuen fast an allen Grenzen, Feinde, die um so erbitterter und unversöhnlicher sind, als sie selbst das Recht der Nationalität auf ihrer Seite zu haben glauben, wenn sie diese oder jene Landstrecken Jugoslawiens beanspruchen. Das typische Schauspiel, wie es sich überall in Gebieten mit nationalgemischter Bevölkerung bietet! Dazu kommt, daß kein Bismarck, kein Cavour — Schönfärberei nur könnte einem der südslawischen Staatsmänner dieses Epitheton geben — die Geschicke des jungen Staates lenkt, im Innern die Widerstrebenden meistert, nach außen diplomatische Genialität entfaltet.

Doch alles dies kann den Bestand des südslawischen Staates nicht so sehr bedrohen, wenn er nur in sich die Kräfte birgt, die zum Bestehen eines Staatswesens unerläßlich sind. In erster Linie kommt es darauf an, ob die Angehörigen des neuerstandenen Staates national einig sind, ob sie ihm anzugehören wünschen, oder

Digitized by Google

ob sie nur gezwungen sind, zusammenzuarbeiten und zu leben, kurz, ob der südslawische Staat in diesem Sinne eine nationale Notwendigkeit bedeutet. Diese Frage ist unbedingt zu bejahen. Wer die südslawische Geschichte der letzten hundert Jahre kennt, weiß genau, wie sehr alle Südslawen den eigenen selbständigen Staat ersehnt haben, und wie wenig berechtigt alle die Versuche sind, aus dem einen einigen südslawischen Volke viele einander widerstreitende Nationchen herauszukonstruieren. Ein nationaler Gegensatz zwischen Kroaten und Serben, Dalmatinern und Bosniaken besteht ebensowenig wie zwischen Nord- und Süddeutschen, Hessen und Franken!

Diese nationale Einheitlichkeit des südslawischen Staates ist die beste Gewähr für seine Lebensfähigkeit. Sie allein kann die Schwierigkeiten überwinden, die sich dem Ausbau des Staates bisher schon entgegengestellt haben und noch entgegenstellen werden. Sie allein vermag die Probleme zu lösen, die das Zusammenschweißen von Gebieten mit sich bringt, die bisher zu kulturell und wirtschaftlich ganz ungleichartigen Staaten gehört haben.

Der Ausgleich der kulturellen, sozialen und sonstigen Gegensätzlichkeiten ist eine Aufgabe des südslawischen Staates, die sich schon in den ersten anderthalb Jahren seines Bestehens überall aufgedrängt hat. Diese Aufgabe wird in Zukunft die innere Politik beherrschen. Alle Probleme sind in dem Maße leichter oder schwerer lösbar, wie größere Gleich- oder Ungleichartigkeit die Lösung beeinflußt.

Verhältnismäßig wenig Schwierigkeiten macht die Verfassungsfrage. Zwar ist die formelle Verfassung noch nicht ausgearbeitet, doch steht die parlamentarische Monarchie nicht in Frage. Bei dem Zusammenbruch Österreich-Ungarns übernahm Serbien als einziges selbständiges südslawisches Staatswesen (außer Montenegro, das wegen seiner Winzigkeit nicht in Frage kam) die Aufgabe, die Staatsorganisation auszubauen. An Serbien schlossen sich alle südslawischen Gebietsteile an und so war es natürlich, daß die serbische Verfassung auch auf den neuen Gesamtstaat übertragen wurde. Daß auch republikanische Strömungen vorhanden sind, ist nicht verwunderlich. Denn jeder Südslawe ist von Haus aus Demokrat. Doch weiß man in Südslawien besser als in Deutschland, daß die Frage: Republik oder Monarchie augenblicklich eine Doktorfrage ist, nicht wert, um ihretwillen das Volk in zwei feindliche Heerlager zu spalten, während wichtigere Aufgaben Einigkeit fordern!

Schwerwiegender als die Verfassungsfrage ist der Kampf um die Form der Verwaltung. Der Serbe des alten Königreichs, in Erinnerung an die Zeit, da ihm noch das Ideal eines Großserbiens (statt eines Südslawiens) vorschwebte, sieht in seinem zentral regierten Staate die Wurzel ganz Jugoslawiens. Er ist deshalb ein Anhänger des schroffsten Zentralismus. In den ehemals österreichischen Landesteilen, besonders in Kroatien und Slawonien, sind dagegen

Digitized by Google

ausgesprochene Föderalisten zu Hause. Diese wollen einen Bundesstaat schaffen, der nur die Verwaltung von Heer und Flotte, sowie die äußere Politik zur gemeinsamen Aufgabe hat, während alles andere den Landtagen in Belgrad, Agram und Laibach obliegt. Diese beiden Strömungen nehmen aber in letzter Zeit zugunsten einer Richtung ab, die zwar den Gesamtstaat zentralistisch gestalten, den Provinzen, Kreisen, Gemeinden und Städten aber eine weitgehende Selbstverwaltung zubilligen will. Diese Richtung geht von der richtigen Erkenntnis aus, daß nicht ein und dieselben Verwaltungs-Maßnahmen gut und förderlich sind für das höher entwickelte Kroatien, das unter dem Kriege so gut wie überhaupt nicht gelitten hat, für Alt-Serbien, das vom Kriege verwüstet ist, für das vollkommen darnieder liegende Mazedonien, das die türkische Mißwirtschaft noch nicht überwunden hat. Die demokratische und die ihr angeschlossenen Parteien, die diesen gemäßigten Zentralismus vertreten, dürften schließlich mit ihren Vorschlägen durchdringen. Noch wird dies aber durch parlamentarische Schwierigkeiten verhindert. Die jetzige vorläufige Volksvertretung ist in zwei etwa gleichstarke Parteigruppen gespalten. Keine Regierung kann daher über eine sichere Mehrheit im Parlament verfügen. Das Parlament selbst ist arbeitsunfähig und seit Dezember 1919 vertagt. Erst Neuwahlen, die nach Feststellung der endgültigen Grenzen abgehalten werden sollen, können über den toten Punkt hinweghelfen und zur Regelung der Verwaltung führen. So ist das Problem: Zentralismus oder Föderalismus erst lösbar nach Erledigung des Adria-Konfliktes, der schon monatelang sich in akutem Stadium befindet und dessen Ende noch nicht abzusehen ist.

Hinter dem Streite um die Verwaltungsform verbirgt sich aber ein noch weit bedeutenderer Gegensatz. Zentralismus und Föderalismus sind nur die äußere Fassade, hinter der hier soziale Kämpfe sich abspielen.

Die soziale Frage in Jugoslawien deckt sich fast vollständig mit der Agrarfrage. Denn die Bevölkerung besteht zu 80 v. H. aus Bauern. Die Agrarfrage stellt sich in allen Gebietsteilen Südslawiens anders dar. Die Besitzverhältnisse und die rechtliche Stellung der Bauern sind so ungleichartig wie nur möglich. Alt-Serbien ist seit seiner Befreiung vom Türkenjoch ein typisches Kleinbauernland. Großgrundbesitz ist nur in geringem Maße vorhanden, soziale Gegensätze sind ausgeschaltet. Ganz entgegengesetzt liegen die Dinge in den Ländern, die bis in die jüngste Zeit türkische Ausbeutung dulden mußten: In Mazedonien, das erst 1912 einem unwürdigen Zustande entrissen werden konnte, und in Bosnien, das 1878 von Österreich-Ungarn in Verwaltung genommen wurde. Mazedoniens Bauerntum ist stark südslawisch durchsetzt, es besteht aus ganz kleinen Bauern und Pächtern, die von den mohammedanischen Agas, den Großgrundbesitzern, und den Spahis, den Generalpächtern, ausgebeutet und niedergedrückt wurden.

Digitized by Google

Der Grund und Boden verkam. In fortwährenden Bandenkämpfen machte sich die soziale Gärung unter den südslawischen Tschiftschijas Luft. Die Befreiung von der Türkenherrschaft brachte zwar die Vertreibung der Bedrücker mit sich. Doch die Spuren der Türkenzeit sind nicht getilgt. Der beginnende Aufbau wirtschaftlichen und sozialen Lebens wurde gehemmt, als der Weltkrieg mit aller Wucht bald über das unglückliche Land hinwegbrauste und neues Unheil und neue Unruhen schaffte. Der südslawische Gesamtstaat hat bisher keine wesentliche Linderung der Not bringen können, da jeder seiner Teile mit sich selbst genug zu tun hat. Die Knebelung durch Aga und Spahi hat jedes Staatsbewußtsein vernichtet und erst langsam beginnt die unruhevolle Bevölkerung Mazedoniens staatsfreundliche, staatserhaltende Eigenschaften wieder zu entwickeln.

Daß in Bosnien und der Herzegowina noch bis vor kurzem ähnliche Verhältnisse herrschten, ist Habsburg zu danken, das anstatt nach 1870 und erst recht nach 1908 daran zu gehen, Ordnung und Recht zu schaffen, die Niederdrückung der bosnischen Landbevölkerung durch den Großgrundbesitz gewähren ließ, ohne sonderliche Anstrengungen zur Beseitigung dieser unhaltbaren Zustände zu machen. Hier fällt der soziale Gegensatz mit einem religiösen zusammen: Mohammedaner sind die Großgrundbesitzer, die den orthodoxen halbfreien Kmeten niederhalten. Nicht viel besser geht es den Kolonen in Dalmatien, die ebenfalls als halbfreie Kleinbauern oder Kleinpächter ihr Dasein fristen. In Kroatien, Slowenien und Südungarn sind allerdings die Zustände nicht so unwürdig. Doch auch hier ist der Boden zum großen Teil in den Händen der Großgrundbesitzer, gehören weite Strecken der Kirche. Die Mehrzahl der Bauern kann trotz der Fruchtbarkeit des Bodens nur schwer ihr Auskommen finden.

Wenn man diese Verhältnisse in Erwägung zieht, wird man die Bedeutung der Agrarfrage richtig einschätzen. Man bedenke ferner, wie sehr jeder südslawische Bauer an seiner Scholle hängt, wie groß der Landhunger der besitzlosen Bauern ist, deren höchstes Ziel ein eigenes Bauerngut. Von dem neuen Staat erwartete der Südslawe Österreich-Ungarns die Erfüllung seiner Wünsche. Welche Folgen muß es deshalb haben, wenn die südslawische Regierung durch eine Agrarreform den Großgrundbesitz nicht einschränkt und den Landhunger der Bauern nicht befriedigt? Eine vollkommene Lösung der Agrarfrage hat sich bis jetzt noch nicht gefunden, allerdings hat der südslawische Staat den einen oder den anderen Wunsch der Bauern erfüllt, viel Segen gestiftet, viel zur Gesundung der Besitzverhältnisse beigetragen. Im Regierungsprogramm des Prinzregenten Alexander vom 6. Januar 1919 wurde jedem Serben, Kroaten und Slowenen Eigentum an seiner Scholle versprochen, kurz darauf das Kmeten- und Kolonenverhältnis abgeschafft. Im Laufe des Jahres 1919 wurden in Kroatien, Slowenien, Syrmien, Batschka und Baranya 100 000 Joch Großgrundbesitz an die Bauern aufgeteilt. Ebensoviel steht

Digitized by Google

zur Verteilung bereit. Doch eine gesunde soziale Lage, wie in Alt-Serbien, ist in den andern Teilen noch nicht geschaffen. Dazu sind die bisherigen Maßnahmen nicht durchgreifend genug. Immerhin ist der Anfang gemacht, und der Beweis erbracht, daß die südslawische Regierung ihre Aufgaben wohl erkennt.

Die Hindernisse, die der Agrarreform von seiten des Großgrundbesitzes in den Weg gelegt werden, sind nicht gering zu veranschlagen. Ohne die Machenschaften der Großgrundbesitzer, zu denen auch die katholische Kirche gehört, wären die Erfolge größer gewesen. Der Kampf um die Agrarreform wird natürlich hinter den Kulissen ausgefochten und verbirgt sich, wie oben bemerkt, hinter dem Streite um Zentralismus und Föderalismus. Die Feinde der Reform hoffen durch eine föderalistische Gestaltung des südslawischen Staates der Agrarbewegung die Spitze abzubrechen. Die Anhänger der Reform dagegen wissen, daß der Zentralismus nach serbischem Vorbild in ganz Südslawien der Kleinbauernschaft zum Siege verhilft. Diese Erkenntnis dringt jetzt auch immer tiefer in die Teile der Bauernschaft, die dem klerikalen Banner folgten und den Föderalismus vertraten.

Neben der sozialen Frage verblaßt augenblicklich die religiöse. Sicherlich wird in ruhigeren Zeiten der Gegensatz zwischen den griechisch-orthodoxen Serben und den römisch-katholischen Kroaten und Slowenen wieder aufleben können. Bei dem tiefen religiösen Empfinden des südslawischen Volkes kann dadurch ein gefährlicher Zwiespalt in die Nation hineingetragen werden. Doch der Umstand, daß in den letzten Jahren dem religiösen Gegensatz so wenig Bedeutung zukam, läßt die Aussicht auf vollkommenen Ausgleich der Konfessionen offen. Dieser Ausgleich ist erleichtert durch die vor kurzem erfolgte vollkommene Loslösung der griechisch-orthodoxen Südslawen vom Patriarchat in Konstantinopel. Dadurch ist die Möglichkeit erschlossen, ein südslawisches selbständiges Patriarchat zu begründen, das die alte Tradition Ipeks wieder aufnimmt.

Schließlich muß man bei der Erörterung der südslawischen Probleme auch eines berühren, das nur als Problem in manchen Köpfen spukt, bei genauer Betrachtung aber beinahe in nichts zerrinnt. Das ist das Verhältnis Montenegros zum südslawischen Staate. In die deutsche Presse gelangen des öfteren Nachrichten über Unruhen und heftige Kämpfe zwischen Montenegrinern und Serben. Hier ist festzustellen, daß die Montenegriner reinblütige Serben sind, daß Montenegro als fester Bestandteil zum südslawischen Staate gehört, daß die Unruhen, die allerdings stattgefunden haben, zumeist rein sozialer Natur sind und ihren Ursprung in der früheren Mißwirtschaft König Nikitas haben. Nur eine Mache dieses früheren Herrn der schwarzen Berge ist der nationale Streit zwischen Serben und Montenegrinern. Nikita setzt von seiner unfreiwilligen Residenz, von Neuilly aus, Lügenmärchen über Montenegro in die Welt und findet hierin bereitwillige Unterstützung bei Italien. Der italienische Imperialismus sieht in

Digitized by Google

Montenegro ein Sprungbrett, von dem aus Italiens Ansprüche auf den Balkan, insbesondere Albanien, verwirklicht werden und das mare adriaticum zum mare clausum, zur italienischen See, gemacht werden soll. Italien und Nikita rüsten die Banden aus, die gelegentlich die schwarzen Berge unsicher machen. Montenegro ist kein Problem des südslawischen Staates, wohl aber ein Teil der Adriafrage in dem Sinne, daß auch hier italienische Eroberungslust eine Bresche in das einige Südslawien zu schlagen hofft.

Die Auseinandersetzung mit Italien wird in Zukunft die äußere Politik Südslawiens beherrschen. Der Ausfall der Auseinandersetzung hängt zum großen Teile davon ab, wie das südslawische Volk mit seinen Problemen fertig wird. Die Lösung dieser Probleme wird auch das zukünftige Verhältnis zum bulgarischen Brudervolke nicht unwesentlich beeinflussen. Bulgarien durchlebt jetzt unter schwersten sozialen Unruhen den Zusammenbruch seines Wirtschafts- und Staatslebens. Ein innerlich starkes Südslawien ist die natürliche Vormacht auf dem Balkan. Ihm muß sich ein schwaches Bulgarien wohl oder übel anschließen!

Lebendig begraben!

Von Dr. Hans O. Simon

Nicht alle Kriegsgefangenen kehren aus Feindesland heim. Tausende haben in der Ferne die Augen für immer geschlossen, ohne die Heimat wiederzusehen, die sie im Herzen trugen — Tausende sind der Malaria und dem Schwarzwasserfieber in Nordafrika und Korsika, dem Hunger und dem Typhus in Sibirien, der Grippe und mangelnder ärztlicher Fürsorge in Inner-Frankreich, Verwundungen und Unfällen im Kampfgebiet, geistiger Zerrüttung und seelischer Not in Ost und West erlegen. Groß, schmerzend groß ist aber auch die Zahl der Unglücklichen, die in den Straflagern und Militärgefängnissen Frankreichs lebendig begraben sind: die Zahl der kriegsgerichtlich Verurteilten, die unter Berufung auf den Wortlaut des Vertrages von Versailles noch zurückgehalten werden und deren Entlassung erst in Jahren erfolgen soll — wenn Krankheit und Verzweiflung die Leiden jener Ärmsten nicht abkürzen. Sie sind der Härte des französischen Kriegsrechts zum Opfer gefallen, ohne daß die Wohltat der Gnadenerlasse sie umfaßte. Der Artikel 20 des Haager Abkommens über die Gesetze und Gebräuche des Landkrieges, der die Entlassung der Kriegsgefangenen nach Friedensschluß „binnen kürzester Frist" festlegt, findet auf sie nicht einmal in der von Frankreich beliebten Beschränkung, die den Friedensschluß durch das Inkrafttreten des Vertrages er-

Digitized by Google

setzte, Anwendung, ohne Rücksicht darauf, daß die in Deutschland verurteilten Franzosen schon bei Abschluß des Waffenstillstandes in Freiheit gesetzt wurden.

Dabei spotten die Zustände in den Strafvollstreckungslagern, auch wenn sie sich schamhaft unter Bezeichnungen wie „dépots speciaux" oder „camps de sécurité" verbergen, jeder Beschreibung. Wer, wie der Schreiber dieser Zeilen, selbst lange Disziplinarstrafen in französischer Gefangenschaft verbüßt hat, kann sich ein Bild davon machen, wie der Vollzug der gerichtlichen Strafen aussehen mag. In der Tat stimmen alle Berichte darin überein, daß die Bestraften als rechtlos und ehrlos betrachtet werden.

Leutnant von Schierstädt z. B., der wegen angeblicher Plünderung in Banden mit bewaffneter Hand und Anstiftung dazu 1914 zu fünfjähriger Zwangsarbeit und Degradation (!) verurteilt worden ist, erzählt über seine Erlebnisse in Chalons, im Zivilgefängnis zu Montpellier, im Zuchthaus zu St. Martin-de-Ré, der Vorstation von Cayenne, und in der Strafanstalt in Avignon Grauenerregendes. Bekanntlich hat es seinerzeit scharfer deutscher Gegenmaßnahmen bedurft, um die Entlassung des körperlich und seelisch schwer erkrankten Offiziers durchzusetzen. Aus den Erzählungen eines Angehörigen der Schierstädt-Patrouille, des Vizewachtmeisters P. von den Gardekürassieren, weiß ich, wie übel es auch den Unteroffizieren und Mannschaften ergangen ist, die aus ähnlichen Gründen wie ihr Führer zu fünf Jahren Gefängnis und Degradation verurteilt worden waren.

Im Verurteilten-Lager von Carpiagne bei Marseille, das als solches im Sommer 1918 mit etwa 700 Bestraften eingerichtet wurde, sind entsetzliche Mißhandlungen vorgekommen. Der Leutnant Filippo, dem auf unserer „Gegenliste" ein Ehrenplatz gebührt, hat beispielsweise im Juli 1918 mehrere Gefangene, vor allem den Matrosen W. vom Matr.-Regt. 3/9, mit Stockschlägen, Revolverkolbenhieben und Fußtritten blutig und bewußtlos geschlagen.

Ähnlich hat im Fort St. Nicolas, einer gleichfalls als Bestraften-Lager dienenden Zitadelle bei Marseille, der Sergeant Merry u. a. die Leutnants der Reserve S. vom F.A.R. 56 und G. vom R.I.R. 14 gröblichst mißhandelt. Daß in diesem Lager die hygienischen Einrichtungen minderwertig waren, die Verpflegung nicht genügte und die ärztliche Fürsorge versagte, ist eine für alle Lager dieser Art (und nicht nur für sie) kennzeichnende Erscheinung.

Besonders traurig liegen die Verhältnisse im „Lager" Avignon, wie sich das dortige Militärgefängnis nennt. Den etwa 600 dort befindlichen Deutschen war bis zum März 1918 nicht einmal die Errichtung einer Bücherei gestattet. Damals — spätere Nachrichten liegen dem Verfasser nicht vor — lagen unsere kriegsgefangenen Landsleute mit französischen Zuchthäuslern zusammen. Heizung fehlte, und das Stroh war verfault und voll Ungeziefer. Die kärglichen Mahlzeiten mußten im Freien eingenommen werden; überhaupt war täglich sechsstündiger Auf-

Digitized by Google

enthalt auf dem Hof vorgeschrieben. In den Arrestzellen lagen die Bestraften auf dem kalten Steinboden, tagsüber ohne, nachts mit einer dünnen Decke. Die Adjutanten Planche und Bonnet haben sich dort 1917 und 1918 schwerer Mißhandlungen schuldig gemacht; Planche hat u. a. Gefreiten Walter K. vom J.R. 30, Adam G. vom Bair. R.J.R. 23 und Franz M. vom J.R. 20 wegen Fluchtverdachts aufs denkbar roheste mit Fußtritten, Stock, Kolben, Lederriemen und anderen gefährlichen Werkzeugen schwer verletzt; Bonnet hat den Gefreiten Karl J. vom J.R. 36 fast nackt mit Handschellen und Ketten Tag und Nacht hindurch an die Wand gefesselt und mit Faustheben und Fußtritten bearbeitet.

Und solche Zustände herrschten teilweise sogar zu der Zeit, als das Berner Abkommen mit seinen immerhin erheblichen Milderungen Geltung hatte. Dieses Abkommen ist im November 1918 von der französischen Regierung einseitig und vertragswidrig aufgehoben worden. Es kann kaum zweifelhaft sein, daß sich seitdem die Lage unserer Landsleute in den Straflagern beträchtlich verschlimmert hat.

Diese Behandlung, wie sie im Deutschen Reiche keinem Zuchthäusler zuteil wird, haben in Frankreich Menschen zu erleiden, die fast durchweg nach oberflächlichem Verfahren ohne ausreichende Möglichkeiten der Verteidigung zu Strafen verurteilt worden sind, deren Ausmaß im Verhältnis zur Anschuldigung als geradezu ungeheuerlich bezeichnet werden muß.

So sind beispielsweise zahlreiche Verurteilungen zu langjährigen Freiheitsstrafen erfolgt, weil Kriegsgefangene gemäß Artikel 6 des Haager Abkommens die Verrichtung von Arbeiten verweigerten, die in Beziehung zu den Kriegsunternehmungen standen. Das Kriegsgericht der dritten Region in Rouen hat so den Unteroffizier G., der pflichtgemäß das Verladen von Führungsringen für Granaten ablehnte, Ende Februar 1917 zu fünfjähriger Zwangsarbeit verurteilt. Der Soldat K. vom J.R. 161 hat wegen Verweigerung von Munitionsverladung in La Pallice eine Festungsstrafe von gleicher Dauer erhalten. In Toulon sind diejenigen, die nicht auf Kriegsschiffen arbeiten wollten, mit mehreren Jahren Gefängnis bestraft worden.

Eine Reihe anderer Fälle betrifft Angehörige geistig arbeitender Berufe, die sich auf den Boden der zwischen den Regierungen getroffenen Intellektuellen-Vereinbarung stellten und demgemäß die Arbeit in Bergwerken, Steinbrüchen und Häfen verweigerten. Das Kriegsgericht in Besançon ist gegen derartige Arbeitsverweigerer — es handelte sich besonders um das Bergwerkskommando Ronchamps — mit Verurteilungen zu fünf und zehn Jahren Zwangsarbeit vorgegangen. Ähnliche Urteile verhängte das Kriegsgericht Clermont-Ferrand, u. a. im März 1918 gegen Max S. vom Lager Chagnat.

Auch denjenigen Gefangenen, die auf Einhaltung des Berner Vertrages, insbe-

Digitized by Google

sondere bezüglich der Arbeitszeit, der Ruhetage, der Disziplinarstrafen drängten, blühte Kriegsgericht und Zwangsarbeit. Freiheitsstrafen von fünf- bis achtjähriger Dauer trafen so mehrere Unteroffiziere und Mannschaften des Kommandos Aubière; ähnliche Strafen verhängte das Kriegsgericht Rouen; zwei- bis fünfjährige Freiheitsstrafen wurden fünf Kriegsgefangenen in Le Havre im August 1918 zuteil; — alle Strafen, weil die betreffenden Kriegsgefangenen sich nicht über die vereinbarte Höchstarbeitszeit hinaus beschäftigen lassen wollten. Fast ebenso sind alle bestraft worden, die an den vorgeschriebenen Ruhetagen die Arbeit verweigerten: so im Herbst 1916 fünfzehn Soldaten des Lagers Montreau-les-Mines, die — unter ihnen auch der schwer lungenkranke E. vom F.A.R. 100 — bis zu zehn Jahren Zwangsarbeit erhielten; und zehn Angehörige des Lagers St. Nazaire, die am Weihnachtstage keine Arbeit verrichten wollten und dafür mit sieben bis zehn Jahren Gefängnis bedacht wurden. In denselben Zusammenhang gehören diejenigen, die die abmachungswidrige Strafe des Tragens von Stein- oder Sandsäcken nicht ausführten; aus diesem Grunde wurden Ende April 1918 acht Deutsche in Le Havre zu fünf bis zehn Jahren Zwangsarbeit und der Jäger St. vom Jägerbatl. 14 (Lager Villegusien) zu zehn Jahren Zwangsarbeit verurteilt.

Verurteilungen von 8 bis 10 Jahren Zwangsarbeit sind weiter u. a. im April 1915 gegen fünf Kriegsgefangene in St. Nazaire wegen Streikens und gegen fünfzehn Kriegsgefangene in Toulon im April 1917 wegen einer Einspruchskundgebung gegen Mißhandlung ihrer Kameraden erfolgt.

Selbst bescheidene Sachbeschädigungen sind schwer geahndet worden. In Rouen hatte ein Gefangener ein kleines Loch in die Arrestwand gedrückt: außer einer Geldstrafe gab es dafür ein Jahr Gefängnis.

Auf Mundraub standen nicht minder schwere Strafen. Ein Musterbeispiel ist die vierjährige Gefängnisstrafe, die in Rouen über einen Soldaten verhängt wurde, der nach dem Vorbild der mit ihm arbeitenden Franzosen beim Ausladen von Wein etwa ½ Liter trank.

Diese Bestrafungen haben auch nach Friedensschluß fortgedauert. Ein (in der Revisionsinstanz freilich nicht aufrecht erhaltenes) Urteil des Kriegsgerichts Amiens erkannte gegenüber dem Soldaten Heinrich H. von der Kriegsgefangenen-Kompanie 323 in Albert auf die Todesstrafe, weil H. einen Posten — nach Darstellung der in der Hauptverhandlung nicht vernommenen Augenzeugen in Notwehr — geschlagen hatte.

Wie leichtfertig die französischen Kriegsgerichte urteilten, bestätigt u. a. die beeidete Aussage des in Casablanca ansässig gewesenen Gutsbesitzers Georg Eduard K. In einer im Besitze des Kriegsministeriums befindlichen Erklärung des damals 60jährigen Marokkodeutschen vom 19. April 1916 nimmt dieser folgende Angabe

Digitized by Google

auf seinen Eid: „In dem Zuchthause von Berronaghia sitzen etwa vierzig bis fünfzig unserer braven Soldaten; sie wurden im Jahre 1915 während meiner Anwesenheit vor dem Kriegsgericht in Casablanca von demselben französischen Kriegsgericht in ganz gemeiner, willkürlicher, aller Gerechtigkeit hohnsprechenden Weise zu fünf bis zehn Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Man wollte an ihnen die angeblichen Greueltaten in Belgien und Frankreich rächen. Das Kriegsgericht erklärte schlankweg alle bei ihnen gefundenen Sachen, wie Uhren, Verlobungs- und Trauringe, als im Kriege geraubt." Nach zuverlässigen Mitteilungen sind die angegebenen Zahlen noch zu niedrig: es liegen fast sechzig derartige Verurteilungen vor. Eine seltene Ausnahme bildet der Fall des Feldwebels S., indem die Nummer des ihm von seiner Braut geschenkten Verlobungsrings durch den deutschen Juwelier noch so rechtzeitig angegeben werden konnte, daß er mit monatelanger Untersuchungshaft unter der Anschuldigung des Diebstahles in Nordfrankreich davonkam.

Wie grausam die Behandlung dieser unschuldig Verurteilten war, geht u. a. aus der unter Eid erfolgten Erklärung des österreichisch-ungarischen Konsuls in Casablanca, Kaufmann Friedrich B., hervor, die er am 15. Dezember 1916 dem Kriegsministerium abgab und in der es wörtlich heißt: „Von Anfang an wurden diese armen Kerls (es handelt sich um die erwähnten 60 — D. V.) zu den schwersten Arbeiten gezwungen ... natürlich immer vom Wächter getrieben, ohne Grund an den Händen gefesselt und geprügelt. Bei der schweren Arbeit und völlig unzureichender Ernährung wurden sehr viele krank, und krank weiter zur Arbeit getrieben. Ich sah selbst mit an, wie ein Sachse mit 41 Grad Fieber mit Fußtritten zur Arbeit gezwungen wurde, obgleich der Arzt ihm Ruhe verordnet hatte. Während der Arbeit brach er natürlich zusammen und starb am folgenden Tage. Vielen anderen ging es ähnlich; wohin die Schläge trafen, war den Wächtern ganz egal. Noch schlimmer war es, wenn einer in die Zelle (strenger Arrest — D.V.) kam; dort wurden sie in vielen Fällen systematisch zu Tode geprügelt... Es wird mir immer eine schreckliche Erinnerung sein, wie ein Gefangener beerdigt wurde, wo ich zum Tragen der Leiche dabei sein mußte. Wie ein Hund wurde der arme Kerl eingescharrt, und nur mit Mühe gelang es mir, ein stilles Gebet am Grabe zu sprechen. Die ärztliche Behandlung war völlig unzureichend, auch nicht genügend Medikamente vorhanden. Es sind infolge der Mißhandlung, der schweren Arbeit im afrikanischen Klima, der schlechten Ernährung und geringen Fürsorge innerhalb acht Monaten von sechzig Kriegsgefangenen zweiundzwanzig gestorben, ohne daß irgendeine Epidemie herrschte. Und es würden wohl kaum welche übriggeblieben sein, wenn sie länger hätten dort bleiben müssen."

Die angeführten Beispiele und Schilderungen, für deren Zuverlässigkeit ich mich

Digitized by Google

verbürge, genügen. Sie zeigen, wie dringendste Eile not tut. Es handelt sich um Menschenleben. Wenn nicht sofort diesen Unglücklichsten der Unglücklichen geholfen wird, kommt die Hilfe zu spät, die wir Heimgekehrten um der Gerechtigkeit und der Menschlichkeit willen in kameradschaftlicher Treue für unsere armen Leidensgenossen von Regierung und Volk fordern.

Notizen

Die Beraubung Chinas. Im Februar-Heft von „Foreign Affairs" bringt Sheykin S. C. Wang, Sekretär der chinesischen internationalen Friedensgesellschaft, Enthüllungen über die Moral der Geheim-Diplomatie. Er schreibt u. a.:

„Im Februar und März 1917, zur selben Zeit, da die Regierung der Vereinigten Staaten China zum Bruche mit Deutschland veranlaßte, gingen England, Frankreich, Rußland und Italien, ohne Amerika oder die chinesische Regierung davon zu benachrichtigen, geheime Abmachungen mit Japan ein, durch die Chinas Rechte verhandelt wurden, und durch die jene europäischen Mächte und Japan eine Koalition bildeten, um einander zur Erlangung der ersehnten Beute auf dem Friedens-Kongreß behilflich zu sein. Die Leser und Freunde von „Foreign Affairs" mag es interessieren, die folgenden, am 16. Februar 1917 zwischen der japanischen Regierung und dem britischen Botschafter in Tokio ausgetauschten Noten zu lesen:

Unter Bezug auf den Gegenstand unserer Unterhaltung vom 2. vor. Monats . . . geht Seiner Britannischen Majestät Regierung mit Vergnügen auf die Bitte der Japanischen Regierung um eine Zusicherung ein, daß sie anläßlich der Friedenskonferenz Japans Ansprüche betreffs Verfügung der deutschen Rechte in Shantung und den Besitzungen auf den Inseln nördlich des Aquators unterstützen wird; Voraussetzung ist, daß die Japanische Regierung in der eventuellen Friedens-Regelung die großbritannischen Ansprüche auf die deutschen Besitzungen südlich des Aquators im selben Sinne behandeln wird.

Ich ergreife diese Gelegenheit, Herr Minister, Eure Exzellenz erneut meiner größten Hochachtung zu versichern.

(Gezeichnet) Conyngham Greene,
Seiner Britannischen Majestät Botschafter.

Am 21. Februar 1917 antwortete Japan auf die britische Mitteilung wie folgt (unter Weglassung der Förmlichkeiten):

„Die Japanische Regierung ist tief empfänglich für den freundschaftlichen Geist, von dem Ihre Regierung Zeugnis abgelegt hat, und sie ist glücklich, ihn als einen neuen Beweis zu verzeichnen für die engen Bande, welche die beiden verbündeten Mächte vereinigen. Ich stelle mit Vergnügen fest, daß die Japanische Regierung vollauf bereit ist, im gleichen Sinne die Ansprüche zu unterstützen, die auf der Friedens-Konferenz bezüglich der Deutschen Besitzungen auf den Inseln südlich des Aquators erhoben werden mögen."

Zwei Wochen später schloß Japan ähnliche Geheim-Abkommen mit Frankreich, Italien und Rußland ab.

Angesichts dieser Abkommen stürzte das ganze Gebäude von Chinas berechtigten An-

Digitized by Google

sprüchen zusammen. Diese Abkommen waren es, die die britische Delegation bewogen, Chinas Rechte und Interessen zu opfern, da Lloyd George den Geheim-Vertrag mit Japan nicht aufheben wollte unter der Begründung, daß dies sonst England daran teilhaben lasse, „aus britischen Verträgen „Fetzen Papiere" zu machen". Und es ist vornehmlich auf die britische Haltung zurückzuführen, daß Präsident Wilson in die Schantung-Entscheidung einwilligte. Das ist klar ersichtlich aus der der Chinesischen Delegation in Paris halbamtlich mitgeteilten Erklärung des Präsidenten über seine Handlungsweise, in der Wilson ausführte, daß die Drohung Japans, die Friedens-Konferenz im Stich zu lassen, und die private Andeutung, die britische Regierung werde sich in diesem Falle vielleicht auch zurückziehen müssen, ihn zum Nachgeben zwangen. . . ."

Daß Wilson aber, wie er im Herbst 1919 vor der amerikanischen Senatskommission aussagte, vor der Friedens-Konferenz gar keine Kenntnis von den Geheim-Verträgen hatte, erregte auch in den Vereinigten Staaten größte Verwunderung. Denn diese Verträge waren in der amerikanischen Presse 1917 und 1918 ausführlich besprochen worden, ja Amos Pinchot stellte in der Oktober-Nummer 1919 von „Foreign Affairs" fest, daß Oberst House im Juli 1917 den damals an der Spitze einer britischen Mission in Amerika weilenden Herrn Balfour bat, „Abschriften der Geheim-Verträge nach Washington zu schicken, damit Präsident Wilson sehen könne, wofür die Amerikaner kämpfen", welchem Wunsche England allerdings nicht entsprochen hatte. Pinchot verlangte daher Aufklärung über Wilsons höchst erstaunliche Unkenntnis und meint: „Wenn der Präsident vor der Friedens-Konferenz keine Kenntnis von den Geheim-Verträgen hatte, muß er beinahe der einzige politische Führer unter den Verbündeten gewesen sein, der sich in dieser unglücklichen Lage befand".

Wilson hat ohne Zweifel vor der Senats-Kommission in dem Sinne die Wahrheit gesagt, daß er von dem Inhalt der Verträge keine Kenntnis hatte. Auch ist z. B. E. D. Morel der Überzeugung, daß der Präsident von den besten Absichten beseelt auf die Friedens-Konferenz eilte. Wie ist es aber von einem Manne in seiner Stellung zu verstehen, daß er sich nicht sogleich bei Kriegseintritt über die wahren Ziele der Verbündeten Gewißheit verschaffte? Denn damals lag es doch vollständig in seiner Hand, die anderen zur Annahme seiner Grundsätze zu zwingen. Es ist noch nicht möglich, ein gerechtes Urteil über diesen wandelfähigen Mann zu fällen, der sich selbst um die höchste Verehrung als den Weltfriedensstifter gebracht hat und der — zum mindesten durch seine Unfähigkeit, seine Schwäche, Weltfremdheit und seine von Schmeichelei betörten Sinne — der Hauptschuldige am „Verrat von Versailles" ist. H. L.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt. Redaktion: Schöneberger Ufer 36a I. Telephon: Nollendorf 928. Für Anzeigen: Werbedienst G. m. b. H., Berlin W. 35, Lützowstr. 102/4. Verlag: Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW. 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt 10 M. Einzelnummer 1 M. Gedruckt in der Buchdruckerei Hermann Bergmann, Berlin SW. 48.

Digitized by Google

5. Jahrgang * 16. April 1920 * Heft 16

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

So erfreulich die englische Absage an Frankreich wegen der Besetzung Frankfurts ist, so falsch wäre es, sie als deutsch-freundliche Tat werten zu wollen. Sie ist natürlich aus rein englischen Beweggründen erfolgt. Erstens sollte Frankreich kein äußerer Erfolg gegönnt werden, der den Anschein hätte erwecken können, als ob die Führung der Entente in französischen Händen läge; vor allem aber brauchte England diese Demütigung der Franzosen, um seine Asienpolitik zu vollenden. Es hatte ja bereits in Syrien die französischen Ansprüche weit nach Norden zurückgeschoben und wird natürlich bei den Verhandlungen wegen Frankfurt mit sich sprechen lassen, wenn es für französische Prestigerücksichten bare Konzessionen in Syrien erhält.

*

Die deutsche Regierung hat mit Recht gegen das brutale Vorgehen der Franzosen in Frankfurt den schärfsten Protest eingelegt und Schadloshaltung der Opfer gefordert. Wäre es nicht an der Zeit, jetzt, wo die „zivilisierteste Nation der Welt" es im Frieden für möglich findet, die Geburtsstadt Goethes mit schwarzen Truppen zu belegen, unsere Gegenliste der französischen Greueltaten während des Krieges zu veröffentlichen.

*

Wilsons Eigensinn und politische Kurzsichtigkeit hat es glücklich zu Wege gebracht, daß er Amerika völlig aus der europäischen Politik ausgeschaltet hat. „Sein" Frieden findet im Parlament keine Mehrheit und gegen die einfache Anerkennung des Friedenszustandes durch die beiden amerikanischen Kammern will wiederum der Präsident sein Veto einlegen. Inzwischen zerschlägt ihm Millerand kurzer Hand sein Lieblingswerk, den Völkerbund und der „allmächtige" Präsident kann nichts dagegen tun, weil dank seiner schlauen Taktik die Vereinigten Staaten noch nicht Mitglied des Völkerbundes sind.

*

Digitized by Google

In Südafrika haben die Wahlen den Engländern eine schwere Niederlage beigebracht. Die Nationalisten unter Herzog, deren Endziel der selbständige Burenstaat ist, sind zur stärksten Partei im Parlament angewachsen. Die alte Majorität (südafrikanische Partei unter Smuts und die englischen Unionisten) hat nicht mehr die Führung. Freilich reicht die Zahl der Nationalisten noch nicht aus, um die Kabinettsbildung allein zu unternehmen. Auch nicht, wenn sie sich mit der von 5 auf 21 Mann angewachsenen Arbeiterpartei zusammenschlösse. Aber ohne und gegen sie gibt es keine tragfähige Mehrheit mehr. Es ist daher nicht unmöglich, daß sich Smuts wieder mehr zum nationalen Standpunkt neigen und zusammen mit Herzog eine rein burische Politik zu treiben beginnen wird.

*

Der dänische reaktionäre Spuk hat sich vor der Androhung des Generalstreiks verflüchtet. Damit kann die Gefahr für die zweite Zone in Schleswig als gemindert angesehen werden. Betrüblich war nur die Tatsache, daß reaktionäre deutsche Blätter aus Haß gegen die Demokratie es fertig brachten, die Vorgänge in Dänemark so darzustellen, als ob auch die dänische Linke in chauvinistischer Verblendung für eine Nichtanerkennung des Abstimmungsresultates gearbeitet hätte. Wann werden die Deutschen endlich es lernen, daß es nicht angeht, an dem Feuer der auswärtigen Politik ihr Parteisüppchen kochen zu wollen.

*

Es muß anerkannt werden, daß die „Deutsche Tageszeitung" die zweite Stütze der Kappschen Regierung in Presseangelegenheiten, Herrn Trebitzsch, fallen läßt. Sie veröffentlicht einen Bericht aus London, wonach dieser saubere Herr während des Krieges seine Zeit zwischen Wechselfälschen und Spitzelarbeit zugunsten Englands teilte. Nach Bredereck jetzt noch Trebitzsch, das ist etwas viel für die Ära Oberst Bauer in der Reichskanzlei, die doch vor allem die Korruption unter Erzberger mit Stumpf und Stiel auszurotten sich berufen fühlte.

*

Die „Deutsche Zeitung" bringt es fertig, den Oberst Lange in Schwerin anzugreifen, weil es seinem energischen Eingreifen zu danken war, daß General Lettow-Vorbecks Eintreten für Kapp-Lüttwitz unschädlich gemacht werden konnte. Er antwortet dem alldeutschen Blatte kurz und schlagend: „Meine Sorge ist nicht, ob ich in diesem Sinn (d. h. zum Schutz der Verfassung) zu viel, sondern ob ich nicht zu wenig getan habe. Es ging nicht um Ruhe und Ordnung. Die hatten Kapp und Genossen gründlich über den Haufen geworfen. Alles mußte für die Republik, nichts durfte gegen sie getan werden."

Digitized by Google

Nur so weiter!

Von Dr. Paul Rohrbach

den 11. April 1920.

Die Franzosen haben Frankfurt a. M., Darmstadt und andere Plätze am Anfang des von ihnen erstrebten Mainkeils zwischen Nord- und Süddeutschland besetzt — wegen Verletzung des Friedensvertrages durch uns. Die Verletzung besteht darin, daß wir ihrer Behauptung nach zur Bändigung der kommunistischen Revolution und der plündernden Anarchistenbanden im Ruhrland mehr Truppen das neutral gesprochene Gebiet auf der rechten Rheinseite haben betreten lassen, als uns erlaubt ist. Wir wollen ganz davon absehen, daß inoffiziell in Paris die Genehmigung des Einmarsches erst in Aussicht gestellt, dann, als die Truppen dort waren, schroff verweigert und gleich mit der Repressalie in Frankfurt vorgegangen worden ist. Wenn man wollte, so könnte man darin eine absichtliche Verlockung erblicken, nur damit die ersehnte Besetzung zustande käme. Auch ohne das ist aber das Verhalten Frankreichs derart böswillig, brutal und rechtsbrüchig, daß man es nur mit den Worten charakterisieren kann: genau wie es von den Franzosen zu erwarten war, genau so, wie sie sich ein für allemal zu handeln vorgenommen haben und genau so, wie sie immer gegen Deutschland handeln werden, solange sie dazu imstande sind. Zugleich sieht man, was für ein wertloses Stück Papier der Friedensvertrag für uns ist, und wie wenig die Feinde, die dies Instrument zur Fortsetzung des Krieges gegen Deutschland geschaffen haben, sich um ihre eigene Bestimmungen kümmern, wenn diese einen Schutz für Deutschland enthalten. Die militärische Operation im Ruhrgebiet m u ß vorgenommen werden, wenn wir uns vor dem Bolschewismus retten wollen; ihr Unterbleiben hätte Verwandlung des Industriebezirks in eine eigne bolschewistische Räterepublik und bolschewistische Zerrüttung des ganzen übrigen Deutschland von dort aus bedeutet. Die deutsche Regierung ist also in der Zwangslage. Die Franzosen aber handeln so, wie ein Gläubiger, der einen Anspruch auf den Leib seines Schuldners hat und diesem, wenn er Arznei gegen eine lebensgefährliche Krankheit nimmt, dafür dieses oder jenes Glied abzuschneiden beansprucht. Was soll der Kranke machen? Wenn er am Leben bleiben will, muß er es hinnehmen.

Die Feinde Deutschlands — die alliierten und assoziierten Regierungen — haben, wie die deutsche Regierung in ihrer Note vom 6. April ausführt:

anerkannt, daß sich von Eintreten des Friedenszustandes an die Folgen einer etwaigen Nichterfüllung vertraglicher Verpflichtungen nur nach den allgemeinen Bestimmungen des Friedensvertrages sowie nach den vom Völkerrecht anerkannten gewöhnlichen Verfahrensarten bestimmen sollten.

Digitized by Google

Die deutsche Note fährt daraufhin mit dankenswerter Klarheit fort:

Damit steht das jetzige Vorgehen der französischen Regierung im schroffsten Widerspruch. Der Friedensvertrag sieht an keiner Stelle das Recht einer Signatarmacht vor, die Nichterfüllung einer vertraglichen Verpflichtung seitens Deutschlands ohne weiteres mit dem militärischen Einmarsch in deutsches Gebiet zu beantworten. Überdies hat sich aber die französische Regierung über grundlegende Bestimmungen der Völkerbundsakte hinweggesetzt, die einen integrierenden Bestandteil des Friedensvertrages bildet.

Wenn die französische Regierung das deutsche Vorgehen tatsächlich als den Versuch einer Störung des Weltfriedens ansehen zu können glaubte, so hätte dies gemäß den Völkerbundsstatuten als eine Angelegenheit des ganzen Bundes behandelt werden müssen.

Was aber sagt die französische Regierung? Sie erklärte, sie habe ihr Vorgehen ihren Verbündeten mitgeteilt — und damit gut, und ihre offiziöse Presse vermerkte mit offenem Zynismus, Frankreich habe einmal die Probe darauf gemacht, sich sein Recht ohne einschränkende Formalitäten zu nehmen. Das war vor Englands Protest. Also was Friedensvertrag und Völkerbund! Ein Fetzen Papier! Die Schweizer, die am 16. Mai Volksabstimmung darüber haben, ob sie in den Völkerbund wollen oder nicht, können sich gleich eine Abschrift davon nehmen, wie es darin zugehen wird. Die Gegner des Eintritts in der Schweiz sagen, der Völkerbund von Versailles verdiene als Vereinigung lediglich der Siegerstaaten kein Vertrauen. Man sieht, wie richtig das ist.

Warum die Franzosen ihre Shylockpolitik machen? Erstens, weil es die Politik ist, die sie von Anfang an für den Frieden und den Völkerbund im Sinne gehabt haben. Man erfährt jetzt allmählich immer mehr über die innere Entstehungsgeschichte des Friedens von Versailles. Die ersten Enthüllungen kamen in dem Buch von Keynes, das hier mehrfach erwähnt und besprochen worden ist. Jetzt bringt Tardieu eine Artikelreihe in der französischen „Illustration", mit dem Zweck zu zeigen, was für ein Friede Frankreich gedroht hat, und was durch das Verdienst von Clémenceau für Frankreich erreicht worden ist. Danach hätte das ursprüngliche Friedensprogramm, offenbar ein Versuch, die 14 Punkte Wilsons nicht gleich anfangs in ihr vollkommenes Gegenteil zu verkehren, so ausgesehen:

Sofortige Zulassung Deutschlands zum Völkerbund,
keine interalliierte Besetzung des linken Rheinufers und keine französische Besetzung für länger als 18 Monate,
Bezahlung alles deutschen Staatseigentums in Elsaß-Lothringen durch Frankreich,
keine Abtretung der Saargruben an Frankreich und kein Sonderregime für die Bevölkerung des Saargebiets,

Digitized by Google

Wiedergutmachungen, die weniger als 30 v. H. des französischen Schadens betragen hätten,
keine Bezahlung der französischen Pensionen,
Zusicherung, daß Deutschland auf alle Fälle nach 30 Jahren schuldenfrei sein solle, unabhängig von der bezahlten Summe,
Abzahlung der Hälfte der deutschen Schuld in Papier,
Verteilung des Handelsschiffsraumes nach den Kriegsverlusten,
Freiheit für Österreich, sich an Deutschland anzuschließen.

Es ist gut, daß man das erfährt. Wenn die vorläufig noch sehr zweifelhafte Revision des Friedens einmal ernstlich in Gang kommt, d. h. wenn die Not unsre Feinde zwingen wird, sich auf die Revision einzulassen, so kann auf das zurückgegriffen werden, was nach den Vorschlägen von gemäßigter feindlicher Seite der Friede ursprünglich sein sollte. Nur wird sich Frankreich sicher nie unter denen befinden, die von Revision etwas wissen wollen. Eher wird es selbst zusammenbrechen — und vielleicht ist eine französische Katastrophe näher, als viele glauben. Das führt uns auf den zweiten Grund der gegenwärtigen Handlungsweise Frankreichs.

Frankreichs Lage in der Welt und in der Entente ist schlecht. Die Finanzen sind bis auf den Grund zerrüttet und ohne eine gefährliche politische und soziale Krisis nicht zu heilen. Der moralische Kredit des Franzosentums in Amerika, der vor dem Kriege ein sehr hoch einzuschätzendes Aktivum für Frankreich war, ist reduziert, denn die Amerikaner haben sich durch den Augenschein überzeugt, ein wie rückständiger, unordentlicher, kleinlicher und organisatorisch unfähiger Mensch der Durchschnittsfranzose ist. Am entrüstetsten ist der normale Amerikaner über den Schmutz, die physische Unsauberkeit im französischen Volk. Auf jeden Fall ist seine Franzosenschwärmerei vorüber und er tut nichts mehr für die „schönen Augen" der Franzosen. Er hält es auch nicht mehr für seine moralische Pflicht, das edle Frankreich gegen alle Zufälle, die ihm geschehen könnten, zu decken. Der Konflikt mit England im Orient, in Syrien, ist scharf und durch keinen Ausgleich lösbar. Die Franzosen wünschen eine Position, die ihnen Einfluß in der arabischen Welt gibt und die in der Nachbarschaft von Ägypten etwas bedeutet; die Engländer aber denken nicht daran, ihnen das zuzugestehen. Das Maß der Zerstörung in der französischen Industrie wird nur durch die Ungeschicklichkeit zum Wiederaufbau, sei es mit noch so großen deutschen Leistungen, übertroffen. Die physische und die geistige Kraft des Landes ist durch die Überanstrengung des Krieges erschöpft. Ein derartiges Maß von Unfähigkeit, wie es sich in Elsaß-Lothringen offenbart, haben den Franzosen ihre besten auswärtigen Kenner kaum zugetraut. Die Wirtschaftslage hat schon Keynes charakterisiert, indem er sagte, daß fast die Hälfte des Budgets durch Schulden, Stundungen, Ausverkäufe und Papiergelddruck „gedeckt" wird. Heilung der Finanzlage gäbe es nur durch

Digitized by Google

Steuern auf den Besitz, die ebenso hoch sein müßten wie in Deutschland, und die wird sich der französische Kapitalismus ohne schweren Kampf nicht abringen lassen.

Nach keiner Seite hin lassen sich also die Dinge vorwärts bringen, weder im Innern, noch nach außen. Die Deputiertenkammer aber besteht zu drei Vierteln aus Nationalisten der schärfsten Art. Man stelle sich vor, daß bei uns die Nationalversammlung dreihundert alldeutsche Mitglieder zählte, und das nach einem Kriege, den man der Nation gelehrt hat, für einen siegreichen zu halten. Die Regierung muß also Leistungen präsentieren, die etwas ausgeben für die Größe und für den Ruhm Frankreichs und die beweisen, daß man der Sieger ist. Was soll sie da tun? Den Kurs des französischen Franken, der anscheinend bald unter ein Drittel der Parität gesunken sein wird, kann sie nicht heben. Die reißend zunehmende Teuerung kann sie nicht mildern. Die Industrie kann sie nicht wiederherstellen. Die verlotterten Eisenbahnen kann sie nicht reparieren. Das Garantiebündnis mit Amerika kann sie nicht zustande bringen. Eindruck auf das kalte englische Nein in Syrien kann sie nicht machen. Mit Watte gegen das Gerede von Friedensrevision in der ganzen übrigen Welt kann sie die französischen Ohren nicht vollstopfen. Was bleibt übrig? Deutschland Fußtritte zu geben, das Papier von Versailles zu mißhandeln und triumphierende Worte vor der französischen öffentlichen Meinung zu machen. Zugleich ein Vergnügen für den französischen Charakter, der die größte Freude hat an sadistischen Quälereien eines Wehrlosen.

Wir müssen uns ein für allemal abgewöhnen, die Politik der maßgebenden Kräfte in Frankreich in Verbindung zu bringen mit den Motiven der Menschlichkeit, Gerechtigkeit und Vernunft. Damit hat sie nichts zu tun und wird nichts damit zu tun haben auf lange hinaus. Manche Leute versichern uns, daß die Franzosen ein Volk von hysterischen Narren und Feiglingen sind, das alle Besinnung verliert, wenn es sieht oder hört, daß irgendwo waffentragende Deutsche sich bewegen. Es mag sein, daß auch die Angst und das schlechte Gewissen mitsprechen. Stärker aber jedenfalls Rachsucht und der ererbte Haß gegen Deutschland. Der frühere belgische Gesandte in Berlin, Baron Greindl, schrieb am 8. April 1907 an seine Regierung in Brüssel: „Jedesmal, wenn Frankreich sich im Laufe der Geschichte stark genug dazu fühlte, versuchte es, sich die Vorherrschaft über die ganze Welt anzumaßen." Dieses Ziel war stets bedingt durch die Notwendigkeit, zu dem Zweck Deutschland niederzuhalten und zu zerstückeln. Das Ärgste gegen Frankreich, was je mit bezug auf das deutsch-französische Verhältnis gesagt ist, findet sich an englischer Stelle in dem berühmten Brief Carlyles an die „Times" vom 11. Nov. 1870. Carlyle zeichnet die Rolle Frankreichs als Zerstörer der deutschen Kraft und Größe von jeher: „Keine Nation hat je einen so schlimmen Nachbarn gehabt, wie Deutschland ihn in den

Digitized by Google

letzten 400 Jahren an Frankreich gehabt hat; schlimm auf jegliche Art: frech, räuberisch, unersättlich, unversöhnlich und immer angriffslustig". Der Engländer dringt mit aller Macht darauf, die Deutschen sollten „nach 400 Jahren der Mißhandlung von seiten dieser Nachbarn" das ihnen geraubte Elsaß-Lothringen wieder an sich nehmen, und er schließt mit dem Bekenntnis, daß Deutschland endlich zu einer Nation geschweißt und „statt des windigen, nach eitlem Ruhm dürstenden, gestikulierenden, streitsüchtigen, unruhigen und übermäßig reizbaren" Frankreich die Königin des Festlandes werde, scheine ihm die hoffnungsvollste Tatsache, die sich in seinem Leben ereignet habe. Um dieselbe Zeit schrieb Charles Kingsley an einen Freund, er hoffe, es werde ihm möglich sein, die Rache aus seinem Herzen fernzuhalten, zu vergessen, „was Deutschland seit 200 Jahren von dieser eitlen, raubgierigen, unruhigen Nation gelitten hat; der Deutsche aber habe ein Recht zu sagen, das Eigentum, das Leben, die Freiheit seien 200 Jahre lang in Deutschland bedroht gewesen, weil es so zerstückelt war, Frankreich aber habe stets die Zerstückelung gefördert, damit das Land um so sicherer der Spielball seines Ehrgeizes sei."

Selbst Wilson hat vor dem Kriege in seinem Werk über den Staat den Krieg von 1870 mit den Worten charakterisiert, er sei im Interesse des deutschen Patriotismus gegen französische Unverschämtheit geführt worden. Endlich, um noch einen „klassischen" Zeugen über Frankreich zu vernehmen, Herrn Harmsworth, später Lord Northcliffe, im Jahre 1899: „England hat lange zwischen Deutschland und Frankreich geschwankt, aber es hat stets den deutschen Charakter geachtet, während es dahin gekommen ist, für Frankreich Verachtung zu empfinden. Genug von Frankreich, das weder Mut noch politischen Sinn besitzt." Derselbe Gentleman sagte einige Jahre später in einem Interview für den „Matin", er werde nicht zugeben, daß seine Zeitung etwas drucke, was Frankreich verletzen könnte; sie werde nichts aufnehmen, was den Deutschen angenehm sein könnte. England verabscheue die Deutschen. Graf Lalaing, der belgische Gesandte in London, gab ihm dafür einen moralischen Peitschenhieb (Bericht vom 24. Mai 1907) mit den Worten: „Diese Art von Journalisten, Herausgeber billiger und vielgelesener Blätter, fälschen nach Belieben die Meinung eines ganzen Volks." In den Franzosen steckt dennoch ein achtbarer Kern, Vaterlandsliebe, Festigkeit und Begeisterung des Willens. Wenn aber ihre Leidenschaft erregt ist, so kommt es über sie wie ein langdauernder und besinnungsloser Rausch von Haß, wollüstiger Grausamkeit, Unfähigkeit, politisch zu denken und bis zur Hysterie gesteigerter Gestikulation. In diesem Zustand, von dem schärfere Beurteiler gesagt haben, daß man zweifeln könne, ob er Norm oder Ausnahme sei — in ihm stecken sie jetzt wahrscheinlich für Jahrzehnte — sind sie jeder Niedrigkeit fähig. Wir müssen ihnen das überlassen und können nichts dazu tun. Mögen es die Franzosen

Digitized by Google

halten, wie sie wollen. Deutschland dienen sie schließlich am besten, wenn sie es so weiter treiben, und wenn es möglich wäre, so wäre es gut, sie trieben es noch weiter.

Ein Diplomat von Bedeutung aus der alten Schule, Raschdau, hat im roten „Tag" (4. April) einen Artikel veröffentlicht, auf den wir auch noch in anderem Zusammenhang zurückkommen werden. Er sagt darin, es nütze nichts, sich über unser Verhältnis zu Frankreich einer freundlichen Selbsttäuschung hinzugeben und es habe auch keinen Zweck, mit unsrer Meinung hinterm Berge zu halten, damit es in Paris keine Mißstimmung gebe. Im Gegenteil, wir müßten die Vereinsamung zu fördern suchen, der Frankreich zunehmend durch seine erbarmungslose Ausnutzung des Gewaltfriedens verfällt, indem wir nicht die „Loyalität" in der Erfüllung, sondern den Nachweis der Unausführbarkeit des Vertrages fortgesetzt in den Vordergrund rücken. Auf diese Weise, sagt Raschdau, unterstützen wir die zahlreichen Kräfte, die unter unsern einstigen Gegnern für das gleiche Ziel tätig sind. So ist es, und das ist für uns die einzig richtige Politik. Wie es scheint, werden die Franzosen selbst diejenigen sein, die ihr zum Durchbruch helfen. Dann wird auch das Blut der deutschen Opfer, die am 7. April in Frankfurt von Negerfranzosen nach Kommando niedergeschossen wurden, nicht nutzlos für Deutschland geflossen sein.

Ein Fehler vom französischen Standpunkt scheint es gewesen zu sein, daß Frankreich glaubte, seine Alliierten würden sich mit der vollzogenen Tatsache der Besetzung abfinden, auch ohne vorher um ihr Einverständnis angegangen zu sein. Die Besetzung ist ein krasser Bruch des Friedensvertrages, denn nach diesem hätte das Statut des Völkerbundes die Norm zur Behandlung eines solchen Falles zwischen Deutschland und Frankreich bilden müssen. Das Statut aber schreibt einen ganz bestimmten formellen Weg vor und verbietet die Anwendung von Gewalt durch ein Mitglied (auch gegen ein Nichtmitglied) vor dem Spruch des Bundes. Daran ist so wenig zu rütteln, daß in der ganzen Welt das Urteil über die französische Gewalttat, wo es unbeeinflußt von Leidenschaft ist, nur dahin lauten kann: widersprechen die übrigen Stifter und Mitglieder des Bundes diesem Akt nicht, so ist der ganze Völkerbund moralisch tot, bevor er recht zum Leben gekommen ist. Mit der Moral würden sich die Leute, die den Frieden von Versailles gemacht haben, ja wohl noch irgendwie abfinden, ohne ihr Schemen gar zu lebendig zu machen; der Wortbruch mit Rücksicht auf die 14 Punkte ist dafür ein genügend grelles Beispiel. Diesmal aber kommen vielleicht zu den moralischen Bedenken auch noch praktisch-politische. Trotzdem ist und bleibt ein wirklich bis zum französischen Rückzug durchgefochtener Konflikt zwischen Frankreich und den übrigen Alliierten und Assoziierten eine Sache, die man nicht eher glauben wird, als bis man sie gesehen hat.

Digitized by Google

Irland

Von Leopold Buchholz

Die Lage in Irland hat sich um Ostern in einer Weise zugespitzt, die an die Vorgänge bei dem berühmten Aufstande derselben Tage im Kriegsjahre 1916 erinnert. Wieder ist die Revolutionspartei der Sinnfeiner ziemlich gleichmäßig über die ganze Insel zu einem Terror übergegangen, der außer in der russischen Geschichte keine Gegenstücke hat. Die Ermordung des mit einer besonderen Untersuchung des Sinnfein beauftragten Richters Alan Bell in Dublin sowie umgekehrt die des sinnfeinischen Bürgermeisters von Cork sind ein ziemlich lautes Warnungssignal, und schon verbreiten sich Gerüchte von Anschlägen, die in derselben Weise die leitenden englischen Staatsmänner auf englischem Boden bedrohen sollen.

Die Haltung des Sinnfein ist die Antwort auf die rücksichtslose Militärherrschaft, die noch immer Englands einziges Mittel zur Beherrschung Irlands ist. Die Gefängnisse füllen sich nicht allein mit namenlosen Agenten der Revolution, sondern ganz wie vor 4 Jahren mit den bedeutendsten Vertretern auch der irischen Arbeiterschaft. Das Bezeichnende aber ist, daß nicht wie damals Kriegsgesetze und die vermeintliche Drohung durch den äußeren Feind die Grundlage dieser unhaltbaren Zustände bilden, sondern daß die englische Regierung im Begriff ist, mit ihrer neuen Homerule-Vorlage einen letzten, von maßgebenden Männern beider irischen Parteien ernsthaft eingeschätzten und zum Teil unterstützten Rettungsversuch zu machen.

Während in London darüber verhandelt wird, sitzt in Paris die sogenannte Regierung der unabhängigen Republik Irland, ihr leitender Geist de Valera erntet in den Vereinigten Staaten die begeisterte Zustimmung riesiger Volksversammlungen, wenn er dort die Sache der völligen Lostrennung Irlands von England vertritt, und die katholische Kirche Irlands beteiligt sich mit ihren Bischöfen an der Spitze unverhüllt auch wirtschaftlich an der Agitation und den Anleihen der Republikaner. Von allen Nationalitätenproblemen der Welt ist das irische heute das, das am allerwenigsten unter dem Schlagwort der „Nichteinmischung in innere Angelegenheiten eines Staates" dem Urteil der Welt entzogen werden kann.

Bis vor kurzem noch schien die größere Schwierigkeit bei dem Ausgleich der englischen und irischen Interessen in der eigenartigen Stellung der irischen Unionisten Ulsters und der anderen protestantischen Bezirke zu liegen, die durch ihre Beziehungen zu dem feudalsten Kern der parlamentarischen Klassenherrschaft in England ihren Einfluß nach Wahl durch inneren Druck auf die Regierung oder durch äußeren Widerstand gegen deren Maßnahmen geltend zu machen vermochten. Heute sind die Ulster-Leute unter Sir Edward Carson dem Standpunkt der Regierungsvorlage bereits erheblich nähergetreten. Auf der anderen

Digitized by Google

Seite hat gerade der maßlose Radikalismus der Sinnfeiner auch einen großen Teil der irischen Nationalistenpartei, der klassischen irischen Opposition im englischen Parlament, unter Leitung des Abgeordneten Stephen Gwynn in dieselbe gemäßigte Richtung getrieben. Die Sachlage könnte also insofern gegen früher vereinfacht erscheinen, als mit immer größerem Schein des Rechts die Sinnfeiner als die einzigen Gegner der Einigung dastehen. Aber einmal wird gerade dadurch die Unversöhnlichkeit der irischen Unabhängigkeitsforderung immer schärfer herausgearbeitet, und sodann ist auch die mittlere Linie, die den gemäßigten Parteien vorschwebt, von der Verwirklichung doch noch sehr weit entfernt. Gerade dadurch, daß sich Carson neuerdings unter Verzicht auf die unionistische Diaspora mit dem in der Regierungsvorlage vorgesehenen Ulster-Parlament ausgesöhnt hat, sind die Hoffnungen auf einen späteren Zusammenschluß dieses Parlaments mit dem des übrigen Irland jäh zu Boden gesunken und hat die Befürchtung an Wahrscheinlichkeit gewonnen, daß nun auch dieses zweite Parlament des größeren Teiles von Irland unter dem Druck einer Sinnfeiner-Mehrheit vor keinen noch so radikalen Selbständigkeitsbeschlüssen zurückschrecken wird.

Fast scheint der augenblickliche Gegensatz zwischen den Befürwortern der Einigung und der Unabhängigkeit auf den Unterschied des wirtschaftlichen und des rein politischen Gesichtspunktes hinauszulaufen. Gewiß leidet Irland seit der Union mit England und trotz der großen Aufwendungen des Gesamtstaates für seine Agrarreform an einer verhältnismäßig beträchtlichen Übersteuerung, weil die einheitlichen Reichssteuern auf die (wie man berechnet hat, um den 40. Teil) schwächeren Schultern Irlands natürlich mit ganz ungleicher Schwere drücken. Aber für den, der nicht in der Tat die gänzliche Loslösung wünscht und erwartet, liegt heute die größere Aussicht auf Erleichterung dieser Lasten in einer Einigung mit England, bei der nach Lloyd Georges Vorschlag der irische Beitrag zum gemeinsamen Reichshaushalt für einen längeren Zeitraum festgelegt, die Erträgnisse seines wirtschaftlichen Wachstums also in die eigene Tasche fließen würden. Auch privatwirtschaftlich gibt es heute unter Engländern, Iren und Anglo-Iren weite Kreise, die über alle politischen Parteiunterschiede hinweg die Förderung der irischen Industrie und Landwirtschaft, wie sie sich z. B. in dem Nebeneinander von Flachsbau und Leinengewerbe darstellt, in friedlichen und freundlichen Beziehungen mit dem englischen Kapital erstreben und für möglich halten. Kein geringerer als der unerbittliche Verfolger aller englischen Heuchelei, George Bernard Shaw, hat wiederholt seine Überzeugung ausgesprochen, daß seine irische Heimat nur dann wirtschaftlich lebensfähig sei, wenn das jahrhundertelange Regime zollpolitischer Ausbeutung durch den größeren Nachbar nicht in das Gegenteil völliger Vereinzelung umschlage. Aber der Sieg dieser vermittelnden wirtschaftlichen Aussichten über den alten Volks- und Glaubenshaß darf doch auch wieder nicht zu einfach vorgestellt werden. Mit der nationalen irischen Re-

Digitized by Google

volution verbindet sich heute fast unauflösbar die soziale, die in ihren stark bolschewistischen Tendenzen für die Zukunftsbilder wirtschaftlichen Wohlstandes an der Seite Englands kaum zu haben sein wird, weil ja gerade dieser Wohlstand vielfach nur die Ablösung des frühkapitalistischen Pächterelends auf dem Lande durch die hochkapitalistische Proletarisierung in den Städten bedeuten würde.

Wie gesagt, ist der Anspruch Englands, mit dem irischen Problem allein fertig werden zu wollen, wegen der krassen Mißerfolge seiner dortigen Regierung sowohl als wegen der irischen Weltpropaganda kaum noch aufrecht zu erhalten. Der liberale Engländer, der auf Grund des Friedenszustandes die Respektierung seiner Staatshoheit und das Aufhören der verschwörerischen Kriegsmethoden fordert, wird sich doch nicht wundern können, wenn nach der Schlichtung oder vermeintlichen Schlichtung so vieler festländischer Nationalitätenstreitigkeiten die irische Frage in der künftigen Weltpolitik allmählich eine Rolle spielt wie etwa die polnische Frage im 19. Jahrhundert. Indessen dürften auch die übertriebenen Erwartungen, die die Englandfeinde in aller Welt, nicht bloß in Deutschland und den Vereinigten Staaten, sondern z. B. auch in dem verbündeten Frankreich, auf die Untergrabung des britischen Reichs durch diese seine schlimmste Wunde setzen, einer nicht ganz richtigen Einschätzung der irischen Revolution selbst entspringen. Wenn England wie bisher auch weiter imstande ist, für seine Herrschaft in Irland so mächtige Gründe wie den wirtschaftlichen Fortschritt und den Kampf gegen die internationale Revolution ins Treffen zu führen, so möchte die irische Republik, trotz aller auch finanziellen Begünstigung ihrer Freunde, auf lange hinaus ein Gebilde vielleicht nicht ohne Wurzeln überhaupt, aber doch ohne Wurzeln in dem allgemeinen Heimatboden der grünen Insel und ihrer Volksmehrheit sein. Es bleibt abzuwarten, welche Stellung die heute äußerlich zum Sinnfein haltenden Kreise des kleinen und mittleren Bürgertums einnehmen werden, wenn es England jemals gelingen würde, durch das Schwert seiner Militaristen oder durch die Gründe seiner Wirtschaftspolitiker die notdürftigste äußerste Befriedung in Irland herzustellen. Vielleicht findet dann mancher kleine Kapitalist, der heute gerade in der Agrar-Reform eine Bedrohung seiner gesellschaftlichen Machtstellung erblickt, seine Rechnung bei anderen Gestaltungen der kapitalistischen Entwicklung, und vielleicht folgt dann auch wenigstens der sozial höherstehende Teil der irischen Geistlichkeit dem katholischen Episkopat in den Vereinigten Staaten, der schon heute der Agitation der Sinnfeiner durchaus nicht freundlich gegenübersteht. In keinem Falle, auch mit dem Schwerte nicht, wird England diese äußere Vorbedingung für seine Einigung mit Irland, den Ersatz des heutigen Schreckensregiments durch eine bürgerliche Regierung erreichen, ehe es nicht außer den wirtschaftlichen und Klasseninstinkten auch das beleidigte Rechtsgefühl einer Mehrheit des irischen Volkes in irgendeiner Weise versöhnt hat.

Digitized by Google

Die französisch-südslawischen Geheimverträge und die Adriafrage

Von Dalmo Carnevali, Rom

Die Enthüllung über die Verhandlungen, die zwischen Frankreich und Jugoslawien zum Zwecke eines militärischen Bündnisses gegen Italien stattgefunden hatten, kann keine Überraschung bedeuten, sie ist nur ein Lichtstrahl, der plötzlich eine Situation beleuchtet, die wir schon kannten. Wir wollen damit beginnen, die Richtigkeit der beiden von der „Idea Nazionale" veröffentlichten Dokumente als zweifellos festzustellen, trotz des offiziellen Dementis der französischen Regierung. Dieses Dementi, das mit achtundvierzig Stunden Verspätung anlangte, wie das nationalistische italienische Blatt richtig bemerkt, gehört eben zu den diplomatischen Gepflogenheiten. Niemand in der Welt hat jemals Geheimdokumente, die an die Öffentlichkeit gebracht wurden, anerkannt. Niemand ist jemals vor einer offiziellen Lüge zurückgeschreckt, wenn eine Enthüllung die Beziehungen zwischen dem eigenen Lande mit einem bis dahin befreundeten Lande plötzlich gefährden konnte, oder wenn eine Enthüllung geradezu die Vergewaltigung der Bündnisbeziehungen erweisen konnte. Für die Sicherung der Früchte des Sieges wäre es geradezu kindlich anzunehmen, daß vom Quai d'Orsay ein anderes Wort verlautet wäre als das des offiziellen Dementis. Aber außerhalb des Quai d'Orsay ist die Wirklichkeit, und die Wirklichkeit ist so wie sie von den beiden Dokumenten festgestellt wurde, die bereits einen historischen Wert besitzen. Das Dementi reiht sich den gewohnten französischen Erklärungen dieser Art an, die die gewohnte Ideen- und Phrasensammlung zum Gebrauch für die Demokratie bilden. Man darf nicht vergessen, daß Herr Nitti, als er kaum zum Präsidenten des Ministeriums ernannt war, in einer Zusammenkunft von Journalisten, die er im Palazzo Braschi zusammenberufen hatte, behauptete (zu dem Zwecke, den Journalisten verstehen zu geben, daß es höchst gefährlich wäre, wenn man fortführe, der Regierung durch journalistische Feldzüge gegen Frankreich Schwierigkeiten zu schaffen), daß dieses Land wahrscheinlich bereits durch militärische Bündnisse mit kleinen östlichen Nationen gesichert sei. Der Satz war nicht für die Öffentlichkeit bestimmt gewesen, aber es kam anders. Jener Satz wurde gedruckt, besprochen, und die Versammlungen der Journalisten im Palazzo Braschi fanden nicht mehr statt. Übrigens, wenn heute erst die Veröffentlichung der Dokumente erfolgt, so ist die Nachricht doch nicht neu; sie erschien in den ersten Monaten des vergangenen Jahres, wurde von Paris dementiert und trotz des Dementis sprach eine kroatische Zeitung, „Jandran" in Spalato, abermals davon im Mai 1919 und in einem Ton, als ob sie eine diplomatische Niederlage Italiens feststellte.

Digitized by Google

Das erste Dokument enthält, von der Belgrader Regierung aufgezeichnet, einen vollständigen Plan eines militärischen Bündnisses, und drückt die Überzeugung aus, daß die jugoslawische Politik, um die völkisch und geographisch am Adriatischen Meere gelegenen Mündungen zu schützen, zu der französisch-serbisch-kroatisch-slowenischen Freundschaft in den folgenden zehn Artikeln ihre Zuflucht nehmen müsse.

Erstens: Die Regierungsvertretung des Reiches der Serben, Kroaten und Slowenen verpflichtet sich, im Einvernehmen mit der Regierung der Französischen Republik, besondere militärische Vereinbarungen als Grundlage der gegenseitigen Garantie der vertragschließenden Staaten aufzustellen.

Zweitens: Kraft dieser Vereinbarungen wird das Reich der Serben, Kroaten und Slowenen im Falle eines Konfliktes zwischen der französischen Nation und einer Mittelmeermacht sein Heer nach einem im Voraus von dem Generalstab der beiden Länder festgesetzten Plan mobilisieren.

Drittens: Die Regierung des Reiches der Serben, Kroaten, Slowenen wird im Falle eines Konfliktes, wie im Artikel 2, ihre Flotte mobilisieren und ihre Schiffahrt requirieren.

Viertens: Bei der Erklärung der Feindseligkeiten zwischen Frankreich und einer Mittelmeermacht wird eine gewisse Anzahl jugoslawischer Divisionen nach vorher festgesetzten Plänen an der feindlichen Grenze zum Angriff vereinigt.

Fünftens: Die Regierung des serbisch-kroatisch-slowenischen Reiches wird im Falle eines bewaffneten Konflikts das Eisenbahnnetz des Reiches, das die Häfen des Jonischen Meeres mit der Küste von Dalmatien verbindet, dem französischen Hauptquartier zur Verfügung stellen.

Sechstens: Die Regierung der französischen Nation verpflichtet sich, der jugoslawischen Regierung freie Hand in betreff der künftigen Gestaltung des Marinestützpunktes von Cattaro zu lassen. Die Verteidigungsanlagen werden in ihren Hauptwerken nicht geschleift, damit man sie im Bedürfnisfall ohne Verzug wieder in Wirksamkeit setzen kann.

Siebentes: Die Regierung der Französischen Republik verpflichtet sich, beim Bau und der Errichtung der Kriegs- und Handelsflotte des serbisch-kroatisch-slowenischen Reiches mitzuhelfen.

Achtens: Frankreich garantiert die Unantastbarkeit des Jugoslawien durch den Vertrag von St. Germain zuerteilten Gebietes, ohne sich jedoch zu verpflichten, im Falle eines Balkankonfliktes militärische Hilfe zu leisten.

Neuntens: Beim Abschluß dieses militärischen Übereinkommens erfolgt die Unterschrift der besonderen Handelsübereinkommen und der Zollbestimmungen.

Zehntens: Die militärischen Vereinbarungen, die zum Texte der Geheimkonvention gehören, gelten für die Dauer von fünfundzwanzig Jahren und sind eventuell zu verlängern. Diese Übereinkunft muß geheim bleiben. Der Bündnisvertrag kann nur, wenn die vertragschließenden Parteien es für nötig halten, nach der Ratifikation von seiten der Kammern beider Länder veröffentlicht werden.

Dieses Dokument an sich hatte nichts überraschendes, denn die geringen Sympathien der Jugoslawen Italien gegenüber sind bekannt, und man versteht, daß sie Freunde suchen gegen uns Italiener. Nur ein Umstand erscheint sonderbar, er

Digitized by Google

besteht darin, daß sie, um sich die Hilfe Frankreichs zu verschaffen, von dem angeblichen Gehalt des Artikels 2 ausgehen, „von einem wahrscheinlichen Konflikt zwischen Frankreich und einer Mittelmeermacht", die natürlich Italien wäre.

Bedeutend ernster ist dagegen das zweite Dokument, in dem die Antwort der Pariser Regierung an die Belgrader enthalten ist. Es ist klar, daß die französische Regierung, sobald man ihr ein militärisches Bündnis gegen eine verbündete Macht (Italien) vorschlug, den Vorschlag ohne weiteres beleidigt hätte ablehnen müssen. Die französische Regierung dagegen erkennt in ihrer Antwort an, daß dieser Plan „Frankreich ohne Zweifel Vorteile verspreche", sie findet nur, daß er „zu unausgebildet sei, als daß er ohne Abänderungen angenommen werden könne", sie macht dann die praktische Bemerkung, daß die „Handelsabkommen und die Zollbestimmungen jeglichem militärischen Abkommen nicht folgen, sondern vorangehen müßten", weil Frankreich sich nicht verpflichten könne, die militärischen Abkommen zu unterschreiben, ohne vorher in bezug auf gute Handelsbeziehungen völlig gesichert zu sein, ebenso in betreff der Vorteile, die Jugoslawien ihm auf seinen Märkten gewähren und der Erleichterungen, die es ihm für seine Ausdehnung im Orient geben würde. Die französische Regierung geht dann zu Sonderbemerkungen über, die ihm durch eine „genaue Prüfung der Artikel des Planes nahegelegt wären". Wir führen sie buchstabengetreu an und erbitten die Aufmerksamkeit der Leser besonders für Nr. 5. Hier sind sie:

1. Welche Garantien kann die Regierung von Belgrad in bezug auf die Verpflichtungen geben, die sie auch im Namen der Kroaten und Slowenen übernimmt?
2. Bevor sich die Regierung von Belgrad zur Mobilisierung verpflichtet, sollte sie einen Plan zur militärischen Reorganisation vornehmen.
3. Wieviel Jahre glaubt Jugoslawien zur Errichtung einer Flotte zu benötigen?
4. Kann Frankreich seine Werften für den Bau von Kriegsschiffen für die Regierung von Belgrad vor ihrer Flottenorganisation hergeben?
5. Im Falle eines Konfliktes sollten die jugoslawischen Truppen, statt sich an der feindlichen Grenze aufzustellen, lieber einen „Casus belli" gegenüber der mit Frankreich im Kriege sich befindlichen Nation provozieren. Die sofortige Einmischung, die im Artikel 4 vorgesehen ist, könnte den Eingriff anderer Mächte veranlassen, was dem Interesse Frankreichs zuwiderliefe.
6. Die Regierung der Republik kann und darf sich formell nicht an die gegenwärtigen Bedingungen binden, zur Errichtung der jugoslawischen Flotte Beihilfe zu leisten.
7. Frankreich kann keine anderen Garantien geben, außer für die Unantastbarkeit des jugoslawischen Gebietes.

Da die an Jugoslawien grenzenden Länder, die mit Frankreich in Konflikt kommen könnten, nur zwei sind, Italien und Griechenland, so legt die Pariser Regierung Wert darauf, festzustellen, daß sie sich gegen Italien sichern will und drückt den Wunsch aus, daß Griechenland mit von der Partie sei. In der Tat fügt sie hinzu, daß im Falle eines Konfliktes zwischen Frankreich und einer Mittel-

Digitized by Google

meermacht es nicht genüge, sich der Eisenbahnen der dalmatinischen Küste bis zum Jonischen Meer zu versichern, sondern daß die Belgrader Regierung mittels eines vorherigen Abkommens mit Griechenland über den Hafen von Saloniki und die Eisenbahnen, die diesen Hafen mit Dalmatien verbinden, verfügen müsse. Die Pariser Regierung schließt ihre Antwort mit der Bemerkung, daß sie sich vornähme, ein vollständiges Gegenprojekt auszuarbeiten, das bei aller Rücksichtnahme auf die großen Umrisse des Planes von Belgrad, Frankreich doch größere Garantien und realere Vorteile sichern könne.

Die in Frage stehenden Dokumente sind an sich schon genug beredt und jeder Kommentar könnte nur Erstaunen über die Unbefangenheit ausdrücken, mit der Frankreich das verbündete Italien, die lateinische Schwester, behandelt. In Paris vergißt man, daß Italien, gegen das die Belgrader Regierung ihre Truppen marschieren lassen will und ihre Festungen und ihre Flotte der Regierung der Republik zur Verfügung stellt, was nicht grundsätzlich abgelehnt wird, bereits zweimal Frankreich gerettet hat, zuerst mit der Neutralität und dann mit dem Eingreifen im Weltkrieg. Das sind Tatsachen, die verwunden können und in der Tat das Gefühl tief verwunden, aber es sind Dinge, die auf dem Gebiete der Geheimdiplomatie immer vorgekommen sind. Am Quai d'Orsay arbeiten sie, wie sie können und so gut sie es verstehen, nach dem alten Stil. Die französischen Diplomaten würden sogar genau zur selben Zeit daran gedacht haben, mit Italien ein Bündnis einzugehen. Worauf sie übrigens heute nicht einmal verzichten möchten. Sie spielen ihr Spiel und man weiß, daß das Spiel, das auf dem grünen Tuch der Diplomatie gespielt wird, fast niemals ehrliches Spiel ist. Schließlich gibt es in Paris eine politische Strömung, die aus Furcht vor der Zukunft Pfänder und Garantien zu erraffen sucht, wo sie es bekommen kann. Und so ist Paris mit Belgrad in Verhandlungen getreten, bevor — und das ist die ernsthafteste Tatsache — jene „Mittelmeermacht", Italien, dazu gekommen ist, ihre Angelegenheiten im Adriatischen Meere in Ordnung zu bringen. Die französisch-südslawischen Verhandlungen erhalten dadurch eine besonders schmerzliche Bedeutung, und es ist unmöglich, den Eindruck zu vermeiden, daß die wirtschaftlichen und militärischen Anerbietungen aus Belgrad, die von Paris nicht zurückgewiesen wurden, durch ein Kalkül gegen die Interessen und Ansprüche Italiens eingegeben wurden. Was würde man in Paris gesagt haben, wenn man von Rom aus geheime Verhandlungen mit Berlin angeknüpft hätte vor dem Abschluß jenes Vertrages von Versailles, den Italien in naivem, gutem Glauben unterschrieben hat? Die heutige Enthüllung wird zwei gute Früchte tragen. Die erste ist, daß sie einen neuen Streich gegen die Methoden der Geheimdiplomatie führt, gegen die das Gewissen der Völker sich jeden Tag mehr empört, die zweite, daß sie endlich den wirklichen Gegensatz zwischen der öffentlichen Meinung in Frankreich und der Regierung

Digitized by Google

klarstellt. Der Quai d'Orsay ist nicht ganz Frankreich, und wenn es in Frankreich ein Volk gibt, das versteht, daß wir nicht mehr in den Zeiten Talleyrands oder Metternichs leben, so ist jetzt der Augenblick da, in dem jenes Frankreich und jenes Volk lauter und stärker als sein Quai d'Orsay sprechen muß. Über Italien gibt es keinen Zweifel. Es denkt so wenig an neue Geheimbündnisse, daß es auch die mit seinen Verbündeten von gestern, von der lateinischen Schwester ablehnt.

Die adriatische Frage und die Verteilung der Häfen, Küsten, Inseln längs der östlichen Adriaküste zwischen Italien und Jugoslawien beschäftigt die Diplomatie von vier Großmächten seit über einem Jahre. Sie wird verschärft durch die ethnographische Zerstreuung der Italiener einerseits und der orthodoxen Serben, katholischen Kroaten und Slowenen — die zur Bildung des neuen Reiches Jugoslawien vereint sind — andererseits. Der Vertrag von London, der am 26. April 1915 von Frankreich, England und Rußland unterschrieben wurden, sicherte Italien einige Gebiete und Inseln der östlichen Adria zu, vor allem aus strategischen Gründen, und das wegen der im Falle eines feindlichen Angriffs absolut unmöglich zu verteidigenden Küste. Obwohl durch die Bedingungen des Waffenstillstandes alle fraglichen Gebiete von Italien besetzt sind, so würde es doch freiwillig in ein Abkommen mit Jugoslawien einwilligen, um einen sofortigen und dauerhaften Frieden durch freundschaftliche Übereinkunft zu begründen. Wie bekannt, spricht der Vertrag von London Italien zu: Triest, Istrien, einen großen Teil des dalmatinischen Gebietes, die Insel Cherso, Lussin, Pago, Crona mit den kleinen Nebeninseln Lissa, Lesina, Curzola, Lagosta, Meleda und Pelagosa; Fiume war jedoch ausgeschlossen aus der italienischen Sphäre. Das Kompromiß vom 14. Januar 1920 lud die Jugoslawen ein, die Autonomie von Fiume und Czara anzuerkennen, bestimmte aber für Italien Westistrien und Volosca mit einem Korridor, der Fiume mit Italien vereinte. Jugoslawien erhielt Sussak, während der Hafen und die Eisenbahn von Fiume vom Völkerbund verwaltet werden sollte, der auch die Autonomie von Czara und Fiume garantierte. Kein Teil der dalmatinischen Küste sollte entmilitarisiert werden, aber alle Inseln des Adriatischen Meeres sollten ohne militärische Anlagen sein, während Italien die Inseln Lussin, Pelagosa und Lissa erhalten sollte. Das Januarkompromiß entschädigte Jugoslawien mit einer großen Grenzberichtigung in Albanien für die Verluste, die es im Norden erleiden sollte. Die Jugoslawen widersetzten sich grundsätzlich diesem Vorschlag, weil sie dadurch in gefährliche Komplikationen auf dem Balkan zu geraten fürchteten. Obgleich weit entfernt durch die 1913 von der Botschafterkonferenz zur Bildung des albanischen Staates festgesetzten Grenzen befriedigt zu sein, ziehen die Jugoslawen doch vor, daß Albanien als ein freier Staat, wie es gegründet wurde, zu bestehen fortfahre.

Digitized by Google

Die verschiedenen Versuche, die von Zeit zu Zeit gemacht wurden, um zu einem gegenseitigen Vergleich zwischen Italien und Jugoslawien zu führen, sind gescheitert. Die Jugoslawen behaupten, daß das Kompromiß vom vergangenen Januar unannehmbar wie der Vertrag von London sei. In der Tat würde es nach ihrer Meinung jede freie Handelskontrolle von Fiume unterdrücken und eine Grenze schaffen, die sie einer breiten, reinslawischen Zone berauben würde. Der Vertrag von London sei dagegen einfach unmöglich. Zu diesem Punkt muß man bemerken, daß der frühere englische Premierminister Asquith in einer wichtigen Rede, die er kürzlich während der Wahlkampagne gehalten hat, behauptete, daß der Vertrag mit Italien, der so viel berufene Vertrag von London, die Verbündeten praktisch gerettet hat. Denn nicht allein hat er ihnen den Zuwachs des italienischen Heeres eingebracht, sondern er hat auch veranlaßt, daß Österreich von jenem Zeitpunkt an seinen Hauptkampf gegen Rußland nicht mehr fortsetzen konnte, noch auch Deutschland in seinen Operationen gegen Frankreich beistehen konnte. Asquith hat nicht nur erklärt, daß der Preis, den die Verbündeten für das Eingreifen Italiens zu zahlen sich verpflichteten, nicht übermäßig gewesen sei, sondern, daß er auch bedeutend schwerere Bedingungen angenommen hätte, um sich das italienische Eingreifen zu sichern! „Der Vertrag von London," sagte er, „war praktisch, historisch, ethnographisch und strategisch gerechtfertigt." Er schloß mit der Versicherung, daß nichts dagegen spräche, ihn dem unparteiischen Urteilsspruch des Völkerbundes vorzulegen.

Die übertriebenen und ungerechtfertigten Ansprüche der Jugoslawen sind vom Präsidenten Wilson übermächtig unterstützt worden, da er der von der Entente vorgeschlagenen Lösung der Adriafrage feindlich gesinnt ist. Der Präsident Wilson hat gegen die Friedenskonferenz einen Schritt unternommen, indem er ein Telegramm schickte, durch das er seine Zustimmung des Januarkompromisses leugnet und die Anwendung des Vertrages von London ebenso, während er dagegen dafür eintritt, daß der amerikanische Plan ausgeführt würde. Wilsons Geste, die jetzt als ungeeignet und gefährlich auch von einigen seiner treuesten Bewunderern beurteilt wird, hat in Belgrad die Wirkung gehabt, die die Italienfeinde von ihr erhofften. Das jugoslawische Kabinett bestätigt den Entschluß Jugoslawiens, die Grenzlinien, die von Wilson vorgeschlagen sind, aufrecht zu erhalten, als Mindestforderung zur Lösung des Adriaproblems. Das Unvorhergesehene ist ein Element, das in diplomatischer und internationaler Beziehung oft plötzlich auftaucht, sein Spiel treibt und die Lage ändert, und das Unvorhergesehene oder wenigstens das Unerwartete wird diesmal durch die plötzliche Neubelebung Wilsons dargestellt, der durch seinen neuen Theaterkoup der Entente ein absolutes Veto entgegenstellt. Die französisch-englische öffentliche Meinung ist in Wirklichkeit überzeugt, daß eine ernsthafte Diskussion mit einem Manne, der eine geistige Krise durchgemacht,

Digitized by Google

wie Wilson, nicht mehr möglich ist. Der amerikanische Präsident hätte uns seine Meinung über die Auslieferungsfrage der schuldigen deutschen Untertanen an die Entente oder über die Wiederaufnahme der Beziehungen zu dem bolschewistischen Rußland oder über den Wiederaufbau der Türkei oder über die irische Frage oder über die ägyptischen Agitationen sagen können. Selbst wenn er das Problem der Freiheit der Meere und die anderen Idealismen seiner famosen Punkte, die Wilson seit einiger Zeit aufgegeben hat, beiseite gelassen hätte, hätt er doch andere Gelegenheiten finden können, um Europa von neuem — nach einem so langen Stillschweigen, das völlige Uninteressiertheit zu bedeuten schien — begreiflich zu machen, daß er sich noch mit den Dingen dieser Welt befassen will und konnte anfangen, seine Vetos in bezug auf diese oder jene Entscheidung der europäischen Mächte aufzustellen. Aber Wilson zog es vor, wieder über das adriatische Problem Lärm zu machen, das heißt, er bereitete den Jugoslawen wieder ein Vergnügen auf Kosten der Italiener.

Aus allen Zentren Jugoslawiens, aus allen Kreisen Kroatiens und Sloweniens telegraphierte man an Wilson und feierte ihn wie einen Erlöser. Alle slawischen Vereine der Vereinigten Staaten waren zu diesem Zweck aufgeboten worden. Das Weiße Haus wurde mit Telegrammen und beinahe mystischen Beschwörungen überschwemmt, in denen Präsident Wilson, der von der Krankheit geschwächt und leicht zu rühren war, wie der Mann von Herz und Genie dargestellt wurde, den der Himmel geschickt hatte, um das jugoslawische, in Fiume bedrohte Volkstum vor den imperialistischen Gelüsten Italiens zu retten. Gleichzeitig teilte man Wilson aus interessierten Kreisen mit, daß man ihn in Italien von neuem beleidige, und daß ein Dichter, Sem Benelli, ihn in der italienischen Kammer angriff, wo der Widerspruch des Ministerpräsidenten Nitti kein Echo fand. Unglücklicherweise haben in Italien die Phrasen der Poeten mehr Geltung als die begründeten Vorwürfe der Staatsmänner-und es ist nicht verwunderlich, wenn im Ausland die ersteren mehr als die zweiten ausgenützt werden, besonders wenn es sich darum handelt, uns Schaden zuzufügen. Es kann also nicht überraschen, daß Wilson, der, obgleich mit so großer Machtfülle ausgestattet, doch nur ein Mensch ist, sich abermals entschlossen hat, Jugoslawien kräftig zu unterstützen. Sicher muß man sich fragen, ob in dem Punkte, zu dem die Dinge jetzt gediehen sind, die Verbündeten und Italien mit ihnen diesen Unterdrückungsversuch ihrer Willensmeinung dulden können, denn er richtet sich gegen die Interessen der friedlichen Entwicklung Europas. Den Verbündeten ist eine offenkundige Tatsache nicht entgangen: der Wille des Präsidenten Wilson ist in keiner Weise der Ausdruck des amerikanischen Volkswillens und nach dem Rücktritt von Lansing nicht einmal mehr der Wille einer Partei. Das freie Europa kann die Herrschaft eines Einzelwillens, eines vereinzelten Willens nicht dulden, dem sich nicht einmal die Völker,

Digitized by Google

die in Barbarei und Entartung leben, beugen würden. Italien hat mit großer Mäßigung und mit starker Neigung zum Entgegenkommen an eine gerechte Lösung des Adriaproblems gedacht, und die Verbündeten hatten einstimmig diesen Rechtsstandpunkt, indem sie sich für die Anwendung des Vertrages von London entschlossen, als jene Lösung zurückgewiesen wurde. Italien hat das Recht, unweigerlich fest auf diesem Dilemma zu bestehen und hat das Recht, seine Lösung möglichst zu beschleunigen.

Nationaler Bolschewismus

Von Axel Schmidt

Aus Rußland treffen in letzter Zeit immer häufiger Meldungen ein, die auf den ersten Blick schwer einzuordnen sind. Der an allen Fronten siegreiche Bolschewismus ist überaus friedlich gesinnt und drängt auf Frieden. Noch mehr: immer häufiger treten zarische Offiziere und frühere höhere Beamte in die Dienste der Räterepublik ein. Dieser Gesinnungswechsel der Bourgeoisie ist weniger auf die Niederlage Koltschaks, Judenitschs und Denikins zurückzuführen, die den Traum vom Wiedererstehen des zarischen Rußlands endgültig zerrinnen ließ, als vielmehr auf eine innere Wandlung im Bolschewismus zurückzuführen. Im roten Heere herrscht wieder eine eiserne Disziplin, wie zu Zeiten Nikolai I. Von einer Wahl der Offiziere und Soldatenkomitees ist keine Rede mehr. Damit stimmt auch die Meldung des „Manchester Guardian" überein, daß an der Front die Kommissare, diese Kontrolleure der Offiziere, beseitigt sind und jetzt nicht selten schon wieder die alten Märsche und Soldatenlieder der Zarenzeit erschallen. Ähnlich steht es im Wirtschaftsleben. Die Direktoren sind wieder die alleinigen Herren in den Fabriken und die Arbeiterräte sind abgeschafft; auch der Achtstunden-Arbeitstag ist längst wieder nur ein schöner Traum; zehn, selbst zwölf Stunden muß gearbeitet werden.

Es ist eben gänzlich übersehen worden, daß der Bolschewismus seit seinem Aufkommen einen völligen Wandel durchgemacht hat. Vom staatsnegierenden Anfang hat er sich allmählich zur Staatsallmacht durchgerungen, und, trügen nicht alle Anzeichen, so wird er mit der Zeit wieder ein nationalistisches Gewand tragen, das dem alten panslawistischen der Vorkriegszeit, was die äußere Politik betrifft, verzweifelt ähnlich sieht. Von dieser inneren Wandlung gibt ein Artikel des „Golos Rossii" in Berlin ein gutes Bild, das aus der Feder eines genauen Kenners der russischen Verhältnisse entworfen ist:

„Im November 1917 hielt man die Macht der Bolschewisten in Rußland für eine akute schwere, aber schnell vorübergehende Krankheit. Im Jahre 1918 nahm die Krankheit schon einen chronischen Charakter an, im Jahre 1919 feierte diese Diktatur schon den Sieg an allen Fronten, und jetzt ist die Macht der

Digitized by Google

Bolschewisten schon nicht mehr als Krankheit anzusehen, sondern die Staaten Europas müssen mit dieser Gewalt und der Gefahr ihrer Verbreitung ernstlich rechnen; die Frage ihrer Anerkennung, wenn auch nur schweigend durch Herstellung von Handelsbeziehungen, ist nur eine Frage von Tagen und wir sind nicht mehr ferne dem Zustande, wo die Demokratie Rußlands ernstlich daran denken muß, das Unversöhnliche zu versöhnen und die Möglichkeit vorzubereiten, die breiten demokratischen Schichten Anteil nehmen zu lassen an der Verwaltung des Landes."

Diese Entwicklung zum Nationalismus wäre kaum eingetreten, wenn nicht der Bolschewismus auf seinem eigensten Gebiete, dem wirtschaftlichen, eine schwere Niederlage erlitten hätte. Während es Trotzki in unglaublich kurzer Zeit gelang, ein neues Heer aus dem Boden zu stampfen, hat Lenin in wirtschaftlicher Beziehung versagt. Hier hat der Bolschewismus nur zertreten, nicht Neues aufbauen können. Einzelne Daten aus dem offiziellen Organ des Wirtschaftskommissariats in Räterußland bestätigt diese meine Behauptung. In der Textilindustrie konnten in den ersten 8 Monaten des vorigen Jahres nur 4,3% der Spindeln und 11% der Webstühle arbeiten. Aber auch diese geringe Tätigkeit wird sich kaum aufrecht erhalten lassen, weil der Baumwollbau in Turkistan von 680 000 Deßjätinen vor dem Kriege auf 36 000 zurückgegangen ist. Nicht besser steht es mit der Eisenindustrie. In Petersburg, dem Hauptzentrum der Eisenverarbeitung, ist die Zahl der Arbeiter auf 5—7% gesunken. Der oberste Leiter des Wirtschaftslebens in Räterußland soll denn auch nach dem „Rotterdamer Courant" aus den geschilderten fürchterlichen Zuständen den Schluß gezogen haben, daß „das bolschewistische Regime das Leben des Landes nicht wieder herstellen könne. Das Volk beginne einzusehen, daß das bolschewistische Experiment es in ein Meer von Blut und Elend gestürzt habe. Ein Gefühl großer Enttäuschung habe sich der Bevölkerung bemächtigt."

Gerade dieses Versagen des Bolschewismus auf wirtschaftlichem Boden dürfte viele Offiziere und Beamte veranlaßt haben, in die Dienste der Räterepublik einzutreten. Sie hoffen das Erbe des Bolschewismus anzutreten, sei es, daß er infolge des wirtschaftlichen Zusammenbruchs erfolgt, sei es, daß er durch die Aufnahme so vieler bürgerlicher Elemente seinen Klassen-Charakter verliert, und sich nationalisiert. In beiden Fällen hoffen augenscheinlich die sich zur Verfügung stellenden Kreise, daß der Bolschewismus ihnen durch seine Siege an allen Fronten ein „einiges und teilbares Rußland" hinterlassen werde, das ohne viel Mühen sein altes panslawistisches Programm mit neuer Kraft zur Durchführung bringen könnte. Diese, unsere Ansicht vom Ausschlagen des Pendels des russischen politischen Lebens nach rechts durch Nationalisierung des Bolschewismus wird auch von Maxim Gorki geteilt, dem niemand eine genaue Kenntnis der russischen Zustände wird absprechen können. Er hat in

Digitized by Google

einem Buche „Unzeitgemäße Gedanken" dem Bolschewismus folgendes Horoskop gestellt:

„Alles, was ich über die wilde Roheit der Bolschewisten gesagt habe, über ihre Grausamkeit, die sich manchmal bis zum Sadismus steigert, über ihre Unkultur, über ihre Unkenntnis der Psychologie des Volkes, über ihr niederträchtiges Experimentieren mit dem Volke, wodurch sie schließlich auch die arbeitende Klasse ausplündern, — halte ich aufrecht. Als Zeuge mögen die Worte der bekannten Revolutionärin Spiridonowa angeführt werden: die auf den Gebeinen der Opfer des Weltkrieges und der Revolution errichtete Wohlstand einer Klasse — des Proletariats — auf Kosten der Bauernschaft kann nicht von Dauer sein. Die Partei der Bolschewisten ist zwar nicht zerfallen, aber die ersten Zersetzungserscheinungen sind schon bemerkbar, da sie nichts neues schaffen können. Es ist dabei kaum glaublich, bis zu welcher Stufe der Niedertracht einzelne ihrer Vertreter es gebracht haben. Die Einwurzelung des Sozialismus mit Bajonetten bereitet nur psychologisch die Reaktion in den Massen vor. Sie ebnet den Weg einem Bonaparte oder den Bourbonen."

Diese Nationalisierung des Bolschewismus wird sich natürlich nicht von heute auf morgen vollziehen, vor allem weil diese Entwicklung Lenin und Trotzki über den Kopf zu wachsen droht. Ihr Friedensbedürfnis ist daher dieses Mal nicht so sehr als „Atempause" einzuschätzen, als vielmehr dem Wunsch entspringend, das nationalistische Heer verkleinern zu können, weil sie von dort eine gegenrevolutionäre Bewegung befürchten. Trotzdem wäre es ein verhängnisvoller Irrtum, wenn die deutsche Öffentlichkeit diese Umstellung des Bolschewismus nicht in ihre Rechnung stellen wollte. Mich hat letzten Endes diese Militarisierung und Nationalisierung des Bolschewismus, der seine politische Laufbahn mit den Worten „die Waffen nieder" begann, nicht überrascht. Ich habe sie bereits im Juni 1917 in einer kleinen Schrift „Russische Weltverteilungspläne"*) vorhergesehen. Ich wies in ihr darauf hin, daß auch bei den Bolschewisten der Pazifismus keine Heimstätte gefunden hätte. Lenin lehnte schon damals es entrüstet ab, „Pazifist" genannt zu werden, und sein Genosse Basarow geriet schon damals bei der Schilderung des Sonderkrieges in Ekstase: „Nicht einen Sonderfrieden, sondern einen Sonderkrieg fordert von uns die Rettung der Revolution, der revolutionäre Krieg ist der einzig würdige Ausgang: entweder zu siegen, oder — wenn die Kräfte hierfür nicht ausreichen — wenigstens mit Ehren unterzugehen." (Now. Shisn vom 17. Juni 1917.)

Ich zog aus den Gedankengängen der Bolschewisten für Deutschland folgende Nutzanwendung, die damals allgemein abgelehnt, heute ihre Berechtigung aber völlig erwiesen hat:

*) Verlag Eugen Diederichs in Jena.

Digitized by Google

„Wie man sieht, geht die Entwicklung in Rußland rapide vorwärts. Wie im Laufe von 10 Jahren bescheidener Dumaherrschaft aus den Kadetten, die während des japanischen Krieges auf eine Niederlage Rußlands spekulierten, die Träger des Kriegsgedankens wurden, ebenso wird es auch mit den Sozialdemokraten gehen, sobald sie erst einmal einige Zeit die „Süßigkeit der Macht" genossen haben. Wie schnell und gründlich solche Verwandlungen in Rußland vor sich gehen, dafür ist Miljukow das beste Beispiel. Während des japanischen Krieges war er in Berlin und hat hier in Finanz- und politischen Kreisen lebhaft für die Ansicht zu werben versucht, Rußland keinen Kredit mehr zu gewähren, um es dadurch zum Bankerott zu treiben. Heute nach 12 Jahren ist er einer der leidenschaftlichsten Vorkämpfer des russischen Expansionsgedankens, und wenn nicht alle Anzeichen trügen, ist nicht nur Kerenski, sondern auch die große Mehrheit der Sozialdemokratie auf dem besten Wege, dieselbe innere Wandlung durchzumachen. Daher mag dieses Schlußwort in den Wunsch ausklingen, Deutschlands Volk und Regierung mögen endlich die ganze Größe der russischen Gefahr erkennen. Dann werden sie beide auch den Entschluß finden, die russische Gefahr durch Aufrollen der Fremdvölkerfrage zu beseitigen. Deutschlands Frieden reift in der freien Ukraine und im freien Finnland heran, es gilt nur diplomatisch einzuernten, was Deutschlands Waffen durch die Siege über Rußland gesät haben."

Diese Politik ist noch heute die einzig richtige; statt dessen ist die deutsche Diplomatie abwechselnd bemüht, die russische Reaktion unter Denikin oder den Bolschewismus auf Kosten der Randvölker zu unterstützen.

Aufgaben eines Reichsinstituts für Technik

Von Dr. Walter Treuherz, Berlin

Der „Reichsbund deutscher Technik" hat in einer Versammlung zu Hannover den Ruf nach einem „Reichsministerium für Technik" erhoben, dessen Aufgabe „die Ausnutzung aller technischen Möglichkeiten im Interesse höchster Wirtschaftlichkeit bei allen staatlichen Aufgaben" sein soll.

Die Forderung des Reichsbundes verdient in weitesten Kreisen Beachtung. Ergibt sich, daß die Begründung eines Reichsministeriums oder einer ähnlichen Behörde für technische Fragen einem dringenden Bedürfnis entspricht, so muß ihm umgehend Rechnung getragen werden. Für den Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft bedeutet jeder heute verlorene Tag die Verlängerung des Leidensweges durch die Wüste, den zu pilgern der unglückliche Ausgang des Krieges uns gezwungen hat. —

Wenn in Deutschland die Begründung einer neuen Behörde gefordert wird,

Digitized by Google

flammt in den Kreisen der Nichtbeamteten allemal Mißtrauen und spöttischer Skeptizismus auf. Es muß gesagt sein, — nicht ganz mit Unrecht. Jeder bureaukratische Apparat scheint berufen, unter Aufwand einer Vielheit von Durchschnittsbegabungen dem gemeinen Verstand schwer faßliche Verordnungen zu zeugen, die regeln, hemmen, beaufsichtigen, vielleicht auch schikanieren, nicht aber konstruktiven Ideen zur Führung verhelfen. Will die neue Behörde, das Reichsinstitut für Technik, Vertrauen gewinnen, so muß sie frei sein von diesen Schlacken. Ihre Aufgabe wird selbständige konstruktive Arbeit sein: sie soll Kräfte entbinden und Wege freilegen, soll sich bewußt bleiben, daß Wesen aller Führerschaft in der höheren Einsicht besteht, die auch Widerwillige und Uninteressierte einmal mitzureißen pflegt. Welches wären die Aufgaben?

Will man die menschliche Arbeit, soweit sie wirtschaftlich gerichtet ist, in ihren Elementen isolieren, so ergeben sich zwei Wurzeln: Kraft und Stoff. Maschinell betrachtet, verästelt sich die erste zur Kraftgewinnung und Kraftverteilung; die zweite zur Stoffgewinnung und Stoffbearbeitung. Daraus ergeben sich technische und organisatorische Aufgaben, beide auf ein Ziel gerichtet: Menschen von maschinellen Abhängigkeiten frei zu machen, die rohe Muskelkraft durch hochwertige, mehr leitende Qualitätsarbeit zu ersetzen und gleichwohl eine Steigerung des Nutzeffektes aller Arbeit zu erzielen.

Einer Reform der Kraftgewinnung und Verteilung streben wir durch das Sozialisierungsgesetz für die Elektrizitätswirtschaft zu. Sein Inhalt wird in § 1 mit den Worten gekennzeichnet: „Die der Erzeugung und Fortleitung elektrischer Arbeit dienenden Anlagen sollen zusammengeschlossen werden, mit Ausnahme derjenigen Unternehmungen, die die von ihnen erzeugte elektrische Arbeit ausschließlich oder ganz überwiegend für eigene Betriebe verbrauchen." Mit diesem Gesetz ist ein betriebstechnischer Fortschritt, aber nur ein bescheidener, angebahnt worden. Die Ausnutzungsmöglichkeit unserer Elektrizitätswerke wird durch die Verkoppelung der bestehenden Anlagen gesteigert. Aber es ist doch fraglich, ob die vorhandenen Werke dem steigenden Bedürfnis an elektrischer Energie überhaupt werden genügen können. Ein großzügiges Programm für die Ausnutzung der deutschen Wasserkräfte zur Energieerzeugung fehlt noch. Mit der Übernahme der Elektrizitätsbewirtschaftung in öffentliche Verwaltung wird demnach vorerst eigentlich nur organisatorische Arbeit geleistet. Gewiß nicht zu verachten; an die Wurzeln des Problems wird indessen erst gerührt, wenn (wie in Bayern) ohne Rücksicht auf im Augenblick richtige, privatwirtschaftliche Erwägungen, die produktiven Kräfte des Landes durch Errichtung und Ausnutzung neuer Anlagen gesteigert werden. Nur, wenn das Reich dem gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkt Folge leistet, liefert es den

Digitized by Google

höheren Beweis für die Berechtigung aller Sozialisierungsmaßnahmen. Fiskalische Bedürfnisse allein sollten jedenfalls niemals maßgebend sein.

In engen Zusammenhang mit einer Reform der Elektrizitätswirtschaft, so weit sie sich auf die Ausnutzung von Wasserkraft und die Verteilung elektrischer Kraft bezieht, muß künftig das ganze Gebiet unserer Kohlenwirtschaft gebracht werden. Es ist nicht schwer vorauszusehen, daß unter den Einwirkungen des Versailler Vertrages Deutschland auch bei vermehrter Erzeugung an einer chronischen Kohlenkrisis kranken wird. Was geschieht, um ihr zu begegnen? Die Bergarbeiter werden zu höheren Leistungen angeregt; der Bau von Wohnungen soll gesteigert werden, damit einer größeren Belegschaft die Aufnahme der Arbeit ermöglicht wird. Diese Hilfsaktionen sind zweifellos sehr nützlich, aber sie genügen nicht. Ein sehr naheliegender technischer Gedanke, der eine bedeutsame Wirkung auch auf die Minderung der Gestehungskosten üben müßte, ringt leider noch immer hoffnungslos um Verwirklichung. Es ist nicht bekannt geworden, ob die Kommission zur Untersuchung der Ursachen für die Kohlennot Fachleuten folgende Fragen vorgelegt hat: Ist es möglich, das Losbrechen der Kohle, ein Vorgang, der noch fast überall durch Handarbeit ausgelöst wird, durch Einführung technischer Hilfsmittel noch mehr zu erleichtern und zu steigern? Kann die Produktion durch erweiterte Verwendung von Gesteinsbohrmaschinen an Spreizsäulen, freihändigen Bohrmaschinen und Schrämmaschinen gehoben werden?

Man sollte annehmen, daß die steigenden Löhne der Bergarbeiter, die den Hauptanteil der Betriebskosten ausmachen, einen Anreiz zur Einführung neuer, technischer Hilfsmittel bieten. Werden sie überhaupt angewandt? Welche Betriebe, das müßte zunächst festgestellt werden, sind technisch gut ausgestattet, welche sind rückständig? Ist hierüber Klarheit gewonnen, so können durch geeignete Steuergesetze für die technisch beste Betriebsführung Prämien geschaffen werden. Damit würde das Erfindergenie auf ganz bestimmte Bahnen gelenkt und für die Reform unserer Wirtschaft das Entscheidende getan: ein konstruktiv phantastischer Zug erfaßt die Betriebsführung und verleiht ihr jene Zielkraft, die in früheren Jahren an deutschen Unternehmungen mit Recht bewundert wurde, seit Ausgang des Krieges aber versiegt zu sein scheint.

Auf dem Gebiete der Stoffgewinnung sieht es wenig besser aus. Kohle ist beides: Energiequelle und Rohstoff. Daraus ergibt sich die Aufgabe, sowohl die in der Kohle enthaltenen Kraftquellen möglichst rationell zu erschließen, als auch die im schwarzen Diamanten gebundenen Stoffe zu gewinnen. Unter diesem Gesichtspunkt wäre von dem Reichsministerium für Technik — ohne daß es darüber in „administrative Extase" gerate, wie Dostojewski die Übertreibung des bureaukratischen Selbstbewußtseins einmal charakterisiert — zu wachen, daß

Digitized by Google

nur technisch vollkommene Methoden zur Kohlevergasung in Deutschland Anwendung und Verbreitung finden. Die Ausnutzung minderwertiger Brennstoffe, wie Kohlenstaub, Ölschiefer, Torf usw. wäre nach Möglichkeit zu fördern. Wenn das Bewußtsein von dem Seltenheitswert, den Kohle künftighin unzweifelhaft haben wird, in der Industrie allgemein erst zu voller Stärke erwacht ist, muß auch das Gewissen, die vorhandenen Rohstoffe pfleglich zu behandeln, sich mit der Zeit schärfen. Vergeblich predigen unsere besten Techniker, an welche Verschwendung kostbarer Nationalgüter wir seit langem gewöhnt sind, ein Frevel, an dem kommende Generationen einst schwer leiden werden.

Es ist unmöglich, auf engem Raum auch nur anzudeuten, wie unrationell Kohle heute verwertet wird. Im Herd und im Zimmerofen werden nur etwa 5 v. H. der in der Kohle enthaltenen Wärmemengen ausgenutzt; der Rest entweicht unverbraucht durch die Kamine. Das gleiche gilt von der Feuerung unter Dampfkesseln, ja selbst in den Lokomotiven. Ungeheure Mengen von Schwefel, Stickstoff, Teer, Benzol, Paraffin lassen wir täglich ungenutzt entweichen. Milliardenwerte könnten bei technisch vollkommenerem Betrieb jährlich gewonnen werden. Gewiß ist durch die verbreitete Verwendung von Zentralheizungen, durch den Gebrauch von Gas zu Beleuchtungszwecken und zur Krafterzeugung schon manches gebessert worden. Aber das sind nur Anfänge. Gas z. B. darf nicht nur zur Beleuchtung in Kombination mit dem Glühstrumpf verbraucht werden; es sollte nur noch als Heizgas und in Gasmotoren zur Energieerzeugung Verwendung finden. Noch vor wenigen Jahren gab es für die Aufgabe rationeller Kohleverwertung große technische Schwierigkeiten. Die Kohle wurde trockener Destillation unterworfen, die Abgase verwertet und der gewonnene Koks dann wieder vergast. Jetzt öffnen sich neue Wege. Das während des Krieges durch die Dellwik-Fleischer-Wassergas-Gesellschaft in Frankfurt am Main zur Anwendung gebrachte Trigasverfahren, bei dem die Kohle, unter Zuhilfenahme von Wasserdampf und Gewinnung aller Derivate vergast wird, eröffnet ungeahnte Perspektiven. Auf sie sollte die Industrie sich baldmöglich umstellen. Es gibt keine nützlichere Aufgabe für die neue Reichsbehörde, als unparteiisch, aber vorausschauend und bahnbrechend für all diese Neuerungen zu wirken.

Nur angestrengte, technisch wissenschaftliche Arbeit wird imstande sein, unserer Industrie jenen Monopolcharakter zu verleihen, der allein die Möglichkeit gibt, schnell wieder auf den Weltmärkten Fuß zu fassen. Walter Rathenau hat diese Aufgabe in der letzten Generalversammlung der A. E. G. sehr treffend mit folgenden Worten gekennzeichnet: „Die schwerste Gefahr von allen, die unsere Industrie bedrohen, ist die, daß wir in die Lage kommen könnten, von unserer technischen Leistungshöhe herabzusinken. Die Jahre des Krieges haben unsere wirtschaftliche Ausbildung nicht vertieft. Die Arbeit, die wir für For-

Digitized by Google

schung, für Entwicklung von Verfahren und Erfindungen zu leisten haben, ist schwerer aufzubringen, als zu irgend einer früheren Zeit. Die Kosten wachsen ins Unerschwingliche. Um so mehr haben wir unsere ganze Aufmerksamkeit dahin zu richten, daß durch Anspannung aller Kräfte unsere Arbeitsmethoden uns erhalten bleiben, die technische Fähigkeit und Handfertigkeit unserer Beamten und Arbeiter uns nicht geraubt wird." Keine allgemeine Regelung des Wirtschaftslebens von seiten des Staates, klagt Rathenau dann weiter, sei der Industrie zu Hilfe gekommen. Aber die Industrie braucht diese Hilfe. Ein Reichsinstitut für technische Fragen soll und kann sie leihen. Mit welchen Mitteln hat es seine Ziele zu verfolgen?...

So weit die Reichsbetriebe in Frage kommen, hätte es darüber zu wachen, daß diese technisch-ökonomisch zu Musteranstalten ausgebaut werden. (Was sie zur Zeit nicht sind.) Jeder Gesetzentwurf wäre der neuen Behörde zur Durchsicht zu unterbreiten. Es kann nicht zweifelhaft sein, daß der Gesetzentwurf über die Bildung von Groß-Berlin erheblich anders ausgefallen wäre, wenn Fachleute, Techniker und Ingenieure an ihm mitgearbeitet hätten. Auch die Beratung der übrigen Ministerien, insbesondere des Reichswirtschaftsministeriums, wäre Aufgabe der neuen Behörde. Alle Steuergesetze sollten in Verbindung zu Plänen, die sich den Wiederaufbau der Wirtschaft zum Ziel setzen, gebracht werden: mögen sie fördernd durch Gewährung von Prämien und Steuererleichterungen oder erschwerend durch Auferlegung besonders drückender Lasten zum Ziel gelangen. Dernburgs Wort, daß „unsere Steuerpolitik im luftleeren Raume arbeitet," ist leider von unheimlicher Treffsicherheit.

Das wichtigste aber ist, daß im Sinne des § 16 der Gewerbeordnung, der zu erweitern wäre, von Staatswegen eine gewisse Aufsicht bei der Errichtung neuer Anlagen mit dem Ziel geübt würde, daß den Maximen für Kohleersparnis und rationelle Energieausnutzung Genüge getan wird. Da mit dem Streben nach zeitgemäßer technischer Vollkommenheit auch für den Privatunternehmer Lasten verknüpft sein können, muß das Reichsministerium für technische Fragen mit Geldmitteln ausgestattet werden, die durch eine Steuer, deren Erträge nur für diese Zwecke verwandt werden dürfen, zu beschaffen sind. Aus ihnen sind Prämien für die Verwendung gewisser, als praktisch erfundener Maschinentypen und Einrichtungen zu gewähren. Patentierte, wertvolle Verfahren sind zu erwerben und zur Ausnutzung kostenlos oder wenigstens so billig zu vergeben, daß lediglich die Unkosten der Erwerbung gedeckt werden.

Nebenher könnte eine großzügige Propaganda für die Verbreitung wichtiger neuer Ideen auf technisch-ökonomischem Gebiet entfaltet werden. Das Schlagwort für den Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft: Sparen und

Digitized by Google

Arbeiten, — ist nachgerade abgegriffen. Gelingt es indessen dem Sparsinn durch Formulierung praktischer Vorschläge entgegenzukommen, so gewinnt auch das alte Schlagwort wieder an Werbekraft. Nur Worte, die auf sichtbare Ziele geschleudert werden, können treffen.

Noch immer fehlt es an einem Ministerium für Wiederaufbau, das unserer Wirtschaft zu dienen berufen ist. Soll das, was für die Renaissance der verwüsteten, feindlichen Gebiete recht ist, nicht auch für Deutschland billig sein? Gewiß sind bei uns keine Bergwerke gesprengt, Dörfer und Städte vernichtet, Äcker verwüstet worden. Aber auch der deutsche Boden wurde ausgesogen, die physische und seelische Kraft unserer Bevölkerung erschüttert, die Leistungsfähigkeit der maschinellen Einrichtungen vermindert. Seiner Verankerungen im Weltwirtschaftsgetriebe ward Deutschland beraubt. Ganz neue Einstellung ist daher nötig. Wer hilft der geplagten, unter immer neuen Steuergesetzen ächzenden deutschen Wirtschaft, von der wir leben sollen, und von der die Feinde so gut wie alles erwarten, sich wieder aufzurichten?...

Ein Reichsinstitut für Technik könnte es. Erfaßt es seine Aufgaben richtig, so würde es Deutschland helfen, wieder das erste Industrieland der Welt zu werden, wozu uns die Ausführung des Versailler Vertrages ganz gegen den Willen seiner Erfinder geradezu vorherbestimmt. Auch hier kann das Wort „Die Letzten werden die Ersten sein" Geltung finden. Aber der Wille zum Wiederaufbau muß sich in Taten auswirken.

Besserung der Valuta

Während des Krieges ist an der Börse die Tendenz manchmal plötzlich schwach geworden. Die Kurse fielen. Die Gründe waren, wie es im zynischen Börsenjargon hieß, Friedensbefürchtungen. Man hatte Angst, der Krieg würde plötzlich zu Ende kommen und die Industrie, deren glänzende Ergebnisse fast ausschließlich auf Kriegsgewinnen beruhten, würde gezwungen sein, zur nüchternen Friedensarbeit zurückzukehren. Eine ähnliche Rolle wie die „Friedensbefürchtungen" spielt zur Zeit an der Börse und darüber hinaus auch im Wirtschaftsleben die „Angst vor einer Valutabesserung". Wenn beispielsweise an der Börse in den letzten Tagen vor dem Kappschen Putsch die Stimmung zurückhaltender wurde, wenn vor allem die auf die stolzesten Höhen hinaufgetriebenen exotischen Werte (Mexikaner, Griechen, Amerikaner) sehr scharf im Kurse fielen, so hängt das zusammen mit der Besserung der Valuta. Das Merkwürdige ist nur, daß dieser Rückschlag nicht viel stärker war, daß er vor allem im großen und ganzen vor den deutschen Aktienmärkten Halt gemacht hat. Denn der derzeitige Stand der Aktienkurse an der Börse ist, vom Standpunkt eines inländischen Käufers aus gesehen,

Digitized by Google

völlig unsinnig. Selbst wenn man zugibt, daß zur Zeit die deutsche Industrie phantastische, ungesund hohe Gewinne einheimst, so ist es doch nicht angängig, diese Augenblicksgewinne zu kapitalisieren, denn es muß doch in absehbarer Zeit wieder ein normaler Stand eintreten, Angebot und Nachfrage werden sich besser ausgleichen als bisher und außerdem der Gewinn zusammenschrumpfen, und außerdem wird der geldhungrige Staat den Aktiengesellschaften auf die Dauer keine allzu großen Gewinne belassen. Der einzig einleuchtende Grund, warum trotz dieser Erwägung die Kurse so stark in die Höhe gehen konnten, liegt in der Tatsache, daß das Ausland in außerordentlich großem Umfange bei uns Aktien gekauft hat. Für das Ausland fällt ja der hohe Börsenkurs kaum ins Gewicht, denn er wird mehr als ausgeglichen durch den niedrigen Stand der Valuta. Wenn also beispielsweise irgend eine Aktie an der Börse 500 Prozent steht und die Reichsmark in Zürich einen Wert von 6 Centimes hat, so kostet einen Schweizer ein derartiges Papier nur 300 Franken gegenüber 6000 Franken in normalen Zeiten. Wenn nun die Valuta sich weiter bessern sollte, so wird auch der Ausländer allmählich den deutschen Kurs in Berücksichtigung ziehen müssen und nicht mehr draufloskaufen können.

Freilich bis dahin hat es noch gute Weile, es müßte denn die Valuta schon ganz außerordentlich in die Höhe schnellen. Wird das nun der Fall sein? Wenn heute jemand der Meinung Ausdruck verleiht, der Wert der deutschen Mark könne in kurzem auf das Doppelte und Dreifache steigen, so wird er als ein phantastischer Optimist angesehen. Diese Anschauung zeigt so recht deutlich, wie alle Welt den Maßstab verloren und welch kurzes Gedächtnis die Leute haben. Denn wenn wirklich, vom Tiefstand aus gerechnet, die Mark sich auf das Doppelte und Dreifache heben sollte, wenn also in der Schweiz für unsere Valuta 10 oder 15 Centimes bezahlt werden müssen, wenn wir für den Dollar statt 100 Mark „nur" 50 oder 33 Mark zahlen, so ist das doch nichts Glänzendes, so ist auch das eine derartig geringe Einschätzung der deutschen Wirtschaftskraft, daß man noch keineswegs von guten oder leidlichen Verhältnissen sprechen kann. Man braucht sich nur vorzustellen, was wohl irgend ein Sachverständiger vor einem Jahre gesagt hätte, wenn man prophezeit hätte, die deutsche Reichsmark geht in kurzem auf 10 oder 15 Centimes. Er hätte vermutlich das Gespräch abgebrochen, um zum Ausdruck zu bringen, daß er eine derartige Miesmacherei nicht dulde. Wenn man nun die Verhältnisse von heute vergleicht mit denen zur Zeit des Abschlusses des Versailler Vertrages, so muß man doch zugestehen, daß die Verhältnisse sich ganz außerordentlich zu unseren Gunsten geändert haben. Der Vernichtungswille vom vorigen Jahr, das darf man doch heute ungescheut aussprechen, ist zum mindesten in Amerika, England und Italien verschwunden und an seine Stelle ist die Erkenntnis getreten, daß man der Kuh, die man melken will, nicht den Hals abschneiden

Digitized by Google

darf. Noch dauert der schwere Kampf mit dem kurzsichtigen Frankreich. Aber auch dort muß und wird es dämmern. Wenn man liest, daß jetzt, gerade in dem Augenblick, in dem die deutsche Valuta sich etwas hebt, der Stand des französischen Franken auf 39 Centimes gesunken ist, so gibt das jedem Wirtschaftskundigen die Überzeugung, daß man auch in Frankreich allmählich zur Vernunft kommen muß. Außerdem aber ist innenpolitisch in Deutschland sehr vieles anders geworden. Vor allem ist der Arbeitswille, wie jeder objektive Arbeitgeber zugibt, heute wieder auf einer erfreulichen Höhe angelangt und infolgedessen hat der Export erstaunliche Dimensionen angenommen. Er könnte noch viel größer sein, wenn im Inland der unnötige Verbrauch zurückgeschraubt würde. Das aber wird nicht eintreten, solange nicht die verheerende Inflation, die Papierzettelwirtschaft schlimmster Art; eingedämmt wird. Wenn wir diese schlimmste und gefährlichste wirtschaftliche Krankheit in unserem Volkskörper noch beseitigen können, dann kann man etwas beruhigter in die Zukunft sehen.

Freilich man soll sich darüber nicht im Unklaren sein, daß eine Besserung der Valuta auch für weite Schichten der Bevölkerung Gefahren und Nachteile mit sich bringt, Nachteile privatwirtschaftlicher Art. Vor allem wird die Konkurrenzfähigkeit Deutschlands mit einer starken Besserung der Valuta etwas zurückgehen. Denn heute machen wir draußen in der Welt in weitgehendem Maße die Geschäfte dank des miserablen Standes der deutschen Mark. Ein plötzlicher Rückgang der Valuta wird ferner auf dem Gebiet der Warenpreise außerordentliche Erschütterungen bringen. Wir denken da weniger an die Kleinhandelspreise, die wohl noch auf lange Zeit hinaus sehr hoch bleiben müssen und in denen sich ein Teil der jüngsten Lohnerhöhungen noch gar nicht ausdrückt, sondern an die Preise im Großhandel und vor allem für die Rohstoffe aus dem Auslande. Heute ist es ja so, daß ein sehr erheblicher Teil aller Rohstoffe sich dem Welthandelspreis angepaßt hat. Man denke nur an Textilien, Leder und vieles andere. Sollte nun aus irgend einem Grund die kürzlich begonnene Valutabesserung sich fortsetzen, so sind alle diejenigen, die in irgendwelcher Weise als Fabrikanten, Händler oder Spekulanten ausländische Waren gekauft haben, in der peinlichen Lage, gewaltige Verluste auf ihre Warenläger oder Kontrakte buchen zu müssen. Und wenn sie auch gegen ihre Käufe entsprechende Verkäufe bei ihrer Kundschaft eingegangen sind, so wird es sich fragen, ob diese Kundschaft immer bereit sein wird, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Nach früheren Erfahrungen ist das recht zweifelhaft. Dieselben Leute, die heute bei einem schlechten Stand der Valuta nicht genug drängen und betteln können, um Waren zu erhalten, werden in dem Augenblick, in dem die Valuta sich gebessert hat, zu den größten Schikaneuren. Hier liegen Gefahren für den Handel vor, die gar nicht unterschätzt werden dürfen. Schon in den letzten Wochen hat man auf dem Gebiet des Edelmetallhandels in

Digitized by Google

dieser Beziehung Erfahrungen sammeln können. Platin beispielsweise, das noch vor kurzem per Gramm 350 Mark gekostet hat, ist heute um einen Bruchteil dieser Summe kaum mehr anzubringen. Und dieselben Silberhändler, welche vor den Toren der Reichsbank Ablieferungsfreudige abspenstig gemacht und einen höheren Preis als die Reichsbank selbst bezahlt haben, waren in der letzten Zeit froh, wenn die Reichsbank ihnen ihr Edelmetall zu einem Preise abnahm, der für den Händler einen Verlust bedeutete. Also auch eine Valutaverbesserung kann sehr leicht Gefahren mit sich bringen. Indessen — das soll unsere geringste Sorge sein. Wenn wir nur schon so weit wären!

Notizen

Die polnischen Grenzen von 1772. Die ursprünglich vom Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten des polnischen Landtages beschlossene Antwort auf das Friedensangebot der russischen Sowjetregierung enthält bekanntlich u. a. folgende Forderungen:

1. Wiedergutmachung des großen Verbrechens der Teilungen Polens, an denen Rußland teilgenommen hat, d. h. Desannexion seitens Rußlands aller Länder, welche es infolge der Teilung Polens an sich gerissen hat.
2. Rußland gibt alle territorialen Ansprüche auf die Länder auf, welche es von Polen an sich gerissen hat. Polen wird, treu den Grundsätzen der Toleranz, in Berücksichtigung der Rechte der andern Völker, über das Los der Bewohner der Länder entscheiden, welche westlich der Grenzen von 1772 wohnen, und zwar im Einvernehmen mit der Bevölkerung.

Mit andern Worten: Polen verlangt direkte Herrschaft oder zumindest das Protektorat über alle die Landstrecken, die es vor dem Jahre 1772 beherrscht hat. Der Begriff der historischen Grenzen Polens von 1772 beginnt wieder in der polnischen Politik in den Vordergrund zu treten. Es wird daher von Interesse sein, an Hand der statistischen Daten den Inhalt dieser Forderung näher zu beleuchten.

Sollte diese polnische Forderung tatsächlich erfüllt werden, so würde der polnische Staat ein Gebiet von über einer Million Quadratkilometer umfassen und auf diese Weise ungefähr doppelt so groß wie Frankreich, größer als Deutschland und überhaupt bezüglich der beherrschten Bodenfläche der zweitgrößte Staat Europas werden. Die Polen verlangen die Rückerstattung von Litauen und Weißruthenien, Lettgallen, Kurland, Livland und eines großen Teiles der Ukraine. Die polnische Herrschaft würde sich in diesem Falle von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer erstrecken, die Ostgrenze ganz nahe bei Kiew, das von drei Seiten von polnischem Gebiet umschlossen wäre, verlaufen und die ukrainische Stadt Pinsk käme ungefähr in die Mitte des polnischen Staates zu liegen.

Auf diesem von den Polen beanspruchten Gebiete wohnen ungefähr 52 Millionen Einwohner. Nach dem polnischen Prof. Romer, der als Mitglied der polnischen Friedensdelegation in Paris auf die Formulierung der polnischen Ansprüche einen großen Einfluß nimmt, setzt sich die Bevölkerung dieser Gebiete folgendermaßen zusammen:

Digitized by Google

Der Konfession nach sind von diesen 52 Millionen

ungefähr 22 Millionen römisch-katholisch, 20 Millionen orthodox oder griechisch-katholisch, über 3 Millionen evangelisch, über 6 Millionen jüdisch.

Der Nationalität nach sind davon

Polen 17½ Millionen, Ukrainer 13½ Millionen, Weißruthenen 7 Millionen, Juden 6 Millionen, Deutsche 4 Millionen, Litauer und Letten 2 Millionen, Russen 1½ Millionen.

Man sieht also, daß in dem von den Polen beanspruchten Staate ungefähr 67% oder zwei Drittel nicht polnischer Nationalität sind. Die Ukrainer bilden fast 26% der Gesamtbevölkerung, die Deutschen 8% und die Juden fast 10%. Wie es den 33% Polen möglich sein wird, diesen Staat mit seinem ungeheuren Völkergemisch zusammenzuhalten und zu beherrschen, darüber scheint man sich in Warschau nicht viel Sorgen zu machen.

Einer besonderen Beachtung sind die Siedlungsverhältnisse in den von den Polen beanspruchten ukrainischen Gebieten wert. Nach der statistischen Zusammenstellung des genannten Prof. Romer, die sich auf die offiziellen russischen und österreichischen Statistiken stützt, umfaßt das von den Polen beanspruchte ukrainische Gebiet 165 000 Quadratkilometer. Es zählt ungefähr 12½ Millionen Einwohner. (Beide Daten beziehen sich nur auf ukrainische Gebiete des ehemaligen Rußlands.) Davon sind der Konfession nach

römisch-katholisch 840 000, orthodox 9 500 000, jüdisch 1 500 000, evangelisch 200 000.

Der Nationalität nach leben in diesen Gebieten

Ukrainer 77%, Juden 12½%, Russen 4½%, Polen 3% Deutsche 2%.

Der Rest verteilt sich auf Tschechen und andere. Das genannte Gebiet ist also zu mehr als drei Viertel ukrainisch.

Das von den Polen beanspruchte und gegenwärtig besetzt gehaltene ukrainische Gebiet von Ostgalizien umfaßt nach den Berechnungen der offiziellen österreichischen Statistik 55 000 Quadratkilometer. In diesem Gebiete wohnten Ende 1910

Ukrainer 3 825 000 oder 72%, Polen 770 000 oder 14%, Juden 660 000 oder 12%.

Der Rest von 2% verteilt sich auf die Deutschen und andere. Auch hier beträgt also die ukrainische Bevölkerung drei Viertel der Gesamtbevölkerung.

Wenn man die angeführten Zahlen denket, so stellt sich die polnische Forderung auf Restituierung der Grenzen von 1772 als Ausdruck eines grenzenlosen Imperialismus dar, der seinesgleichen in der ganzen Welt nicht findet.

Neuerscheinungen

Freiherr v. Freytag-Loringhoven „Geschichte der russischen Revolution", Teil 1. Verlag von J. F. Lehmann, München. 211 Seiten, geheftet 6,60 Mark.

Das Buch reicht vom Ausbruch der Revolution, März 1917, bis zum 8. November 1917, bis zur Einnahme des Winterpalais in Petersburg und der Aufrichtung des Rates der Volksbeauftragten. Es ist eine sehr tüchtige Leistung, die vor allen Dingen auf gründlicher Kenntnis Rußlands, des russischen Wesens und einer langen Reihe russischer Persönlichkeiten beruht. Vor allen Dingen ist es die einzige zusammenfassende Darstellung dieses immensen Abschnitts Weltgeschichte, die bisher existiert. In

Digitized by Google

dem Schlußabschnitt heißt es: „Mit eherner Folgerichtigkeit hat sich die russische Revolution abgespielt. Kein Mann von Willen und Fähigkeiten hat auf sie eingewirkt, keiner auch nur den Versuch gemacht, ihren Gang in das von ihm gewiesene Bett zu leiten. Was geschah, ergab sich mit von allem Geist entblößter, rein mechanischer Logik aus der Seele der Menge, aus ihren Trieben, ihren Bedürfnissen."

Freytag-Loringhoven charakterisiert an einer Stelle die Führer der russischen Revolution während der geschilderten Epoche mit dem Satz: „Am Anfang stand ihnen das Wort. Sie meinten zu führen, und waren nichts als Spiegel und Sprachrohr für das Empfinden der Masse. Das gilt auch von Männern wie Kerenski, der eine Zeitlang mehr zu sein schien. Sie mußten weichen, als andere Männer neue und stärkere Begierden zu wecken mußten.

„Eine kraftlose Oberschicht und eine unehrliche und unfähige Büreaukratie hatten sich verdrängen lassen, ohne Widerstand zu leisten. An ihre Stelle trat eine Intelligenz voll bester Absichten, doch weltfremd und fern der Erkenntnis, daß der Staat Macht ist und daß die Menge stets und überall eine feste, stetige Hand über sich fühlen will. Neben die Intelligenz aber stellte sich, um sie immer mehr in den Hintergrund zu drängen, eine Gruppe von Männern, ihr wesensverwandt und zugleich in den Massen wurzelnd, eingeschworen auf blutleere Programme und doch erfüllt von den Instinkten der Massen. War es da ein Wunder, wenn auch sie bald weichen und denen Platz machen mußten, die die letzte Zügellosigkeit und die letzten Begierden vertraten?... Und nicht Männer waren es, nicht Helden und Führer, die das Banner der Revolution trugen, sondern Götzen, die die Menge sich nach ihrem Bilde geschaffen hatte."

So konnte man über Persönlichkeiten wie Lenin und Trotzki wohl urteilen, als sie erst am Anfang ihres Wirkens standen. In seinem nächsten Band der russischen Revolutionsgeschichte, Rußland unter dem Bolschewismus, wird der Verfasser dazu gelangen, das Moment der Persönlichkeiten in der russischen Revolution anders zu bewerten, als er im ersten mit Recht tut. Der erste kennt keine Persönlichkeiten, sondern nur Exponenten des Willens und der Stimmung einzelner Klassen und Schichten, der Masse schlechthin. Der zweite wird zu betonen haben, daß von da an, wo die bedeutenden Persönlichkeiten auftreten, das Russentum die Führung verliert. Trotzki ist Jude; Lenin ist, wie schon sein eigentlicher Name, Uljanow, verrät, von tatarischer Herkunft. Auch sein Gesicht und seine Figur spiegeln den tatarischen Typus wieder. Seit Peter dem Großen hat es noch nie wieder eine wirklich russische Führernatur im großen Stil gegeben, weder im Guten noch im Bösen. Wir hören deutsche, französische, italienische, griechische, polnische, finnländische, armenische, georgische, tatarische Namen in solcher Menge und an so hervorstechender Stelle neben den russischen, daß hinter ihnen das Russentum im Vergleich zu seiner Zahlenstärke zurücktritt. Für den Kundigen sieht überdies hinter vielen russisch klingenden Namen der fremde Ursprung kenntlich hervor. Wirkliche Russen finden wir am ehesten in der Welt des zersetzenden, anarchisch-radikalen Denkens, das nie dazu gelangt, eine genießbare Frucht zu tragen. Tolstoi ist bei all seiner schriftstellerischen Bedeutung, ein Typus dafür. Für die politische Herrschaftsbildung und Formengebung haben die Ostslawen immer Fremde gebraucht. Im 9. und 10. Jahrhundert, als das altrussische (ukrainische) Reich entstand, waren es schwedische Normannen; im 14. und 15., als das Großfürstentum Moskau sich bildete, war es das politische und kulturelle Vorbild der Mongolen-Herrscher, denen Rußland untertan war; im 18. war es das Ausländer-Regiment in der Epoche der Europäisierung; jetzt im 20. sind es die jüdisch-tatarischen, auf lettische und chinesische Leibwachen gestützten Führer des Bolschewismus.

Paul Rohrbach.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt. Redaktion: Schöneberger Ufer 36a I. Telephon: Nollendorf 928. Für Anzeigen: Werbedienst G. m. b. H., Berlin W. 35, Lützowstr. 102/4. Verlag: Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW. 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt 10 M. Einzelnummer 1 M. Gedruckt in der Buchdruckerei Hermann Bergmann, Berlin SW. 48.

Digitized by Google

5. Jahrgang * 23. April 1920 * Heft 17

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Die Entente-Staatsmänner kommen in San Remo zusammen, um die vorgebliche Verstimmung auszugleichen, die Millerands eigenmächtiges Vorgehen im Maingau verschuldet hat. Es ist nicht anzunehmen, daß die Lebensfähigkeit Deutschlands dabei eine große Sorge der Schicksalslenker Europas sein wird: Millerand soll darauf aufmerksam gemacht werden, daß britisches Prestige bei seinem Spiel sich nicht einfach ausschalten läßt. Die Engländer werden für ihre Duldung einen Kaufpreis nennen und Millerand wird die ganze Angelegenheit von den Ruhrwirren auf die allgemeine Frage des nicht erfüllten Friedensvertrages ablenken, um sich von hier Rechtfertigung für weiteres Verbleiben zu beziehen. Diesen fanatisierten Leuten und ihren Völkern wird auf einmal die Tatsache, daß Deutschland sich der Aufrührer im eigenen Land noch zu erwehren weiß, zur künstlichen Gefahr. Sie selber sind zwar der Motor der dauernden Krisenhaftigkeit, in der wir liegen, aber sie wollen das nicht sehen und sind dabei, uns die Waffen des Selbstschutzes aus der Hand zu schlagen. Das Geschrei nach der vollen Entwaffnung Deutschlands, nach der Auflösung der Einwohnerwehren, wird die Plattform bilden, auf die Frankreich seine Verbündeten zu zwingen beabsichtigt. Daß Männer wie Morel in England das Gewissen seiner Landsleute gegen den üblen Friedensbruch gegen den „Schwarzen Schrecken" in Frankfurt aufrufen will, wird solange wirkungslos bleiben, als Lloyd Georges Politik darin besteht, mit der formalen Solidarität zwischen London und Paris seine eigene Politik in Versailles zu rechtfertigen und zu halten.

*

Renners Besuch in Rom wird von der österreichischen und italienischen Presse gleichmäßig günstig besprochen. Beiden Völkern ist der französische Plan einer Donauföderation gleich unsympathisch. Aber trotz aller dieser verheißungsvollen Ansätze wirft die Südtiroler Frage einen Schatten auf die Anbahnung einer aufrichtigen Verständigung zwischen Deutschland und Österreich einerseits und Italien andererseits. Solange das Heimatland Walter von der Vogelweides welsch ist, kann kaum dauernde Verständigung aufkommen.

Digitized by Google

Ministerpräsident Nitti hat mit unleugbarem Geschick die Generaldebatte überstanden. Die katholische Partei hat, ohne im Kabinett vertreten zu sein, schließlich seine Politik unterstützt. Diese Partei, die sich vor kurzem auf ihrem Parteitage ein weitgehendes sozialpolitisches Programm gegeben hat, dürfte im italienischen Parlament eine um so größere Rolle spielen, als der Zuwachs der sozialistischen Partei bei den Wahlen sich fast nur auf Kosten des radikalen Flügels vollzogen hat. Diese Abhängigkeit von der katholischen Partei dürfte Nitti gar nicht so ganz unangenehm sein, da er durch sie ein Gegengewicht gegen die nationalistischen Parteien von rechts erhalten hat, das er bei Führung seiner auswärtigen Politik gut wird brauchen können.

*

Aus amerikanischen Quellen wird deutlich, daß der Widerstand gegen den Frieden in der Union wesentlich von dem irischen Teil der Bevölkerung getragen wird. Die Iren Amerikas wehren sich dagegen, daß der Ausgang des Krieges als eine Festigung der britischen Weltherrschaft zu gelten hat, der nicht nur die Hoffnungen für ihr eigenes Volk erdrückt. Offenbar gelingt es ihnen, in Amerika langsam das Gefühl der angelsächsischen Solidarität zu unterhöhlen. Ihre Bewegung zielt darauf ab, den Amerikanern selber klarzumachen, daß ihr Kriegsgewinn in einer politischen Niederlage der Union zu versinken beginnt. Wilson selber ist hilflos und gebunden gegenüber diesen neuen Tatsachen; er muß erleben, wie seine unsichere Haltung die Auflösung der Kräfte einleitet, die ihn seiner Zeit stützten, damit er einen Frieden des Ausgleichs einleite.

*

Die Aufgabe des Reichswehrministers Dr. Geßler ist heute die schwierigste in Deutschland, undankbar, wenn man die vielen Reibungen und das Mißtrauen sich verdeutlicht, das vor jeder seiner Handlungen steht, des höchsten vaterländischen Dankes würdig, wenn es ihm gelingt, die Reichswehr durch die Krisis gereinigt hindurchzuführen, als einen Bestandteil der Volksgesamtheit, dem Vertrauen, Stolz, Achtung zurückkehrt. Der Radikalismus hat leichte Nahrung, aus den Verfehlungen zahlreicher Offiziere die Verstimmung zu steigern, mit der Demagogen der äußersten Linken jetzt, unter dem Beifall des Auslands, die ganze Heeresmacht, die uns geblieben ist, sabotieren möchten — Geßler muß entschlossen sein, durchzugreifen, aber er darf sich nicht durch das Geschwätz der Straßenblätter beirren lassen. Eine spürbare Nervosität liegt jetzt noch über allem, was mit Putschgefahr, neuer Gegenrevolution, mit Pommern und Schlesien zusammenhängt. Mißgriffe, Übertreibungen sind nicht zu vermeiden. Aber es kommt darauf an, die einheitliche Linie festzuhalten. Geßler hat sie vor dem Parlament gezeigt; nun muß er an ihr festhalten.

Digitized by Google

Auswärtiges Amt und Auslandspolitik

Von Dr. Paul Rohrbach

Die Führung der auswärtigen Angelegenheiten einer Nation ist stets nur bis zu einem gewissen Grade von der Tüchtigkeit oder Untüchtigkeit ihrer beamteten Vertreter abhängig. Ein politisch unbegabtes Volk kann auf die Dauer keine gute Verwaltung seiner auswärtigen Politik erleben, weil es nicht imstande ist, die Kräfte, die dazu nötig sind, hervorzubringen. Oft wird behauptet, das treffe gerade auf die Deutschen zu, und darum sei unser Schicksal unter den Weltvölkern zuletzt doch hoffnungslos. Jene Behauptung aber, wir wären ein Volk ohne politische Begabung, ist nicht ohne weiteres richtig. Es hat genug deutsche Staatsmänner und nicht nur Staatsmänner, sondern überhaupt Köpfe von politischer Bedeutung gegeben. Wenn man die ganz großen Gestalten der Weltgeschichte durchmustert, so sind sie bei allen Völkern selten, nicht nur bei den Deutschen, und sie sind bei den Deutschen von Beginn der beglaubigten Geschichte an nicht seltener, als bei andern Völkern. Das eigentliche Unheil Deutschlands kommt nicht von einer politisch besonders untauglichen Veranlagung des deutschen Volkes. Will man nach solchen Veranlagungen fragen, so könnte es leicht sein, daß zuletzt der nationale Charakter der Franzosen für diese sich als unheilvoller erweist, als der deutsche Charakter für die Deutschen, denn es spricht manches dafür, daß nicht die Deutschen, sondern die Franzosen das eigentliche Opfer des Weltkrieges sein werden. Was sie in den Krieg getrieben hat, war ihr unermeßlicher nationaler Ehrgeiz, der es nicht ertrug, einmal der geschlagene Teil zu sein, nachdem sie selbst die Entscheidung herausgefordert hatten; ihre aufgeblähte Ruhmsucht und Eitelkeit, würde Carlyle sagen, oder ihre Eigentümlichkeit, daß diejenigen Politiker, die an diese Eigenschaften zu appellieren verstehen, bei ihnen sicher an die Spitze der nationalen Angelegenheiten gelangen. Dadurch kam Frankreich in diesen Krieg, der seine Kräfte übermäßig geschwächt hat, und dadurch wird es jetzt gehindert, zu Deutschland ein Verhältnis zu finden, das beiden Völkern, dem deutschen wie dem französischen, gesunde Erholungsmöglichkeiten gibt. Frankreich jagt dem Phantom der Zertrümmerung Deutschlands nach und wird sich vermutlich bereitfinden lassen (wenn der Pakt nicht schon geschlossen ist), für die englische Erlaubnis, die Zerstörungspolitik in Deutschland fortzusetzen, auf alle Ansprüche in Syrien zu verzichten. An dieser Politik wird es eines Tages selbst zugrunde gehen.

Auch die Deutschen haben nationale Charakterfehler, und sie bringen ihnen politisch großen Schaden. Ein größerer Fehler als alle Mängel des Charakters ist aber die geographische Lage Deutschlands, ist die kirchlich religiöse Trennung

Digitized by Google

im deutschen Volk, ist die Schärfe der sozialen Klassengegensätze und die Vorherrschaft des materialistischen Denkens, das gerade die Jahrzehnte unmittelbar vor und nach der Gründung des Reiches erfüllte. Der ideenpolitische Materialismus ist es, der Deutschland eigentlich zugrunde gerichtet hat. Er war bedingt durch den ungeheuren wirtschaftlichen Aufschwung während der beiden letzten Generationen und durch das Fehlen idealer Gegengewichte in der Überlieferung der zur Regierung und zur geschäftspolitischen Besorgung der nationalen Angelegenheiten gelangenden Schichten. Es waren unglückliche Zeitumstände, Umstände, die sicher nicht ohne Verknüpfung mit einer moralischen und intellektuellen Schuld des Volkes gewesen sind, aber Umstände, die sich auch wieder ändern können und ändern werden; nicht zuletzt unter dem Druck des Unglücks, in das wir hineingeschleudert sind, und der Nemesis, die Betrug, Wortbruch und Habgier über die Sieger ziehen werden.

Man braucht nicht daran zu verzweifeln, daß wir wieder eine gute Leitung unserer auswärtigen Politik bekommen können. Die Besetzung unseres auswärtigen Amts hat gerade gewechselt; an die Stelle von Herrn Hermann Müller ist Herr Dr. Adolf Köster getreten. Herr Müller war Parteisekretär und ist jetzt Reichskanzler; Herr Dr. Köster war Journalist und zuletzt Staatskommissar von Schleswig-Holstein. Als Kriegsberichterstatter hat er ein gutes Urteil gehabt und hat sich im Gegensatz zu vielen Kollegen durch die falschen Methoden, die die oberste Heeresleitung in ihrer Preßpolitik befolgte, nicht beirren lassen. Seine letzte politische Arbeit in Schleswig ist des besten Dankes wert. Die Sozialdemokratie beansprucht das Recht, das Ministerium des Auswärtigen mit einem ihrer Parteiangehörigen zu besetzen. Daraus folgt die Notwendigkeit, dieses Amt nicht in parteipolitischem, sondern in nationalem Sinne zu führen, denn eine auswärtige Politik, die nicht von der entscheidenden Mehrheit der Nation als eine *nationale* Politik anerkannt wird, ist von vornherein zur Erfolglosigkeit verurteilt. Sie ist es schon aus dem Grunde, weil sie nicht imstande sein wird, sich auf die Dauer mit tüchtigen Kräften zu versorgen und weil sie vom Mißtrauen oder der pessimistischen Gleichgültigkeit des größten Teils unserer nationalen Bildungsschicht verfolgt sein wird. In dieser Beziehung wird man vielleicht Herrn Dr. Köster, unbeschadet seiner sozialdemokratischen Parteizugehörigkeit, einen einsichtigen Standpunkt zutrauen können. Besitzt er ihn, was ich persönlich nicht bezweifle, und sieht er sich imstande, ihn auch sichtbar zu betätigen, so werden sich auch gute politische Folgen zeigen. Herr Hermann Müller schreibt als Reichskanzler Noten in auswärtigen Dingen, die Anerkennung verdienen. Während der Zeit, wo er Minister des Auswärtigen war, habe ich, im Januar 1920, einmal eine Korrespondenz mit ihm gehabt, in

Digitized by Google

der ich mir erlaubte, das Problem, dem auch jetzt sein Nachfolger gegenübersteht, in folgenden Worten kurz auseinanderzusetzen:

Ich sehe eines der größten Übel unserer gegenwärtigen Lage darin, daß ein Teil des Volkes, und zwar ganz überwiegend die Gebildeten, der heutigen Regierung mit dem Gefühl gegenübersteht, daß die Sache Deutschlands unter dem Gesichtspunkt von Parteiinteressen behandelt werde. So wie früher die Sozialdemokratie den Vorwurf erhob, daß die regierenden Klassen nach ihrem Interesse handelten, so ist jetzt im gebildeten Bürgertum das Mißtrauen in umgekehrter Richtung lebendig. Wenn es dabei bleibt, so werden wir niemals gesunde Verhältnisse bekommen, denn es ist ausgeschlossen, daß die Regierung, welch eine auswärtige Politik sie auch immer verfolgen möge, Erfolg hat, wenn sie fortdauernd einem Mangel an Vertrauen bei den gebildeten bürgerlichen Schichten begegnet. Deren Schwergewicht ist auf die Dauer doch größer, als daß es ohne entscheidenden Nachteil unberücksichtigt bleiben könnte.

Ein Teil des gegensätzlichen Empfindens gegenüber der Regierung geht auf das Verständnis zurück, daß die betreffenden Kreise von ihren materiellen Interessen haben; ein Teil aber ist überwiegend stimmungsmäßig. Hier könnte eine Heilung einsetzen, wenn richtige Einwirkungen auf die Stimmung erfolgen. Diese Notwendigkeit verbindet sich mit einer andern, objektiv außenpolitischen, der Revision des Versailler Friedens.

Man macht der Regierung den Vorwurf, daß es ihr nicht ernst sei mit der Würde Deutschlands, und daß sie ein Interesse daran habe, diese Würde, was das frühere vorrevolutionäre Deutschland, das „fluchwürdige alte Regime" angeht, bewußt für nichts zu achten. Ich lasse ganz unerörtert, wie es sich mit der Tatsächlichkeit dieses Vorwurfs verhält, aber ich darf wohl bemerken, daß, solange er besteht, ein direktes Gift zwischen der Regierung und einem großen und guten Teil des Volkes wirkt. Es kann nicht der Wunsch der Regierung sein, diesen Zustand unheilbar zu machen. Man kann die Diskussion über die Fehler und Vorzüge des früheren Deutschland ganz beiseite lassen, und dabei doch auf Seiten der Regierung in der Behandlung der gegenwärtigen deutschen Not einen Ton finden, der eine Saite des Verständnisses in der ganzen gebildeten nationalen Schicht anklingen läßt. Auf diesem Wege kann ein Stück nationaler Gesundung vorbereitet werden. Es gibt viele unter unseren Gebildeten, bei denen in bezug auf die soziale Umwandlung Deutschlands keine oder nur geringe Widerstände zu überwinden sind, wenn nur ihr nationales Gefühl im Sinn der Kontinuität der nationalen Ehre von einst und jetzt geschont wird. In dieser Beziehung muß aber die Regierung die Initiative ergreifen.

Eduard Bernstein hat neulich im „Vorwärts" gesagt, die Sozialdemokratie solle nicht unterschätzen, was es bedeutet, daß sie den größeren Teil der deutschen Bildung gegen sich hat. Dieser Zustand wird sich nicht mildern, sondern verschärfen, wenn die auswärtige Politik von den amtlichen Stellen behandelt wird, als ob es eine Sache sei, die mit nationalen deutschen Empfindungswerten nichts zu tun hat. Der neue Reichswehrminister Geßler hat vom früheren deutschen Heere, dem der kaiserlichen Zeit, gesagt, es habe zwar schwere Schäden in sich enthalten, aber es habe auch Großes geleistet und Hingebung und Pflichtgefühl

Digitized by Google

enthalten. Man kann über die Form, in der dem Bewußtsein des unzerstörbaren Zusammenhanges zwischen der alten deutschen Größe und der erhofften besseren Zukunft Ausdruck gegeben wird, je nach den Umständen verschieden denken, aber das Bewußtsein und der Wille es zu bekennen, müssen da sein. Wenn die Nation das spürt, so werden sich ihre vernünftigen Elemente willig führen lassen; mit der Zeit auch auf Bahnen, die ihnen anfangs bedenklich und ungewohnt vorkommen. Wo aber mit Absicht und Betonung ein Schnitt gemacht wird, der jeden Zusammenhang zertrennen soll, wo alles Frühere schuldvoll und dunkel gemalt wird und nichts aus dem früheren Deutschland mehr stolzer Erinnerung wert sein soll und des Bewußtseins, daß es dieselbe deutsche Kraft ist, auf deren Fortwirken wir hoffen, da ist kein Ausgleich mit den geschichtlich-, national- und vaterländisch-ideal empfindenden Volksschichten möglich. Ein auswärtiges Amt, das so geleitet würde, müßte zuletzt in noch viel schlimmeren Sinne zu einem sterilen Fremdgebilde im politischen Körper des Volkes werden, als früher. Gegen die deutsche Bildung ist auf die Dauer kein Regiment möglich. Man kann diese Bildung zerstören und man kann die Nation dadurch ruinieren, aber man kann sie durch nichts, auch durch keine parteipolitischen Bekenntnisse und Nützlichkeitserwägungen, ersetzen. Wenn man die deutsche Bildung haben will, so muß man das deutsche Nationalgefühl pflegen, das als solches vom Kapitalismus so unabhängig ist wie vom Sozialismus oder jeder anderen Wirtschaftsordnung; das aber nicht verträgt, mit den Scheuklappen eines Parteivorurteiles kutschiert zu werden.

Wir haben bereits bemerkt, daß in letzter Zeit die Tonart unserer amtlichen Noten nicht mehr ohne allen erkennbaren Ausdruck deutschen Selbstgefühls ist, wie früher. Es wäre gut, wenn sich, wie wir hoffen, zeigen sollte, daß es sich hier nicht nur um einen gelegentlichen Mut handelt, der aus dem Gefühl entspringt, sich in einer für günstig gehaltenen Situation entschiedenere Ausdrücke leisten zu können, sondern um die grundsätzliche Einsicht, daß es keine vernünftige Politik gibt ohne Ausfallstellung, sei es materielle, sei es moralische. Das Prinzip der steten duldenden Ergebung ist keine Waffe, am allerwenigsten eine moralisch wirksame, sondern es wirkt, namentlich auf die Völker, mit denen wir es zu tun haben, eher verächtlich und wird zum Kinderspott. Ich habe vor einer Woche auf den Artikel des Gesandten a. D. Raschdau im roten „Tag" (4. April) hingewiesen. Heute möchte ich den Schlußabschnitt Raschdaus zitieren, der sich mit gewissen inneren Voraussetzungen unserer bisherigen auswärtigen Politik im republikanischen Zeitalter beschäftigt. Raschdau schreibt:

Sicher fehlt es unsern leitenden Männern nicht an dem guten Willen, das schwere Schicksal unseres Reichs zu mildern. Woran es ihnen aber gebricht, das ist die Seelenkunde der Völker, oder wenn sie sie besitzen, dann ermangeln sie der Gabe, diese

Digitized by Google

Erkenntnis in die Tat zu übertragen. Wenn die aus England und Amerika stammenden Leute versichern, auch heute noch dort die Bezeichnung des Deutschen als Hunnen und die mit dieser Bezeichnung verbundene Gesinnung anzutreffen ist, so geschieht es, weil wir selbst dagegen nicht genug Widerspruch erheben und tätig sind. Diesen Vorwurf hören wir aus Feindesland von wohlwollender Seite, und er ist voll begründet. Als unsere öffentliche Meinung eine Gegenliste gegenüber der feindlichen Aufstellung der Kriegsverbrecher verlangt, lehnt der leitende Staatsmann eine solche Forderung als eine unzulässige „Offensive" ab. Er hat sich offenbar im Ausdruck vergriffen, aber jedenfalls geht aus der Ablehnung hervor, daß ihm der Zweck dieser Gegenwehr nicht bewußt ist, und darum muß er immer wieder hervorgehoben werden. Die Furchtbarkeit der Friedensbedingungen wird von unseren Feinden in der Hauptsache begründet durch unsere angebliche Schuld an der Entstehung des Krieges und unser grausames Verhalten während des Kampfes. Wir arbeiten für die ja auch von der Regierung erstrebte Umformung des Friedensvertrags, indem wir nachweisen, daß, auch wenn Untaten auf unserer Seite nachgewiesen werden, die der Gegenseite nicht geringer sind. Wenn wir die lange über den Kriegszustand hinausgezogene Hungerblockade mit ihren Folgen anführen, wenn wir die Mißhandlungen, die allem völkerrechtlichen Herkommen widersprechenden Beraubungen, die Austreibungen unserer friedfertigen Landsleute ins Feld führen, die unerhörten Gewalttaten, die bis in die neueste Zeit sich französische Soldaten im besetzten Gebiet zuschulden kommen lassen, und die wir mit dem amtlichen Mantel verzeihender Christenliebe verdecken, wenn wir all das Grauenhafte und das an uns verübte Unrecht ebenso verwerten, wie das unsere Feinde ihrerseits bis heute tun, dann muß die Wagschale der Schuld unserer Feinde tief herabsinken. Und wenn wir den reichen Stoff, den wir nachgerade auch über die Verschuldung unserer Gegner am Kriege gesammelt haben, in die weite Welt tragen, wohin er noch lange nicht gedrungen ist, so werden wir das jetzt zur Aufnahme von Aufklärungen vorbereitete Ausland zum Nachdenken stimmen, wie weit das Schicksal Deutschlands verdient ist und unabänderlich sein soll. Das alles gehört zur Bekämpfung des Vertrages von Versailles. Die Haltung, die die Regierung auf diesem Gebiete, das noch immer das vornehmste in unserem auswärtigen Geschäft bleiben muß, beobachtet, ist unzureichend, und der Glaube, das Gleiche erzielen zu können mit der beständigen Versicherung unseres guten Willens, Unmögliches zu leisten, ist ein Köhlerglaube, und zwar ein recht bequemer! Bleibt unsere auswärtige Leitung auf diesem Standpunkt bestehen, der ungefähr auf die Formel ausläuft, nur um alles in der Welt nicht bei unserem Gegner anzustoßen, dann wäre in der Tat die jetzt oft gehörte Behauptung, zurzeit gebe es keine auswärtige deutsche Politik, in betrübendem Maße gerechtfertigt.

Es ist die Erfahrung eines diplomatischen Lebens, das die Gesetze der Völkerpsychologie kennt, die aus diesen Worten spricht, und es ist nicht nur die Psychologie *fremder* Völker, die ein auswärtiges Amt und eine auswärtige Politik berücksichtigen müssen, wenn sie Erfolge haben wollen, sondern auch die des *eigenen*, und vor allen Dingen derjenigen Elemente des eigenen, in denn sich mit dem nationalen Gefühl zugleich ein wesentliches Stück der nationalen Bildung verkörpert.

Digitized by Google

Englisch-französische Gegensätze?

Von Dr. Eugen Quendt

Die erste Frage, die man sich in Deutschland auf die Nachricht von der Besetzung Frankfurts durch die Franzosen stellte, lautete: Was wird England tun? Denn noch immer besteht in Deutschland, allen Vorgängen in Irland, Mesopotamien, Indien, Ägypten zum Trotz, die Vorstellung, daß der eigentliche Militarist und Gewaltpolitiker Frankreich sei. England fürchtet man, aber man hofft auch von ihm, Frankreich haßt man. Und so wird es nicht lange dauern, bis sich die Legende gebildet hat, die Räumung Frankfurts (falls es dazu kommt!) sei allein England zu verdanken (das seine schützende Hand über Deutschland halte).

Nun ist freilich richtig, daß englisch-französische Gegensätze bestehen und nicht erst seit gestern. So gut wie überall, wo französische Außenpolitik Ziele hat, stößt sie auf Hindernisse, die letzten Endes auf englische Initiative zurückgehen. Da ist zunächst Marokko. Seit Juli 1919 bereits wird zwischen England und Frankreich ein lebhafter Notenwechsel über Nordafrika, Ägypten und Marokko geführt, speziell aber über Tanger, dessen Ton sich ständig verschärft, ohne daß die Sache selbst gefördert würde. Sogar der franzosenfreundliche „Times"-Korrespondent Harris hat Tanger verlassen müssen und die Stimmung der englischen Kolonie in Tanger wird täglich unfreundlicher. Ferner haben die Engländer den französischen Protest wegen des englisch-persischen Abkommens sehr übelgenommen, wogegen die Franzosen wieder über die Haltung der Engländer in der Frage der Verteilung der deutschen Flotte und darüber, daß die vier Kreuzer ohne alles Material übergeben wurden, verstimmt sind. Auch die englische Handelspolitik in Danzig, von der behauptet wird, daß sie auf völlige Ausschaltung der Franzosen ginge, die wilde Konzessionsjägerei in Nord- und Südrußland und vor allem in Kaukasien, sowie die Entsendung von nur drei englischen Bataillonen in die deutschen Abstimmungsgebiete statt der vorgesehenen acht, hat der französischen Presse Anlaß zu Klagen geboten. Die stärksten Reibungen aber bestehen unzweifelhaft im nahen Orient. Hier wirft man französischerseits den Engländern übereilten und eigennützigen Abschluß des Waffenstillstandes mit der Türkei vor, sowie eine zweimalige eigenmächtige Ausdehnung der englischen Machtbefugnisse in Konstantinopel, so daß der „Temps" kürzlich sogar erwog, zur Wahrung des französischen Einflusses die türkischen Nationalisten zu unterstützen. Stärker noch sind die Beschwerden über die englische Politik in Syrien. Schritt für Schritt hat Frankreich hier zurückweichen müssen. Während der Sykes-Picot-Vertrag von 1916 über die Einflußzonen in Vorderasien Frankreich noch ein großes syrisches Reich mit riesigen, bis nach Mossul und Diabekir reichendem Hinterland, sowie beträchtliche Teile von Südostkleinasien zusprach, hat England erst den Zionistenstaat, dann

Digitized by Google

das Selbstbestimmungsrecht für Syrien, samt dem unlängst in Damaskus zum König erhobenen Emir Faissal, dann die Notwendigkeit, Armenien, jenem alten Steckenpferd englischer Orientpolitik, einen südlichen Ausgang zum Meere: ausgerechnet das von den Franzosen reklamierte Alexandrette, erfunden. Auch hat es Sorge getragen, daß die Araberstämme Syriens mit modernen Gewehren ausgestattet wurden, daß die ehrgeizigen Franzosen sich in Cilicien nicht nur blutige Köpfe holten, sondern auch aller Welt ihre Unfähigkeit, die Ordnung aufrecht zu erhalten, erwiesen, ja es ist nicht ausgeschlossen (was freilich niemand offen zu behaupten wagt), daß England, um seine Konstantinopelpläne durchzusetzen, heimlich selbst die anatolische Aufstandsbewegung mit einer Hand schürt, mit der anderen unterstützt. (Anzeichen dieser Politik sind z. B. in einer etwas rätselhaften Veröffentlichung des „Eclair" vom Februar über ein angebliches, vom Blatte selbst höflich bezweifeltes englisch-türkisches Abkommen vom 1. September 1919 zu erblicken, in welchem England der Türkei gegen Schaffung eines unabhängigen Turkestan (Bolschewistenschutz!) und der Verpflichtung, die englische Herrschaft in Syrien und Mesopotamien anzuerkennen, Integrität und Unabhängigkeit unter englischem Mandat sowie Schutz gegen die Nationalistenbewegung zusichert.

Noch stärker aber sind fraglos die Gegensätze, die zwischen Frankreich und England hinsichtlich über Stellung zum Friedensschluß und Friedensvertrag bestanden und bestehen. Der Standpunkt der beiden Mächte läßt sich am kürzesten so kennzeichnen, daß man sagt, der englische sei, abgesehen von den großen politischen Gesichtspunkten europäischer Kontinentalpolitik überhaupt, liberal-händlerisch, der französische konservativ-militärisch. Der englische wird gekennzeichnet durch das Buch von Keynes und die Tendenzen des Londoner Wirtschaftsmanifestes, man hat, nachdem die deutsche Kriegs- und Handelsflotte vernichtet ist, kein Interesse mehr am Kriege und wünscht im Interesse eines durch England wirtschaftlich beherrschten Kontinentaleuropas nichts sehnlicher, als ein in mäßigen Grenzen prosperierendes unmilitärisches, liberal-demokratisches Deutschland, das gewissermaßen England bei seinem Kampfe gegen die gefährlich hervortretende amerikanische Konkurrenz wirtschaftlich als eine Art Hinterland den Rücken stärke. Und selbstverständlich war man von Anfang an dazu entschlossen, Frankreich nicht übermächtig werden zu lassen. Aus diesem Grunde wird man es, das kann als absolut sicher gelten, in England niemals zulassen, daß Frankreich das Ruhrgebiet besetzt. Der französische Standpunkt war der, daß Frankreich außer vollem Ersatz für die Kriegsschäden militärisch gesichert werden mußte. Als Bürgschaft dafür werde die Rheingrenze gefordert. (Poincaré behauptet sogar in der „Revue des deux mondes", man hätte schon gleich beim Waffenstillstand das Ruhrgebiet besetzen sollen.) Das aber ging nicht nur gegen die 14 Punkte Wilsons, sondern auch gegen Englands politische Absichten, Frankreich am Rhein mußte auch die

Digitized by Google

mehr oder weniger verschleierte Einverleibung Belgiens (die sich gerade jetzt anbahnt) nach sich ziehen und den Kanalnachbarn allzusehr verstärken. Man wählte also den Mittelweg, die provisorische Besetzung des Rheinlandes und das sehr vorsichtig formulierte Versprechen militärischer Hilfe von seiten Englands und Amerikas im Falle der Verletzung von § 42 bis 44 des Friedensvertrages. Da dieses Versprechen durch Amerikas Weigerung, den Versailler Vertrag zu unterzeichnen, hinfällig geworden ist, und auch die Besetzung des Rheinlandes den Franzosen nicht aus ihren augenblicklichen Finanznöten hilft, so ist jede gewissenhafte französische Regierung genötigt, sich nach anderen Bürgschaften umzusehen. Der Standpunkt Deutschlands ist der, daß eine solche in einer vertrauensvollen gemeinsamen Wiederaufbauarbeit beruhe. Dieser Standpunkt wird auch in Frankreich, wie wir wissen, von gewissen Vertretern aus Handel und Industrie geteilt und selbst die französische Regierung hat sich der Einsicht in die Notwendigkeit solcher vertrauensvollen Zusammenarbeit nicht verschließen können. Aber eine offen in dieser Hinsicht betriebene Politik würde in Frankreich auf sehr starke Widerstände stoßen, weil — die deutsche Regierung keinerlei Vertrauen genießt. Man weiß in Frankreich nur zu gut, daß Deutschland den Friedensvertrag nur widerwillig unterschrieben hat. Man weiß sehr genau, daß die deutsche Regierung wenig Autorität hat und fürchtet, daß Deutschland erstens seine Verpflichtungen nicht erfüllen wird, was Frankreich mit dem Ruin bedroht, und zweitens die Revanche vorbereitet. Man ist daher entschlossen, sich unter allen Umständen gegen Deutschlands angebliche Unzuverlässigkeit und gegen seine angeblichen Revanchepläne zu schützen.

Der beiderseitige Standpunkt läßt sich also in folgendem kurzen Dialog zusammenfassen. England: wir müssen Deutschland durch Herab- und endgültige Festsetzung der Entschädigungssumme, Rohstoffzufuhr usw. Möglichkeit zur wirtschaftlichen Gesundung geben. Frankreich: gegen wirtschaftliche Gesundung Deutschlands haben wir nichts. Aber voreilige Fixierung und gar Herabsetzung der Entschädigungssumme ruiniert uns. Außerdem muß Deutschland entwaffnet werden. England: zuweitgehende Entwaffnung beschwört die Gefahr wirtschaftlicher Anarchie herauf. Frankreich: dann bleibt nur eins: wir müssen uns selbst sichern.

Über die Art, wie dies geschehen kann, haben, da die Losreißung der Rheinlande einstweilen mißglückt ist, nationalistische Kreise Frankreichs nur eine Meinung: vollständige Entwaffnung Deutschlands (spartakistische Unruhen werden mit Vorliebe als von den deutschen Militaristen provoziert, hingestellt, wobei häufig auf während des Krieges hervorgetretene angebliche Verbindungen zwischen Deutschland und dem russischen Bolschewismus hingewiesen wird) und Zerschlagung der deutschen Einheit.

Digitized by Google

In den Tagen des Kapp-Putsches und der Unruhen im Ruhrgebiet nun nahm der obige Dialog etwa folgende Färbung an. Frankreich: Deutschland beginnt den Revanchekrieg zu inszenieren. (Der militärische Mitarbeiter des „Temps" wies am 8. April ausführlich nach, daß der Generalstreik Deutschland gestattet habe, mit Hilfe versteckter Waffen die allgemeine Mobilisierung durchzuführen. Die in ihrer Bedeutung mit Absicht übertriebene Erhebung im Ruhrgebiet sei nichts als ein Vorwand gewesen, den größten Teil der verfügbaren deutschen Truppen dem linken Okkupationsflügel gegenüber aufzustellen. In den ersten Tagen der Unruhen habe die rote Armee ganz so operiert, als ob sie die Vorhut deutscher Truppen an der Lippe sei usw.) Es bricht den Friedensvertrag. Laßt uns das Ruhrgebiet besetzen. England: Ruhrgebiet ist eine innerdeutsche Angelegenheit. Frankreich: dann gebt uns Pfänder zur Aufrechterhaltung des Vertrages.

Hier begann Lloyd George, sich taub zu stellen. Am Sonnabend vor Ostern traf die entsprechende französische Note in London ein. Aber England feierte Weekend. Am Dienstag morgen rückten die Franzosen in Frankfurt ein. Nun protestierte man. Der weitere Verlauf ist bekant.

An diese Geschichte vom Weekend glaube wer will. Selbst der Ostersonntag dürfte in England nicht so heilig gehalten werden, daß Staatsdepeschen von weittragender Bedeutung unerledigt bleiben. Ohne Vorurteil zugunsten Englands betrachtet, liegt die Situation so: England hat keinerlei Interesse daran, daß in Frankreich dem Kabinett Millerand jetzt schon ein Kabinett Barthou folge. Dieses würde seiner schärferen nationalistischen Färbung wegen eine ernsthafte Bedrohung des mühsam erhaltenen europäischen Friedens bedeuten, vielleicht sogar eine verschleierte Militärdiktatur aufkommen lassen, aber auch Frankreichs Orientwünsche mit größerer Energie vertreten, denn gerade die rechtsstehenden Kreise sind es, die in Orientfragen England gegenüber eine sehr scharfe Sprache führen, und Barthous Rede zur Außenpolitik bestürzte nur deshalb so, weil er unumwunden aussprach, was jedermann dachte. Gerade deshalb aber brauchte Millerand eine Festigung seines eigenen Prestiges, mußte er beweisen, daß er wenigstens für Durchführung des Friedensvertrages auch gegen englische „Humanitätsduselei" eintrete. Und da die Besetzung des Ruhrgebiets nicht möglich war (wegen möglicher bolschewistischer Ansteckung auch nicht opportun schien), weil man zudem die Erhebung im Ruhrgebiet mit rheinisch-westfälischen Selbständigkeitsregungen in Verbindung brachte und den Eindruck, den der Kapp-Putsch in Süddeutschland hervorgerufen hatte, eigenen, seit langem genährten Wünschen nachgehend, überschätzte, suchte man die Pfänder so, um sich erstens zu sichern und zweitens, wie die Mainzer Richtlinien beweisen, um einen Keil zwischen Süd- und Norddeutschland zu treiben. Wie sehr gerade letztere Rücksicht maßgebend war, geht unzweifelhaft aus dem viel zu wenig beachteten Um-

Digitized by Google

stand hervor, daß ausgerechnet in den letzten Tagen dies Lieblingsthema der französischen Nationalistenpresse wie auf Kommando aus der Diskussion verschwunden ist. Welche Stellung nahm nun Lloyd George ein? Es war innerpolitisch einfach ausgeschlossen, daß er dem französischen Ansinnen nachgab. Lloyd George ist gerade daran, mit Asquith um die Führerschaft zu ringen, und, da die Koalition am Zerfallen ist, sich unter Liberalen und Arbeitern neue Freunde zu werben. Unmöglich konnte er sie in einer außenpolitischen Frage vor den Kopf stoßen. Er verreiste also und kam erst zurück, als es zu spät war, die Franzosen zu hindern. Die Hauptsache jedoch war, daß diese die Finger vom Ruhrgebiet ließen, gegen die Zerschlagung der deutschen Einheit hatte er nichts einzuwenden, und den Liberalen zuliebe konnte man ja hinterdrein nach Kräften gegen das militärische Vorgehen Frankreichs protestieren. Verräterisch ist in dieser Hinsicht gerade die vorsichtig abwartende Stellungnahme von „Daily Chronicle" vom 6., das Lloyd George nahesteht, es ist als wolle man erst einmal prüfen, nach welcher Richtung der Wind im eigenen Lande weht.

Und das Ergebnis? Millerand hat dem Friedensvertrag Geltung verschafft, Lloyd George aber den englischen Standpunkt und obendrein seine Stellung bei den Liberalen gefestigt (denn die Konservativen greifen ihn ja an). Die Allianz ist wiederhergestellt. Deutschland aber ist der Prügelknabe. Von englisch-französischen Gegensätzen werden wir einstweilen wenig zu hoffen haben, selbst wenn sie im Orient und Marokko noch schärfer hervortreten sollten; daß, in gewissen Grenzen, Frankreich sich an Deutschland schadlos hält, wird England niemals hindern.

Die Zukunft der deutschen Zentrumspartei

Ein Mitglied der Zentrumspartei schreibt uns:

Unter den großen deutschen Parteien geht keine mit schwereren Sorgen in den Wahlkampf wie das deutsche Zentrum. Die Gründe liegen auf der Hand. Die umstürzenden Ereignisse unseres gesamten sozialen Gefüges, die Zerstörung der alten staatlichen Ordnung mußten eine politische Partei, die stets mit vollem Recht betont hat, daß sie alle Kreise des Volkes, alle Stände und Berufe in sich vereine, vor schwerwiegendere Entscheidungen stellen, als solche, deren inneres Gefüge vom rein wirtschaftlichen oder sozialen Standpunkte aus betrachtet, harmonischer waren als sie. Diese den Bestand des Zentrums bedrohenden Erscheinungen konnten nicht gleich vom Anfang unserer neuen politischen Gestaltung an hervortreten; denn einmal spielt das Moment der Tradition nirgendwo eine größere Rolle als gerade in den Wählermassen der Zentrums-

Digitized by Google

partei, dann aber leistete das ungeschickte Vorgehen des kurzlebigen Kultusministers Adolf Hoffmann der Partei im Januar 1919 noch einmal wertvolle Dienste, als sie sich zur Nationalversammlung rüstete. Sie konnte angesichts von dessen höchst törichten Maßnahmen die Massen noch einmal großzügig auf die Grundlagen einigen, denen sie immer ihre eigentliche Kraft verdankte, auf die Sorge vor Bedrohung der Kulturgüter! Also Tradition und besondere Gunst der damaligen Lage waren es insbesondere, die es bewirkten, daß die Partei im ganzen ungeschmälert aus dem Wahlkampfe hervorgehen konnte. Der Schlachtruf, der um die Kulturgüter hallte, tat wie in den vergangenen Jahrzehnten seine Schuldigkeit! Aber dann erfolgte die Koalition, also die Verbindung mit Mächten, die die Wähler nicht nur gefühlsmäßig, sondern aus religiösen Gründen stets zu bekämpfen gewohnt waren. Wir wollen hier zunächst nicht die Frage der Koalitionspolitik an sich untersuchen, sondern lediglich auf ihre Wirkung auf das Gefüge der Zentrumswählerschaft hinweisen. Sicherlich war sie vom Standpunkt der Partei keineswegs eine unbedingte Notwendigkeit; sie entsprach vielmehr der ganzen Taktik, die sie in den letzten Jahren bewußt eingeschlagen hatte. Die Neigung zum Kompromiß, die das Zentrum als Partei der Mitte schon aus psychologischen Gründen vorherrschend gekennzeichnet hatte, tat auch hier teilweise eben ihre Schuldigkeit; es bedurfte dazu nicht einmal besonderer Aktionen rein triebhaft die politischen Ereignisse empfindender Politiker vom Schlage eines Erzberger. Aber auch die in den letzten Monaten vor dem deutschen Zusammenbruch sich steigernde Angst vor dem Verlust der Arbeitermassen, soweit sie noch im christlichen Lager stehen, trieb die Partei mit Urgewalt aus ihren alten Bahnen heraus. Die Reden eines Stegerwald mit ihren unverhüllten Drohungen wirkten wie ein Hebel! Die rasend vorstürmenden politischen Ereignisse verstärkten den Druck seiner Worte und so merkten es die Wähler, einmal fortgerissen von den siegreichen Ideen der Demokratie, gegen die es keinen Halt gab, dann geängstigt von den Sorgen um die kulturellen Güter, kaum, daß sie eine Fraktion zusammensetzten, die in ihrem sozialen Aufbau allein schon nichts mehr mit dem alten Zentrum, der Partei der Mitte, zu tun hatten. Unter den 68 Abgeordneten, nach dem Ausscheiden der bayerischen Volkspartei, die noch übrigbleiben, waren nicht weniger wie 42 Arbeitersekretäre, oder solche Männer und Frauen, die den gewerkschaftlichen Ideen mehr oder minder nahe standen!

Die Wahl des 19. Januar bedeutete eine Ausschaltung des rechten Flügels, wie er nicht vollkommener gedacht werden konnte. Landwirtschaft, Mittelstand und der Adel, also die konservativen Kräfte, kamen fast gar nicht zur Geltung. Man wird heute, von allem andern abgesehen, allseitig sagen müssen, daß diese Zusammensetzung eine durchaus überstürzte war, daß sie die Grundprinzipien der Partei verletzte, aber sie war ein Produkt der Angstmeierei, dazu psychologisch

Digitized by Google

verfehlt und mußte früher oder später sich als eine gefährliche Quelle der Unzufriedenheit herausstellen. Die sonst so überaus kluge und maßvolle Taktik scheint damals den führenden Kreisen gänzlich gefehlt zu haben. Heute leidet die Partei natürlich schwer unter diesen Verhältnissen; die mehr rechts gerichteten Elemente fühlen sich verraten und die Wirtschaftspolitik der neuen Fraktion konnte nicht anders, als teilweise den schärfsten Widerspruch herausfordern, wobei ohne Zweifel oft über das Ziel hinausgeschossen wird; denn eine vorurteilsfreie Behandlung der Wirtschaftspolitik der Partei in der nunmehr verflossenen Nationalversammlung muß doch zugeben, daß auch die in der Mehrheit aus Arbeitern zusammengesetzte Fraktion sich wohl gehütet hat, Maßnahmen zu treffen, die eine direkte Herausforderung der anders gerichteten Wählerkreise der Partei bedeuteten. Und hätte eine Zusammensetzung der Partei aus den anders gerichteten Schichten mehr zu leisten vermocht? Wir wissen es nicht.

Aber wer kann es den rechts stehenden Wählern der Partei übelnehmen, wenn sie diese Frage in bejahendem Sinne beantworten. Das tiefe Mißtrauen gegen die Zusammensetzung der Partei, wie sie heute ist, kommt darin eben zur Geltung.

Aber die Mißstimmung über die wirtschaftliche Zurücksetzung der rechts gerichteten Kreise hätte sich noch überwinden lassen, wenn nicht die Haltung der Partei in Fragen, die das kulturelle Gebiet berühren und das eigentliche Lebenselement des Zentrums sein Kitt sind, die Sorgen und die Unzufriedenheit nicht noch vergrößert hätten. Die Verfassung ist unter Mitwirkung der Partei zustande gekommen, und die Abgeordneten haben landauf und landab sich gerühmt, wie herrlich die „Erfolge" der Partei seien, wie gerade durch ihr Verdienst die Verfassung, was die kulturelle Seite anlangt, die Zufriedenheit erregen müsse, da, wenn das Zentrum nicht gewesen wäre, zweifellos die Wahrung der Kulturgüter eine erheblich geringere gewesen wäre. Diese Politik, die von dem verständlichen Bestreben ausging, die Arbeit der Partei als erfolgreich und großzügig hinzustellen, war trotzdem beispiellos unpsychologisch. Denn darüber kann doch auch heute niemand hinweg, daß auch ohne die Tätigkeit der Fraktion ein Kulturkampf wohl kaum im deutschen Reiche von irgend einer Seite entzündet worden wäre. Und wäre es der Fall gewesen, er wäre dem Zentrum kaum unangenehm geworden. Denn, daß er gerade die Partei, die doch dem Kampf um die Kulturgüter des Katholizismus ihre Entstehung verdankt, erheblich gestärkt hätte, das zeigte noch in den Tagen der Nationalwahl das Beispiel Adolf Hoffmanns, der die „beste Stütze" der Partei bei der Wahl gewesen war und ihr Hunderttausende von Stimmen, namentlich der Frauen, zugeführt hatte. So mußte das Sich-Rühmen mit den großen „Leistungen" der Partei bezüglich Wahrung der Kulturgüter notwendig eine Einschläferung der sonst so regen Wachsamkeit der

Digitized by Google

Wähler auf dem Gebiete herbeiführen, wo doch die Überbrückung aller Zwistigkeiten innerhalb der Partei lag. Und waren die Erfolge wirklich so groß? Die weitere Folge aber war, daß die Elemente innerhalb der Partei, die einem reibungslosen Zusammenarbeiten feindlich sind, sich verstärken mußten. Die Wirtschaftsfragen gewannen über das Zentrum erhöhte Macht. Die Interessen des hochkonservativen Adels und des Industriearbeiters sind eben nur dann zu einen, wenn die gemeinsame Linie möglichst kräftig herausgearbeitet wird. Das aber war in der Koalitionspolitik unmöglich. Das Zentrum verband sich in ihr mit einer vorstürmenden und im tiefsten Kern atheistischen Welt- und Wirtschaftsform und hielt ihr den Steigbügel, statt sich mit der absterbenden Form des Kapitalismus, der ihm nicht mehr gefährlich werden konnte, zu verbinden! Die Zukunft muß entscheiden, ob die Politik richtig war oder nicht. Das Operieren mit rein idealen Gedanken, als wenn die Partei das Vaterland über alles gestellt habe, geht doch nicht an. Die deutschen Parteien, wie sie nun einmal sind, sind ohne Ausnahme so robuste Gebilde, daß man objektiv bei ihnen a priori zunächst immer ihren Eigennutz und dann das Interesse des Vaterlandes betrachten muß, wenn man als nüchterner Beurteiler zu richtigen Urteilen kommen und sich von Konstruktionen freihalten will! Es erübrigt sich auf die anderen Fragen hier einzugehen, in denen die augenblicklich herrschende Richtung der Partei die Mißstimmung ihrer Wähler hervorrief. Daß ihre nationale Haltung wiederholt scharf kritisiert wurde, sei nur nebenbei erwähnt; denn auch hier wird wieder der schon früher erörterte tiefe Zwiespalt lebendig zwischen links und rechts. Wir wollen auch nicht bei der Person Erzbergers verweilen, weil er die Ausstellungen der der herrschenden Parteirichtung widersprechenden Kreise naturgemäß verstärken müßte und man darf es als ein Glück für die Partei bezeichnen, daß die Kapprevolution und die ihr folgenden großen Ereignisse, den Erzbergerprozeß in den Hintergrund drängten, sonst würde gerade der Streit um diesen Mann, der eben ein Streit um das System und die Richtung ist, mit aller Schärfe ausgetragen worden sein.

Aber auch so geht die Entwicklung ihren Gang. Die jüngsten Vorgänge während der Linksrevolution, die Art, wie die sog. Nebenregierung und das Bielefelder und Münstersche Abkommen aufgenommen wurden, beweisen, daß die Scheidung der Geister in vollem Zuge ist. Die kluge Zurückhaltung des Herrn Hähnisch gibt der Partei keine neuen Waffen in die Hand und so muß sie ohne das allbelebende Element in den Wahlkampf eintreten! Es fehlt in den Wählermassen der Schwung, der sonst so kennzeichnend war, es fehlt die Begeisterung, weil die Gewissen eingeschläfert sind durch die „Verfassungserfolge" der Partei, die ja jeden Kulturkampf ausschließen; um so schärfer aber reißen die Wirtschafts- und Standesfragen die bunte Wählermasse auseinander!

Digitized by Google

Doch wir möchten vor allzu großen Hoffnungen solcher, die die Zertrümmerung der Partei wünschen, hier ausdrücklich warnen! Tradition und Gewöhnung, die glänzende Geschichte der Partei werden noch eine Zeit lang nachwirken, aber daß das derzeitige Zentrum seinen Höhepunkt überschritten hat, daran ist kein Zweifel mehr. Auch ein Austritt aus der Koalition könnte daran auf die Dauer nichts ändern. Nur ein regelrechter Kulturkampf könnte es noch einmal retten! Das heutige Gebilde trägt alle Züge politischen Greisentums! Auch die Versuche einer inneren Reform im Geiste Windthorsts bestätigen nur die Tatsache des Zerfalls. Der Parlamentarismus wird zum letzten Scheidewasser werden. Er duldet keine Mittelpartei und scheidet die Parteien nach rechts und links. Das Zentrum ist in der Koalition, es mag dies als Partei der „Mitte" auch noch so oft leugnen, eine Linkspartei! Das vollzieht sich als zwangsläufiger Ausdruck der parlamentarischen Verhältnisse, an deren Heraufführung, und das ist gewissermaßen das Tragische der ganzen Lage, das Zentrum sehr lebhaft mitgearbeitet hat, um dem Drängen seines linken Flügels nachzugeben. Das Auseinanderbrechen der Partei, wenn, wie wir immer wieder betonen, ein Angriff auf die christlichen und katholischen Kulturgüter nicht erfolgt, ist daher in naher Zukunft wahrscheinlich eben wegen des parlamentarischen Systems. Wir halten die Bildung einer christlichen Bürger- und Arbeiterpartei wohl für möglich. Damit würde sich dann auch die reinliche Anpassung an das parlamentarische System vollzogen haben! Beide Gruppen würden dann in den meisten Fragen getrennt marschieren und vereint schlagen. Unter diesem Gesichtspunkte erledigen sich die Versuche nach einer inneren Reform der Partei im Windthorstschen Sinne von selbst!

Man mag die Ausblicke, die wir zu zeichnen versuchten, als sehr pessimistisch für die Partei halten. Aber wer scharf die Ereignisse beobachtet, der wird die Resignation, die auf den Wählermassen des Zentrums heute lastet, nicht anders deuten können. Auch die Parteien haben ihre Geschichte und ihre Zeit. Ist sie vorüber, so bringt sie nichts wieder zurück. In der deutschen Zentrumspartei ruht auch ein gewaltiges Stück ruhmreicher deutscher Geschichte! Non frustra vixit!

Die verfehlte Abrüstung

Von Graf Max Montgelas

I.

Von Beginn des Weltkrieges an ging das Sehnen der Völker dahin, daß der Friede einen Zustand bringen möge, der die Wiederkehr solchen Schreckens ein für allemal ausschließen würde. Es ist überflüssig, das oft Gesagte zu wiederholen, daß der Gewaltvertrag von Versailles das Gegenteil dieser Erwartung

Digitized by Google

gebracht hat. Meisterhaft weist der englische Nationalökonom Keynes die wirtschaftlichen Unmöglichkeiten der 440 Paragraphen nach und schildert eindrucksvoll, wie es kam, daß solcher Widersinn sich durchsetzen konnte. Unmöglich auf die Dauer sind auch die territorialen Bestimmungen. Nicht minder groß aber ist ein anderer Fehler, nämlich die gänzlich verfehlte Art, in der das Problem der Abrüstung angefaßt wurde.

Man hatte zwar richtig erkannt, daß die militärischen Rüstungen, die früher vielfach als Friedenssicherungen galten, die größte Kriegsgefahr bedeuten. Die logische Folgerung aber, allgemein und gleichzeitig zu Lande und zur See abzurüsten, wurde nicht gezogen, sondern die einseitige Entwaffnung der Staaten dekretiert, die im ungleichen Kampfe gegen erdrückende Übermacht unterlegen waren. Die Sieger verstärkten noch ihre schimmernde Wehr. Sie hatten sich nicht nur schon beim Waffenstillstand massenhaftes Kriegsmaterial der Gegenseite angeeignet, sondern dachten auch später nicht im entferntesten daran, den Umfang ihrer Land- und Seestreitkräfte gegenüber der Vorkriegszeit herabzusetzen.

Frankreich war schon 1914 das Land, das die allgemeine Wehrpflicht am vollkommensten und rücksichtslosesten durchgeführt hatte. Die Stärke seines Friedensheeres erreichte — ohne Einrechnung der eingeborenen Truppen aus den Kolonien — 2 Prozent der Bevölkerung des Mutterlandes, während die des deutschen nur 1,17, die des österreichisch-ungarischen sogar nur 0,94 Prozent der Volkszahl betrug. Von den alljährlich das wehrpflichtige Alter erreichenden Mannschaften wurden in Deutschland bis zum Jahre 1913 nur 50 bis 55 Prozent eingestellt, in Frankreich bis zu 78, einschließlich der Hilfsdienste sogar bis zu 82 Prozent. Jedoch nicht nur relativ, sondern auch absolut war die französische Landmacht infolge der 1913 wieder eingeführten, in sozialer und wirtschaftlicher Beziehung so schädlichen und rückständigen dreijährigen Dienstzeit mit 794 000 Mann — wiederum ohne Einrechnung der farbigen Truppen — der 761 000 zählenden deutschen Armee überlegen. Immerhin besaß Frankreich damals nicht mehr als 21 Armeekorps. Heute steht das dreißigste am Rhein und rückt nach Belieben des Pariser Diktators weiter längs der Mainlinie vor. Der Franzose Ch. Gide brandmarkt die Heuchelei, die darin liegt, daß man Deutschland seiner Kolonien unter dem Vorwand beraubte, es könnte dort eine schwarze Armee anwerben, während Frankreich „seine Rekrutierung in Afrika erheblich erweiterte und jetzt am Rhein, in Syrien und Marokko an 200 000 farbiger Mietlinge unterhält und, da selbst diese Zahl noch als ungenügend gilt, nunmehr auch in Tunis und Madagaskar trotz des Protestes der Einwohner zur Aushebung schreiten will".

Polen mit einer Bevölkerung von etwa 30 Millionen soll nach französischen

Digitized by Google

Wünschen trotz seiner schwierigen Finanzlage 500 000 Soldaten aufstellen, das sind 20 000 mehr als früher die Donaumonarchie mit einer um zwei Drittel größeren Volkszahl. Im Verhältnis zu diesem neupolnischen Heer hätte die Streitmacht des Zarenreiches drei Millionen betragen müssen, aber obwohl diese 1914 auf Friedensfuß stärker war als die gesamten Kriegsformationen erster und zweiter Linie Österreich-Ungarns, erreichte sie doch bei weitem nicht eine so gigantische Höhe, sondern betrug etwa anderthalb Millionen im Sommer und nahe an zwei Millionen im Winter.

Auch *England* ist, wie Winston Churchill sich ausdrückt, „genötigt", wegen seiner vermehrten „Verpflichtungen" ein stärkeres *Landheer* zu besolden als vor dem Kriege. *Zur See* aber scheint zwischen den beiden großen angelsächsischen Nationen ein Wettrüsten bevorzustehen, das alles bisher auf diesem Gebiete Geleistete weit in den Schatten stellen wird.

Gleich Frankreich, Polen, England und den Vereinigten Staaten sind — abgesehen von Sowjetrußland, wo die Verhältnisse wegen stark sich widersprechender Berichte nicht sicher beurteilt werden können — alle anderen am Kriege beteiligten oder durch den Frieden neu geschaffenen Länder stärker gerüstet denn je.*) *Nur Deutschland, Deutschösterreich und Ungarn sind entwaffnet.* Die Absurdität der Lage wird am kürzesten gekennzeichnet dadurch, daß Jugoslawien, militärisch gesprochen, befähigt wäre, über Wien nach Berlin zu marschieren. Wie manche greisenhafte Männer in Frankreich über eine solche Eventualität denken, hat Clemenceau ausgesprochen, als er erklärte, daß er, um Deutschland zu „garantieren", nicht das Leben eines einzigen französischen Soldaten aufs Spiel setzen werde. In Deutschland ist auch niemand so töricht und würdelos, auf solche Hilfe zu rechnen; man begnügt sich mit dem Bewußtsein, daß die Politiker in Belgrad und anderswo einsichtiger sind als in Paris.

II.

Die Entwaffnung Deutschlands, Deutschösterreichs und Ungarns leidet nun nicht nur daran, daß sie einseitig ist und 80 Millionen weißer Menschen jedem Gewaltakt und Überfall, jeder Willkür und Erpressung beutegieriger Nachbarn preisgibt, sondern auch daran, daß sie diesen Ländern ein für sie *völlig ungeeignetes Wehrsystem* aufzwingt.

Geworbene Truppen mit langer Dienstzeit sind kostspielig, undemokratisch und politisch bedenklich. Sie sind geeignet für Länder mit ausgedehntem Kolonialbesitz, zu dessen Schutz eine auf Wehrpflicht beruhende Armee nicht gerne verwendet wird, sie sind geeignet für seegewaltige Mächte, deren Grenzen die Flotte ausreichend sichert, und für finanzkräftige Staaten, die nicht

*) Während der Korrektur geht Nachricht ein, daß *Italien* seine Armee von 12 auf 10 Armeekorps herabsetzen wolle. Ein kleiner Anfang auf dem Wege der Vernunft.

Digitized by Google

genötigt sind, ihre Ausgaben mit äußerster Sparsamkeit zu bemessen. Sie sind aber ungeeignet für Länder mit einer erdrückenden Schuldenlast, ohne Flotte und ohne Kolonien.

Geworbene Truppen sind kostspielig. Eine von mir im November 1918 auf Ersuchen des bayerischen Ministeriums für militärische Angelegenheiten aufgestellte Berechnung hat ergeben, daß eine geworbene Truppe von rund 13 000 (dreizehntausend) Mann ebensoviel kostet wie das gesamte schweizerische Bundesheer, das 1914 bei einem Etat von 40 Millionen Franken an erster und zweiter Linie („Auszug" und Landwehr) über 200 000, einschließlich des Landsturms nahe an 300 000 Mann zählte.

Geworbene Truppen sind undemokratisch. Sie setzen sich nicht wie ein auf der allgemeinen Wehrpflicht beruhendes Heer aus allen Schichten des Volkes zusammen. Es besteht keine Gewähr dafür, daß nicht infolge besonderer Verhältnisse der eine oder andere Stand, diese oder jene politische Richtung einen schädlichen einseitigen Einfluß gewinnt. Allzu leicht bildet sich ein Sondergeist aus, so daß die Militärmacht zum Staat im Staate wird.

Geworbene Truppen sind daher auch politisch bedenklich. Bei der langen Dienstzeit ist eine ausreichende Beschäftigung im Inlande schwer zu erzielen. Der englische und amerikanische Werbesoldat sieht die Welt. In Newyork konnte man vor den Werbebureaus auf Plakaten die Aufschrift lesen „Militärdienst ist die billigste Weltreise". Deutschland ist nicht in der Lage, seinen Soldaten solche Lockungen zu bieten. Auf den Dienst im Mutterlande beschränkt, ohne jede Ablenkung für die Abenteuersucht, wird ein Werbeheer leicht zur Prätorianergarde, die dem Meistbietenden zur Verfügung steht. Diese Gefahr ist besonders gegeben dann, wenn ein Land soeben einen durchgreifenden Wechsel seiner Staatsform und Verwaltung durchgemacht hat. Dabei darf man nicht nur an die Reaktion von rechts denken, die des Linksradikalismus besteht in gleichem Maße. Ungarn hat der Reihe nach den Roten und den Weißen Schrecken erdulden müssen. In Deutschland aber haben die verbrecherische Torheit vom 13. März und die Schwierigkeiten bei der Auflösung der Marinebrigade und der Baltikumformationen wohl allen die Augen geöffnet, die bisher infolge mangelnder Sachkenntnis und in falsch verstandenem Pazifismus dem Werbesystem das Wort geredet haben.

Einzig und allein die Milizpflicht nach Schweizer Muster bietet für das verarmte, der Flotte und der Kolonien beraubte Deutschland die Möglichkeit, ohne übermäßigen Kostenaufwand auf zuverlässiger demokratischer Basis eine „Volkswehr" zur Sicherung der öffentlichen Ordnung zu schaffen. Nicht nur die Mannschaften, sondern auch die Massen der Unteroffiziere und Offiziere gehören der Miliz an, tun also nur vorübergehend Dienst. Abgesehen von der

Digitized by Google

Zeit der Rekrutenausbildung trägt, wie in der Schweiz, fast niemand die Uniform. Der Militarismus kann weniger als bei irgend einem anderen Wehrsystem sich breitmachen. Die Zahl der jährlich Auszuhebenden kann durch strenge Anforderungen an die körperliche Tauglichkeit und weitgehende Befreiungen auf Grund häuslicher Verhältnisse genügend eingeschränkt werden. Auch Gewissensbedenken kann Rechnung getragen werden durch Verwendung in Hilfsdiensten. Jede Einberufung außerhalb der Zeit der Rekrutenschule wäre von der Genehmigung des Parlaments abhängig zu machen, so daß auch die mißtrauischste Volksvertretung und der argwöhnischste Nachbarstaat keine Besorgnis wegen überraschender militärischer Maßnahmen zu hegen brauchte.

III.

Die Entwaffnung Deutschlands ist endlich nicht nur einseitig und auf ein verfehltes Wehrsystem gegründet, sondern auch zu weitgehend, und zwar sowohl der Zahl der Truppen nach als auch wegen der Festsetzung einer völlig „militärfreien Zone".

Der Vertrag von Versailles spricht von 100 000 Mann, aber diese Ziffer wirkt durchaus irreführend. Denn darunter sind von der Waffe, die für ein Eingreifen bei ernster Bedrohung der öffentlichen Sicherheit hauptsächlich in Frage kommt, nämlich an Infanterie, nur 21 Regimenter mit zusammen 48 300 Mann. Hiervon sind als unausgebildet, krank, beurlaubt und aus anderen Gründen nicht verwendungsbereit mindestens 10 Prozent abzurechnen, so daß knapp 44 000 Mann verbleiben. Daß diese Zahl nicht ausreicht, um in Zeiten hochgradiger politischer Erregung in einem Lande von der Ausdehnung der durch den Friedensvertrag sinnlos zersplitterten geographischen Gestaltung Deutschlands (Ostpreußen!) die Ruhe und Ordnung sicher zu gewährleisten, muß jeder Mensch guten Willens einsehen. Die Schweiz bot bei dem harmlosen Generalstreik im November 1918 ihre sechs Divisionen auf, das waren nach Abzug des Grenzschutzes etwa 100 000 Mann für das Innere des Landes, was für deutsche Verhältnisse etwa anderthalb Millionen ergeben würde. In Zürich waren damals — Irrtum vorbehalten — 10 000 Mann zusammengezogen; dem würden für Berlin allein rund 100 000 entsprechen.

Frevelhafter Hohn ist es, wenn zur Begründung der deutschen Entwaffnung in Versailles gesagt wurde, Deutschland spare dadurch Mittel für andere Zwecke. Denn in demselben Atemzuge wurden uns für Unterhaltung schwarzer und weißer Truppen in den besetzten Gebieten Kosten auferlegt, die bei weitem das übersteigen, was Deutschland 1914 für Heer und Flotte gemeinsam aufgewendet hatte. Damals betrug der deutsche Militär- und Marineetat zusammen 1,8 Milliarden Mark. Jetzt fordert Frankreich allein 700 Millionen Franken, also beim jetzigen Stande der Währung erheblich mehr als zwei Milliarden. Einschließlich der

Digitized by Google

übrigen Besatzung wird die dritte Milliarde kaum ausreichen. Und in dieser Riesensumme sind die hohen Ausgaben nicht inbegriffen, die durch die maßlosen Ansprüche der fremden Offiziere an Quartieren für sich, ihre Familien und — unerhörterweise —für sonstige Begleitung aus der weiblichen Halbwelt, durch die Um- und Neubauten an Kasernen, durch Lieferung von Verpflegung, durch Flurschäden bei Truppenübungen usw. usw. verursacht werden.

Den Gipfel des Unverstandes aber bildet die Festsetzung einer „militärfreien Zone" auf dem rechten Rheinufer. Wohin solche Bestimmungen führen, das haben die Vorgänge im Ruhrgebiet mit erschreckender Deutlichkeit gelehrt. Nicht nur die bürgerlichen Parteien, sondern die Arbeiter aller Richtungen, Mehrheitssozialisten, christliche Gewerkschaften, Unabhängige und selbst ein Teil der Kommunisten waren sich schließlich einig, daß die Reichswehr rettend eingreifen müsse. Wäre sie von Anfang an zur Stelle gewesen, so hätte großes Unheil verhütet werden können.

Niemand kann leugnen, daß solche Fälle sich im Ruhrgebiet oder in anderen Gegenden der „militärfreien Zone" wiederholen können. Soll dann jedesmal wieder kostbare Zeit verstreichen, Menschenleben und Millionenwerte geopfert werden, bis die nötigsten Maßnahmen ergriffen werden? Wird Frankreich jedesmal wieder die freche Lüge verbreiten, die deutsche Regierung habe „unter dem Druck einer Militärpartei den Friedensvertrag verletzt"? Sollen jedesmal neue deutsche Städte von weißen und schwarzen französischen Divisionen besetzt werden? Die geradezu hysterische Angst, daß die 800 000 Mann zählende französische Armee mit Vernichtung bedroht sei, wenn 15 000 oder 20 000 Mann deutscher Truppen sich dem deutschen Rheinstrom nähern, ist für die französische Wehrkraft ein sonderbares Armutszeugnis, von dem man sich nur wundern kann, daß es die französischen Offiziere ohne Kränkung und ohne lebhaften Protest hinnehmen.

Daß Frankreich auf der buchstäblichen Erfüllung der unmöglichen militärischen Klauseln von Versailles besteht, läßt sich nur dadurch erklären, daß in Paris die Partei die Zügel führt, die, hypnotisiert durch den „Alpdruck der 70 Millionen", Deutschlands Untergang wünscht, wie das der oben wiedergegebene Ausspruch Clemenceaus so feinsinnig ausdrückt. Daß die anderen alliierten und associierten Regierungen eine solche, für das ganze Wirtschaftsleben Europas selbstmörderische Politik ruhig hinnehmen — wenigstens bis jetzt (9. April) hingenommen haben —, das ist weniger leicht zu verstehen.

IV.

Das neue Deutschland hat trotz schwierigster Verhältnisse die Feuerprobe auf seine demokratische Gesinnung glänzend bestanden. Es hat binnen fünf Tagen einen gefährlichen reaktionären Putsch

Digitized by Google

restlos niedergeworfen, es hat aber auch zum zweiten Male sich selbst und damit Europa vor dem Chaos von links gerettet. Die deutsche Demokratie hätte gerechten Anspruch auf die Anerkennung aller wahrhaft demokratisch fühlenden Elemente aller zivilisierten Länder. Trotzdem dürfen wir uns nicht verhehlen, daß die Aussichten auf eine durchgreifende Abänderung der sinnlosen Bestimmungen über die Entwaffnung Deutschlands gering sind. Eine große Schwierigkeit liegt darin, daß bis vor kurzem die Ansichten der meisten Pazifisten, leider auch der deutschen Ultrapazifisten, mit denen der französischen und englischen Imperialisten in diesem Punkte völlig übereinstimmten. Die Imperialisten betrachten natürlich ein wehrloses Deutschland als die notwendige Voraussetzung für ihre Welteroberungspläne. Die Pazifisten aber wähnten, der Entwaffnung Deutschlands müsse über kurz oder lang die der anderen Staaten folgen. Sie haben sich gründlich geirrt, wie ein Blick auf das waffenstarrende Frankreich, Belgien und Polen zeigt. Noch niemals hat ein toll gewordener Militarismus so widerliche Orgien gefeiert, wie in diesen Tagen bei der ruhmlosen „Einnahme" wehrloser deutscher Städte durch kriegsstarke schwarze und weiße Divisionen.

Auf der kleinen Völkerbundkonferenz zu Bern im März 1919 war es mir gelungen, in der „Kommission für Abrüstung" die Anschauung durchzusetzen, daß bis zur Erreichung des idealen Zieles der allgemeinen und gleichzeitigen Abrüstung es jedem Lande überlassen bleiben müsse, das für seine besonderen Verhältnisse geeignetste Wehrsystem nach eigenem Ermessen zu wählen. In der Vollversammlung, wo ja Phrasen stets mehr gelten als sachliche Gründe, und die radikalen Elemente leicht durchdringen, kam dieser Beschluß leider — trotz schärfsten Einspruchs der Schweizer Völkerbündler und Milizanhänger — zu Fall. In der allerjüngsten Zeit hat sich jedoch, unter dem Eindruck der letzten Ereignisse in Deutschland, bei einer Reihe englischer Völkerbündler und Internationalisten ein Wandel zu besserer Einsicht vollzogen. „Nation" und „„Manchester Guardian" haben erkannt, daß nicht die geworbene Prätorianergarde, sondern die Pflichtmiliz nach Schweizer Muster das zunächst für die Völker Europas einzig brauchbare Wehrsystem ist. Gegenüber solchen Stimmen wird der Vorwurf imperialistischer, reaktionärer oder unsozialer Gesinnung wohl hinfällig, um so mehr, als auch das führende Organ der englischen Arbeiterpartei, der „Daily Herald", am 24. März sich dahin aussprach, daß die Voraussetzungen, unter denen die Gegner gezwungen wurden, ein kleines Heer aus Söldnern mit langer Dienstzeit zu unterhalten, einer Prüfung unterzogen werden müßten. Zur Begründung schreibt das Blatt:

„Engländer nehmen an, jeder Staat könne eine Freiwilligenarmee aufstellen, die keinen eigenen Willen und keine eigene Meinung hat, auf die daher Verlaß ist, daß sie stets mit einer Art „hölzerner Treue" jede Regierung, sie heiße wie sie wolle, verteidigen

Digitized by Google

werde. Diese Annahme hat sich für England in der Regel bewährt, weil unsere regierenden Parteien durch keinerlei grundlegenden Unterschiede getrennt waren. Sobald aber ein solcher grundlegender Unterschied zutage tritt, kann die Annahme auch in England zusammenbrechen. Im heutigen Mitteleuropa, unter dem furchtbaren Klassenkampf, der Folge des Krieges, unter der Blockade, der Hungersnot und der Arbeitslosigkeit ist eine neutrale Freiwilligenarmee undenkbar. Es kann eine weiße Armee geben oder eine rote oder sogar (wie in Wien) eine gemäßigt sozialistische, aber eine parteilose Armee ist eine Unmöglichkeit. Im Augenblick, da die deutsche Militärmacht sich offen als eine reaktionäre und rebellische Klassenarmee erweist, greifen die Arbeiter unvermeidlich auch zu den Waffen oder verlangen nach Waffen."

Unter Hinweis auf solche Zeugnisse, unter Hinweis auf die kraftvollen Proben einer wahrhaft demokratischen Gesinnung kann und muß Deutschland immer wieder die Forderung nach der Miliz, der „Pflichtvolkswehr" erheben. Bis zur Erreichung dieses Zieles aber ist zunächst zu fordern:

Beibehaltung der Einwohnerwehren neben der in eine „Volkswehr" umzugestaltenden Reichswehr;

Abschaffung der „militärfreien Zone".

Hochschule und Ausland

Von Edgar Dehn

Da wir nun so ziemlich Frieden haben, so gewinnt die Ausländerfrage an den Hochschulen wieder Bedeutung. So sei denn ein kleiner Beitrag zu dieser Ausländerfrage gestattet, und zwar in einem wohl nicht ganz üblichen Sinne des Wortes: nämlich als Frage eines Ausländers.

Wenn mir der eine oder der andere das Recht, solche Fragen zu stellen absprechen wird, so möchte ich darauf hinweisen, daß ich dieses Recht mit meiner deutschen Abstammung als Balke begründe und mit dem Umstande, daß ich Schulter an Schulter mit meinen Stammesbrüdern in Frankreich gestanden habe; und wenn man meine Fragen vorlaut findet, so erwidere ich, daß sie in warmer Liebe zum deutschen Volk und Sorge um seine Zukunft ihren Ursprung hat.

Die Zukunft Deutschlands hängt von seiner Stellung in der Welt ab; und es gibt im Lande selbst einen Gradmesser, ich will nicht sagen für die Freundschaft, welche deutschem Wesen im Auslande entgegengebracht wird, wohl aber für die Geltung der deutschen Kultur dort draußen: das ist die Zahl der ausländischen Studenten an deutschen Hochschulen. Wenn auch nicht immer Liebe zum Deutschtum diese Ausländer herführt, sondern auch die Höhe deutscher Wissenschaft und deutschen Fleißes, vorübergehend auch die billigen Lebensverhältnisse mit Rücksicht auf die Valuta, so sind diese Ausländer doch von hoch ein-

Digitized by Google

zuschätzender Bedeutung für die Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen und die Wiedererreichung der früheren Stellung in der Welt.

Die Zahl der ausländischen Studenten in Deutschland war einmal sehr groß. Die Eigenart der deutschen Seele übte eine mächtige Anziehungskraft aus; der Zauber der Romantik strahlte weit über die deutschen Grenzen hinaus, Goethes Werther drang in die russischen Dörfer, und eine tiefe ideale Sehnsucht zog den russischen Studenten zu den Füßen Schellings und Hegels. Wie kam es, daß alle diese Fäden so jäh zerrissen wurden, daß Haß und Abneigung gegen deutsches Wesen die Welt erfüllte?

Nun, ich will von den Gründen, welche außerhalb der deutschen Natur in Unkenntnis, Mißgunst und Verleumdung liegen und welche bekannt genug sind, nicht sprechen; sondern nur von demjenigen, was dem Ausländer am Deutschen unsympathisch war. Da ist die „Patzigkeit" des Auftretens einer gewissen Art von Deutschen im Auslande, da ist die „Schneidigkeit", für welche die Ausländer wenig Verständnis haben; da ist die Vorliebe der Deutschen für die geballte Faust, mit welcher sich die Ausländer nicht nur immer den Politiker Bismarck, sondern auch den Gelehrten Treitschke auf dem Hof vor der Berliner Universität vorstellen. Aber vor allem — und darüber darf man sich keiner Täuschung hingeben — ist da die Überzeugung, Deutschland sei der Hort der Reaktion. Aber hat denn nicht wenigstens das erzreaktionäre Rußland Sympathie für das deutsche Kaisertum gehabt? Nein, das reaktionäre Rußland war durch und durch demokratisch gesinnt, bis in die Fürstenhäuser hinauf, nur an den Pfeilern des hohen Beamtentums brachen sich die Wellen der demokratischen Bewegung. Diesen Gegensatz hat der Krieg zu leidenschaftlichem Haß gesteigert; in der Auffassung der Ausländer stand Deutschland als Hindernis auf dem Wege zur Freiheit, und das hat Deutschland unendlich viel geschadet.

Aber die Innigkeit deutscher Dichtung, der Schwung idealistischer Philosophie und nicht zuletzt das Brodeln der sozialen Vorgänge hatte im Auslande mächtigen Widerhall gefunden. Die Sympathien für das deutsche Volk waren nicht erloschen. Es kamen Niederlage, Revolution und Frieden; und das Ausland sieht erstaunt ein anderes demokratisches Deutschland. Es können neue Fäden geknüpft werden, und ein Teil derselben durch die in Deutschland studierenden Ausländer.

Was ist es wohl, das den Ausländer auf die deutsche Hochschule zieht? Ist es die Möglichkeit der technischen Ausbildung? O, ganz gewiß nicht. Die hat er auch in England und Frankreich; kein ausländischer Student wird auf die technische Hochschule nach Deutschland kommen, wenn der deutsche Gedanke in der Welt seine Geltung verliert, wenn die Abneigung gegen deutsches Wesen

Digitized by Google

sich erhält. Was er sucht, was ihn fesselt, sind große führende Gedanken, ist nationale Eigenart, spezifischer Vorzug, der seinen Neigungen entspricht. Politische Gedanken reifen in England; Frankreich ist das Land der Grazie und Freiheit. Man zeige nicht auf den Widerspruch zwischen Ideal und Wirklichkeit; es sind abstrakte Ideen, mehr als Einrichtungen, welche Begeisterung entzünden, und sie wirken um so stärker, je abstrakter sie sind. Wenn Deutschland seine Stellung in der Welt zurückerobern will, dann muß es auch wieder zu einem führenden Kulturvolk werden, dann muß der national-ethische Gedanke durchdringen, draußen und — auch drinnen; dann muß eine kraftvolle Orientierung der Kräfte, welche im deutschen Gemüte schlummern, nach einem einheitlichen Ziele der deutschen Sehnsucht und der deutschen Tat den Schwung verleihen. Wie war es einst, als deutsche Jugend sich noch für Ideale begeistern konnte?

Nach jenen Welten suchtest du so gerne,
Woher dir leuchten ew'ger Sehnsucht Sterne.

Ein tiefes, banges Sehnen nach einer besseren Zukunft geht auch heute durch die Welt, geht am stärksten durch das deutsche Volk selbst. Und ist irgendein Volk mehr als das deutsche dazu berufen, einer Sehnsucht Ausdruck zu verleihen, für sie die geistige Form zu prägen; soziales Leid zu vergeistigen, zu verklären? Aus tiefster Not geboren, harren soziale und völkerrechtliche Gedanken der Entwicklung; hier gilt es, Geist und Gemüt einzusetzen, den erlösenden Gedanken auszusprechen und die Führung zu übernehmen nach jenen Sternen, wohin Millionen unglücklicher Menschen ihre Hände ausstrecken, und damit auch auf diesem Wege die gequälte Menschheit hinaufführen nach jener

Geisteswelt, wo unterm Kranz des Schönen
Zu ew'gem Frieden Völker sich versöhnen.

* * *

Und nun will ich einige Fragen stellen, besonders an meine Kommilitonen; zu beantworten werde ich sie wohl nicht brauchen.

Die jungen ausländischen Studenten kommen nach Deutschland, von einer heiligen Sehnsucht nach höheren Idealen getrieben, welche ihr Leben auszufüllen imstande sind; von dem Zauber einer alten Kultur angezogen; aber auch von Liebe zu ihrer eigenen Heimat und Sorge um die soziale Entwicklung ihres eigenen Volkes erfüllt und mit der Absicht, von den sozialen Einrichtungen und Vorgängen in Deutschland zu lernen.

Digitized by Google

In einer Vorlesung wird das Wort „Arbeiterfürsorge" erwähnt; das Auditorium scharrt. Was mag da wohl ein Student aus der sozialdemokratischen Republik Georgien empfinden, der als Stipendiat seiner Regierung aus dem Kaukasus nach Deutschland gekommen ist?

Es wird in der Vorlesung zufällig von demokratischen Tendenzen gesprochen; lärmendes Scharren unterbricht den Vortrag. Was mag da wohl in der Seele des feinfühligen, demokratisch gesinnten Russen vor sich gehen?

Es werden auf dem Katheder die Rechte des Präsidenten des Deutschen Reiches behandelt, in unwürdiger und spöttischer Weise behandelt; lautes Hohngelächter auf allen Bänken. Was denkt wohl dabei der junge Student aus dem freiheitlichen, hochkultivierten, republikanischen Finnland?

Der Name Lassalles wird erwähnt, es wird gescharrt; der Name des Prinzen Max von Baden wird erwähnt, es wird noch lauter gescharrt.

Der Professor trägt vor, daß als Maßnahme gegen das Valutaelend die Regierung die Einfuhr ausländischer Weine unmöglich gemacht hat; es wird stark gescharrt. Was mag wohl die Wirkung auf den gebildeten Ausländer sein?

Wie beurteilt er wohl den Offizier, der im Berliner Auditorium maximum vor ihm sitzt und im Gespräch mit seinem Nachbar die Ansicht ausspricht, daß im Auditorium doch alle „anständigen" Menschen miteinander bekannt seien; in einem Auditorium, in dem sich weit über tausend Studenten befinden?

Wie beurteilt er wohl die akademischen Kreise, in denen es üblich ist, als Beweis für die angeborene Dummheit der Führer des Volkes den Umstand anzuführen, daß sie einmal Korbflechter und Maschinenschreiber waren?

Was für einen Eindruck vom geistigen Niveau der Auslese des deutschen Volkes bekommt er wohl, wenn er die Auseinandersetzung mit den Juden liest, eine Auseinandersetzung, für deren Qualifizierung vom sittlichen Gesichtspunkt aus es in der deutschen Sprache an einem Ausdruck mangelt, und die, das Tageslicht scheuend, sich an die Wände gewisser intimer Orte geflüchtet hat?

Ich hätte noch verschiedene Fragen zu stellen, namentlich solche, welche sich auf das Verhältnis des Studenten zum Arbeiter beziehen, aber ich schäme mich derselben.

Und ich beschwöre meine Kommilitonen im Namen der deutschen Vergangenheit, im Namen ihrer eigenen Zukunft, die von der Stellung Deutschlands in der Welt abhängt, doch ein ganz klein wenig über diese Fragen nachzudenken.

Jeder hat das Recht auf beliebige politische Überzeugung. Aber äußere Stellungnahme in der Politik darf doch nicht von politischen Neigungen abhängen, sondern von politischem Taktgefühl und politischer Klugheit.

* * *

Digitized by Google

Die großen Linien der Weltgeschichte gehen heute in der Richtung des demokratischen und des sozialen Gedankens, gleichgültig, ob es uns gefällt oder nicht. Aber sind das nicht moderne Schlagworte? Ist es letzten Endes nicht gleich, ob die äußere Form des Staates, in welchem man lebt, Monarchie oder Republik ist, wenn nur der innere Gehalt gut ist? Es ist eine einheitliche sittliche Idee, welche sich in unserer geistigen Entwicklung und auch in politischen und sozialen Tendenzen offenbart und sich hier wie dort mit innerer Notwendigkeit durchsetzt, und töricht ist es, sich ihr entgegen zu stemmen. Wehe dem Volk, welches in demokratischen und sozialen Gedanken nur Schlagworte zu erblicken imstande ist!

Leider lernen wir aus der Geschichte, daß die Deutschen nichts aus der Geschichte lernen. Auch die Revolution ist an vielen spurlos vorübergegangen; sie haben nichts erlebt. Die Spaltung in „Volk" und „Gesellschaft" ist größer, denn je zuvor gewesen; das Verständnis für einander gering; kein Sehnen und Hoffen, welches unten die Herzen erfüllt, dringt bis nach oben.

Während des Krieges hat das Ausland, soweit es nicht als Feind voll Haß den Deutschen gegenüberstand, Achtung empfunden vor der deutschen Kraft und Geschlossenheit. Unter dem Eindruck der sozialen Zersplitterung des deutschen Volkes ist diese Achtung zur Gleichgültigkeit geworden, wird sie zur Nichtachtung werden. Und ich weiß nicht, was verhängnisvoller ist, Haß oder Gleichgültigkeit; der Haß spornt immer noch an, die Gleichgültigkeit wirkt tödlich lähmend. Noch einmal, während des Kappschen Putsches, stand vor den Augen des Auslandes das deutsche Volk geschlossen da. Aber alle Hoffnungen, die daran geknüpft werden konnten, wurden in der verhängnisvollen Entwicklung der Wochen darauf zunichte: das deutsche Bürgertum versagte und verhandelte, und alles, was an Willen und Tatkraft in Deutschland vorhanden ist, konzentrierte sich bei den beiden Oppositionen von rechts und links, eine Entwicklung, welche das deutsche Leben für Jahre hinaus vergiften wird.

Wenn die deutsche Nation sich wieder Achtung und Geltung in der Welt verschaffen will, wenn sie zu einem führenden Kulturvolk werden will, dann muß sie in geistiger Geschlossenheit sich hinter eine nationale Idee stellen, sich einem Ziele widmen, und dieses Ziel muß auf der Linie der historischen Entwicklung liegen.

Das deutsche Schwert ist zerbrochen, und der deutsche Gedanke droht in Bruderhaß und Bruderkrieg dem Verderben entgegenzugehen. Das deutsche Volk, so reich an Gemüt, ist bettelarm geworden an sittlichen Gedanken, an Idealen. Warum? frage ich in erster Linie die akademische Jugend. Es ist zuletzt doch die Idee, welche sich in der Weltgeschichte durchsetzt, nicht das Schwert. Warum hat die deutsche Revolution im Kampf nach außen nicht eine geistige Waffe geschmiedet, etwa den Gedanken von den natürlichen Rechten der

Digitized by Google

Nation geschaffen, den Rechten auf Leben, Arbeit und Gedeihen, einen Gedanken, der drinnen begeistern und draußen überzeugen kann? wie die französische Revolution im Zeichen der natürlichen Rechte des Menschen siegte. Auch mit dieser Frage wende ich mich an die akademischen Kreise.

Wenn die deutsche Nation zu einem führenden Kulturvolk werden will — und erreicht sie das nicht, so wird die Welt und die Geschichte gleichgültig an ihr vorübergehen — dann muß sie eine geschlossene Geistesfront wieder herstellen. Die ist aber nicht möglich, solange die akademischen Kreise, die akademische Jugend ihre Stellung nicht ändern. Normalerweise marschiert die akademische Jugend an der Spitze der Bewegung, welcher die Zukunft gehört, in Deutschland marschiert sie heute an der Spitze — der Reaktion. Es war nicht immer so; aber wo sind die Studenten von 1848? Die gingen nach Amerika! Und die Verhältnisse noch mehr verwirrend, hat eine unglückselige Entwicklung dahin geführt, daß der reaktionäre Gedanke sich mit dem nationalen und dem christlichen Gedanken verbündet hat; zum Schaden für den nationalen und den christlichen Gedanken und zum Schaden für eine gesunde politische Entwicklung.

Die Tendenzen der Entwicklung, welche aus den Tiefen des Volkstums dringen und drängen, wie der Quell aus der Erde, setzen sich mit unerbittlicher Gewalt durch. Niemand braucht sich dieser Entwicklung zu fügen, ohne zuvor seine persönlichen Überzeugungen in die Wagschale geworfen zu haben. Es wäre unmöglich und auch ungesund, daß alle politischen Parteigegensätze verschwänden, aber verschwinden müssen endlich politische Torheiten und politische Taktlosigkeiten. Und nicht nur für den persönlichen Frieden, auch für den sozialen Frieden gilt das große Wort: Schicket euch in die Zeit! wenn ihr sie schon einmal nicht verstehen könnt.

Man hat gesagt: jedes Volk hat die Regierung, welche es verdient. Ich glaube, das ist richtig. Und ich glaube, daß man auch weiter sagen kann: jedes Volk hat die Zustände, welche es verdient. Vor einigen Jahren wurde viel über die historische Kausalität gestritten; aber nicht über ihre Geltung — man war einig, daß auch historische Vorgänge eine Kette von Ursache und Wirkung bilden — sondern darüber, ob dieselbe so einfacher Natur ist, daß sie in Gesetzen formuliert werden kann, oder ob sie so kompliziert ist, daß man es lieber läßt. Und wiederum frage ich: Ist es der akademischen Jugend würdig, geschichtliche Vorgänge zu verurteilen, ohne nach ihren Ursachen zu suchen? Sollten die akademischen Träger der deutschen Kultur nicht verpflichtet sein, auch bei den Vorgängen der Gegenwart ihre Einsicht von Ursache und Wirkung anzuwenden, wie sie es gegenüber der Vergangenheit tun? In den akademischen Kreisen hat sich die Sitte eingebürgert, als Forderung des guten Tones alles, was zur Revolution in Beziehung steht, zu verspotten, alles, was vor ihr war, zu verherrlichen.

Digitized by Google

Ein gefährlicher Ton, denn Sitten halten sich bekanntlich zäh in Deutschland. Dieser Ton ist von nationalem Gesichtspunkt würdelos, nichtswürdig. Wenn vieles schlecht ist, durch Hemmen der Entwicklung wird es noch schlechter, nur durch Mitarbeiten kann es besser werden. Die furchtbare Not unserer Tage wird in einfacher und selbstverständlicher Weise durch „spartakistischen Wahnsinn" erklärt, wobei unter „spartakistisch" alles das verstanden wird, was sehr schrecklich ist und worüber man nie nachgedacht hat.

Ein großer Teil des deutschen Volkes haßt den Studenten bis in den Tod. Warum? Deutsche Arbeiter, welche den Glauben an deutsches Recht und deutsche Treue verloren haben, suchen bei fremden Zwingherren Schutz vor eigenen Brüdern. Warum? Vielleicht läßt sich eine Antwort finden, wenn man sie ehrlich sucht.

Der soziale Frieden liegt in den Händen der akademischen Jugend, wenn sie aufhört, am Volksstaate Sabotage zu treiben und dem deutschen Volke die Hand reicht zur sozialen Versöhnung. Und mit dem sozialen Frieden liegt in ihrer Hand der Wiederaufstieg und die Geltung der Nation.

Die Entwicklung geht in der Richtung des demokratischen und des sozialen Gedankens. Auf sozialem Gebiet hatte Deutschland bisher einen Vorsprung. Aber *eine so bedeutsame Frage wie die soziale kann nicht von einzelnen Menschen gelöst werden, nur vom Genius eines großen Volkes.* Und die weitere Entwicklung des sozialen Problems wird davon abhängen, ob die künftigen Träger der deutschen Bildung, die heute studierende Jugend, Interesse für soziale Fragen gewinnen kann und — ein warmes Herz für das Volk. Entweder dringt das Verständnis für die Tendenzen der Entwicklung bei der akademischen Jugend durch, oder Deutschland kommt niemals mehr hoch.

Wird die Lösung des sozialen Problems in Deutschland erfolgen? Ansätze dazu waren vorhanden, doch sprechen die Anzeichen nicht mehr dafür. Wohl aber zeigen sich solche Anzeichen in England, wo liberale und akademische Kreise die Fühlung mit dem Arbeiter suchen. Ich fürchte, daß die politisch klugen Engländer die Führung in der Lösung dieses alle Welt bewegenden Problems den Deutschen entreißen.

Der deutsche Idealismus ist tot, auf seine Auferstehung ist kaum zu hoffen. Der Zauber tiefer Innigkeit und Herzlichkeit, der deutsches Wesen charakterisierte, lebt nur noch in Meisterwerken deutscher Dichtung. Wenn nun Deutschland die Führerschaft auf sozialem Gebiet verliert — und dies ist meine letzte Frage — *auf welchem Gebiet will dann Deutschland führen?*

Digitized by Google

Die Deutsche Bank

Die Deutsche Bank, das größte Finanzunternehmen im Reiche, feierte in diesen Tagen ihr fünfzigjähriges Jubiläum. Es verlohnt sich, bei dieser Gelegenheit einiges von diesem Institut und seiner Geschichte zu sagen, denn weit über das finanzielle Gebiet hinaus hat die Deutsche Bank eine außerordentliche Bedeutung namentlich auch in politischer Beziehung. Schon die Beweggründe, die Georg v. Siemens 1870 zu der Gründung veranlaßten, waren teilweise wirtschaftspolitischer Natur: Sein Gedanke war, als Pionier des deutschen Außenhandels aufzutreten, eine Außenhandelsbank im eigentlichen Sinne des Wortes sollte das Institut werden. Und wenn man heute auf das Werk des Unternehmens zurückblickt, so wird man immer und immer wieder, und zwar in zunehmendem Maße, eine enge Verknüpfung mit der Regierung, besonders aber mit dem Auswärtigen Amt feststellen können. Wer Deutschlands äußere Politik studiert, wünscht sich seit langem nichts sehnlicher, als einmal in die Geheimakten der Deutschen Bank Einblick zu erhalten, um festzustellen, wer bei der türkischen Politik der Vorkriegszeit die hauptsächliche Initiative ergriffen hat, ob die Wilhelmstraße oder die Behrenstraße. Sicher ist auf jeden Fall, daß alles, was irgendwie mit dem Schlagwort Berlin-Bagdad zusammenhing, in weitgehendem Maße von der Deutschen Bank mitbearbeitet wurde, und der Werdegang Helfferichs ist für diese Verquickung gewissermaßen ein Symbol: aus dem Auswärtigen Amt in die Direktion der Anatolischen Bahn nach Konstantinopel und von da in das Direktorium der Deutschen Bank nach Berlin, von hier wieder zurück in die Regierung. Aber auch anderswo ging man Hand in Hand. Man erinnere sich an die führende Rolle der Deutschen Bank in Rumänien. Man rühmte sich in der Direktion mit Stolz, diesem einseitigen Agrarstaat eine gewaltige Industrie erschlossen zu haben. Auch die jetzt leider aufgelöste Londoner Filiale bildete einen außerordentlich wichtigen Außenposten für Deutschlands Wirtschaftspolitik und wurde nicht selten mit amtlichen Aufträgen betraut.

Die an Erfolgen so reiche Geschichte des Instituts hatte ihren ersten großen Schlag getan, als sie ihren Namen wählte. Das Sprichwort „Name ist Schall und Rauch" hat sich hier nicht bestätigt, im Gegenteil. Überall draußen in der Welt stellte man sich und stellt man sich zum Teil noch heute unter der Deutschen Bank eine Art staatliche Zentralbank vor, verwechselt sie denn auch sehr häufig mit der Reichsbank. Aber auch im Inland hat die geschickt gewählte Firma fraglos Tausende von Kunden der Gesellschaft zugeführt. Und so gelang es in verhältnismäßig kurzer Zeit, die älteren Finanzinstitute zu überholen, und dieser Erfolg wurde erzielt, obwohl man niemals stürmisch, sondern außerordentlich vorsichtig zu Werke ging. Das zeigte sich nicht nur bei der immer

Digitized by Google

gemessenen Art, mit der man allmählich das Aktienkapital von ursprünglich 15 Millionen auf zuletzt 275 Millionen erhöhte, und nicht nur in der äußerst klugen Dividendenpolitik, die nach den ersten Übergangsjahren nie unter 6 und nie über 14 Prozent ausschüttete, und namentlich auch in der Art und Menge der Niederlassungen.

Während andere weniger kräftige Institute glaubten, in jedem Städtchen eine eigene Filiale eröffnen zu müssen, war die Deutsche Bank in dieser Beziehung zunächst sehr zurückhaltend und stellte sich auf den Standpunkt, daß sich in der Beschränkung der Meister zeige. Bis kurz vor dem Kriege bestanden in Deutschland wohl kaum an mehr als einem Dutzend Plätzen Niederlassungen. Man zog es vor, nach dem Grundsatz eines Bundesstaates zu verfahren und sich überall in allen Landesteilen Verbündete zu sichern: Rheinland und Westfalen hatte man der Essener Kreditanstalt und vor allem dem Bergisch-Märkischen Bankverein, den Osten dem Schlesischen Bankverein, das Großherzogtum Baden der Rheinischen Kreditanstalt überlassen. Das hatte den Vorteil, daß das Geschäft nicht ins Unübersichtliche wuchs. Erst kurz vor dem Kriege hatte man sich zu einer Änderung dieser Politik entschlossen, und heute hat auch die Deutsche Bank wohl annähernd hundert Niederlassungen. Ob dieses Prinzip das richtige ist, wird erst die Zukunft zeigen. Wo aber Filialen eröffnet wurden, da hat die Zentralleitung immer darauf gehalten, daß die Zügel ihr nie aus den Händen genommen wurden. Man wünschte gute Verwaltungsbeamte, sah aber, wie man behauptet, nicht allzu gern große Initiative draußen in den Zweigstellen. Man hatte das auch gar nicht nötig, denn der Deutschen Bank wurden die Geschäfte geradezu ins Haus getragen. Sehr früh, unseres Wissens als das erste Institut in Deutschland, hat die Deutsche Bank das Depositenkassenwesen entwickelt, und heute ist nicht nur in Berlin, es ist auch in den anderen großen Städten allenthalben ein Netz dieser Saugarme für die Sparpfennige der Bevölkerung ausgebreitet; freilich sind damit auch Stellen geschaffen, von denen aus die Spekulationslust und -wut mehr als nützlich in dafür ungeeignete Volksklassen getragen worden ist.

Wenn man von der Deutschen Bank spricht, so darf man ihre fähigsten Köpfe nicht vergessen. Erwähnt wurde schon der eigentliche Gründer, Dr. Georg v. Siemens, dessen Name und verwandtschaftliche Beziehungen wohl mit die Veranlassung gegeben haben zu der innigen Verbindung mit der Elektrizitätsindustrie und namentlich dem Siemens-Halske-Konzern. Von den Mitgründern sind heute noch im Aufsichtsrat tätig Hermann Wallich und Rudolf v. Koch, dieser, der ehemalige türkische Generalkonsul, war nach außen hin der Nachfolger v. Siemens. Ihm folgte als „Sprechdirektor" Arthur v. Gwinner, der sich jetzt auch in den Aufsichtsrat zurückgezogen hat. Besonders markant ist Paul Mankiewicz, der erste Börsendirektor des Instituts.

Digitized by Google

Wenn man sich von der Ausdehnung des Unternehmens einen Begriff machen will, so hat es heute verhältnismäßig wenig Wert, mit Geldziffern zu paradieren, denn erstens fehlt hier durch die Preisrevolution jeglicher Maßstab und zweitens liegen bisher nur die ziemlich veralteten Bilanzziffern von Ende 1918 vor. Immerhin dürfte es einigermaßen Eindruck machen, daß damals an Einlagen fast 7 Milliarden Mark dem Institut anvertraut waren und der Umsatz im Jahre 1918 243 Milliarden Mark betragen hatte. Interessanter aber ist vielleicht heute die Tatsache, das damals schon 573 367 Konten bei der Bank geführt wurden und daß die Zahl der Beamten und Angestellten sich auf nicht weniger als 14 400 Leute stellt.

Die Aufgabe der Bank wird in Zukunft in mancher Beziehung schwerer sein als in den ersten fünfzig Jahren ihres Bestehens, denn sie begann in einer mächtig aufstrebenden Wirtschaft, jetzt aber muß sie den Versuch unterstützen, einen mit Hypotheken über und über belasteten Komplex wieder zu sanieren. Erleichtert wird ihr diese Aufgabe werden dadurch, daß sie stets äußerst vorsichtig war, daß beispielsweise das große Fiasko in der Türkei ziffernmäßig die Bank kaum berührt, da sie rechtzeitig für Abschreibungen und für eine Verteilung gesorgt hat. Außerdem hat auch heute noch der Name der Deutschen Bank einen guten Klang und wird bei den Wiederanknüpfungen eine gewichtige Rolle spielen. Man hat bereits gehört, daß gerade der Deutschen Bank im Auslande außerordentliche Angebote in bezug auf Kredit gemacht worden sind. Auch künftig wird also die Entwicklung der Deutschen Bank eine Art Barometer für die Entwicklung Deutschlands sein. Linter.

Neuerscheinungen

Kapp-Lüttwitz. Das Verbrechen gegen die Nation. Von Theodor Heuß. Verlag H. R. Engelmann, Berlin, 2,50 Mark. — Offiziersehre. Von Hauptmann A. v. Wrochem, Zentralverlag, Berlin, 1,20 Mark.

Darf ich in der Form einer Selbstanzeige auf eine kleine Schrift hinweisen, die, unter dem unmittelbaren Eindruck des Märzputsches, niedergeschrieben, nicht nur die wesentlichen und symptomatischen Züge des Ereignisses festhalten will, sondern auch die politischen Lehren aus ihr ziehen. Sie wird vielleicht, da sie auf das während der Putschtage in Berlin gesammelte Material zurückgreift, das außerhalb weniger bekannt wurde, für diejenigen einen gewissen zeitdokumentarischen Wert besitzen, denen sich die Berliner Ereignisse nicht zum einheitlichen Bild runden konnten. Das Heft von Wrochem, auf das ich zugleich hinweisen möchte, berührt sich mit meiner Arbeit darin, daß es, wie ich, den Hauptschaden der Kapptage nicht in der politischen Wirrnis, sondern in der Rückwirkung auf die Stellung der Reichswehr innerhalb des Volkes sieht. Wrochem macht ernste und eindringliche Vorschläge, mit gerechter Würdigung der Lage, wie das Offizierskorps, ähnlich dem Verfahren nach 1806, zu seiner Selbstreinigung erzogen werden soll. Th. H.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt. Redaktion: Schöneberger Ufer 36a I. Telephon: Nollendorf 928. Für Anzeigen: Werbedienst G. m. b. H., Berlin W. 35, Lützowstr. 102/4. Verlag: Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW. 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt 10 M. Einzelnummer 1 M.
Gedruckt in der Buchdruckerei Hermann Bergmann, Berlin SW. 48.

Digitized by Google

5. Jahrgang * 30. April 1920 * Heft 18

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

San Remo wird zur Frühlingsstadt des Aprilwetters. Blauer Himmel und Regenschauer wechseln für die politischen Weltbummler, aber auch für die Völker und Staaten, die zusehen müssen, wie der Druck der Verlegenheiten Lloyd George zu einer Politik des kühnen Bluffs vorantreibt. England und Italien scheinen einzusehen, daß es für Europa ein Gewinn sein könnte, wenn man Deutschland nicht nur diktiert, sondern mit ihm verhandelt — es kostet Millerand alle Mühe, dieses Schreckgespenst zu verscheuchen. Denn nachdem ihn kürzlich England schon in Verlegenheit gebracht hat, ist es jetzt eine Frage seines inneren Prestiges geworden, daß die französische Politik nicht kapituliere. Was aber der Kaufpreis der Verständigung sein soll, bleibt noch ungewiß, denn über die türkischen Dinge ist man zur präzisen Fassung noch nicht gediehen. Nur das ist klar, daß die bisherigen Entwürfe für ihre Durchführung neuer Kriege bedürfen. Italien scheint für die östlichen Mittelmeerfragen sich auf einen Akkord mit England einzurichten.

*

Japan scheint seine Zeit für gekommen zu erachten, um sich in Ost-Sibirien festzusetzen. Es erntet jetzt die im russisch-japanischen Kriege ausgestreute Saat, in einem Ausmaße, wie dieser Staat vor der russischen Revolution es sich nicht hat träumen lassen. Amerika wird diese Wendung nach dem Westen nicht unangenehm sein, England dagegen dürfte wegen Indien, über diesen Sonderkrieg nach Friedensschluß, nicht ganz erfreut sein.

*

In Mexiko ist wieder einmal Revolution. Noch ist es nicht ganz klar, wer die treibenden Kräfte sind. Eins scheint nur festzustehen: daß die neuen Machthaber es in erster Linie auf die Ölfelder abgesehen haben, die von Amerika und England liebevoll in ihre Herzen geschlossen sind. Wer aber von den beiden Ölliebhabern mit von der Partie ist um Carranza zu stürzen, das ist noch nicht ganz

Digitized by Google

durchsichtig, wenn auch nicht vergessen werden darf, daß der bisherige Machthaber in Mexiko ein geschworener Feind Amerikas ist.

*

Der Generalstreik in Elsaß-Lothringen hat kein politisches Ziel, aber eine politische Ursache. Er ist der Protest der Arbeiterschaft gegen die Praxis der Pariser Kapitalisten, in die um wenig Geld erworbenen Gruben französische Ingenieure und Vorarbeiter einzuschieben. Die Arbeiter verlangen deutsch sprechende Beamte und Werkführer. Das war ihnen auch früher einmal zugesagt, kann aber nicht gehalten werden. Das Interessante nun ist, daß die Masse der übrigen Arbeiter, der kleinen Beamten, Handwerker usf. offenbar helfen, den Proteststreik moralisch zu tragen. Hier beginnt die große Enttäuschung der Franzosen, die einmal aus allen Wolken fallen werden, wenn in der Deputiertenkammer sich ein elsässischer Vertreter zum ungefälschten Sprachrohr der Volksstimmung machen wollte.

*

Die Sozialistischen Monatshefte waren früher leidenschaftliche Anhänger einer deutsch-russischen Verständigung. Um so höher ist jetzt ihre Warnung vor dem Phantome von Vorräten in Sowjet-Rußland einzuschätzen. Der bekannte sozialdemokratische Wirtschaftspolitiker Quessel schreibt unter anderem:

„Die Lebensmittel- und Rohstoffvorräte des bolschewistischen Rußlands sind ein Phantasieprodukt der neuen Ostorientierung. Wahr ist vielmehr, daß die russische Stadt am Hunger stirbt. Aber nicht nur die russische Stadt hungert. Auch jene für den Getreidebau wenig geeigneten Gebiete des nördlichen Rußlands, die früher Rohstoffe auf dem Acker erzeugten oder in den Wäldern gewannen, wie Flachs, Hanf, Ölsaaten, Holz, Pelzwerk, Gerbstoffe usw., leiden bittere Not. Sie haben die gewohnte agrikole Rohstoffproduktion einstellen müssen, um Lebensmittel auf dem dazu allerdings wenig geeigneten Acker zu erzeugen, weil die Zufuhr von Nährstoffen aus dem Süden unmöglich geworden ist. Dieselbe Entwicklung hat sich in den russischen Baumwollgebieten Zentralasiens vollzogen. Auch hier hat der Baumwollanbau aufhören müssen, weil man die Acker zum Anbau von Getreide brauchte, das man früher aus Südrußland erhielt."

*

In der Deutschnationalen Volkspartei hat der Kampf um Führung und Richtung zu einer Scheidung geführt. Herr v. Kardorff ist mit einigen früheren freikonservativen Abgeordneten ausgeschieden und hat die Partei, die er gerne als seine eigene Gründung ansah, den Händen des Grafen Westarp überlassen. Da freiwillig und unfreiwillig auch Männer wie Posadowsky und Delbrück von ihren Führerstellen zurücktreten und andere sozialpolitisch bekannte Persönlichkeiten aus dem Parlament verschwinden müssen, scheint sich die schärfere Rechtsorientierung vollzogen zu haben, ohne daß der Gedanke verwirklicht werden müßte, die frühere konservative Partei im besonderen Gewand zu erneuen.

Digitized by Google

Demokratie und akademische Jugend

Von Dr. Paul Rohrbach

Karlsruhe, den 1. April 1920.

Sehr geehrter Herr Dr. Rohrbach!

Vor unlanger Zeit haben Sie in Gronau anläßlich eines Vortrages daselbst bei meinen Eltern gewohnt. Dadurch wurde ich eingehender mit Ihren Anschauungen bekannt, nachdem ich Sie schon aus Ihren Schriften während des Krieges und auch durch einen Vortrag in Reval im Herbst 1918 kennen gelernt hatte. Für mich hat es ein ganz besonderes Interesse, daß Sie den nationalen Gedanken so stark betonen. Ihr offener Brief an Senator Petersen sowie das, was ich von Ihrer Rede in Gronau las, haben mich warm begeistert. Wenn ich es heute unternehme, Ihnen einige Zeilen zu schreiben, so geschieht es, um die Stimmung innerhalb der Deutschen Studentenschaft zu beleuchten und Sie um Rat zu fragen, was für die kommenden Wahlen hier noch erfolgen könnte, da ich glaube, hierfür gerade bei Ihnen Verständnis zu finden.

Sie werden sicherlich ebenso wie ich darüber orientiert sein, daß die große Masse der heutigen Studenten sehr rechts gesinnt ist. Man spricht oft von einer reaktionären Verhetzung der Akademiker. Dem ist aber nicht so, sondern diese Stimmung ist ganz natürlich. Es ist dies um so merkwürdiger, als es bislang immer die Jugend war, die nach größerer Freiheit sich sehnte. Ihr schwebte schon im Jahre 1848 das Ideal der Demokratie vor, und damals zog sie begeistert für diesen Gedanken in den Kampf. Wie kommt es nun, daß heute, wo wir die Demokratie haben, diese nicht in der Jugend ihre kräftigste Stütze findet, sondern von ihr befehdet wird? Wir vermissen bei der Linken die Betonung des nationalen Gedankens und die Pflege des Willens zur nationalen Wiederaufrichtung, und zwar Wiederaufrichtung in allen Volksschichten! Vom Arbeiter bis zum Kapitalisten, alles muß sich darüber klar sein, daß wir in erster Linie Deutsche sind; alle dazu berufen, am Aufbau des Vaterlandes mitzuarbeiten, und wenn Deutschlands Stunde dereinst gekommen sein sollte — und wir sind davon fest überzeugt, daß sie kommen wird, sei es im Frieden, sei es im Kampf — zusammenzustehen wie ein Mann, bis das Ziel der nationalen Auferstehung erreicht ist. Hinter diesem Gedanken haben alle anderen Gesichtspunkte, hat jedes kleinliche parteipolitische Gezänk, zurückzutreten.

Hieraus folgt, daß augenblicklich der größte Teil unserer akademischen Jugend auf dem rechten Flügel steht, da für ihn die nationale Frage der demokratischen vorangeht. Trotzdem ist wohl der größere Teil im inneren Herzen durchaus demokratisch gesinnt. Auch mir selber geht es so. Als im vorigen Jahre die

Digitized by Google

Wahlen zur Nationalversammlung vor sich gingen, habe ich mich mit glühendem Eifer in den Dienst der Deutschen Demokratischen Partei gestellt. Die Partei hat mir aber in ihrer Haltung die denkbar größte Enttäuschung gebracht.

So ist es vielen in unseren Kreisen gegangen. Die Wahlen stehen vor der Tür. Wohin sollen wir uns wenden? Sollen wir uns kaute de mieux den Deutsch-Nationalen in die Arme werfen? Ich würde das im Grunde meines demokratischen Herzens nicht gerne tun, und doch: die Deutsch-Demokratische Partei, so wie sie jetzt gefärbt ist, widerstrebt mir sehr.

Raten Sie uns und versuchen Sie uns zu überzeugen, daß das, was wir suchen, auch innerhalb der zukünftigen Deutschen Demokratischen Partei zu finden ist. Würde ich diese Überzeugung gewinnen können, so würde ich mich wieder mit Freuden in den Dienst der Partei stellen. Es würde dann noch viel Arbeit geben, aber auch manche Stimme wäre noch zu retten.

Ich hoffe, daß ich mit meinen Ausführungen Ihre Zeit nicht zu lange in Anspruch genommen habe, zumal ich Sie persönlich gar nicht kenne. Jedoch ich wußte wirklich in meinen Zweifeln keinen anderen Ausweg, als gerade Ihnen einmal ausführlich zu schreiben.

Mit dem Ausdruck der vorzüglichsten Hochachtung verbleibe ich Ihr sehr ergebener

B. van Delden, stud. chem.

Berlin-Grunewald, den 24. April 1920.

Lieber Herr van Delden,

also Sie waren damals auch unter den Feldgrauen in Reval, hoch oben an der Nordgrenze des alten Reichs, als ich im Herbst 1918 zu meinen baltischen Landsleuten und den deutschen Soldaten von unsrer Lage und von Deutschlands Zukunft sprach! Damals wußte ich für meinen Teil schon, daß der Krieg keinen „glücklichen" Ausgang mehr für uns nehmen würde, und ich versuchte, in meiner Rede, den Zuhörern klar zu machen, daß es für das kämpfende Deutschland vor allem auf die Einsicht ankäme, welch eine nationale Kraft im Vertrauen auf die Wirkung freiheitlicher Gedanken und in ihrer Anwendung als moralisches Offensivmittel liegt. Die geistige Offensive, die wir ebenso gut hätten anwenden müssen, wie die militärische, die haben die Leiter unseres Volkes nicht verstanden, und wenn wir fragen, warum nicht?, so wäre mit der Antwort auch schon der Grund all unseres Unheils klar gelegt. Freilich, wer konnte damals ahnen, wie tief ins Unglück uns der Sturz führen würde, der uns bevorstand!

Ich verstehe Ihren Brief sehr gut, und obwohl ich mich den Jahren nach sicher

Digitized by Google

nicht mehr zur jungen Generation rechnen kann, so sind es in der Frage der Demokratie doch dieselben Gedanken, die mir zu schaffen machen, wie bei Ihnen. Sie sind unzufrieden damit, daß der demokratische Gedanke im Sinn politischer Parteibildung nur eine mangelhafte Verbindung mit dem nationalen eingegangen zu sein scheint. Ich glaube, daß Ihre Beobachtung großenteils richtig ist, wenn sie auch nicht schlechthin verallgemeinert werden darf. Es gibt viele Persönlichkeiten in der Deutschen Demokratischen Partei und es gibt ganze Gruppen und Gegenden, in denen bei ihr die nationale Saite so laut anklingt, wie man nur wünschen kann, aber es ist nicht zu leugnen, daß zur Demokratie bei uns auch Elemente sich rechnen, deren nationale Zensur ganz unbefriedigend ausfällt. Das bedeutet eine Beschwerung für die Partei, mit der sie auf die Dauer nicht wird segeln können, und die Folgen für sie können nur schlimm sein, wenn sie nicht dazu gelangt, diesen nationalpolitisch niederziehenden Ballast auszuwerfen.

Wenn wir über das zukünftige Verhältnis der deutschnationalen und der demokratischen Idee uns ein Bild machen und uns entscheiden wollen, ob wir trotz aller Bedenken auch parteipolitisch noch bei der Demokratie verbleiben, so müssen wir erst die Vorfrage zu beantworten suchen, woher die jetzigen unbefriedigenden Umstände rühren. Da möchte ich Ihnen ein Wort des Prinzen Max von Baden nennen, das für mich den Schlüssel zu vielem enthält; vielleicht kennen Sie es. Es heißt: während des Krieges ist der Patriotismus des deutschen Volkes *mißbraucht* worden! Mißbraucht sicher nicht mit Bewußtsein und nicht mit böser Absicht, aber doch tatsächlich mißbraucht. Die Volkskraft ist bis auf den letzten furchtbaren Grad der Erschöpfung aufgerufen worden für Ziele, denen, je länger der Krieg dauerte, ein desto größer werdender Teil des Volkes mißtraute und die, wie jetzt alle Verständigen einsehen, erstens sachlich falsch und zweitens mit den angewandten Mitteln nicht erreichbar waren. Ich meine damit die Methode, die Zukunft Deutschlands durch äußere, eroberungspolitische, anstatt durch ideenpolitische Sicherungen zu verfolgen und die ganze furchtbare Kriegslast dem feldgrauen Kämpfer draußen und dem darbenden Volke aufzubürden, anstatt sie durch kräftige moralische Offensive zu erleichtern. Wir sind zwar tapfer und stark aber geistig ganz schlecht geführt worden, und die Führung hat nichts besseres verstanden, als immerfort Leistungen, immerfort Hingabe, immerfort Opfer zu verlangen unter Berufung auf die patriotische Pflicht. Das Ende war dann der Zusammenbruch, und da ist es begreiflich, daß die Massen, und auch mancher, der nicht zur Masse gehört, nicht viel danach fragen, welche Schuld tatsächlich auch auf der Seite des Volkes gelegen hat, sondern zunächst einmal nichts mehr von der nationalen Pflicht hören wollen, die man ihnen so lange und mit einem so verzweifelten Ergebnis gepredigt hat. Das ist tadelnswert und sicher ein Zeichen von nationalem Kräfteverfall, aber können wir denn leugnen, daß wir in einer solchen Verfallzeit leben, und ist das, was wir tadeln müssen, nicht auch den Umständen

Digitized by Google

nach verständlich? Es kommt nur darauf an, ob überhaupt Anzeichen vorhanden sind, daß wir uns aus dem Verfall wieder erheben können. Ich glaube, die gibt es. Es ist wie eine Lähmung, die nach der Überanstrengung unser Volk ergriffen hat, und soweit es sich nur hierum handelt, muß man Geduld haben, die Wiederkehr der noch vorhandenen Spannkraft abwarten und nicht zu früh verzweifeln.

Nun sagen Sie aber: ja, das Bekenntnis zur nationalen Idee, an dem es die Demokratie fehlen läßt, ist ja auf der Rechten vorhanden, und Sie erklären damit die Hinneigung unserer akademischen Jugend zu dieser. Sicher, und ich fürchte, nachdem ich den nüchternen, biederen und leider so gänzlich schwunglosen Wahlaufruf der Deutschen Demokratischen Partei gelesen habe, daß ihre Werbekraft gegenüber den Studenten und der Jugend überhaupt dadurch um nichts größer geworden sein wird. Da steht zum Schluß zwar ein gutes Wort von einer Außenpolitik, die national zuverlässig sein muß und von unerschütterlichem Glauben an das deutsche Volk; da wird gleich zu Anfang die deutsche Demokratie auch eine nationale genannt, aber was fehlt, ist das Bekenntnis, daß es der Dienst des nationalen Gedankens ist, der Deutschland wieder aufbauen muß, und daß deutsch-demokratisch sein nichts anderes bedeuten soll, als diesen Gedanken und diesem Ziel mit besseren, sichereren Mitteln dienen wollen, als es die anderen als national sich bekennenden Parteien begreifen und vermögen.

Ich für meinen Teil sehe alle Parteiunterschiede in Deutschland zuerst unter dem Gesichtspunkt an: wie weit will diese Partei unserer nationalen Wiederauferstehung dienen, und wie weit ist sie nach dem Geiste, der sie beseelt, und nach den Kräften, die sie zählt, dazu imstande? Ich hasse die schäbige Klopffechterei, die nichts besseres zu tun weiß, als den Parteigegner herunterzureißen und zu verdächtigen, anstatt daß man ihn dadurch zu entwaffnen sucht, daß man sich selbst als den Tüchtigeren erweist. Man muß jedermann bis zum Beweis des Gegenteils Ehrlichkeit und guten Willen zutrauen und die Überzeugung, auf die gewählte Weise dem Ganzen am besten zu dienen. Die Frage ist nur, ob diese Überzeugung der Kritik standhält, vor allem der Kritik der nationalen Zukunft. Man kann dieser Zukunft subjektiv mit der größten Hingebung dienen, aber man kann dabei objektiv von Grund auf in seinen Anschauungen und Mitteln irren und es in ganz entscheidenden Punkten an der richtigen Einsicht in das, was kommt, fehlen lassen. In dieser Lage sind, fürchte ich, die Rechtsparteien, und diese Befürchtung ist der Grund, weswegen ich trotzdem, daß ihr nationales *Bekenntnis* dem der Demokratischen Partei überlegen ist, Ihnen auf Ihre Frage, wie die Studenten wählen sollen, *nicht* antworten kann: wählt rechts!

Mir geht es ebenso wie Ihnen. Ich sehe nirgends eine Partei, der ich mich mit voller Befriedigung zuwenden kann. Trotzdem habe ich mich im vorigen Sommer nach einem Gespräch mit unserem unvergeßlichen, mir persönlich nahe befreundeten Naumann nicht lange vor seinem Tode der Deutschen Demokratischen

Digitized by Google

Partei angeschlossen, und ich habe noch mehr getan als das: ich habe einem Wahlkreis auf die Frage, ob ich zum Reichstag kandidieren wolle, im Prinzip mit Ja geantwortet. Die Herren haben nach dem Kapp-Putsch ihr Angebot zurückgezogen, ich denke, weil sie fürchteten, ich würde der mißtrauisch gewordenen Wählerschaft doch als „national" zu kompromittiert erscheinen. Ich kann das wohl begreifen und habe es so wenig übelgenommen, daß ich darnach noch dem Hauptvorstande der Partei schrieb, mir persönlich würde es wohl ein starkes Opfer sein, aber wenn die Partei sich eine Vermehrung ihres Gewichts davon verspräche, so sei ich trotzdem bereit, mich irgendwo aufstellen zu lassen. Die Antwort war, der Parteivorstand würde, wie die Verhältnisse liegen, schwerlich etwas dafür tun können. Auch das ist begreiflich, und ich kann so mit gewahrtem Gewissen bei den Arbeiten bleiben, durch die ich auf meine Weise dem nationalen und zugleich dem demokratischen Gedanken, wie er sich mir als Mittel zur Aufrichtung Deutschlands darstellt, zu dienen mich bemühe. *Wählen* aber kann ich trotz aller Ausstellungen an der Partei folgerichtigerweise nur deutsch-demokratisch. Denn nach meinem Urteil mag zwar zuzugeben sein, daß die Partei als politisches Charakterbild in der deutschen Gegenwart noch schwankt, aber sie scheint mir vorläufig die einzige zu sein, die imstande ist, sich zur Partei der deutschen Zukunft zu *entwickeln*.

Diese Partei der deutschen Zukunft muß in *nationaler* Beziehung („national" heißt aber nicht „nationalistisch"!) tapfer bis aufs Letzte, zugleich aber *sozial* gleich entwicklungsbereit im Dienste des *menschheitlichen* wie des *nationalen* Gedankens sein. Ich halte es für eine der fundamentalsten Einsichten, zu denen wir uns alle durchringen müssen, daß wir in ein soziales Entwicklungszeitalter eingetreten sind, dessen Tiefe und Ausdehnung ganz unabsehbar ist. In dieser Beziehung irgendwelche Kreidestriche auf dem Fußboden ziehen und zu sich und anderen sagen zu wollen: hier darfst du nicht hinüber — das halte ich für töricht und für allem anderen eher dienlich als der deutschen Zukunft.

Deutschlands Zukunft beruht nicht zuletzt darauf, daß wir sozial die Führung unter den Völkern ergreifen. Bitte lesen Sie den Artikel des Göttinger Studenten Edgar Dehn in Nr. 17 der „Deutschen Politik" vom 23. 4. 1920, der mit *diesem* Gedanken die Verbindung von Demokratie und idealer deutscher Weltpolitik begründet! Volentem fata ducunt, nolentem trahunt! Den, der selbst will, geleitet das Geschick, den, der nicht will, schleppt es fort! In der Anwendung dieses alten Wortes auf ethisch-sozialem und national-sozialem Boden sehe ich das Zeichen, in dem der deutsche Gedanke in der Welt siegen wird, wenn das deutsche Volk versteht, es als seine Standarte aufzurichten, bevor andere danach greifen. Was bedeutet daneben ein Feldgeschrei wie das von der Aufrechterhaltung irgend welcher Wirtschafts- und Besitzordnung! Diese Ordnungen sind heute allesamt in ein Schmelzfeuer geworfen, von dem noch niemand weiß,

Digitized by Google

was alles darin zergehen wird. Was man weiß, oder doch wissen könnte, ist nur, daß wir am Anfang einer gewaltigen neuen Zeit stehen, und die kann keine Menschen brauchen, die sozialpolitisch das bekannte Huhn vor dem Kreidestrich spielen.

Hier liegt der Grund meiner Kritik an den Rechtsparteien, und hier halte ich es vorläufig für gut möglich, daß sich die Deutsche Demokratische Partei in der richtigen Linie entwickelt. Naumanns alte Parole: „national und sozial" ist in der Demokratie immerhin noch lebendig. Die Rechtsparteien ziehen allerlei sozialpolitische Grenzstriche, die sie selbst als Barrièren nach links proklamieren. Mit diesen aber versperren sie sich selber den Weg zur nationalen Zukunft, wenn einmal die Nebel reißen und das Ziel deutlich wird. Die Sozialdemokratie starrt auf den Strich, der ihr nach ihrer alten Parteidogmatik den Eintritt in das Reich des nationalen Hochgedankens verwehrt. Darum kann ich ebensowenig Sozialdemokrat sein, wie ich zur Deutschen Volkspartei oder zu den Deutschnationalen gehen kann. Katholisch oder sonst geneigt, eine kirchliche Bindung *vor* die nationale zu setzen, bin ich auch nicht. Meine politische Erfahrung lehrt mich, daß es eine aussichtslose Sache ist, Neugründungen auf eigene Faust zu versuchen. Solche können entstehen, wenn die Zeit reif ist; gemacht können sie nicht werden. Also bleibt nur übrig zu fragen, auf welchem vorhandenen parteipolitischem Boden die Hindernisse für das nationale Ziel am geringsten und die Entwicklungsmöglichkeiten am wenigsten verbaut erscheinen. Das ist meiner Meinung nach trotz aller scheinbaren Gegengründe bei der Deutschen Demokratischen Partei der Fall. Gefühlsmäßig mag es für den Augenblick einem Angehörigen unserer nationalempfindenden deutschen akademischen Jugend als unbefriedigend erscheinen, deutsch-demokratisch zu wählen. Vom Standpunkt des tieferen vaterländischen Nachdenkens aus halte ich aber einstweilen diese scheinbare Entsagung für die national reifere Tat, denn gerade dadurch, daß ein starker Teil der Studentenschaft sich zur Demokratie schlägt und innerhalb der Demokratie einen kräftigen nationalen Ton angibt, können in der Partei die reichlich vorhandenen, aber noch nicht recht laut werdenden hauptsächlich jüngeren Elemente unterstützt werden, denen die Gemeinschaft mit nationaler Gleichgültigkeit, wo sie vorhanden ist, keine Freude macht. Mit der Rechten zusammen mag das Stimmungsfeuer heute noch heller brennen, aber wenn dieser Brennstoff verzehrt ist, wird sich zeigen, daß die Flamme nicht einem vorwärts, sondern gar zu sehr rückwärts gerichteten Blick geleuchtet hat. Wir können nicht mehr von unserer nationalen Vergangenheit leben, sondern nur noch von dem, was uns der Wille zu einer ganz neuen Zukunft und der innere Einblick in die ungeheure Weltveränderung, die wir uns zum Heile wenden müssen, an Kräften gibt.

Mit freundlichen Grüßen Ihr ergebener

Paul Rohrbach.

Digitized by Google

Ein Briefwechsel mit Ludendorff

Von Professor Dr. E. Jäckh

Daß der rechtsradikale Kappstreich mit seiner naturnotwendigen Folge eines linksradikalen Gegenstoßes (auch gegen den Block der Mitte) ein Verbrechen gegen die deutsche Nation war, diese Einsicht ist bereits so handgreiflich geworden, daß sich ihr niemand mehr entziehen kann. Noch eine zweite Einsicht drängt sich Nachdenklichen und Urteilsfähigen auf — vielen neu wie eine erschütternde Offenbarung, manchen freilich nur als eine schmerzliche Bestätigung früherer Erfahrungen: daß der „Geist", der in der geistlosen Kappiade der Lüttwitz und Genossen sich wieder einmal manifestiert hat, genau von der gleichen Art gewesen ist, wie der politische Unverstand, mit dem der Oberst Bauer im Großen Hauptquartier durch die Kriegsjahre hindurch den General Ludendorff beraten und geleitet hat. Die gleiche Kurzsichtigkeit, die gleiche Verkennung der Wirklichkeit, ihrer Grundlagen und ihrer Stimmungen, die gleiche Unterschätzung der Gegner und die gleiche Überschätzung der eigenen Kräfte, die gleiche nur-militärische und völlig unpolitische Fähigkeit und Auffassung: genau wie in den Kapptagen, so wie in den Kriegsjahren. Ein Maß und ein Mann wie dieser Oberst Bauer hat Deutschland Jahre lang regiert! Durch seinen politisch entscheidenden Einfluß auf Ludendorff — und über und durch Ludendorff auf und gegen Kaiser und Reichskanzler, dank einer veralteten Verfassung, die eine formale Möglichkeit zud Vorherrschaft der Obersten Heeresleitung gegenüber der politischen Reichsleitung gab. Ein solcher Oberst Bauer — der politische Diktator des deutschen Volkes im Weltkrieg: wahrlich — eine solche Wirklichkeit ist erschütternd . . . .

Aus meinem Kriegsarchiv heute nur ein Beispiel: wie wenig das große Hauptquartier in entscheidenden Tagen leicht faßbare Zusammenhänge der Politik gesehen und wie oberflächlich es sie ignoriert hat.

Anfangs Februar 1918 — vor der deutschen Frühjahrsoffensive — haben wir (u. a. Friedrich Naumann und Dr. Robert Bosch) an Ludendorff eine Eingabe gerichtet, die (innerpolitisch ausgehend von Berliner Streiks und Meutereien und vor der Möglichkeit revolutionärer Entwicklungen warnend) es versuchte, den Weg zu einem guten Kriegsausgang zu weisen; wie — das zeigt der weiter unten folgende Abdruck der Eingabe.

Darauf hat Ludendorff (dem Stil nach sein „Diktator" Bauer) geantwortet:

Großes Hauptquartier, 22. Februar 1918.

Euer Hochwohlgeboren

hatten mit einigen anderen Herren die Güte, mir eine Darlegung über die gegenwärtige Lage zu übersenden. Mit der Bitte, auch den anderen Herren Kenntnis zu geben, beehre

Digitized by Google

ich mich, nachfolgendes zu erwidern. Ich beschränke mich dabei auf die Frage nach der Notwendigkeit und Bedeutung einer Offensive.

Wir haben nicht die Wahl zwischen Frieden und Krieg, solange wir ein wirtschaftlich starkes und gesichertes Vaterland erstreben. Aber wir haben im Westen zum ersten Male seit dem Einmarsch in Frankreich die Wahl zwischen Verteidigung und Angriff. Sie darf nicht schwer fallen, auch wenn die Aufgabe eine gewaltige ist. Nur Handeln bringt Erfolg. Das haben die Waffenerfolge auf den anderen Kriegsschauplätzen bewiesen und jetzt der Vormarsch nach Ablauf des Waffenstillstandes. Darum wollen und dürfen wir nicht abwarten, bis die Entente sich mit amerikanischer Hilfe stark genug fühlt, uns anzugreifen. Der Krieg wird dadurch abgekürzt, Geld und auch — Blut gespart werden.

Die Erfahrung lehrt, daß bei der heutigen Feuerwirkung in der Verteidigung die Verluste keinesfalls geringer sind, als in einem durch Feuer gut unterstützten Angriff.

Der Angriff ist noch immer die Fechtweise des Deutschen gewesen. Das deutsche Heer, das den Frieden genau so will, wie die deutsche Heimat, freut sich der Aussicht, aus dem Stellungskrieg herauszukommen. Die Offensive wird nicht die „Offensive des deutschen Generalstabes", sondern die Offensive des deutschen Heeres und so auch die des deutschen Volkes sein, und darum, so Gott will, gelingen.

Mit der Versicherung vorzüglicher Hochachtung Euer Hochwohlgeboren sehr ergebener

Ludendorff.

Das war das Niveau des weltpolitischen Denkens der Obersten Heeresleitung — gegenüber einer Betrachtung und Beratung in der folgenden Eingabe:

Berlin, 11. Febr. 1918.

Eurer Exzellenz

beehren wir uns nachfolgende Ausführung als Ausdruck unserer Überzeugung über die gegenwärtige Lage zu unterbreiten:

Die Ereignisse der letzten Wochen haben gezeigt, daß unsere Heimatfront, die bisher ganz geschlossen war, gegen Erschütterungen nicht mehr völlig gefeit ist. Den Gründen soll hier nicht nachgegangen werden. Tatsache ist, daß nur das Festhalten der organisierten besonnenen und älteren Arbeiterschaft an ihrer Aufgabe verhindert hat, daß nicht schwerere und noch beklagenswertere Ereignisse eingetreten sind. Was ist zu tun?

Die gegenwärtige Stimmung in den breiten Massen wird in den Kriegsfragen vor allem von zwei Faktoren beherrscht: von der Frage nach der ferneren Dauer des Krieges und von der Frage nach der Notwendigkeit und Bedeutung der kommenden Offensive im Westen. An eine rasche Beendigung des Kampfes durch den U-Bootkrieg wird nicht geglaubt. Man erwartet von seinem Fortgang nur die Schwächung des Angriffs Amerikas und bestenfalls die Hinauszögerung von dessen wirksamen Kriegseintritt bis zum Jahre 1919.

I.

Die Hinauszögerung des Kriegsendes bis zum Jahre 1919 aber wird von der Masse der Bevölkerung als etwas kaum Erträgliches empfunden. Dazu ist objektiv folgendes zu sagen: das Kriegsende 1919 könnte tatsächlich mit leider großer Wahrscheinlichkeit, trotz unserer militärischen Siege, unsere politische und wirtschaftliche Niederlage und die Erfüllung wesentlicher Hoffnungen der Engländer und Amerikaner bedeuten.

Digitized by Google

Unser bisheriger Kriegsgewinn ist die Schaffung und Zusammenschweißung von Mitteleuropa; sie bedeutet unsere ebenbürtige wirtschaftliche, militärische und politische Einreihung unter die politischen Weltkörper, ein Kriegsziel, das wir ganz unabhängig von irgend welchen Veränderungen unserer Grenzverhältnisse im Osten und Westen heimbringen können. Auf die Zerstörung dieses Kriegsgewinnes haben es die Amerikaner und Engländer für den weiteren Krieg abgesehen. Sie verlängern seinetwegen den Krieg. Die Türkei wird aus diesem Grunde möglicherweise ihr strategisches Angriffsziel in der nächsten Kampagne werden, um die gefährliche Verlängerung Mitteleuropas in die östliche Welt zu zerstören. Ihr politisches Angriffsziel aber ist der mitteleuropäische Bund selbst. Sie wissen, dieser Bund wäre für die Zukunft zerbrochen bei einem Abschwenken Österreich-Ungarns in diesem Krieg in irgend einer Form. Dieses droht schon bei der gegenwärtigen Kriegsdauer und würde bei einer Verlängerung des Krieges bis 1919 wohl so gut wie sicher eintreten. — Aber Mitteleuropa wird durch jeden Monat, den der Krieg weiter dauert, auch von innen her wirtschaftlich zunehmend unterhöhlt, weil seine wirtschaftlichen und finanziellen Zukunftsvoraussetzungen dadurch zunehmend verschwinden. Die Voraussetzung des zukünftigen Fortbestandes Mitteleuropas ist die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit seines Führerstaates Deutschland nach dem Kriege. Verfällt diese Leistungsfähigkeit, so werden die Türkei, Bulgarien und schließlich auch Österreich-Ungarn ohne Schwertstreich nach dem Kriege die wirtschaftliche Beute Amerikas. Dieses wird sie dann finanzieren und dadurch auch politisch in seine Hand bekommen. Unser ganzer bisheriger politischer Kriegsertrag wäre zerstört. Jeder weitere Monat Krieg bedroht nun aber mit den dadurch ins immer Riesenhaftere steigenden künftigen Finanzlasten, die durch keine Kriegsentschädigung ausgeglichen werden können, eben diese künftige Leistungsfähigkeit Deutschlands für die Finanzierung Österreich-Ungarns, Bulgariens und der Türkei nach dem Kriege. Nicht nur der politische, sondern auch der materielle Untergrund des mitteleuropäischen Aufbaues wird durch die Kriegsverlängerung demnach rapide ausgehöhlt und verlangt schnellen Kriegsschluß, während das Interesse der Kriegsparteien drüben unter diesem entscheidenden Gesichtspunkt auf Kriegsverlängerung geht.

Das gefühlsmäßige Drängen der breiten Massen bei uns auf Kriegsschluß hat also gute objektive Gründe an seiner Seite.

II.

Ebenso hat die Stimmung gegenüber der Offensive eine berechtigte Grundlage. Das Blutvergießen, das bevorsteht, ist ungeheuer: das deutsche Volk wird es ertragen, wenn es fühlt, daß die Feinde uns keine andere Wahl lassen, aber nur dann. Unsere Offensive muß — politisch gesprochen — nicht die Offensive des deutschen Generalstabs, sondern die Offensive Lloyd Georges sein, die er uns aufzwingt. Diese Stimmung hat auch vom militärischen Standpunkt aus eine gesunde Grundlage. Die Feinde kämpfen schlechter; ihre Heimatmoral zerbricht, wenn ihr Krieg einen offensiven Charakter trägt, d. h. um Elsaß-Lothringen geführt wird. Die englische Arbeiterschaft hat es deutlich gemacht, daß sie die Forderungen nach Mannschaftsersatz nicht bewilligen wird für eine Fortsetzung des Krieges um imperialistischer Kriegsziele willen.*) Der offensive Charakter

*) Die englischen Massen haben so wenig Lust, für Elsaß-Lothringen zu kämpfen, daß Pichons Rede, welche Wilsons Worte über Elsaß-Lothringen in französischem Sinne deutete, von der englischen Zensur unterdrückt wurde.

Digitized by Google

des feindlichen Krieges ist das, was Deutschland zur Sammlung seiner Kräfte braucht. Nur als einen wirklich unentrinnbaren Verteidigungsakt gegen den Eroberungswillen der Feinde will die Bevölkerung die Offensive, so wie sie schon den Kriegsbeginn nur so gewollt hat. Es ist heute die Aufgabe der Politik und der Kriegskunst, die Unentrinnbarkeit dieser Offensive — wenn sie kommen muß — für das Volksgefühl lebendig zu machen. Die freiwillige Hingabe, auch in der Heimat, ist die Vorbedingung für das Gelingen jeder großen militärischen Operation, und diese Hingabe ist heute schwer bedroht. Andererseits schließen wir alle moralischen Kraftquellen der Nation von neuem auf, wenn es gelingt, den feindlichen Krieg als Eroberungskrieg bloßzustellen und damit die Verantwortung für die Offensive vor der öffentlichen Meinung Deutschlands dem Feinde anzuheften.

III.

Wie soll nun

1. für das deutsche Volk klargestellt werden, daß die Verantwortung für die Offensive dem Feinde zufällt?

und

2. wie soll für die feindlichen Völker klargestellt werden, daß sie entrinnbar ist und nur durch die Schuld ihrer Regierung herbeigeführt wird?

Die Antwort lautet:

Durch eine politische Offensive Deutschlands, die Lloyd George dazu zwingt, öffentlich zu erklären, den Krieg um Elsaß-Lothringen willen fortsetzen zu wollen. Dieses Ziel kann erreicht werden durch eine unzweideutige Erklärung über die zukünftige Wiederherstellung der Souveränität und Integrität Belgiens. Das ist das Postulat der englischen und amerikanischen Friedenspartei. Lloyd Georges ganzes Ziel ist die Kriegsverlängerung, weil er ihre Folgen für uns kennt. Für ihn wäre unsere Erklärung über Belgien der Zwang, öffentlich zu erklären, daß er um Elsaß-Lothringens willen den Krieg fortsetzen will. So lange noch Zweideutigkeit in der belgischen Frage besteht, gelingt es ihm immer noch, den Massen glaubhaft zu machen, dieser Krieg würde eigentlich noch um Belgien geführt. So täuscht er den Verteidigungscharakter des englischen Krieges vor.

Diese Erklärung über Belgien würde die Geschlossenheit der Heimatfront in Feindesland zerstören und bei uns neu schaffen. Die Erklärung sollte so bald und so deutlich wie möglich abgegeben werden und zwar öffentlich. Das Volk sollte aufgerufen werden, seine ganze Kraft zu dem Entscheidungskampf zusammenzuraffen, den die Feinde uns aufzwingen dadurch, daß sie uns Elsaß-Lothringen nehmen wollen. Aber die Worte über Belgien müssen unzweideutig sein. Nur so hat die Erklärung die genügende Sprengwirkung in Feindesland und die genügende Kraft der Sammlung in der Heimat. Der ganze Nährboden für die Kriegshetze in Feindesland und die kriegstörende Agitation bei uns ist geschaffen worden durch die Unklarheit der deutschen Regierungserklärungen.

Die Erklärung würde selbstverständlich nichts weiter als die klar und öffentliche Kundmachung des Ziels bedeuten, das wir wollen. Es ist klar, daß dessen Erfüllung abhängig wäre von dem Friedensschluß, für den ja die Unangetastetheit des Deutschen Reiches und eine Verständigung über den Kolonialbesitz von der Regierung schon als unverrückbare Kriegsziele aufgestellt worden sind. Die Regierung vermag sich für diese Kriegsziele auf die ganze Bevölkerung zu stützen.

Digitized by Google

Sowohl die Anhänger des Rechts- und Beruhigungs-Friedens wie ihre Gegner sollten heute in dem einig sein: England, wenn die Offensive kommen muß, schon im voraus in seiner Widerstandskraft möglichst zu schwächen. Militärische Schläge allein können eine Entscheidung nicht bringen. Das englische Volk muß fühlen, daß für alle Niederlagen und alles Blutvergießen seine Regierung die Verantwortung trägt, da ein ehrenvoller Friede auf diplomatischem Wege erreichbar war. Dieses Gefühl heute dem englischen Volk zu vermitteln, ist eine militärische Forderung, gleichviel wie man zu den Kriegszielen stehen mag.

Auch deshalb ist dieser Schritt nötig, weil eine politische Offensive der Feinde im Werk ist, die Verantwortung für die Fortsetzung des Krieges vor den deutschen Massen der deutschen Regierung anzuheften. Lloyd Georges hat das Wort „reconsideration" bezüglich Elsaß-Lothringens natürlich durchaus unehrlich gebraucht. Er will die Abtrennung, nicht etwa die Autonomie innerhalb des Deutschen Reiches. Seine Worte waren aber so gewählt, daß in Deutschland geglaubt werden sollte, er hätte innerlich schon auf Elsaß-Lothringen verzichtet. Falls also unsere Gegenaktion ausbleibt, so kann es leicht dahin kommen, daß die Feinde unsere Kräfte sprengen und ihre Kräfte sammeln und damit die Vorbedingung für den deutschen Sieg in den kommenden Entscheidungskampf zerstören.

IV.

Wir fassen die möglichen Resultate der vorgeschlagenen politischen Aktion folgendermaßen zusammen:

1. Entweder es gelingt den Friedensparteien in England, auf Grund unserer unzweideutigen Erklärung über Belgien die Kriegsregierung zu stürzen und ein Friedensministerium an ihre Stelle zu setzen.
2. Oder es gelingt der Kriegsregierung Lloyd Georges noch einmal, ein neues chauvinistisches Ministerium im Gegensatz zum Volkswillen zu bilden.

Beide Alternativen sind uns günstig.

Zu 1. Mit dem Friedensministerium könnten wir einen Frieden schließen, der einmal unsere koloniale Zukunft sichert, sodann es uns ermöglicht, ein unter unserer Führung stehendes Mitteleuropa in den Frieden hineinzuretten und damit die unabsehbaren wirtschaftlichen und politischen, ja strategischen Chancen, die in dem festen Zusammenschluß dieses Blocks für uns liegen. Das würde vor der Geschichte als gewaltiger Sieg Deutschlands dastehen.

Ebenso wichtig aber ist der innere Sieg, den wir durch einen solchen Frieden heute in Deutschland erringen würden. In allen Ländern ist die Staatsautorität, ja auch die militärische Ordnung, durch eine revolutionäre Unruhe bedroht, die sich wie eine Krankheit über ganz Europa von Rußland her ausbreiten will.

Ein Friedensschluß heute würde ein staatsfrohes deutsches Volk in den Frieden hineinführen, das der Armee gegenüber jene Gesinnung bewahren würde, wie sie notwendig ist, um in der Zukunft stark zu bleiben. Diese Gesinnung muß unrettbar verloren gehen, wenn die Suggestion weiterfrißt, daß die Oberste Heeresleitung, und unter ihrem Druck die deutsche Regierung, die Verantwortung für die Fortsetzung des Krieges trägt. Die Widerstandskraft unseres Volkes gegen die revolutionäre Unruhe müßte schließlich zusammenbrechen.

Zu 2. Eine Lloyd Georgesche Militärdiktatur wäre die denkbar schwerste Behinde-

Digitized by Google

rung des englischen Krieges. Der englische Volkskrieg wäre mit einem Male ein Regierungskrieg geworden und müßte mit einer entscheidenden Niederlage Englands endigen. Die Stimmung der Arbeitermassen würde schließlich auch auf die Front übergreifen und unsere Soldaten hätten leichtere Arbeit.

Deutschland aber wäre gegen jede innere Unruhe geschützt; denn unser Krieg wäre wieder zum Volkskrieg geworden.

Wir fassen uns so zusammen:

Eine furchtbare Verantwortung ruht heute auf der Staatsleitung. Der gute Wille der Massen ist noch zu retten. Alle gesunden Kräfte in der Arbeiterschaft möchten die auf die Desorganisation hindrängenden Elemente abstoßen. Aber die Regierung muß ihnen helfen. Sie hat es in der Hand, die zersetzenden Kräfte zu einer großen zerstörenden Macht in Deutschland werden zu lassen oder sie zu dauernder Ohnmacht zu verurteilen.

* * *

Und nun lese man nochmals die nichtssagende Antwort von Ludendorff-Bauer auf diesen (durch den Verlauf des Jahres 1918 leider in ihrer Richtigkeit bestätigten) Vorhalt und man freue sich der gedankenlosen Phrase: „Die Fechtweise des Deutschen ist noch immer der Angriff gewesen!"

So führten wir den Weltkrieg; und so verloren wir ihn...

Deutschösterreich und Ungarn

Von Prof. Dr. Benno Imendörffer (Wien)

Der Staatskanzler der Republik Österreich, wie Deutschösterreich fortan auf Befehl der Entente amtlich heißt, hat kürzlich öffentlich erklärt, daß der Anschluß des deutschen Westungarns an Österreich in den nächsten Monaten erfolgen werde. In Ungarn sieht man diesem Ereignisse mit Ingrimm entgegen und sucht alles zu tun, um den Anschein zu erwecken, daß diese kleine Gebietserweiterung für Österreich keine Bereicherung bedeuten könne. So herrscht derzeit zwischen den beiden benachbarten, durch jahrhundertealte Beziehungen und durch ihre Lage aufeinander angewiesenen Staaten ein gespanntes Verhältnis, das noch durch die beiden innerpolitischen Zustände verschärft wird. In Ungarn drängt alles zu einer monarchistischen Restauration. Die Nationalversammlung hat ausdrücklich festgestellt, daß Ungarn Königreich sei, auch wenn der Thron derzeit unbesetzt bleibe, und daß sämtliche Staatsämter die Bezeichnung „königlich" zu führen haben. In Österreich denkt, abgesehen von einem immer kleiner werdenden Häuflein sog. „Schwarz-gelber" niemand an die Herstellung der Monarchie, und in Wahrheit besteht hier eine ausgesprochene Klassenherrschaft der Industriearbeiterschaft mit verhülltem Rätesystem. Ungarn fordert seit langem vergeblich die Auslieferung der in Österreich internierten ungarischen Kommunistenführer, Österreich beschuldigt Ungarn, in Österreich monarchistische Be-

Digitized by Google

strebungen zu unterstützen. Ein angeblich zwischen Österreich und der Tschechoslowakei bestehender Geheimvertrag soll seine Spitze gegen Ungarn wenden. So ist es ein ganzer Haufe von Gegensätzen, der ein normales Verhältnis der beiden durch die Leitha getrennten Staaten nicht aufkommen läßt.

Und doch wäre gerade die Herstellung nicht nur eines modus vivendi, sondern freundnachbarlicher Beziehungen zwischen Österreich und Ungarn eine Lebensfrage für beide. Deutschösterreich, wie wir für unseren inneren Gebrauch immer noch sagen wollen, und Ungarn, dann in weiterer Fortsetzung Rumänien, haben die wichtige Aufgabe zu erfüllen, Nord- und Südslawentum voneinander zu trennen, deren Vereinigung für alle drei Völker, Deutsche, Magyaren und Rumänen, verhängnisvoll wäre. Dazu kommen wichtige wirtschaftliche Interessen, die namentlich Ungarn und Österreich geradezu aufeinander anweisen, die sich gegenseitig mannigfaltig auf das glücklichste ergänzen. Natürlich ist an eine staatsrechtliche Verbindung, die irgendwie an den seligen und unheilvollen Dualismus erinnert, nicht zu denken. Dieser stünde schon das Streben Ungarns nach unbedingter staatlicher Selbständigkeit und nach einem nationalen Königtum im Wege, denn ein ungarischer König, der zugleich Herrscher in Österreich wäre, entspräche in keiner Weise diesen Zielen. Ohne Zweifel aber könnte gerade die reinliche Scheidung auf politischem Gebiete ein Handinhandgehen in wirtschaftlichen Fragen nur fördern. Tatsächlich hat dies auch die politische Einsicht in Ungarn längst erkannt und man steht dort auf dem Standpunkt, daß man sich früher oder später mit dem westlichen Nachbarn ins Einvernehmen setzen müsse. Andererseits aber behauptet man in Budapest, daß die Forderung Österreichs nach dem ihm im Frieden von Saint Germain zugesprochenen Deutsch-Westungarn das einzige ernstliche Hindernis für ein beiden Teilen förderliches Einvernehmen sei. Dabei wird dort aber ein Umstand von ausschlaggebender Bedeutung völlig außer acht gelassen. Wenn es wahr ist, daß Ungarn Deutschösterreich vieles und wertvolles zu bieten hat, so gilt dies nicht minder umgekehrt. Dazu kommt aber noch, daß bei näherer Betrachtung Ungarn, genauer das Magyarentum, in viel weitergehendem Maße auf den Rückhalt am deutschen Volke angewiesen ist, als dieses auf die Unterstützung Ungarns. Darüber sollte man sich in Budapest doch keiner Täuschung hingeben, daß das deutschösterreichische Volk unter allen Umständen ein Teil des großen deutschen Gesamtvolkes bleibt und daß die nahezu 80 Millionen Deutsche, die in Europa derzeit leben, schon in dieser gewaltigen Masse eine Bürgschaft dafür besitzen, daß ihnen trotz alledem eine fast unbegrenzte völkische Zukunft offensteht. Wie anders dagegen für die kaum acht Millionen Magyaren. Ringsum von feindlich oder doch wenig freundlich gesinnten Völkern umgeben, vielfach durch fremdvölkische Einsprengungen gespalten, haben sie, auf sich allein gestellt, keinerlei Gewähr dafür, daß sie sich auf die Dauer zu behaupten ver-

Digitized by Google

mögen. Die Möglichkeit, daß in weniger als zwei Jahrhunderten die magyarische Sprache nur mehr die vergleichende Sprachforschung interessiert, ist nicht von der Hand zu weisen. Wenn also das Magyarentum sich erhalten und seiner erwähnten internationalen Aufgabe dauernd gerecht werden will, so bleibt ihm gar nichts anderes übrig, als Anlehnung nach Westen zu suchen. Diese aber ist ausschließlich bei den Deutschen, staatlich gesprochen bei dem benachbarten Deutschösterreich, zu finden, denn sowohl Tschechen wie Südslawen können naturgemäß niemals ehrliche Freunde der Magyaren sein, laufen doch ihre letzten Ziele auf die Vereinigung beider slawischen Völkergruppen hinaus, die die Vernichtung des Magyarentums zur Voraussetzung hat. Gemessen an diesem vitalen Interesse der Magyaren wirkt das starre Festhalten an der Idee der Integrität der Landesgrenzen fast tragikomisch. Zunächst ist diese ja längst nur mehr eine Fiktion, denn im Norden, Süden und Osten besteht sie nicht mehr und es ist wenig Aussicht vorhanden, sie herzustellen. Wenn man sich also magyarischerseits geradezu in die Idee verrannt hat, wenigstens gegen Westen die bisherige Grenze unter allen Umständen zu halten, so steht der hier etwa erreichbare Erfolg in schreiendstem Mißverhältnis zu den großen Interessen, die durch die Behauptung des deutschen Gebietes Westungarns mit kaum mehr als 300 000 Seelen, die zu mehr als 70 Prozent Deutsche sind, schwer geschädigt würden, da Deutschösterreich aus nationalen und wirtschaftlichen Gründen auf das kleine, aber für Österreich höchst wertvolle Territorium nicht verzichten kann, ohne einerseits seine völkischen Pflichten zu verletzen, andererseits die künftige Verpflegung Wiens zu gefährden. Für die Magyaren aber kommen zunächst nationale Beweggründe kaum in Betracht, denn es ist seit altersher deutsches Land, das in Frage steht, das im Laufe der Geschichte bereits achtmal für längere oder kürzere Zeit mit Österreich verbunden war und lediglich durch die, aller nationalen Empfindungen bare, Hauspolitik der Habsburger schließlich bei Ungarn verblieben ist. Das Magyarentum erlitte durch den Verlust Deutsch-Westungarns keine fühlbare Schwächung, denn die hier zur Zeit ansässigen Magyaren sind an Zahl verschwindend gering und zum weitaus größten Teile, abgesehen von winzigen Sprachinselchen, nicht bodenständig, sondern zugewanderte Beamte in öffentlichen Diensten, die leicht im magyarischen Ungarn untergebracht werden können. Wirtschaftlich aber kommt das Gebiet für Ungarn noch weniger in Betracht, denn es ist nahezu ausschließlich Agrikulturland und stand schon immer zu Wien und Niederösterreich bzw. zur Steiermark in weit engerer Handelsbeziehung als zum eigenen Staate. Letzten Endes liegen die Dinge in der westungarischen Frage so, daß sie für Ungarn lediglich eine Frage nationaler Eitelkeit, für Österreich eine Frage nationaler Pflichterfüllung und der Sicherstellung der Lebensmittelversorgung der Hauptstadt ist.

Magyarischerseits bemüht man sich, diesen Sachverhalt so sehr als möglich zu

Digitized by Google

verschleiern. Insbesondere geschieht alles, um den Nachweis zu erbringen, daß Deutsch-Westungarn durchaus nicht geeignet sei, die an seinen Besitz geknüpften Hoffnungen Deutschösterreichs nach der wirtschaftlichen Seite zu erfüllen. Man bemüht sich daher, das ganze Gebiet künstlich seiner natürlichen Hilfsmittel zu berauben, um zu zeigen, daß es nicht imstande sei, den diesseits der Leitha gehegten Erwartungen zu entsprechen. Dabei werden Methoden befolgt, die allen westeuropäischen Begriffen Hohn sprechen. Das System der lange Zeit durchgeführten Requisitionen ist derzeit allerdings aufgegeben, da die deutschen Bauern es verstanden haben, diese völlig unergiebig zu gestalten. Dafür aber wird durch die Abstempelung des sog. „blauen Geldes", d. h. der einstweilen noch allein vorhandenen ehemaligen österreichisch-ungarischen Banknoten, eine 50prozentige Abgabe von allem Barvermögen erzwungen. Durch Herabsetzung der Mehlquote auf die Hälfte wird in den wenigen Städten des Landes die Vorstellung erzeugt, als sei das ganze Gebiet von Hungersnot bedroht. Daß die Knappheit an Mehl lediglich darin ihre Ursache hat, daß die Bauern ihre Vorräte zurückhalten, wird zwar magyarischerseits geleugnet, ist aber allen, die die Augen offen haben, bekannt. Allerdings herrscht gegenüber früheren Zeiten in ganz Westungarn, ebenso wie im Lande überhaupt, große Knappheit, einfach deshalb, weil die Räteherrschaft dazu geführt hat, daß weite Strecken besten Bodens nicht bestellt wurden. Aus demselben Grunde fehlt es an Futtermitteln, und die ungarische Regierung benutzt dies, um Vieh in Massen aufzukaufen, das ins eigentliche Ungarn gebracht wird. So wird allerdings der Anschein erweckt, als sei Deutsch-Westungarn ein an natürlichen Hilfsquellen armes Land, der ganz planmäßig bei den Mitgliedern der Ententekommission hervorgerufen werden soll. Daß es sich hierbei nur um einen vorübergehenden und guten Teils künstlich herbeigeführten Zustand handelt, wird natürlich nach Möglichkeit bemäntelt. Allerdings wird, wenn wirklich in etlichen Wochen Deutsch-Westungarn an Österreich übergeben wird, das Ländchen zunächst keine wirtschaftliche Stärkung für die neuen Besitzer bedeuten, wer aber die natürlichen Verhältnisse, wer namentlich den Boden und die deutsche Bauernbevölkerung, die 90 Prozent der gesamten Einwohnerschaft ausmacht, kennt, der wird wissen, daß es nur weniger Jahre entsprechend vorsichtiger und fürsorglicher Verwaltung bedarf, um aus Deutsch-Westungarn wieder zu machen, was es vor dem Kriege gewesen ist: den Hauptlieferanten von Lebensmitteln aller Art für den Wiener Markt.

Gewiß ist, daß auf die Übergabe des strittigen Gebietes an Österreich in Ungarn zunächst eine Zeit der tiefsten Verstimmung folgen wird. Allein die Verhältnisse werden auch hier stärker sein als die Wünsche der Menschen, und man darf mit Sicherheit annehmen, daß man auch in magyarischen Kreisen sich, wahrscheinlich rascher als man dort heute selbst annimmt, mit dem neuen Zustande der Dinge

Digitized by Google

abfinden wird. Das eingangs erwähnte natürliche Aufeinanderangewiesensein muß sich Geltung verschaffen. Dazu kommt, daß der Magyare politisch viel zu klug ist, um auf die Dauer sein wahres Interesse zu verkennen. Da, wie gesagt, Tschechen und Südslawen niemals seine Freunde sein können, die trennenden Momente gegenüber Rumänien einstweilen noch unendlich viel stärker sind als die gegenüber Deutschösterreich, so muß und wird sich jenes Einvernehmen zwischen diesem Staate und Ungarn durchsetzen, das für beide Teile, in weit höherem Maße aber doch für Ungarn, eine Lebensfrage ist.

Die neue finnische Regierung

Von Johannes Oehquist

Den 15. März erhielt das finnische Kabinett Vennola seinen offiziellen Abschied, nachdem es dem Professor Rafael Erich nach zwei Wochen dauernden Bemühungen, die mehrfach nahe daran waren, zu scheitern, endlich gelungen war, sein neues Kabinett zu bilden. Auch Erichs Kabinett ist ein bürgerliches Koalitionsministerium gleich seinem Vorgänger, aber es ist ausgesprochener rechts orientiert, denn während das Vennolasche Ministerium keinen einzigen Vertreter der Rechtsparteien aufwies, gehören von den zwölf Ministern des Erichschen Kabinetts nicht weniger als sechs der Rechten an. Die sozialdemokratische Partei hat sich während der Krisis als passiver, aber durchaus nicht uninteressierter Zuschauer verhalten. Innerhalb ihrer führenden Kreise trat eine ausgesprochene Neigung zutage, bei der Regierungsbildung aktiv mitzuwirken. Daß es dazu nicht kam, lag nicht an prinzipiellen, sondern an formellen Gründen. Unter dem Einfluß der äußersten Linken hatte ein Parteitag 1917 beschlossen, daß die Partei nur dann an einer Regierungsbildung mit den bürgerlichen Parteien sollte zusammenwirken dürfen, wenn besondere Not am Manne war, um einen Krieg zu verhindern, Frieden zu schließen u. dergl., und zwar nur nach ausdrücklicher Genehmigung durch den Parteivorstand oder allgemeiner Abstimmung innerhalb der Partei. Andererseits aber beschloß derselbe Parteitag, daß Sozialdemokraten in eine Koalitionsregierung sollten eintreten dürfen, wenn die Reichstagsgruppe und der Parteivorstand mit zweidrittel Stimmenmehrheit ihre Zustimmung hierzu gaben. Diesen Ausweg versuchte die Partei bei der letzten Kabinettsbildung. Der Versuch scheiterte aber: die erforderliche Stimmenmehrheit war nicht aufzubringen. So blieb es nach wie vor bei einer bürgerlichen Koalition.

Zur Erläuterung mögen ein paar Worte über die gegenwärtigen Parteiverhältnisse in Finnland vorausgeschickt werden. An bürgerlichen Parteien zählt Finnland gegenwärtig, d. h. seit der Schlußkatastrophe des Weltkrieges, vier. Unverändert ihrem Programm wie ihrer ganzen Zusammensetzung nach blieb die

Digitized by Google

schwedische Volkspartei, deren Hauptaufgabe die Wahrung der Interessen und der Gerechtsame des schwedisch sprechenden Volksstammes in Finnland ist, und der Ländliche Bund (Agrarpartei) oder der „Bauernbund", wie er fälschlicherweise in Deutschland genannt worden ist. Aus der früheren altfinnischen, der jungfinnischen und der im Sommer 1917 gebildeten Finnischen Volkspartei entwickelten sich, hauptsächlich auf der Grundlage der politischen Gegensätze in der Frage, ob die Monarchie oder die Republik die für Finnland wünschenswerte Staatsform sei, die zwei großen bürgerlichen Parteien: die Sammlungspartei und die Fortschrittspartei. Die Sammlungspartei, die zum größten Teil aus der im allgemeinen als konservativ zu bezeichnenden altfinnischen Partei hervorgegangen ist, bildet nebst der schwedischen Volkspartei die Rechte, die Fortschrittspartei und der Ländliche Bund die bürgerliche Linke. Die beiden letzteren werden im Hinblick darauf, daß sie zwischen der Sammlungspartei rechts und den Sozialdemokraten links stehen, in Finnland auch die Zentrumsparteien genannt.

Ein Ausländer hat bei der Beurteilung der politischen Parteien in Finnland vor allem einen Umstand im Auge zu behalten, daß nämlich dort die Begriffe „Rechte" und „Linke", „konservativ" und „liberal" keineswegs in derselben bestimmt abgegrenzten Weise wie anderswo aufzufassen sind und daß sie sich deshalb inhaltlich im einzelnen durchaus nicht mit dem decken, was man in Deutschland unter dem Parteinamen konservativ und liberal meint. Die schwedische Volkspartei ist in religiösen und meist in politischen Fragen liberal, in der Sprachenfrage und vielfach in sozialen Fragen konservativ. Die Sammlungspartei, die auch aus der früheren, im allgemeinen als liberal zu bezeichnenden jungfinnischen Partei eine Anzahl der hervorragendsten Politiker herübernahm, erscheint vor allem als die Trägerin der altbewährten, in manchen Beziehungen vielleicht patriarchalischen, aber staatserhaltend soliden und tüchtigen Beamtenüberlieferung. Der Fortschrittspartei ist es, wie schon ihr Name sagt, vor allem um liberale Reformen zu tun. Damit ist aber keineswegs gesagt, daß der grundsätzliche und wesentliche Unterschied zwischen der Sammlungspartei und der Fortschrittspartei der allgemein übliche Gegensatz zwischen konservativ und liberal wäre. In religiösen und manchen politischen Fragen ist das tatsächlich der Fall, in sozialen dagegen nicht. In diesen hat auch die Sammlungspartei oft, wie auch früher manchmal die altfinnische Partei, einen durchaus liberalen Standpunkt vertreten. Vielfach sind die Grenzen zwischen diesen beiden Parteien so schwankend und fließend, daß sie ganz verschwinden. Die einzige Frage, in der sie mit entschiedener Bestimmtheit einander gegenüberstehen, oder richtiger: gegenüberstanden, war die Frage über Monarchie und Republik. Mit der Zeit wird wohl auch dieser Gegensatz überbrückt und vergessen sein. Trotzdem wird der allgemeine

Digitized by Google

Charakter der beiden Parteien ihre Kennzeichnung als Rechte und Linke genügend rechtfertigen. Neben der Fortschrittspartei steht der Ländliche Bund, der finnisch „Maalaisliitto", d. h. der Bund der auf dem Lande Lebenden heißt und der sich aus den verschiedensten kleinbürgerlichen und bäuerlichen Kreisen, vorzüglich auf dem Lande, rekrutiert: Kleinbauern, Pächtern, Landhändlern, Volksschullehrern, Hintersassen u. dergl. Der Ländliche Bund könnte als der radikale Flügel der bürgerlichen Linken angesprochen werden.

Das wichtigste Ereignis in der inneren Politik Finnlands im Jahre 1919 war die entschiedene Schwenkung zur republikanischen, innerpolitisch ausgesprochen radikal gerichteten Demokratie und die Wahl K. J. Stahlbergs zum Präsidenten der Republik. Beides kam vielen Kreisen völlig unerwartet, weil die Wahl Mannerheims, dessen Popularität von einem unantastbaren Nimbus umstrahlt war, außer allem Zweifel schien. Wie und warum es kam, daß Stahlberg, der unbeugsame Gegner aller monarchischen Pläne aus dem Jahre 1918, auf den Präsidentenstuhl erhoben ward, gehört nicht in diesen Zusammenhang. Tatsache war, daß mit seiner Wahl die gesamte Regierungspolitik, im Innern wie nach außen, einen entschiedenen Ruck nach links erfuhr. Auch die ungeheuren Schwierigkeiten, mit denen das von Stahlberg ernannte linksbürgerliche Ministerium Vennola zwischen der Szylla des Sozialismus und der Charybdis des konservativen Bürgertums zu kämpfen hatte, gehören nicht hierher. In diesem Kampf, in dem das Ministerium durch andauernde Nachgiebigkeit das Steuer unvorsichtig nach links gedreht hatte, ward es aufgerieben. Trotz alledem hätte das neue Kabinett zu einer noch schärferen Linksorientierung veranlaßt werden können, falls die Sozialdemokraten nicht durch ihren Parteibeschluß von 1917 daran verhindert worden wären, an der Regierungsbildung teilzunehmen. Da aber die Bürgerlichen nun ganz unter sich blieben, ergab sich nach den manchmal verhängnisvollen Schwankungen des vorhergehenden Kabinetts naturgemäß die Parole: zurück zu einer festeren Politik des Widerstandes gegen allzu begehrliche Gelüste des ausschweifenden Radikalismus, also Steuer nach rechts gedreht.

Es ist keinem Zweifel unterworfen, daß man sich für die Führung einer solchen gemäßigt liberalen Politik kaum einen geeigneteren Mann als den ehemaligen Professor des Staatsrechts, Minister Rafael Erich wünschen konnte. Er ist 1879 geboren, steht also im besten Mannesalter und genießt dank seiner Besonnenheit, Sachlichkeit und Zuverlässigkeit die Achtung und das Vertrauen sämtlicher bürgerlicher Parteien. Im Jahre 1914 wurde er vom damaligen Generalgouverneur Finnlands, Seyn, wegen seiner politischen Überzeugung widerrechtlicherweise seines Amtes als ordentlicher Professor an der Universität Helsingfors enthoben. Als während des Weltkrieges der aktive Kampf Finnlands gegen Rußland vorbereitet wurde, stellte er seine wissenschaftliche Fachkenntnis und seine

Digitized by Google

Arbeitskraft in den Dienst der vaterländischen Sache und leistete vor allem in den Jahren 1917 und 1918 bei den infolge der Selbständigkeitserklärung Finnlands stattfindenden politischen Verhandlungen zwischen Deutschland und Finnland unschätzbare Dienste. Er war früher Mitglied der jungfinnischen Partei; mit seinem Anschluß an die Sammlungspartei erlitt jene einen ihrer empfindlichsten Verluste.

Eine sehr wertvolle Arbeitskraft hat er seinem Ministerium durch den Kultusminister L. J. Ingman zugeführt, der sich aus der altfinnischen Partei der Sammlungspartei anschloß und ein im politischen Parteileben wie in Regierungsgeschäften erfahrener und bewährter Mann ist. Er ist ebenfalls Universitätsprofessor und war früher Präsident des Landtags und Ministerpräsident. Er ist im Jahre 1858 geboren und das älteste Mitglied des Kabinetts.

Außer durch diese beiden ist die Sammlungspartei noch durch den Finanzminister J. V. Vartiovaara und den Kriegsminister Oberst V. F. Jalander vertreten. Der erstere (1875 geboren) ist ein routinierter Verwaltungsbeamter und seit 1915 Chef des finnischen „Staatskontors", einer Finanzbehörde, die das Kassen- und Rechnungswesen des Landes leitet. Da er das letzte Budget der Regierung ausgearbeitet hat, wird er auch die praktische Durchführung dieses Finanzprogramms am besten verwirklichen und verantworten können. Jalander (1872 geboren) war seit 1917 Landeshauptmann der Provinz Nyland, in der die Hauptstadt Helsingfors liegt.

Die Fortschrittspartei, die im Kabinett Vennola die Führung hatte, ist im Ministerium Erich durch drei Mitglieder vertreten. Den Außenminister R. Holsti (1881 geboren) hat Erich aus dem Kabinett Vennola herübergenommen. Er war ursprünglich Journalist und Universitätsdozent der Soziologie. Im Jahre 1918 und Anfang 1919 war er Finnlands Geschäftsträger in England und wurde im Frühling 1919 zum Außenminister ernannt. Seine beiden Parteigenossen sind gleich ihm entschiedene Demokraten und Republikaner. Der Innenminister Freiherr A. A. von Hellens (1879 geboren) ist Jurist und war 1917 Landeshauptmann der Provinz Kuopio und 1919 der Provinz Tavastehus. Der Verkehrsminister M. Lavonius, der schon mehrfach für diesen Ministerposten in Aussicht genommen war, ist ein angesehener Leiter großindustrieller Unternehmungen, der sich durch seine sozialpolitischen Interessen, besonders auf genossenschaftlichem Gebiet, vielfach hervorgetan hat.

Die Agrarpartei oder der Ländliche Bund hat vier Mitglieder ins Kabinett gesandt: als Sozialminister den Führer der Reichstagsgruppe der Partei, Volksschullehrer und Redakteur V. Joukahainen, einen klardenkenden und besonnenen Mann, der in den radikalen Brandungen seiner Partei als ruhender Pol erscheint, als Landwirtschaftsminister den Landwirt E. Y. Pehkonen (1882 geboren), der schon in den Ministerien Svinhufvud (1917) und Ingmann

Digitized by Google

(1918) dasselbe Amt bekleidete und sich um die Hebung der Landwirtschaft, besonders in Ostfinnland, in hervorragender Weise verdient gemacht hat; als seinen Gehilfen, den Agronomen und Reichstagsabgeordneten E. W. Hahl, der außer Dr. Holsti der einzige ist, den Erich aus dem Kabinett Vennola übernimmt, und als Lebensmittelminister den Reichstagsabgeordneten und Landwirt Raatikainen, einen hervorragenden Genossenschaftler.

Die schwedische Volkspartei endlich wird durch zwei ganz vorzügliche Männer vertreten, den Justizminister, Hofgerichtpräsidenten K. J. Söderholm (1859 geboren) und den Handelsminister L. Ehrnrooth, der mehrfach eine erfolgreiche Vermittlerrolle in den schwierigen Konflikten und Verhandlungen zwischen den Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer spielte und auch sonst ein lebhaftes sozialpolitisches Interesse und Verständnis an den Tag gelegt hat. Beide haben bereits früher dieselben Posten mit hervorragendem Erfolge bekleidet.

Es gehören also zur Sammlungspartei vier, zur schwedischen Volkspartei zwei, zur Agrarpartei drei (nebst einem Ministergehilfen) und zur Fortschrittspartei drei Mitglieder des Kabinetts, das somit aus sechs Mitgliedern der Rechten und sechs (bzw. sieben) Mitgliedern der Linken besteht.

In der bürgerlichen Presse fand das Kabinett im allgemeinen eine sehr günstige Aufnahme. Wenn man sich auch keine übertriebenen Hoffnungen hinsichtlich seines politischen Gewichts als Gesamtheit hingeben wollte, fühlt man sich doch beruhigt angesichts der ausgezeichneten persönlichen Qualitäten einzelner Mitglieder, vor allem des Kabinettschefs selber, die dafür bürgen, daß es diesem Ministerium nicht bloß am guten Willen, sondern auch an der nötigen Arbeitsfähigkeit nicht fehlen wird.

Auch die Programmrede, mit welcher der neue Ministerpräsident die erste Sitzung des Kabinetts eröffnete, hat im allgemeinen durch ihren sachlichen und beherrschten Ton Beifall gefunden. Als erstes Ziel seines Programms bezeichnete Erich die Sicherstellung der staatlichen Selbständigkeit, Unabhängigkeit und territorialen Integrität Finnlands und die Behauptung der demokratischen Staatsordnung in Übereinstimmung mit der Verfassung. Außenpolitisch wird die Friedensliebe ausdrücklich betont, insbesondere gegenüber Rußland. „Die Regierung will," heißt es, „ihrerseits Feindseligkeiten zwischen unserem Lande und Rußland vermeiden und für einen solchen dauerden Frieden wirken, der den eigenen staatlichen Lebensinteressen Finnlands und den Verpflichtungen entspricht, die es den Stammesgenossen jenseits der Grenze gegenüber hat, welche seit Jahrhunderten der Grundvoraussetzungen für jeglichen Rechtsstaat ermangelt haben, nun aber mit unbestreitbarer Berechtigung eine volle Anerkennung und den Schutz ihrer nationalen Eigenart beanspruchen. In der aufrichtigen Hoffnung, daß Rußland binnen kurzem sich bereit zeigen wird, eine wirkliche Versöhnung einzugehen und

Digitized by Google

ein regelmäßiges internationales Zusammenarbeiten mit seinen Nachbarn aufzunehmen, müssen Volk und Regierung Finnlands besonders darauf achten, daß der innere Frieden des Landes, seine Rechts- und Staatsordnung nicht durch die bevorstehenden Friedensabmachungen aufs Spiel gesetzt werden."

In dieser wohlwollend-friedfertigen, aber zugleich in gewissem Sinne bedingten und entschieden staats- und ordnungsbetonenden Stellungnahme gegenüber Sowjetrußland liegt das kennzeichnende Charakteristikum der neuen Regierung in Fragen der Außenpolitik. Sie übernimmt nicht die ausschließliche Negation Mannerheims gegenüber Moskau, gibt sich aber auch anderseits keiner unbedingten Vertrauensseligkeit hin, sondern gibt ehrlich zu, daß sie vor Moskau auf der Hut ist, und auch aus welchen Gründen und zu welchem Zweck. In der allgemeinen Weltpolitik hofft die Regierung außerdem bald die Frage über den Eintritt Finnlands in den Völkerbund diskutieren zu können. Versöhnend und beruhigend wirkt auch die zuversichtliche Versicherung, die uralten Rechts- und Kulturüberlieferungen mit Skandinavien, insbesondere mit Schweden, in gemeinsamer wirtschaftlicher und geistiger Arbeit weiter pflegen zu wollen. Eine besondere Bedeutung erfuhr diese Versicherung durch die Erklärungen, die der Ministerpräsident über die Stellung der neuen Regierung zur einheimischen Nationalitätenfrage abgab. Volle Billigkeit und Berücksichtigung der berechtigten Ansprüche jeder der beiden Landesnationalitäten sollte ihr als Richtschnur dienen.

Zu den empfindlichsten Punkten im heutigen Staatsleben Finnlands gehört die Alandfrage, und zwar ist sie dazu geworden nicht durch die Schuld der Regierung, sondern infolge der Quertreibereien einer kleinen ultranationalistischen Clique auf Aland, die den Anschluß der Inselgruppe an Schweden betreibt, ohne sich in der Wahl der Mittel irgend einen Zwang aufzuerlegen. Verschärft wird die Frage durch die annexionistische Politik eines großen Teils der Presse Schwedens, die darauf dringt, die Einverleibung Alands mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu erzwingen, ohne Rücksicht darauf, daß Regierung wie Parlament in Finnland der Inselgruppe eine Autonomie zuerkennen, die den weitestgehenden Ansprüchen gerecht wird und auch von der schwedisch sprechenden Bevölkerung Finnlands und der schwedischen Volkspartei anerkannt worden ist. Auch die neue Regierung verspricht das ihrige dazu beizutragen, „daß der Bevölkerung Alands in Übereinstimmung mit ihrer Eigenart und ihren Bedürfnissen eine umfassende und vollkommen berechtigte Selbstverwaltung zugesichert wird".

Im Auslande ist manchmal die Frage aufgeworfen worden, warum Finnland, das unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker die auf russischem Gebiet lebenden, aber nach einer Vereinigung mit Finnland verlangenden Ostkarelier für sich beansprucht, den Ländern, die sich mit Schweden vereinigen wollen, jedoch nicht ihren Willen läßt, sondern sie unter allen Umständen in der

Digitized by Google

alten Vereinigung mit Finnland zurückbehält. Ohne hier auf die Frage im einzelnen einzugehen, sei darauf folgendes erwidert: abgesehen davon, daß nur ein geringer Bruchteil der Aländer (im westlichen Teile Alands) den unbedingten Wunsch einer Vereinigung mit Schweden hegen, bildet die ganze Bevölkerung der aländischen Inselgruppe an sich nur einen Bruchteil der gesamten schwedisch sprechenden Bevölkerung Finnlands, die gar nicht daran denkt, sich von Finnland zu trennen. Dazu kommt, daß das Verlangen der aländischen Separatisten im Grunde eine Schädigung ihrer eigenen Sprach- und Stammesgenossen auf dem finnischen Festlande bedeutet, die durch eine Abtrennung Alands immerhin eine Einbuße und Schwächung ihrer Nationalität in Finnland erleiden würden. Ganz anders verhält es sich mit der ostkarelischen Frage. Hier befindet sich ein zusammenhängendes Gebiet mit fast einheitlicher finnischer Bevölkerung, das durch eine geographisch vollkommen willkürliche Grenzlinie von seinen natürlichen Stammesgenossen abgeschnitten und einem vollkommen fremden Volk unterworfen ist, mit dem es sich trotz der jahrhundertelangen Einwirkung weder sprachlich noch kulturell hat verschmelzen lassen.

Die Finanzfragen sind wie überall in der Welt auch in Finnland besonders schwierig und drückend. Den Posten, der die größte Belastung darstellt, das Heer, verspricht der neue Kabinettschef einzuschränken. Wie weit ihm das gelingen wird, bleibt abzuwarten. Die Steuerlast ist natürlich auch in Finnland schwer. Damit sie trotzdem nicht eine gedeihliche Entwickelung des wirtschaftlichen Lebens behindere, will die Regierung einen rationellen Finanzplan für die nächsten Jahre ausarbeiten, laut welchem vor allem der zur Befriedigung der augenblicklichen Bedürfnisse unumgängliche Kredit nicht auf dem Wege der Papierpresse beschafft werden soll.

Die Sozialdemokratie diskutiert bereits die Frage, wie sie am raschesten diese Regierung stürzen kann. Noch vor Ablauf dieses Monats soll innerhalb der Partei darüber abgestimmt werden, wann und unter welchen Bedingungen die Sozialdemokratie sich an der Regierungsbildung beteiligen soll. Als Hauptgrund für die Gegnerschaft der Sozialdemokratie gegen das Kabinett Erich führt sie den Kriegszustand mit Rußland an, den sie unter allen Umständen beendet sehen will. Die soeben begonnenen Verhandlungen in Systerbäck dürften diesen Hauptgrund recht bald gegenstandslos machen, falls nicht Sowjetrußland wieder einen neuen Vorwand findet, um die Entscheidung in der Friedensfrage hinauszuschieben. Denn die Forderungen, die Finnland in dieser Frage stellt, stützen sich teils auf rechtlich längst anerkannte und bestätigte Ansprüche, wie das seit 1864 Finnland zugesprochene Gebiet von Petschenga am Eismeer, teils auf Tatsachen, die völkerrechtlich ein nicht geringeres Gewicht haben, nämlich auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker, wie das von den Ostkareliern ausgesprochene Verlangen, ihr Gebiet mit demjenigen Finnlands vereinigt zu sehen.

Digitized by Google

Wahlrecht und Interessenvertretung der Auslanddeutschen

Von Dr. Fritz Wertheimer, Stuttgart

Erst als im Kriege der Wirtschaftskrieg und die Blockade wirksam zu werden begannen, wurde sich das deutsche Volk langsam der Bedeutung des Auslanddeutschtums bewußt. Früher ließ man es sich genügen, daß die Ziffern unserer Handelsstatistik in raschem Tempo anstiegen, ohne sich zu überlegen, welches denn die Pfeiler und Tragstützen dieses immer mehr in die Höhe wachsenden Außenhandelsgebäudes waren. Man wußte nichts von ihnen — das war noch das beste, was den aus der Internierung zurückkehrenden Auslanddeutschen passieren konnte, und sie selbst, die zum Teil jahrzehntelang draußen gewesen waren, hatten den Kontakt mit der Heimat verloren, hatten in der Fremde ein Idealbild dieser Heimat stets vor Augen gehabt und waren nun größtenteils erschrocken über das, was sie in Wirklichkeit vorfanden. Sie, die in fremden Ländern und unter fremden Völkern den Blick für das Wesentliche der Politik geschärft hatten, waren entsetzt über die politische Teilnahmslosigkeit des deutschen Volkes, über seinen blinden Autoritätsglauben, über den Mangel an Denken und Wissen.

Nun ist nach langer und harter Aufklärungsarbeit die Erkenntnis vorhanden, ist sie letzten Endes von unseren Feinden auch noch demütigenderweise in den Friedensvertrag aufgenommen worden, indem man dort das Deutsche Reich verpflichtete, die Auslanddeutschen für diejenigen Verluste zu entschädigen, die ihnen die Raubtätigkeit unserer Gegner im Auslande zugefügt hatte. Es steckt ein vergifteter Pfeil in diesem Paragraphen des Friedensvertrages, der seine Wirkung über ferne Jahrzehnte erstrecken soll: Die Auslanddeutschen sollen das bittere Gefühl haben, daß die Heimat sie niemals entschädigt haben würde, wenn nicht der Befehl der Entente sie dazu gezwungen hätte. Diesem „Muß" soll nun ein freiwilliges Gewähren an die Seite gestellt werden. Man sucht nach Mitteln und Wegen, Heimat und Auslanddeutschtum enger miteinander zu verknüpfen. Geistig und kulturell leiden sie doch beide auf Jahrzehnte hinaus unter dem Lügen- und Verhetzungsfeldzug der Gegner, politisch sind sie doch beide gleichen Aufenthalts- und Niederlassungsbeschränkungen in feindlichen Ländern unterworfen, wirtschaftlich sind sie doch beide so stark aufeinander angewiesen wie nie zuvor. Ein gleiches Schicksal traf das gesamte Volkstum und macht nicht Halt an den staatlichen Grenzen des Deutschen Reiches. Deutschland braucht in erhöhtem Maße ein aufstrebendes Auslanddeutschtum, um Rohstoffe aus dem Auslande zu bekommen, um Fertigfabrikate in die entferntesten Winkel der Welt abzusetzen, Auslanddeutsche, die ihm die Erfahrungen und Forschungsergebnisse fremder Völker und Länder übermitteln, in harter, nimmermüder Arbeit langsam die über uns verbreiteten Lügen in der Welt beseitigen und das wahre Bild vom Deutschtum wieder herstellen.

Digitized by Google

Volk und Regierung sind nun von der Überzeugung durchdrungen, daß etwas geschehen muß, um den Auslanddeutschen einen starken Rückhalt in der Heimat zu geben, einen Rückhalt geistiger Art, der ein gewaltiges Gefühl des Verbundenseins erzeugt und von kräftigster Tragfähigkeit ist.

Das Ziel ist klar, aber die Möglichkeit der Lösung ist schwer. Drei Wege sind denkbar:

Einmal der Weg, die Auslanddeutschen in einem bestimmten Bezirke oder einer Stadt durch eine gewählte Vertretung an den Bestimmungen und Entscheidungen der diplomatischen und konsularischen Vertretungen des Deutschen Reiches teilnehmen zu lassen;

der zweite Weg, für die Auslanddeutschen in der Heimat eine eigene Vertretung von ganz bestimmtem Charakter zu schaffen

und endlich der dritte Weg, ihnen das aktive und passive Wahlrecht zum Reichstag selbst zu geben, um sie direkt an den gesetzgeberischen und politischen Arbeiten der Heimat zu beteiligen.

Der erste Weg ist unabhängig von den beiden anderen und könnte begangen werden, auch wenn die beiden anderen Möglichkeiten bejaht oder verneint würden, er ist also selbständiger Natur, und es sind auch Vorbilder in der französischen Kolonialverfassung vorhanden, die ihn als gangbar erscheinen lassen. Er schafft zwar nicht eine Vertretung aller Auslanddeutschen, sondern nur eine solche derjenigen, die in größeren Zirkeln zusammenwohnen, allein er wäre von nicht zu unterschätzendem Vorteil. Wenn die Deutschen eines bestimmten Bezirkes in freier, direkter, geheimer und allgemeiner Wahl einen kleinen Beirat für den Konsul oder Diplomaten des Deutschen Reiches am Orte wählten, so würde damit dem Konsul oder diplomatischen Vertreter ein kleiner Kreis sicherlich sachverständiger Männer an die Hand gegeben, der ihm sicherlich gute Dienste leisten könnte. Dieser Beirat sollte nach verschiedentlich vertretenen Forderungen das Recht haben, die allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Berichte des amtlichen Vertreters des Reiches vor ihrem Abgang an die Heimatbehörde zu lesen und ihnen, wenn er es für nötig hält, auch eigene Korreferate mitzugeben, die des Beirats abweichende Ansicht bekunden und belegen. Man braucht noch nicht so weit zu gehen, wie die extremen Politiker es wünschten, dem Beirat auch das Recht zu geben, gegen die Person des amtlichen deutschen Vertreters Einwendungen erheben zu können oder gewissermaßen eine Zustimmung des Beirats bei der Bestellung eines Amtsvertreters zuzulassen; eine derartige Regelung würde in der Tat die Befugnisse der Heimatzentrale stark beengen und würde die Gefahr bringen, daß die Interessen des Reiches von den Interessen einer kleinen Gemeinde von Auslanddeutschen nicht erkannt oder nicht beachtet würden.

Digitized by Google

Der Amtsvertreter des Reiches soll unter allen Umständen unabhängig bleiben. Wenn aber nach einer gewissen Mindestdauer der Tätigkeit der gewählte Beirat mit bestimmter Majorität und unter Anführung von Gründen aussprechen würde, daß der Amtsvertreter den Anforderungen der Auslanddeutschen nicht genügte, so müßte das in der Tat für die Zentrale Grund genug sein, ihn abzuberufen, denn dann ist ein ersprießliches Wirken wohl als ausgeschlossen zu erachten. Umgekehrt könnte der Amtsvertreter gerade in seiner konsularisch-kaufmännisch-berichtenden Tätigkeit durch die Mithilfe des Beirats gewaltig unterstützt werden, wie auch die kulturellen Interessen der Auslanddeutschen in Schule, Kirche und Presse-Angelegenheiten in solch gemeinsamer Arbeit tätige Förderung erfahren könnten. Nach der Revolution hat ein solches Zusammenarbeiten in gewissem Sinne schon in Deutschösterreich stattgefunden, wo in Wien ein Beirat, gebildet aus dem Vorstande des Bundes der Reichsdeutschen in Österreich, dem Botschafter und Generalkonsul zur Seite trat und sie bei der Ausstellung von Pässen, bei der Verteilung von Lebensmitteln aus Deutschland, aber auch in Berichten an die Zentrale, soweit man hörte, in einer beide Teile zufriedenstellenden Weise, unterstützte. Solche Beiräte wären ohne viel Schwierigkeit zu schaffen. Die Wahl wäre eine innerdeutsche Angelegenheit, die wohl kaum auf Widerstand des Auslandes oder auf politische Bedenken stoßen würde. Es wäre Vorsorge zu treffen, daß auch die kulturellen Interessen der am Orte befindlichen Schulen, Vereine usf. berücksichtigt würden und nicht eine einseitige kaufmännische Vertretung zustande käme.

Der zweite denkbare Weg, Auslanddeutschtum und Heimat enger miteinander zu verbinden, wäre derjenige der Schaffung einer *besonderen Vertretung der Auslanddeutschen in der Heimat*. Es sind hierzu eine Reihe von Vorschlägen gemacht worden, wie etwa der, dem Reichstag eine gewisse Zahl von gewählten Auslanddeutschen anzugliedern, die nicht im Parlament selbst Sitz und Stimme haben sollten, sondern die nur das Recht haben sollten, an Kommissionssitzungen teilzunehmen und dort zur Auskunft- und Raterteilung zur Verfügung stehen sollten, gleichzeitig aber auch die Interessen der Auslanddeutschen bei den einzelnen Gesetzen zu vertreten hätten. Man dachte ferner auch an die Möglichkeit, dem Auswärtigen Amte eine Anzahl von Auslanddeutschen oder früheren Auslanddeutschen anzugliedern und diese halbamtlichen Vertreter als Kommissare zu den Verhandlungen des Reichstags zu entsenden. Die fernere Möglichkeit der Schaffung eines eigenen Parlaments der Auslanddeutschen, eines „Tages" oder einer „Woche" der Auslanddeutschen, ist gleichfalls angeregt worden, ohne daß aber bestimmte Wahlvorschläge und nähere Darlegungen hierzu erfolgt wären. Doch hat in jüngster Zeit *Italien* Vorschläge in dieser Richtung ausgearbeitet, die wohl Beachtung verdienen. Das Italienische Kolonial-Institut soll die Zentrale

Digitized by Google

sein, um die sich die Vertretung der Auslanditaliener gruppiert. Es ist an eine doppelte Vertretung gedacht, an eine einmal jährlich zusammentretende Versammlung der Auslanditalienier, also an ein eigenes Parlament, und an eine dauernde Vertretung. Die dauernde Vertretung würde aus früheren Auslanditalienern geschaffen werden, es würden Länderreferate gebildet werden, die die Interessen der einzelnen Auslandgemeinden zu vertreten hätten. Auf diese Weise entstände also eine Art Gegenstück zum italienischen Auswärtigen Amt, eine Ergänzung, wenn man so will, zur Vertretung der privaten Interessen der Auslanditalienier. Die jährlich einmal zusammentretende Versammlung, das Parlament, sollte aus gewählten Vertretern bestehen, und zwar sollte jede Auslandgemeinde bis zu 30 000 Mitgliedern mindestens einen Vertreter wählen, die Höchstzahl der Vertreter eines Bezirks sollte acht Vertreter betragen. Zeitungsmeldungen zufolge sollten alle Vorbereitungen bereits getroffen sein und die Wahlen zu Anfang des nächsten Jahres in Angriff genommen werden. Doch ist etwas Sicheres über den ganzen Vorschlag bis jetzt nicht bekannt geworden. Bei einer Übertragung auf deutsche Verhältnisse könnte daran gedacht werden, die zuvor genannnten Beiräte der einzelnen deutschen Kolonien und Gemeinden zu einer solchen heimischen Vertretung oder einem Parlamente heranzuziehen, indem die frei gewählten Vorsitzenden dieser Beiräte an sich die Vertretungsbefugnis zu dem einmal jährlich zusammentretenden Parlament der Auslanddeutschen bekämen, aus jeder Kolonie und von jedem Beirat mindestens ein Vertreter zuzuziehen wäre und größere Gemeinden oder Kolonien das Recht auf Entsendung von mehr Vertretern bekämen. Jedenfalls könnte so ohne großen Wahlapparat und ziemlich geräuschlos ein sachverständiges Parlament für das Auslanddeutschtum gewonnen werden.

Der dritte gangbare Weg endlich ist die Verleihung des *vollen aktiven und passiven Wahlrechts an die Auslanddeutschen*. Ein ähnlicher Weg ist in der norwegischen Verfassung angedeutet, die den Auslandnorwegern das Wahlrecht zuerkennt, aber keine diesbezüglichen Ausführungsbestimmungen erhalten hat. Die Engländer haben während des Krieges zwar ihre Soldaten im französischen Schützengraben wählen lassen, das aber nur als eine Ausnahme erklärt. Sie haben allerdings von der Schweiz verlangt, daß diese die in Schweizer Gefangenenlagern internierten Kanadier und Australier zu den Wahlen der Dominions abstimmen ließe, die Schweiz hat das aber damals abgelehnt. Immerhin ist das englische Begehren als ein theoretisches Bejahen der Möglichkeit von Auslandwahlen wichtig. Einen neuen Versuch zum Beschreiten dieses Weges machen nun die drei der Öffentlichkeit vorgelegten Entwürfe zum Reichstagswahlrecht, die bezüglich der Auslanddeutschen alle drei übereinstimmende Regelung vorschlagen, eine Regelung, die auch in dem jetzt der Nationalversammlung zugegangenen Entwurf geblieben ist: Danach soll das gesamte Aus-

Digitized by Google

land einen Wahlbezirk bilden, für den der Reichswahlleiter zugleich Wahlleiter ist. Auf je 60 000 Stimmen soll ein Abgeordneter entfallen. Wählen können alle „Auslanddeutschen" (zum ersten Male sind sie hier gesetzlich definiert als Reichsdeutsche, die sich dauernd im Ausland aufhalten!), auch Inlanddeutsche mit einem Wahlschein, die sich vorübergehend im Ausland aufhalten, also Schiffsbesatzungen, Forschungsreisende usw. Gewählt werden soll durch Absendung des Wahlzettels an den nächsten Konsul und zwar innerhalb Europas spätestens am 30. Tage nach dem Wahltag, außerhalb Europas spätestens am 60. Tage. Der Entwurf hat, als er bekannt wurde, zunächst in der Heimat Bedenken ausgelöst, weil die vornehmste Pflicht des Inlanddeutschen, nämlich die des Steuerzahlens, doch vom Auslanddeutschen nicht getragen werden könnte. Man könnte ja ihn beim heute giltigen Rechtszustand gar nicht zu der Bezahlung zwingen, dabei aber sollte man solchen Zwang, selbst wenn man ihn unter Androhung des Verlustes des Wahlrechts ausüben könnte, wirtschaftlich auch gar nicht ausüben wollen, um nicht den an sich schon durch die Valuta finanziell belasteten und in der Konkurrenz in den Hintergrund gedrängten Auslanddeutschen fremden Mitwettbewerbern gegenüber allzu sehr in seiner Entwicklung und damit in seinem wirtschaftlichen Wert für die Heimat zu beeinträchtigen. Dem Wahlrecht ständen also keine Pflichten der Auslanddeutschen gegenüber und die Inlanddeutschen müßten sich mit der Überzeugung trösten, in den auslanddeutschen Vertretern ein besonders geschultes Material in das Parlament zu bekommen und mit der Gewährung des Wahlrechts einer allgemeinen völkischen Pflicht zu genügen.

Auch in der Schweiz hat der Entwurf große Gegnerschaft hervorgerufen und Schweizer Zeitungen haben vom Bundesrat entschiedene Ablehnung des Gedankens einer politischen Abstimmung von Nichtschweizern auf Schweizer Boden zugunsten eines fremden Landes verlangt. Über diese politischen Bedenken und Gefahren und die Möglichkeit, sie zu vermeiden, wird in der Nationalversammlung wohl noch gesprochen werden. Wesentlich ist, daß der Gedanke der Verleihung des Wahlrechts an die Auslanddeutschen zunächst einmal von der deutschen Regierung anerkannt ist. Das ist politisch, mag nun der Vorschlag ausgeführt werden oder nicht, ein großer Fortschritt, der den Auslanddeutschen in aller Welt den ehrlichen Willen der neuen Regierung zeigt, die Auslanddeutschen anders, besser als früher, zu behandeln. Insofern ist der Vorschlag politisch symptomatisch und bedeutsam, weil die in neutralen Ländern lebenden Auslanddeutschen in großer Zahl, soweit Pressestimmen das erkennen lassen, monarchisch gesinnt sind, eine unter ihnen stattfindende Wahl mithin der politischen Rechten Stimmen zuzuführen geeignet wäre. Allerdings rechnet man wohl bei der Abstimmung der Schiffsbesatzungen mit einer Entscheidung, die mehr nach der anderen Seite ausschlagen würde, es ist aber fraglich, ob bei der geringen Zahl von Schiffsbesatzun-

Digitized by Google

gen, die wir zunächst im Auslande haben werden, auf diese Weise eine Korrektur des Gesamtwahlresultats der Auslanddeutschen zu erwarten wäre. Daß eine demokratisch-sozialistische Regierung trotzdem das Wahlrecht der Auslanddeutschen vorschlägt, ist also ein gutes Zeichen politischer Erkenntnis und ein Beweis, daß man über Parteigesichtspunkte hinaus denkt. Jedenfalls darf man bei der politischen Beurteilung der Frage nicht vergessen zu erwähnen, daß ja die Auslanddeutschen für Jahre lang von der Heimat streng abgeschnitten waren und daß ihre Presse heute noch wesentlich auf Reuters und der Havas-Agentur Meldungen angewiesen ist, daß ihre Orientierung über Deutschlands äußere und innere Entwicklung im Kriege also mangelhaft und lückenhaft geblieben ist.

Einer der Hauptvorkämpfer für das Wahlrecht der Auslanddeutschen war der vor über Jahresfrist neu begründete „Bund der Auslanddeutschen", die Organisation aller zurzeit als Flüchtlinge in der Heimat befindlichen Auslanddeutschen, der als Interessen-Organisation auch mit der Ausschüttung der vom Reich zu leistenden Entschädigung beauftragt worden ist. Das Deutsche Ausland-Institut Stuttgart hat, als die Frage im vorigen Jahre zuerst erörtert wurde, ein Preisausschreiben erlassen, um die Frage des Wahlrechts erst einmal theoretisch und staatspolitisch zu klären, vor allem, um brauchbare Unterlagen für die Möglichkeit eines Wahlsystems zu schaffen. Das Preisgericht, bestehend aus fünf bekannten Universitätsprofessoren, hat von den 15 eingelaufenen Arbeiten zwei mit Preisen gekrönt und zwei zum Ankauf und zur Veröffentlichung empfohlen. Diese vier Arbeiten erscheinen nun in diesen Tagen als Band einer staats- und rechtswissenschaftlichen Serie von Schriften des Deutschen Auslandinstituts. Damit wird zur Kritik des Regierungsentwurfs erhebliches Material geliefert. Im Reichsministerium des Innern haben kürzlich Besprechungen zu der Frage selbst stattgefunden, zu denen die Interessenverbände und auch die beiden Preisträger des erwähnten Preisausschreibens eingeladen waren und bei denen alle politischen Möglichkeiten und Wege erörtert wurden. Es ist zu vermuten, daß dabei auch die Momente der Außenpolitik gebührende Beachtung fanden, die Schweizer Einwände besprochen und Wege gesucht wurden, wie man den an sich guten Gedanken verwirklichen kann, ohne daß er zu außenpolitisch bedenklichen Situationen führen müßte. Auf jeden Fall bedeutet aber der Schritt der Regierung eine neue und wertvolle Etappe zur Erreichung des Zieles: Innigere Verschmelzung der Heimat mit dem Auslanddeutschtum, das doch nur ein Splitter vom deutschen Volkstum ist und das enge an die Heimat zu fesseln gerade jetzt von besonderem Werte ist, wo wir durch die Folgen des Friedensvertrages eine große Zahl neuer Auslanddeutscher in unseren Grenzlanden bekommen haben und wo die zu erwartende Auswanderung die Zahl der Auslanddeutschen bald um wesentliche Ziffern wohl erhöhen wird.

Digitized by Google

Geschäftsstockung

Seit Jahr und Tag schreiben sich die volkswirtschaftlichen Schriftsteller die Finger wund, um eine Valutabesserung herbeizuführen, und die nichtschreibenden Fachleute zerbrechen sich den Kopf, wie dieses Ziel zu erreichen sei. Die letzten Wochen haben nun eine Valutabesserung gebracht. Da die meisten Menschen ein schlechtes Gedächtnis haben, so finden sie diese Erhöhung sehr erheblich. In Wahrheit aber will es nicht allzuviel heißen, daß nun wirklich in der Schweiz die Mark 9 und 10 Centimes wert ist, wenn man sich erinnert, daß der Normalstand 123 Centimes ist und daß man vor einem Jahr noch jeden für verrückt erklärt hatte, der einen derartigen Tiefstand für möglich hielt. Wie dem auch sei, eine Valutabesserung ist vorhanden und statt der Freude herrscht in weiten Kreisen, so paradox das klingen mag, einigermaßen Bestürzung. Denn die Valutabesserung hat eine Geschäftsstille ausgelöst, wie man sie in Deutschland wohl noch kaum erlebt hat. Kein Mensch kauft. Handel und Industrie, die noch vor wenigen Wochen von ihrer Kundschaft fast auf den Knien um Ware angebettelt wurden, bekommen nun Reklamationen und Schikanen. Im Zusammenhang damit gingen namentlich die Rohstoffe außerordentlich im Preise herab. Lebensmittel, Metalle und vor allem Häute und Felle haben hier die Führung. Preisrückgänge auf die Hälfte des früheren Standes sind nichts Seltenes. Viele sind nun versucht, von diesem scharfen Preisrückgang für Rohstoffe auf eine ähnliche Verbilligung der Fertigfabrikate zu schließen. Das ist in hohem Grade zweifelhaft, denn wenn auf der einen Seite die Valuta sich bessert und damit die Einfuhr sich verbilligt, so steigt Tag für Tag augenblicklich noch das Lohnniveau. Es gibt kaum einen Geschäftszweig, in dem man nicht von geradezu grotesken Neuforderungen liest. So fordern, um ein kleines Beispiel zu geben, augenblicklich die Schneider eine Erhöhung ihrer Grundgehälter um 200 Prozent, was für die gegenwärtigen Tarife einem Zuschlag von 35 Prozent gleichkommt. In der Lederindustrie haben die Schlichtungsausschüsse in Frankfurt jetzt einen Lohn von 4,50 bis 5 Mark pro Stunde zugebilligt usw.

Freilich, eines könnte erreicht werden, wo jetzt die Kaufgier ins Gegenteil umgeschlagen ist: die außerordentlich großen Zwischengewinne, die jeder einzelne auf die Ware schlägt, werden sich wohl verringern, und das wäre ein großes Glück für alle Beteiligten. Man ist seit fünf Jahren ans Grobverdienen gewöhnt, man schlägt das Mehrfache des Früheren auf die Ware und bekommt alles, weil ja der Heißhunger allzu groß ist. Wenn das aufhören sollte, so wäre das Glück deshalb so groß, weil nachgerade der Zeitpunkt gekommen ist, in dem die bis jetzt merkwürdigerweise noch aufrecht erhaltene Kaufkraft des Publikums nachzulassen beginnt. Dieses Nachlassen der Kaufkraft kommt namentlich auch zum Ausdruck beim Detailisten. Dieser soll für die jetzt zur Ablieferung gelangenden Waren bei vielen Stoffen das Vierzig- und Fünfzigfache des Preises entrichten. Während er aber früher, als alles noch so unvergleichlich viel billiger war, 3 und 6 Monate Kredit erhalten hat, verlangen heute die Bedingungen Barzahlung, wenn nicht gar Vorherbezahlung. Ein außerordentliches Betriebskapital ist damit für die Geschäfte erforderlich und dieses fehlt. Dieser Mangel an Kapital zusammen mit der Valutaerholung sind die eigentlichen Faktoren der Geschäftsunlust.

Eine ganz besondere Beachtung verdient die Lage des Exporteurs. Es ist bekannt, daß eine schlechte Valuta eine Ausfuhrprämie darstellt und daß wir infolgedessen in den letzten Monaten die billigen Leute auf dem Weltmarkt geworden sind. Je mehr sich die Valuta bessert, desto geringer wird die Ausfuhrprämie und desto schwerer auch die

Digitized by Google

Konkurrenzfähigkeit. Schon behaupten ja die Fabrikanten etwa der Textilbranche, daß sie bei einem Stand von 17 Cents für die Mark außerstande sein werden, weiter auszuführen, denn die Löhne seien bei uns derartig gestiegen, daß hier Schwierigkeiten entstünden. Ob diese Rechnung stimmt, mag bezweifelt werden. Sie beruht auf der Tatsache, daß heute jeder Unternehmer in Deutschland ungesund hohe Gewinnaufschläge auf seine Waren berechnet. Wenn eine Exportware in den verschiedenen Stadien der Fabrikation durch vier oder fünf Hände gegangen ist, so haben ebensoviel Leute ihre 20 Prozent Nutzen daran genommen. Wenn statt 20 Prozent aber nur 5 Prozent verdient würden, so würde das Endprodukt außerordentlich verbilligt werden und die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt würde sich dann vielleicht nicht schon bei 17, sondern erst bei 25 Centimes einstellen. Dazu kommt aber ferner, daß in sehr vielen Industrien teils aus Rohstoff-, teils aus Kohlenmangel nur 30 oder 40 Prozent des Betriebes ausgenutzt werden können. Wird es nun gelingen, vor allem durch eine Verbesserung der Valuta die Rohstoffimporte zu erhöhen und vielleicht mit voller Kraft zu arbeiten, so würden sich die Unkosten auf ein dreifach größeres Quantum verteilen und die Kalkulation würde sich entsprechend verbilligen. Alles das sind Faktoren, die heute beachtet werden müssen.

Immerhin, auch derjenige, der sich über eine Valutabesserung freuen muß, und das ist vor allem der Konsument, darf sich nicht verhehlen, daß sehr starke Schwankungen der Reichsmark auch nach oben unbestreitbare Gefahren nicht nur für den Kriegsgewinnler mit sich bringen, sondern auch für den Arbeiter. Denn wenn wirklich der Export zum Stocken kommen sollte oder die Kaufunlust auch im Innern noch weiter um sich greifen würde, so wären ja auf die Dauer Arbeiterentlassungen unvermeidlich. Und deshalb ist der Gedanke gar nicht von der Hand zu weisen, auf dem Gebiete der Valuta eine gewisse Regulierung eintreten zu lassen. Natürlich gehen wir nicht so weit wie der naive Industrielle, der vor einiger Zeit, als die Valuta sich so rasch besserte, allen Ernstes verlangt hat, die Regierung müßte Maßnahmen gegen eine weitere Aufwärtsbewegung der Mark vornehmen. Das klingt ja geradezu pervers. Immerhin wäre zu überlegen, ob man nicht Mittel und Wege finden sollte, um eine stufenweise Verbesserung der Mark in die Wege zu leiten. Das ist nicht so unmöglich, wie es klingt. Wenn es beispielsweise gelänge, die in Amerika beschlagnahmten Warenguthaben in Form einer Anleihe uns wieder zur Verfügung zu stellen, so könnte man aus einem Teil dieser Summe eine Art Garantiefonds zur Stabilisierung der deutschen Valuta errichten. Man könnte beispielsweise sagen, eine Stelle in Newyork kauft Wechsel auf Deutschland zu 2½ Cents (das wäre ein Stand von 40 Mark für den Dollar in Deutschland), während dieselbe Kasse bei 3 Cents (das wären 33⅓ Mark) Valuta auf Deutschland abgibt und somit auf den Kurs drückt. Wenn sich nun nach einigen Monaten herausgestellt hätte, daß die Verhältnisse in Deutschland sich weiter bessern, daß die Welt eine gute Meinung für die Mark hat, so könnte man den Mindestankaufssatz auf 3, den Höchstsatz auf 4 Cents festsetzen und so wäre allmählich eine stufenweise Besserung der deutschen Valuta erreicht. Die deutsche Wirtschaft könnte sich mit ihren Löhnen danach allmählich einrichten und wäre vor ernsten Erschütterungen bewahrt. Vielleicht fällt der Gedanke auf fruchtbaren Boden.

Linter.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt. Redaktion: Schöneberger Ufer 36a I. Telephon: Nollendorf 928. Für Anzeigen: Werbedienst G. m. b. H., Berlin W. 35, Lützowstr. 102/4. Verlag: Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW. 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt 10 M. Einzelnummer 1 M.
Gedruckt in der Buchdruckerei Hermann Bergmann, Berlin SW. 48.

Digitized by Google

5. Jahrgang * 7. Mai 1920 * Heft 19

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Die sozialistischen Parteien haben aus der Forderung, den 1. Mai zum gesetzlichen Feiertag zu erheben, eine große, wahltaktische Angelegenheit gemacht. Sie werfen den übrigen politischen Gruppen vor, daß ihnen das Verständnis für die Seele des Arbeitets fehle, der sich diesen seinen Feiertag nicht rauben lasse. Es handelt sich aber gar nicht darum, ihn zu rauben. Sondern um das andere: ob ein Tag, der durch ein paar Jahrzehnte als Parteifest gefeiert wurde, der ein Kampf- und Protesttag war, nun für ein ganzes Volk zur verbindlichen Feier erklärt werden soll. Wenn sich die Rechtssozialisten zur Demokratie bekennen, müssen sie ohne zu viel demagogischen Lärm zugeben, daß eine Mehrheit des Volkes nicht in dem Bekenntnis zum Internationalismus und zum marxistischen Sozialismus seine seelische Erhebung findet. Wenn das neue Deutschland sich einen Nationalfeiertag sucht, braucht es nicht einen zu nehmen, der sich selber in seiner Geschichte als Parteiveranstaltung gekennzeichnet hat.

*

Die Kommunisten Deutschlands sind furchtbar damit beschäftigt, vor Deutschland ein Kasperle-Theater aufzuführen. Gegenseitig beschuldigen sie sich, daß ihre Führer, heißen sie Lauffenberg oder Levin, Spione oder Kreaturen von Offizieren seien. Das Betrübliche an diesen schlechten Kommödien ist eigentlich aber dies, daß Tausende deutscher Arbeiter, die heute gescheiteres zu tun hätten, sich mit solchem Zeug ihre politische Phantasie füttern.

*

In Dänemark ist die bisherige Regierungsmehrheit, aus Radikalen und Sozialisten zusammengesetzt, durch die Neuwahlen gestürzt. Das Ministerium Zahle, das mit kühler Vorsicht durch die Jahre des Weltkrieges hindurchgesteuert hatte, gehört der Vergangenheit an, nachdem es noch im vergangenen Jahr sich eine

Digitized by Google

knappe Mehrheit hatte retten können. Wir brauchen uns nicht den Kopf zu zerbrechen, ob innerpolitische Gründe, Verstimmungen über den Konflikt mit dem König, die Schuld tragen. Für uns ist deutlich, daß der Wahlausfall, der vermutlich den Bauernführer J. C. Christensen an die Spitze eines Kabinetts bringen mag, zwangsläufig zu einem Erstarken des Chauvinismus führen wird. Ob Christensen selber, was er bisher nicht tat, Flensburg seinem Staat einverleiben möchte, bleibt einstweilen fraglich; aber sicher wird der Behelfsgedanke der Internationalisierung der zweiten schleswigschen Zone, der ja auch in England Sympathien hat, sich wieder als positive Forderung melden. Reichsminister Dr. Koester, der die schleswigschen Dinge kennt, wird hier Material bekommen, das auch für Spaa wichtig sein kann.

*

Ukrainer und Polen haben gegen den Bolschewismus ein gemeinsames Abkommen getroffen. Bleibt der begonnene Vormarsch keine Episode, so dürfte damit das osteuropäische Problem vor einer neuen Entscheidung stehen. Petljura, der Führer der national-ukrainischen Bewegung, hat sich zu diesem für jeden Ukrainer schweren Schritt entschließen müssen, weil ohne eine Vereinbarung mit Polen die Anerkennung der Selbständigkeit der Ukraine von der Entente nicht zu erreichen gewesen sein dürfte. Wie hoch der Preis ist, den Petljura Polen hat zahlen müssen, ist noch nicht bekannt, aber gering werden die Ansprüche der Polen nicht sein. Petljura dürfte bei diesen Verhandlungen von dem politisch richtigen Standpunkte ausgegangen sein, daß es vor allem darauf ankäme, zuerst einmal die internationale Anerkennung des ukrainischen Staatswesens zu erlangen. Ist das erst einmal geschehen, so wird es der späteren Zeit überlassen bleiben müssen, die geopferten Gebiete wieder zurückzugewinnen. Ob das ukrainische Volk Petljuras Standpunkt teilen wird, ist noch nicht gewiß. Wir haben aber das Gefühl, daß er auch bereit wäre, sich nach Erlangung der Unabhängigkeit zu opfern, weil er erkannt hat, daß sie allein die Vorbedingung für die spätere Entstehung des ukrainischen Staates ist.

*

Um Präsident Wilson wird es immer einsamer. Jetzt hat auch die demokratische Fraktion im Senat sich in Underwood einen neuen Vorsitzenden gewählt, der ein scharfer Gegner der Wilsonschen Politik in der Behandlung der Friedensfrage ist. Das dürfte Wilson um so schmerzlicher sein, als er sich bisher auf den Leiter der demokratischen Fraktion im Senat Hitchkok, völlig verlassen konnte. Wilsons Eigensinn, das unterliegt schon heute keinem Zweifel mehr, hat die Position der Demokraten beim nächsten Wahlkampf stark unterhöhlt und die Niederlage der Partei dürfte kaum mehr aufzuhalten sein.

Digitized by Google

Von San Remo nach Spa

Von Dr. Theodor Heuß

Zwei Städtenamen denkwürdiger Erinnerung. In den Frühlingstagen des Jahres 1888 starben an dem südlichen Krankenlager des Kronprinzen Friedrich Wilhelm die staatspolitischen Hoffnungen der deutschen Liberalen; manche Stunde hat versucht, den Gang unseres Schicksals auszudenken, wenn damals die Katastrophe nicht eingetreten, sondern Fürst und Parlament sich auf den Weg gemacht hätten, ein neues Verfahren der inneren Kräftegestaltung zu finden. Wäre Friedrich, zur Macht gelangt, sich selber treu geblieben, entschlossen, klar, die Verantwortung mit dem Parlament zu teilen? Seine politischen Vertrauten, der Kreis der Rickert, Schrader, glaubten es. Der Vater mißtraute offenbar dem politischen Temperament des Sohnes, (der Schlußband der Bismarckschen Erinnerungen bleibt uns auch um solcher Dinge willen vorenthalten); die Sicherung der Dynastie sollte durch ein engeres Bündnis mit den liberalen und demokratischen Anschauungen geschehen. Das Experiment wurde nicht gemacht, wurde hastig und dann doch unsicher versucht, als es zu spät war. Die Zeichen wiesen auf Spa — dort sammelte zwar die preußisch-deutsche Überlieferung, der Friedrich selber in ein paar Feldzügen gedient hatte, die militärische, noch einmal ihre Macht zu einer furchtbaren und grandiosen Ballung; dann aber kam das Ende, jener Augenblick, da der unterhöhlte Boden sachlicher und moralischer Autorität zu zittern, zu wanken begann, und in seinen Stößen das Kaisertum zusammenbrach. Die vergnügte Bäderstadt der belgischen Ardennen war der Zeuge dieses Schlußaktes einer Tragödie, dessen eigentlicher stummer Held die großen Gedanken der Reichsgründungszeit gewesen.

Die Entente hat vor Wochen eine Zusammenkunft ihrer führenden Staatsmänner nach San Remo verabredet, um mit der türkischen Frage, sozusagen, ins reine zu kommen. Deutschland stand nicht auf dem Programm. Es sollten noch einmal die Karten verglichen werden, in welche Länder und Interessensphären künftig das osmanische Reich zerfallen werde. Das ist denn auch geschehen, sauber, reinlich auf dem Papier — man weiß nun, was die Gesellschafter der Weltliquidation hier, was sie dort sich vorbehalten wissen wollen; aber während man interessiert und skeptisch davon Kenntnis nimmt, fangen die Buchstaben zu grinsen an. Denn sie wissen davon, daß die Dynamik der irrationellen Kräfte, der nationalen, religiösen, ja der wirtschaftlichen und geographischen etwas ganz anderes sind als Klugheit und Begehrlichkeit von Kabinettspolitikern. Sie wissen auch, daß viel davon, daß etwa das amerikanische Mandat über Armenien, von den Leuten selber mit einem zweifelnden Unbehagen niedergeschrieben wurde.

Digitized by Google

Dies mag für heute auf sich beruhen.

Unmittelbarer geht uns die Tatsache an, daß Deutschland ein Kernstück der feindlichen Unterhaltungen wurde — nicht weil wir in einer Note die Erhöhung unseres stehenden Heeres auf 200 000 Mann angetragen hatten (ein anderer Zeitpunkt wäre vernünftiger gewesen), sondern weil Millerand und Lloyd George die verschiedenen Auffassungen über den Friedensbruch von Frankfurt zu bereinigen hatten. Offenbar kamen sich die verbündeten Staatsmänner mit einigem Mißtrauen entgegen. Lloyd George liegt zwar an dem Schicksal des Maingaus sehr wenig und Morels flammende Proteste gegen den „schwarzen Terror" in deutschen Kulturstätten wird ihn nicht sehr bewegen, aber er mußte Millerand eine Lehre erteilen. Das Aus-der-Reihe-Tanzen des Pariser Imperialismus darf nicht geduldet werden! Schon in der Kohlennote des Februar hatte der französische Premier beansprucht, von sich aus den Deutschen Repressalien anzudrohen; das ist als Erbe Clemenceaus in seinem Verhältnis zu Wilson dem Nachfolger überkommen, daß ein fait accompli für Frankreich, den Nachbar der deutschen Wirklichkeiten, die aussichtsreichste Politik ist. Da sich aber Lloyd George mit Paris noch über einige andere Dinge zu unterhalten hat, so will er diese Methode nicht zur Übung werden lassen. Er spielt das britische Prestige gegen das französische aus. Das ist der Kern von San Remo. Deutschland ist zunächst nur der Gegenstand, an dem das Verfahren demonstriert wird. Wenn es ihm möglich ist, zugleich in Druck und Milderung anderwärts Kompensationen zu erzielen — um so besser. Er weiß, wie sehr Frankreich sachlich an die englische Unterstützung gebunden ist — aber er selber darf es auch nicht loslassen, weil es draußen in der Welt, wenn auch nicht unmittelbar militärische, so doch diplomatische und politische Kombinationen gibt, mit schwachen Stellen der angelsächsischen Herrschaft — Japan!

Es war unzweifelhaft, daß man sich in San Remo zu einer „Verständigung" zusammenraufen würde. Sämtliche Staatsmänner wären parlamentarisch in die Luft geflogen, wenn sie mit leeren Händen heimgekommen wären; denn wenn die Presse in Paris, London und nun auch Rom aus den Phrasen der Kriegsverbrüderung herausgetaumelt ist und sich wieder in den früher beliebten, bitteren oder boshaften Pointen gegen die Freunde übt — die Phantasie und das sachliche Interesse der Völker würde ein spürbares Auseinandergehen ihrer politischen Taktik nicht ertragen. Das Schwergewicht der wirtschaftlichen Sonderinteressen von diesem, von jenem ist groß genug — es darf nicht noch in eine politische Beleuchtung kommen. Es mußte nur die richtige Formulierung gefunden werden.

Sie ist gefunden worden, und zwar geschickt genug, daß alle aus ihr Lorbeerblätter des Sieges pflücken konnten. Alle haben gesiegt. Millerand hat, ohne daß Frankfurt genannt wird, eine nachträgliche Rechtfertigung erhalten, insofern

Digitized by Google

weitere Besatzungen als legitimes Druckmittel zur Überwachung der Friedenserfüllung auch in der Zukunft angesprochen werden; aber der Entschluß muß von der Gesamtentente gefaßt werden. Deutschland bekommt in der Frage der Heeresstärke kein Zugeständnis — es ist anzunehmen, daß auch Lloyd George dazu nicht bereit war, denn er mußte darin selber die erste deutliche Scharte des Versailler Friedensinstrumentes sehen. Paris bucht diese Einigkeit in seinem Haben-Konto; denn alle französische Zeitungen sind morgens und abends damit beschäftigt, der Welt die tollen Absichten des amtlichen deutschen Militarismus zu erzählen, dies mit freundlicher Unterstützung deutscher „Unabhängiger"; der Eindruck des Einmarsches in Frankfurt, der doch einigermaßen brutal war, soll durch diesen künstlichen Lärm, halb Angst, halb schlechtes Gewissen, abgestumpft werden. Einigkeit herrscht darüber, daß von den Versailler Bestimmungen nichts abgestrichen werden darf; Frankreich hat ein dickes Buch mit den deutschen Vertragsbrüchen angelegt, und England kann nichts weiter dagegen haben, wenn die französischen Politiker in ihrem kleinsinnigen und großredenden Sadismus sich festbeißen.

Aber, sagte Nitti, und Lloyd George nickt, diese Klagen interessieren uns nicht so sehr; die Adresse dafür ist die deutsche Regierung. Weil man aber dem Franzosen das diplomatische Solospiel vorhin verboten hat, darf man ihn nicht auf Berlin loslassen. So kommt der Vorschlag der Aussprache mit dem deutschen Reichskanzler zustande: Unterhaltung zwischen Paris und Berlin, in Spa, unter englisch-italienischer Aufsicht. Millerand ist in einer peinlichen Lage bei diesem Vorschlag, denn die Presse, auf deren Beifall er angewiesen ist, tobt bei dieser Anregung. Clemenceaus Vermächtnis des Diktats kommt in Gefahr. Aber schließlich muß Millerand nachgeben, und er kann es, denn die Stilisierung der abschließenden Note ist dick beschwert mit Vorbehalten. Deutschland wird zu Vorschlägen finanzieller Natur, wird zur Bekundung seiner guten Gesinnung zugelassen. In Paris, noch unsicher, ob ein Schaustück des erneuerten Triumphs oder eine riskante Kraftprobe tatsächlicher Entscheidungen in Spa bevorsteht, entschließt man sich, diese kommende Aussprache als für Friedensverhältnisse „normal" anzusehen.

Die Unterhaltung hat natürlich keinen Sinn, wenn sie nur Entgegennahme von Erklärungen sein soll. Dabei ist dem Notenwechsel gegenüber nicht viel gewonnen. Die Sätze des Friedensvertrags sollen wohl als das Geländer für alle Bewegung gelten; aber was kann es nützen, wenn es hier, wenn es dort schon wurmstichig und brüchig geworden? Es kommt alles darauf an, daß unsere Vertreter Ernst und Würde besitzen in dieser Aussprache, aber auch, daß sie zuverlässiges Tatsachenmaterial in den Händen haben. Deutschland steckt voll Agenten und Kommissionen der Entente, deren Auskundschaftsbedürfnis Falsches mit Wahrem mischt. Deutsche Lumpen und Denunzianten stehen ihr zur Verfügung. Unsere Vertretung den Gegnern gegenüber hat nicht die Aufgabe, „schlau" oder gerissen zu sein.

Digitized by Google

Die deutsche Regierung soll in Spa genaue Vorschläge machen, wie sie sich die Durchführung des Vertrags denkt und über diese Durchführung will man dann mit ihr reden. Solche Vorschläge sind ja von uns auch schon in Versailles gemacht worden; es war zwecklos. Denn die Feinde haben ja als Methode ihrer Politik die glänzende Einrichtung getroffen, uns die Werkzeuge zu zerschlagen, mit der die gewünschten Waren erstellt werden sollen — Auslieferung der Docks. Die Klagen der Franzosen über Nichterfüllung sind von einer größeren, einer geringeren Lieferung unabhängig — denn das Werk von Versailles ist zu monströs, um nicht immerzu Einwänden den Weg freizugeben. Nun aber sagen uns die deutschen Enthusiasten der „Kontinentalpolitik": Frankreich wird solange der kleinliche Schwierigkeitenmacher bleiben, als es zu spüren glaubt, daß Deutschland sich gegen den Geist von Versailles wehrt. Ist die Gesinnung die richtige, will man um den Buchstaben nicht streiten. Soll Deutschland sich an den Buchstaben klammern, soll es dem Geist sich loyal hingeben? Ist das nicht törichtes Journalistengeschwätz? Die Buchstaben des Vertrags sind gerade an den Kernstellen wolkig, nebelhaft; sie sind aber auch die Träger jenes Geistes, dessen loyale Anerkenntnis die biedermännische Bereitschaft zum allseitig empfohlenen und bedauerten Selbstmord bedeutet.

Die deutsche Regierung hat Gründe genug, loyal zur Erfüllung des Friedens zu stehen — das ist sie vor allem den besetzten Gebieten schuldig, deren Leidenszeit nicht ins Unermeßliche verlängert werden darf. Aber sie ist — trotz allem — eine Regierung für Deutschland. Der Wiederaufbau Nordfrankreichs ist wichtig (wenn auch Paris Angst davor hat, diese Frage mit ernsthafter Kraft und nicht bloß agitatorischer Gebärde anzufassen), aber daß Deutschland leben kann ist wichtiger, für uns wenigstens. Frankreich wird Deutschland nichts erlassen, was ihm erreichbar ist, und was wir ihm heute, da seine Forderungen noch ohne Grenzen sind, hinwerfen, wird es vergessen haben und nochmals verlangen, wenn der Handelsprozeß weitergeht. Es ist unersättlich, und muß es sein, weil Deutschlands Fleiß helfen soll, die Gefahr der eigenen Wirtschaftskatastrophe abzuwenden. Der „rentier paisible" kann sich eine Zeitlang vom Schaum des kriegerischen Ruhmes in seiner Genügsamkeit sättigen, aber eine nationale Wirtschaft braucht kräftigere Kost, Arbeit, Entsagung. Und zu ihr fehlt drüben noch der Mut. Das ist aber noch nicht Grund genug, daß wir uns dienstbeflissen zum Hausknecht erniedrigen.

Wir können mit Frankreich sachlich erst sprechen, wenn es nüchtern ist. Es klingt wie Hohn, wenn Paris sich über Mangel an deutscher Loyalität beschwert, ein paar Wochen nach dem Friedensbruch von Frankfurt. Seine ganze Politik in der Frage der Truppenziffer des Ruhrgebiets zwingt uns geradezu, trotz allen Tiraden, den ungeschwächten und bösen Vernichtungswillen der Pariser Staatsmänner als lebendigste Kraft in unser Bewußtsein einzusetzen. Nur Kinder in

Digitized by Google

Deutschland atmen beruhigt auf, wenn der Oberste Rat erklärt, daß nie beabsichtigt sei, deutsche Gebiete zu annektieren. Diese Leute sind bescheiden geworden. Es gibt im übrigen noch schlimmere Dinge als Annexion: Das sind moralische Erdrosselungen.

In San Remo hat Nitti, der Vertreter des schwächsten Entente-Staates, eine führende Rolle spielen können, weil er nicht mit der Phraseologie der Kriegszeit belastet ist und ein paar Ideen hat, die über den Tag hinauswollen. Ideen, nicht Einfälle, mit denen Lloyd George von Monat zu Monat sein politisches Dasein bestreitet. In Spa wird sich erweisen, ob die Liquidation des Weltkriegs nach Gedanken geordnet werden will oder ob sie weiterhin nur mit taktischen Auskunftsmitteln weitergeschleppt werden soll. Die aktive Rolle Deutschlands dabei mag, bei aller „Gleichberechtigung", noch nicht sehr weitreichend sein, denn vermutlich wird Frankreich durch einen unendlichen Katalog der Anklagen und Ansprüche den Durchstoß zu einer freien Sachlichkeit zu verrammeln suchen. Die Abgrenzung der deutschen Schadenersatzpflichten wird Delirien von Zahlenmilliarden sehen. Deutschland wird bei dieser Aussprache für seine moralischen Rechte noch kein Echo finden — darüber mögen wir von aller Illusion unbeschwert bleiben. Aber wir werden mit Nüchternheit den Tatbestand unserer nationalen Lebensnot gegen den Geist wie gegen den Buchstaben von Versailles zu vertreten haben.

Die auswärtige Politik der österreichischen Republik

Von Alfred Pisch (Innsbruck)

Staatskanzler Dr. Renner ist wiederholt in Paris gewesen und hat sogar Clémenceau Dinge nachgerühmt, die ihm nicht einmal seine intimsten Freunde nachsagen und Dr. Renner wählte noch dazu eine überschwengliche Form, die wenig sympathisch war — denn Frankreich war nun einmal Österreichs, des deutschen Österreich, Feind und es hat noch nicht bewiesen, daß es heute sein Freund ist.

Staatskanzler Dr. Renner war in Prag. Er benahm sich dort so, als ob die tschecho-slowakische Republik ein tschechischer Nationalstaat wäre, er machte den tschechischen Machthabern Elogen, die die vier Millionen Deutschen dieses Staates — deren Fürsprech Dr. Renner noch vor einem Jahr zu sein behauptete — tief verletzten und erbitterten, um so mehr, als ihre Existenz von dem Staatskanzler geradezu ignoriert wurde. Niemand wird Dr. Renner zumuten, daß er sich in die Angelegenheiten eines anderen Staates einmengen solle, aber niemand wird leugnen können, daß er auf der einen Seite in der Schwärmerei für die Tschechen, auf der anderen Seite in der fast ängstlichen Fernhaltung von den Deutschen zu weit ging.

Digitized by Google

Staatskanzler Dr. Renner war in Rom und es war seine moralische Pflicht, die Frage des Schicksals Deutschsüdtirols in irgendeiner Form zur Sprache zu bringen — die Einverleibungserklärung durch das Königreich Italien war noch nicht ausgesprochen und es hing nur von seiner diplomatischen Geschicklichkeit ab, daß er die Angelegenheit auf eine Art berührte, die in Italien nicht verletzen konnte. Daß man hierfür in den leitenden Kreisen der italienischen Staatsmänner Verständnis besaß und besitzt, beweist am deutlichsten die Tatsache, daß es der italienische Ministerpräsident Nitti war, der spontan auf die Südtiroler Frage zu sprechen kam. Da mag vielleicht dem Staatskanzler, der daheim einst so schöne Worte für die verlorenen Brüder südlich des Brenner gefunden hatte, die Erkenntnis seines Versäumnisses aufgegangen sein und wir wollen hoffen, daß e aus dem Verhalten des italienischen Regierungschefs für künftige Fälle eine Lehre zieht.

Staatskanzler Dr. Renner wird auch bald nach Belgrad reisen und es besteht kein Anlaß dazu, daran zu zweifeln, daß er in absehbarer Zeit den Weg nach Warschau findet, vielleicht sogar nach Budapest, wenn sich die präpotenten Herren einigermaßen darüber beruhigt haben, daß alles deutsches Land (das sogenannte Westungarn der Heinzen und Heidebauern) einem deutschen Nationalstaat angegliedert wurde.

Überall in der Nachbarschaft war also Staatskanzler Dr. Renner schon oder ist im Begriffe hinzureisen, insbesondere bei den Nachbarn von einiger Bedeutung, den weiten Weg und die hohen Kosten mehrerer Pariser Reisen hat er nicht gescheut, nur in — Berlin war er bisher noch nicht und man hört und liest auch nichts davon, daß er eine persönliche Zusammenkunft und Aussprache mit den leitenden deutschen Staatsmännern anstreben würde.

Natürlich ist dies mit der von Dr. Renner proklamierten westlichen Orientierung der auswärtigen Politik der österreichischen Republik in engste Verbindung zu bringen. Allein es will mir scheinen — und die erdrückende Mehrheit der Deutschösterreicher denkt genau so — daß selbst die westliche Orientierung den für die österreichische Außenpolitik verantwortlichen Staatsmann unter gar keinen Umständen veranlassen dürfte, den Draht nach Berlin abzubauen oder gar alle die tausend und abertausend Fäden, die Volk und Wirtschaft Österreichs mit Volk und Wirtschaft des Deutschen Reiches verknüpfen, zerreißen zu lassen, vielleicht selbst dazu beizutragen, daß sie reißen. Es ist aber nicht zu leugnen, daß Dr. Renners Verhalten diesen Eindruck hervorrufen muß, denn seine Schwenkung zur Entente und deren Gefolgschaft nach dem Rücktritte des Staatssekretärs Dr. Bauer war scharf und kantig und es ist eine offen zutage liegende Tatsache, daß die Beziehungen zwischen Berlin und Wien eine Abkühlung erfahren haben, wie sie wohl in den letzten vierzig Jahren kaum jemals zu verzeichnen war. So

Digitized by Google

konziliant und von Höflichkeitsphrasen überfließend Dr. Renner dem Ententekonzern gegenüber ist, so brüsk und rücksichtslos ist er, wenn es sich um den deutschen Norden handelt. In diesem Verhalten liegt, meines Erachtens — von allem anderen abgesehen — ein Akt gröbsten und größten Undankes. Denn das Deutsche Reich hat nicht nur dem habsburgischen Österreich in den schwersten Stunden unter harten Opfern immer und immer wieder Hilfe angedeihen lassen, die in erster Linie dem Volke zugute kam, sondern ist auch der Republik Dr. Renners so oft in der ärgsten Not beigestanden, daß Österreich ohne diese ebenso werktätige, wie uneigennützige Unterstützung ganz bestimmt längst zusammengebrochen wäre, bevor die auf reiner — das Wort gehört eigentlich unter Anführungszeichen — Geschäftsspekulation basierenden Aushilfen aus den neutralen und ententistischen Ländern überhaupt in Sicht waren. Die deutsche Hilfe wurde aus mitfühlendem Herzen heraus und stets so rasch als es eben möglich war, gewährt, während die Sendungen aus den Entente- und Neutralstaaten erst nach demütigenden Bettelgängen, unter drückenden Verpflichtungen und qualvollen Verzögerungen ins Anrollen kamen.

Man hat in Berlin und in der deutschen Presse die brüske Abkehr Dr. Renners vom deutschen Norden stillschweigend hingenommen und in vornehmer Weise hat man auch einige der wirklich überflüssigen Taktlosigkeiten übersehen, die Dr. Renner daheim und in der ententistischen Fremde verbrochen hat. Obwohl manche seiner Äußerungen zu einer ebenso berechtigten, wie herben Kritik herausgefordert haben. So z. B. seine Auslassung in Rom, daß Italien Österreichs mächtigster Nachbar sei. Es kann nicht Aufgabe dieser Darlegungen sein, die inneren und äußeren Machtverhältnisse Italiens einer kritischen Betrachtung zu unterziehen, auch nicht, die Frage aufzuwerfen, ob der nur und ausschließlich durch deutsche politische und wirtschaftliche Förderung bewirkte Aufstieg Italiens ohne diese Stütze dauernden Bestand haben wird oder nicht — es war ein böser Mißgriff, gerade vor Italienern an den tiefen Fall Deutschlands zu erinnern. Die Spitze gegen Deutschland war vielleicht ungewollt, aber unverkennbar war die Herabsetzung des Reiches, zumal es bisher ganz gewiß selbst sehr patriotischen Italienern nicht eingefallen ist, ihr Vaterland in der Beurteilung seiner Bedeutung als Nachbar Österreichs auch in der von Dr. Renner gemeinten Richtung vor das Deutsche Reich zu stellen. Dies blieb Dr. Renner, dem Staatskanzler der deutschen Republik Österreich, vorbehalten.

Es konnte nicht ausbleiben, daß man in Paris, wo Dr. Renners Romreise nicht vorher angemeldet worden war, und wo die Liebe zu dem lateinischen Bundesgenossen alles eher denn echt ist, Unbehagen empfindet und den Verdacht hegt, der Staatskanzler werde den Draht seiner auswärtigen Verbindungen nach Rom auf Kosten der Pariser Leitung verstärken. Das Auftreten Dr. Renners

Digitized by Google

in Rom hat in Paris Mißtrauen erzeugt. Die Wirkung wird sich auch in dem Verhalten der Prager und wahrscheinlich der Belgrader Regierung — dieser Marionetten des Quai d'Orsay — zeigen, deren Wohlwollen für Österreich ohnehin höchstens in der Phantasie des Staatskanzlers lebt. Verspürt hat das österreichische Volk davon bisher noch nichts, wenn man das Gegenteil nicht in Betracht ziehen will, soweit wirtschaftliche Dinge betroffen werden.

Was ist also das Ergebnis der auswärtigen Geschäftigkeit Dr. Renners?

Die Freundschaft mit Berlin hat einen argen Stoß erlitten. In Paris ist man mißtrauisch. Die wirtschaftliche Gehässigkeit der Tschechoslowakei — von der politischen gar nicht zu reden — gegen Österreich dauert unvermindert fort. Die Freundschaft der Jugoslawen wird Dr. Renner nach der Italienreise nicht erwerben, selbst wenn er den König Peter Karageorgewitsch in Weihrauch bis zur Unsichtbarkeit einhüllt und in Italien — was hat er in Italien erreicht? Versprechungen. Nichts als Versprechungen. Die Italiener sind höfliche Leute. Und sie glauben selbst fest daran, was sie in einem angeregten Augenblick sagen. Sie meinen es sicherlich in diesem Augenblick ehrlich. Aber sie können Versprechen oft nicht halten. Es soll nicht an Vergangenes erinnert werden. Bevor jedoch nicht die Abkommen Dr. Renners in Rom wirklich erfüllt sind, glaube ich nicht an ihre Durchführung. Dr. Renner ist mit der wundervollsten Seifenblase von Rom weggefahren.

Und selbst, wenn die Italiener alles restlos erfüllen, was sie versprochen haben: das Heil Österreichs liegt nicht in Italien. Ebensowenig liegt es in Paris oder Prag oder Belgrad. Schon gar nicht in Budapest und Warschau, wohin Dr. Renner, nach einer seiner Äußerungen, ebenfalls seine Freundschaften suchende Hand bittend ausstreckt. Das Heil Österreichs liegt einzig und allein in der engsten Gemeinschaft mit dem Deutschen Reich. Und es ist ein gutes Zeichen für den gesunden Sinn des deutschen österreichischen Volkes, daß es der auswärtigen Politik des Staatskanzlers Dr. Renner kühl bis ans Herz hinan gegenübersteht, seine Begeisterungsausbrüche ironisch belächelt und ihn zwingt, doch wieder vom Anschluß an das Deutsche Reich zu reden, wenn er es auch nicht gerne tut. Denn — und davon bin ich fest überzeugt — der größte Gegner des Anschlusses ist der Staatskanzler und es ist eine in unserer demokratischen Zeit seltsame Erscheinung, daß die auswärtige Politik eines Staates im denkbar schärfsten Gegensatz zur Anschauung des Volkes gemacht wird. Dr. Renners Politik in auswärtigen Angelegenheiten hat das Volk nicht als Stütze, sie wird von der Nation nicht als Ausfluß politischer und wirtschaftlicher Notwendigkeit, als selbstverständliche Konsequenz empfunden, sondern als etwas unnatürliches, aufgepfropftes, als theoretisch-akademische Klügelei und da das österreichische Volk heute mehr noch als früher nicht aktiv veranlagt ist, setzt es

Digitized by Google

dieser Politik passive Resistenz entgegen und wird erst warm, wenn man ihm vom Anschluß spricht. So lange aber Dr. Renner nicht die Fähigkeit zeigt, die ökonomischen Interessen des von ihm derzeit geleiteten Staates mit den Forderungen der Volksseele in harmonischen Einklang zu bringen, wird seiner auswärtigen Politik kein segenschaffender, wirklich positiver Erfolg beschieden sein. Was er jetzt treibt, ist blutiger Dilettantismus, der sich in Zickzackschwingungen erschöpft, in die Ferne schweift, ohne das Gute in der Nähe zu bemerken und auszunützen, der den Weg zur Erlösung verlängert, statt ihn abzukürzen und schließlich doch in einer Sackgasse enden muß.

Feissal, König von Syrien?

Ein guter Kenner der orientalischen Probleme schreibt uns:

Jüngst ist aus Damaskus die Kunde gekommen, daß Emir Feissal, Sohn des Königs Hussein vom Hidjas, zum König von Syrien ausgerufen worden ist. Damit ist die arabische Frage, eines der dornenvollen Probleme des von der Entente zurzeit einmal wieder behandelten türkischen Friedensvertrages, in ein kritisches Stadium getreten, und es wird sich zeigen, ob die englische Politik, welche schon lange vor dem Krieg die Araber am Bande der vorgespiegelten Unabhängigkeit zu gängeln liebte, die erhofften Früchte endgültig wird einheimsen können. Diese Politik hatte um die Jahrhundertwende den Scheich Mubarak von Kuweit gegen die Türkei und die deutsche Bagdad-Bahn-Politik ausgespielt; sie hatte Ibn Saud gegen die türkischen Anhänger im Nedjd in Marsch gesetzt; sie hatte nach der türkischen Balkan-Niederlage die Dezentralisationsbestrebungen des Ministeriums Mahmud Kiamil Pascha benutzt, um die syrischen Araber in ihren Forderungen zu ermutigen und ihre Unabhängigkeits-Komitees in Kairo zu fördern, und sie hat schließlich während des Krieges sich des Emirs Hussein von Mekka bedient, um durch das Versprechen der Unabhängigkeit und des arabischen Selbstbestimmungsrechtes die Araber zur allgemeinen Erhebung gegen die Türken zu bewegen. Wohl mochte von Anfang an zweifelhaft sein, ob es den Engländern gelingen würde, die nationale Bewegung, wenn einmal entfacht, in den von ihnen beliebten Bahnen festzuhalten; doch mußten derartige Erwägungen von der Hauptsache zurücktreten, zunächst einmal die Araber zum Losschlagen gegen die Türken zu bringen. Emir Hussein verlangte in den in der zweiten Hälfte des Jahres 1915 geführten Verhandlungen zunächst die Selbständigkeit des gesamten arabischen Sprachgebiets in Asien mit Ausnahme von Aden und darüber hinaus auch noch Cilicien. Letzteres ließ er im Lauf der Verhandlungen fallen, wie auch die syrische Küstenzone auf Drängen Englands, das auf die spätere Zuziehung Frankreichs als Partner Rücksicht nehmen mußte. Dagegen stellte er seine Forderungen auf

Digitized by Google

den Libanon nur während des Krieges zurück und behielt sich seinen Anspruch darauf für später ausdrücklich vor. Auch auf Mesopotamien wurde ihm ein verklausulierter Verzicht abgenötigt; dagegen ist über einen Verzicht des Emirs auf Palästina nichts bekannt geworden. Es blieben also genug ungeklärte Fragen zwischen den Verhandelnden zurück. Erst nachdem England die Araber in seine Gefolgschaft gebracht hatte, trat es in Verhandlungen mit Frankreich ein, die zu dem nach den Unterhändlern Sykes — Picot benannten Abkommen vom 16. Mai 1916 führten.

Dieses Abkommen teilt bekanntlich zur unmittelbaren Verwaltung den Engländern die Provinzen Bagdad und Basra, den Franzosen den Libanon, die syrische Küstenzone und Cilicien zu. Palästina wird internationaler Verwaltung unterstellt, über welche der Völkerbund das Mandat zu erteilen hat. Davon ausgenommen wird nur die Bucht von Haifa und Akkon, welche englisch wird. In dem übrig bleibenden arabischen Binnenland verpflichten sich die Vertragschließenden, einen unabhängigen arabischen Staat oder eine Gruppe solcher Staaten anzuerkennen, über welche sich England und Frankreich den Einfluß teilen. Sie ziehen ein Linie von einem Punkt an der syrischen Küste nördlich Akkon nach Tekrit am Tigris mit der Maßgabe, daß nördlich dieser Linie Frankreich, südlich dieser Linie England den Arabern diejenigen Ratgeber stellt, welche sie wünschen werden. Auch dieses Abkommen hat eine Reihe von ungelösten Fragen zur Folge, die dem politischen Gegenspiel der beiden Mächte weiten Raum zur Entfaltung läßt. Das Abkommen zerreißt Syrien willkürlich in drei Teile, läßt also die nationalen Gefühle der Syrer vollständig außer Acht. Es zerreißt Palästina dadurch, daß die Grenze mitten durch Nord-Galiläa läuft; es trifft keine Bestimmung darüber, ob der arabische Staat zentralistisch oder föderativ sein soll; es gibt England die Befugnis, die von Haifa nach Bagdad geplante Bahn, falls technische Schwierigkeiten einer südlicheren Linienführung entgegenstehen, durch die französische Einflußzone zu führen und jederzeit Truppen darauf zu befördern; es macht die Vollendung der alten Bagdadbahn auf der Strecke Nissibin—Mossul—Samarra von der englischen Zustimmung abhängig; es läßt die Frage offen, welcher Macht das Mandat über Palästina vom Völkerbunde erteilt werden soll. Es läßt selbst für die Zone der direkten französischen und englischen Verwaltung ein gewisses arabisches Mitbestimmungsrecht zu. Denn sie soll gemäß Artikel 2 nach Verständigung mit dem arabischen Staat eingerichtet werden. Damit war also die Möglichkeit geschaffen, daß die Araber von den Engländern auch in der Küstenzone gegen die Franzosen ausgespielt werden. Das Abkommen war wohl darauf angelegt, daß die Franzosen einen sehr viel größeren Anteil an der Eroberung des Landes nehmen würden, als sie nachher tatsächlich nahmen. Da aber bei dem Vormarsch nach dem türkischen Zusammenbruch die Lage sich so gestaltete,

Digitized by Google

daß englische Truppen in der französischen Einflußzone Fuß faßten, so nutzten die Engländer die Lage aus, und unterwarfen die französische Verwaltung in Syrien, deren Einsetzung bevorstand, durch ein Zusatzabkommen mit den Franzosen vom 30. September 1918 der englischen Militärdiktatur, offenbar mit dem Ziele, das Heft allein in die Hand zu bekommen. Die Franzosen dagegen, um sich von den Fesseln der englischen Besetzung und dieses Zusatzabkommens zu befreien, machten ihrerseits Ansprüche auf ganz Syrien, einschließlich Palästinas, geltend. Um diese Ansprüche zu Fall zu bringen, schlug England die Entsendung gemeinsamer Kommissionen zur Erkundung der Stimmung der Bevölkerung vor in der bestimmten Erwartung, daß sie für England günstig sein würde. Auf einmal aber wurde es still davon; — der Aufruhr in Ägypten und die Gärung in Syrien riefen die Befürchtung wach, daß die syrische Bevölkerung sich für Unabhängigkeit aussprechen würde. Die Ansprüche der beiden Mächte blieben sich so unvermittelt einander gegenüber stehen, und führten zu heftiger Preßfehde, bis der englisch-persische Vertrag vom August 1919 den Engländern ratsam erscheinen ließ, die französische Zustimmung dazu durch eine gewisse Nachgiebigkeit gegen die französischen Ansprüche in Syrien zu erkaufen. Es kam zu dem vorläufigen Räumungsabkommen vom 15. September 1919, wonach die Engländer sich aus Cilicien, der syrischen Küstenzone und dem Libanon bedingungslos, dagegen aus Aleppo, Hama, Homs und Damaskus mit der Maßgabe zurückziehen, daß die Franzosen nicht einrücken. Von Mossul und von Der es Sor, die beide in die französische Einflußzone fallen, ist in dem Abkommen nicht die Rede. Die Engländer waren entschlossen, stillschweigend ihre Besetzung aufrechtzuerhalten. Es blieb daher hier ein ungelöster Gegensatz. Noch am 26. März 1920 erklärte Lloyd George im Unterhause für einen Fehler, sich aus Mossul zurückzuziehen, worauf Briand in der Kammer die französischen Ansprüche auf Mossul hervorhob. In dem Übereinkommen vom 15. September 1919 erkennt Frankreich seinerseits an, daß die Grenze zwischen Palästina und dem französischen Küstengebiet nur provisorisch ist, womit wohl der französische Rückzug aus Obergaliläa zugunsten Palästinas in die Wege geleitet und stillschweigend der englische Einfluß in Palästina als vorherrschend anerkannt sein wird.

Wiederum hatten die Mächte keine Rücksicht auf das nationale Gefühl der syrischen Araber genommen. Diese konnten nicht anders denn das Abkommen als den Vorläufer der endgültigen Aufteilung des Landes auffassen. Der Emir Feissal begab sich daher auf die Nachricht davon nach London und Paris, um die verletzten arabischen Interessen zu wahren. Er äußerte, die Zuteilung der Küstenzone und des Libanon an Frankreich widerspreche den Abmachungen Englands mit dem Scherifen Hussein. Die arabische Frage sei eine Frage des Rechts, und er hoffe, daß die Entente die Prinzipien beachten werde, für die sie gekämpft habe. Wenn

Digitized by Google

die Araber sähen, daß die europäischen Mächte sie betrogen hätten, so würden sie anderswo eine Stütze suchen. Einem Vertreter Reuters gegenüber ging er soweit, zu erklären: die syrischen Araber würden niemals eine Teilung ihres Landes anerkennen. Den englisch-französischen Vertrag vom Mai 1916 erklärten sie für null und nichtig. Er trat also für die Errichtung eines arabischen Reiches ein, in dem weder für ein französisches Protektorat noch für den zionistischen Staat Raum wäre. Als er mit seinen Forderungen bei Lloyd George und Clemenceau nicht durchdrang, schlug er die Einsetzung einer gemischten Kommission, bestehend aus einem englischen, französischen und amerikanischen Mitglied und ihm selbst vor. Die britische Regierung hatte diesen Vorschlag angenommen, doch wurde die Nachricht darüber angesichts des unwilligen Erstaunens der französischen Presse alsbald dementiert. Auch mit seiner Bitte um ein amerikanisches Schiedsgericht drang Feissal nicht durch. Er sah sich also auf den Weg der direkten Verständigung mit Frankreich angewiesen und gelangte zu einer vorläufigen Übereinkunft vom 26. November 1919, wonach er sich einverstanden erklärte, die bisher noch in der französischen Küstenzone und dem Libanon befindlichen arabischen Truppen zurückzuziehen und sich verpflichtete, französische Sachverständige in seinem unabhängigen Gebiet zu verwenden. Dagegen verzichteten die Franzosen vorläufig und unter gewissen Einschränkungen auf die Besetzung der Bekaa, die uns gleich noch beschäftigen wird.

England war im November tatsächlich seinen Räumungsverpflichtungen nachgekommen. Man wird aber begreifen, daß die Stimmung der Abziehenden gegen ihre französischen Bundesgenossen, denen sie ein schönes Land erobert hatten, nicht gerade rosig war! Aus Aleppo nahmen sie bei ihrem Abzuge alle beweglichen Betriebsmittel der Bagdadbahn als Kohle, Schmieröl und dergleichen mit sich, so daß die Bahn 14 Tage lang betriebsunfähig war. Auf der Strecke Aleppo—Rayak brach nach dem Abzuge ein Streik des arabischen Bahnpersonals aus, dessen Anstifter nach französischer Ansicht nicht weit zu suchen waren. Eine weit ernstere Krisis aber als durch diese lokalen Reibereien brach infolge des Abzuges der Engländer unter der Bevölkerung aus. Die französische Presse hatte alsbald bei Besprechung des Räumungsabkommens den Vorbehalt gemacht, daß die Franzosen die Engländer nur dann nicht ablösen sollten, wenn Ordnung und Fortschritt im Lande aufrecht erhalten blieben, während andere Blätter die Überzeugung aussprachen, daß Frankreich bald Gelegenheit haben werde, militärisch um sich zu greifen. Ein Vorwand dazu fand sich sofort: Die Franzosen wünschten den Libanon nicht auf den Verwaltungsbezirk zu beschränken, der seit Jahrzehnten unter den Türken diesen Namen trug, sondern wollten ihm seine sogenannten historischen Grenzen wiedergeben. Darüber kam es beim Abzug der Engländer aus Damaskus, denen auch eine französische Artillerie-Abteilung beigegeben war,

Digitized by Google

zu gewaltigen Demonstrationen. Nur mit Mühe wurde Blutvergießen vermieden. Die Leidenschaften gingen hoch. Feissal wurde zum König des ungeteilten, unabhängigen Syriens ausgerufen (Nov. 1919), nahm aber damals noch nicht an. Die Franzosen dehnten tatsächlich an einigen Stellen (Rayak, Baalbek, Kunetra) ihre Besetzung über das Gebiet ihrer direkten Verwaltung hinaus aus, während umgekehrt von arabischer Seite durch Beduinen und Irreguläre, welche sich die nun überall durchgeführte französische Besetzung der Küstenzone und des Libanon nicht gefallen lassen wollten, Überfälle auf französische Posten im Küstengebiet gemacht wurden (Merdj-ayun, Tell-kalakh, Hammam). Von beiden Seiten sind also Grenzüberschreitungen vorgekommen und beide Teile wurden veranlaßt, militärische Maßnahmen zu ergreifen. Emir Zeid, der während der Abwesenheit seines Bruders Feissal die Regierung führte, schickte Truppen in die Bekaa. In Damaskus bildete sich ein nationales Verteidigungskomitee, das unter anderm von den Franzosen verbrannte Dörfer photographierte, um damit Propaganda in England und Amerika zu machen. Es wurden zunächst Freiwillige angeworben, Ende des Jahres 1919 aber vom Emir Zeid durch Gesetz die allgemeine Dienstpflicht für Männer zwischen 20 und 40 Jahren eingeführt, wenn auch zunächst nur für sechs Monate. Allen Männern im militärpflichtigen Alter wurde das Verlassen des Landes verboten. Die arabische Armee und Gendarmerie zählt 10 000 Mann und kann durch Freiwillige vielleicht auf das 4- bis 5 fache, nach arabischer Ansicht auch noch auf mehr, gebracht werden. Die französischen Truppen in Syrien und Cilicien zählten Anfang Januar 1920 etwa 15—20 000 Mann und sollten auf Wunsch des Oberbefehlshabers zunächst auf 25—30 000 vermehrt werden, sind aber, wie vorweggenommen sei, infolge der Ereignisse in Cilicien bis Ende März auf 40 000 Mann gebracht worden.

Die ersten Kämpfe zwischen Arabern und Franzosen haben gemeinsam, daß isolierte, nicht genügend besetzte französische Außenposten überfallen wurden. Englische Pressestimmen vermuten daher die französische Absicht, eine Lage herbeizuführen, die eine Verwendung weiterer Kräfte erforderlich mache und zu einer Ausdehnung französischen Einflusses führe. Millerand hat in seiner Kammerrede vom 6. Februar erklärt: „Nous allons faire en Syrie une besogne analogue à celle du Maroc." Wohlverstanden handelt es sich bei all diesen Kämpfen bisher um Irreguläre, deren Tätigkeit von Feissal amtlich mißbilligt wird, wie nicht anders möglich, da er inzwischen in Paris weiter verhandelte. Er beklagte sich nach den Damaskus-Unruhen, daß die Übereinkunft vom 26. November von den Franzosen in jeder Weise verletzt worden sei und forderte England auf, die Franzosen zur Achtung dieser Übereinkunft anzuhalten. Der „Temps" vom 31. Dezember lehnt eine derartige Einmischung Englands entrüstet ab und ist gereizt, daß die „Times" eine solche Nachricht überhaupt aufgenommen habe. Die Verhand-

Digitized by Google

lungen der französischen Regierung mit Feissal waren am 6. Januar soweit gediehen, daß ein Abkommen entworfen werden konnte. Der Entwurf hielt im großen und ganzen das französisch-englische Abkommen vom Mai 1916 aufrecht, aber unter Einbeziehung des Emir Feissal als Vertragspartei, mit dem ausschließlich zu verhandeln Frankreich fortan als sein Recht in Anspruch nimmt. Auch verpflichtet sich Frankreich, den neuen syrischen Staat als Mitglied in den Völkerbund aufnehmen zu lassen. Die Frage der Bekaa soll einer Volksabstimmung unterworfen werden, bis zu deren Entscheidung die Polizeigewalt von der arabischen Gendarmerie unter Aufsicht von französischen Militärinspektoren ausgeübt werden soll. Das Abkommen sollte abgeschlossen werden, nachdem Feissal die Zustimmung seines Landes erlangt haben würde. Er reiste zu diesem Zweck nach Syrien ab. Bei seinem Einzug in Damaskus wurde er mit königlichen Ehren empfangen, da das Volk zum Ausdruck bringen wollte, daß man von ihm die Verwirklichung der nationalen Ansprüche erwartete. Das Abkommen, das er mitbrachte, entsprach aber diesen Erwartungen so wenig, daß er es vor der Öffentlichkeit geheim halten mußte. Dagegen erklärte er in einer Versammlung von 500 Notabeln und Scheikhs: „Amerika und England haben sich geweigert, uns zu helfen, ganz Europa hat uns zu den Franzosen Glück gewünscht." Die verschiedenen politischen Parteien wurden dadurch immer mehr geeint im Gefühl der Verzweiflung und des Abscheus. Die Stellung des Emirs wurde zusehends schwieriger. Er sah sich der Behauptung gegenüber, er habe die Interessen des Landes geopfert. Ja, sein eigener Vater, König Hussein, fing an, ihm zu mißtrauen und zu fürchten, Feissal habe sich insgeheim den Franzosen verschrieben, während umgekehrt die Franzosen das Aufschäumen der nationalen Leidenschaften als seine Mache ansahen. Feissal hat immer versucht, den syrischen Nationalismus in Schranken zu halten, denn er besitzt die politische Einsicht in die Notwendigkeit, sich mit den europäischen Mächten zu verständigen und weiß, daß Syrien gegen ihren Willen sich nicht halten kann. Er mußte ihn nicht nur gegen die Franzosen, sondern auch gegen die Engländer zügeln. Denn eine Reihe von Umständen hat die Gefahr, daß die Bewegung den englischen Händen entgleitet, immer größer gemacht. England ist von dem gegen Frankreich emporgeloderten Haß mitbetroffen worden, da die Araber sich von England nicht mit Unrecht an Frankreich verraten glaubten. England erlebt ferner die Rückwirkung der ägyptischen Unabhängigkeitsbewegung auf Syrien und hat schließlich durch die Begünstigung der Zionisten in Palästina und die beabsichtigte Loslösung Palästinas von Syrien einen nicht unbeträchtlichen Widerstand hervorgerufen. Es ist daher nicht weiter zu verwundern, daß auch arabische Angriffe auf Engländer vorgekommen sind. In Der es Sor am Euphrat, das von den Engländern besetzt war, haben Araber unter Führung des arabischen Kaimakams von Rakka, Ramadhan esch Schellasch,

Digitized by Google

und unter Mitwirkung von Kurden aus dem türkischen Gebiet Mitte Dezember 1919 die Regierungsgebäude verbrannt und die englischen Beamten samt ihren arabischen Mitarbeitern verhaftet.

Feissal aber gab auf englisches Verlangen seiner scharfen Mißbilligung der Tat Ausdruck und ebenso der oberste Scheich der Millikurden. Die gefangenen Engländer wurden freigelassen und konnten zu dem nächsten englischen Posten Abu Kemal am Euphrat stoßen. Auch Abu Kemal war übrigens am 11. Januar heftig angegriffen worden und nur infolge der Mitwirkung von Flugzeugen in englischer Hand geblieben. Die Engländer haben Der es Sor nicht wieder besetzt und die Araber wissen lassen, daß es aus der mesopotamischen Zone ausscheide und zur syrischen Zone zu rechnen sei. Hätten sie anders gehandelt, so hätten sie in einem Gebiet, das nach dem Abkommen vom Mai 1916 zur französischen Einflußzone gehören soll, eine militärische Expedition gegen die Araber unternehmen müssen. Sie haben auch hier wie stets verstanden, an der richtigen Stelle nachzugeben. Ihr Verzicht auf die Besetzung von Der es Sor tritt erst in das rechte Licht, wenn man bedenkt, daß sie die Bahn, welche sie von Haifa nach Bagdad zu bauen beabsichtigen, über Der es Sor führen wollen. Es wird also wohl noch nicht das letzte Wort in dieser Beziehung gesprochen sein. Im März standen die arabischen Trupepn in Meyadin, die Engländer in es-Salihiye, so daß, wie auch vorgesehen, der Khabur die Grenze zwischen Syrien und Mesopotamien bilden könnte. — Ende März ist es bei Abu Kemal erneut zu Kämpfen gekommen. —

Es liegt zutage, daß England in der Behandlung dieses Zwischenfalles eine sehr viel geschicktere Hand gezeigt hat, als Frankreich. Letzteres hat von Anfang an durch schroffes Vorgehen Antipathien gegen sich wachgerufen und durch seine unverhüllten Annexionsabsichten den Widerstand automatisch hervorgerufen. Man wurde nur allzubald daran erinnert, daß Frankreich im Orient stets als Schutzmacht der Christen aufgetreten und ihnen im Libanon im Jahre 1860 mit bewaffneter Hand zu Hilfe gekommen ist. Die antiislamische Politik Frankreichs in Nord-Afrika, woher mancher angesehene Muslim seine Zuflucht nach Syrien genommen hat, ist dem Lande wohlbekannt. Es besteht daher die Gefahr, daß der syrische Nationalismus allmählich europäerfeindlich und schließlich bei einem großen Teil der Bevölkerung christenfeindlich werden könnte. Ausbrüche in dieser Hinsicht würden nicht überraschend sein. Wie die Lage war, sah sich Feissal gezwungen, sich an die Spitze der nationalistischen Bewegung zu stellen, um sich zu halten und zugleich, um sie zu mäßigen. Er ließ es geschehen, daß der in Damaskus versammelte Nationalkongreß am 7. März 1920 ihn zum König des einen ungeteilten und unabhängigen Syrien ausrief. Zugleich verkündeten mesopotamische Vertreter die Unabhängigkeit des Irak mit seinem Bruder Abdallah als König. — Der Kongreß berief sich in seiner Proklamation ausdrück-

Digitized by Google

lich auf Art. 22 der Völkerbundsatzung und forderte das Ende der militärischen Okkupationsherrschaft, die gegenwärtig in den 3 Zonen aufgerichtet sei. Diese Forderung ist im Prinzip mit den englischen und französischen Ansprüchen unvereinbar. Feissal aber, der schon vor seiner Ausrufung dem französischen und englischen Vertreter Mitteilung von dem Bevorstehenden gemacht, ließ den beiden Großmächten alsbald mitteilen, daß weder die Unabhängigkeit Syriens noch seine Annahme des Thrones die herzlichen Beziehungen zwischen ihm und den Alliierten berühre. Die Existenz eines unteilbaren Syriens würde die gegenwärtige europäische Verwaltung nicht berühren. Er erhielt jedoch alsbald eine Mitteilung der beiden Großmächte, daß sie den Beschluß des Kongresses nicht anerkennten, bis Informationen über dessen Zusammensetzung und Zuständigkeit eingezogen seien. Feissal wurde eingeladen, nach Europa zu kommen, um Aufklärung zu geben. Er hat als Bedingung seiner Reise die Anerkennung der Unabhängigkeit des Landes und seiner Thronbesteigung gestellt, hat aber zugleich einem englischen Zeitungskorrespondenten erklärt, er hielte die Wünsche des arabischen Volkes und das Prinzip der Unabhängigkeit für vereinbar mit den Interessen Großbritanniens. Die Zurückziehung der europäischen Truppen sei nur ein Wunsch des Volkes, dessen Ausführung der Regierung übertragen bliebe. Der Zeitpunkt sei noch nicht gekommen, die Aufforderung an die Mächte zu richten, ihre Truppen zurückzuziehen. Diese würden die Besetzung später selbst für unnütz erachten. Die englischen Vorbehalte für Bagdad und Basra wolle er anerkennen; auch der Libanon könne seine Unabhängigkeit haben, nur dürfe er sich nicht endgültig unter die fremde Okkupation stellen. Sein Abkommen mit dem Zionistenführer Weizmann wolle er halten. Französische Ratgeber in der unabhängigen Zone wolle er anerkennen.

Die nationale Bewegung ist stark und tief, hat aber doch mit vielen Schwierigkeiten zu kämpfen. Die Beduinen wollen sich nicht der Zwangsdienstpflicht unterwerfen und haben Deraa besetzt, die Drusen scheinen zwischen Arabern, Engländern und Franzosen zu schwanken. Der Libanon wird von Frankreich gegen Damaskus ausgespielt. Der Verwaltungsrat, verstärkt durch eine Reihe von Notabeln, hat die Libanon-Republik erklärt mit der grünen Zeder im weißen Feld der französischen Flagge als Emblem. Die Entscheidung aber werden die Interessen der beiden europäischen Großmächte bringen. Feissals Königreich liegt sowohl in der französischen als in der englischen Einflußzone, seine Haupt- und Residenzstadt Damaskus aber in der französischen Zone. Es ist daher das Interesse Englands, welches ihm seine internationale Stellung verschafft hat, daß er nicht ganz dem französischen Einfluß ausgeliefert werde und daß die nationale Bewegung stark genug bleibe, um Damaskus zu halten. Eine französische Expedition nach Damaskus würde daher auf englischen Widerspruch stoßen. Denn

Digitized by Google

von Damaskus aus bekämen die Franzosen Einfluß auf die Hidjasbahn. Sie würden damit Palästina, in dessen Norden sie bereits stehen, auch östlich umfassen und den englischen Landweg von Ägypten nach Indien ernstlich bedrohen. Umgekehrt ist den Franzosen die nationale Bewegung ein Dorn im Auge, da sie eine Stärkung des englischen Einflusses bedeutet; denn Frankreich muß damit rechnen, daß der syrische König Weisungen von einer Stelle empfängt, die außerhalb des französischen Einflußgebietes liegt, sei es Mekka, Kairo oder London. Auch beklagen sich die Franzosen, daß Feissal seine Waffen und seine Subsidien, mit denen er eine antifranzösische Propaganda betreibe, von England bezogen habe. Es scheint, daß Feissal erst neuerdings auch von Frankreich Subsidien erhält.

Werfen wir noch rasch einen Blick auf Cilicien, da das französische Vorgehen dort nicht ohne Rückwirkung auf die Stellung der Araber geblieben ist. Hier machten die Franzosen gleich im Beginn den Fehler, eine armenische Legion zu verwenden, die naturgemäß darauf brannte, die vorausgegangenen Leiden des armenischen Volkes zu rächen, Zusammenstöße mit der mohammedanischen Bevölkerung hatte und deswegen bald durch andere Truppen ersetzt werden mußte. Die Erbitterung gegen Frankreich aber blieb. Zu den Städten im türkischen Sprachgebiet, die unter das französisch-englische Räumungsabkommen fielen, gehörten auch Marasch, Aintab und Urfa. Hier erwartete der türkische Nationalismus, daß, wie im arabischen Sprachgebiet, der Zurückziehung der englischen Truppen keine französische Besetzung folgen würde. Als die Franzosen dennoch einrückten, kam es daher sogleich zum bewaffneten Widerstande. Die Franzosen, alsbald aus Marasch und Aintab vertrieben, bewaffneten die armenische Bevölkerung, mit deren Hilfe es ihnen gelang, sich in der Umgegend zu halten, bis sie, nach kräftiger artilleristischer Vorbereitung, wieder eindrangen. In Marasch aber wurde ihnen die Etappenlinie nach der Bagdadbahn (Islahiye) dermaßen beunruhigt, daß sie sich zum Rückzug entschlossen. Er wurde durch ungewöhnlichen Schneefall und Kälte erschwert und gelang nur mit Mühe. Der „Temps" beziffert die französischen Verluste hierbei auf 158 Tote, 279 Verwundete und 181 Vermißte. Andere Quellen nehmen höhere Zahlen an. Die französische Linie verläuft daher gegenwärtig von Adana über Aintab nach Djerabulus, doch war auch Aintab bis Ende März einen Monat lang abgeschnitten, und die Bahn von Aleppo war nach Norden und Osten unterbrochen. Das östlich gelegene Urfa ist wahrscheinlich verlorengegangen. Es heißt, daß an dem Angriff darauf auch 2 reguläre türkische Bataillone aus Mardin teilgenommen haben. An dem französischen Rückzug aus Marasch hatte auch die armenische Zivilbevölkerung der Stadt teilgenommen und besonders schwere Verluste erlitten. Überall im Lande flammten die Kämpfe der Türken gegen die zurückgekehrten Armenier auf. So in Zeitun, Fundadjak, Furnus und Hadjin. Hadjin ist Anfang April gefallen,

Digitized by Google

Sis abgeschnitten, die Bahnlinie zwischen Tarsus und Adana ist bedroht. Die Zahl der umgekommenen Armenier wird auf 7000 angegeben. Die Folge dieser Ereignisse war die Drohung der Alliierten an die Türkei, daß der Friedensvertrag ungünstiger ausfallen werde, falls neue Metzeleien vorkommen sollten.

Das Stück, welches sich die Franzosen durch ihre Abkommen mit Rußland und England aus der Türkei herausgeschnitten haben, umfaßt sowohl türkische als arabische Gebiete. Ihr schroffes Vorgehen hat daher die Gefahr, die durch den Weltkrieg getrennten Türken und Araber durch den gemeinsamen Gegensatz gegen sich wieder zu vereinigen, sofort der Wirklichkeit nahegebracht. Nach französischen Pressemeldungen von Mitte Januar erließ Mustafa Kemal Pascha eine Aufforderung an die Araber, gemeinsame Sache mit ihm zu machen, auch wird offenbar dafür eine starke Agitation im Lande getrieben. Feissal selbst verhält sich bisher ablehnend, Beduinen und Irreguläre kämpfen aber in nicht unerheblicher Zahl gegen die Franzosen, so daß in Nord-Syrien wie in Cilicien selbst die Küstenstädte bedroht erschienen. Die Nachricht, daß Alexandrette genommen sei, hat sich nicht bestätigt; dagegen ist Antiochien von arabischen Freiwilligen in einem Kampf, bei dem die Franzosen 50 Tote ließen, genommen, wenn auch bald wieder geräumt worden. Da die Franzosen nach der Niederlage bei Marasch infolge des gleichzeitigen Eisenbahner-Ausstandes in Frankreich nicht in der Lage waren, sofort genügende Landtruppen zur Verstärkung zu entsenden, so wünschten sie außer ihren eignen Seestreitkräften auch solche der Engländer und Italiener in Anspruch zu nehmen. Im Zusammenhang hiermit scheint der Gedanke aufgetaucht zu sein, Cilicien den Franzosen nicht zur beliebigen Verwaltung zu unterstellen, sondern das Mandat dafür durch den Völkerbund erteilen zu lassen.

Unsere Umschau hat genug Konfliktsstoff gezeigt. Die Stellung der Franzosen in Cilicien ist erschüttert und bedarf der Wiederherstellung. Mossul ist nach dem Abkommen von 1916 den Franzosen zugesagt, aber von den Engländern besetzt. Die Franzosen wollen aber nicht darauf verzichten, nicht nur wegen seiner Petroleumschätze, sondern vor allem, weil es ihnen einen Zugang zu Persien eröffnet. Die Frage der Unabhängigkeit der Araber ist brennend geworden. Das Mandat über Palästina ist vom Völkerbund noch nicht endgültig vergeben. Gewichtige französische Stimmen erstreben es noch immer für Frankreich. Ein bekannter französischer Schriftsteller hat dieser Tage einen Aufsatz über die orientalische Frage mit den Worten geschlossen: Es gibt keinen dauerhaften Frieden im Orient, solange Syrien geteilt bleibt.

Digitized by Google

Politische Keime

Von Privatdozent Dr. R. Thurnwald (Halle)

So wie wir vor dem Kriege an einer Überschätzung unserer politischen Stellung litten, so kranken wir heute an einer Unterschätzung unserer Macht. Wir urteilen immer noch zu sehr von mechanisch-militaristischen Gesichtspunkten. Es soll nicht dem Leichtsinn, oder der Hoffnung auf Wunder das Wort geredet werden. Aber die Politik muß heute, wie immer, „Weltpolitik" sein. Nicht wie vor dem Kriege in der Form einer Einmischung in alle möglichen Dinge, die uns nichts angehen, sondern „Weltpolitik" im Sinne der Einsicht in die Zusammenhänge politischen Geschehens an den verschiedenen Punkten der Erde. Wir dürfen, nachdem uns unsere Feinde, wie sie sagen, „als wilde Bestien in den Käfig gesperrt" haben, nicht in den Fehler von einstmals verfallen, und nun die Ereignisse außerhalb unserer Grenzen behandeln, als gingen sie uns nichts an.

Unser Schicksal hängt in vielen Punkten ab von dem Schicksal des Angelsachsentums. Nicht ohne weiteres etwa in dem Sinne, daß des Angelsachsentums Unglück unser Glück sein müßte und umgekehrt. Aber die Verkettungen der Völkerschicksale sind durch den Krieg unzweifelhaft verstärkt worden.

Das Angelsachsentum hat zwei Brennpunkte des Lebens, und diese sind während des Krieges stark hervorgetreten. Der eine liegt in England, der andere in den Vereinigten Staaten. Vor dem Kriege überwog das Mutterland in seiner Bedeutung, nach dem Kriege ist das Schwergewicht sachte westlich gerückt und hat in Amerika Fuß gefaßt.. Die finanzielle Macht liegt heute in Newyork, nicht mehr in London. Wenn dadurch das Angelsachsentum als solches auch nach wie vor wirtschaftliche Vormacht bleibt, so ist die Leitung doch den englischen Händen entglitten. Ob diese sie zurückgewinnen können, hängt von weiteren Faktoren ab, die durch die zukünftige Gestaltung des englischen Weltreichs bedingt sind. Nicht durch positive Machtentfaltung, nur durch Mittel des Ansehens, hält England sein Reich aufrecht. Wird das auf die Dauer möglich sein? Zwei Probleme gibt es für England, wichtiger als alle anderen: Japan und Indien. Japan ist der Träger des Geistes asiatischer Unabhängigkeit, des Stolzes asiatischer Kultur, aber auch asiatischer Expansion. Mit Bewunderung und Neid blicken die Inder auf Japan. Es bietet ihnen das leuchtende Beispiel. Wie hat Rabindranath Tagore, nachdem er auf den englischen Adelstitel verzichtet hatte, zu Japan geredet? Es sei berufen, den herzlosen Mechanismus europäisch-englischer Herrschaft zu zertrümmern!

Und doch hat dieses selbe England sich mit Japan verbündet und das trotz der Angst der Australier vor japanischer Invasion? Wie weise verstand England die

Digitized by Google

Gefahr rechtzeitig aufzufangen. Statt zu poltern oder Japan zu drohen, hat es Japan umschmeichelt. Japan als Feind konnte Englands Macht in Asien gefährden. Als Freund und Verbündeter sucht England Japans Einfluß zu paralysieren, in Indien sowohl wie in Australien. Trotzdem war Japan imstande, während des Krieges seine Macht vom Suez-Kanal über den Indischen Ozean bis an die Küste Kaliforniens auszudehnen. Man frägt sich, was der Ausgang des Weltkriegs gewesen wäre, wenn wir, — allerdings vor der berüchtigten Zimmermann-Depesche —, es verstanden und gewollt hätten, Japan für uns zu gewinnen. Heute geschieht an den asiatischen Küsten nichts gegen den Willen Japans. England hat sich seit dem russisch-japanischen Krieg stetig aus dem fernen Osten zurückgezogen, wo vielfach Amerika sein Nachfolger wurde. Hongkong und Singapore sind heute die vorgeschobenen Wachtposten für Indien gegen den Osten.

Denn mit Indien steht und fällt Englands Macht. Seine selbstverwaltenden Kolonien können abfallen. Schließlich bleiben sie angelsächsisch. Australien wird England jederzeit preisgeben gegen Indien. Australien selbst würde die gegebene Anlehnung in den Vereinigten Staaten finden, die in der Comonwealth zusehends an Einfluß gewinnen. Ganz anders Indien. Indien ist der Boden, aus dem England seinen Reichtum saugt. Würde Indien seinen Gehorsam kündigen, so wäre es um das alte England geschehen. Ja selbst der Islam hat nur als Religionsmacht in Indien Bedeutung für das britische Weltreich. In Persien festen Fuß zu fassen war Lord Curzons Traum und Hoffnung, die er heute erfüllt sieht.

Aber dieser „indische Imperialismus" ist gefährlich. Vom Kaukasus bis zum Himalaja loht jetzt die Flamme der Revolte, angezündet von den Bolschewisten. Die Inder studieren bolschewistische Methoden. Nicht daß der Bolschewismus in seiner russischen Form in diesen Ländern Wurzel fassen würde, sondern als Mittel nationaler Erhebung gegen die westeuropäische Art des Kapitalismus, gegen — wie Rabindranath Tagore sie nennt — die unsichtbare Maschine des europäischen Staats und der englischen Verwaltung. Man darf nicht vergessen, daß Englands Macht in Indien auf indischen Truppen beruht. Diese wurden von den Engländern selbst während des Kriegs über das Selbstbestimmungsrecht der Völker aufgeklärt. Und sollten die Sikhs mit bolschewistischer Methode die Folgerungen aus dem ziehen, was ihre englischen Lehrer ihnen sagten, so wäre König Georg der letzte Kaiser von Indien gewesen. Englands Macht hängt an der Treue der Sikhs. Mit weißen Truppen könnte England — schon des Klimas wegen — niemals seine Macht in Indien aufrecht erhalten.

Unter diesem Gesichtspunkte werden die Verhandlungen Englands mit dem Bolschewismus verständlich. Ebenso wie die japanische Gefahr, sucht es auch die bolschewistische „aufzufangen". Es hatte ja auch versucht, zu Anfang dieses Jahr-

Digitized by Google

hunderts die deutsche Gefahr aufzufangen. Es ist die Frage, ob England sein Unternehmen gegenüber dem Bolschewismus gelingen wird. Die Dinge liegen nicht so einfach wie bei Japan. Mit diesem Staat konnte es ein Bündnis schließen und für Japan bedeutete die Möglichkeit, auf diese Weise in das europäische Völkerkonzert aufgenommen zu werden, einen moralischen Erfolg. Hätte unsere Politik seinerzeit einen ähnlichen Schachzug zuwege gebracht?

Wenn England mit dem Bolschewismus paktiert, dann läuft es Gefahr, von ihm infiziert zu werden, vorausgesetzt, daß der Bolschewismus inzwischen nicht schon kapitalistisch geworden ist. Aber in der Gestalt nationaler Erhebung gegen Westeuropa wird er im Orient zweifellos weiterleben, selbst wenn Rußland inzwischen zahm geworden sein sollte.

Englands nächste Aufgabe wird der Kampf um Indien sein. Es hat jetzt so viele territoriale Sicherheiten für Indien geschaffen, daß es beinahe scheint, es sind ihrer zu viele. Auch England wird lernen, wie wenig äußerliche Garantien bedeuten.

Aus diesen großen Schwierigkeiten, die England im Orient bevorstehen, erklärt sich auch Lloyd Georges angeblich in Paris gekommene Einsicht von der Undurchführbarkeit des Friedensvertrags von Versailles. Dazu tritt noch eines. Die Parteiverhältnisse des englischen Parlaments drohen sich so zu gestalten, daß als Arbeitervertreter Proletarier in Westminster einziehen. Das würde eine innere Revolutionierung des politischen Lebens bedeuten, wie sie seit Cromwell nicht dagewesen ist.

Eine starke Beschäftigung Englands im Orient würde das Schwergewicht der angelsächsischen Macht noch mehr nach Amerika verschieben. Ins Riesenhafte des Maßes verwandelt stellt Nordamerika ja auch eine Insel vor wie Großbritannien und hat soweit eine ähnlich glückliche Lage. Schon heute deuten alle Zeichen dahin, daß die Vereinigten Staaten das Erbe des englischen Mutterlandes anzutreten berufen sein werden. Automatisch müssen sich Australien und Kanada an sie anlehnen, so daß die englischen Inseln den östlichen Außenposten des Angelsachsentums gegen Europa bilden werden. Daß die Vereinigten Staaten dazu entschlossen sind, die Führerschaft des Angelsachsentums zu übernehmen, bezeugt der Ausbau ihrer Flotte, die vor allem im Pacific stationiert werden soll. Das Schwergewicht der politischen Auseinandersetzungen wird somit langsam von Europa abrücken, das als Rückendeckung gebraucht werden wird. Dann kann für unseren Erdteil die Zeit der Erholung kommen, dann wird der pathologische Aberglaube von Deutschlands Tücke und Macht vor anderen Sorgen zerstieben.

Für Deutschland bleibt die Frage, ob es weiter sich wirtschaftlich zerfleischen oder sein moralisches Gleichgewicht wiedergewinnen wird, um in freier Selbst-

Digitized by Google

behauptung eine Politik einzuschlagen, unabhängig von Sentimentalität und Sentiments. Unser wirtschaftlicher Zusammenbruch ist nicht durch schlechte Wirtschaft an sich, sondern durch eine hier nicht weiter zu erörternde unglückliche Politik bedingt. So können uns auch nur politische Änderungen aus unseren wirtschaftlichen Nöten wieder heraushelfen.

Die politische Lage in Bayern

Von Dr. G. Hohmann-München, M. d. L.

Die politische Entwicklung in Bayern ist außerhalb der blauweißen Grenzpfähle nicht überall richtig verstanden worden. Man hat bei dem zeitlichen Zusammenhang der bayerischen Vorgänge mit dem Kapp-Putsch geglaubt, daß der Regierungswechsel in Bayern unter verfassungswidriger, direkter Einwirkung des Militärs erfolgt sei. Das ist in keiner Weise richtig. Gewiß hat die Kapp-Bewegung, die ihre Verbindungen durch das ganze Reich gezogen hatte, auch nach Bayern elektrische Wellen gesandt, die in einigen jungen, unreifen Köpfen unter den Zeitfreiwilligen und bei einigen ihrer Führer Vorstellungen erweckten, die sich aber nicht zu verfassungswidrigen Handlungen auswirkten, sondern durch die verantwortlichen militärischen Führer in ihren Schranken gehalten wurden. Die Reichswehr insbesondere hat sich in Bayern nicht für Kapp ausgesprochen, sondern stand lediglich zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung zur Verfügung. Der Ursprung der Regierungskrisis war folgender: Infolge einer gewissen Unruhe unter einem Teile der Zeitfreiwilligen infolge des Kapp-Putsches begaben sich in der Nacht vom 13. auf 14. März der Kommandeur des 4. Reichswehrgruppenkommandos, General Möhl, zusammen mit dem Regierungspräsidenten von Oberbayern, v. Kahr, und dem Münchener Polizeipräsidenten Pöhner zum Ministerpräsidenten Hoffmann und ersuchten mit Rücksicht auf die unruhige Stimmung bei einem Teile der Truppen und zu befürchtende Unruhen in der Bevölkerung, um die Übertragung der vollziehenden Gewalt auf das Militär. Der Ministerpräsident ließ alsbald den Ministerrat zusammentreten und der Ministerrat entschied sich nach eingehender Beratung mit den genannten Herren angesichts der ungewissen Lage dazu, die vollziehende Gewalt für München und München-Land, also lediglich für den Bereich und die Funktionen des Münchener Polizeipräsidenten Pöhner, dem Militär zu übertragen. Hierbei wurde ausdrücklich festgestellt im vollen Einverständnis mit General Möhl, daß wie sonst der Polizeipräsident, so jetzt General Möhl dem Staatsministerium des Innern, dem die Polizei untersteht, voll verantwortlich bleibe. Es handelte sich also hierbei um eine bereits in der Verfassung für besondere Verhältnisse vorgesehene Maßnahme.

Digitized by Google

Darum haben auch zwei der sozialdemokratischen Minister für diese Übertragung gestimmt und nur Herr Hoffmann stimmte dagegen. Aus dieser Abstimmung zog er den Schluß, daß er sein Ministerpräsidium niederlegen müsse. Damit war dann der Rücktritt des gesamten Ministeriums nach parlamentarischen Gepflogenheiten gegeben. Es begannen alsbald die Verhandlungen der Parteien zur Neubildung der Regierung, wobei von allen Parteien einhellig der Wunsch zum Ausdruck gebracht wurde, daß auch die Sozialdemokratie sich an dem Ministerium beteiligen solle. Sie ließ diese Möglichkeit auch offen, ja bis fast zum Schluß der Verhandlungen konnte man annehmen, daß sie sich beteiligen würde. Es scheiterte ihre Beteiligung auch keineswegs, wie es nachher behauptet wurde, an der Nichterfüllung ihrer Bedingungen, gegen die nichts wesentliches einzuwenden war. Sondern es scheiterte an dem Beschluß der Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion, die mit 32 gegen 8 Stimmen der Minderheit beschloß, nicht in das Kabinett einzutreten. Ein Beschluß, der nach Lage der Dinge einem parteitaktischen Bedürfnis der Partei entsprach. So sahen sich die anderen Parteien gezwungen, ohne die Sozialdemokraten ein Ministerium zu bilden, wobei das Zentrum, hier als sogenannte bayerische Volkspartei aufgemacht, als stärkste Partei das Ministerpräsidium übernahm, der bayerische Bauernbund mit in die Koalition genommen wurde und die Demokraten ihre bisherigen Ministerien beibehielten. Für die Demokraten war die Situation nicht ganz leicht. Einesteils waren sie sich darüber klar, daß ein Ministerium ohne die Sozialdemokratie nicht die tragfähige Basis besitze, die in der schwierigen Zeit notwendig erschien, anderenteils bestand die Weigerung dieser Partei; aber da das Land unter allen Umständen eine Regierung so schnell wie nur irgend möglich brauchte, konnte sich die demokratische Partei, ohne die eine Regierungsmehrheit nicht vorhanden war, der Pflicht nicht entziehen, diese Regierung mit zu bilden. Sie stellte aber die Bedingung, daß die deutschnationale Partei, in Bayern als Mittelpartei verkleidet, nicht, wie es der Wunsch des Zentrums war, mit in die Regierung eintrete. Ihr erschien, ganz abgesehen von der Verlängerung des Kabinetts nach rechts hin, die eine Gefährdung wirklich demokratischer Politik bedeuten mußte, vor allem die Haltung der bayerischen deutschnationalen Partei zum Kapp-Putsche keineswegs so klar und einwandfrei, daß sie es verantworten wollte, mit ihr in diesem Augenblick in einer Regierung zu sitzen. So entstand das Ministerium Kahr. Selbstverständlich suchte die Sozialdemokratie die Situation alsbald politisch auszunutzen, war aber in der großen politischen Aussprache im Landtage nicht in der Lage, etwas wesentliches zur Rechtfertigung ihrer Haltung beizubringen und die Notwendigkeit ihres Ausscheidens überzeugend darzutun. Es war kein Akt staatsmännischer Klugheit des Ministerpräsidenten Hoffmann, in dieser Situation sich der Verantwortung durch seinen Rücktritt zu entziehen, seine Aufgabe wäre es

Digitized by Google

gewesen, auf seinem Posten zu bleiben. Er hat ganz allein die Schuld daran, daß eine Regierungskrisis entstand. Dabei sind wir uns darüber klar gewesen, daß das Ministerium Hoffmann im Lande kein großes Vertrauen besaß, woran Herr Hoffmann als Kultusminister durch eine in einem überwiegend katholischen Lande geübte, nicht immer vorsichtige und die Gefühle schonende Kulturpolitik nicht unschuldig war. Wir waren uns auch darüber klar, daß es notwendig sei, in dieser Situation eine Kräftigung der Koalitionsregierung vorzunehmen, die durch eine gewisse Umbildung zu erreichen gewesen wäre. Das hätten auch die Sozialdemokraten erkennen und mit durchführen müssen. Sie haben anders beschlossen, trotzdem ein Teil ihrer Führer sich ernstlich bemüht hat, sie von diesem unklugen Beschlusse abzuhalten.

Das Vertrauen der Demokraten zur Regierung Kahr hängt zu einem nicht geringen Teil von der weiteren Führung des Münchener Polizeipräsidiums ab. Herr Polizeipräsident Pöhner hat wiederholt begründeten Anlaß zu Beschwerden gegeben, da er sein Amt, das lediglich das vollziehende Organ der verantwortlichen Regierung sein darf, mißverstanden und den Versuch unternommen hat, von diesem Amte aus eigene Politik zu treiben. Dies zeigte sich in den Kapptagen, wo er Flugblätter des deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes, die zur Gewalttat aufforderten und solche, die den Kapp-Putsch verherrlichten und Blätter, die von der allein rechtmäßigen Regierung Kapp sprachen, passieren ließ, trotz der großen Gefahr, die solche Flugblätter durch Aufregung der Volksmassen nach sich ziehen können; hinterher erklärt er es als Versehen, auch ließ er hetzerische Plakate eines sogenannten Ordnungsblockes mit wilden Beschuldigungen gegen die Reichsregierung passieren und gab selbst an die Einwohnerwehren die Parole aus: gegen die Reichsregierung! Der Münchener Polizeipräsident ist eine Gefahr für die verfassungsmäßige Regierung. Ihm das Handwerk zu legen, ist eine Forderung der Demokraten. Jetzt soll mit einem Male alles ein Versehen sein, so daß die Anschauung wohl nicht ganz falsch sein dürfte, daß vielleicht der Herr Polizeipräsident selbst — ein Versehen ist. Hierbei handelt es sich nicht um eine beliebige Angelegenheit, nicht um irgendeinen mißliebigen Beamten, sondern es handelt sich um die Sicherung der verfassungsmäßigen und verantwortlichen Regierung, die neben sich eine unverantwortliche und höchst bedenklichen Einflüssen zugängliche Nebenregierung im Sicherheitsdienst der Hauptstadt nicht dulden kann.

Die Regierung Kahr ist eine Übergangsregierung, die keine wesentlichen Gesetzgebungsarbeiten mehr erledigen soll außer dem Wahlgesetz und der Beamtengehaltsordnung. Dann werden auch in Bayern Neuwahlen über die künftige Politik entscheiden.

Digitized by Google

Generalsynode und Evangelische Kirche

Von Dr. Peter Rassow

Als in den letzten 14 Tagen die Preußische Generalsynode in Berlin tagte, konnte man die Beobachtung machen, daß im engeren wie im weiteren Bekanntenkreise, gerade auch in der Schicht gut bürgerlicher Bildung, in der Kirchlichkeit zum guten Ton gehört, sich kein Mensch um diese Verhandlungen kümmerte, jedes Gespräch darüber mit mehr oder weniger gutmütigem Lächeln abgelehnt wurde. Ging man nun erst in die breiten Kreise der industriellen Massen, so antwortete einem nichts als Hohn und Spott.

Wie ist das zu erklären? Man muß es einmal rund aussprechen: die Kirche — als organisiertes Institut zur Pflege der christlichen Religion lutherischer Art — steht völlig außerhalb des Interessen- und Gedankenkreises, in dem unser Leben, unsere geistigen Kämpfe um Emporentwicklung unserer Persönlichkeit und unseres Volkstums pulsiert. Pastoren, die man in erster Linie hierüber fragt, pflegen die wenigst geeigneten Beurteiler zu sein, denn je tüchtiger sie selbst sind, um so weniger darf man von ihren vollen Kirchen und ihrer Beanspruchung mit Taufen und Trauungen einen Schluß auf die Allgemeinheit ziehen. Wollte man mit kirchlicher Trauung, christlicher Kindertaufe und kirchlicher Beerdigung in dem Umfang, wie sie namentlich auf dem Lande und in Mittel- und Kleinstädten noch absolut zwingende Gewohnheit sind, als bewiesen ansehen, daß die Kirche noch lebendig sei, so wäre das eine große Täuschung. Der Mensch, der auf den traurigen und freudigen Höhepunkten seines Lebens die Berührung mit der irgendwie vorgestellten Gottheit nicht vermissen will, dem aus einer noch nicht sehr weit zurückliegenden Vergangenheit her sich die Formen zu diesem Gelegenheitsverkehr mit Gott in traditioneller Ehrwürdigkeit darbieten, der ist auch bereit, große Opfer an persönlicher Wahrhaftigkeit zu bringen, indem er denjenigen Teil der kirchlichen Amtshandlungen, die seiner religiösen und wissenschaftlichen Überzeugung widersprechen, mitmacht und über sich ergehen läßt. Feinere Naturen pflegen diesen Rest, der ihnen zu tragen peinlich ist, in die allgemeine Symbolik, deren ja jeder religiöse Akt bedarf, einzubeziehen und ihn so gleichsam zu absorbieren. Die andern sagen sich: das Ärgernis, das ich andern gebe, indem ich mich und die Meinen von den kirchlichen Feiern ausschließe, ist so groß, daß es zu vermeiden mir wohl „eine Messe wert ist".

Dieses riskierte Ärgernis war bei allen Menschen, die zum Staat in einer engeren Beziehung standen, in der evangelischen Landeskirche immer besonders groß deshalb, weil seit Luthers Zeiten diese Kirche in Deutschland eben Staatskirche war. In der Not jener Zeit, in der durch Luthers Haltung erst gegen-

Digitized by Google

über dem Ablaßmißbrauch, dann gegenüber den römischen Kirchenbehörden und dem Reich aus einer innerkirchlichen Reformbewegung eine absolute Glaubensspaltung geworden war, hatte Luther die Sicherung des neuen Glaubens und seiner Anhänger dem jeweiligen Landesherrn anvertraut, unter der Voraussetzung natürlich, daß dieser Landesherr selber diesem neuen Glauben anhänge. Ja, dieses Prinzip wollte er so kraß durchgeführt sehen, daß er aussprach, wer andern Glaubens sei, „der solle sich des Landes trollen". Überspringt man nun die gesamte kirchen- und geistesgeschichtliche Entwicklung Europas, die Auseinandersetzung des Luthertums mit dem Calvinismus und dem Täufertum, mit dem Rationalismus und der Romantik, mit dem Materialismus und dem Nationalismus, erinnert man sich nur kurz der radikalen Veränderungen in dem dogmatischen Unterbau des evangelischen Christentums, die die Folge der historischen Forschung am Neuen Testament sind, so bedarf es weiter keiner Darlegung, um einzusehen, wie bis in die Wurzel hinein der evangelische Kirchenbegriff überhaupt und ganz besonders der altüberkommene lutherische Staatskirchenbegriff im Laufe der Zeit in Frage gestellt, ja völlig ausgehöhlt worden ist. Die durch die geistige Beeinflussung der Sozialdemokratie in ihren metaphysischen Bedürfnissen befriedigte und geeinigte Arbeitermasse jedenfalls war grundsätzliche und erbitterte Feindin der Staatskirche, der Hüterin der Staatsreligion. Auf der andern Seite aber hatte auch die kleine Gruppe derer, die den Glauben Luthers wörtlich und unberührt von den geistigen Strömungen der vergangenen drei Jahrhunderte bekannten, die Staatskirche Preußens mehr und mehr als ein babylonisches Gefängnis betrachten gelernt. Denn zumal die preußische Landeskirche war mit dem Anwachsen des preußischen Staates zur konfessionellen Toleranz erzogen worden, die in der Union ihren kirchenpolitischen Ausdruck fand.

Nun bot der Fortfall der Monarchie und damit der Fortfall des Landesherren als Oberbischofs die Gelegenheit, die Kirche umzubauen. Allerdings ist Umbau ein zu milder Ausdruck. Bei allen Veränderungen, die die Kirche seit Luthers Zeiten erlebt hat, konnte man von Umbau reden, weil das Oberbischofsamt des Landesherrn gewahrt blieb. Nun aber, da es weggefallen ist und die Stellvertretung durch die drei Minister natürlich nur ein revolutionäres Provisorium sein konnte, steht die evangelische Landeskirche Preußens (wie übrigens auch die andern Landeskirchen der deutschen Bundesstaaten) vor der Aufgabe, sich völlig neu zu verfassen. Zunächst machte man ein wenig Revolution, indem sich der Oberkirchenrat und der Generalsynodal-Vorstand, die die eigentlichen Behörden für die laufenden Geschäfte sind, durch einen Vertrauensrat frei ergänzte. Als dieser aber Verfassungsvorschläge machte, die alsdann vor den Provinzialsynoden keinerlei Gnade fanden, machte man jene revolutionäre Maßnahme rückgängig und berief eine außerordentliche Tagung der Generalsynode.

Digitized by Google

Hier stocke ich, indem ich mir sage, daß man für die weitere kirchenrechtliche und kirchenpolitische Darlegung ja auf keinerlei Interesse mehr rechnen kann: denn derjenige Teil des allgemeinen Interesses, den die evangelische Kirche als Staatskirche genoß, scheint eben mit der Staatskirche dahingesunken. Und der neu zu erbauende preußische Staat denkt nicht im entferntesten daran, der Kirche ein neues staatliches Joch aufzuerlegen.

Allerdings so liegen die Verhältnisse ja nicht, wie die Parteisimpel aller Richtungen dachten, daß eines Tages Staat und Kirche sich gegenseitig für „frei" erklärten und nun gewissermaßen nichts mehr miteinander zu tun haben würden. Ohne die 25 Millionen Mark, die der preußische Staat der evangelischen Kirche jährlich als Zuschuß gab, ohne die Besteuerung mit Hilfe staatlicher Organe, wird es auch ferner nicht abgehen, sofern nämlich der Staat einsieht, daß die evangelische Kirche einen Kulturwert hat, der doch etwa dem der größeren Lungenheilstätten oder der „Kaiser-Wilhelms-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaft" oder ähnlicher Einrichtungen entspricht.

Welchen Kulturwert sie aber in der Zukunft haben wird, das wird wesentlich davon abhängen, welche Verfassung sie sich gibt. *Nicht so, daß eine demokratische Verfassung in den Augen des demokratischen Staates der Kirche einen höheren Kulturwert verleihen könnte*: das wird man immer den politischen Demokraten aller Parteien entgegenhalten müssen. Vielmehr wird der Staat sich von Zeit zu Zeit im Parlament die Frage vorlegen müssen, ob die Kirche sich so verfaßt hat und verwaltet, daß die weitesten Kreise der Evangelischen, die sich freiwillig und bewußt zur evangelischen Kirche bekennen und halten, in ihr eine Gemeinschaft haben, in der sie das religiöse Gut in ihrem Sinne gepflegt finden, in Predigt, Seelsorge und Unterricht. Zum Unterricht ist dabei auch die theologische Arbeit der Fakultäten zu rechnen. Mit diesen und ähnlichen Sätzen kann natürlich nicht eine Norm formuliert werden, nach der der Staat jeweils die Kirche zu messen hätte. Vom Staate gemessen zu werden, kann sich die Kirche jederzeit verbitten. Sie kann aber nicht verhindern, daß der Staat, der sich überhaupt als Schützer der höchsten Kulturgüter fühlt, sich ein Urteil darüber bildet, wie weit nach seiner Ansicht die Verfassung dieses oder jenes Kulturzweiges, also auch der Kirche, ihren Aufgaben gerecht wird. Je höher der Staat diese Aufgabe auffaßt, um so behutsamer und feiner werden die Methoden sein, mit denen er der Kirche zu helfen sucht. Er wird auch den Konflikt nicht scheuen dürfen, wenn die Kirche sich Übergriffe auf das Gebiet des Staates gestatten, oder gar zum Widerstand gegen die Staatsgewalt aufrufen sollte.

Immerhin ist in diesen ganz allgemeinen und weiten Grenzen die Kirche demnächst völlig frei im Staate und vom Staate und darf und kann nur noch auf das

Digitized by Google

Interesse derer rechnen, die allein religiös sich mit ihr verbunden fühlen. Aller Feiertagskirchgang hoher Beamten fällt fort. Die Selbstverständlichkeit, mit der der Pfarrer als Mitglied einer der konservativen oder mindestens der „bürgerlichen" Parteien in Anspruch genommen wurde, ist fernerhin ausgeschlossen. Die Zugehörigkeit zur evangelischen Kirche bietet keinerlei anerkannte Vorteile mehr gegenüber den Dissidenten hinsichtlich der Staatsanstellung. Wird dann aber die evangelische Kirche noch eine genügende Anzahl Bekenner aufbringen, um sich selber groß und leistungsfähig zu erhalten? Und wenn die Zahl auch sehr groß sein sollte, wird die evangelische Bekennerschaft in dem grundlegenden Kirchenbegriff so weit einig sein, daß sie eine Verfassung überhaupt zustande zu bringen vermag? Die Antwort hierauf — und nun wird die allgemeine Bedeutsamkeit dieser kirchlichen Vorgänge zugestanden werden — wird eine konstituierende Kirchenversammlung zu finden haben, die im Winter oder im nächsten Frühjahr zusammentreten wird. Sie wird gewählt werden (das ist das Werk der eben beendeten Generalsynode), so, daß zunächst alle Männer und Frauen über 24 Jahre, die sich schriftlich oder mündlich zur Wählerliste in ihrer Gemeinde anmelden, eine Gemeindevertretung wählen. Diese Gemeindevertretungen werden alsdann in der Kirchenprovinz, die als Wahlkreis gilt, Vertreter für die konstituierende Kirchenversammlung wählen. Für beide Wahlen gilt Verhältniswahlrecht. Die Wahlen sind geheim und insofern nicht gleich, als die großen Städte eine erhebliche Zusatzstimmenzahl erhalten haben, um das Übergewicht der kleinen Landgemeinden auszugleichen. Nachdem diese Wahlgesetze beschlossen sind, hat es eigentlich nur noch historisches Interesse, zu wissen, wie sie zustande gekommen sind. Eine Versammlung, wie die eben vertagte Generalsynode, in der diejenigen Männer links sitzen, die man in der Nationalversammlung rechts findet, in der die Volksschullehrerschaft durch einen Rektor, die Oberlehrerschaft durch einige Gymnasialdirektoren und Schulräte vertreten ist, in der man vergeblich einen Handwerker oder gar Arbeiter sucht, in der so viele Herren schon das Ehrenzeichen „a. D." hinter ihrem Namen tragen, daß das Gesamtalter weit in die 10 000 hinaufreicht, mußte sich natürlich geradezu Gewalt antun, um solche grundstürzenden Vorschläge des Oberkirchenrates zu beschließen. Immerhin, sie hat es getan, sie hat weiterhin die Streitaxt, die zwischen Volksschullehrern und geistlichen Schulinspektoren geschwungen wurde, begraben, ja man hat eine Resolution angenommen, in der sich die Kirche für parteipolitisch absolut neutral erklärt. Auf der andern Seite hat die Synode die Kraft nicht gefunden, sich mit einem großen Vertrauensakt an die Volksgenossen zu wenden und zu Urwahlen zur Konstituante aufzurufen.

Diese Urwahlen dürfen nun jedenfalls nicht zu einem Kampfruf der politischen Linken werden. Denn wo sie angewendet wurden (Württemberg, Baden) haben

Digitized by Google

sie konservative Mehrheiten geliefert. Vielmehr kommt alles darauf an, daß zunächst einmal in den Gemeindewahlen alle die Evangelischen, die hoffen und glauben, die Kirche der Reformation könne durch einen wirklichen Neubau instand gesetzt werden, Volkskirche, Massenkirche zu werden, Persönlichkeiten ihres Vertrauens zu wählen. Vertrauen aber verdienen nur solche, die, wie das neue hervorragende Mitglied des Oberkirchenrats, D. Rahlwes, Propst an St. Petri, denken (Deutsche Allgemeine Zeitung vom 27. 4. 1920 abends): „Daß Kirche und Volk sich finden, das ist die Lebensfrage für die Kirche und auch eine der bedeutsamsten Fragen unseres Volkslebens. Man soll sich doch nicht darüber täuschen, daß trotz allen gelegentlich ausbrechenden Hasses gegen die Kirche ein starkes religiöses Suchen in weiten Kreisen vorhanden ist. Das heutige Geschlecht sucht wieder nach einer Weltanschauung, einer Lebensauffassung, die im Überzeitlichen wurzelt. Will die Kirche das Sammelbecken werden für diese religiöse Sehnsucht der Zeit, so muß sie ihre Türen weit auftun, so muß sie ein feines Ohr haben für die Stimmen der Gegenwart. Dann könnte ihre Zukunft einmal größer werden, als ihre Vergangenheit seit Menschenaltern war."

Neuerscheinungen

Walter Classen, „Das Leben Jesu", Verlag von C. Boysen, Hamburg. 1919. 2. Auflage.

Classen gibt in seinem Vorwort die folgende gute Kritik, wie heute die Person Jesu in religiöser Weise der Jugend nicht mehr nahegebracht werden darf. Er sagt: „Es gibt eine Art, die Geschichte Jesu zu erzählen, da wandelt er wie ein Halbgott über die Erde, der ein vorherbestimmtes Leiden durchlebt und über seine bösen Feinde siegend triumphiert. Das ist noch das Christusbild der mittelalterlichen Kunst. Davon wird das Kind bezaubert; es ist alles zu glauben bereit —, um nach einigen Jahren alles fortzuwerfen. Es gibt eine andere Art, einzelne Sprüche und Gleichnisse ausgiebig zu besprechen. Da dient alles dazu, die bußfertige Stimmung im Menschen zu wecken und ihn dem Heiland zuzuführen. Das Kind soll im Religionsunterricht zum erfahrenen Christen werden —, ein unmögliches Ziel, weil im Kinde gesucht wird, was erst in einem Menschenleben reift."

Diesen falschen Zielen stellt Classen das seine entgegen: dem Kinde die Geschichte Jesu so zu geben, daß sie in ihm wirke! Classen sagt, die Gleichnisse Jesu zeigten alle, wie Gott wirkt, und sie zeigten, daß dieses Wirken nur dem Wirken von Gesetzen zu vergleichen sei; Gott wirket wie eine stille stete Notwendigkeit. „Indem Jesus Gott so darstellt, wirkt er schöpferisch." Das ist neu. Jesus kennt den persönlichen Gott. „Er ist der, den du in der Unendlichkeit findest und den du doch mit „Du" anredest. Das Wirken dieses Gottes aber ist allgegenwärtig als ein stilles, ewig lebendes Gesetz."

Vom Lehrer verlangt Classen, daß er sich von der Kraft ergreifen lasse, die vom Lebensbilde Jesu ausströmt, und dann soll er sein Erlebtes den Kindern geben. Die

Digitized by Google

Natur dieses Erlebnisses zeigen die oben angeführten Sätze, und auf jeden Fall ist das Buch ein Zeugnis dafür, daß der Verfasser selbst erlebt hat, was er andere erleben lassen will. Für den Unterricht gibt er sehr viel Gutes. Man merkt überall die Erfahrungen eines Mannes, der um die Seele unserer Arbeiter-Jugend gerungen hat, und — wie man von Classen weiß — oft nicht ohne Erfolg. Paul Rohrbach.

Von Professor Charles Sarolea an der Universität Edinburg ist eine deutsche Ausgabe seines Buches über den Völkerbund und den Friedensvertrag im Verlage von Ludwig Röhrscheid in Bonn erschienen. Sarolea ist von Geburt Belgier, in England naturalisiert und hat einige Jahre vor dem Kriege ein Buch über Deutschland geschrieben (The Anglo-Germain Problem, New York 1912), in dem er besonders die neudeutsche politische Psychologie sehr kritisch behandelte und dabei dem allgemeinen Irrtum nicht entging, aus einzelnen kaiserlichen Gebärden und alldeutschen Entgleisungen ein deutsches offensives geistiges System zu konstruieren. Immerhin ist das Buch mit Geist geschrieben und verdient noch heute gelesen zu werden. Die Schrift über den Völkerbund und den Friedensvertrag beurteilt die deutsche Politik als Ganzes ähnlich wie die Vorkriegsschrift, d. h. überwiegend irrig. Diese Seite des Buches tritt aber zurück hinter der mit viel Geist, großen politischen Kenntnissen und unzweifelhaft moralischem Empfinden gegebenen Kritik des Friedens von Versailles. Wir empfehlen die Lektüre. Paul Rohrbach.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt. Redaktion: Schöneberger Ufer 36a I. Telephon: Nollendorf 928. Für Anzeigen: Werbedienst G. m. b. H., Berlin W. 35, Lützowstr. 102/4. Verlag: Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW. 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt 10 M. Einzelnummer 1 M. Gedruckt in der Buchdruckerei Hermann Bergmann, Berlin SW. 48.

„Die Bücherpost"

unterrichtet wöchentlich über Neuerscheinungen des deutschen Buchhandels aus allen Wissensgebieten und der Unterhaltungsliteratur. Einzelnummer 25 Pfg., vierteljährlich Mk. 2.50. Abonnements nimmt jede Poststelle, auch der Briefträger entgegen. Probenummern sendet die Geschäftsstelle der „Bücherpost", Frankfurt a. M., Niddastr. 74, postfrei und umsonst.

A. WARMUTH · Speditionsgeschäft

Zentrale: BERLIN C. 2, Hinter der Garnisonkirche 19
Fernsprecher Norden 309, 310, 1642, 4472 u. 45
Leipziger Abteilung: Dorotheenstr. 20a. Zentrum 2

Versand von Gütern aller Art nach allen Orten der Welt

Möbeltransport — Lagerung.

Digitized by Google

5. Jahrgang * 14. Mai 1920 * Heft 20

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Die sozialistische Reichskonferenz hat als wesentliches Ergebnis die Absägung Noskes gebracht, die Scheidemann in höchsteigener Person vollzog. Man wird den Mann, der im Januar 1919 die sozialdemokratischen Volksbeauftragten durch seine zugreifende Rücksichtslosigkeit rettete, nicht mehr ins Parlament senden; auch er ist ein Opfer der Kapp und Lüttwitz geworden. Daß er seine unendlich schwierige Aufgabe nicht in vollem Umfang lösen konnte, hat die Geschichte nachgewiesen, und sie hat ihn darum von seinem Ministerposten entfernt; daß die Sozialdemokratie sich jetzt eines Mannes entledigt, der immerhin Profil und Zivilkurage besaß, bleibt ein schmerzliches Zeichen der Angst, die aus Wahltaktik Männer mit Kanten nicht ertragen zu können glaubt.

*

Oberst Bauer will nicht nur Monarchen einsetzen, er ist auch bereit, sie zu stürzen. Wenig ist an ihm löblich; aber doch die Offenheit, mit der er zu seiner verwegenen Romantik steht. Er hat jetzt dem Amerikaner von Wiegand mitgeteilt, daß er im Januar 1918 Ludendorff den Plan der Absetzung des Kaisers unterbreitete, daß aber Hindenburg sich dagegen wehrte. Wahrlich ein Bild, das dem Herzen aller Monarchisten wohltun muß. Im Großen Hauptquartier schleift man selber am „Dolch", der dem Obersten Kriegsherrn — sozusagen— in den Rücken gestoßen werden soll; es sind dieselben Leute, die den Prinzen Max von Baden täglich beschimpfen, daß er mit dem Drängen nach Thronentsagung eine fast unmögliche Situation noch zu retten suchte. Daß Ludendorff dem gleichen Ausfrager die gegenwärtige Regierung als „Dilettanten" charakterisiert, ist fast grotesk, wenn man an den Dilettantismus denkt, dem er selber vor ein paar Wochen seine Unterstützung lieh.

*

Digitized by Google

Die Wahlbewegung beginnt ihre Blasen zu treiben, in denen sich Humor spiegelt. Dr. Helfferich hält im deutschen Vaterland große Reden. Es lassen sich heute viele Reden gegen viele Dinge halten. Aber Helfferich hält auch, weil das jetzt so populär klingt, Reden gegen Zwangswirtschaft und gegen Kriegsgesellschaften! Das sollte er nicht tun, sondern seinen Parteisekretären überlassen. Denn es könnte dem Gedächtnis der Menschen doch einfallen, daß er einmal Staatssekretär des Innern war und alle diese Dinge selber ressortmäßig aufbaute.

*

Das Ergebnis des Generalstreiks in Elsaß-Lothringen scheint die politische Forderung zu sein: das Land soll sein eigenes Ministerium erhalten. Nachdem die Franzosen es versäumt hatten, mit einem Gewaltversuch die eroberten Landesteile in ihre zentralisierte Verwaltung hineinzupressen, sind sie mit der Lösung der neuen Aufgaben nicht weitergekommen. Das Provisorium hat nur Unzuträglichkeiten geschaffen und der letzte Streik bezog ja seine Quellen nicht aus wirtschaftlichen Forderungen, sondern aus dem Protest gegen die „Ueberfremdung" der Behörden und des Wirtschaftslebens. Die Elsaß-Lothringer wehrten sich dagegen, daß ihnen überall sprachunkundige, mit den Landessitten nicht vertraute Leute vor die Nase gesetzt wurden. Sollte sich die Nachricht von der Forderung der elsässischen Abgeordneten nach dem eigenen Landesministerium bestätigen, so liegt hier das Zugeständnis vor, daß Elsaß-Lothringen im französischen Staatsverband einen Fremdkörper bildet; die pariser Regierung steht vor folgenschwerer Entscheidung.

*

Es mußte damit gerechnet werden, daß die dänischen Wahlen die zweite schleswigsche Zone gefährden würden. Zweierlei Versuche stehen nebeneinander: die neue Grenze noch über die „Clausensche Linie" südwärts zu rücken (dafür werben Franzosen und Norweger), oder die Internationalisierung von Flensburg erneut auf die Tagesordnung zu setzen. Für diesen Gedanken, dem östlichen Memel das westliche Flensburg als Flankenstellung an der Ostsee gegenüberzustellen, werden vor allem die Engländer bearbeitet. Noch ist es nötig, dem nördlichen Deutschtum allen Schutz, alle Stärke zu leihen.

*

Digitized by Google

Der Vorstoß der Polen, zusammen mit den Nationalukrainern unter Petljura, gegen die Roten Truppen in der Ukraine hat militärisch fürs erste großen Erfolg erzielt; politisch ist er aber in Polen und auch in der Ukraine auf nicht geringe Opposition gestoßen. Den rechten polnischen Parteien, vor allem den Nationaldemokraten, ist die Anerkennung der Ukraine gegen den Strich, weil sie von einem Polen von der Ostsee bis zum Schwarzen Meere träumen. Die sozialistische Linke wiederum will von einem Kriege nichts wissen und sie verlangt daher trotz aller Sympathie für die Ukraine den Abbruch des Kampfes. Daher kommt es, daß trotz der militärischen Anfangserfolge die Stellung des polnischen Kabinetts nicht gefestigt erscheint. Vielmehr gewinnt die Meldung, daß der Träger der ukrainerfreundlichen Politik, der Minister des Aeußeren Patek, durch eine andere Persönlichkeit ersetzt werden soll, an Wahrscheinlichkeit. Seine Ersetzung durch den Grafen Tarnowski würde eine Konzession nach rechts bedeuten, weil Tarnowski als Galizier den Nationaldemokraten näher steht als Patek. Der Rücktritt Pateks würde aber vor allem eine Niederlage des Präsidenten der Republik Piljudski bedeuten; denn er ist beim Abschluß des polnisch-ukrainischen Vertrages die treibende Kraft gewesen.

Aber nicht nur auf polnischer Seite ruft der polnisch-ukrainische Vertrag große Widerstände hervor. Auch auf ukrainischer Seite ist die Rechte über ein Zusammengehen mit den Polen sehr aufgebracht, weil Petljura dabei auf Ostgalizien, Cholmland und Westwolhynien Verzicht geleistet haben soll. Sie sind nicht nur national darüber empört, daß Petljura über den Versailler Frieden hinaus Konzessionen gemacht hat, sondern auch parteipolitisch, weil gerade in den abzutretenden Gebieten die rechten Parteien wurzeln. Mehr als ein taktisches Uebereinkommen zur Beseitigung der bolschewistischen Gefahr seitens zweier Gegner wird dieses Abkommen aber kaum von Pilsudski und Petljura gewertet werden; dazu sitzt der polnisch-ukrainische Gegensatz zu tief im Blute beider Völker. Ist doch das Heldenzeitalter der Ukraine — der Befreiungskampf Chmielnizkyj vom polnischen Joch — erfüllt mit schweren Kämpfen gegen Polen. Der im Westen der Ukraine den Erbfeind darstellt, wie im Osten der Moskowiter. Da aber unzweifelhaft in der Ostukraine politisch und wirtschaftlich der Schwerpunkt des ukrainischen Staates liegt, dürfte Petljuras Taktik, zuerst für die Befreiung der östlichen Ukraine zu sorgen, nicht falsch sein.

*

Digitized by Google

Deutschland und die Konferenz

Von Dr. Paul Rohrbach

In zwei Wochen sollen die Staatsmänner der Alliierten — der Form nach könnte man auch schreiben „Deutschlands und der Alliierten" — in Spaa zusammentreten, um über die Höhe und den Zahlungsmodus der deutschen Entschädigung zu beraten. Angeblich soll das der erste große Schritt zur „Heilung Europas" sein und angeblich soll Deutschland zu einer Verhandlung auf gleichem Fuße eingeladen werden. Ein großer Teil der französischen und englischen Stimmen betont aber schon jetzt, die Alliierten müßten die Beträge vorher feststellen und die Deutschen dürften höchstens ihre Vorschläge über die praktische Durchführung machen; wirklich verhandelt dürfe mit ihnen nicht werden. Die Gleichberechtigung ist also einstweilen noch sehr zweifelhaft, und ebenso zweifelhaft ist infolgedessen die Frage, ob es ein Geist der europäischen Gesundung (der moralischen wie der physischen) sein wird, der über den Konferenzverhandlungen schwebt. Wir möchten raten, jeden Versuch einer Vorhersage über Charakter und Ausgang dieser Konferenz allem andern zuvor im Licht jener Worte aus dem Buche von Keynes zu betrachten, die ich bereits in Nr. 10 der „Deutschen Politik" zitierte:

„Wir müssen zuerst von der Atmosphäre und den Methoden von Paris fortkommen; diejenigen, die maßgebend waren auf der Konferenz, mögen sich beugen vor den Sturmwinden der Volksstimmung, aber niemals werden sie uns aus der Wirrnis herausführen ... Der Wechsel der bestehenden Regierungen in Europa ist eine unerläßliche Vorbedingung." Der Mann, der diese Sätze geschrieben hat, und namentlich den letzten, ist jedenfalls ein besserer Kenner aller sachlichen und persönlichen Voraussetzungen für die bevorstehende Konferenz, als die Menge derer, die jetzt darüber schreiben und reden. Er sagt mit dürren Worten, die — im Herbst 1919 — bestehenden Regierungen müßten erst verschwinden, bevor es zu einer Gesundung Europas von seinen Wirnissen kommen könnte. Diese von Keynes als unerläßlich bezeichnete Voraussetzung ist an den wichtigsten Stellen, in England und Frankreich, nicht erfüllt; in Amerika, das angeblich teilnehmen will, auch nicht. In Frankreich haben die leitenden Männer formell gewechselt, aber es sind nur andere Namen gekommen; der Geist ist derselbe geblieben. Daran wird nach den empfangenen Proben wohl niemand zweifeln. Wer also trotzdem erwartet, daß in Spaa der europäische Gesundungsprozeß beginnen wird, der sollte sich zuerst über die Gründe aussprechen, kraft derer er sich für berechtigt hält, optimistischer zu urteilen als eine Autorität von solchem Range wie Keynes. Wir fürchten, das wird ihm schwer werden, denn Keynes wußte, was er mit jenen Sätzen sagte, und warum er

Digitized by Google

ihnen diese unmißverständlich pointierte Form gab. Vor allen Dingen kannte er seine Leute.

In England ist Lloyd George immer noch an der Macht. Man braucht nur seine Charakterschilderung bei Keynes und die wunderbare Darstellung zu lesen, wie er mit den schönsten Phrasen anfing, und dann, um die Wahl zu gewinnen, im letzten Augenblick das wortbrüchige Schlagwort in den Kampf warf: „Der Deutsche muß alles bezahlen!" Dieser Mann macht jede Politik, die ihn an der Macht hält. Wenn es für den Zweck nötig wäre, würde er jederzeit auch bereit sein, Deutschland und Europa gesunden zu lassen; wenn es ihm aber für die nächsten drei Wochen anders dienlich ist, um sich oben zu halten, so wird er sich ebenso leicht und noch leichter zu dem Programm bekennen, das die Daily Mail so gemütvoll in die Ueberschrift eines Artikels über den Hungerblockadetod deutscher Kinder faßte: „Fewer little huns!" Weniger kleine Hunnen! Da es nun zurzeit noch wenig wahrscheinlich ist, daß Leute wie Lloyd George die Zeichen ihrer eigenen Zukunft in der Vertretung eines Programms deutscher Gesundung erblicken, so ist es auch nicht wahrscheinlich, daß sie in Spaa nach dieser Seite hin wirken werden. Für sie ist eine ganz andere Kalkulation versuchlich: Die englischen Wähler und die englischen Zeitungen immer noch weiter mit Lorbeer und mit englischem Rot auf der Landkarte zu füttern und die Fütterungskosten von Frankreich und Deutschland nach dem Rezept tragen zu lassen: Frankreich desinteressiert sich in Syrien, Mesopotamien und sonstwo zugunsten Englands, und England läßt dafür Frankreich gegen Deutschland gewähren.

Die Dinge stehen also folgendermaßen. Erstens: Der leitende Minister Englands kommt nach Spaa in der Absicht, dort diejenige Politik zu machen, durch die dem Interesse des gegenwärtigen Koalitionsregimes in England, das er beherrscht, am meisten gedient wird. Die Gesundung Europas, die Gerechtigkeit und die Menschlichkeit spielen dabei keine andere Rolle, als auf einer Bühne ein beliebiges Versatzstück. Zweitens: Der leitende Minister Frankreichs geht nach Spaa mit denselben Ideen, wie sie neulich für die Konferenz französischer Offiziere in Mainz bekannt wurden, und die sich zusammenfassen lassen in das Wort: Vernichtung der deutschen Lebenskraft; gleichviel wie und unter welchen Vorwänden, aber auf jeden Fall Vernichtung, und daneben Ausschlachtung Deutschlands, soweit wie möglich, damit die kapitalistischen Klassen in Frankreich nicht zu schwer besteuert werden. Drittens: Der leitende Minister Italiens geht nach Spaa aus einer Hauptstadt, in der man augenblicklich riskiert, verprügelt zu werden, wenn man französisch spricht, und umarmt zu werden, wenn man deutsch spricht. Die Erbitterung gegen Frankreich ist bei den Italienern grenzenlos, denn diese sehen jetzt ein, daß sie zwar für die Entente die Kastanien aus dem Feuer haben holen dürfen, daß sie aber

Digitized by Google

mit einem mageren Trinkgeld abgefunden werden, daß ihre Wirtschaft und ihre Valuta auf dem Wege zum Ruin sind, und die Franzosen überdies im Bunde mit den heftigsten Feinden Italiens stehen, den Südslawen. Abgesehen von den Anregungen, die die natürliche Folge dieser Situation sind, ist Herr Nitti aber auch ein kluger politischer Kopf, und da die allgemeine Lage bei ihm zu Hause ihn nicht zwingt, sein politisches Verstandslicht unter den Scheffel zu stellen, so läßt er es leuchten und sagt: man soll Deutschland anständig und gerecht behandeln. Das wären die Hauptsachen für Spaa. Es bleiben noch ein paar Fragen zweiten Ranges übrig, z. B. die, wie man sich eigentlich Lloyd George, Millerand, Nitti und Hermann Müller als Verhandelnde zusammen denken soll, mit welchen Eindrücken voneinander diese Parteien nach der ersten Sitzung sich trennen werden, wie die Amerikaner ihre Interessen geltend zu machen gedenken, und anderes mehr, aber das Wesentliche liegt in dem, was vorher gesagt wurde.

Darüber hinaus, und sogar davor, ist wesentlich auch die Frage, wieviel Deutschland zu zahlen haben wird,. Keynes hat auch darüber sehr klare und bestimmte Ansichten und Berechnungen. Er sagt ganz bündig: alles, was man von Deutschland mehr verlangt, als wozu es sich vor dem Waffenstillstand verpflichtet hat, d. h. alles, was nicht durch eine loyale Auslegung der Wilsonschen Punkte gedeckt wird, ist unanständig und wortbrüchig, und alles, was die Deutschen bei ehrlicher Rechnung zu zahlen haben, sind 2 Milliarden Pfund oder 40 Milliarden Mark; mehr könnten sie auch nicht zahlen, und von den 40 Milliarden hätten sie durch ihre Abgaben und sonstigen Leistungen zehn schon bezahlt.

Keynes geht im einzelnen die Schäden der alliierten Länder durch und kommt zunächst für Belgien zu dem Ergebnis, daß 500 Millionen Pfund oder 10 Milliarden Mark einschließlich 5 Milliarden allgemeiner Kriegskosten, die der belgischen Regierung von den Alliierten vorgeschossen wurden, schon hoch gerechnet sind. Er sagt, daß es ihn überraschen würde, wenn sich eigentliche Zerstörungsverluste bis zur Höhe von 3 Milliarden erweisen lassen sollten, aber er ist bereit, die Zahl als Maximum anzunehmen. Für Requisitionen, Kontributionen u. dgl. ist er bereit, 2 Milliarden zu rechnen, und für allgemeine Kriegsausgaben, wie gesagt, fünf. Diese letzteren will er offenbar Belgien als Ausnahme zubilligen, wegen des Unrechts der Invasion.

Für Frankreich errechnet Keynes einen Anspruch von 800 Mill. Pfund gleich 16 Milliarden Mark. Der Referent der französischen Budgetkommission, Dubois, hat stattdessen 52 Milliarden Mark angegeben und das als Minimum; der Wiederherstellungsminister Loucheur 60 Milliarden, und beides allein für die Wiederherstellung der zerstörten Gebiete von Nordfrankreich. Keynes macht dazu nur die trockene Bemerkung, Herr

Digitized by Google

Loucheur habe wohl, gleich andern, die strikte Wahrheit „unverträglich mit den Forderungen des Patriotismus“ gefunden.

Während aber die Herrn Dubois und Loucheur im Frühjahr 1919 noch ihre 52 und 60 Milliarden für das zerstörte Gebiet gefordert hatten, verlangte der Finanzminister Klotz in seiner Rede vom 5. September 1919 über 107 Milliarden (134 Milliarden Francs) für Frankreich. Keynes sagt dazu: „Das französische Volk ist von seinen Ministern so schwer getäuscht worden, daß, wenn die unvermeidliche Einsicht kommt, wie es bald der Fall sein muß (sowohl was die eigenen Ansprüche betrifft, als auch die Fähigkeit Deutschlands, ihnen zu entsprechen), der Rückschlag weitergreifen wird als bis zu Herrn Klotz und auch die gesellschaftliche Ordnung fassen wird, die er vertritt.“

Englands entschädigungspflichtige Verluste werden auf etwas über 11, und die aller übrigen Alliierten auf rund 5 Milliarden geschätzt. Der Schluß, zu dem Keynes kommt, ist dann der bereits mehrfach genannte, den er in die Worte faßt:

Ich glaube, es wäre ein weiser und gerechter Akt gewesen, wenn man bei den Friedensverhandlungen die deutsche Regierung ersucht hätte, einer Summe von 2 Milliarden Pfund als endgültige Festsetzung zuzustimmen, ohne weiteres Eingehen auf Details. Das hätte eine unmittelbare und sichere Lösung geboten und hätte eine Summe von Deutschland gefordert, deren Zahlung, wenn gewisse Rücksichten genommen wurden, sich als nicht vollkommen unmöglich darstellte.

Die 100 Milliarden Mark, die Deutschland in Versailles anbot, galten, wie schon oft gesagt worden ist, aber immer wiederholt werden muß, unter der Voraussetzung, daß uns der Friede keine andern Leistungen auferlegte, auch keine weiteren Abtretungen, als die in dem Waffenstillstandspakt vorgesehenen und zugestandenen. Diese Voraussetzung macht Keynes nicht, wenn er auch den Bruch des Pakts mit so scharfen Worten tadelt und moralisch verdammt, wie außer ihm niemand in ähnlicher Stellung auf der Ententeseite. Wenn Deutschland zu wählen hätte zwischen 100 Milliarden o h n e den Betrug und Wortbruch, der an ihm verübt worden ist, oder „nur“ 40 Milliarden noch auf die Unehrlichkeit der Alliierten drauf, so wäre diese Wahl wahrhaftig nicht schwer. Einer deutschen Regierung, die ihrer Aufgabe gewachsen ist, könnte es auch nicht schwer fallen, mit dem Material, über das sie verfügt, einen eindrucksvollen Feldzug in diesem Sinne zu führen. Ob wir in Spaa den Beweis erleben werden, daß wir eine solche Regierung besitzen, steht dahin. Vielleicht wird es sich, um die Worte von Keynes über Deutschlands Zahlungsfähigkeit auf diesen Fall anzuwenden, „wenn gewisse Rücksichten genommen werden als nicht vollkommen unmöglich“ darstellen. Wird das aber genügen in einer Situation und gegenüber Männern, wie wir sie in Spaa zu gewärtigen haben?

Digitized by Google

Konopischt

Von Professor Dr. E. Jäckh

In der Erörterung der angeblichen „Vorbereitung des Krieges" weist die Entente-Politik seit Jahren auf drei angebliche „Verschwörungszentren der Mittelmächte" hin: Potsdam, Konopischt und Miramar. Das soll sein: der „Kronrat von Potsdam" am 5. Mai 1914; der Jagdaufenthalt des deutschen Kaisers in Konopischt beim österreichischen Thronfolger am 12. und 13. Juni 1914; und der Besuch des deutschen Kaisers in Miramar wiederum beim Thronfolger Ende März 1914.

Die Legende von „Potsdam" darf endlich als erledigt gelten: durch die Zeugnisse aller beteiligten deutschen wie österreichischen und ungarischen Persönlichkeiten, wie auch durch die gleichzeitigen Gutachten selbst englischer Staatsmänner ist ein für allemal und einwandfrei erwiesen, daß die Potsdamer Besprechung keinerlei Willen zum Weltkriege bedeuten kann und daß — umgekehrt — wenn ein Vorwurf erhoben werden kann, es der ist, daß angesichts und trotz der infolge des Serajewoer Attentats vorhandenen, ja greifbaren Verwicklungen kein „Kronrat" und kein „Kriegsrat" alle Möglichkeiten, auch die Kriegsmöglichkeit durchberiet und alle Vorsichtsmaßregeln vorbereitete, insbesondere eine Einheitlichkeit des politischen, des militärischen und des wirtschaftlichen Willens der deutschen Aemter und eine Uebereinstimmung auch mit den österreichisch-ungarischen Stellen sicherte. Nichts davon ist geschehen — weder in Potsdam selbst, noch nachher, so daß der Reichskanzler nicht einmal den veränderten Schlieffenschen Generalstabsplan kannte und ebensowenig die Marine vom Militär etwas wußte, wie schon Tirpitz in seinem Kriegsbuch bezeugt, und wie für andere Zusammenhänge (oder vielmehr Nicht-Zusammenhänge) jetzt auch durch die dokumentarischen Feststellungen des Ersten Untersuchungsausschusses bestätigt wird.

Wenn also „der böse Wille" von Potsdam selbst für eine böswillige Beurteilung sich nicht aufrechterhalten läßt, so behilft sich die Entente weiter mit dem Hinweis auf Konopischt: dort sollen (am 12. und 13. Juni 1914) der deutsche Kaiser und der österreichisch-ungarische Thronfolger Kriegsränke geschmiedet haben. Auch diese Legende wird vor der geschichtlichen Wahrheit nicht bestehen bleiben können; auch diese Anklage wird die Entente fallen lassen müssen.

Dafür heute zwei Zeugnisse: eines vom Begleiter des deutschen Kaisers in Konopischt, vom Gesandten Treutler, in der Form eines Berichtes an den damaligen Unterstaatssekretär Zimmermann; und das andere vom deutschen Botschafter in Wien, Tschirschky, in der Form eines Berichtes an das Auswärtige Amt. Beide Berichte befassen sich (be-

Digitized by Google

zeichnenderweise für die kaiserliche, dynastische Denkweise) mit den Königen von Rumänien, von Bulgarien und von Italien. Ganz richtig wird der ungarische Egoismus für die Balkanschwierigkeiten verantwortlich gemacht, sowohl vom deutschen Kaiser wie vom österreichischen Thronfolger, der besonders Tisza scharf anfaßt wegen seiner eng-ungarischen Intransigenz gegenüber den Rumänen. Die gleiche Anklage war und bleibt gegenüber Ungarn berechtigt in seiner Politik gegenüber Serbien.

Man urteile selbst:

Am 14. Juni schreibt der Gesandte Treutler nach Berlin an den Unterstaatssekretär Zimmermann:

S. M. der Kaiser und König haben am zweiten Tage des Aufenthalts in Konopischt, am 13. d. M., vor und nach dem Diner je eine politische Aussprache mit dem Erzherzog-Thronfolger gehabt.

Die erste Unterredung ging von dem kurz vorher eingetroffenen Athener Telegramm aus, nach dem die Streitigkeiten zwischen der Türkei und Griechenland einen ernsten Charakter anzunehmen drohen. Im Verlaufe dieser Gespräche wurde ich von S. M. gerufen; allerhöchstdieselbe gab mir in Gegenwart des Erzherzogs ein Resumé über die bisher geführte Unterhaltung, welches ungefähr folgendermaßen lautete:

„Ich habe dem Erzherzog den Inhalt des Athener Telegrammes mitgeteilt. Wir sind übereingekommen, daß angesichts der erfolgten Zuspitzung der Situation der König von Rumänien sondiert werden muß, wie er die Lage beurteilt und ob bzw. mit welchen Mitteln er versuchen wird, eine Tangierung der Abmachungen des Bukarester Friedens zu vermeiden und eventuell zu verhindern. Der Erzherzog gab lebhaft seine Zustimmung zu diesen Aeußerungen S. M. und warf die Frage auf, ob der König wohl geneigt sein werde, einzugreifen. Ich erwiderte, es sei wohl wahrscheinlich, daß der König Carol in dem von uns gewünschten Sinne tätig sein werde, da sein erhebliches Interesse an der Aufrechterhaltung des Bukarester Friedens sich mit dem unserigen decke. Demgemäß wurde verabredet, daß S. M. dem Auswärtigen Amte eine entsprechende Instruktion zugehen lassen werde, während der Erzherzog den Grafen Berchtold zu ersuchen versprach, eine gleiche Demarche des österreichischen Gesandten in Bukarest anzuordnen.

Zum Schluß konstatierten die beiden hohen Herren ihre übereinstimmende persönliche Abneigung gegen den König von Bulgarien und S. M. erzählte, daß dieser einer ihm zugegangenen neueren Nachricht zufolge diese Abneigung kenne, sich aber ernstlich bemühen wolle, seine beiden Gegner zu gewinnen."

Ueber das zweite Gespräch, das nach dem Diner unter vier Augen stattfand, erzählte mir S. M. am anderen Morgen das folgende:

Der Erzherzog habe, von den aktuellen Fragen ausgehend, zuerst sich sehr mißbilligend über Italien ausgesprochen. Der Umstand, daß Italien einen Mann wie Aliotti nach Durazza (Albanien) gesandt habe und dort halte, beweise seine mala fides. Auch die Ereignisse in Triest und ihr Echo in Italien zeigten, daß Italien es dem Bundesgenossen sehr schwer mache, in Frieden zu leben; auf die Dauer sei ein solches Verhältnis unmöglich. Dazu scheine es dem König von Italien an dem guten Willen zu fehlen, diese Zustände zu ändern. Er (der Kaiser) habe versucht, den Erzherzog zu beschwichtigen. Er habe besonders darauf hingewiesen, daß in den Grenzländern wohl auf beiden

Digitized by Google

Seiten durch die Unterorgane Fehler gemacht würden, die dann in weiteren Kreisen üble Folgen zeitigten. Was den König betreffe, so habe auch er jahrelang sich oft überwinden müssen und erst bei der letzten Zusammenkunft in Venedig habe sich ein wärmeres Verhältnis angebahnt. Augenscheinlich habe der König viel gelernt, und die neuen durch den Tripolis-Krieg geschaffenen Verhältnisse hätten den Italienern, besonders auch gerade dem Monarchen, gezeigt, daß Frankreich der wahre Gegner sei, und dadurch eine allgemein richtigere Bewertung des Dreibundes hervorgerufen. S. M. hat Sich im Hinblick auf das Zusammentreffen des Thronfolgers mit dem König bei unseren Manövern augenscheinlich sehr viel Mühe gegeben, das Mißtrauen des Thronfolgers zu zerstreuen.

Das Gespräch ging dann auf Ungarn über und hier soll der Thronfolger noch schroffer und mit ungemein deutlichen Ausdrücken seiner Abneigung Ausdruck gegeben haben. Er hat die ungarischen Zustände als völlig anachronistisch und mittelalterlich hingestellt:

Ungarn sei der Tummelplatz des Kampfes einzelner Familien und die oligarchische Regierungsform bedeute geradezu eine Vergewaltigung aller nicht ungarischen Elemente, die weit mehr als 50% der Gesamtbevölkerung ausmachten. Die Zahl der Magyaren sei immer falsch angegeben worden, in Wirklichkeit seien es vielleicht 2½ Millionen. Wie der Mann an der Spitze heiße, sei meist Nebensache; jeder Ungar strebe mehr oder weniger offen danach, für Ungarn auf Kosten Oesterreichs und zuungunsten der Gesamtmonarchie Vorteile zu erlangen. Er, der Erzherzog, wisse wohl, daß der Kaiser einen sehr guten Eindruck von Tisza gewonnen habe. Das sei aber vielleicht nicht ganz zu Recht geschehen, denn Tiszas Taten entsprächen nicht Tiszas Worten. In Wahrheit sei Tisza schon Diktator in Ungarn und strebe danach, auch in Wien als solcher aufzutreten. „Schon jetzt zittere Wien, wenn Tisza sich auf die Reise mache, und alles läge auf dem Bauch, wenn er in Wien aussteige.“ Dabei sei es besonders bedenklich, daß Tisza sich offen dazu bekannt habe, er sähe die Selbständigkeit der ungarischen Armee als ein zu erstrebendes Ideal an.

S. M. hat den Thronfolger unterbrochen, um ihm zu sagen, daß er selbstverständlich Tisza mißbillige, wenn er höre, daß er unbotmäßig sei und danach strebe, zuungunsten Oesterreichs das Schwergewicht der Monarchie zu verlegen. Er halte ihn aber für einen so kräftigen, seltenen Mann, daß er nur empfehlen könne, ihn nicht über Bord zu werfen, sondern ihn unter eiserner Faust zu halten und dann seine schätzenswerten Gaben auszunutzen.

Ich habe den Eindruck, daß S. M. bei dieser Gelegenheit mit Erfolg beabsichtigte, dem Erzherzog entgegenzukommen, ohne ihn durch zu rasches Aufgeben seiner bekannten guten Ansichten über Tisza mißtrauisch zu machen. Andererseits hat der Thronfolger von seinem Standpunkt aus offenbar sehr geschickt betont, daß gerade Tisza daran Schuld sei, wenn die Dreibundinteressen schlecht gewahrt würden, indem er es sei, der entgegengesetzt zu seinen Schönbrunner Versprechungen die ungarischen Rumänen drangsaliere. Der Erzherzog hat schließlich sogar S. M. gebeten, ob er nicht Tschirschky anweisen lassen könne, Tisza bei jeder Gelegenheit ins Gedächtnis zu rufen, er solle die notwendige Gewinnung der Rumänen durch angemessene Behandlung der in Ungarn lebenden Stammesbrüder nicht aus den Augen verlieren. S. M. hat das mit den Worten versprochen, er wolle Tschirschky auftragen, Tisza immer wieder zuzurufen: „Herr gedenke der Rumänen.“ Damit war der Erzherzog sehr einverstanden.

Digitized by Google

Zur Beleuchtung dieses Teiles der Unterhaltung darf ich vielleicht auch anführen, daß kurz vorher Oberst Bardolff mich auf Tisza angeredet und sehr vorsichtig der „in Konopischt bestehenden Befürchtung" Ausdruck gegeben hatte, wir hätten durch die jahrzehntelange Vertretung der Doppelmonarchie in Berlin durch ungarische Botschafter die Verhältnisse durch ungarische Brillen zu sehen gelernt. Ich wies ihn darauf hin, daß wir ja auch durch unsere eigenen Vertretungen informiert würden, man brauche dies nicht zu besorgen; ich wisse schon, daß die Befürchtung daher käme, daß mein allergnädigster Herr sich offen und vorteilhaft über Tisza ausgesprochen habe. Dies liege aber viel einfacher, als man anzunehmen scheine. Tisza sei ein so tatkräftiger, energischer Mann, daß es ganz natürlich sei, wenn er einen starken Eindruck auf den Kaiser gemacht habe; im übrigen werde sich S. M. sicher dem nicht entziehen, wenn der Erzherzog ihm die Gründe für eine gegenteilige Beurteilung mitteilen würde.

Im Zusammenhang mit diesen Auslassungen des Erzherzogs und seines Vertrauensmannes war es von besonderem Interesse, daß Seine Kaiserliche Hoheit sich S. M. gegenüber dazu bekannte, er habe den Nachfolger Szögyénys empfohlen und hoffe, Prinz Hohenlohe werde die besten Dienste leisten.

Czernins Auftreten in Bukarest, besonders das bekannte Interview, tadelte Seine Kaiserliche Hoheit offen auf das schärfste, obgleich ja Czernin sein Protegé ist.

Ueber Böhmen und die Mißerfolge des Fürsten Thun sprach der Erzherzog ebenfalls mit großer Offenheit und betonte erfreulicherweise die Notwendigkeit des Schutzes der Deutschen, die das „Ferment" bilden müßten. „Ein Ausgleich" könne nicht mehr von den Parteien erhofft, er müsse vielmehr von Wien aus oktroyiert werden.

Rußland ist nach des Erzherzogs Meinung nicht zu fürchten; die inneren Schwierigkeiten seien zu groß, um diesem Lande eine agressive äußere Politik zu gestatten. Treutler.

Bemerkenswert ist auch, daß auch hier schon Mitte Juni bestätigt wird:, daß die Abberufung des österreichisch-ungarischen Botschafters in Berlin, des senilen Szögyény, damals schon beschlossen war. Welche verhängnisvolle Rolle Szögyénys Senilität (die ich aus persönlichem Erleben kenne) in den entscheidenden Juli-August-Tagen gespielt hat, ist bekannt.

Und am 19. Juni berichtet der Botschafter Tschirschky aus Wien an das Auswärtige Amt:

Graf Berchtold war nach der Abreise S. M. des Kaisers von Seiner Kaiserlichen und Königlichen Hoheit dem Erzherzog Franz Ferdinand nach Konopischt geladen worden. Der Minister erzählte mir heute, Seine K. u. K. Hoheit habe sich ihm gegenüber in höchstem Maße befriedigt über den Besuch S. M. des Kaisers ausgesprochen. Er habe über alle möglichen Fragen eingehend mit S. M. gesprochen und durchweg völlige Uebereinstimmung der Ansichten konstatieren können.

Der Erzherzog hat dem Grafen Berchthold auch dasjenige mitgeteilt, was er unserem allergnädigsten Herrn bezüglich der Politik des Grafen Tisza, besonders den nichtmagyarischen Nationalitäten gegenüber, gesagt hat. Den Rumänen gegenüber habe, wie Seine K. u. K. Hoheit bemerkt hätten, Graf Tisza zwar schöne Worte gebraucht, seine Taten entsprächen aber diesen Worten nicht. Ein Fehler des ungarischen Ministerpräsidenten sei es vor

Digitized by Google

allem gewesen, daß er den siebenbürgischen Rumänen nicht einige Abgeordneten-Mandate mehr gegeben habe.

Graf Berchtold meinte mir gegenüber, er habe schon oft und nachdrücklich auf den Grafen Tisza zugunsten größerer Konzessionen für die Rumänen einzuwirken versucht. Seine Bemühungen seien aber vergeblich gewesen. Graf Tisza behaupte, er sei bereits so weit als irgend möglich den Rumänen entgegengekommen.

Ich werde meinerseits, wie ich dies bisher schon dem Grafen Berchtold gegenüber getan habe, der mir gewordenen hohen Weisung entsprechend jeden Anlaß benutzen, um auch den ungarischen Ministerpräsidenten auf die Notwendigkeit der Gewinnung der Rumänen hinzuweisen. Tschirschky.

In keinem der Berichte irgend etwas von Kriegsbesorgnis oder gar etwas von Kriegsabsichten! Alles atmet noch Frieden — bis 14 Tage später die serbische Bombe in Serajewo ein Kriegszeichen gibt. Aber auch dann gilt noch in Wien und in Berlin, was der Thronfolger im Treutlerschen Bericht meint: „Rußland ist nicht zu fürchten; die inneren Schwierigkeiten sind zu groß, um ihm eine agressive äußere Politik zu gestatten." Also — so wird weiter gefolgert und demgemäß gehandelt — läßt sich die österreichisch-serbische Auseinandersetzung lokalisieren; also wird der österreichisch-serbische Krieg riskiert, ja gewollt — um den Weltkrieg zu vermeiden . . . . .

Die Rechnung war falsch — infolge des russischen Kriegswillens.

Albaniens Schicksal

Von Hermann Wendel

Ob für die Entente die albanische Frage nur zu den härtesten Nüssen zählt, die man zuletzt knackt, oder zu den dicksten Erdbeeren gehört, die man zuletzt ißt, auf jeden Fall eilt es den Siegern mit der Lösung nicht sonderlich. Aber will im allgemeinen gut Ding Weile haben, so wird hier kaum durch immer neue Verzögerung ein gescheiterer Beschluß zuwege kommen. Denn einmal fehlt den hohen Herren in Paris und London Verständnis und Neigung, Zeit und Geduld, die Angelegenheiten des europäischen Südostens richtig von außen und innen zu durchdringen, und zum zweiten melden sich handgreifliche Interessen allzu laut, als daß eine wirkliche Entwirrung der albanischen Dinge möglich wäre.

Als vor sieben, acht Jahren schon einmal die albanische Frage den blauen Himmel Europas mit Kriegsgewölk überzog und die Wettermacher der Großmächtekonferenzen in Unruhe versetzte, handelte es sich um Serbien, das, der wirtschaftlichen Umklammerung durch Oesterreich-Ungarn zu entrinnen und an Weltmeer und Weltmarkt Anschluß zu gewinnen, durch albanisches Gebiet an die Adria drängte. Heute geht das Spiel in erster

Digitized by Google

Reihe um Italien. Wenn die römische Presse in den neunziger Jahren schon von den „legitimen Aspirationen" auf Albanien fabelte und im ersten Jahrzehnt unseres Jahrhunderts eine nicht schüchterne Durchsäuerung des Landes mit italienischem Einfluß durch Konsulate, Handelsagenturen, Schulen, Spitäler und Dampfergesellschaften begann, wenn während des Weltkrieges Italien sich zum Bürgen der „Unabhängigkeit" Albaniens aufwarf und sofort nach Zusammenbruch Oesterreich-Ungarns seine Hand auf Valona legte, so steckt „Arnautluk" gleichwohl in einem anderen Fach der Consulta-Politik, als etwa Eryträa oder Libyen. Die afrikanischen Gebiete waren Selbstzweck. Auf ihnen baute die Hoffnung ihr Nest, die von einer überlebten Arbeitsverfassung der Landwirtschaft über das große Wasser getriebenen Auswanderermassen hierherlenken und die von einer nicht übermäßig entwickelten Industrie erzeugten Warenmassen ohne fremden Wettbewerb hierherschleudern zu können. Albanien aber ist nur Mittel zum Zweck. Hat Italien, um im annexionistischen Rotwelsch zu sprechen, Valona mit seinem Hinterland „fest in der Hand", so ist es ein leichtes, durch weittragende Geschütze und Minen die nur 73 Kilometer breite Straße von Otranto zu sperren. In ein mare clausum verwandelt, spielt die Adria dann für Italien dieselbe bedeutsame Rolle des unübertrefflichen Kriegshafens, wie das Schwarze Meer für Rußland, wenn seinem Eroberungsdrang Konstantinopel mit den Dardanellen zugefallen wäre. Diesem Ziel zugewandt, läuft alles Streben Italiens darauf hinaus, sich an der östlichen Adriaküste so unangreifbar wie möglich einzugraben, und in diesem Zusammenhang ist die albanische Frage nur ein Teil der Adriafrage überhaupt, die dem Obersten Rat so viel Kopfzerbrechen macht. Fiume und Valona sind die Schlüsselpunkte zur italienischen Adriaherrschaft, und mag von den Staatsmännern der Entente Nitti noch so aufrichtig von dem Aufbau des neuen Europa schwärmen und Deutschland wie Deutschösterreich mit anderen Gefühlen und anderen Augen betrachten als Lloyd George oder Millerand, *Fiume ist gleichwohl nicht der Schlußstein der italienischen Nationalitätspolitik, sondern der Grundstein der italienischen Weltpolitik.* Denn nach der sich jetzt vollziehenden Schließung der Adria und nach der längst vollzogenen Besetzung der Inseln des Dodekanos greifen die Pläne und Entwürfe der italienischen Imperialisten nach der Herrschaft erst über die Aegäis, dann über das Mittelmeer und von dort nach Festsetzung in Kleinasien und am Schwarzen Meer, und auch das Kreuz von Savoyen über den Kuppeln und Minarets von Konstantinopel erscheint den Schrittmachern des neuen römischen Weltmachtsgedankens nicht mehr als Ausgeburt eines Fieberwahns.

Zu diesem Ende ist Albanien nicht nur als Strandbefestigung, sondern auch als Landetappe wertvoll. Durch die Quertäler der albanischen Hoch-

Digitized by Google

gebirge führen die nächsten Wege von Italien nach dem Balkaninnern und weiterhin nach Salonik und Konstantinopel; wie im späten Mittelalter die norditalienischen Stadtrepubliken mit ihren Handelskarawanen auf den Saumtierpfaden Albaniens nach dem Herzen der Halbinsel griffen, und die serbischen Heerhaufen durch dieselben schmalen Verkehrsadern sehnsüchtig dem „Azurmeer" zuströmten, so kreuzen sich heute wieder in dem gleichen Gebiet lateinischer und südslawischer Ausdehnungsdrang. Nicht nur Dalmatien, das in der gesunden Gesichtsfarbe rein südslawisch und nur mit italienischen Sommersprossen leicht gesprenkelt ist, schneidet wie mit scharfem Messer die Beziehungen zwischen den Bundesbrüdern von eben mitten durch, sondern auch Albanien. Denn sieht es der SHS-Staat als eine Frage von Atmen oder Ersticken an, daß ihm sein wirklich einziger gegebener Ein- und Ausfuhrhafen Fiume nicht entwunden wird, so rührt es auch an seinen Lebensnerv, wenn Italien sich Albaniens mittelbar oder unmittelbar bemächtigt. Ob nun Nitti wiederum ehrlich die Friedensschalmei über den Trümmern Europas bläst, der italienische Imperialismus springt wenig brüderlich mit den östlichen Nachbarn um und hat das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen nicht nur nicht anerkannt, sondern scheut auch bei Unterhöhlung seiner Grundlagen vor keinem Sprengstoff zurück. Die jämmerlichen Ueberbleibsel der kroatischen „Reinen Rechtspartei", die Frank und Spießgesellen, die als davongejagte schwarzgelbe Lakaien in Graz, Wien und Pest gegen Südslawien arbeitende Lügenwerkstätten aufgemacht haben, erfreuen sich der Gunst der römischen Eroberungspolitiker in einem Maße, daß vor nicht langem aus südslawischen Gefangenen des ehemals österreichisch-ungarischen Heeres in Italien und mit italienischen Geldern und Ausrüstungsstücken eine geheimnisvolle „Legion zur Befreiung Kroatiens" gebildet wurde. Auch für den als Schieber und Verräter von seinem Volk geächteten Ex-König Nikola von Montenegro sprudeln im Lande seines Schwiegersohnes die Kraftquellen, wenn er gedungene Banden zur Entfachung des Bürgerkrieges in die Schwarzen Berge sendet, und auf Bulgarien haben die italienischen Imperialisten ein besonderes Auge geworfen; nicht nur „Idea Nazionale" versichert das „edle und sympathische bulgarische Volk" bei jeder Gelegenheit ihrer Neigung, sondern „Tribuna" bezeichnete eines Tages Italien als die rechte, Bulgarien als die linke Hand, „der Feind befindet sich in der Mitte. Wenn sich diese beiden Hände zusammenfügen, ist es klar, daß der Feind zerdrückt wird." Der Feind ist der südslawische Staat.

Wenn die italienischen Imperialisten die Zerstückelung und Zuweisung Albaniens an Italien, Südslawien und Griechenland anstreben und mit einem „selbständigen" Albanien unter italienischer Schutzherrschaft nur im Notfall einverstanden sind, arbeitet in der rechten Erkenntnis, daß die Aufteilung Wirren und Wühlereien auf dem Balkan breit die Türe

Digitized by Google

öffnet, die südslawische Politik auf die Ausschaltung jedes Großmachteinflusses durch Errichtung eines Balkanbundes hin, in dem sowohl Bulgarien wie Albanien seinen Platz hätte; mit großer Entschiedenheit setzt sich die Belgrader, Agramer und Laibacher Presse dafür ein, daß der gute Grundsatz: „Der Balkan den Balkanvölkern!" ohne Einschränkung und Hintergedanken auf die albanischen Nachbarn ausgedehnt wird. An sich scheint diese Lösung auch jedem Anhänger wahren und dauernden Friedenszustandes in Europa Hand und Fuß zu haben. Gleichwohl hat die Gründung eines wirklich unabhängigen und freien albanischen Staates ihren großen Haken. Auch die Londoner Konferenz von 1913 schuf hurtig ein selbständiges Albanien in dem Wahn, daß zu einem Staat so und so viel Quadratmeilen und so und so viel hunderttausend Menschen genügten, und ohne die Bescheidenheit, mit der San Giuliano in seinen „Briefen über Albanien" bekennt, daß das albanische Volk sich selbst und andern noch eine unbekannte Größe ist. Dieser Homunkulus, dessen Geschichte mit dem französischen Witzwort erschöpft wird: „Les caisses sont vides, le thrône est Wied, tout est vide!", starb denn nicht etwa an seiner inneren Unmöglichkeit schnell ab, sondern hat überhaupt nicht einen Augenblick gelebt. Ihm fehlten die sozialen Voraussetzungen; es fehlte das Knochengerüst, Gesellschaftsklassen, die den Staat auf ihren Schultern tragen konnten, und es fehlte die Seele, der nationale Gedanke. Wenn im osmanischen Reich im ganzen die Menschen noch in so mittelalterlichen Bindungen leben, daß nach dem Balkankrieg der Major Bekir Bei in einer vielbeachteten Schrift den gänzlichen Mangel an Staatsbewußtsein und Nationalgefühl bei den Massen für den Zusammenbruch verantwortlich machte, so gilt diese Feststellung noch viel bündiger für das Land, zu dem bis 1912 die vernachlässigsten und zurückgebliebensten Vilajets der europäischen Türkei gehörten. Nicht nur sind die Albaner getrennt durch zwei einander ausschließende Dialekte, das Gegische und das Toskische, und zahlreiche Untermundarten und durch drei Glaubensbekenntnisse, das römische, das griechische und das islamische, und durch nichts geeint, sondern, hoffnungslos auf sich angewiesene Ueberreste einer ausgestorbenen Rasse, wie die Basken in Frankreich und Spanien und die Gälen in England, sind sie auch durch die Ungunst des Schicksals so festgehalten und zurückgeworfen, daß sie sich, von der Annahme des Selbstladers abgesehen, in den letzten zwei Jahrtausenden nicht so weit entwickelt haben wie ihre Nachbarn in den letzten zwei Jahrhunderten. Noch heute leben die freien Stämme Nordalbaniens auf einer Stufe, die Germanen und Gallier zur Zeit von Cäsars „Bellum Gallicum" schon hinter sich hatten; die Fis genannte vaterrechtliche Gens mit allen Eigenheiten, wie sie Morgan und Engels überliefert haben, mit Blutrache und Brautkauf, mit patriarchalischen Hausgenossenschaften, Aeltestenräten und gewählten Häuptlingen ist hier

Digitized by Google

Grundlage des menschlichen Zusammenlebens. Diesen Gentilgenossen grauester Vorzeit über Nacht in einen Staatsbürger des zwanzigsten Jahrhunderts zu verwandeln, ist nicht viel aussichtsreicher als der Versuch, bei dem entwickelten Mitteleuropäer das Nationalbewußtsein durch das Sippengefühl zu ersetzen; Sprünge von Jahrtausenden macht und duldet die Geschichte nicht. Sich selbst überlassen kann ein Staat diese Halb- oder Dreiviertel-Wilden der albanischen Hochalpen nicht, denn schon der Hunger zwingt sie dazu, durch Raubzüge seine Sicherheit und die seiner Anrainer ständig zu bedrohen; eben erst strotzen die südserbischen Blätter von Berichten häufiger Arnauteneinfälle in Altserbien, bei denen Bauern totgeschlagen, Dörfer gebrandschatzt und Schaf- und Ziegenherden fortgetrieben werden. Jeder Versuch, hier Wandel zu schaffen, die ewig Auffässigen zu entwaffnen und zu braven Steuerzahlern heranzuziehen und zum Zweck ihrer Niederhaltung Fahrstraßen und Eisenbahnen durch ihre Wildnis zu legen, muß und wird auf erbitterten und blutigen Widerstand stoßen. Zwar verstanden es Peter II. und Danilo I. in Montenegro die Stämme, von deren, den Albanern ähnlicher Sozialverfassung der alte Recke Marko Miljanov anschaulich erzählt, ihrer altüberlieferten Freiheit zu berauben und die stolzen Geschlechtsgenossen zu geduckten Untertanen zu machen, aber das gelang unter wildem Blutvergießen nur deshalb, weil die montenegrinischen Fürsten mit russischem Geld sich die Anfänge eines stehenden Heeres geschaffen hatten und ihre Selbstherrscherstellung dem Volk gegenüber mit der Abhängigkeit vom Zarismus erkauften. So könnte auch nur durch die Anlehnung an eine fremde Macht ein albanischer Staat die ungebärdigsten seiner Söhne zu Boden zu zwingen, und folgerichtig hielt der Prinz von Wied, als er während des Weltkrieges von Rückkehr auf „seinen" Thron träumte, es für wünschenswert, zehntausend Mann österreichisch-ungarischer Truppen noch etliche Jährchen im Lande zu belassen.

Aber soweit man überhaupt von einer albanischen Politik zu sprechen vermag, waren die nordalbanischen Stämme nie ihre Träger; sie schwammen stets in anderer Kielwasser und stellten im Weltkrieg wahllos bald für die Oesterreicher, bald für die Italiener Reisläuferbanden. Die Feudalherren Mittelalbaniens dagegen sind politisch regsamer und tatkräftiger und am ehesten geneigt, Albanien nach außen zu vertreten. Herrscht in Nordalbanien das unverfälschte Altertum, so läßt sich in Mittelalbanien das Mittelalter an der Quelle studieren. Hier nannte Abdul Hamid über hundert Dörfer sein eigen, hier dehnt sich in den fruchtbaren Küsten- und Flußebenen der Grundbesitz der eingeborenen Feudalfamilien, der Toptani, der Vrioni, der Vlora und wie sie alle heißen, über dreißigtausend, über fünfzig- und sechzigtausend Hektar, hier schanzen kümmerliche Pachtbauern, kaum das Hemd auf dem Leibe und das Dach über dem Kopfe und von Zins und Fron erdrückt, in der elendesten Lage der Welt. Damit

Digitized by Google

ein albanisches Volk werde, ist die Umwandlung der Pachtsklaven der mittelalbanischen Begs in einen Eigentümer seiner Scholle ebenso gebieterische Notwendigkeit, wie die Erlösung des Geschlechtsgenossen der nordalbanischen Berge vom Joch des Hungers und der Blutrache. Aber die Feudalherren haben, wie sie unter dem Wieder nicht nur die erste Geige spielten, sondern das ganze Orchester beherrschten, nach wie vor das Heft in Händen. Welche der mehr oder minder vorläufigen und auf engsten Machtbereich beschränkten Regierungen auch gerade am Ruder ist, in ihr lebt einzig der Machtwille einer dünnen Oberschicht von Begs und Paschas, wie die augenblicklich in Durazzo versammelte die Wahl des größten Feudalherrn, Essad, zum König betreibt, und ob sie im augenzwinkernden Einverständnis mit Italien oder mit Südslawien von einem „unabhängigen" albanischen Staat große Worte macht, immer ist er weltenfern von einer durchgreifenden Agrarreform als eine Feudalanarchie reinsten Wassers gedacht, in der die Grundherren wie heute dem armen Kmeten das Fell über die Ohren ziehen. Ein Albanien aber, das nach Vertreibung der Türken aus Europa den letzten Schlupfwinkel mittelalterlicher Besitz- und Arbeitsverfassung auf der Balkanhalbinsel darstellt, ist neben Freibauernstaaten wie Südslawien, Bulgarien und Griechenland und selbst im Bunde mit ihnen unhaltbar und müßte ebenso zusammenbrechen wie die Gründung von 1913.

So scheint zwischen Skylla und Charybdis kaum eine schmale Fahrrinne offen zu bleiben. Entweder wird Albanien als *italienischer Schutzstaat* ein gefährliches Werkzeug in der Hand eines bedenkenlosen Imperialismus und eine Bedrohung des Balkanfriedens, oder ein *selbständiges Albanien*, im Rahmen eines Balkanbundes, fällt innerer Anarchie und wüstem Chaos anheim. Der Wunsch, beide Uebel zu vermeiden, weist auf die *Neutralisierung und Internationalisierung des Landes* hin. Uebernehmen aber Verwaltungs- und Ausführungsorgane der Großmächte die dornenvolle Rolle, so geht ihnen in vielen Fällen die unbedingt erforderliche Kenntnis der Verhältnisse, Sitten und Gebräuche, ab, und selbst dann hat es ein besonders interessierter Staat in der Hand, im Trüben zu fischen, ähnlich wie in dem Eintagsfürstentum von 1913, das auch seine Internationale Kontrollkommission besaß, unter der Decke Italien und Oesterreich-Ungarn zäh um Macht und Einfluß miteinanderrangen. Ganz anders wenn die internationale Verwaltung Albaniens den drei Staaten anvertraut wird, die ihm nicht nur geographisch am nächsten stehen, Südslawien, Griechenland und Bulgarien; sie wissen genügend Bescheid, um sich keine Nase drehen zu lassen und verfügen auch über Beamte, die der Landessprache und -sitte kundig sind; sie vor allem sind befähigt, durch eine gründliche Bauernbefreiung einen albanischen Staat nach ihrem Bilde zu

Digitized by Google

schaffen; sie dienen letzten Endes damit sich selbst, da das nach innen und nach außen befreite albanische Volk ein wertvolles Glied in der Kette des Balkanbundes abgibt, die die thrako-illyrische Halbinsel gegen die Einmischung gewinngieriger Großmächte absperrt. Freilich fordert die Aufgabe erhebliche Opfer an Zeit und Kraft, aber da die Balkanstaaten mit Uebernahme der Verwaltung in einem ungemütlichen Erdenwinkel dem Völkerbunde viel Mühe, Aerger und Verantwortung ersparen, können die Großen gut und gern aus ihrer Tasche die Kosten des Unternehmens decken. So heißt die Formel: Neutralisierung und Internationalisierung Albaniens unter gemeinsamer Verwaltung der Balkanstaaten und auf Grund finanzieller Unterstützung des Völkerbundes!

Auf dieses Gleis geschoben, wird die albanische Frage immer noch nicht glatt und ohne Hemmung und Stockung vorwärtslaufen, aber der Gefahr einer Entgleisung oder eines Zusammenstoßes ist mehr vorgebeugt als bei jeder andern Lösung.

Dämmerung in Frankreich

Von Hermann Lutz (München)

Während man sich schon seit Jahren mit nicht wenigen Engländern recht gut über die Frage der Schuld am Kriege verständigen konnte, schien dies mit Franzosen bis vor kurzem ganz unmöglich. Das kann nicht wundernehmen, wenn man weiß, mit welch unerhörter Schärfe die Zensur in Frankreich während des Krieges wütete, wenn man sich die namenlosen Leiden vor Augen hält, denen große Teile Frankreichs mehr als vier Jahre lang ausgesetzt waren, und wenn man erkennt, wie das viele Franzosen jetzt schon tun, daß Frankreich in rachsüchtigem Siegesrausch dem wirtschaftlichen Untergang entgegentaumelt, von dem das sich auf fabelhafte Entschädigungssummen verlassende Rentnerland mit weit geringerer Aussicht wird erretten können als das äußerlich, aber nicht im Innern bankerotte Deutschland.

Als im Jahre 1916 Duma-Abgeordnete nach Frankreich kamen, fanden sie, daß „die französische Zensur regioroser war als die russische"; und Georges Demartial schreibt in seiner Studie „Les Responsabilités de la Guerre, le Patriotisme et la Vérité": „Was wenigstens die Frage der Verantwortung betrifft, so ist es in der Tat unmöglich, daß eine Zensur unbeschränkter hätte sein können als die französische". So erklärt es sich, daß man in keinem Lande schlechter über die wahren Ursachen des Weltkrieges unterrichtet ist als in Frankreich. An der vollkommenen Unschuld der Alliierten zu zweifeln, galt und gilt noch als Verbrechen. Als in

Digitized by Google

der Senatssitzung vom 22. Juli 1917, die Clemenceau den Weg zur Macht öffnete, bekannt wurde, daß ein Mitglied einer Arbeiter-Organisation seinen Kameraden geschrieben hatte, auch auf den Regierungen der Entente laste ein Teil der Verantwortung, schrie ein Senator: „Man muß ihn köpfen!", und als am 21. November 1916 Herr Brizon in der Kammer die Meinung ausdrückte, daß Rußland ebenso schuld sei wie die Mittelmächte, warf ihm der Präsident vor, „den Patriotismus der Franzosen herauszufordern", und die Kammer entzog Brizon sogleich das Wort.

Unter diesen Verhältnissen ist der Mut eines Mannes besonders hoch anzuschlagen, der mit dem Fallen der Zensurschranken als erster den Versuch wagte, seine Landsleute über die geteilte Schuld am Kriege aufzuklären: es ist der schon erwähnte Georges Demartial, ein mit mannigfachen Auszeichnungen bedachter höherer Beamter und Offizier der Ehrenlegion. Mit den Herren Morhardt und Charles Gide gründete er im Kriege die „Société d'études critiques et documentaires sur la guerre", die trotz der bittersten Verfolgung seitens der Regierung schon viel wertvolle Arbeit geleistet hat. Diese Gesellschaft erkennt — im selben Maße wie die von E. D. Morel geleitete „Union of Democratic Control" —, daß die Schuld am Kriege „die Frage aller Fragen" ist, denn der „Verrat von Versailles" sucht nur darin seine Rechtfertigung, daß er Deutschland die alleinige Verantwortung aufbürdet.

Die Studie Demartials erschien im Herbst 1919 im Organ der „Clarté" und wurde von dieser Gesellschaft einige Monate später als Flugschrift zu 60 Cent. herausgebracht.*) In seinem Vorwort zu dem Büchlein hebt Demartial hervor, daß man sich in Frankreich über seine Veröffentlichung in der „Clarté" gänzlich ausgeschwiegen hat. Er schreibt darüber:

„Keine Verachtung, wird man sagen. Es sei! Aber sechs Wochen darauf veröffentlichte eine Zeitung eine von Herrn Caillaux über den Ursprung des Krieges verfaßte Denkschrift, die er in seinem Geldschrank in Florenz verwahrt hatte. Sie wurde mit dieser Ueberschrift in fetten Buchstaben versehen: „Herr Caillaux beschuldigt die Herren Poincaré und Viviani, den Krieg entfesselt zu haben" („Eclair" vom 2. Dezember 1919) . . . Man sollte meinen, daß diese Veröffentlichung die leidenschaftlichsten Kommentare hätte hervorrufen müssen. Niemand verlor ein Wort darüber." — Und Demartial fährt fort:

„Es ist daher erwiesen, daß die amtliche Darstellung der Verantwortung

*) Sie wurde auch in einer italienischen Zeitung sowie in der Monatsschrift „Foreign Affairs" der „Union für Dem. Kontrolle" und von dieser vor kurzem als Sonderdruck veröffentlicht. Ueber eine deutsche Ausgabe schweben Verhandlungen, die ein baldiges Erscheinen in deutscher Sprache erhoffen lassen.

Digitized by Google

das Licht flieht. Man bedarf der Zensur, die die Gegner zum Verstummen bringt, oder des Schweigens, die sie ignoriert."

Auch das verblendete und wie kein anderes Land irregeführte Frankreich wird auf die Dauer nicht schweigen können. Die erste Stimme erhoben zu haben, bleibt das unschätzbare Verdienst Demartials. Er versucht nicht, Deutschland reinzuwaschen: das wäre ein sinnloses und vergebliches Bemühen. Doch, wie Richard C. Lambert, Mitglied der „Union of Democratic Control", im Vorwort zur englischen Ausgabe erklärt, „glaubt Demartial wie wir, daß es sich, wenn alle Nebel des Vorurteils und des Hasses gewichen sind, herausstellen wird, daß alle Nationen in gewissem Maße schuldig sind". Großes Gewicht legt Demartial in seiner Beweisführung auf die den Krieg bedeutende russische allgemeine Mobilmachung, die in der Anklageschrift von Versailles und anderen amtlichen Veröffentlichungen unserer Gegner vollkommen verschwiegen wird, weil sie, wie sich E. D. Morel in seinem weiter unten angeführten Buche ausdrückt, „die Achillesferse in der Anklage gegen Deutschland als dem alleinigen Urheber des Krieges ist". (Hier mag eingeflochten sein, daß Earl Loreburn in seinem sehr beachtenswerten Werke „How the War Came" die russische allgemeine Mobilmachung ebenfalls mit „unentschuldbar" bezeichnet.) Und Demartial weist weiterhin nach, daß die Regierungen der Entente mit Beweggründen, die der Wahrheit widersprechen, in den Krieg eintraten, mit Beweggründen, die in der Folge dazu dienten, „den Krieg zu verlängern und einen unversöhnlichen Frieden zu rechtfertigen". Diese Ausführungen Demartials sind besonders bedeutungsvoll. Er macht darauf aufmerksam, daß der russische Minister des Aeußeren schon am 15. Dezember 1916 in der Duma erklärte: „Während der 2½ Kriegsjahre hat Deutschland oft vom Frieden geredet . . . Alle seine Bemühungen scheiterten an dem ruhigen und entschlossenen Widerstand der verbündeten Mächte". Und so kommt Demartial auf Grund der 1917 und 1918 von der Sowjet-Regierung enthüllten Geheimverträge über die Aufteilung der Kriegsbeute zu dem Schluß: „Es waren also die Verbündeten, die auf der Fortsetzung des Krieges bestanden." — Schließlich erhebt Demartial bei der überwältigenden Bedeutung der Schuldfrage, „von deren Lösung das Heil der Welt abhängt", die Forderung nach einer öffentlichen Untersuchung der Kriegsursachen, wie sie von Deutschland wiederholt verlangt wurde.

* * *

In keinem Lande der Alliierten sind bisher Leute aufgetreten, die nur ihrer Regierung allein die ganze Schuld am Kriege aufluden. Das war bloß Deutschland allein vorbehalten, wo sich ein in dieser Beziehung geradezu Abscheu erregender Flagellantismus und eine höchst widerliche Sucht nach

Digitized by Google

Selbstbezichtigung breit machten, die, wie E. D. Morel jüngst in einem Aufsatz der "Foreign Affairs" betonte, uns nur Verachtung bei unseren Feinden einträgt. Auch Demartial spricht sich über einen dieser „Helden" aus, Herrn Dr. Grelling. Demartial schreibt: „Herr Renaudel sprach einst in der Kammer von dem ‚heroischen Verfasser von ‚J'Accuse'", dessen Heldentum darin bestand, ein anonymes Buch zu schreiben, das von Irrtümern tatsächlicher Art strotzt und jeder Objektivität bar ist".*) Der Bund Neues Vaterland aber, in dem Dr. Grelling neben anderen Schädlingen eine führende Rolle spielt, glaubte sich ein hohes Verdienst um das Vaterland zu erwerben, indem er eben dies „von Irrtümern strotzende und jeder Objektivität bare" Buch für Deutschland in Alleinvertrieb übernahm und seinen Absatz nach Möglichkeit förderte.

* * *

In der Schuldfrage hat sich nun ein zweiter Franzose, Oscar Bloch, in ähnlichem Sinne wie Demartial geäußert. Bloch, ein geborener Straßburger, war nach dem Kriege von 1870 französischer Bürger geworden und er gehört dem linken Flügel der französischen Sozialisten an. Er ist Rechtsanwalt am Appellationsgericht von Paris und wie Demartial Mitglied der „Société d'études critiques et documentaires sur la guerre". In „Foreign Affairs" vom 20. April 1920**) veröffentlicht Bloch einen Aufsatz über „Die Entwicklung der französischen Sozialisten-Partei", in dem er auch auf die Schuldfrage, „the question of questions", zu sprechen kommt. Der Abschnitt ist wert, hier wiedergegeben zu werden:

„Es handelt sich um zwei Arten von Verantwortung, die allgemeine Verantwortung und die direkte und unmittelbare Verantwortung. Bezüglich der ersten besteht kein Zweifel. Der Kapitalismus, der koloniale Imperialismus, die tolle wirtschaftliche Konkurrenz in der gesamten Welt: diese Faktoren spielten eine gewichtige, eine überwiegende Rolle beim Kriege. Aber die Frage der unmittelbaren Verantwortung ist schwieriger zu lösen und sie ist ernster in ihren Rückwirkungen. Wie kommt es denn, daß die französische Sozialisten-Partei am Vorabend der Mobilisation ihren tiefen und einmütigen Abscheu vor dem Kriege und ihren Widerwillen gegen das russische Bündnis bekannte, das darauf angelegt war, uns in den Krieg zu zerren, und wie kommt es, daß die gleiche Partei sich mit ganzer Seele in diesen großen Krieg stürzte, als sein Ausbruch alle Voraussagungen der Partei und alle ihre Proteste gerechtfertigt hatte? In der Hauptsache doch wegen der einhelligen und eingewurzelten Ueberzeugung, daß Frankreich bezüglich der unmittelbaren Verantwortung über jeden Vorwurf erhaben sei; daß man es ohne Herausforderung angegriffen habe, und daß es sich lediglich „verteidige". Diese sorgfältig ge-

*) Englische Ausgabe S. 25.

**) Diese von E. D. Morel ausgezeichnet geleitete Monatsschrift der „Union of Democratic Control" kann nun durch den Verlag Hans Robert Engelmann, Berlin, für 8 M. jährlich bezogen werden.

Digitized by Google

pflegte Ueberzeugung wurde ein Glaubens-Artikel, und jeder, der daran zu zweifeln wagte, war ein Ketzer.

Doch seitdem sind Enthüllungen um Enthüllungen ans Licht gekommen, und man beginnt jetzt allmählich einzusehen, daß der Anfangsfaktor der großen Umwälzung sehr wohl die am 29. Juli 1914 befohlene verbrecherische russische allgemeine Mobilmachung gewesen sein mag, von der Frankreich nichts wußte und die bei der allgemeinen Lage damals durch absolut nichts gerechtfertigt war. Nachdem man zu dieser Erkenntnis gelangt ist, ergeben sich mancherlei Folgerungen daraus. Erstens daß Deutschland, das im voraus erklärt hatte, es werde eine allgemeine Mobilisation als gleichbedeutend mit Krieg auffassen, und das gezwungen war, gleichzeitig auf zwei Fronten zu kämpfen, daß Deutschland wohl versucht sein mochte, die Ereignisse zu beschleunigen, um nicht den einzigen Vorteil zu verlieren, den es hatte, nämlich die Schnelligkeit der Bewegung. Und man fragt jetzt auch, mit welchem Recht uns Rußland, unser „Verbündeter", in solch eine Komplikation riß. Hatte es uns vorher befragt? Wenn nicht, enthob uns seine Handlungsweise dann nicht der Verpflichtungen des Bündnis-Vertrags? Und wenn Rußland uns konsultierte, so erhebt sich die Frage: Hat irgend jemand in Frankreich Rußland zu mobilisieren ermächtigt, ja es ermutigt und aufgestachelt, diesen entscheidenden und nicht wieder gut zu machenden Schritt zu tun? Wenn ja: Wer war es? Die Herren Poincaré und Viviani waren wenige Tage, ehe dieser ernste Entschluß gefaßt wurde, in Rußland. Was haben sie — im Namen Frankreichs — getan, und was gesagt?

Diese Fragen, die anfangen, zahllose Gewissen der ganzen Welt zu beunruhigen, sind noch nicht in klargefaßter Weise vor der französischen Sozialisten-Partei erhoben worden, und das aus verschiedenen Gründen. Unser rechter Flügel würde sie keinen Augenblick in Betracht ziehen; seine ganze Kriegspolitik und ministerielle Zusammenarbeit hatte die „nationale Verteidigung" und einen Krieg in Verteidigung „des Rechts" zur Hauptgrundlage. Unser Zentrum hegte so ziemlich dieselben Anschauungen; während es dem Hypnotismus des Krieges widerstand, während es mit uns die Wiedervereinigung der Internationale verlangte, schloß es sich an den rechten Flügel, indem es bis zum Ende für die Kriegskredite stimmte.

Der linke Flügel verbleibt — das Komitee der Dritten Internationale. Seine Haltung ist nicht durch eine frühere Politik diktiert. Er sollte und könnte sich entschließen, die volle Wahrheit über den Krieg zu untersuchen und sie zu verkünden, aber er nimmt kein Interesse an dem Problem und zieht es vor, die ganze Verantwortung dem kapitalistischen System zuzuschreiben, das er in seinen Proklamationen anklagt. Hat der linke Flügel recht, so seine Augen und Ohren zu verschließen? Ist es klug, solch ein wirksames Mittel der Propaganda außer acht zu lassen? Ich glaube nicht. Zu wissen, „wer anfing", festzustellen, ob die Verantwortung für den Angriff nicht auf die Kriegführenden verteilt werden muß, ist von jedem Gesichtspunkt aus eine ungeheuer wichtige Frage. Denn ist es nicht der volkstümliche Glaube, daß sich die Deutschen wie eine Räuberbande auf uns stürzten, der dem Kriege seinen tödlichen und „bis-zum-bitteren-Ende"-Charakter verlieh? Liegt dieser Glaube nicht dem unbarmherzigen Frieden zugrunde, dem Deutschland auferlegten Straffrieden? Und an erster Stelle der Glaube selbst, an zweiter der Friede, der das Ergebnis dieses Glaubens ist — bilden sie nicht das Haupthindernis für jene franko-deutsche Aussöhnung, die von allen Sozialisten, würdig dieses Namens, so sehr ersehnt wird? Wie weit sind wir doch von einer solchen Aussöhnung

Digitized by Google

entfernt! Kein Wort wurde in Frankreich zugunsten der Revision des Vertrags von Versailles laut, und das trotz der Tatsache, daß sämtliche Kammer-Mitglieder unserer Partei dagegen gestimmt haben!

Und wiederum: suchen wir nicht, dem Bilde der Vergangenheit die Zukunft zu entlocken? Wenn wir nicht acht geben, wird der nächste Krieg wieder Zeuge sein von der Wiedergeburt derselben sophistischen Unwahrheit: „Nationale Verteidigung". Wie leicht ist es doch, die Wahrheit zu verbergen, wenn sich alle Informationsquellen in der Herrschaft der Zensur befinden! Die Zeit ist jetzt gekommen, da wir — während der Friedensfrist — im voraus der Unehrlichkeit von morgen nachforschen und sie an den Pranger stellen können und es sollten, indem wir die Betrügereien von gestern ans Licht bringen.

Laßt uns also ans Werk gehen. Die Sozialisten-Partei hat eine große Aufgabe zu erfüllen. Sie wurde auf dem Kongreß in Straßburg nicht genügend in Angriff genommen, und doch wurde am letzten Tag diese Resolution eingebracht:

„Der Kongreß verlangt, daß — rasch und gründlich — Licht verbreitet werde auf die unmittelbare Verantwortung bezüglich des Kriegsausbruches, sowie namentlich auf die Reise der Herren Poincaré und Viviani nach St. Petersburg, und auf die russische allgemeine Mobilmachung."

Diese Resolution wurde der Sozialisten-Gruppe in der Kammer zugestellt. Wir werden zu verhindern trachten, daß sie unter den Tisch fällt. Trotz allen Widerstandes und aller Passivität haben wir das Vertrauen, und wir wiederholen, was Zola im Falle Dreyfus sagte: Die Wahrheit ist auf dem Marsche!"

* * *

Also selbst in Frankreich fängt es an zu dämmern . . .

Die Besprechungen der Herren Poincaré und Viviani in St. Petersburg Ende Juli 1914 sind in der Tat von außerordentlicher Bedeutung. In diesem Zusammenhang ist es von größter Tragweite, zu wissen, daß der englische Botschafter in St. Petersburg wohl spätestens am 17. Juli den Inhalt der bevorstehenden Note Oesterreichs an Serbien kannte. Es ist eines der großen Verdienste E. D. Morels, diesen Punkt in seinem grundlegenden Werke über die Kriegsursachen, „Truth and the War"*) gebührend ins Licht gerückt zu haben. Der englische Botschafter in Wien, nämlich, Sir Maurice de Bunsen, schrieb am 1. September 1914 zu einem später vom englischen Auswärtigen Amt als Sonderdruck veröffentlichten Bericht:

„. . . Graf Berchtold machte mir keine Andeutungen über den heraufziehenden Sturm, und es war eine private Quelle, aus der ich am 15. Juli den Entwurf über die kommenden Dinge erhielt, den ich Ihnen (Sir Edward Grey; Lutz) am andern Tage drahtete . . ."

Dazu führte E. D. Morel aus:

„. . . Man muß vernünftigerweise annehmen, daß das Auswärtige Amt diese Nachricht dem britischen Botschafter in Petersburg mitteilte. Am 21. Juli waren Präsident Poincaré, der französische Ministerpräsident und der Minister des

*) Deutsche Ausgabe „Ein gerechter Engländer über die Schuld am Kriege", Verlag Hans Robert Engelmann, Berlin.

Digitized by Google

Aeußern in Petersburg und damals wurde ohne Zweifel das gemeinsame franko-russische Vorgehen beschlossen."

Man darf zwanglos annehmen, daß auch Serbien sogleich unterrichtet wurde; auf jeden Fall ist Dr. M. Boghitschewitsch, der frühere serbische Geschäftsträger in Berlin, dieser Ansicht, wenn er in seinem so wichtigen Buche „Kriegsursachen" (Zürich 1919) schreibt:

„... Die Gleichgültigkeit der serbischen Regierung demgegenüber, was österreichischerseits der Ermordung des Thronfolgerpaares folgen mußte, die Redseligkeit und Großmannssucht der serbischen Diplomatie in amtlichen Erklärungen und Interviews, die maßlose Ueberhebung der serbischen Presse weisen mit apodiktischer Gewißheit darauf hin, daß Serbien bereits die Zusicherung von Rußland hatte, daß diesmal Rußland Serbien nicht im Stiche lassen werde, und was noch viel wichtiger ist, daß der Krieg gegen Oesterreich und Deutschland eine beschlossene Sache war, und daß die Ermordung des österreichischen Thronfolgerpaares nur deswegen einen günstigen Vorwand gegeben hatte, weil sich auch Frankreich und England in diesen an und für sich gewiß nur lokalen Konflikt zwischen Oesterreich und Serbien durch Rußland haben hineinziehen lassen... Drei volle Wochen hat die serbische Regierung in täglicher Erwartung der Sühneforderungen Oesterreich-Ungarns auch nicht das Geringste unternommen, durch versöhnliche Vorschläge und Maßregeln der österreichischen Regierung zuvorzukommen und den aufrichtigen Willen zu zeigen, ihr soweit als möglich entgegenzukommen... Ist es möglich anzunehmen, daß die serbische Regierung ein so frivoles Verhalten Oesterreich-Ungarn gegenüber an den Tag gelegt hätte, wenn sie nicht die bündigsten Zusicherungen Rußlands bereits in der Tasche gehabt hätte?..."

Und schließlich für diesen Aufsatz der wichtigste Abschnitt aus Boghitschewitsch:

„Wie war es möglich, daß der serbische Gesandte in Petersburg bereits am 23. Juli der serbischen Regierung und den übrigen Gesandtschaften Serbiens durch Zirkulardepesche mitteilen konnte, daß die russische Regierung die Mobilisierung von 2 Millionen Mann angeordnet habe und daß die Kriegsbegeisterung in Rußland eine ungeheure sei?"

Diese Tatsache ist wahrlich höchst merkwürdig: denn die österreichische Note an Serbien wurde erst am 23. Juli, dem Tag der erwähnten Zirkulardepesche, *um 6 Uhr abends* in Belgrad überreicht. Die französischen Herren verließen St. Petersburg am 23. Juli, abends 9 Uhr 30 mitteleuropäischer Zeit!

Ja, Boghitschewitsch geht sogar so weit, auf Grund einer Unterredung mit dem französischen Botschafter in Berlin am 26. oder 27. Juli 1914, in der sich Cambon auffallend gelassen über die Wahrscheinlichkeit eines Weltkrieges und höchst zuversichtlich über die militärischen Aussichten der Entente geäußert, zu erklären:

„Von dieser meiner letzten Unterredung vor Ausbruch des Krieges mit Herrn Cambon hatte ich die *Gewißheit* mitgenommen, daß der Krieg, falls nicht bereits schon früher, gewiß anläßlich der Begegnung Poincarés mit dem russischen Kaiser in Petersburg beschlossen worden war."

Digitized by Google

Wenn dies zutrifft — und in den „Schuld"-Büchern und amtlichen Dokumenten finden sich zahlreiche Anzeichen dafür —, so darf man doch nicht außer acht lassen, daß die vorausgegangene österreichisch-deutsche Politik, in vollständiger Verkennung der Kriegsbereitschaft Rußlands und Englands, den russisch-französischen Machthabern in St. Petersburg den Weg zu ihrem Entschlusse geebnet hatte.

Vor den Wahlen

Von Dr. Friedrich Thimme

Die Schriftleitung der „D. P." weicht in der Beurteilung der parteipolitischen Situation nicht unerheblich ab von den Darlegungen unseres verehrten Mitarbeiters. Seine Gesichtspunkte erscheinen uns aber wichtig und interessant genug als die eines maßvollen rechtsgerichteten Politikers, daß wir sie gerne dem Leserkreise unterbreiten.

Der Aufmarsch der Parteien zu den nach dem Kapp-Putsch kurzerhand auf den 6. Juni anberaumten Reichstagswahlen ist erfolgt. Die Ausschüsse und Vorstände sämtlicher Parteien haben, nachdem zu guter Letzt noch am 5. und 6. die wirkungsvoll aufgezogene Reichskonferenz der Mehrheitssozialdemokraten getagt hat, die Richtlinien für den Wahlkampf entworfen. Die Wahlaufrufe, die in ihren schimmernden Worten vielfach an sich spreizendes Pfauengefieder erinnern, sind erlassen, die Mehrzahl der Kandidaten ist von den Bezirksorganisationen aufgestellt worden. Aber die Resonanz, die der Aufmarsch der Parteien bei den Wählermassen findet, ist einstweilen noch gering. Man ist in weiten Kreisen des Volkes des Wählens nicht so sehr müde, als vielmehr unlustig. Man ist vielfach irre geworden an der eigenen Partei, überdrüssig des ganzen parlamentarischen Regimes und weiß nicht mehr recht, zu welchen Göttern man beten soll. Es kriselt fast in allen Parteien. Am stärksten vielleicht in der Mehrheitssozialdemokratie, aus der seit Jahr und Tag eine immer schnellere Abwanderung zu den Unabhängigen erfolgt ist. Aber auch die Unabhängigen können des Gewinns nicht froh werden, denn sie müssen ihrerseits in weitem Umfange an die Kommunisten abgeben, deren einer Flügel sich an den Wahlen beteiligen will, während der andere, der nur die Propaganda der Tat predigt, alles Wählen, es sei denn zu den revolutionären Betriebsräten, perhorresziert. Es kriselt im Zentrum, von dem sich eben jetzt eine rheinische Gruppe unter dem Namen einer Christlichen Volkspartei abgesplittert hat. Die Rechte begrüßt die neue Partei eilig und freudig als „nationale katholische Rechtspartei", in Wahrheit aber handelt es sich — wie schon der Name Kastert lehrt — um eine von ganz anderen Tendenzen beseelte Gruppe. Dafür

Digitized by Google

scheint die „Bayerische Volkspartei", die sich im vorigen Jahre von dem Zentrum losgelöst hatte, wieder in den allein seligmachenden Zentrumsturm zurückkehren zu wollen. Im ganzen kann das Zentrum auch heute noch, obwohl starke Kreise des gläubigen katholischen Volkstums an dem Zusammengehen mit der religiös indifferenten, vielfach religionsfeindlichen Sozialdemokratie steigenden Anstoß genommen haben, und obwohl der Name Erzbergers, den die heimische Bezirksorganisation trotz des Widerratens des Reichsausschusses der Partei von neuem als Kandidaten aufgestellt hat, eine schwere Belastung der Zentrumspolitik bleibt, der Treue seines Anhangs sicher sein.

Auch die Demokratische Partei, in ihrer Tradition naturgemäß noch nicht geschlossen, hat in verschiedenen norddeutschen Städten ihre Sezessionen erlebt, aus einer ähnlichen Situation wie das Zentrum: nicht alle Parteigänger akzeptieren die Koalitionspolitik, bei der selbstverständlich eine Partei allein sich nicht restlos durchsetzen kann, sondern auf die Gefährten Rücksicht nehmen muß; hinzu tritt die Zustimmung zu dem sonst verpönten Mittel des politischen Generalstreiks, die in dem Ausnahmefall des Kapp-Putsches als die einzige Rettung nicht bloß der Republik, sondern Deutschlands selbst erscheinen mochte. In den Zeitungen wird viel Wesens gemacht aus einer Anzahl von Austritten aus der Demokratischen Partei. Auf der Rechten liebt man es, von einer massenhaften Fahnenflucht aus dem demokratischen Lager zu reden. Man sollte hier hübsch stille sein, denn es gärt auch in der Deutschnationalen Partei ganz erheblich, und um ihre Aussichten im Wahlkampfe steht es keineswegs sonderlich günstig. Es ist bezeichnend, daß der greise Führer der Deutschnationalen in der Nationalversammlung, Graf Posadowsky, in berechtigtem Unmut über eine Taktik der eigenen Partei, die nach dem Kapp-Putsch das Steuer nicht etwa nach links, sondern noch mehr nach rechts herumwirft, kein Mandat mehr annehmen will. Es ist noch bezeichnender, daß so kluge Köpfe wie der Landrat a. D. von Kardorff und der Landrat a. D. von Dewitz der Partei den Rücken gekehrt und sich der Deutschen Volkspartei zugewendet haben. Der Führer der Deutschnationalen Fraktion in der preußischen Landesversammlung, Staatsminister Hergt, hat sich viel Mühe gegeben, um zu beweisen, daß dieser Austritt eigentlich ganz bedeutungslos sei und im Grunde nur in einem Zimmerwechsel bestehe. In Wirklichkeit ist die Frage des Zusammengehens auch mit den Mehrheitssozialisten, die bei dem Austritt eine Rolle gespielt hat, nicht von untergeordneter Bedeutung, sondern sie steht im Mittelpunkt aller politischen Ueberlegungen, die über den Wahltag selber hinausgehen. Im übrigen dürfte in dem Schreiben, mit dem die Herren von Kardorff, von Dewitz und Arendt ihren Austritt aus der Deutschnationalen Partei begründet

Digitized by Google

haben, schwerlich alles gesagt sein, was sie zum Austritt bewogen hat. Es ist nicht allgemein bekannt geworden, daß Herr von Kardorff, der nicht nur eines der stärksten rednerischen Talente, sondern eine Persönlichkeit von staatsmännischem Range ist, sich innerhalb seiner Partei eifrig dafür eingesetzt hatte, beide Rechtsparteien miteinander zu verschmelzen. In der Tat hätte vom Standpunkt eines mit dem Instinkt und dem Willen zur Macht begabten und in die Weite schauenden Rechtsparteilers ein klügerer Gedanke gar nicht gefaßt werden können. Nur so konnte der schwere Schaden, den der Kapp-Putsch den Rechtsparteien bringen mußte, wettgemacht, konnte ihr Werben mit neuer, großer suggestiver Kraft ausgestattet, und konnte gleichzeitig der Deutschnationalen Partei wenn nicht der scharf nationalistische, so doch der scharf reaktionäre Charakter abgestreift werden. Aber von solchen Gesichtspunkten sind die zurzeit in der Deutschnationalen Partei maßgebenden extremen Elemente, von Graf Westarp bis zu den kleinen antisemitischen Häuptlingen, weit, sehr weit entfernt. Sie setzen noch immer ihre Hoffnung auf die nationalistische und antisemitische Welle und sehen nicht, daß selbst ein Erfolg bei den Wahlen, wie die Dinge liegen, ihnen nicht die Möglichkeit geben kann und wird, wirklichen Einfluß in der deutschen Politik zu gewinnen.

Es erscheint als ein gewagtes Stück, schon heute eine Mutmaßung über den Ausfall der Wahlen zu äußern. Und doch wird die Anschauung von dem Ausfall der Wahlen und der sich daraus ergebenden Konstellation für politisch denkende Wähler maßgebend bei dem Gang zur Wahlurne sein. Bei den Wahlen zur Nationalversammlung im Jahre 1919 konnte man mit großer Sicherheit den Ausfall voraussagen. Man wußte, daß die Mehrheitssozialdemokratie innerhalb der Parteien die dominierende Stellung erlangen, aber daß ihre hochfliegende Hoffnung auf eine sozialistische Mehrheit, mit den Unabhängigen, trügerisch war. Eine solche zu verhindern, war das Bestreben aller „bürgerlichen" Kreise. Als die „Koalition" dann notwendig geworden, war das Problem, wie weit Zentrum und deutsche Demokraten ihre Selbständigkeit neben den Sozialisten behaupten könnten. Heute liegen die Dinge etwas anders. Es ist, trotz der von Scheidemann und anderen Rednern der sozialistischen Reichskonferenz zur Schau getragenen Siegeszuversicht, nicht anzunehmen, daß die Mehrheitssozialisten ihren Besitzstand von etwa 160 Mandaten auch nur annähernd behaupten werden. Ohne alle Frage werden sie einen nicht unerheblichen Teil ihrer Mandate an die Unabhängigen verlieren, diese aber wiederum an die Kommunisten. Auch das Zentrum und die Demokraten werden um die Behauptung ihrer Mandatsziffern sehr ernsthaft zu kämpfen haben, so daß die Tragfähigkeit der Koalition Erschütterungen erleiden wird. Da aber eine andere Kombination nicht denkbar erscheint, eine rein sozialistische schon deshalb nicht, weil die Kommunisten für keine irgendwie

Digitized by Google

geartete Koalition in Betracht kommen können und —wollen, und eine Kombination ohne Sozialisten erst recht nicht, weil eine in der Oppositionsstellung befindliche Sozialdemokratie mittels der Waffe des Generalstreiks jederzeit eine am Ruder befindliche Regierung über den Haufen werfen könnte, so muß der Weisheit letzter Schluß sein, die heute bestehende Koalition zu verbreitern, mit anderen Worten: entweder die Unabhängigen oder die Deutsche Volkspartei, oder aber beide in die Koalition aufzunehmen. Beide aufzunehmen, wird nicht angehen, da auf der einen Seite die Unabhängigen sich allenfalls bereitfinden lassen würden, in eine reine, wenn auch paritätische Arbeiterregierung einzutreten, nicht aber in eine Regierung, die außer den bisherigen Mehrheitsparteien sogar noch eine der Rechtsparteien in sich schlösse. Auf der anderen Seite wird sich aber die Deutsche Volkspartei keinesfalls dazu hergeben, mit den Unabhängigen, die in der Schuldfrage, überhaupt den nationalen Fragen das deutsche Empfinden fortgesetzt aufs äußerste verletzt haben, in eine Regierung zu treten. Und das gleiche gilt wohl für Zentrum und Demokratie.

Bliebe also zur Erweiterung der Koalition die Deutsche Volkspartei übrig. Auch ihre Aufnahme in die Mehrheitsregierung würde auf sehr große Schwierigkeiten stoßen. Eben erst haben die Mehrheitssozialisten auf ihrer Reichskonferenz erklärt, daß eine Verbreiterung der Koalition nach rechts für sie unannehmbar sei. Aber die Entscheidung kann erst fallen, wenn die Mandatsziffern vorliegen. Von großer Bedeutung mag es sein, daß durch den Eintritt der Kardorff, Dewitz usw. in die Deutsche Volkspartei die sozial gerichteten Elemente dieser Partei eine wesentliche Stärkung erfahren. Nicht umsonst haben diese Herren in dem Schreiben, in dem sie ihren Austritt aus der Deutschnationalen Partei begründeten, eine „neuzeitliche Regelung der Verhältnisse zwischen den Unternehmern eines Betriebes, sowie den Angestellten und Arbeitern mit dem Ziel einer ausgesprochenen Interessengemeinschaft zur Durchführung der bereits vereinbarten Arbeitsgemeinschaft" in den Mittelpunkt gestellt. Die Ideen, die in dieser Richtung Herr von Dewitz mehrfach entwickelt hat, erschließen vielleicht den einzig gangbaren Weg zur Auflösung der unseligen Klassengegensätze, die letzten Endes auch die Sozialdemokratie erstrebt. Natürlich darf es wenn die Deutsche Volkspartei im Ernst dem Gedanken an eine Beteiligung bei der Koalition nähertreten sollte, nicht sein, daß der Führer der Partei, Stresemann, pathetisch erklärt, daß der Feind links stehe. Es ist das ein törichtes Wort in einem Augenblick, wo man laut die Möglichkeit eines Zusammengehens mit den Mehrheitssozialisten verkündet. Es sollte auch nicht sein, daß die Deutsche Volkspartei den Wahlkampf mit besonderer Schärfe gegen die Demokratische Partei führt, an die sich anzulehnen sie innerhalb der Koalition gezwungen sein würde.

Auf alle Fälle wird die Deutsche Volkspartei, wenn sie sich nach politisch

Digitized by Google

urteilenden Wählern umsieht, ihre Stellung zur Möglichkeit einer Koalitionsbeteiligung noch klarer ausdrücken müssen. Bleibt sie in dem engen Konnex mit der Deutschnationalen Volkspartei, die sich in der letzten Zeit mehr wie je unzulänglich für jede Belehrung und sogar für die naheliegende Erkenntnis erwiesen hat, daß allenfalls nur eine Verschmelzung beider Rechtsparteien und damit die Abkehr von ultrareaktionären und ultranationalistischen Tendenzen sie zu einer fruchtbaren Wirksamkeit befähigen könnte, so wird die Deutsche Volkspartei das Schicksal der Deutschnationalen Volkspartei, auf ewig zu reiner Negation verurteilt zu bleiben, teilen. Und was schlimmer ist, eine solche Haltung müßte, wie die Dinge nun einmal liegen, das Gesamtschicksal des deutschen Volkes, das in erster Linie von der Möglichkeit einer halbwegs haltbaren Regierungsbildung abhängt, kompromittieren.

Notizen

Die Lage der russischen Industrie. In Deutschland wollen die Optimisten nicht aussterben, die noch immer an einen baldigen Warenaustausch zwischen Deutschland und Sowjetrußland glauben und zu ihnen gehört vor allem Professor Ballod, der sich zwar durch seine Broschüre als sozialistischer Phantast erwiesen hat, aber trotzdem immer noch als Autorität in russischen Dingen gilt. Wie die Dinge aber in der Tat liegen, das zeigt eine Rede, die der Vorsitzende des Obersten landwirtschaftlichen Rates, Rykow, am 25. Januar auf einer Sitzung des Kongresses von landwirtschaftlichen Delegierten gehalten hat: „Infolge des imperialistischen Krieges und des sich daran schließenden Bürgerkrieges hat die Verelendung Rußlands einen unerhörten Grad erreicht. Der Bürgerkrieg hat hierbei dem Lande noch viel schwerere Wunden geschlagen, als der Weltkrieg, da er in einem viel größeren Teile Rußlands stattfand und nicht nur kriegerische Zusammenstöße brachte, sondern auch Brandstiftungen und Zerstörungen von Gebäuden und Werten aller Art."

Hieraus ist die geradezu märchenhafte Wirtschaftskrise entstanden und der völlige Stillstand in der Produktion. Er macht sich in drei Beziehungen bemerkbar: in Transport-, in der Heiz- und Arbeiterkrise. Zu der Transportkrise bemerkte Rykow unter anderem folgendes: „In der schlimmsten Zeit vor dem Kriege betrug die Zahl der Lokomotiven, die remontebedürftig waren, niemals mehr als 15 v. H. Augenblicklich ist sie auf 59,5 v. H. gestiegen; das bedeutet, das von 100 Lokomotiven in Sowjetrußland 60 Stück unbrauchbar und nur 40 Stück verwendbar sind. In gleicher Weise sinkt aber auch immer mehr die Reparaturfähigkeit der Fabriken. Durch Reparatur alter Lokomotiven gelingt es nämlich immer weniger, dem Mangel an brauchbaren abzuhelfen, monatlich vermindert sich die Zahl der brauchbaren Maschinen um 200. Um den Transport wenigstens auf der jetzigen Höhe zu erhalten, müßte die Zahl der reparierten Lokomotiven von 2 auf 10 v. H. erhöht

Digitized by Google

werden. Dieses Elend des Transportes ist daran schuld, daß wir aus den von den roten Truppen eroberten Gebieten nicht imstande sind, das Getreide, Heizmaterial und Rohstoffe für die Bevölkerung heranzubringen. Zum Beispiel hatten wir bisher im Monat nur einen Spezialzug für den Transport der Metalle aus dem Ural nach Zentralrußland zur Verfügung. Um die verhältnismäßig nicht großen Metallvorräte des Urals nach Zentralrußland überzuführen, würde man auf diese Weise Jahrzehnte nötig haben. Um aus Turkestan Baumwolle für die Webereien des Moskauer Rayons auszuführen, müßten monatlich 600 000 Pud heranrollen. Uns aber stehen zu diesem Zwecke nur zwei Züge im Monat zur Verfügung. Die 8 Millionen Pud Baumwolle, die wir imstande wären zu verarbeiten, könnten wir auf diese Weise erst in einigen Jahrzehnten erhalten."

Aehnliches läßt sich auch auf dem Gebiete der Rohstoffe konstatieren, die nicht in so entfernten Gebieten lagern, sondern im Zentrum oder im Norden Rußlands. Früher betrug die Ernte an Flachs in Rußland 20 und mehr Millionen Pud, jedoch schon im Jahre 1918 war sie auf 4½ Millionen Pud gesunken, und die vom Jahre 1919 ist noch geringer ausgefallen. Der Bauer hat es vorgezogen, statt Flachs Korn zu säen. Das geschah einesteils, weil in die nördlichen Gouvernements nicht genügend Getreide eingeführt wurde, so daß die Bauern genötigt wurden, sich selbst mit Brot einzudecken, anderenteils, weil sie im freien Handel die Preise für Getreide viel höher standen als die „festen Preise", die vom Staate auf die verschiedenen Sorten Flachs festgesetzt waren. Den Bauern erschien es daher viel vorteilhafter, vom Flachs- zum Getreidebau überzugehen." Rykow konstatierte ferner den Rückgang in der Leder- und Wollindustrie. Die Zahl des Viehes, besonders der Rassen, die Wolle liefern, ist sehr zurückgegangen. In der ersten Hälfte des Jahres 1919 wurde ca. eine Million Felle geliefert, im Jahre 1920 waren es nur noch 650 000. Die Zahl der Felle, die der Staat erhält, verringert sich mit jedem Monate.

„Es ist ein großer Fehler, anzunehmen, daß die Abschaffung der Blockade einer glücklichen Lösung der Rohstoffkrise zugute kommen wird. Im Gegenteil! Nach der Aufhebung der Blockade ist die Quantität an Rohstoffen noch weiter zurückgegangen, erstens weil das Ausland an ihm sehr Mangel leidet, und zweitens, weil diese Rohstoffe den einzigen Wert darstellen, mit dem Rußland bei der Aufnahme des Handelsverkehrs wird zahlen können."

Was die Frage des Rückgangs der Produktivität der russischen Industrie betrifft, so erklärte Rykow: „Die nationalisierte Webeindustrie produziert nicht mehr als 10 v. H. der früheren Mengen, die durch die kapitalistische Wirtschaftsordnung hergestellt wurden. Von den 164 000 Webstühlen arbeiteten im Jahre 1919 nur 11 und von den 7 Millionen mechanischen Spindeln nur 7. Zu Beginn des Jahres 1919 hatten wir einen Vorrat von feinen Weberwaren im Betrage von 723 000 Pud. Zu Beginn des Jahres 1920 war dieser Vorrat auf 467 000 Pud gesunken. Zu Beginn des Jahres 1919 bearbeitete Sowjetrußland 100- bis 200 000 Pud feiner Webwaren, zu Ende nur 25 000 bis 68 000. Derartig ist die Lage unserer Webeindustrie, die bis zum Kriege die dritte Stelle

Digitized by Google

sofort hinter England und Deutschland einnahm. Wenn es auch Ausnahmen von diesem traurigen Bilde gibt, und sogar Industriezweige vorhanden sind, die sich entwickelt haben, so handelt es sich dabei leider nur um Gebiete von nicht lebenswichtigen Industrien."

Auf demselben Kongresse wiesen der Vorsitzende des Verbandes der professionellen Verbände Tomski und auch Trotzki daraufhin, daß die Industrie auch *Mangel an Arbeitern* leidet. Tomski erklärte, daß, während in anderen Ländern ein Arbeitermangel sich zu Zeiten einer industriellen Hochkonjunktur einzustellen pflege, weil sich die Industrie ausdehnt, macht sich in Rußland die umgekehrte Erscheinung bemerkbar. Abgesehen davon, daß nur ein Teil der Fabriken arbeitet, macht sich in den Städten und Industriegebieten ein großer Mangel an Arbeitskräften bemerkbr. Dieses erklärt sich aus mancherlei Gründen: ein Teil der Arbeiter ist für die rote Armee angeworben, ein anderer ist ins Dorf zurückgekehrt, nicht nur, um in den staatlichen Arbeitskommunen zu arbeiten, sondern auch, um zu spekulieren. „*Hunger, Kälte und Wohnungsnot* — erklärte Trotzki — treiben die Arbeiter ins Dorf, und nicht nur ins Dorf, sondern auch in die Reihe der Spekulanten."

Aus diesem Bericht der Leiter des bolschewistischen Wirtschaftsrates geht klar hervor, daß die Transportfrage das Hauptwirtschaftsproblem Rußlands darstellt. Die Metallindustrie kann nicht arbeiten infolge Fehlens von Transportmöglichkeiten. Die Webereien müssen aus demselben Grunde stillstehen. Der Rückgang der Produktion und der Anfuhr der Lebensmittel in die Städte führte zur Flucht der Arbeiter ins Dorf, so daß auch *die Fabriken*, die Vorräte besitzen, Mangel an Arbeitskräften leiden.

*

Die Unabhängigkeitserklärung des Syrischen Kongresses. Anfang März ist vom Syrischen Kongreß folgende Proklamation beschlossen worden: Der Syrische Kongreß, als der wahre Vertreter der ganzen syrischen Nation im Osten, Westen und Süden, wünscht bekanntzugeben, daß das arabische Volk, seiner glorreichen Zivilisation der Vergangenheit stets eingedenk, viele Jahre unter der türkischen Herrschaft geheime Gesellschaften und revolutionäre Komitees gebildet hat, zu dem Zweck, die vollständige Unabhängigkeit seines Landes zu erlangen. Zu demselben Zweck hat es während des Krieges so viele Opfer gebracht. Sein Ziel ist immer gewesen, eine Nation zu bilden, welche die Herrin ihrer eigenen Geschicke sei.

Aus militärischen Gründen ist Syrien in drei Teile geteilt worden. Die Alliierten haben seinerzeit erklärt, daß sie den Krieg im Orient ausschließlich zu dem Zweck führten, unterdrückte Völker zu befreien, und sie haben versichert, daß die Teilung eine militärische Maßregel ohne irgendwelchen Einfluß auf die schließliche Einheit des Landes sei. Die Alliierten haben ferner alle ihre früheren Erklärungen durch Art. 22 der Völkerbundssatzung bestätigt und haben dem Volke ein klares Recht gegeben, sich seine eigene Regierung zu wählen.

Anderthalb Jahr sind nun vergangen, die fremde militärische Besatzung aber dauert an . . . . Wir machen deshalb jetzt dieser unerträglichen Lage durch unsere Aktion ein Ende. Wir erklären heute in unserer Eigenschaft als die

Digitized by Google

wahren Vertreter des arabischen Volkes in allen Teilen Syriens, indem wir in seinem Namen sprechen und seinem Willen Ausdruck geben, einstimmig die Unabhängigkeit unseres Landes Syrien in seinen natürlichen Grenzen, einschließlich Palästinas, eine vollständige Unabhängigkeit, ohne daß irgendwelche Zweifel in dieser Beziehung bestehen könnten.

Wir werden die patriotischen Wünsche der Libanesen in bezug auf die Verwaltung ihres Landes innerhalb der Grenzen, die vor dem Kriege bestanden haben, berücksichtigen unter der Bedingung, daß der Libanon sich von jedem fremden Einfluß fernhält.

Wir weisen die zionistischen Ansprüche zurück, aus Palästina eine nationale Heimstätte für die Juden oder ein Einwanderungsgebiet für sie zu machen.

Wir haben seine Königliche Hoheit den Emir Feissel, Sohn Sr. Majestät des Königs Hussein unter dem Namen Feissel I zum König von Syrien erwählt, ihn, der dauernd für die Befreiung des Landes gekämpft hat, so daß das Volk in ihm seinen großen Führer erblickt.

Wir verkünden das Ende der militärischen Okkupationsregierungen, die gegenwärtig in den drei Zonen eingerichtet sind und die durch eine bürgerliche demokratische Regierung ersetzt werden, verantwortlich vor diesem Kongreß für alles, was zu dem Prinzip der vollständigen Unabhängigkeit des Landes in Beziehung steht, so lange bis es der Regierung möglich sein wird, das Parlament zusammenzurufen, damit die Verwaltung der Provinzen auf den Prinzipien der Dezentralisation aufgebaut werde.

Wir verlangen auch die Unabhängigkeit Mesopotamiens und die politische und wirtschaftliche Einheit zwischen den beiden Ländern.

Im Namen der syrischen Nation halten wir unsere freundschaftlichen Beziehungen zu den Alliierten aufrecht und werden ihre Interessen und diejenigen aller Nationen voll berücksichtigen.

Wir machen unsere Leser auf den diesem Heft beiliegenden Prospekt über das politische Nachschlagewerk „Handbuch der Politik“ aufmerksam, laut welchem die Anschaffung jegen bequeme Teilzahlung durch die **Buchhandlung Karl Block, Berlin SW 68, Kochstraße 9**, erleichtert wird.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Allen Zusendungen ist Rückporto beizufügen.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt. Redaktion: Schöneberger Ufer 36a I. Telephon: Nollendorf 928. Für Anzeigen: Werbedienst G. m. b. H., Berlin W 35, Lützowstr. 102/4. Verlag: Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 29. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt 10 M. Einzelnummer 1 M. Druck von Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W 57, Bülowstraße 66.

Digitized by Google

5. Jahrgang * 21. Mai 1920 * Heft 21

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

In der auswärtigen Politik sind doch die Unabhängigen Sozialdemokraten die größten Kindsköpfe. Als der Gang nach Versailles zur Frage stand, tobten sie gegen die Regierung, weil unter ihren Vertretern „belastete" Politiker seien. Eisner und die ihm nachbeteten verkündeten die Lehre, nur die Pazifisten vom Schlage Foerster, Gerlach und die tapferen Männer der U. S. P. finden in der Entente jenes Vertrauen, was Deutschland vor dem Gewaltsinn der Entente rettet. Der bayerische Ministerpräsident rechnete sogar mit — Clemenceau. Das Geschrei vom vergangenen Jahr hat aufgehört. Die Rettung muß im Osten gefunden werden. Und die gleichen Leute kämpfen jetzt auf einmal mit furchtbar lauten Worten, in Sälen und auf Straßen, gegen den westlichen Imperialismus. Wegen Deutschland? Nein, gewiß doch nicht. Aber das Räte-Rußland scheint ihnen in Gefahr und dies ist für sie wichtiger. Bricht die Herrschaft der Moskauer Sowjets zusammen, so weichen die Illusionen, mit denen die deutschen Arbeiter durch das Räteschlagwort überfüttert wurden. Das ist aber so peinlich, daß die Pazifisten von vorgestern jetzt schon imperialistische Drohworte gegen London, Paris und Warschau riskieren. Deutschland muß die Narreteien seiner Demagogen bis zur Neige genießen.

*

Es scheint, daß die Konferenz von Spa verschoben wird. Rücksicht auf die deutschen Wahlen ist nicht daran schuld; denn den Franzosen konnte es nur angenehm sein, über diesen Termin die Drohung neuer Vergewaltigung zu hängen. Sie brauchen eine nationalistische Erregung der Deutschen, um für ihre Brutalitäten vor der Welt immer neue Vorwände zu finden. Aber den Engländern scheint gerade dies, daß Frankreich erneut die Führerrolle an sich zu reißen suchen wird, peinlich, und sie wollen Sicherungen, so sehr Lloyd George an das französische Kabinett gebunden ist, daß Millerand nicht wieder aus der Reihe tanze. Inzwischen ist Italien in eine Kabinettskrise gerutscht, und die von London ausgehenden, mit der Krankheit des Premiers umkleideten Bemühungen

Digitized by Google

zum Aufschub, gewinnen dadurch Nahrung. Wir sind sachlich an einer Aussprache interessiert, haben aber nicht den geringsten Anlaß, Spa als die Quelle der deutschen Gesundung mit voreiligen Erwartungen zu bekränzen.

*

Der große französische Streik ist in seinem Verlauf sehr unübersichtlich. Er galt in seinen Anfängen der Forderung, die Eisenbahnen dem Privatkapitalismus zu entreißen. Die gegenwärtigen Berichte aus Deutschland mögen die Pariser Regierung nicht sehr ermuntern, im Staatssozialismus einen so großen Schritt voran zu wagen; umgekehrt ringen die französischen Gewerkschaften darum, aus ihrer sachlichen Machtlosigkeit herauszukommen. Ihr Streik hat deshalb, durch die Gegenwirkung der Regierung, einen politischen Charakter angenommen: sie kämpfen um ihre Bedeutung für die nächsten Zeiten. Aber da ihr Kampf unsicher und zersplittert, wie ihre ganze Organisation, sind ihre Aussichten ziemlich fragwürdig. Immerhin erlebt die französische Bourgeoisie ihre Aengste vor den Mächten der Tiefe nun auch in der Nähe, und das kann vielleicht in einigem für sie heilsam sein.

*

Plötzlich, über Nacht, ist das italienische Kabinett gestürzt. Im Augenblick, wo Nitti durch die Konferenz von San Remo für Italien nicht geringe internationale Erfolge buchen konnte, ist er in einer rein technischen Frage in der Minderheit geblieben. Die italienische Katholikenpartei hatte sich mit den Sozialisten verbunden, um ihren Wählermassen zu zeigen, daß sie an Reformeifer nicht hinter der Arbeiterpartei zurückstehe. In Zukunft wird es schwer halten, bei einer Kabinettsbildung diese über 100 Mann starke Gruppe auszuschalten. Es sei denn, daß die Partei auf die Dauer nicht zusammenhält. Giolotti hat es unter solchen Umständen schon vorgezogen, die Kabinettsbildung abzulehnen, obgleich er stets für kirchliche Konzessionen in seiner Politik einzutreten bereit war. Die italienische Politik lernt jetzt die Schwierigkeiten kennen, eine kirchliche Partei verkraften zu müssen. Der Aufmarsch der Parteien von rechts nach links wird dadurch, wie wir das in Deutschland durch Jahrzehnte kennengelernt haben, stark kompliziert, weil die Katholiken eine zweite Verbindung zwischen der Rechten und der Linken darstellen. Da sie nicht durch politische oder wirtschaftliche Fragen zusammengehalten werden, sondern durch kirchliche, so umfassen sie neben ausgesprochenen konservativen fast schon sozialistische Elemente. Diese Buntheit der politischen Ueberzeugung macht es einer kirchlichen Partei möglich, je nach dem, welchen Flügel sie stärker hervorschiebt, mit links oder mit rechts zu gehen und erschwert dadurch das Ziel jeder parlamentarischen Politik, das Zweiparteiensystem zu verwirklichen.

Digitized by Google

Der Fresser England

Von Dr. Paul Rohrbach

Bei Ausbruch des Weltkrieges erließen eine Anzahl Oxforder Professoren eine Schrift, um die Teilnahme Englands am Kriege als eine sittliche und politische Notwendigkeit zu rechtfertigen. Darin findet sich der anmaßende Satz: „Wir sind ein Volk, in dessen Blut die Sache des Rechts das Lebenselement ist!“ Es gibt noch viele ähnliche Worte aus englischem Munde. Wir geben eine kurze Auslese. Zum Beispiel Lord Curzons Widmung in seinem einflußreichen Werk „Problems of the Far East“: „Denen, die da glauben, daß das britische Weltreich nach dem Willen der Vorsehung das gewaltigste Werkzeug Gottes zur Förderung des Guten ist, das die Welt gesehen hat!“ Oder Lord Roseberrys Wort: „Das britische Reich ist die größte für den sittlichen Fortschritt wirksame weltliche Kraft, die man auf Erden kennt... Auf der britischen Rasse ruhen die höchsten Hoffnungen derer, die versuchen, das Dunkel der Zukunft zu durchdringen, oder die sich bemühen, die leidenden Massen der Menschheit zu heben und zu veredeln.“ Oder die Sätze aus dem Testament von Cecil Rhodes: „Wenn es einen Gott gibt, der sich auch nur im geringsten darum kümmert, was ich tue, so glaube ich, es ist klar, daß er will, ich soll das tun, was er selber tut. Und wenn er auf sichtbare Art die angelsächsische Rasse zu seinem auserwählten Werkzeuge macht, mit deren Hilfe er einen auf Gerechtigkeit, Freiheit und Frieden gegründeten Stand der menschlichen Gesellschaft herbeiführt, so muß er wünschen, daß ich tue, was ich kann, um dieser Rasse so viel Kraft und so viel Macht wie möglich zu geben.“ Oder Lord Roberts, der nach seinem Einzug in Pretoria Danksagungen richten ließ: „An den Gott der herrschenden Rasse!“ Oder jene englische Gesellschaft, die am Anfang des südafrikanischen Krieges den Soldaten Bibeln schicken ließ, deren Einband mit englischen Fahnen und Abzeichen geschmückt war. Oder die Anglo-Israel Identity Society, die im Namen des „zur Weltherrschaft berufenen“ englischen Volkes die Identität von Israeliten (die verlorenen zehn Stämme!) bestätigt findet, und damit die Gültigkeit aller Verheißungen Gottes an Israel für England. Beweis: „Britisch“ läßt sich auch als hebräisches Wort auffassen und heißt dann: der Mann (isch) des Bundes (brit), nämlich des Bundes mit Gott. Oder der lobeergekrönte englische Gegenwartsdichter Austin, von dem ein Verspaar lautet:

Wer für England kämpft, kämpft für Gott,
Wer für England stirbt, ruht bei Gott.

Digitized by Google

Die meisten Stücke dieser Auslese englischer Ueberhebung stammen von einem Franzosen, J. Bardoux, der ein Buch über englische Psychologie geschrieben hat (Essai d'une psychologie de l'Angleterre contemporaine, Paris 1906). Gleichzeitig mit Bardoux erschien in Paris, in siebenter Auflage, ein Buch von einem früheren französischen Minister des Auswärtigen, Emile Flourens: La France conquise (Das eroberte Frankreich). „Erobert" sollte damals heißen: erobert in England. König Eduard, sagte Flourens, herrscht in England und regiert in Paris. Die Entente war schon geschlossen, aber nicht lange vorher, zur Zeit von Faschoda und während des Burenkrieges, war England in Frankreich verhaßt genug gewesen. Im Dezember 1914 fand ein deutscher Landsturmmann in Frankreich ein „Büchlein für französische Soldaten zum Singen". In dem steht eine — heute noch merkwürdig anmutende, bald genug vielleicht von neuem wiederholte — französische Antwort auf das englische Selbstlob, daß wir oben vernommen haben. Die Strophen lauten in der Uebersetzung:

Wer will Herr sein auf dem Meer?
England!
Wer will rauben rings umher?
England!
Wer den Süden, wer den Nord?
England!
Welches Volk lebt nur von Mord?
England!

Wer sät Völkerstreit und Blut?
England!
Wer bläst jede Feuersglut?
England!
Wer im Trüben immer fischt?
England!
Gleich dem Wasserhuhn entwischt?
England!

Wer entvölkert Irenland?
England!
Wer hat Mitleid nie gekannt?
England!
Wer bringt über Indien Leid?
England!
Wer macht Schand der Christenheit?
England!

Wer steht stets in schlechtem Geruch?
England!
Ja, die Welt hat bald genug
von England!
Wer ist aller Völker Feind?
England!
Wem gilt drum ihr Haß vereint?
England!

Das war in dem Liederbuch wohl versehentlich aus der Vorententezeit stehengeblieben. Aber so dachte vor zwanzig Jahren der französische Soldat, und sicher auch kein kleiner Teil des französischen Volkes. Die Verse sind ein Ausbruch des französischen Temperaments gegen die englische Anmaßung. Gewichtiger, furchtbarer, vernichtender gegen sie sind die berühmten Worte des amerikanischen Politikers Bryan in seinem Buch über die englische Herrschaft in Indien:

Er — der Brite — hat Indien einiges Gute gebracht, aber er hat einen furchtbaren Preis dafür erhoben. Während er sich gerühmt hat, den Lebenden

Digitized by Google

den Frieden zu bringen, hat er Millionen zum Frieden des Grabes geleitet; während er die Ordnung hervorhebt, die er geschaffen hat unter streitenden Völkerschaften, hat er das Land durch legalisierte Plünderungen ausgesogen.

In H. M. Hyndmans Buch: „England for all" stehen die Sätze:

Das — indische — Volk wird dazu getrieben, Baumwolle zum Verkauf anstatt Lebensmittel für seine Nahrung zu bauen und sich buchstäblich zu Tode zu hungern, um die Lasten für die Regierung aufbringen zu können... Jahr für Jahr nehmen wir Indien die Landesfrüchte, die es doch nicht entbehren kann. Denn wir sind die Herren des Landes, machen uns von allen Seiten gut bezahlt und lassen diejenigen, die von uns abhängen, in Hunger und Elend umkommen.

Ein Seitenstück in gewissem Sinne zu Indien ist die englische Ausbeutung von Aegypten. Die ägyptische Bevölkerung lebt nicht ganz in so trostlosem Zustande wie die indische, aber alles im heutigen Aegypten ist organisiert auf Ausbeutung des ägyptischen Volkes zugunsten Englands. Bodenbestellung, Ausfuhr und Einfuhr dienen nur England; Schul- und Sanitätswesen, materielle und geistige Volkswohlfahrt, haben von den Engländern keine Förderung erhalten.

Der frühere Kommissar des amerikanischen Schulwesens, Dr. William T. Harris, hielt 1908 während der Session des Nationalrats für Unterrichtswesen in Cleveland eine Rede, in der er über England das Urteil fällte:

England ist einem ungeheuren Krokodil gleich, es öffnet seinen Rachen weit und zermalmt alles, was zwischen seine Zähne gerät.

So stehen England nach seinem eignen Urteil und England im Urteil anderer Völker einander gegenüber. Allerdings sind das Urteile, die noch aus der Zeit vor dem Weltkriege stammen, in den England bekanntlich um des Friedens und der Freiheit aller Völker der Welt willen, namentlich aber der kleineren und schwächeren, eingetreten ist. Als der Krieg ausgebrochen war, wurde in Amerika die Ausfuhr des Bryanschen Buches über Englands Herrschaft in Indien verboten, und auch die französischen Soldaten werden ihre englischen Bundesgenossen nicht gerade mit jenem Chanson „l'Angleterre" begrüßt haben. Jetzt aber hat England seine Beute aus dem Kriege eingeheimst. Das letzte und gewaltigste Stück, über das jetzt der „Vertrag" geschlossen worden ist, bildet der bisher türkische Orient. Die Türkei hat im wesentlichen aufgehört zu existieren. Der Rest ihres europäischen Besitzes ist zum größten Teil an Griechenland gekommen; Griechenland erhält auch, unter der nominellen Oberhoheit des Sultans, Smyrna mit mehr als der Hälfte des Küstengebietes von Kleinasien am Aegäischen Meer. Italien bekommt als sogenanntes Interessengebiet den größeren Teil der Südküste und das Binnenland bis weit jenseits der Tauruskette. Frankreich bekommt Zilizien und ein sehr bescheidenes Stück von Nordsyrien. Die nördliche Hälfte von Anatolien ist alles, was die Türken von ihrem einstigen Reich behalten. Armenien

Digitized by Google

wird selbständig. Das meiste von Syrien, Palästina, Babylonien, Mesopotamien, Kurdistan und das bisher türkische Arabien wird unter verschiedenen Formen und Aufschriften englisch. Aegypten ist es schon seit 40 Jahren. Persien ist es seit gestern. Der Kaukasus ist englisches Interessengebiet. In dem ganzen weiten Raum zwischen den Dardanellen und dem Nildelta im Westen, der Straße von Malakka im Osten gibt es nur noch ein paar Enklaven von nicht englischer Farbe im englischen Herrschaftsgebiet. Auch über sie könnte man schreiben: Wie lange noch? Die französischen Ansprüche und Hoffnungen sind zerschmettert. Mossul am Tigris und die Petroleumfelder unmittelbar südlich davon, die Berge von Kurdistan, Urfa und Haran sollten französisch sein, und übriggeblieben davon sind: ein ganz kleiner unmittelbarer Besitz, in dem die Franzosen jetzt Niederlage auf Niederlage von Türken und Arabern erleiden, und unbestimmte Protektoratsansprüche auf ein Stück vom Gebiet des neuen Königs Feissal von Syrien, der im übrigen unter England stehen soll, und gegen den die Franzosen nicht viel Ernstes unternehmen können, ohne auf die englische Hand zu stoßen. Der französische Zusammenbruch und der englische Triumph im Orient sind gleich vollständig. Man kann sich danach denken, welche Anwartschaften die Engländer zum Trost dafür den Franzosen gegen Deutschland gegeben haben. Die Kostenrechnung für Frankreichs Hinausgeworfenwerden aus dem Orient wird in doppelter oder dreifacher Gestalt für uns in Spa geschrieben werden: Phantastische Entschädigungsbeträge, Vermeidung der Behandlung Deutschlands als gleichberechtigte Macht, Gewährung weiterer Möglichkeiten zur „direkten Aktion" Frankreichs innerhalb der deutschen Grenzen.

Jetzt, bei der orientalischen Liquidation des Weltkrieges wird aber zugleich deutlich, daß England angefangen hat, sich sein eigenes Schicksal zu bereiten. Es hat mit einer so ungeheuren egoistischen Habgier alles an sich gerafft, daß fortan in der Welt der Eindruck sich befestigen muß: England hat auf Kosten aller übrigen Völker, auch seiner Verbündeten im Weltkriege, die wirkliche Weltherrschaft und Weltausbeutung erstrebt. Es hat sie nicht nur erstrebt, sondern es besitzt sie schon, und es wird alles dazu tun, um diese Ausbeutung aus das rücksichtsloseste zu seinem eigenen Vorteil zu oragnisieren. Deutschland als Konkurrent ist beseitigt, und Frankreich, dem Namen nach Sieger, ist in einen Zustand vollkommener Ohnmacht versetzt, in dem es nur noch daran denkt, Deutschland weiter zu erniedrigen, während England sich aus dem französischen Fell seine Riemen zurechtschneidet. Es wird nicht ewig dauern, bis die Franzosen begreifen, daß sie um vieles mehr für England geblutet haben, als für sich selbst. Im Jahre 1907 schrieb der damalige französische Major Driant in der Einleitung seines Buches „Einem neuen Sedan entgegen":

Digitized by Google

Seit vollen 35 Jahren dient Clémenceau in Frankreich englischen Interessen... Die englischen Staatsmänner sind nicht so kurzsichtig wie die unsrigen, leben nicht von einem Tag auf den andern... Ihr Interesse bildet, daß sie die Ereignisse beschleunigen. Denn der englische Eigennutz beherrscht die Welt... Ihr Interesse will es, daß wir im Westen dieselbe Rolle spielen, die die Japaner im Osten gegen die Russen gespielt haben. Nur mit dem Unterschiede, daß wir nicht wie die Gelben Sieger sein werden. Im übrigen wird es England sehr gleichgültig sein, wenn Frankreich, bis ins innerste Mark getroffen, daniederliegt.

Ist Frankreich etwa im Weltkriege Sieger geblieben? Hat nicht Driant, der für sein Vaterland damals auch noch die militärische Niederlage fürchtete, letzten Endes doch recht gehabt? Mit derselben Schärfe hat Francis Delaisi 1911 in seinem Buch „La guerre qui vient", der kommende Krieg, das Schicksal Frankreichs vorausgesehen: in der Dienstbarkeit Englands diesem bei der Abrechnung mit den Deutschen zu helfen und dann auf Gnade und Ungnade selbst den Engländern überantwortet zu sein. Diese Stimmung wird eines Tages bei den Franzosen gegen England durchbrechen, und jenes Soldatenlied „Wer ist aller Völker Feind? Wem gilt drum ihr Haß vereint?" wird noch einmal seine leidenschaftliche Auferstehung im französischen Munde finden. England kann viel, und die englische Politik ist wunderbar geschickt, aber eins kann England nicht: seine Habsucht bändigen. Das gilt nicht für den Engländer im einzelnen, aber es gilt für England als Ganzes. Die menschliche Zivilisation hat viele Fortschritte durch England gemacht, und große, menschheitlich fördernde Gedanken sind teilweise zuerst in England gedacht und in England verwirklicht worden. England hat das Seine für die Kultur der Menschheit getan. Aber auch die politische Kollektiv-Unsittlichkeit eines Volkes hat selten ein so hohes Maß erreicht, wie in England. Cobden sagte am 24. Februar 1857 im Unterhause: „Unser Hochmut beleidigt alle Völker, wir kennen nur gemeine Gewinnsucht, andere Rücksichten kennen wir nicht." Es wird keine Generation brauchen, bis dies wieder das Welturteil über England sein wird, und an dem Tage wird seine Rolle als Fresser der Welt zu Ende sein.

Polen

Von W. v. Massow

Seit vier Monaten leben wir nun in dem unfreien, rechtlosen und nahezu hoffnungslosen Zustand, den unsere Feinde „Frieden" nennen, weil die Kampfhandlungen, die dem Kriege eigentümlich sind, aufgehört haben, während die sonstigen Feindseligkeiten fortdauern. Diese Feindseligkeiten sind einseitig, da wir nach verlorener Hoffnung auf Sieg unsere völlige Wehrlosigkeit selbst vollendet und anerkannt haben. Ein solcher Zustand ist nicht geeignet, in dem Seelenleben der beteiligten

Digitized by Google

Völker in kürzerer Zeit auch nur annähernd einen gewissen Gleichgewichtszustand herbeizuführen. Schon in normalen Zeiten verstehen sich selbst äußerlich befreundete Völker gegenseitig nur mangelhaft; wieviel weniger in Zeiten, die in einem bis zur Erschöpfung geführten mehrjährigen Kriege alle Leidenschaften der Zerstörung bis zum wildesten Rachedurst und wahnsinnigen Haß maßlos gesteigert haben! Aber auch der Haß erreicht einmal eine Grenze, an der das Bewußtsein durchbricht, daß die Leidenschaft der Völker etwas Sinnloses ist, das diejenigen, die sie hegen, am meisten schädigt. Freilich ist der Uebelstand dabei, daß die Völker, je nach ihrer besonderen Veranlagung, zu dieser heilsamen Erkenntnis in sehr verschiedener Weise und in sehr verschiedener Zeit gelangen. Wir Deutschen haben das Unglück, durch die geographische Lage unseres Landes zwischen zwei Völker gestellt zu sein, die aus der aufgestachelten Leidenschaft heraus besonders schwer und langsam den Weg zur Vernunft und sachlichen Ueberlegung zurückfinden.

Und hier kommt nun noch eine besondere Erschwerung hinzu, über die sich die Mehrzahl unserer Landsleute in unserem nationalen Elend überhaupt nicht klar zu werden vermag und die immer wieder entschiedenem Unglauben begegnet. Was nämlich den Haß unserer Gegner nicht zur Ruhe kommen läßt, ihn immer wieder aufpeitscht und eine neue Unheilssaat ausstreuen läßt, ist die dahinterstehende Furcht. Wir, die wir den traurigen Zustand unseres Landes und unsere Wehrlosigkeit am eigenen Leibe empfinden, die wir in der Regel den Maßstab für die Tiefe dieses Sturzes nur aus dem Vergleich des jetzigen Zustandes mit unserer eigenen glänzenden Stellung vor dem Kriege, nicht mit den Verhältnissen anderer Länder gewinnen, die wir überdies aus unserem reinen nationalen Gewissen heraus nie begriffen haben, daß wir wirklich durch die Wucht unseres Staatsbaues und den Glanz unserer wirtschaftlichen Erfolge vor 1914 unsern Nachbarn und der ganzen Welt Furcht einflößten, können uns heute natürlich nicht denken, daß die Sieger noch immer vor den Trümmern unserer großen Vergangenheit zittern. Aber Haß und Rachsucht schärfen den Blick; Unglück trübt ihn. Deshalb sehen unsere Feinde in dem, was von uns übrig ist, mehr, als wir selbst darin zu finden wagen. Auch hat unser Zusammenbruch durch seine Plötzlichkeit und Furchtbarkeit das Schätzungsvermögen für die Riesengröße der Taten und Leiden von vier Kriegsjahren bei uns geschwächt, während unsere Gegner die Erinnerung daran sogar mit verstärkter Deutlichkeit bewahren. Sie wissen besser als wir und sehen schärfer als wir: die Kraft des gefällten Riesen ist gelähmt und erschöpft, aber nicht tot. Und deshalb steht alles Sinnen und Handeln der andern unter der Herrschaft der Frage: Wie machen wir es, daß diese immer noch lebendige Kraft, wenn sie wieder gesundet und sich

Digitized by Google

ihrer selbst bewußt wird, sich nicht gegen uns wendet? Und wenn es leidenschaftliche Völker von lebhaftem Empfinden sind, die sich diese Frage vorlegen, so werden sie — wie das die Völker bei der gegenseitigen Beurteilung leider immer tun! — uns nach sich selbst beurteilen und uns die nämliche unauslöschliche Rachsucht und hinterhältige Feindseligkeit unterlegen, die sie selbst in gleicher Lage einem glücklicheren Sieger gegenüber hegen würden und in der Vergangenheit auch stets gehegt haben.

Daß hierin der Schlüssel zu dem Verhalten der Franzosen gegen uns zu finden ist, wird kaum irgendwo geleugnet werden. Und die Franzosen sind doch immer ein starkes, selbständiges Volk, Träger einer Großmacht, neben uns und zuzeiten mit einem starken Uebergewicht über uns, ja sogar zeitweise unsere Ueberwältiger gewesen, so daß der Gedanke, diese beiden Völker könnten nach tausendjährigem Hin und Her unter ihr beiderseitiges Machtkonto nun einmal einen Strich machen, gewiß sehr naheliegen würde, wenn solche einfachen menschlichen Erwägungen in den Schicksalswegen der Völker irgend etwas zu bedeuten hätten. Aber nun stelle man neben diesen westlichen Nachbarn unseres Reichs unsern östlichen, das polnische Volk, und überlege sich, daß wir es mit einer im Temperament und in vielen Charakterzügen sehr ähnlichen Veranlagung zu tun haben, daß aber hier alles fehlt, was zwischen Franzosen und Deutschen allenfalls ausgleichend wirken könnte! Die Polen wissen sehr wohl — und wenn sie es nicht wissen, so fühlen sie es —, daß sie nicht nur der Kopfzahl nach, sondern auch in allem anderen, was bestimmend auf die Machtentwicklung eines Volkes wirkt, den Deutschen gegenüber das schwächere Volk sind. Und ihre Geschichte bestätigt ihnen das in einem Maße, das durch die üblichen patriotischen Beschönigungen nicht wesentlich verringert werden kann. Der polnisch-patriotische Geschichtserzähler muß vielmehr, wenn er das dauernde Sinken und Unterliegen des Polentums und seine kulturelle Abhängigkeit vom Deutschtum einigermaßen erklären will, ohne das nationale Selbstbewußtsein allzu tief zu verwunden und zu demütigen, zu dem Mittel greifen, daß er sein Volk als ein beklagenswertes Opfer ständigen Unrechts und Verrats seiner Nachbarn, also in erster Linie der Deutschen, als beständig übervorteilt, geschmälert, vergewaltigt hinstellt. Der Schlußakt dieser das polnische Herz erschütternden Tragödie zeigt dann einen Tatsachenkreis, der kaum einer besonderen Färbung bedarf, weil auch die objektivste Forschung nichts daran ändern kann: Polen, seiner staatlichen Selbständigkeit, des ureigensten Rechtes eines Volkes von ausgeprägter Persönlichkeit und selbständiger Ueberlieferung, gänzlich beraubt, eine wehrlose Beute seiner Nachbarn! Unter ihnen vielleicht nicht der Schlimmste im Sinne unmittelbar fühlbarer Brutalität, aber vom nationalen Instinkt ganz richtig als der dem polnischen Volkstum Gefährlichste erkannt — der Deutsche, der Preuße! Unter

Digitized by Google

dem Druck der harten russischen Faust bewahrte der Pole immer noch das Gefühl innerer kultureller Ueberlegenheit, deren innerste Quelle diesem stumpfsinnigen Regiment nicht erreichbar war; dem Oesterreicher, der mit ihm seine Sprache redete und ihm annähernd so etwas wie nationale Autonomie gewährte, konnte er ohne Beschwer sogar eine bedingte Loyalität gegen die Dynastie entgegenbringen, ohne seine letzten Wünsche und Hintergedanken darum aufgeben zu müssen. Beide Fremdherrschaften trafen das Polentum nicht in seinem Lebensnerv. Aber der Deutsche, soviel Gutes und Schätzenswertes er den Polen auch bringen mochte, verlangte im Grunde mehr und Härteres von ihnen. Er glaubte noch besonders wohlwollend zu sein, wenn er ihnen treuherzig zuredete: „Gebt euch, Kinder! Polen ist ein abgeschlossenes Kapitel der Weltgeschichte; das polnische Volk ist politisch tot, mausetot!“ Man mache sich einmal klar, was es für ein Volk von ausgesprochenem Eigenleben bedeutet, nicht nur vier Menschenalter hindurch die Tatsache einer wenn auch noch so gerechten und sachlich tüchtigen Fremdherrschaft zu ertragen, sondern in dieser Fremdherrschaft noch dazu solcher tief demütigenden Grundauffassung zu begegnen, gegen deren Anerkennung als Wahrheit sich in jedem Polen jede Faser, das beste in seinem Innern sträuben mußte. Es wird dann verständlich werden, daß dieses Volk mit seinem von dem deutschen so grundverschiedenen, dem unsrigen gänzlich verständnislos gegenüberstehenden, ja in vielem geradezu gegensätzlichen Wesen in noch verstärktem Maße uns dasselbe Gefühl entgegenbringt wie die Franzosen, nämlich einen Haß, der im Grunde auf der Furcht beruht und von ihr in verhängnisvoller Weise genährt wird. Es ist sehr wesentlich, sich die Natur dieses Gefühls gegenwärtig zu halten. Furcht ist leider ein gutes Heizmaterial für die Flamme des Hasses und verhindert wirksamer als alles andere, daß sie in sich zusammenbrennt. Damit müssen wir rechnen.

Unter dem Einfluß der soeben geschilderten Stimmung und Gesinnung stand das polnische Volk in seiner großen Mehrheit während des ganzen Krieges. Weshalb es nicht glückte, in Polen eine „aktivistische“, d. h. zum Zusammenwirken mit den Mittelmächten bereite Mehrheit zu schaffen, soll hier nicht erörtert werden. Bleiben wir bei der Tatsache, daß die Mehrheit auch zu einer Zeit, als der Sieg unserer Sache kaum zu bezweifeln schien, auf die deutsche Niederlage wartete! Als nun wirklich der Zusammenbruch der Mittelmächte kam, wäre das Ueberschäumen eines wilden Triumphgefühls auch bei einem minder temperamentvollen Volke nicht eben verwunderlich gewesen. Bei den Polen führte der Eintritt dieser ersehnten und solange vergebens erwarteten Wendung einen Rauschzustand herbei, der sich in dem unbesiegbaren Trieb Luft machte, von allem, was Vernunft und Besonnenheit im eigenen nationalen Interesse

Digitized by Google

erfordert hätte, ungefähr das gerade Gegenteil zu tun. Auch das lange Andauern dieses Rausches — er ist noch heute nicht überwunden! — zeigte, daß hinter allen diesen sinnlosen Verkehrtheiten und zwecklosen Herausforderungen, diesem Durcheinander von Intrigen, Vertragsbrüchen und Zeugnissen verblüffender Unfähigkeit zum positiven Schaffen die blasse Angst vor Deutschland und dem Deutschtum steht.

Soweit in dem polnischen Gebaren überhaupt Ueberlegung und Sachlichkeit stecken, läßt sich erkennen, daß die Angst vor Deutschland und der Zukunft vor allem das Bedürfnis gezeitigt hat, sich Schutz und Mitwirkung der Entente zu sichern, und dabei spielt eine Hauptrolle der alte volkstümliche Wunsch der Anlehnung an Frankreich. Wir stehen ja nun einmal vor der merkwürdigen Tatsache, daß zwischen Polen und Franzosen eine eigentümliche Uebereinstimmung im Temperament und in verschiedenen hervorstechenden Charakterzügen herrscht, obwohl eine Bluts- und Rassengemeinschaft zwischen beiden Völkern nicht besteht; wenigstens müßte man schon zu den gewagtesten, gänzlich unbeweisbaren Hypothesen greifen, um sie zu begründen. Aber gewisse geschichtliche Ueberlieferungen und Erinnerungen von großer volkstümlicher Wirkung haben dieses Verhältnis bekräftigt. Dazu war vor allem die Persönlichkeit Napoleons wie geschaffen. Die Phantasie der Polen umkleidet noch heute die Männer der dritten französischen Republik mit den glänzenden Eigenschaften, die seinerzeit den großen Korsen auch zu einem polnischen Nationalhelden gemacht haben. Es fehlt nicht an Andeutungen, daß neuerdings hier und da eine gewisse Ernüchterung eingetreten ist. Sie wird aber wahrscheinlich für die führende Presse und die sonstigen politischen Marktschreier nur das Signal sein, den Taumel der Leidenschaft aufs neue zu steigern, in dem sich dann Polonia zu Füßen und an den Hals des großen französischen Freundes wirft. Daher wird auch weiter noch der brennende Eifer entfacht werden, mit dem Polen seine Feindschaft gegen Deutschland vor den Augen der Entente, d. h. vornehmlich Frankreichs, so deutlich und augenfällig wie möglich zur Schau zu tragen. Es entsteht dadurch eine merkwürdige, steigende Wechselwirkung. Man sieht das Heil in Polen darin, daß man sich — übrigens auch, um die Volksstimmung von der Beschäftigung mit den inneren Schwierigkeiten abzulenken und der ohnehin wachsenden Enttäuschung Nahrung zu entziehen — noch ententetreuer gebärdet als die Entente selbst und Deutschland dementsprechend herausfordert, als ob man in dieser Richtung schlechterdings nichts zu fürchten hätte. Man weiß aber auch sehr wohl, daß die Steigerung des deutschen Zorns nicht so ungefährlich ist, wie sie heute vielleicht der leichtfertigen Mehrheit noch scheint, und wiederum meldet sich die heimliche Angst vor der deutschen Zukunft und steigert das leidenschaftliche Verlangen nach Sicherung der französischen Hilfe um jeden Preis.

Digitized by Google

Wenn hier versucht worden ist, ein Bild der Stimmung und Gesinnung in Polen aus einem absichtlich möglichst kühlen Nachdenken über die weniger bekannten Elemente des polnischen Standpunktes und der inneren Lage Polens zu gewinnen, so braucht für deutsche Leser nicht hinzugefügt zu werden, daß darin in unseren Augen nicht die geringste Entschuldigung für die Kette von Handlungen des Verrats, des Wortbruchs, der heimtückischen Niedertracht, der feigen und frechen Gewalttätigkeit und der unverschämtesten Herausforderung liegt, als die sich das Verhalten der Polen gegen uns darstellt. Und da unsere durch den Friedensvertrag preisgegebenen Landsleute in den abgetretenen und bedrohten Gebieten auf das schwerste unter der polnischen Willkür und Nichtachtung der Verträge zu leiden haben, und in ihren heiligsten und unentbehrlichsten Rechten gekränkt sind, so kann von einer Abschwächung der gerechten Erbitterung, die in allen deutschen Reihen zusehends gegen Polen wächst, nicht die Rede sein. Auch die Ueberzeugung, daß eines Tages bei den Polen die Reue kommen muß, die Dinge so weit getrieben zu haben, kann daran nichts ändern.

Auf diesem trostlosen Untergrund gegenseitiger Haßgefühle soll nun trotzdem eine Lebens- und Verkehrsmöglichkeit hergestellt werden. Die Polen selbst erschweren sie, indem sie, von ihrem eigenen Standpunkt aus gesehen, aus den soeben geschilderten Gründen unzweckmäßig handeln. Unzweckmäßig um Polens selbst willen ist vor allem die unglaublich törichte, nahezu kindische Verhinderung und Erschwerung des Verkehrs durch Westpreußen — das sicherste Mittel, ihre eigenen Friedenserrungenschaften zu gefährden —, und nicht weniger die Absperrung des Landes von den Einblicken des Auslandes durch Verkehrserschwerungen und Verbot der Zeitungsausfuhr, Maßregeln von verblüffender Kurzsichtigkeit und ebenso viele unwiderlegbare Zeugnisse der eigenen Unsicherheit und Unfähigkeit. Aber man glaubt alles wagen zu können im Vertrauen auf die mächtige Hand der Entente und gestattet sich daraufhin Bequemlichkeiten.

Eine reine Freude hat jedoch auch Polen nicht an der Entente. Wenn es schon nicht immer ganz leicht ist, den Glauben an Frankreich zu bewahren, so weiß man mit England erst recht nicht, woran man ist. Engländer und Polen sind wie Wasser und Oel. Man kann sie natürlich durcheinandergießen, aber sie gehen doch nicht zueinander. An der zähflüssigen, fischblutigen angelsächsischen Art gleitet die bewegliche Verschlagenheit und wetterwendische Phantastik des Polen vollständig ab. Der Pole weiß, daß ihm England einen Lieblingsgedanken, auf den er sich gefreut hat wie ein Kind auf Weihnachten, verdorben hat, daß die polnische Kriegsflotte auf der Ostsee, mit Danzig als Kriegshafen, ein Traum bleiben wird. Offiziell handelt es sich zwar um den Gedanken der Entente, in dem sich die Interessen der alliierten Mächte und der

Digitized by Google

Polens angeblich begegnen sollen: man müsse die Beziehungen Deutschlands zu Rußland überwachen. Aber das ist doch nur der Vorwand für das Interesse Englands, einen Stützpunkt in der Ostsee zu gewinnen, und daran liegt Polen gar nichts. England glaubte einst nach der Vernichtung der dänischen Seemacht durch den bloßen Besitz von Helgoland das Aufkommen einer deutschen Kriegsmacht zur See an Stelle der dänischen verhindern zu können, ohne sich dabei in Unkosten zu stürzen. Das war ein Irrtum. Die Ostsee wurde die Wiege der jungen deutschen Flotte, und Rußland gewährte Preußen dabei Rückendeckung. Nun will das vorsichtig gewordene England von Danzig aus die Ostsee beherrschen und dabei Deutschland und Rußland überwachen, wobei — zur Verminderung des Risikos — diese Tätigkeit in der Form eines interalliierten Mandats ausgeübt wird. Das ist ungefähr das Gegenteil der polnischen Wünsche und ein starker Dämpfer für den polnischen Größenwahn, der nun einen Ausgleich sucht für das der Freundschaft der Entente gebrachte Opfer und ihn in Oberschlesien gefunden zu haben glaubt. Hier hat Polen weniger mit dem ihm höchst unbehaglichen Engländer, als mit dem französischen Freunde zu tun, dessen egoistische Pläne nicht so brutal hervortreten, und der dafür mehr Verständnis hat für die Freude, an dem unterlegenen Gegner sadistische Bosheit und Rachedurst auslassen zu können. Trotzdem steigert die Unsicherheit, ob es wirklich zur Erfüllung der polnischen Wünsche kommt, die Nervosität der Polen, die sich nicht genug tun können, um mit allen Mitteln, auch unter gänzlicher Nichtachtung aller Verträge und Abmachungen, die Lösung der Frage in ihrem Sinne zu betreiben.

So scheint alles darauf hinzudrängen, die alte Feindschaft zwischen Deutschen und Polen bis zur äußersten Unversöhnlichkeit zu steigern. Und doch muß Polen eines Tages trotz aller dieser Hindernisse, einfach durch die Fragen seiner wirtschaftlichen Existenz, zu der Einsicht kommen, daß es auf diesem Wege seine eigene Lebensmöglichkeit untergräbt und in Wahrheit nur in gutem Einvernehmen mit dem deutschen Nachbar bestehen und gedeihen kann. Sollte diese Erkenntnis in einem begabten Volke wie die Polen nicht schon längst aufgedämmert sein? Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, und die — allerdings jetzt spärlichen — Berichte erfahrener, guter Beobachter aus Warschau, dem politischen Mittelpunkt des neuen Staates bestätigen, daß die Stimme der Vernunft in Polen nicht so ganz ausgeschaltet ist, wie die Eindrücke, die wir von hier aus erhalten, es scheinen lassen. Zurzeit freilich ist diese Stimme noch übertönt von dem lauten Geschrei derer, die — sei es in der Presse, sei es sonst im öffentlichen Leben — das Volk und die Organe des Staates zu Unbesonnenheiten aufhetzen. Es gibt leider in dem unfertigen und unbeholfenen und dabei doch so selbstbewußten und geltungshungrigen

Digitized by Google

Gemeinwesen zu viele, die von diesem Hetzgeschäft leben. Daß es übrigens an Kritik dieser Radau- und Uebermutsstimmung und mindestens an verständigen Mahnungen auch in der Presse nicht ganz fehlen mag, scheint mir aus der ängstlichen Sorge hervorzugehen, mit der die polnische Regierung zu verhindern sucht, daß polnische Zeitungen in Deutschland gelesen werden. Sie passieren nur unregelmäßig und auf nicht legitimen Wege die Grenze.

Das verrät zugleich die Unsicherheit und die Scham der polnischen Regierung über die den nationalen Hoffnungen wenig entsprechende Entwicklung der Dinge in Polen. Die Erfahrung und Kenntnis der mit der Verwaltung betrauten Personen reicht schon für normale Zeiten nicht aus, geschweige denn für die gegenwärtigen Zustände, in denen sich die Folgen des Krieges im eigenen Lande, der Revolution in den Nachbarländern und der allgemeinen wirtschaftlichen Not in Europa geltend machen. Man würde so sehr gern die Hilfe des ausgezeichnet geschulten deutschen Elements oder der ehemals preußischen Polen in Anspruch nehmen, aber man fürchtet sich vor den übernationalen Schreiern im Lande, und die erforderliche „Zivilcourage" dieser Art ist in Polen ebenso rar wie in Frankreich. Angst und schlechtes Gewissen Deutschland gegenüber, sowie die Sucht, der Entente gegenüber recht viel deutschfeindlichen Eifer an den Tag zu legen, tun gleichfalls das ihrige.

Bis eines Tages der Zwang der wirtschaftlichen Erfordernisse die Leutchen dennoch zur Vernunft bringen wird, indem er sie vor die Wahl stellt, sich entweder zu ruinieren oder mit Deutschland zu verständigen! Bei allem Aufflackernden und Impulsiven im Wesen ist der Pole doch kein schlechter Rechner und weiß ganz genau, wie er es anfangen muß, um seiner sehr reellen und ganz unsentimentalen Freude am Lebensgenuß zu ihrem Rechte zu verhelfen. Den Glauben an die Legende von der „polnischen Wirtschaft" sollten diejenigen unter unseren deutschen Landsleuten, die ihn noch hegen, endlich einmal aufgeben. Was damit gemeint ist, bedeutet eine allerdings den deutschen Geschmack und die deutschen Gewohnheiten stark berührende Aeußerlichkeit, die einstmals unter ganz anderen Verhältnissen und Voraussetzungen wohl die Bedeutung gehabt haben mag, die man ihr bei uns zuschreibt, die aber jetzt in der polnischen Volkswirtschaft bei den erwerbstätigen Kreisen des polnischen Volkes keine Rolle spielt. Und diese sehr gut rechnenden Kreise müssen einmal trotz aller Feindseligkeiten der Gesinnung aus praktischen Rücksichten auf die Möglichkeit, Geschäfte zu machen, über kurz oder lang an unsere Seite treten.

Es ist natürlich schwer, etwas Bestimmteres darüber zu sagen, so lange unsere eigenen Zustände und unser Verhältnis zu den bisherigen Kriegsgegnern von jeder Uebersichtlichkeit und Berechenbarkeit fern sind. Das

Digitized by Google

gilt besonders auch in bezug auf die Gefahr einer neuen Umwälzung. Die polnische Gesellschaft fühlt sich noch erheblich stärker vom Bolschewismus bedroht als wir. Man muß sich freilich auch da vor Uebertreibungen hüten. So leicht vom Bolschewismus zu überrennen, wie manche sich dies vorstellen, ist Polen nicht. Polen ist kein dünn bevölkertes Land — auch dieser Einbildung begegnet man bei uns merkwürdigerweise oft! —, es verfügt über eine kräftige, vom Kriege nicht allzu stark berührte Landbevölkerung, und der polnische Bauer besitzt nicht die melancholische Duldernatur des Russen. Der Pole ist, allerdings unter der Voraussetzung guter Führung, ein guter Soldat und — wiederum im Gegensatz zum Russen — gern Soldat. Dabei möchte ich mich andererseits noch jedes Urteils enthalten über die letzten Vorgänge in der Ukraina und den polnischen Vorstoß dorthin. Doch dürfte die einfache Folge dieser Politik an der polnischen Ostgrenze jedenfalls darin bestehen, daß die polnische Regierung eine Fortdauer des jetzigen Verhältnisses zu Deutschland oder gar eine weitere Verschlechterung nicht ins Auge fassen darf, ohne Polen in eine unmögliche Lage zu bringen.

Ueber eine fernere Zukunft zu sprechen, ist noch zu früh. Vieles hängt auch davon ab, ob und wann bei uns in Deutschland klare Verhältnisse eintreten. Noch mehr wird die Haltung des Deutschtums in Polen selbst für alles weitere bestimmend sein. Wir haben alle Ursache, trotz schwerer Sünden, die von unserer Regierung und ihren Organen an unseren preisgegebenen Landsleuten begangen worden sind, auf die Festigkeit und Einigkeit der Deutschen in Polen zu rechnen. Wie stark das die Polen selbst empfinden, geht daraus hervor, daß sie sich gegen diese vermeintliche Gefahr in ihrer Kopflosigkeit und Kurzsichtigkeit nicht anders zu helfen wissen, als durch Gewalttätigkeiten und das ihnen leider immer zunächstliegende und gewohnte Mittel des Rechts- und Wortbruchs. Das ist, ganz objektiv und leidenschaftslos betrachtet, eine Torheit sondergleichen. Denn dadurch bekommt unsere Regierung ein starkes Druckmittel in die Hand, das sie hoffentlich in Anbetracht der tatsächlichen wirtschaftlichen Abhängigkeit Polens vom Deutschtum gehörig auszunutzen verstehen wird. Auch unsere öffentliche Meinung in Deutschland selbst kann viel zur Unterstützung tun. Sie brauchte ihrer Entrüstung über freche Herausforderungen durchaus nicht die Zügel anzulegen, die man vielfach beobachten kann. Denn der Pole muß das Gefühl haben, daß man ihm fest entgegentritt, sonst findet er selbst nirgends eine Grenze. Eine gewisse Linie müßte aber auch die deutsche öffentliche Meinung innehalten, und gerade diese wird am häufigsten überschritten. Statt den polnischen Staat kräftig und entschieden in die Schranken seines wirklichen Rechtes zurückzuweisen, ergeht man sich gewöhnlich in Ausdrücken schärfster Kritik an den Tatsachen, die zur Wiederauferstehung dieses Staates geführt

Digitized by Google

haben, und spricht die Hoffnung aus, daß Polen überhaupt bald wieder verschwinden werde. Das sollte man lieber unterlassen. Denn es gehört zu den politisch übelwirkenden Aeußerungen, die, den Boden des Rechts und der Klugheit verlassend, in dem seines Unrechts wohlbewußten Gegner erst das Gefühl erwecken, trotzdem recht zu haben. Hier ist also der Punkt, wo Maß zu halten ist.

Pilsudski und Petljura

Von Axel Schmidt

Will man die neueste Wendung der ukrainischen Politik verstehen, so muß man von der Zeit ausgehen, wo das deutsche Militär in der Ukraine den Hetmann Skoropadski erfand. Den siegreichen Generalen, aber auch dem konservativen deutschen Beamtentum war das demokratische Gebaren in der Rada von Herzen zuwider, und sie schufen nach bewährtem Muster eine „monarchische Spitze" in einem Lande, das nur demokratisch regiert werden konnte. War doch durch die Polen- und später durch die russische Zarenzeit die alte ukrainische Oberschicht so gut wie restlos aufgesogen worden, und erst seit der Bauernbefreiung unter Alexander II. hatte sich wieder langsam eine ukrainische Oberschicht zu bilden begonnen. Diese Ansätze mußte natürlich Deutschland, wollte es eine ukrainische Politik treiben, pflegen; vor allem mußte das Rückgrat des ukrainischen Staates, das Bauerntum, durch eine breitwürfige Agrarreform gestärkt werden; denn eine Aufteilung des Großgrundbesitzes, das wurde deutscherseits ganz übersehen, besaß nicht nur eine soziale, sondern auch eine nationale Seite. Man hätte durch eine Aufteilung des Großgrundbesitzes den großrussischen und polnischen Einfluß unterbinden und den ukrainischen stärken können. Die Ausrufung eines zarischen Generals zum Hetmann, der selbst einer der größten Großgrundbesitzer in der Ukraine war, stärkte natürlich den Einfluß der ukrainerfeindlichen Oberschicht; dazu kam, daß das von ihm gebildete kadettische Kabinett, das aus Großrussen und Polen bestand, letzten Endes nur ein Ziel verfolgte, keine Maßnahmen zu treffen, die einer Wiedervereinigung mit dem vom Bolschewismus befreiten Rußland hätten hinderlich sein können. Damit nicht genug, betrieb das Kabinett die Bildung eines ukrainischen Heeres äußerst lässig, statt dessen warb es unter den vor dem Bolschewismus geflohenen großrussischen Offizieren dem Hetmann eine Leibgarde. Den Deutschen wurde die Notwendigkeit einer solchen Maßnahme damit begründet, daß das ukrainische Landvolk allzu bolschewistisch verseucht sei, um jetzt schon zur Bildung eines Heeres schreiten zu können. Die nationalgesinnten Ukrainer warnten immer wieder, aber sie bekamen als radikale

Digitized by Google

Demokraten gegenüber den polnischen und großrussischen Konservativen kein Gehör. Nicht einmal der Umfall des Hetmanns beim deutschen Zusammenbruch und seine reuige Rückkehr ins moskowitische Lager ließ unsere Militärmacht ihren Fehler einsehen. Als nämlich die nationalukrainische Erhebung unter Petljura sich gegen den „Verräter" Skoropadski wandte, ließen die deutschen Machthaber ihre Soldaten gegen die Nationalukrainer, die uns ins Land gebeten, und mit denen wir in Brest-Litowsk ein Bündnis (nicht mit Skoropadski, der damals noch nicht Hetmann war) geschlossen hatten, marschieren. Diese geradezu groteske Politik hat uns natürlich viel bei den Ukrainern geschadet.

Nur zu bald mußten die deutschen Truppen aus der Ukraine fort, Die Erbitterung über unser Eintreten für Skoropadski rief dann die vielfachen unliebsamen Zusammenstöße mit den ukrainischen Truppen hervor. Hätten wir ein klares Bild von der politischen Entwicklung im Osten gehabt, so wäre natürlich das einzig Kluge gewesen, die Waffen und Munition, die wir nicht mitnehmen konnten, Petljura zu verkaufen. Wir hätten uns damit Freunde bei den Ukrainern machen können, und die Ukrainer hätten Waffen gegen die Bolschewisten und Polen erhalten. Auf diese Weise hätten wir, zum Teil wenigstens, den Fehler gutmachen können, während unseres Aufenthalts in der Ukraine, nicht, für die Bildung eines Heeres gesorgt zu haben. Trotz dieser schweren Mißgriffe hielt noch ein großer Teil der Ukrainer zu Deutschland. Sie fühlten, daß die Entente stets für Polen eintreten werde, das auf ukrainische Gebiete (Ostgalizien, Cholmland, Podolien und Wolhynien) mit gierigen Augen schaute. Es kam dazu, daß Frankreichs Verhalten in Odessa die deutschen Mißgriffe vergessen machte. Die Franzosen verscherzten sich alle Sympathien bei den Ukrainern, weil sie sie nach anfänglicher Anerkennung beim Vormarsch der Bolschewisten nicht nur im Stiche ließen, sondern, als ihre Flotte vor Odessa meuterte, bei der schleunigst erfolgten Einschiffung der französischen Truppen alle Tanks zurückließen, die den Bolschewisten, sehr zum Schaden der ukrainischen Sache, in die Hände fielen.

Die Ukrainer begannen bald darauf ihre Offensive gegen Polen in Ostgalizien, die anfänglich großen Erfolg aufwies, bis die modern ausgerüsteten Hallertruppen den Vorstoß der Ukraine nicht nur zum Stehen brachten, sondern den Kampf zu ihren Gunsten entschieden. Weder hierbei, noch bei dem späteren Vorstoß der Großrussen unter Denikin fanden die Ukrainer irgendwelches Entgegenkommen bei Deutschland. Weder Waffen wurden ihnen verkauft, noch militärischen Instruktoren wurde die Ausreiseerlaubnis erteilt, worum Petljura gebeten hatte; vielmehr wurde Denikin von der deutschen Politik immer offener auf den Schild erhoben, und das Depot der ukrainischen Regierung von mehreren hundert Millionen Mark gesperrt. Hätten wir nur die Hälfte des Eifers gezeigt, den wir

Digitized by Google

später beim wahnsinnigen Bermont-Awalow-Abenteuer bewiesen, so hätten damals schon die Ukrainer mit den Bolschewisten abrechnen können. Ohne irgendwelche Hilfe gelassen, gerieten die ukrainischen Truppen, denen besonders Medikamente gegen die furchtbaren Seuchen fehlten, in Gefahr, zwischen Haller, Denikin und Trotzki zerrieben zu werden. Petljura blieb nichts übrig, als seine Truppen so gut wie aufzulösen, und sich ganz auf den Bauernaufstand zu verlegen. In der Tat gelang es ihm, die Denikinsche Etappe völlig zu zermürben und diesen panslawischen General, der es vorzog, gegen die ukrainische Sprache und Kultur zu Felde zu ziehen, statt den Bolschewismus zu besiegen, aus dem Lande zu verjagen.

Jetzt war für die Ukraine die Entscheidung gekommen. Sollte sie mit dem Bolschewismus die Polen zu vertreiben versuchen, oder mit den Polen die Bolschewisten verjagen. Die alte Schicksalsfrage der Ukraine, mit Polen oder mit Moskau, war wieder in ihrer ganzen Schwere aufgetaucht. Ein Teil der Ukrainer, wie Winitschenko, schlossen sich den Bolschewisten an und sah in der Räterepublik das Heil. Anders Petljura. Er verlegte seinen Aufenthalt nach Warschau und verhandelte dort mit den Polen wegen einer gemeinsamen Offensive. Noch im März waren die Polen diesem Plane wenig geneigt. Jetzt haben sie ihm aber zugestimmt. Nicht aus Liebe zur Ukraine, sondern weil Pilsudski befürchtete, daß ein längeres untätiges Stehenlassen der polnischen Truppen dem roten Heere gegenüber es zersetzen würde. Dazu hat er sich natürlich für die Hilfe von Petljura schwere Landkonzessionen zahlen lassen (Ostgalizien, Cholmland und Westwolhynien). Als Gegenleistung ist den Ukrainern erstens die Anerkennung ihrer Selbständigkeit und zweitens der Verzicht auf die Grenze von 1772 zugesagt worden. Die polnische Oeffentlichkeit hatte ja die Forderung aufgestellt, daß die Entente Polen in den Grenzen vor der ersten Teilung wiederherzustellen habe. Das würde aber die ganze Westukraine bis zum Dnjepr bedeutet haben. Demgegenüber ist die jetzige Grenze (Fluß Sbrucz) viel gemäßigter. Ueber die Politik Petljuras klärt gut folgendes Interview des ukrainischen Gesandten in Berlin, M. Porsch, das in der „N. B. Z." vom 5. Mai veröffentlicht wurde, auf.

Ist diese gemeinsame Offensive eine Ueberraschung für die hiesigen politisch informierten Kreise der Ukraine oder wurde sie erwartet?

Der Gesandte: Der gemeinsame Vormarsch der großukrainischen, galizischen und polnischen Truppen gegen die Sowjettruppen in der Ukraine ist das Resultat langer und sorgfältiger Verhandlungen zwischen der ukrainischen Direktorialregierung Petljuras und der polnischen Regierung, die in einem Vertrage niedergelegt sind.

Sichert dieser Vertrag der Ukraine die nationale Selbständigkeit?

Der Gesandte: Die Sicherung der nationalen Selbständigkeit der Ukraine ist der wichtigste Punkt des Vertrages mit Polen. Er bedeutet in dieser Be-

Digitized by Google

ziehung zugleich eine völlige Aenderung der bisherigen polnischen Außenpolitik. Polen hat noch in dem Friedensangebot an Rußland für die Begrenzung seines Territoriums die Grenzen des polnischen Reiches von 1772 gefordert. Das ist jetzt zum mindesten, was die Ukraine anbetrifft, nach diesem Vertrage völlig geändert. Die östliche, südliche und nördliche Grenze der Ukraine werden durch Verhandlungen mit den Nachbarvölkern festgestellt werden.

Und im Westen?

Der Gesandte: Deutschland hat ein wirtschaftliches Loch im Westen. Wir haben uns ein politisches Loch nach dem Westen geschaffen. Wir haben uns als Realpolitiker dazu verstehen müssen, einige galizische Gebiete, die unbedingt ukrainischer Nationalität sind, den Polen zu überlassen. Wir gewinnen dafür aber die politische Selbständigkeit der Ukraine und die Möglichkeit, unser Land nach der endlosen Kriegszeit wirtschaftlich, sozial und politisch aufzubauen. Im übrigen bleibt abzuwarten, ob die Entente ihren Versailler Standpunkt einer Volksabstimmung in Galizien aufgeben oder ob sie darauf bestehen wird.

Welchen Erfolg versprechen Sie sich von dieser neuen Offensive?

Der Gesandte: Man muß wissen, daß die erste bolschewistische Herrschaft in der Ukraine ebenso wie die Herrschaft Denikins am Widerstande der ukrainischen Bauern gescheitert ist. Auch heute erstreckt sich die Herrschaft der Bolschewisten lediglich auf einzelne große Städte. Ihre Truppenmacht ist klein. Die Offensive wird durch diese Umstände sehr erleichtert. Außer unsern großukrainischen und galizischen Truppen, die sich den Polen angeschlossen haben, befinden sich etwa 30 000 Mann westlich von Odessa. Diese Truppen waren aus taktischen Gründen zur Roten Armee übergegangen und haben sich jetzt unserer Offensive angeschlossen. Da sich außerdem auch noch im Norden von Odessa großukrainische und galizische Truppen befinden, so erwarten wir in wenigen Tagen die Eroberung Odessas durch unsere Truppen. Kiew ist bereits seit dem 1. Mai in unseren Händen, wie selbst amtliche deutsche Stellen mir bestätigt haben.

Es ist mir bekannt, daß das Nationalbewußtsein der ukrainischen Bauern sich bisher gegen jede Fremdherrschaft, sowohl die der russischen Bolschewisten als des Zarengenerals Denikin, aufgelehnt hat. Wie wird diesmal die ukrainische Bevölkerung den Einmarsch polnischer Truppen aufnehmen?

Der Gesandte: Dies ist in der Tat kein einfaches Problem. Zwar sind im Vertrage dafür sorgfältige Sicherungen vorgesehen. In jeder Stadt muß ukrainische Zivilverwaltung eingerichtet werden. Die Polen dürfen keinerlei Eisenbahnmaterial fortführen. Alles erbeutete Material bleibt im Besitz der Ukraine. Aber trotz alledem wird es in der Tat davon abhängen, wie die Polen sich im Lande verhalten und ob sie das Nationalbewußtsein des ukrainischen Volkes auch praktisch genügend anzuerkennen, die religiösen, nationalen und demokratischen Gefühle des ukrainischen Bauern zu berücksichtigen wissen. Es ist möglich, daß der Verzicht auf galizische Gebiete der Regierung Petljuras eine gewisse politische Gegnerschaft eintragen wird. Aber auch hier ist zu beachten, daß die Polen zugesichert haben, den Ukrainern, die unter polnische Herrschaft geraten, dieselbe Gleichberechtigung zu geben, wie die Ukraine sie den Polen in ihrem Gebiete gewähren wird. Da die ukrainische Regierung allen Volksstämmen volle kulturelle und personelle Autonomie durch Gesetz bereits zugesichert hat, so werden auch die Ukrainer in Polen sie genießen. Was nun die innerpolitischen Verhältnisse selber anlangt, so hat Petljura bereits einen Aufruf erlassen, in dem er erklärt, daß er sofort nach Befreiung

Digitized by Google

des größten Teils der Ukraine die Einberufung einer Konstituante vornehmen wird, die dann die neue Regierung bilden soll. Die aus diesem Volkswillen geborene neue Regierung wird dann über die zukünftige innere und äußere Politik der Ukraine selbständiger zu entscheiden haben.

Haben Sie irgendwelche Anzeichen dafür, daß die Entente mit diesem neuen Vorgehen gegen Sowjetrußland einverstanden ist?

Der Gesandte: Ich setze voraus, daß die ukrainische und polnische Regierung eine so bedeutsame politische Aktion nicht ohne Wissen und Willen der Entente unternehmen werden.

Bedeutet das, daß das ganze Unternehmen von größerer Tragweite und von höherer politischer Bedeutung als nur der national-ukrainischen ist?

Der Gesandte: Wir persönlich haben ein rein national-ukrainisches Interesse bei diesem Vormarsch im Auge. Der Wert des Vertrages mit Polen liegt außer dem Erfolg des Vormarsches für uns darin, daß die Entente das Unternehmen billigt, denn das bedeutet de facto die Anerkennung der ukrainischen Selbständigkeit und der Direktorialregierung Petljuras durch die Entente. Ob die Entente und Polen in ihrem Auftrage weitergehende Ziele und politische Absichten gegenüber Sowjetrußland verfolgen, darüber mich zu äußern, bin ich nicht befugt. Tatsache ist allerdings, daß auch mir in letzter Zeit Nachrichten übermittelt worden sind, die darauf schließen lassen, daß die Entente kein Interesse am Zustandekommen der Friedensverhandlungen zwischen Polen und Sowjetrußland hat, daß sie im Gegenteil durchaus andere Pläne hegt, in denen der Vormarsch in die Ukraine vielleicht ein nicht unerhebliches Moment darstellt. Doch das sind Pläne und politische Bestrebungen, mit denen wir den nationalen Charakter unserer Bewegung nicht belastet wissen wollen.

Sollen diese Ausführungen bedeuten, daß die Entente etwa mit Hilfe der Polen und vielleicht gar ungarischer, rumänischer und serbischer Truppen, ja vielleicht mit Unterstützung gewisser deutscher Militärs unter Wiederholung eines Baltikum-Unternehmens einen neuen Offensivstoß gegen die Sowjetregierung unternehmen will?

Der Gesandte schweigt, erklärt aber beim Abschied: Wir sind Demokraten und haben ein Interesse an der Demokratisierung Osteuropas. Wir stehen deshalb auch allen reaktionären Bestrebungen fern.

Die deutsche Presse hat das Abkommen Pilsudskis und Petljuras sehr unfreundlich aufgenommen, ohne zu erkennen, daß die Ukraine sich in einer Zwangslage befand, in die sie nicht zuletzt durch unsere Politik gebracht worden ist. Jedoch noch heutzutage wäre es Zeit, zu unserer in Brest-Litowsk begonnenen Ukrainerpolitik zurückzukehren. Aber trotz der Niederlage von Denikin hält man noch immer an dem Gedanken fest, daß über kurz oder lang wieder ein Großrußland vom Weißen bis zum Schwarzen Meer, von der Ostsee bis zum Japanischen entstehen werde. Indem man diesem Phantome nachjagt, an dem sogar russische Emigrantenkreise zu zweifeln beginnen, übersieht man, daß inzwischen in der Entente immer energischere Stimmen laut werden, die Ukraine anzuerkennen. Das ist auch der Grund, weswegen man in Deutschland immer wieder es unterläßt, Fäden zur Ukraine anzuspinnen. Augenblicklich konzertiert zum Beispiel in Berlin mit großem Erfolge der nationalukrainische Chor. Zum ersten Konzert waren an viele offizielle Persönlichkeiten Ein-

Digitized by Google

ladungen erfolgt. Es waren auch eine Reihe von Ministern und Abgeordneten erschienen, nur das Auswärtige Amt hatte nicht den jüngsten Legationssekretär geschickt. In Paris und London, wo der Chor gleichfalls konzertiert hat, war das anders. Dort hat die Diplomatie dem Besuche des Staatschores durchaus ihre Aufmerksamkeit geschenkt. Oder soll ich von der Antwort erzählen, die ein Vertreter einer Behörde gab, als der ukrainische Chor in liebenswürdiger Weise sich erbot, einen Abend zum Besten der deutschen Gefangenen in Rußland zu geben? Schließlich muß in diesem Zusammenhange noch daran erinnert werden, daß die offiziöse „Deutsche Allgemeine Zeitung" gerade in den Tagen, als zum erstenmal ukrainische offizielle Vertreter nach San Remo berufen wurden, um zusammen mit den Polen die neue Ostpolitik zu besprechen, einen Aufsatz veröffentlichte, worin der Sturz der Petljura-Regierung mitgeteilt wurde. Diese, von einem entlassenen ukrainischen Beamten stammende Falschmeldung, gegen den bei deutschen Gerichten bereits Klage erhoben war, wurde nicht dementiert, was natürlich in der ukrainischen Oeffentlichkeit den Eindruck hervorrief, als ob die deutsche Regierung den ukrainischen Verhandlungen in San Remo einen Stein in den Weg rollen wollte. Doch genug der Unfreundlichkeiten, die nur erzählt sind, um die deutsche Oeffentlichkeit damit bekannt zu machen, wie unsere auswärtige Politik in bezug auf die Ukraine orientiert ist.

Niemand in der Ukraine ist von der Polenpolitik Petljuras entzückt. Allgemein schmerzt es, daß man die Unabhängigkeit der Ukraine so teuer mit Land und Menschen bezahlen mußte. Trotzdem haben sich selbst die rechten ukrainischen Parteien, die bisher Petljura aufs leidenschaftlichste bekämpften, mit geringen Ausnahmen hinter ihn gestellt, weil sie fühlen, daß es keinen andern Ausweg gab. Zudem hat Petljura im Vertrag ausdrücklich nur sein „Desinteressement an den ukrainischen Ländern", die er abtritt, erklärt. Ueber diese Fassung ist denn auch die nationaldemokratische Presse in Polen sehr empört, weil sie nicht mit Unrecht darin die Anmeldung späterer Rechtsansprüche wittert, weil diese Gebiete speziell als „ukrainische" bezeichnet sind. Daher ist auch in Polen die Opposition gegen Pilsudski groß. Der Rechten (Nationaldemokraten), die für ein Polen von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer schwärmt, ist die Anerkennung der Ukraine überhaupt ein Aergernis. Sie wollte lieber die Gebiete bis zum Dnjeper an sich reißen, und den Rest Rußland überlassen, um dessen Stoßkraft durch ukrainische Bauernaufstände im Gebiete jenseits des Dnjepers lahmzulegen. Die polnische Linke dagegen ist gegen den neuen Krieg. Sie ist zwar ukrainerfreundlich gesinnt, aber sie will sich deswegen nicht mit Räterußland verfeinden. Pilsudski, der Vater dieses Planes, glaubt aber nicht nur wegen der bolschewistischen Verseuchung den Vorstoß unternehmen zu müssen, son-

Digitized by Google

dern auch, die Ukraine als Pufferstaat zwischen Polen und Rußland nicht missen zu können, weil sonst der Druck eines großen Rußland zu schwer ins Gewicht fallen würde, um so mehr, als Litauen und Weißruthenien in schärfster Opposition zu Polen verharren.

Die polnisch-ukrainische Verbindung ist nur eine Episode, und es ist nicht undenkbar, daß Pilsudski und Petljura beide ihr Ende politisch nicht überleben werden. Aber auch dann werden sie das Gefühl haben, jeder im Interesse seines Landes gehandelt zu haben, Pilsudski, weil er den polnischen Staat durch die Teilung Rußlands in seine beiden natürlichen Hälften, Moskowien und Ukraine, von dem übermäßigen Druck im Osten befreit hat, und Petljura, weil ohne die polnische Hilfe weder die Anerkenntnis der Entente, noch die Beseitigung des Bolschewismus zu erlangen gewesen wäre.

Problematik der Koalition

Von Dr. Theodor Heuß

Bei dem parlamentarischen Frühschoppen, der am 9. Mai im Himmel stattfand, trat der alte Kardorff zu dem etwas überraschten Eugen Richter, klopfte ihm auf die Schulter und wies ihn unten auf eine wimmelnde Versammlung in Berlin: „Na, das hätten wir auch nie geträumt, Ihr Sohn und mein Sohn an einem Tisch — was sagen Sie nun?“ Richter fand sich nicht gleich zurecht und brummte knurrend: „Mein Sohn? Habe keinen.“ „Weiß schon, aber der Wiemer lief doch sozusagen als Ihr Testamentsvollstrecker herum, und wenn ich recht höre, sind Sie auch heute sein Kronzeuge.“ — „Was kann man für seine Erben?“ Richter sah jetzt angestrengt nach unten: „Ich muß gestehen, es ist mir nicht ganz klar, wie die Zwei zusammenkommen. Von uns gelernt haben sie das nicht. Aber der Dritte, der bei ihnen sitzt, gefällt mir nicht. Hat ein etwas fatales Gesicht.“ „Lassen Sie nur, Kollege, der Mann ist tüchtig. Nicht Ihr Genre, weiß, Sie sind immer so gräßlich für Grundsätze gewesen. Damit beschwert sich der Doktor Stresemann nicht. Der will immer was werden und dabei sein. Das ist so der Typ, der nach uns kam.“ „Mir scheint, Ihr Junger gehört auch dazu!“ „Warum nicht, die Leute sollen sich regen. Wenn sie in ihrer Partei nicht hochkommen, suchen sie sich halt eine andere. Der Stresemann hält jedem die Leiter, der gerne klettert.“ „So? Vielleicht haben Sie recht. Parteien sind jetzt Klettervorrichtungen. Zu unserer Zeit sind sie wohl etwas anderes gewesen.“ „Lieber Kollege, ich glaube, Sie haben vergessen, daß Sie schon zu Ihrer Zeit unmodern gewesen sind.“ Richter wollte eben etwas Unliebenswürdiges über die Nationalliberalen sagen, aber da Bennigsen in der Nähe stand, unterdrückte er es. Auch dieser schien einigermaßen

Digitized by Google

unsicher, was er mit dem Reden da unten anfangen sollte. Richter faßte ihn am Arm: „Den haben Sie eigentlich doch nicht verdient!" Bennigsen, der nicht recht wußte, ob dies Grobheit oder Schmeichelei sein sollte, antwortete mit einem etwas verlorenen Lächeln.

*

Das deutsche Parteiwesen ist in einem eigentümlichen Zustand. Solange die Parteien Willensgebilde waren, die sozusagen bloß à la suite der Staatsgeschichte standen, hatten sie einen gewissen petrefakten Charakter, der durch Jahrzehnte die großen Gruppen beisammenhielt; nur die Geschichte des linksgerichteten Liberalismus und die kleinen Versuche, antisemitische Eigenkörper neben den Konservativen zu entwickeln, kennen Wechsel, Sammlung, Splitterung. Als die Parteien, durch das Schwergewicht der politischen Stunde und dann, wenn auch anonym, durch die Verfassung in den Mittelpunkt der Staatslenkung, vor die Aufgabe der Regierungsbildung, geführt waren, schien es eine Zeitlang, als ob Lockerungen eintreten wollten. Denn das parlamentarische Regiment bedarf der Unterlage von großen Einheiten, deren Eigenheit weniger dogmatische Geschlossenheit als vielmehr, mit einer Duldung der persönlichen Nuancen, die Erschaffung einer politischen Tradition ausmacht. Nicht beim Programm, sondern bei der Erprobung der Praxis mußte der Schlüssel der politischen Wirkung liegen. Aber offenbar befinden wir uns noch durchaus in dem status nascendi. Es ist nicht leicht, den deklamatorischen Charakter der Vergangenheit auszulöschen. Geschichte, vor allem solche, die in Menschen geprägt ist, wirkt nach.

Unsere politische Lage im Parlament ist dadurch nun besonders gefärbt, daß das System der Koalition zwangsläufig wurde. Literaten und Romantiker mögen darüber die beweglichsten Klagen niederschreiben und die Parteien beschwören, daß sie zugunsten eines Diktators, eines Triumvirats auf Recht und Anspruch verzichten sollen — derlei verkennt die Eigengesetzlichkeit des politischen Machtkörpers und seiner moralisch-sachlichen Bedeutung, Bindung der Volksmassen zu sein. Koalition heißt Kompromiß, heißt Verzicht auf Geste und klare Erfüllung, gibt zugleich Ausweg und Ausflucht, wenn Erwartungen enttäuscht wurden. Es ist ungeheuer bequem, die Mißerfolge oder die nichtgetanen Taten dem Koalitionsgenossen aufzubürden.

Das ist heute etwa weithin die agitatorische Methode der Rechtssozialisten, wenn sie sich mit links oder mit den Unzufriedenen der eigenen Reihen auseinandersetzen. Den Unabhängigen sagen sie: „Ihr, die ihr euch nach dem November 1918 solange gegen die allgemeinen Volkswahlen gesträubt habt, ihr seid die Schuldigen, daß der 19. Januar die sozialistische Mehrheit nicht brachte, die bei einem früheren Termin (sagen sie) sicher gewesen. Ihr habt uns gezwungen, mit bürgerlichen

Digitized by Google

Parteien zusammenzuarbeiten, und an dem Gegenwillen dieser, vor allem der Demokraten, ist die Vorbereitung oder Durchführung des praktischen Sozialismus zerschellt. Laßt uns", rufen sie, „jetzt für eine sozialistische Mehrheit sorgen und die Demokratie wird organisch zum Sozialismus führen, den euer Diktaturgerede nicht erzwingen kann." Heimlich haben sie, die so tapfer sprechen, erhebliche Angst vor solcher Mehrheit, denn was Sozialismus sei, ist zwischen den verschiedenen Gruppen, die mit rührender Treue auf Marx schwören, höchst problematisch geworden; heimlich sind sie dankbar, daß nicht fünf Vierteljahre sozialistischer Mehrheit hinter ihnen liegen. Denn die bürgerlichen Koalitionsparteien sind die spanische Wand, hinter der sie die sachliche Unbrauchbarkeit des marxistischen Sozialismus verstecken. Ihr Wahlglück war gewesen, nicht Mehrheit geworden zu sein — woher, nach fünfzig Jahren Theorie und Kritik, die Gedanken, woher die Menschen?

Der Koalitionsgedanke hat heute in Deutschland fast einen „konservativen" Inhalt. Das muß all denen fürchterlich nüchtern und philisterhaft im Ohr klingen, die „die Revolution vorwärtstreiben" wollen und aus der Initiative der politischen Strömungen fabelhafte Umgestaltungen erwarten. Die Koalition kann ihrer Natur nach solche Erwartungen nicht erfüllen; keine Koalition kann das. Sie ist gehalten, die einfachsten Lebensfragen des Staates zu ihrem Mittelpunkt zu machen: Schutz der demokratischen Verfassung und Aufrechterhaltung des staatlichen Betriebes. Ist das alles? Ach, es ist nicht wenig. Denn Deutschland kann nur leben, wenn gegen die genußsüchtig zersetzenden Gewalten der verschiedenen Parteien zur Rechten wie zur Linken der Staat als Wirklichkeit wie als Begriff gerettet werde.

Da das Leben von Deutschland, über dem die Firma der Koalitionsregierung steht, nun beim besten Willen kein Sonntagsvergnügen ist, setzt die Einsicht in ihre Notwendigkeit ein Stück Entsagung, ein Stück Verantwortungsgefühl voraus. Es ist in diesen Blättern öfter davon die Rede gewesen, in welche inneren Schwierigkeiten die Parteien der Koalition kommen mußten; sie durften von ihren Anhängern nicht Stimmung und mit ihr schon Zustimmung, sondern mußten politischen Verstand erwarten, und es ist selbstverständlich, daß sie nicht das Glück hatten, solchem überall zu begegnen. Der Wahlausfall am 6. Juni hat deshalb nicht den Sinn, den drei Mehrheitsparteien Vertrauen oder Mißtrauen auszusprechen. Ihre Politik ist gut und ihre Politik ist schlecht gewesen — sie war in den Druck der äußeren und inneren Feinde gefesselt. Der Wahlausfall hat den realistischen politischen Verstand der Deutschen zu erweisen: ob sie nach einem Wolkenkuckucksheim sich einschiffen oder den kärglichen, zerwühlten, aber doch teueren, greifbaren Boden ihrer Wirklichkeit festhalten und bestellen wollen.

*

Digitized by Google

Der Zwang zur Koalitionspolitik wird natürlich auch von den meisten derer begriffen, die aus der Kritik der Koalition ihre Nahrung ziehen wollen. Das ist das innerlich Unwahrhaftige in der gegenwärtigen Politik der Deutschen Volkspartei. Sie hat sich zum Salon des refusés gemacht, in dem sich allerhand Leute begegnen, die die Partei als eine Kletter-vorrichtung ansehen (wie Richter vorhin zum alten Kardorff sagte). Es wird so sein, daß die Parteien, die sie abgeben, den Verlust in den meisten Fällen verschmerzen können, denn sofern es sich nicht um aktive Parlamentarier handelt, waren es wohl Leute, die mit ihren öffentlichen Kundgebungen sich selber wichtiger nahmen als die Parteien bislang es getan hatten. Aber der Fall liegt nun nicht so, als ob es sich um eine einfache Eitelkeitspsychose handle. Denn die gleichen Leute, die mit soviel Abscheu von der Koalitionspolitik reden, wollen mit aller Macht in die Koalition hinein. Da es mit Kapp nicht ging (es war ein Versehen der voreiligen Bereitwilligkeit), will Stresemann es auch mit Ebert versuchen — er ist nämlich nicht so, daß er nicht auch .... Seine Reden, die von den Sünden der Mehrheitsparteien dick werden, verraten dem feineren Ohr die glühende Geneigtheit, Sünden zu vergeben, wenn er in die Koalition hineinkommt. Er streichelt so leichthin ein bißchen die Sozialisten, unter denen er höchst ehrenwerte Männer weiß; denn schon in der kaiserlichen Zeit hätte er mit völliger Unbefangenheit etwa Schippel zum Direktor des — Statistischen Amtes gemacht. Und so fort. Man muß ein bißchen lachen. Die Sozialdemokraten werden ungefähr wissen, was sie dazu meinen.

Was aber bei einer Würdigung der Koalitionsmöglichkeiten zu sagen ist, ist dies, daß die Deutsche Volkspartei die innerlich brüchigste Partei heute schon ist oder demnächst sein wird. Ihrer subjektiven Koalitionswilligkeit steht ihre objektive Unfähigkeit gegenüber, sofern man die politische Kraft einer Partei nach ihrer geistigen Atmosphäre beurteilt. Denn sie ist selber eine Koalition mit verzweifelten Gleichgewichtsproblemen. Werden die Rechtssozialdemokraten durch die Leidenschaft der U.S.P. zusammengezwungen, das Zentrum durch das konfessionelle Element, die Deutschnationalen durch das monarchistische Bekenntnis geeint, die Deutschdemokraten durch das nationale und soziale Vermächtnis von Friedrich Naumann zur geistigen Einheit gebunden, so versammeln sich um Stresemann die Taktiker aus vielerlei Himmelsrichtung. Die Traditionslosigkeit ist so groß, daß, greift man nur um zwei, drei Jahre zurück, Stellung zu Bethmann, zur Friedensfrage und Annexion, die tollste Sprachverwirrung herrschen muß, und da all dies keine abgetanen Sachen sind, sondern in der Tiefe weiterwirken, so ist stärkste Disharmonie zwangsläufig. Kardorff ist bei den Deutschnationalen mißliebig geworden wegen Reden über U-Bootkrieg, Amerika und ähnliches, die Stresemann, will

Digitized by Google

er eigene Vergangenheit nicht vergessen, tief verabscheuen muß. Und seine Eingeweide müssen ihm brennen, wenn er bei Wiemer zuhört, daß der Vater Richter, in seiner Verdammung eines bewehrten Imperialismus halt doch recht gehabt habe. Ein Klub von strebsamen Opportunisten ist psychologisch interessant (das braucht nicht für alle seine Glieder zuzutreffen), aber er reicht nicht aus, um in sachlicher Gemeinschaft die Unterlage einer Politik zu verstärken, die gesammelten Willen, geschlossene Weltanschauung in den Ausgleich der nationalen Strebungen weiterzugeben hat. In eine Koalition geht man nicht, um dabei zu sein; die Voraussetzung für ihre Gesamtheit ist ein einheitliches Grundbekenntnis, für ihre Glieder die Geschlossenheit eines eindeutigen und sachlichen Willens. Darin findet sie ihre natürlichen und notwendigen Grenzen, will sie nicht völlig ins Breite und Undurchsichtige zerfließen.

*

Die Alten im Himmel standen auf. Richter ärgerte sich darüber, daß man da unten jetzt mit einem neuen Schlagwort alle Dinge zu retten versprach, „Kammer der Arbeit" — er hatte aufmerksam zugehört, aber er sah nur, wie vieles in der Gesetzgebung und dem Staatshaushalt durcheinanderkommen würde, wie die wirtschaftlichen Interessen triumphieren müßten, und der Begriff des Staates und des Staatsbürgertums notleiden. Er war keineswegs entschlossen, etwas Neues hinzuzulernen; die „Vossische Zeitung" hatte er bereits vor längerer Zeit abbestellt.

Auch Kardorff war etwas umwölkt. Der Name lag ihm auf dem Gemüt: „Deutsche Volkspartei". So hießen doch seinerzeit diese schwäbischen Demokraten um den Payer herum; er hatte sich nie mit ihnen verstanden. Aber es waren immerhin Leute. Und es kam ihm etwas genant vor, daß die Ueberlieferung der Freikonservativen, die doch der Name Kardorff wie dynastisches Erbe trug, in einer immerhin schon geschichtlich belegten Benennung endigen sollte.

Doch als er das verdrossene Gesicht Richters sah, zuckte es um seinen klugen, sarkastischen Mund: „Sie, Kollege, Ihr Sohn Wiemer hat aber ein kräftiges Organ; man hat ihn am besten verstanden." „Ja, leider, und mich hat er um die nachträgliche Patenschaft für dem Stresemann seine Geschichten bemüht! Das hätt' er dem und sich und mir nicht antun dürfen!"

„Lieber Richter," meinte Bennigsen, „Sie sind jetzt schon fast ein Heiliger und können nichts machen, wenn man mit ihrem frommen Bild sogar bei den Nationalliberalen missioniert."

Aber der Alte winkte ab und guckte ziemlich unbehaglich über Bennigsens sanfte Ironie hinweg.

Digitized by Google

Reichswehr.

Von Oberstleutnant a. D. Boelcke

Ohne eine treue, schlagkräftige Truppe ist die Staatsgewalt jedem Ungefähr preisgegeben, sind Ruhe und Ordnung wesenlose Begriffe. Diese Lehre ergibt sich mit zwingender Gewalt aus den Ereignissen der letzten 1½ Jahre, insbesondere der trüben Märzwochen dieses Jahres. Die zweckmäßige Ausbildung der Reichswehr und die stete Fürsorge für sie ist also eine der wesentlichsten Aufgaben der Reichsleitung.

Der Soldat des alten Heeres war königstreu, der der Reichswehr soll verfassungstreu sein. Darin liegt ein gewaltiger Unterschied. Das persönliche Verhältnis, das jeden einzelnen an den obersten Kriegsherrn band, gab ihm in guten und bösen Tagen die untrügliche Richtschnur. Jetzt muß es durch Verantwortungsgefühl gegenüber dem deutschen Volk ersetzt werden. Das Volk wählt sich seine Regierung selbst, sie wird also wechseln. Gleichgültig aber, ob sie aus Männern — und vielleicht auch Frauen — der Rechten oder Linken besteht, oder schließlich doch wieder an einen Herrscher übergeht, die Wehrmacht hat ihr und damit dem Volkswillen blindlings zu gehorchen. Wollte sie nach Art der römischen Prätorianer selbst politische Entscheidungen treffen, dann hätten wir die zwei meistgenannten Dinge der letzten anderthalb Jahre: den Abgrund und das Chaos.

Es ist ein für die Allgemeinheit gefährlicher und auch sonst nicht recht würdiger Zustand, wenn jemand der Reichswehr angehört und gleichzeitig bereit ist, die verfassungsmäßige Regierung bei der ersten besten Gelegenheit beseitigen zu helfen. Keinem altgedienten Offizier und Unteroffizier kann man es verdenken, wenn er sein Herz an das Einst hängt und das Jetzt verwünscht. Besitzt er aber nicht soviel Einsicht, solche und andere Gefühlsregungen im Innersten zu verschließen und ihrer Ausstrahlung auf sein Handeln zu widerstehen, dann verlasse er so schnell wie möglich den Dienst. Nörgelnde, Widerborstige, Umsturzbereite zu entfernen und die Truppe in Treue und Pflichtgefühl zusammenzuschweißen, ist für die Generale und Stabsoffiziere der Reichswehr die Forderung des Tages. Gelingt das in allerkürzester Frist nicht, dann wehe dem Reiche. Der einzige Wall gegen die Mächte der Zersetzung und Finsternis im Innern und Osten sinkt dann dahin, finis Germaniae. Auf Hunderten von Schlachtfeldern haben deutsche und schweizer Männer im Mittelalter und bis in die große französische Revolution hinein Fremden Landsknechtstreue gehalten. Sollte gleiches heute nicht erst recht möglich sein, wo es sich um das eigene Vaterland handelt?

Selbstverständlich ist, daß das Reich als Gegenleistung seine Schutz-

Digitized by Google

truppe glänzend ausrüstet, versorgt und bezahlt. Hier knausern zu wollen, wäre wüste Verschwendung. Nur Zufriedene werden ihr Leben für eine ihnen gleichgültige oder unangenehme Regierung in die Schanze schlagen. Und Sorgenlose! Der Entlassene muß Versorgung finden. Das ist nicht so selbstverständlich, wie es scheinen mag, denn es gibt heute Arbeiterkreise genug, die keinen ehemaligen Reichswehrmann in ihrer Mitte dulden würden.

Das wären die Hauptforderungen für die allernächste Zeit. Auch die für eine weitere Zukunft wollen jetzt klar und fest ins Auge gefaßt werden. Von ihnen stelle ich die voran, daß die Reichswehr politischen Tagesströmungen entzogen werden muß. Das ist nur denkbar, wenn die Truppe ihr eigenes Leben führt und nicht mit der Bevölkerung des Standorts verbrüdert und versippt ist. Straffe militärische Erziehung, ausgiebige, stets anregende körperliche und geistige Beschäftigung, ausgezeichnete Kameradschaft und häufiger Standortswechsel sind Vorbedingungen dafür. Die Pflege soldatischer Tugenden beschränkte sich im Volksheere früherer Tage auf eine ungleich kürzere Ausbildungszeit, als sie für die Söldner der Reichswehr verfügbar sein wird. Handelte es sich also damals um eine Volksschule, so kann man nun von einer Hochschule militärischer Art sprechen, die selbst der einfache Soldat durchzumachen hat. Grundverschieden wie Lehrpläne und Ziele jener beiden Schularten wird sich auch der Dienst der Reichswehr im Vergleiche zu dem im Friedensheere vor sechs Jahren gestalten.

Zahlenmäßig bedeutet die Reichswehr wenig, um so höher muß ihr innerer Wert sein. Wir stecken mitten in der wilden Gärung einer weltgeschichtlichen Uebergangszeit. Immer mehr entgleitet denen, die sich für die Leiter der Weltgeschicke halten, das Steuer aus den schwachen Menschenhänden. Gewaltige Mächte des Umsturzes, rücksichtslos, voll von lockenden, neuen Gedanken, durch jahrzehntelange Unterdrückung gewitzigt in allen Kniffen der Propaganda, verseuchen durch Sendboten Europa und drohen schon mit dem Ablaufen der Frühlingswasser nach Westen vorzustoßen. Ein Teil der neugeschaffenen Staaten hat keine Lebensfähigkeit. Die Geschlossenheit der Weltmächte geht in die Brüche. Ueberall regen sich unterdrückte Völker. Alle diese Fragen berühren Deutschland. Es wird sich mehr als einmal in den Wirren der kommenden Zeit selbst behaupten müssen.

Die geistige Schulung der höheren Führer in der Kriegsakademie und dem Generalstabe fällt gleichfalls fort. Auch sie muß die Reichswehr in sich selbst durch sorgfältige Erziehung ihrer Offiziere ersetzen. Der Leutnant und Hauptmann darf nicht im öden Gamaschendienste stumpf werden. Um das zu vermeiden, bedarf es mehr als einiger Waffenschulen. Grundsätzlich schicke man jeden Offizier auf die

Digitized by Google

Hochschule. Neuere Geschichte, Erdkunde, Staatsrecht muß er auf alle Fälle hören. Für einen Teil kommen Mathematik, Physik, Chemie und verwandte Fächer hinzu. Unbedingt notwendig ist ferner für alle die Kriegsgeschichte. Ihre unvergleichliche Bedeutung für jeden Führer hat Napoleon mit begeisterten Worten geschildert, und doch ist sie bei uns nur allzusehr verkannt worden. Hätten wir die Feldzüge des beginnenden 20. Jahrhunderts, den Buren-, russisch-japanischen und Balkankrieg allgemein und ausgiebig studiert, wäre uns 1914 der Stellungskampf mit allen seinen Begleiterscheinungen keineswegs überraschend gekommen, sondern als Selbstverständlichkeit erschienen. Leicht ist es nicht, Kriegsgeschichte anregend zu lehren und die Klippen toter Aufzählung von belanglosen Zahlen und unwesentlichen taktischen Verbänden und Formen zu vermeiden. Immerhin kann es nicht schwer fallen, für die wenigen Hochschulen, die von Offizieren der Reichswehr besucht werden sollen, verabschiedete Generalstabsoffiziere als Lehrer dieses Faches zu gewinnen. Auch für das Vermessungs- und Kartenwesen breche ich in diesem Zusammenhange eine Lanze.

So ausgebildete Offiziere können dann auch ihren Unteroffizieren und Mannschaften das hohe Maß von Kenntnissen vermitteln, das sie für den Beruf und nach ihrem Ausscheiden brauchen.

Der Rekrut erfährt eine ungleich sorgfältigere Fachausbildung als bisher. Er wird tiefer in das Wesen nicht nur seines eigenen Dienstes, sondern auch des der anderen Waffen eingeführt, er lernt die wissenschaftlichen und technischen Grundlagen seines Handwerks, wenigstens in den gröbsten Zügen, kennen. Im Laufe der Dienstjahre wird durch Regiments- und Waffenschulen, bisweilen auch durch Teilnahme an sonstigen technischen Lehrgängen, der Gesichtskreis des Wehrmannes planmäßig erweitert. Vor allem die technische Seite der heutigen Kriegführung wird ihm nahe gebracht und in ihrer engen Verknüpfung mit den wirtschaftlichen Fragen dargestellt. Gibt sie doch künftig sicherlich noch mehr als bisher schon dem Kriege das Gepräge. Ueberdies haben unsere Leute gerade für das Technische ausgesprochene Neigung und Begabung; leider hatten wir es im Heere vor dem Kriege allzusehr vernachlässigt.

Ein allgemein wissenschaftlicher, wirtschaftlicher und politischer Unterricht ist geboten, damit der Wehrmann nicht auf das Geschwätz jedes Agenten, deren sich genug an ihn herandrängen werden, hineinfällt, und damit er sich nach seinem Ausscheiden glatt ins bürgerliche Leben hineinfindet.

Daß unter all dieser Belehrung der kriegerische Geist nicht leiden darf, ist selbstverständlich. Ihn wach zu halten, wird man aber wohl nicht eigens bemüht zu sein brauchen. Dafür werden schon die Ereignisse sorgen.

Digitized by Google

Börsenfläue oder Umschwung in der Börsenstimmung

Endlich ist auch an der Börse der Umschwung eingetreten. Seit Anfang März gehen die Kurse mit einer außerordentlich konsequenten Beharrlichkeit Woche für Woche, Tag für Tag zurück. Billigerweise sollte niemand davon überrascht sein, denn eine derart verrückte Aufwärtsbewegung, ein derart tolles Treiben, wie es die Börsen gerade in den Monaten um die Jahreswende gezeigt haben, war, logisch begründet, überhaupt nicht zu erklären. Es sei denn, der berühmte Hinweis auf die „Marktflucht" werde angeführt. Man versteht darunter bekanntlich die allgemeine Tendenz aller Vermögen, ihr Schicksal nicht weiter mit der aufs höchste gefährdeten deutschen Währung zu verbinden, sondern lieber statt fragwürdigen Papiergeldes irgendwelche greifbare Güter zu besitzen. Daher der Heißhunger nach Grund und Boden in Stadt und Land; daher auch die überstürzte und jetzt so kostspielige Aufhäufung von Warenbeständen aller Art, daher also auch der Aufkauf von Aktien, hinter denen Fabrikgebäude und Maschinen stecken. Dazu kam außerdem noch die Tatsache, daß das Ausland nicht viel wagte, wenn es selbst bei wesentlich gesteigerten Kursen deutsche Papiere aufkaufte, denn die grotesk gefallene Valuta ermöglichte ja unglaublich billige Aufkäufe. Wenn beispielsweise eine Aktie einen Kurs von 500% erreicht hatte, also dem Deutschen 5000 M. kostete, so war das für den Schweizer bei einem Kursstand der Mark von etwa 6 Centimes immer noch geschenkt, denn die Aktie kostete ihm dann sage und schreibe 300 Fr., während sie bei einem normalen Valutastande auf 6000 Fr. gekommen wäre. Somit war die ganze Aufwärtsbewegung an der Börse in weitgehendem Maße verknüpft mit dem Fallen der Reichsmark im Auslande. Jede Erholung unserer Valuta mußte dementsprechend auf die Kursbewegung ungünstig wirken, da wir seit Anfang März einen Umschwung am Devisenmarkt erlebt haben. In welchem Umfange das der Fall war, das zeigt eine Berechnung der „Frankfurter Zeitung". Danach ist der Kurs für 15 besonders lebhaft gehandelte deutsche Börsenpapiere vom 1. März bis 10. Mai von 12 109 auf 8000% gefallen, nachdem freilich vom 1. September v. J. bis zum 1. März d. J. die gleichen Papiere von 3582 auf 12 109% emporgeschnellt waren. Der Kursrückgang ist also bisher zwar recht erheblich, aber es ist auch nicht annähernd die Aufwärtsbewegung der vorangegangenen Periode ausgeglichen, und man muß sich tatsächlich in gewisser Beziehung wundern, wie ruhig und ohne allzu große Erschütterung die Abwärtsbewegung vor sich geht. Nach allen Erfahrungen früherer Zeiten hätte man sich nicht wundern dürfen, wenn ein furchtbarer Börsenkrach in Deutschland eingetreten wäre, besonders auch, wenn man bedenkt, wie viele

Digitized by Google

schwache und schwach werdende Elemente heute am Börsenhandel interessiert sind, denn das ist ja bezeichnend für unser ganzes Börsenleben, daß die Zahl der am Effektenspiel Beteiligten sich zum mindesten verzehnfacht hat. Niemand wollte beim Tanz um das goldene Kalb fehlen. Es ist neulich behauptet worden, daß heute allein so viel Angestellte am Wertpapierhandel interessiert sind, wie früher die Zahl der Kunden betrug. Das mag übertrieben sein, aber immerhin werden kaum weniger als 50 000 Bankbeamte regelmäßig als Spieler aufgetreten sein, und wenn die Großbanken in den letzten Monaten vor dem Tendenzumschwung unter ihrer Arbeitslast zusammenbrachen, wenn infolgedessen die Börsen zeitweise geschlossen werden mußten, so ist die Ueberzahl der kleinen Spekulanten gerade auch im eigenen Hause nicht ohne Einfluß geblieben. Haben doch sämtliche Großbanken auch in der Provinz eigene Abteilungen für die Geschäfte ihrer Angestellten eröffnen müssen. Warnungen nach dieser Richtung begegneten tauben Ohren. Die teilweise selbst recht spekulativen Bankdirektoren meinten, man dürfe dem Ochsen, der da drischt, nicht das Maul verbinden. Jetzt sind gerade diese Elemente ängstlich geworden und schreiten ebenso rasch zum Verkauf, wie sie bei einem erneuten Stimmungsumschwung wieder die ersten Käufer werden. Einen besonders großen Anteil an den Verkäufen nahmen die Warenhändler. Diese hatten in den jetzt wohl vergangenen Zeiten der Hochkonjunktur einen Teil ihrer reichen Gewinne in Effekten angelegt. Da nun aber im Zusammenhang mit dem Valutaumschwung eine außerordentlich einschneidende Geschäftsstille in Deutschland an Stelle der vorherigen Ueberbeschäftigung getreten ist und da kein Mensch Kauflust zeigt, so sind weite Kreise von Warenhändlern in eine gewisse Verlegenheit geraten. Sie selbst müssen die bei ihnen auf Grund alter Verträge einlaufenden Warensendungen prompt bezahlen, sind aber nicht in der Lage, durch Verkäufe sich die nötigen Gelder zu verschaffen. Da auch die Banken gerade dem Warenhandel gegenüber mit Krediten sehr zurückhaltend geworden sind, macht man sich durch Verkäufe von Wertpapieren Luft. Das drückt, wie gesagt, auf die Kurse. Zu allem Ueberfluß ist das Ausland aus den verschiedensten Gründen kein so eifriger Käufer mehr wie zu Anfang des Jahres. Einmal macht die Besserung der Valuta den Erwerb deutscher Aktien erheblich kostspieliger als bisher, und dann ist die neue Gesetzgebung, wonach 10% Kapitalertragsteuer zu zahlen sind, dem Ausländer wenig sympathisch. Das merkt man namentlich am Markte festverzinslicher Werte, Staatspapiere, Stadtanleihen usw., wo die ausländischen Käufer eine besonders große Rolle gespielt hatten.

Vor allem aber drückt auf die Börse die schon erwähnte Geschäftsstille. Man hört bereits da und dort auch aus der Industrie über Mängel an Aufträgen, und sogar vereinzelt über Arbeiterentlassungen. Auch haben

Digitized by Google

selbstverständlich alle Unternehmungen, die irgendwie mit ausländischen Rohstoffen zu tun haben, jetzt ganz gewaltige Verluste an ihren Beständen erlitten. Wenn die Preise für Kupfer, Häute und vieles andere weiter um die Hälfte ihres Februarpreises gesunken sind, so bedeutet das selbstverständlich für alle Elektrizitätswerke, Schuh- und Lederfabriken usw. einen ganz gewaltigen Einfluß. Tatsächlich sind auch gar manche der jetzt zur Veröffentlichung kommenden Abschlüsse recht ungünstig. Alles das muß die Kurse drücken und es ist, wie gesagt, für den, der die Dinge kommen sah, nur das eine überraschend, daß die Ermäßigung der Kurse nach und nach vor sich geht. Das deutet doch immerhin darauf hin, und wird von Fachleuten bestätigt, daß die zum Verkauf gelangenden Posten einstweilen noch ziemlich gering sind, daß also die Mehrzahl der Besitzer an ihren Aktien festhält. Immer wieder kann man in den Börsenberichten lesen, daß die jeweiligen Kursrückgänge in verhältnismäßig geringen Umsätzen vor sich gegangen sind. Das wiederum zeigt, daß die Kauflust auch der Börsenspekulation selbst außerordentlich nachgelassen hat; immerhin wird von gerissenen Fachleuten in den Börsensälen mit scharfem Auge darauf gelauert, wo irgendwo die Kurse zufällig scharf fallen, um kleine Raubzüge zu veranstalten. Aus diesem Grunde ist es besonders zu begrüßen, daß die Börsenbehörden, mehr als bisher, darauf hinarbeiten, daß in diesen Fällen besondere Notierungen überhaupt unterbleiben. Kurse, die plötzlich besonders scharf fallen würden, wenn der Markt sich selbst überlassen wäre, werden auf Einschreiten des Börsenvorstandes in zunehmendem Maße gestrichen, um einem breiteren Publikum die Möglichkeit zu geben, durch Käufe einen allzu scharfen Fall zu verhüten.

In eine gewisse Verlegenheit werden jetzt diejenigen Unternehmungen kommen, die großen Geldbedarf haben, und das sind bei den ungeheuer gestiegenen Betriebskosten fast alle Unternehmungen. Wer es bisher versäumt hat, neue Aktien an den Markt zu bringen, der wird es jetzt bei der gegenwärtigen Unlust der Börse ziemlich schwer haben. Das zeigen vor allem die auffallend niedrigen Kurse, zu denen die Bezugsrechte der jetzt angebotenen Aktien verkauft werden. Es ist eben fraglos, daß die neue Produktion von Aktien mit der Kapitalbildung nicht gleichen Schritt hält, und daß infolgedessen auch hier ein äußerst schwieriges Problem entsteht. Wenn nicht alle Zeichen trügen, so werden wir in Bälde gerade aus diesen Gründen in eine Zeit ganz ungewöhnlicher Geldverteuerung kommen, die sich in anderen Ländern schon seit geraumer Zeit angebahnt hat.

Linter.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt. Redaktion: Schöneberger Ufer 36a I. Telephon: Nollendorf 928. Für Anzeigen: Werbedienst G. m. b. H., Berlin W 35, Lützowstr. 102/4. Verlag: Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 29. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt 10 M. Einzelnummer 1 M. Druck von Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W 57, Bülowstraße 66.

Digitized by Google

5. Jahrgang * 28. Mai 1920 * Heft 22

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Gegen die schwarze Schmach ist in der Nationalversammlung von allen Parteien und der Regierung Protest eingelegt worden. Früher, als noch Ledebour für die Unabhängigen sprach, hörte man auch von dieser Seite nationale Töne anschlagen. Jetzt, wo diese Partei von Frau Zietz geleitet wird, war davon natürlich nichts zu merken, vielmehr erwies sie sich als gelehrige Schülerin der Politik des Wiedehopfes.

*

Uns wird von Frau Marie Bleibtreu geschrieben: Man erinnert sich welches Aufsehen in den ersten Kriegsjahren die belgischen Kinder verursachten, denen — so erzählte man —, von deutschen Soldaten die Hände abgehackt waren. Kaum eine Erzählung hat soviel wie diese zu dem Haß beigetragen, der schließlich fast die ganze Welt gegen uns unter die Waffen rief und der noch heute in weiten Kreisen ungemindert fortbesteht. Speziell in Amerika hat diese Angelegenheit die öffentliche Meinung aufs tiefste erregt. Kaum ein Haus, so berichteten Reisende, die von dort herüberkamen, in dem sich nicht Abbildungen dieser unglücklichen Opfer vorfanden; für billiges Geld wurden auf den Straßen Gipsfiguren verkauft, die in ihrem krassen Realismus die Nerven aufpeitschten.

Meine Frage ist nun diese: was ist aus diesen bedauernswerten Kindern geworden?

Seit mehr als einem Jahre haben die Deutschen Belgien geräumt. Die belgischen Behörden sind in ihr Land zurückgekehrt und suchen nach Kräften die Schäden des Krieges zu heilen. Ungezählte Kommissionen der „Alliierten", Reisende aus aller Herren Länder sind nach Belgien gekommen und haben das Land nach allen Richtungen hin durchquert. Alle Verhältnisse sind geprüft und geschildert worden, alles Material zur Belastung der Invasionstruppen wird zusammengetragen — aber nichts verlautet über diese Kinder. Sie können unmöglich vom Erdboden ver-

Digitized by Google

schwunden sein; übersehen kann man so grausam verstümmelte Wesen doch auch nicht. Sie müssen inzwischen ein Alter erreicht haben, in dem sie sich unter den besonderen Umständen des Falls selbst zur Geltung bringen könnten, wenn etwa ihre pflichtvergessenen Eltern sich ihrer nicht genügend annehmen sollten —, aber nichts von alledem: es ist, als ob die Welt sich von diesen einst so allgemein bemitleideten Geschöpfen hartherzig abgewendet hätte.

Und so wiederhole ich die Frage: was ist aus den belgischen Kindern mit den abgehackten Händen geworden?

*

Poincaré, der zusammen mit Clemenceau die schärfste Tonart gegen Deutschland vertritt, hat den Vorsitz in der Wiedergutmachungskommission niedergelegt, weil ihm die Abmachungen Millerands und Lloyd Georges zuviel Entgegenkommen gegen Deutschland bewiesen. In seinen Aufsätzen in der „Revue des deux mondes" hat er deswegen die Schale seines Zorns auf Lloyd George ausgegossen, der die Zerstückelung Deutschlands nicht mehr so eifrig betreibt, wie es Poincaré und seinem Meister Clemenceau nötig erscheint. Uns Deutsche kann dieser Streit im Lager der Entente sehr kühl lassen, weil auch die Herren Millerand und Lloyd George Unmögliches verlangen. 120 Milliarden Goldmark nebst Zinsen sind nie und nimmer aus dem verstümmelten, der Kolonien und Schiffe beraubten Deutschland herauszupressen. Man darf doch nicht vergessen, daß wir in Versailles, um unsere Grenzen, unsere Kolonien und unser Wirtschaftsleben in Takt zu halten als äußerste Leistung 100 Mill. Goldmark ohne Zinsen anboten. Die jetzige Forderung ist daher ebenso unausführbar, wie der Versailler Frieden.

*

Der Sozialdemokratie, die 40 Jahre reine Oppositionspartei gewesen ist, fällt es immer noch schwer, sich darein zu finden, daß sie jetzt zur Regierungskoalition gehört. Am vorletzten Tage der Nationalversammlung hätte sie fast mit solch einem Seitensprung eine Kabinettskrise heraufbeschworen, weil sie es sich nicht nehmen ließ, einen Antrag der Unabhängigen, natürlich aus Wahlrücksichten, zu unterstützen, und da das Haus schwach besetzt war, zur Annahme zu bringen. Da es sich aber nur um eine „Anregung" handelte, so beschloß das Kabinett, daraus nicht die Konsequenzen zu ziehen. Die sozialistischen Minister sollten aber doch in besserer Fühlung mit ihren Fraktionskollegen stehen, um solche Rückfälle in die unverantwortliche Opposition zu vermeiden.

*

Digitized by Google

Demokratie und soziale Führung

Von Dr. Paul Rohrbach

I.

Charlottenburg, 1. Mai 1920.

Sehr geehrter Herr Dr. Rohrbach!

Als Leser der „Deutschen Politik" nehme ich mir die Freiheit, persönlich ein Wort an Sie zu richten, ohne indessen auf persönliche Beantwortung zu rechnen. Sie fordern von der Demokratie nationales Bewußtsein und erwarten von ihr die beste Verheißung für eine soziale Führung Deutschlands unter den Völkern. Ich kann nicht umhin, diese letzte Wendung so lange als Phrase anzusehen, als nicht ihr Sinn konkreter umschrieben ist. Mein Bemühen, einen solchen konkreten Inhalt zu finden, war vergeblich. Wer die soziale Führung erblickt in einem weiteren Ausbau der Milliardendefizite in den öffentlichen Betrieben infolge einer über alles vernünftige Maß hinausgehenden Lohnsteigerung, in einer systematischen Heranziehung des Handarbeiters zu Aufgaben, die nach ihrer Natur nur der Kopfarbeiter vermöge seiner Vorbildung bewältigen kann, und schließlich in einer Umkehrung der bisher in der ganzen Menschheitsentwicklung gültigen Begriffe von gegenseitiger Unterordnung zur Erreichung von gemeinsamen Zielen, dem weist allerdings die seitherige, von der Demokratie gestützte Politik den besten der Wege. Wer aber, frei von aller reaktionären Denkungsart, den Zeitpunkt für gekommen hält, dem brutalen, durch keinerlei Rücksicht auf das Staatsinteresse gehemmten Streben des Handarbeitertums nach einer weder durch die Verhältnisse, noch durch seine Leistungen mehr gerechtfertigten Verbesserung seiner wirtschaftlichen Lage ein Ende zu machen und ihm zuzurufen: Genug! Hört endlich auf, nur an eure vermeintlichen Rechte zu denken und besinnt euch auf eure Pflichten gegen die Volksgesamtheit — dem kann die von der Demokratie vertretene Politik unmöglich als Heilmittel erscheinen. Es gibt doch wohl kaum eine andere Wahl: Entweder die Entwicklung geht in immer radikalerer Richtung weiter und führt zu der von den geistig Blinden und Verblendeten erstrebten „Diktatur des Proletariats" mit der Zertretung aller geistigen Kultur, von der wir ja wirklich nicht mehr so sehr weit entfernt sind — oder es wird noch rechtzeitig und praktisch wirksam Einhalt geboten. Welcher Weg der „sozialere" ist, scheint mir nicht schwer zu entscheiden. Die Demokratie hat bisher keinerlei Anstalten getroffen, sich der Erwürgung unserer Wirtschaft und Kultur durch die Handarbeiterorganisationen, sie seien nun Sozialisten, Kommunisten, Syndikalisten, Anarchisten oder durch welche subtilen theoretischen Unterschiede sich alle diese auf das gleiche Endziel lossteuernden Isten sonst auszeichnen mögen, ernsthaft entgegenzustellen. Es wäre daher nicht nur mir, sondern gewiß vielen tausenden anderer Leser, die danach streben, die Erscheinungen frei von Phrasen auf ihren wesentlichen Gehalt zurückzuführen, sehr wertvoll, wenn Sie bei Gelegenheit einige Worte der Aufklärung darüber sagen könnten, wie Sie sich die „soziale Führung Deutschlands" denken. Auch wäre es gewiß für viele von hohem Interesse, Ihre Meinung über die Rolle kennen zu lernen, welche Zynismus und Gewinnsucht und die aus ihrer Vermählung hervorgegangene Frucht des Schieber- und Wuchertums, die ohne Gehässigkeit als ein besonderes Kennzeichen der jüdischen Stammesart angesehen werden dürfen, unter der schamhaften Hülle der Demokratie spielen.

Nationalen Bewußtseins hat sich bisher jedenfalls diese Demokratie nord-

Digitized by Google

deutscher Prägung gewiß nicht verdächtig gemacht! Inwiefern also diese Partei die beiden elementaren Voraussetzungen unserer Wiederaufrichtung: soziale Führung und nationales Bewußtsein am besten garantiert, will mir trotz der sonstigen Ueberzeugungskraft ihrer Arbeiten beim besten Willen nicht einleuchten. Ich kann zu keinem anderen Resultat kommen — und ich glaube, so geht es der überwältigenden Mehrheit des geistigen Elements in Deutschland —, als daß sich beide Ziele nur erreichen lassen, wenn denen die Führung aus der Hand genommen wird, die zwar ausgezeichnete Führer ihrer eigenen Sache, aber nicht Führer des Volkes sind...

Mir scheint, als biete die Deutsche Volkspartei eher Gewähr dafür, daß wir aus dem tollen Uebermut des Handarbeitertums wieder auf den Weg der Vernunft und einer wirklichen sozialen Entwicklung gebracht werden, wenngleich ja auch dieser Partei, wie jeder politischen Interessenvertretung, manche Unvollkommenheit anhaftet, die sie nicht als ideales Werkzeug zum Wohl der Gesamtheit erscheinen läßt. — Aber wie Sie selbst so treffend sagen, handelt es sich ja nur darum, „auf welchem parteipolitischen Boden die Hindernisse für das nationale Ziel am geringsten und die Entwicklungsmöglichkeiten am wenigsten verbaut erscheinen".

Indem ich bitte, mir meine Offenheit nicht zu verargen und wenn möglich meinem Wunsch auf gelegentliche Behandlung der von mir berührten Fragen in der „Deutschen Politik" Rechnung zu tragen, bin ich mit ausgezeichneter Hochachtung Ihr ganz ergebener

Dr. L. v. Boxberger,
früherer Bezirksrichter in Ostafrika und Kamerun.

II.

Berlin, 5. Mai 1920.

Sehr geehrter Herr Dr. Rohrbach!

In Nr. 18 der „Deutschen Politik" veröffentlichen Sie den Brief eines Akademikers, der sich mit den Stimmungen innerhalb der deutschen Studentenschaft befaßt. Ihre sehr ausführliche Antwort ist freimütig und beachtenswert, leider geht sie aber über das wenig klar hinweg, was uns am meisten interessiert: Die Deutsche demokratische Partei und die kaufmännischen Angestellten (im engeren und weiteren Sinne). Sind jene Kreise über die Haltung der Partei enttäuscht und tendieren nach rechts, so sind wir es noch mehr und tendieren nach links, und ich möchte behaupten, diese Tendenzen sind viel beachtenswerter als jene. Ob jemand „demokratisch" oder beispielsweise „deutschnational" wählt, ist selbstverständlich verschieden, im Grunde genommen sind aber beides sogenannte „bürgerliche Parteien". Wenn aber jetzt am 6. Juni die kaufmännischen Angestellten in ihrer erdrückenden Mehrheit infolge der tiefen und nachhaltigen Enttäuschung nach links zu den sozialistischen Parteien übertreten, so verlassen sie nicht nur vollständig die Reihen des Bürgertums, sondern bekennen sich damit auch zu einer ganz anderen Weltanschauung, zu ganz anderen Kampfesmitteln, sie brechen dann mehr als eine Brücke hinter sich ab. Hiergegen sträubt sich noch ein großer Teil von uns und es ist wahrlich nicht der schlechteste. Selbstverständlich ist eine abgegebene Stimme noch nicht das Bekenntnis zu irgendeinem Dogma, ein Parteibeitritt keine katholische Ehe, aber die weiteren Konsequenzen ergeben sich doch von selbst. Ich persönlich habe im vorigen Jahr bei den Wahlen zur Nationalversammlung „demokratisch" gewählt, es war mir

Digitized by Google

einfach eine Selbstverständlichkeit, dieser Partei meine Stimme zu geben! Aber heute?? Es hat eine tiefgehende Radikalisierung stattgefunden und diese Entwicklung ist ganz natürlich. Wenn ich Ihnen den Hauptgrund dafür angeben soll, so möchte ich die von Ihnen angeführten Worte des Prinzen Max von Baden etwas umändern und sagen: Es ist in dem letztvergangenen Jahre mit dem Begriffe „Arbeit" schändlich Mißbrauch getrieben worden. Wir alle wissen, daß nur Arbeit uns retten kann, jedoch soll unsere Arbeitskraft dem Wiederaufbau des Ganzen dienen, aber nicht, um fette Dividenden verteilen zu können und uns darben zu lassen!! Stoßen sich die akademischen Kreise an der nicht genügenden Betonung des nationalen Gedankens bei der demokratischen Partei, so vermissen wir die Inangriffnahme wirklich sozialer Maßnahmen, wir hören wohl schöne Worte, sehen aber keine Taten (vgl. nach dem Generalstreik zur Abwehr des Kapp-Lüttwitz-Putsches!). Ich erinnere an jene Worte von Goethe im „Faust":

„Der Worte sind genug gewechselt,
Laßt mich auch endlich Taten sehen!"

Wie wollen Sie diese tiefe Mißstimmung beseitigen? In weiten Kreisen bei uns pflegt man die Deutsche demokratische Partei jetzt ironisch die „Deutsch-Plutokratische Partei" oder die „Kapitalisten-Partei" zu bezeichnen, bei der die Angestellten nichts zu suchen hätten!

Ich habe nicht die Ehre, Sie persönlich zu kennen, aber da ich ein aufrichtiger Anhänger des demokratischen Gedankens bin, so wende ich mich an Sie in der Hoffnung, daß Sie, wie jenem Akademiker, auch mir eine offene und freimütige Antwort erteilen werden.

In dieser Erwartung bin ich mit dem Ausdrucke vorzüglichster Hochachtung Ihr sehr ergebener

Walter Kehse, Bankbeamter (Deutsche Bank).

III.

Goethe, West-östlicher Divan, Buch der Sprüche:
„Warum ist Wahrheit fern und weit?"
Birgt sich hinab in tiefste Gründe?

Niemand versteht zur rechten Zeit!
Wenn man zur rechten Zeit verstünde,
So wäre Wahrheit nah und breit
Und wäre lieblich und gelinde.

IV.

John Maynard Keynes „The Economic Consequences of the Peace", Kapitel II, Abschnitt 3: Die Psychologie der Gesellschaft:

Europa war sozial und ökonomisch auf das Maximum der Kapitalsansammlung hin organisiert. Während eine fortdauernde Verbesserung

Digitized by Google

in den Bedingungen des täglichen Lebens für die Masse der Bevölkerung stattfand, war die Gesellschaft so gestaltet, daß ein großer Teil des vermehrten Einkommens unter die Kontrolle derjenigen Klasse fiel, die am wenigsten dazu geeignet war, es zu verbrauchen. Die neuen Reichen des 19. Jahrhunderts waren nicht für breites Ausgeben erzogen und genossen lieber die Macht, die ihnen die Kapitalsanlage verlieh, als das Vergnügen des unmittelbaren Verbrauchs. Tatsächlich war es gerade die Ungleichheit in der Verteilung des Vermögens, die die großen Anhäufungen von festem Besitz und Kapitalzunahme ermöglichte, durch die sich dieses Zeitalter vor allen anderen auszeichnete. Hierin lag die faktische Hauptrechtfertigung des kapitalistischen Systems. Wenn die Reichen ihr neues Vermögen zu ihrem eigenen Genuß ausgegeben hätten, so hätte die Welt ein solches Regime schon lange unerträglich gefunden...

Die gewaltigen Ansammlungen von festem Kapital, die zum großen Segen der Menschheit während des halben Jahrhunderts vor dem Kriege aufgebaut waren, hätten in einer Gesellschaft, wo das Vermögen gleich verteilt war, nie zustandekommen können. Die Eisenbahnen der Welt, die dieses Zeitalter als ein Monument, nicht kleiner als die ägyptischen Pyramiden, errichtet hat, waren das Erzeugnis einer Arbeit, die nicht frei war, den ganzen Ertrag ihrer Bemühungen zum unmittelbaren Genuß zu verbrauchen.

Dieses merkwürdige System hing aber in seinem Wachstum von einem doppelten Bluff oder einer Täuschung ab. Auf der einen Seite akzeptierten die arbeitenden Klassen aus Unwissenheit oder Machtlosigkeit — oder sie wurden durch Gewöhnung, Vergleich, Autorität und die wohlstabilisierte Gesellschaftsordnung zum Akzeptieren getrieben, überredet oder geschmeichelt — eine Lage, in der sie sehr wenig von dem Kuchen ihr eigen nennen konnten, den sie, die Natur und die Kapitalisten zusammen hervorbrachten. Auf der anderen Seite durften die kapitalistischen Klassen den besten Teil des Kuchens den ihren nennen und waren theoretisch frei, ihn zu verbrauchen, unter der stillschweigenden Bedingung, daß sie tatsächlich sehr wenig davon konsumierten. Die Pflicht, zu sparen, wurde zu neun Zehnteln Tugend, und das Wachstum des Kuchens zum Gegenstand eines wahren religiösen Glaubens... Und so wuchs der Kuchen, aber zu welchem Ende, das wurde nicht klar bedacht.

Indem ich dies schreibe, setze ich nicht notwendig die Praxis dieser Generation herab. In den unbewußten Tiefen ihres Daseins wußte die Gesellschaft, worum es sich handelte. Der Kuchen war in Wahrheit sehr klein im Vergleich zum vorhandenen Verbrauchsappetit... Die Gesellschaft arbeitet nicht für die kleinen Vergnügen des Tages, sondern für die zukünftige Sicherheit und Vollendung der Menschheit, — tatsächlich für den „Fortschritt". Wenn man den Kuchen nun nicht zer-

Digitized by Google

schnitt, sondern ihn wachsen ließ im geometrischen Verhältnis des Bevölkerungswachstums, nach Malthus, und nicht weniger richtig nach der Zinseszinsrechnung, so mochte vielleicht ein Tag kommen, an dem er schließlich groß genug war, um in die Runde zu gehen, und an dem die Nachkommenschaft zum Genuß unserer Arbeit kommen konnte. An dem Tage wären Ueberarbeit, Ueberfüllung und Unterernährung zu Ende gewesen, und die Menschen, gesichert in bezug auf ihre körperlichen Bequemlichkeiten und Bedürfnisse, hätten zu den edleren Uebungen ihrer Fähigkeiten vorschreiten können...

Zwei Fallgruben gab es für diesen Prospekt: wenn etwa die Volksvermehrung schneller lief als die Anhäufung der Güter; unsere Selbstverleugnung die Zahl vor die Glückseligkeit setzte — und wenn der Kuchen schließlich vorzeitig im Kriege, dem Verzehrer all solcher Hoffnungen, konsumiert wurde.

Aber diese Gedanken führen zu weit ab von meinem gegenwärtigen Vorhaben. Ich will nur hervorheben: das Prinzip der Güteranhäufung, das auf der Ungleichheit beruhte, war vor dem Kriege ein lebenswichtiger Bestandteil der gesellschaftlichen Ordnung und des Fortschrittes, wie wir ihn damals verstanden, und betonen: dieses Prinzip hing ab von unstabilen psychologischen Bedingungen, die wohl nicht mehr wiederhergestellt werden können. Es war nicht natürlich für eine Bevölkerung, von der so wenige die Bequemlichkeiten des Lebens genossen, eine so ungeheure Anhäufung zu betreiben. Der Krieg hat allen die Möglichkeit des Verbrauchs und vielen das Nutzlose der Enthaltsamkeit enthüllt. Also ist der Bluff aufgedeckt; die arbeitenden Klassen wollen nicht länger bereit sein, so sehr zu verzichten, und die Kapitalisten, die nicht mehr auf die Zukunft vertrauen, wollen ihre Freiheit, zu konsumieren, voller genießen, solange sie dauert; also beschleunigen sie die Stunde der Konfiskation.

V.

Hesiod, „Werke und Tage“:

νήπιοι οὐδὲν ἴασι ὅσῳ πλέον ἥμισυ παντός!

Toren nicht wissen, wieviel die Hälfte mehr als das Ganze!

VI.

In den drei Stücken, die ich mir hier erlaubt habe zu zitieren, liegt enthalten, was vom ethisch-sozialen wie vom politischen Standpunkte auf die am Anfang abgedruckten Briefe zu antworten ist. Wenn ich es unter-

Digitized by Google

nehme, zur Verdeutlichung auch von mir aus einige Worte hinzuzufügen, so möchte ich zwei kurze Vorbemerkungen machen. Die eine gilt dem Herrn Briefschreiber, der mir, wenn auch nicht unfreundlich, so doch unzweideutig mit der Charakterisierung „Phrase" droht, „solange nicht", usw. Ich weiß, daß dergleichen zum modernen deutschen polemischen Stil gehört. Mit dem Kaliber, mit dem in Ländern von alter politischer Debatte-Erziehung die Leute allenfalls zu schießen aufhören, fangen sie in jüngeren die Kanonade an. In Nordamerika ist das noch ganz anders. Die andere Bemerkung gilt allen, die mir ähnlich wie Herr Dr. v. Boxberger und Herr Kehse geschrieben haben und denen ich hier gleichfalls antworten zu dürfen bitte: ich möchte nicht auf Dinge hin bedroht und verantwortlich gemacht werden, die ich in meinen Schriften und Aufsätzen weder gedeckt habe, noch zu decken beabsichtige. Ich habe in meinem Briefe an den Studiosus van Delden, in meiner Broschüre: „Monarchie, Republik und politische Parteibildung in Deutschland", und anderswo, gesagt, ich hielte es von der Deutschen Demokratischen Partei eher für wahrscheinlich, als von den Rechtsparteien, daß auf ihrem Boden die richtige nationale und soziale Linie für die deutsche Zukunft gefunden werden wird. Mehr habe ich nicht gesagt und mehr wünsche ich nicht zu sagen. Soweit also politische Einzelhandlungen der heutigen Deutschen Demokratischen Partei in Frage kommen, Handlungen, die ich persönlich teils billige, teils ablehne, teils unkritisiert lasse, möchte ich grundsätzlich auf Diskussion verzichten, weil es sich für mich gar nicht um Derartiges handelt. Keine von unseren Parteien kann heute schon Anspruch darauf machen, prinzipiell und praktisch mit ihrer politischen Gesamtauffassung im Reinen zu sein. Wie sehr z. B. schwankt heute, von der Demokratie abgesehen, noch das Charakterbild der Mehrheitssozialisten oder der Deutschen Volkspartei! Auch über das Problem der „jüdischen Stammesart" habe ich eine gewisse Scheu, mich ausführlicher zu äußern, weniger aus Rücksicht auf das Judentum, als aus Rücksicht auf das Deutschtum. Am Kern der jüdischen Frage wird man, fürchte ich, immer vorbeitreffen, wenn man die Erscheinungen, die man als eine Frucht des jüdischen Geistes anzusehen pflegt, als Ursache betrachtet, statt als Folge. Es kommt nie allein auf die Juden an, sondern ebenso darauf, wie ein Volk, unter dem eine größere Anzahl Juden lebt, geistig auf diesen Mischungsbestandteil reagiert. Ich finde, diese Reaktion ist im heutigen Deutschland nicht von der Art, daß man vom Deutschtum sagen könnte, es besitzt selber innere Widerstandskraft gegen „Zynismus, Gewinnsucht, Schieber- und Wuchertum". Besäße es diese, so schriebe man keine Aufrufe gegen das Judentum; besitzt es sie aber nicht, so führt die Debatte über die Judenfrage auf kein Feld, wo Ehre für das Deutschtum zu holen ist.

* * *

Digitized by Google

Goethes Wort vom „Verstehen zur rechten Zeit" — wenn es je für einen geschichtlichen Augenblick gegolten hat, so gilt es für den heutigen, und was wir heute zu begreifen haben, das ist die Tatsache, die Keynes mit den Worten ausdrückt, das kapitalistische Prinzip, das vor dem Kriege ein lebenswichtiger Bestandteil der gesellschaftlichen Ordnung und des Fortschritts war, so, wie dieser damals verstanden wurde, sei abhängig gewesen „von unstabilen psychologischen Bedingungen, die wohl nicht wiederhergestellt werden können." Das ist die Einsicht, der gegenüber es sich heute für uns um das Goethesche Verstehen oder Nichtverstehen handelt. Hierin liegt auch die Antwort auf die Forderung, man müsse sich „der Erwürgung unserer Kultur durch die Handarbeiterorganisationen" seitens der Demokratie entgegenstellen. Für die Art von Sichentgegenstellen, die dem Briefschreiber, wie es scheint, vorschwebt, sind eben die Keynesschen „psychologischen Bedingungen" nicht wiederherstellbar. Es ist vollkommen richtig, daß wir möglicherweise einer Zerstörung unserer Kultur von Grund auf, eben durch die Handarbeiterorganisationen, entgegengehen. Ob dieses Schicksal die gegenwärtige Menschheit ereilen wird oder nicht, das halte ich für eine zurzeit noch offene Frage. Kann es aber irgendwie abgewendet werden, dann nur auf eine Art und Weise, die ich nicht besser zu charakterisieren vermag, als mit dem schon öfters von mir angeführten Satz: Wenn die Deutschen zuerst dahin gelangen, daß es bei ihnen keine Arbeitnehmer und keine Arbeitgeber mehr gibt, so haben sie den Weltkrieg gewonnen!

Das ist ein soziales, und zwar ein sozial-ethisches Prinzip, in nationaler Fassung. Es besagt, daß der Anspruch eines jeden Volksgenossen auf „Leben, Freiheit und Glücklichsein" (der Ausdruck in der Verfassung der Vereinigten Staaten) von Natur derselbe ist, und daß jener Zustand, den Keynes mit dem Wort von der „doppelten Täuschung" bezeichnet, endgültig vorüber ist. Es muß also ein neues sozialwirtschaftliches System erarbeitet werden, und das ist keine Aufgabe, die man (ich sehe den Vorwurf der Phrase wieder über mir drohen) mit zwei oder drei fertigen Sätzen lösen kann, sondern zu deren Erfüllung Menschenalter voll Streben, Irren und Sichbemühen gehören. Und nun frage ich: welcher parteipolitische Boden bietet zurzeit die von den wenigsten Hindernissen erfüllte Bahn dar, um dem gesteckten Ziele nachzujagen? Der Boden der Rechtsparteien ist es nicht, weil diese die Voraussetzung des notwendigen neuen Denkens, die veränderte Psychologie der Massen und ihren moralischen Rechtshintergrund, nicht anerkennen. Damit verbauen sie sich die Möglichkeit, überhaupt ans Ziel zu gelangen. Der Boden der Sozialdemokratie ist es auch nicht, denn er ist bedeckt mit parteidogmatischen Versteinerungen und national steril. Das Entscheidende ist die Einsicht in die Notwendigkeit der neuen sozialen Psychologie, und das gleichzeitige

Digitized by Google

Bekenntnis zum anderen Gebot, das dem gleich ist: zum nationalen. Wo ich die Möglichkeit sehe, für Beides zu arbeiten, da wähle ich — und zurzeit bringt mich das zur Deutschen Demokratischen Partei. Generalstreikparole oder nicht, ist mir dabei gleichgültig. Auch innerhalb unserer Demokratie gibt es Leute, die zufrieden wären, fette Dividenden zu bekommen, auch wenn die Kräfte, die sie erarbeiten helfen, dabei darben müssen. Ist die Deutsche Demokratische Partei nicht imstande, solche abzustoßen, so wird sie ihrem Schicksale nicht entgehen, und ebenso dann nicht, wenn sie national knochenschwachen Elementen dauernden Unterschlupf bietet. Trotzdem aber sehe ich innerhalb unseres jetzigen Parteiwesens in der Deutschen Demokratischen Partei immer noch diejenige, wo „die Entwicklungsmöglichkeiten am wenigsten verbaut" erscheinen. Erst von da an, wo das nicht mehr so sein sollte, würde auch ich den Kampf gegen die Deutsche Demokratische Partei für die Deutsche soziale und nationale Demokratie beginnen. Ich bin keineswegs der Meinung, daß unsere parteipolitisch organisierte Demokratie schon erkannt hätte, in welch einem gewaltigen Ideenkampf es heute gilt, Vorkämpfer zu sein, und es würde mich nicht im geringsten wundern, wenn sie bei den bevorstehenden Wahlen eine Quittung dafür bekäme. Trotzdem glaube ich, daß innerhalb ihres Rahmens aus dem alten politischen Erbe, das sie besitzt, die Entwicklung aufkeimen kann, die wir brauchen, um dem Schicksal des Zusammenbruches nicht nur unserer deutschen, sondern der Menschheitskultur im ganzen zu entgehen. Dazu gehört auf der einen Seite der stürmische und kampfesmutige Idealismus der christlichen Idee, die als die eigentlich treibende und schiebende Kraft in der Tiefe, all unsere sozialen Zuckungen hervorbringt — sie ist es, die letzten Endes auch die Keynessche „doppelte Täuschung" zerstört hat —, und auf der anderen Seite jene klassische Nüchternheit und Klarheit, in die das Wort des alten Hesiod getaucht ist: die Hälfte ist mehr als das Ganze! Das soll heißen, daß im entscheidenden Augenblick das Erreichbare vor dem Unerreichbaren stehen muß; ein Wort für Führer wie für Geführte.

Der Weg zur Friedensrevision

Von B. W. von Bülow

Revision heißt Nachprüfung. Zwei Grade der Nachprüfung der Ergebnisse der Pariser Friedenskonferenz sind zu unterscheiden: die „kleine" Revision, welche die Verträge von Versailles und St. Germain so weit abändert, daß sie durchführbar werden und den Völkern, die heute dem Feindbund ausgeliefert sind, ermöglicht, ihr Leben zu fristen. Sie ist unvermeidlich. Es handelt sich hierbei nur um das „rechtzeitig" oder „zu spät". Anders die „große" Revision, deren Zeitpunkt und Möglichkeit

Digitized by Google

ferner liegt. Sie soll die Grundrechte der Völker wiederherstellen und einen Zustand schaffen, der die Erhaltung des Weltfriedens wahrscheinlich macht.

Hätte Wilson sein Programm auf der Pariser Konferenz durchgesetzt, oder Brockdorff-Rantzau die Aufgabe erfüllen können, die er sich in Versailles gestellt hatte, wäre weder eine kleine noch eine große Revision der Friedensschlüsse nötig. Die Nachprüfung ihrer Bestimmungen könnte auf dem Boden des Völkerbundes im Wege verständiger Ausgleiche vor sich gehen. Den vorliegenden Revisionsaufgaben ist der heutige Völkerbund noch nicht gewachsen. Da es sich in allen wesentlichen Punkten um Machtfragen handelt, wird die Wiedergutmachung des in Paris angerichteten Unheils nur mit großen Schwierigkeiten vor sich gehen.

Die Parteien nehmen naturgemäß zu den Friedensverträgen eine sehr verschiedene Haltung ein. Daß sich die Auffassungen mit der Zeit nähern, ist unausbleiblich und bildet eine Vorbedingung für jede Revision. Der erste Schritt zur Verständigung ist das gemeinsame Beraten und gemeinsame Handeln. Der Frieden von Versailles ist ohne deutsche Mitarbeit zustandegekommen. Wir haben weder für seine Ausführbarkeit noch für seine Folgen eine Verantwortung übernommen, diese liegt vielmehr allein beim Feindbund. Das in Paris ausgeklügelte System schließt Verhandlungen zwischen Gleichberechtigten aus; es will die Unterlegenen des Weltkrieges der Willkür des Siegers und dem ständigen Zugriff ihrer Gegner unterwerfen. Voraussetzung hierfür ist aber, daß der Feindbund jederzeit bereit sei, seinen Willen durch Gewaltanwendung durchzusetzen. Wie lange kann dieser für beide Teile unerträgliche Zustand dauern? Wenn der Feindbund wirklich glaubt, daß seine Machtmittel ausreichen, um den Versailler Vertrag unter Gewaltanwendung aufrechtzuerhalten und gar die eigenen Befugnisse noch zu erweitern, so werden ihn die Ereignisse bald eines besseren belehren. In San Remo haben die Einsichtigen im Rate unserer Gegner einige Erfolge erzielt. Das beliebte Verfahren der „Rheinreise des Marschall Foch" soll durch Verhandlungen zunächst ergänzt, bald vermutlich ganz abgelöst werden. Dieser Systemwechsel bedeutet bereits den Beginn der „kleinen" Revision.

Die Unzweckmäßigkeit und Undurchführbarkeit zahlreicher Punkte des Versailler Vertrages hat bereits manche unserer Gegner dazu geführt, sich mit dem Gedanken der kleinen Revision zu befreunden. Sie stehen aber noch am Anfang der Erkenntnis, und es mag ihnen schwer werden, sich den Umfang der Aufgaben einzugestehen, die ihrer harren. Ziel der kleinen Revision muß sein, die Existenzmöglichkeit Deutschlands zu sichern. Dazu gehört als erstes die Hilfeleistung unserer bisherigen Feinde mit Lebensmitteln, Rohstoffen und Kredit. Im Friedensvertrag (Art. 251) ist eine derartige Unterstützung vorgesehen, und das Londoner Wirt-

Digitized by Google

schaftsmanifest des alliierten Hohen Rates zeugte bereits von dämmernder Einsicht. Kredit und Wiederaufbau sind aber in erster Linie abhängig von der Sicherheit Deutschlands. Diese wird von außen her nur durch den Feindbund gefährdet. Er ist letzten Endes auch für die inneren Krisen verantwortlich, deren stärkste Triebfeder der Hunger, und deren letzter Grund der Versailler Vertrag ist. Der Vorgang der Genesung, an dem unsern Gegnern soviel gelegen sein muß, kann nur fortschreiten, wenn Sicherheit gegeben wird, daß Eingriffe, wie die Besetzung des Maingaues, und der endlose Kleinkrieg schikanöser Noten aufhören. Die Katastrophe der deutschen Valuta übt eine unverkennbare Rückwirkung auf die Länder des Feindbundes aus. Es ist ein Irrtum, zu glauben, der Wert der Mark sei vor allem von der Steigerung der deutschen Ausfuhr abhängig. In den Zeiten ihres größten Kursrückganges konnten Rußland (Anfang und Mitte des vorigen Jahrhunderts) und die südamerikanischen Staaten (während des letzten Menschenalters) regelmäßig eine aktive Handelsbilanz aufweisen. Die erste Vorbedingung für die Hebung der deutschen Valuta ist das Vertrauen in Deutschlands Zukunft, also die Sicherheit Deutschlands vor der Willkür seiner Gegner und die Festsetzung einer erträglichen Wiedergutmachungsschuld. Ein weiterer Hauptpunkt für die kleine Revision ist die Befreiung von der Allmacht der „Commission de Réparations". Deutschland kann nicht an die Arbeit gehen, solange der Wiedergutmachungsausschuß befugt ist, alle Erträge deutschen Fleißes zu beschlagnahmen. Auch wird sich in Deutschland keine Regierung auf die Dauer halten können, deren wesentlichste Aufgabe es ist, die Kriegsentschädigung für den Feindbund beizutreiben.

Zu dieser Einsicht können und werden sich unsere Gegner nur bequemen, wenn wir ihnen die Notwendigkeiten an der Hand der Tatsachen beweisen. Es ist daher eine durchaus falsche Politik, fortgesetzt den Willen zu einer „loyalen" Ausführung des Friedensvertrages zu versichern, statt immer wieder auf seine Undurchführbarkeit und Unerfüllbarkeit hinzuweisen.

Der Versailler Vertrag ist nicht unabänderlich. Die gegnerischen Friedensdelegierten werden es in ihrer Mehrzahl auch nicht als ihre Aufgabe angesehen haben, ein Grundgesetz für die europäische Politik auszuarbeiten. Sie wollten vielmehr eine Basis schaffen, die ihnen bei allen späteren Verhandlungen eine unbedingte Ueberlegenheit über die Besiegten sicherte. Dies haben sie jedenfalls erreicht, was auch sonst ihre Absichten gewesen sein mögen. Beim Kampf um die Revision wird es daher die erste Aufgabe der deutschen Politik sein, diese Basis zu untergraben.

Aus eigener Kraft eine Aufhebung des Versailler Friedens in dem Sinne zu erwirken, daß seine Bestimmungen widerrufen werden, und das uns zugefügte Unrecht als solches anerkannt wird, können wir nicht

Digitized by Google

erhoffen. Dagegen läßt sich als Ziel sehr wohl erreichen, daß der Versailler Vertrag in Nichtbeachtung versinkt und seine Bestimmungen durch Abmachungen ersetzt werden, die gerecht sind und auf freien, gegenseitigen Vereinbarungen beruhen. Es würde sich also um völlig neue und zeitgemäße Abkommen handeln müssen, und es wäre jedesmal von ganz besonderer Bedeutung, zu verhindern, daß der Friedensvertrag den Ausgangspunkt der Verhandlungen bildet.

Um letzteres zu erreichen, ist es erforderlich, immer wieder darauf hinzuweisen, daß der Vertrag von Versailles auf Betrug und Gewalt aufgebaut ist. Betrug, da er nicht den mit dem Gegner vereinbarten Richtlinien Wilsons entspricht; Gewalt, weil wir durch die Drohung der Wiederaufnahme des Krieges zur Unterzeichnung gezwungen wurden, nachdem wir die Waffen im Vertrauen auf die Vereinbarungen vom November 1918 niedergelegt hatten. Jedem Hinweis auf unsere Unterschrift sollten wir mit dem Einwand des Betruges begegnen.

Während die Vorbedingungen für die „kleine" Revision von der Natur gegeben, bzw. vom Feindbund selbst gezeitigt sind, müssen die der „großen" zumeist von uns selbst geschaffen werden. Geschichtliche Erfahrung und politische Logik lehren, daß der Wunsch, begangenes Unrecht wieder gut zu machen, und die Erkenntnis der wahren Interessen Europas allein niemals genügen werden, um den Vertrag zu Fall zu bringen. Der Gegner wird sich vielmehr so lange an den Versailler Vertrag klammern, als er ihm Vorteil zu gewähren scheint, und so lange, als er die Macht hat, ihn aufrechtzuerhalten. Vorbedingung für die „große" Revision ist daher, daß die Völker des Feindbundes mit der Pariser Lösung unzufrieden werden — wenn sie z. B. einsehen, daß diese Lösung ihren Interessen nicht dient —; ferner aber, daß wir die Macht unserer Gegner, den Friedensvertrag aufrechtzuerhalten, untergraben.

Militärische Machtmittel kommen für die Revision des Friedens nicht in Frage. Wir besitzen sie nicht mehr und haben keine Aussicht, sie wieder zu erlangen. Selbst wenn der Weg, der unseren Nationalisten vorschwebt, gangbar wäre, würde er weder der sicherste noch der zweckmäßigste sein. Andere, bessere Mittel stehen zur Verfügung. Durch die naturnotwendige kleine Revision wird der Versailler Vertrag bereits in wichtigen Punkten unterhöhlt. Wir können und müssen aber diesem „Straf"-Frieden seine wesentlichste Stütze entziehen, indem wir die Legende von Deutschlands *alleiniger* Schuld am Kriege ausrotten und jedem Lande das gerechte Maß seiner Verantwortung aufbürden. Dadurch würde der logische Aufbau des Versailler Vertrages hinfällig. Sehr wesentlich ist ferner, daß wir uns nach Möglichkeit dem direkten militärischen Druck des Feindbundes entziehen. Hierzu ist in erster Linie ein unablässiger Einspruch gegen die Besetzung der Rheinlande erforderlich. Diese entbehrt einem entwaffneten

Digitized by Google

Volke gegenüber jeder inneren Berechtigung, und es dürfte uns nicht schwer fallen, im Auslande Bundesgenossen gegen solche militaristischen Aeußerungen einer überlebten Vorstellungswelt zu sammeln. Für den Kampf gegen diesen Militarismus können wir die gesamte Rüstkammer unserer Gegner übernehmen. Die feindlichen Regierungen haben zurzeit ohnehin für diese Requisiten keine Verwendung. Sie haben aber während des Weltkrieges den Boden für unsere Propaganda gut vorbereitet.

Negative Argumente genügen jedoch keineswegs zur Einwirkung auf die feindlichen Völker. Um ihnen aber Positives zu bieten, brauchen wir uns nur zum Wortführer der neuen Zeit zu machen. Europa, das durch Krieg und Revolution ungeheure Einbuße erlitten hat, läuft Gefahr, zu verarmen und in die Abhängigkeit reicher und mächtiger überseeischer Länder zu geraten. Die Quelle seines Reichtums ist seine Arbeitskraft. Diese kann nur durch Organisation weiter gesteigert werden, und zwar läßt sich die Arbeitsleistung um so höher heben, je größer der Kreis der Länder ist, die sich zur Teilung der Arbeit und Ergänzung ihrer Leistungen zusammenschließen. Da die ungeheuren Schäden des Krieges auf keine andere Weise als durch Erhöhung der Arbeitsleistung behoben werden können, läßt sich die Entwicklung zum Zusammenschluß nicht aufhalten, auch nicht durch den Gewaltfrieden von Versailles. Der Versuch, die Wiederherstellung Europas auf der Versklavung Deutschlands zu begründen, muß schon deshalb scheitern, weil höchster Arbeitswille nur von der freiwilligen Mitarbeit zu erwarten ist. Wenn erst der Gegner zur Erkenntnis gelangt, daß das von ihm ungeheuer überschätzte deutsche Volksvermögen nicht entfernt ausreicht, um seine Forderungen zu befriedigen, und daß die Wunden des Krieges nur auf dem Wege des gemeinsamen Wiederaufbaues und durch überstaatlichen Zusammenschluß geheilt werden können, wird er sich einer grundlegenden Revision des Friedens nicht mehr verschließen. Dann wird die Zeit gekommen sein, um die Gedanken zu verwirklichen, die deutscherseits in Versailles vorgetragen, aber vom Feindbund abgelehnt wurden. Als Wortführer der Gedanken einer neuen Zeit wird Deutschland auf der ganzen Welt Gehör finden und Freunde werben können. Wer in dem Meinungsstreit der Völker einen Gedanken zu vertreten weiß, schafft sich im fremden Lager eine Partei.

Wir dürfen niemals vergessen, daß das Land, welches um die Revision des Versailler Friedens kämpft, ein neues Deutschland ist, das die Welt noch nicht kennt, und dessen wir uns selbst erst bewußt werden müssen. Früher waren wir ein territorial saturierter Staat, der als Unterdrücker fremder Nationalitäten galt. Heute leidet Deutschland an der größten Diaspora und an der größten Irredenta. Das Deutschtum kämpft um seine Freiheit gegen die Fremdherrschaft und genießt deshalb alle

Digitized by Google

jene Sympathien, die den Freiheitskämpfern aller Zeiten zugeflogen sind. Noch immer wird Frankreich als Vorkämpfer des Fortschrittes angesehen und gefeiert. Zu Unrecht. Es nimmt eine Stellung ein, die dem üblen Nachruf des früheren Deutschland entspricht, und ist eins der militaristischsten und reaktionärsten Länder Europas. Es steht heute in unserer Macht, diejenigen zu sein, die der Welt die Gedanken der neuen Zeit verkünden. Der Geist des Fortschrittes spielt in unseren Beziehungen zu fremden Völkern eine größere Rolle als die Zahl unserer Bataillone, um die sich die militärischen Sachverständigen streiten.

Ein sehr großer Teil der Vorarbeiten für die Revision besteht in Propaganda, aber nicht in der Propaganda alten Stils, auch nicht in der der Regierung. Dieser sind die Hände gebunden durch den Friedensvertrag, die zahllosen Kommissionen des Feindbundes und den Mangel an Geldmitteln. Sie kann auch nicht die vorzüglichen Gelegenheiten ausnützen, die die Anwesenheit von Tausenden beamteter und nichtbeamteter Angehöriger des Feindbundes bietet, die die Neugier nach Deutschland treibt, ähnlich den zahllosen Deutschen, die während des Krieges nach Belgien, Polen und dem Balkan reisten. Diese werden notwendigerweise von den deutschen Vorstellungen beeinflußt, und nehmen einen Hauch unserer Gedankenwelt mit in ihre Heimat zurück. Es ist weniger die Aufgabe der deutschen Regierung, wie die jedes einzelnen Deutschen, und vor allen Dingen derer, die durch den Friedensvertrag unmittelbar berührt werden, unablässig auf die öffentliche Meinung des In- und Auslandes einzuwirken und das deutsche Programm für eine Revision der Friedensverträge fertigzustellen.

Das erste Ziel muß sein: eine einheitliche Front im Innern und ein großes Heer von Revisionsfreunden im Ausland. Dann können wir mit Aussicht auf Erfolg den Kampf gegen den Versailler Frieden aufnehmen. Es wird ein Kampf der Geister sein, und muß zu einem Ringen der alten Zeit mit der neuen führen. Die größte Aussicht auf politischen Erfolg hat der, der es versteht, seine Ziele mit den Zeitströmungen in Einklang zu bringen und sich mit den Geistern des Fortschrittes zu verbünden. Die reaktionäre Haltung des Feindbundes und sein Festhalten an den Gedanken einer überlebten Vorstellungswelt machen uns unsere schwere Aufgabe leicht.

Deutsch-französische Wirtschaftsbeziehungen

Von Dr. G. v. Schulze-Gaevernitz, M. d. R.

Es ist eine Tatsache, welche heute nicht mehr bezweifelt werden kann, daß das Schicksal des französischen Budgets und der Valuta an das Schicksal des deutschen Budgets und der deutschen Valuta gebunden ist. Frankreich ist wirtschaftlich verloren ohne die von Deutschland erhofften

Digitized by Google

Entschädigungszahlungen. Diese Zahlungen aber können nicht geschehen auf Kosten des deutschen Konsums, welcher bei allgemeiner Unterernährung nicht weiter herabzudrücken ist, sondern nur durch Steigerung der Produktion der deutschen Volkswirtschaft. Eine solche Steigerung ist aber nur möglich, wenn man dem deutschen Volke die Hoffnung läßt, durch wirtschaftliche Arbeit selbst emporzukommen. Keine Gewaltpolitik hebt über den alten Satz der Nationalökonomie hinweg: „*Sklavenarbeit ist unproduktiv.*“ Frankreich wird tatsächlich mehr bekommen, wenn es seine Entschädigungsforderungen in maßvollen Grenzen hält, welche dem deutschen Volke erlauben, sich zu erholen.

Aber diese finanzielle Interessengemeinschaft gilt auch auf anderen, nicht minder wichtigen Gebieten.

Trotz dem viel angegriffenen Art. 11 des Frankfurter Friedens, der bekanntlich durch den französischen Unterhändler — Pouyer Quertier — in den Vertrag gebracht worden ist, trotz dem hochgesteigerten Schutzzollsystem, welches beide Nationen verfolgten, trotz politischen Verstimmungen und chauvinistischen Preßergüssen hat sich — zum Vorteil beider Völker — der deutsch-französische Warenaustausch seit den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts in bemerkenswerter Weise gesteigert. Diese Steigerung war in den letzten Jahren vor dem Kriege eine geradezu sprunghafte. Betrachten wir folgende Ziffern:

	1895	1909	1912
	in Millionen Mark		
Ausfuhr Frankreichs nach Deutschland	229,9	485,1	552,2
Ausfuhr Deutschlands nach Frankreich	202,8	455,1	689,4

Frankreich und Deutschland waren sich gegenseitig wichtige und entwicklungsfähige Märkte; dabei war Deutschland wichtiger für Frankreich als umgekehrt; denn Deutschland hatte ebenso gute oder bessere Märkte in England, Oesterreich-Ungarn, Rußland und den Vereinigten Staaten, während diese Länder für Frankreichs Ausfuhr von viel geringerer Bedeutung waren. Deutschland war neben England der beste Abnehmer französischer Waren; es hat vor Beginn des Krieges etwas sechzehnmal soviel französische Waren gekauft als das verbündete und von Frankreichs Geld bewässerte Rußland. Wenn Deutschland ziffernmäßig mehr nach Frankreich verkaufte als Frankreich nach Deutschland, so sandte uns Frankreich überwiegend hochwertige Luxusartikel, an denen mehr verdient wird.

Aller Revanchepolitik zum Trotze waren diese Tatsachen wichtig genug, um sich im öffentlichen Bewußtsein schrittweise durchzusetzen, insbesondere dank den Bemühungen einiger Franzosen, die im Interesse der französischen Ausfuhr Deutschland bereist hatten. Ihre Berichte verfochten die Wahrheit, die trotz aller Selbstverständlichkeit so schwer einleuchtet, daß der reiche Nachbar ein besserer Abnehmer ist als der arme. Gerade

Digitized by Google

die staunenswerte Reichtumvermehrung Deutschlands kurz vor dem Kriege bot für Frankreichs Exporteure erhebliche Aussichten. Lassen wir diese Franzosen zu Worte kommen. Senator Herriot, der hochangesehene Bürgermeister von Lyon, erklärte im „Journal", daß Deutschland für Frankreich als Kunde unersetzlich sei und in seiner Aufnahmefähigkeit größere Zukunftsmöglichkeiten biete als selbst England. Senator Bourdon warnte vor einem Zollkriege, der Frankreich mehr schaden würde als Deutschland. Victor Cambon, den der „Temps" als den besten Kenner Deutschlands bezeichnete, erklärte im Vorwort zur zweiten Auflage seines Werkes: „Deutschland an der Arbeit", dieses Deutschland für das friedlichste Land Europas, weil es für Zwecke seines riesenhaften Wirtschaftsaufschwungs des Friedens mehr bedürfe als irgendein anderes Land. Cambon warnte vor den Gefahren des unheilvollen Vergnügens, vor der Wahrheit die Augen zu verschließen. Der bekannte Deputierte der Sarthe, Unterstaatssekretär M. Ajam, erklärte in seinem Buche: „Das wirtschaftliche deutsch-französische Problem": „Kein Franzose, der in Deutschland war, wird erstaunt sein, zu vernehmen, daß ich überall mit der größten Höflichkeit, um nicht zu sagen Zuvorkommenheit, aufgenommen wurde. Auf die Gefahr hin, wieder von den Nationalisten verspottet zu werden, schreibe ich, daß alle Deutschen ausnahmslos, soweit sie dem Kreis der Geschäftsleute angehören, leidenschaftliche Verfechter der Aufrechterhaltung des europäischen Friedens sind." — Bemerken wir wohl, daß die angeführten Aeußerungen aus den letzten Jahren kurz vor Ausbruch des Krieges stammen, und daß ihre Urheber unbezweifelte Patrioten waren, die über sterilen Protest hinaus das Wohl ihres Landes verfolgten.

Diese Gemeinsamkeit der Wirtschaftsinteressen muß nach dem Kriege mit gebieterischer Notwendigkeit wieder zum Durchbruch gelangen. Sobald der Wahnsinn der Kriegsleidenschaft verraucht sein wird, tritt an Europa die Aufgabe des wirtschaftlichen Wiederaufbaus heran, deren Größe heute noch gar nicht zu übersehen ist. Wenn es sich darum handeln wird, die Wunden zu heilen, die dieser fürchterlichste aller Kriege geschlagen hat, dann ist die „Fortsetzung des Krieges nach dem Kriege" unmöglich. Es ist von einsichtigen Franzosen zugegeben worden, daß in einem Zollkriege zwischen Deutschland und Frankreich, wie oben bemerkt, der größere Schaden auf seiten Frankreichs liegen würde. Dieser Satz wird erst recht in Zukunft gelten. Dies ergibt sich aus der Art der Waren, die Frankreich und Deutschland gegenseitig austauschen. — Deutschland exportierte vor dem Kriege nach Frankreich in erster Linie Maschinen und Kohlen, die Frankreich entweder gar nicht oder nicht ebenso billig von anderwärts her beziehen kann. Cambon wies kurz vor Ausbruch des Krieges darauf hin, daß Frankreich ohne rheinische Kraftmaschinen seine Werften und viele Fabriken stillegen müßte und

Digitized by Google

bekräftigte diese Behauptung durch eine Fülle von Beispielen aus den verschiedensten Industrien. Ich selbst hörte gelegentlich von deutschen Maschinenfabrikanten, daß Kunden unter dem Druck der chauvinistischen Preßkampagne zeitweise ausblieben, aber bald wieder zur deutschen Geschäftsverbindung zurückkehrten, weil sie weder in England noch in Amerika einen für französische Gewohnheiten und Arbeitsmethoden gleich geeigneten Ersatz finden konnten. — Auf der anderen Seite exportierte Frankreich nach Deutschland Luxus- und Qualitätswaren, auf welche Deutschland verzichten kann, wenn es durch Verarmung zu diesem Verzicht gezwungen ist. Frankreich hat das größte Interesse an der Wohlhabenheit des deutschen Marktes; es hat das Interesse, daß der französische Geschmack für Deutschland seine Anziehungskraft behauptet. Boykott erzeugt Boykott, aber unter dem gegenseitigen Boykott leidet derjenige schwerer, der die entbehrlicheren Waren zu Markt bringt. In vielen Fällen war das Verhältnis derart, daß zwischen Frankreich und Deutschland dieselben Warengattungen ausgetauscht wurden, wobei Frankreich von Deutschland die mittleren Qualitäten, Deutschland von Frankreich die besten Qualitäten kaufte. Es galt dies z. B. von künstlichen Blumen, Tapeten, Parfümerien, Bronzen, Films für Kinos usw. Es ist ohne weiteres klar, daß im Falle eines Wirtschaftskrieges die Qualitätsware mehr leidet als die durch ihre Billigkeit sich einführende und anpassende mittlere Ware, zumal in Zukunft der allseitig einsetzende Steuerdruck schon ohnehin ein Feind der hohen Qualitäten sein wird. — Im einzelnen:

Deutschland war vor allem ein Markt hochwertiger Erzeugnisse der französischen Landwirtschaft. Es kaufte von allen Ländern der Welt am meisten von der großen Stapelware des französischen Winzers: „Wein in Fässern". Es kaufte davon um ein Mehrfaches soviel als England.

Ausfuhr 1912 von Wein in Fässern nach der französischen Statistik:

Nach Großbritannien	110 000 dz (Quintaux)
nach Deutschland	669 000 dz

Als Abgesandter des Musée Social hat Herr Abadie den deutschen Frühgemüsemarkt studiert; er faßt das Ergebnis seiner Studien 1913 in folgende Worte zusammen: „Es handelt sich hier um ein beschränktes, sogar schwieriges Handelsgebiet, aber es ist um so interessanter. Die Deutschen kaufen unsere französischen Produkte gern, da sie sie sehr schätzen. Die französische Marke ist von seiten der Konsumenten eine derartige Empfehlung, daß man den Exporteuren raten muß, ihre Etiketten auf beide Korbdeckel zu kleben, damit die Käufer sie mühelos bemerken." Aehnliches gilt von jenen zahlreichen Industrien, die als „weibliche Industrien" vor allem in Paris ihren Sitz haben. Denken wir an jene Roben, Hüte, Federn, Blumen usw., bei denen nicht der Stoff, sondern

Digitized by Google

der Geschmack bezahlt wird. Verkörpert in Ausfuhrware, leitet dieser Geschmack Millionenwerte nach Frankreich. Ein Pariser Hut — ein Nichts —, ein Lächeln der Göttin Mode, das dem „glücklichen" Gatten teuer zu stehen kommt. Ajam spricht von der Tyrannei, welche Pariser Modehäuser, ähnlich wie die französischen Possendichter, im Auslande ausüben und verspottet die Bewunderung, welche seine reizenden Landsmänninnen als „mannequins" einheimsen. Er hat wohl von den Bestrebungen um eine „deutsche Mode" gehört, die nicht nur Deutschland von Paris unabhängig machen, sondern ihre Eroberungszüge auch auf neutrale Märkte ausdehnen will. Durch nichts würde dieser Selbständigkeitsdrang mehr gefördert als durch einen „Wirtschaftskrieg nach dem Kriege", der den Nationalismus sogar in Toilettenfragen zum Schiedsrichter ausriefe. Aehnliches gilt von einem dritten wichtigen Zweige der französischen Ausfuhr, der Lyoner Seide. Es ist sonnenklar, daß der deutsche Markt von heute in seiner Verarmung und seinem Währungselend sich gerade der Einfuhr aus Frankreich am ehesten verschließen muß, nicht etwa aus bösem Willen, sondern wegen der eigentümlichen Art der französischen Erzeugnisse.

Die angeführten Tatsachen, die sich noch um viele ähnliche vermehren ließen, müssen einsichtige Franzosen zu der Erkenntnis führen, daß der wirtschaftliche Ruin Deutschlands, wie er im Versailler Friedensvertrag vorgesehen ist, auch die wirtschaftlichen Interessen Frankreichs auf das schwerste schädigt. Es gilt dies insbesondere von der Kohlenfrage, die in erster Linie eine Frage der Kohlenbeförderung ist. Bekanntlich haben die Arbeiter des Ruhrkohlenbeckens vor kurzem freiwillig sich bereit erklärt, Ueberschichten zu leisten, aber letztere mußten vielfach wiedereingestellt werden, weil die Kohlen infolge des Mangels an Eisenbahnmaterial sich anstauten. Nun steht die Tatsache fest, daß ein großer Teil der von Deutschland gemäß der Waffenstillstandsbedingungen abgelieferten Lokomotiven in Frankreich unbrauchbar ist und verrostet. Hätten die Franzosen nicht das allergrößte Interesse daran, diese Maschinen schnellstmöglich wieder zurückzustellen? Dasselbe gilt von der Zukunft Oberschlesiens. Wird es polnisch, so werden die Polen dadurch veranlaßt, ihre eigenen Kohlenvorräte zu vernachlässigen und unentwickelt zu lassen. Die deutsche Ruhrkohle dagegen, auf welche Frankreichs Ansprüche gerichtet sind, muß zur Versorgung Ostdeutschlands herangezogen werden. Ist es ein Interesse Frankreichs als des Gläubigers, seine Hypothek auf Deutschland durch Weggabe eines wertvollen Rohstoffgebietes zu verschlechtern?

In der Tat: Deutschland und Frankreich sind — mögen sie wollen oder nicht — durch Interessengemeinschaft aneinander gebunden. Dieser Einsicht wird die heute durch die Kriegsleidenschaft noch verschleierte Tat-

Digitized by Google

sache zu Hilfe kommen, daß weder das deutsche noch das französische Volk diesen Krieg gewollt haben, der von einigen Machthabern herbeigeführt wurde. Erinnern wir uns daran, daß bei den Wahlen des Jahres 1913 die Revanchepolitiker eine Niederlage erlitten, und daß das französische Volk bei seiner letzten Befragung vor dem Kriege sich damit für eine Verständigung mit Deutschland aussprach.

Heute ist Frankreich mit uns besiegt; denn seine Weltstellung hängt nunmehr allein vom guten Willen der Angelsachsen ab. Trotz des Triumphes, den es heut voll auskostet, wird das französische Volk an seine Führer die Frage richten: Hätte eine Verständigung mit Deutschland die Zukunft Frankreichs nicht besser gesichert? Aber auch jetzt ist es noch nicht zu spät. Richtig aufgefaßt, könnte die Wiederherstellung des verwüsteten Nordfrankreich ein Mittel der Völkerversöhnung sein. Versöhnlich sollte aber auch der Gedanke wirken, daß tatsächlich Deutschland mehr gelitten hat als Frankreich. Ein trauriger Anblick, diese französischen Ruinenstädte! Ein traurigerer Anblick jedoch die menschlichen Ruinen in Deutschland: Frauen und Kinder. Der französische Norden wird blühen, wenn viele Tausende von Deutschen infolge der Wirkungen der Blockade und der Unterernährung in ihrer Kindheit ein brüchiges Dasein führen werden.

Der türkische Friede

Von Prof. Arthur Salz (München)

Wieder lauscht die Welt und hält gespannt den Atem an. Vor dem Tribunal der Weltenrichter, dem Bunde der Gerechten, erscheinen als letzte der Delinquenten, denen das Urteil zu sprechen ist, die Abgesandten des „Fürsten aller Gläubigen", des Kalifen der islamischen Welt und Sultans des ottomanischen Reiches, um den Spruch zu hören. Vor etwa Jahresfrist hatte man ihnen ruhmlos die Tür gewiesen und sie unverrichteter Dinge wieder nach Hause geschickt. Jetzt endlich ist die Stunde des Schicksals gekommen.

Nach langen und offenbar äußerst mühevollen Arbeiten, die aber weniger dem Studium der einschlägigen tatsächlichen Verhältnisse als vielmehr dem Feilschen und Handeln der kointeressierten Parteien über die jedem zufallenden Anteile an der Beute gewidmet waren, ist endlich der türkische Friedensvertrag auszugsweise an das Licht der Oeffentlichkeit getreten.

Die Welt hat neulich aus dem Munde Lloyd Georges die verheißungsvolle Antwort gehört, die er einer mohammedanischen Abordnung aus Indien, die um einen milden Frieden für die Türkei bat, gab: der Türkei werde Gerechtigkeit zuteil werden, so, wie Deutschland und Oesterreich-

Digitized by Google

Ungarn Gerechtigkeit widerfahren sei. Nun wußte alle Welt Bescheid, daß es um die Türkei geschehen, daß ihr das Todesurteil gesprochen sei.

Wenn es den Siegern darum zu tun gewesen wäre, wirklich einen gerechten und für alle Teile erträglichen Zustand im Orient zu schaffen, so hätten sie in dem Vorschlag Wilsons, eine Studienkommission solle sich an Ort und Stelle über die ethnographischen und wirtschaftlichen Verhältnisse sowie über die Bedürfnisse der Bevölkerung Kenntnisse verschaffen, ein ausgezeichnetes Mittel gehabt. Darum begrüßten die Türken seinerzeit diesen Vorschlag, weil sie noch die Illusion nährten, das Wilsonsche Programm mit der Selbstbestimmung der Nationen solle auch auf sie Anwendung finden. Freilich wäre, um aus der Studienkommission ein brauchbares Instrument zu machen, nötig gewesen, die Besatzungen aus den strittigen Gebieten abzuberufen und sie durch neutrale oder amerikanische zu ersetzen. Aber was lag den Mächten an den Tatsachen, was an den Wünschen der Bevölkerung? Das Schicksal der Türkei war ja schon von vornherein besiegelt, und wenn die Kommission überraschende und unerwünschte Ergebnisse geliefert hätte, so wären die Pläne der Entente, deren einzelne Mitglieder sich ohnehin über die orientalische Beute nicht einigen konnten, völlig durchkreuzt worden. Zwar hatte schon Gobineau in seinem Buche über Zentralasien im Jahre 1865 gesagt: „Es mit Nationen zu tun zu haben, ohne sie zu kennen, ohne sie zu verstehen, ist gut für Eroberer; weniger gut für Alliierte und Protektoren; aber nichts ist verächtlicher und unsinniger für Zivilisatoren, was zu sein wir den Anspruch erheben." Solche Erwägungen aber finden bei den Staatsmännern von heute kein Ohr. Vollends seit Wilson seinem ursprünglichen Programm auch bezüglich der Orientfragen untreu geworden ist und die Vertreibung der Türken auch aus Konstantinopel verlangt hat.

Offenbar hat er sich von dem dummdreisten Buche des amerikanischen Botschafters in Konstantinopel, Morgenthau, beeinflussen lassen, das ja unverständlicherweise auch in Deutschland zumindest einen Lobredner gefunden hat, oder gar von den christlichen Missionsgesellschaften, die trotz ihres offiziellen Standpunktes: „Führe uns nicht in politische Versuchung, sondern erlöse uns von dem politischen Uebel" ein mächtiges Werkzeug der Politiker und, seitdem die Amerikaner sich im großen Stile der Mission bemächtigt haben, der anglo-amerikanischen Finanzoligarchie geworden sind.

Dieser Friede der sogenannten Gerechtigkeit leistet der tiefwurzelnden Anschauung der Mohammedaner, daß ihnen gegenüber die christlichen Mächte Europas eine einzige solidarische Phalanx bilden, die den Islam aufreiben und vernichten wollen, mächtig Vorschub. Er wird unvermeidlich

Digitized by Google

den religiös-politischen Fanatismus in der ganzen islamischen Welt aufs neue entfachen.

Wofür ist denn die Türkei in den Krieg eingetreten? Es ist ein billiger Witz, unwürdig eines der größten lebenden Orientalisten, den „heiligen Krieg" als made in Germany zu bespötteln. Für die Türken handelte es sich keineswegs um die Unterstützung des vorgeblichen, auf Welteroberung ausgehenden deutschen Imperialismus, auch nicht um eigene weitgehende Eroberungspläne, sondern für den türkischen Staat war dieser Krieg der Versuch, die papierene Souveränität durch eine reale zu ersetzen und sich mit dem ehrlichen Mittel des Kampfes von Europa unabhängig zu machen. Es sollte der Befreiungskrieg der mohammedanischen Welt sein. Der Friede, den man diktiert, ist die Züchtigung für dieses Unterfangen und wenn, wie behauptet wird, das Volk den Krieg nicht verstand, diesen Frieden wird es verstehen.

Denn dieser Frieden bedeutet nicht nur, daß das türkische Reich zerrieben, zerstückelt, aufgeteilt, zum Schatten seiner selbst wird, er bedeutet einen provozierenden Faustschlag ins Gesicht der ganzen islamischen Welt und aller derjenigen Völker, die ihr Schicksal vertrauensvoll in die Hände der Verbündeten gelegt haben.

England erhält den Löwenanteil an der Beute. In dem es sich im Irak von Mossul bis Bassorah und in Palästina als „Mandatarmacht" festsetzt, das auf Kosten der Türkei vergrößerte Großgriechenland „portugalisiert", den Türken die Flotte nimmt, alle Verkehrswege (Eisenbahnen) unter seine ausschließliche oder mit den Verbündeten geteilte Kontrolle stellt, den Schlüssel zum Zugang des Schwarzen Meeres in seine Tasche steckt, und durch zahlreiche andere Bestimmungen hat es, schon bisher die Vormacht der islamischen Welt, seine Suprematie über diese endgültig stabilisiert. Das großarabische Königreich des Scherif Hussein und seiner Söhne, der während des Krieges den Verlockungen des englischen Goldes erliegend, in unglaublicher Verblendung den Türken in den Rücken fiel, ist eine bloße Dependence des englischen Weltreichs und dient im Augenblick England dazu, die französischen Ansprüche im Orient möglichst zu beseitigen. Indem England auf der einen Seite, Frankreich auf der anderen sich zwischen den islamischen Staat der Türken in Kleinasien und zwischen den islamischen Araberstaat in Syrien einschiebt, will es einen später möglichen Zusammenschluß der zwei islamischen Staaten zu einem islamischen Einheitsstaat nach dem alten Rezept: trenne und beherrsche — verhindern.

Frankreich sieht sich um die Früchte seiner langjährigen, mit großen Kosten gesponnenen Intrigen in Syrien betrogen und fühlt sich bei der Beuteverteilung stark benachteiligt. Nachdem es die Herrschaft über ganz Syrien für sich beansprucht hatte und sich die größte Mühe gab, das Wilajet Adana, das unter dem Namen Cilicien bekannt ist und niemals

Digitized by Google

zu Syrien gehörte, in Nordsyrien umzutaufen und auch dieses Stück aus dem Leibe des türkischen Reiches zu reißen, erhält es im Frieden zwar ein Mandat über Cilicien und Syrien, dessen realer Wert aber höchst zweifelhaft ist, da es sich darüber mit dem König von Syrien, dem Emir Faisal, auseinanderzusetzen hat und dieser vorerst keine Miene macht, auf die ihm von den Engländern gemachten Versprechungen hinsichtlich seiner Unabhängigkeit zu verzichten. Vielleicht darf sich Frankreich für den Entgang der orientalischen Beute an — Deutschland schadlos halten. Aber Frankreich büßt nicht nur seine materielle, wirtschaftliche Vorzugsstellung im Orient ein — es schneidet bei der Regelung der Eisenbahnfragen sehr schlecht ab — sondern auch seine politische, ideelle. Das katholische Protektorat, das seit dem Mittelalter eine starke Stütze für die Stellung Frankreichs im Orient war, wird ihm genommen und, soweit es Minoritätenschutz ist, dem Völkerbund, soweit Aufsicht über die heiligen Stätten der Christenheit, einer englischen Kommission unter Kontrolle des Völkerbundes übertragen.

Italien, das übrigens die Verantwortung für die Folgen dieses Friedens abgelehnt hat und sich nur widerwillig an dem unsauberen Geschäft beteiligt, erhält als wirtschaftliche Einflußsphäre das Gebiet von Konia und Adalia zugewiesen und die Ausbeutung der Kohlenminen von Heraklea am Pontus.

Die Türkei wird nämlich nicht nur amputiert, indem sie große Gebiete gänzlich verliert, sondern der verbleibende Rest wird auch noch in verschiedene Einflußsphären geteilt. Den Türken wird im Friedensvertrag zugemutet, daß sie alle diesbezüglich zwischen den Verbündeten bestehenden Vereinbarungen von vornherein gutheißen und annehmen. Gerade diese Bestimmung zeigt, wie wenig man sich um Wilson und sein Programm, das ausdrücklich die offene Tür für alle verlangt, gekümmert hat.

Das Griechenland von Venizelos triumphiert. Es erbt den türkischen Besitz in Europa und im Aegäischen Meer. Es erhält Thrazien samt der jedem Türken durch ehrwürdige geschichtliche Erinnerungen heiligen Stadt Adrianopel; es verbleiben ihm die Gebiete um Smyrna, die es widerrechtlich, wenn nicht geradezu auf Anstiften Englands im Frühjahr 1919 okkupiert hat, ja, es wird ihm sogar Smyrna, eine zweifellos türkische Stadt, tatsächlich zugesprochen, wenn auch nominell die Souveränität des Sultans, vorbehaltlich einer späteren Volksabstimmung, aufrechterhalten wird.

Der Türkei verbleibt von ihrem ehemals großen Besitz in Europa nichts als der äußerste Zipfel der Halbinsel, auf deren Spitze Konstantinopel liegt. Tatsächlich sind die Türken aus Europa vertrieben, und wenn man sich in letzter Stunde entschlossen hat, den Sultan-Kalifen in Konstantinopel zu dulden, so ist er nur eine Geisel und ein Gefangener der Entente,

Digitized by Google

die, nachdem sie entgegen den Bestimmungen des Waffenstillstands Konstantinopel militärisch besetzt und alles, was an türkischen Patrioten und an türkischer Intelligenz vorhanden war, in die Verbannung geschickt hatte, ihre Garnisonen nicht mehr von dort zurückzuziehen entschlossen ist. Die Souveränität der Türkei über Konstantinopel ohne Hinterland und im Schußbereich der Kanonen der Alliierten und der Griechen, ist eine bloße Fiktion geworden.

Die Türken werden nach Kleinasien zurückgedrängt, aber sie erhalten das Stammland ihrer einstigen Größe nicht unverkürzt. Im Westen nehmen die Griechen ein Stück, im Osten wird ein neuer unabhängiger Staat Armenien mit einem internationalisierten, d. h. anglisierten Ausgang zum Meere (Batum) geschaffen. Zwar werden die Grenzen dieses christlichen Staates erst später festgesetzt werden, aber von dem ihm zweifellos zugesprochenen Gebiete sind einige mit unstreitbar türkischer Majorität, und einstweilen befindet sich in dem Gebiete des neuen armenischen Staates das Hauptquartier der türkisch-nationalen Bewegung, die, wenn der neue Staat eine mehr als papierene Existenz führen soll, erst mit Waffengewalt niedergeworfen sein muß. Woher die Verbündeten die Armenier nehmen wollen, um diesen armenischen Staat zu bevölkern, ist vorläufig ihr Geheimnis. —

Dieses sind die Grundzüge des Friedens der „Gerechtigkeit", den die Verbündeten der türkischen Delegation vorgelegt haben.

Es wäre ein Irrtum, anzunehmen, daß bei der gegebenen Sachlage, d. h. nach der Niederlage der Türkei im Kriege, ein wirklich gerechter Friede unmöglich gewesen wäre, oder daß sich die Türkei einer gerechten und alle Teile befriedigenden Neuregelung der staatsrechtlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse im Orient entzogen hätte. Eine sinngemäße Anwendung des Wilsonschen Programms der 14 Punkte auf die Türkei hätte zu einer gerechten Lösung der „Orientfrage" führen können, wenn es den Verbündeten um eine solche zu tun gewesen wäre. Die Türken hätten vermutlich nicht viel einzuwenden gehabt gegen die Umwandlung ihres Staates in einen mohammedanischen Bundesstaat oder Staatenbund, der sich Europa und der sogenannten europäischen Zivilisation nicht feindlich gegenübergestellt hätte. Freilich würde ein solcher, den Forderungen der Gerechtigkeit wie den Bedürfnissen und Wünschen der Bevölkerung entsprechender Friede ganz anders aussehen als dieser Gewaltfriede. Aegypten, vom englischen Protektorat befreit, müßte volle Unabhängigkeit erhalten. Die Aegypter sind längst fähig, sich selbst zu regieren. Syrien mit Palästina und einschließlich dem Sandschak Der-Sor mit Aleppo und dem nördlichen Teil des Sandschak Laskie müßte volle Unabhängigkeit oder weitgehende Autonomie in einer durch Volksbefragung

Digitized by Google

näher zu bestimmenden Form erhalten. Die innere Autonomie des (christlichen) Libanon, die Rechte der Juden, die Rechte der kirchlichen Institute der Christen und Juden in Palästina könnten durch Spezialkonventionen gesichert werden. Die gleichen Grundsätze wären auf Mesopotamien mit den Wilajets Bagdad, Bassorah und Mossul anzuwenden und in Syrien und Mesopotamien ein von der Bevölkerung zu wählender Emir als Staatsoberhaupt einzusetzen. Das Hedjas unter der scherifischen Regierung, Yemen und Assyr unter einheimischen Fürsten, müßten unabhängig werden. Der eigentlich türkische Staat in seinen ethnographischen und wirtschaftlichen Grenzen, einschließlich des Wilajets Adrianopel, müßte volle Unabhängigkeit erhalten. Alle diese unabhängigen oder unabhängigen und autonomen Gebilde wären unter dem Titel: Vereinigte Staaten des Islam oder islamischer Bundesstaat mit dem Kalifen als kollektivem Souverän zu verbinden.

Klare und unzweideutige Verträge auf Grund des islamischen Staatsrechts könnten die Beziehungen eines jeden dieser Staaten und ihres Souveräns gegenüber dem Kalifat und dem Kalifen regeln, wobei als Grundsatz zu gelten hätte, daß kein Staat sich in die inneren Angelegenheiten des anderen mischen darf. Dieser ganze Staatenverband müßte dann in den Völkerbund aufgenommen werden.

Auf diese Weise würde Stabilität und Ruhe im Orient einkehren, ein Friede ohne Kontributionen und Annexionen und ohne Verletzung der Gefühle der Mohammedaner erreicht, der doch den europäischen Mächten die Gewähr für Freiheit der Meere und freie wirtschaftliche Betätigung böte. Die europäischen Mächte hätten, ohne die mohammedanische Bevölkerung zu knechten, sich wenigstens die Achtung der Orientalen erwerben können.

Nichts von alldem ist geschehen; die brutale Macht pocht auf das Recht des Stärkeren, und das türkische Reich, das auf eine vielhundertjährige ruhmvolle Geschichte zurückblicken kann, wird erbarmungslos zerstört.

Die Folgen dieses Uebermuts sind unabsehbar. Es will verhältnismäßig wenig bedeuten, daß über die Liquidierung der Orientbeute England mit Frankreich, das sich um seine Vorzugsstellung im Orient gebracht sieht, in Konflikt geraten, denn es wird sich ein „Kompensationsobjekt“ finden lassen; bedeutungsvoller ist es schon, daß das *arabische Königreich*, pochend auf die während des Krieges von England gegebenen Zusicherungen, seine ganze und volle Unabhängigkeit von Frankreich und England postuliert. Das schwerwiegendste aber ist, daß an Stelle der sogenannten *orientalischen* Frage die ungleich größere und ernstere *asiatische* Frage treten wird mit ungeheuren, unabsehbaren Folgen, und daß, während Europa, im Innersten aufgewühlt, in einer seine Existenz bedrohenden Krise sich wälzt, in seinem Rücken ein Feind, eine ganze

Digitized by Google

feindliche Welt sich erhebt, von deren Kraft und deren Kraftressourcen die Vermessenheit der europäischen Staatslenker keine rechte Vorstellung zu haben scheinen.

Unsere Nachkommen werden besser als viele unter uns wissen, wer die Totengräber Europas gewesen sind und mit welchem Leichtsinn Europa sich das eigene Grab schaufeln ließ.

Wir Deutsche haben in der Kriegsbilanz einen einzigen Aktivposten gerettet: wir können uns glücklich preisen, daß wir an dieser Neuordnung der Welt und ihrer Verteilung unbeteiligt sind; daß wir keine Verantwortung dafür tragen, das ist unser good will, unser moralisches Kapital, das wir uns nicht nehmen lassen dürfen. Wir haben kein Interesse daran, Partner mit solidarischer Haftung an diesem Beutekartell der europäischen Großmächte zu werden. In der Machtlosigkeit, in der wir uns befinden, sollte unsere einzige Devise sein: Hände weg von dieser Politik!

Dem türkischen Volke bringen wir als Leidens- und einstige Bundesgenossen die Gefühle der Sympathie und Achtung entgegen, und es wäre nicht nur ein Akt der dankbaren Großmut, sondern auch weitschauender Klugheit, wenn wir unseren türkischen Freunden von den kargen Resten unseres Besitzes wenigstens unsere Schulen und Bildungsanstalten weitherzig öffneten, damit sie des Trostes, den ernste Arbeit gewährt, teilhaft werden und nicht verzweifeln. Eingedenk des Koranspruches: Gott ist der Herr des Orients und des Okzidents, er leitet, wen er will, auf den rechten Pfad, möchten wir sie daran erinnern, daß nur Völker, die sich selbst aufgeben, ganz verloren sind.

Deutsche Zukunft und protestantische Kirche

Von E. Fuchs, Eisenach

1.

Vielleicht wird man es einmal in 50 oder 100 Jahren zu den ganz großen Fehlern unserer heutigen Machthaber rechnen, daß sie so ganz gleichgültig und hilflos an der Gestaltung der Kirche vorübergehen. Trennung von Staat und Kirche ist proklamiert. Indem man aber die Kirche vom Staate trennt, überläßt man sie den kirchlichen Machthabern, die, vom alten Staate in ihr emporgehoben, den Geist in ihr pflegen, der dem alten zu-, der Zukunft abgewendet ist.

Es ist nicht nur Schuld der Machthaber. Es ist Schuld der weiten Volkskreise, die für die jetzige Umgestaltung die Entscheidenden sind. Für Sozialdemokratie und Demokratie ist die Kirche eine überwundene Sache. Wenn man sie aus dem Sonnenschein staatlicher Gunst in die Ecke schiebt, so wird es bald aus mit ihr sein. Davon haben sie keine Ahnung, daß

Digitized by Google

sich die Seelenart und Gesinnungen des Menschen in tiefen Tiefen seiner Wesenheit bilden, dort, wohin nur so gewaltige Kräfte wie die religiösen reichen. Dann steigt die Seelenart als Lebensüberzeugung herauf und wird vom harten Leben verbraucht und muß von innen aus den tiefsten Tiefen wieder neugebildet werden. Dies Neubilden aus starkem Lebensglauben, das eben vollzieht sich aus der Frömmigkeit, durch die Kirche immer wieder für Millionen und Millionen.

2.

Die protestantische Kirche hat Unglück. Jahrhundertelang war sie beherrscht vom Fürstentum. Sie, die seit Luther die Hüterin eines trotzigen Freiheitsevangeliums von eigener Ueberzeugung und Wert einer jeden Menschenseele ist, hat all ihr Tun und Wirken mitbestimmen müssen durch den Gedanken, gute, rechte, brauchbare Untertanen zu erziehen. Die wirklich Starken, Eigenen, gerade die, die ihr Evangelium am besten verstanden hatten, wurden immer wieder hinausgestoßen oder wendeten sich wehen Herzens hinaus. In der Kirche mußte man untertan sein, und zur Frömmigkeit gehörte, daß man demütig hinaufschaute zu den Mächten und Menschen, die Gott zur Obrigkeit eingesetzt hat. Zur Frömmigkeit gehörte es, daß man die bestehende Wirtschaftsordnung und Rangordnung der Stände als gottgeordnete ehrte und sich einfügte. — Was ändern wollte, was sich gegen Ungerechtigkeiten empörte, das war eben nicht mehr fromm — fühlte sich gar nicht mehr als fromm.

Und nun ist diese alte Herrschaft abgeworfen. Nun könnte Luthers trotzige, starke Botschaft vom freien, eigenen Menschentum durchbrechen — nun aber schob man die Macht über die Kirche den Kreisen zu, in denen jener alte Geist ungebrochen sitzt. Sie sammeln sich um die Kirche. Sie machen die Kirche, zielbewußt und klug, zu ihrem eigentlichen Bollwerk gegen den neuen demokratischen Staat und Geist. — Wieviel länger wird das deutsche Volk nun arbeiten müssen, bis es mit jener bösen Schwäche fertig wird, bis der gute Deutsche diese Untertanenhaftigkeit aus dem Blute bringt, die ihn einmal zu demütig, einmal zu ungebärdig macht, ihm aber immer zum Stein wird, über den er stolpert, wo er ruhig, klar, selbstbewußt und sicher sich behaupten sollte. — Ja, für das wichtigste, was wir lernen müssen, uns selbst zu regieren, wird die Kirche mit ihrer unendlichen gesinnungs- und seelenbildenden Macht keine Hilfe, sondern eine neue Hemmung für das deutsche Volk sein.

3.

Ein Abschnitt in dieser Geschichte von der Umbildung der Kirche ohne Umbildung ist die soeben geschlossene Tagung der preußischen Generalsynode. Sie ist noch nicht die verfassunggebende Synode. Diese wird nun erst gewählt werden. Aber klargestellt ist schon, welches die Grund-

Digitized by Google

lagen der neuen Verfassung sein werden. Manches ist reformiert. Für die einzelnen Gemeinden hat man sogar das allgemeine, gleiche Wahlrecht zugestanden. Die regierenden Körperschaften der Gesamtkirche werden und sollen aber aus Wahlen der Gemeindekörperschaften hervorgehen. Ein Teil des kirchlichen Liberalismus hat einen zähen, leidenschaftlichen Kampf um das allgemeine Wahlrecht auch für die kirchlichen Körperschaften geführt, wahrlich nicht in seinem Interesse. Es hat sich schon längst gezeigt, was jeder Kundige wußte, daß das allgemeine Wahlrecht in der Kirche überall zugunsten der konservativen Gruppen wirkt.

In der Kirche wählt eben doch mancher konservativ, der es im Staate nicht tut. Gerade die entschlossen demokratischen und sozialdemokratischen Kreise wählen überhaupt nicht in der Kirche. Sie stehen ja auf dem Standpunkte, daß die Kirche eine verlorene Sache sei, um die sich der aufgeklärte und gebildete Mensch nicht mehr zu kümmern braucht. Warum aber hat die kirchliche Rechte es versäumt, sich durch das allgemeine, gleiche Wahlrecht für ihre kirchliche Position die unvergleichliche Stärkung und Sicherung durch die Volkswahl zu geben, die ihr da winkte? Teilweise fürchtet sie, daß allmählich die jetzt fernstehenden Kreise hereingezogen würden. Vergißt darüber ganz, daß, wenn dies geschieht, die Umbildung nun noch viel feindlicher gegen sie gemacht werden wird, als es jetzt geschehen wäre. Teilweise haßt man alles Demokratische — auch wo es zu eigenen Gunsten wirkt. Es fehlt ja in Deutschland gänzlich jene großzügige Art der englischen Politik, wo man nur das letzte Ziel sieht und bei den Mitteln nicht fragt, woher sie kommen. Wie oft haben dort die Konservativen ihre Macht gefestigt, indem sie die demokratischen Mittel gebrauchten und demokratische Umbildungen trugen. Dazu ist deutscher Konservativismus noch lange nicht fähig. Aber das Ausschlaggebende ist noch ein anderes: der Machtinstinkt des Pastorentums. Es ist ein Jammer, daß die kirchlichen Rechte in Preußen sich von diesem in seinen Dienst zwingen und von großzügigen kirchlichen Reformen abbringen ließ, die doch der Partei zugute kommen mußten, die sie brachte. Aber so ist es nun. Mitten in der ungeheuren Katastrophe des Vaterlandes, der Welt, schafft sich die Kirche eine Umbildung, getragen von dem ganz engen Gesichtskreis des um seine Stellung besorgten Pastorentums. Das Pastorentum war bis jetzt in allen kirchlichen Körperschaften ausschlaggebend an Zahl. Es war aber auch dadurch ausschlaggebend, daß es die Wahlen machte. So aber wird es bleiben. Wahlen durch die kirchlichen Körperschaften bedeuten eben — mit verschwindenden Ausnahmen — Wahlen unter dem starken Einfluß des dort nie zu umgehenden Pastorentums. Aber auch die Wahlen zu den kirchlichen Körperschaften sind schon die Wahlen der Pastoren. Wie steht es denn in einer Gemeinde? Ihr arbeitender Kern ist die Gruppe, die sich um den Pfarrer sammelt. Die

Digitized by Google

anderen treten mehr und mehr zurück. Diese Gruppe arbeitet, macht die Wahlen, und aus ihr werden die leitenden Männer gewählt. So bildet sich um den orthodoxen Pfarrer die orthodoxe Gemeinde, um den liberalen die liberale; die eigentlichen Massen der Gemeinde treten daneben willenlos zurück. Die Träger des Gemeindelebens wählen beim Weggang des Pfarrers einen solchen gleicher Gesinnung. So verhärtet sich die Geistesart dieser Gemeinde. Und diese Geistesart kommt in ihren Wahlen zur Körperschaft der Gesamtkirche zum Ausdruck. — Wer will nun hier eingreifen und ändern, wenn es freies, allgemeines Wahlrecht nur für die Gemeinden gibt, wo nur eine erneuernde Parole nur als Parole gegen den Pfarrer und seinen Kreis auszugeben wäre? Sobald allgemeine Wahlen für die Gesamtkirche da sind, ist eine große Parole für die verschiedenen kirchlichen Gruppen da. Ueberall, in allen Gemeinden kann man für Kandidaten wirken, die bestimmte Ideale kirchlicher Gestaltung vertreten. Diese großzügige kirchliche Reformtätigkeit ist ausgeschaltet durch die Ausschaltung der allgemeinen Wahlen für die Gesamtkirche. In den Einzelgemeinden ist an Belebung der Wahltätigkeit nicht zu denken. Sie ist gar nicht wünschenswert, so lange der Pfarrer ein in seiner Art tüchtiger Mann und Seelsorger ist. Wer will da nun seine Gemeinde gegen ihn aufkriegen und eine andere Richtung gegen ihn zur Herrschaft bringen?

4.

Darüber sollte man aber nie vergessen, wie ungemein verhängnisvoll die einseitige Herrschaftsstellung des Pfarrstandes für die Kirche und durch sie für das Volksleben ist. Der Erfolg ist, daß auch in diesem wichtigsten Gebiete der Seelengestaltung der gute Deutsche die Arbeit an sich und seinen Kindern dem „Beamten" überläßt. Auch für seine innersten und heiligsten Ueberzeugungen hat man den guten, biederen Vormund, und „fromm" ist es, diesen Vormund zu ehren, ihn wenigstens nicht durch äußerliche Widersetzlichkeit zu ärgern, selbst da, wo man innerlich sich etwas anders zu den Dingen stellt als er. Für den Pfarrer aber wird die Amtsführung ungemein vereinfacht. Man stellt sich auf den Kreis ein, der von Vorfahren und Vorgängern her um die Kirche gesammelt ist, hat an ihm sein genügendes Kirchenpublikum und seinen tragenden Kreis und fühlt nie die Notwendigkeit, sich innerlich auf jene einzustellen, die hier nicht mitkönnen, die durch den Sturm des politischen oder wirtschaftlichen Lebens in ganz andere Gefühls- und Seinsweisen hineingerissen werden. Die unglaubliche Unfähigkeit der Kirche, d. h. des Pfarrstandes, Arbeiterschaft und gebildete Welt zu verstehen, hätte nie so groß werden können, wenn der Pfarrstand gezwungen gewesen wäre, auf die bewegenden Kräfte im Volkstum Rücksicht zu nehmen. Er war es nicht. Er war ja in der glücklichen Lage, mit seinem Kreise der

Digitized by Google

„Kirchlichen" in sich geschlossen und befriedigt neben dem Leben zu stehen. Hätte die Gestaltung der Kirche in den Händen des Volkes gelegen, so wäre eine Kirche nur zu halten gewesen in beständigem Suchen, dieses Volk zu verstehen und ihm zu dienen. So konnte man an der Kirche arbeiten, sie halten und bilden aus diesen abgeschlossenen Kreisen heraus und durch sie allein.

Daß das anders werden muß, sollte jeder kirchlichen Richtung klar sein, die den Missionstrieb der Gewinnung der Massen in sich spürt. Solange wir aber nicht den Zwang ausüben, daß die Existenz der Kirche von der Gewinnung der Massen abhängt, solange wird diese Arbeit auch nicht mit der Tiefe und Leidenschaftlichkeit aufgenommen, die sie braucht. Die preußische Landeskirche hat nun dafür gesorgt, daß ihre Pfarrer leben und wirken können für ihre abgeschlossenen „kirchlichen" Kreise und durch sie allein. Das bedeutet den Willen der Kirche zu halten, was sie hat, und auf die andern zu verzichten. Denn jene Umstellung der Art und des Willens, die zur Gewinnung der andern gehört, ist eben gerade jetzt ausgeschlossen.

Wer sind die tragenden Kreise der Kirche? — Da ist zunächst der Bauernstand. Konservativ gegenüber allen kirchlichen Sitten, Gebräuchen. Gedanklich unfähig sich selbst zu verstehen und weder orthodox noch liberal, einfach konservativ fromm. — Daneben steht das Kleinbürgertum, rationalistisch liberal, mit konservativem Einschlag, aber eng, nicht allzu ernst und der eigentliche Träger jenes kurzsichtigen, untertanenhaften und kleinlich-familienhaft selbstsüchtigen Wesens. Daneben ein Teil unserer Beamtenschaft. Einige darunter, die weit und tief gebildet, die Bedeutung der Kirche fürs Volksleben schauen. Die Masse, unsere „akademisch Gebildeten,", stolz auf ihre akademische Bildung, mit der sie auf der Universität einmal in Berührung gekommen ist, sonst in der ganzen Enge philiströser Bureaukratie, dazu alle feudalen Kreise. Das sind die Menschen, auf die die Kirche sich stützt. Die Pfarrer, die mit äußerlich glanzvoller Rethorik möglichst viel Anpassung an die Stimmungen dieser Kreise aufzubringen wissen, haben die gefüllten Kirchen, werden zu den führenden Stellungen der Kirche emporgetragen, und so wird die Kirche immer wieder eine Pflegestätte dieses selben Geistes. Die enge Untertanenhaftigkeit ist ein selbstverständlicher Einschlag bei allem, was sie an unbestreitbar Gutem und Edlem den Menschen bietet. Die Kreise der Gebildeten und der Arbeiterschaft, die über diesen Geist enger Untertanenhaftigkeit hinaus wollen, werden abgestoßen und ziehen sich zurück. Damit wird aber die Hoffnung auf Reform der Kirche immer geringer. Man hoffte, die Erschütterung des ungeheuren Zusammenbruchs würde selbst diesen Kreisen klarmachen, daß mächtige Umwälzungen der Methode, der Verfassung, der ganzen geistigen Struktur nötig sind, um die Kirche als Massenkirche, Volkskirche zu erhalten. Man muß diese Hoffnung begraben. Nur mit Wehmut kann

Digitized by Google

man die Worte lesen, mit denen ein so charaktervoller und weitblickender Mann wie D. Lahusen, Vizepräsident des Oberkirchenrates zu Berlin, die preußische Generalsynode geschlossen hat. Er kann noch glauben, daß die Kirche „frei vom Staatswesen, frei von Bureaukratie . . . ., eine weite freie Heimat für viele, die jetzt noch an der Kirche vorübergehen", werden könne. Ich fürchte, selbst die rechtsstehenden Kreise, denen religiöse Selbständigkeit das Entscheidende ist, wie die Gemeinschaften, werden recht bald die Verhärtung der Kirche im Pastorentum zu spüren bekommen. Wie soll es erst mit den andern Kreisen werden?

6.

Man wird auf die Mitarbeit der Kirche an des deutschen Volkes größter sittlicher Aufgabe verzichten müssen. Die Ueberwindung der Untertanenhaftigkeit und die Bildung freien, wahrhaftigen Menschentums, das sich würdig, selbstbewußt und charaktervoll selbst regieren kann, wird ohne — wird zum guten Teil gegen die Kirche geleistet werden müssen. — Und dabei hat dies deutsche Volk solch gewaltige Aufgaben, die es ohne Mitarbeit der Kirche gar nicht lösen kann. Man denke nur an die Erhaltung des Deutschtums im Auslande, in den abgetretenen Gebieten. Neben der Schule ist dort der kirchliche Zusammenschluß entscheidend. Wie das aber auf die Dauer kraftvoll und wirklich segensreich sich vollziehen soll, wenn Kirche und geistige Entwicklungsrichtung des Volkslebens gegeneinandergehen, ist nicht zu sagen. Wir werden im Innern und für unsere Arbeit draußen an dem unseligen Zwiespalt weiter tragen müssen, der darin besteht, daß die Mächte der geistigen Weiterentwicklung und die Pflege des Gemütslebens, in dem doch alle Weiterentwicklung wurzeln muß, gegeneinander arbeiten.

Wann werden die kirchlichen Kreise einsehen, daß es nur eine wirksame Vertretung der Frömmigkeit gibt, wenn man sie zur Trägerin des fortschreitenden Gesamtlebens des Volkes macht. — Wann werden die Träger des Gesamtleben unseres Volkes erkennen, daß wir aus der ganzen starken, gesammelten Kraft unseres Volkes erst dann leben, wenn auch die Gemütskräfte und ihre Pfleger miteinbezogen sind in dieses Leben und seine Entwicklung. — Wann wird die Gleichgültigkeit überwunden werden, mit der die kirchlichen Kreise allen glutvollen Lebensbewegungen des deutschen Volkes gegenüberstehen. Kunst und Dichtung, Staats- und Wirtschaftsleben, Kulturideale, Volksbildungsbewegung, alle entwickeln sich und leben ohne Kirche, ja gegen die Kirche. — Wann wird die Gleichgültigkeit überwunden werden, mit der dieselben Kulturbewegungen und ihre Träger die Pflege des Volksgemütes gänzlich vergessen und damit die Pflege dessen, aus dem sie doch immer wieder leben, und ohne das sie nie volle, auf den Grund gehende Volksbewegung werden können.

Digitized by Google

7.

Die Parteien der Linken — besonders auch die deutsch-demokratische Partei — haben es schon erlebt, wie sehr es sie schädigt, daß man von rechts sich immer als die Macht der Erhaltung der Frömmigkeit aufspielt und aufspielen kann. Denn die Gleichgültigkeit der führenden Männer der Linken gegen Kirche, Frömmigkeit und Gemütskräfte ist vorhanden. Die Ausnahmen ändern an dieser Tatsache nichts. So fühlen viele ernste und nachdenkliche Menschen, daß dort für die Pflege deutschen Wesens ein Allerwichtigstes nicht beachtet wird und werden nach rechts getrieben. Es sind keine Wertlosen und keine Charakterlosen, die aus diesem Grunde nach rechts gehen. Es sind Menschen, die Stimmung bilden und sittliche Kräfte in die Wagschale werfen.

Ja es steht so, daß viele, die sich aus äußeren Gründen der Linken anschließen, an diesem einen Punkt dabei ein böses Gewissen haben. Warum haben die Parteien der Rechten mit ihrer Agitation und Suggestion eine solche Macht über die Gemüter bis weit hinein in die Reihen der Linken? Sehr stark wirkt doch die Tatsache mit, daß man sie als Hüter des Heiligen immer noch empfindet. So wird die innere Stoßkraft freier, demokratischer Ueberzeugungen in den Gemütern gebrochen.

Wann wird sich die deutsche Demokratie zu der Höhe der Bildung durchringen, die den Wert dieser Mächte schaut und mit in Rechnung setzt? Wann wird die deutsche Demokratie so tief deutsch sein, daß ihr die Pflege der innigsten und innersten deutschen Gemütskräfte heilige Herzenssache ist? — Wann wird sie so selbständig und eigenartig stark sein, so sittlich ernst und tief, daß sie imstande ist, eine eigene Pflege der Frömmigkeit in weitem, freiem Geiste zu tragen und in der Kirche durchzusetzen? — Erst wenn wir so weit sind, ist ungebrochene, selbständige, charaktervolle Demokratie, Selbstregierung und Selbsterziehung des deutschen Volkes wirklich möglich.

Eisenach. Emil Fuchs.

Schluß der Redaktion Freitag mittag
Allen Zusendungen ist Rückporto beizufügen.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt. Redaktion: Schöneberger Ufer 36a I. Telephon: Nollendorf 928. Für Anzeigen: Werbedienst G. m. b. H., Berlin W 35, Lützowstr. 102/4. Verlag: Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 29. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt 10 M. Einzelnummer 1 M. Druck von Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W 57, Bülowstraße 66.

Digitized by Google

5. Jahrgang * 4. Juni 1920 * Heft 23

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Das unsinnige Bermont-Unternehmen gegen den lettischen Staat, in das leider auch deutsche Truppen verwickelt waren, ist jetzt endlich liquidiert worden. Das deutsche Volk hat dabei natürlich die Kosten der Fensterscheiben bezahlen müssen, die politisierende Generale einwarfen. Diese Feststellung ist um so bedauerlicher, als dabei auf die hohen Verdienste des Grafen Goltz um den finnländischen Freiheitskampf tiefe Schatten fallen.

*

Unterstaatssekretär Albert schrieb am 6. November 1916 aus Amerika:

„Hiernach würde ich eine Wiederaufnahme des uneingeschränkten U-Bootkrieges als ein nationales Unglück ansehen, das letzten Endes zum Unterliegen Deutschlands führen könnte."

Botschaftsrat von Haniel schrieb aus Amerika am 10. November 1916:

„Offenbar schätzt man in England die Gefahr des rücksichtslosen U-Bootkrieges bedeutend geringer ein als die Vorteile, Amerika auf Seiten der Alliierten zu wissen."

Am 27. Januar 1917 telegraphierte Graf Bernstorf nach Berlin:

„Krieg unvermeidlich bei beabsichtigtem Vorgehen. Wilson wird diese Erklärung als Schlag ins Gesicht empfinden."

Als Antwort auf all diese Warnungen telegraphierte Staatssekretär Zimmermann:

„S. M. bemerkt, das Allerhöchstdieselben gar keinen Wert auf Wilsons Friedensaktion lege. Falls der Bruch mit Amerika unvermeidbar, so ist das eben nicht zu ändern."

Und kurz vorher verkündete der damalige preußische Finanzminister und jetzige Führer der deutschnationalen Volkspartei, Hergt:

„wir merken, wie groß unser Feind ist, wenn wir merken, wie die Engländer nach der großen Armee über dem Wasser rufen; die große Armee über dem Wasser kann nicht schwimmen, sie kann nicht fliegen, sie wird nicht kommen."

Digitized by Google

Wer die treibende Kraft zu dieser Amerika auf so leichtfertige Art und Weise unterschätzenden Politik war, geht aus folgender Mitteilung des Grafen Bernstorf vor dem Untersuchungsausschuß hervor, in der er über seine Unterredung mit General Ludendorff am 4. Mai 1917 berichtet:

„General Ludendorff empfing mich mit den Worten: „Nun, Sie wollen ja in Amerika Frieden machen! Sie dachten wohl, wir wären zu Ende?" Darauf habe ich erwidert: „Nein, ich glaubte nicht, daß wir zu Ende wären, aber ich wollte den Frieden machen, ehe wir zu Ende wären." Darauf Ludendorff: „Ja, aber wir wollten nicht, und außerdem werden wir jetzt durch den U-Bootkrieg die Sache in drei Monaten beendigen."

*

Der englisch-französische Gegensatz bricht immer wieder bei der Behandlung des osteuropäischen Problems hervor. Frankreich will Rußland im Westen schwach, nach Osten stark sehen. Im Westen soll Polen den französischen Kettenhund gegen Deutschland spielen. Nach Osten dagegen sollen die Vereinigten Staaten von Rußland entstehen. Die „Libre Parole" schlägt z. B. folgende Lösung vor: Die Vereinigten Staaten von Rußland sollen bestehen aus: 1. Moskowien (Moskau), 2. Ukraine (Kijew), 3. Arktisch-Rußland (Archangelsk), 4. Kosakenrepublik (Rostow), 5. Sibirien (Tomsk), 6. Georgien (Tiflis), 7. Aserbeidjan (Täbris), 8. Armenien (Erivan). England wäre eine solche Lösung natürlich wenig sympatisch. Es will sich vor allem Garantien gegen einen russischen Vorstoß gegen Indien sichern, und dann will es die kaukasischen und persischen Oelquellen fest in seine Hand bekommen. England sucht daher durch einen vorgeschobenen Mandatar (Holland) den maßgebenden Einfluß zu erhalten. Die holländische Presse beginnt sich schon ernstlich mit der „Ehrenpflicht" zu beschäftigen, Armenien auf die Beine zu helfen.

*

Auch Ungarn hat sein „Niemals", das es den Aufteilungsplänen der Entente zuerst entgegengesetzt hatte, zurücknehmen müssen. Dem stolzen Volke sind mehr als die Hälfte der Komitate genommen worden. Wenn es auch im Zeitalter des Selbstbestimmungsrechts der Völker klar war, daß dieser Völkerstaat manches Gebiet würde herausgeben müssen, so ist man in Paris in den umgekehrten Fehler verfallen, alle Neugründungen auf Kosten der Ungarn abzurunden. Mögen auch die Ungarn in ihrer Nationalitätenpolitik viel gefehlt haben; dieses Schicksal haben sie nicht verdient, und sie werden sich ebenso wenig wie wir mit diesem Urteilsspruch zufriedengeben. Wir wie sie haben jetzt nur ein außenpolitisches Ziel: Revision des ungeheuersten politischen Justizmordes, der sich Frieden von Versailles, St. Germain usw. nennt.

*

Digitized by Google

Primat der auswärtigen Politik.

Von Dr. Paul Rohrbach

Leopold v. Ranke hat als eine der großen Regeln der Weltgeschichte den Fundamentalsatz geprägt, daß im Leben der Staaten die äußere Politik den Primat, d. h. den Vorrang über die innere, zu beanspruchen habe. Er sagt:

Das Maß seiner Unabhängigkeit gibt einem Staate seine Stellung in der Welt; es legt ihm zugleich die Notwendigkeit auf, alle inneren Verhältnisse zu dem Zwecke einzurichten, sich zu behaupten.

Hierzu schreibt Hermann Oncken in seiner schönen Schrift über die Zusammenhänge der äußeren und inneren Politik (Leipzig, Teubner 1918):

Dieses Axiom bedeutet nichts geringeres, als das Bezogensein aller inneren Politik auf die Bedürfnisse der äußeren Machtsphäre als eine höchste und durchgreifende Instanz. Denn weil es sich in den Bedürfnissen dieser Sphäre um Unabhängigkeit, also um Leben und Tod des Staates selber handelt, so muß von ihnen aus das ganze — ohne jede Voraussetzung nicht zu denkende — innere Dasein des Staates entscheidend bestimmt werden...

Oncken sagt sehr richtig weiter: was Ranke gebe, sei keine ethische Folgerung, sondern eine biologische Feststellung. Das ethische und das biologische Gebiet sind vom Grund auf verschieden. Bei dem einen handelt es sich um eine ideale Forderung, nach deren Erfüllung sich zu strecken die Menschen aus inneren Gründen gehalten sind; bei dem andern um ein Lebensgesetz des politischen Organismus, „Staat", das so wenig unter die Begriffe sittlich oder unsittlich fällt, wie das Leben der Organismen in der äußeren Natur. Ranke hat darum auch nicht sagen wollen, daß die innere Politik gegenüber der äußeren etwas Unterwertiges sei, und daß sie nur als Mittel zu den „höheren Zwecken" der auswärtigen Politik benutzt und bewertet werden solle. Er hat selbst einmal in klassischer Ausdrucksweise die Gegenformel zu dem Satz vom Primat der auswärtigen Politik über die innere aufgestellt:

Das Ansehen eines Staates wird immer dem Grade entsprechen, auf welchem die innere Entwicklung seiner Kräfte steht.

Halten wir beide Worte zusammen, so zeigt sich, daß das eine ein dynamisches Grundgesetz ausdrückt: die politische Organisation der inneren Kräfte muß nach dem Lebensgebot der äußeren orientiert sein, nicht aber dieses nach jener (Oncken), das andere aber ist nicht dynamisch oder biologisch, sondern sittlich gedacht; je stärker innere, d. h. menschheitliche Kräfte im Leben eines Staates oder Volkes zum Ausdruck kommen, desto größer wird sein moralisches Ansehen unter den übrigen Nationen der Welt sein. Ansehen aber, in diesem Sinne verstanden, ist ein realer politischer Faktor.

Was Ranke für die Menschheit bedeutet, wissen heute immer erst nur wenige. Die Anfänge des Werks, das er vollendet hat, gehen zurück

Digitized by Google

auf Herder. Die geschichtliche Methode und das geschichtliche Verständnis sind ein Geschenk des deutschen Volkes an die Menschheit. Sie stammen aus der deutschen Reformation. Der mittelalterliche Geist verneinte sie; er kannte kein Werden, keine Entwicklung, keine Bedingtheiten des Urteils, sondern für ihn bestanden die äußere Welt wie der innere Besitz des Menschen aus ungeworden nebeneinanderstehenden Einzeltatsachen. Eine starke Ueberlieferung allein beanspruchte die Autorität, sie zu deuten. Herder leitete die große Revolution ein, deren geistiger Inhalt war, daß es sich bei den Erscheinungen des Völkerlebens niemals um etwas Starres, sondern um lauter organisch lebendige, fort und fort sich entwickelnde Aeußerungen des nationalen und des menschheitlichen Lebensvorganges handle. In ihnen erst haben die Völker ihr wahres Leben. Auf diese inneren Prinzipien hat Ranke seine methodische Erkenntnis der Geschichte gegründet. Mit ihm hat die geistige Entwicklung in Deutschland ihre letzte Höhe erreicht. Objektives Begreifen eines Zeitalters aus den Elementen seiner geschichtlichen Entwicklung ist eine der höchsten und fruchtbarsten Leistungen, deren der Mensch fähig ist, denn in ihrer Vollendung führt es zu jenem intuitiven Erfassen der Wirklichkeit im Völkerleben, ohne das es keine wahre Staatskunst gibt.

Die deutsche Regierung, die deutsche Heeresleitung und das deutsche Volk haben alle miteinander die beiden Rankeschen Gesetze, das biologische für das gebotene Verhältnis von innerer und äußerer Politik und das ethische von den inneren Kräften einer staatlich-nationalen Gemeinschaft, nicht erkannt und nicht befolgt. Diese prinzipiellen Grundlagen für das Verständnis des Weltkrieges, seines Verlaufs und seiner Folgen, halte ich für so wichtig, daß ich mich bemüht habe, sie nacheinander in verschiedenem Umfange und von verschiedenen Voraussetzungen aus, an drei Stellen auseinanderzusetzen. Zuerst geschah es in einem kleinen Büchlein „Politische Erziehung" (Stuttgart, Engelhorns Nachf. 1919); danach in einem Vortrag über „Republik, Monarchie und politische Parteien in Deutschland", den ich mehrfach gehalten habe, und der auch gedruckt erschienen ist (Verlag wie oben); endlich in der Neubearbeitung meines kleinen Buches „Der deutsche Gedanke in der Welt" (Leipzig, Karl Robert Langewiesche), die in diesem Frühjahr erschien. Wer genaueres über das Thema zu lesen wünscht, dem darf ich auf eine von diesen Schriften verweisen. Ich habe dort auch ausgeführt, daß nicht nur wir es in beiden Beziehungen, der Erkenntnis des biologischen wie des sittlichen Gesetzes, haben fehlen lassen, sondern daß unsere Gegner wegen ihres höheren politischen Instinkts in beider Hinsicht richtiger gehandelt haben als wir, und daß darin der eigentliche Grund für ihren Sieg erblickt werden muß.

So ausgedrückt, könnte das bei Unkundigen den Eindruck hervorrufen, als ob ich meinte, die Gegner hätten richtiger, zugleich aber auch

Digitized by Google

sittlicher gehandelt als wir. Das war ganz und gar nicht der Fall. Keineswegs sittlicher, sondern nur mit größerer Einsicht in die Tatsache, daß die Völker, wenn sie zur Liebe oder zur Feindschaft gegen ihresgleichen gebracht werden sollen, jedesmal an sittliche Ziele und Prinzipien glauben müssen. Das erkannt und danach Politik gemacht zu haben, bildete die große Ueberlegenheit der feindlichen politischen Kriegsleitung über die unsrige. Die Entente, und was sich an sie gehängt hat, wodurch hat sie den Krieg gewonnen? Durch die ungeheuerlichste moralische Falschmünzerei, die je in der Weltgeschichte begangen worden ist. Es ist eine so unbeschreibliche Menge moralisch-politisches Falschgeld von der Entente in der Welt ausgeschüttet und von der Welt vorläufig unbesehen als echte Münze angenommen, daß wir mit unserm Ungeschick und unserm Mangel an Einsicht dagegen nicht aufkommen konnten. In der Falschmünzertaktik in der Entente aber liegt zugleich die Möglichkeit unserer moralischen, wie unserer materiellen Auferstehung aus dem Sturz des Weltkrieges. Mit Falschgeld kann man keine dauernden Werte kaufen. Unsere Politik muß es sein, die Münze der Entente als Falschgeld vor der Welt zu erweisen. Es ist ein Irrtum von Grund auf, wenn man versucht, Deutschlands politische Aufgabe als „Wiederversöhnung" zu bezeichnen. Versöhnung kann es erst geben hinter unserer moralischen Wiederherstellung, und diese ist abhängig von dem Nachweis der Falschmünzerei der Gegner. Mit andern Worten, es ist die Schuldfrage, und immer wieder die Schuldfrage, in der die Welt, die feindlichen Völker und die neutralen, erst umlernen muß, bevor wir wieder daran denken können, wirkliche Politik zu machen.

Die Revision des Schuldurteils zu erreichen, und zwar erst die moralische und danach erst die tatsächliche, ist schlechthin die Aufgabe unserer auswärtigen Politik. Es gibt keine wichtigere und keine, die früher in Angriff genommen werden dürfte. Ist diese gelöst, so kommt alles andere von selbst; wird sie vernachlässigt, so hat alles andere, was etwa erreicht werden könnte, nur geringen Wert. Es wäre ganz und gar nicht klug, wenn unsere politische Leitung bei der Konferenz in Spa darauf ausginge, jetzt irgendeine „kleine" Friedensrevision zu erreichen, ohne daß die „große", d. h. die Umstoßung des moralischen Schuldurteils gegen uns, als die vorher zu erledigende Hauptsache erkannt wird. Im Gegenteil, es wäre schlimm, wenn z. B. jetzt in Spa irgendeine jedenfalls sehr hohe Schuldsumme festgesetzt würde, die unsere tatsächliche Leistungsfähigkeit übersteigt, die wir nie wirklich zahlen können, die aber von den Gegnern bereits als eine Erleichterung für Deutschland, als eine Milderung des Friedensvertrages dargestellt werden würde. Die einzig richtige Taktik für Spa ist diese: als Vorbedingung dafür, daß wir uns überhaupt beteiligen, die Einsetzung einer unparteiischen Instanz für die Revision

Digitized by Google

des Schuldurteils zu verlangen. Verweigert man uns das, so müssen wir uns fern halten, auf jede Gefahr hin. Wir werden damit den stärksten moralischen und politischen Eindruck gewinnen. Hier können das deutsche Volk und die deutsche Regierung eine erste Probe davon ablegen, ob sie das Rankesche Gesetz vom Primat der auswärtigen Politik über die innere jetzt begriffen haben. Die Regierung muß darauf ausgehen, und die Parteien müssen darauf eingehen und müssen es sich selbst sagen, daß dieses ihre Einheitsfront nach außen bilden muß, unbeschadet aller inneren Gegensätze. Mit dieser Forderung muß der Reichstag anfangen, wenn er zusammen tritt, und darin muß er beweisen, daß Volk und Volksvertretung etwas gelernt haben. Die Partei, die zu diesem Zweck die Führung ergreift, wird den besten moralischen Kredit gewinnen, und wenn es erst einmal dazu kommt, daß ein großes gemeinsames Ziel für die auswärtige Politik als die einheitliche Angelegenheit der ganzen Nation begriffen, und daß danach gehandelt wird, so wird das von selbst auch auf die Schärfe der inneren Kämpfe zurückwirken. Erst von da an, wo eine solche Entwicklung einsetzt, wird man die wahre nationale Gesundung Deutschlands datieren können.

Vor kurzem ist (Berlin, bei Georg Stilke) eine Broschüre erschienen: „Die Franzosen in der Pfalz", ein akademischer Vortrag von Hermann Oncken. Diese kleine Schrift sei allen unsern Lesern dringend empfohlen. Der Vortrag wurde am 23. Januar in der Aula der Heidelberger Universität vor den dortigen Studenten gehalten. Auch Oncken zieht in seiner Rede die Decken fort von dem ganzen französischen System der Gewalt und Korruption, mit dem der General Gérard und sein Helfershelfer Jacquot versucht haben, die Pfalz von Deutschland loszureißen. Jacquot hat hierüber eine Denkschrift geschrieben, von der ein Exemplar in deutsche Hände geraten ist. Eines der Mittel, das er empfiehlt, um die Pfälzer vom übrigen deutschen Volke loszumachen, ist die Erörterung der Verantwortlichkeit für den Weltkrieg „unter Anlehnung an Mühlon und Nicolai". Oncken sagt dazu:

„.... diese vaterlandslose Abart von Pazifisten mag daraus erkennen, wie ihre Behandlung der Schuldfragen in dem bedrohten Grenzlande als Propagandamittel unserer Feinde gegen uns ausgespielt werden soll."

Den Mühlon und Nicolai muß man die F. W. Foerster, Kautsky, Eisner und Genossen hinzufügen. Das sind die Leute, die Deutschlands Wiederaufrichtung in der Welt hindern. Ihnen gilt auch das verzweifelnde Wort der Freunde der moralischen Revision in England: Wir können nichts für die Sache der Menschheit und des Rechtes tun, solange eure Flagillanten in ihrer Verrücktheit sich und ihr Volk mit Bekenntnissen der Alleinschuld geißeln, uns in den Rücken fallen. Daher hat es auch keinen Zweck, wenn z. B. ein Mann wie Theodor Wolf

Digitized by Google

in der englischen Zeitschrift „Nation" einen Artikel über Kriegsschuldige (d. h. Schuldige im Kriege) schreibt,: in dem sich ein Satz befindet wie dieser:

Ich beabsichtige nicht, die Fehler und Sünden Deutschlands zu verkleinern, sie bleiben groß genug, und sie waren zweifellos die Hauptursache für den Ausbruch des Krieges.

Wolffs Absicht ist im übrigen, zu betonen, daß auch auf der Gegenseite Schuld genug liege, aber diese Absicht wird in ihrem Effekt durch einen Satz wie den eben wiedergegebenen verdorben. Dieser Satz ist objektiv falsch, wie jeder weiß, der die Entstehungsgeschichte des Krieges wirklich kennt. Ich habe hierüber jetzt eine umfangreiche Arbeit abgeschlossen, die im Laufe des Sommers hoffentlich wird erscheinen können. Und aus dem Material, das ich gesammelt habe und beibringe, geht hervor, daß der Weltkrieg nicht in Deutschland, wohl aber an anderen Stellen jahrelang vorher bewußt gewollt und vorbereitet worden ist. Aus einem Artikel wie dem, den Theodor Wolff geschrieben hat, werden die Feinde nichts weiter zitieren, als jenen einen Satz. Den ganzen Artikel, werden, wenn es hochkommt Hunderttausend Menschen im Original oder dem Sinn entsprechenden Auszügen zu lesen bekommen; den unglücklichen und falschen Satz aber werden Millionen Menschen lesen.

So oft es auch schon gesagt worden ist, es muß doch wiederholt werden und es bleibt dabei, daß der Befähigungsnachweis *jeder* deutschen Regierung, der gegenwärtigen wie aller zukünftigen Regierungen davon abhängt, daß sie vor allem anderen die Notwendigkeit der moralischen Wiederherstellung für Deutschland begreift, und sich daran macht, sie immer wieder zu fördern. Das Material dazu liegt vor, und es gibt sogar Stimmen genug, aus den bisher feindlichen Ländern, die uns dabei unterstützen. Ich zitiere aus der Besprechung des Buches von Keynes über die wirtschaftlichen Folgen des Krieges, aus der Feder von *Charles Trevelay* die folgenden Worte:

„Der Vertrag stellt eine offenkundige Verletzung des verpfändeten Wortes der alliierten Regierungen dar, deren Abmachungen bei Abschluß des Waffenstillstandes sie zur Einhaltung der vierzehn Punkte und der Grundsätze Wilsons verpflichtete. Der Friede verletzt alle diese Grundsätze. Der Friede wurde in der ausgesprochenen Absicht aufgesetzt, Deutschlands Wirtschaftsleben durch völlige Zerstörung seiner Handelsflotte, durch Raub seiner Kolonien, durch Enteignung des Privatbesitzes im Auslande, durch völligen Ausschluß Deutschlands vom Welthandel und von der Erschließung der Erde von Grund auf zu zerstören. Der Friede wurde in der ausgesprochenen Absicht aufgesetzt, die deutschen Arbeiter der Grundlagen der Arbeit und der Industrie dadurch zu berauben, daß Deutschland der größte Teil seiner Kohle und seiner Erze genommen wurde... Der Vertrag beraubt Deutschland eines großen Teils seiner Binnenverkehrsmittel, indem er die Flüsse fremder Verwaltung unterstellt und das Eisenbahnmaterial mit Beschlag belegt. Auf dieser Grundlage werden die Wiedergutmachungsforderungen aufgebaut, die einen Gipfelpunkt

Digitized by Google

von Habgier, Unverstand und Ungerechtigkeit darstellen, Millionen Unglücklicher gegenüber, deren größtes Verbrechen darin bestand, daß sie zu lange eine schlechte Regierung duldeten."

Trevelay war einer von den dreien, die beim Ausbruch des Krieges aus dem englischen Kabinett austraten. Ich zitiere aus Morels Monatsschrift „Foreign Affairs" die Worte, die schon einmal in der Deutschen Politik gestanden haben:

Von Januar 1918 an wurde das, was man beargwöhnt und zum Teil vorher gewußt hatte, allgemein öffentliches Geheimnis. Es wurde allgemein öffentliches Geheimnis, daß man unser Volk seit dem Frühjahr 1915 bezüglich der Beweggründe für die Verlängerung des Krieges angelogen hatte. Es wurde allgemein öffentliches Geheimnis, daß unsere „Jugend" tatsächlich den Tod erlitt für die Förderung „selbstsüchtiger und imperialistischer Ziele", deren Verwirklichung nicht nur dem britischen Volke keine Vorteile verschaffen, sondern auch die Nachkommen dieser „Jugend" in die gleiche Art von Vernichtungsgreueln zu verwickeln drohen, die das gegenwärtige Geschlecht heimgesucht haben. Darum war es von da an die klare Pflicht nicht bloß aller Humanisten und Internationalisten, sondern aller wahren Vaterlandsfreunde, dem Volke die Augen darüber zu öffnen, daß seine Regierung, die sich vom Januar 1916 an geweigert hatte, die Verhandlungs-Angebote der feindlichen Regierungen in Betracht zu ziehen, ein verbrecherisches Unrecht begangen hatte, und darauf zu bestehen, daß die nächste Gelegenheit zu unterhandeln ergriffen werde. Eine solche Gelegenheit bot sich wieder im Januar und Februar 1918. Diejenigen jedoch, die dieser Ansicht waren und auf die Einschlagung dieses Weges drangen, wurden von den Wortführern und den Organen der Regierung als Vaterlandsfeinde, Deutschfreunde und Verräter der öffentlichen Verachtung preisgegeben. Ein Verräter ist aber ein Mann, der den Staat verrät, dessen Bürger er ist. Die wirklichen Verräter in diesem Handel waren nicht die Männer, die den Krieg als einen imperialistischen Kampf bloßstellten, — was durch diese Geheim-Dokumente jedem Widerspruch zum Trotz als wahr bewiesen ist*) — sondern jene, die das Leben unzähliger Bürger unter einem falschen Vorwand geopfert haben. Die Männer, die hinter dem Rücken des Volkes diese Geheimverträge schlossen und dann die Leute aufriefen, ihr Lebensblut für hohe Ideale weiter zu verspritzen, welche diese Verträge in den Dreck zogen, haben nicht bloß die elementare Ethik des Patriotismus vergewaltigt: sie haben gegen die Menschheit im großen gesündigt. Von allen Seiten, außer von den überzeugten Militaristen und Materialisten, erheben sich jetzt Anklagen gegen den „Frieden" von Versailles. „Für solch einen ‚Frieden' wie diesen haben wir nicht unsere Söhne geopfert", sagen sie. Der Friede von Versailles ist aber die unmittelbare Folge der Geheim-Verträge. Es ist wichtig, sich wieder und wieder diese Kernwahrheiten vor Augen zu halten. Sie müssen jeden Herd mit der Flamme des Verstehens aufleuchten lassen. Denn nur durch das Verstehen kann sowohl der Entschluß, das geschaffene Uebel zu überwinden, wie auch die treibende Kraft zur Anwendung des Heilmittels erzeugt werden."

Auch in Frankreich, was niemand hätte für möglich halten wollen, beginnt die Einsicht, daß die Schuld nicht allein auf der deutschen Seite

*) Hier, wie auch an den anderen Stellen von Morel im Druck hervorgehoben.

Digitized by Google

lag. Vorläufig ist es noch eine kleine Gruppe, die in diesem Sinn arbeitet, aber es bedeutet schon etwas, daß sie überhaupt da ist. Hermann Lutz hat in Heft 20 der Deutschen Politik darüber berichtet, und die Sache geht weiter. Es ist nur eine Frage des Begreifens, des Wollens und der Geschicklichkeit auf deutscher Seite, um in die Spalten, die sich in aller Welt zu öffnen anfangen, Keil auf Keil zu treiben, und die Quadern des Vertrages von Versailles, in die wir eingeschlossen bleiben sollen, auseinanderzuwuchten. Selbst in Amerika fängt es an zu tagen. Wilsons früheres Sprachrohr, Prof. George D. Herron, hat eine Schrift erscheinen lassen „Der Pariser Frieden und die Jugend Europas", in der er sich mit aller Schärfe gegen das Verbrechen von Versailles wendet, Er bekennt, er habe alles getan, um Amerika zur Teilnahme am Kriege zu bewegen, aber er sehe jetzt ein, daß der „Friede", falls er nicht revidiert werde, eine weit schlimmere Hölle, ein weit hoffnungsloseres Irrenhaus bedeutet, als wie selbst der Krieg sie geschaffen habe. Wilsons gegebenes und gebrochenes Wort habe das deutsche Reich inwendig ausgehöhlt und den Sieg des Marschalls Foch mit dem Schwert ermöglicht. Anstatt eines Geheimvertrages hat die Welt ein ganzes Hundert auf den Hals bekommen: „Ein Hundert, von dem kein einziger Vertrag auch nur eine halbe Dekade überleben und in Geltung sein wird." Diese Prophezeihung macht dem sittlichen Empfinden des Amerikaners alle Ehre. Wir brauchen auch nicht daran zu zweifeln, daß sie in Erfüllung gehen wird. Was aber die Erfüllung für Deutschland bedeutet, und ob von hier an Deutschlands Wiederaufstieg datieren wird, das wird von unserer nationalen Einsicht und Selbstüberwindung gegenüber den dynamischen und ethischen Geboten der Politik im ganzen, der inneren wie der auswärtigen, abhängen.

Die schwarze Schande

Von Graf Max Montgelas

In Zeiten, die längst vergangen zu sein scheinen, zu Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts, als Deutschland noch nicht das Land der Pariahs war, sprach man viel von der „gelben Gefahr". Niemand ahnte, damals, niemand hätte es für möglich gehalten, daß bald ein anderer Schrecken über den europäischen Kontinent hereinbrechen würde. Bei der „schwarzen Schande" handelt es sich nicht um eine in unbestimmter Zukunft drohende Gefahr, sondern um eine vollendete furchtbare Tatsache. Die Welt verdankt sie der Nation, die einst vorgab, „an der Spitze der Zivilisation" zu marschieren. Frankreich hat die Stirn, im Frieden das fortzusetzen, was es im Kriege gemeinsam mit seinen Verbündeten

Digitized by Google

begonnen hatte: es unterhält eine farbige Armee von gegen 200 000 Mann, und verwendet einen beträchtlichen Teil dieser zum Kriegsdienst gepreßten, halb oder gar nicht zivilisierten unglücklichen Afrikaner in Europa, teils im besetzten deutschen Gebiet, teils in den angeblich „befreiten" elsaß-lothringischen Provinzen, teils in Frankreich selbst, dort als zuverlässigste Polizeitruppe gegen solche Arbeiter, die etwa daran denken sollten, für sich die, ihren Kameraden in anderen Ländern gewährten, Rechte von einer im Dienste des engherzigsten und rückständigsten Kapitalismus stehenden Regierung zu fordern.

Früher als in Deutschland haben anderswo Männer und Frauen die Schmach und Schande empfunden, die durch diese Maßnahme der ganzen weißen Rasse zugefügt wird. Zielbewußt, bestimmt und kraftvoll hat die Bewegung in Schweden eingesetzt, wo namentlich auch Frauenvereine mit scharfen Protesten hervorgetreten sind. In den Vereinigten Staaten von Amerika hat der katholische Primas schon vor längerer Zeit an den französischen Botschafter in Washington ein Schreiben gerichtet, wo unter anderem gesagt war:

„Es wäre tragisch für die Amerikaner, die den letzten Krieg mitgemacht haben, wenn sie, die zum Siege der Alliierten beigetragen haben, erkennen müßten, ihre Mitwirkung habe das Ergebnis gehabt, daß Neger auf wehrlose Frauen losgelassen werden."

Ein in ganz anderem Lager stehender Amerikaner, der in Deutschland weilende sozialistische Millionär John de Kay, hat einen öffentlichen Protest an die Entente gerichtet, und manche amerikanische Kundgebung gleicher Art ist infolge der eigenartigen, noch immer von Kriegspsychose beherrschten Nachrichtenübermittlung über den Atlantischen Ozean bei uns wohl überhaupt nicht bekannt geworden. Es kann bei der Stellung, die der Amerikaner grundsätzlich in dieser Frage einnimmt, keinem Zweifel unterliegen, daß dort ein wahrer Sturm der Entrüstung gegen Frankreich losbrechen würde, wenn es gelänge, den Schleier der Unwahrheit, der seit dem Eintritt der Union in den Krieg ihre Küsten fast hermetisch gegen die Wirklichkeit abschließt, endlich zu durchbrechen und die an deutschen Frauen, Mädchen und Knaben von den französischen Besatzungstruppen begangenen Schandtaten bekanntzumachen. Es wäre eine dankbare Aufgabe, wenn die in Deutschland ja zahlreich anwesenden amerikanischen Berichterstatter von ihren deutschen Kollegen über diese Vorkommnisse aufgeklärt würden.

Am frühesten und stärksten aber hat die Bewegung in England sich Bahn gebrochen. An der Spitze steht der Sekretär der „Union of Democratic Control" und Herausgeber der ausgezeichneten Monatsschrift „Foreign Affairs", E. D. Morel, der wie wenige berufen ist, in dieser Frage das Wort zu ergreifen und das Ohr der zivilisierten Welt zu gewinnen.

Digitized by Google

Ihm kann niemand vorwerfen, daß Rassenhaß oder Rassenhochmut ihn leite. War es doch Morel, der die von der belgischen Kongoverwaltung an den Eingeborenen Afrikas verübten Scheußlichkeiten aufgedeckt und damit der Sache wahrer Menschlichkeit, die im Menschen, gleichviel welcher Rasse und Hautfarbe, stets den Menschen achtet, einen nicht hoch genug zu schätzenden Dienst erwiesen hat. Aber was dem Schwarzen recht ist, das ist nach Ansicht vernünftig denkender Engländer auch dem Deutschen billig. Schon am 10. April hatte Morel im „Daily Herald" einen Artikel veröffentlicht, den die Redaktion des Blattes mit den Worten einleitete, es handle sich um

„so fürchterliche Einzelheiten, daß nur das Bewußtsein, daß Publikum müsse diese Tatsachen erfahren, den Abdruck rechtfertigen könne."

Mit ergreifenden Worten wendet sich der Verfasser in diesem Aufsatz gegen den ungeheuerlichen Frevel:

„Die französischen Militaristen begehen ein verabscheuungswürdiges Verbrechen am weiblichen Geschlecht, an der weißen Rasse, an der Zivilisation. Nicht zufrieden damit, daß sie während des Krieges Hunderttausende von afrikanischen Barbaren verwendeten, die ihre Tornister mit den Augen, Ohren und Köpfen ihrer Feinde füllten, überschwemmen sie mit ihnen Europa auch jetzt noch, achtzehn Monate nach Beendigung des Krieges.

Sie haben die Schwarzen dazu verwendet, russische Bauern niederzumetzeln, sie haben sie nach der Türkei und Bulgarien geschickt, sie unterhalten Massen von ihnen in Syrien. In der Pfalz aber haben sie die Schwarzen in weitestem Umfang verwendet — soviel bekannt, zwischen dreißig- und vierzigtausend! Dort sind sie der Schrecken und das unbeschreibliche Entsetzen des Landes geworden, denn sie vergewaltigen Frauen und Mädchen....., verbreiten die Syphilis und morden, häufig jede Selbstbeherrschung verlierend, unschuldige Zivilisten. Das ist die furchtbare und barbarische Verkörperung einer barbarischen Politik, die in einem sogenannten Friedensvertrag festgelegt ist, und wodurch die Uhr der Civilisation um 2000 Jahre zurückgestellt wird."

Auch in Frankreich selbst sind, wenn auch nur sehr vereinzelt, Proteste laut geworden. So kann Morel die mutigen Worte der „Clarté" anführen, der nach Wahrheit und Klarheit ringenden Monatsschrift, die auch in der Frage der Verantwortlichkeit am Kriegsausbruch gegen die französische offizielle Lügenlegende anzukämpfen wagt:

„Abgesehen von den kaum einzudämmenden tierischen Trieben der schwarzen Truppen fordert die Syphilis in allen mit ihnen belegten Orten furchtbare Opfer. Viele an gefährlichen ansteckenden Krankheiten leidende Prostituierte sind aus Frankreich nach Wiesbaden und Mainz geschickt worden. Die Spitäler reichen nicht mehr aus, um alle aufzunehmen. Große Gebäude sind für die Erkrankten (Männer und Frauen) requiriert worden. Viele junge deutsche Mädchen in kaum heiratsfähigem Alter — manche nur 14 bis 15 Jahre alt — mußten in diese Spitäler aufgenommen werden."

Die Militaristen in Frankreich wüten gegen solche Bekenntnisse zur Wahrheit. Das sozialistische Blatt „Le Populaire" wird gerichtlich verfolgt, weil es den Artikel Morels im „Daily Herald", von dem im vorstehenden ein kleiner Ausschnitt wiedergegeben wurde, abgedruckt hat.

Digitized by Google

Demgegenüber muß das Auftreten eines englischen Offiziers rühmend hervorgehoben werden, des Brigadegenerals C. B. Thomson, der mehrere Feldzüge in Afrika mitgemacht hat, 1911 bis 1914 im Londoner Kriegsministerium verwendet war, nach Kriegsausbruch zum Generalstab des I. Armeekorps in Frankreich trat, 1915 als Militärattaché nach Rumänien gesandt wurde, und nach Erfüllung mehrerer Missionen in Rußland 1917 nach Palästina ging, wo er mit seiner Brigade als erster in Jerusalem einzog. Thomson, der später auch noch Gelegenheit hatte, als Mitglied des obersten britischen Kriegsrats in Versailles das Zustandekommen des Friedensverbrechens aus nächster Nähe zu beobachten, und die Friedensverbrecher persönlich kennen zu lernen, äußert sich in einem am 10. April an Morel gerichteten Briefe wie folgt:

„Mit großem Interesse habe ich Ihren Artikel im heutigen „Daily Herald" gelesen und teile vollkommen ihren Abscheu und Ekel über die Verwendung der schwarzen französischen Truppen in Deutschland. Auf Grund meiner Erfahrungen an der Westküste Afrikas kann ich bestätigen, was Sie über die geschlechtlichen Neigungen dieser Männer sagen, denen beim Fehlen von Frauen ihrer Rasse der Verkehr mit europäischen Frauen eine unbedingte Notwendigkeit ist. Die Ansteckung, sowohl die physische als die moralische, ist gegenseitig und bildete in der Zeit vor dem Kriege eine der schlimmsten Begleiterscheinungen militärischer Wettspiele und Krönungsfeste, an denen schwarze Truppen teilnahmen.

Die Frage hat noch eine andere Seite, die zwar physisch weniger empörend, aber vielleicht noch ernster ist und die darin besteht, daß wilde Völkerschaften im Gebrauch der Waffen geübt und gleichzeitig dazu erzogen werden, die europäische Rasse zu verachten. Ihre schlimmsten Eigenschaften werden aufgestachelt, und sie werden nach ihrer Heimat zurückkehren, unruhigen Geistes, voll Mißvergnügen, bereit Unheil anzustiften und als willige Werkzeuge in der Hand von Händelsüchtigen. Frankreich steht tatsächlich im Begriff, Westafrika zu militarisieren. Die Folgen sind unberechenbar und unaufhaltsam. Sie werden sich zunächst in den französischen Kolonien Afrikas fühlbar machen, aber dann auch weiter sich ausdehnen und den ganzen afrikanischen Kontinent erfassen.

Diese selbstmörderische Politik ist das Werk einer kleinen Clique von Reaktionären und Militaristen, die im Dienst industrieller Magnaten stehen. Seit der Unterzeichnung des Waffenstillstandes haben die Regierungen von Frankreich und England sich stets den Forderungen dieser Männer unterworfen, und bevor sie nicht der Macht entkleidet sind, wird es keine Hilfe geben.

Die Verbreitung, die Sie den entsetzlichen Vorkommnissen in Deutschland geben, wird hoffentlich ein teilnahmsloses Publikum aufrütteln, damit es sich klare Rechenschaft darüber gebe, wie niederträchtig die Friedensverträge sind, und wie wenig die Männer, die diese Verträge gemacht haben, die Fähigkeit besitzen, die modernen Probleme der inneren und äußeren Politik zu behandeln.

Durch Ihr energisches Vorgehen bei Aufdeckung dieser Scheußlichkeiten erweisen Sie meiner Ansicht nach der Oeffentlichkeit einen großen Dienst. Jeder anständige Mensch muß wünschen, daß Ihre Bemühungen von Erfolg begleitet sein werden."

Digitized by Google

Die Entrüstung der liberalen öffentlichen Meinung in England kam besonders zum Ausdruck in einer großen Versammlung am 27. April in der Central-Hall von Westminster. An fünfzehn Mitglieder des Parlaments, ferner J. H. Harris, der Sekretär des Vereins zur Bekämpfung der Sklaverei und zum Schutz der Eingeborenen, Bernhard Shaw sowie viele andere hatten Zustimmungskundgebungen geschickt. Aus Frankreich kamen solche von Romain Rolland und Jean Longuet, aus Deutschland ein von der Versammlung mit Beifall begrüßtes Telegramm des Prinzen Max von Baden und eines der vom Prinzen im Februar 1919 gegründeten „Heidelberger Vereinigung". Morel hielt eine glänzende Rede, die in allen Orten des besetzten deutschen Gebiets öffentlich angeschlagen werden sollte.

Gegenüber diesem Verhalten liberal denkender Engländer ist es geradezu unverständlich, wie lange in Deutschland Regierung und Volksvertretung, Presse und Publikum die Schmach der schwarzen Besetzung ruhig und schweigend hingenommen haben. Während der achtzehn fürchterlichen Monate, die wir seit dem Abschluß des Waffenstillstandes durchleben mußten, hat, abgesehen von Kundgebungen einiger Landesvertretungen — fast nirgends ein energischer Protest stattgefunden, sogar die Frauenvereine haben größtenteils geschwiegen. Die Nationalversammlung hat erst in den letzten Tagen ihres Bestehens eine Interpellation zu dem empörenden Thema eingebracht. Die Presse hat von der Entrüstung in anderen Ländern nur spärlich Notiz genommen, sogar über die Versammlung vom 27. April nur kärglich berichtet. Ein entschiedener Fehler lag darin, daß die öffentliche Meinung in Deutschland weder über die Zahl noch über das Verhalten der farbigen Truppen hinreichend unterrichtet wurde. Es sei hiermit an die Regierung und an den kommenden Reichstag, an Presse und Publikum, insbesondere an die Frauenvereine und alle für internationale Verständigung kämpfenden Vereinigungen die dringende Bitte gerichtet, sich nachdrücklicher und mutiger als bisher der Ehre der deutschen Frauen und der deutschen Jugend in den besetzten Gebieten anzunehmen. Internationale Verständigung ist unmöglich, solange deutsche Frauen, Mädchen und Knaben den Lüsten farbiger Krieger schutzlos preisgegeben werden.

Das dritte Ministerium Nitti

Von Oscar Müller (Berlin)

Die italienische Kabinettkrise endete nach einem verunglückten Versuch, den Reformsozialisten Bonomi mit der Bildung einer neuen Regierung auf grundsätzlich veränderter Basis zu beauftragen, mit der reuevollen Rückkehr zu Nitti als zu dem einzigen Mann, der zurzeit Italien

Digitized by Google

regieren kann. Dieser völlig überflüssige Zwischenakt noch nicht eingespielter parlamentarischer Akteure hat keine andere politische Bedeutung zu beanspruchen, als daß es die eigenartige Lage des Königreiches aufs neue beleuchtete, die es ihm nicht erlaubt, zwischen den verschiedenen politischen Systemen und Rezepten zu wechseln, die im politischen Leben und im Parlament vorhanden sind, sondern es zwingt, die Politik zu machen, die es seit der Beendigung des Krieges macht, auch wenn sie gelegentlich der Ungnade einer Kammerabstimmung verfällt. *Wir sahen hier die Realität über die Gesetze des Parlamentarismus siegreich werden*, was uns in Deutschland einigen Trost versprechen könnte für den Fall, daß am 6. Juni die Einsichtslosigkeit der Wählermassen aus einem Gefühl vager Unzufriedenheit heraus den Koalitionsparteien die Gefolgschaft kündigen sollte, ohne sich zu überlegen, daß es für Deutschland keine andere Politik gibt, als die der bisherigen Koalition.

Bei diesem lediglich episodenhaften Charakter des italienischen Kabinettwechsels können für die deutsche Oeffentlichkeit die Einzelheiten des Vorgangs der Vergessenheit anheimfallen: Etwa welche Parteien in der Kammer gegen Nitti gestimmt hatten und warum die katholische Volkspartei jetzt wieder für ihn stimmen wird, oder was den Anlaß zu diesem Vorgang bot, den die Italiener mit einem der Bäckersprache entnommenen Wort „rimpasto", das Zurechtkneten nennen. Was uns interessiert ist nur, welches die Politik Nittis ist, und warum sie die Politik Italiens bleiben muß, obwohl sie dem in der Parlamentsmehrheit ausgedrückten Volkswillen offenbar nicht völlig angepaßt ist.

Nitti wurde mit der Bildung des Ministeriums zum erstenmal beauftragt, als es sich herausstellte, daß der Sieg Italien in einem Zustand völligster Niederlage hinterlassen hatte. Die wirtschaftliche, finanzielle und soziale Lage des Landes war trostlos, die Aussicht auf die Hilfe der Bundesgenossen bei deren Harthörigkeit und Rücksichtslosigkeit verschwindend gering. Die Enttäuschung wurde vollständig, als in Versailles auch die nationalen Hoffnungen Italiens als Bagatellen behandelt wurden, als die Fragen von Fiume und Dalmatien sich entrollten, die kleinasiatischen Intrigen Italien das Leben verbitterten und der französische Uebermut den europäischen Frieden in immer neue Krisen trieb. Aus dieser Lage erwuchs die Politik Nittis: Nach innen Zusammenfassung aller Kräfte zur nationalen und wirtschaftlichen Erneuerung, nach außen Verwirklichung des Friedens und Versuch der Versöhnung und Zusammenarbeit mit den bisherigen Gegnern, um möglichst schnell die gemeinsamen Leiden der Kriegsjahre zu überwinden. Diese Politik ist so richtig und dabei so schwer, wie etwa die auf dieselben Ziele gerichtete Politik der deutschen Regierung und der sie tragenden Parteien. Was hier wie dort

Digitized by Google

fehlt, ist die nationale Geschlossenheit, der gedüngte Boden für praktische Arbeit und die Bereitwilligkeit des Auslands, ebenso resolut an einer neuen internationalen Politik mitzuarbeiten. Daher und nicht aus einer oberflächlichen pragmatischen Interessengemeinschaft sind die regen Sympathien zu erklären, die neuerdings von Italien zu Deutschland hin und umgekehrt schwingen.

Die italienischen Parteiverhältnisse, wie sie sich aus den Wahlen nach dem Kriege ergeben haben, sind einer praktischen Erneuerungsarbeit denkbar ungünstig: Die alte liberale Partei, die Italien gemacht und den Geist des Staates und seiner Lenker durch drei Menschenalter bestimmt hat, ist zerfallen und besteht nur noch in einigen Bruchstücken, die, auch wenn sie sich zur Unterstützung einer Politik zusammenfinden, doch kein kraftvolles Ganzes mehr ergeben. Statt dessen sind zwei Parteien hochgekommen, die dem italienischen Staatsleben bisher fremd waren: die katholische Volkspartei und der Sozialismus. Der letztere, bis zum Kriege durch die vorsichtige und zugleich starke Politik Giolitis kleingehalten, auf unfruchtbare Doktrin und intellektuelle Parteigänger beschränkt, hat durch die sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen des Krieges endlich den Zusammenhang mit Massenstimmungen und Massenwünschen erreicht, dem Programm der Führer die Unterlage leidenschaftlicher Egoismen gegeben und durch die Wahlfaulheit des Bürgertums eine parlamentarische Vertretung erhalten, welche die Bedeutung der eigentlichen Arbeiterbewegung für den Gesamtorganismus des Staates weit übersteigt. Das Jugendalter dieser Partei zwingt sie zum Radikalismus, weil sie dadurch sich zu erhalten und zu vermehren hofft, und rät ihr ab, sich mit den positiven Verantwortlichkeiten der gerade jetzt sehr undankbaren Staatsaufgaben zu belasten. Deswegen stellt sie, unter dem Einfluß radikaler Führer und in etwas unter der Hypnose der Weltrevolutionsidee, ganz entgegen dem Wirklichkeitssinn italienischer Politik, das revolutionäre Prinzip, den Klassenkampf, das Antidynastische in den Vordergrund und versagt sich den bürgerlichen Parteien zur Mitarbeit an den nationalen Aufgaben.

Die andere große Partei vereinigt, ähnlich dem deutschen Zentrum, politische Gegensätze in ihrem durch gemeinsame christliche Weltanschauung gebildeten Lager; sie ist rechts bürgerlich, ängstlich, kapitalistisch, vorsichtig gegen soziale Kühnheiten und nationalistischen Strömungen, da und dort verschwiegen verwandt, links aber reformfreundlich, radikal und, wie unsere Zentrumsgewerkschaften, sozialistischen Ideen zugeneigt. Ihre Führung schwankt zwischen diesen beiden Extremen und hat den Weg zu einer Staatspolitik bis jetzt um so weniger finden können, als sie sich von dem einfachen Gehorsam gegenüber den geheimen Orders des Vatikans frei-

Digitized by Google

zumachen versucht, die früher den unorganisierten italienischen Katholizismus lenkten.

Diese parteimäßige Grundlage ist für eine Regierung in heutiger Zeit nicht günstiger als die deutsche Koalition, in der bürgerliche Demokratie von zweifelhaftem Sozialismus mit der sozialistischen Partei von zweifelhafter Demokratie vereinigt ist. In beiden Ländern ergibt sich das Bild einer schwachen Regierungsgewalt, die durch Kompromisse gehen muß und allmählich das Gesicht verliert.

Die Schwierigkeit und Aehnlichkeit der äußeren Lage ist nicht geringer: Die deutsche wie die italienische Regierung, beide sind Erben einer verunglückten auswärtigen Politik. Was die früheren Regierungen versprachen, können sie nicht halten und stehen deshalb unter der ebenso ungerechten wie unerbittlichen Kritik der Enttäuschten des Volkes, von der demagogischen Taktik der Schuldabwälzung ganz abgesehen, die von italienischen und deutschen Nationalisten mit gleicher Virtuosität geübt wird. Italien ging in den Krieg, um seine nördlichen und östlichen Grenzen zu sichern; aber es sieht sie heute durch einen neuen Gegner, den Jugoslawischen Großstaat bedroht, der gefährlicher ist als das alte Oesterreich. Die Versuche, jetzt die Hoffnungen des Krieges zu realisieren, scheiterten an der Lauheit und dem Egoismus der Bundesgenossen und ziehen der Regierung den Vorwurf nationaler Impotenz zu, den schwersten, der eine Regierung treffen kann. Wirtschaftliche Depression und nationaler Tiefstand sind in Deutschland wie in Italien die Vorgaben, welche die Regierung der Opposition machen mußte; die Chance, das Spiel dennoch zu gewinnen, besteht nur, wenn Hilfe aus anderen Regionen der Politik kommt. Die deutsche Regierung und Nitti sehen diese Möglichkeit in einer Besinnung Europas in letzter Stunde vor dem sonst gewissen Zusammenbruch.

Nitti hat diese Karte mit Geschick, Energie und taktischem Verständnis für den günstigen Augenblick ausgespielt. Durch kluge Pronunziamientos bereitete er die Oeffentlichkeit seines Landes und die Welt, die nicht mehr daran gewöhnt war, Italien reden zu hören, auf den europäischen Beruf der italienischen Politik vor. In dem von Blut, Hunger, Schrecken, Gier und Materialismus verödeten Weltteil klang die Stimme des Ententestaatsmannes, der statt Haß Liebe, statt Habsucht Nächstenliebe predigte, wie eine Aufrufung des Gewissens durch einen Propheten. Während des Krieges war der Titel des „großen Europäers" allzu freigebig verliehen worden an Männer kleinsten nationalistischen Formates, wie Take Jonescu und Venizelos, denen ihr Vaterland bescheidene Denkmäler setzen mag, die aber Europa nichts angehen. Hier jedoch, in Nitti, sprach wirklich das über Grenzpfähle schauende, in allen Sprachen erwachte, dunkle, große, zeitlose europäische Gewissen, angestachelt von den Forderungen allge-

Digitized by Google

meinen Menschentums, die im alten Italien noch immer gastliche Sitze haben. Wie Mailand, die italienische Stadt, die am leidenschaftlichsten zu hassen versteht, die erste war, die hungernde österreichische Kinder zu sich rief, so war die Regierung Nittis die erste aus dem großen Kriegsbund gegen die Mittelstaaten, die innerlich und mit warmer Bereitwilligkeit den Frieden schloß. Die Aufnahme Renners in Rom war ehrenvoll und von allem Parvenühaften des Siegers so entfernt, daß die Verhandlungen nicht nur Ergebnisse hatten, sondern auch, was wichtiger ist, eine neue Atmosphäre um die beiden Länder legte, die es ermöglicht. ein neues Kapitel ihrer geschichtlichen Beziehungen zu beginnen. Dann kam San Remo. Was dort an Vorarbeit für eine bessere Zukunft erreicht wurde, entspricht den Linien der Politik Nittis, dem es gelang, den englischen Wirklichkeitssinn und den Kalkul in die Gefolgschaft seiner Ideen zu bringen. Eine offene und leidenschaftliche Ablehnung französischer politischer Methoden geht nicht nur durch die Handlungen der italienischen Regierung, sondern auch durch die Strömungen des Volkes, das in allen Lagern, angewidert von den allzu zynischen Gegensätzen zwischen Wort und Tat, zwischen Wilson und Versailles, zur psychologischen Emanzipation von dem Joch des Kriegsbündnisses vorwärts schreitet.

Wenn Nitti bei dem Ruf nach einer neuen europäischen Politik zweifellos den Willen des ganzen Landes hinter sich hat, so verhindern es doch die einzelnen parteimäßigen Vorstellungen und die Inkongruenz zwischen dem Erstrebten und dem nach Lage der Dinge Möglichen, daß dem Kabinett eine große und feste Basis daraus erwächst. Die Sozialisten verstehen den europäischen Beruf in revolutionärem Sinne und drängen zu Zielen, denen sich Nitti als Wortführer des bürgerlichen und konstitutionellen Italiens versagen muß. Die Nationalisten aber verlangen aus der Gegnerschaft gegen den Zwitterfrieden, den die Bundesgenossen diktierten, die letzte Konsequenz zu ziehen, d. h. Durchsetzung aller nationalen Wünsche Italiens, selbst mit Gewalt. Auch dies muß Nitti ablehnen, nicht nur weil er keine Gewalt mehr will, sondern weil er als kühler Rechner und Volkswirt die Kräfte des Staates zu gut kennt, um nicht zu wissen, daß eine Ueberspannung jetzt die Katastrophe nach innen wie nach außen bedeuten würde.

So einfach und verdienstlos diese mittlere Erkenntnis scheint (ganz ähnlich, wie es in Deutschland keines Genies bedurfte, um die Linie der Koalitionspolitik zu finden), so schwer und gefährlich ist es doch, hier wie dort, unbeirrt dieses Weges zu gehen, auf dem nur Dornen wachsen und an dessen Ende kein Lorbeer, sondern höchstens ein bescheidenes Vergißmeinnicht blüht. Die Gefahr liegt darin, daß die gespannte innere Lage jeden Augenblick das Gleichgewicht des Staates umzuwerfen droht, und daß dieser Prozeß durch Strömungen von außen her gefördert wird.

Digitized by Google

Wer aus Italien kommt, weiß viel zu erzählen von Streik, Unzufriedenheit, drohender Revolution, Auflösung der Ordnung und Hoffnungslosigkeit der Italiener selbst, ihr nationales Geschick bald wieder auf gute Bahnen lenken zu können. Auch wenn man vieles von diesen oberflächlichen Impressionen als übertrieben annimmt, besonders, weil sie aus einem Lande stammen, das immer verschwenderisch Eindrücke verteilt, selten aber seine Seele zeigt, so ist doch wohl einzuräumen, daß die innere Lage unklar ist und Ueberraschungen bringen kann, besonders, wenn es nicht gelingt, die nackten Lebensnöte des Volkes zu beseitigen. Wenn es dem demokratischen Bürgertum nicht glückt, die Gärung der agrarischen und industriellen Proletariermassen durch Reformen unschädlich zu machen und, etwa nach dem alten Rezept Giolittis, den Sozialismus durch eine wohlwollende und humane Verwaltung abzudämmen, dann ist die Gefahr einer sozialistischen Revolution nicht ausgeschlossen. Vorher wird man wohl noch einmal auf den Stimmzettel zurückgreifen, und die Wähler werden vielleicht schon bald Gelegenheit haben, die Sozialdemokratie auf diesem legalen Wege in ihre Machtbereiche zurückzudrängen. Aber letzten Endes wird doch entscheidend sein, ob die Organe des Staates, vor allem das Heer, noch so intakt sind, daß sie eine Gewaltprobe aushalten würden. Nach meiner Kenntnis des früheren Italiens möchte ich dies bejahen und nicht annehmen, daß die italienischen Sozialisten trotz ihrer Radikalisierung das Spiel wagen werden, die Arbeiter gegen den konstitutionellen Königsstaat zu führen, der auch heute noch der großen Mehrheit des Volkes als der historische Garant für die über allem Parteihader stehende nationale Einheit erscheint.

Doch wie Deutschland, so hat Italien mehr von Revolutionen als von der Revolution zu fürchten, von jenen kleinen Negierungen des Staates, der öffentlichen Gewalt und ihrer Notwendigkeiten, von den Nadelstichen des wirtschaftlichen und sozialen Kampfes, die das politische Leben fiebrig machen und das dringlichste, die zähe, beharrliche, fleißige Arbeit verhindern oder allzu oft unterbrechen. Der Tiefstand der Valuta, die Teuerung, das unheimliche Ansteigen der Staatsschuld, die Noteninflation, die Produktionsschwäche, der unnatürlich gesteigerte Importbedarf, der Mangel an Rohstoffen, Arbeitslosigkeit, Lohnsteigerungen, Verarmung des Mittelstandes und Aufstieg moralisch bedenklicher Elemente, Bildung neuer großer Vermögen ohne Aussicht, sie steuerlich zu fassen, das Nebeneinander radikaler sozialisierender Staatstendenzen und der Auswüchse kapitalistischer Hochblüte —, das alles sind gemeinsame Zeichen und Deutungen deutscher und italienischer moderner Zustände, zu deren Bändigung mehr gehört als ein Parteiprogramm.

Nitti versucht es mit einer Paarung realer Erfassung des Tatsächlichen und Möglichen und einer idealen Ein-

Digitized by Google

stellung auf die großen neuen Gedanken, die der Krieg gebracht hat. Deutschland, dessen Hoffnungen auf demselben Wege liegen, hat allen Grund, zu wünschen, daß er und Italien nicht straucheln.

Die Auflösung des Allgemeinen Arbeiterbundes in Frankreich

Von Dr. Otto Ebstein

„Nur besiegten Völkern geschehen solche Dinge" sprach Bismarck 1871 im Angesicht des von den Petroleusen der Commune angezündeten brennenden Paris. Dieses Wort — aber in entgegengesetzter Richtung — hat sich auch in diesem Augenblick für Frankreich bewahrheitet. Der Generalstreik, den die französischen Eisenbahner zur Durchsetzung ihrer Sozialisierungsforderungen mit Hilfe des Allgemeinen Arbeiterbundes (Confédération Générale du Travail, abgekürzt C. G. T.) ins Werk setzen wollten, ist ziemlich kläglich zusammengebrochen. Grund: man versetzt ein siegreiches Volk nicht leicht in revolutionäre Stimmung. Selbst dann nicht, wenn, wie es für die Franzosen der Fall ist, der Sieg durchaus nicht alle Blütenträume reifen ließ. Das Gefühl: wir sind die Sieger, geht eben zur Zeit in der Seele des französischen Arbeiters noch allen anderen vor. Es wäre gut, daß man sich in Deutschland darüber nicht täuschte.

Der Allgemeine Arbeiterbund war seit langem der Alpdruck der französischen Kapitalisten. Dieser Bund ist eine Vereinigung sogenannter Syndikate, d. h. revolutionärer Gewerkschaften, unter denen namentlich die der Eisenbahner, der Arbeiter der anderen Verkehrsanstalten, der Beleuchtungs- und Wasserwerkarbeiter, Berg- und Seeleute und Hafenarbeiter (Docker) die größte Rolle spielen. Mit einem gemeinsam durchzuführenden Streik dieser lebenswichtigen Gewerke stets zu drohen, im Falle seiner Durchführung die politische Gewalt zu erobern, dann das durch und durch kapitalistische Frankreich zu sozialisieren — das erschien dem französischen Bürgertum als das zu fürchtende Ziel dieses Bundes. In Wirklichkeit ist es zu unzähligen Teilstreiks gekommen, aber niemals zu einer großen gemeinsamen Unternehmung. Immer war es der 1. Mai, der der zitternden Bourgeoisie als der vom Arbeiterbund erkorene Tag galt, da das große Opferfest beginnen sollte. Die französischen Ministerpräsidenten verstanden diese Aengste der Bourgeoisie vortrefflich auszubeuten. Namentlich war Clemenceau bei seiner ersten Präsidentenschaft, als er auch das Innere leitete, ein glänzender Regisseur für die effektvolle Gestaltung des 1. Mai. Es gab damals unter seinem Ministerium einen solchen Tag, an welchem sich bei wundervollem Wetter

Digitized by Google

buchstäblich kein Mensch auf die Straße wagte, keine Straßenbahn und kein Fiaker rollte, und die Menschen angstzitternd hinter geschlossenen Fensterläden saßen. Der Hamster, der alle Lebensmittel aufkaufte und starke, freilich schnell vorübergehende Preiserhöhungen hervorrief, war damals schon eine bekannte Erscheinung in Paris. Ein Streik der Elektriker, der Paris für etliche Abende in Dunkel tauchte, wurde fast humoristisch genommen. Sein Leiter, Patou, wurde unter dem Titel „der König der Finsternis", eine volkstümliche Gestalt. Mit einem ziemlich lange dauernden und unangenehmen Streik der unteren Postbeamten (März 1909) wurde Clemenceau in seiner Weise fertig. Als sie ihm durch eine Abordnung das dringende Verlangen aussprechen ließen, der allgemein verhaßte Herr Simyan, Unterstaatssekretär für Post und Telegraph, solle sofort verabschiedet werden, empfing er die braven Leute mit der größten Herzlichkeit. Er ließ sie gar nicht zu Worte kommen. „Was bedarf's zwischen uns der Worte?" rief er, „ich weiß, was Ihr denkt, und Ihr wißt, was ich denke." Die Abordnung war entzückt von diesem Biedermannston. Clemenceau fragte jeden einzelnen nach seinem Ergehen, nach Frau und Kindern, und wickelte sie so in Liebenswürdigkeit ein, daß sie der festen Ueberzeugung waren, ihr Wunsch sei gewährt. Sie empfahlen sich und berichteten ihren Auftraggebern guten Erfolg ihrer Sendung. Erst als Simyan noch lange im Amte blieb, wurde ihnen klar, daß Clemenceau ihnen ja nichts versprochen und sie recht anmutig angeführt hatte.

Verhältnismäßig leicht wurde auch Briand mit einem großen Streik der Eisenbahner fertig, indem er mitten im Frieden vom Mittel der teilweisen Mobilmachung Gebrauch machte. Mit der Binde am Arm, die sie zu Soldaten stempelte, wagten die „militarisierten" Eisenbahner nicht, sich ihrer Pflicht zu entziehen.

Der 1. Mai 1919, auf den das sozialistische Deutschland große Hoffnungen als auf eine internationale Friedenskundgebung gesetzt hatte, ist in Frankreich sehr ruhig vorübergegangen. Die Wahlen am 16. November haben den französischen Sozialisten schwere Einbußen gebracht; ihre parlamentarische Vertretung verlor 32 Sitze. Allerdings hätten nach dem „Populaire" die Sozialisten im Lande eine halbe Million Stimmen mehr erhalten als bei den Wahlen von 1914, aber die revolutionäre Energie hat doch unter dem parlamentarischen Mißerfolge sehr gelitten. Das hat der Mai 1920 gezeigt. Für diesen hatten nämlich die Eisenbahner ihren großen Schlag vorbereitet, der ihnen mit Hilfe der übrigen Gewerkschaften unbedingt gelingen sollte. Die Forderung, welche die Eisenbahner seit langem erheben, ist die Sozialisierung oder mindestens die Verstaatlichung der Eisenbahnen. Bekanntlich werden die französischen Bahnen von großen, geographisch gegliederten privaten Aktiengesellschaften betrieben, deren Verwaltungen man häufig als

Digitized by Google

die „eigentlichen Herrscher Frankreichs“ bezeichnet. Der Staat besaß anfänglich nur ein ganz kleines zwischen Orleansgesellschaft und Westbahngesellschaft eingeklemmtes Netz, das aus Linien bestand, die keine andere Gesellschaft bauen wollte. Erst einige Zeit vor dem Kriege wurde unter dem Einfluß von Jaurès die große Operation des Rückkaufs der Westbahn ausgeführt, die dann mit dem Staatsbahnnetz verschmolzen wurde. Auf dem so geschaffenen neuen Netze „Ouest-Etat“ spielten die sozialistischen Eisenbahner eine große Rolle. Wie der Deputierte Engerand am 18. Mai in der Kammer behauptete, fand der revolutionäre Syndikalismus auf diesem Netze einen Nährboden, der durch eine allzu viel Politik treibende Verwaltung vorbereitet worden war. „Bald wurde der Arbeiterbund Herrscher in diesem Netz; alle Begünstigungen wurden seinen Anhängern zugewendet und gewisse Oberbeamte verhehlten ihre Vorliebe für die roten Gewerkschaften so wenig, daß andere noch weiter gingen. Ein Oberbeamter galt als „Haupt der Sowjets“ und erklärte offen, er habe mehr Vertrauen zu streikenden Arbeitern als zu anderen.“ So berichtete Engerand und merkwürdigerweise wurde der Deputierte Mandel, der frühere Kabinettssekretär und Vertraute Clemenceaus, bezichtigt, die Schuld an der Untergrabung der Staatsautorität auf dem Staatsnetz zu tragen. Jedenfalls hatte der Arbeiterbund in diesem Netz eine starke Stellung und er wollte sie ausnützen, um von hier aus die übrigen Netze zu erobern. Damit wäre ein Teil des sozialistischen „Programms von St. Mandé“ verwirklicht worden, welches einst der sozialistische Abgeordnete Millerand verkündigt hatte und in welchem er die Eroberung der politischen Macht durch und für die Arbeiterklasse verlangte. Der Allgemeine Arbeiterbund als Beherrscher der Eisenbahnen Frankreichs hätte das Land politisch beherrscht; er hätte „die Faust an der Gurgel des Staates“ gehabt. Der Ministerpräsident Millerand war sich über diese logische Schlußfolgerung aus seinem Programm von St. Mandé allzu klar, um ihre Verwirklichung zu gestatten. Millerand geht jetzt mit der scharfen Maßregel der Auflösung des Bundes selbst und mit der strafrechtlichen Verfolgung seiner Leiter auf Grund des Gesetzes gegen anarchistische Umtriebe vor. Die Lage hat sich, soweit es sich in diesem Augenblick bei der recht ungenügenden Berichterstattung — es liegen Zeitungen bis zum 22. Mai vor —, wie folgt, entwickelt:

Nachdem die Regierung die Anträge des Arbeiterbundes auf sofortige Sozialisierung der gesamten Eisenbahnen abgelehnt hatte, wurde auf Grund von Beschlüssen des Bundeskongresses am 1. Mai 1920 ein allgemeiner Esenbahnerstreik proklamiert, der durch eine Anzahl anderer Streiks unterstützt werden sollte. In diese Streiks sollten eintreten: die Pariser Stadtbahn (Métropolitain und Nord-Süd), die elektrischen Straßenbahnen und Omnibusse, das öffentliche Fuhrwesen (Taxi-Autos), die Ar-

Digitized by Google

beiter der Wasser-, Elektrizitäts- und Gaswerke, die Hafenarbeiter, die Bergleute, die Hütten- und Hochofenarbeiter, die Maurer, Zimmerleute, Möbeltischler und einige andere Gewerbe. Etliche dieser Streiks sind niemals begonnen worden. In etlichen Gewerben ist zwar gestreikt worden, aber die Folgen traten nicht in Erscheinung, weil sofort eine freiwillige technische Nothilfe einsprang (Gas, Wasser, Elektrizität). In anderen Zweigen (Stadtbahn) hielten die Streiker etwa anderthalb Wochen aus, kehrten aber dann zur Arbeit zurück. Nur die Bergleute (besonders die Kohlenhäuer) verharren aus besonderen Gründen in zahlreichen Gruben im Streik. Was den Hauptstreik, den der Eisenbahner, betrifft, so hat er sich nur schwach entwickelt und es ist ihm insbesondere niemals gelungen, den Verkehr und die Versorgung von Paris zu lähmen. In vielen Orten des Landes ist den Arbeiterstreiks durch Bürgerstreiks begegnet worden, indem z. B. Bäcker und Aerzte sich weigerten, den Arbeitern, die ihnen Licht und Feuerung abschnitten, Brot zu liefern und Hilfe zu leisten. Geradezu drollig lautet ein Bericht aus Rouen, wonach die dortigen Docker, die in den Solidaritätsstreik für die Eisenbahner eingetreten waren, die Erfahrung machen mußten, daß die streikenden Eisenbahner sich als Aushelfer in den Docks anwerben ließen. Zur Ermattung der Streikbewegung trug am meisten die Haltung der öffentlichen Meinung bei, welche die Streiks als „deutsche Mache" bezeichnete. Das ist das selbstverständliche Schlagwort, mit dem man heute in Frankreich jede Bewegung diskreditiert und dem auch der Arbeiter nicht zu widerstehen wagt.

Uebrigens begriff Millerands Regierung, daß sie mit den Zwangsmaßregeln allein dem Arbeiterbund und den Eisenbahnern nicht beikommen könne; daß man außer Auflösung, Verhaftung, Strafverfolgung auch positive Leistungen bieten müsse. Sie kündigte daher an, daß der Minister der öffentlichen Arbeiter, Le Trocquer, einen Gesetzentwurf über die Umgestaltung des Eisenbahnwesens im Sinne der Verstaatlichung und Sozialisierung einbringen werde. Bereits die Ankündigung dieser Absicht gab den gemäßigten und streikmüden Elementen im Arbeiterbund die sehr erwünschte Gelegenheit, das Streikziel als doch eigentlich erreicht zu bezeichnen und Abbruch der Streiks, insbesondere des Eisenbahnerstreiks zu verlangen. Der Entwurf von Le Trocquer ist am 18. Mai in der Kammer eingebracht und sofort dem Ausschuß für öffentliche Arbeiten überwiesen worden. Es handelt sich um ein umfangreiches Verbesserungswerk an den Verträgen von 1883, durch welche der Staat den Eisenbahngesellschaften ihre Konzessionen und Privilegien bestätigt und ihnen namentlich eine umfangreiche Bürgschaft für die Erfüllung ihrer Zinsenverpflichtungen gegenüber ihren Obligationären zugesagt hat. Auf Grund dieser Bürgschaft schuldeten die Netze Nordbahn und Paris-

Digitized by Google

Lyon-Mittelmeer dem Staat am 31. Dezember 1919 mehr als 1½ Milliarden Franken. Der Entwurf will nicht, wie es der Allgemeine Arbeiterbund verlangt, eine sofortige Verstaatlichung durchführen; diese würde für den Augenblick zu ungeheuerliche Kosten verursachen. Die Verstaatlichung soll erst für die Zukunft durch eine Revision der Abmachungen von 1883 ermöglicht werden. Aber der Entwurf bringt als wichtigstes Lockmittel für die Arbeiter eine Art Sozialisierung der Eisenbahnen, indem die Arbeiter durch Prämien am Gewinn beteiligt werden sollen. Freilich kündigt der Minister an, daß zur Aufbringung des notwendigen Betriebsgewinns eine Erhöhung der Fracht- und Personentarife in Aussicht genommen ist, wofür allerdings dem Publikum verbesserte Leistungen der Eisenbahnen infolge erhöhter Arbeitsfreudigkeit des Personals in Aussicht gestellt werden. Der Entwurf soll bereits in den nächsten Wochen als fertiges Gesetz verabschiedet werden.

Sofort nach der Einbringung des Entwurfs trat der Bundesausschuß zusammen und erklärte nach mehrtägigen Beratungen die Aufhebung der Streikbeschlüsse — trotz des Widerspruchs der Vertreter der Eisenbahner. Nach den Satzungen des Allgemeinen Arbeiterbundes sind die Eisenbahner verpflichtet, sich dem Mehrheitsbeschluß zu fügen. Nur ein neu einzuberufender Kongreß des Arbeiterbundes könnte anders entscheiden. Werden die Eisenbahner auf der Einberufung dieses Kongresses bestehen oder dem Mehrheitsbeschluß des Ausschusses nachgeben und ihren Streik abbrechen? Es spricht viel Wahrscheinlichkeit für das letztere, zumal ihr Streik eigentlich niemals effektiv geworden ist und ihnen durch die Einbringung des Entwurfes Le Trocquer eine ausgezeichnete Gelegenheit geboten wird „das Gesicht zu retten". Im Augenblick, da dieser Aufsatz geschlossen wird, liegt keine endgültige Nachricht über die Absichten der Eisenbahner vor.

Die Handlungen der Regierung zur Auflösung des Arbeiterbundes, die Verhaftung einer Anzahl von Führern rufen selbstverständlich gewaltige Aufregung in den Arbeiterkreisen hervor. Millerand wird sich aber dadurch kaum daran irre machen lassen, das Werk, das er selbst mitgebaut hat, niederzureißen.

Französische Werbung am Rhein

Von Paul Wentzcke

In furchtbar gleichmäßigem Zuge nähert sich die sogenannte Rheinlandfrage ihrer Krisis. Unbeachtet fast und unbemerkt beginnen sich die Fäden leise zu lösen, die bisher immer noch, trotz schwerster Erschütterung, die neuen Grenzlande am deutschen Rhein, die Westmark des Reiches,

Digitized by Google

mit den übrigen Volksgenossen, mit Altdeutschland, verbinden. „Der Rheinischen Republik zweiter Akt", so konnte ich vor Monaten schon eine Uebersicht über die Ereignisse und Meinungen im besetzten Gebiet umschreiben, um anzudeuten, wie langsam und stetig sich Spiel und Gegenspiel entwickeln, ohne daß der Zuschauer die letzten Folgen zu überblicken vermag. In der Tat zogen in diesem letzten halben Jahr wie in einem guten Schauspiel Fortschritt und Hemmung, vorwärtsstrebende und retardierende Momente in dramatischer Spannung an uns vorüber, ohne daß der eine oder andere Faktor scheinbar das Uebergewicht erhielt. Wo außenpolitischer Druck die Bewegung beschleunigte, da trat von innen heraus ein Gegendruck hervor, der dem Angreifer erfolgreich Widerpart zu leisten vermochte, bis endlich die Ereignisse der letzten Wochen aufs neue auch bisher unbeteiligte Kreise zur Vorbereitung neuer Ablösungsbestrebungen trieben.

Die großzügige, kostspielige Werbetätigkeit, die insbesondere von französischer Seite her nun bereits über Jahr und Tag hindurch wirksam ist, macht sich deutlich im Wirtschaftsleben sowie im Aufbau der Schule und Bildung in erschreckender Weise fühlbar. Wieviel von deutschem Grund und Boden heute noch unser ist, wieviel von Aktien und Kuxen bereits in feindliche Hand offen und insgeheim hinübergespielt wurde, ist leider ganz unklar. Wenn kürzlich eine Zeitungsmeldung aus Aachen den Verkauf von Wohnungen und Baugelände in Aachen an Ausländer, fast durchweg Franzosen und Belgier, auf ein Zehntel des Gesamtbesitzes der Stadt berechnete, so erscheint diese Zahl, so groß und schwer sie nach nur einjähriger Fremdherrschaft auch sein mag, leider viel zu niedrig gegriffen. Im Saargebiet vor allem, wo die staatlichen Kohlengruben durch den Uebergang an Frankreich einen festen Kern zur Angliederung von neufranzösischem Privatbesitz abgeben, ist der Wechsel auf alle Fälle bedeutend größer gewesen. Im Kreise Mörs, wie überhaupt im zukunftsreichen Kohlen- und Industriegebiet des linken Niederrheins, wetteifern Holländer, Belgier und wieder Franzosen im Ankauf von Kuxen und Aktien, die nach und nach die wirtschaftliche Hegemonie der alliierten und assoziierten Mächte der politischen und militärischen zur Seite stellen. Wieviel uns der bekannte „Ausverkauf" von beweglichem Gut bei der fortschreitenden Entwertung unseres Geldes noch ließ, darüber kann jede Hausfrau und jeder Familienvater im besetzten Gebiet nur zu genau Auskunft geben. Das nötigste an Wirtschaftsgeräten und Handwerkszeug, an Maschinen und landwirtschaftlichen Bedarfsartikeln zu beschaffen, muß sich der Bewohner des Rheinlandes heute nach Mittel- und Norddeutschland wenden, da die eigenen Läden leer sind oder von Tag zu Tag leerer werden. Die öffentliche Meinung drüben im „Reich" verhält sich diesen Bestrebungen und diesem Ausverkauf gegenüber ebenso

Digitized by Google

leidend und teilnahmslos wie die Berliner Regierung. Achselzuckend müssen die Parteien gestehen, daß ihnen jede Möglichkeit fehlt, der hier zutage tretenden Unzufriedenheit der Rheinländer wirksam zu begegnen.

Ebenso teilnahmslos, ja selbstzufrieden und genügsam aber sehen Ministerien und Parlament zu, wie Hand in Hand mit der wirtschaftlichen Invasion der Ausländer eine besonders feinfühlige, außerordentlich gewandte französische Sprach- und Kulturpropaganda Schritt für Schritt Verstand und Herz der deutschen Jugend und des deutschen Volkes zu erobern weiß. Alle Erfahrungen, die die Ligue d'Alsace und die Alliance française in fünfundvierzigjährigem Minenkrieg in Elsaß-Lothringen machten, wenden ihre Meister und Nachfolger unverhüllt aufs neue an, ohne daß sich eine Hand zur Gegenwehr erhebt. Die folgenschweren Erfahrungen von Mülhausen und Metz, von Zabern, Weißenburg und Straßburg sind scheinbar spurlos ins Meer der Vergessenheit hinabgesunken.

Ganz selbstverständlich begleiten ja Sprachlehrer und Volksbildungsmittel aller Art den französischen Einmarsch von Süden und Westen. Unmittelbar nach dem Vorrücken der fremden Truppen ins Saargebiet und in die Westpfalz entstanden dort überall Sprachkurse, um den Verkehr zwischen den beiden Bevölkerungsschichten zu „erleichtern" und angenehm zu gestalten. Als dann der eigentlichen Besatzungsarmee ein schier unübersehbarer Troß von Frauen und Kindern folgte, dem das Einquartierungsgesetz ebensogut wie den Offizieren, Beamten und Mannschaften wohleingerichtete Wohnungen zuweist, da wurde es Pflicht der Behörden, auch für Belehrung und Unterhaltung dieser Vorkämpfer Frankreichs zu sorgen, denen die Entwertung des deutschen Geldes jetzt und künftig am Rhein Freuden und Annehmlichkeiten verspricht, wie sie an den Ufern der Rhone und der Loire nie zu hoffen waren. Tief in den Taunus hinein schieben sich von Mainz und Wiesbaden aus schon seit geraumer Zeit die französischen Elementarschulen vor; in Trier und Aachen, in Jülich und Düren nehmen sie den erfolgverheißendsten Aufschwung. Wie früher in Elsaß und Lothringen, so senden jetzt wieder gutdeutsche Kreise, insbesondere des kleinen Mittelstandes, nur zu gern und willig ihre Kinder in diese Schulen der „Doppelkultur" hinein. Einer großen Schulprüfung, die kürzlich im Kreise Königstein für die von der französischen Besetzung eingerichteten Sprachkurse stattfand, wohnten Landrat, Bürgermeister und Lehrer der beteiligten elf Gemeinden bei: im deutschen Schulzimmer vollzog sich in gleicher Form dieselbe Feierlichkeit, die in französischen Klassen gang und gäbe ist. Acht Kinder erhielten erste Preise, so durfte frohlockend die Lokalpresse melden: „Mädchen und Knaben ein Dreimonatsabonnement auf französische Zeitschriften, ferner das Lexikon Larousse, Jules Verne-Bücher, beide in Gold-

Digitized by Google

schnitt, und 50 bis 100 Mark in bar. Die beiden besten Kinder erhielten zudem noch Bleistiftzeichnungen eines französischen Hauptmanns, sodann bekamen sämtliche andere Kinder Robinson, Grimms und Bechsteins Märchen in französischer Uebersetzung und endlich ein Sechsmonatsabonnement auf die bekannte deutsch-französische Zeitschrift: Der Rhein im Bild." Erfolgreicher noch und umfassender setzt diese Werbung in den Großstädten ein. „Hunderte von Mitbürgern jeden Geschlechts, Alters und Standes", schreibt ebenfalls höchst entzückt der „Trierer Volksfreund", „meldeten sich zu den bei der Besatzungsbehörde eingerichteten Sprachkursen." Von der Trierer Stadtverwaltung wurden deutsche Schulzimmer bereitwillig zur Verfügung gestellt, deutsche Lehrer und Lehrerinnen leisten unter sanftem Druck von oben auf Kosten Frankreichs hilfreiche Dienste unter der kläglichen Ausrede, daß die Franzosen sonst französische Lehrkräfte nach Trier legen würden.

Naturgemäß bilden solche Elementarkurse nur den Grundstock zum Aufbau eines vollständigen Schulsystems. Fünfzehn Jahre lang zum mindesten wollen ja die Besatzungstruppen mit all ihrem Anhang im Lande bleiben, fünfzehn Jahre lang müssen also Erwachsene und Kinder in französischer Sprache und französischem Geiste geschult werden, „um den Verkehr zwischen Soldaten und Bürger möglichst angenehm und reibungslos zu gestalten." Fünfzehn Jahre lang müssen deutsche Kinder nicht nur französische Posten vor den öffentlichen Gebäuden stehen sehen und die französische Fahne grüßen: fünfzehn Jahre lang werden Stipendien und Preise sowie unentgeltlicher Unterricht nicht wenige der treuesten Volksgenossen auch zur Benutzung der mannigfachen Bildungsmöglichkeiten locken, die die Franzosen den „zurückgebliebenen" Nachbarn bieten, um das Rheinland endlich zur „Völkerbrücke zwischen germanischen und romanischen Nationen" zu machen, die Rheinländer selbst aufs neue zur Weltbürgerlichkeit zu erziehen, die dann, wie vor fünfviertel Jahrhunderten, kein sehnlicheres Ziel mehr kennt als den Anschluß an den Einheitsstaat Frankreich. Neben und über den Elementarschulen erheben sich daher bereits in den Hauptorten, in Wiesbaden und Aachen, in Saarbrücken und Trier Mittelschulen, die ursprünglich für die Kinder der französischen Offiziere und Beamten bestimmt waren, die aber bereitwillig ihre Pforten auch den Sprößlingen „gutgesinnter" deutscher Familien öffnen. Technische und andere Fachschulen, Pensionate und Pädagogien frohlocken ob der Unzahl von Meldungen, die aus dem Ausland, fast durchweg aus Frankreich, für den Sommer bereits vorliegen. Trotz erhöhter Preise finden ja alle Fremdlinge am deutschen Rhein wohlfeileres und besseres Fortkommen, zumal ihnen die Ausnahmegesetze des „Rheinlandabkommens" auf alle Fälle besonderen Schutz zubilligen. In Mainz ist in diesen Wochen

Digitized by Google

erst über dem französischen Gymnasium eine gut ausgestattete Rechtsschule entstanden, die gleiche Berechtigungen wie die Hochschulen des „Inneren Frankreichs" verleihen soll. Die Universität Bonn soll im nächsten Semester von französischen Studenten geradezu überschwemmt werden, die hier auf die billigste und „patriotischste" Art ihr Studium fortsetzen können. Französische Professoren und conférensiers sind bereits angesagt. Langsam und sicher werden die Kinder des aufstrebenden Arbeiters, vor allem des Mittelstandes, hineingeführt in das Verständnis französischer Sprache, französischer Art und Kunst, das die neuen Reichen mit besonderer Lust und Liebe zu erfassen gewillt sind.

Selbstverständlich aber wird durch diese ganze, großzügige Organisation nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der Bevölkerung erfaßt. Hand in Hand gehen daher damit die Versuche, durch Vorträge und vor allem durch Flugblätter und Flugschriften, durch Zeitungen und Korrespondenzen auch die Bevölkerung zu beeinflussen und umzustimmen, die weder französisch versteht noch Französisch lernen will. Mit ungeheuren Kosten werden die ganzen Rheinlande von Saarbrücken aus mit deutschgeschriebenen Propagandaschriften überschwemmt, die ganz vortrefflich auf Geist und Charakter und auf die Interessen der breiten Massen abgestimmt sind. Ueberall nisten sich französische Buchhandlungen ein, die mit Lockung und mit Drohung die Leselust und den Wissenshunger des kleinen Mannes wie des Mittelstandes anzuregen wissen.

Sattsam bekannte „Enthüllungen" der Grelling, Mühlon, Lichnowsky, Rösemeyer, Eisner u. a., die in tausend und aber tausend Stücken auf Frankreichs Kosten verbreitet werden, bilden den Auftakt. Sie sollen den Boden bereiten, auf dem der „französische Genius" selbst Wurzel zu schlagen vermag. Beide Untergruppen aber haben bisher, soweit sich solch Urteil aus Meinungsäußerungen verschiedenster Stände und Orte überhaupt bilden läßt, nur geringe Wirkung hervorgebracht.

Weit gefährlicher als diese Plattheiten, die man trotz alledem nicht zu leicht und überlegen behandeln sollte, sind die Schriften, die bereits hineinführen in den inneren Kampf der deutschen Parteien, Waffen aus deutschen Parteilagern zu vernichtendem Schlage benutzen. Bezeichnend ist, daß auch von den mir heute vorliegenden Stücken dieser Art nur eins von einem Ausländer, und auch dieses von einem Luxemburger geschrieben ist, der sich in den politischen Katholizismus des Rheinlandes mit Leib und Seele eingelebt hat. Unter dem Titel: „Der Witwenstand der Wahrheit" gibt der Bürgermeister von Clerf im Luxemburgischen, Em. Prüm, „Bemerkungen eines Neutralen zu der Abwehrschrift der deutschen Katholiken gegen das französische Buch: „La Guerre allemande et le Catholicisme" heraus, die nach Anlage

Digitized by Google

und Inhalt auf das Denken gut deutscher Katholiken wohl berechnet sind. Der Gegensatz zwischen romanischer Kultur, in deren Bannkreis nicht nur die „aus dem Rom Gregors des Großen stammende angelsächsische Zivilisation", sondern auch bezeichnenderweise Schlesien (!) gezogen wird, und dem ostelbischen, borussischen Militarismus wird darin an Ursachen und Anfängen des Weltkrieges nachgewiesen: Gedanken und Probleme tauchen auf, die dem katholischen Rheinländer durch eine hundertjährige erfolgreiche Werbung in Wort und Schrift nur zu geläufig sind. Gegensätze und Gemeinschaftsgefühl werden wachgerufen und gegeneinander ausgespielt, die auch die „Rheinische Volksvereinigung" der rheinischen „Sonderbündler" ebenso zum Ausdruck bringt wie ihre demokratischen und sozialistischen Freunde, die seit Monaten in der „Rheinischen Volksstimme" und der „Rheinischen Republik", der „Rheinischen Warte", der weiß-grün umrandeten Korrespondenz der Freunde Dortens hilfreiche Genossen zuführten. Diese selbst bringen seit einigen Tagen als Tageszeitung den „Rheinischen Herold" heraus, über dessen Inhalt erst später ein abschließendes Urteil zu fällen ist. Insbesondere wird dann ihr Zusammenhang mit der neuen „Christlichen Volkspartei", der Bastardschwester des von Erzberger allzu weit nach links geführten Zentrums, klarer zutage treten, wie denn auch die Fäden zwischen der „Rheinischen Republik" des „Unabhängigen" Johannes Smeets mit Welfen und anderen Partikularisten noch näherer Aufklärung harren. Gewandt und sicher hat jedoch inzwischen schon die französische Kulturpropaganda mit dem Pamphlet Prüms bereits den Anschluß an die deutsche „Mentalität" gefunden. Der Restbestand von Flugschriften des „Bundes Neues Vaterland", den Frankreich zu gleichem Zweck in Berlin angekauft hat, vollendet diese Werbung. Als wirksamste Mittel zur Ablösung deutscher Volksgenossen vom Reich versenden die Pariser Machthaber nun die Bekenntnisse der Männer ins Rheinland, die selbst wohl das Ideal der Wahrheit zu verteidigen glauben, während sie in Wirklichkeit nur Schleppträger und Pfadfinder Frankreichs sind. In diesen Tagen noch kündet ja der „Bund Neues Vaterland" eine „Volksausgabe" von Grellings nur zu bekanntem J'accuse an, mit der die Führer dieser unheilvollen Gesellschaft von Ideologen, Pazifisten und offenen Landesverrätern offenbar einem „tief gefühlten Bedürfnis" Frankreichs abzuhelfen trachten!

In wundervoller Süße durchrinnt das köstliche Gift, das Frankreich mit diesem segenspendenden literarischen Strome dem dürstenden, lesehungrigen Volke reicht, bereits alle Kreise. Ein wirksames Gegenmittel, nach dem alle Einsichtigen seit langem rufen, ist bisher ferngeblieben. Ungestört

Digitized by Google

kann die französische Kulturpropaganda schließlich durch Theatervorstellungen und Kinovorführungen bis ins kleinste Dörfchen der Eifel und des Hunsrück hinauf, hinab zur Niersniederung und hinein in die Täler des Taunus das begonnene Werk abrunden und vollenden. Wirkungsvoll schließen Liebhaberaufführungen und prunkvolle Gastspiele in Oper und Schauspiel in Wiesbaden und Aachen den Ring, mit dem Frankreichs „überlegene" Kultur das „stammverwandte" rheinische Volk umgrenzt und behütet, das bislang vom „protestantischen, militaristischen Preußen" ebenso wie einst die Elsässer und Lothringer in den barbarischen Ungeschmack der slawischen Rasse hinuntergezogen wurden.

Trotz all dieses Zwanges und wohlberechneter Werbung aber zeigte sich in den letzten Monaten die rheinische Bevölkerung immer noch nicht „reif" genug zur Ablösung vom Reich. Selbst Dortens wohlgemeintes Brückenideal verschwand ebenso wie die Lockungen einer „Rheinischen Republikanischen Volkspartei", die der Unabhängigen Sozialdemokratie nahesteht, sobald und solange die rechtsrheinischen Volksgenossen die Kraft und die Macht zeigten, sich selbst und damit auch ihre linksrheinischen Freunde durch rastlose, ernste Arbeit aus dem Sumpfe der Parteipolitik und der sozialistischen Ideologie herauszuarbeiten. Kleine Wölkchen schienen den Optimisten unter uns am bedeckten Himmel Wiesbadens nur ein abziehendes Gewitter noch anzukünden, während sich über Düsseldorf und Mörs bereits neue Nebel von Norden und Osten her sammelten, die die kaum beginnende Aufhellung aufs neue trübten. Während der Kapp-Putsch selbst allenthalben am Rhein sowie überall im Westen zunächst nur als ein unüberlegter Narrenstreich erschien, den die „alte" Regierung zweifellos in wenigen Stunden unterdrücken würde, mußten Zehntausende von Rheinländern in den besetzten Gebieten vor dem roten Schrecken Schutz suchen. Wiederum ist es Sache ganz Deutschlands geworden, ob die schlechte Meinung, die die Folgen des 13. März verbreiteten, bleibt. Der Ausfall der ersten Reichstagswahl der deutschen Republik kann und muß dabei von entscheidender Bedeutung werden. Fällt sie im Sinn nationaler Arbeitsgemeinschaft aus, so wird zweifellos der gesunde Sinn der Rheinländer selbst allen Lockungen und Drohungen vom Westen her auch weiterhin standhalten. Oeffnet sie einer neuen Welle des Umsturzes, wirtschaftlicher und geistiger Willkürherrschaft die Schleusen, dann allerdings muß auch der größte Optimist im Reiche damit rechnen, daß die französische Werbung widerstandslos gerade in den Kreisen des Mittelstandes festen Fuß fassen wird: Dann wird auch die ganze Rheinlandfrage ein gut Stück weiter einer Krisis zuschreiten, deren Ausgang wir mit banger Ahnung abwarten müssen.

Digitized by Google

Der Käuferstreik

Wir leben im Zeitalter der Extreme. Der Pendel der Wirtschaftsuhr schlägt wild nach beiden Seiten aus. Bis Anfang März Hochkonjunktur tollster Art, ein förmliches Jagen und Betteln um Ware aller Art, ein jeder, ob Konsument, Detaillist oder Grossist, wollte nur Ware haben, sonst nichts. Die Flucht vor der Mark war auch hier die Parole. Die unsinnigsten Preisforderungen und Zahlungsbedingungen wurden schlangweg bewilligt. Man fragte überhaupt nicht mehr danach, was eine Ware kostet und war namentlich im Großhandel gerne bereit, schon bei der Bestellung die Hälfte des einstweilen ausgemachten Betrages anzuzahlen, und über diese Bedingungen hinaus verpflichtete man sich sogar noch später jeden beliebigen Preisaufschlag zu bewilligen, ja noch mehr, es gab sehr zahlreiche Fälle, in denen Fabriken Ware überhaupt nur unter der Bedingung lieferten, daß sie nachträglich, nachdem die Ware längst abgeliefert war, noch Nachforderungen stellen durften. Und so kam es, daß in diesen Fällen der Detailhändler für Ware, die längst ins Publikum an unbekannte Käufer übergegangen war, noch sehr empfindliche Nachzahlungen leisten mußte.

Binnen weniger Tage aber hat sich das Bild vollständig gedreht. Statt der Kauflust völlige Kaufunlust, statt des Bettelns um Ware Schikanen jeder Art, Annullierungen von Aufträgen, Rücksendungen der Ware unter allen möglichen Vorwänden usw. Man hat diesen Zustand den Käuferstreik genannt. Zweifellos liegt in dieser Bewegung ebenso wie in der vorangegangenen viel Uebertriebenes. Aber hinzugehen und alles das als völlig unberechtigt und sinnlos hinzustellen, ist doch ein gewagtes Spiel und verrät allzu sehr die Feder des Interessierten. Freilich eines ist ohne weiteres zuzugeben: die Wahrscheinlichkeit eines allzu starken Preisabbaues ist nicht eben sehr groß, weil zwar Tendenzen der Preisermäßigung vorhanden sind, diese aber fürs erste noch zum Teil ausgeglichen werden durch preissteigernde Tendenzen. Der wichtigste Faktor der Preisermäßigung ist ja wohl die überraschende Besserung unserer Valuta. Während wir Anfang März für einen Schweizerfranken noch 19 Mark zu zahlen hatten, sind es zu Beginn der letzten Maiwoche nur mehr 7½ Mark, der Preis des Dollars ist von 105 auf 40 Mark zurückgegangen usw. Da aber gleichzeitig eine ganze Reihe von Weltmarktpreisen ebenfalls sich ermäßigt haben, wie z. B. Metalle, Häute usw., so gibt es nicht wenige Produkte, bei denen Preisstürze auf 30 und 25% ihres Standes vom Februar eingetreten sind. Der zweite Faktor der Preisbildung, der scharf zurückgehen kann, ist der Unternehmergewinn. Dieser ist durch die ganze Kaufhetze, durch das Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage auf eine ungesunde Höhe getrieben worden. Dort

Digitized by Google

wo man früher sich mit einem Aufschlag von 5 und 6% begnügte, hat man nicht selten 50 und 100% draufzuschlagen gewagt. Was das im Laufe eines Fabrikationsprozesses ausmacht, wird jedem klar, der etwa ein Hemd durch alle Stadien seiner Entwicklung, angefangen von der Spinnerei, der Weberei, der Veredlung bis zur Konfektion verfolgt. So sehr also hier Möglichkeiten eines scharfen Preisabbaues vorliegen, so darf man nicht vergessen, wie gleichzeitig die Löhne von Tarifverhandlung zu Tarifverhandlung aufs neue außerordentlich steigen. Und daher kommt es, daß, je mehr Arbeit in einer Ware steckt, desto weniger Aussicht auf scharfen Preisrückgang vorhanden ist. Das kann man auch ohne weiteres heute schon bei den Waren feststellen. So ist beispielsweise bis zu diesem Augenblick die Rohbaumwolle um gut und gern 60%, Gespinste um vielleicht 38%, Gewebe aber erst um 15% und fertig konfektionierte Ware um noch erheblich weniger zurückgegangen. Freilich spielt hier noch ein anderes Moment herein, und das ist der begreifliche Versuch fast jeden Warenbesitzers, die teuer gekauften Waren noch teurer loszuschlagen und keine großen Verluste zu erleiden. Es ist also tatsächlich ohne große Organisation zu einer förmlichen Kraftprobe zwischen Käufer und Verkäufer gekommen und da fragt es sich, wer länger aushält. Eingeschaltet sei dabei, daß im Auslande derartige Bewegungen auch im Gange sind, dort aber tatsächlich teilweise auf Organisationen beruhen und in Amerika bereits zu einem sehr ansehnlichen Sieg der Verbraucher geführt haben. Bei uns wird in diesem Kampf dem Konsumenten eines zu Hilfe kommen, was die Wenigsten bedenken. Das ist seine sinkende Kaufkraft. Man spricht immer davon, daß der Bedarf an Waren ungeheuer groß ist, und hat damit zweifellos recht. Weder die Bekleidung noch die Beschuhung, noch die Ernährung ist genügend. Aber es ist ein gewaltiger Unterschied zwischen Bedarf und Kaufkraft. Die rapide Verteuerung aller Dinge hat es bereits so weit gebracht, daß alle Lohnsteigerungen nicht in der Lage waren, mit der Verteuerung gleichen Schritt zu halten, wenigstens nicht bei weiten Schichten der Bevölkerung, wie etwa einem großen Teil des Mittelstandes oder allen denen, die Kinder zu ernähren haben, nicht aber in ihnen eine Unterstützung finden, wie das bei Familien mit erwachsenen Söhnen und Töchtern der Fall ist.

In dem Streik und Streit um die Preise ist vielleicht derjenige der Klügste gewesen, der rechtzeitig nachgegeben und nach dem alten Börsenspruch gehandelt hat: Der kleinste Verlust ist der beste. Man kennt beispielsweise eine der größten Schuhfabriken, die sich bei dem Konjunkturumschwung entschlossen hat, auf Umwegen durch Berliner Händler Stiefel in großen Massen zu Schleuderpreisen, wie die Konkurrenz sagt, an den Mann oder die Frau zu bringen und dadurch sich gewissermaßen

Digitized by Google

Luft geschafft hat. Sie ist eine der wenigen Schuhfabriken, die jetzt in der Lage sind, weiterzuarbeiten. Die andern können es nicht, weil sie kaum mehr die Räume haben, um die fertigen Waren aufzustapeln, und vor allem fehlt ihnen das Kapital, um die Sache zu finanzieren, wie überhaupt auch hier beim Großen sich genau dasselbe wie beim Kleinen wiederholt: es fehlt allenthalben an den nötigen Kapitalien.

Die Löhne steigen aber weiter. Wie wird das enden? Gewiß ist heute schon der innere Markt im Zusammenhang damit verdorben und bis aufs äußerste geschwächt. Steigende Löhne und fallende Auslandsvaluten passen aber nicht zusammen, denn sie bringen die Exportprämie, mit deren Hilfe wir draußen in der Welt konkurrieren konnten, allmählich auf den Nullpunkt oder gar darunter. Und wenn wir auch den Auslandsmarkt nicht mehr haben, so weiß man nicht mehr, von was und für was unsere Fabriken arbeiten sollen. Gewiß, es wird immer Ausnahmen geben. Ebenso wie uns die Kohlenproduktion förmlich aus den Händen gerissen wird, so ist es auch mit der chemischen Industrie, die anscheinend geradezu ungeheuerliche Gewinne erzielt, ohne sie nach außen kenntlich zu machen. Es wird auf das bestimmteste versichert, daß in den ersten vier, fünf Monaten die Interessengemeinschaft der großen chemischen Werke bereits eine Milliarde verdient habe. Aber anderswo sieht es bedenklich und traurig aus. Vor allem in allen Luxuswarenindustrien, aber auch bei Schuh und Leder und neuerdings in der Textilindustrie. Allenthalben hört man von Betriebseinstellungen und Arbeiterentlassungen. Hier liegt eine furchtbare Gefahr vor. Wenn das weiterfrißt, so weiß man nicht, wie es enden soll. Es ist ja erstaunlich, mit wie wenig Erschütterungen alles bisher gegangen ist, wie wenige Zusammenbrüche vor allem vorgekommen sind. Es zeigt sich eben, daß das Unternehmertum unvergleichlich mehr Geld verdient und offene und stille Reserven gestellt hat, als man hätte annehmen sollen. Aber lange wird das nicht so weitergehen. Wir stehen sehr nahe an einer schweren Wirtschaftskrise und wer dem großen Heere der Festbesoldeten und Arbeiter einen guten Rat geben will, der kann sie nur dringend warnen, ihre Forderungen nicht zu hoch zu spannen. Je entgegenkommender man dem Arbeitgeber gegenüber ist, desto besser für den Arbeitnehmer. Denn was helfen die schönsten und lückenlosesten Tarife, wenn sie nur auf dem Papier stehen, wenn sie nicht mehr ausbezahlt werden können? So hart und grausam es klingt, so müßten die Führer der gewerkschaftlichen Bewegung heute ihren Mitgliedern sagen: Lieber eine Zeitlang hungern, als in wenigen Wochen verhungern. Linter

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt. Redaktion: Schöneberger Ufer 36a I. Telephon: Nollendorf 928. Für Anzeigen: Werbedienst G. m. b. H., Berlin W 35, Lützowstr. 102/4. Verlag: Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 90. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt 10 M. Einzelnummer 1 M. Druck von Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W 57, Bülowstraße 66

Digitized by Google

5. Jahrgang * 11. Juni 1920 * Heft 24

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Trotz des glänzenden Sieges in der zweiten Zone sollen jetzt doch noch einige reindeutsche Gemeinden in Schleswig dem lebenden deutschen Volkskörper abgerissen und dem dänischen Chauvinismus zum Opfer gebracht werden. Auf solchen, sogar dem Versailler Frieden hohnsprechenden Willkürakten, kann nicht der europäische Frieden aufgebaut werden. Deutschland wenigstens wird sich durch solche Gewalttätigkeiten sein Recht auf Selbstbestimmung nicht rauben lassen.

*

Lloyd George scheint die bolschewistische Drohung im Orient für nicht gering zu halten, sonst wäre er kaum so schnell auf die Verhandlungen mit Krassin eingegangen, bei denen er Gefahr lief, sich mit Frankreich und Italien in Gegensatz zu bringen. Auch über die Herkunft des bolschewistischen Goldes scheint sich der englische Premier nach dem lateinischen Wort, daß das „Gold nicht stinke", hinwegzusetzen, wenn es auch allgemein bekannt ist, daß das bolschewistische Staatsgold aus den Tresors der russischen Privatbanken stammt, die von den Bolschewisten gewaltsam erbrochen worden sind. Frankreich und Italien haben auch bereits energisch abgewinkt und erklärt, daß sie an diesem Geschäft keinen Teil haben wollen.

*

General Ludendorff zeigt den zweiten Band seiner Erinnerungen an, der Dokumente, Denkschriften und Briefe enthalten soll. Unwillkürlich fragt sich der Untertanenverstand, ob die jetzige republikanische Regierung diese Staatspapiere ausgerechnet General Ludendorff, der sich während des Kapp-Putsches so freundschaftlich zur Republik stellte, zur Veröffentlichung übergeben hat. Andernfalls bleibt es unverständlich, wie ein Verlag es wagt, solch eine Sammlung herauszugeben, da doch eben noch durch oberste richterliche Entscheidung festgestellt ist, daß Bismarcks dritter Band nicht erscheinen darf, weil Kaiser Wilhelm II. die Veröffentlichung einiger Briefe seines Vaters und seiner eigenen aus der Zeit der Ent-

Digitized by Google

lassung Bismarcks nicht gestatten will. Was dem Kaiser recht ist, sollte der Republik billig sein, zumal es sich in letzterem Fall um wichtigste Staatsdokumente der jüngsten Vergangenheit handelt, während es sich bei Bismarcks Erinnerungen nur um „olle Kamellen" handelt.

*

So geht es nicht weiter! Wieder hat der Militarismus ein Opfer gefordert. Kapitänleutnant a. D. Paasche ist auf ganz vage, wie sich jetzt herausgestellt hat, falsche Denunziationen kurzerhand von einer Militärpatrouille, trotzdem nicht einmal ein Haftbefehl vorlag, erschossen worden. Der pazifistische Paasche war in seinem Flagellantentum für Deutschland keine erfreuliche Erscheinung. Daß aber solche Männer in Deutschland immer wieder „bedauerlichen Mißverständnissen" zum Opfer fallen, geht nicht an. Schließlich ist doch Deutschland kein halbwilder Negerstaat, wo es gang und gebe ist, den Gegner kurzerhand durch eine Kugel beseitigen zu lassen.

*

Walter Lambach, der Vorsitzende des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes hat eine Sammlung von Briefen der Mitglieder von der Front veröffentlicht, die das Wort vom „Dolchstoß der Heimat" aufs schärfte Lügen strafen. Wir entnehmen dem interessanten Buche folgende Bemerkung des Verfassers, der politisch zu der Deutschnationalen Volkspartei gehört, in deren Reichsliste er an aussichtsreicher Stelle steht:

„Deutschland brach zusammen, ohne daß seine herrschenden Kreise auch nur geahnt hätten, daß und in welcher Weise sie selbst das Zerstörungswerk vollbracht haben. Sie wissen es heute noch nicht."

„Wer den „Ursachen" des Zusammenbruchs nachspürt, muß die Dokumente gerade aus jenen Anfängen der schlechten Stimmung heraussuchen, sonst findet er die Wurzel des Uebels nicht. Alle Mißstände haben sich zwischen Ende 1915 und Ende 1918 ja lawinenhaft vergrößert. Aber damals wäre es vielleicht noch Zeit gewesen, den rechten Weg zu finden. 1918 war es zu spät. Die maßgebenden Stellen können sich nicht darauf berufen, daß man ihnen keinen Einblick in die Seele des gemeinen Mannes gewährt habe. Sie sind vielmehr mit allem Ernst auf das Nachlassen der geistigen Widerstandskraft des Heeres hingewiesen worden. Von links und von rechts. Es war vergebens. Die „herrschenden Klassen" im Obrigkeitsstaat waren unbelehrbar."

„Indem sie sich nicht belehren ließen, wurden sie zu Verbrechern am Volke und verfielen mit Notwendigkeit der rächenden Hand der historischen Gerechtigkeit."

Digitized by Google

Frankreichs „gerechter Friede“

Von

Dr. Paul Rohrbach

Die Pariser „Revue des deux mondes“ bringt in ihrem Heft vom 15. Mai einen Artikel von Raphaël-Georges Levy: „La juste paix. — 1. Une aberration: Le livre de M. Keynes.“ Daß die Franzosen das Buch von Keynes ablehnen würden, war vorauszusehen. Sie haben auch gleich die Rubrik dafür gefunden: „Eine Verirrung“, und zwar eine, die, wie Levy tadelnd bemerkt, man wohl aus der Feder eines Deutschen, aber nicht aus der Feder eines Alliierten hätte erwarten dürfen. Obwohl die negative französische Kritik selbstverständlich ist, lohnt es doch, sich mit der Antwort Levys zu beschäftigen, weil sie zeigt, wie unfähig die Franzosen zu einer, wenn auch nicht gerechten, so doch nur leidlich vernünftigen Auffassung der Dinge sind, und wie aussichtslos es ist, an eine Revision des Friedens zu denken, die diesen Namen verdient, ohne daß vorher die Revision des Schuldurteils gegen Deutschland erreicht ist.

Levy versucht Keynes zunächst dadurch zu diskreditieren, daß er ihn „einen vorübergehend in einen Staatsmann verwandelten Akademiker“ nennt, was falsch ist; denn Keynes ist durchaus nicht in erster Linie „universitaire“, sondern Wirtschaftler und Politiker. Dann kommt ein Ausbruch der Entrüstung darüber, daß Keynes an einer der bedeutsamsten Stellen seines Buches über die deutsche Antwort auf das Gewaltfriedensinstrument in Versailles sagt, sie habe noch nicht einmal die richtigen „glühenden und prophetischen Worte“ gefunden, um den wahren Charakter des Vertrages zu kennzeichnen, der ihn von allen seinen Vorgängern in der Geschichte unterscheide: *seinen Mangel an Ehrlichkeit*! Kommt es denn wirklich einem Engländer zu, ruft Levy aus, nach einem so furchtbaren Kampf, in dem die Armeen des Kaisers mit „Gott strafe England!“ einhermarschierten, ein solches Plaidoyer vorzulegen? Es sei höchst notwendig, daß die öffentliche Meinung belehrt werde; denn das schädliche Buch werde in der ganzen angelsächsischen Welt verbreitet; es hat schon das Meer überschritten und wird in den Vereinigten Staaten verkauft. Es ist talentvoll geschrieben, seine Ziffern bohren sich ein wie aus dem Hinterhalt; der Ansteckung, die von seinen Sophismen ausgeht, muß entgegengetreten werden. Auf dem ganzen linken Rheinufer ist alles einmütig, *nur eines* zu verlangen: die Exekution des Vertrages! Wie ist Keynes imstande, nicht zu begreifen, daß schon die Tatsache, das Prinzip einer Revisionsmöglichkeit von seiten der Alliierten zuzugeben, so viel bedeutet, wie eine unheilbare Verurteilung *aller* Abmachungen? Ein Stein aus der Mauer genommen, und das ganze wird zusammenstürzen! War es denn erst gestern, daß Tacitus von den Deutschen gesagt

Digitized by Google

hat, sie seien natum mendacio genus, ein Volk, zur Lüge geboren? Was der Vertrag von den Deutschen verlangt, ist weit davon entfernt, ihre Kräfte zu übersteigen. Hätten die Deutschen gesiegt, so hätten sie Frankreich noch viel schlimmer behandelt. Wo sind die Fabriken, wo sind die Bergwerke, die in Deutschland zerstört sind? Wer kann die Zahl nennen, wieviel Männer, Frauen und Kinder aus der bürgerlichen Bevölkerung Frankreichs, Belgiens, Serbiens, Italiens noch täglich an den Folgen der barbarischen Behandlung und der Sklaverei sterben, die die Deutschen über sie verhängten? Vergißt man denn, daß hiervon, speziell bei Frankreich, eine Schwächung der Rasse droht, vergißt man, in welchem kranken Zustand die französischen Gefangenen und die Bevölkerung der besetzten Gebiete gewesen sind? Daß die französischen Tuberkuloseheilstätten nicht ausreichen, um die Opfer aufzunehmen? An all das hat Keynes nicht gedacht; „cette omission vicie tout son travail"; befleckt seine ganze Arbeit! Man sieht, welch ein Stimmungsregister gezogen wird, um den Leser zu erhitzen. Ein Grundvorwurf, den Keynes in seinem Buche erhebt, ist der, daß die Konferenz sich nicht um das zukünftige Leben Europas gekümmert habe. Im Gegenteil, meint Levy:

Man kann sagen, daß das Leitmotiv des Vertrages von Versailles, das was überall in ihm wieder erscheint, die denkbar gewissenhafteste Anstrengung ist in der Rechnung auf eine politische Organisation gemäß den Prinzipien der Gerechtigkeit und der Freiheit, Gerechtigkeit für die alten und neuen Staaten, Freiheit für die Individuen, sich dem Vaterlande ihrer Wahl anzuschließen.

Man sollte es nicht für möglich halten, aber das steht wörtlich so bei Levy (S. 293). Nach diesem einen Satz kann man sich einen Begriff von der Fähigkeit und dem guten Willen des Verfassers machen, objektiv zu sein. Es mag ihm als Franzosen hingehen, daß er die Elsaß-Lothringer allesamt für sehnsüchtige Kinder Frankreichs hält — obwohl er heute nur einen Blick nach Elsaß-Lothringen hinzuwerfen brauchte, um zu sehen, wie gering dort die Liebe, ja selbst die bloße Achtung gegenüber Frankreich ist. Aber die Millionen Deutscher unter polnischer, tschechischer, italienischer Zwangsherrschaft, die Millionen Ungarn unter tschechischer, rumänischer und serbischer, die Südslawen, Bulgaren, Ukrainer, die mit Gewalt vom „Vaterlande ihrer Wahl" ferngehalten werden, von den Irländern, Aegyptern, Indern gar nicht erst zu reden — sie alle existieren für ihn einfach nicht. Mit derselben Blindheit ist der ganze Artikel geschrieben. Hören wir aber weiter. Keynes erhebt unter seinen Vorwürfen auch den des Imperialismus. Levy fragt dagegen:

Bestrebungen auf imperialistische Ausdehnung... Wo sind sie? Möge der Autor uns nur eine einzige zitieren, die sich aus dem Vertrage ergibt! Es fehlte nicht in Frankreich an Stimmen, die sich erhoben, um die unversehrte Rheingrenze zurückzufordern, die Rückkehr der Gebiete zum Vaterlande (à la mère patrie), die während verschiedener geschichtlicher Epochen zu ihm gehört haben. Wir können die Städte und Gefilde aufzählen, wo das Andenken an

Digitized by Google

die französische Verwaltung noch lebendig ist, und wo die Bevölkerung noch die Wohltaten unserer Zivilisation, unserer Sitten, unserer Prinzipien feiert. Hat die Konferenz auf einen einzigen dieser Eigentumsansprüche gehört?

Also nicht nur für Metz und Straßburg, sondern auch für Speyer und Mainz, Worms, Koblenz, Trier, Köln, Aachen ist Frankreich nach Levy die mère patrie! Die ganze Weltgeschichte von Cäsar bis auf Levy wird ausgelöscht. Nichts gilt für die Franzosen als die zwei Jahrzehnte zwischen dem Baseler Frieden und Blüchers Rheinübergang bei Kaub. Aus dieser Mentalität heraus ist aber alles geschrieben, was von der französischen Seite über den Frieden von Versailles kommt. Es versteht sich von selbst, daß mit demselben blinden und verzweifelten Eifer der Vorwurf zurückgewiesen wird, den Keynes erhebt, der Vertrag diene der Revanche. Levy sieht keinen einzigen der 440 Artikel vom 28. Juni 1919, der diesen Vorwurf rechtfertigte. Er sieht nur, daß durch den deutschen Angriff vom Juli 1914 der Erdball in seinen Fundamenten erschüttert worden ist, und daß die Alliierten die heilige Pflicht haben, die Wiederkehr eines solchen Verbrechens zu verhindern. Seine These lautet kurz und bündig: die Schuldigen müssen für die Wiederherstellung zahlen; und Wiederherstellung ist ihm alles, was die Alliierten, zum mindesten Frankreich, an Vergütung für gemachte und zu machende Aufwendungen fordern mögen. Hier gewahrt man das ganze verhängnisvolle Gewicht des Satzes, den die deutschen Unterhändler in Versailles mit zu unterschreiben gezwungen wurden: daß Deutschland der am Kriege allein schuldige Teil gewesen ist. Auf dieser Theorie ruht das ganze Friedensinstrument, und es ist eine kindliche Vogel-Strauß-Politik, wenn von deutscher Seite bloß für „Versöhnung“ gearbeitet wird, statt mit allen Mitteln für die moralische und faktische Revision des Schuldurteils. Solange wir gutwillig den Gegnern diese Waffe lassen, können wir nicht erwarten, daß man dort aufhören wird, sie gegen uns zu gebrauchen.

In den größten Zorn gerät Levy dort, wo er den Satz von Keynes behandelt: „Für die Deutschen war es nicht schwer, zu zeigen, daß der Vertrag eine Verletzung übernommener Verpflichtungen darstellt und einen Akt, der, unter dem Gesichtspunkt der internationalen Moral, dem Einbruch in Belgien vergleichbar ist.“ Levy zitiert dagegen Clemenceau und Wilson. Wilson selbst habe am 6. Juni 1919 einem Vertreter des Matin erklärt: Der Vertrag verletze keines seiner Prinzipien und er sei vollständig konform mit den 14 Punkten. Levy sagt nicht, wie Keynes dies Exemplar von amerikanischem Präsidenten charakterisiert hat, halb als blinde Kuh, halb als Don-Quixote, und er gibt natürlich erst recht nicht Keynes' psychologische Analyse wieder, in der meisterhaft gezeigt wird, wie Wilson von Clemenceau und Lloyd George dazu gebracht worden ist,

Digitized by Google

sich schließlich einzubilden, die 14 Punkte bestünden noch. Levy fühlt, wie es scheint, auch im stillen, daß diese Partien in dem Keynesschen Buche für ihn tödlich sind, und er bemüht sich in unsinniger Weise, aus Ludendorff und Hindenburg nachzuweisen, Deutschland habe gar nicht auf die 14 Punkte hin die Waffen niedergelegt, sondern bedingungslos!

Die zweite Hälfte der Levyschen Arbeit beschäftigt sich mit der Finanzfrage und kommt natürlich darauf hinaus, daß Deutschland alles zahlen müsse, was die Alliierten, vor allen Dingen Frankreich, verlangten. Er hat dafür zwei Argumente. Das eine heißt: So entspricht es der Idee der Gerechtigkeit, denn die Deutschen sind schuld! Das zweite heißt: Wer hindert denn Deutschland, sich energisch an die aufgegebene Arbeit zu machen und seine Produktion zu vermehren, so daß es zugleich seinen Bedürfnissen und seinen Verpflichtungen nachkommen kann? Diese Narrheiten sind genug für den Verfasser. Ob und welche Möglichkeiten vorhanden sind, das kümmert ihn nicht. An einer Stelle lobt er übrigens Keynes, dort wo dieser gesagt hat: Die Alliierten sollten sich untereinander ihre Schulden schenken, denn dabei würde Frankreich 17 Milliarden gewinnen. Sein Gesamturteil lautet: Keynes hat eine schlechte Handlung gegen sein Land und gegen die Verbündeten seines Landes begangen! Es ist unerhört, es ist verwirrend, daß er es unternimmt, zu zeigen, die Deutschen könnten die Verpflichtungen des Vertrages nicht erfüllen, und daß er so ungeniert gleichgültig den Druck der Lasten auf den alliierten Schultern vergißt! Diese Schultern sind für Levy natürlich allen zuvor die französischen, und er will hierüber noch einen weiteren Artikel bringen, um zu beweisen, daß deshalb wirklich nichts an dem Vertrage geändert werden dürfe. Was aus seinem Aufsatz in jeder Zeile spricht, ist außer der absoluten Verständnislosigkeit für die historische und moralische Wahrheit die bebende Angst vor dem Schicksal Frankreichs, wenn die von Deutschland verlangten phantastischen Milliardenziffern ausbleiben. Diese Angst kann man verstehen, aber dagegen ist nichts zu tun, als daß die Franzosen sich entschließen, die Hauptlast doch auf ihre eigenen Schultern zu nehmen. Mögen sie an jenen Tag denken, den 31. Juli 1914, an dem frühmorgens die amtliche Nachricht aus Petersburg in Paris einging: Rußland hat die volle Mobilmachung erklärt! Was tat die französische Regierung da? Sie log ihrem eigenen Verbündeten England und ihrem warnenden Gewissen Jean Jaurès vor, sie wisse nichts von russischer Mobilmachung. Warum tat sie das? Um ihr friedlich gesinntes Volk mit der Nachricht in Kriegsstimmung zu hetzen, Deutschland habe Kriegsgefahr erklärt und bedrohe damit absichtlich Frankreich! Die Leute, die damals für das Geschick Frankreichs verantwortlich waren, *wollten* den Krieg. Nun muß Frankreich auch seinen Teil an der Last tragen. Die Franzosen ahnen, wohin sie das führen wird, und das ist mit ein Grund für ihre tolle und verzweifelte Wut gegen Deutschland.

Digitized by Google

Levy hat in seinem Artikel wenigstens die Formen des gebildeten Ausdrucks gewahrt. Die meisten Franzosen tun nicht einmal das. Weil sie fühlen, daß sie dem Abgrund zueilen, verlieren sie Maß und Anstand, wofür die folgenden Zeilen von Léon Daudet in der „Action française" vom 23. April ein Beispiel sein mögen:

Ich gestehe, daß ich jeden Morgen mit einer gewissen Wollust die Zahlen der Boches genieße, die im Ruhrgebiet, in Stuttgart und Berlin ins revolutionäre Jenseits hinübergegangen sind. Ich glaube zwar, nicht bösartig zu sein, aber je mehr es beim Erbfeind brennt, je mehr man sich dort totschlägt, um so zufriedener bin ich... Das Ideal wäre, wenn über dem Rhein 30 Millionen reaktionäre Deutsche ein, zwei oder gar drei Jahrhunderte lang mit 30 Millionen revolutionären Deutschen in Fehde lägen, einander den Hals abschnitten, sich erwürgten, sich von nah und fern bombardierten, sich die Eingeweide aus dem Leibe rissen und das Hirn aus dem Kopfe im Namen Luthers, Spartakus', Wilhelms II., Noskes, Wagners, Nietzsches, Lettow-Vorbecks, Ludendorffs, Hindenburgs; wenn sie Moabit, Charlottenburg, München, einige Stadtviertel von Dresden, Stettin und Nürnberg in Brand steckten, sich einander brühen, rösten, schmoren würden, mit oder ohne Wurst und andere Delikatessen, und sich gegenseitig auffräßen und verdauten. Dieser Nachtrag zum Versailler Frieden könnte mich nur freuen.

So ist das Frankreich von heute gegen uns gesinnt, und der Unterschied zwischen den Levys und Daudets ist dabei mehr ein Unterschied des Stils und des Geschmacks, als der guten Wünsche.

Miramar

Von Professor Dr. E. Jäckh

Wenn die Legende „vom Potsdamer Kronrat" und das Märchen vom „Konoptischer Komplott" sich nicht halten läßt[1]), so bleibt aber doch die „Verschwörung von Miramar" übrig — die Zusammenkünfte des deutschen Kaisers mit dem österreichischen Thronfolger im März 1914 —, so berichtet die Ententepresse, und so behilft sich die Ententepolitik in ihrer Beschuldigung gegen einen angeblichen „deutschen Kriegswillen". Auch diese Anklage stürzt in sich zusammen; auch diese Stütze des Ententeverdiktes bricht zusammen — vor der Wirklichkeit, wie sie uns die authentischen Berichte wiederum der Persönlichkeiten enthüllen, die im März 1914 auch Miramar und im Zusammenhang damit Wien mitgemacht haben. Das ist wiederum der damalige Vertreter des Auswärtigen Amtes im kaiserlichen Hoflager, der Gesandte von Treutler, und der damalige Botschafter in Wien, Herr v. Tschirschky.

Diese Berichte berühren neben den Balkanfragen und neben den slawischen Schwierigkeiten der inneren Politik Oesterreich-Ungarns auch die „russi-

[1]) Vgl. Deutsche Politik Nr. 20.

Digitized by Google

schen Rüstungen"; aber über diese glaubt der deutsche Kaiser den österreichischen Kaiser Franz Joseph und seine Minister beruhigen zu können: „Er glaube nicht, daß sie kriegerischen Absichten gegen Oesterreich oder Deutschland entspringen", sondern er glaubt, das gelte der Türkei! So der deutsche Kaiser noch Ende März 1914, also vier Monate vor dem russischen Krieg — und Graf Berchtold stimmt in dieser friedlichen Auffassung dem deutschen Kaiser ausdrücklich zu. So „kriegswillig" war man damals in Wien und in Berlin . . .[2])

Daß von Wien gegenüber Berlin Mißtrauen aufkommt, und daß von Wien gegenüber Berlin Geheimnistuerei getrieben wird, das läßt damals schon der deutsche Botschafter v. Tschirschky erkennen, der sehr skeptisch meint: vielleicht erfahre man noch zur rechten Zeit, was in Wien geplant werde, und wir könnten eventuell, wenn wir in irgendeiner geplanten Maßnahme eine wirkliche Gefahr erblicken sollten, unsere Stimme dagegen erheben. . . . Das sagt Tschirschky Mitte Mai 1914 von der inneren Politik des Thronfolgers. Daß diese Wiener Geheimnistuerei auch für die äußere Politik des Grafen Berchtold gegenüber Berlin zutrifft, hat leider der Verlauf der kritischen Julitage bewiesen. Die österreichische Empfindlichkeit schon Mitte Mai erklärt aber auch einigermaßen die Berliner Zurückhaltung

---

[2]) Hans Delbrück kommt im „Berliner Tageblatt", Nr. 237, auf unsere Veröffentlichung über Konopischt zu sprechen und folgert daraus ganz richtig: Wir sind einig darin, daß im Jahre 1914 die Russen den Krieg noch nicht wünschten. Nach dem Treutlerschen Bericht über die Zusammenkunft in Konopischt hat auch der Erzherzog dort geäußert, die inneren Schwierigkeiten Rußlands seien so groß, daß eine äußere aggressive Politik nicht zu fürchten sei. Wäre das so zu verstehen, daß diese Aggression überhaupt nicht zu fürchten sei, so wäre natürlich das scharfe Vorgehen Oesterreichs gegen Serbien nicht nur ungerechtfertigt, sondern auch abenteuerlich. Oesterreich und Deutschland hätten die volle und alleinige Verantwortung für den Weltkrieg und ihre Politik wäre in Grund und Boden zu verdammen. Wir haben aber gesehen, daß ganz umgekehrt in Serbien wie in Rußland die ungeheuerlichsten Pläne betrieben wurden, und die österreichischen und deutschen Staatsmänner wußten das auch. Das Memorandum, welches Kaiser Franz Joseph am 5. Juli 1914 Kaiser Wilhelm im Neuen Palais überreichen ließ, legt das Streben der russischen Politik, der sogar eine innere Notwendigkeit zugebilligt wird, einleuchtend dar. Die Aeußerung des Erzherzogs ist also (falls nicht irgendein Mißverständnis im Bericht vorliegt) nur von der augenblicklichen Situation in Rußland zu verstehen und steht, so aufgefaßt, in vollem Einklang mit den sonstigen Aeußerungen der österreichischen Staatsmänner wie mit ihren Handlungen. Man sah die Bedrohung; man erkannte das Bestreben, nicht nur Serbien, sondern auch Rumänien mit Rußland und Frankreich zum Angriff auf Oesterreich und Deutschland zu vereinigen. Aber Rußland war in diesem Augenblick noch nicht ganz kriegsbereit; da glaubte man die Spanne Zeit, die noch gewährt war, ausnützen zu können, um Serbien unschädlich zu machen und dadurch das Netz, ehe es uns über den Kopf geworfen wurde, zu zerreißen. Die Operation ist mißglückt.

Digitized by Google

Mitte Juli. Von einem „Verfall Oesterreichs" ist allerdings Tschirschky auch Mitte Mai schon überzeugt.

Bemerkenswert ist es, daß Tschirschky selbst berichtet, daß er durch eine Vertrauensperson dem Kanzleichef des österreichischen Thronfolgers den Gedanken suggerieren ließ: „der Erzherzog möge ein Promemoria aufsetzen lassen über seine politischen Pläne, und dieses persönlich dem deutschen Kaiser einschicken." Das berichtet Tschirschky am 10. Mai. — Zwei Monate später, am 5. Juli, wird in Potsdam das bekannte österreichische Memorandum überreicht. Ob Tschirschky der eigentliche Anreger ist? Ob jenes „Promemoria" mit diesem „Memorandum" etwas zu tun hat? Das von Tschirschky angeregte „Promemoria" (10. Mai) bezieht sich auf die innere Politik Oesterreich-Ungarns, besonders auf den Plan des österreichisch-ungarischen Thronfolgers, der einen Trialismus herstellen wollte, zugunsten also der serbischen Reichsteile, und im Gegensatz zum ungarischen Nationalegoismus Tiszas. Das Memorandum (5. Juli) gibt eine Darstellung der äußeren Politik Oesterreich-Ungarns bzw. der russischen Gefahr, die sie bedroht. Aber der Zusammenhang zwischen jener inneren und dieser äußeren österreichischen Politik bringt ja die Spannung, die zur Explosion führte. So ist es nicht unmöglich, daß Tschirschkys Anregung eines „Promemoria" sich mit dem österreichischen Vorhaben eines „Memorandums" begegnete.

Nur Tisza ist es, der in jenen Wiener Maitagen im Ton der Sorge von der Möglichkeit eines „großen europäischen Krieges" spricht, der hervorgerufen werden könnte durch das planmäßige Zusammengehen der Ententemächte, die den Balkan „als Sturmbock gegen Oesterreich-Ungarn benützen" würden; und er empfiehlt, demgegenüber sollten auch die Dreibundmächte jeden politischen Plan vorher genau und eingehend besprechen und die Art und Weise seiner Ausführung festlegen. . . . So bescheiden sieht damals — wenige Monate vor dem Weltkrieg — die Uebereinstimmung zwischen Berlin und Wien aus, die dann endlich in Potsdam versucht werden sollte.

Man lese selbst — und man sieht auch die verschiedene Beurteilung von Rumänien durch Berlin und durch Wien: der deutsche Kaiser hat noch volles Vertrauen zu Rumänien, das zum Dreibund halte; und in Wien bereits die Ueberzeugung, daß Rumänien für den Dreibund verloren sei. Wiederum kommt auch der Hinweis auf Tiszas schuldvolle Ungarn-Politik und auf den unüberbrückbaren Gegensatz zwischen Tisza und dem Thronfolger, der erklärt, daß er Tisza nicht einen Tag im Amt lassen werde. . . .

Der Besuch in Miramar wird eingeleitet durch den Aufenthalt des deutschen Kaisers in Wien bei Kaiser Franz Joseph.

Digitized by Google

Darüber berichtet am 23. März der deutsche Botschafter v. Tschirschky nach Berlin:

Ueber die Unterredungen, die S. M. heute hier mit S. M. dem Kaiser Franz Joseph, dem Grafen Berchtold und dem Grafen Tisza gehabt hat, hatte Allerhöchstdieselbe die Gnade, mir nachstehendes behufs Meldung an E. E. mitzuteilen.

Mit S. M. dem Kaiser Franz Joseph und dem Grafen Berchtold sei er über allgemeine Besprechungen über die politische Lage eigentlich nicht hinausgekommen. Beide hätten sich sehr besorgt in betreff Rumäniens und Rußlands gezeigt. Nach ihrer Ansicht sei Rumänien für den Dreibund schon so gut wie verloren. Er habe sich bemüht, sie nach beiden Richtungen hin zu beruhigen. Was Rumänien anlange, so habe er ihnen das mitgeteilt, was der Kronprinz von Rumänien[3]) jüngst in Berlin erklärt habe: Rumäniens Interessen wiesen es gebieterisch an die Seite des Dreibundes, eine Suprematie des slawischen Rußlands mit Serbien im Rücken sei für Rumänien unerträglich; allerdings werde infolge der Gestaltung der Verhältnisse während und nach dem zweiten Balkankriege die Verbindungsstelle zwischen Rumänien und dem Dreibunde jetzt mehr in Berlin zu suchen sein.

S. M. bemerkten hier, daß er in dieser Beziehung sowohl bei Kaiser Franz Joseph als beim Grafen Berchtold volles Verständnis gefunden habe und beide diese Sachlage akzeptiert und die Hoffnung ausgedrückt hätten, daß Berlin in dieser Richtung alles tun werde, was möglich wäre. Er habe dann sehr eindrücklich darauf hingewiesen, daß, wenn er auch gewiß in Bukarest nach Kräften und Tunlichkeit wirken wolle, es doch auch Sache Oesterreich-Ungarns sei, mit allen Kräften daran zu arbeiten, daß das Verhältnis zwischen Wien und Bukarest sich wieder bessere. Von beiden Seiten sei dem lebhaft zugestimmt worden.

In bezug auf die russischen Rüstungen habe er ausgeführt, daß diese gewiß nicht zu leugnen wären und daß wir alle Ursache hätten, sie scharf zu beobachten, daß er aber nicht glaube, daß sie in erster Linie kriegerischen Absichten gegen Oesterreich oder Deutschland entsprängen. Einmal sei Rußland durch Frankreich gezwungen, gewisse militärische Maßnahmen zu treffen, weil sonst kein Geld hergegeebn worden wäre, und dann sei es sehr wahrscheinlich, daß man in Rußland über den traurigen Zustand, in dem sich die Türkei befinde, noch besser unterrichtet sei als in Berlin und in Wien, und daß man die stärkere militärische Bereitschaft an der West- und Südwestgrenze als Deckung bei eventuellem Vorgehen gegen die Türken zu brauchen gedenke. Hierin habe ihm besonders Graf Berchtold beigestimmt.

Sehr interessant habe sich Seine Unterhaltung mit Graf Tisza gestaltet, der ein ganz hervorragender Mann sei mit festem Willen und klaren Ideen. Zunächst sei die rumänische Frage erörtert worden. Er habe dem Grafen Tisza gesagt, daß er mit Freuden gehört habe, daß die Verhandlungen zwischen ihm und den Rumänenführern im ganzen nicht unbefriedigend verlaufen seien, und daß er, der Minister, mit der Haltung der letzteren zufrieden sei. Graf Tisza habe das bestätigt und dann folgendes ausgeführt:

Von einem Scheitern der Verhandlungen mit den Rumänen könne keine Rede sein. Im Gegenteil. Er habe sich mit den Führern sehr gut gesprochen und er werde auch in Zukunft aus eigener Initiative Maßregeln ergreifen,

[3]) Der jetzige König!

Digitized by Google

die geeignet seien, die Rumänen zu befriedigen. Er sei ihnen schon in manchen Stücken entgegengekommen und beabsichtige, den Rumänen in bezug auf Kirche und Schule, auf welchen Gebieten sie in der Tat ungerechtfertigt hart behandelt worden seien, noch weitere Konzessionen zu machen. Er werde sogar den Rumänen für ihre Schulen staatliche Gelder anweisen. Der bisherige Verlauf der Verhandlungen und sein fester Wille, den Rumänen so weit als irgend möglich entgegenzukommen, berechtigten zu der Hoffnung, daß doch mit der Zeit die jetzt vielleicht in manchem nicht unberechtigte Unzufriedenheit der Rumänen schwinden werde.

S. M. haben dabei darauf hingewiesen, daß man auch im Königreiche Rumänien nicht eine „große Aktion" von seiten der Ungarischen Regierung für die Rumänen verlange, sondern nur ein Nachgeben in kleinen Fragen, in der Verwaltung und in der Schule für geboten und nützlich halte.

Was die zukünftige Gestaltung der Verhältnisse am Balkan anlangt, so habe Graf Tisza die Vereinigung Serbiens mit Montenegro als dasjenige Ereignis bezeichnet, welchem wohl in dieser Beziehung die größte Bedeutung beizumessen sei. Die Vereinigung an sich halte er für unabwendbar. Das Hauptinteresse Oesterreich-Ungarns bleibe nach wie vor, Serbien als Vorposten Rußlands von der Adria fernzuhalten. Man denke demnach hier daran, wenn man auch der Vereinigung des Hauptteils von Montenegro mit Serbien nicht entgegentreten werde, das Litorale Montenegros für diesen Fall Albanien zuzuweisen. Als Kompensation für Bulgarien könnten diesem Staate die Bezirke von Istip und Kotchana überlassen werden. Von ausschlaggebender Bedeutung werde es sein, in allen diesen Fragen Hand in Hand mit Rumänien zu gehen und womöglich die Vermittlung Rumäniens sowohl Serbien als Bulgarien gegenüber eintreten zu lassen. Eine Ueberrumpelung Rumäniens müsse vermieden und alles daran gesetzt werden, die Balkanpolitik der Monarchie im Einverständnis und mit der Mitwirkung Rumäniens durchzuführen. Graf Tisza habe ihn gebeten, Oesterreich-Ungarn bei dieser Politik in Bukarest möglichst beizustehen, was er dem ungarischen Ministerpräsidenten auch bereitwillig zugesagt habe.

Graf Tisza habe dann noch im allgemeinen ausgeführt, daß es angesichts des planmäßigen Zusammengehens der Entente-Mächte auf dem gesamten Gebiete der Politik, besonders aber am Balkan, wo sie sehr geschickt mit verteilten Rollen operierten, auch für die Mächte des Dreibundes sich empfehlen würde, jeden politischen Plan vorher genau und eingehend zu besprechen und die Art und Weise seiner Ausführung festzulegen. Für ihn, den Minister, sei es keine Frage, daß die politische Aktion der Entente-Mächte sich derzeit in erster Linie dem Balkan zuwende, der mit der Zeit als Sturmbock gegen Oesterreich-Ungarn für den Fall eines großen europäischen Krieges verwendet werden solle. Die Monarchie solle im Ernstfall durch den Vorstoß aus Südosten völlig beschäftigt und auf diese Weise verhindert werden, Deutschland gegen Rußland beizustehen, um es dem doppelseitigen Angriff allein zu überlassen.

von Tschirschky.

Dann folgt der Ausflug des deutschen Kaisers nach Miramar zum Erzherzog-Thronfolger; darüber berichtet am 28. März der deutsche Gesandte v. Treutler nach Berlin:

S. M. haben den Erzherzog-Thronfolger in ausgezeichneter Disposition gefunden. Zunächst war derselbe außerordentlich erfreut, als er

Digitized by Google

hörte, daß er bei den Manövern den König von Italien treffen würde. Er hat in diesen Mitteilungen keinen Augenblick etwas Unangenehmes erblickt, sondern sofort erklärt, daß es ihm sehr lieb sei, dem König auf neutralem Boden zu begegnen und dadurch Gelegenheit zu haben, eingehend mit ihm zu sprechen.

Bei der Fortsetzung des Gespräches über Fragen der großen Politik erklärte der Thronfolger: Rumänien und Griechenland müßten im Balkan für den Dreibund wie eine Mauer gegen die Slawen stehen; wenn möglich auch die Türkei. Er nahm bei dieser Gelegenheit in der schärfsten Weise gegen Graf Berchtolds Verhalten bezüglich Bulgariens und Rumäniens Stellung, weil er nicht über Bukarest mit Sofia verhandelt habe.

S. M. hat ihm gesagt, der begangene Fehler könne voraussichtlich wieder gutgemacht werden, wenn nur in Wien aufrichtige Loyalität Bukarest gegenüber beobachtet würde; denn König und Kronprinz hätten wiederholt erklärt, sie blieben treu beim Dreibund. Vor allem sei nötig, daß in Ungarn die rumänische Frage wieder so behandelt würde, wie Tisza es offenbar schon getan habe und nach seinen eigenen Erklärungen weiter zu tun beabsichtige. Bei dieser Gelegenheit hat S. M. dem Thronfolger den guten Eindruck geschildert, den er von Tisza empfangen hätte, und ihm nahegelegt, diesem wirklichen Staatsmann sein Vertrauen zu schenken. Der Thronfolger hat zugesichert, dies in ernste Erwägung zu ziehen.

Da berührte der Erzherzog ganz spontan die innere Politik Oesterreichs und sagte mit einiger Erregung, die Slawen würden allzu herausfordernd und frech, er betrachte das für eine große Gefahr. Da ging S. M. auf diese heikle Frage ein und sagte dem Thronfolger ganz offen: seiner Ueberzeugung nach müsse die österreichische Politik germanisch orientiert werden; man solle doch die Opposition und Obstruktion der Tschechen benutzen, um ihnen einmal wirklich den Kopf zu waschen. Der Erzherzog hat darauf erwidert, daß das ganz seiner Ueberzeugung entspräche; die deutschen Politiker seien freilich größtenteils unsympatisch; er stehe auf dem Standpunkt, daß man diese wichtige Kernfrage nicht den jeweiligen Abgeordneten zu Liebe oder zu Leide regeln, sondern höheren Gesichtspunkten unterordnen müsse.

Unter diesen Umständen verlief der Besuch in Miramar außerordentlich gut. S. M. besuchte von der vor dem Schloß vor Anker liegenden Flotte den Dreadnought „Viribus unitis", der ihm und den anderen Herren der Marine einen sehr guten Eindruck gemacht hat. Der Thronfolger und die Frau Herzogin waren sichtlich bemüht, ihrem hohen Gast den Aufenthalt so angenehm als möglich zu gestalten. Der Abschied trug dementsprechend einen sehr herzlichen Charakter. Treutler.

Schließlich kommt der deutsche Botschafter v. Tschirschky nochmals am 10. Mai auf die Begegnung zwischen Kaiser Wilhelm und Erzherzog Ferdinand in einem Brief an den Staatssekretär zurück:

Wie Ihnen bekannt, hatte S. M., unser allergnädigster Herr, anläßlich seines jüngsten Besuches in Schönbrunn den ungarischen Ministerpräsidenten in längerer Audienz empfangen. Graf Tisza hatte durch sein offenes, bestimmtes Wesen auf S. M. einen sehr günstigen Eindruck gemacht und der Kaiser stand ganz unter dem Eindruck der starken Persönlichkeit des Grafen. In Miramar hat man S. M. dem Thronfolger gegenüber dem Grafen Tisza als den einzigen Staatsmann der Monarchie warm empfohlen und ihm geraten, ihn näher an sich heranzuziehen. Der Thronfolger hat S. M. gegenüber, wie es seine Art ist, seiner innersten Meinung über den Grafen Tisza und dessen

Digitized by Google

Politik keinen Ausdruck gegeben, sondern nur erwidert, er werde sich die Sache überlegen. Was ich nach meiner Kenntnis des Erzherzogs leider voraussah, ist nun tatsächlich eingetreten. Die Worte des Kaisers haben auf den Thronfolger einen nachhaltigen Eindruck hinterlassen, aber nicht in der von S. M. gewünschten Richtung. Wie mir von zwei verschiedenen, absolut zuverlässigen Seiten mitgeteilt wird, hat sich der Erzherzog dem Chef seiner Kanzlei gegenüber dahin ausgesprochen, daß ihm die Worte S. M. leider gezeigt hätten, daß man in Berlin nicht das richtige Verständnis habe für die Richtung, in der die notwendige Revision und Konsolidierung der zurzeit völlig verfahrenen inneren Verhältnisse der Monarchie vorgenommen werden müsse. — Der Erzherzog hat dabei der Besorgnis Ausdruck gegeben, daß man ihm vielleicht von Berlin aus in den Arm fallen werde, wenn er, zur Regierung berufen, das schwere Werk der Sanierung der inneren Verhältnisse der Monarchie werde in die Hand nehmen müssen. Daß an eine Aussöhnung des Thronfolgers mit dem Grafen Tisza nicht zu denken ist, erhellt aus einer weiteren Aeußerung des ersteren, daß er den Grafen nicht 24 Stunden an der Spitze des Ministeriums lassen werde, weil er riskiere, daß dieser sonst in 48 Stunden eine Revolution gegen ihn organisieren würde.

Die Kluft zwischen diesen beiden Männern und ihren politischen Anschauungen und Zielen ist unüberbrückbar. Es wäre nun das Natürlichste, daß der Erzherzog S. M. gegenüber seiner Meinung über den Grafen Tisza offen Ausdruck verliehen und dem Kaiser seine politischen Pläne für die Zukunft und deren Begründung auseinandergesetzt hätte. Dazu wird sich der Erzherzog aber in mündlichem Gespräche, wie auch sein Kanzleichef äußert, kaum entschließen. Er ist dem Kaiser gegenüber befangen und durch dessen überragende Persönlichkeit eingeschüchtert. Da die mündliche Aussprache zwischen den beiden hohen Herren ausgeschlossen erscheint, es andererseits im Interesse der Aufrechterhaltung eines offenen Freundschaftsverhältnisses zwischen ihnen geboten ist, daß sich der Erzherzog unserem allergnädigsten Herrn gegenüber Luft macht, so habe ich durch meine Vertrauensperson dem Kanzleichef den Gedanken suggerieren lassen, der Erzherzog möge ein Promemoria aufsetzen lassen über seine politischen Pläne und dieses höchstpersönlich S. M. einschicken. Ob dieser Gedanke zur Ausführung kommt, ist jetzt noch nicht zu übersehen. Sollte dies der Fall sein und S. M. dann mit E. E. darüber sowie über die hierauf zu erteilende Antwort sprechen, so würde ich unmaßgeblich anheimstellen, die Ausführungen mit Dank für das gezeigte Vertrauen zur Kenntnis zu nehmen und vor allem dem Erzherzog zu versichern, daß S. M. jederzeit mit Interesse und gleichem Vertrauen die zum Heile Oesterreichs gewiß notwendigen Maßnahmen des Erzherzogs verfolgen werde. Es kommt zunächst vor allem darauf an, daß das Mißtrauen des Erzherzogs, als beabsichtige unser allergnädigster Herr ihm die Tiszasche Politik aufzuoktroyieren, beseitigt wird.

In der Sache selbst ist es ja gewiß nicht sicher, ob die vom Erzherzog beabsichtigten Maßnahmen das alte Gebäude des habsburgischen Staates wirklich wieder befestigen werden. Sicher ist jedoch, daß er bei der jetzigen inneren Politik mehr und mehr und in rascherem Tempo verfällt. Sicher ist ferner, daß der Erzherzog seine Pläne jedenfalls ausführen wird, mit oder ohne etwaige Bedenken unsererseits. Es ist also das Klügste, ihm Vertrauen zu zeigen; dann erfahren wir wenigstens vielleicht noch zu rechter Zeit, was hier geplant wird, und

Digitized by Google

können eventuell, wenn wir in irgendeiner geplanten Maßnahme eine wirkliche Gefahr erblicken sollten, unsere Stimme dagegen erheben.

Am 12. Juni werden die beiden hohen Herren sich wieder in Konopischt sprechen. Es wäre sehr nützlich, wenn S. M. vorher gebeten werden könnte, dem Erzherzog nicht wieder von Tisza zu sprechen, ihm im Gegenteil zu versichern, daß es ihm jederzeit fernliege, Einfluß auf seine innere Politik zu nehmen.

Graf Fürstenberg hat unter dem 4. d. M. einen Bericht über den Gegensatz zwischen dem Thronfolger und dem Grafen Tisza geschrieben, dem ich vollständig beipflichte.

Mit den besten Grüßen stets Ihr aufrichtig ergebener

von Tschirschky.

Man sieht: die Entente muß wie auf „Potsdam" und auf „Konopischt", so auch auf „Miramar" als einen Beweis für den deutsch-österreichischen Kriegswillen verzichten: weder Oesterreich-Ungarn noch Deutschland dachte an einen Weltkrieg; viel zu wenig! Gegenüber dem russischen Kriegswillen bestand geradezu eine deutsche Friedensgläubigkeit.

Die politische Lage in Groß-Rumänien

Von Dr. Hermann Südhof

Unsere Oeffentlichkeit ist über die Entwicklung der politischen Lage in Rumänien durch die Presse wenig unterrichtet worden. Die Zeitungsnachrichten sind sehr spärlich und zudem noch oft unzutreffend. Die politische Entwicklung nimmt in Groß-Rumänien aber einen Weg, der es auch für uns im Hinblick auf die wirtschaftliche Bedeutung und unsere dortigen Volksgenossen geraten sein läßt, den Gang der Dinge zu verfolgen.

Rumänien ist aus dem Kriege sehr stark vergrößert hervorgegangen. Hatte das alte Königreich eine Einwohnerzahl von etwa 7 Millionen, so weist das vergrößerte Gebiet ungefähr 18 bis 20 Millionen auf. Siebenbürgen, ein Teil des Banats, die Bukowina und Beßarabien sind an Altrumänien gefallen. Eine derartige plötzliche Vergrößerung eines Landes ist schon rein zahlenmäßig recht bedenklich. Sie kann aber geradezu verhängnisvoll werden, wenn die einverleibten Gebiete kulturell und wirtschaftlich auf einer höheren Stufe stehen und mit einer gewissen Geringschätzung auf das Stammland herabblicken. Das ist der Fall bei den verhältnismäßig dicht besiedelten Gebieten des ehemaligen Ungarn, Siebenbürgen und dem Banat, und bei der Bukowina.

Durch diese Vergrößerung des Landes wurden selbst die kühnsten Erwartungen der rumänischen Kriegshetzer von 1916 übertroffen. Die Frage, ob das alte, innerpolitisch noch keineswegs gefestigte Königreich überhaupt

Digitized by Google

imstande sei, ein derartiges Gebiet sich einzugliedern und es gegen mißgünstige Nachbarn zu sichern, war gar nicht erwogen.

Je größer die Gebiete waren, die die rumänische Armee besetzte, um so lieber war es den Politikern in Bukarest. Ueber die Form der Angliederung begann man erst nachzudenken, als die annektierten Gebiete ihrerseits sich zum Worte meldeten. Diese dachten nicht daran, sich von Bukarest aus ohne weiteres als eine unselbständige Provinz eingliedern und von altrumänischen Beamten verwalten zu lassen. Die neuen Gebiete wollten möglichst weitgehende Autonomie. Sie waren durchweg unbedingte Anhänger des föderalistischen Prinzips. Diesen gegenüber standen und stehen die beutegierigen Politiker und Beamten in Altrumänien, und es schien auch eine Zeitlang, als ob diese zentralistische Richtung den Sieg über die Föderalisten davontragen sollte. Der Nationalversammlung war es vorbehalten, über diese Frage endgültig zu entscheiden.

Die rumänische Nationalversammlung trat im Herbst vorigen Jahres in Bukarest zusammen. Die Vertreter der neuerworbenen Gebiete waren in ihr in der Mehrheit. Als sie nach monatelangem, fruchtlosem Debattieren eine Politik einschlug, von der die Machthaber in Altrumänien eine starke Beeinträchtigung ihrer Stellung befürchteten, wurde mit allen Mitteln auf eine Beseitigung der Regierung hingearbeitet. Diese Bestrebungen hatten Erfolg. Der König entließ den aus Siebenbürgen stammenden Ministerpräsidenten Dr. Vaida Voivod, der sich gerade auf einer Reise nach Frankreich und England befand, und betraute den bekannten General Avarescu mit der Bildung eines neuen Kabinetts. Als sich die berufenen Volksvertreter in ihrer Mehrheit diesem Ministerium nicht gefügig zeigten, wurden auch sie nach Hause geschickt und Neuwahlen für Ende Mai ausgeschrieben.

Die gegenwärtige Regierung sucht nun mit allen Mitteln, in dem neuzuwählenden Parlamente das Uebergewicht Altrumäniens zu sichern. Die Zahl der Abgeordneten wird um etwa ein Drittel herabgesetzt. Eine neue Wahlkreiseinteilung soll dem Stammlande mehr Mandate zubilligen als den neuhinzutretenden Gebieten, obwohl diese, wie oben bereits angedeutet, an Ausdehnung und Einwohnerzahl weit größer sind als das alte Königreich. Die annektierten Provinzen werden mit orts- und volksunkundigen Beamten aus Altrumänien gegenwärtig stark überfremdet. Daß derartige Maßnahmen die Reichsfreudigkeit der Bewohner in den einverleibten Gebieten stark beeinträchtigen müssen, ist ohne weiteres klar.

Zur Festigung seiner Stellung innerhalb der politischen Parteien des alten Königreichs sucht Avarescu vor allem die geplante, weitgehende Agrarreform der Regierung Vaida Voivod stark rückwärts zu revidieren. Daß gerade der General Avarescu diese Aufgabe übernimmt, erscheint sehr verwunderlich; galt er doch stets als Gönner der unterdrückten

Digitized by Google

rumänischen Bauern! Suchte er doch im Jahre 1917, als nach dem eiligen Rückzug der rumänischen Truppen in die Moldau das rumänische Heer ganz zusammenzubrechen drohte, die Soldaten durch feierliche Versprechungen von Landbesitz bei der Stange zu halten.

Niemand kann sagen, wie sich aller Wahrscheinlichkeit nach die politische Zukunft Groß-Rumäniens gestalten wird. Die innerpolitische Lage ist verworrener denn je. Außenpolitisch sieht es nicht besser aus. Die eingegliederten Magyaren, Serben, Bulgaren und Ruthenen streben nach Loslösung. Die anliegenden Länder warten sämtlich auf den Augenblick, in dem sie alte Rechnungen mit Rumänien begleichen können. Rumänien wird dauernd auf der Hut sein müssen. Das einzige fremdländische Element, das in seiner Gesamtheit keine zentrifugalen Tendenzen vertritt und bereit ist, in loyaler Weise am Aufbau des Landes mitzuarbeiten, sind die Deutschen, an Zahl etwa 1 Million. Aber auch diese werden durch das Verhalten der rumänischen Regierung in die Opposition gedrängt.

Daß bei einer derartigen politischen Lage der wirtschaftliche Wiederaufbau stark leiden muß, liegt auf der Hand. Das Rückgrat der rumänischen Volkswirtschaft, der Getreidebau, befindet sich in einer trostlosen Lage. Nach ernst zu nehmenden Meldungen sollen nur 5 bis 10% der Fläche bebaut sein. Die Möglichkeit einer Hungersnot ist in diesem ausgesprochenen Agrarlande in nächste Nähe gerückt. Es fehlt zur Bearbeitung des Bodens vollkommen an Maschinen. Durch die bis vor kurzem durchgeführte Mobilisierung der Armee waren der Landwirtschaft viele Arbeitskräfte entzogen. Aber selbst, wenn diese Kräfte zur Verfügung gestanden hätten, wäre das Ergebnis des Anbaues nicht viel besser ausgefallen. Der rumänische Bauer denkt gegenwärtig nicht daran, für den Markt Getreide anzubauen. Er hat Geld genug und kann sich im übrigen durch mühelosere Arbeit als den Feldbau reichliche Einnahmen verschaffen. Das Verkehrswesen liegt ebenfalls vollständig danieder. Nicht besser steht es mit der Industrie. Die Rumänen haben im letzten Sommer auf ihrem Vormarsche bis Budapest alles Mögliche an Eisenbahnmaterial und Fabrikeinrichtungen requiriert und nach Rumänien schaffen lassen. Aber bei dem Mangel an Organisationsfähigkeit kommen diese Werte gar nicht zur Geltung. Die einzelnen Maschinenteile liegen verstreut auf den Bahnhöfen oder an den Bahnlinien umher. Niemand weiß sich in dem Wirrwarr zurechtzufinden. Für die Verwendung der wertvollen Maschinenteile aus Kupfer, Messing u. dgl. sollen umsichtige Beamte bereits gründlich gesorgt haben. Aus Mangel an Verkehrsmöglichkeiten ist Rumänien auch nicht imstande, seine eigenen Erzeugnisse, in erster Linie das Petroleum, im Auslande zu verwerten. Hand in Hand mit der Zerrüttung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse geht die

Digitized by Google

Verschlechterung der Finanzen. Der rumänische Lei steht bereits tiefer als die Mark.

Deutschland hat an der politischen und wirtschaftlichen Gesundung des Landes das größte Interesse. Rumänien sieht sein nationales Ideal, die Vereinigung aller Rumänen in einem Reiche, erfüllt. Wir hatten und haben keinen Grund, uns dem entgegenzustellen. Die innerpolitische Konsolidierung ist notwendig für eine gedeihliche Entwicklung der Wirtschaft. Je früher diese eintritt, um so besser ist das für uns. In Rumänien sehnt man den Augenblick herbei, in dem mit Deutschland wieder geregelte Handelsbeziehungen aufgenommen werden können. Die Rumänen brauchen unsere Industrieartikel, wir ihr Getreide und Petroleum. Der Austausch wird durch den Donauweg besonders begünstigt. Der gute Wille zu geregelten, dauernden Beziehungen ist auf beiden Seiten vorhanden. Einer geschickten wirtschaftlichen und politischen Vertretung dürfte es daher nicht schwer fallen, die zerrissenen Fäden wiederanzuknüpfen.

Lenin

Von Dr. Joseph Bonjansky

Es ist kaum eine Uebertreibung, wenn man sagt, es gebe unter den heutigen leitenden Persönlichkeiten keine, deren Bedeutung für die Geschicke einer ganzen Nation so groß und verhängnisvoll wäre, wie die des russischen Bolschewistenführers Lenin. Wenn die materialistische Geschichtsauffassung, der ja Lenin als orthodoxer Marxist huldigt, die Rolle der Persönlichkeiten stets in Abrede gestellt hat, so ist diese Geschichtsauffassung vielleicht am meisten durch die Persönlichkeiten der neuesten kommunistischen Bewegung in Rußland widerlegt. Denn nachdem man von der gesetzmäßigen Entwicklung eines Volkes abgesehen und das sozialistische Experiment in einem kapitalistisch am schwächsten entwickelten Lande vorgenommen hat, ja, nachdem man die Regierung über ein millionenköpfiges Volk einzelnen Personen ohne Beihilfe von demokratischen Organisationen übertragen und aus der proklamierten „Diktatur des Proletariats" eine „Diktatur über das Proletariat" geschaffen hat, hat man schon an diesem einen Beispiel den Gegensatz von ausgesprochener Persönlichkeit und passiver Masse klar zutage gelegt und gezeigt, was Demagogie einzelner Personen zu leisten vermag.

Ueber Bolschewismus gibt es schon eine umfangreiche Literatur. Aber es fehlte bis jetzt an einem abgeschlossenen Bilde des Führers der dritten Internationale. Somit ist ein neuerschienenes Buch, das sich dieses Thema stellt, und eine zusammenfassende Charakteristik des Mannes gibt, der die

Digitized by Google

historischen Wege Rußlands in neue, nie dagewesene Bahnen eingeleitet hat und es versucht, auch die westlichen Nachbarn diese Wege zu führen, von besonderem Interesse[1]).

Wer ist Lenin? Ein alter russischer Revolutionär, der zu der spezifisch russischen Eigenart der „professionellen" Revolutionäre gehört. Sein eigentlicher Name ist Wladimir Iljitsch Uljanoff. Er ist 1870 in einer russischen Beamtenfamilie erblichen Adels geboren. Sein Vater war Direktor der Volksschulen — ein in Rußland recht hoher Posten. Wie so oft in Rußland, war auch hier die jüngere Generation viel radikaler, als die ältere. Sein Bruder wie auch seine Schwestern wurden wegen verbotener politischer Betätigung seit Jugendjahren polizeilich überwacht. Sein zweiter Bruder war in eine Verschwörung gegen den Zaren Alexander III. verwickelt und wurde 1887 hingerichtet.

Kaum hatte er die Universität bezogen, so wurde er schon — als Siebzehnjähriger — wegen Teilnahme an einer Studentenrevolte, ausgewiesen. Ende der 90er Jahre arretiert und verbannt, wie so viele seiner zahlreichen marxistischen Gesinnungsgenossen, flüchtete er ins Ausland, wo er mit kurzen Unterbrechungen die Zeit bis 1917 verbrachte. Zuerst mit befreundeten Sozialdemokraten, die jetzt zu seinen heftigsten Gegnern gehören, als Herausgeber einer marxistischen Zeitung tätig, gründete er 1903, nachdem die Spaltung der russischen sozialdemokratischen Partei in zwei Richtungen sich vollzogen hatte, eine neue Zeitschrift „Wpered" („Vorwärts"), die die Anschauungen des linken bolschewistischen Flügels, dessen Führer Lenin war, vertrat. Es sei sogleich bemerkt, daß Lenin zu den bedeutenden russischen Theoretikern des Marxismus gehört, die in den 90er Jahren des verflossenen Jahrhunderts den Standpunkt vertraten, Rußlands kapitalistische Entwicklung werde denselben Lauf nehmen, wie die Westeuropas. In seinem Buche über den Kapitalismus in Rußland zeigte er, wie diese Entwicklung vor sich geht und bekämpfte diejenigen, die Rußland als Agrarstaat betrachteten und sich der Hoffnung hingaben, es brauche nicht „erst in einem kapitalistischen Kessel auszukochen".

An der ersten russischen Revolution von 1905 blieb Lenin fast unbeteiligt. Schon damals stellte er sich auf den unversöhnlichsten Standpunkt, indem er für den Boykott der Duma eintrat, und zu einem bewaffneten Aufstand aufforderte, der zu einer revolutionären Diktatur des Proletariats führen sollte. Diesem Gedanken hatte man glücklicherweise kein Gehör geschenkt, obgleich damals Lenin lange nicht so unversöhnlich war und sich noch nicht für die Entrechtung aller anderen Klassen

[1]) M. A. Landau-Aldanow, Lénine. Paris (Bibliothèque d'Histoire Contemporaine).

Digitized by Google

zugunsten des Proletariates ausgesprochen hatte. Im Gegenteil, er trat für eine demokratische Republik ein, und befürwortete die auf Grund eines allgemeinen Wahlrechts zusammengerufene Nationalversammlung, die er jetzt verschmäht. An dem damals gegründeten Petersburger Arbeiterrat, der zu einer Art Nebenregierung wurde, und dessen Führer Lenins damaliger Gegner und jetziger Bundesgenosse Trotzki gewesen war, nahm er nicht teil. Er kehrte 1907 wieder ins Ausland zurück, um erst nach zehn Jahren in dem berühmt gewordenen „plombierten Wagen" über Deutschland nach Rußland wiederzukommen. Vom Kriegsausbruch an der heftigste Kriegsgegner, dem nur Klassen- nicht nationale Gegensätze verständlich waren, stand Lenin an der äußersten Linken der linkssozialistischen Konferenzen von Zimmerwald und Kienthal. Er war es, der sich für einen Aufruhr in der Armee aussprach, von dem er erwartete, er werde dem Kriege zwischen den Völkern ein Ende setzen, um einen internationalen Klassenkampf zu beginnen. Die Friedenspropaganda, die er in Rußland begann, scharte um ihn die kriegsmüden Volksmassen, die von den drei verkündeten Parolen — Friede, Brot, Land — hauptsächlich von der ersten hingerissen wurden. Von diesem Moment an datiert seine Weltberühmtheit, die ja so weit ging, daß man im fremden Italien eine Medaille mit seinem Bildnis und einer Inschrift — „ex oriente lux" prägte.

Die Lehren Lenins sind jetzt allbekannt, weniger vielleicht die Methoden, mit deren Hilfe er seine Theorien durchführt. Dieser fanatische Verfechter kommunistischer Ideen, der durch seinen Fanatismus an einen mittelalterlichen Mönch erinnert, erkennt nichts an, was auch um eines Haares Breite von seiner Lehre abweicht, und scheut keine Mittel, die zu dem Siege dieser Lehre verhelfen können. Als die kritisch-philosophischen Strömungen im Marxismus begannen, die natürlich nur einer Vertiefung der Lehre dienen konnten, da gab es keine Schmähworte, die er den bedeutendsten Philosophen gegenüber nicht anwandte. Er beschuldigte sie der reaktionärsten Gesinnung, obgleich es sich um Gelehrte handelte, die überhaupt von irgendeinem Zusammenhang zwischen ihren Lehren und den praktischen Forderungen des Sozialismus nichts ahnten: Schuppe, Mach, Avenarius wurden als Anhänger der russischen reaktionären „schwarzen Hunderte" bezeichnet als „Clowns der bürgerlichen Wissenschaft" hingestellt, ja selbst Kant wurde einer den Mittelstandspolitikern eigenen Kompromißpolitik beschuldigt, weil er .... zwischen Materialismus und Idealismus nicht recht zu unterscheiden wüßte! Das ist die krankhafte Psychose eines Sektierers, der — wie jeder Sektierer — die Lehre des Meisters, auf den er schwört, verzerrt.

Lenin hat aber, trotz seiner marxistischen Orthodoxie, nicht weniger vom Anarchismus als von Marx geerbt und steht in Vielem seinem Landsmann

Digitized by Google

Bakunin, der ja auch in Deutschland gewirkt hatte und ein eifriger Gegner von Marx gewesen ist, näher, als seinem Lehrer Marx. In der Verleugnung des Prinzips des allgemeinen Wahlrechts steht er ganz auf dem Standpunkt Bakunins, welcher behauptete, daß das allgemeine Wahlrecht in einer Gesellschaft, in der wirtschaftlich die Arbeitermasse von einer Minderheit abhängig ist, nie den wirklichen Volkswillen zum Ausdruck bringen könnte. Lenin geht bloß weiter, da er dieses Wahlrecht auch dann ausschaltet, wenn — wie jetzt in Rußland — die Arbeiter das führende Regiment sind. Auch in der Verneinung des Prinzips der allmählichen Hebung der Arbeiterklasse teilt er die Auffassung Bakunins, der die Möglichkeit einer plötzlichen vollen Emanzipation des Proletariats nicht bloß einzelner, sondern aller Länder, „mögen sie zivilisiert sein oder nicht", annahm. Lenin hat jetzt das Exempel auf die Probe gestellt und nachgewiesen, was bei einem Mangel an Zivilisation aus dieser „vollen Emanzipation" wird. Was ihn aber um vieles von Bakunin unterscheidet, ist sein Verhalten zu denjenigen Grausamkeiten, die der Weisheit letzten Schluß seiner Regierungsmethode bilden, gegen die aber Bakunin Abscheu und Widerwillen hatte. Bakunin sagte, daß, wenn man eine Revolution macht, um die Menschheit zu befreien, man doch Achtung vor Menschenleben und Menschenfreiheit haben müsse. Lenin denkt umgekehrt. Bei ihm ist Terrorismus das probateste Mittel der Revolution, und wenn es in Rußland keine Guillotine gibt, so ist es nur deshalb, weil Maschinengewehre viel leistungsfähiger sind.

Skrupellos geht Lenin mit allen denen zusammen, die ihm im gegebenen Moment nützlich erscheinen. Wer sind seine Mitarbeiter? Im Jahre 1912 war es Malinowsky, ein sozialistisches Mitglied der Duma, der zur selben Zeit als Polizeispitzel bolschewistische Propaganda trieb und vom Polizeidepartement niedergeschriebene Reden hielt. Und wieviel Zuchthäusler scharen sich jetzt um die Organe der Sowjetregierung! Was Lenin selbst betrifft, so sagen es ihm sogar seine Feinde nicht nach, daß er von der unbegrenzten Macht, die in seinen Händen liegt, in seinem eigenen Interesse Gebrauch macht. Seiner Unbestechlichkeit wegen wird er der russische Robespierre genannt. Aber die vielen anderen, die sich seines Wohlwollens erfreuen. Man muß ja eben die tierischen Instinkte in den Volksmassen hervorrufen, um den siegreichen Kampf gegen die Bourgeoisie führen zu können, und dazu sind diese Leute gerade die geeignetsten. Keine Verleumdung ist ihm zu schlecht, um sich ihrer nicht zu bedienen. Als die Matrosen in Petersburg meuterten und Weinkeller plünderten, wurde als Urheber dieser Meutereien — die Kadettenpartei hingestellt, also eine bedeutende demokratische Partei, die aus den intelligentesten Schichten zusammengesetzt ist, wurde der gewöhnlichen Meuterei bezichtigt. Und nach der Ermordung von Karl

Digitized by Google

Liebknecht und Rosa Luxemburg sagte Lenin, für diesen Mord sei die deutsche republikanische Regierung verantwortlich, die „bloß die einzige Freiheit kennt — unbestraft die Führer des Proletariats zu ermorden". Das wagte er der Regierung Scheidemanns zu sagen, er, der die berüchtigten Mörder der bekannten Dumamitglieder Schingareff und Kokoschkin laufen ließ. Nicht mitnichten hatte er ja einmal selbst erklärt, daß man einen politischen Gegner mit vergifteten Waffen bekämpfen soll, indem man den schlimmsten Verdacht gegen ihn zu erwecken versucht. Und welche Prinzipienlosigkeit gehört dazu, zuerst die Volksmassen gegen die provisorische Regierung Kerenskys aufzuhetzen, mit dem Hinweis darauf, daß sie die Todesstrafe nicht abschaffe, — obgleich gerade sie diese Strafe abgeschafft und sie dann nach langem Zögern nur an der Front beibehalten hatte, — um dann Tausende von Menschen ohne Gericht, durch Willkür einzelner aus dunkelsten Existenzen sich rekrutierenden „Kommissionen zur Bekämpfung der Konterrevolution" hinrichten zu lassen. Und gegen wen richtet sich dieser Terrorismus? Etwa gegen das Verbrechertum? Nein, gegen die Elite der russischen Intelligenz, die es wagte, dem verbrecherischen Utopismus einer Minorität Widerstand zu leisten, ja, oft — nur anderer Gesinnung verdächtigt wurde. Fraternité, égalité ou la mort! Das ist Lenins Parole. Natürlich gelingt keine solche obligatorische Brüderlichkeit, um so viel mehr aber der so energisch gepredigte Haß: Haß des Arbeiters gegen den Unternehmer, des Bauern gegen den Grundbesitzer, des Soldaten gegen den ehemaligen Offizier, der bedrückten kleinen Völkerschaften gegen diejenigen, die als frühere Bedrücker hingestellt werden. Er kann nicht so stark lieben, wie er zu hassen vermag. „Er haßt die Bourgeoisie viel stärker, als er sein Proletariat liebt", hatte einst einer seiner Freunde von ihm gesagt! Was wird dieser den Massen eingeimpfte Haß, dem so viele tausende Menschenleben zum Opfer gefallen sind, noch erzeugen? Wird er wenigstens den Untergang derjenigen mit sich bringen, die ihn erzeugt haben?

Lenin ist Russe[1]), und viele wollen in der von ihm geleiteten Bewegung etwas spezifisch Russisches sehen. Aber es fehlen ihm gerade diejenigen Züge, die dem Slawen eigen sind, und vielleicht ist sein internationaler Erfolg zum großen Teile dadurch zu erklären, daß eben die nicht slawischen Elemente seiner Persönlichkeit in den Vordergrund treten. Slawen sollen willensschwach sein, Lenin hat einen eisernen Willen; sie sind romantisch — er verabscheut die bodenlose Romantik und ist der realste Politiker, den es je gegeben; Slawen sind metaphysisch veranlagt — nichts ist Lenin fremder als abstrakte Philosophie. Und was ausschlag-

[1]) Unseres Wissens ist Lenin tatarischer Herkunft. Darauf deutet auch sein Name hin, der einen tatarischen Stamm mit russischer Endung zeigt.

Digitized by Google

gebend gewesen ist: er war nie slawischer Gefühlsmensch und nie hatte bei ihm etwas wie Mitleid, Reue, Furcht vor Grausamkeit oder Ungerechtigkeit mitgespielt, während seine Gegner, als sie am Ruder waren, aus moralischen Bedenken es nicht mal wagten, gegen ihn selbst energisch vorzugehen. Lenin hätte mit Recht die Worte eines während der Pariser Kommune freigelassenen Führers wiederholen können: „Die Regierung hatte nicht den Mut, mich erschießen zu lassen, aber ich werde den Mut haben, die Regierung zu füsilieren." Er selbst hat daran gezweifelt, ob diese soziale Revolution gelingen werde, er meinte aber, es würde jedenfalls eine „nützliche Probe" für die nächste Revolution sein. Wenn dabei der Staat untergeht, ein Volk ruiniert wird und Millionen von Menschen umkommen, so sind es Kleinigkeiten, die nicht in Betracht zu kommen brauchen.

Das ist in kurzen Zügen das Bild des Mannes, der die Schicksale des vielgeprüften Rußlands nun mehr als zwei Jahre hindurch leitet und über dessen Lebensgang und Weltanschauung das obenerwähnte Buch Aldanows, im Zusammenhang mit den geistigen Strömungen Rußlands, berichtet. Wenn Jaurès gesagt hat, „der revolutionäre Aufruf zur Gewalt könne heute für das Proletariat nur zu einer ungeheuren Mystifikation werden", so hat Lenin nachgewiesen, daß das Proletariat viel länger mystifiziert werden kann, als man es je annehmen konnte.

Die südafrikanische Union, Südwestafrika und England

Von Rudolf Kindt

Auf Grund letzter Nachrichten südafrikanischer Zeitungen bespricht der bisherige Gouverneur von Deutsch-Südwest, Dr. Seitz, im Märzheft der „Deutschen Kolonialzeitung" das Verhältnis der Union zu Südwest, geht dabei aber auch in seinen Betrachtungen weiter und behandelt die Frage, wie das Dominium heute zum Mutterlande England stehe.

Die Union hat in einer Sondersitzung auf Antrag des Ministeriums Smuts das Mandat über Südwestafrika aus den Händen des Völkerbundes angenommen. Was Dr. Seitz nicht erwähnt, ist, daß sich die starke Gruppe der Buren um Herzog, die Nationalisten, sehr energisch gegen jede Aneignung deutschen Gebietes ausgesprochen haben und die Rückgabe an Deutschland verlangten. Sie blieben jedoch in der Minderheit gegen die Südafrikanische Partei — früher Bothas und jetzt Smuts eigenste Partei —, die rein britischen Unionisten und die Arbeiterpartei. Smuts erklärte:

Digitized by Google

„1. Die S. U. nimmt das Mandat zur Verwaltung Südwestafrikas an; sie verzichtet, wie der Premier ausdrücklich feststellte, auf jeden Gedanken einer formellen Annexion des bisher deutschen Landes." Das bedeutet m. E. jedoch nur eine Spiegelfechterei, denn unser bisheriges Schutzgebiet soll ja „als ein integrierender Bestandteil der Union", wie der Friedensvertrag sagt, verwaltet werden. Man wartet offenbar, wie dies England häufig genug getan hat, auf einen günstigen Augenblick, um die Einverleibung optima forma auszusprechen, und erklärt den Verzicht, um der deutschfreundlichen Stimmung sehr großer Burenkreise zunächst Rechnung zu tragen. Gerade Jan Smuts, der in ganz Südafrika als der „slimme Jan", als geriebener Politiker bekannt ist, darf man diese Reservatio mentalis zutrauen, und London — erst recht!

„2. Die S. U. erkennt an, daß zur endgültigen Regelung des Verhältnisses zwischen der Union und Südwestafrika als Mandatland ein besonderes Gesetz nötig ist, das der Billigung durch den Rat des Völkerbundes bedarf."

„3. Da eine Entscheidung des Rates des Völkerbundes über den Grad behördlicher Machtbefugnis, Aufsicht und Verwaltung, den der Mandatar ausüben soll (vgl. Art. 22, vorletzter Absatz des Friedensvertrages), bisher nicht ergangen ist, so muß die Verwaltung des Schutzgebietes provisorisch durch ein Gesetz der Union geregelt werden." Dr. Seitz sagt dazu weiter: „In der Vorlage eines solchen Gesetzes liegt eo ipso das Geständnis, daß das Schutzgebiet nicht ohne weiteres, wie es der Art. 22, Abs. 6, des Friedensvertrages vorsieht, nach den Gesetzen des Mandatars als integrierender Bestandteil seines Gebietes verwaltet werden kann." Der Abs. 6 des Art. 22 nennt bekanntlich Südwestafrika neben Inseln des Stillen Ozeans als ein Land, das „wohl nicht besser als nach den Gesetzen der Mandatare und als integrierender Bestandteil ihres Gebietes" verwaltet werden könnte.

Es scheint fast, als ob London in dieser Frage wieder einmal Wünsche geäußert hat, denen man in der Union, trotz aller Selbständigkeitsgebärden, Folge gegeben hat. Offenbar will man die Deutschen in Südwest unter harten Sonderbestimmungen halten. Dafür spricht, daß dem Administrator in Windhuk, einem Engländer, diktatorische Befugnisse durch Gesetz übertragen worden sind. Andererseits hat Smuts die in Windhuk im Oktober bereits gemachte Zusage Lord Buxtons, des Generalgouverneurs, wiederholt, daß die Ausweisungen nunmehr aufhören sollten. Und der Minister de Wet hat sogar die Erklärung abgegeben, die nach den bestehenden Bestimmungen bereits ausgewiesenen Deutschen könnten, wenn sie nach Südafrika zurückkehren wollten, nur auf Grund des für die Union gültigen Einwanderungsgesetzes zurückgewiesen werden! Aeußerungen, aus denen man eine Konzession gegenüber dem Wohlwollen der zahlenmäßig überlegenen Buren für die Deutschen und die zur Besiedlung

Digitized by Google

Südafrikas bitter notwendige Einwanderung Deutscher herauslesen kann. Der für Südafrika lebenswichtige Gegensatz Weiß-Schwarz läßt sich eben nur durch eine zielbewußte Förderung weißer, vor allem germanischer Einwanderung zugunsten der weißen Rasse entscheiden, und man weiß dies sehr gut in Südafrika.

Ueber die Frage der Liquidierung deutschen Eigentums brachten die Parlamentsverhandlungen, wie Dr. Seitz schreibt, wenig oder keine Klärung. Smuts will die deutschen Ansiedler längs der Flußläufe, die das beste Land in Händen hätten, nicht belästigen, da sie ruhig und ordentlich seien. Dagegen spricht er von der Prüfung der Konzessionen großer Land- und Bergwerksgesellschaften. Da inzwischen anscheinend die Beschlagnahme der in deutschen Händen befindlichen Anteile der wertvollsten Diamantgesellschaften, der Otavi Minen- und Eisenbahngesellschaft, der Kolonialgesellschaft für Südwestafrika, der Kaoko Land- und Minengesellschaft und der South West Africa Co. verfügt ist, dürfte sich die Prüfung der Konzessionen erübrigen, sie würde höchstens britische Anteilseigner schädigen. Dieser Raub an deutschem Eigentum, den der Friedensvertrag ja leider gestattet, bedeutet einen schweren Schlag für uns und auch für das noch vorhandene Deutschtum in Südwest selbst. Daß sich die Union nicht nach elsaß-lothringischem Muster mit der Liquidierung der kleineren Besitzer und Siedler bemühen würde, war in Südwest schon vor meiner Abreise bekannt, wenigstens hegte man in dieser Richtung keine Besorgnisse.

„Das Endergebnis der Sondersitzung des südafrikanischen Parlaments ist und bleibt: Unsicherheit der nationalen und wirtschaftlichen Zukunft des Deutschtums in Südwestafrika, wenn auch zugegeben werden muß, daß der Ruf nach Vertilgung alles Deutschen, der die übrige Welt durchrast, bei der Mehrheit der Bevölkerung Südafrikas keinen Widerhall findet", schließt Dr. Seitz seine Ausführungen. Damit gibt er den uns günstigen Einfluß des burischen Elementes in Südafrika zu, denn die National-Engländer würden jeden Deutschen sicherlich aus Südafrika vertreiben, wenn — sie nicht mit den Buren rechnen müßten.

Leider bestätigt ein anderer Artikel in dem gleichen Heft der „K.-Z." die Befürchtungen des Gouverneurs Dr. Seitz. Trotz aller schönen Versprechungen, die der Administrator Georges und sogar Lord Buxton in Südwest abgaben, will man offenbar die deutschen Schulen ausrotten. Neue Schulpläne sehen als Unterrichtssprache holländisch oder englisch vor, während Deutsch nur noch als Fremdsprache behandelt werden soll. Der Landesverband der deutschen Schulvereine, die auf Betreiben des Administrators selbst zur Uebernahme der deutschen Schulen im August 1919 gegründet wurden, sucht dies Unheil durch eine Eingabe

Digitized by Google

an den Administrator und die maßgebenden Stellen abzuwenden. Seine Hauptforderungen sind:

1. Aufrechterhaltung der deutschen Schule mit Deutsch als Hauptsprache.
2. Ersatz der Lehrkräfte aus Deutschland, solange Südafrika keine deutsche Lehrerbildungsanstalt hat.

Dringt der Schulverband damit nicht durch, dann kann nur finanzielle Unterstützung durch die Heimat den Fortbestand des deutschen Unterrichtes sichern, denn die infolge der rücksichtslosen Ausweisungen auf kaum die Hälfte an Kopfzahl zusammengeschmolzenen Deutschen können dort aus eigener Kraft keine vollwertigen deutschen Schulen erhalten.

Dr. Seitz befaßt sich in seinem Artikel auch mit der stolzen Geste des Premierministers Jan Smuts gegenüber England. Smuts erklärte nämlich eingangs seiner Darlegungen nach Dr. Seitz: „Die großen britischen Kolonien, die Dominions und Indien, seien dadurch, daß sie bei dem Friedensvertrag als vertragschließende Persönlichkeiten auftraten und künftig im Völkerbund neben Großbritannien eigene Stimmen führen, zu unabhängigen, d. h. souveränen Staaten geworden, die zusammen das britische Reich ausmachen." Smuts habe damit ausgesprochen, daß die Entwicklung des britischen Weltreiches zu einem Staatenbund, die schon während des Krieges von dem Organ des Generals Botha, der „Volkstem", wiederholt als zu erstrebendes Ziel hingestellt wurde, zur Tatsache geworden sei. Das südafrikanische Parlament habe mit dem englischen nichts zu tun, es sei ihm vollkommen gleichberechtigt; im Völkerbund habe Südafrika dieselben Rechte und die gleiche Vertretung wie England selbst.

Daß diese Bestrebungen der Buren, also auch die des Ministers Smuts und seines Vorgängers Botha, auf größte Selbständigkeit der Union und allmähliche Loslösung des Ganzen vom Mutterlande hinauslaufen, ist wohl zweifelsfrei. Das letzte Ziel ist aber nur zu erreichen, wenn Südafrika sehr viel volkreicher an Weißen, wenn es wirtschaftlich völlig unabhängig geworden ist, wenn es eigene Industrie in nennenswertem Umfange hat und — die Hauptsache — wenn das Mutterland dereinst von seiner anscheinend heute so stolzen Höhe herabgesunken sein wird. Vorläufig bedeuten die Ausführungen des „slimmen Jan" m. E. mehr, daß man sich in Hinsicht auf wirtschaftliche und innerpolitische Dinge nicht mehr von England hineinreden lassen will. Damit spricht er dem gesamten Burentum aus dem Herzen, dem Burentum, das schon während des Krieges nur ingrimmig die britische Bevormundung ertrug, durch die es gezwungen wurde, seine Produkte: Wolle, Mohair, Häute und Felle in erster Linie nur an England genehme Käufer, besonders die britische

Digitized by Google

Regierung selbst gegen vorgeschriebene niedrige Preise zu verschleudern, statt die Weltmarktkonjunktur ausnutzen zu können.

Smuts wollte offenbar den Nationalisten kurz vor den Neuwahlen, und dies ist der Schwerpunkt seiner Erklärung, das Wasser zur Betreibung ihrer Wahlagitation abgraben. Es ist ihm bekanntlich nicht gelungen, wie das Ergebnis beweist.

Daß Smuts blasse Theorie verkündet, die Praxis aber wohl anders aussehen wird, darin hat Dr. Seitz gewiß recht. Man möchte wohl, doch man kann nicht. Und wer weiß denn, ob die britischen Staatsmänner nicht schon vor dieser Wahlrede genau wußten, was Jan Smuts seinen Buren als Köder hinwerfen werde. Der „slimme Jan" ist für beide Teile schwer zu durchschauen.

Zugleich mit seiner „platonischen Unabhängigkeitserklärung", wie sie Dr. Seitz treffend nennt, hat Smuts das Parlament inständig gebeten, zurzeit nicht an den Beziehungen zum britischen Imperium zu rütteln. Er hat also „für die Praxis wieder zurückgenommen, was er in etwas kühner Theorie ausgeführt hatte". Das bestätigt nur meine Ansicht, es habe sich dabei zuallererst um einen parteipolitischen Schachzug gehandelt.

Inzwischen haben nun die Parlamentswahlen in Südafrika, die ersten nach dem Kriege, die ganze Lage derartig beeinflußt, daß man nicht wissen kann, ob Jan Smuts noch lange Premierminister bleiben wird.

Das Ergebnis war:

Nationalisten (republikanische Herzogleute)	früher	25	jetzt	43
Südafrikanische Partei (Smuts-Anhänger)	„	52	„	40
Unionisten (englische Imperialisten) . . .	„	38	„	25
Arbeiterpartei	„	5	„	21
Unabhängige	„	6	„	3

Die Entscheidung in zwei Wahlkreisen steht noch aus; sie werden sehr wahrscheinlich Herzog zufallen, da dies selbst die Londoner Times meinen.

Die Koalition, die während des ganzen Krieges Botha und bisher Smuts gestützt hat, Südafrikanische Partei und Unionisten, verfügten bislang über 90 Sitze, die absolute Mehrheit; sie hat jetzt nur noch 65 Anhänger, d. h. gegenüber einer Gesamtzahl von 134 Sitzen (4 Sitze sind neu hinzugekommen) keine sichere Mehrheit. Wohl werden die Arbeiter in allen das Verhältnis zu England angehenden Fragen mit der bisherigen Koalition stimmen — denn im Verlaufe des Weltkrieges haben sie sich zu einem rücksichtslosen Imperialismus und als heftige Deutschfeinde bekannt! —, aber in innerpolitischen Dingen kann es kein Zusammenarbeiten zwischen dem in den Unionisten verkörperten Großkapital, dem wohlhabenden Farmerstand in der Südafrikanischen Partei auf der einen Seite und den immer mehr fordernden Arbeitern auf der anderen geben! Wäre auch das Kapital zu Konzessionen bereit, die Farmer, die

Digitized by Google

Buren sind es nicht. Und daher ist auch eine Ehe zwischen Nationalisten und Arbeitern, die zudem ebenfalls keine absolute Mehrheit liefern würde, einfach undenkbar. Die beiden Parteien haben sich stets auf das heftigste bekämpft, und die Herzogleute sind noch weit mehr eine reine Vertretung des Burentums als es die Südafrikanische Partei unter Botha und Smuts gewesen ist.

Ein langer Weiterbestand des Ministeriums Smuts im Zusammengehen mit den britischen Imperialisten ist also unmöglich, ebenso eine Verbindung zwischen den Nationalisten und Arbeitern. Es bleibt als einzige regierungsfähige Konstellation: die Wiedervereinigung der Buren! Die ja einst in der Südafrikanischen Partei ein geschlossenes Ganzes bildeten, bis die allzugroße Nachgiebigkeit Bothas gegenüber England den damaligen Minister Herzog zwang, aus dem Ministerium auszuscheiden. Ein Vorgang, der die Trennung der Herzoganhänger im Parlament von der Bothapartei und die Gründung der Nationalisten erst zur Folge hatte. Eine solche Wiedervereinigung ist sehr wohl denkbar! Schon während des Krieges wurde auf beiden Seiten immer wieder und wieder dazu gemahnt. Botha hätte sehr gern kleinere Zugeständnisse gemacht, um Herzog zu versöhnen, aber dieser war unversöhnlich, blieb fest! Heute erntet Bothas Nachfolger, wie man oft in Südafrika sagt, sein böser Geist, Jan Smuts, was als Folge einer allzuhäufigen Mißachtung burischer Stimmungen und Gefühle der Südafrikanischen Partei den Acker verdorben hat: Bevorzugung englischer Beamter, englischer Sprache, englischen Unterrichtes und Zurücksetzung der Buren, Dienstfertigkeit gegenüber dem bald schroff heischenden, bald klug bittenden britischen Imperialismus und demzufolge wirtschaftlicher Zwang in Hinsicht auf den Verkauf burischer Produkte, Belügen des Parlamentes und des Senates, um das Volk für den Raubzug nach Deutsch-Südwest zu gewinnen, die nach burischer Ansicht allzustrenge Behandlung der im Freiheitsdrang bei Beginn des Weltkrieges gegen England aufgestandenen burischen Brüder, der Tod Delareys, Beyers, Jappie Louries und auch wohl ein wenig die Mißachtung burisch-freundschaftlicher Gefühle gegenüber Deutschland und den Deutschen, die man der gleichen nimmersatten Britengier zum Opfer fallen sah, wie die eigene Freiheit.

Wiedervereinigung der beiden burischen Parteien! Die aber ist dennoch trotz der beiderseits vorhandenen brüderlichen Gesinnungen nicht ganz leicht. Die Führer lassen sich von Sentimentalitäten nicht hinreißen, wenigstens diese Führer, Herzog und Smuts nicht. Und so wird der Zusammenschluß nur möglich sein, wenn einer der beiden von der politischen Schaubühne verschwindet, oder, wenn einer sehr weit nachgibt. Der Bure, auch der gebildete, ist ein Meister der Verstellung. Darin konnte er sogar von den britischen Politikern nichts mehr lernen. Und

Digitized by Google

so meine ich, daß die Einigung zustande kommen wird. Herzog und seine Nationalisten haben allerdings gerade Jan Smuts, den „slimmen Jan" jahrelang als den leibhaftigen Gottseibeiuns geschildert, die Wähler werden es aber dennoch verstehen, wenn der gleiche slimme Jan jetzt wieder gut Freund mit Herzog wird. Innerlich hat Smuts meines Erachtens keine allzugroße Aenderung durchzumachen, sich nicht sehr zu mausern, um mit den „republikanischen" Herzogianern zusammen zu gehen. Weiß man denn in England, was dieser kluge Bure eigentlich letzten Endes vorbereitet? Ich habe es schon zu Anfang des Artikels gesagt: das letzte Ziel ist die Unabhängigkeit Südafrikas! Schwerer wird es schon Herzog, der starrer, gerader ist, werden, mit Smuts zusammen eine regierungsfähige Mehrheit zu bilden. Man täusche sich nicht: es wird noch nicht zur Trennung Südafrikas von England kommen. Dazu ist die Anhängerschaft englischer Abstammung im Lager der Südafrikanischen Partei so groß, ist auch der Einfluß des britischen Kapitals zu mächtig, und vor allem das Gefühl der Macht Großbritanniens zu lebendig im Burenvolke! Man wird wieder eine Weile paktieren. Herzog war ja schon einmal unter Botha Minister Seiner Majestät des britischen Königs, er wird es kaltblütig wieder werden, und nun, mit der stärksten Partei des Landes hinter sich, seine letzten Ziele, die mit denen des verstorbenen Botha und denen des slimmen Jan sicherlich haarscharf gleich sind, vorbereiten! Nur in der inneren Politik wird sich eine erhebliche Wandlung vollziehen müssen: Mit der deutlichen, auffälligen Bevorzugung alles Englischen wird es vorbei sein müssen. Man wird äußerlich gegen das „Mutterland" loyal sein, innerhalb Südafrikas aber auf jede Weise die kulturelle und wirtschaftliche Selbständigkeit der Buren zu heben suchen, man wird auch vielleicht die Einmischung Großbritanniens in Fragen des industriellen Aufbaues, der Einfuhr und Ausfuhr, der Behandlung von Eingeborenenfragen, in bezug auf die Einwanderung vorsichtig und allmählig zurückdämmen. Man wird eben, kurz gesagt, eine südafrikanisch-burische Politik treiben, keine südafrikanisch-britisch-imperialistische, wie bisher. Das kann und muß zu heftigen Kämpfen mit den britischen Jingos, den Ultra-Imperialisten führen, diese aber werden dabei gegenüber einem auf so breiter Grundlage stehenden Burentum unterliegen. Denn England selbst kann es sich heute, sobald nach dem Weltkriege, verstrickt in das Lügengewebe: Selbstbestimmung der Völker, Freiheit, Glückseligkeit für alle Menschen, wirtschaftlich und finanziell geschwächt, sozialistisch bedroht, nicht mehr leisten mit erbarmungsloser Faust das Burentum zu zermalmen. Was es bei Beginn des Weltkrieges sicherlich getan haben würde, wenn — Botha und Smuts nicht sehr klug das Interesse ihres Volkes wahrgenommen hätten. Immerhin: auf dem Wege zur Auflösung des allbritischen Imperiums

Digitized by Google

ist der Ausfall der Wahlen in Südafrika ein weiterer und ein sehr bedeutsamer Schritt!

Für unsere Deutschen in Südwest würde eine solche Einigung der beiden burischen Parteien ohne Zweifel sehr erfreulich sein. Herzog und seine Nationalisten haben sich nicht nur aus politischer Taktik heraus im Kriege und nach dem Kriege offen zu uns Deutschen bekannt. Der Minister Herzog wird mit seiner Partei nicht die unterdrücken, deren Partei er und die Seinen bislang gegenüber dem wilden britischen Haß furchtlos gehalten haben. Ich will absichtlich nicht des näheren auseinandersetzen, in welcher Hinsicht das Deutschtum in Südwest von einer solchen rein burischen Konstellation Nutzen haben würde. Es wird sich, kommt der Zusammenschluß zustande, rasch zeigen.

Die heutigen Aufgaben der deutschen Auslandspresse

Von O. Sperber (Dresden)

Mit dem Einsetzen des Auswanderungsstromes gewinnt die deutsche Auslandspresse eine Bedeutung, die man in den maßgebenden Kreisen Deutschlands hoffentlich nicht wieder unterschätzen wird.

Die deutsche Auslandspresse wurde vor Jahrzehnten aus einer sehr zwingenden Notwendigkeit heraus geboren. Die Auswanderer früherer Jahrzehnte benötigten eine deutschsprachige Presse in ihrer neuen Heimat, um dort bodenständig werden zu können.

Die Ansiedler konnten allenfalls in der alten Heimat unter den ihnen genügend vertrauten Verhältnissen auf die Zeitung verzichten, nicht aber in der Fremde. Die in der Fremde in ihrer Muttersprache gedruckte Zeitung ist sozusagen der Gärtner für die aus dem heimischen Boden gerissenen Pflanzen, die ihnen das Wurzelschlagen am neuen, fremden Standort ermöglicht und erleichtert. Alle die deutschen Auswanderer würden in keinem fremden Lande so schnell, sicher und zielbewußt bodenständig geworden sein, wenn nicht die Zeitung in ihrer Muttersprache ihr Erzieher und Berater gewesen wäre. Die deutsche Auslandspresse hat das unbestrittene Verdienst, die deutschen Ansiedler in den fremden Ländern in die eigenartigen Verhältnisse des Landes eingeführt zu haben. Oftmals mußten die deutschen Zeitungen vermittelnd eingreifen und aufklärend wirken, um bedauerliche Mißverständnisse oder Rassenvorurteile aufzuklären und überwinden zu helfen. Die Staaten hingegen, welche jenen Einwanderern Gelegenheit gaben, daß sie durch ihre eigenen Kräfte sich eine neue Heimat erringen konnten, verdanken es wiederum der deutschen Auslandspresse in allererster Linie, daß die neuen Ansiedler sich in kurzer Zeit zu guten Bürgern der neuen Heimat entwickeln konnten.

Digitized by Google

Die landessprachliche Presse konnte bei dieser Umwandlung ebensowenig tun wie die Behörden und politischen Parteien des Landes. Als unüberbrückbares Hindernis standen Bestrebungen dieser Art vor allen Dingen die fremde Sprache gegenüber. Hier konnte nur eine Zeitung in der Muttersprache ausgleichend wirken. Die deutsche Auslandspresse in den einzelnen Ländern war es daher auch, welche die Eingewanderten mit den Einrichtungen des neuen Landes, seiner Regierungsform, der Gesetzgebung und seinen vielen anderen sehr notwendigen Eigenarten bekannt und vertraut machte, so daß sie sich nach und nach zu guten Bürgern ihrer neuen Heimat entwickeln konnten. Daß die Deutschen im allgemeinen in fremden Landen so verhältnismäßig schnell bodenständig und gute wie verständnisvolle Mitbürger werden konnten, ist in allererster Linie das große und unbestrittene Verdienst der deutschen Auslandspresse.

Die gleichen Verhältnisse finden nun die neuen deutschen Auswandererschaaren nur mit dem Unterschiede, daß sie bereits eine bodenständig und landeserfahrene Auslandspresse vorfinden.

Aber die deutsche Auslandspresse hat unter den heute so veränderten Verhältnissen noch eine weitere Aufgabe zu lösen.

Bei der traurigen Lage Deutschlands ist für die nächste Zeit ein wirksames Eingreifen in persönliche oder wirtschaftliche Angelegenheiten der Auslandsdeutschen seitens der heimatlichen Regierung nicht zu erwarten, wie solches früher besonders in Ländern mit ungeordneten Rechtsverhältnissen gelegentlich in Frage kam. Der Auslandsdeutsche ist daher heute noch mehr als früher auf sich selbst angewiesen. Da ist seine Presse eines der wenigen, aber unter Umständen ein sehr wirksames Hilfsmittel, auf das er zählen kann. Die Interessen der zahlreichen neu ins Land kommenden Deutschen verlangen eine besonders sorgsame Pflege. Die Neigung vieler — länger ansässiger — Deutscher, ihr Deutschtum aufzugeben, wird durch die politische Ohnmacht der Heimat begünstigt. Hier gilt es durch objektive Darstellung der deutschen Verhältnisse, unter gerechter Würdigung der gewaltigen Schwierigkeiten, die drüben zu überwinden sind, die Achtung vor dem alten Vaterlande und vor der ungeheuren Arbeit, die zum Zweck des Wiederaufbaues dort geleistet werden muß, zu erhalten und zu stärken. Es gilt auch darauf hinzuweisen, daß die Staatsformen wechseln mögen — was man begrüßen oder beklagen kann —, daß aber trotzdem Deutschland noch immer unser altes liebes Vaterland ist, dem unser Denken und Fühlen geweiht bleibt, gleichviel, ob seine Spitze wählbar oder erblich ist.

Hieraus folgt weiter, daß die Auslandspresse ihre Aufgabe nicht darin erblicken darf, den Streit der heimischen Parteien ins Ausland zu übertragen. Die Sorge um den Ausbau der Verfassung und der sonstigen

Digitized by Google

innerdeutschen Gesetzgebung muß der Heimat überlassen bleiben. Gewiß soll auch der Auslandsdeutsche sich seine Meinung über diese Dinge bilden, und kann daher von seiner Presse verlangen, daß sie ihn objektiv, schnell und gründlich über alle wichtigen Fragen der deutschen Politik unterrichtet — aber ein Parteiblatt darf eine Zeitung für Auslandsdeutsche nie werden. Ihre Hauptaufgabe muß immer bleiben, das für alle Auslandsdeutschen Gemeinsame zu betonen, die auch bei ihnen oft auseinandergehenden Interessen unter höheren Gesichtspunkten zusammenzufassen und vor allem ein treuer Schutz und Hort für alle Bestrebungen zu sein, die irgendwie die Förderung und Erhaltung deutscher Kultur und deutscher Wirtschaftsinteressen innerhalb ihres Einflußgebietes zum Ziel haben. Hierbei kommen in erster Linie die deutschen Schulen, die deutschen Vereine und deutsche Unternehmungen wirtschaftlicher Art in Betracht.

Insbesondere kann das deutsche Schulwesen im Auslande die Mitarbeit der Presse nicht entbehren. Auf der einen Seite wird sie ihre Leser immer wieder auf ihre Pflicht als Deutsche hinweisen, die deutschen Kinder in deutsche Schulen zu schicken, und auf der anderen aber ihre eigene Pflicht als Organ der Oeffentlichkeit auch dem deutschen Schulwesen gegenüber durch sachliche und fördernde Kritik und Gewährung von Gelegenheit zum Meinungsaustausch über einschlägige Fragen erfüllen.

Schließlich kann und wird es auch Lagen geben, in denen die Presse als warnender Mentor ernste und vielleicht selbst scharfe Worte zur Geißelung etwa erkennbarer Uebelstände reden muß, namentlich, wenn es sich um Dinge handelt, die an Ansehen und Ehre des deutschen Namens gehen. Als Beispiel für solche Möglichkeiten sei nur angeführt, daß öffentlich erkennbare Rückfälle in unser altes Nationalübel der sogenannten „Ausländerei", d. h. des charakter- und würdelosen Nachäffens fremder, namentlich englischer oder französischer Gewohnheiten, der unangebrachten Bevorzugung fremder Sprachen und Gesittung u. dgl. mehr von einer ihrer Pflicht und Stellung bewußten deutschen Auslandszeitung mit allen Waffen der Publizistik, mit Spott und Witz in Wort und Bild bekämpft werden sollten.

So viel nun die deutsche Auslandspresse in rein kultureller und wirtschaftlicher Beziehung geleistet hat, so verhältnismäßig gering sind ihre Leistungen auf dem Gebiete der Politik selbst. Aber auch hier trifft die deutsche Auslandspresse viel weniger die Schuld, wie die dafür verantwortlichen Kreise Deutschlands selbst mit ihren verkehrten Ansichten und unerfüllbaren Forderungen. In vielen Kreisen der alten Heimat konnte oder wollte man es durchaus nicht einsehen, daß die strikt bewahrte loyale

Digitized by Google

Haltung der deutschen Auslandspresse die einzig gerechtfertigte war, welche sich von jedem Standpunkte nicht nur verteidigen ließ, sondern auch heute noch die einzig richtige ist, die Deutschland, dem Deutschtum und der Ausbreitung deutscher Kultur und Wirtschaft sich förderlich erweist.

Hätten die berufenen Kreise in Deutschland sich diesem Standpunkt nicht so schroff verschlossen und sich ihn selbst zu eigen gemacht, dann wäre es auch der deutschen Auslandspresse ermöglicht worden, in politischer Hinsicht dem alten Vaterlande manchen schätzenswerten Dienst zu leisten und zu dessen Ansehen im Auslande viel beitragen zu können.

Das sind auch die Gründe, weshalb die führenden politischen Kreise es in allen jenen Ländern so gefahrlos wagen konnten, ohne jede Rücksichtnahme auf die Anschauungen und Gefühle ihrer Mitbürger aus deutschem Stamme, sich auf die Seite der Feinde Deutschlands zu stellen. Selbst in Ländern mit einem sehr erstarkten, kulturell und wirtschaftlich recht regen Deutschtum, wie die Vereinigten Staaten, Brasilien, Chile und andere mehr, konnte dies gefahrlos geschehen. Die Politiker jener Länder kannten nur zu gut die Gleichgültigkeit ihrer Mitbürger deutscher Abstammung der Landespolitik gegenüber sowie deren Unerfahrenheit und Zerissenheit auf dem gesamten Gebiete der Politik, und daß sie nicht imstande waren, ad hoc ein fühlbares Gegengewicht zu schaffen. Alle diese Unterlassungssünden haben sich während der Kriegszeit nicht nur an Deutschland, sondern auch an den Auslandsdeutschen selbst schwer gerächt.

Gleichzeitig aber hat die deutsche Auslandspresse auch die Pflicht, die während des Krieges draußen gesammelten Erfahrungen nicht unbenutzt zu lassen, sondern gut wie böse, im Interesse ihrer Leser und Stammesgenossen richtig auszuwerten. Vor allen Dingen wird sie heute unter den so grundlegend veränderten Machtverhältnissen der Welt dafür sorgen müssen, daß die in fremden Ländern angesiedelten Auslandsdeutschen, die sich dort eine zweite Heimat errungen haben, nicht wieder politisch abseits stehen bleiben, und durch häufig inferiore Rassen am Gängelbande geführt werden, sondern daß auch ihre Stimme im politischen Leben des Landes so gewertet wird, wie sie es als Zahl und ihrer Kultur nach verdienen.

Bemerkung: Das von Dr. Rohrbach heute besprochene Buch von J. M. Keynes ist in deutscher Uebersetzung bei Duncker & Humblot unter dem Titel „Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages" erschienen; seine Lektüre kann nicht genug empfohlen werden.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt. Redaktion: Schöneberger Ufer 36a I. Telephon: Nollendorf 28. Für Anzeigen: Werbedienst G. m. b. H., Berlin W 35, Lützowstr. 102/4. Verlag: Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 29. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt 10 M. Einzelnummer 1 M. Druck von Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W 57, Bülowstraße 66.

Digitized by Google

5. Jahrgang * 18. Juni 1920 * Heft 25

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Krise auch in Wien. Die sozialistische Politik in Deutsch-Oesterreich wesentlich von den Großstadt-Bedingungen bestimmt, die christlich-soziale von den Ländern her. Der Gegensatz war dauernd, mühsam immer verschleiert. Renner konnte es nicht gelingen, durch eine das Gemüt und die Phantasie befriedigende auswärtige Politik Vertrauen zu sammeln, das über die furchtbare soziale Lage hinaus ein Ziel zeigte. Seine Einstellung auf Paris, das Enttäuschungen brachte, untergrub seine Autorität. Die Wahlen würden in Deutsch-Oesterreich heute wohl auch anders ausfallen als im Februar 1919. Der Konflikt bricht an einer untergeordneten Angelegenheit aus; denn sachlich bedeutet die österreichische Heeresverfassung heute wenig. Aber die feindseligen Leidenschaften der Koalition waren nur künstlich überdeckt. So kam der Bruch, vielleicht eine Fernwirkung der deutschen Wahlen. Es ist heute unabsehbar, wie er wieder in Ordnung gebracht werden kann, denn wenn sich die beiden führenden Parteien in Oppositionsstellung gegenübertreten, ist der Staat vollends gelähmt.

*

Giolitti, der sich den achtzig nähert, übernimmt Nittis Nachfolge. Ein Vorgang, der die Jahre 1914 und 1915 dem Gedächtnis zurückruft, da dieser alte italienische Staatsmann sein Vaterland vergebens bei der Neutralität erhalten wollte. Die Gegner von ehedem rufen ihn jetzt zurück. Heißt das, daß sie ihren Irrtum begriffen haben? Daß sie merken: jener Imperialismus, der sich gegen die Habsburger Monarchie mit alter historischer Feindschaft auflehnte, hat sich in Jugoslawien einen viel gefährlicheren, unruhigeren Wettbewerber geschaffen, als es das halbgelähmte kaiserliche Wien gewesen. Giolitti hat zunächst innerpolitisch die außerordentlich schwierige Aufgabe, seine Autorität für die Beruhigung der Industrie- und Landarbeiter einzusetzen: er muß mit einem positiven sozialen Programm in die Nöte des Landes eingreifen. Das ist für ihn zunächst das Wichtigste. Aber es ist außer Zweifel, daß auch Paris

Digitized by Google

und London anders mit ihm werden rechnen müssen als in der Zeit, da Salandra, Orlando, Sonnino für die römische Politik verantwortlich zeichneten. Denn Giolitti war nie Enthusiast noch Englandbewunderer, sondern ein kühler, sachlicher Rechner von der Art seines piemontesischen Landsmannes Cavour. Daß er Millerand und Lloyd George als Gegenspieler an die Seite tritt, der erste kriegsgegnerische Staatsmann des alten Europas, ist ein tief symptomatischer Vorgang.

*

Parteiausschuß und neugewählte Fraktion der Sozialdemokratie haben einstimmig beschlossen: 1. Jede Beteiligung an einer Koalition nach rechts ist ausgeschlossen; 2. die Bildung eines Kabinetts der Linken ist wegen Ablehnung durch die Unabhängigen unmöglich; 3. die Fortsetzung der bisherigen Koalition mit Zentrum und Demokratie wird als unmöglich ebenfalls abgelehnt.

Mit diesem Beschluß setzt sich die Sozialdemokratie zwischen die drei Stühle, auf denen eine Regierung in Deutschland zurzeit sitzen kann. Das ist eine Politik des völligen politischen Versagens, eine Politik feiger Flucht, diktiert von Verärgerung (Minister David sprach: Das Volk hat sich durch den Wahlausfall die jetzige Lage selbst bereitet, es liegt, wie es sich selbst gebettet hat) und von Angst vor der Verantwortung (Ministerpräsident Braun sprach: Wir können für das Volk nichts leisten, wenn wir uns in unsichere Verhältnisse begeben, und würden parteipolitisch unter den Schlitten kommen). Ist das die Sprache von Führern? Das Volk ist nach der Verfassung und nach den Grundsätzen der Demokratie souverän, die Wahl ist der Ausdruck, das Parlament der Vollstrecker seines Willens. Daß durch Demagogie der Willen des Souveräns mißleitet sei, ist ein Einwand, den demokratische Parteien sich nicht zuschulden kommen lassen dürfen. Demagogie ist kein schönes, aber zulässiges und gerade in demokratischen Ländern mit Geschick gebrauchtes Kampfmittel, das alle Parteien anwenden, wegen dessen Benutzung sie aber nur die Gegner nach einer Niederlage anzuklagen pflegen. Aber selbst, wenn der Willen des Souveräns Volk mißleitet worden wäre, so hat das Parlament diesen Willen in einer für den Souverän zuträglichen Weise durchzuführen. Das ist eben Regierungskunst, einerlei, ob man Kabinettsminister eines absoluten Monarchen oder Parteiführer in einem freigewählten Parlament ist. Kann man das nicht, so blamiert man sich eben und hat abzudanken. Wenn die Sozialdemokratie heute sich weder für rechts noch für links noch für die Mitte entscheiden kann und sich in eine bequeme, aber nur scheinbar einträgliche Oppositionsstellung zurückzuziehen gedenkt, so bedeutet das nicht bloß Blamage und Abdankung der Sozialdemokratie, sondern auch Blamage und Abdankung des Parlaments und des Parlamentarismus.

Digitized by Google

Nach den Wahlen

Von Dr. Theodor Heuß

In den Gewitterwochen, die der Novemberrevolution folgten, suchten die Massen Unterstand und Schutz unter dem Notdach der Demokratie. Aber in der Behausung war es nicht gemütlich. Es pfiff der Wind durch die Löcher, wenn man sie auch zuzustopfen suchte, die Sonne wärmte nicht mehr recht, denn graue Wolken hingen auch im Sommer über dem Lande. Das Zimmern und Herrichten eines ordentlichen Bauwerks war mühsam genug und gelang nur unvollkommen; denn die feindliche Gewalt raubte oder vernichtete immerzu das Baumaterial. Es konnte keine rechte Freude in dem Hause entstehen und auf die Baumeister wurde dann auch nach Menschenart weidlich geschimpft. Alle, die mit den Händen in den Hosentaschen so herumstanden, wußten, daß nur Pfuscher und Krupper am Werk waren, und um so deutlicher wurde es ihnen, als schließlich doch eine bescheidene Art von Wohnlichkeit das Ergebnis war. Als man sie um ihre Meinung fragte, liefen die meisten aus dem Hause heraus und es zeigte sich, daß sie die Hände in den Hosentaschen geballt hatten. Das war nach der Temperamentsseite ein Fortschritt; aber ein bißchen unlogisch, daß die geballten Hände sich zugleich als die Werkzeuge des Wiederaufbaus empfahlen.

Die Demokratie, nicht nur als Partei, sondern als Idee, hat auf demokratischem Wege, durch den Wahlzettel, ein Mißtrauensvotum erhalten. Die Deutschen mißtrauen ihrer Fähigkeit zur Selbstregierung. Gerade die Bildungsschicht läßt sich am meisten dazu bringen, dieser Nation die Möglichkeit einer demokratischen Lebensform abzusprechen, und indem sie die tastenden Versuche, mit dem als Schicksalszwang über Nacht uns gegebenen Instrumente richtig zu spielen, feindselig höhnt und stört, zerreißt sie die Ansätze einer Entwicklung, die wir uns nicht zwischen manchen sonstigen schönen Dingen herausgesucht haben, sondern die die einzige ist auf dem Wege der Gesundung, sofern man nicht den Volkskörper in das Fieber von Gewaltkuren werfen will. Leitet der Wahlausgang, der die Mitte der mühsamen Kompromisse geschwächt und den Extremen der lebhaften Gesten und Mundbewegungen die Gunst der Massen gebracht, leitet er einen Abschnitt der harten Kämpfe ein, oder wird es den Siegern selber davor Angst, die Geschichte könnte von ihnen die Einlösung ihrer Worte verlangen?

Die Extremen der Linken haben für ihr politisches Bedürfnis zu wenig, und die Rechte hat für ihre eigentliche Einstellung und Verantwortungsbereitschaft zu sehr gesiegt. Die Unabhängige Sozialdemokratie ist durch den Wahlausfall einfach enttäuscht. Da den Mehrheitlern nach dem Konflikt Noske-Scheidemann der eigentliche Wahlauftrieb fehlte, hofften

Digitized by Google

die um Däumig und Crispien, die Bruderpartei weit zu überflügeln und dann mit der Suggestionskraft des rasch gewachsenen Körpers die Arbeiterbewegung vollends an sich zu reißen. Das ist ihnen mißlungen. Außerdem können auch sie der Einsicht sich nicht verschließen, daß die sozialistischen Gruppen, als Gesamtheit genommen, gegenüber Januar 1919 einen sehr erheblichen Rückschlag erlitten. Die sozialistische Glaubensfreudigkeit scheint matter und müde geworden zu sein, wenigstens als Menge, als Massenbegriff; ob sie sich als revolutionäre Kraft dynamisch verdichtet hat, bleibt die abwartende Sorge der nächsten Wochen. Die Enttäuschung der Führer, vor allem bei den Kommunisten, kann zu außerparlamentarischen Gewaltmethoden der Anreiz sein. Denn das Prinzip des Mehrheitswillens wird für die Entschlußbildung grundsätzlich abgelehnt.

Die Unsicherheit auf der Rechten ist unverkennbar. In dem Triumph über den Wahlsieg zittert die Sorge über das „Was nun?". Wenn man, wie der Verfasser, ein paar Wochen lang lebhafte Wahlbewegung persönlich mitgemacht hat, so steht man unter dem deutlichen Eindruck, daß die Deutschnationalen und ein Teil der Deutschen Volkspartei gar nicht daran dachten, ihre Politik so einzurichten, daß sie, im Falle eines Sieges, die Staatsgeschäfte morgen übernehmen müßten. Sie haben den Sinn der parlamentarischen Opposition nicht begriffen oder haben ihn doch für diesen Wahlgang verneint. Denn obwohl sie wissen, daß in Deutschland auf parlamentarischer Unterlage nur eine Regierung der Koalition möglich ist, haben sie die Agitation so gehalten, daß sie die Koalitionsmöglichkeit selber sabotierten. Indem sie die bisherigen Mehrheitsparteien als eine Gruppe von Staatsplünderern darstellten, die jedes menschliche Ansehen verspielt haben („alle anständigen Menschen verlassen die Demokratische Partei", wie ein volksparteiliches Flugblatt sagte), verriegelten sie vor ihren eigenen Anhängern den Weg zu gemeinsamer, vertrauensvoller Sachlichkeit. Denn wie könnten sie es plötzlich verantworten, mit solchen Schändern des Vaterlandes gemeinschaftliche Politik zu machen!

Ausschreitungen des Wahlkampfes sollten nicht zu tragisch genommen werden. Das ist gewiß. Aber wir kommen niemals zu einem Stil parlamentarischer Oppositionspolitik, wenn hier alles erlaubt bleibt. Der Zwang zur Koalition sollte Erzieher sein, auch für diejenigen, die außerhalb der Koalition stehen. Dies übersehen zu haben, bleibt das sachliche Verschulden der Rechtsparteien. Die anderthalb Jahre negativer Politik haben sie nicht nur abgemildert, sondern verschärft, und wenn Stresemann seine Koalitionsbereitschaft, offenbar unter Kardorffs Einfluß, frühe genug, beim Beginn der Wahlbewegung, anmeldete, so hat er, so haben noch mehr die ihn rezitierenden kleineren Nummern völlig verabsäumt, die Atmosphäre zu schaffen, in der die Verbreiterung der Koalition sich ohne

Digitized by Google

zu große Reibungen vollziehen konnte. Es geht fast über die Kraft, den bisherigen Koalitionsparteien ein Vertrauensverhältnis zu Männern zuzumuten, die noch eben die Träger der Koalition als eine Abfolge von Korruption darstellten, die sozialistischen und demokratischen Führer in Hohn und Klatsch zur Verachtung ausboten, die die Verfassung ablehnten und den Gewaltstreich Kapps teils sachlich, teils moralisch trugen, solange er noch Aussichten zu bieten schien.

*

Daß die bisherige Regierungskoalition eine erhebliche Schwächung erfahren würde, war zwangsläufig. Nur der Umfang ihrer Niederlage war überraschend; er kommt auf das Konto der Partei-Agitation. Man mag ein Verzeichnis der Fehler und der Verfehlungen von seiten der Reichsregierung anlegen, so stattlich wie nur immer; es wird den Rückschlag nicht erklären. Dieser ist aus der Zerrüttung der wirtschaftlichen Verhältnisse entsprungen, einer Auswirkung des verlorenen Krieges, des Versailler Friedens. Die vortrefflichsten Fachmänner, die herrlichste „Kammer der Arbeit", hätte die Nöte nicht beschworen, zwischen denen wir leben; denn Regierung, Gesetz, Staatslenkung haben ihre natürliche Grenze in der Aufnahmebereitschaft und -willigkeit der Bevölkerung. Die geistreichsten Vorschläge, wie aus dem Handgelenk durch Planwirtschaft, durch Sozialisierung, durch Selbstverwaltung der Gewerbe usw. die Sorgen gebannt würden, sind nur Papier, solange nicht die Seele der Bevölkerung durch ein langsames Abreagieren von der Revolutionspsychose und moralischen Gleichgültigkeit freigeworden ist. Die Opposition hatte im übrigen vor einem in seiner politischen Phantasie erschöpften Volk leichte Arbeit. Sie strich alle Vergangenheit aus und sah die Verantwortlichkeit für allen Verdruß auf die Männer der Regierung gehäuft, wobei die zerbrochene deutsche Souveränität nicht erwähnt wurde. Wollte man schon Haß predigen und dabei etwas gerecht sein, so mußte man den „Obersten Rat" der Entente nicht vergessen; aber es ist offenbar eine geschichtliche Notwendigkeit, daß bei besiegten Nationen der Haß sein Ziel im Volksbruder sucht. Wir haben über dies Kapitel jetzt eine demütigende Lehrstunde uns selber erteilt.

Dazu treten die ungeheuren sachlichen Schwierigkeiten. Die Unzuverlässigkeit politischer Beamten hat die Regierung öfter gezwungen, zur Sicherung ihrer Politik Parteileute in Verwaltungsstellen zu setzen, deren Eignung nicht unbestritten war. Das Gerede vom „Parteibeutesystem" selber ist maßlos übertrieben — denn es handelt sich meist nur um Sonderfälle, und die Opposition erinnert nicht daran, wie viel rücksichtsloser und exklusiver der frühere Staat gerade auf diesem Gebiete arbeitte — aber hier war ein vor allem für die akademischen Kreise sehr wirksamer

Digitized by Google

Agitationsstoff geboten. Die Männerarmut der stärksten Koalitionspartei, der Sozialdemokratie, wurde den Mitträgern der Verantwortung mit zum Verhängnis. Zum andern wirkte auf dem flachen Lande nicht die politische Fragestellung, sondern ausschließlich die wirtschaftliche. Der Rechtsabmarsch der süd- und westdeutschen Bauernschaft ist alles andere als ein Bekenntnis zu den monarchistischen Zielen der Deutschnationalen Volkspartei, sondern der einfache Protest gegen die Aufrechterhaltung der agrarischen Zwangswirtschaft. Man sah, wie die industriellen Produkte im Preis in die Höhe gingen, während die eigenen Erzeugnisse gebunden blieben. Daß Robert Schmidt im Reichswirtschaftsministerium zu lange die Konsumentenpolitik vor die Produzentenfürsorge stellte, verbitterte, um so mehr, als für weite Gebiete, auch der landwirtschaftlichen Waren, die öffentliche Bewirtschaftung nichts anderes mehr ist als eine Fiktion. Es fruchtete wenig, darauf hinzuweisen, wie diese Fragen verknüpft sind mit Valuta und internationaler Ernte, mit Frachtraum und Kredit — die einfache Formel: Weg mit der Zwangswirtschaft, weg mit Chikanen und Gensdarmen! — müßte überzeugender sein. Und die guten Ernteaussichten stützten diesen Ruf. In der Behandlung der bäuerlichen Bevölkerung sind sachlich und psychologisch so schwere Fehler gemacht worden, daß man fast glauben möchte, die Beamten der Ministerien hätten ihre Praxis so angeordnet, daß die Wirkung oppositionell werden müßte.

*

Die Vergangenheit dieser Wochen wird in die Bildung der kommenden Geschichte hineinwirken. Wie aber soll Deutschland überhaupt bei den parlamentarischen Ziffernverhältnissen eine halbwegs gesicherte Regierung erhalten? Der Fluch der alten Zeit, die dem Vielparteienbetrieb so günstig war, lastet noch auf uns, das Problem, daß der Parlamentarismus eine Konzentration auf wenige Gruppen mit innerer Duldung wünschenswert macht, ist noch nicht verstanden.

Die bisherige Koalition reicht nicht mehr aus, denn man muß bei ihren Mandaten auch die Sitze aus den Abstimmungsgebieten (in denen später gewählt werden wird), reduzieren. Was heißt nun Verbreiterung der Koalition? Hermann Müller hat während des Wahlkampfes nach rechts im voraus eine Absage erteilt, sich aber jetzt bei den Unabhängigen von links die erwartete Ablehnung geholt. Daß eine Koalition mit den Unabhängigen sachlich möglich gewesen wäre, mußte im Grunde von vornherein unmöglich erscheinen; denn weder das Zentrum noch die Deutsch-Demokraten hätten sich mit der gegenwärtigen Führung der U. S. P. über ein Aktions-Notprogramm verständigen können. Aber auch für die Rechtssozialisten mußte dieser Versuch, trotz Scheidemanns Koketterien nach links, zur Demütigung werden. Die ist ihnen denn auch nicht erspart geblieben. Freilich ist das Dokument, in dem Herr Crispien

Digitized by Google

die Regierungsabstinenz seiner Partei mitteilt, zugleich in Formulierung und Inhalt eine Enthüllung des subalternen Kopfes, der jetzt dort die Dinge leiten soll. Es wäre im Augenblick undenkbar, wie eine auswärtige Politik von einiger Ruhe geführt werden soll, auf die Däumig und Crispien einwirken; denn ihre Nervosität hängt jetzt einzig an den Schlachtberichten der Dünafront.

Was aber heißt Verbreiterung der Koalition nach rechts? Die Deutsche Volkspartei ist bereit, mitzumachen und kündet ihre Bedingungen bereits an: „Fachminister", Stärkung der Rechte der „Kammer der Arbeit". Ueber diese Bedingungen wird man in der bisherigen Koalition wahrscheinlich etwas erstaunt sein, denn bisher ist die Verfassung von der Deutschen Volkspartei noch nicht anerkannt und es ist undeutlich, was ihr staatspolitisches Arbeitsprogramm sei. Man wird eher die Auffassung haben, daß Stresemann nicht mit Bedingungen, sondern mit Zusagen zu kommen habe, und daß etwas Deutliches geschehen müsse, um die Gesetzgebungsarbeit, die die letzten anderthalb Jahre geschaffen, anzuerkennen. Wie denkt man bei der Deutschen Volkspartei über die Steuern, über die Betriebsräte, über die Sicherung der Verfassung? Solche Vorfragen erwarten ihre Beantwortung. Dann erst ist ernsthaft zu reden.

Die „Verbreiterung" der Koalition würde um Spas willen ein Gewinn sein; zugleich eine Lehrstunde für die Deutschen, daß wir in das phantasielose System der inneren Kompromisse heute eingebunden sind. Aber ihre Wahrscheinlichkeit ist gering, weil die Mehrheitssozialdemokraten parteitaktisch eine neue Schwächung ihrer Stellung fürchten, wenn Scheidemann neben Stinnes steht.

Das Logische im parlamentarischen Sinn ist, die Verantwortung an die beiden Rechtsparteien zu geben, die dann bemüht sein würden, ihre an sich viel zu schmale Basis durch Gewinnung des Zentrums und der Föderalisten halbwegs zu sichern. Daß das gelingen würde, ist freilich ausgeschlossen. Denn wenn man auch von der Zentrumsfraktion sagt, daß in ihr eine Rechtsschwenkung sich vollzogen hat, so ist es doch etwas grotesk, Erzberger und Helfferich sich in derselben Arbeitsgemeinschaft vorzustellen. Das wird so einfach nicht gehen. Nun ist an sich ein Kabinett auch als Minderheitsregierung möglich, wenn nur die Oppositionsparteien darauf verzichten, mit der Vertrauensfrage seine Existenz zu gefährden. In solchem Ausmaße ist möglich, daß man der bisherigen Koalition das Weiterleben im Kabinett gönnt, ist möglich, daß man den beiden Rechtsgruppen sagt: bitte, macht ihr es einstweilen, wir werden zusehen, was ihr erreicht.

Dazu aber ist auf der Rechten offenbar der Mut doch nicht vorhanden. Man darf nicht zweifeln, daß in einigem eine neue Rechtsregierung zunächst Erfolge haben würde: die passive Resistenz weiter Beamtungen,

Digitized by Google

die mit Mißmut der jungen Republik dienen, würde aufhören. Aber dann würde sehr bald der tote Punkt kommen: man hat sich demagogisch übernommen und die Reden und Versprechungen erheben sich als drohende Schatten. Aber nicht nur diese! Und der Mangel an einem außenpolitischen Programm, das man in seliger Verantwortungslosigkeit durch nationalistische Phrasen ersetzt hat, würde die einen zu Abenteuern treiben, die andern binnen kurzem in ein Wirrsal der schmerzlichen und ernüchternden Enttäuschungen werfen. Wie würde der wild werdende Helfferich zahm und zag sein, wenn er nicht vor Volksversammlungen, sondern vor Staatsmännern Politik zu treiben hätte!

In allen Parteien herrscht eine abwartende Unsicherheit. Pläne tauchen auf, ein Ministerium von Wirtschaftsmännern, unpolitischen Geschäftsträgern, in den Hohlraum der Verlegenheiten aufzustellen; der naive Wahn, daß der erfolgreiche Direktor einer A.-G., daß ein kenntnisreicher Landwirtschaftsprofessor, nun auch politische Führerbegabung besitzte, sproßt ja lange schon auf dem Boden der Parteimüdigkeit. Aber solche Lösungsversuche übersehen die Dynamik der Volksleidenschaften, die sich in den Parteien ihre teils geliebten, teils unwillig ertragenen Körper geschaffen haben. Was so entstände, würde geradezu nach rechts wie nach links, Anruf zum Putsch sein.

Deutschland ist noch im Zustand der Revolution und sein erster Reichstag ist dessen Ausdruck. Er wird, aus Mangel an politischem Urteil und durch die Sinnlosigkeit der feindlichen Politik in seiner Kräfteverteilung bestimmt eine mühselige und unvollkommene Arbeit leisten und die Enttäuschung wird auch fernerhin die billigen populären Erwartungen enttäuschen.

Die Lage in Sowjet-Rußland

Von Dr. Paul Rohrbach

In den Zeitungen wird kurz berichtet, Lenin habe in einer Rede in Moskau die Lage des bolschewistischen Rußland in dunklen Farben geschildert und einen Alarmruf ausgestoßen. Ohne genauere Nachrichten über diese Rede wird man, was die Worte Lenins selbst betrifft, nur mit Vorbehalt urteilen können. Daran aber, daß die Situation der Sowjet-Regierung im Innern äußerst schlecht ist, kann nicht gezweifelt werden. Der Kampf an der polnischen Front trägt aus einem bestimmten Grunde dazu bei: er beansprucht die ohnehin nur sehr notdürftig vorhandenen Transportmittel nach dieser einen Seite hin, und dadurch werden die Ernährung und alle übrigen Verhältnisse im Innern noch mehr gefährdet, als sie es sonst schon sind. Man kann vielleicht daran zweifeln, ob die Polen in ihrem eigenen Interesse sehr klug daran getan haben,

Digitized by Google

daß sie den Krieg eröffneten. Wenn ein Staat bei sich selbst zuhause so wenig gefestigt ist und so viel innere Angriffspunkte für eine radikale soziale und politische Agitation bietet, wie Polen, so ist es immer ein gewagtes Experiment, mit dem Bolschewismus Krieg anzufangen. Die polnische Niederlage auf dem nördlichen Kriegsschauplatz kam, wie man jetzt erfährt, auch von nichts anderem als von bolschewistischen Agitationserfolgen. Zwei polnische Truppenkörper ließen sich bewegen, anstatt zu fechten, die Bolschewisten vorbeimarschieren zu lassen — aus Sympathie. Das war der bolschewistische „Durchbruch" durch die polnische Front. Trotzdem ist der Krieg auch für die Bolschewisten lebensgefährlich. Am 6. April 1920, als der polnische Angriff bereits drohte, hat Trotzki, nach dem Bericht des Bolschewistenblattes „Ekonomitscheskaja Shisn" (Nr. 78 vom 14. April), gesagt:

Trotz des Arbeitsaufschwunges, den wir beobachten, und einzelner wirtschaftlicher Erfolge, fährt unsere Lage fort, äußerst schwer, um nicht zu sagen tragisch zu sein. Wir haben kein Recht, dies vor der Masse zu verbergen, im Gegenteil, wir sind verpflichtet, ihr das zu sagen. Noch hebt sich die Linie unserer wirtschaftlichen Entwicklung nicht, sondern fährt fort zu sinken. Das geschieht auch auf dem Gebiet, das uns am wichtigsten ist, auf dem Gebiet des Verkehrswesens. Wohl haben wir einen bedeutenden Erfolg auf dem Gebiete der Ausbesserungen zu verzeichnen, aber der Erfolg ist nur oberflächlich. Das Grundkapital unseres Transportes, das rollende Material, die Lokomotiven, werden aufgerieben. Wir bringen keine neuen Lokomotiven hervor. Die Reparaturen bedeuten aber nur Pflaster auf dem kranken Organismus, der unbedingt stirbt. Ein neuer Organismus, neue Lokomotiven kommen nicht als Ersatz. Die Grundlage unseres Transportes wird also zerstört, und unser Transport wird im Grunde immer schlechter, trotz einzelner Verbesserungen an der Oberfläche.

Aus Europa eine große Anzahl von Lokomotiven zu erwarten, ist verfehlt. Europa ist auch ohnehin erschöpft. Wir haben jetzt erst die Möglichkeit erhalten, unsere ganze Aufmerksamkeit und unsere ganze Kraft auf die Wirtschaft zu konzentrieren. Und dabei kann morgen schon der polnische Adel uns zwingen, einen bedeutenden Teil unserer Kräfte der Westfront abzugeben.

Trotzki hat also die Gefahr, die der Angriff von Polen her für das Bolschewistenregime in Rußland, wenn auch vielleicht nicht militärisch, so doch auf jeden Fall wirtschaftlich bedeutet, gut vorausgesehen. Wenn die Inanspruchnahme des Trümmerwerks an rollendem Material, das von den einstigen russischen Transportmitteln noch vorhanden ist, lange dauert, so müssen die Folgen für Wirtschaft und Ernährung in Sowjet-Rußland die denkbar schlimmsten sein. Mit aus diesem Grunde begreift sich auch die Entlastungsoffensive der Bolschewisten in Persien. Sie wissen, wo sie England treffen können, und sie wissen, daß es möglich ist, durch England auch einen Druck nach anderen Seiten hin auszuüben. Man muß sich nicht vorstellen, daß eine große bolschewistische Armee nach Persien gegangen ist. So viel Truppen haben die Bolschewisten gar

Digitized by Google

nicht. Wahrscheinlich sind es nur einige tausend Mann, aber diese führen noch Waffen mit sich, um irreguläre persische, tatarische und türkische Kräfte auszurüsten, und vor allen Dingen Gold. Die Bolschewisten haben eine Menge Gold, nicht mehr aus den alten Beständen des aus Frankreich geborgten russischen Staatsschatzes, sondern aus den Plünderungen, Konfiskationen und Morden, die in Banken, Kirchen, Klöstern und Privathäusern verübt worden sind. Sehr viel davon ist von den Kommissaren und ihren Helfershelfern privatim gestohlen worden, aber der Teil des Raubes, der in die Hände der bolschewistischen Regierung gelangte, ist groß genug, um eine Weile Politik zu machen. Es ist bezeichnend für die Engländer, daß sie bereit sind, dieses geraubte Gold aus bolschewistischen Händen für die Waren entgegenzunehmen, die sie nach Sowjet-Rußland liefern wollen, und Waren wollen sie liefern, weil sie Angst vor den Bolschewisten haben. Natürlich marschieren sie nicht in dem Sinne vor, als ob sich eine moderne, normal ausgerüstete Armee, und vollends gar eine russisch-bolschewistische gegen die indische Grenze bewegte, sondern mit bolschewistischem Gold, bolschewistischen Waffenlieferungen, bolschewistischen Agenten und Proklamationen werden die englandfeindlichen Mohammedaner aufgewühlt, wird der englandfeindliche Emir von Afghanistan beeinflußt, werden die Massen in Indien erregt und so die Elemente der antienglischen Bewegung weitergetragen. Das Schlimme für England ist, daß es, um Herr der Lage in Persien, im Kaukasus und Afghanistan zu bleiben, große und höchst kostspielige Expeditionen ausrüsten und jahrelang Krieg im Orient führen müßte. Dazu hat die englische öffentliche Meinung, die von der Regierung zwar bis zu einem gewissen Grade beeinflußt werden kann, von der die Regierung aber auch absolut abhängt, nicht die geringste Lust. Das englische Volk meint, es hätte den Krieg gewonnen, es hätte alles erreicht, was es wollte, ja, noch viel mehr, und es will nun endlich den Frieden und seine Früchte genießen. Krieg und immer neuer Krieg ist unpopulär. An dieser Stelle packen die Bolschewisten England. Ohne Zweifel bedeutet ihre begonnene Bewegung nach Persien hinein eine ernstliche Gefahr für Indien. Man muß sich, um diese Dinge richtig zu verstehen, vorstellen, daß, wenn erst dreihundert Millionen Menschen wirklich bewußt von der Stimmung erfaßt sind, daß sie die englische Herrschaft nicht mehr wollen, diese Herrschaft auch aufhört, zu existieren; ja, es würde wohl auch schon genügen, wenn nur fünfzig oder hundert Millionen es bewußt nicht wollen. Diese Stimmung zu erregen und ihr bei unzähligen großen und kleinen Anlässen zu handelndem Ausdruck zu verhelfen, das ist das bolschewistische Ziel. Gleich nach dem persisch-englischen Vertrag, der Persien nach dem Weltkrieg in englische Hände gab, richtete die bolschewistische Regierung folgenden Funkspruch „an die Arbeiter und Bauern Persiens“:

Digitized by Google

Nachdem die englischen Kapitalisten zusammen mit den Kapitalisten Frankreichs und Amerikas ihren deutschen Rivalen vernichtet hatten, hielten sie den Zeitpunkt für günstig, ihre Hand auf Persien zu legen. Persiens eigene Despoten erhalten jetzt Geld von England. Wie ein schweres Gewicht werden sie auf dem persischen Volke lasten, aber dabei doch die Beute der noch größeren Bestie der Welt bleiben, des englischen Kapitals, das dem persischen Volke den letzten Blutstropfen aussaugen wird... Die russischen Arbeiter reichen ihren persischen Brüdern die Hand, und die Stunde ist nicht mehr fern, wo sie zusammen den Kampf gegen die großen und kleinen Unterdrücker aufnehmen werden, die die Urheber eurer zahllosen Leiden sind.

Das ist die Methode bolschewistischer Kriegführung, und sie kann gefährlich werden, wenn diejenigen, die sie ausüben, sich auf einen Schatz an Gold und Waffen stützen können. Um Krieg auf orientalische Art zu führen, dazu gehört viel weniger Gold, als für moderne „westliche" Kämpfe. Dazu kann das Bolschewistengold noch ziemlich lange reichen, jedenfalls so lange, daß den Engländern angst und bange darüber wird. Dieselben Funksprüche wie nach Persien gehen auch nach Afghanistan und Indien, und wenn auch nicht drahtlos, so doch darum nicht weniger wirksam. Mit ihnen zusammen arbeitet der antienglische Islamismus, arbeiten Enver-Pascha und seine Freunde, die jetzt wahrscheinlich Führer auf der kaukasischen oder persischen Seite des Kaspischen Meeres sind.

Trotzki hat in seiner Rede über die Lokomotiven, die wir weiter oben anführten, einigermaßen wegwerfend von der Idee gesprochen, Eisenbahnmaterial aus dem Auslande für Sowjet-Rußland zu bekommen. Das war pädagogisch mit Rücksicht auf die russischen Arbeiter gesprochen, im übrigen aber so wenig aufrichtig wie möglich. An dem Eisenbahnmaterial aus dem Auslande hängt für die Sowjet-Herrschaft alles. Von den Zuständen im jetzigen russischen Verkehrswesen macht sich nur einen Begriff, wer sie gesehen hat, oder wer sie sich von Augenzeugen hat erzählen lassen. Trotzki proklamiert in derselben Rede die Militarisierung der gesamten nationalen Arbeit in Rußland als das Heilmittel gegen die Not. Diese Militarisierung bedeutet Zwangsarbeit in einem Umfange, von dem man sich kaum eine Vorstellung machen kann. An einer anderen Stelle ist Trotzki so weit gegangen, zu sagen, wenn es sein müßte, so würde man die Arbeiter fest an den Ort binden, wo sie nötig seien. Das russische Wort, das er brauchte, hieß: „prikrepljatj", und das ist der in Rußland wohlbekannte Ausdruck für die frühere Bindung der leibeigenen Bauern an die Scholle des Gutsherrn! Soweit also ist es in Sowjet-Rußland gekommen. Das versuchte Zwangsarbeitssystem ist aber schon jetzt zusammengebrochen. Man kann Millionen von Menschen, die nicht arbeiten wollen, und die zu arbeiten lange verlernt haben, nicht durch Dekrete zur Arbeit zwingen. Man müßte hinter jeden Arbeiter einen Aufpasser stellen, und hinter den Aufpasser wieder einen Aufpasser. Rykow, der

Digitized by Google

Vorsitzende des obersten Volkswirtschaftsrates in Sowjet-Rußland, hat auf dem dritten allrussischen Kongreß der Sowjets für Volkswirtschaft, der vom 22. bis 25. Januar 1920 in Moskau tagte, gesagt: Der Rückgang im Eisenbahnmaterial sei unaufhaltsam; von Monat zu Monat verringere sich die Zahl der gebrauchsfähigen Lokomotiven um 200. Monatlich könne nur ein einziger Eisenbahnzug nach dem Ural geschickt werden, um Metalle aus dem Ural zu holen, und nicht mehr als zwei Eisenbahnzüge monatlich nach der Baumwolle in Turkestan. Zehn Jahre würden nötig sein, um zehn Millionen Pud (à 16,4 kg) Metalle aus dem Ural, und viele Jahrzehnte, um die acht Millionen Pud Baumwolle aus Turkestan zu holen, die die russischen Fabriken normalerweise jährlich brauchten. Rykow notiert, daß vor dem Kriege in Rußland 20 Mill. Pud Flachs jährlich geerntet wurden, 1918 nur noch 4½ Mill. Pud, und daß 1920 so gut wie nichts geerntet werden würde. Der ganze vorhandene Vorrat reichte im Januar noch für acht Monate. Im Donjetz-Gebiet lagerten 100 Mill. Pud Kohle, aber diese seien für Sowjet-Rußland nutzlos, weil erst die Brücken ausgebessert, die Eisenbahnen wiederhergestellt und Lokomotiven und Waggons hingeschickt werden müßten. Zu alledem langt es nicht. Eine der wichtigsten Mitteilungen Rykows aber war die, daß von 10 Mill. Arbeitern, die früher in der russischen Industrie beschäftigt wurden (die Zahl ist nur richtig, wenn die Hausindustrie hinzugerechnet wird), nicht mehr als eine einzige Million übriggeblieben ist! Der größte Teil der Industriearbeiterschaft ist auf die Dörfer gegangen, um nicht zu verhungern.

Für die nächste Zeit gibt es in Sowjet-Rußland folgende Alternative. Der erste Fall ist der, daß kein Eisenbahnmaterial, keine Maschinen und keine Techniker aus dem Auslande nach Rußland gelangen. Dann dauert es noch eine unbestimmt lange Zeit, und das Ende ist da. Irgendeinmal sind die Transportmittel so herabgewirtschaftet, daß überhaupt keine Nahrungsmittel mehr in die Städte kommen. Nach dem Bericht der Evangelischen St. Annen-Gemeinde in Petersburg sind in der Gemeinde im Jahre 1919 8000 Todesfälle und 11 Geburten zu verzeichnen gewesen. Das ist der Stand der Dinge in den Bevölkerungszentren. Das flache Land, die Bauern, haben kaum noch Beziehungen zu den Städten. Sie sind völlig demoralisiert, ohne Gesetz und Herrschaft, und liefern nichts in die Städte, weil sie von dort keine Waren bekommen. In Sibirien gibt es Getreide zur Verfügung der Regierung, aber es kann nicht transportiert werden. Irgendeinmal werden die Dinge so weit sein, daß die letzten bolschewistischen Führer, mit einer gehörigen Portion Gold und Edelsteinen versehen, ins Ausland gehen und das einstige Sowjet-Paradies sich selbst überlassen. Dann werden die Städte ungeheure Leichenhäuser sein, in denen man die Toten nicht mehr wie jetzt in

Digitized by Google

Massengräber auf den Friedhof schüttet, sondern sie werden in den Wohnungen liegen bleiben, weil niemand mehr da sein wird, sie zu beerdigen. Der zweite Fall ist der, daß Material und technische Hilfskräfte geliefert werden, daß der Bolschewismus sich auf diese Weise fortfristet, und daß er sein Dasein weiter benutzt, um nach allen Seiten hin zu agitieren und seine Nachbarn anzustecken und zu vergiften. Daran aber, daß er Rußland nach den bisherigen Proben seiner Leistungsfähigkeit zu irgendeiner Art von gesundem Leben führt, ist nicht zu denken. Das Schicksal eines Sowjet-Rußland könnte nie ein anderes sein, als das einer entsetzlichen materiellen und moralischen Kulturwüste.

Der Gipfel der Torheit aber ist es, sich einzubilden, auf dieser jetzt schon vorhandenen Wüste könnten in absehbarer Zeit mit Lloyd Georges Worten „Rohstoffe und Lebensmittel für Europa" gezogen werden.

Vorderasien

Von Albert Bencke

Es ist eine eigentümliche Tatsache, daß die Hauptschwierigkeiten der Entente heute nicht bei seinem eigentlichen, nun niedergeworfenen Gegner, bei Deutschland, sondern in einem scheinbaren Nebengebiet, in Vorderasien liegen. Wenn wir aber in Betracht ziehen, daß die Niederwerfung Deutschlands für England sowohl wie für Frankreich die Vorbedingung zur politischen und wirtschaftlichen Beherrschung Asiens war, so sehen wir, wie nun, nach Beendigung des Krieges, die Entente eigentlich vor ihre Hauptaufgabe gestellt ist, mit deren Nichtlösung das ganze Kartenhaus ihrer mit so ungeheuren Opfern erkauften Siege eigentlich zusammenbricht, denn der Krieg drehte sich für die Entente um die Beherrschung der Welt, und das ist Asien. Vorläufig scheint nun diese Lösung in immer weitere Fernen gerückt, und durch die „Befreiung" der kleineren Völkerschaften hat sich für die Sieger in Vorderasien ein Zustand ergeben, der sich mit jenem eines Menschen vergleichen ließe, der in ein Hornissennest greift. Die nationalistische Idee, welche die Entente hier aufgerufen hat, um sich während des Krieges Bundesgenossen zu schaffen, verbündet sich hier mit dem völlig antinationalen Bolschewismus, der aber ebenfalls unter dem Banner der Befreiung auftritt, um die befreiten Völker Vorderasiens von ihren „Befreiern" zu befreien, so daß sich England und Frankreich hier nun entfesselten Kräften von solcher Stärke und Tragweite gegenüber sehen, daß sie den vorderasiatischen Dingen eine ganz neue Gestalt und eine hervorragende Bedeutung für die zukünftige Entwicklung geben werden. Das ganze Gebiet von den Westküsten Kleinasiens bis zu den Wüsteneien der Mongolei, vom Kaukasus bis Arabien

Digitized by Google

steht heute unter dem Einfluß der starken, gewaltigen Bewegungen, die durch die Triebkräfte des nationalen Gedankens einerseits, des Bolschewismus andererseits, entfesselt wurden. Dazu kommt, daß der nationale Gedanke bei der vorwiegend mohamedanischen Bevölkerung dieser riesigen Gebiete durch das religiöse Moment eine Resonanz erhält, die diesen Gedanken leicht in Fanatismus umschlagen lassen kann, und wir wissen aus der Geschichte, was mosleminischer Fanatismus vermag.

Das Kaukasusgebiet, Anatolien und der Irak sind heute die Brennpunkte der Bewegung, die vorläufig noch nicht überall eigentlich gegen die Entente gerichtet ist, zum Teil noch nach deren Hilfe strebt, um sich vor dem Panturkismus und dem Bolschewismus zu retten, die aber mit dem Bolschewismus und Panturkismus gegen die Entente zu paktieren gezwungen sein wird, wenn deren Hilfe ausbleibt; eine Hilfe, die zurzeit nicht und vielleicht auch in Zukunft nicht geleistet werden kann. Neben Panturkismus und Bolschewismus erhebt sich aber in Syrien und im Irak eine dritte Gefahr, der Arabismus, der heute noch dem Panturkismus, nicht aber dem Bolschewismus, feindlich gegenübersteht, jedoch am Panturkismus einen Helfer finden wird, wenn es die nationalen und religiösen Ziele der entfachten Bewegung verlangen. Eine dreiköpfige Hydra reckt sich hier gegen die Entente, und diese wird den Herkules nicht finden können, der ihr die Köpfe abschlägt. Vorläufig werden diese noch durch eine hinhaltende Politik geködert. Dieser Zustand kann aber nicht lange dauern, und der Antrag, den die Entente am 12. März dieses Jahres an den Völkerbund stellte, in diesem Wirrsal Ordnung zu schaffen, zeigt die tiefe Verlegenheit, in der sie sich gegenüber den vorderasiatischen Fragen befindet. Der Völkerbund hat natürlich diesen ehrenvollen Antrag abgelehnt, die Vereinigten Staaten haben sich geweigert, das ihnen angetragene Mandat über Armenien zu übernehmen, und Italien hat sein Desinteressement an Vorderasien erklärt, was bei beiden Mächten von der richtigen Auffassung der Lage zeugt, während der neue, großgemachte Torhüter Englands im östlichen Mittelmeer, Griechenland, mit Venizelos, der Entente 100 000 Mann griechischer Truppen anbot, um in Kleinasien mit Mustafa Kemal Pascha reinen Tisch zu machen. Dieses Angebot scheiterte aber an dem Widerspruche Frankreichs, das die Griechen mit scheelen Augen in Smyrna sieht, und sie am liebsten wieder aus Kleinasien entfernen würde, auch wohl an dem Wunsche Englands, die griechische Begehrlichkeit durch einen Erfolg, den die Griechen hier davontragen könnten, nicht allzusehr zu steigern. Ob die Griechen aber mit ihren hunderttausend Mann hätten einen Erfolg erzielen können, ist übrigens sehr zweifelhaft, denn das Heer Mustafa Kemal Paschas ist ausgezeichnet organisiert, erhält täglich neuen Zustrom, und Kemals Verbindungen reichen bereits weit, denn

Digitized by Google

an dem panislamitischen Kongreß, den er am 14. April d. J. in Angora veranstaltete, nahmen nicht nur drei Vertreter Afghanistans teil, was für England besonders schmerzhaft war, sondern es sollen auch Vertreter aus den Chanaten Khiwa und Bokhara anwesend gewesen sein, deren Länder heute innig mit dem Bolschewismus als ihrem Befreier verbunden sind, und durch welche die Verknüpfung, die heute schon zwischen dem Bolschewismus und dem von Kemal Pascha proklamierten Panturkismus und Panislamismus besteht, um so enger wird.

England befindet sich aber heute noch den vorderasiatischen Fragen gegenüber, dennoch in günstigerer Lage — wenn man den Aufschub des drohenden Zusammenbruches einer scheinbar festen Position eine günstige Lage nennen kann — als Frankreich, denn es hat in Syrien und Arabien in Gestalt Faisals, des Königs von Damaskus (bzw. des syrischen Araberstaates) solange noch einen Rückhalt, als diesem durch die französischen Machtansprüche in Syrien Gefahr droht, und als Allenbys indische Truppen, die hier stehen, noch schlagkräftig sind. England hat ferner in den neuen Staaten Azerbeidjan, Georgien und Armenien eine starke Partei für sich, die an ihm einen Rückhalt gegen den Bolschewismus sucht. Der Bolschewismus hat aber bereits, wie bekannt, von Baku, der Hauptstadt Azerbeidjans, Besitz ergriffen, wird Georgien zwingen, sich ihm anzuschließen und wird Armenien in den Kreis seiner Interessen ziehen, denn über Armenien geht der Weg zu Kemal Pascha, der diesem neuen Staat ebenso feindlich gegenübersteht, wie dies seitens Georgiens und Azerbeidjans der Fall ist, welche armenische Gebiete beanspruchen und überhaupt diesem neuen, von der Entente geschaffenen Staate — der einzigen Schöpfung, der eine ethische und völkische Berechtigung zugrunde liegt —, jedes Lebensrecht absprechen. Hier in Armenien, bei welchem nicht nur der unter irgendeinem Deckmantel verhüllte Egoismus, sondern sozusagen die Ehre der Entente berührt wird, liegt eigentlich heute der Brennpunkt der ganzen vorderasiatischen Frage, die nur dann im Sinne der Entente zu lösen wäre, wenn es ihr gelingt, Armenien als einen von ihr abhängigen und von ihrer Gnade lebenden Staat zu erhalten. Nicht, weil Armenien an sich für England und Frankreich von irgendwelcher größeren Bedeutung wäre, sondern weil sich hier die Kraft und die Fähigkeit der Entente zeigen muß, gegen die Widerstände des Panturkismus, Panislamismus und Bolschewismus aufzukommen. So erklärt es sich auch, daß die Entente diesen neuen Staat auf Kosten der alten russischen und türkischen Gebiete besonders reich ausgestattet hat, aber dadurch auch hier wieder gegen das hehre proklamierte Recht der internationalen Selbstbestimmung verstoßen hat, indem sie dem neuen Staat in Cilicien und nördlich davon Gebiete zusprach, in welchem nur ein Drittel der Bevölke-

Digitized by Google

rung Armenier, zwei Drittel aber Türken sind. Der neue Staat, mit Eriwan, Kars, Batum, alten russischen Gebieten, und mit Van, Eriwan, Musch, Erzerum, Erzinjan, alten türkischen Gebieten, erhielt auch die cilicische Küste einschließlich der Städte Diarbekir und Kharput. Hier sollten durch Armenien als Wächter die Tore des Taurus in der Hand der Entente bleiben, und da es sich um die reichen Gebiete wie Mersina, Adana, Hajim handelt, war wohl England von Anfang an nicht recht geneigt, seinem französischen Genossen diese Gegenden als Einflußzone zu überlassen. Aber man verständigte sich, und Frankreich besetzte diese Gebiete, die nun unter dem Drucke Kemal Paschas stehen, der den Franzosen bereits empfindliche Niederlagen beigebracht, sie aus dem größten Teil Ciliciens herausgeworfen hat, und sie nun ins Meer zu treiben droht. Hier ist also das französische Prestige bereits arg ins Wanken geraten, und mit dem Schützling Armenien steht es schlecht, wenn dieses nicht seine Großstaatsansprüche aufgibt und mit den Bolschewisten gemeinsame Sache macht, die aber kaum geneigt sein werden, es gegen seine neuen panturkischen Freunde, gegen Kemal und Enver Pascha, sowie gegen Georgien und Azerbeidjan zu schützen. Mit Armenien würde die einzige Schöpfung zugrunde gehen, die als ein zugunsten der Entente zu buchendes Plus des Weltkrieges zu betrachten wäre, und an welcher die künftige Stellung der Entente in Vorderasien hängt, weil sie hier ihren eigentlichen gemeinsamen Fußpunkt hat.

In ihrer Gier nach Mandaten über befreite Völker, also auch ihr Verlangen nach Beherrschung derselben, wurden England und Frankreich dazu getrieben, aus der Türkei, einem Staate von 20 Millionen Menschen, durch einen Federstrich einen Staat von etwa 6 Millionen Menschen zu machen, und die Folge davon war eine Staatsklitterung so ungeheuerlicher Art, wie sie die Geschichte noch nicht gesehen hat. Eine Staatengesellschaft ad usum delphini, d. h. der Entente, als Nachfolger der Türkei, eine Staatengesellschaft, die unter den heutigen Formen ebenso unmöglich ist, als die auf dem Boden des alten Oesterreich-Ungarn errichtete Staatengesellschaft. Widerwillig entschloß man sich, gegen den Willen Lord Courzons, der alles daran setzte, die Türken auch aus Konstantinopel zu vertreiben, den Sultan in seiner alten Hauptstadt zu lassen, in der man ihn aber durch die internationale, in Englands Händen liegende Kontrolle, machtlos macht. Man entschloß sich dazu aus Rücksicht auf Indien, bis man den Gedanken eines neuen Kalifen in Gestalt des Königs von Hedjas, des Vaters des Faisal ausgebrütet hat. Dadurch hält man vorläufig noch den Panturkismus Kemal Paschas — der übrigens nur als getreuer Diener seines Herrn, des Sultans, gegen den unter englischer Botmäßigkeit stehenden selben Sultan kämpft —, und den Panarabismus des Hedjiten und seiner beiden Söhne Faisal und Abdullah (König

Digitized by Google

des unter englischer Oberhoheit stehenden neuen Königreiches Bagdad) auseinander, aber der Arabismus wird sich schließlich damit begnügen, seine Unabhängigkeit erkämpft zu haben, und wird sich mit dem Turkismus im Panislamismus zusammenfinden, der seine Schärfe immer mehr gegen England kehrt. Der überwiegende Teil der in kompakten Massen sitzenden Mohammedaner — und das sind die Mohammedaner Indiens — will von einem neuen Kalifat nichts wissen, sondern bleibt dem alten treu. Die arabische Richtung wird es nicht zu einem Schisma kommen lassen und wird den reellen Zielen einer Befreiung von englischer Vormundschaft im Bunde mit dem Turkismus zustreben, sobald er seine Orientierung unter den neuen Verhältnissen gewonnen hat. Das kann nur eine Frage der Zeit sein, und es wird sich dann darum handeln, welche Entwicklung der Bolschewismus genommen hat und welchem Gegner er hier im Orient seine Schlagseite zukehrt. Er streckt heute sowohl nach dem Panturkismus als dem Panarabismus, die von ihm als einer gesellschaftlichen Ordnung nichts zu fürchten haben, seine Hände aus, und hier droht somit ein Bündnis,. gegen das alle Macht und feinstgesponnene Diplomatie nutzlos sind.

Befindet sich Deutschland noch im Kriegszustand mit Amerika?

Von Prof. Dr. V. Valentin

Die Beendigung eines Krieges erscheint zunächst als ein rein völkerrechtliches Problem, das nach juristischen Normen ohne weiteres zu lösen ist. So gilt als der offizielle erste Friedenstag gemäß den Bestimmungen des Vertrages von Versailles der 10. Januar 1920 für die Beziehungen zwischen Deutschland einerseits und England, Frankreich, Italien usw. andererseits. Wie steht es aber mit den Vereinigten Staaten? Die Vereinigten Staaten von Amerika haben den Friedensvertrag bis jetzt noch nicht ratifiziert. Die Frage des Friedensvertrages ist zum Gegenstand eines heftigen politischen Kampfes geworden, der von Debatte zu Debatte an Größe und Bedeutung angewachsen ist. Es handelt sich dabei um viel mehr als um den bloßen Inhalt des Friedensvertrages, mit dem maßgebende Kreise der amerikanischen politischen Welt nicht einverstanden sind. Es ist ein Machtkampf entbrannt, der mit allen Mitteln der amerikanischen parlamentarischen Routine ausgefochten wird. Ein Markstein im Laufe der wiederholten langen ausgedehnten Verhandlungen im amerikanischen Senat ist nun die Rede gewesen, die am 5. Mai Senator Knox gehalten hat[1]). Senator Knox hat darin scharfe Kritik geübt an dem In-

[1]) Congressional Record, Sixti-Sixth Congress, Second Session. Vol. 59. Nr. 126.

Digitized by Google

halt des Friedensvertrages. Er findet, daß die amerikanischen Bürger in einer Weise in die europäischen Handels-, Schiffahrts-, Eisenbahn- und Kolonialfragen, in den ganzen Wirrwarr der mitteleuropäischen Grenzfestsetzung hineingezogen worden sind, die ihren eigenen Interessen in keiner Weise entspricht, und die auch wenig paßt zu dem unparteiischen Vorkämpfer der Menschenliebe und des Rechtes, als welcher der amerikanische Staat in den Krieg eingegriffen hat. Senator Knox stellt fest, daß der Friedensvertrag von Versailles schon heute in seinen sämtlichen Teilen allgemein diskreditiert ist, und daß die Mehrzahl der Unterhändler das zugibt. Seine wirtschaftlichen Regelungen insbesondere sind „unmöglich". Auch den Völkerbund in der Fassung des Friedensvertrages lehnt Senator Knox vollkommen ab und führt aus: es wäre besser gewesen, wenn die Friedensmacher von Paris ihre Tätigkeit auf die Herstellung des Friedenszustandes beschränkt hätten und dann erst, wenn der Zustand der Welt die Teilnahme aller Völker erlaubt hätte, eine internationale Konferenz einberufen hätten, um die Normen festzusetzen für die Entwicklung des Völkerrechts und die Ueberwindung des Krieges. Man würde also den Senator Knox und seine Anhänger schlecht verstehen, wenn man sie als Gegner eines Völkerbundes überhaupt ansähe. Sie verwerfen nur die in Paris festgesetzte Völkerbundsorganisation und verlangen die Herstellung der internationalen Verständigung in einer Weise, die der Souveränität und freien Selbstbestimmung keiner Nation widerspricht.

Das entscheidende Gewicht der Rede vom 5. Mai liegt aber nicht in dieser Kritik des Friedensvertrages von Versailles. Senator Knox bekämpft das, was er die „war-powers" nennt, die Kriegsautoritäten also, die lediglich durch den Krieg in den Vereinigten Staaten eingesetzt worden sind, und deren Aufhören im dringendsten amerikanischen Interesse zu liegen scheint. Infolge der Erklärung des Krieges an Deutschland ist der amerikanische Präsident mit einer Machtvollkommenheit bekleidet worden, die tatsächlich absolutistischen Charakter trägt. Der Präsident ist zugleich der Chef der Staatsexekutive und der oberste militärische Befehlshaber geworden. Er hat seine Machtvollkommenheit bekanntlich reichlich ausgenützt, und diese seine Tendenz, in Verbindung mit der auffallenden Disharmonie zwischen seinen Plänen und seinen tatsächlichen Erfolgen, hat im amerikanischen Senat die große Erbitterung erzeugt, deren klassischer Ausdruck die Rede von Senator Knox ist. Es ist schon etwas Unerhörtes, wenn man im Kapitol, wo man seine Worte mit staatsmännischer Weisheit zu wägen gewohnt ist, gesagt wird, daß in Amerika ein „Despotismus" herrsche, daß „eine machtwahnsinnige Verwaltung ein unseliges Regiment über das amerikanische Volk" führe. Senator Knox und sein Kreis wollen das Ende des Kriegszustandes hauptsächlich des-

Digitized by Google

halb, weil sie die Wilsonsche Politik und ihr selbstbewußtes unumschränktes eigensinniges Auftreten für ein Verhängnis halten.

Besteht denn überhaupt noch ein Kriegszustand zwischen Amerika und Deutschland? Knox verneint es und tritt den Beweis für diese überraschende These mit einem bedeutenden Aufwand von völkerrechtlichem, historischem und politischem Material an. Sein erster Beweis ist der historische. Unter wörtlicher Anführung der Erlasse Wilsons legt er dar, daß die Vereinigten Staaten nicht gegen das deutsche Volk, sondern gegen das deutsche militaristische Kaisertum den Krieg geführt haben. Mit dem Sturz des Kaisertums, mit der Durchführung des Parlamentarismus und des demokratischen Prinzips war also das amerikanische Kriegsziel erreicht. Es ist nicht der geringste Grund vorhanden, mit dem deutschen Volke weiter in Kriegszustand zu leben. Der Waffenstillstand war deshalb nicht nur eine Beendigung der Feindseligkeiten, sondern der Beginn des tatsächlichen Friedenszustandes. Knox appelliert an den gesunden Menschenverstand: seit 18 Monaten ist kein Schuß abgefeuert worden. Praktisch ist der formale Kriegszustand ein Krieg nicht gegen Deutschland, sondern gegen die amerikanischen Bürger und die amerikanische Industrie. Es ist eine abnorme und beunruhigende Lage, die in sich völlig dem Recht widerspricht und die Möglichkeit eines verhängnisvollen Ausganges in sich trägt: sie läßt sich deshalb nicht mit staatsmännischer Weisheit vereinbaren. Wir sehen, wie Knox unmittelbar aus dem historischen in den politischen Beweis hinübergleitet. Das Politische ist ihm das Entscheidende: Amerika ist das Land der Freiheit; die Väter seiner Gesetzgebung, die alten großen Vorkämpfer des amerikanischen Verfassungsrechts, waren viel zu kriegserfahren, als daß sie nicht die Gefährlichkeit erkannt hätten, die jede unangemessene Hinausschiebung des Kriegszustandes mit sich bringt. Hamilton, Marshall, Hall, Oppenheim, also alte und neue Autoritäten der amerikanischen Politik und des amerikanischen Rechtes, werden zitiert, um zu beweisen: wenn die eigentlichen Feindseligkeiten aufhören, dann ist das Ende der Kriegsautoritäten gekommen, dann wird die bürgerliche Freiheit wiederhergestellt. Vernunft und Grundsätze fordern das unbedingt, sonst würde das Volk gezwungen sein, zum Mittel der Revolution zu greifen. Knox scheut sich nicht, durch das Aussprechen des Wortes „Revolution" an die heiligsten Gefühle des amerikanischen politischen und rechtlichen Empfindens zu appellieren. Sowie der geschichtliche Beweis in den politischen hinübergeglitten ist, so gleitet der politische in den rechtlichen hinüber. Die Argumente sind mit außerordentlichem Geschick und einem imponierenden Gefühle für logische Steigerung verknüpft. Von dem Augenblick an, an dem durch den Abschluß des Waffenstillstandes die Feindseligkeiten und damit der eigentliche Krieg zu Ende waren, hätte nach der Auf-

Digitized by Google

fassung von Knox der amerikanische Präsident wieder, unter Verzicht auf die absolute Kriegsgewalt, den Senat nach den Bestimmungen der Verfassung mitarbeiten lassen müssen. Tatsächlich ist aber der Waffenstillstandsvertrag ebensowenig dem Senat vorgelegt worden, wie die Ergänzungsverträge vom Januar und April 1919 oder die Verlängerungsverträge des Waffenstillstandes. Wilson herrscht als Autokrat, der Friede von Versailles ist trotz allem „sein" Friede, wer ihn nicht billigt, ist sein Feind: Amerika und Deutschland müssen deshalb auf den Frieden warten, damit Wilson seine Unfehlbarkeit erhalten und seine Allmacht bewahren kann. Mit großer Meisterschaft faßt Senator Knox alle seine Beweisgründe am Schluß zusammen und läßt sie in der Forderung gipfeln, daß allein ein Sondervertrag zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland, unter Verwerfung des Friedensvertrages von Versailles, den Forderungen der politischen Klugheit entsprechen könnte.

Der tiefe Konflikt zwischen formaler Jurisprudenz und praktischer Politik, der ja niemals gänzlich aufzulösen sein wird, hat in der Haltung des Senators Knox einen denkwürdigen Ausdruck gefunden. Mit Paragraphen und Präzendenzfällen läßt sich gewiß leicht gegen viele seiner Argumente opponieren; der Geist des Kampfes aber, der große staatsmännische Wille, die tiefgründige Einsicht in den Interessenkomplex seines Landes, endlich die einfache und schöne Form, mit der er die Unübersehbarkeit des Problems bezwungen hat, dies alles macht aus der Rede vom 5. Mai ein historisches Dokument von überzeugender Kraft.

Geistesnot in Amerika

Zwei Briefe eines Deutschamerikaners

7. Januar 1920.

. . . . Unsere Amerikaner wachen allmählich zu der Erkenntnis auf, daß von unserer Seite aus der Eingriff in den Krieg verfehlt war, und daß wir mehr verdorben und schlecht gemacht haben, als Jahrzehnte wieder gutmachen können. Aber wir haben noch Kriegsgesetze, und Redefreiheit ist beschränkt, und es ist schwer, einen geborenen Amerikaner zu dem Eingeständnis zu bringen, daß unser glorreich gewonnener Krieg ein Fiasko geworden ist. Unsere Jugend ist verwildert und ideallos und religionslos aus dem Kriege zurückgekehrt, alles, was das Land gewonnen hat, ist ein Reichtum, in dem das Volk erstickt. Denn nun erst ist der Dollar wirklich König geworden, der mit einer Roheit regiert, von der man sich kaum eine Vorstellung machen kann und die zu einer neuen Katastrophe führen muß.

Digitized by Google

Unsere amerikanischen Kirchen legen Millionen beiseite, um wenigstens pekuniär ihre Zukunft zu retten. Das wird ihnen ja wohl auch gelingen, aber wie geist- und machtlos und feige die Predigt geworden ist — das glaubt keiner, der es nicht mit ansieht. Geist findet man heute hier eigentlich nur noch in den ganz liberalen Verbänden, der ethischen Gesellschaft, der Free Religious Association und ähnlichen sozialen Kreisen. Der Unitarismus, der sich stets so sehr seiner Wahrheitsliebe rühmte, hat vielleicht noch mehr versagt, wie der blödsinnig patriotische Baptismus. Die Kirchen waren Hammelherden, die dem größten Schreier nachliefen — und heute sind die Leute des Schreiens müde, und „die schöne Hoffnung der Zukunft", unsere Jugend, die aus dem Schlachtfeld heimgekehrt ist —, kehrt sich nicht im geringsten um die Kirche.

Rauschenbusch's[1]) Tod hat für uns vielleicht noch einen größeren Verlust bedeutet, als Naumanns Tod für Sie drüben. Er starb als ein Opfer des Krieges, als der Krieg ihm sein Lebenswerk umstieß . . . . .

15. Mai 1920.

. . . . In einem Sinne beneiden wir Sie draußen manchmal fast; denn bei Ihren Verhältnissen versteht man es, wenn einer in Versuchung ist, ein Schieber zu werden und zu nehmen, was er irgendwie in die Hände bekommen kann. Nun nehmen Sie aber alle diese blödsinnig schreienden, selbstsüchtigen Bestrebungen, von denen Ihr Land ausgesogen wird, und wo bei Ihnen bei allem Aussaugen für den einzelnen schließlich doch unendlich wenig herauskommt — nun, wir haben dasselbe hier, nur daß unser Land entsetzlich reich ist, und daß sich hier das Aussaugen und „Profitieren" lohnt, weil damit Millionen zu machen sind, dann verstehen Sie, worunter wir leiden. Alle Moral ist zum Teufel, mit Dampfrollen untergepflügt, das Kapital regiert und glaubt den Bürgerkrieg mit seinem Gelde abwenden zu können. Die Presse steht absolut im Dienste des Geldes und sorgt dafür, daß niemand etwas über die wirklichen Verhältnisse erfährt. Kürzlich gingen z. B. hier in unserer Stadt die Stahlarbeiter an den Streik. In der Fabrik, in der unser Sohn angestellt ist, sind heute noch von den 1000 Arbeitern nur 50 an der Arbeit, und so ist es in den andern Plätzen. Die Presse weiß bis heute nichts von diesem Streik, man hat die Politik, alles Unliebsame durch Schweigen zu töten. Sie können tagelang suchen, bis Sie in mancher unserer Zeitungen auch nur ein Wort über die Verhältnisse in England, Deutschland oder Frankreich finden. Am besten, denkt man, sei es, das Land ohne Information

[1]) Rauschenbusch, bedeutendster christlicher Sozialprediger Amerikas, dessen wichtige wahrhaftige Schriften über Christentum und Sozialismus leider in Deutschland unbeachtet und unübersetzt blieben, starb 1917. Er wurde in Amerika laut betrauert und leise jeder breiteren Nachwirkung beraubt, er war Baptist und deutscher Abstammung.

Digitized by Google

zu lassen. Wer also in Amerika nicht eine nur für Gebildete berechnete Wochen- oder Monatsschrift liest, erfährt wirklich nie etwas von den Zuständen Europas.

Dann, wir haben keine Regierung! Keine Regierung aber ist schlechter als eine schlechte. Kein Präsident da! Dem Mann im Weißen Hause muß man sein verrücktes Steckenpferd, den Frieden von Versailles, lassen; denn wie ein Geisteskranker hat er nur das eine Spielzeug, das ihm Spaß macht. Und jeder Wucherer kann indessen tun, was er will; keine Regierung hat ein Gesetz oder ein Wort gegen ihn. Wie bei Ihnen, leidet unter diesen Verhältnissen natürlich der Mittelstand am meisten, der Stand der einfachen, anständigen Menschen, der Menschen, die irre geworden sind an dem republikanischen System mit seiner Wahl, die nur dem korrupten Politiker dient, weil er sie macht.

Unsere Kirchen! Das Gott erbarm! Es war nach dem Kriege nötig, die unruhig werdenden Gewissen so zu beschäftigen, daß die Gedanken der Gläubigen von der bösen Vergangenheit abgelenkt wurden. Das geschah durch die Gründung einer „Interchurch World Movement“ d. h., man wollte anfangs eine große organische Vereinigung aller protestantischen Sekten. Was für ein großes Ziel! Bald sah man, daß dies nicht zu erreichen war, wenn man Unitarier und Universalisten und dergleichen mitmachen ließe; so schloß man sie aus, aber damit fiel auch das Prinzip der Sache hin. So substituierte man der Bewegung den Plan einer protestantischen Bewegung zur Linderung aller Not der Welt. Solche Not fand man genug in China, Indien, Afrika, Armenien und den europäischen Ländern mit Ausnahme der Zentralstaaten; denn da war es doch zu heiß. Allein die Pastoren hier im Lande, denen es allen nicht gerade glänzend während des Krieges ergangen war, wollten näher liegende Ziele, und waren für dies ferne Jagdgebiet nicht eher zu gewinnen, als bis man „die mangelhaften Gehälter der geistigen Elite der Menschheit, die bisher ohne schicklichen Entgelt sich opferfroh in jede Bresche geworfen hatte“, mit zu den großen Nöten der Welt geworfen hatte. Jetzt wurden die Pfarrer eifrig wie die Bienen. Aber noch immer ging die Sache nicht recht, denn man fürchtete, daß die Bewegung stark sozial werden würde, und das ist heute nicht beliebt. So wandte man sich an Wall-Street, New York, und siehe, die Hilfe kam: Die Welt kann gerettet werden, wenn wir in den nächsten fünf Jahren 1200 Mill. Dollar für ihre Besserung zusammenbringen. Wall-Street stellte den jungen Rockefeller zur Verfügung, und dieser hatte die Aufgabe, durchs ganze Land zu reisen und aus den Leuten für dies Jahr 336 Mill. Dollar als erste Anzahlung auf die geforderte Summe herauszuschlagen. Solche Summen waren aber nur zu erhalten, wenn der reiche Mann kräftig geben würde, und nun haben wir es erlebt, daß sich die amerikanische

Digitized by Google

Kirche, die einst Rauschenbusch zu ihrem Ideal hatte, mit goldenen Ketten an das Kapital gebunden hat. Das heißt also für den einzelnen Pfarrer: wehe, wenn du mit dem Arbeiter gehst, dann verdirbst du es mit dem Kapital in deiner Gemeinde. Und jetzt kämpft man durch diese Bewegung öffentlich gegen die Radikalen, die Bolschewisten, die Usw.-usw.-isten. Weiß Gott, die Kirche hat bekommen, was sie für ihre Stellungnahme im Kriege verdient hat! Sie ist moralisch die schwächste Stütze großer Ziele und Gedanken geworden. Sie steht innerlich am Bankrott, der äußerlich allerdings durch die Geldkraft famos verdeckt wird. Es ist zum Uebelwerden!

Im allgemeinen habe ich den Eindruck, daß, wenn heute das Volk gefragt würde, ob sein Eintritt in den Krieg berechtigt gewesen, es mit 99 gegen 1 Stimme „nein" antworten würde. Man fühlt, daß man von den Auslandsmächten England und Frankreich getäuscht ist, und von der eigenen Regierung genau ebenso. Man möchte vergessen, und auf das Vergessen ist alles eingefädelt, eingestellt. Wenn nur das Vergessen möglich wäre, ohne daß man die Folgen tragen müßte! In einem Sinne ähneln wir Frankreich: durch den Krieg ist unser Staatswesen so verschuldet, daß wir arm als Staat sind, während das Volk, die Zahl der Reichen sich mehrt wie Pilze und eine arme Klasse neu entsteht, die es bisher nicht gegeben hat. Seelisch sind die Zustände entsetzlich schwer zu ertragen, weil es keine Brücke gibt, die zurückführt, und die Bretter für eine neue nicht zu haben sind. Wir segeln nicht mehr, wir treiben unter einem Winde, der vom Goldland kommt und darum nicht lau und lind ist, sondern selbst das Brot zu Gold macht, bis wir am Golde verhungern. Heute würde Goethe nicht mehr sagen:

Amerika, du hast es besser ....
dich stört nicht im Innern
zu lebendiger Zeit
unnütz Erinnern an vergeblichen Streit!

Wir schlafen nicht mehr gut! Gleichzeitig sende ich Ihnen die Nummern meines kleinen Blattes aus diesem Jahre. Sie werden nicht viel finden, was auf die Zeitverhältnisse Bezug hat. Ja, das Blatt wird englisch gedruckt. Deutsche Blätter[1]) halten sich nicht mehr. Sie gehen ein, eins nach dem andern. Auch unsere Pastoren lesen nicht mehr. Während des Krieges hörte es auf, daß man deutsche Blätter las, denn es gab sie nicht mehr. Da hat man dann sich an andere Blätter gewöhnt. Wer nicht, wie ich, von „draußen" kam, findet in den Auseinandersetzungen, mit denen Ihre deutschländischen Blätter angefüllt sind, nichts, was ihn noch interessiert. Er steht den Schreibern fern, kennt sie nicht, kennt ihre Schattierungen nicht, findet nach dem Lesen niemand, mit dem er über

[1]) Das bezieht sich beim Schreiber zunächst nur auf die Deutsche Kirchliche Presse.

Digitized by Google

die Dinge plaudern kann, weil keiner sonst sie liest. Deutsche Blätter sind Richtungsblätter, die Richtungen sind ihm fremd, wir haben kein Verständnis für sie. Da ist den meisten ein gelegentlicher Gesamtüberblick über, na, lassen sie mich sagen: „die Kirche", oder „das religiöse Leben in Deutschland" völlig genügend, um sein Interesse zu stillen. Was ich jetzt sage, wird Ihnen vielleicht roh klingen, aber es ist eine Tatsache: wäre Deutschland siegreich gewesen und hätte eine große Zukunft vor sich gehabt, so hätten wir Deutsche in Amerika auch noch einmal ein neues Aufleben des gerade im Absterben befindlichen Deutschtums erlebt. Da aber Deutschland nicht gesiegt und in dieser Generation keine äußere Höhe mehr vor sich hat, so ist damit auch unser hiesiges Deutschtum geschlagen. Man füttert hier die deutschen hungrigen Kinder und sendet Lebensmittel nach drüben, man liest „Die Jugend" und den „Simplicissimus", aber man hat keine Freude daran, in deutschen Blättern aus der Ferne her das mühselige Ringen im einzelnen mit anzusehen. Es ist zu deprimierend. Ich schreibe dies, weil kürzlich von verschiedenen Seiten man sich von draußen her an mich wandte, um dortige alte, liebe, wertvolle Dinge erhalten zu helfen. Dafür fehlt jede Freudigkeit. Ich bitte Sie herzlich, versuchen Sie das zu verstehen. Es ist bitter schwer, in dem Sinne manche Absage zu schreiben. Ich indentifiziere mich nicht mit denen, die so dem Deutschtum entfremdet sind, aber das ändert an der Tatsache nichts, daß die Entfremdung da ist. Doch Schluß. Meine Frau und Kinder grüßen herzlich, und behalten Sie gerade deshalb lieb, weil Sie deutsch sind.

Volkswirtschaftslehre und Fortbildungsschule

Von Prof. Dr. Paul Arndt

Daß die Bürgerkunde in den Lehrplan der Fortbildungsschulen gehört, und daß der Unterricht in der Bürgerkunde auch eine Einführung in das Wirtschaftsleben umfassen muß, darüber ist nicht mehr zu streiten. Große Unklarheit besteht aber noch über den Umfang, in dem volkswirtschaftliche Belehrung in der Fortbildungsschule erteilt werden sollte und könnte, und über die Methode dieses Unterrichts. Wie weit reicht die geistige Aufnahmefähigkeit der 14-, 15- und 16jährigen Knaben und Mädchen, und welchem Ziele sollen sie in den drei Jahren zugeführt werden? Dazu gesellt sich die weitere nicht unwichtige Frage: Wem soll die Belehrung der Jugend über dieses große und schwierige Wissensgebiet anvertraut werden? Sind überhaupt Lehrkräfte in größerer Zahl vorhanden, die für diese sicherlich nicht leichte Aufgabe vorgebildet worden sind?

Digitized by Google

Ueber eine Grundforderung scheint Uebereinstimmung zu herrschen: das Ziel des volkswirtschaftlichen Unterrichts in der Fortbildungsschule darf nicht „parteipolitisch" sein. Das ist zwar nur ein negativer Satz; aber er kann wertvoll sein, wenn er eine deutliche Grenzlinie zieht. Ist dies der Fall? Wo ist die Grenze zu ziehen zwischen Parteipolitik und — ja, wie soll man nur sagen? — unparteiischer oder parteiloser Politik? Gibt es überhaupt eine parteilose Politik? „Nationale" Politik im Gegensatz zur Parteipolitik kann hier nicht in Frage kommen; denn auch über „nationale" Ziele streiten die Parteien lebhaft, oft erbittert. Die Politik beantwortet die Frage: Was soll sein? Hier insbesondere: Wie sollen die wirtschaftlichen Verhältnisse gestaltet werden? Wer diese Frage bis zu Ende durchdacht hat, weiß, daß man hierbei bis auf die letzten Grundsätze menschlichen Handelns zurückgehen muß, und daß diese letzten Sätze Glaubenssätze sind. Von jeher sind die Ansichten der Menschen über die Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse verschieden gewesen, und so wird es immer bleiben. Keine Wirtschaftswissenschaft ist imstande, einen Ausgleich zu schaffen. Die Wissenschaft kann nur etwas, meistens recht viel, über die Mittel zur Durchführunng der Grundsätze sagen; aber die Grundsätze selbst muß sie in ihrer Verschiedenheit als gleich unbeweisbar aus den Händen des Glaubens hinnehmen. In der Wirtschaftspolitik tobt beständig, unausrottbar der Kampf zwischen den verschiedenen Richtungen — der Namen sind unzählige —, zwischen Individualisten und Sozialisten, Idealisten und Materialisten, „Irdischgesinnten" und Asketen, Heiden, Juden, Christen, Buddhisten und Moslem, Optimisten und Pessimisten. Die einzelnen Richtungen schließen sich zu Gruppen zusammen; es bilden sich Parteien, die dann für ihren Glauben kämpfen. In diesem Sinne ist jede Wirtschaftspolitik Parteipolitik und Glaubenssache. Eine ethische Beeinflussung der Jugend hinsichtlich der Grundsätze unseres wirtschaftlichen Handelns braucht aus der Schule nicht ausgeschlossen zu werden; sie kann sogar höchst wertvoll sein; aber sie gehört in den Teil des Unterrichts, der vom Glauben und dem durch ihn bedingten Tun handelt, in die Religionsstunde oder ihren modernen Ersatz, aber nicht in die volkswirtschaftliche Belehrung.

Mit dieser Ausschaltung „wirtschaftsethischer" Betrachtungen aus dem volkswirtschaftlichen Unterricht wird sich mancher einverstanden erklären, der doch die Behandlung der praktisch wichtigsten Einzelfragen der eigentlichen Wirtschaftspolitik in der Fortbildungsschule für möglich und empfehlenswert hält. Welcherlei Fragen kämen dabei in Betracht? Vor mir liegen zwei Gutachten über volkswirtschaftlichen Unterricht in der ländlichen Fortbildungsschule. In dem einen, das von einem bekannten, um das Volksbildungswesen sehr verdienten Manne stammt, wird vorgeschlagen, man solle (nach einer wirtschaftsgeschichtlichen Einleitung)

Digitized by Google

sprechen „vom Wesen des Kapitalismus, des Geldes, des Volksvermögens, von Deutschlands großem Aufschwung", und dann die Fragen aufwerfen, „ob die Verteilung der Güter eine richtige war", und „ob das Ziel aller Volkswirtschaft, allen Volksgenossen ein menschenwürdiges Dasein zu ermöglichen, d. h. nicht nur Nahrung, Kleidung, Wohnung, sondern auch Anteil an höheren Kulturgütern, gewährleistet ist"? Darauf solle die „Gefahr" besprochen werden, „in der wir immer schwebten, weil unsere Volkswirtschaft nicht die unbedingt nötige Selbständigkeit sich bewahrt hatte und in ihren grundlegenden Lebensbedingungen vom Ausland allzu abhängig geworden war". Im Anschluß daran sollten „die volkswirtschaftlichen Lehren des Weltkrieges" behandelt werden. Schließlich werden noch eine größere Anzahl Einzelfragen der Agrar- und Sozialreform genannt, nicht zu vergessen die Sozialisierung („ob Privatwirtschaft oder Kommunismus ein allumfassendes Ziel ist"). Auch in dem zweiten Gutachten wird vorgeschlagen, in der ländlichen Fortbildungsschule „zu untersuchen, welche Wirtschaftsform die richtige sei"; hierbei soll vor allem die Weltwirtschaft besprochen werden, d. h. die Frage der Zweckmäßigkeit der Industrialisierung Deutschlands. Den Schülern ist, so heißt es abschließend, „zu zeigen, wie unsere Utopisten wiederum, nachdem Furchtbares geschehen, nichts ändern, sondern die Weltwirtschaft fortsetzen wollen. Sie glauben immer noch nicht, daß man sich jetzt auf eine nationale Wirtschaft einstellen muß".

Genug der Beispiele! Man fragt sich zunächst staunend, wie sich die Verfasser dieser Gutachten die Ausschaltung der „Parteipolitik", die sie grundsätzlich verwerfen, bei der Behandlung der genannten Fragen wohl vorstellen. Ueber alle diese Dinge wird doch auf das lebhafteste unter den Parteien gestritten. Welche Ansicht soll der Lehrer vertreten? Seine eigene, gut oder schlecht begründete, mehr oder weniger durch Zufall gebildete, oder die der jeweiligen Machthaber im Staate? Sieht man nicht, auf wie gefährliche Wege man sich damit begibt, entweder den der Willkür oder den des Gewissenszwanges? Früher sollte vielfach die Schule dazu mißbraucht werden, „sozialdemokratische Irrlehren" zu bekämpfen. Sollen etwa heute, nachdem das Pendel nach links geschwungen ist, die wirtschaftspolitischen Ideen der rechtsstehenden Parteien in der Schule als verwerflich gekennzeichnet werden? Und so fort bei jedem politischen Wechsel? Das wäre Gift für die Schule. Schon aus diesem Grunde muß die Erörterung des Seinsollens, der Wirtschaftspolitik, aus dem volkswirtschaftlichen Unterricht der Fortbildungsschulen ausgeschieden werden.

Weiter aber, noch größeres Staunen erweckt die Hoffnungsfreudigkeit, in der man annimmt, daß jene überaus schwierigen, höchst verwickelten wirtschaftspolitischen Grundfragen in der Schule vor 14- bis 16jährigen Knaben oder Mädchen behandelt werden könnten. Wer

Digitized by Google

sich dieser Illusion hingibt, hat sich wohl noch nie die Kompliziertheit der wirtschaftlichen Verhältnisse klargemacht. Leider glaubt ja über volkswirtschaftliche Fragen fast jeder mitreden zu können, ohne zu bedenken, daß zum Verständnis der volkswirtschaftlichen Zusammenhänge ein ebenso gründliches langjähriges Spezialstudium gehört wie zum Eindringen in jede andere Wissenschaft. So macht sich gerade auf volkswirtschaftlichem Gebiete ein recht unerfreuliches und verderbliches Pfuschertum breit. Soll dieses auch in die Fortbildungsschulen verpflanzt werden? Eine armselige Stümperei würde dabei herauskommen. Wie einfach und leicht scheint vielen die Kernfrage der Wirtschafts- und Sozialpolitik, die der Zweckmäßigkeit der Wirtschaftsordnung, zu sein! Und wie unendlich viele Momente müssen doch beim Vergleich verschiedener möglicher Wirtschaftsordnungen gegen einander abgewogen werden. Nur der Unwissende ist hier „schnell fertig mit dem Wort". Ein unterrichteter und gewissenhafter Lehrer wird es nicht wagen, in der Fortbildungsschule diese Frage zu behandeln. Fällt es doch sogar vielen Universitätsstudierenden erfahrungsmäßig sehr schwer, die vielen Unterfragen, in die die Hauptfrage zu zerlegen ist, richtig zu stellen und sachkundig zu beantworten. Aehnliches gilt von der anderen allgemeinen Frage, die in den genannten Gutachten eine große Rolle spielt, der Frage der Industrialisierung Deutschlands. Mit der Aufwerfung einer solchen Frage, die gleichfalls in Hunderte von Unterfragen zerfällt, darf man im Unterricht nicht anfangen; sie gehört an das Ende des Hochschulstudiums. Sollten gewecktere Schüler im jugendlichen Alter selbst darauf verfallen, die schweren Fragen zu stellen, so kann der Lehrer sie vielleicht auf geeignete Lektüre verweisen oder ihnen privatim als Freund seine Ansicht mitteilen und zu begründen versuchen. Aber zu einer schulmäßigen Behandlung sind diese Gegenstände zu schwierig. Die Stellungnahme zu den Hauptfragen muß einem reiferen Lebensalter vorbehalten bleiben.

Nicht anders verhält es sich mit den Spezialfragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik: der Agrar-, Handels-, Verkehrs-, Währungs-, Bank-, Steuer-, Bevölkerungspolitik. Ich bin überzeugt, daß sehr viele Lehrer in die Versuchung geraten werden, über Arbeiter- und Handwerkerfragen, Kartelle, Zölle, Papiergeld, Finanzen, Uebervölkerung usw. ihren Schülern ein „kräftig Wörtlein" zu sagen; sie werden der Versuchung um so leichter widerstehen können, je tiefer sie selbst in den betreffenden Gegenstand eingedrungen sind, und je genauer sie die vielen zu berücksichtigenden „Wenn" und „Aber" kennengelernt haben.

Soweit mir bekannt, sind auch alle Versuche, wirtschafts- und sozialpolitische Gegenstände in Lehrbüchern für den Schulgebrauch zu bearbeiten, kläglich gescheitert. Die volkswirtschaftlichen Lesestücke in den Schulbüchern sind oft geradezu läppisch.

Digitized by Google

Wenn nun aber die Besprechung aller dieser Fragen, deren Erörterung den Verfassern jener Gutachten besonders am Herzen liegt, mit solcher Entschiedenheit abgelehnt wird, was bleibt dann für den volkswirtschaftlichen Unterricht in der Fortbildungsschule übrig? Viel, sehr viel! Der Schüler soll in das moderne Wirtschaftsleben eingeführt werden. Seine Augen sollen geöffnet werden für alles, was es in seiner näheren und weiteren Umgebung an wirtschaftlich bedeutsamen Dingen gibt, die verschiedenen Erwerbszweige, Klein- und Großbetrieb, Bauerngut und Großgrundbesitz, Handwerk, Fabrik und Hausindustrie, Eisenbahnen und Wasserstraßen, Post und Telegraphie, Geld- und Kreditwesen, Buchführung und Kalkulation, Lohn und Zins, Sparkassen, Banken, Genossenschaften, Aktiengesellschaften usw. Die nationale und internationale Arbeitsteilung muß ihm klargemacht werden. Er muß dabei mit den wichtigsten Gebieten der Technik und auch mit gewissen rechtlichen Regelungen bekanntgemacht werden. So erhält er allmählich klarere Vorstellungen vom Getriebe der modernen Volks- und Weltwirtschaft. Was ich hier im Auge habe, ist das, was man gewöhnlich als Wirtschaftskunde bezeichnet. Sie muß den Ausgangspunkt und das Kernstück der volkswirtschaftlichen Belehrung bilden.

Zu verbinden ist die Wirtschaftskunde mit Wirtschaftsgeographie und Wirtschaftsgeschichte. Die geographische Betrachtung zeigt vor allem die natürliche Bedingtheit des Wirtschaftslebens. Geschichtliche Rückblicke sind notwendig zum besseren Verständnis mancher moderner Einrichtungen, die sich allmählich aus früheren entwickelt haben. Der Unterricht in der Warenkunde, die einen Teil der Wirtschaftskunde bildet, wird am besten nach wirtschaftsgeographischen Gesichtspunkten zu erteilen sein. Natürlich kann aus dem großen Gebiet der Wirtschaftsgeographie und der Wirtschaftsgeschichte nur das Allerwichtigste, zur Erklärung der modernen Wirtschaft Notwendige geboten werden.

Der Unterricht in der auf Wirtschaftsgeographie und Wirtschaftsgeschichte gestützten Wirtschaftskunde dürfte die in der Fortbildungsschule zur Verfügung stehende Zeit reichlich ausfüllen. Allenfalls könnten die wirtschaftskundlichen Belehrungen noch durch einige weitere aus dem Gebiet der sogenannten Wirtschaftstheorie ergänzt werden, also durch Erläuterungen des Wesens der Erzeugung, des Umlaufs, der Verteilung und des Verbrauchs der Güter, der Begriffe Natur, Arbeit, Kapital, Unternehmung, Grundrente, Lohn, Zins, Gewinn, Wert, Preis, Geld, Kredit und dgl. Man müßte sich dabei aber auf das Allereinfachste beschränken.

Wird der in der Fortbildungsschule zu bietende Wissensstoff in der hier angegebenen Weise begrenzt, so dürfte der Schüler aus dem Unterricht reichen Gewinn ziehen. Es kann überall an das von ihm in Haus,

Digitized by Google

Hof und Werkstatt, auf Straße und Markt Beobachtete und das in der Volksschule Gelernte angeknüpft werden. Auf die Unterschiede in der wirtschaftlichen Entwicklung der einzelnen Gegenden Deutschlands kann Rücksicht genommen werden. Auf dem Lande werden die agrarischen Verhältnisse, in der Stadt die gewerblichen genauer zu behandeln sein. Allmählich wird sich der Blick des Schülers weiten. Immer mehr wird er überschauen von der bunten Mannigfaltigkeit des Wirtschaftslebens. Er wird eine Ahnung von der natürlichen und geschichtlichen Bedingtheit aller Wirtschaft bekommen. Er wird sich einen Begriff machen können von dem wunderbaren Zusammenarbeiten aller Räder in dem Getriebe der modernen Volks- und Weltwirtschaft. Er wird dann auch seine eigene Stellung innerhalb des großen Volksganzen besser verstehen lernen und allmählich fähiger werden, zu wirtschafts- und sozialpolitischen Streitfragen selbständig Stellung zu nehmen. Eine unendliche Fülle weiteren reizvollen Wissensstoffes tut sich vor ihm auf und bietet seinem Geist Beschäftigung, weit über die Schuljahre hinaus. Er wird so zu fruchtbarem Lernen angehalten und damit vom unfruchtbaren Kritisieren abgehalten. Er erlangt wirkliche Kenntnisse und wird kein frühreifer Allesbesserwisser.

Eine solche nützliche Bescheidung hat aber auch den gewaltigen Vorteil, daß damit zugleich die Lehrerfrage gelöst ist. Wollte man die Wirtschafts- und Sozialpolitik in der Schule sachgemäß behandeln lassen, so brauchte man dazu Lehrer, welche die gesamte Volkswirtschaftslehre gründlich studiert hätten. Wie wenige von den Lehrern, die für den Unterricht in Betracht kämen, haben hierzu Gelegenheit gehabt! Es ist ein großer Irrtum, anzunehmen, zur Vorbereitung des Lehrers genüge ein „populärwissenschaftliches" Lehrbuch wie das von Carl Jentsch, das in einem jener Gutachten empfohlen wird. Solche populäre Schriften mögen leicht lesbar und „anregend" sein; sie sind aber durchweg von Dilettanten geschrieben, die die Elemente der Wissenschaft selbst nicht beherrschten, und enthalten infolgedessen massenhaft unbeweisbare Behauptungen und grobe Trugschlüsse. Selbst wenn jemand die Mühe nicht scheut und große, wirklich wissenschaftliche Werke durcharbeitet, so führt das Selbststudium auf diesem Gebiete erfahrungsgemäß selten zum Ziele. Zum tieferen Eindringen in die vielfach nicht offen zutage liegenden volkswirtschaftlichen Zusammenhänge, zum Erlernen volkswirtschaftlichen Denkens gehört in der Regel ein längeres Hochschulstudium, insbesondere die Teilnahme an den „Uebungen", die Arbeit im volkswirtschaftlichen Seminar. Eine derartige wissenschaftliche Schulung ist für die weitaus meisten Lehrer, denen der Unterricht in der Fortbildungsschule anvertraut werden muß, unerreichbar.

Viel geringer sind die Schwierigkeiten, wenn sich der Unterricht auf Wirtschaftskunde, einschließlich Wirtschaftsgeographie und Wirtschafts-

Digitized by Google

geschichte, beschränkt. Auch hier wird der Lehrer sich in vieles neu einarbeiten müssen. Aber der Stoff ist bei gutem Willen und einigem Fleiß zu bewältigen. Ueberall sind geeignete Anknüpfungspunkte vorhanden. Jeder Lehrer, der nicht gerade mit Scheuklappen durchs Leben gegangen ist, hat Gelegenheit gehabt, die wirtschaftlichen Verhältnisse seiner näheren und weiteren Umgebung kennenzulernen. Viele haben durch Reisen und Lektüre ihren Gesichtskreis erheblich erweitert. Alle sind mit den wichtigsten Tatsachen der Geschichte und Geographie bekanntgemacht worden. Da gilt es nun, das Vorhandene nach der volkswirtschaftlichen Seite hin auszubauen, Fehlendes zu ergänzen und alles nach neuen Gesichtspunkten zu ordnen. Dazu reicht ein kürzeres Selbststudium, zu dem, wenn die Verhältnisse es erlauben, eine Anleitung in besonderen Kursen gegeben werden könnte, vollkommen aus. Geeignete literarische Hilfsmittel sind vorhanden. Auf diese Weise kann sich jeder strebsame Lehrer so weit fortbilden, daß er in der Fortbildungsschule auf volkswirtschaftlichem Gebiete Wertvolles, Gediegenes, dem Begriffsvermögen der Schüler Angemessenes zu bieten in der Lage ist.

Verlangen wir von der Fortbildungsschule zuviel, so wird die Folge nur Enttäuschung und Aerger sein. Schüler, Eltern und Lehrer werden darunter zu leiden haben. Auch hier zeigt sich die Meisterschaft in der weisen Beschränkung.

Bücherbesprechungen

Otto Braun (Professor in Münster): **Der Student und die neue Zeit.** Verlag von J. Engelhorns Nachf. in Stuttgart. Kartoniert 4 Mark, dazu Teuerungszuschlag.

Brauns Buch ist erschienen in der Engelhornschen Sammlung „Das neue Geschlecht". Der Verfasser ist seines Zeichens Philosoph. Er schreibt nicht abstrakt, sondern lebendig und eindringlich, in einem Stil, den man vielleicht am besten charakterisiert, indem man sagt, daß er mit einem gewissen Aufwand an Worten und Wiederholungen, aber in schöner, ästhetisch befriedigender Weise einhergeht. Das Buch entbehrt weder der Gedankentiefe noch der Modernität; im Gegenteil, es setzt sich ausgezeichnet mit den Grundlagen unseres gegenwärtigen Kulturbewußtseins auseinander und bringt dem Studenten das, was er vor allen Dingen braucht und wonach er sucht: Weltanschauung. Es ist aber dabei so flüssig geschrieben, daß man immer beim Lesen die Kunst bewundert, wirkliche Gedanken in eine so leicht eingehende Form zu bringen. Braun spricht vom Geist des Studiums und über das Studium hinaus vom Geist des akademischen Berufs. Er betont dabei vielleicht nicht eindringlich genug die Tatsache, daß unsere akademischen Berufe einstweilen Berufe einer sozial sinkenden Schicht sind, und daß für den Durchschnitt der jungen Leute bald genug ein starkes und bewußtes Stück materieller Selbstverleugnung dazu gehören wird, ein akademisches Studium zu ergreifen. Was er aber vom Geiste des Studiums selber sagt, steht innerlich auf der Höhe unserer alten großen akademischen Persönlichkeiten; nur daß

Digitized by Google

es den Studenten notwendig und überzeugend in die viel größere Weite weist, die sein Gesichtskreis heute gegenüber der Zeit vor hundert Jahren haben muß. Und ebenso wird jeder Student dem Verfasser dankbar sein für den Glauben an unsere Jugend, der aus seinen Worten spricht.

Paul Rohrbach.

Oberst Bernhard Schwertfeger: **Belgische Landesverteidigung und Bürgerwacht** (garde civique) **1914.** Im amtlichen Auftrage bearbeitet. Berlin 1920. Verlag von Reimar Hobbing. 5 Mark.

Ein sehr wichtiges Buch. Wer es gelesen hat, wird an einem nur zu entscheidenden Stück Verständnis dafür bekommen, warum nicht nur die Verletzung der belgischen Neutralität, sondern auch unsere Kriegführung in Belgien so unermeßlich zu unserm Schaden hat ausgebeutet werden können. Schwertfeger gibt etwas über 100 Seiten Text und das Doppelte an Anlagen. Er zeigt, wie die unsachgemäße und unklare Organisation der belgischen „Bürgerwacht", einer Art von Miliz, unsern Truppen nach dem Einmarsch in Belgien die Meinung beibrachte, daß die Zivilbevölkerung aus dem Hinterhalt, entgegen allen geregelten und anständigen Kriegsbräuchen, gegen sie kämpfe. Die belgische Landesverteidigung hatte planmäßig die Mitverwendung bürgerlicher, für den Krieg gar nicht oder ganz ungenügend ausgebildeter Kräfte vorgesehen, für die größtenteils weder Uniformen noch Kriegsabzeichen vorhanden waren. Deren Beteiligung an der Landesverteidigung sollte prinzipiell stattfinden, aber die Art und Weise war so wenig vorgesehen, daß sich tatsächlich Massen nichtuniformierter Zivilisten ohne Abzeichen und teilweise ohne Führung am Kampf beteiligt haben, in gutem Glauben, zur Verteidigung ihres Landes berufen zu sein. Die Folge war, daß diese Kämpfer von unsern Truppen in ebenso gutem Glauben nach dem Kriegsrecht behandelt wurden, das gegen Zivilkämpfer, die auf eigene Faust die Waffen führen, gilt, und das mit der rücksichtslosesten Schärfe z. B. von Napoleon formuliert worden ist. Die Schuld an diesem Unheil trägt die belgische Regierung, die die Bürgerwacht aufrief, ohne sich, solange es Zeit war, über die Folgen der absolut mangelhaften Vorbereitung — es gab zum Teil nicht einmal Listen, wer zur Bürgerwacht zweiten Aufgebots gehörte — und der sich kreuzenden, widersprechenden und undeutlichen Befehle beim Kriegsausbruch Gedanken zu machen. Für die Beurteilung dieses Stückes „Schuldfrage" ist Schwertfegers Arbeit nicht zu entbehren.

Paul Rohrbach.

Notizen

Die Zukunft des belgischen Kongo in Gefahr. So lautet der Titel eines vor Jahresfrist in Brüssel erschienenen Buches des hochangesehenen belgischen Kolonialmannes Alexandre Delcommune, das jetzt Ministerialrat Dr. Asmis auf Grund seiner eigenen, auf langen Reisen im Kongo gesammelten Erfahrungen in Nr. 21 der „Grenzboten" vom 26. 5. 20 bespricht. Die Beobachtungen und Ansichten des Dr. Asmis scheinen sich mit den Erfahrungen und Urteilen des alten belgischen Kolonialpraktikers zu decken. Um so interessanter ist das Ergebnis, zu dem der Aufsatz der „Grenzboten" kommt:

Alexandre Delcommune hat sein Urteil über die belgische Eingeborenenpolitik gelegentlich der Kritik an der bisher im Kongo angewandten Steuerpraxis wie folgt zusammengefaßt:

„Die Eingeborenenpolitik des belgischen Gouvernements ... hat bis jetzt als einzigen Zweck nur die progressive, in das Belieben der örtlichen Behörden gestellte Vermehrung der Eingeborenensteuer gehabt.

Digitized by Google

„Dies ist nicht mehr eine Kopfsteuer in festen Grenzen, wie sie jede Steuer sein muß, das ist eine Arbeitsabgabe, weil, je mehr der Eingeborene arbeitet, um so mehr die Abgabe steigt. *Nichts ist geschehen und nichts geschieht zugunsten des Eingeborenen.* — Man zwingt ihn mehr und mehr zu zahlen, aber man gibt ihm nichts dafür als Gegenwert. — Das ist die kurze, bündige und wahre Zusammenfassung der beiden hauptsächlichsten Gesichtspunkte belgischer Kolonialpolitik."

Dr. Asmis fügt dieser vernichtenden Kritik des belgischen Kongo-Kenners auf Grund seiner eigenen Kenntnis der Dinge folgende Bemerkungen hinzu:

„Das ist auch in präziser Form die Bilanz der zehn ersten Jahre belgischer Kolonialpolitik, soweit die Behandlung der Eingeborenen in Betracht kommt. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß Belgien auf dem Gebiete der Seuchenbekämpfung im Kongo gänzlich versagt hat, daß in einer sehr verkehrten Rücksichtnahme auf die Missionsgesellschaften für die Ausbildung der Eingeborenen von seiten des Gouvernements so gut wie nichts geschah, wenn man weiter berücksichtigt, daß bis in die jüngste Zeit Kolonialskandale der allerübelsten Sorte vorkamen, wie z. B die großen Skandale vor Kriegsausbruch im Südosten und Ende 1916 im Nordosten der Kolonie, ferner, daß innerhalb der oberen Beamtenschaft Zustände, wie sie im Bezirk Lomami 1913 herrschten, jahrelang bestehen konnten, ehe die Regierung energisch durchgriff, wenn man schließlich hört, daß einer der angesehensten und international bekanntesten Beamten der Brüsseler Zentralinstanz die Mehrzahl der subalternen Beamten der Kolonie unter Berufung auf das Zeugnis aller oberen Beamten der Kolonie noch 1913 als in pekuniärer Beziehung nicht einwandfrei bezeichnete, so fragt man sich doch wohl mit Recht, mag man die energische Durchführung des sogenannten Renkinschen Reformprogramms noch so sehr anerkennen und mag die große Mehrzahl der Oberbeamten im Kongo noch so korrekt und ein recht beträchtlicher Prozentsatz von ihnen noch so tüchtig sein, woher nimmt Belgien die .... Kühnheit, um keinen anderen Ausdruck zu gebrauchen, um über deutsche Kolonialmethoden zu urteilen und bisher deutsche Gebiete, wie Urundi und Ruanda, als Mandatar des Völkerbundes in Verwaltung zu nehmen, weil Deutschland nicht zu kolonisieren verstand?"

Daß dieses Urteil auch in weiten belgischen Kreisen als zutreffend erachtet wird und man dort selbst wegen der jetzigen Zustände im Kongo für den Bestand der Kolonien fürchtet, geht aus dem Schlußwort der für die Massenverbreitung hergestellten Volksausgabe des Delcommuneschen Werkes hervor:

„Wenn wir in der augenblicklichen Methode (d. h. das Land zu verwalten und die Eingeborenen zu behandeln) fortfahren, so ist zu fürchten, daß der Völkerbund dazu gebracht wird, zu prüfen, ob es nicht zweckmäßiger wäre, anderen Nationen den Zivilisationsversuch, für welchen wir so wenig Befähigung gezeigt haben, anzuvertrauen."

Ob wohl den Belgiern bewußt geworden ist, wie treffend sie durch diese Befürchtung die *ganze Unwahrhaftigkeit der kolonialen Ausführungen des Versailler Vertrages illustrieren*? Vorläufig scheint es noch nicht der Fall zu sein.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt. Redaktion: Schöneberger Ufer 36a I. Telephon: Nollendorf 928. Für Anzeigen: Verbedienst G. m. b. H., Berlin W 35, Lützowstr. 102/4. Verlag: Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 90 Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt 10 M. Einzelnummer 1 M. Druck von Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W 57. Bülowstraße 66.

Digitized by Google

5. Jahrgang * 25. Juni 1920 * Heft 26

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Mit Zahlen und Ziffern ist die Aufgabe der deutschen Regierungsbildung nicht zu lösen. Der Rückzug aus der Verantwortung, den die Mehrheitssozialdemokratie angetreten hat, sowie die grundsätzliche Gegnerschaft, die von den Unabhängigen dem demokratischen Staat erwiesen wird, machen eine Linksmehrheit unmöglich. Daß der Volksparteiler Dr. Heinze seinen Auftrag zur Kabinettsbildung nach der Absage der Mehrheitssozialisten niederlegte, ohne mit Hergt oder Trimborn zu verhandeln, zeigte, daß nicht einmal er an die Möglichkeit des Versuches glaubte, Helfferich und Erzberger zu kombinieren. Jetzt doktert man an dem Kabinett der Mitte, das weniger in den ungenügenden Ziffern seine Schwierigkeiten besitzt als in der Auswirkung des Wahlkampfes, dessen zeitliche Nähe psychologisch offenbar auf dem Weg zur sachlichen Verständigung hemmt. Die Deutschen müssen erst lernen, was die Gebote und die Grenzen der Opposition im parlamentarischen Rahmen bedeuten, bevor sie mit der neuen Form, eine Regierung zu finden, etwas Rechtes anfangen können. Das alte Verfahren, den Mann zu finden, war bequemer und weniger quälend. Aber es konnte auch nicht verhindert oder vermieden werden, daß der Mann, der gefunden wurde, auf einmal Michaelis hieß.

*

Spa wird wieder ein paar Tage verschoben, das sieht aus wie eine Freundlichkeit an Deutschland, ist aber die Wirkung der Unsicherheit innerhalb der Entente, über das Finanzproblem zu einer Verständigung zu kommen. Es erscheint nicht ausgeschlossen, daß man diese Frage auch weiterhin in der Schwebe läßt, aber eine geschlossene Gegnerschaft gegen die deutscherseits erbetene Vermehrung der deutschen Heeresstärke aufbringt. Der rasche Abbau der deutschen Reichswehr lockt kommunistische Putsche hervor. Vielleicht daß die Mehrheitssozialisten mit solcher Entwicklung rechnen und dann nicht mehr die notwendige Gegenwehr des Staates aus Gassenangst decken wollen.

*

Digitized by Google

Zwischen Finnland und Schweden ist über Nacht der Konflikt wegen der Alands-Inseln akut geworden. Schweden will in dieser Frage ernten, ohne gesät zu haben. Die Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht ist fadenscheinig, weil über diese Frage natürlich nicht nur die Schweden auf den Alands-Inseln, sondern alle Schweden in Finnland abstimmen müßten. Dann aber würde eine große Majorität für das Verbleiben der Inseln bei Finnland herausspringen. Wenn die Schweden zudem diese Frage vom Standpunkt des skandinavischen Gemeinsamkeitsinteresses ansehen würden, müßten sie erkennen, daß der Machtzuwachs in keinem Verhältnis zum Schaden steht, zwischen Finnland und Schweden eine schwere Spannung hervorgerufen zu haben, die nur Rußland und England Freude machen würde.

*

Die Absatzstockung ist da! Mit ihr die drohende Stockung der Produktion. Die deutsche Maschinenindustrie fängt an zu klagen; landwirtschaftliche Maschinen finden keine Käufer in Deutschland mehr; wenigstens keine deutschen. Ein bedeutender ausländischer Käufer meldet sich: Die Vereinigung ukrainischer Genossenschaften. Sie hat ihren Direktor nach Deutschland geschickt, um landwirtschaftliche Maschinen und andere Waren einzukaufen; zunächst für 50 Millionen Mark. Auch die 50 Millionen Mark sind da! Die Genossenschaften haben sie im Februar 1919 beim ukrainischen Finanzministerium eingezahlt und sind dafür auf den ukrainischen Staatsfond von 350 Millionen Mark in Berlin akkreditiert worden. Einige Monate später wurde dieser Fonds beschlagnahmt. Warum, das kann hier auf sich beruhen bleiben. Keinesfalls durfte die Beschlagnahme das wohlerworbene Recht der Genossenschaften auf die 50 Millionen Mark aufheben. Trotzdem werden sie ihnen verweigert. Warum, daß weiß kein Mensch. Vielleicht wissen es nur die reaktionären und geschäftlich tüchtigen großrussischen „Freunde" der Wilhelmstraße. Sie kennen die Wege und wissen, auf wen es ankommt. Jedenfalls nicht auf die wechselnden Persönlichkeiten unserer Außenminister. Diese sind manches Mal nur Fassade, hinter der die Politik gemacht wird; in diesem Fall unsere Außenpolitik. Deren Absichten brauchen nicht angegriffen zu werden; im Ergebnis dient sie großrussischen und nicht deutschen, reaktionären und nicht demokratischen Interessen. Die ukrainischen Genossenschaften aber werden zur Entente getrieben, wo man nur auf sie wartet. Die Herren Gailhard-Bancel und De Monzie haben es in der Deputiertenkammer und im Senat in Paris recht deutlich gesagt. Die deutschen Industrien können sich bei dieser wahrhaft inspirierten Politik bedanken. Vermutlich werden die Ukrainer unter solchen Umständen auch das Wiederkommen verlernt haben, wenn eines Tages „einladende" Winde in Deutschland wieder wehen.

Digitized by Google

Das soziale Evangelium

Von Dr. Paul Rohrbach

Am 23. und 24. Juni tagt in Berlin im Stadtmissionshaus der Evangelisch-Soziale Kongreß, zum 27. Male seit seiner Begründung. Das Programm ist folgendes:

Mittwoch, den 23. Juni: 1. Referat: Lic. Dr. Paul Rohrbach, Berlin, und Pastor Mennicke, Berlin: Das soziale Evangelium im neuen Deutschland. 2. Referat: Prof. Dr. Walter Goetz, Leipzig und Privatdozent Lic. Tillich, Berlin: Masse und Persönlichkeit.

Donnerstag, den 24. Juni: 3. Referat: Oberlehrer Hans Schlemmer, Berlin und Pastor Dehm, Berlin: Die Erhaltung der Kirche als sozialer Faktor.

Ich stehe mit dem Evangelisch-Sozialen Kongreß in alter und enger Fühlung, bin vor zwei Jahrzehnten sein Generalsekretär gewesen, gehöre auch jetzt noch seinem Aktionsausschuß an und habe schon vor einem Jahr darauf gedrängt, daß wieder eine Tagung einberufen werden möge. Das ist nun geschehen, und zwar mit einem Programm, dessen drei Themen uns in den Kern der religiös-sittlichen Weltfrage führen, die sich heute vor unseren Augen erhebt. Kurz gesagt ist es die Rettung der Menschheit durch die Religion, und zwar die soziale Religion, das soziale Evangelium. Dieses steht den Kräften gegenüber, die es ergreift, mit denen es sich auseinandersetzt, die um die diesseitige Organisationsform der überweltlichen Idee ringen: Persönlichkeit, Masse, Gesellschaft, Kirche.

Der Anfang des sozialen Evangeliums liegt bei den alten israelitischen Propheten, und sein ältestes Denkmal sind jene Verse bei Amos:

> Hinweg von mir mit den Geplärre deiner Lieder; das Rauschen deiner Harfen mag ich nicht hören!
>
> Recht sollt ihr sprudeln lassen wie Wasser und Gerechtigkeit, wie einen nimmer versiegenden Bach.

Von wo kam dem Propheten diese Weisheit? Von wo kam ihm der Spruch, daß die Höhen Isaaks verwüstet und die Heiligtümer Israels zerstört werden sollten? Jahve hatte ihn hinter der Herde weggerufen und zu ihm gesprochen: „Tritt gegen mein Volk Israel als Prophet auf!" In der Wüste hatte Israel seinen Gott gehabt, aber der hatte ihm keine Ordnungen gegeben für das Leben in dem eroberten Kulturlande. In der Steppe hat derjenige, der mehr Reichtum, d. h. mehr Vieh besitzt, schönere Waffen, mehr Weiber und eine gewichtigere Stimme im Rat. An der sozialen Gleichheit der Stammesgenossen ändert es im übrigen wenig, ob einer drei Kamele besitzt oder tausend. Als die Israeliten Kanaan eroberten, bekam jeder seinen Anteil als freies Erbe und Eigentum zugewiesen; Stammesälteste und Fürsten hatten größeres Gut und mehr Ansehen als der gemeine Mann, aber kein besseres Recht. Allmählich

Digitized by Google

aber wurde das Eroberervolk auch von den Uebeln der Kultur des Landes und des Volkes ergriffen, das dort seit alters her ansässig war, und mit dem es sich vermengte. Bald gab es Arme und Reiche auch in Israel, Freie und Unfreie, Fresser und Gedrückte. Es gab Geldwirtschaft, Landkauf, Handel, Schuldrecht, Pfandschaft; hier Reichtum, dort Dürftigkeit; hier Uebermut, dort Hilflosigkeit und Mangel, bei denen, die sich nicht in ihrem Erbe hatten halten können. In der alten Zeit, da hatten Recht und Sitte, Gottesvorstellung und Kultus eine Einheit gebildet; wer wissen wollte, was Recht sei, der ging zum Priester und ließ Jahve befragen; Jahves Thora war Quelle des Rechts. Für die neuen Dinge aber, für die sozialen Probleme, die mit der Aufnahme der kanaanitischen Kultur zusammenhingen, war keine Thora da; die „Zehn Gebote" sind um Jahrhunderte jünger als die ersten Propheten, und sie selbst sind erst ein Niederschlag des religiösen Prophetismus im Sittengesetz.

Was sagte Jahve zu den Dingen, die in Israel geschahen, seit es ein Kulturvolk geworden war? Was sagte er zur Unterdrückung der Armen und zur Verachtung der Niedrigen? Was sagte er zur Rechtsbeugung gegen den Schwachen, zu Kornwucher, zu Lug und Trug im Handel? Der Volks- wie der Priesterglaube jener Tage ließen Jahve mit diesen Dingen unbehelligt; Jahve begehrte seine Opfer und daß man ihm diente, wie die Väter ihm gedient hatten; was hatte er mit sozialer Gerechtigkeit zu tun? An der Antwort auf diese Frage hing die Entwicklung der Religion. Die Propheten fanden die Antwort. Amos erkannte, daß Gott an Israels Kälbern und Saitenspiel nichts lag, und daß seine Macht nicht aufhörte, wo das Land der Philister oder das von Damaskus begann. Sollte Gott weiter das Gras und das Vieh wachsen lassen und die Wolken am Himmel führen; das Schreien der Menschenseele nach Gerechtigkeit und Menschlichkeit aber sollte fern von ihm sein? Nimmermehr! Sein Wille und Recht war es, daß der Mensch auf Erden leben und vor niemandem erzittern solle als vor ihm, seinem Gott. Darum lodert der Zorn Jahves in die Höhe, wo der Mensch den Menschen tritt und das Leben eines Geborenen vor Seufzen vergeht, daß ihm sein Recht nicht wird und Barmherzigkeit von ihm fern bleibt. Deshalb schmettert Amos am Herbstfest am Altar zu Bethel den Donner Jahves auf das Haupt der vor Jahve Opfernden und Schmausenden, und vor allem die Priester — sie, die für Geld den Rechtschaffenen verkauften und den Dürftigen um eines Paares Schuhe willen; sie, die nach den Erdkrümchen auf den Köpfen der Geringen gierten und das Recht der Notleidenden beugten:

Recht sollt ihr fließen lassen wie Wasser!
Gerechtigkeit wie einen nimmer versiegenden Bach!

Damit war das Einheitsverhältnis zwischen Religion und Sittlichkeit hergestellt, das primitivere Religionsstufen, zumal im Nomadismus, kaum

Digitized by Google

ahnten, nicht kannten. Aus dem Zusamemntreffen einer entwickelten Kultur mit einer primitiven Religion erwuchs der Sieg der höheren religiösen Idee durch die prophetische Offenbarung vom Gottesdienst der sozialen Gerechtigkeit.

*

Mehr als acht Jahrhunderte später brechen die Keime, die im Prophetismus gelegt waren, zur Blüte des Evangeliums Jesu auf. Wiederum ist es der Gegensatz von Religion und Kultus auf der einen, sozialer und Menschenpflicht auf der anderen Seite, aus der sich die Predigt vom Verhältnis der Gottes- und Menschenliebe in der Religion erhebt. Die Rechtgläubigen jener Tage banden schwere Lasten mit Ritus und Kultus, mit Opfern und Zehnten, aber sie rührten keinen Finger, um sie dem Armen tragen zu helfen. Das Volk, sprachen sie, das nichts vom Gesetz weiß, ist verflucht! Der reiche Bauer saß inmitten seiner Kornspeicher und Oelkelter und der gesetzestreue Kapitalist machte seine harten Geldgeschäfte. Recht und Gottesdienst waren zugeschnitten auf die Bedürfnisse und die Leistungsfähigkeit der Besitzenden, nicht der Armen. Unter den großen religiösen Impulsen in der Seele Jesu war es einer der am stärksten treibenden, daß Gott nicht ein Gott der Satten, Gerechten und Besitzenden sei, sondern ein Vater aller Menschen, vor allem der Armen und auch der Sünder, die sich zu ihm kehrten. Die scharfe Verurteilung der bestehenden Religiosität bei der jüdischen Gesetzespartei gründete sich bei Jesus auf den Hochmut und die soziale Härte und Lieblosigkeit der Gegner. Sein Evangelium reicht religiös viel weiter, als daß man es erschöpfen könnte mit Worten wie „das Evangelium der Armen" oder ähnlich. Es ist aber emporgestiegen aus dem Gegensatz, in dem sich die Religion als Gottesdienst, Wissenschaft und Kultus zur Uebung der Nächstenliebe befand, d. h. mit dem religiös ausgelegten menschheitlich-sozialen Prinzip. Wir haben uns hier nicht damit zu beschäftigen, welche Wendungen und Entwicklungen das Christentum als Lehre und als gefühlsbewegende Kraft seitdem durchgemacht hat, sondern wir wollen hier zurück auf das soziale Element des christlichen Urevangeliums. Aus diesem ist es mitgeboren, aus diesem hat es einen entscheidenden Teil seiner Kraft zur Welteroberung gezogen, und um dieses handelt es sich heute bei der Frage, ob die christliche Religion noch die Stärke zu einer sittlichen Erneuerung der Menschheit besitzt.

Die Formel von der „gottgewollten" Weltordnung im Sinne sozialer Klassenordnung ist immer eine Lüge gewesen, aber sie ließ sich mit einem Schein von Wahrheit oder Erträglichkeit umkleiden, so lange die große Mehrzahl derer, die geboren wurden, mit ihrer Geburt zugleich in einen Kreis oder eine soziale Schicht oder Klasse eintraten, in der sie durch die Zugehörigkeit auch eine gewisse Daseinssicherheit erhielten. Das war bei

Digitized by Google

sei, so führte ich aus, die Problemstellung der italienischen inneren und auswärtigen Politik so zwangsläufig, daß kein anderes Programm als das Nittis, das man etwa das des europäischen Wiederaufbaus nennen kann, möglich sei. Deswegen hatte ich Nitti als den einzigen Mann bezeichnet, der Italien zurzeit regieren könne. Kurz darauf trat das Kabinett Nitti am Tage, an dem es sich der Kammer vorstellte, zurück, und schon in jener Stunde galt es als ausgemacht, daß Giolitti zur Nachfolge ausersehen sei. — —

Die Leser dieser politischen Wochenschrift, denen die Entwicklung Italiens zu verdeutlichen ich durch das Vertrauen der Schriftleitung berufen bin, haben einen Anspruch darauf, diese scheinbare Fehlprognose erklärt zu sehen, wobei ich den Fehler vieler Politiker zu vermeiden suchen werde, unfehlbar sein zu wollen. Die Politik ist keine Wissenschaft, geschweige denn eine exakte; ihre akuten Lösungen können, so oft es auch versucht wird, nicht mathematisch berechnet werden, sondern sind, wie die des Lebens, vielfältig und werden oft im letzten Augenblick durch unausgesprochene, manchmal unaussprechliche Ereignisse beeinflußt und auf Umwege getrieben, ohne daß freilich dadurch die Schwere der großen, die Politik bestimmenden Kräfte gänzlich aufgehoben wird. Sehen wir zu, wie diese Erfahrung in Italien zwischen der Bildung des dritten Kabinetts Nitti und der Wiederberufung Giolittis sich bestätigte. — —

Der Wiedereintritt des von den Kriegsbegeisterten im Mai 1915 geächteten Staatsmannes in die italienische Politik wurde möglich, als sich seine trüben Voraussagen zu bewahrheiten begannen. Nachdem er in den ersten beiden Kriegsjahren von 1915—1917 in Zurückgezogenheit gelebt und sich auf gelegentliche Aeußerungen im Provinziallandtage beschränkt hatte, war er nach der Niederlage von Caporetto, als der Staat zusammenzubrechen drohte, zum erstenmal wieder in der Kammer erschienen und hatte die politische Führung derer wieder übernommen, die im Krieg ein Unglück für Italien erblickten. Die militärische Katastrophe konnte vermieden werden, und der Zusammenbruch der Mittelmächte reihte Italien sogar in die Kategorie der Weltsieger ein; aber der politische und wirtschaftliche Pessimismus, mit dem der Giolittische Neutralismus den europäischen Krieg betrachtet hatte, behielt recht und wurde durch den Frieden von Versailles nur bestätigt. Diese praktische Rehabilitierung seiner Ideen und Auffassungen vom Kriege, die seit Monaten die öffentliche Stimmung in Italien drastisch genug illustriert, legte sicherlich die Frage nahe, ob und wann Giolitti selbst wieder zur Leitung der Politik berufen werden würde. In der Tat hatten die Parteien, welche die Konsequenzen aus seiner Kritik der Ereignisse zogen und die völlige Liquidierung des Krieges durch ehrliche Versöhnung nach außen und nach innen durch wirtschaftlichen Aufbau des zerrütteten Staates zu ihrem Programm

Digitized by Google

machten, die Sozialdemokratie und die Katholische Volkspartei, in den Novemberwahlen des vorigen Jahres einen vollen Sieg errungen; die nationalistische und kriegerische Richtung wurde fast ganz ausgeschaltet und die für den Krieg Verantwortlichen in die politische Totenkammer geworfen. Dennoch hatten Giolitti selbst und die kleine Gruppe der persönlich ihm verbundenen Politiker bei den Wahlen an diesem Erfolg ihrer Ideen keinen Anteil gehabt, so daß Nitti, der Mann, der aus Giolittis politischem Kreis stammte, bei Ausbruch des Krieges und während desselben aber wie viele vorbehaltlos in die Front der neuen nationalen Politik eingeschwenkt war, als geeignet befunden wurde, den von der Lage Italiens gebotenen, von der Volksstimmung geforderten Uebergang der Politik einzuleiten, deren Ziel die Wiedererlangung der nationalen Selbstbestimmung auch gegenüber den Kriegsverbündeten und die Durchsetzung der italienischen Rechte aus der Beteiligung am Kriege ist. Die Durchführung dieser Giolittischen Politik durch einen Mann, der die Gehässigkeiten jener großen Krise im Frühjahr 1915 hatte vermeiden können, weil er damals in zweiter Linie stand, schien dem klugen, vermittelnden und persönlichen Reibungen gern ausweichenden Charakter italienischer Politik angemessen, und die Tatsache, daß ihm zum drittenmal in wenigen Monaten bei ungünstigster Parteikonstellation die Bildung des Kabinetts anvertraut werden mußte und konnte, zeigte, daß er dieser Aufgabe mit Geschick und Energie Herr zu werden wußte. In der Tat hatte Nitti in der auswärtigen Politik die Wendung resolut vollzogen, nicht im Sinne einer Abkehr vom Bündnis mit den Westmächten und einer Annäherung an Deutschland — dies konnte und kann nur politischer Unverstand erwarten —, sondern dadurch, daß er die Autonomie der italienischen auswärtigen Politik kräftig betonte, das Ziel der wirklichen Kriegsbeendigung vertrat, auch dort, wo es Frankreich nicht gefiel, und die italienischen Ansprüche auch gegen die Konferenz von Paris und London und gegen die Ukase aus Washington aufrechterhielt. Er verhandelte mit Oesterreich, als Paris noch auf den Ton des Diktats gestimmt war, wie mit einem Gleichberechtigten, proklamierte die Notwendigkeit der politischen und wirtschaftlichen Aufrichtung Deutschlands und Rußlands, beantragte, allerdings vergeblich und von England im Stich gelassen, die Zulassung Deutschlands schon zur Aussprache in San Remo, setzte mit England die Einladung Deutschlands zur Konferenz nach Spa durch und verweigerte die Lösungen der Fiumaner und dalmatinischen Frage, wie sie Italien von seinen Bundesgenossen zugemutet worden waren.

Mit all diesem handelte er zweifellos ebenso im Geiste Giolittis wie nach dem Willen der Volksmehrheit, und von diesem Punkte aus wäre wohl seine Stellung unerschütterlich gewesen, wenn nicht die Schwierigkeiten der inneren Politik seine Lage gerade in den Tagen zwischen Kabinetts-

Digitized by Google

bildung und Einberufung der Kammer unhaltbar gemacht hätten. Ungeschicklichkeit der römischen Polizei, deren Nervosität bei Demonstrationen am Jahrestag der Kriegserklärung blutige Opfer gefordert hatte, die Erhöhung des Brotpreises auf dem Verordnungswege, die Verhaftung dalmatinischer Nationalisten in Rom ließen die Oppositionslust der Parteien anschwellen; ungünstige Episoden in der auswärtigen Lage, wie die Nichtbeachtung Italiens bei der Aussprache von Hythe zwischen England und Frankreich, Schwierigkeiten in Tripolis und in Albanien, gaben der Opposition nationale Töne, und endlich scheint durch persönliche Angriffe, die eine unter den Abgeordneten verbreitete Broschüre gegen Nitti erhob, und auf deren Inhalt wir weder eingehen können noch wollen, die Stellung des soeben berufenen Ministerpräsidenten so unterhöhlt worden zu sein, daß er es vorzog, den Platz zu räumen.

Jetzt erst wurde zur Durchführung der Politik Giolittis seine Wiederberufung selbst gebieterische Notwendigkeit. Der 78jährige, der zwar noch frisch und in vollem Besitz seiner geistigen und körperlichen Kraft, es doch nicht mehr unternehmen konnte, im Spiel des Parlamentarismus nach oben zu steigen um wieder zu sinken, mit der Gewißheit, bald wieder oben zu sein, hatte gewartet, ob die Notwendigkeit und der Verbrauch aller anderer Möglichkeiten ihn zuletzt rufen werde; er ergreift das Ruder erst jetzt, nachdem auch seine Feinde den letzten Vorwurf gegen ihn zurückziehen und nachdem er gewiß sein kann, daß niemand seiner Herrschaft andere als patriotische Motive zuschreiben kann. Den Triumph der persönlichen Rehabilitierung hätte der kühle, abgeklärte, durch eine lange ehrenvolle und erfolgreiche Laufbahn saturierte Piemontese sicherlich nicht gesucht, nachdem der Lauf der Begebenheiten ihm ohnedies in fast allem Recht gegeben hatte, wenn nicht der Ruf des Königs und des Landes, diesmal phrasenlos, als nationale Forderung an ihn ergangen wäre. Daß er sich aber für diese letzte Möglichkeit aufgespart und gerüstet hatte, ging daraus hervor, daß er zu Beginn der vorletzten Kabinettskrise mit einem politischen Programm hervortrat, das die Versöhnung mit seinen Gegnern anbahnte. Er ließ die Forderung, daß die Kriegsurheber von einem Staatsgerichtshof abgeurteilt werden sollten, fallen, verlangte die Durchführung des Londoner Vertrages, den sein alter Widersacher Sonnino geschlossen hatte, die Selbstbestimmung italienischer Gebiete außerhalb des Vertragsinhalts und stellte eine großzügige Finanzreform mit Versöhnung der Sozialisten in Aussicht; die von ihm proklamierte Freiheit der Schule, durch die er die Leistungen der Staatsschule in der Konkurrenz mit der privaten Unterrichtsanstalt anspornen und erhöhen will, erfüllt zugleich einen wichtigsten Programmpunkt der katholischen Partei. Prinzipiell bedeutet sein Programm nach außen Geltendmachung des italienischen Anspruchs auf Dalmatien und Fiume, nach innen friedliche Auseinandersetzung mit dem stark revolutionär und bolschewistisch

Digitized by Google

gefärbten Sozialismus, wie er aus den Wahlen hervorgegangen ist, und Zusammenarbeit mit dem nun parteipolitisch organisierten Katholizismus. Alle diese Aufgaben stellen ihn zweifellos vor die größten Schwierigkeiten, aber sie entsprechen den grundsätzlichen Wünschen des ganzen Volkes. Die Forderung nach einer erfolgreichen Auseinandersetzung mit den Jugoslawen, die Italien in den unbestrittenen Besitz der Herrschaft über die Adria setzt, wird nur von dem linken Flügel der Sozialdemokratie für unerheblich geachtet; in dem Ziel aber, die Sozialdemokratie für die positive Mitarbeit im konstitutionellen Staat wiederzugewinnen, die revolutionäre Tendenz durch Güte oder, wenn es sein muß, durch die künstlich überzeugende Macht des Stimmzettels bei Neuwahlen zu schwächen und den gemäßigten alten Führern Turati und Treves den Einfluß in der Partei wiederzugeben, sind alle bürgerlichen Parteien einig.

Das Ministerium, das er auf dieses Programm verpflichtet hat, umfaßt alle bürgerlichen Parteien mit Ausnahme der Nationalisten, aber es enthält Männer wie den Führer des rechten Flügels der Katholischen Volkspartei Meda, die im Kriege im Strome der Interventionspolitik kräftig mitschwammen. Die Brücke zum Sozialismus und zu einem radikalen Reformprogramm schlagen Männer wie der Reformsozialist Bonomi und der freie Sozialist Labriola aus Neapel, ein Gelehrter von Ruf und Politiker mit Geist und selbständiger Gesinnung. Daß der Philosoph Benedetto Croce als Unterrichtsminister in das Kabinett eintrat, zeigt das verständige und kluge Bedürfnis Giolittis, das geistige Italien, das dem praktischen Parlamentarier und nüchternen Geschäftspolitiker immer skeptisch gegenüberstand, an seine Aufgabe der Wiedererneuerung Italiens zu fesseln; aus dem Wohlwollen und freundschaftlichen Verständnis, das Croce, der Verbreiter Hegelscher Philosophie und Verkünder Goethes in Italien, in seinem ganzen Lebenswerk Deutschland gegenüber gezeigt hat, sollten wir übertriebene politische Schlüsse nicht ziehen, so sehr es uns freuen mag, daß die italienische Politik so vorurteilslos geworden ist, das geistige Haupt des Neutralismus, den Verfasser des Buches „Das Bleibende an der Philosophie Hegels" und den Nachdichter der schönsten Goetheschen Poesien zu einer politischen Rolle zuzulassen in einer Zeit, die noch voll ist von Haß und Ablehnung.

Hier sei es nun noch gesagt, daß man in Deutschland an die Berufung Giolittis den Maßstab neuerworbenen politischen Verständnisses anlegen möge, wenn solches überhaupt erworben wurde. Schon die gemeinhin in Deutschland geltende Vorstellung, Giolitti sei ein deutschfreundlicher Staatsmann, ist in dem groben Sinn, in dem er Hoffnungen nährt, falsch. Giolitti hat keinerlei Neigungen für irgendein anderes Land als für Italien. So wenig er die Franzosen haßt, so wenig liebt er die Deutschen; ein längerer, durch politische Verbannung vor vielen Jahren erzwungener

Digitized by Google

Aufenthalt in Berlin hat kaum merkbare Spuren in seiner Seele hinterlassen, die zu autochthon piemontesisch, zu sehr verwachsen ist mit diesem nüchternen, bürgerlich-demokratischen, stolzen und skeptischen Volkstum, als daß das Deutschland der Jahrzehnte vor dem Kriege irgendeinen wärmeren Klang aus ihr schlagen konnte. Er exekutierte das alte Bündnis als treuer Sohn Italiens und der Dynastie, aber mit allen Vorbehalten eines zu nationalem Egoismus verpflichteten italienischen Patrioten. Deswegen billigte er völlig die Neutralitätserklärung Italiens am 4. August 1914, die er ein Jahr vorher schon in der Aussprache mit Berlin und Wien wegen Serbiens antizipiert hatte. Er war gegen die Beteiligung Italiens am Kriege, weil er jeden Krieg für ein Unglück hält und weil er diesen Krieg für unnötig, leichtfertig und schädlich hielt wegen der inneren Verwüstungen, die er nach seiner Voraussicht anrichten werde, und wegen der neuen Abhängigkeit, in die er Italien bringen würde, wenn es der Entente gelang, Deutschland als europäische Macht und als Weltgewicht zu unterdrücken. Ob er zu dem neuen Deutschland irgendein Verhältnis gewonnen hat, bezweifle ich, weil er als exakter Rechner nur mit festen Zahlen rechnet. Er wird uns nicht hindern, eine positive Größe wieder zu werden, wird es vielleicht wünschen, aber er wird im wesentlichen uns selbst dafür sorgen lassen.

Danach ist vom deutschen Standpunkt aus zu bewerten, was Giolitti tun wird und tun kann. Er hat die Aufgabe, Italien außenpolitisch zu befriedigen und ist dabei auf Unterstützung, Einsicht und guten Willen der Westmächte angewiesen. Diese Hilfe sich zu sichern, wird er auch ein Bekenntnis zu dem von seinen Gegnern geschlossenen Bündnis nicht scheuen und darin vielleicht sogar zunächst weitergehen, als es ein italienischer Staatsmann tun würde, dessen die Entente sicher ist. Aber diese wird in ihm keinen Diener und Vasallen finden, sondern einen zähen, selbstbewußten Partner, der sich keine Bindungen auferlegen läßt, die ihm nichts eintragen. Es ist ein Zeichen hoher politischer Disziplin, daß die französische Presse die Rückkehr des Staatsmannes, den sie in den letzten sechs Jahren ungestraft mit Schmutz bewerfen durfte, im allgemeinen gelassen und respektvoll hinnimmt, und es wäre zu wünschen, daß die deutsche Oeffentlichkeit die Berufung Giolittis mit maßvollen Hoffnungen begleitet und jeden Ausdruck der Enttäuschung unterläßt, wenn seine künftigen Handlungen dem Bilde nicht entsprechen sollten, das eine unpolitische Betrachtungsweise fremder Dinge und Interessen von ihm entworfen hat. Genug, daß Italien das erste der kriegführenden Länder ist, das den mutigen Entschluß gefunden hat, sogenannte kompromittierte Männer an die Spitze des Staates zu rufen. Wir können uns diesen Fortschritt klarmachen, wenn wir uns vorstellen, was es bedeuten würde, wenn Frankreich etwa Caillaux oder England einen der Männer mit der

Digitized by Google

Leitung seiner Politik beauftragen würde, die im August 1914 im Kabinett Sir Eduard Greys gegen den Krieg mit Deutschland stimmten. Wenn die Rückkehr Italiens zu Giolitti aufgefaßt werden darf als der Anfang einer Rückkehr der Welt zur Vernunft, so werden sich alle Hoffnungen erfüllt haben, die Deutschland an dieses Ereignis der italienischen Politik vorerst knüpfen darf.

England und Rußland

Von Leopold Buchholz

Die Widersprüche und Unklarheiten in allen Nachrichten und Urteilen über Sowjet-Rußland sind mehr noch ein Erzeugnis der Willenseinstellung als der Erkenntnis. Man muß auf die vergangenen großen Revolutionsepochen der Geschichte, die Reformation, das Jakobinertum oder die Anfänge des Sozialismus zurückgehen, um zu verstehen, wie hier zwischen Partei und Partei ein fast hermetischer Abschluß, nicht nur des äußeren Zwanges, sondern der inneren Verwandtschaft und Gegnerschaft stattfindet. Die heutige (vielleicht schon gestrige) Wirtschaftsordnung weiß, daß in dem Bolschewismus ihr Totengräber vor der Tür steht, und es ist eine eigenartige Mischung aus Gewalt und Ueberzeugung, Furcht, Widerstreben und Ahnung von Unabwendbarem, die den Gegensatz nicht nur auf der Seite der bolschewistischen Primitiven wie etwas Religiöses erscheinen läßt. Es handelt sich in der Tat um Sein oder Nichtsein derjenigen Kultur, in der Europa bisher gelebt hat, mit allen ihren Werten und Unwerten.

In der Haltung Englands zum Problem des Bolschewismus ist es üblich die rein machiavellistische Staatskunst zu sehen, die den gefährlichsten Gegner weit voraus erkennt und ohne die Gewissensbedenken europäischer Kulturgemeinschaft ganz opportunistisch freundlich oder feindlich auf eigene Hand mit ihm fertig zu werden sucht. Das ist zweifellos eine weithin zutreffende Erklärung. Sie stimmt auch mit den Ueberlieferungen der englischen Weltpolitik im 19. Jahrhundert überein. Allen großen revolutionären Bewegungen dieses Zeitraums ist England in derselben Art, ohne legitimistische oder andere sentimentale Bedenken, nähergetreten, um in vorsichtiger Fühlungnahme ihren etwaigen Erfolg als erste Macht für sich auszubeuten. Der Ministerpräsident Lloyd George verkörpert in seiner Person ja durchaus die eigentümliche Vereinigung von Liberalismus und Imperialismus, idealem Schwung und kühlster Berechnung, die für die großen englischen Außenminister Canning, Palmerston, Beaconsfield von jeher bezeichnend war. Aber schon das Beispiel dieser seiner Vorgänger führt tiefer in den Gesamtkomplex der englischen Innen- und Außenpolitik als eines Ganzen hinein. Man vergesse doch nicht, daß die

Digitized by Google

großen Denker des englischen Imperialismus immer zugleich diejenige innerpolitische Richtung vertraten oder doch maßgebend berücksichtigten, von deren Befolgung das ruhige Gleichmaß der englischen Gesellschafts- und Verfassungsentwicklung abhing. Wie Canning und Palmerston die liberale Befreiung von der Reaktion der napoleonischen Kriege, so stellte bekanntlich Beaconsfield umgekehrt die neue Weltanschauung eines sozialen Konservatismus dar, die gerade zur rechten Zeit den Ueberschwang des Manchestertums auch im Interesse der breiten Volksmassen zügeln half. Selbst wer Lloyd George persönlich für einen innerlich völlig unbeteiligten Opportunisten hält, darf doch nicht übersehen, daß die Männer und Mächte seiner Regierung, der vielgeschmähten Koalition, aufs neue eine höchst eigenartige Verbindung innen- und außenpolitischer Sicherungen darstellen, die sich den unendlichen Gefahren der ersten Friedenszeit bisher noch immer gewachsen gezeigt hat. Der Deutsche, der in den deutschfreundlichen radikalen Blättern wie in der großen Northcliffe-Presse dauernd die Halbheit und Unaufrichtigkeit der Regierung Lloyd Georges tadeln hört, übersieht, daß sie im Grunde etwas ganz Aehnliches ist wie der Plan einer Vereinigung von Arbeiter- und Unternehmer-Interessen auf ein nationales Arbeitsprogramm, worin heute viele und nicht die schlechtesten Deutschen die einzige Rettung aus den Strudeln des Nachkriegselends erblicken.

Aus einem solchen innerpolitischen Programm ergeben sich für die Behandlung des Bolschewismus sehr bedeutsame positive Folgerungen. Es ist mehr als die taktische Rücksicht auf die Arbeiterklasse, die Lloyd George zu einer vorurteilsfreien Beschäftigung mit den russischen Dingen veranlaßt, wenn auch zuzugeben ist, daß er ganz besonders klar erkannt zu haben scheint, wie heute in der Tat die große Masse der europäischen Arbeiterschaft, weit über die eigentlich kommunistischen Kreise hinaus, das russische Experiment zwar nicht als ein Ziel, aber doch als ein Ideal betrachtet. Im Rahmen des angedeuteten innerpolitischen Sammlungsprogramms kann vielmehr die Vorstellung vom Kampf gegen den Umsturz, der für so breite Schichten des Volkes kein Umsturz mehr ist, gar nicht mehr die Rolle spielen, die sie bei den festländischen Regierungen noch immer spielt. So wie die Gedanken des Liberalismus und der parlamentarischen Demokratie einst das völkerverbindende Element waren, mit dem der politische und wirtschaftliche Einfluß Englands sich über die Welt des 19. Jahrhunderts verbreitete, glaubt man die Möglichkeit zu sehen, daß auch die veränderten Bedürfnisse des 20. Jahrhunderts, die Abkehr vom demokratischen Individualismus und die Rückkehr zu primitiveren Gemeinschaftsgedanken, in England, wo nicht einen Mittelpunkt, so doch einen verständnisvollen Freund und Ausleger finden könnten. Man muß nur einmal inne werden, bis zu welchem Grade in England, dem

Digitized by Google

klassischen Lande des Parlamentarismus, der Glaube an diesen als das allein seligmachende Prinzip bereits ins Wanken geraten ist, dann wird man die Ueberzeugung der meisten englischen Arbeiterführer, dem Bolschewismus brüderlich nähertreten zu können, ohne darüber Bolschewisten zu werden, weder als listigen Vorwand noch als eitles Hirngespinst abzutun wagen.

Eine andere Frage ist die tagespolitische Auswertung dieser allgemeinen Richtlinien. Aus den vielfach verworrenen Meldungen über die Verhandlungen der englischen Regierung mit der Kommission Krassins ist so viel klar, daß England dabei gegenwärtig gar nicht mehr vereinzelt dasteht. Die Haltung der großen Mächte ist ungefähr die gleiche wie zu den bevorstehenden Verhandlungen mit Deutschland. Es ist allein Frankreich, das hier wie dort durch seine Vergangenheit mit einer Sonderstellung belastet ist. Wie von Deutschland die Wiedergutmachung, fordert es von Rußland zunächst die Anerkennung seiner Anleihen an die Zarenregierung und betrachtet die Wiederanknüpfung von Handelsbeziehungen auch mit Rußland, namentlich wegen der damit verbundenen Goldausfuhr, als Eingriff in seine eigenen Prioritätsrechte. Die beiden anderen maßgebenden Teilnehmer am Obersten Rat, Italien und Japan, verraten in ihrer Haltung immer deutlicher den Glauben an einen positiven Erfolg der Verhandlungen mit Krassin. Gleichzeitig stärken die Waffenerfolge der Bolschewisten gegen Polen die Stellung ihrer Unterhändler, und wer der Anschauung von der Diabolie der englischen Politik huldigt, könnte geradezu auf den Gedanken kommen, daß Lloyd George durch Unterstützung des polnischen Angriffs die unklare Lage im Osten gewaltsam habe klären wollen.

Nur ein großes Fragezeichen steht hinter der englisch-russischen Verbindung. Es ist die imperialistische Rolle Sowjet-Rußlands in Mittelasien, die in der Verdrängung der Engländer aus dem Kaukasus und der englandfeindlichen Revolution in Persien, gerade während Krassins Anwesenheit in London, an einen entscheidenden Wendepunkt geführt hat. Hier steht England vor einer Probe auf die Elastizität und Regenerationsfähigkeit seiner Reichs- und Außenpolitik, die höchstens mit der großen Zeit der napoleonischen Gefahr um die Wende des 18. und 19. Jahrhunderts verglichen werden kann. Durch ihre Beziehungen zu den islamischen nationalen Bewegungen hat die bolschewistische Gefahr einen Umfang angenommen, der über das Gebiet der Gesellschafts- und Verfassungsfragen weit hinaus auf das des Rassen- und Religionskrieges übergreift und vor dem jede Reformbewegung in England und seinem Weltreich zu fast lächerlicher Ohnmacht verurteilt sein wird. Die englische Arbeiterkommission, die soeben aus Sowjet-Rußland zurückgekehrt ist, scheint nur in einem Punkte Meinungsverschiedenheiten mit ihren Wirten gehabt zu haben, und das ist die Identifikation der bolschewistischen

Digitized by Google

Ideen mit der Bekämpfung der englischen Weltherrschaft schlechthin. Noch die radikalsten englischen Arbeiterführer sind zu gute Angelsachsen, um den englischen Kultureinfluß im Orient schlechthin als Unrecht anzusehen, wie sie ja auch zu den Unabhängigkeitsbestrebungen Irlands nur eine sehr zweideutige Haltung angenommen haben. Das Widerspruchsvolle in den englisch-russischen Besprechungen über den islamischen Bolschewismus liegt aber gerade darin, daß dieser von Moskau aus vielleicht noch vorwärts zu treiben, schwerlich aber einzudämmen oder zurückzurufen sein wird, selbst wenn man in Sowjet-Rußland den ehrlichen Versuch dazu machte.

Freilich dürften doch selbst dazu wieder Einschränkungen zu machen sein. Wenn es England gelänge, über die nächstliegende Frage des bolschewistischen Angriffs in Europa auch nur zu einer gewissen Einigung zu kommen, so wäre damit nicht wenig gewonnen. Bereits dann würde die im weiteren Sinne, d. h. im Sinne eines Glaubens an die angelsächsische Kulturmission, gut nationale Gesinnung der englischen Arbeiterschaft für die innerpolitische Entwicklung ein erheblicher Faktor werden, und auch im Orient könnte England noch einmal Glück haben. Es ist nicht zu verkennen, daß das Bündnis der russischen mit der islamischen Revolution, des Apostels Lenin mit dem Machtmenschen Enver, nur auf einer sehr schmalen Grundlage übereinstimmender Eigenschaften ruht und durch jede Verschiebung des gemeinsamen Gegensatzes gegen England nicht unbeträchtlich zu erschüttern wäre. Jedenfalls wird England aus der Auseinandersetzung mit dem Bolschewismus nicht ebenso bedingungslos als Sieger hervorgehen können wie vor einem Jahrhundert aus der mit Napoleon und der französischen Revolution. Das Element der Empörung in der heutigen Welt ist nicht wie damals Bürgertum und Intelligenz, sondern trotz aller Verschiedenheiten des Volkstums und des politischen Denkens die Masse der Unterdrückten überall, gegen deren Urteil es letzten Endes keine Berufung gibt. Das kapitalistisch-imperialistische England des 19. Jahrhunderts wird entweder aufhören müssen zu sein, wie es ist, oder es wird, wenn auch in der langsamen Entwicklung von Jahrzehnten, vielleicht Jahrhunderten, überhaupt zu sein aufhören.

Die polnische Krise

Von * * *

Ähnlich wie die Kabinettkrise in Deutschland und Italien ist die polnische Kabinettskrise nicht lediglich politischer Natur. Sie ist jedoch, ungleich den Krisen in Deutschland und Italien, ein Ausdruck viel tieferer und schwerer Erkrankungen des gesellschaftlichen und staatlichen Lebens als

Digitized by Google

in den zwei genannten Ländern. Die polnische Krise ist dreifach: staatlich-organisch, sozial und formal-politisch. Es hieße den Dingen in Polen nicht auf den Grund gehen, wollte man durch eine Darstellung der Parteiverhältnisse im polnischen Landtag und der Verhandlungen der einzelnen Gruppen in der polnischen Volksvertretung die Krise, die Polen gegenwärtig durchmacht, charakterisieren. Die Aufzählung der vielen kleinen, das politische Leben Polens gegenwärtig beherrschenden Fragen hieße vor lauter Bäumen den Wald nicht sehen. Darum ist es angebracht, von den Grundlagen des neuen polnischen Staates zu reden, damit man den Schlüssel für die vielen Krankheitserscheinungen Polens in der Hand habe.

Man muß sich vor Augen halten, daß das von den Polen gegenwärtig besetzt gehaltene Gebiet zum größten Teile fünf Jahre hindurch Kriegsschauplatz war. Die Folgen dieser Tatsache sind: völlige Vernichtung des wirtschaftlichen Lebens, als da sind: Zerstörung der Fabriken, Zerrüttung des Verkehrswesens, Verkümmerung der Landwirtschaft durch Abnutzung der landwirtschaftlichen Geräte und Verminderung des Inventars, Ueberschwemmung des ganzen Gebietes mit wertlosen Geldscheinen verschiedenster Währung, verschiedener Emissionen und dergl. mehr. Als Folge dieser Zustände: Zersetzung der sozialen Schichtung, Steigerung der in Polen seit jeher heimisch gewesenen Bestechlichkeit bis in die äußerst möglichen Grenzen, Lebensmittelwucher, Preistreiberei, Verelendung der Arbeiterschaft, Arbeitslosigkeit, Anwachsen des Lumpenproletariats, erhöhter Gegensatz zwischen Stadt und Land, Anschwellen radikaler Tendenzen rechts und links. Zusammengenommen das Bild eines Staates, in dem es keine allgemein anerkannte Autorität gibt und in dem die Machtverhältnisse letzten Endes labil sind. Dieser tatsächliche Zustand Polens wird verschleiert dadurch, daß die polnische Regierung eine große Armee unterhält, mit deren Hilfe sie die sozialen Gegensätze und die wirtschaftliche Anarchie im Lande nicht zum Ausbruche gelangen läßt bzw. unterdrückt.

Viel wichtiger jedoch als der Zustand in Kernpolen selbst für die Beurteilung der Lage Gesamtpolens ist der Umstand, daß die gegenwärtige polnische Regierung und ihre Armee gezwungen sind, ein ungeheures Gebiet, das zum größten Teile nicht polnisch ist, zusammenzuhalten. Sogar nach polnischen Statistiken gibt es auf dem Gebiete des gesamten historischen Polens nicht mehr als 17½ Millionen Polen polnischer Nationalität. Der Rest, ungefähr doppelt so viel, nahezu 35 Millionen, ist nicht polnisch und den Polen feindlich gesinnt. Die polnische Armee, rekrutiert nur aus den Reihen der Polen, ist also gezwungen, nicht nur in Polen selbst Ordnung zu halten, sondern auch über 30 Millionen fremder Untertanen zu bändigen und überdies einen Krieg gegen Rußland zu führen. Das ist eine Aufgabe, deren Erfüllung selbst einer dreimal so starken Armee wie der polnischen auf die Dauer unmöglich wäre.

Digitized by Google

Der polnische Staat, wie er sich heute präsentiert, leidet also an einer konstitutiven Krankheit: er versucht ein Prinzip durchzuführen, das im Weltkrieg kläglich Schiffbruch gelitten hat. Wir meinen damit den Nationalitätenstaat. Es ist kein Zufall, daß die ersten und vollständigsten Opfer dieses Weltkrieges Rußland, Oesterreich und die Türkei gewesen sind. Alle drei waren Nationalitätenstaaten, und infolge der vorhandenen zentrifugalen Kräfte gingen sie unter den Erschütterungen des Weltkrieges und der militärischen Niederlage in Splitter, während zum Beispiel das von der Entente in viel höherem Maße gehaßte Deutschland im großen und ganzen in seiner Einheit erhalten blieb. Trotzdem versuchte Polen, zahlreiche Fremdvölker einzuverleiben, obwohl es nicht einmal imstande ist, aus eigener Kraft den Wiederaufbau Kernpolens in gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Beziehung durchzuführen.

Will man also von der gegenwärtigen Krise in Polen sprechen, so muß man von zwei Gesichtspunkten ausgehen. Erstens, daß das gegenwärtige Polen, d. h. fast alle polnischen Parteien, offen oder verhüllt der Idee des polnischen Imperialismus fröhnen, zweitens, daß infolge des Weltkrieges und der mit ihm verbundenen wirtschaftlichen Zerstörungen in Polen eine schwere gesellschaftliche Zerrüttung vorhanden ist.

Die Idee des Imperialismus ist in der gesamten polnischen Oeffentlichkeit dermaßen stark, daß sich ihr kein einziger polnischer Politiker entgegenzusetzen vermag. Offen und rücksichtslos für das historische Polen innerhalb der Grenzen von 1772, d. h. für eine Hegemonie Polens treten die polnischen Nationaldemokraten ein, die für eine glatte Annexion von Littauen, Weißrußland und der Ukraine fast bis an den Dnjepr sind. Die Nationaldemokraten verlangen andererseits aus kapitalistischen Gründen, um sich den großen russischen Markt nutzbar zu machen, eine direkte Grenze mit Rußland, das jedoch vorher von der bolschewistischen Herrschaft befreit werden müßte. Die Nationaldemokraten sind somit in dieser Weise Verbündete jeder russischen Gegenrevolution und Gegner des Selbstbestimmungsrechtes der russischen Randvölker. Sie begegnen sich in dieser Auffassung mit den reaktionär-französischen Kreisen, stehen jedoch wegen ihres Anspruches auf litauische, weißruthenische und ukrainische Gebiete in einem Gegensatz zur russischen Bourgeoisie, die im Falle der Wiedererrichtung des alten Rußlands höchstens die volle Unabhängigkeit Polens, nie aber die Annexion russischer Randgebiete durch Polen dulden würde. Die Auffassung der polnischen Nationaldemokraten birgt also die Gefahr einer kommenden Abrechnung zwischen Polen und dem wiedererrichteten Rußland in sich.

Im Gegensatz zu den Nationaldemokraten stehen in größerem oder kleinerem Maße die andern polnischen Parteien. Auch diese sind vom Gedanken der polnischen Großmachtstellung fasziniert, sehen aber die Gefahren eines russisch-polnischen Zusammenstoßes voraus. Sie möchten nun

Digitized by Google

von Rußland durch eine Reihe von Pufferstaaten geschieden sein. Sie erklären demgemäß für das freie Selbstbestimmungsrecht der russischen Randvölker einzutreten, deren Losreißung von Rußland sie verlangen und zu deren Befreiern und Wortführern sie sich gerne machen wollen. Diese Orientierung wird in Polen als „föderalistische" bezeichnet. Ihr Hauptvertreter ist der polnische Staatschef Pilsudski, der von der polnischen Sozialdemokratie unterstützt wird.

Nationaldemokraten unter Führung von Roman Dmowski und Stanislaus Grabski einerseits, der Staatschef Joseph Pilsudski, unterstützt vom Sozialistenführer Daszynski andererseits, sind die Gegenspieler in der Frage der polnischen Ostpolitik. Die einen sind aufrechte Reaktionäre und Annexionisten, die andern sind mit demokratischem Oele gesalbte Imperialisten, und beiden gemeinsam ist die schlotternde Angst vor der Revolution im Innern und dem Bolschewismus an der Grenze, in dem sie nicht nur den sozialen sondern auch den nationalen Feind erblicken.

Für den Krieg gegen Rußland, beziehungsweise für dessen Fortführung, waren beide polnischen Gegenspieler, denn der Krieg bedeutete eine Ablenkung aus allen inneren Nöten auf das auswärtige Gebiet. Nur waren die Nationaldemokraten viel konsequenter. Sie begriffen, daß dieser russisch-polnische Krieg ein Kampf um die Hegemonie in Osteuropa ist. Sie wollten ihn also nur für sich und nicht für eine angebliche Befreiung der Ukrainer führen. Sie hofften insgeheim gerade auf Kosten der Ukraine zu einem Friedensschluß mit Rußland zu gelangen; denn sie verstanden instinktiv, daß sowohl Polen als auch Rußland eigentlich ein gemeinsames Kriegsziel haben: die Entstehung eines selbständigen ukrainischen Staates unmöglich zu machen. Würde nämlich eine ethnographische Ukraine entstehen, so gäbe es in Osteuropa drei größere Staaten: Rußland, die Ukraine und Polen. Die Ukraine wäre das Zünglein an der Wage und von einer russischen oder polnischen Hegemonie könnte in dem Falle keine Rede mehr sein. Darum verlangten die Nationaldemokraten eine Teilung des ukrainischen Gebietes zwischen Rußland und Polen, um sich nicht den Weg für die Vormachtstellung in Osteuropa zu verlegen.

Pilsudski war auch für die Fortsetzung des Krieges, in erster Linie, um den Bolschewismus zu bekämpfen. Zu diesem Zwecke gab er vor, die Ukraine befreien zu wollen, schuf er das „föderalistische" Programm und unternahm den Vormarsch gegen Kiew. Es gelang der polnischen Armee unter seiner Führung zunächst militärische Erfolge zu erzielen, und der Kriegsruhm verstärkte die Stellung Pilsudskis und seiner Anhänger. Von Kriegsruhm allein kann jedoch ein notleidendes Land nicht leben. Während der polnische Heeresberichte Siege am Dnjepr meldete, fiel die polnische Mark auf ein Viertel ihres Wertes, brachen in Warschau Streiks aus, wurde die Ernährungsfrage in Polen immer prekärer und die Friedenssehnsucht im

Digitized by Google

Lande immer stärker. Als in der Ukraine und an der Beresina Rückschläge eintraten, äußerte sich das Verlangen nach Frieden immer stürmischer — und im polnischen Landtage brach eine Krise aus. Den äußeren Anlaß für den Ausbruch der Krise bildete die Frage der Zwangsbewirtschaftung des Brotgetreides, die von der Regierung zur Sicherung der Stadternährung gefordert und von der Mehrheit des Landtages, der sich aus Bauernvertretern zusammengesetzt, abgelehnt wurde. Das Kabinett Skulski demissionierte und Pilsudski versuchte eine neue Regierung zustande zu bringen, indem er die Bildung dieser neuen Regierung den Parteien übertrug, die als ersten Punkt ihres Programms nicht etwa die Frage der Ernährung, sondern den sofortigen Friedensschluß mit Rußland aufstellten. Daraus ist zu ersehen, daß das Kernproblem der polnischen Krise die Frage des Friedensschlusses mit Rußland ist.

Das ausgehungerte, entkräftete, mit der Feindschaft der vergewaltigten Randvölker rechnende Polen, in dessen größeren Städten die Arbeiter streiken, braucht den Frieden um jeden Preis. Das ist die nackte Tatsache, und sie ist von so zwingender Gewalt, daß Pilsudski geneigt ist, auf sein föderalistisches Programm zu verzichten, bereit ist, die Idee der Befreiung der Ukraine aufzugeben und zu diesem Zwecke denselben Stanislaus Grabski, der seine Politik in schärfster Weise bekämpft hat, nach London schickt, damit dieser im Wege über Krassin Verbindungen mit Sowjet-Rußland finde. Innerhalb der polnischen Landtagsparteien ist der Gegensatz jedoch so groß, daß es zur Bildung einer neuen Parteiregierung nicht kommen konnte. Als einziger Ausweg bleibt die Schaffung eines Geschäftsministeriums, dessen erste Aufgabe die Absendung eines Friedensangebotes an Sowjet-Rußland sein wird. In Warschau aber raunt und flüstert man — beileibe nicht in den Zeitungen und in der Oeffentlichkeit —, daß die Bolschewisten unter dem Drucke von Brussilow und seiner Offiziere das polnische Friedensangebot nicht annehmen werden. Dieselben Kreise, die im Monat Februar stolz Tschitscherins Friedensangebot durch das Verlangen von Borissow als Verhandlungsort abgelehnt hatten, zittern jetzt bei dem Gedanken, daß Sowjet-Rußland ihr Angebot ablehnen könnte.

Ueber den weiteren Verlauf der Ereignisse in Polen, wie überhaupt im Osten Europas, im einzelnen Voraussagen machen zu wollen, wäre müßig. Ob es nun zu einem baldigen Friedensschluß zwischen Polen und Sowjet-Rußland kommen wird, ist für die Krise Osteuropas einerlei. Nicht einmal der Waffenfriede zwischen der roten und der polnischen Armee ist imstande, den weiteren Verlauf der Entwicklung im Osten aufzuhalten. Ebenso wird das endgültige Schicksal der Ukraine nicht durch die Verzichtleistung Pilsudskis auf seine „föderalistischen" Pläne oder durch die vollständige Besetzung durch die Bolschewisten entschieden sein. Das gleiche gilt für Polen. Ob es nun Frieden schließt oder nicht, den Ausbruch

Digitized by Google

der proletarischen und bäuerischen Revolution wird keine politische Richtung in Polen aufzuhalten vermögen. Es scheint das Schicksal Osteuropas — und vielleicht nicht nur Osteuropas — zu sein, daß es durch die Fieberschauer vollständiger Umwälzung hindurchgehen muß, bevor es zu einer Gesundung gelangen wird.

Das neue Griechenland

Von G. Byetz

Es ist sehr begreiflich, daß Griechenland Freudengesänge über das endlich gelungene Werk, die Errichtung von „Großgriechenland", anstimmt. Griechenland erstreckt sich heute — wenigstens auf dem Vertragspapiere — von dem Jonischen Meere bis zum Schwarzen Meere. Es ist aber ebenso unbegreiflich, wie man sich von dem Lobgesang Griechenlands in der Weise einspinnen lassen kann. Was helfen denn Vergleiche aus — vorchristlichen Zeiten. Heute ist schon ferne Vergangenheit, was vor dem Weltkriege lag; ist abgetan auf ganzer Linie. Und Griechenland will damit seine Macht erkennen lassen, daß Smyrna schon im zehnten Jahrhundert vor Christi griechischer Besitz, daß Thrazien im byzantinischen Zeitalter wirtschaftlich Griechenlands Stütze war, daß es die Städte der griechischen Seefahrer des Altertums dem Mutterlande zurückerwarb. Wir können uns doch dem nicht verschließen, daß die Schaffung dieses Großgriechenlands eine schwere Gefahr bedeutet. Gefahr nicht in dem Sinne, in dem Griechenland sie ausgelegt zu sehen wünscht. In dem Sinne der Wiedererstehung eines Reiches, mit dem wirtschaftlich und politisch zu rechnen ist. Die Gefahr liegt in den Kampfstoffen, die von der Entente neugebildet wurden. Zwei Mächte müssen dem großgriechischen Gedanken geopfert werden: die Türkei und Bulgarien. Beides Mächte mit einem fanatischen Haß. Es macht dabei sehr wenig aus, daß in Adrianopel der griechische Kaufmann seit Jahrzehnten eine günstige, tonangebende Stellung innehatte, und daß in Kleinasien das griechische Element ebenfalls keineswegs fremd ist. Bulgaren wie Türken werden sich mit allen Mitteln gegen die Vergriechung der abzutretenden Gebiete wenden. Es steht ganz fraglos zu erwarten, daß man als wirksamstes Hilfsmittel — den Bolschewismus benutzen wird. In Kleinasien sehen wir heute schon, wie die Türkei mit ihrem alten Rassenfeind, dem Slawentume, gemeinsame Sache macht, um die eigene Existenz zu retten. Die bolschewistischen Armeen marschieren. Und hierin liegt die Gefahr! Griechenland ist ja in keinem Falle fähig, ernste Kampfhandlungen zu ertragen. Wir haben erst kürzlich das polnische Beispiel erlebt, und Polen ist, trotz seiner schweren Lage, Griechenland gegenüber noch ein militärisches Musterbeispiel. — Und was nutzen die Analogien? Weder Smyrna noch Thrazien sind wirtschaftlich

Digitized by Google

heute mit längst vergangenen Zeiten zu vergleichen. Gewiß hat Smyrna seinen Wert, aber Griechenland ist hier in jeder Beziehung ein Gast. Die Bahnen gehören England und Frankreich, das Hinterland, das den eigentlichen wirtschaftlichen Reichtum des Gebietes ausmacht, ist nicht griechischer Besitz; die Küsten zu festigen und zu halten ist Englands, nicht Griechenlands Aufgabe. Wohl wäre Smyrna mit dem durch die anatolische Bahn erschlossenen Hinterlande, angegliedert an Konstantinopel, verbunden durch die Bagdadbahn mit Syrien, frei geöffnet nach der Küste, eine Perle Kleinasiens gewesen. Heute ist das Gebiet von Smyrna seiner natürlichen Basis entzogen, das steht unwiderruflich fest. Smyrnas Stellung basiert auf dem Handel, und dessen weitverknüpftes Netz ist zerrissen. Die begonnene Industrialisierung hat ebenfalls durch die politischen Veränderungen schwer gelitten. Die Industrie Smyrnas lag in türkischen Händen. Gewiß war Smyrna ein Stützpunkt griechischer Interessen, doch die türkische Feindschaft, die lieber zerschlägt, verwüstet, verbrennt als sich fügt, wird den Griechen zeigen, daß man nur ein Gast war und heute noch nicht einmal Gaststellung haben kann; die Gebiete sind bestes national gefestigtes türkisches Gebiet gewesen. Sie waren der Stolz der Türken, und sie bildeten, auch das sollte man nicht vergessen, das Gebiet türkischer Finanzkraft.

In Thrazien sind die Verhältnisse nicht günstiger. Was hilft es, daß das Küstengebiet fraglos ein ungemein fruchtbares ist. Es ist ein Kornland, ein Weinland, das Gebiet des Tabaks. Es ist ein Land der Früchte, der Mühlenindustrie und ein Gebiet, das Montanschätze in sich birgt. Die Fischerei ist entwicklungsfähig, die Weberei alteingesessen, der Oelbaum ermöglicht die Seidenraupenzucht; es fehlt nicht an Wäldern. Das sind alles Tatsachen, aber leider Tatsachen, mit denen Griechenland nur höchst bedingt zu rechnen hat. Man kann doch nicht übersehen, daß gerade Thrazien in dem letzten Jahrzehnt schwer leiden mußte, daß gerade hier die Tragödie des Rassenhasses in ihren härtesten Formen erstand. Mit größter Rücksichtslosigkeit hatte die Türkei nach den ersten Erhebungen in Thrazien die Macht des Islam hier gefestigt. Als es zu dem Balkankriege kam, haben Türken, Bulgaren und Rumänen im Wettstreit die Entvölkerung herbeigeführt. Als Bulgarien in den Besitz des Gebietes gelangte, hat man in der Toleranz dieses Volkes beseitigt, was nicht genehm dünkte. Die Furcht trieb den Rest zur Auswanderung. So hat die Bevölkerung stets gewechselt, ist mit Haß erfüllt. Die verlassenen Dörfer nahmen die augenblicklichen Sieger in Besitz. Als Bulgarien hier seine Ernten einbringen wollte, mußte man mit der Ansiedelung beginnen. Kehrten die alten Besitzer zurück, gab man ihnen neues Siedelungsland. Es ist besonders im Weltkriege hier von Bulgarien viel geschehen, um sich des wirtschaftlichen Reichtums Thraziens für seine

Digitized by Google

Kriegswirtschaft zu sichern. Mit dem Einmarsch griechischer Truppen kehrte das alte Bild zurück. Die Griechen rücken ein. Die Bulgaren fliehen. Das Land verödet und der Bulgare lauert mit der Waffe, an die alte Herdstelle zurückzugelangen. Bulgarien hat hart um Thrazien gekämpft. Es kennt seinen Wert. Man war zu stolz auf den Besitz, um jetzt dem Feinde den langersehnten und heißerworbenen Besitz zu überlassen. Außerdem sind in den Gebieten von Dedeagatsch erhebliche bulgarische Kapitalien angelegt; glaubte man doch, daß in diesem offenen Zugangsplatz zum Welthandel Bulgariens händlerische Zukunft liegen werde. Andererseits hat die Türkei in Thrazien mit Recht ihren „Augapfel" gesehen. Man wird sich mit dem alten Feinde Bulgariens finden, wie man sich mit dem Todfeinde Rußland fand. — Und für Europa ist das Ergebnis der Anmarsch Asiens durch seine bolschewistischen Truppen! Man braucht ja nur noch einen Blick auf Arabien zu werfen, um zu erkennen, wie Arabien den Augenblick nahegekommen erachtet, nunmehr seine Macht zu entfalten. Es ist lehrreich und sollte zur Warnung dienen, wie die türkischen Nationalisten sich in Syrien zu den arabischen Einfällen stellen. Der Türke sagt sich, daß ihm der Araber doch noch näher steht als der Engländer und der Franzose mit seinem weißen Gesicht und seinem fremden Glauben! Auf dem Balkan hat stets das Prinzip geherrscht, sich, koste, was es wolle, gegen den Hauptfeind zu einigen und sich dann untereinander auseinanderzusetzen. Europa kann aber nichts weniger vertragen, als einen Einbruch Asiens, der sich von Rußland über die Türkei nach Arabien fortsetzt und mit Bulgarien in das europäische Gebiet völlig hineingetragen wird. Wir kennen die Stimmung Südungarns und wir sind der Haltung des verarmten und hungernden Rumäniens keineswegs sicher! — Die Bemühungen Frankreichs und Englands zeigen, wie wenig man Herr des Bandenkrieges ist, und Griechenland, wie erst „Großgriechenland", bietet nicht die geringsten Garantien für die Errichtung von Ordnung und tatsächlicher Machtentfaltung. Griechenland stellt heute den hungrigen Idealisten dar.

Der Einmarsch Griechenlands in Thrazien ist demnach nichts weniger als erfreulich für Zentraleuropa.

Max Weber †

Von Dr. Theodor Heuß

Gegen große Vorzüge eines anderen gibt es kein Rettungsmittel als die Liebe. Goethe.

Friedrich Naumann starb, ihm folgte Richard Dehmel und nun Max Weber. Deutschland, der geistigen Führer nie so bedürftig als heute, verarmt, und einer Jugend, die aus der Romantik, dem Spiel oder Wort-

Digitized by Google

schwall in die Verantwortung treten soll und will, sinken die Vorbilder ins Grab.

Max Weber war ein Mensch ganz großen Formats, und sein Wesen, auch in den herrlichen Maßlosigkeiten, trug die Züge des Genialen. Nicht die fabelhafte Fülle seines Wissens, in Historie und Philosophie, in Oekonomie und Aesthetik, speiste die zwingende Kraft seines Vortrages, seiner hinströmenden Unterhaltung, sondern all das war nur Material einer eingeborenen, wunderbar frischen Gestalterkraft; man bewunderte an ihm nicht, was alles er wußte und kannte, sondern daß alles durch ihn neu, beziehungsvoll, bedeutungsvoll wurde. Als vor vielen Jahren mir Naumann zum erstenmal von dem jüngeren Freunde sprach, dem er so viel dankte, mit einer fast rührenden Wärme der Verehrung, meinte er, wenn einer von den heutigen Deutschen an dem Universalismus Goethes gemessen werden dürfe, geistig und seelisch, ohne zu verblassen, so sei es Weber. Dies Wort, in Naumanns Mund ein Bekenntnis der Liebe, blieb als Eindruck haften.

Es ist hier nicht die Stelle, über Max Webers Stellung in der deutschen Wirtschaftswissenschaft zu sprechen. Die Jurisprudenz war sein Ausgangspunkt; unter der Einwirkung von G. F. Knapp und Brentano ging er zu Wirtschaftsgeschichte und Sozialpolitik, um schließlich in seinen klassischen Untersuchungen über den Calvinismus und weiterhin die Wirtschaftsethik der Weltreligionen der geistigen Erkenntnis, der ökonomischen Erscheinungen neue Wege zu weisen. Verstehe ich die Fragestellungen recht, die ihn in den letzten Jahren beschäftigten (ich denke an einige Vorlesungen an der Wiener Universität im Sommer 1918), so mußte es seine Aufgabe sein, die umfassende und abschließende Gegenkritik gegen die materialistische Geschichtsauffassung von Karl Marx zu geben, in philosophisch und historisch bedeutenderem Ausmaß, als diese etwa von Schmoller und anderen geleistet.

Das schlechthin Zwingende von Max Weber aber war die Kraft seiner Persönlichkeit, die Dämonie seiner Seele. Von der Natur zum Herrschen über Menschen bestimmt und von der Natur, die ihn durch Jahre in schwerer Krankheit niederwarf, des Zepters beraubt; gefesselt in die zwei Pole seines Wesens, zu erkennen oder zu handeln, d. h. zu herrschen. Die Urgewalt seines Wesens ein schier hemmungsloser Subjetivismus, der mit einer hinstürzenden Wucht der Urteile, zerstörend und befruchtend, Menschen und Institutionen anpackte; und daneben das fast ängstliche Bemühen, die Wissenschaft über die sozialen Gemeinschaften von ethischen und anderen Bewertungen freizumachen. Es war etwas wie eine Schutzvorrichtung gegen die eigene Dynamik, als er im Verein für Sozialpolitik den Kampf gegen die Werturteile der ökonomischen Wissenschaft aufnahm. Diese gehören der Politik zu.

Digitized by Google

In der deutschen Politik aber blieb dieser Führer ungenutzt. Die Mittelmäßigkeit hatte Angst vor ihm, und sie hatte Grund dazu, denn er zertrat sie mit einer lachenden Derbheit und Souveränität. Daß Frankfurts Versuch vor anderthalb Jahren, ihn in die Nationalversammlung als demokratischen Vertreter zu entsenden, an örtlichen Ehrgeizen zerbrach, bleibt eine Scham für die deutsche Demokratie, die in ihm neben Naumann einen Führer hätte besitzen können, der das Zeug hatte, eine deutsche, mehr: eine europäische Figur unserer Geschichte zu werden. Seine Wirkungen auf die deutsche Politik sind so nur mittelbarer Natur gewesen. Er hat über Verfassungsfragen mit der deutlichsten Erkenntnis des Machtproblems aller Politik geschrieben, und seine Publizistik während des Krieges, sein Kampf gegen die geistlosen Methoden und gegen die zur Lüge erstarrten Legenden von der Vortrefflichkeit unseres Gewaltensystems hat viele Menschen innerlich aufgerüttelt — aber die Bewährung in der Verantwortung blieb ihm versagt. Sie wäre ein Wagnis gewesen, denn sein Temperament war von stürmender Kühnheit und verletzender Offenheit, er war ein Meister des Zornes und des Hasses und kannte keine zögernde Furcht und nur vor dem Großen, Ebenbürtigen Ehrfurcht, eine Titanennatur, die in dem Gewimmel der Fraktionsmenschen vielleicht fremd und seltsam erschienen wäre — aber welche Befruchtung durch die gestaltende Kraft seiner Phantasie für Verfassung und Wirtschaftsleben! Ueber seinem letzten Jahr lag das Pathos der Resignation — ein fast bewußtes Wegwenden von der Politik, eine Leidenschaft für die Gelehrtenarbeit, für die Vertiefung der wissenschaftlichen Schulung.

Doch die Kraft seines Lebens freilich bleibt unverloren, weil sie anderen sich mitteilte. Allen Aengstlichen, Geordneten, Korrekten, den Menschen der bloßen Gelehrsamkeit und der kümmerlichen amtlichen Würde war er ein ewiger Stein des Anstoßes, und wie haben sie sich an seinen Kanten und Zacken gestoßen und zerrissen. Traurig genug, zu wissen, daß manche sein Weggehen in den Tod mit einem Gefühl der Beruhigung erleben; trauriger noch zu wissen, daß deutsche Studenten, statt sich dankbar einer so groß gearteten tapferen Seele zu unterwerfen, zu dumpfen, kleinen Parteidemonstrationen gegen ihn sich mißbrauchen ließen — welch eine Jugend! Aber andere und viele haben es als eine Weihe empfunden, daß die Flammen seines Herzens sie selber entzündet haben, und daß sie nicht nur bewundernde und ergriffene Zeugen einer urtümlichen Menschennatur sein durften, sondern die Güte und Zartheit einer im Mitsorgen freundlichen Seele empfinden. Viele denken in diesen Tagen an die Tischrunde in dem schönen Heidelberger Hause, mit dem Blick auf Neckar und Schloß, da er in verschwenderischer Laune des Geistes und der liebenswürdigsten Freundschaft Herrscher und Vater in einem war.

Mitte der neunziger Jahre begegneten sich Friedrich Naumann und

Digitized by Google

Max Weber. Sie kamen aus völlig verschiedenen Provinzen des geistigen und sozialen Lebens. Aber sie berührten sich und begriffen sich und wurden einander wert. Es war eine männliche Freundschaft von einer wortlosen Innigkeit und gegenseitigen Dankbarkeit, die in der Nähe zu erleben etwas Ergreifendes hatte. Naumann, der immer Lernende, dankte Weber entscheidende Anregungen der eigenen Arbeit, Weber liebte das Ethos und das Quellende der großen Ahnungen in Naumanns Natur.

Er war Demokrat, nicht aus Doktrinarismus, sondern aus vaterländischer Gesinnung, nicht blind gegen die Mängel demokratischer Herrschaftsform, aber von dem Wissen erfüllt, daß ein Volk, das zu seiner geschichtlichen Würde kommen will, das gefährliche kalte Bad der eigenen Verantwortung wagen muß. Leidenschaftlich kämpfte er gegen die subalternen Züge, die unsere historische Vergangenheit dem öffentlichen Leben der Deutschen aufgezwungen hat: den engen Gewaltglauben, die Angst vor dem tapferen Uebernehmen der Verantwortungen. Sein Denken kreist um die Frage der Aristokratie, des selbstsicheren Menschentums in der Demokratie, um das Kernproblem aller Politik, das Führertum. In seiner letzten Schrift „Politik als Beruf" verweilt er dabei und formuliert es so: „Die Autorität der außeralltäglichen persönlichen Gnadengabe (Charisma), die ganz persönliche Hingabe und das persönliche Vertrauen zu Offenbarungen, Heldentum oder anderen Führereigenschaften eines einzelnen: „charismatische" Herrschaft, wie sie der Prophet oder — auf dem Gebiet des Politischen — der gekorene Kriegsfürst oder der plebiszitäre Herrscher, der große Demagoge oder der politische Parteiführer ausüben." Er selber besaß dieses Charisma wie wenige.

Jene Schrift klingt aus wie ein Vermächtnis seines tapferen und brennenden Lebens: „Die Politik bedeutet ein starkes, langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich. Es ist ja durchaus richtig, und alle geschichtliche Erfahrung bestätigt es, daß man das Mögliche nicht erreichte, wenn nicht immer wieder in der Welt nach dem Unmöglichen gegriffen worden wäre. Aber der, der das tun kann, muß ein Führer und nicht nur das, sondern auch — in einem sehr schlichten Wortsinn — ein Held sein. Und auch die, welche beides nicht sind, müssen sich wappnen mit jener Festigkeit des Herzens, die auch dem Scheitern aller Hoffnungen gewachsen sind, jetzt schon, sonst werden sie nicht imstande sein, auch nur durchzusetzen, was heute möglich ist. Nur wer sicher ist, daß er daran nicht zerbricht, wenn die Welt, von seinem Standpunkt aus gesehen, zu dumm oder zu gemein ist für das, was er ihr bieten will, daß er all dem gegenüber: „dennoch!" zu sagen vermag, nur der hat den „Beruf" zur Politik."

Digitized by Google

Die mangelhafte Wirtschaftsstatistik

Schwieriger als je ist heute für den Wirtschaftspolitiker der Ausblick in die Zukunft. Wo stehen wir, wie wird es weitergehen? Die vorhandenen Tendenzen widerstreiten sich. Neben außerordentlich viel Drohendem mag doch vielleicht da oder dort ein kleiner Hoffnungsschimmer vorhanden sein. Man denke an die bessere Arbeitswilligkeit, an die Valutabesserung, an die Möglichkeit einer Revision des Wahnsinnsvertrages von Versailles. In derartigen Zeiten ist unvergleichlich mehr als sonst ein gutes Handwerkszeug für die wirtschaftliche Erkenntnis bitter notwendig, und da fehlt es uns leider in außerordentlich bedenklichem Maße. Früher, in der Vorkriegszeit, als die Dinge ohnehin einen geordneten Gang gingen, da bekamen wir Monat für Monat die Uebersicht über die Ein- und Ausfuhr, über die Eisenbahneinnahmen, über die verschiedenen Stempelabgaben, bekamen alle acht Wochen die Zweimonatsbilanzen der Banken unterbreitet; für Eisen und Kohle und für andere wichtige Produkte lagen uns in einem ganz bestimmten Turnus die Produktionsziffern vor. Und heute?

Heute, wo wir alles das unvergleichlich notwendiger brauchten, wo wir sogar die amtliche wie private Statistik in ganz anderem Maße als bisher ausbauen müßten, da fehlen uns jegliche Unterlagen. So wird uns, um gleich vom wichtigsten zu sprechen, immer noch aus nicht ganz bekannten, schleierhaften Gründen die Außenhandelsstatistik verheimlicht. Manchmal erfährt irgendein findiger Journalist Ziffern und veröffentlicht sie ungestraft. Warum man auf diese Weise vorgeht, ist unerfindlich. Der Einwand, daß man auf diese Weise unsern Gegnern aus dem Kriege wertvolles Material liefern könne, ist nicht richtig. Denn wenn sich jemand die Arbeit macht, so kann er ja auf Grund der Handelsstatistik anderer Länder sich die Ein- und Ausfuhr Deutschlands einigermaßen richtig zusammenstellen, ganz abgesehen davon, daß erfahrungsgemäß das Ausland über diese Dinge immer schneller und besser unterrichtet ist als wir, sofern es nur Wert auf derartige Mitteilungen legt. Dieser Einwand gilt für alle unsere Geheimnistuerei. Man möge um Gotteswillen nicht mit Produktionsziffern hinter dem Berge zurückhalten oder gar meinen, man könne da etwas besonders Schlaues zuwegebringen. Es gibt gewisse Kreise, die sorgen immer wieder für eine sehr schnelle Aufklärung des Auslandes. Wenn beispielsweise irgendein unabhängiger Fanatiker sich einbildet, wir fälschten unsere Kohlenstatistik, so wird er nicht nur mit dieser angeblichen Erfindung in Deutschland, sondern auch bei den Franzosen hausieren gehen. Warum, so muß man ferner fragen, werden uns die Einnahmen aus dem Personen- und

Digitized by Google

namentlich dem Güterverkehr nicht mehr regelmäßig unterbreitet? Warum werden ferner die zahlreichen und immer zahlreicher werdenden Stempeleinnahmen nicht schnell verarbeitet und veröffentlicht? Für den armen Staatsbürger ist ja schließlich das einzig Gute an dem Steuer- und Stempelbukett der Umstand, daß man daraus halbwegs zuverlässige Schlüsse ziehen kann. Schon im Frieden dienten uns die Stempeleinnahmen aus Börsenumsätzen, dem Wechselverkehr, der Effektenbeschaffung als wertvolle Fingerzeige. In der Zwischenzeit wird ja fast jeglicher Vorgang im menschlichen Leben verstempelt und versteuert, angefangen von den Umsätzen bis zu den Zigaretten und Zigarren. Was könnte man alles bei einer schnellen Veröffentlichung dieses Materials für Schlüsse ziehen; wie könnte man vor Uebertreibungen, vor Ueberverbrauch warnen; wie könnte man gewisse Entwicklungen in ihren ersten Teilen bereits feststellen. Das gleiche gilt selbstverständlich auch von den schon erwähnten Produktionsziffern. Was hilft es, wenn alle diese Dinge nach Monaten oder gar erst am Jahresschluß aus mühsam zugänglichen Quellen erst zu finden sind, und schließlich, warum veranlaßt man nicht auch, nach gutem preußischen Vorbild, Privatunternehmungen zu schnellem Aufschluß? Wir denken da namentlich an die sogenannten Zweimonatsbilanzen. Es war ein großes Verdienst Havensteins, daß er die Banken dazu zwang, neben ihrem Jahresabschluß nach einem von ihm festgesetzten Schema, in der Regel sechsmal im Jahr, den Stand ihrer Anlagen und Verbindlichkeiten auszuweisen. Heute ist das aus mannigfachen Gründen unvergleichlich nötiger als je. Fürs erste sind die Banken bei ihrer außerordentlichen Ueberarbeitung dazu übergegangen, von Jahr zu Jahr ihre Bilanzen selbst hinauszuschieben. So kommen erst jetzt, ein halbes Jahr nach dem Abschluß, die Bilanzen von Ende 1919 zur Veröffentlichung. In der Zwischenzeit haben sich die Verhältnisse von Grund auf geändert. Die Entwertung des Geldes, die Inflation hat furchtbare Fortschritte gemacht. Was ist nun bei den Banken in der Zwischenzeit vorgekommen? Wie haben sich die fremden Gelder verändert; ist die krankhafte Vermehrung noch weiter fortgeschritten, oder aber machen sich bereits die Abhebungen der kredithungrigen Industrie bemerkbar? Alles das möchte man gern wissen, man erfährt es aber nicht. Aber auch auf anderen Gebieten fehlt es. So vermissen wir bis heute die längst angekündigten und so unbedingt notwendigen Indexziffern des Reichswirtschaftsministeriums, die in schneller und sicherer Weise die Bewegung der Kaufkraft des Geldes anzeigen können und als ein unparteiischer Maßstab für Lohnkämpfe dienen könnten. Und schließlich die Hauptsache: Warum kann man denn in Deutschland nicht das machen, was England seit Jahr und Tag in Krieg und Frieden fertiggebracht hat, wöchentliche oder mindestens monatliche klare Ausweise der Finanzeinnahmen oder Finanzausgaben?

Digitized by Google

Wenn man irgendwelche englischen Zeitungen oder Zeitschriften in die Hand nimmt, so findet man immer ganz genau den augenblicklichen Stand der Finanzen in klarer, übersichtlicher Weise. Damit erst wird der Staatsbürger darauf aufmerksam gemacht, wie diese Dinge stehen, erst dadurch wird er zu einer sachlichen und unerbittlichen Kritik am Finanzwesen seines Landes erzogen. Soll es unmöglich sein, in Deutschland, der Heimat der Organisation, dieses Kunststück nachzumachen? Man sollte sich doch darüber klar werden, daß gerade in diesem Punkt ein wesentlicher Bestandteil der englischen Demokratie zum Ausdruck kommt. Vielleicht finden diese Mahnworte an den zuständigen Stellen einiges Gehör.

Linter.

Notizen

Italien und die Entente in Afrika. Unter den Vorlagen, die kürzlich der italienischen Kammer zugegangen sind, befinden sich auch die Gesetzentwürfe betr. Grenzberichtigungen der Besitzungen in Nord- und Ostafrika, bezüglich deren im Sommer und Herbst v. J. von dem auswärtigen Minister Tittoni mit Lord Milner und dem französischen Auswärtigen Amt verhandelt worden ist. Grundlage dieser Verhandlungen bildete der Artikel 13 des französisch-englisch-italienischen Abkommens vom 26. April 1915, der für den Fall einer Ausdehnung der englischen und französischen Besitzungen in Afrika auf Kosten Deutschlands Italien das Recht zuerkannte, gewisse Gebietsentschädigungen in Gestalt einer Ausdehnung seiner Besitzungen in Erythräa, Somaliland, Libyen und den Grenzgebieten der englischen und französischen Besitzungen zu verlangen. So lautet wenigstens die Fassung des Artikels in der italienischen Kolonialpresse (version Bevione). Nach der französischen Kolonialpresse sieht er nur gewisse billige Entschädigungen zugunsten Italiens, besonders bei Regelung der Frage der Grenzen der italienischen Kolonien Erythräa, Somaliland und Libyen mit den benachbarten Besitzungen Frankreichs und Englands vor.

Die Grenzberichtigungen, zu denen sich England bereit erklärte, betrafen einen Gebietsstrich im Osten Libyens, der die Oase Djaghbub enthält, und einen Landstreifen auf dem rechten Djuba-Ufer in Britisch-Somaliland mit Kisimayu als See- und Gowen als Flußhafen. Die Bedeutung Djaghbubs, das einer der Herde des Senusi-Ordens ist, liegt auf religiös-politischem Gebiet. Der Hauptsitz des Senusi-Ordens, die Kufra-Oasen, war Italien bereits früher zuerkannt worden. Kisimayu ist die wirkliche Eingangspforte zum südlichen Somaliland, der einzige Hafenplatz an der etwa 1700 km langen Küste von Kap Guardafui bis zur Mündung des Djuba, wo in jeder Jahreszeit gelöscht und geladen werden kann. Mit Kisimayu erhielt Italien den Flußhafen Gowen, der dem italienischen Djumbo bisher empfindliche Konkurrenz machte, und ein eventuell später noch zu erweiterndes Gebiet von 81 000 qkm auf dem rechten Ufer des Djuba, der auf 500 km italienisches Gebiet durchfließt, und an den das Schicksal der wirtschaftlichen Entwicklung Somalilands geknüpft ist.

Die Verhandlungen mit Frankreich haben nur zu geringfügigen Grenzberichtigungen im tripolitanischen Hinterland in der Umgebung von Ghadames und Ghat geführt und Italien den Besitz wenigstens einiger bisher französischer Karawanenwege gegeben, die diese Plätze des Saharahandels verbinden. Bezüglich der innerafrikanischen Gebiete Tibesti, Borku und Ennedi, auf deren Erwerbung die italienischen Kolonialpolitiker zwecks Herstellung der Verbindung Libyens

Digitized by Google

mit dem Tschadsee und damit der Wiederbelebung des tripolitanischen Sudanhandels besonderen Wert legen, ist man zu einer Einigung nicht gelangt. Italiens sehnlichster Wunsch: der Erwerb Djibutis und der französischen Somalikküste, war für Frankreich von vornherein von jeder Verhandlung ausgeschlossen.

In der Rede, in der Tittoni der Kammer von den Ergebnissen seiner Verhandlungen Kenntnis gab, verhehlte er nicht, daß die bescheidenen Grenzberichtigungen, die England und Frankreich Italien bewilligt haben, in keinem Verhältnis zu dem Gebietszuwachs stünden, den sie selbst durch den Erwerb der deutschen Kolonien erhalten hätten. Eine Erklärung dafür fand er darin, daß Italien anscheinend nicht rechtzeitig eine Berücksichtigung bei der Verteilung der deutschen Kolonien verlangt habe. Die Frage betr. Tibesti und Borku oder ein anderes Ausgleichsgebiet hielt er noch nicht für abgeschlossen. Sie würde den Gegenstand späterer Verhandlungen bilden, die sich auch auf Abessinien — selbstverständlich nur zwecks rein wirtschaftlicher Betätigung — zu erstrecken haben würden. Besondere Bedeutung aber maß er den Bestimmungen bezüglich der Kolonialeisenbahnen und der Stellung der Italiener in Tunesien bei. Hinsichtlich der nordafrikanischen Eisenbahnen erkennen sich Italien und Frankreich gegenseitig das Recht zu; ihre gebauten oder zu bauenden Linien aneinander anzuschließen und verpflichten sich, dieselben Sätze und Bestimmungen auf die Angehörigen und Waren beider Nationen anzuwenden. In Tunesien werden die italienischen Privatschulen den französischen gleichgestellt. Die Verpflichtungen, die die französische Regierung bei Unfällen italienischer Arbeiter 1916 für das Gebiet Marokkos übernommen hatte, werden auf Tunesien ausgedehnt. Die Bestimmungen der Gebührenordnung bei Grundstückskäufen sollen in Zukunft auf Italiener und Franzosen in gleicher Weise Anwendung finden. Dem Bedarf der italienischen Landwirtschaft an tunesischen Phosphaten soll auf der Grundlage einer jährlichen Lieferung von wenigstens 600 000 t nach Möglichkeit Rechnung getragen werden. Tittoni schloß seine diesbezüglichen Ausführungen mit den Worten: „Wenngleich das Kolonialabkommen nur eine teilweise und beschränkte Anwendung des Artikels 13 des Londoner Vertrages ist, so muß man doch anerkennen, daß das Abkommen über Tunesien wirklich die Herzlichkeit der franko-italienischen Beziehungen beweist.“ Dieser Optimismus wird von den französischen Kolonialpolitikern nicht ganz geteilt. In diesem Zusammenhange sind vielleicht die nachstehenden Ausführungen von Interesse, die sich im Bulletin du Comité de l'Afrique Française finden:

„Wir müssen die Geschlossenheit besonders betonen, die uns Italien gegenüber in allen Mittelmeerfragen eint, unter denen die tunesische Frage in erster Linie steht und für uns zu keinerlei Zugeständnissen Anlaß geben kann. Die große Masse der Italiener in Tunesien möchte nichts lieber als zu uns kommen, wenn man sie nur ihrem natürlichen Triebe überließe; aber sie wird gegen uns von einem Stabe von Lehrern und Gebildeten aufgewiegelt, die sich in den neuen Verhältnissen nicht zurechtfinden können. Von ihnen ist nichts zu erhoffen. Um diesen Hetzern die Herde wegzunehmen, die sie verführen, ist es notwendig, daß auf die Fremden in Tunesien dieselben Gesetze in Anwendung gebracht werden, die in Algerien bezüglich der Fremden erlassen sind. Die Frage wird noch verwickelter durch die Verleihung des italienischen Bürgerrechts an die Eingeborenen von Tripolitanien, deren etwa 20 000 in den tunesischen Bergwerken beschäftigt werden. Schon 1913 hatte Italien den Anspruch erhoben, die Tripolitaner in Tunesien als Italiener behandelt zu sehen und sich so sehr versteift, daß es beinahe die Kündigung des Abkommens von 1896 herbeigeführt hätte. Man kann sich jetzt auf einen neuen italienischen Vorstoß in dieser Hinsicht

Digitized by Google

gefaßt machen, der auf einer besseren rechtlichen Grundlage beruht. Wollen wir künftig in guten Beziehungen mit Italien leben, so müssen wir uns von der Italiener-Frage in Tunesien befreien. Das kann nur jetzt unter Benutzung der verschiedenen Gerichte geschehen, die auf dem Tische stehen, und die gestatten werden, Italien angemessene Entschädigungen für den Verzicht auf die Stellung der Italiener in Tunesien zu geben." Dr. Proebster.

Putsche. Zu einem Putsche gehören wirksame Waffen und Munition, in ihrem Gebrauche erfahrene, unbedenkliche Männer, und als Nährboden ungeklärte Zeitläufte voller Not, Spannungen und Gegensätze, wie sie große Kriege oder Umwälzungen meist zur Folge haben. Dies scheinen uns, die wir täglich von wirklichen, eingebildeten oder zielbewußt vorgetäuschten Putschen beim Frühstück zu lesen pflegen, Binsenwahrheiten zu sein. Jedenfalls eröffnen die soeben aufgezählten, immerhin nicht alltäglichen Voraussetzungen einen beruhigenden Ausblick in die Zukunft.

Wirksame Waffen und Munition stellte ich an die Spitze. In der Tat läßt sich heut mit dem blind waltenden, eisernen Speere aus dem „Grafen von Habsburg" oder der Behelfsausrüstung jener polnischen Sensenmänner von 1830 nichts mehr erreichen. Ein Putschist, der nicht über Handgranaten, betriebsfähige Maschinengewehre und womöglich noch eine Haubitze verfügt, fange gar nicht erst an. Unmittelbar nach unserem Niederbruche und der Auflösung des Heeres lagen solche Dinge überall herum; man brauchte sie nur aufzuheben. Nun hat aber die Sprengmunition die Eigentümlichkeit, sich nur begrenzte Zeit zu halten. Die leistungsfähigsten Waffen ferner, wie z. B. Maschinengewehre, erfordern auf die Dauer sorgsame Pflege ihres wunderbar feinen Getriebes. So leicht es also 1919 und auch noch Anfang 1920 war, eine Volksmenge sachgemäß für einen Putsch auszurüsten, so schwierig, ja nahezu unmöglich wird es bald sein. Darin liegt ein Vorteil der uns aufgezwungenen Abrüstung, daß nur noch geringfügige Mengen an Kampfgerät bereit gehalten und hergestellt werden dürfen, denn das erleichtert den Vertretern der Staatsgewalt ihren Schutz vor unberufenem Zugriff.

Auch die Zahl der im Waffengebrauche erfahrenen Männer außerhalb der ständigen Truppe nimmt rasch ab. Man verlernt das kriegerische Handwerk von heutzutage mit seinen mancherlei Feinheiten schnell, und wer erst im bürgerlichen Leben untertauchte, entschließt sich nur schwer, ans Maschinengewehr zu eilen. Die Auflösung wilder Verbände, wie etwa der „Maschinengewehr-Kompagnie Libau", schreitet ebenfalls rasch fort, und da auf die Reichswehr als verfassungstreue Truppe gezählt werden kann, dürfte es bald nur noch wenige berufene Putschisten geben.

Am mächtigsten freilich wirken Arbeit und Brot auf die Beruhigung des Volkes hin. Nicht ohne Schwankungen vollzieht sich in dieser Hinsicht der Uebergang zum Bessern, er ist aber doch unverkennbar.

Es wirkt also alles zusammen, um die uns so geläufigen Putsche in der Versenkung verschwinden zu lassen. Nicht Aufrufe, Reden und Ermahnungen, deren Wirkung ihr Verfasser meist stark überschätzt, sondern einfach die heilende Zeit merzen sie aus. Wenn angesichts der innerpolitischen Unsicherheit nach den jüngsten Reichstagswahlen wieder einmal neue gewaltsame Unruhen in Aussicht gestellt werden, ist das mehr als Schlagwort und nicht als drohende Gefahr zu werten. Nach den aufwühlenden Umwälzungen der napoleonischen Kriege folgte das friedenssüchtige „halcyonische" Zeitalter. Täuscht nicht alles, dann wirds bei uns langsam wieder ähnlich werden Oberstleutnant a. D. Boelcke.

Digitized by Google

Bücherbesprechungen

Die politischen Berichte des Fürsten Bismarck aus Petersburg und Paris (1859—1862), herausgegeben von L. Raschdau, Gesandter a. D., sind historische Dokumente ersten Ranges und bieten interessante Parallelen zur jüngsten Zeitgeschichte. Die große Fülle von Stoff, Urteilen, geschichtlichen Streiflichtern und anderem interessantester Art lassen die Berichte als ein jetzt besonders bedeutendes, historisch-politisches Werk erscheinen. Die Streiflichter, die dabei auf die Politik der Mächte in jüngster Zeit, insbesondere auf die Vorgeschichte des Weltkrieges fallen, sind oft geradezu verblüffend. Das mit acht Bildertafeln in Kunsttiefdruck ausgestattete Werk wird in zwei Bänden im Gesamtumfang von rund 500 Seiten zum Preise von etwa 30 Mk. und Teuerungszuschlag erscheinen. Der hier beiliegende Prospekt des Verlages von Reimar Hobbing in Berlin SW 48, sei besonderer Beachtung empfohlen.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Allen Zusendungen ist Rückporto beizufügen.

Diesem Heft liegt ein Prospekt des Verlages Reimar Hobbing in Berlin SW 48 über das Werk „Die politischen Berichte des Fürsten Bismarck aus Petersburg und Paris (1859—1862)", herausgegeben von L. Raschdau, Gesandter a. D., bei, den wir der besonderen Beachtung unserer Leser empfehlen.

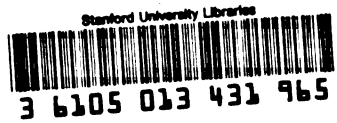
Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt. Redaktion: Schöneberger Ufer 36a I. Telephon: Nollendorf 928. Für Anzeigen: Verbedienst G. m. b. H., Berlin W 35, Lützowstr. 102/4. Verlag: Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 29. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt 10 M. Einzelnummer 1 M. Druck von Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W 57, Bülowstraße 66.

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

D1
D42
v.5
pt.1
JAN-JU
1920



DATE DUE

STANFORD UNIVERSITY LIBRARIES
STANFORD, CALIFORNIA
94305

Digitized by Google